

Band 3

Peter Csendes / Ferdinand Opll (Herausgeber)

Wien

Geschichte einer Stadt
Von 1790 bis zur Gegenwart

böhlau Wien

Weitere AutorInnen:

Gustav Bihl,
Historiker und Autor, Archivar
der Stadtgemeinde Ternitz

Bertrand Michael Buchmann,
Historiker, Gymnasialprofessor
und Universitätsdozent in Wien

Dagmar Buchmann,
Germanistin und Altphilologin,
Gymnasialprofessorin und
Universitätslektorin in Wien

Wolfgang Maderthaner,
Historiker und Kulturwissenschaftler,
Leiter des Vereins für Geschichte
der Arbeiterbewegung in Wien

Gerhard Meißl,
Wirtschafts- und Sozialhistoriker,
Leiter der Atlasgruppe im Wiener
Stadt- und Landesarchiv

Lutz Musner,
Historiker und Kulturwissenschaftler,
stellvertretender Leiter des Internationalen Forschungszentrums
Kulturwissenschaften

böhlau

Peter Csendes · Ferdinand Opll
(Herausgeber)

WIEN

GESCHICHTE EINER STADT

Band 3: Von 1790 bis zur Gegenwart

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Gedruckt mit Unterstützung durch den
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 3-205-99268-7
ISBN 978-3-205-99268-4

http://www.boehlau.at
http://www.boehlau.de

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefreiem Papier.

Druck: Imprint, Ljubljana

Inhalt

Vor- und Nachwort

Anders als in den beiden ersten Bänden dienen die folgenden Zeilen nicht nur der Einbegleitung des vorliegenden Buches: Mit Band 3 ist diese »Geschichte Wiens« abgeschlossen, und mit dem Abschluss eines großen Unternehmens erscheint ein Rückblick und damit eine Art von Nachwort angebracht. In etwas mehr als acht Jahren ist es – wie wir hoffen und wie die Reaktionen schon bisher gezeigt haben – gelungen, gemeinsam mit 26 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen neuen Standard einer historischen Gesamtdarstellung Wiens zu setzen.

Dieser abschließende Band, den wir gemeinsam betreuen konnten, wurde von einer Autorin und fünf Autoren erarbeitet. Sie haben sich mit Mut und Geschick der schwierigen Aufgabe gestellt, die Stadtgeschichte Wiens in den letzten rund 200 Jahren zusammenfassend zu behandeln und auch für ein breites Publikum aufzuarbeiten. Es war nicht allein eine Flut an vorhandener, in ihren Aussagen oft divergenter Fachliteratur zu berücksichtigen, sondern auch das Faktum, dass die Brisanz der Historie mit der Verringerung der Distanz von der eigenen Gegenwart stets zunimmt, historische Phänomene in der Wahrnehmung mit Klischees, tradierten wie persönlichen Erfahrungen konfrontiert werden.

Für die Epoche vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart steht die Stadt Wien in einem historischen Rahmen, der von einer Reihe tief greifender Umbrüche, ja von Katastrophen geprägt ist und das Schicksal des Gesamtstaats widerspiegelt. Das 19. Jahrhundert mit seinem enormen Bevölkerungswachstum und den damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, mit der Entwicklung der Stadt zu einem globalen Zentrum auf praktisch allen Gebieten von Wissenschaft und Kunst vor dem Hintergrund der als Brennpunkt und Drehscheibe wirkenden Reichshaupt- und Residenzstadt der Donaumonarchie bis hin zu deren Ende im Jahre 1918 bildet allein angesichts der Stofffülle für jede historische Darstellung eine große Herausforderung. Ist doch diese Epoche, vor allem wie sie sich in den Äußerungen zeitgenössischer Literaten und Künstler präsentiert, bis heute fixer Bestandteil der städtischen Identität, nicht zum Geringsten aus der Sicht von außen her. Das 20. Jahrhundert wiederum kann in keiner Weise als Kontinuum historischer Entwicklung gelten, es ist vielmehr von tiefen Rupturen, Zäsuren, Brüchen und Katastrophen geprägt. Geradezu dramatisch stellen sich dabei schon das Jahr 1918 und die Folgezeit der jungen, in so mancher Hinsicht wenig stabilen Republik dar. Wien war nunmehr in ein ungleich kleineres staatliches Ganzes eingefügt, dessen Zukunft ungewiss war. Dabei konzentrierten sich in der Hauptstadt die politischen und geistigen Strömungen der Zeit, wurde die Stadt immer wieder zum Fokus der Spannungen zwischen den großen politischen Lagern, zugleich aber formierte sich hier vieles von dem, was man als den Nährboden der »Moderne« bezeichnen muss. Schon nach anderthalb Jahrzehnten sollte 1933/34 ein weiterer Um-

bruch folgen. In rasch aufeinander folgenden weiteren Störungen einer ruhigen und gedeihlichen Entwicklung – Ständestaat, Eingliederung ins nationalsozialistische Deutsche Reich und nur zwei Jahrzehnte nach der Katastrophe von 1914/18 das Fanal des Zweiten Weltkriegs – sollte Wien nicht zur Ruhe kommen. Die Stadt durchlebte eine Reihe von kaum unterbrochenen schweren Krisen. Es ist kein Zufall, dass dieses Jahrzehnt als markante architektonische Spuren in der Stadtlandschaft Flaktürme hinterlassen hat, während viele Zeugnisse früherer Zeit zugrunde gegangen sind.

Gehört bereits die Darstellung der zuletzt angesprochenen Perioden zu den heiklen Aufgaben historischer Forschung, so stellt sich die der Epoche nach 1945 noch in einer weiteren Hinsicht als ausgesprochen schwierig dar. Eine im strikten Sinne wissenschaftliche historische Erforschung der letzten sechs Jahrzehnte ist bislang nur im geringen Umfang erfolgt. Es war daher in nicht wenigen Fällen erforderlich, tatsächlich Forschungsneuland zu betreten. Vor allem im Hinblick auf eine Gesamtdarstellung der Wiener Entwicklung ist hier von den drei Autoren, die sich dieser Aufgabe gestellt haben, eine Pioniertat geleistet worden. Gegliedert in die Bereiche der politischen, der kulturellen und der wirtschaftlichen wie sozialen Entwicklung spannt sich der Bogen der »Geschichte Wiens« nunmehr auch bis in die jüngste Vergangenheit. Zahlreiche Querverbindungen, ja Überschneidungen sind hier nicht irrtümlich »stehen geblieben«, sondern im Gegenteil mit Absicht belassen worden, da sie erst die Interdependenz und das Gesamtgefüge sichtbar machen. Das Bestreben, eine ausgewogene und objektive Darstellung zu entwickeln, stand dabei stets im Vordergrund.

Von Anfang wurde versucht, die Bände mit Abbildungen nicht nur ansprechender zu gestalten, sondern auch das im Text Ausgebreitete zu illustrieren, zu vertiefen und zu verdeutlichen. Tabellen und Diagramme sollen Verifizierungen und Überprüfungen möglich machen. Wir hoffen, dass uns dies auch nunmehr im abschließenden Band des Gesamtwerkes gelungen ist.

* * *

Das Werk ist abgeschlossen, und so ist hier der richtige Ort für einen kurzen Rückblick. Insgesamt 28 Autorinnen und Autoren aus Archäologie, unterschiedlichen Teilbereichen der historischen Forschung – der politischen, Bildungs- und Kulturgeschichte, der Kunstgeschichte, Rechtsgeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte bis zur Verfassungsgeschichte – sowie der Musik- und Theaterwissenschaften haben in diesem Zeitraum ein Kompendium erarbeitet, das die Stadtentwicklung der österreichischen Hauptstadt von urgeschichtlichen Anfängen und der Ära des antiken Römerlagers Vindobona bis zum frühen 21. Jahrhundert in einer durchgehenden Darstellung erschließt. Der Chefkartograph der Atlas-Abteilung im Wiener Stadt- und Landesarchiv, Herr Hans-Michael Putz, hat für den hier vorliegenden Band eine Reihe von Karten zur territorialen Entwicklung Wiens zur Verfügung gestellt.

Die Initiative zu diesem Werk ging von Frau Dr. Eva Reinhold-Weisz, Prokuristin, und Herrn Dr. Peter Rauch, Geschäftsführer des Verlags Böhlau, aus. Von allem

Anfang an zeigten sie sich aufgeschlossen, ja begeistert gegenüber dem Bemühen, den wissenschaftlichen Charakter mit dem Anspruch, ein möglichst breites Publikum anzusprechen, zu verbinden. So weisen alle Beiträge einen umfangreichen Anmerkungsapparat für die seriöse wissenschaftliche Überprüfung der Ausführungen auf, zugleich stellen die Literaturverzeichnisse der drei Bände eine in dieser Dimension wohl kaum erreichte Gesamtbibliographie zur Geschichte Wiens dar. Großen Dank schulden wir auch dem langjährigen Lektor des Verlags, Herrn Dr. Robert Paula, der bereitwillig seine große Erfahrung im Stilistischen mit uns geteilt hat.

Schon bei den ersten Kontakten mit dem Verlag war klar, dass die große Aufgabe nur durch ein Team zu bewältigen war. Und so war auch der ursprüngliche »think-tank« die Kooperation der beiden Unterzeichneten. Nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit der Historie unserer Stadt war es verlockend, ein Konzept für eine grundlegende, kompendiöse Stadtgeschichte zu entwickeln, die bestgeeigneten Fachleute als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, aber auch in den eigenen Fachgebieten Abschnitte beizusteuern. Dass sich die Mühen der Gesamtkoordination und der Herausgeberschaft im Rückblick als leicht erwiesen, dafür ist allen Kolleginnen und Kollegen zu danken, mit denen wir über viele Jahre in einer intellektuell wie auch menschlich angenehmen und anregenden Weise an einem gemeinsamen Projekt tätig waren. Die Herausgeber hoffen, allen Interessierten eine gewichtige, aber trotz des beachtlichen Umfangs von drei Bänden in ihren so vielfältigen und weit gefächerten Einzelbeiträgen äußerst anregende, lebendige und lesevergnügliche Geschichte der Stadt Wien zu übergeben.

Wien, im Frühjahr 2006 Peter Csendes – Ferdinand Opll

Demographie und Gesellschaft

Das Wachstum der Wiener Bevölkerung

In der ursprünglichen Bedeutung ist »Bevölkerung« ein dynamischer Vorgang, durch den ein Raum mit Menschen besiedelt wird. Dieser Vorgang wird durch die stets veränderlichen Größen: Fertilität, Mortalität und Migration bestimmt und ist entscheidend für die Entwicklung einer Landschaft oder einer Stadt. Wiens Stadtentwicklung ist die längste Zeit durch ein demographisches Wachstum gekennzeichnet, welches auch in Epochen, in denen das österreichische Städtewesen stagnierte, nicht zum Stillstand kam. Verantwortlich dafür war die Funktion Wiens als Reichshaupt- und Residenzstadt, deren Arbeitsplatzangebot als »Pull-Faktor« Migrantenströme aus dem In- und Ausland anzog. Für das letzte halbe Jahrtausend lassen sich für Wien drei Phasen der Bevölkerungsentwicklung erkennen, von denen die beiden ersten auch den hier besprochenen Zeitraum prägen:[1] Die erste Phase währte vom Spätmittelalter bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts; sie ist durch eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von einem Prozent gekennzeichnet. Die zweite Phase – von den 1820er-Jahren bis zum Ende des Ersten Weltkrieges – bietet das Bild einer Bevölkerungsexplosion mit einem zweiprozentigen jährlichen Wachstum. Erst in der Zeit danach – in der dritten Phase – überwiegen die Bevölkerungsverluste.

Die sieben Dezennien von 1790 bis 1860 zeigen sowohl konstante als auch variable Erscheinungsbilder, welche aus politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen resultierten. Konstant blieben die außerordentlich hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit, die Altersstruktur der Wiener Bevölkerung und der hohe Anteil an Zuwanderern. Änderungen unterworfen waren die Bilanz der Geburten und Todesfälle sowie die räumliche Bevölkerungsverteilung zwischen Wiens Altstadt, den Vorstädten und den Vororten.

In der Wiener Manufakturperiode bzw. in der Phase der Protoindustrialisierung[2] – von etwa 1780 bis 1820 – erleichterten die Arbeitsverhältnisse der Unterschicht die Gründung eines eigenen Haushalts. Da auch die eheliche Fruchtbarkeit vergleichsweise hoch lag, stieg die Geburtenziffer (= Anzahl der Geborenen auf 1.000 Einwohner pro Jahr) rasch an: Lag sie noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts bei etwas über 29 Promille, erreichte sie 1790 exakt 47 und betrug in den beiden Jahrzehnten von 1800 bis 1820 unglaubliche 49 Promille. Es herrschte ein wahrer Heirats- und Geburtenboom. Dennoch blieb die Bevölkerungsbilanz durch die extreme Säuglings- und Kindersterblichkeit negativ: Der Anteil der unter 10-Jährigen an den jährlichen Sterbefällen betrug 50 bis 55 Prozent. Mangelnde Hygiene, mangelnde sanitäre Einrichtungen und mangelnde Pflege für die früh in den Arbeitsprozess eingebundenen Kinder zeichneten für diese Situation verantwortlich. Am stärksten betroffen waren die unehelichen Kinder

der Unterschichten, die eine Abgabe in das Findelhaus nur in den seltensten Fällen überlebten. Insgesamt überstieg in den Jahrzehnten vor 1820 die Mortalität die Fertilität, doch gab es angesichts eines stetigen Zuwandererstromes auch in dieser Zeit ein schwaches Bevölkerungswachstum von jährlich 0,3 bis 0,5 Prozent. Die napoleonischen Kriege ließen allerdings die Sterbefälle derart stark anwachsen, dass Wien sogar einen kurzfristigen Bevölkerungsrückgang erlebte; erst 1815 wurde der Stand von 1800 wieder erreicht.

Um das Jahr 1820 begann in Wien ein enormes Bevölkerungswachstum.[3] Es setzte ein, als die Protoindustrialisierung weitestgehend abgeschlossen war, die industrielle Revolution aber noch nicht begonnen hatte. Die Bevölkerungsbilanz blieb fortan mit wenigen Ausnahmejahren positiv, es herrschte also ein Geburtenüberschuss, der allerdings von Mortalitätskrisen unterbrochen wurde. So ließen die Choleraepidemie[4] von 1831/32 (etwa 4.200 Tote in Wien), aber auch die sich kontinuierlich verschlechternden Lebensbedingungen der pauperisierten Massen, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz vorfanden, in manchen Jahren die Sterbefälle gegenüber den Geburten überwiegen. Zunächst aber, von 1820 bis 1830, erfolgte der erste große Wachstumsschub, hervorgerufen durch eine starke Geburtenziffer der Wiener (46 Promille) und eine stetige Zuwanderung, welche den Anteil der nicht in Wien Geborenen von vielleicht 12 auf 30 Prozent anwachsen ließ. Die Stadtbevölkerung vergrößerte sich daher jährlich um 2,2 Prozent. Im Jahrzehnt von 1830 bis 1840 blieben die Geburtenziffern auf dem Stand von 46 Promille, wobei der Fremdenanteil auf 41 Prozent hinaufschnellte. Insgesamt blieb das Wachstum der Stadtbevölkerung mit jährlich 1,2 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt zurück. Die 1840er-Jahre brachten dann den zweiten großen Wachstumsschub mit jährlich fast 2,4 Prozent bei einem gleich bleibenden Fremdenanteil von 40 Prozent.

Das Jahr 1850 markiert einen auffallenden Wandel in der Wiener Stadtentwicklung: Die Eingemeindung der Vorstädte beschleunigte deren Verstädterung und mit ihr die Industrialisierung. Mit Hilfe der neuen Eisenbahnen gelangten immer mehr Zuwanderer insbesondere aus den nordöstlichen Teilen der Monarchie nach Wien. Auch gingen – bei annähernd gleichen Geburtenziffern (45 Promille) – die Sterbeziffern allmählich zurück: Zum einen schuf die etwas moderner gewordene städtische Infrastruktur verbesserte Überlebenschancen, zum anderen wurde die Säuglingssterblichkeit durch vermehrt an Pflegeeltern auf dem Land abgegebene »Findelhauskinder« gleichsam »exportiert« (siehe unten). Insgesamt verzeichnete die Stadt fortan regelmäßige Geburtenüberschüsse. Die Bevölkerungsexplosion nahm nun in diesem »demographischen Übergang«[5] markante Formen an: Allein in den Jahren 1850 bis 1857 wuchs die Stadt (in ihren heutigen Grenzen) um jährliche 3,5 Prozent, danach um 2,4 Prozent.

Bevölkerungsbewegung:[6]

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Bilanz
1790	10.209	16.157	-5.948
1800	11.636	18.452	-6.816
1810	10.013	17.445	-7.432
1820	12.846	10.822	2.024
1830	13.285	13.708	-423
1840	18.277	16.235	2.042
1850	20.121	17.813	2.308
1860	21.627	15.461	6.166

Da Wiens demographisches Wachstum vorwiegend auf der Zuwanderung beruhte und sich an der Lebenserwartung der Wiener bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nicht viel änderte, bot auch die Altersstruktur zwischen 1750 und 1850 ein einigermaßen konstantes Bild:[7] So machte der Anteil der unter 15-Jährigen etwa 25 Prozent aus, jener der über 50-Jährigen 14 (und der über 60-Jährigen nur mehr 6 Prozent). Der Anteil der 15- bis 30-Jährigen, also jener Altersgruppe, der die meisten Migranten zuzuzählen sind, schwankte je nach Zuwanderungswellen zwischen 30 und 35 Prozent.

Angesichts der erstaunlichen Mobilität der vorindustriellen und industriellen Gesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert bieten die vormodernen Volkszählungen der Jahre 1777, 1830 und 1857 und die für die dazwischen liegenden Jahre angestellten Fortschreibungen keine schlüssigen Hinweise auf die tatsächlich anwesende Bevölkerung. Nicht immer wurden die in Wien garnisonierenden Soldaten – etwa 20.000 bis 30.000 Mann[8] – berücksichtigt. Von der Statistik überhaupt nicht erfasst wurden die vorübergehend anwesenden Fremden; ihre Anzahl betrug in Wien und in den Vorstädten anno 1814 etwa 2.500 Personen, in den 1840er-Jahren waren es schon 20.000 bis 30.000. Verantwortlich für die hohe Fluktuation der Bevölkerung waren vor allem die wandernden Handwerksgesellen und die Saisonarbeiter: So kamen im Vormärz jährlich 140.000 bis 160.000 Handwerksgesellen auf der Walz nach Wien.[9] Die Anzahl der Saisonarbeiter, welche den ärmsten Angehörigen der ländlichen Unterschichten zuzurechnen waren, schwankte je nach Konjunktur; um 1856 waren etwa 15.000 Saisonarbeiter auf Wiens Großbaustellen tätig.[10]

Wiens Bevölkerung:[11]

Jahr	Innenstadt	%	Vorstädte	%	Vororte	%	zusammen
1783	52.053	21,0	156.904	63,3	38.791	15,7	247.753
1794/5	95.303	23,0	161.034	62,6	37.100	14.4	257.437
1830	54.230	14,3	263.538	69,3	62.355	16,4	380.123
1846	52.593	10,1	355.387	68,2	113.309	21,7	521.289
1851	54.249	9,8	378.898	68,4	119.800	21,7	550.947
1857	51.904	8,2	424.318	66,7	160.329	25,2	636.551
1869	68.079	7,6	527.560	58,6	305.359	33,9	900.998

Um das Jahr 1800 lebten in Wien innerhalb seiner heutigen Grenzen an die 280.000 bis 300.000 Menschen. Schon damals hatten die Vorstädte, zu diesem Zeitpunkt noch mehr oder weniger selbstständige Gemeinden, zusammen doppelt so viele Einwohner wie die Innenstadt. Die außerhalb des Linienwalls gelegenen Vororte zählten etwa halb so viele Einwohner wie diese. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts nahm die Innenstadt – bei lange Zeit nahezu unveränderter Bevölkerungszahl – prozentuell kontinuierlich gegenüber Vorstädten und Vororten ab. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zählten die Vorstädte zu den großen Gewinnern der Zuwanderung, danach waren es die Vororte, welche binnen einem Jahrzehnt ihre Population um 25 Prozent vergrößerten.

Die Fertilität der Wiener Bevölkerung

Drei Bereiche bestimmen das generative Verhalten des Menschen: das physische Können, das persönliche Wollen und das soziale Dürfen. Der Bereich des »physischen Könnens« ist von einem Mindeststandard an Ernährung und Gesundheit abhängig, der in Wien während des 18. und 19. Jahrhunderts weitestgehend gewährleistet war, sodass er hier außer Betracht bleiben kann. Anders sieht es mit dem Bereich des »persönlichen Wollens« aus: Grundsätzlich ist die Fertilität der Stadtbewohner geringer als jene der Landbewohner, weil in der urbanen Gesellschaft einerseits das Heiratsalter höher ist, andererseits sich das ökonomische Interesse an Kindern geringer auswirkt.[12] Angehörige der Oberschicht oder der bürgerlichen Mittelschicht reduzierten schon im Vormärz ihre Familiengrößen und beschränkten ab 1850 bewusst ihren Nachwuchs, denn Beamte oder Handwerker vermochten in Kindern keinerlei Verbesserung ihrer materiellen Situation zu erkennen. Differenzierter ist die Situation der Unterschichten zu sehen: Die in der Hausindustrie beschäftigten Heimarbeiter konnten durch Kinderarbeit sehr wohl ihr kärgliches Familieneinkommen aufbessern. Für Arbeiter, Taglöhner oder Gesinde,

die vielfach über keine eigene Unterkunft verfügten, sondern beim Arbeitgeber oder in Untermiete hausten, bedeuteten Kinder hingegen eine beinahe untragbare Belastung. Als Ausweg für jene Mütter, die ihre Kinder nicht selbst aufziehen konnten, blieben oft nur das Gebärhaus und die Abgabe der Neugeborenen in die Findelanstalt.

Inwiefern bestimmte das »soziale Dürfen« das generative Verhalten der Wiener? Gemäß einer Verordnung von 1815 durften nur Personen aus folgenden Kreisen ohne Einholung eines Ehekonsenses heiraten: Adelige; landesfürstliche, ständische, städtische oder herrschaftliche Beamte; Doktoren, Magister, Professoren und Lehrer der öffentlichen Schulen; Advokaten und Agenten; Bürger; Haus- und Gutsbesitzer; Personen mit Meisterrecht oder Fabriksbefugnis.[13] Alle anderen mussten sich eine behördliche Zustimmung vom Wiener Magistrat (bzw. einer anderen Ortsobrigkeit – siehe unten in Kapitel 3, Abschnitt: Grundherrschaften und Burgfried) besorgen, was bisweilen mit großen Schwierigkeiten verbunden war. Jedenfalls war bis weit in das 19. Jahrhundert ein großer Teil der Bevölkerung wie Handwerksgesellen, Dienstboten, Taglöhner, Bettler, Prostituierte und bisweilen auch Arbeiter befristet oder auf Dauer zur Ehelosigkeit gezwungen. Handwerksgesellen betrachteten ihre selbstauferlegte Keuschheit nachgerade als Identitätsmerkmal ihres Standes, Dienstboten durften, wenn überhaupt, dann erst im höheren Alter heiraten. Die solcherart hinausgezögerte Eheschließung schränkte die Fertilität entsprechend ein. Grundsätzlich bot die Manufakturperiode – die Jahre zwischen 1780 und 1820 – günstigere Heiratsmöglichkeiten als die Zeiten davor und danach, weil die Hausindustrie und die außerhäuslichen Arbeitsmöglichkeiten auch den Familien der Unterschichten das Leben erleichterten.[14] In diesen vier Jahrzehnten verzeichnete Wiens Bevölkerung eine Trauungsziffer (Anzahl von Trauungen je 1.000 Einwohner) von 11 bis 12, der Anteil der Verheirateten betrug 34 bis 35 Prozent. Im Vormärz gingen die Heiratsmöglichkeiten wieder zurück, weil das Manufakturwesen durch das Einsetzen der Industriellen Revolution rückläufig war. Die Möglichkeiten der Heimindustrie schwanden, viele Arbeiter verloren die Chance auf einen eigenen Haushalt und mussten ihren Schlafplatz wieder beim Arbeitgeber suchen. Die Zahl der Untermieter und Bettgeher stieg an, ebenso freilich die Zahl der Konkubinate und der unehelich Geborenen. In den drei Jahrzehnten zwischen 1821 bis 1850 erreichte Wiens Trauungsziffer einen Wert von 8,5 bis 8,7 Promille. Im Jahrzehnt danach stieg sie wieder leicht auf 9,4 Trauungen je 1.000 Einwohner an.

Hoch war, wie eingangs erwähnt, die Geburtenziffer, welche sich zwischen 45 und 49 Promille bewegte. Allerdings gab es sehr starke räumlich-soziale Unterschiede: In der Innenstadt, wo die Oberschichtenhaushalte überwogen, belief sich die Geburtenziffer auf knapp unter 18 Promille, in den Vorstädten lag sie um ein Vielfaches darüber; beispielsweise wurden in der Arbeitervorstadt Margareten beinahe 81 Geburten pro 1.000 Einwohner gezählt. Angesichts der sinkenden Heiratsmöglichkeiten stieg die Anzahl der unehelichen Geburten im Laufe des Beobachtungszeitraumes kontinuierlich an:[15] Gegen Ende des 18. Jahrhunderts kamen 28 Prozent der Neugeborenen unehelich zur Welt, im Jahr 1847 waren es schon 51 Prozent. Die Mitte des 19. Jahrhunderts markiert

einen Höhepunkt der unehelichen Geburten – nicht nur in Wien, sondern generell in allen Städten. Dies bedeutete jedoch keine sexuelle Revolution, sondern war lediglich das Resultat von obrigkeitlich verordneten Heiratsbeschränkungen sowie von einer veränderten Familiensituation.[16] Die traditionelle Hausgemeinschaft mit Kernfamilie und mitarbeitenden Hilfskräften, wie sie beispielsweise im typischen Handwerkerhaushalt vorzufinden war, löste sich zusehends auf. Immer mehr Frauen mussten auf sich allein gestellt leben und arbeiten. An Eheschließung war nicht zu denken.

Unverheiratete Mütter konnten ihre Kinder nicht großziehen. Daher wurden – als Errungenschaft des aufgeklärten Absolutismus – in vielen Städten Findelhäuser eingerichtet, die den Frauen Schutz vor »Schande und Not« gewährten und ihnen die Kinder abnahmen.[17] Das Wiener Findelhaus wurde 1784 errichtet und existierte bis 1910. In diesen 126 Jahren durchliefen etwa eine dreiviertel Million Kinder diese Anstalt. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden täglich 20 bis 30 Kinder im Findelhaus aufgenommen – insgesamt mehr als ein Drittel aller in Wien Geborenen. Das Gebäude befand sich in der Alser Straße (heute Nr. 23), gegenüber dem Allgemeinen Krankenhaus, wo es eine eigene Gebäranstalt für ledige Mütter gab. Die Wöchnerinnen blieben nur acht Tage im Gebärhaus, dann übersiedelten sie ins Findelhaus. Die Betreuung im Krankenhaus bzw. im Findelhaus konnte gratis oder gegen Bezahlung erfolgen. Kinder, die in der Gratisabteilung zur Welt kamen, wurden unbeschadet der Konfession ihrer Mutter katholisch getauft, Kinder jüdischer Mütter erhielten auch trotz Bezahlung ihres Krankenhausaufenthaltes die katholische Zwangstaufe.[18] Erst 1868 entfiel die Zwangstaufe. Die meisten Frauen, welche die Gebäranstalt und das Findelhaus benutzen mussten, entstammten dem Dienstbotenmilieu, waren also mittellos und nahmen daher den Gratisdienst in Anspruch. Als Gegenleistung für die unentgeltliche Betreuung hatten sie sich bei der Geburt als Lehrobjekt für Studenten zur Verfügung zu stellen, anschließend verpflichteten sie sich, für vier Monate dem Findelhaus als Amme zu dienen. Freilich taugten nur die wenigsten Mütter zur Amme; sie stillten dann ihr eigenes und zwei fremde Kinder. In diesem Falle blieb das Kind die vollen vier Monate im Findelhaus und wurde erst dann von Pflegeeltern übernommen. In der Regel behielt die Anstalt die meisten Kinder aber oft nur einige Stunden, maximal einige Tage.

Die Zieheltern, meist Bauern, erhielten vom Findelhaus Entgelt für die »Aufzucht«, unterlagen aber auch der Kontrolle dieser Anstalt. Die Findelpflege dauerte bis zum Erreichen des »Normalalters«, das zunächst mit 15 Jahren festgelegt worden war. 1805 wurde das Normalalter auf 12 Jahre herabgesetzt, 1829 auf 10 Jahre. Nach Ablauf dieser Frist übernahm die kommunale Armenfürsorge die Pfleglinge.[19] Aber nur ein verschwindend kleiner Teil von ihnen erlebte überhaupt das Normalalter: 97 Prozent aller Kinder starben vorher, die meisten schon im ersten Lebensjahr. Die Abgabe eines Kindes in das Findelhaus bedeutete demnach seinen beinahe sicheren Tod. Die erschreckend hohe Mortalität lag an der mangelnden Hygiene und an der künstlichen Ernährung mit Kuhmilch: Diese wurde im Vormärz oft mit unsauberem Wasser verdünnt und mit Mehl, Seife oder Pottasche gemischt. Außerdem bediente sich die me-

dizinische Forschung der Säuglinge im Findelhaus: Seit 1802 wurden Findelkinder zur Gewinnung von Impfstoff (Blatternimpfung) herangezogen. Nicht von ungefähr war das »Schutzpocken-Hauptinstitut« dem Findelhaus angeschlossen.[20]

Die Mortalität der Wiener Bevölkerung

Demographische Daten relativieren das Bild von der »Guten alten Zeit«, insbesondere in Anbetracht der Lebenserwartung. Grundsätzlich erreichten im Beobachtungszeitraum – 1790 bis 1860 – Stadtbewohner ein geringeres Alter als Landbewohner. In der Stadt selbst gab es je nach sozialer Schicht sehr unterschiedliche Lebenserwartungen. Die mit der Industriellen Revolution einhergehende Pauperisierung verschärfte noch die Ungleichheit vor dem Tod. Die durchschnittliche Lebenserwartung[21] schwankte bei Männern zwischen 18 und 20, bei Frauen zwischen 20 und 23 Jahren; sie begann erst in den 1860er-Jahren leicht anzusteigen. Buben, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts das erste Lebensjahr überstanden hatten, durften mit 32, Mädchen mit 33 weiteren Lebensjahren rechnen; nach Erreichung des 20. Lebensjahres betrug die Lebenserwartung für Männer 48, für Frauen 49 Jahre.

Die geringe durchschnittliche Lebenserwartung war also auf die Säuglings- und Kindersterblichkeit zurückzuführen. Der wirksamste Schutz gegen die Säuglingssterblichkeit wäre das Stillen gewesen. Bürgerfrauen stillten daher ihre Kinder um 1800 durchschnittlich 6 bis 8, teilweise bis 14 Monate und gaben ihnen dadurch eine Überlebenschance. Frauen der Unterschicht hingegen, die außer Haus arbeiten mussten, brachen das Stillen ab; alsbald kam es zu gastroenteritischen Störungen und zum Tod des Kleinkindes. Laut Statistik[22] starben in Wien um 1800 noch über 62 Prozent aller Kinder vor Erreichung des ersten Lebensjahres. Bis zur Jahrhundertmitte ging dann die Säuglingssterblichkeit in der Stadt allmählich auf 30 Prozent zurück, was freilich nicht auf eine verbesserte Hygiene oder bessere Lebensbedingungen zurückzuführen ist, sondern auf den oben erwähnten »Export« der Mortalität durch das Findelhaus.

Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts stieg die Sterbeziffer (Anzahl der Verstorbenen pro 1.000 Einwohner in einem Jahr)[23] kontinuierlich an und erreichte im Jahrzehnt von 1791 bis 1800 mit 77,1 Promille ihren Höhepunkt. Die Geburtenziffer lag in dieser Zeit mit 49,4 Promille deutlich darunter. Mit dem neuen Jahrhundert sank allmählich die Sterbeziffer, von 1811 bis 1820 hatte sie mit 52,7 Promille annähernd den Stand von 1770 erreicht, fortan lag sie mit durchschnittlich 42 Promille fast durchwegs unter der Geburtenziffer. Nach 1850 hielt die Sterbeziffer bei 41,1 Promille.

Woran starben die Wiener? Chronische Unterernährung bzw. Fehlernährung[24] sowie Erschöpfung durch lange Arbeitszeiten und unzureichende Schlafgelegenheiten (insbesondere für Bettgeher) schufen bei den Unterschichten ein vermehrtes Infektionsrisiko. Unreines Wasser und schlecht entsorgtes Abwasser erhöhten für alle die Mortalität. Die anlässlich der Choleraepidemie von 1831/32 ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung

der städtischen Infrastruktur wirkten sich erst viel später aus. Auch die Medizin war – mit Ausnahme der Pockenbekämpfung – noch nicht in der Lage, das Leben der Menschen zu verlängern; wenn sie sich überhaupt auf eine verbesserte Gesundheit der Menschen auswirkte, dann ausschließlich durch Forderung nach mehr Hygiene.[25]

Im 18. und 19. Jahrhundert starben 30 bis 50 Prozent der Wiener an Infektionskrankheiten.[26] Zwar war die Pest seit 1713 in Wien erloschen, andere Seuchen wie Pocken, Cholera, Typhus und Tuberkulose wüteten aber nicht minder heftig unter der Bevölkerung. Die *Pocken* (Blattern) gefährdeten vor allem Kinder unter zehn Jahren. Zwischen 1790 und 1800 gab es vier Pockenepidemien, allein im Jahr 1800 starben 3.300 Wiener daran; danach ebbte die Seuche ab, flackerte aber 1830 wieder auf und wuchs sich 1849 und 1871 zu neuerlichen Epidemien aus, zuletzt mit 3.300 Toten. Die asiatische *Cholera* hatte 1817 in Kalkutta ihren Ausgang genommen und entlang der alten Karawanenwege Süd- und Südostasien, China, Persien und Arabien heimgesucht. 1830 überschritt sie die russische Grenze, russische Soldaten schleppten sie 1831 in Polen ein,[27] von wo sie durch Flüchtlinge binnen Jahresfrist über ganz Europa verbreitet wurde und 1832 schließlich die USA erreichte. Im August 1831 gelangte die Seuche auch nach Wien, 1832 brach sie ein zweites Mal aus. Sie erfasste alle sozialen Schichten und infizierte jeden 50. Wiener; die Letalität betrug 50 Prozent, insgesamt starben 4.200 Einwohner. In der Folge kehrte die Cholera noch fünf Mal nach Wien zurück: 1836, 1849, 1854/55, 1866 und zuletzt 1873. Alles in allem dürfte Wien 18.000 Choleratote zu beklagen gehabt haben. Die bedeutendste Infektionskrankheit war seit dem 18. Jahrhundert die *Tuberkulose*,[28] sie wurde als typische Wiener Krankheit, als »morbus Viennensis«, nachgerade mit Wien assoziiert, obwohl sie andere westeuropäische Großstädte ebenso heimsuchte. Anfangs eher als Kinderkrankheit gefürchtet, erfasste die Tuberkulose mit der Industriellen Revolution vor allem 20- bis 40-Jährige. Die Ansteckung erfolgte fast immer durch Tröpfcheninfektion, sodass jene Personen, die in sehr beengten Verhältnissen lebten und womöglich kein eigenes Bett besaßen, besonders gefährdet waren. Die Mortalität war bei dieser Seuche also häufig eine Frage der sozialen Situation. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts starben 20 bis 25 Prozent der Wiener an Tuberkulose, die Mortalitätsrate steigerte sich aber und erreichte im letzten Jahrhundertdrittel ihren Höhepunkt.

Migration nach Wien

Wie in zahlreichen anderen europäischen Städten reproduzierte sich auch in Wien die Bevölkerung zumeist nicht selbst, sondern sie stieg als Folge von Zuwanderung.[29] Bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ließen sich 145.000 Einwanderer auf Dauer in Wien nieder, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren es 250.000, also 45.000 bis 50.000 pro Jahrzehnt, in den 1860er-Jahren sogar 60.000. Betrug der Fremdenanteil, also der Anteil jener Personen, die nicht in Wien geboren waren, anno

1820 nur 9,5 Prozent, so lag er 1831 bereits bei 30,5, im Jahr 1840 bei 43 und 1856 bei 44 Prozent. Im gesamten 19. Jahrhundert stammte also mehr als die Hälfte der Wiener nicht aus Wien.[30]

Im Stichjahr 1856 waren 43,8 Prozent der dauerhaft in Wien Lebenden aus der Stadt gebürtig; 22,5 Prozent stammten aus Böhmen und Mähren, 18,8 aus Niederösterreich und den Alpenländern, 11,5 aus dem Ausland, namentlich aus dem Deutschen Bund, 3,4 Prozent waren unbekannter Herkunft. Jüdische Zuwanderer spielten um diese Zeit statistisch noch keine Rolle, denn es lebten erst etwa 15.000 Juden in Wien.

Der auslösende »Pull-Faktor« für Residenzstädte wie Wien lag in ihrer geopolitischen und damit zusammenhängend in der wirtschaftlichen Bedeutung. Das Arbeitsplatzangebot schien eine Einwanderung für Angehörige von ländlichen Unterschichten lohnend zu machen, der Wunsch, dem eigenen sozialen Elend zu entkommen, wirkte als Triebfeder zum Zug in die Stadt. Die traditionellen Berufe der Immigranten waren Dienstboten und Handwerksgesellen, wobei Letztere, wie oben erwähnt, oft nur temporär in der Stadt ansässig wurden. Mit der Protoindustrialisierung, und vor allem mit der Industriellen Revolution strömten immer mehr ungelernte Lohnarbeiter nach Wien. Vor 1850 galten die Vorstädte als bevorzugtes Ziel der Einwanderung, nach der Jahrhundertmitte waren es die Vororte.

Die Handwerker kamen ursprünglich vor allem aus den deutschen Staaten. Im Vormärz behinderten polizeiliche Maßnahmen jedoch die Zuwanderung aus den Ländern des Deutschen Bundes, sodass ein Großteil der Handwerker aus den Provinzen der Monarchie, namentlich aus den Alpen- und Sudetenländern, in die Hauptstadt strömte. Dienstboten stammten vor der Jahrhundertmitte vor allem aus Niederösterreich, danach nahm der tschechische Anteil rasch zu. Die Inbetriebnahme der Kaiser-Ferdinand-Nordbahn (ab 1837) beschleunigte die Zuwanderung aus den nordöstlichen Teilen der Monarchie, doch erst die Aufhebung der bäuerlichen Untertänigkeit nach 1848 mobilisierte die böhmische und mährische Landbevölkerung in bisher ungeahnter Weise. Kamen aus den Ländern der Wenzelskrone im Vormärz fast durchwegs deutschsprachige Migranten nach Wien,[31] so waren es nach der Jahrhundertmitte vorwiegend Tschechen.[32] Letztere siedelten sich in den typischen Arbeitervorstädten und Vororten an. Diese Zuwanderung führte zu einer Proletarisierung Wiens. Zeitgenössischen Schätzungen zufolge betrug der Anteil der Unterschicht an der Wiener Bevölkerung im Vormärz über 80 Prozent.[33]

Frau und Familie

Die traditionelle Familie des 18. und teilweise des 19. Jahrhunderts umfasste nicht nur Eltern, Kinder und engste Verwandte, sondern auch andere im Haushalt lebende Personen, welche in ihrer Gesamtheit die sozioökonomische Einheit des »ganzen Hauses« bildeten und gemeinsam den Lebensunterhalt sicherten. Mit dem Manufakturzeital-

ter begannen sich aber die städtischen Haushalts- und Familienformen zu ändern und zeigten insgesamt ein sehr heterogenes Bild, das sich abhängig von der sozialen Stellung stärker oder schwächer der »modernen« städtischen Familie annäherte. Das *moderne Familienmodell* wurde im ausgehenden 18. Jahrhundert geschaffen und sah statt der herkömmlichen Einheit von Wohn- und Arbeitsplatz die strikte Trennung von öffentlicher und privater Sphäre vor:[34] Der Mann fand seinen Arbeitsplatz außer Haus, der Frau blieb die Führung des Haushaltes und die Erziehung der Kinder vorbehalten. Diese Rollenzuweisung sicherte einerseits die patriarchalische Gesellschaftsstruktur und sorgte andererseits für kleinere Haushalte, welche sich letztlich auf die Kernfamilie – Eltern und Kinder – beschränkten. Der endgültige Durchbruch der modernen Kleinfamilie erfolgte freilich erst nach dem Ersten Weltkrieg.

Nahezu unverändert blieb während des gesamten 19. Jahrhunderts das traditionelle »ganze Haus« in der adeligen und großbürgerlichen Oberschicht; Familie und Dienerschaft lebten in streng patriarchalisch geordneten Verhältnissen unter einem Dach. Bei den Beamten zeigte sich am frühesten das moderne bürgerliche Familienideal; nur zögerlich griff es auch auf die Handwerkerfamilie über, wo als Zeichen der neuen Zeit die Meistergattin nicht mehr in den Produktionsprozess integriert war, sondern auf die Rolle der Mutter reduziert wurde. Eine Änderung gab es, als um die Jahrhundertmitte das Wiener Gewerbe expandierte (vor allem im textilen Bereich) und auf einmal für den Markt zu produzieren begann. Nun nahmen die Betriebsgrößen wieder zu, demzufolge stiegen die Haushaltsgrößen noch einmal an. Daher stellte 1870 der traditionelle Handwerkerhaushalt mit Kernfamilie, Gesellen, Lehrlingen und Gesinde den häufigsten Haushaltstyp in Wien. Aber die Auflösung des alten Familientyps ließ sich nicht aufhalten, denn es bestand auch bei Handwerkern die Tendenz, Wohnort und Produktionsstätte zu trennen.

Das frühkapitalistisch orientierte Bürgertum dürfte, wenn man zeitgenössischen Schriften trauen kann, der Familie einen besonders hohen Stellenwert eingeräumt haben.[35] Hier kam es auf das Knüpfen geschäftlicher Kontakte an. Häusliche Geselligkeit und gepflegte verwandtschaftliche Beziehungen dienten ebenso wie eine gezielte Heiratspolitik als Mittel zum geschäftlichen Erfolg. Söhne von Fabrikanten sollten im eigenen Betrieb oder bei Freunden ihre ersten beruflichen Erfahrungen sammeln, Töchter von Fabrikanten wurden mit Fabrikantensöhnen oder mit Angehörigen aus dem Bildungsbürgertum verheiratet – der gesellschaftliche Kontakt mit diesen öffnete der eigenen Familie einen neuen Bekanntenkreis. Jedenfalls gingen private und berufliche Interessen Hand in Hand. Die Frau lebte zwar vom Berufsleben des Mannes vollkommen getrennt, aber sie bildete das Herz der Gesellschaft und pflegte das Sozialprestige der Familie, sodass ihr indirekt doch eine hohe Bedeutung für das berufliche Fortkommen des Ehegatten zukam.

Für die städtischen Unterschichten, die ja die Masse der Großstadtbewohner bildeten, blieb das moderne bürgerliche Familienmodell im 19. Jahrhundert unerreichbar.[36] Im Gegenteil: Zwar bot die Manufakturperiode den in der Hausindustrie Be-

schäftigten – im Vormärz bis zu einem Fünftel der Wiener – einigermaßen stabile Familienverhältnisse, denn noch immer bildeten Wohnort und Arbeitsplatz eine Einheit, alle Familienmitglieder waren in den Arbeitsprozess eingebunden. Doch die meist mittellosen Zuwanderer (Handwerksgesellen und Arbeiter) waren vielfach gezwungen, sich als Untermieter oder, noch schlimmer, als Bettgeher einer gewerblich tätigen Familie anzuschließen. Untermieter und Bettgeher standen zwar nur in einem lockeren Verhältnis zur Kernfamilie, aber sie vergrößerten deren Haushalt. So stieg die durchschnittliche Wiener Haushaltsgröße von knapp vier Personen um 1800 auf über fünf zur Jahrhundertmitte (sechs in den Vorstädten); im Jahr 1856 machte der Untermieter- und Bettgeheranteil der Wiener Wohnbevölkerung 17 Prozent aus, 1870 waren es schon 23 Prozent, also fast ein Viertel.

An sich orientierte sich das Wiener Proletariat immer mehr am Modell der Kernfamilie. Armut und sich verschärfende Wohnungsnot standen aber vielfach einer Familiengründung im Weg, ja man kann ein Auflösen der Familienstruktur in der ersten Jahrhunderthälfte beobachten. Und sollte einem Arbeiter die Gründung eines Haushalts endlich gelingen, so musste er in der Regel selbst Untermieter und Bettgeher aufnehmen, um sich die steigende Wohnungsmiete leisten zu können. Kinderarbeit spielte sowohl in Heim- als auch in Fabriksarbeiterkreisen eine wichtige Rolle. In diesen Haushalten gab es durchschnittlich 2,8 Kinder pro Familie, wobei die hohe Kindersterblichkeit den Zuverdienst mithelfender Kinder stark relativierte. Handwerkerhaushalte brachten es auf durchschnittlich 2,4 Kinder.

Wien hatte als Industrie- und Dienstleistungsstadt stets einen hohen Anteil an weiblichen Berufstätigen aufzuweisen. Gewiss war *Frauenarbeit (Abb. 1, S. 26)* zum überwiegenden Teil nicht entlohnte Hausarbeit, doch gab es auch eine ganze Reihe von weiblichen Berufen. Vom zünftischen Handwerk blieben die Frauen ausgeschlossen, nichtsdestoweniger war es seit dem Mittelalter üblich, dass Meisterfrauen das Verkaufsgeschäft der vom Meisterbetrieb produzierten Waren übernahmen.[37] Daneben arbeiteten viele Frauen der Unterschicht als Hilfspersonal in den Gewerbebetrieben. So gab es namentlich im Bäckerei- und Zuckerbäckereigewerbe einen besonders hohen Anteil an Verkäuferinnen und Ladenmädchen.[38] Die Arbeitsbedingungen der Ladenmädchen oder »Gewölbefrauen«, die »im Geschäft tätig« waren, dürften äußerst triste gewesen sein; sie wohnten wie das Gesinde beim Dienstgeber und wurden bei überlanger Arbeitszeit (täglich 16 bis 17 Stunden) schlechter bezahlt (1873: monatlich 12 Gulden) als männliche Ladendiener. Der häufigste Frauenberuf fand sich im Dienstbotenbereich: Da im 19. Jahrhundert auf jeden erwachsenen Angehörigen des Adels und des Bürgertums jeweils ein Dienstbote entfiel, betrug der Dienstbotenanteil der Innenstadt über 40 Prozent. Der Anteil an weiblichen Bediensteten stieg von Jahrzehnt zu Jahrzehnt an und machte um 1860 schon über 80 Prozent aus (1900: 97 Prozent).[39] Viele Frauen waren ferner im Gast- und Reinigungsgewerbe beschäftigt, auffallend stark war die Frauenarbeit im Textil- und Bekleidungsgewerbe vertreten: Diese Branche war großteils verlagsmäßig organisiert, sodass hier Frauen zu Niedrigstlöhnen im

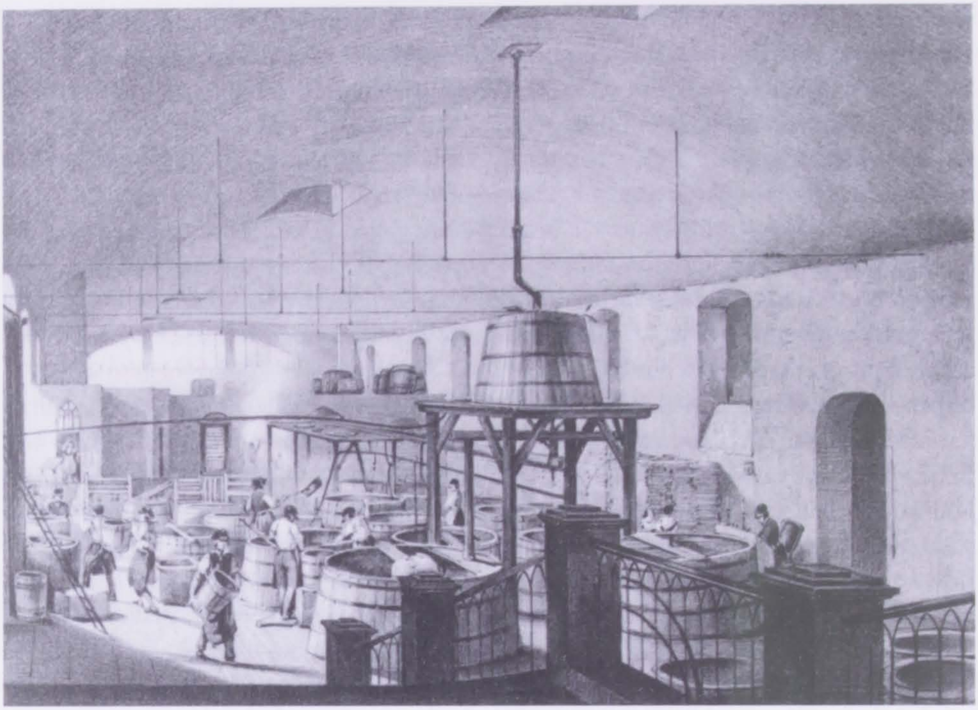


Abb. 1: Frau und Familie: Frauenarbeit um 1845: Apollo-Kerzenfabrik. Lithographie von Franz Xaver Sandmann.

Rahmen der Heimarbeit zu einfachen Tätigkeiten herangezogen wurden.[40] Der Höhepunkt der Frauenarbeit war im Jahr 1870 erreicht, als 47 Prozent aller Wienerinnen im erwerbsfähigen Alter einem Beruf nachgingen. Bei den meisten von ihnen handelte es sich einerseits um junge, ledige Zuwanderinnen, die als Dienstmädchen eine Anstellung fanden, andererseits um Frauen, die in Heimarbeit für die Bekleidungsbranche arbeiteten.

Sozialstruktur im Wandel

Wiens Funktion als Reichshaupt- und Residenzstadt bedingte, dass sich die traditionsverhaftete aristokratische Elite länger behauptete als anderswo. Wiens Funktion als Wirtschaftsmetropole schuf ein kapitalkräftiges Bürgertum, das danach strebte, den Adel aus seiner elitären Stellung zu verdrängen oder sich zumindest gleichrangig an seine Seite zu stellen. Wiens Funktion als Industriestadt ließ den sozialen Kontrast durch ein zahlenmäßig stark ansteigendes Proletariat aufkommen, dessen heute kaum mehr nachvollziehbares Elend die Lebensformen des Adels und Großbürgertums in umso stärkerem Gegensatz erscheinen lässt: Die pauperisierte Bevölkerung Wiens er-

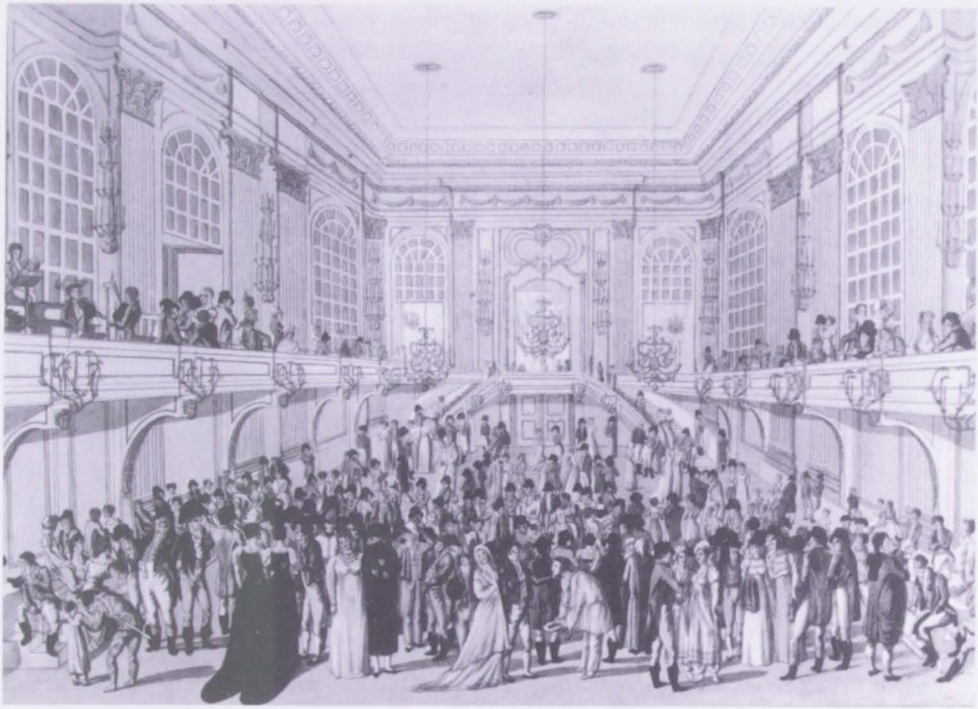


Abb. 2: Maskenball im Redoutensaal 1815. Radierung von Joseph Schütz.

duldete im Zeitraum der Frühindustrialisierung bzw. der Industriellen Revolution die Phase ihrer schlechtesten Lebensbedingungen und geringsten Lebenschancen. Zwischen diesen Welten der Ober- und der Unterschicht stand der gewerbliche Mittelstand, der auf sehr unterschiedliche Weise teils mit althergebrachten, teils mit modernen Produktionsarten sein Überleben zu sichern trachtete.

Für das Jahr 1840 sah die soziale Schichtung von Wien innerhalb des Linienwalles folgendermaßen aus, wobei in dieser Statistik nur heimatberechtigte Männer erfasst sind: 0,7 Prozent zählten zur Geistlichkeit; 3,5 Prozent zum Adel; 5,7 Prozent wurden den »Honoratioren« (Bildungsbürger, Beamte) zugerechnet; 11 Prozent den Künstlern und Gewerbeinhabern; 79 Prozent betrug der Anteil der Unselbstständigen, also des gesamten Spektrums der Unterschichten.[41]

Adelige

Der in Wien ansässige »Alte Adel«[42] kam aus allen Teilen der Monarchie. Seit dem Zeitalter des höfischen Absolutismus *(Abb. 2)* gründete sich Wiens Reichtum nicht zuletzt auf die Tatsache, dass die Angehörigen dieser Schicht ihr Vermögen auf ihren

Landgütern erwirtschafteten und in Wien ausgaben. Sie beschäftigten in ihren Stadtpalais nicht nur eine große Zahl von Dienstboten, sondern gaben auch dem Luxusgüter produzierenden Gewerbe eine solide Existenzgrundlage. Die vornehmsten Vertreter des Adels waren vom Kaiser in den Reichsgrafen- und Reichsfürstenstand erhoben worden. Diese bildeten die »Erste Gesellschaft«, welche die höchsten Ämter bei Hof, in der Zentralverwaltung, in der Armee und in der Kirche für sich beanspruchten. Als Mäzen von Kunst und Wissenschaft trat diese Erste Gesellschaft in Wettstreit mit dem Kaiserhof. Gegenüber anderen schottete sie sich ziemlich strikte ab. So beschreibt ein britischer Diplomat[43] der 1850er-Jahre deren Mitglieder, die ... *der übersteigerte Stolz auf die Geburt arg in die Irre trieb. [...] ... die ›Chinesische Mauer‹, welche damals die Wiener ›crême de la crême‹ umgab, [...] hielt unübersteigbar jeden fern, den diese exklusiven Menschen als nicht zu ihnen gehörig ablehnten.* Alle nach dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Nobilitierten (»Neuer Adel«) gehörten ebenso wie die niederen Altadeligen der »Zweiten Gesellschaft« an. Auch sie bekleideten bis zum Ende der Monarchie vielfach hohe Posten in den Bereichen Politik, Verwaltung und Heerwesen; als geadelte Bankiers oder Industrielle demonstrierten sie ihren Luxus in den Ringstraßenpalais.[44] Zum exklusiven Zirkel der »Ersten Gesellschaft«, der höchstens 200 Familien angehörten, fanden sie jedoch keinen Zugang. Eheverbindungen zwischen ihnen und der Ersten Gesellschaft waren so gut wie ausgeschlossen.

Kaiser Franz besetzte die obersten politischen Posten ausschließlich, Kaiser Franz Joseph fast ausschließlich mit Vertretern der hohen alten Aristokratie, zumeist mit Fürsten oder Grafen, gelegentlich mit Freiherren. Die »neuen« Adeligen zählten mit wenigen Ausnahmen zu den drei unteren Adelsrängen: von, Ritter, Freiherr bzw. Baron. Von 1804 bis zum Untergang der Monarchie wurden insgesamt 4.044 Offiziere, 2.157 Beamte, 1.008 Vertreter von Handel, Industrie und Bankwesen – dazu gehörten auch nobilitierte Juden[45] – sowie 282 Persönlichkeiten der Wissenschaft und Kunst geadelt.[46]

Bürgerliche Oberschicht und Beamte

Schon im ausgehenden 18. Jahrhundert begann sich die gesellschaftliche Mitte Wiens neu zu formieren.[47] Einer modernen und dynamischen bürgerlichen Oberschicht *(Abb. 3)* gelang der Durchbruch, sie prägte eigene Lebensformen, Verhaltensweisen, Tugenden und Normen und setzte ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch, dass ihre »bürgerliche Kultur« als die einzig akzeptable Form der Kultur galt. Zu den Vertretern dieser bürgerlichen Kultur zählten die selbstständigen Unternehmer (»Wirtschaftsbürger«), die Angehörigen der Freien Berufe (Advokaten, Notare, Apotheker, Journalisten, Ingenieure), ferner Wissenschaftler, Professoren und Lehrer an höheren Schulen sowie gehobene Beamte (auch wenn sie im Vormärz noch nicht dem Bürgertum zugeordnet wurden). Im weiteren Sinne kann zu diesen zumeist akademisch gebildeten »Bildungsbürgern« auch der katholische Klerus gerechnet werden.



Abb. 3: Vor der Wiener Börse, Weihburggasse 939. Lithographie von Alexander Franz Ritter v. Bensa.

Die Bürger bildeten keine homogene Gruppe, die Palette reichte vom »Ringstraßenbaron« bis zum kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden. Dennoch kristallisierte sich eine bürgerliche Identität heraus, eine Identität des Mittelstandes, der sich bewusst von den Eliten des Ancien Régime abhob und den Unterschichten ein Vorbild gab.[48] Den bürgerlichen Tugenden wie Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit stand nicht entgegen, dass auch der Begriff »Freizeit« entdeckt wurde. Bürgerliche Freizeit unterschied sich allerdings vom adeligen »Müßiggang«, weil sie »sinnvoll« und »vernünftig« gestaltet wurde und Erholung, Geselligkeit und Vergnügen bot. Der »ideale« Bürger demonstrierte seine bürgerlichen Tugenden der Öffentlichkeit als Gastgeber und auch als Gast von seinesgleichen: Er zeigte seinen beruflichen Erfolg und sein dadurch erworbenes Vermögen, er präsentierte seine – aus der entsprechenden Familie stammende – Gattin,[49] seine wohlerzogenen Kinder *(Abb. 4, S. 30)*. Dies verschaffte ihm die entsprechende Reputation, die er gesellschaftlich und geschäftlich nützen konnte. Finanzielle Schwierigkeiten, beruflicher Misserfolg, eine Ehefrau, die über keine »unterhaltsamen Talente« verfügte, ließen die Reputation sinken; die gesellschaftlichen Kontakte rissen ab.

Der überwiegende Teil der in der Reichshauptstadt tätigen *Beamten* – nach der Jahrhundertmitte waren es 60 Prozent – stammte direkt aus Wien, Beamtenstatus konnten also Zuwanderer kaum erreichen; nur 15 Prozent kamen aus Böhmen, 11 Prozent waren aus Ungarn gebürtig. Mehr als die Hälfte der Wiener Beamten war verheiratet, zwei Drittel standen ihrem eigenen Haushalt vor.[50] Hohe und höhere Beamte zählten gesellschaftlich zur bürgerlichen Oberschicht und mussten ein standesgemäßes Leben in der entsprechenden Wohngegend (Innenstadt) und mit der entsprechenden Anzahl



Abb. 4: Bürgerliche Familie um 1854. Gemälde von Michael Neder.

von Dienstboten führen, auch wenn die Gehälter dafür nicht immer reichten. Zur Jahrhundertmitte beschäftigten nur vier Prozent der Wiener Beamten mehr als drei Dienstboten – bei diesen handelte es sich um die Spitzen der Gesellschaft, die dem Hochadel angehörten. In vier Prozent der Beamtenhaushalte arbeiteten drei Dienstboten, in 17 Prozent zwei und in 37 Prozent nur einer. Im Vormärz verdiente ein Hofrat zwischen 1.500 und 3.000 Gulden im Jahr, niedere Beamte um die 400 Gulden. Die schlecht bezahlten niederen Beamten bewohnten die Vorstädte, namentlich die Josefstadt. Viele von ihnen konnten ihre Familie kaum ernähren, geschweige denn sich einen Dienstboten leisten (39 Prozent der Wiener Beamten). Doch ihr Standesethos verbot die Berufstätigkeit der Frau, daher sahen sie sich gezwungen, abgeschirmt vor den Blicken der Öffentlichkeit einer innerhäuslichen Nebenbeschäftigung nachzugehen. Der Beamte erledigte nachts diverse Schreibarbeiten (z. B. Kuverts für Adressbüros schreiben), die Frau half mit Näh- und Schneiderarbeiten aus.

Angestellte

Obwohl der Begriff »Angestellter« erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts gebräuchlich wurde, unterschied die Gewerbeordnung von 1859 bereits die höheren Dienstleistungen wie Werkführer, Mechaniker, Buchhalter, Kassier oder Chemiker von den Hilfsarbeitern; ebenso hob sie die »zu kaufmännischen Diensten verwendeten Gehilfen« als eigenes Arbeitnehmerpersonal mit eigenen arbeitsrechtlichen Bestimmungen hervor. Die Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen wurden im »Allgemeinen Handelsgesetzbuch« von 1862 eigens behandelt. Es gab also um die Mitte des 19. Jahrhunderts bereits eine kleine, spezialisierte, wenn auch sehr heterogene Berufsgruppe, die wir heute als »Angestellte« bezeichnen würden.[51] Ihr gehörten zu dieser Zeit etwa 2,5 Prozent der Wiener Bevölkerung an, wobei der Frauenanteil mit weniger als sieben Prozent sehr gering war.

Allgemein lassen sich die Angestellten in drei Berufsgruppen gliedern: Verkaufspersonal, technische Angestellte und Büroangestellte. Das Verkaufspersonal (Handlungslehrling, Verkäufer, Kommis, Handlungsdiener) übte seinen Beruf oft nur für kurze Zeit aus und trachtete danach, sobald wie möglich einen eigenen kleinen Gewerbebetrieb zu eröffnen. Die technischen Angestellten (Techniker mit Hochschulausbildung, Zeichner, Werkmeister) nahmen mit zunehmender Industrialisierung zahlenmäßig rasch zu; im Unterschied zum Verkaufspersonal lebten sie im eigenen Haushalt und nicht beim Dienstgeber. Auch die Büroangestellten (Versicherungs- und Bankangestellte, Buchhalter, Kassiere, Sekretäre, Geschäftsleiter, Spediteure, Handelsreisende usw.) genossen großteils schon moderne Arbeitsbedingungen und lebten im eigenen Haushalt.

Noch bildeten die Angestellten keine eigene Klasse, aber sie beanspruchten für sich einen gewissen Status, der sie, je nach Einkommen und Verantwortung, dem mittleren und kleineren Bürgertum zuordnete. Ihrer Herkunft nach stammten in den späten 50er-Jahren des 19. Jahrhunderts 36 Prozent aus Wien, 8 Prozent aus Niederösterreich, 20 Prozent aus Böhmen und 14 Prozent aus Ungarn, wobei Wiener das höchste, Zuwanderer das niedrigste Sozialprestige genossen; je höher der Posten, desto geringer war der Zuwandereranteil. Die höheren Angestellten wie Geschäftsleiter, Büro- oder Bankangestellte waren gesellschaftlich den höheren Beamten gleichgestellt und bewiesen dies auch äußerlich, indem sie ebenfalls in der Innenstadt wohnten und mehrere Dienstboten beschäftigten. Niedere Angestellte mussten sich mit einem Haushalt in der Vorstadt begnügen und hatten keine Dienstboten.

Gewerbetreibende

Im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert war Wien die viertgrößte Stadt Europas und die größte Stadt im deutschen Sprachraum. Sie bot dem Handwerk reichlich Arbeitsmöglichkeit und übte eine entsprechend große Anziehungskraft auf Gewer-

betreibende aller Art aus. Doch wie in allen gesellschaftlichen oder sozialen Bereichen war auch die Welt des Gewerbes in ständiger Bewegung begriffen. Räumlich bedeutete diese Bewegung einerseits Zuwanderung, andererseits Verlegung des Betriebes aus der Innenstadt in die »Gewerbevorstädte«. Gesellschaftlich glich die Bewegung einem Kampf um den Erhalt der sozialen Mitte: Viele selbstständige Kleingewerbetreibende verloren nach und nach ihre Position einer prägenden städtischen Gesellschaftsschicht. Sie büßten ihren Status als »Mittelstand« ein und glitten zur unteren Mittelschicht, bisweilen zur Unterschicht ab, einigen gelang der Aufstieg zum unternehmerischen Großbürgertum.[52] Die industrielle Gesellschaft spaltete sich in Klassen, dabei ging die traditionelle Mitte verloren.[53]

Handwerker, Kleingewerbetreibende und Freiberufler wurden also weitgehend in die Vorstädte abgedrängt. An ihrer statt zog eine neue bürgerliche Leistungselite in die Innenstadt ein. Viele kamen aus dem Ausland, da es in Wien zunächst an Kapital und an nötigem Fachwissen mangelte. Bankiers, die den österreichischen Kapitalmarkt für die Industrialisierung aufbauten, wanderten aus dem Elsass (Fries), aus der Schweiz (Geymüller), aus dem Reich (Rothschild, Arnstein, Eskeles) oder – über Triest – aus dem Osmanischen Reich (Sina, Dumba, Karajan) ein; Industrietechniker kamen aus England (Haswell, Drory), Unternehmer aus Süddeutschland und Oberitalien, Eisenbahn-, Straßen- und Wasserbautechniker aus Lombardo-Venetien (Ghega, Negrelli, Francesconi, Pasetti) und Architekten aus Deutschland, aus der Schweiz oder aus Dänemark (Förster, Hansen, Müller, Tietz).

Nur bei den größeren Unternehmern hatte sich bis 1860 die Trennung von Haushalt und Produktion vollzogen.[54] Für die Masse der Gewerbetreibenden gab es aber noch die traditionellen, hausrechtlich gebundenen Arbeitsplätze; viele Selbstständige lebten in äußerst bescheidenen Verhältnissen *(Abb. 5)*, es gab zahlreiche Handwerksmeister, die sich keinen Gehilfen leisten konnten. Wer hingegen reiche Innenstadtbewohner zu seinen Kunden zählte, konnte sich auch selbst in der Innenstadt behaupten und dort sein Luxusgewerbe mit den nötigen Hilfskräften betreiben.

Wenigstens ein Drittel der Wiener Bevölkerung konnte im Vormärz dem Handwerk zugerechnet werden. Eine große Zahl von Betrieben bestand nur aus einer Person, dem Meister; selten konnte ein Meister noch einen Gesellen mitbeschäftigen. Eine Betriebserhebung[55] des Jahres 1837, welche alle Wiener Gewerbe inklusive Fabriken und Manufakturen erfasste, ergab 24.396 Unternehmen, in denen 18.954 Gesellen, 7.391 Lehrlinge, 4.923 Arbeiterinnen und 717 Lehrmädchen tätig waren. Diese Zahlen beweisen die kleingewerbliche Strukturierung der Wiener Betriebe und geben indirekt einen Hinweis auf die prekäre soziale Lage vieler kleiner Gewerbetreibender. So kritisierten Handwerker die Wiener Gewerbeausstellungen der Jahre 1835, 1840 und 1845, weil für die … *Ausstellung von Gewerbeerzeugnissen kostspielige Paläste gebaut werden, während Tausende von denen, die die ausgestellten Produkte verfertigen, in elenden Löchern ein elendes Dasein fristen.*[56] Ein Produkt des sich auflösenden Mittelstandes waren die »Sitzgesellen«.[57] Dies waren Handwerksgesellen, die zwar keinen Gewerbeschein besaßen,

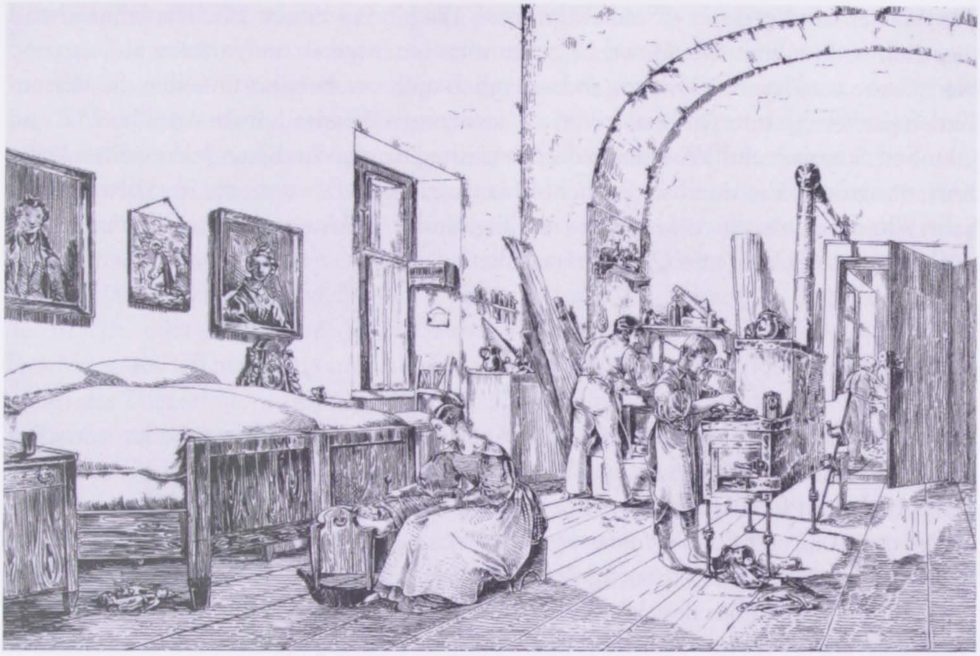


Abb. 5: Wohn-, Schlaf- und Arbeitsraum eines Tischlers um 1833/37.

sich aber dennoch selbstständig machten und daheim einer Verlagsarbeit nachgingen. Sie wohnten und arbeiteten in Kleinwohnungen, oft sogar nur in Untermiete, bisweilen mit einem Gehilfen als Bettgeher. Nach 1858 nahm in Wien die Zahl der Sitzgesellen sprunghaft zu.

Im mitteleuropäischen Handwerk war die Wanderschaft der Gesellen üblich,[58] allerdings zeichnete sich ein Strukturwandel der »Walz« ab: Umfasste die Migration im 18. Jahrhundert, als die Zünfte noch übernational waren, das gesamte alte Reich, so konzentrierten sich im 19. Jahrhundert die Arbeitsmärkte innerhalb der staatlichen Grenzen, die Zünfte wurden »national«. Seit dem beginnenden 19. Jahrhundert verstärkte sich der Zuzug aus Böhmen; für tschechische Gesellen war ein Arbeitsplatz in Wien eine Frage des Prestiges. In geringerer Zahl strömten Gesellen aus Norditalien, Slowenien und Kroatien und wie ehedem aus Südwestdeutschland nach Wien. Grundsätzlich hatte jedes Gewerbe seinen eigenen Einzugsraum, seine eigene Migrationsroute und seinen eigenen Arbeitsmarkt. Die Wanderungsbereitschaft war je nach Branche verschieden: In der Seidenerzeugung kam die Wanderschaft schon im 18. Jahrhundert zum Erliegen. Für die meisten Gesellen dieser Branche blieb der Gesellenstatus endgültig, es gab kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Eine geringe Wanderungsbereitschaft gab es bei Fleischern, Maurern und einzelnen Textilgewerben; die meisten rekrutierten sich aus Wien und Umgebung. Hoch war hingegen die Wanderlust bei Tischlern und Buchbindern sowie bei einzelnen Metallgewerben und natürlich bei Schneidern. Allein bei

den Massenhandwerkern – Schneidern und Tischlern – zogen jährlich zehntausend Gesellen nach Wien. Alle Gewerbe zusammen brachten es im Vormärz auf 140.000 bis 160.000 wandernde Gesellen, sodass täglich mehrere hundert Gesellen die Wiener Linien passierten. International galten als bevorzugte Wandermonate April bis Mai und Oktober; Sommer und Winter wurden gemieden, da man in diesen Jahreszeiten keine Anstellung fand. Ein durchschnittlicher Handwerksgeselle verdiente im Vormärz täglich 18 Kreuzer, also etwa so viel wie ein Taglöhner; im Unterschied zu diesem musste er aber nichts für Kost und Quartier ausgeben.

Dienstboten

In der Residenzstadt Wien machte die Gruppe der Dienstboten einen außerordentlich hohen Anteil der Bevölkerung aus.[59] Vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts betrug der Anteil konstant 15 Prozent der Bevölkerung, in der Innenstadt während des Vormärz sogar 45 Prozent. Erst ab 1850 nahm die Zahl der Bedienten prozentuell ab (1880: 13 Prozent). Von Anfang an überwogen die weiblichen Dienstboten gegenüber den Männern: Zu Jahrhundertbeginn waren drei Viertel des Dienstpersonals Frauen – meist im Alter zwischen 20 und 35 Jahren; um 1860 waren es schon vier Fünftel (um 1900: 97 Prozent). Bei den weiblichen Dienstboten[60] handelte es sich meist um Töchter aus ärmeren bäuerlichen oder kleinbürgerlichen Verhältnissen, seltener aus Arbeiterfamilien; um 1857 stammten etwa 41 Prozent von ihnen aus Wien, Nieder- und Oberösterreich, 36 Prozent aus Böhmen und Mähren, jeweils sechs Prozent aus Bayern und Ungarn.

In Wien herrschten drei Wohnhaustypen vor:[61] Das palastartige Haus des Adels und Großbürgertums hatte einen sehr hohen Dienstbotenanteil – so beschäftigte Fürst Liechtenstein nicht weniger als 76. Im Gewerbebürgerhaus gab es nur wenige, die Masse der armen Bevölkerung hatte keine Dienstboten. Das Dienstbotendasein kannte demnach eine große Vielfalt von Erscheinungsformen mit sehr unterschiedlichen sozialen Standards: Erzieherin, Gouvernante, Kammerjungfer, Kinderfrau, Stubenmagd, Magd bzw. Hofmeister, Kammerdiener, Tafeldecker, Koch, Zimmerputzer, Stiefelputzer, Hausmeister, Portier, Hausknecht, Kutscher, Reitknecht, Futterknecht, Rosswärter, Staller usw. In einfachen Beamtenhaushalten musste das »Mädchen für alles« sämtliche nötigen Funktionen im Alleingang bewerkstelligen.

Ursprünglich zählte das Gesinde zur Familie und unterlag dem Familienrecht.[62] Der aufgeklärte Absolutismus brachte dem dienenden Personal im Jahr 1784 durch die Stadtdienstbotenordnung für Wien ein Vertragsverhältnis, das die Dienstboten außerhalb der Familie stellte; viele hausrechtliche Elemente blieben aber bestehen und schränkten deren persönliche Freizügigkeit stark ein. Dennoch gab es Klagen von konservativen Dienstgebern über den »Luxus« und »Sittenverfall« der Dienstboten, sodass die Wiener Gesindeordnung des Jahres 1810 bzw. die neue Dienstordnung für das Wiener Hausper-

sonal des Jahres 1811 wieder auf die alte patriarchalische Beziehung zwischen Dienstherrn und Dienstboten zurückgriff. Für ein volles Jahrhundert waren nunmehr die hausherrschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse gesetzlich geregelt und machten es möglich, dass Dienstboten ohne Freizeitanspruch, ohne Arbeitszeitbegrenzung, ohne Arbeitsschutz und auch ohne Krankenversicherung schrankenlos ausgebeutet werden konnten. Der Hausherr besaß zwar das Züchtigungsrecht für Minderjährige und verfügte über unkontrollierbare Sanktionsmöglichkeiten, sah aber keine Verpflichtung, Kranke oder Altersschwache weiter in seinem Haushalt zu beschäftigen. Eine Kündigung dieser Betroffenen bedeutete den totalen Ruin. Es gab meist nur den Ausweg der Taglöhnerarbeit, der Bettelei oder der Prostitution.[63] Grundsätzlich herrschte eine Kongruenz zwischen Reichtum des Dienstgebers und Lebensstandard (Entlohnung, Kleidung, Unterbringung) des Dienstboten. In Bürgerhaushalten verdiente ein Stubenmädchen oder eine Köchin anno 1879 zwölf bis 15 Gulden monatlich, der Mindestlohn eines »Mädchens für alles« betrug sieben Gulden. Solche Beträge reichten nicht, um etwas für die Altersvorsorge zurückzulegen. Aber in Wien sorgte eben ein reger Zuzug für ein beständiges Überangebot an Arbeitskräften, sodass die Löhne entsprechend niedrig gehalten werden konnten. Zum Vergleich: Das Minimaleinkommen eines Arbeiters zur Erhaltung einer vierköpfigen Familie betrug monatlich 50 Gulden.[64]

Obwohl also 1810 bzw. 1811 die patriarchalische Hausgewalt gesetzlich fixiert war (und bis zum Hausgehilfengesetz des Jahres 1920 gültig blieb), verstärkte sich beim städtischen Hauspersonal die Mobilität: Lebenslange Anstellungen wurden seltener, das hausrechtliche Abhängigkeitsverhältnis wandelte sich häufiger in befristete Lohnarbeit. Diese Veränderung schlug sich in mannigfachen Klagen über unmoralische und untreue Dienstboten nieder: über das kokette, intrigante, betrügerische Dienstmädchen bzw. über den ungebildeten, aber pfiffigen und oft anmaßenden Bedienten. Doch gerade solche Klagen, welche auch von der zeitgenössischen Literatur tradiert wurden und das Klischeebild der Dienstboten prägten, kennzeichnen die allmähliche Auflösung herkömmlicher Sozialbeziehungen und den gesellschaftlichen Wandel, der mit dem Einzug der Moderne einherging.

Arbeiter

Die Vordenker des Merkantilismus bzw. des Kameralismus glaubten im 18. Jahrhundert, einen Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und Vergrößerung des Reichtums erkennen zu können. Als sich aber zugleich mit dem beginnenden Kapitalismus die Bevölkerung tatsächlich sprunghaft vermehrte, meinte der Philosoph und Kritiker des Kapitalismus, Friedrich Hegel, 1817, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug sei, um dem Übermaß an Armut, also der »Erzeugung des Pöbels«, entgegenzusteuern. Tatsächlich vollzog nun die Regierung eine Umkehrung der Werte: Sie sah in der anwachsenden Zahl der Population nicht länger eine Erweiterung der Ressourcen,

sondern einen Faktor der Bedrohung durch die *pauperisierten Massen*. Die soziale Frage schuf zwar dringenden Handlungsbedarf, doch wurde dieser nicht wahrgenommen. Im Gegenteil: Die Behörden versuchten, durch polizeiliche Disziplinierungsmaßnahmen der zunehmenden sozialen Spannung Herr zu werden und so die vormodernen politischen Strukturen zu wahren. Und die bürgerliche Presse beklagte die verloren gegangene Wiener Gemütlichkeit.

In Wien gab es drei Gruppen von Arbeitern:[65] die hausrechtlich gebundenen Arbeiter – sie wohnten im Haushalt ihres Dienstgebers und wurden oft auch unter der Rubrik »Gesinde« geführt; die hausindustriell produzierenden Arbeiter – für sie bildete der eigene Haushalt und die Produktionsstätte eine Einheit; und schließlich die industriellen Lohnarbeiter – sie wohnten von ihrem Arbeitsort getrennt. Es ist heute kaum möglich, zu diesen drei Gruppen genaue Zahlenangaben zu machen. Man rechnet, dass um 1790 etwa 15.000 »Fabriksarbeiter« in Wien ansässig waren, womit jene Hilfskräfte gemeint sind, die im außerzünftischen Gewerbe, zumeist in der Seidenerzeugung, ihre Beschäftigung fanden.[66] Ab 1800 dürften etwa 20 Prozent aller Erwerbstätigen durch die Seidenfabrikation ihr Auslangen gefunden haben, was aber über die tatsächliche Zahl der Arbeiter in Wien nichts aussagt. Ein Fabriksarbeiter verdiente im Vormärz täglich 30 bis 60 Kreuzer (½ bis 1 Gulden). Nach 1815 strömten im Durchschnitt vier- bis fünftausend, 1830 sechstausend besitzlose, ungelernte Lohnarbeiter pro Jahr nach Wien. Sie bildeten für die Textilindustrie, welche sich in den westlichen Vorstädten angesiedelt hatte, ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir, ab 1830 auch in der Stoffdruckindustrie in den westlichen Vororten. Von Hernals bis Meidling stieg nach 1840 die Bevölkerung sprunghaft an, agrarisch strukturierte Dörfer wandelten sich binnen weniger Jahre zu Fabriksvororten. Die einstmals eleganten Erholungsorte verarmten und mutierten zu »Orten des Pöbels«.

Von Anfang an hatten die mittellosen Zuwanderer *(Abb. 6)* um ihre Existenz zu kämpfen. Viele fanden keine Arbeit, was zur raschen Verelendung und zum frühen Tod führte. Darüber hinaus stellte die Wohnungsnot ein kaum überwindbares Problem dar. Die Wohnungsknappheit war auch eine Folge der Bodenspekulation, welche nicht erst im Vormärz und in der liberalen Ära, sondern bereits im Jahr 1780 beklagt wurde.[67] Ab den beginnenden 1840er-Jahren verschlechterten sich die Lebensbedingungen rapide, als die Stoffdruckereien auf Maschinenbetrieb umstellten: Moderne »Perotinen« (nach dem Erfinder Pérotin) verdrängten die Handdruckereien.[68] So meldete im Oktober 1845 ein Polizeibericht, dass in den Vororten Hunderte Arbeiter, auch Familienväter, brotlos geworden waren und keine neue Arbeit fanden, weil sie seit ihrem siebenten oder achten Lebensjahr Stoffe druckten und keine andere Ausbildung genossen hatten. Im März 1847 äußerten Fabrikanten ihre Angst vor Gewalttaten, weil in den Vororten Scharen von Arbeitslosen umherstreiften. Tatsächlich gab es immer wieder vereinzelte Gewaltakte, die schließlich in den Maschinenstürmen des Revolutionsjahres 1848 gipfelten.

Der Pauperismus, das Schreckgespenst des Biedermeierzeitalters, offenbarte sich in einer zunehmenden Verelendung Wiens. Der Grund dafür lag in der traditionellen Ar-



Abb. 6: Aufbruch eines Arbeiterehepaares, 1854. Ölgemälde von Ferdinand Georg Waldmüller.

mut der agrarischen Unterschichten, die nach Wien strömten, und in der Tatsache, dass die Industrialisierung langsamer wuchs als die Bevölkerung. So verhieß die Maschine zwar Fortschritt und Wohlstand, aber sie erzeugte auch massenhaftes Elend. An sich war Pauperismus vor allem ein Problem der nichtstädtischen Industrielandschaft, der in Wien noch vergleichsweise gebremst zutage trat, denn er wurde in der vormärzlichen Residenzstadt von höfischer und adeliger Repräsentation sowie von den Exponenten der staatlichen Verwaltung überstrahlt.[69] Dennoch erfasste er einen großen Teil der Wiener Bevölkerung.

Die vom Bürgertum geprägte öffentliche Meinung distanzierte sich aufs Schärfste vom Proletariat und diffamierte das »gemeine Volk« als »Pöbel«, »Canaille« oder »gefährliche Klasse«.[70] Sie beklagte dessen Sittenverfall und Immoralität, Genusssucht und Arbeitsscheu sowie Kriminalität. Den Lastern des Proletariats stellte man die bürgerlichen Werte gegenüber: Moral, Bescheidenheit, Disziplin, Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Gehorsam, Verantwortungsbewusstsein, Fleiß, Sparsamkeit usw. Durch Zwangsmaßnahmen sollten die Arbeiter eine »moralische Erneuerung« erfahren und dadurch zu einem berechenbaren Produktionsfaktor werden. So hielt man frühere Sperrstunden

der Lokale, eine auf Montag verlegte Lohnzahlung (Verhindern des »blauen Montags«?) oder eine moralische Überprüfung der Volksbelustigungen für geeignet, die Vergnügungen der Unterschicht, die als bloße Zeit- und Geldverschwendung betrachtet wurden, in »vernünftige« Bahnen zu lenken. Die Gesellschaft billigte den Arbeitern keine eigenverantwortlich zu gestaltende Freizeit zu. Daher wurde die überlange Arbeitszeit in den ersten Jahrzehnten der Industriellen Revolution nicht als Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern als Notwendigkeit angesehen, um den Arbeiter von seiner ihm innewohnenden Trunk- und Verschwendungssucht, Spielleidenschaft, maßlosen Lustbarkeit oder auch Gewalttätigkeit abzuhalten. Der Wiener Arbeiter hatte nur an kirchlichen Feiertagen ganz frei. Um 1840 arbeitete er durchschnittlich 97 Stunden pro Woche, um 1870 immer noch 71 Stunden: elf Stunden wochentags und fünf Stunden sonntags.[71] Der erste Kollektivvertrag der Geschichte, den die Wiener Arbeiter in den stürmischen Märztagen des Jahres 1848 erkämpften und der ihnen einen Zehn-Stunden-Arbeitstag sichern sollte, geriet rasch wieder in Vergessenheit.

Die Arbeit an der Maschine bescherte dem Arbeiter eine neue Zeiterfahrung: Statt des auf dem Lande üblichen unregelmäßigen Wechsels von Phasen höchster Arbeitsintensität und solchen des Müßigganges musste sich der moderne Industriearbeiter an den pünktlichen Arbeitsbeginn ebenso wie an den tagein tagaus gleichförmigen Arbeitsrhythmus anpassen. Dies führte zu Konflikten mit dem Arbeitgeber, der die Unpünktlichkeit ebenso beklagte wie den »blauen Montag« und zu Disziplinierungsmaßnahmen wie Geldbuße, Züchtigung, erzwungene Mehrarbeit oder Entlassung griff. Erst ab der Jahrhundertmitte setzte sich der Normalarbeitstag mit festen Pausen, Beginn- und Schlusszeiten durch. Angesichts der tristen Wohnverhältnisse verbrachten die Arbeiter ihre kärgliche Freizeit im Wirtshaus außerhalb der Linien, darunter namentlich im Vorort Neulerchenfeld. Hier fanden sie den Ort der Entspannung, der sozialen Kontakte, auch der physischen Wärme und der elementarsten Hygiene. Das »Freizeitverhalten« beschränkte sich vielfach auf den Wein- und Branntweinkonsum, war also anspruchslos. Gelegenheit zur Verschwendung im Rahmen der ihnen gesetzten Grenzen hatten die Armen nur anlässlich zweier großer Feste im Jahr: dem Praterfest am 1. Mai und (vor 1848) dem Brigittenauer Kirtag am 23. Juli. Nach der Jahrhundertmitte forderte die Arbeiterbewegung selbst eine Disziplinierung des Freizeitverhaltens, indem sie für Arbeiter Freizeit-, Sport- und Bildungsvereine schuf und eine »proletarische Alltagskultur« propagierte. Erste Erfolge stellten sich in den 1860er-Jahren ein.

Wiens Armenwesen

Seit dem 18. Jahrhundert gehörte die Massenarmut zum Alltagsbild der österreichischen Länder. Die Armenbetreuung fiel in die Kompetenz der Pfarren und Gemeinden. Fahrendes Volk, Bettler und verwahrloste Kinder prägten auch das Alltagsbild der Straßen Wiens.[72] Schon Leopold I. ließ 1693 auf dem Gelände des späteren

Allgemeinen Krankenhauses Wohngebäude für Invalide aus den Türkenkriegen und für Obdachlose erbauen. Dieses durch private Stiftungen vergrößerte Großarmenhaus konnte bald 5.000 Personen aufnehmen. Joseph II. löste die Einrichtung auf, ließ die Militärinvaliden in das 1787 errichtete Invalidenhaus (3, Invalidenstraße 1–11) und die zivilen gebrechlichen Siechen in das »Bäckenhäusel« (9, Währinger Straße 42) sowie in das Haus »Zum blauen Herrgott« (9, Spitalgasse 23) einweisen. Beide Armenhäuser existierten bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Joseph II. war es auch, der an Stelle von aufgelösten Bruderschaften 1783 das Wiener Armeninstitut gründete.[73] Dessen Aufgabe bestand in der Sammlung von Spenden und deren Verteilung an die Bedürftigen. Aus den ursprünglich 29 Armenbezirken wurden angesichts der immer größer werdenden Zahl an Unterstützungsbedürftigen seit 1803 insgesamt 90 Armenbezirke in Wien und in den Vorstädten. Die Spenden flossen erstaunlich reichlich: Allein im Jahr 1830 betrug das Jahresbudget des Instituts 130.000 Gulden. Joseph II. hatte auch ein Arbeitshaus (freiwillige Arbeitsanstalt) einrichten lassen, um der Bettelei und dem »Müßiggang« vorzubeugen.

Die napoleonischen Kriege führten zu einem zahlenmäßigen Anstieg der Armen. Zur Linderung der Not lud die staatliche Wohltätigkeits-Hofkommission im Jahr 1800 den Hamburger Kaufmann und Sozialreformer Kaspar Vogth nach Wien, um ihn ein soziales Programm für Österreich ausarbeiten zu lassen. Von seinen Vorschlägen wurden aus budgetären Gründen nur Teile verwirklicht: Die geforderte Errichtung von Armenwohnungen blieb Illusion, hingegen wurden 1804 ein Zwangsarbeitshaus mit angeschlossener »Korrektionsanstalt« (siehe unten) sowie Suppenanstalten gegründet: 1801/02 öffnete die erste Suppenanstalt in der Wipplingerstraße ihre Pforten für die in der Altstadt beschäftigten bedürftigen Vorstadtbewohner. In einem »Rumford-Ofen« wurde die vom Grafen Rumford entwickelte »ökonomische Suppe« gekocht: Sie bestand aus Gerstenbrühe, Erdäpfeln, Erbsen, Weinessig, Wasser und Schnitten von Weißbrot, wobei der Anteil an festen Nährstoffen etwa ein Viertel ausmachte. Bald gab es auch in den Vorstädten die entsprechenden Suppenanstalten.[74]

Hatte der aufgeklärt-absolutistische Staat die Kompetenz für das Armenwesen direkt übernommen (durch die Wohltätigkeits-Hofkommission, ab 1816 durch die Stadthauptmannschaft), so übertrug der vormärzliche Staat die immer schwieriger zu finanzierende Armenfürsorge der Gemeinde: Seit 1817 hatte die Stadt die erforderlichen Mittel für die Armenpflege aufzubringen, was anfangs noch geringe Kosten verursachte, aber von Jahr zu Jahr schwieriger zu finanzieren wurde. Ab 1842 war der Wiener Magistrat für alle öffentlichen Armenanstalten und die anlaufenden Kosten zuständig.[75] Parallel zu diesen öffentlichen Einrichtungen wirkten kirchliche und private Vereine:[76] Das bereits 1779 eingerichtete Wiener Pfarrarmeninstitut sammelte mit Hilfe der Pfarrer und ehrenamtlich bestellter »Armenväter« Geld und verteilte es an Notleidende; die Organisation teilte das Stadtgebiet in 32 Wiener Armenbezirke auf; betreut wurden aber nur gebürtige Wiener, für Zuwanderer erklärten sich die Pfarrer als nicht zuständig. Ähnlich wie das Wiener Pfarrarmeninstitut waren die vom Staat sehr geförderten

privaten Wohltätigkeitsvereine strukturiert, nur standen diesen meist hochadelige Persönlichkeiten vor, weil ihre klingenden Namen die Spendenfreudigkeit des Publikums hoben; die milden Gaben flossen von Angehörigen der Aristokratie, des gehobenen und mittleren Bürgertums und von reichen Juden.[77] Zwischen 1810 und 1848 wurden in Wien 22 Wohltätigkeitsvereine gegründet; sie alle verfügten über enorme Geldsummen. Regelmäßig spendete auch das Kaiserhaus an die Armen. Alle diese Institutionen und Vereine leisteten in individuellen Notlagen wirkungsvolle Hilfe, aber sie konnten den Faktor Armut im Zeitalter der Industriellen Revolution nicht wirksam bekämpfen; sie sahen wohl das Symptom des Elends, nicht aber dessen Ursache – ernst zu nehmende Lösungsversuche der sozialen Frage blieben den Massenparteien im späten 19. Jahrhundert vorbehalten. Vorerst aber hielt man die Bekämpfung der Armut für eine Unterstützungsfrage, nicht für eine Beschäftigungsfrage. Erst in den 1840er-Jahren brach sich auch in Regierungskreisen die Erkenntnis Bahn, dass das Problem der Armut mit dem Problem der Beschäftigung zusammenhing: Seither wurden immer wieder öffentliche Notstandsarbeiten ausgeschrieben, die dann im Revolutionsjahr 1848 gewaltige Dimensionen annahmen und sogar von einem eigenen Arbeitsminister verwaltet wurden.[78] 1848 wurde auch auf dem Gelände des alten Versorgungshauses »Zum blauen Herrgott« (ehemals Wien 9, Lazarettgasse 4/Spitalgasse 23) eine für 700 Insassen bestimmte freiwillige Arbeitsanstalt errichtet, die jedoch 1852 in ein Armenhaus umgewidmet wurde.

Im Jahr 1807 zählte man in Wien 37.500 Almosenempfänger, das waren 18 Prozent der Gesamtbevölkerung; hinzu kamen 8.700 arme und verwahrloste Kinder. 1835 wurden 40.800 »Dürftige« ermittelt, die Zahl der Bettler nahm vor allem während der »hungrigen Vierziger-Jahre« stark zu. Polizeiberichte sprechen 1840 von 5.000 Bettlern, 1847 von 8.400. Wie gingen die Verantwortlichen mit diesen Zahlen um? Von Regierungsbeginn des Kaisers Franz bis in die 1860er-Jahre versuchte der Staat weitgehend durch Repressivmaßnahmen die Armut zu bekämpfen. Da er in der Armut weniger das soziale Problem als die individuelle Schuld zu erkennen glaubte, sorgten Armenpflege- und Wohlfahrtsanstalten für Verwahrung, Disziplinierung und Abschreckung. So wurde die – entsprechend dem Vorschlag des oben erwähnten Sozialreformers Kaspar Voght – 1804 auf der Laimgrube (Wien 6) gegründete »Zwangs- und Besserungsanstalt« wie ein Zucht- und Arbeitshaus geführt,[79] welches die – etwa 500 – Insassen zu wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft, also zu brauchbaren Arbeitskräften, erziehen sollte. Angesichts der rasch wachsenden »industriellen Reservearmee« hielt sich jedoch das Bedürfnis der Industrie an »gebesserten« Bettlern, Vagabunden, Prostituierten oder verwahrlosten Kindern in Grenzen. Außerdem forderten die Exponenten des Wirtschaftsliberalismus ein restriktives Vorgehen gegen Bettler, weil Bettelei ein Resultat moralischer Schwäche wäre. Die Einweisung in Zucht- und Arbeitshäuser sollte die Randexistenzen der Gesellschaft bessern, daher sollten die Zwangsarbeiten durchaus abschreckenden Charakter haben. Nur schwand angesichts der vermehrten Frauen- und Kinderarbeit in der Industrie die Nachfrage nach den in den Arbeitshäu-

sern angebotenen »abschreckenden« Arbeiten. Grundsätzlich war Armut als Phänomen negativ besetzt: Es herrschte die Meinung vor, dass die stete Zunahme an Bettlern mit der übertriebenen Wohltätigkeit der Wiener zusammenhinge. Durch private Wohltätigkeitsvereine wurde tatsächlich viel zur Linderung der Not beigetragen, aber die Spenden sollten durch erzieherische Maßnahmen ebenfalls eine Art Resozialisierung der Hilfsbedürftigen bewirken. Daher unterwarfen sie die Empfänger ihrer Gaben ständigen Kontrollen, sie vermieden Geldspenden zu Gunsten von Sachspenden (Nahrungsmittel, Brennholz, Kleider, Medikamente usw.) und kümmerten sich bisweilen auch um die Vermittlung von Arbeit.

Kinderarbeit

Mit der Protoindustrialisierung begann der Arbeitsfaktor »Kind« *(Abb. 7, S. 42)* für die Angehörigen der sozialen Unterschichten eine wesentliche Rolle zu spielen, sei es als Gehilfen in der Hausindustrie im elterlichen Haushalt, sei es außer Haus in der Fabrik. Die im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus erlassenen Kinderschutzgesetze fanden von Anfang an nur geringe Beachtung, ja, Kaiser Franz hob die von seinem Onkel Joseph II. erlassenen Verordnungen sogar wieder auf. Ein 1842 verhängtes Arbeitsverbot für Kinder änderte ebenso wenig an der Realität wie die Gewerbeordnung von 1859, welche die Beschäftigung von Jugendlichen einschränkte. Trotz der Schulpflicht waren Kinderelend und Kinderarbeit in den Unterschichten ein alltägliches Phänomen, denn die Regierung unternahm nichts gegen die Unternehmerlobby.[80] Kinder der Unterschichten konnten daher ihrer Schulpflicht nicht nachkommen und arbeiteten ab dem siebenten oder achten Lebensjahr in Fabriken ohne gesetzlichen Schutz täglich 12 bis 15 Stunden, ihr Tageslohn betrug im Vormärz durchschnittlich acht Kreuzer.

Wie die Erwachsenen in den Zwangs- und Besserungsanstalten sollten auch Kinder und Jugendliche in Korrektionsanstalten durch Arbeit zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft erzogen werden, wobei insbesondere unangepasste (»asoziale«) Individuen von der Allgemeinheit fern gehalten, kontrolliert und diszipliniert werden sollten. Wien hatte seit der frühen Neuzeit ein Waisenhaus, das durch mehrere Stiftungen vergrößert und schließlich 1785 im ehemaligen Spanischen Spital (9, Boltzmanngasse 9) etabliert wurde und fortan »Waisenhaus auf dem Alsergrund« hieß.[81] Es ist bezeichnend für die Geisteshaltung jener Zeit, dass 1796 ein Trakt des Waisenhauses als Jugendstrafanstalt eingerichtet wurde, in der sich die Anstaltszöglinge aus erzieherischen Gründen zwangsweise mit Cottonmalerei zu beschäftigen hatten. 1808 endete die Zwangsarbeit, an ihrer Stelle wurde – entsprechend der Initiative des pädagogisch motivierten Anstaltsdirektors Franz Michael Vierthaler – Schulunterricht geboten. Ferdinand Schubert, der Bruder des Komponisten, wirkte hier ab 1809 als Lehrer. 1857 kamen die weiblichen Zöglinge nach Judenau (Niederösterreich), die Knaben wurden dem Orden der Schulbrüder übergeben. Städtische Waisenhäuser gab es erst nach 1862. Im ausge-



Abb. 7: Der frierende Brezelbub vor der Dominikanerbastei, 1828. Ölgemälde von Peter Fendi.

henden 18. Jahrhundert waren im Waisenhaus noch 800 Kinder untergebracht, 1816 nur mehr 300, bis 1848 verringerte sich die Zahl auf 238; die Tendenz ging dahin, die Kinder möglichst außer Haus zu Pflegefamilien zu geben, wobei das Waisenhaus Kostgelder bezahlte.

Seit 1830 unterhielten in Wien private Vereine oder Gönner so genannte Kinderbewahrungsanstalten. Diese Vorläufer des Kindergartens sollten einerseits die Arbeiter der Sorge entheben, ihre Kinder zu beaufsichtigen; die Stifter verfolgten aber auch sozialpädagogische Ansätze, denn sie wollten die Arbeiterkinder aus ihrer milieubedingten Vernachlässigung herausführen und zu gottgläubigen Staatsdienern erziehen.[82] Bald nach Beginn der Schulpflicht entgingen aber auch diese Kinder nicht dem üblichen Los ihrer Altersgenossen und wurden zur Arbeit in die Fabrik geschickt.

Arbeitsvermittlung

Arbeit zu vermitteln zählte zur vornehmsten Aufgabe der öffentlichen sozialen Fürsorge ebenso wie der karitativen Organisationen. Allerdings arbeiteten private, gewinnorientierte Stellenvermittler effizienter als die offiziellen, auch wenn sie dabei nicht immer seriös vorgingen.[83] Den größten Erfolg erzielten die privaten *Gesindemäkler*, welche im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert Dienstboten vermittelten. Sie genossen einen sehr schlechten Ruf, ja man nannte sie die »Pest der Städte«, weil sie oft unerfahrene Mädchen vom Lande, die in Wien eine Dienststelle suchten, auf Jahre finanziell verpflichteten, bisweilen ungeeigneten Personen falsche Zeugnisse verschafften oder überhaupt Dienstboten von Herrschaften abwarben und an den Meistbietenden vermittelten. Ähnlich wie die *Gesindemäkler* arbeiteten die *Bettfrauen:* Sie boten brotlosen Dienstboten vorübergehend Kost und Quartier und vermittelten sie an einen Dienstherrn. Da es vor allem über die Gesindemäkler immer wieder Beschwerden gab, hatte Kaiser Joseph 1788 die Einrichtung eines »Dienstbotenamtes« im Wiener Rathaus befohlen, das sowohl Dienstgeber als auch Dienstnehmer in Anspruch nehmen sollten; allein, der Erfolg blieb aus, nach nur drei Jahren wurde das Amt wieder geschlossen. Mit der Dienstbotenordnung von 1810 wurde das Gewerbe des Gesindezubringers definitiv verboten, stattdessen erhielt die Polizei die Aufgabe, Arbeit zu vermitteln. Die Polizeioberdirektion führte in der Innenstadt ebenso wie die Polizeibezirksdirektionen in den Vorstädten Register über offene Dienstplätze und Arbeit suchende Dienstboten. Der Dienstgeber musste für die Zuweisung eines Dienstboten 24 Kreuzer zahlen, für den Dienstnehmer war die Vermittlung gratis. Diese Regelung hielt bis zum Revolutionsjahr 1848.

Für die Arbeit suchenden Gesellen besorgten die Innungen die Arbeitsvermittlung: Wandernde Gesellen mussten in der ihrer Branche zugehörigen Herberge einkehren und daselbst dem Vorsteher oder Zechmeister ihre »Kundschaft aufweisen«. Dieser vermittelte die Gesellen an den entsprechenden Meister. Wer keine Anstellung fand,

durfte in der Herberge drei Tage Kost und Quartier gratis in Anspruch nehmen, dann musste er weiter wandern. Ab 1816 durften Gesellen unter Umgehung der Herberge direkt beim Meister um Arbeit nachfragen. Damit endete die genossenschaftliche Zwangsvermittlung. Gesellen, die sich nicht selbst um Arbeit kümmern wollten, konnten fortan auch durch die Polizeibehörde vermittelt werden. Die Polizei holte die Gesellen von der Herberge ab, ging mit ihnen von Betrieb zu Betrieb und übergab sie bei Bedarf dem entsprechenden Meister an Ort und Stelle.

Eine wesentliche Rolle in der Arbeitsvermittlung spielten die privaten Wohltätigkeitsvereine,[84] zumal sie primär das Interesse der Arbeitssuchenden vertraten und ohne Gewinn arbeiteten. Einer der frühesten Wiener Wohltätigkeitsvereine war die 1810 ins Leben gerufene »Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen«. Im Jahr 1812 erlaubte der Kaiser generell die Gründung privater Wohltätigkeitsvereine. Frauenvereine und Frauenerwerbsvereine entstanden in der Folge.[85] Der 1847 gegründete »Kreuzer-Verein zur Unterstützung von Wiener Gewerbeleuten« sicherte dem Arbeitssuchenden bis zur erfolgreichen Vermittlung den Lebensunterhalt.

Die Vereine wirkten auch nach 1848 als Arbeitsvermittler, die Polizeibehörde aber verlor nach der Jahrhundertmitte diese Funktion. Im Revolutionsjahr tauchten die privaten Vermittler in Wien wieder auf und erhielten als gewerbsmäßige Zubringer die offizielle Zulassung. Bald gab es 24 Stellenvermittlungen in Wien.

Anmerkungen

1 Hier und im Folgenden: Weigl, Demographie.
2 Ehmer, Produktion, 126 ff.; Weigl, Demographie, 59 ff.
3 Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 136; Österreichisches Städtebuch (Wien), 68 ff.; Weigl, Demographie, 62 ff.
4 Vgl. Birkner, Cholera; Triml, Cholera.
5 Österreichisches Städtebuch (Wien), 71; Weigl, Demographie, 65 ff.
6 Weigl, Demographie, 364 f.
7 Österreichisches Städtebuch (Wien), 74; Weigl, Demographie, 68 f.
8 Buchmann, Militär, 70.
9 Steidl, Migration, 578.
10 Weigl, Demographie, 57, 122.
11 Weigl, Demographie, 66.
12 Weigl, Demographie, 32 f., 285.
13 Ausführlich bei: Sauer, Grundherrschaft, 135 ff.; siehe auch: Weigl, Demographie, 318.
14 Ehmer, Produktion, 122 ff.
15 Ehmer, Produktion 128 f.; Weigl, Demographie, 35, 311 f.
16 Vgl. Ehmer, Familienstruktur; Kaufmann, Demographische Struktur.
17 Hier und im Folgenden: Gassner, Verlassene Kinder; Matschinegg – Pawlowsky – Zechner, Mütter; Pawlowsky, Mutter ledig; Pawlowsky – Zechner, Verwaltete Kinder, 129 ff.
18 Staudacher, Zwangstaufen.
19 Vgl. Rachholz, Armenfürsorge.

20 Pammer, Pocken I, 18; Pocken II, 15 ff.
21 Weigl, Demographie, 27 f., 164 f.
22 Birkner, Cholera, 39; Weigl, Demographie, 205 f.; Vgl. auch: Medicinische Jahrbücher des kaiserl. königl. Österreichischen Staates 15. Bd., Neueste Folge VI. Bd., 1834, III. Stück, 355.
23 Österreichisches Städtebuch (Wien), 71; Weigl, Demographie, 166 f., 364 ff.
24 Vgl. Ströbel, Ernährung der Unterschichten.
25 Vgl. Junker, Pestarzt.
26 Weigl, Demographie, 230 ff., 243.
27 Buchmann, Militär, 420 f.
28 Vgl. Dietrich-Daum, Tuberkulose, 23 ff.; Junker – Schmidgruber – Wallner, Tuberkulose.
29 Vgl. Hahn, Migranten; Otruba, Wiens Bevölkerung, 20 ff.; Till, Wiener Bevölkerung.
30 Hier und im Folgenden: Weigl, Demographie, 106 ff.
31 Vgl. Fleischer, Politische Rolle.
32 Otruba, Wiens Bevölkerung, 24 ff.
33 Weigl, Demographie, 63.
34 Vgl. Csulich, Idealisiert; Döcker, Konstruktion 7, 17 ff.
35 Ehmer, Familienstruktur; Ehmer, Wandel, 548 ff.
36 Österreichisches Städtebuch (Wien), 76 ff.; Weigl, Demographie, 300 ff.
37 Vgl. Kretschmer, Handwerksfrauen.
38 Schwarz-Zirngast, Angestellte, 133 f.
39 Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit, 303.
40 Österreichisches Städtebuch (Wien), 78 f.
41 Vgl. Hann, Unterschichten; Silber, Sozialstruktur.
42 Hier und folgend: Dopsch, Adel, 25, 34 ff.; Vgl. auch: Stekl, Aristokratie.
43 Martin, Erinnerungen, 63.
44 Vgl. Putz, Wirtschaftsaristokratie.
45 Häusler, Judentum, 97; Jäger-Sunstenau, Geadelte Judenfamilien; Walther, Der zweite Adel, 314 ff.
46 Dopsch, Adel, 37.
47 Bruckmüller, Herkunft, 14 ff.; Bruckmüller, Wiener Bürger, 43 ff.; Buchinger, Bürgerliches Leben; Hoffmann, Bürger.
48 Döcker, Bürgerlichkeit, 95 ff.; Döcker, Konstruktion, 7 ff.
49 Vgl. Moser, Bürgerin.
50 Schwarz-Zirngast, Angestellte, 145.
51 Hier und im Folgenden: Schwarz-Zirngast, Angestellte, 125 ff.
52 Vgl. Mittenzwei, Handwerker; Mittenzwei, Zwischen Gestern; Zelfel, Seidenfabrikanten.
53 Vgl. Gregori, Handwerk; Österreichisches Städtebuch (Wien), 65 f.; Piffel, Einkommensverteilung; Zatschek, Handwerk.
54 Ehmer, Volkszählungslisten, 117 ff.
55 Ehmer, Produktion, 116.
56 Birkner, Alltag, 33.
57 Hörl, Wohnen, 19.
58 Hier und folgend: Steidl, Migration, 576 ff.
59 Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit, 302 ff.
60 Vgl. Casutt, Häusliches Dienstpersonal.
61 Lichtenberger, Altstadt, 167.
62 Hier und folgend: Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit, 303 ff.; Stekl, Häusliches Personal, 343 ff.
63 Gross-Hoffinger, Schicksale, 226 ff.
64 Czeike, Sozialgeschichte, 12.

65 Ehmer, Volkszählungslisten, 119.
66 Weigl, Demographie, 59.
67 Sauer, Konflikte, 50.
68 Häusler, Manufaktur, 51.
69 Sandgruber, Indikatoren, 69.
70 Im Folgenden siehe: Greif, Gefährliche Classen.
71 Czeike, Sozialgeschichte, 12.
72 Just – Pils, Unbarmherzigkeit.
73 Österreichisches Städtebuch (Wien), 282 f.; Weiss, Armenversorgung, 196 ff.
74 Lichtenegger, Wiener Hausfrau, 37. Vgl. auch: Hülber, Arbeitsnachweis, 37.
75 Vgl. Rachholz, Armenfürsorge; Till, Stadtverwaltung, 35.
76 Hier und folgend: Feldbauer – Stekl, Armenwesen, 175 ff.
77 Siehe Nicolussi, Jüdisches Wohltätigkeitsvereinswesen.
78 Buchmann, Hof, 95 f.
79 Weiss, Armenversorgung, 243 ff.
80 Hier und folgend: Feldbauer – Stekl, Armenwesen, 180, 187 f.
81 Weiss, Armenversorgung, 281 ff.
82 Feldbauer – Stekl, Armenwesen, 198.
83 Hier und im Folgenden: Hülber, Arbeitsnachweis, 24 ff.
84 Allgemein siehe: Obrovsky, Vereinswesen.
85 Margret, Frauenvereine, 133.

Dynamik des Städtebaus

Wachstum und Veränderung

Man steigt nie in denselben Fluss. Dieses Heraklit-Zitat lässt sich auch auf die Stadtgeschichte anwenden: Man betritt nie dieselbe Stadt. Abbildungen von »Alt-Wien« suggerieren das Bild einer statischen Stadtlandschaft, dokumentieren aber in Wahrheit lediglich die Momentaufnahme eines dynamischen Veränderungen unterworfenen Häusermeers. Nichts ist gleich geblieben: weder die Einwohner noch die Häuser und Straßen. Und nichts ist je homogen geworden: weder die Gesellschaft noch die Stadtviertel und Bezirke.

Die Stadt Wien – gemeint ist der bebaute Raum innerhalb der heutigen Stadtgrenzen – setzte sich vom ausgehenden 18. bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert aus drei völlig verschiedenen Zonen zusammen: der Altstadt, den Vorstädten (zwischen Glacis und Linienwall) und den Vororten (außerhalb des Linienwalles).[1] Die *Altstadt (Innenstadt)* wies die höchste Verbauungsdichte auf; bei einigermaßen konstanter Häuserzahl (ca. 1.390 im Jahr 1790, 1.210 bzw. 1.220 Häuser zwischen 1820 und 1857) blieb auch die Bevölkerungszahl von 1790 bis zur Stadterweiterung durch die Ringstraßenverbauung mit ca. 52.000 bis 54.000 Einwohnern (10.600 Haushalte) nahezu dieselbe; erst nach 1857 erfolgte eine Zunahme,[2] die bis in die 1880er-Jahre andauerte.

Die *Vorstädte* wiesen vom ausgehenden 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein unglaubliches Wachstum auf. Die Bevölkerungszahl stieg von 161.000 Einwohnern im Jahr 1794 auf 265.000 im Jahr 1830 (59.500 Haushalte) und schließlich 424.000 im Jahr 1857, die Anzahl der Vorstadthäuser betrug anfangs 4.760, um 1830 bereits knapp 7.000 und anno 1857 beinahe 8.300. Der Schwerpunkt des Wachstums lag im ausgehenden 18. Jahrhundert im Süden und Südosten (heute 3., 4. und 5. Bezirk), was mit dem Aufblühen der Seidenindustrie im direkten Zusammenhang stand. Dagegen stagnierten vorerst die westlichen, von der übrigen Textilproduktion geprägten Vorstädte. Bis in die 1840er-Jahre blieb der Süden der am stärksten wachsende Teil der Vorstädte, dann rückten mit der Leopoldstadt und Zwischenbrücken (heute 2. und 20. Bezirk) die östlichen Vorstädte in den Mittelpunkt der Bevölkerungsentwicklung, zumal mit dem Bau der Nordbahn und dem Trockenlegen von Donauarmen ab 1837 neues Bauland entstand. Die Leopoldstadt und Zwischenbrücken zogen auch den größten Zuwandereranteil von allen Wiener Bezirken an sich.[3] Um die Jahrhundertmitte war der Raum bis zum Linienwall noch nicht vollkommen ausgefüllt.[4] An der Peripherie nahe dem Linienwall und auf der Donauinsel gab es noch um 1850 zahlreiche Gemüsegärten, welche einen Großteil der Nahversorgung Wiens sicherten. Sie erstreckten sich im Süden des Wientals von Margareten bis zur Wiedner Hauptstraße, ferner lagen sie an der Weißgerberlände, in Erdberg, in der Leopoldstadt zwischen Prater und Augar-

ten sowie in der Rossau. Gemüsegärten waren im Jahrzehnt des Neoabsolutismus die letzten von der Verstädterung erfassten Zonen; sie wurden in die Vororte verdrängt. Damit war das Stadtgebiet innerhalb des Linienwalles[5] mit Ausnahme weniger übrig gebliebener Grünflächen gleichmäßig dicht verbaut, und das Wachstum ließ rasch nach. Die höchste Verbauungsdichte Wiens erreichten – ausgenommen die Innenstadt – die Bezirke 6, 7 und 8.

Die Wiener *Vorortegemeinden* zählten 1794 zusammen erst 39.000 Einwohner, bis 1830 hatte sich diese Zahl auf 62.000 fast verdoppelt und wuchs bis 1857 auf 160.000 an. Hier konzentrierte sich ab der Jahrhundertmitte das Wiener Bevölkerungswachstum. Um 1800 gab es noch zahlreiche Adelssitze außerhalb der Linien, doch wurden diese nun rasch verkauft, die Grundstücke parzelliert. Die in den Vorstädten beiderseits des Wienufers angesiedelten Textilbetriebe griffen über den Linienwall hinaus. Wachstumsschwerpunkte bildeten sich in Meidling, Rudolfsheim, Fünfhaus und Sechshaus. Nach 1800 wuchsen auch die westlichen Vororte rasch: In Neulerchenfeld, das mit seinen 5.000 Einwohnern (um 1800) bereits als drittgrößte Siedlung Niederösterreichs galt, hatte sich vor allem das Gastgewerbe niedergelassen, während sich die einstigen Sommerfrischenorte Ottakring, Hernals und Währing durch die starke Zuwanderung zu Arbeitersiedlungen wandelten. Auch Meidling machte eine äußerst dynamische Entwicklung mit, wobei Obermeidling seinen Charakter als Sommerfrische wegen der Nähe zum Schloss Schönbrunn länger behielt, während sich in Untermeidling die Textilindustrie breit machte. Einige dieser gewerbereichen Vororte wurden planmäßig angelegt (Neulerchenfeld, Braunhirschengrund), andere wurden wild besiedelt (Fünfhaus, Sechshaus). Regelmäßige frühgründerzeitliche Verbauung (ab den 1840er-Jahren) gab es auch auf jenen Flächen, die wie Favoriten oder die Brigittenau zum Wiener Burgfriedsgebiet gehörten (siehe dazu im Abschnitt: Grundherrschaften und Burgfried, S. 106).

Um das Jahr 1830 ließ sich nur im Raum des späteren 15. Bezirkes eine dichte städtische Verbauung feststellen. Bis 1857 lebten hier bereits ebenso viele Einwohner wie in der Innenstadt, sodass keine weitere Dynamisierung mehr möglich war. Hingegen nahm die Bevölkerung in den Vororten Währing, Hernals, Neulerchenfeld und Ottakring ab dem Vormärz besonders rasch zu.

Aufschliessung von unbebautem Land

Parzellierung und Verbauung, die Grundvoraussetzungen jeglicher Urbanisierung, waren vor 1850 Aufgabe der jeweiligen Grundherrschaften, die innerhalb der Linien dem Wiener Magistrat und einer Reihe anderer geistlicher und weltlicher Herren gehörten. Mit dem Regierungsantritt Josephs II. setzten die Behörden deutliche Anreize für städtebauliche Aktivitäten. Wien sollte wachsen, daher wurden die Grundherren durch wirtschaftliche Anreize dazu gebracht, ihr Dominikalland (vom Grundherrn selbst bewirtschaftete Flächen) in Rustikalland (an Untertanen zur Bewirtschaftung ausgege-

ben) umzuwandeln. Das hieß in Wien: in Bauland umzuwidmen, zu parzellieren und verbauen zu lassen. Bald erkannten die Grundherren, dass es für sie günstiger wäre, von neu erbauten Häusern kontinuierlich Grunddienste bzw. Robotgelder zu erhalten sowie bei der Einhebung der landesfürstlichen Steuern einen Teil (illegal) in die eigene Tasche fließen zu lassen,[6] als selbst Steuern für ihr Dominikalland zu zahlen. Nach und nach gaben die Herrschaften ihren Dominikalbesitz innerhalb der Linien frei.

In der Altstadt wurde der private Wohnhausbau durch die vom Staat durchgeführte Umwidmung bestehender Gebäude und Freiflächen stimuliert: So entstand zwischen 1783 und 1790 an Stelle des riesigen Bürgerspitalskomplexes, der von der Kärntner Straße (heute Nr. 32–34) bis zum Lobkowitzplatz reichte, ein großes Mietwohnhaus, das bis 1870 existierte (das Bürgerspital übersiedelte nach St. Marx). Weitere Flächen öffneten sich dem privaten Miethausbau, als Kaiser Joseph II. 1783 Spitäler in die Vororte verlegte und alle Friedhöfe innerhalb des Linienwalles aufhob – nach einer zehnjährigen Pietätsfrist wurden die ehemaligen Friedhofsgründe in Bauland umgewidmet. 1784 gewann der Staat durch die josephinische Klosteraufhebung etliche Gebäude für seine Zentralbehörden; Klöster, welche nicht liquidiert wurden, mussten einen Teil ihrer Gründe für den Wohnhausbau zur Verfügung stellen; die Stiftshöfe erlitten das gleiche Schicksal. Schließlich wurden 1786 die Gartenanlagen der aufgehobenen Klöster verbaut.

In den Vorstädten übten der Magistrat bzw. die jeweiligen Grundherrschaften den entscheidenden Einfluss auf die Verbauung des eigenen Dominikalgutes aus, die Koordination oblag der Niederösterreichischen Landesregierung (von 1807 bis 1818 der Stadthauptmannschaft). Der Grundherr beauftragte einen Architekten mit der Grundrissplanung der neu anzulegenden Verbauung, legte Größe und Zahl der Häuser fest und entschied über das Straßennetz und allenfalls über die Infrastruktur. Die Parzellen wurden öffentlich versteigert, Neubauten blieben zehn bis zwanzig Jahre steuerfrei,[7] sodass der Hausbesitzer von Anfang an eine hohe Rendite bei der Vermietung seines Objekts erwarten durfte; die mit 41 Prozent des Zinses extrem hohe Besteuerung von Wohnhäusern hätte ohne Freijahre die Bautätigkeit zum Erliegen gebracht. (Von dieser 1820 eingeführten Hauszinssteuer erhielten der Staat zwei Drittel, die Gemeinde ein Drittel, es handelte sich hier um tragende Säulen des Gemeindebudgets und des staatlichen Steueraufkommens.) Als Erstes widmete das Schottenstift seine Felder um (Schottenfeld), dann folgten die anderen geistlichen und weltlichen Grundherrschaften.[8] 1801 wurde der dem Bürgerspitalfonds gehörende Ziegelofengrund in Gumpendorf parzelliert, 1802 das Breitenfeld, nach 1811 der Schaumburgergrund auf der Wieden sowie der Paulusgrund zwischen Erdberg und Landstraße. Mitte der 1820er-Jahre kamen die Hundsturmer Liniengründe an die Reihe, zehn Jahre später die Brigittenau. Damit war die Verbauung der ehemaligen Dominikalgründe im Wesentlichen abgeschlossen. Der spezifische Erschließungstypus[9] des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts war der zentrale Rechteckplatz, der in der Mitte von zwei einander rechtwinkelig kreuzenden Hauptstraßen durchschnitten wurde, sodass die Platzecken geschlossen blieben.

Rund um den Platz gruppierten sich die quadratischen Baublocks (Blockrastersystem). Solche Vorstadtzentren sieht man heute am Paulusplatz (3. Bezirk), am Mozart- und Elisabethplatz (4. Bezirk), am Benno- und Albertplatz (8. Bezirk) und am Sobieskiplatz (9. Bezirk).

Nach Aufhebung der Grundherrschaften teilten sich Innenministerium, Statthalterei und Gemeinde die Gesamtplanung und Bodenverwertung der städtischen Bereiche.[10] Die Ausarbeitung eines Parzellierungsplanes oblag einem *Developer* (es existiert kein deutsches Wort für diesen Unternehmer-Begriff). Dieser kaufte das Land, verhandelte mit den Behörden und leitete die Parzellierung ein, dann verkaufte er die Parzellen möglichst rasch an Bauherren oder Bodenspekulanten. Der Developer war selbst kein Bodenspekulant, aber ein Unternehmer, der über ebenso viel Verhandlungsgeschick mit den Behörden wie über Eigenkapital verfügen musste. Ab 1865 kam es auch vor, dass statt eines Developers die öffentliche Hand den Regulierungs- oder Baulinienplan vornahm (zuerst in Favoriten), doch war dies eher die Ausnahme. Grundsätzlich strebte man ein Raster- oder Schachbrettschema mit kleinen Häuserblocks, also möglichst viele Straßenfronten an; auf große Hinterhöfe wurde nun verzichtet, weil die Wohnhäuser von den Produktionsstätten längst getrennt waren. Eine durch das Innenministerium erlassene Baulinienbestimmung des Jahres 1859 regelte die Linienführung der Straßen und galt für die Altstadt ebenso wie für die Vorstädte: Neu angelegte Straßen sollten möglichst geradlinig verlaufen und einander rechtwinkelig schneiden (Rastergrundriss), die Mindestbreite hatte acht Klafter (15,2 m) zu betragen.[11] Heute noch bestehende Vorstadthäuser, die aus der allgemeinen Baulinie herausragen, müssen also vor 1859 errichtet worden sein.

Funktionelle und sozialräumliche Gliederung

Die *Wiener Altstadt* erlebte in dem Dreiviertel-Jahrhundert vor 1850 die Frühphase der Citybildung.[12] Die Voraussetzungen dafür bildeten sowohl die zentralen Einrichtungen der Staatsverwaltung,[13] welche seit dem Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus stark zugenommen hatten, als auch das Entstehen eines neuen Wirtschaftsbürgertums, das eine intensive Bautätigkeit entfaltete. Nicht zuletzt erleichterten die josephinischen Reformen einen grundlegenden Wandel der Raum- und Besitzverhältnisse. 1781 fiel die Hofquartierspflicht,[14] also die seit 1563 bestehende Nutzungsberechtigung von Bürgerhäusern durch den Hof. Damit wurden Ansätze eines kapitalistischen Wohnungsmarktes geschaffen, der für Hunderte Hausbesitzer erstmals die Investition in ihre privaten Miethäuser als lohnend erscheinen ließ. Allerdings verloren die Beamten ihre staatlich garantierten Wohnungen und sahen sich gezwungen, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Mietwohnung zu suchen – viele hielten dem Preisdruck in der Altstadt nicht stand und übersiedelten in die billigeren Vorstädte. Auch zahlreiche Gewerbetreibende wurden aus der Altstadt in die Vorstädte hinausgedrängt.

Citybildung bedeutet Ausbreitung des tertiären Sektors – ein Vorgang, der in der dicht verbauten Altstadt nur auf Kosten von Wohnraum ablaufen konnte. Vorderhand bildeten aber die Büros und Wohnungen der Wirtschaftstreibenden noch weitgehend eine Einheit. Nur wenige Institutionen des Geldwesens konnten sich eigene Baulichkeiten leisten. Dazu zählten vor allem die 1816 gegründete Nationalbank, die 1822 ihr neues Gebäude in der Herrengasse 12 bezog, ferner die 1819 ins Leben gerufene Erste Österreichische Spar-Casse mit ihrem 1835/36 errichteten Gebäude Ecke Graben-Tuchlauben und schließlich die Wiener Börse. Diese wechselte häufig ihren Standort, bevor sie 1860 gemeinsam mit der Nationalbank in das von Heinrich Ferstel entworfene Neo-Renaissancebauwerk in der Herrengasse 14 einzog. Diese Beispiele sind aber nicht signifikant für den Funktionswandel der Innenstadt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, denn die Citybildung vollzog sich langsam; Umbauten und Neubauten gab es nur vereinzelt.

Seit der Jahrhundertmitte beschleunigte sich jedoch diese Entwicklung. Viele Fabrikanten errichteten nun ihre Niederlagen in den ersten Stockwerken der Häuser, zahlreiche Adelige, denen durch die Grundentlastung die Leibrente abhanden gekommen war, vermieteten Teile ihrer Palais an Firmen oder betuchte Wohnparteien.[15] Auch Paläste des Hochadels (Starhemberg, Dietrichstein) gingen in bürgerliche Hände über, hingegen errichteten nun Angehörige des Geldadels neue große Miethäuser. Nur wenige altadelige Geschlechter behielten ihre kostspieligen Stadtpalais (Batthyány, Kinsky, Liechtenstein, Lobkowitz, Palffy, Schwarzenberg).

Drei Achsen markierten allmählich die funktionelle Gliederung der Altstadt in eine Regierungscity, eine Wirtschaftscity und eine Einzelhandelscity. Die Regierungscity lag nördlich der Burg entlang der Herrengasse, im alten ständischen Herrenviertel.[16] Auch die Achse der Wirtschaftscity verlief mit der Linie Wipplingerstraße – Hoher Markt[17] – Fleischmarkt in west-östlicher Richtung. Hier konzentrierten sich Großhandel und Geschäftsleben. Die Achse der Einzelhandelscity war mit der Rotenturmstraße und der Kärntner Straße Nord-Süd orientiert; sie gewann gegenüber dem Graben, dem alten Einzelhandelszentrum, stark an Bedeutung.[18] Im Zentrum der Stadt lag das Dom- und Universitätsviertel, in den Übergangszonen abseits und zwischen diesen drei Achsen dominierten die Wohngebiete, durchsetzt von alten Gewerbebetrieben, die noch nicht in die Vorstädte abgewandert waren, bzw. vom Luxushandwerk, das sich auch in der teureren Altstadt behauptete.

Die Schleifung der Stadtbefestigung 1858 verlieh der Citybildung starke Impulse: Im 1. Bezirk konzentrierte sich der hochwertige tertiäre Bereich, sodass die mittelständische Bevölkerung in die Vorstädte verdrängt wurde. Die Verbauung der Glacisgründe – ihre Vollendung fällt allerdings nicht mehr in den hier untersuchten Zeitabschnitt – zog enormes Kapital an, die »Ringstraßengesellschaft« gab der Zuwanderung von Dienstboten einen neuen Auftrieb, sodass die Einwohnerzahl der Innenstadt noch zunahm.

Weit weniger homogen als die Innenstadt präsentierte sich die funktionelle Gliederung der *Wiener Vorstädte*.[19] Schon im Laufe des 18. Jahrhunderts entstanden für die

Angehörigen der Unterschicht Taglöhnervorstädte wie am Spittelberg und in Liechtental. Hingegen trugen die alten, an den Ausfallstraßen gelegenen Vorstädte Leopoldstadt, Landstraße, Wieden und Alsergrund mit ihren zahlreichen Einkehrgasthöfen, Handwerkerhäusern und Miethäusern bürgerlich-gewerblichen Charakter. Mittlere und niedere Beamte, die angesichts der hohen Wohnungsmieten aus der Innenstadt verdrängt worden waren, bevorzugten Wohngegenden möglichst nahe am Glacis; 1834 lebten schon zwei Drittel aller in Wien ansässigen Beamten in den Vorstädten, namentlich in der bürgerlichen Wohnvorstadt Josefstadt, aber auch in der Leopoldstadt, auf der Landstraße, in St. Ulrich und auf der Wieden; auch der Komplex des Allgemeinen Krankenhauses war von bürgerlichen Wohnvierteln eingefasst (Alsergrund). Nach der Jahrhundertmitte akzentuierte sich das Bild: Die Bezirke 3 (Landstraße) und 4 (Wieden) wuchsen zu Nobelbezirken, zumal sich im Belvedereviertel noch eine Reihe von Adelspalästen mit den zugehörigen Gärten erhalten hatte. Die Bezirke 8 (Josefstadt) und 9 (Alsergrund) zeigten ein typisch bürgerliches Gepräge. An der Peripherie der bürgerlichen Vorstädte, nahe am Linienwall, wo eine ländlich-dörfliche Gesellschaft ursprünglich Gemüseanbau betrieb (Nikolsdorf, Matzleinsdorf, Reinprechtsdorf), zogen im Laufe des Vormärz Taglöhner und Hilfsarbeiter ein. Taglöhnerquartiere entstanden auch entlang der nördlichen Ausfallstraße (Himmelpfortgrund, Liechtental, Thury). Nach der Jahrhundertmitte bewohnte das Großstadtproletariat vornehmlich die Bezirke 2 (Leopoldstadt) und 5 (Margareten).

Der Standortvorteil beiderseits des Wienflusses förderte im Zeitalter der Proto- und Frühindustrialisierung die Ansiedlung früher Gewerbe- und Manufakturbetriebe. So entstanden seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert dank der Textilindustrie, namentlich der Seidenindustrie, die westlichen Gewerbevorstädte Gumpendorf, Mariahilf, Neubau und Schottenfeld (»Brillantengrund«). Das Wiental markierte mit den ersten gewerblich-industriellen Standorten Wiens eine Produktionsachse, welche durch die Vorstädte in west-östlicher Richtung verlief. Als ab den 1820er-Jahren die Wohnungskosten immer höher stiegen, wanderten viele Gewerbetreibende in die Vororte ab – dadurch wurde die Produktionsachse des Wientals nach Westen verlängert. Im späteren Vormärz vollzog sich ein Wandel im Waren produzierenden Gewerbe: Große Handwerksbetriebe der Bekleidungsindustrie sowie der Holz- und Metallverarbeitung verdrängten allmählich die auf Verlagsbasis (Heimarbeit) organisierte Seidenweberei. Die Vorstädte nördlich und südlich dieses Gewerberayons (Margareten, Hundsturm, Altlerchenfeld, Breitenfeld, Strozzigrund) wurden von Arbeitern bewohnt, wobei es auch hier einige Gewerbebetriebe gab. Nach der Jahrhundertmitte bildeten der 6. (Mariahilf) und 7. Bezirk (Neubau) noch immer das gewerbliche Zentrum Wiens mit einem hohen Arbeiteranteil, aber allmählich vollzog sich auch hier der Prozess der Tertiärisierung. Die neue Maschinenindustrie nahm von den bisher unverbauten Flächen in der Leopoldstadt, auf der Landstraße und auf der Wieden Besitz.

Die *Wiener Vororte*[20] gruppierten sich in mehr oder weniger konzentrischen Kreisen um den Linienwall[21] und wiesen noch im 18. Jahrhundert durchwegs dörfliches

Gepräge auf. Der innerste, direkt am Linienwall gelegene Kreis verlor als Erster seinen ländlichen Charakter: Insbesondere im Westen nahm die Bautätigkeit im beginnenden 19. Jahrhundert rasch zu, sodass die ursprünglichen Dörfer an den Stadtkörper angeschlossen wurden. Handwerkliche Gewerbebetriebe und Miethäuser mit billigen Wohnungen boten jenen, welche sich die inzwischen zu teuer gewordenen Standorte in den Gewerbevorstädten beiderseits der Wien nicht mehr leisten konnten, eine neue Bleibe. Zunächst bildeten sich zwei Agglomerationen: einerseits die Produktionsachse entlang des Wientals mit Fünfhaus (das wegen der zahlreichen, auf ehemaligem Barnabitengrund entstandenen Bürgerhäuser als vornehmster Vorort galt) und Meidling, wo im Vormärz bereits die Industrialisierung Platz griff, sowie die Taglöhner- und Gewerbesiedlungen Gaudenzdorf und Wilhelmsdorf; andererseits die nördlich der Wiental-Agglomeration gelegenen Wohn- und Gewerbevororte, welche durch das Zusammenwachsen der Orte Neulerchenfeld, Ottakring, Hernals und Währing entstanden. Ab dem späten Vormärz zogen in die genannten Vororte Massen von Arbeitern, welche täglich zu ihren Arbeitsplätzen in den westlichen Vorstädten pendelten.

Der Eisenbahnbau brachte dann völlig neue Bedingungen für die weitere Stadtentwicklung: 1837 wurde das erste Teilstück der Nordbahn, 1842 der Südbahn, 1846 der Ostbahn, 1858 der Westbahn und 1859 der Verbindungsbahn eröffnet. Die Verbindungsbahn befuhr zum Teil das trockengelegte Bett des Wiener Neustädter Kanals, die Nordbahn hatte ihren Ausgangsbahnhof in der Leopoldstadt, die Bahnhöfe der Süd-, Ost- und Westbahn befanden sich unmittelbar vor dem Linienwall. Die Bahntrassen zerschnitten zwar die künftigen Siedlungsgebiete der Vororte, aber sie zogen neue große Fabriken, namentlich für den Lokomotivbau und für die Maschinenerzeugung, an, sodass sich allmählich eine neue, quer durch Wien von Nord nach Süd verlaufende Produktionsachse bildete.

Die weiter entfernten Vororte und ehemaligen bürgerlichen Sommerfrischen Hernals, Penzing und Meidling behielten nur mehr kurze Zeit ihr dörfliches Aussehen. Noch im Vormärz begann ihre Verstädterung durch Arbeiterwohnungen und damit ihre soziale Abwertung. Erste Ansätze der Industrialisierung gab es auch an den Ausfallstraßen, wo sich im Anschluss an die alten Verkehrssiedlungen mit Einkehrgasthöfen und Häusern des verkehrsgebundenen Gewerbes größere Betriebe niederließen und Arbeitersiedlungen entstanden: in Zwischenbrücken an der nordöstlichen Fernstraße, in Heiligenstadt an der nordwestlichen Ausfallstraße, in Simmering an der Ungarischen Landstraße und im Süden an der Triester Straße und der Breitenfurter Straße. Rund um die Dörfer im Süden Wiens, jenseits des Laaer Berges und im Liesingtal (Atzgersdorf, Liesing, Kettenhof), wo schon merkantilistische Betriebe ihren Standort aufgeschlagen hatten, entstanden primitive Arbeiterquartiere.

Der am weitesten entfernte Kreis der Vororte blieb vorerst der Landwirtschaft erhalten. Am Abfall des Wienerwaldes lagen die alten Weinhauerdörfer, links und rechts des Wientals dominierte die Milchwirtschaft. Biedermeier-Landhäuser des gehobenen Bürgertums betonten den Sommerfrischencharakter. Auch in Hietzing, das durch die

Nähe des Schlosses Schönbrunn aufgewertet wurde, reihten sich zahlreiche Biedermeier-Landhäuser aneinander. Der Adel aber hatte seine Schlösser an den äußersten Vorposten der Stadt: auf den Anhöhen des Wienerwaldes.

Die Häuser Wiens

Das Barockzeitalter hatte Wiens Baucharakter nachhaltig verändert: Die schmalen gotischen Giebelhäuser waren abgetragen worden, auf den zusammengelegten Parzellen waren barocke Miethäuser, Adelspaläste, Kirchen und Klöster entstanden. Der Biedermeierstil hinterließ in der Altstadt kaum architektonische Spuren – vielmehr dominierten hier klassizistische Paläste und große Miethäuser im Stil des Klassizismus *(Abb. 8)*.[22] Das Biedermeier ist hingegen ein architektonisch-sozialhistorisches Phänomen der Vorstädte – hier wohnte noch der Hausbesitzer im eigenen Haus, was in der Altstadt kaum mehr vorkam. Es ist bezeichnend, dass in der *Altstadt* anlässlich der beiden großen innenstädtischen Bauperioden – um 1800 und in den 1820er-Jahren – nur Miethäuser mit Großwohnungen errichtet wurden, hingegen keine kleinen, billigen Unterkünfte für die Unterschichten. Das typische klassizistische Großwohnhaus (Beispiel: »Schubladkastenhaus«, Freyung 7;[23] erbaut 1774) wies fünf Geschoße und zweihüftige Trakte auf, wobei sich die Größe der Wohnungen und die Zimmerhöhe vom ersten bis zum letzten Stockwerk verringerten.[24] Diese vertikale Differenzierung kennzeichnet das abnehmende Sozialprestige der Bewohner mit zunehmender Geschoßzahl. Solche Großwohnhäuser verfügten über mehr Fensterachsen als die herkömmlichen bürgerlichen Wohnhäuser. Im Unterschied zu den Palästen wiesen sie mehr Geschoße und mehr Wohneinheiten auf, welche dem Bauherrn den entsprechenden Gewinn brachten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in der Altstadt zahlreiche Miethäuser dieses Musters errichtet, als Mieter zogen reiche bürgerliche Großhändler und höhere Beamte ein. Der Architekt, der die Formensprache des Klassizismus virtuos beherrschte und bis in die 1840er-Jahre verbreitete, war Joseph Kornhäusel.[25] Von ihm sind 19 Zinshäuser in der Altstadt und in den Vorstädten nachweisbar (z. B. in der Altstadt Schottenhof: Freyung 6; Göttweiger Hof: Spiegelgasse 6; Hotel »Zur Kaiserin von Österreich«: Weihburggasse 3; Miethaus 4. Bezirk, Ecke Resselgasse-Wiedner Hauptstraße; Miethaus 3. Bezirk, Beatrixgasse 20; Mechitaristen-Stiftungshaus 8. Bezirk, Friedrich-Schmidt-Platz 4). Auch nach der Jahrhundertmitte dominierten die Massenmiethäuser das Baugeschehen, während die großbürgerlich-aristokratischen Ringstraßenwohnhäuser ein Charakteristikum der Jahrzehnte nach 1860 waren. Obwohl es in der Innenstadt eine Unzahl von Geschäften gab, fanden hier im Gegensatz zu Paris, Berlin und London Warenhäuser erst verspätet Eingang;[26] im Vormärz gab es in Wien weder Warenhäuser noch Galerien oder Passagen, sondern lediglich zwei Ladenstraßen, die zwischen 1840 und 1843 beim Neubau ehemaliger Durchhäuser eingerichtet worden waren: der Seitzerhof (Tuchlauben 7/Seitzergasse 6; Architekt Friedrich Strache) und das »Lange



Abb. 8: Schottenhof. Miethauskomplex von Joseph Kornhäusel, erbaut 1826/28.

Haus« (Rotenturmstraße 16/Kölnerhofgasse 6, von Ludwig Förster erbaut). Im Neoabsolutismus entstand Wiens erstes Passagenhaus im Bank- und Börsengebäude (Freyung 2/Herrengasse 14/Strauchgasse 4; Architekt Heinrich Ferstel), das erste Kaufhaus, das »Haas-Haus« (Ecke Graben/Stephansplatz), öffnete 1865 seine Pforten. Erst danach entstanden in rascherer Folge weitere Passagenhäuser und Warenhäuser in der Innenstadt, in der Mariahilfer Straße und in anderen Geschäftsstraßen.

Im ausgehenden 18. Jahrhundert prägten nicht nur die Sommerpaläste des Adels mit ihren großen Parkanlagen, sondern auch die bürgerlichen Landsitze als bescheidene Nachahmung der Sommerschlösser das Bild der *Vorstädte*. Zahlenmäßig dominierten jedoch die Eigenhäuser der Handwerker und Gewerbetreibenden. Hausbesitz und Gewerbe gingen noch weitgehend Hand in Hand, vereinzelt entstanden aber auch schon mehrgeschoßige Mietobjekte. Das größte Mietwohnhaus war das 1760 neu erbaute Starhemberg'sche Freihaus auf der Wieden;[27] dieser in sich geschlossene, dreigeschoßige Zinshauskomplex bildete mit seinen 93 Wohnungen, mit seiner eigenen Kirche, Apotheke und zahlreichen Handwerksbetrieben eine Stadt in der Stadt. Nach 1849 setzte der langsame Verfall ein, die ursprünglichen Bewohner – Bürger, Gewerbe-

treibende, Künstler – übersiedelten in neue Wohnhäuser auf der Wieden, Landstraße oder in der Josefstadt. In die nunmehr geteilten Wohnungen zogen Kleinbürger ein; 1860 zählte der Komplex 250 Wohnungen. In der Zwischenkriegszeit galt das Freihaus nur mehr als Elendsquartier, in den 1960er-Jahren wurde es demoliert.

Das typische Vorstadthaus[28] verfügte über ein bis zwei Geschoße und sechs bis sieben Fensterachsen, wobei die Einfahrttorhalle in der Mitte des Gebäudes lag. An der Rückseite erstreckte sich ein tiefer Hofraum, in dem alle im Freien auszuübenden gewerblichen Tätigkeiten vollzogen wurden; links und rechts flankierten den Hof schmale, ebenerdige Bauten für Werkstätten, Stallungen und kleinste Mietwohnungen. Bei zwei Geschoßen verbanden oft offene Laubengänge (»Pawlatschen«; abgeleitet von Tschech. »pavlač« = »offener Gang«) die oberen Wohnungen. Diese Bauform beherrschte die Vorstädte während des gesamten Manufakturzeitalters und verbreitete sich auf Kosten der barocken Gärten, Adelspaläste und Landsitze. Um 1840 zeigte sich aber schon ein gewisser Stilwandel: Der am weitesten verbreitete Bautyp war nun das Biedermeier-Stutzflügelhaus mit zumeist nur zwei, selten drei oder vier Geschoßen, einem zweihüftigen Straßentrakt und zwei kurzen einhüftigen Seitenflügeln; so sahen nicht nur die Gewerbebürgerhäuser mit ihren Werkstättentrakten aus, sondern auch die größeren »Fabriken« (Manufakturen), die Arbeiterwohnhäuser mit den charakteristischen Pawlatschen in den Höfen und die bürgerlichen Wohnhäuser (»Wohnflügelhaus«). Heute sind nur mehr wenige Biedermeier-Wohnviertel erhalten: im 4. Bezirk um die Kettenbrückengasse (Schuberts Sterbehaus), im 7. Bezirk am Spittelberg und in der Bernardgasse, im 8. Bezirk in der Lenau- und Buchfeldgasse sowie im 9. Bezirk in der Beethovengasse.

Um die Jahrhundertmitte bot die Bausubstanz der Vorstädte ein relativ uneinheitliches Bild, es gab recht unterschiedliche Parzellen- und Bauformen. Allgemein aber nahm die Geschoßzahl vom Innenrand der Vorstädte (am Glacis), wo es vier oder sogar fünfgeschoßige Häuser gab, gegen den Linienwall hin ab – dort leiteten die zweigeschoßigen Bauten zu den gleich hohen oder niedrigeren Häusern der Vororte über. Aber mit der Eingemeindung der Vorstädte (1850) setzte sich beinahe schlagartig die viergeschoßige Verbauung im gesamten Vorstadtbereich durch. Eine Ausnahme bildeten Margareten und Erdberg, wo man bei zwei bis drei Geschoßen blieb.

Auch in den *Vororten* verbreiteten sich die biedermeierlichen zweigeschoßigen Seitenflügelhäuser (bisweilen mit Pawlatschen) oder ebenerdige Reihenhäuser mit ihren schmalen Seitentrakten; sie fungierten als charakteristische Eigenhäuser der Gewerbetreibenden. Selbst um die Jahrhundertmitte, als in den Vorstädten schon ganz anders gebaut wurde, dominierte in den Vororten noch dieser Bautyp. Erst ab den 1860er-Jahren ging man auch in den Vororten daran, zwei- bis dreigeschoßige Miethäuser mit Straßentrakt und Stutzflügel im Innenhof zu errichten *(Abb. 9)*. Die neuen Mietkasernenviertel wurden im Rastergrundriss angeordnet und wiesen kleine bis kleinste Wohnungen auf; die Häuser boten den Insassen zwar wenig Lebensqualität, sie waren aber derart solide gebaut, dass sie zum Teil noch heute existieren. In ihnen manifestierte sich die gründerzeitliche Entfaltung liberalistisch-kapitalistischer Wirtschaftsstruk-

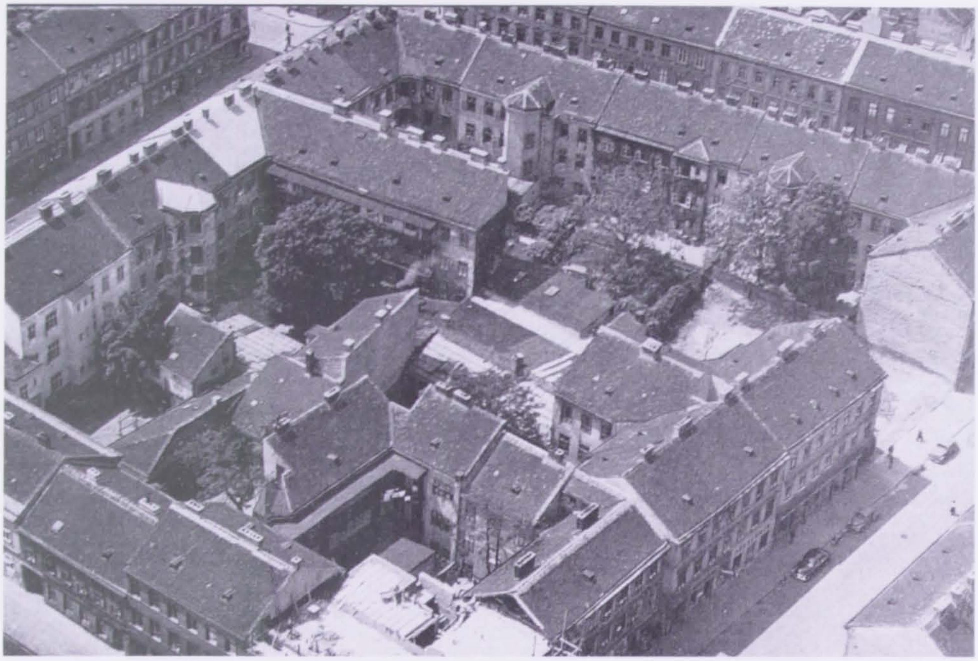


Abb. 9: Frühgründerzeitliches Miethausviertel Hernals; Seitenflügelhäuser, Pawlatschen, Werkstätten in den Hofräumen.

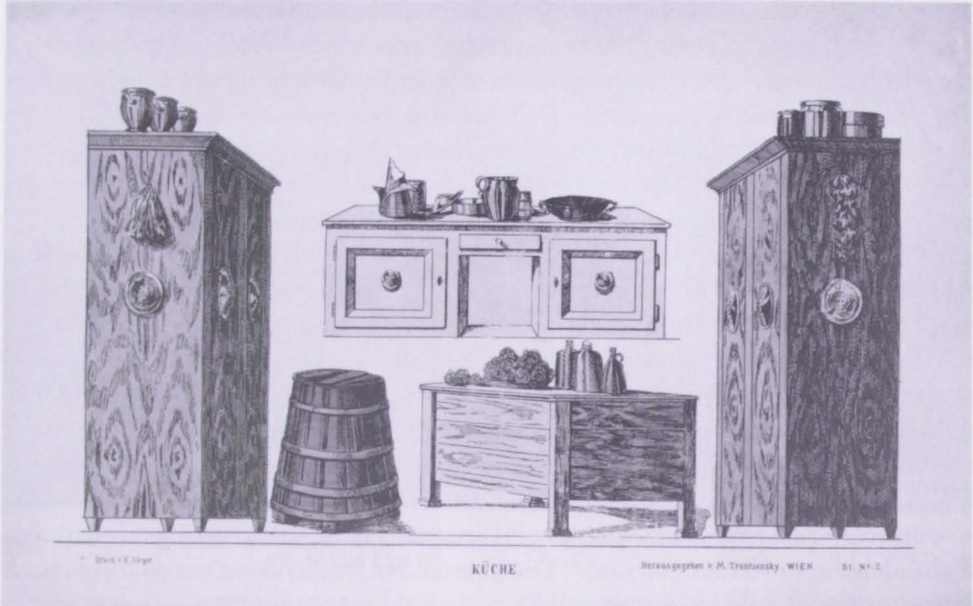
turen. Große Industriebetriebe, wie es sie bereits im Wiener Becken gab, fehlten im vormärzlichen Wien noch weitgehend. Vereinzelt existierten Stoffdruckereien, ab 1840 Maschinenfabriken und Gasfabriken (für die Straßenbeleuchtung). Sie unterschieden sich ihrem Aussehen nach ganz wesentlich von allen herkömmlichen Bauten: Nach britischem Vorbild wiesen sie eine außen sichtbare Stahlkonstruktion mit Rohziegelmauerwerk auf.

Bauordnungen spiegeln als verbindlich festgelegte Bedingungen der Behörde für die Errichtung bzw. Veränderung von Bauwerken den jeweils technischen Stand und die stadtplanerischen Erfordernisse einer Zeit wider. Die Bauordnung war eine Angelegenheit der Regierung – von 1785 bis 1849 unterhielt die Niederösterreichische Statthalterei ein eigenes Baudépartement. Hingegen ressortierten Bauaufsicht, Baugenehmigung und Feuerpolizei zum politisch-ökonomischen Senat des Magistrats der Stadt Wien. Dessen nachgeordnete Dienststelle, das Unterkammeramt, wurde 1835 als selbstständige Baubehörde konstituiert und 1849 in Stadtbauamt umbenannt.[29] Die neuzeitlichen Bauordnungen gingen aus den Feuerordnungen des Mittelalters hervor. Die maßgebende Feuerordnung für diese Periode stammt aus dem Jahr 1782 und blieb mit einigen Modifikationen bis 1884 in Kraft[30] – seit 1822 galt sie auch für die Vorstädte. Gefordert wurde, dass die Dacheindeckung möglichst mit Ziegeln und nicht mit Holzschindeln



Abb. 10: Rauchküche mit schliefbarem Kamin um 1820. Kreidelithographie von Heinrich Papin nach Joseph Lanzedelli d. Ä.

zu erfolgen hatte, dass hölzerne Dachverschläge und Hofeinbauten zu entfernen wären, dass sowohl der Küchenboden als auch die obere Geschoßdecke gepflasterte Böden aufweisen sollten und dass das gesamte Erdgeschoß sowie alle Küchen nicht mit Holzdecken, sondern einem Steingewölbe zu versehen wären – vorher war dies nur für Läden und Stallungen vorgeschrieben. Die Kamine hatten als »schliefbare« (begehbare) Rauchfänge *(Abb. 10)* errichtet zu sein. Dies bedeutete, dass in der Küche nur Herde mit offenem Feuer verwendet werden konnten. Erst 1840 waren runde, enge Rauchfänge erlaubt, ab 1859 zwingend vorgeschrieben: Fortan gab es in den Küchen keine offenen Feuerstellen mehr; die alten Rauchküchen, bei denen die auf einem Holzbalken in Kopfhöhe aufliegende Gewölbehaube den vom offenen Herd aufsteigenden Rauch in den schliefbaren Kamin abführte, verschwanden; ein Sparherd mit dem geschlossenen Feuer hielt die Küche nunmehr rauchfrei *(Abb. 11)*. Gleichzeitig wurden die Stubenöfen von »Hinterladern«, die vom Gang zu beheizen waren, in von der Stube selbst zu beheizende »Vorderlader« umgestellt. Bemerkenswerterweise waren in den Vorstädten seit 1797 Dachrinnen üblich, erst 1822 wurden sie auch in der Altstadt vorgeschrieben. 1824 wurde die Anlage von Senkgruben verboten, sofern ein Kanalanschluss möglich war.



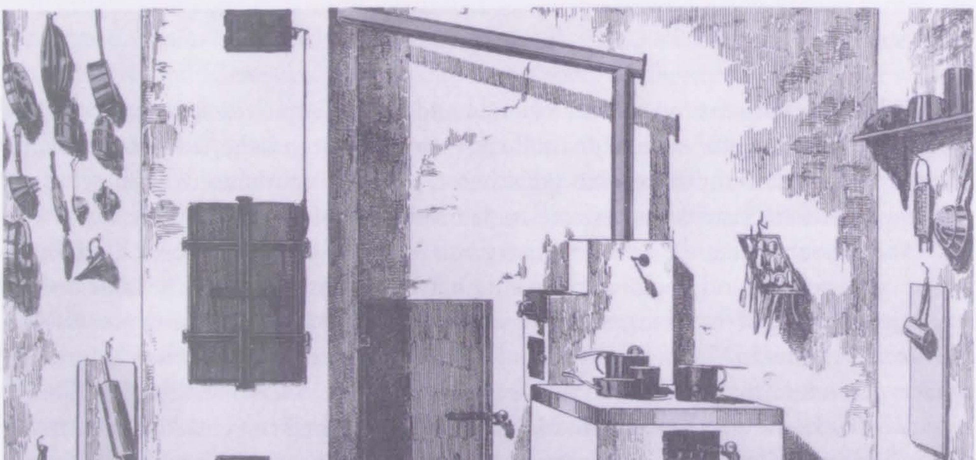


Abb. 11: Küche mit Sparherd um 1850. Federlithographie.

Seit 1836 durfte die Breite der Stiegen 1,26 m nicht unterschreiten, sodass die Stiegenhäuser von nun an mehr Platz beanspruchten; die engen Wendeltreppen gehörten der Vergangenheit an. Eine weiter gehende Wiener Bauvorschrift entstammt dem Jahr 1840: *Die Stiegen müssen bis unter das Dach von Stein hergestellt, alle Fenster mit Stein versetzt, die Böden unter dem Dache, dann in den Küchen, Magazinen, mit Ziegeln gepflastert, die Dachstühle mit Ziegeln, Schiefer oder Dachblechen eingedeckt und alle Verschalungen, Riegel- und Pfostenwände sowohl in den Wohnungen als auf den Dachböden beseitigt werden. [...] Die Anbringung von Boden- oder Dachzimmern wird nicht gestattet.*[31] Die Häuser sollten maximal vier Stockwerke hoch gebaut werden, jeder Neubau hatte einen eigenen Brunnen und, wenn dieser nicht möglich wäre, eine Regenwasserzisterne aufzuweisen. Aus hygienischen Gründen durften Neubauten erst dann bezogen werden, wenn die Gemäuer vollständig ausgetrocknet waren. Eine eigene Regelung galt den Aborten (»Retiraden«): Wohnungen mit mehr als drei Zimmern mussten über einen eigenen Abort verfügen, sonst genügte ein Abort für zwei Wohnungen; aus Gründen der Geruchsbelästigung sollten die »Retiraden« weit von der Wohnung entfernt sein, günstig wären so genannte »Klotürme« am Gang oder im Stiegenhaus. Seit 1859 betrug die maximale Gebäudehöhe 13 Klafter (24,7 m).[32] Die Fenster der Straßenfront waren fortan nach innen zu öffnen.

Wohnen in Wien

Die beiden Grunddaseinsfunktionen Wohnen und Arbeiten spielten sich nur in der traditionellen Familie unter ein und demselben Dach ab.[33] Bürgerliche Gewerbetreibende konnten diese Lebensform in ihren typischen Gewerbebürgerhäusern (Hinterhofgewerbe, Hinterhofindustrie) das gesamte 19. Jahrhundert hindurch bewahren. Die ersten Bevölkerungsschichten, die eine Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich erlebten, waren die Beamten und Taglöhner: Beamte hatten im ausgehenden 18. Jahrhundert ihre Mietwohnungen im Obergeschoß eines *Gewerbebürgerhauses*, in einem *bürgerlichen Mietwohnhaus* oder in einem *Stiftshof*. Für Taglöhner gab es um 1790 schon zahlreiche Einzimmer- oder Zimmer-Küche-Wohnungen in den Taglöhnervorstädten Spittelberg, Liechtental oder Neulerchenfeld. Im Manufakturzeitalter ging erst eine kleinere Anzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnung in einem Großbetrieb ihrer Beschäftigung nach, die überwiegende Zahl arbeitete im Verlag, d. h. in den eigenen vier Wänden. Anders als die Gewerbebürger verfügten die Heimarbeiter jedoch über keine eigenen Häuser, sondern lediglich über kleine Mietwohnungen.

Die Industrielle Revolution veränderte die Lebens- und Wohnformen nachhaltig, da der Arbeitsplatz vom Schlafplatz nun endgültig getrennt wurde: Der Lohnarbeiter arbeitete außer Haus. Auf den unablässigen Zuwandererstrom in die Reichshaupt- und Residenzstadt reagierte der Wohnungsmarkt zunächst mit Verzögerung, weil sich die mittellosen Ankömmlinge noch keine eigene Unterkunft leisten konnten. Ledige Män-

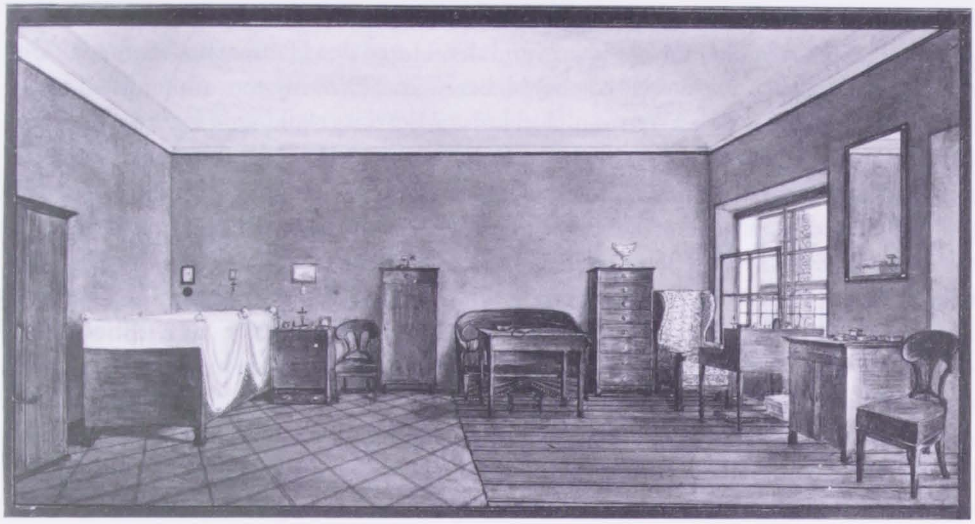


Abb. 12: Bürgerliches Wohn- und Schlafzimmer in Wien um 1830. Aquarell.

ner suchten eine Bleibe in einem Meisterhaushalt oder als Bettgeher in einem Arbeiterhaushalt – ein eigenes Untermietzimmer war oft zu teuer. Ledige Frauen kamen als Dienstmädchen in bürgerlichen Haushalten unter. Erst die verheirateten Arbeiter zogen in Klein- und Kleinstwohnungen ein, wo sie aber nun ihrerseits oft genötigt waren, Bettgeher aufzunehmen. Proletarische und bürgerliche Wohnverhältnisse blieben nicht auf Dauer räumlich getrennt, denn viele Arbeiter fanden ihre Klein- und Kleinstwohnungen in den Hinterhoftrakten der Gewerbebürgerhäuser, während es im Straßentrakt bürgerliche Wohnungen gab. Die am unteren Rand der sozialen Hierarchie angesiedelten Hilfsarbeiter und Taglöhner hausten im Vormärz oft nur in Baracken oder auf Dachböden.

In der zweiten Jahrhunderthälfte entstand insbesondere in den Wiener Vororten eine immer größer werdende Anzahl von Einraumwohnungen. Die Wohnverhältnisse verschlechterten sich derart, dass sich die Lohnarbeiter dem Elend des traditionellen Taglöhners annäherten. Wie die Proletarierwohnungen,[34] welche ja die Masse aller Wiener Wohnungen ausmachten, ausgestattet waren, ist weitgehend unbekannt. Bekannt ist die Ausstattung der bürgerlichen Wohnungen, in denen freilich nur ein kleiner Teil der Bevölkerung lebte *(Abb. 12)*: In angenehm dimensionierten Räumen und mit schlichten, zweckmäßigen Möbeln, deren Einfachheit einen bewussten Gegensatz zum barocken adeligen Prunk bildeten, entfaltete die bürgerliche Wohnkultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine nie wieder erreichte Blüte.[35] Die Ringstraßenzeit brachte dann eine Abkehr von der »biedermeierlichen« Behaglichkeit, vielmehr demonstrierte ein neues »bourgeoises« Wohnen eine der adeligen Gesellschaft angepasste Repräsentation.[36] Die große Ringstraßenwohnung verfügte – wie der Adelspalast – über zahlreiche

Räume unterschiedlicher Funktion: Salon, Musikzimmer, Bibliothek, Speisezimmer, getrennte Appartements für die Dame und den Herrn des Hauses, Badezimmer, Kinderzimmer, Hauslehrerzimmer, Küche, Nebenräume, Dienstbotenzimmer usw.

Die Wohnsituation in Wien war durch das Mietzinsgefälle vom Zentrum zur Peripherie gekennzeichnet. Die billigsten Wohnungen lagen in den Vororten, wo keine Linien-Verzehrungssteuer zu entrichten war und deshalb die Lebenshaltungskosten allgemein niedriger waren; dort ließen sich bevorzugt Taglöhner und Hilfsarbeiter nieder. So zählte man zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Vorort Neulerchenfeld 40 Prozent der Wohnungsmieter zur ärmsten Bevölkerungsschicht.[37] Die Vorstadtwohnungen kosteten grundsätzlich mehr, mit zunehmender Nähe zur Innenstadt stiegen die Mieten weiter an. Vergleichsweise billig wohnte man noch im Raum des heutigen 5. Bezirks, teurer waren die Wohnungen in den heutigen Bezirken 3, 4, 8 und 9, am teuersten in der Leopoldstadt (2. Bezirk), wo sie statt des 350 m breiten Glacis nur der 60 m breite Donaukanal von der Innenstadt trennte. Der zahlenmäßig dominierende Wohnungstyp der Vorstädte und Vororte war die Zimmer-Küche-Wohnung. Die jährlichen Mieten der Vorstadtwohnungen schwankten in der ersten Jahrhunderthälfte zwischen 50 und 200 Gulden. Die für die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes ebenso wenig wie für niedere und mittlere Beamte erschwinglichen Innenstadtwohnungen wiesen einen jährlichen Mietzins von durchschnittlich 440 Gulden auf, nach der Jahrhundertmitte 520 Gulden. Bei gleicher Größe waren die Mieten der Altstadtwohnungen um mindestens 40 Prozent höher als jene der Vorstadtwohnungen. Eine für das Jahr 1856 geltende größenmäßige Auflistung aller 89.551 Wiener Wohnungen (davon 9.635 Altstadtwohnungen) ergibt,[38] dass es in großbürgerlichen Nobelmiethäusern mindestens 1.000 Herrschaftswohnungen (ein bis zwei Prozent aller Wohnungen) mit mehr als zehn »Wohnbestandteilen« (= Zimmer und alle Nebenräume) gab; sie nahmen meist ein ganzes, in der Regel das erste Stockwerk ein. Der Mietzins belief sich auf 1.000 bis 2.000 Gulden und mehr. In den höher gelegenen Geschoßen teilten sich zwei bis drei großbürgerliche Wohnungen (fünf bis zehn Wohnbestandteile) das Stockwerk mit einer Wohnungsmiete über 500 Gulden im Jahr. Sie machten etwa 16 Prozent der Wohnungen aus, kleinbürgerliche Wohnungen mit drei bis vier Wohnbestandteilen (ein bis zwei Zimmer, Küche, Kabinett, ev. Vorzimmer) 49 Prozent. Knapp ein Drittel aller Wohnungen waren Klein- und Kleinstwohnungen mit ein bis zwei Wohnbestandteilen. Sie lagen großteils in den Vorstädten, konnten sich aber auch noch in den verkehrsabgelegenen Zonen innenstädtischer Altbauten halten. Ihr Mietzins betrug weniger als 100 Gulden.

Der Wiener Wohnungsmarkt war schon im ausgehenden 18. Jahrhundert kapitalistisch organisiert, im Vormärz zeichnete sich bereits eine rege Wohnbauspekulation ab.[39] Die Bauspekulation betraf nicht nur unverbautes Gelände, es gab auch bereits eine »Abbruchspekulation«, wodurch billige Altwohnungen vom Markt verschwanden und durch teurere Neubauwohnungen ersetzt wurden. Oft sahen Kleingewerbetreibende ihre einzige wirtschaftliche Überlebenschance in der Umwandlung ihres Gewerbebürgerhauses in ein Zinshaus.[40] Als Übergangslösung wurde das Gebäude aufgestockt.

Sobald jedoch der Bodenpreis entsprechend gestiegen war – das galt insbesondere für die citynahen Vorstadtzonen –, kam es zum Abbruch und Neubau. Spekulanten ließen meist die Baumeister vorfinanzieren, bisweilen gingen diese eine Verbindung mit der Baustoffindustrie ein, die an den Bauunternehmer teure Kredite vergab. Viele Wohnhäuser wurden auch durch Hypothekarkredite finanziert, insbesondere stieg die Erste Österreichische Spar-Casse groß in das Hypothekengeschäft ein. Dies bedeutete, dass die Hauseigentümer nur wenig eigenes Kapital einsetzten, dafür aber fremdes Kapital verwalteten. Sie waren also verschuldet und mussten durch die Wohnungsmieten ihre Verbindlichkeiten begleichen. Daher sahen sie sich auch in Krisenzeiten keineswegs in der Lage, die Mieten zu senken.

Schon zur Zeit Maria Theresias herrschten in Wien äußerst unbefriedigende Wohnverhältnisse. Die Wohnungsknappheit sollte für die folgenden zwei Jahrhunderte den Alltag der Wiener Bevölkerung maßgebend bestimmen. Um die (private) Wohnbautätigkeit zu stimulieren, gewährte die Regierung immer wieder Steuerbefreiungen für Neubauten, doch erlaubte die übergroße Nachfrage an Wohnungen beinahe jede beliebige Mietzinssteigerung, sodass Angehörige der Mittel- und Unterschichten in ernste Schwierigkeiten gerieten, ihre Wohnungen zu behalten bzw. neue Wohnungen zu finden.[41] Für die Beamten ergaben sich ab 1800 durch die Inflation schwerwiegende Probleme, weil ihnen bei gleich bleibenden Bezügen die Mieten »davonliefen«; insbesondere schuf der Staatsbankrott von 1811 für sie eine katastrophale Situation, als der Zins eine exorbitante Steigerung erfuhr. Der Wiener Kongress verursachte eine weitere Teuerung und Verknappung des Wohnungsangebotes. Auch die 1820er-Jahre brachten keine Entspannung, erst um 1830 besserte sich kurzfristig die Lage sowohl für das Bürgertum als auch für die Unterschichten. Die 1840er-Jahre ließen die chronische Wohnungsnot wieder deutlich sichtbar werden: Die Wirtschaftskrise der »hungrigen Vierziger« vergrößerte die Arbeitslosigkeit, aber trotz des allgemeinen Kaufkraftschwundes stiegen die Wohnungsmieten. Nach der Jahrhundertmitte nahm die Wohnungsnot angesichts des beschleunigten Stadt- und Bevölkerungswachstums vor allem für die einkommensschwachen Schichten unerträgliche Ausmaße an. Von 1830 bis 1850 wurden die Wohnungsmieten um durchschnittlich 12 Prozent erhöht (von 132 auf 147 Gulden), zwischen 1850 und 1860 um mehr als 33, manchmal sogar um 50 Prozent (durchschnittliche Miete 1860: ca. 250 Gulden).[42] Bei gleicher oder gesunkener Kaufkraft mussten daher immer mehr Menschen gemeinsam eine Wohnung belegen: 1830 lebten durchschnittlich 4,8 Personen (inkl. Dienstpersonal) pro Wohnung in der Innenstadt, 4,4 in den Vorstädten, 1857 waren es schon 5,4 bzw. 5,3.[43] Auch die Stadterweiterung (nach 1857) brachte keine Verbesserung, denn auf den Glacisgründen entstanden kostspielige Luxuswohnungen – für diese gab es dann angesichts einer gewissen Marktsättigung tatsächlich eine Mietenreduktion. Während nun sogar etliche Großwohnungen leer standen, wurden die kleinen, enorm überfüllten Unterschichtenquartiere immer teurer. Es ist bezeichnend, dass im gesamten Untersuchungszeitraum gerade die kleinsten Wohnungen die höchsten Quadratmetermieten aufwiesen.

Zur Wohnungsnot des 19. Jahrhunderts gesellte sich also das *Wohnungselend*. Im Jahr 1857 gab es in Wien 238 Proletarierfamilien mit zusammen 606 Kindern, die ihre Zimmer-Küche-Wohnung nicht mehr bezahlen konnten und unterstandslos wurden.[44] Um die Jahrhundertmitte machte ein Drittel des Wiener Wohnungsbestandes Klein- und Kleinstwohnungen aus. Um 1910 war es sogar die Hälfte. Trotzdem übertraf in diesem Jahr die Zahl der Untermieter und Bettgeher bereits jene der Wohnparteien. Innerhalb der Linien teilten damals 17 Prozent der Wiener Bevölkerung das Untermieter- oder Bettgeherschicksal (1869 waren es sogar 23,4 Prozent, danach ging ihr Anteil auf 8,5 im Jahr 1910 zurück).[45] Tausende Lehrlinge, Gesellen und Dienstmädchen mussten in gewerblich genutzten Räumen schlafen – eine derartige Doppelnutzung von Produktions- bzw. Verschleiß- und Schlafstelle war äußerst unhygienisch, da sie besonders häufig bei Fleischern, Selchern und Bäckern vorkam.[46] Aber selbst in Bürger- und Großbürgerhaushalten dienten die Küchen vielfach als Schlafplatz für das Gesinde – und als Spielplatz für die Kinder.

Reformvorschläge zur Behebung von Wohnungsnot und Wohnungselend

Erst die Revolution des Jahres 1848 machte eine breitere Öffentlichkeit auf die katastrophalen Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten aufmerksam.[47] Die vermutlich erste Reformschrift zur Milderung der Wohnungsnot stammt von Anton Langer,[48] der den Vorschlag machte, Arbeiter in eigens zu errichtenden Kasernen unterzubringen. Differenzierter dachte der Architekt Ludwig Förster.[49] Er forderte – freilich vergebens – die Errichtung eigener Arbeiter-Wohnhausanlagen mit Eigentumswohnungen; die Finanzierung sollte durch einen fünfprozentigen Hypothekarkredit erfolgen. Das Wohnungseigentum würde, so Förster, das proletarische Bewusstsein der Arbeiter ausrotten und zur Hebung von Sittlichkeit und Moral beitragen. Die an sich richtige Idee, Arme aus ihrer tristen Lage zu befreien und durch verbesserte Wohnverhältnisse in das Gesellschaftssystem zu integrieren, beherrschte bis in die 1870er-Jahre alle Reformvorschläge. Allerdings erkannte niemand, dass Wohnungsnot und Wohnungselend soziale Probleme darstellten, welche allein durch Bereitstellung günstiger Wohnungen nicht zu beheben waren. Bernhard Friedmann[50] erklärte die Wohnungsnot als Folge des marktwirtschaftlichen Prinzips von Angebot und Nachfrage: Mit zunehmender Bevölkerung steige der Wohnungsbedarf, sodass sich die Mieten erhöhen. Friedmann forderte zur Abhilfe billigeres Bauland, Steuerfreijahre für Neubauten und eine neue Bauordnung, welche preisgünstigeres Bauen ermöglichte. Auch eine vom Kunsthistoriker Rudolf Eitelberger gemeinsam mit dem Architekten Heinrich Ferstel anno 1860 verfasste Schrift[51] wies keinen Ausweg aus der Not des Arbeiterproletariats, vielmehr griff sie auf das vorindustrielle Gesellschaftsmodell zurück, als Wohn- und Arbeitsstätte noch nicht getrennt waren.

Das einzige realisierte Projekt – Fischers Arbeitshaus in Erdberg[52] – zielte zwar auch nicht auf eine Lösung der sozialen Frage ab, aber es bewies immerhin, dass kluges, durchaus gewinnorientiertes Unternehmertum in der Lage war, Armut und Elend zu lindern. Gedacht war das Arbeitshaus für »Sitzgesellen«[53] und für die von der Proletarisierung bedrohten Kleingewerbetreibenden, welche angesichts des Verdienstrückganges bei gleichzeitiger Mietzinssteigerung immer wieder von Delogierung und damit von Existenzvernichtung bedroht waren. Fischers Musterhaus verhieß dagegen den Mietern durch einen langfristig festgelegten und nicht steigerbaren Mietzins Sicherheit. Bedingung war die Bezahlung der Miete wöchentlich im Voraus, andernfalls erfolgte die Kündigung; Untermiete war verboten. Erstaunlich fortschrittlich mutet die Ausstattung an: Jedes Stockwerk verfügte über eine Wasserleitung (Bassena) und einen Müllabwurfschacht. Die Wohnungen – ein bis drei Wohnbestandteile – enthielten die notwendigsten Einrichtungsgegenstände wie eiserne Betten mit Strohsäcken, Kästen, Sesseln und auch Öfen mit Kohlenkisten und Kohlenschaufeln. Im Gebäude waren eine Kinderbewahranstalt, eine Waschküche, ein Bügelzimmer, ein Männer- und ein Frauenbadezimmer mit je zwei Metallwannen, eine »Traiteurie«, die billige, gesunde Speisen anbot, und eine Kapelle untergebracht. Die Hausordnung verriet erzieherischen Charakter und deutete eine neue Form patriarchalischer Überwachung der Bewohner an, indem sie von ihnen Ordnung und Pünktlichkeit forderte und jene, die 20 Jahre unbeanstandet hier wohnten, mit lebenslanger Zinsbefreiung belohnte. Im Jahr 1860 bewohnten 250 Parteien, also etwa 1.000 Personen, Fischers Musterhaus. Die Mieter entstammten der kleinbürgerlichen Schicht, auf welche das Attribut des »strebsamen, ordentlichen Stadtbewohners« passte: kleine Gewerbetreibende, Angestellte und Pensionisten. Arbeiter und Taglöhner fanden sich hier nicht ein. Möglicherweise hätte das Arbeitshaus in Erdberg einen zukunftsweisenden Weg angedeutet, der später durch den kommunalen Wohnbau seine Fortsetzung gefunden hätte, doch bekundete die liberale Gemeindeverwaltung kein Interesse an einer sozialen Wohnungspolitik. Daher fand Fischers Beispiel keine Nachahmer.

Ende der Festung, Beginn der Ringstrasse

Schon 1781 ließ Kaiser Joseph II. auf dem Glacis, das fortan »Esplanade« hieß, Alleen anlegen. Kaffeezelte, Spielplätze und Märkte unterstrichen den Wert dieser Wiener Erholungslandschaft.[54] Als dann in den Jahren 1801 bis 1804 auf der Kurtine (= Hauptwall der Befestigungsanlagen zwischen zwei Bastionen) westlich des Kärntner Tors die »Albertina«, der Palast des Herzogs von Sachsen-Teschen, erbaut wurde, zeigte sich deutlich, dass die frühneuzeitlichen Festungswerke jeglichen militärischen Wert verloren hatten.[55] Die zweimalige Besetzung Wiens durch Napoleon 1805 und 1809 bestätigte dies. Napoleon ließ beim Abzug aus Wien 1809 vier Basteien (von der Augustiner- bis zur Mölkerbastei) und vier Ravelins (vom Augustiner- bis zum Schottenravelin) spren-

gen, nicht wegen ihrer taktischen Bedeutung, sondern um den unterlegenen Gegner zu demütigen. 1817 hob der Kaiser den Festungsstatus von Wien auf und erklärte seine Residenz zur »geschlossenen Stadt«. In der Folge verschwanden die meisten Ravelins. 1817 bis 1819 wurden die Reste der Burgbastei abgebrochen. Zwischen Augustiner- und Löbelbastei entstand eine neue Kurtine (»Hornwerkskurtine«, 1863 demoliert), welche Burggarten (»Kaisergarten«), Heldenplatz (»äußerer Burgplatz«) und Volksgarten einschloss. In den Jahren 1821 bis 1824 wurde das Äußere Burgtor (Architekt: Peter Nobile) erbaut.[56] Das Vorschieben des Mauerringes im Anschluss an die Hofburg und die Anlage des Burggartens löste eine generelle »Verschönerungswelle« im anschließenden Stadtteil aus:[57] Galt bisher der unmittelbar an den Wällen gelegene Raum des Adelsviertels als städtebauliche »Rückseite«, die für Stallungen und Wirtschaftstrakte genutzt wurde, so erfolgte nun seine ästhetische Aufwertung durch die Anlage von Sommersalons und Gartenhäuschen auf den Fortifikationen. Das Palais Coburg wurde sogar direkt auf den Wallanlagen errichtet. Kurtinen und Bastionen wurden nun gärtnerisch kultiviert, im Stadtgraben entstand eine vier Kilometer lange und acht Meter breite, von Pappeln gesäumte Promenadestraße.

Seit die Wiener Festung 1817 aufgehoben worden war, setzte die Diskussion um eine Stadterweiterung auf Kosten der bastionierten Stadtmauer ein.[58] Das Militär widersetzte sich drei Jahrzehnte lang erfolgreich einer Demolierung der frühneuzeitlichen Anlagen. Andererseits kamen gerade von Seiten des Militärs erste Anregungen zur Stadterweiterung, freilich unter Bewahrung fortifikatorischer Elemente. Schon 1817 zeichnete der Ingenieuroffizier Karl von Cerrini einen Plan, dem zufolge die Festung von der Biberbastion bis zum Neutor zu demolieren und an ihrer statt eine neue Mauer von der Neutorbastion geradewegs zum Donaukanal aufgeführt werden sollte. Der so gewonnene Raum auf dem Rossauer Glacis könnte zur Verbauung freigegeben werden. Am Donaukanal sollte an Stelle der Stadtmauer ein besonders breit angelegter Kai entstehen. Im Jahr 1825 erteilte Erzherzog Johann in seiner Funktion als General-Geniedirektor den Genieoffizieren den Befehl zur Ausarbeitung eines anderen Stadterweiterungsplanes. Dieser Entwurf sah eine neue Stadtmauer von der Elendsbastion bis zum Donaukanal im Bereich der Augartenbrücke und längs des Kanals bis zur Gonzagabastion vor. Hinter der neuen Mauer hätte es reichlich Platz für neue, rasterförmige Bauparzellen gegeben. 1839 arbeitete der Architekt Ludwig Förster seinen ersten Stadterweiterungsplan aus. Wie Cerrini wollte auch er vor allem das Rossauer Glacis verbauen, die Donaukanalfront sollte durch einen besonders hohen Kai mit einigen kleinen vorgelagerten Bollwerken gesichert werden, eine Defensionskaserne in der Rossau würde ihre Deckung übernehmen. Noch aber war die Zeit für eine Stadterweiterung nicht gekommen, und eine Reihe anderer Projektanten machte sich ebenso vergeblich Gedanken dazu.

Auch nach der Revolution 1848 folgten zahlreiche Stadterweiterungsvorschläge, deren Verwirklichung nach wie vor am Einspruch der Generalität scheiterte, die das »unruhige Wien« durch militärische Anlagen unter Kontrolle zu halten wünschte.[59]

Kaiser Franz Joseph setzte sich schließlich mit seinem viel zitierten Machtwort vom 20. Dezember 1857 (»Es ist mein Wille ...«) über alle Bedenken der Armee hinweg und genehmigte die Schleifung der Mauern sowie die Anlage einer Ringstraße.[60] Im darauf folgenden März begannen die Abbrucharbeiten, der erste Spatenstich erfolgte an der Rotenturmbastion. Bis Ende 1862 war die gesamte Stadtmauer demoliert. Das Abbruchmaterial wurde nach Tunlichkeit an Ort und Stelle belassen und diente zur Niveauvereinheitlichung der künftigen Ringstraße und des Kais.

Am 31. Jänner 1858 erging die »Concursausschreibung zur Erlangung eines Grundplanes« an die Öffentlichkeit. Ein internationaler Wettbewerb sollte in halbjähriger Frist Bebauungsvorschläge für die Glacis- und Festungsgründe bringen.[61] Die Projekte mussten anonym eingereicht und mit einer Devise versehen werden. Die zehn besten Pläne kamen in die engere Wahl und wurden einem Spezialkomitee vorgelegt, welches die endgültige Beurteilung nach vier Hauptkriterien vornahm:[62] 1. Gestaltung von Ringstraße, Kai und Lastenstraße, 2. Beachtung militärischer Interessen, 3. Herstellung eines organischen Anschlusses an das Bestehende, 4. Bauanlagen für private und öffentliche Gebäude. Fünf »Concurspläne« wurden honoriert, zuletzt bestimmte die Jury drei erste Preise, als deren Träger der unermüdliche Vorkämpfer einer Stadterweiterung Ludwig Förster für Projekt 59 (Devise: »Der gerade Weg ist der Beste«), ferner Friedrich August Strache (»A.E.I.O.U.«) für Projekt 55 sowie Eduard van der Nüll und August Sicard von Sicardsburg für Projekt 66 (»Sustine et abstine«) verantwortlich zeichneten. Eine Kommission des Wiener Stadtbauamtes, der auch die Hauptpreisträger angehörten, kombinierte nun aus den prämierten Plänen den »Grundplan« zur Stadterweiterung, welcher am 1. September 1859 die kaiserliche Sanktion erhielt. Nach diesem Grundplan wurden die vier Kilometer lange und 57 Meter breite Ringstraße, der 38 Meter breite »Franz-Josephs-Quai« und die 26,5 Meter breite Lastenstraße angelegt.

Obwohl Mauern, Gräben und Glacis im Wiener Burgfriedbereich lagen, die Stadt also Grundeigentümerin des Areals war, auf dem bisher lediglich Bauverbot geherrscht hatte, konnte die Gemeinde nun kein Eigentumsrecht geltend machen, weil das Ärar die gesamte Fläche für sich beanspruchte. Noch 1860 stellte Bürgermeister Seiller im Namen Wiens der Regierung das Angebot, das Gebiet um 12 Millionen Gulden zu erwerben, alles seitens der Stadt zu übernehmen und selbst die Stadterweiterung durchzuführen. Dieses Angebot wurde aber abgelehnt, vielmehr sollte fortan ein Stadterweiterungsfonds aus dem Verkaufserlös der Bauplätze die öffentlichen Gebäude finanzieren, während die Stadt für die Kanalisierung und Pflasterung, für die Wienflussbrücken und für die Grünanlagen zu sorgen hatte. Doch auch in dieser Form konnten der Grundstücksverkauf zentral kontrolliert und die Planung einheitlich durchgeführt werden, sodass mit der Ringstraßenverbauung ein homogenes Gesamtkunstwerk entstand.[63] Eineinhalb Millionen Quadratmeter wurden für Straßen, Plätze und öffentliche Gärten gewidmet, 500.000 Quadratmeter waren für private Bauten und 380.000 Quadratmeter für öffentliche Bauten vorgesehen. Der Verkaufserlös für die privaten Bauparzellen

– insgesamt 163 Millionen Gulden – floss in den »Stadterweiterungsfonds«, aus dem alle öffentlichen Gebäude finanziert wurden.

Aus Rücksicht auf eine möglichst rasch zu verbessernde Verkehrserschließung wurde vorrangig der Franz-Josephs-Kai in Angriff genommen und konnte schon am 1. Mai 1859 provisorisch eröffnet werden. Hier entstanden auch die ersten Gebäude und die erste Parkanlage (heute: Wilhelm-Kienzel-Park) der Ringstraßenbebauung: 1860 öffnete das an der Stelle des späteren Hotels Métropole errichtete Treumann-Theater seine Pforten; es wurde allerdings schon drei Jahre später ein Raub der Flammen. Die Ringstraßenbauten datieren fast durchwegs aus der Zeit nach 1860.

Städtische Infrastruktur

Vornehmliche Aufgabe einer Stadtverwaltung ist die Bereitstellung der materiellen Infrastruktur, welche den Bewohnern das Leben in der Stadt erst ermöglicht und die wirtschaftliche Entwicklung fördert. Dazu sind soziale, organisatorische und technische Maßnahmen notwendig. Die Reformen des aufgeklärten Absolutismus initiierten eine Reihe von *sozialen Maßnahmen*, für die Wien bzw. die Habsburgermonarchie als vorbildlich galten.[64] Auch hinsichtlich der *organisatorischen Maßnahmen*, welche der Sicherheit und Versorgung dienten, befand sich Wien zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch durchaus auf der Höhe der Zeit, die Innovationsfeindlichkeit der vormärzlichen Regierung brachte dann jedoch einen Stillstand in der Entwicklung. Für *technische Einrichtungen* zeigte der Kaiser zwar viel Verständnis, dennoch blieb Wien diesbezüglich gegenüber anderen prosperierenden Metropolen – wie beispielsweise Berlin – zurück. Die Ursache mochte in der weitgehend kleinbetrieblich organisierten Wiener Wirtschaft zu finden sein, deren Bedarf an ausgereifter städtischer Infrastruktur noch gering war. Vorerst fehlten noch die großen Industrieanlagen, welche an die technische Infrastruktur erhöhte Anforderungen stellten.[65] So zeigt sich, dass in zahlreichen Reiseberichten Wien zwar lobend mit anderen Metropolen verglichen wird, weil hier Sicherheit und Sauberkeit einen höheren Stellenwert genossen, dass aber die technischen Anlagen, welche den eigentlichen Gradmesser für den wirtschaftlichen Entwicklungsstand einer Stadt auf dem Weg zur modernen Großstadt ausmachen, mit anderen westeuropäischen Städten nicht Schritt halten konnten. Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konnte Wien auf diesem Feld verlorenes Terrain wieder gutmachen.

Feuerwehr und Polizei

Für das Wiener Feuerlöschwesen[66] war das Unterkammeramt (ab 1849: Städtisches Bauamt) zuständig. Ihm war die Feuerlöschanstalt, eine Art Berufsfeuerwehr, unterstellt, deren Gerätschaften im Bürgerlichen Zeughaus Am Hof untergebracht waren.

Der Türmer von St. Stephan hatte – und das schon seit dem späten Mittelalter – rund um die Uhr die Stadt zu beobachten, bei Entdeckung eines Brandes mit Fahne und Laterne die Richtung des Brandortes anzugeben und sofort den Mesner zu verständigen, der wiederum das Unterkammeramt zu benachrichtigen hatte. Zur Erleichterung des Türmerdienstes installierte 1835 der Magistrat auf dem Stephansturm ein drehbares Fernrohr. Das Feuerlöschpatent vom 31. Dezember 1817 verpflichtete einerseits alle bürgerlichen Handwerksmeister und deren Gesellen, als Feuerwehrhelfer zum allfälligen Brandplatz zu eilen, andererseits auch die Vorstadtgemeinden, Grundgerichte, Stifte, Klöster und Spitäler, mit Löschgeräten am Brandplatz zu erscheinen und diese dem Unterkammeramt für den Einsatz der Feuerwehr zu überlassen. Jedes Gebäude musste einen ergiebigen Brunnen besitzen. Aus dem Jahr 1849 existiert eine genaue personelle und materielle Auflistung der Feuerlöschanstalt. Damals zählte sie 46 Feuerwehrmänner, denen fünf Fahrspritzen mit je 21 Schläuchen, ein Wasserzubringer mit neun Schläuchen, 26 Wasserwägen usw. zur Verfügung standen. 1853 wurde das Personal um zehn zusätzliche Posten aufgestockt und 1854 einheitlich uniformiert. 1855 ließ der Magistrat eine Telegraphenleitung zwischen Stephansturm und der »Central-Löschanstalt Am Hof« installieren, neun Jahre später wurden die elektromagnetischen Nadeltelegraphen durch Morse-Apparate ersetzt. Die ersten Freiwilligen Feuerwehren wurden 1865 in den Vororten Simmering und Pötzleinsdorf eingerichtet.

Maria Theresia hatte 1749 eine »Polizeikommission« als selbstständige Hofstelle gegründet. Ihr Sohn Joseph II. formte sie zu einer geheimen Staatspolizei um, die das ganze Reich mit einem dichten Netz polizeilicher Institutionen überzog.[67] Der staatlichen »Zentralen Polizeihofstelle« (1801–1848: »Polizei- und Zensurhofstelle«) war die Wiener Polizei-Oberdirektion unmittelbar unterstellt, und dieser die Polizeidirektionen der Provinzhauptstädte. Der vormärzliche Polizeistaat unterhielt eine Anzahl von (geheimen) Polizeidienststellen in Wien. Seit 1838 logierte die Polizei- und Zensurhofstelle im ehemaligen Palais Modena (1, Herrengasse 7). Mit der inneren Sicherheit der Städte und Provinzen hatten die Polizeidirektionen nichts zu tun, diese blieb Aufgabe der jeweiligen Stadtverwaltung und der Armee.

Niemand sollte sich unkontrolliert in der Stadt aufhalten; daher wurden schon im Spätmittelalter (1443) Meldevorschriften[68] erlassen, die nach und nach immer mehr verfeinert und nach bürokratischen Regeln gestaltet waren. Das Konskriptionsgesetz von 1771 forderte die Registrierung aller männlichen Personen (und des Zugviehs) für eine allfällige militärische Rekrutierung. Seit 1789 wurden auch Ortsfremde in »Fremdenprotokollen« erfasst. Seit 1776 waren Wien und die Vorstädte in *zwölf Polizeibezirke*[69] eingeteilt: Vier entfielen auf die Altstadt, acht auf die Vorstädte:

Die vier Polizeibezirke der Altstadt:

Kärntner-, Widmer-, Schotten-, Stubenviertel

Die acht Polizeibezirke der Vorstädte:

1. Bezirk: Leopoldstadt, Jägerzeile
2. Bezirk: Wieden, Starhembergisches Freihaus, Schleifmühle, Laurenzergrund, St. Margareten, Niklasdorf, Matzleinsdorf, Rampersdorf, Hungelbrunn, Hundsturm
3. Bezirk: St. Ulrich obern und untern Guts
4. Bezirk: Landstraße, Weißgerber, Erdberg, Rennweg
5. Bezirk: Alser- und Währingergasse, Michaelbayerischer Grund, Hernals, Währing
6. Bezirk: Rossau, Thury, Lichtental, Althanischer Grund, Himmelpfortgrund
7. Bezirk: Spitalberg, Josephstadt, Alt- und Neulerchenfeld, Strozzischer Grund
8. Bezirk: Laimgrube, Windmühle, Mariahilf, Gumpendorf, St. Magdalenengrund, die fünf und sechs Häusel vor der Linie außer Mariahilf (Fünfhaus, Sechshaus)

Jedem Bezirk stand ein »Bezirksdirektor« vor, der ein Hauptbezirksprotokoll führte, in dem alle Bewohner verzeichnet waren. Darüber hinaus fertigte der Bezirksdirektor das Meldeprotokoll an, welches die in Gasthöfen oder in Untermiete wohnenden Fremden, die nur vorübergehend in Wien weilten, in Evidenz hielt. Ein Patent von 1794 verpflichtete jeden Hausinhaber, alle Veränderungen unter den Hausparteien und hinsichtlich des Zugviehs binnen 14 Tagen dem Konskriptionsamt anzuzeigen. Diese und andere Maßnahmen trugen dazu bei, dass jeder, der sich innerhalb der Linien aufhielt, sei er einheimisch oder fremd, registriert wurde. Wie aus einer Polizeivorschrift des Jahres 1829 hervorgeht,[70] sollten *Hausinhaber und Hausbesorger […] die Inwohner anzeigen, sobald sich ein gegründeter Verdacht in Ansehung ihrer Person, ihres Lebenswandels oder der Art der Erwerbung erhebt […] und jeder Hauseigentümer soll über alle in seinem Hause wohnenden Parteien Auskunft zu geben im Stande sein.*

In Wien sorgten eine territoriale Organisation und zwei mobile Polizeikörper für Ruhe und Ordnung.[71] Zur territorialen Organisation, für die der Magistrat der Stadt Wien zuständig war, zählten die oben erwähnten zwölf Polizeibezirke mit je einem Bezirksdirektor, dem jeweils ein Amtsschreiber und in den Vorstädten auch ein Kommissär zur Seite gestellt wurde. Darüber hinaus unterstanden ihm ein Bezirksarzt, ein Wundarzt und eine Hebamme. Wo der Magistrat nicht über die Ortsobrigkeit verfügte, waren die herrschaftlichen Grundrichter, Grundschreiber und Grundwachtmeister dem Bezirksdirektor zur Hilfeleistung verpflichtet. Außerdem konnten die Bezirksdirektoren bürgerliche Kommissare zu Polizeigeschäften einsetzen, deren Entlohnung in Form einer Steuerbefreiung erfolgte. Die beiden mobilen Polizeikörper hießen Militär-Polizeiwache und Zivil-Polizeiwache. Die *Militär-Polizeiwache* existierte nur in den Jahren von 1757 bis 1869. Sie war ein Teil der Armee und wurde für den Streifendienst eingesetzt. Ihre Mitglieder rekrutierten sich aus dem Kreis der Halbinvaliden, also nicht mehr voll felddiensttauglichen Soldaten. Anno 1791 zählte das Korps 375 Mann, 1857 umfasste es dann 14 Offiziere, 30 Feldwebel und 1.212 Mann. Seit 1801 waren etwa 40 Militärpolizisten beritten. In den Monaten Mai bis Oktober ritten sie täglich Patrouillen nach

Schönbrunn, Simmering, Nussdorf und in den Prater, bei Nacht kontrollierten sie das Glacis. Auch die Fußpolizisten waren, wenn man zeitgenössischen Berichten[72] trauen darf, bei Tag und Nacht allgegenwärtig und gaben Einheimischen und Fremden ein Sicherheitsgefühl. Die *Zivil-Polizeiwache* existierte seit 1791 und diente der Verbrechensbekämpfung. Sie unterstand dem Wiener Magistrat, ab 1848 der Stadthauptmannschaft, und umfasste im Vormärz 64 Kriminalbeamte, 1857 schon 240.[73] Als Wiener Polizeigefangenenhaus diente das düstere Gebäude des 1782 aufgelassenen Siebenbüchnerinnenklosters (zwischen Salzgries, Vorlaufstraße und Marc-Aurel-Straße; 1885 demoliert).

Im Sturmjahr 1848 übernahmen für einige Monate die neu gebildete Nationalgarde sowie die Akademische Legion den Sicherheitsdienst in Wien. Die Militär-Polizeiwache existierte weiter, hielt sich aber bewusst zurück. Nach dem Sieg der Gegenrevolution am 31. Oktober 1848 wurden Nationalgarde und Akademische Legion wieder entwaffnet und aufgelöst. Solange der Belagerungszustand dauerte – bis 1853 –, unterhielten Linientruppen der Armee ein dichtes Netz von Militärpatrouillen. 1849 wurde in der gesamten Monarchie nach lombardo-venetianischem (bzw. französischem) Vorbild die *Gendarmerie* eingeführt. Dieser militärisch gegliederte Wachkörper unterstand einem eigenen, 1852 gegründeten Polizeiministerium, das erst 1870 im Innenministerium aufging.[74] Erster Polizeiminister war zugleich der Gründer der Gendarmerie, Johann Kempen Freiherr von Fichtenstamm.[75] In Wien dauerte die Tätigkeit der Gendarmerie nur von 1850 bis 1860; etwa 250 Gendarmen patrouillierten teils zu Fuß, teils beritten durch Stadt und Vorstädte. Da es zwischen ihnen und der Militär-Polizeiwache keine Rayonsgrenzen gab, kam es zu zahlreichen Streitigkeiten. Diese legten sich auch nicht, als beide Wachkörper dem gemeinsamen Polizeiministerium unterstellt worden waren.

Häusernummerierung, Strassenpflasterung, Reinigung und Beleuchtung

Wenn, wie oben erwähnt, die Menschen zwecks militärischer Konskription systematisch gezählt werden sollten, so mussten auch die Häuser gezählt werden.[76] Schon 1566 gab es die ersten Hausnummern, 1770/71 erfolgte die erste generelle Nummerierung aller Stadt- und Vorstadthäuser. Die »Konskriptionsnummer« wurde beim Hauseingang und im Hausflur an die Wand gemalt oder auf Tafeln geschrieben. Seit 1773 existierte für Wien auch ein gedrucktes Häuserverzeichnis mit den Hausnummern, doch führten zahlreiche, nach unterschiedlichem System vorgenommene Neunummerierungen (1795, 1802, 1807/08, 1812/13, 1816, 1821) zu einem totalen Chaos, das weder durch die »neue Nummerierung« von 1828 noch durch die »neueste Nummerierung« ein Jahr später behoben werden konnte, weil jene Vorstädte, die nicht der Ortsobrigkeit des Wiener Magistrats unterstanden, nach ihren eigenen Vorstellungen zählten. Erst 1862 legte der Gemeinderat fortlaufende Nummern für jede Straße und für jeden Platz fest, wobei die Zählung vom Zentrum ausgehend erfolgte.

Im Jahr 1782 erging die kaiserliche Verordnung, dass an den Straßenecken mit schwarzer Schrift die Straßennamen anzubringen wären. 1842 wurden den Straßennamen auch die Vorstadt-Benennungen hinzugefügt, was bei über 30 Vorstädten unumgänglich war. Die Straßennamen ergaben sich aus der lokalen topographischen Bezeichnung oder nach der jeweiligen Grundherrschaft, selten fanden Personen ihre Verewigung auf diese Weise. Eine der frühesten »Namensgassen« dürfte die 1801 nach dem verdienten Oberkämmerer und späteren Bürgermeister benannte »Wohllebengasse« gewesen sein. Der oben erwähnte Gemeinderatsbeschluss des Jahres 1862 bewirkte, dass fortan die Straßentafeln der Längsstraßen viereckig, jene der Querstraßen oval ausgeführt sein sollten. Auf jeder Straßentafel musste der Bezirk, auf jeder Hausnummerntafel der Straßenname angegeben sein.

Wichtige Straßen und Marktplätze wurden in Wien bereits im 15. Jahrhundert mit Flussschotter gepflastert, seit dem 18. Jahrhundert verwendete man auch rechteckige Steine. Von 1826 an erfolgte die systematische Straßenpflasterung mit würfelförmigen behauenen Steinen aus Mauthausener Granit, die zentimeterbreiten Fugen wurden mit Sand ausgefüllt,[77] der sich alsbald mit Pferdemist vermischte. Nichtsdestoweniger bewunderte ganz Europa Wien für seinen schönen Straßenbelag (erste Versuche mit Asphalt datieren von 1872). Eigene erhöhte Bürgersteige, die sich durch Granitrandsteine von der Fahrbahn abhoben, gab es in Wien erst ab 1899. Doch schon im beginnenden 18. Jahrhundert trennten dort, wo ausreichend Platz war, hölzerne Barrieren oder Prellsteine den Fußweg von der übrigen Straße. Bisweilen verwandelten, wie in der Praterstraße um 1800, hölzerne Geländer den Fußweg in eine richtige Promenade. Aber nicht überall war dies möglich. Um die Kutscher daran zu erinnern, dass sie bei dichtem Verkehr nicht auf das Trottoir ausweichen sollten, ging man im 19. Jahrhundert daran, die Gehwege mit größeren, rechteckigen Pflastersteinen optisch kenntlich zu machen. Die zahlreichen Klagen über Kutscher, die sich nicht an eine derartige Markierung hielten und den Fußweg als Fahrbahn benutzten, zeigen auf, dass Fußgänger auch vor der Motorisierung nicht ganz ungefährlich lebten. Um 1800 hieß es, dass man wegen der Verkehrsdichte beispielsweise den Michaelerplatz nicht ohne Gefahr queren konnte.

Den Fußgehern drohte aber noch anderes Unbill: Vor den Haustoren waren zumeist mit Falltüren versehene Dunggruben angelegt, in die der Mist geleert wurde. Nicht selten vergaßen die Hausherren darauf, die Falltüren auch wirklich geschlossen zu halten, was zu vielen Beschwerden führte. Als unangenehm wurde auch empfunden, dass Hauseigentümer oft durch kleine Gräben das Regenwasser von ihren Haustoren abzuleiten trachteten. Ein Reisebericht des Jahres 1821 hingegen lobt die Sauberkeit von Wiens Straßen.[78] So wären täglich einige hundert Taglöhner oder »Knaben« damit beschäftigt, den Unrat in die nächste Kanalöffnung zu kehren. Heute würde man allerdings anders urteilen: Denn tatsächlich waren Wiens Straßen mit Kot, Pferdemist und Kehricht bedeckt, und in den Vorstädten ließ man sogar große Misthaufen einfach liegen. Es war üblich, den Unrat auf die Straße zu schütten; wenigstens hatte man 1794 den Fleischhauern verboten, Fleischwasser, Knochen und tierische Abfälle vor die

Türe zu werfen. Eine von der Stadtverwaltung organisierte geregelte Straßenreinigung und Hausmüllentsorgung gab es erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Öffentliche Bedürfnisanstalten kamen erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Zuvor existierten lediglich so genannte Uriniersteine an den Straßen, die freilich allen Blicken ausgesetzt waren. 1846 wurden die beiden ersten »Urinoirs« errichtet, bald folgten weitere.[79]

Der Beginn der öffentlichen Straßenbeleuchtung Wiens datiert aus dem Jahr 1687,[80] als man daran ging, an den Häusern Laternen zu befestigen, welche fortan von den jeweiligen Hausbesitzern angezündet und gewartet werden mussten. Am 5. Juni 1688 konnte erstmals die ganze Stadt beleuchtet werden, Fußgeher waren von nun an nicht mehr dazu angehalten, nachts eine eigene Laterne zu tragen. Als Brennstoff diente Unschlitt (= Talg), dem man Rübsamenöl beifügte, um ein helleres Licht zu erhalten. Ab 1777 wurden die Hausherren von der Betreuung der Laternen entlastet, als dieses Geschäft ein eigenes Beleuchtungspersonal übernahm. Als Gegenleistung musste von den Eigentümern für jedes Haus ein Gulden bezahlt werden, ab 1792 für jede einzelne Laterne. Dieser Beleuchtungsgulden wurde der Hauszinssteuer zugerechnet. Damals gab es in Wien und in den Vorstädten etwa 3.000 Laternen. Zur weiteren Bestreitung der Kosten wurde der »Illuminationsaufschlag« eingehoben, eine eigene Steuer auf Unschlitt, Wachs und Baumöl, später auch eine Steuer auf jeden nach Wien gelieferten Wein (»Weinaufschlag«).

Erste Experimente mit Gasbeleuchtung[81] gab es ab 1802, aber vorerst nur innerhalb von Gebäuden. 1812 wurde das Theresianum mit Gas beleuchtet, 1816 das Polytechnische Institut. Die ersten öffentlichen Gaslaternen brannten 1818 beim Kärntner Tor, 1826 in der Teinfalt- und Löwelstraße, in der Josefstädter Straße sowie in der Glacis-Allee. Das Gas wurde vorerst aus Harz- und Rübsamenöl hergestellt und in Druckflaschen angeliefert. 1834 verlegte man die erste, 1.200 Meter lange Gasrohrleitung vom »Gas-Erzeugungs-Etablissement« in der Rossau in die Herrengasse. Seit 1841 wurde Gas aus Steinkohle gewonnen. Von nun an nahm die Gasbeleuchtung einen raschen Aufschwung: Eine Reihe von – durchwegs privaten – Gasgesellschaften sorgte für eine immer besser beleuchtete Stadt und für ein immer dichteres Rohrleitungsnetz unter Wiens Straßen.

Wasserversorgung

Um 1800 verfügten nahezu alle Wiener Häuser über eigene Brunnen, deren Wasserqualität allerdings stark zu wünschen übrig ließ, da oft unmittelbar neben ihnen Fäkal- und Jauchegruben lagen. Eine Reihe kleinerer, teils privater, teils öffentlicher Wasserleitungen[82] war zwar schon im ausgehenden 18. Jahrhundert errichtet worden. Sie versorgten aber lediglich die Hofburg und einige andere öffentliche Gebäude. Wenn in trockenen Sommern manche Hausbrunnen der höher gelegenen Stadtteile versiegten, musste der »Wassermann« *(Abb. 13)* mit seinem Wasserwagen aushelfen. Wiens erste



Abb. 13: Die Wasserträger um 1820. Kreidelithographie von Heinrich Papin nach Joseph Lanzedelli d. Ä.

große Wasserleitung mit einem verzweigten Rohrnetz, die *Albertinische Wasserleitung*, wurde von Herzog Albert von Sachsen-Teschen in den Jahren 1803/04 erbaut (und 1808 von der Stadtverwaltung übernommen). Die Quelle befand sich in Hütteldorf und versorgte große Teile der Vorstädte Mariahilf, Schottenfeld, Gumpendorf und Josefstadt, wobei nicht den wenigen Hauszuleitungen, sondern den zwölf öffentlichen Brunnen die Hauptbedeutung zukam. 1816 wurde zwar das Wasser dreier weiterer Quellen eingeleitet, doch blieb das Leitungsnetz auf die westlichen Vorstädte beschränkt.

Angesichts der großen Bevölkerungszunahme und der immer stärker werdenden Verunreinigung des Grundwassers ging man in den Jahren 1835 bis 1841 daran, mit der *Kaiser-Ferdinand-Wasserleitung* eine großzügige, dem neuesten Stand der Technik entsprechende Lösung zu finden, die das ganze Stadtgebiet mit Wasser versorgte. Freiwillige Spenden von Adeligen und Industriellen trugen die ersten Errichtungskosten, später übernahm die Stadt Wien die Finanzierung und den Betrieb. Die Anlage wurde durch gefiltertes Donaukanalwasser gespeist: Dieses wurde bei der Nussdorfer Linie entnommen und über einen Saugkanal in das höher gelegene Maschinenhaus gepumpt, wo sich zwei 60 PS starke Niederdruckdampfmaschinen befanden. Von dort lief die Hauptrohrleitung zu den drei Reservoirs in Währing, Neulerchenfeld und auf

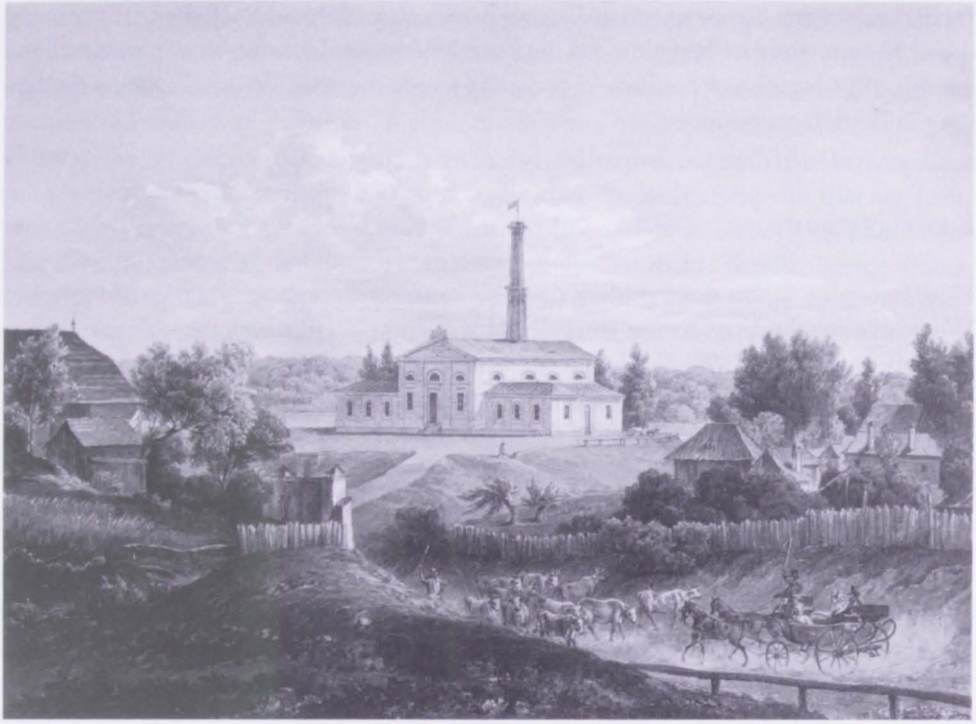


Abb. 14: Das Maschinenhaus der Kaiser-Ferdinand-Wasserleitung, 9, Wasserleitungsstraße; erbaut 1841, demoliert 1965. Aquarell von Franz Wolf.

der Schmelz, welche nun ihrerseits die Vorstädte zwischen Alser Straße und Wienfluss versorgten; eine Zweigleitung überquerte den Wienfluss und reichte bis zur Wiedner Hauptstraße. Zum Zeitpunkt der Eröffnung speiste die Wasserleitung drei öffentliche Bassins, 71 öffentliche Auslaufbrunnen sowie elf Abzapfungen für Anstalten und Privathäuser. Die tägliche Wassermenge betrug 1,92 Millionen Liter, 1843 bereits 2,9 Millionen. Ein weiterer Ausbau war nötig, weil sich immer mehr Privathäuser einen eigenen Wasseranschluss wünschten. Daher wurden insbesondere in den Jahren 1853 bis 1868 sukzessive die Maschinen- und Pumpanlagen verstärkt und der Filterkanal vergrößert, die steigende Nachfrage konnte jedoch nicht befriedigt werden.

Die Kaiser-Ferdinand-Wasserleitung *(Abb. 14)* arbeitete technisch zufriedenstellend, allerdings entsprach die Wasserqualität nicht den modernen Hygienevorstellungen, im Sommer erwärmte sich das Wasser rasch und wurde trüb. Im Jahr 1855 bot eine englische Gesellschaft der Gemeinde an, gegen Überlassung der Wasserleitung das gesamte Stadtgebiet zu versorgen. Das Angebot scheiterte an den liberalen Vorstellungen des Gemeinderates, der nicht akzeptierte, dass die Gesellschaft jedes Haus zu einem Wasseranschluss verpflichten wollte. Seit 1858 arbeiteten Regierungskommissionen ohne Erfolg an der Lösung des Wiener Wasserproblems, auch eine Wettbewerbsausschrei-

bung ergab nichts Nennenswertes. Erst als der Geologe Eduard Sueß die Leitung einer dieser Kommissionen übernahm, fiel die Entscheidung zu Gunsten einer Hochquellenleitung. 1866 legte Sueß das Projekt vor, 1873 wurde die erste Wiener Hochquellenleitung in Betrieb genommen.

Kanalisation

Gestaltete sich schon das Problem der Trinkwasserversorgung einer Großstadt wie Wien äußerst schwierig, so war jenes der Abwasserentsorgung beinahe unlösbar. Wien verfügte zwar über einige quellgespeiste Vorfluter, doch war deren Gefälle so gering, dass sich bei niedrigem Wasserstand der Unrat an den Ufern sammelte, bei Hochwasser jedoch die Brunnen und Keller der angrenzenden Gebäude überschwemmt und dadurch verseucht wurden. Alser Bach, Ottakringer Bach, Wienfluss und Donaukanal wurden seit alters her intensiv als Unrat- und Schwemmkanäle benützt, wobei die drei Erstgenannten schon im ausgehenden 18. Jahrhundert stinkende, biologisch tote, offene Kloaken waren.[83] Verschiedene Hygienevorschriften konnten daran nichts ändern. So verfügte ein Dekret von 1789, dass die Jauche der Häuser nur an zwei Stellen in den Donaukanal geleert werden durfte: bei der Mündung des Alser Baches (Alserbachstraße) und bei der »Gänseweide« (Weißgerberlände). In demselben Dekret wurde auch den »Nachtführern«, welche den Senkgrubeninhalt der Wohnhäuser abtransportierten, eingeschärft, nur gute und haltbare Fässer oder Butten zu verwenden. 1796 erging das Verbot, tierische Reste, Kot oder Unrat in die Donau zu werfen, 1797 wurde das Schwemmen von geschlachteten Schweinen und Pferden im Wienfluss untersagt.

Die Innenstadt verfügte seit dem 15. Jahrhundert über Abwassergerinne, seit 1753 gab es auch in den wichtigsten Vorstadtstraßen Abwasserkanäle. Im Laufe der ersten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts wurde systematisch an öffentlichen und privaten Kanälen gebaut, wobei die langen öffentlichen Kanäle in einen der oben genannten Vorfluter mündeten, die kurzen privaten »Haus-Unratskanäle« lediglich die Fäkalien von den Aborten in die hauseigenen Senkgruben oder, sofern ein Straßenkanal bereits vorhanden, in diesen leiteten. Die Bauordnung von 1829 machte den Anschluss an einen Kommunalkanal schließlich zur Pflicht. Um das Jahr 1830 waren von den 8.000 Wiener Wohnhäusern bereits 6.900 an ein Ableitungssystem angeschlossen. Damals verfügte die Innenstadt über ein Kanalnetz von 20 Kilometern Länge, die Vorstädte von 90 Kilometern – teils als eingewölbte, teils als offene Gerinne. Alle Kanäle konnten nur von Regenwasser gespeist werden, da die Wohnhäuser vor Inbetriebnahme der Hochquellenwasserleitung kaum über einen eigenen Wasseranschluss verfügten. Das führte in Zeiten der Trockenheit immer wieder zu Verstopfungen.

Ein Eisstoß auf der Donau im Jahr 1830 löste durch Überschwemmung der tiefer gelegenen Stadtteile eine Hygienekatastrophe aus. Als im Sommer desselben Jahres erstmals in Wien die Cholera[84] auftrat, sah sich die Stadtverwaltung zu einem großzü-

gigen Kanalisierungsprogramm veranlasst, dessen Verwirklichung andere Großstädte wie London oder Paris alsbald in den Schatten stellte. Dem Phänomen der Choleraepidemie stand man freilich ratlos gegenüber. Da sich alle Quarantänemaßnahmen als nutzlos herausgestellt hatten, hielten die meisten Mediziner die Seuche für nicht »kontagiös« (ansteckend), sondern machten das »Miasma«, die schlechte Erdausdünstung, verantwortlich. Immerhin erkannten sie aber die Bedeutung von frischer Luft, sauberem Wasser und gut funktionierender Abfallbeseitigung. Daher ging man in der Folge daran, einerseits den Stadtboden durch möglichst dichte Straßenbeläge immer mehr zu versiegeln, andererseits *Sammelkanäle* als künstlich geschaffene Vorfluter zu errichten, in welche die Straßen- und Unratskanäle der Vorstädte mündeten. 1831 wurde mit dem Bau des linken, 1836 mit dem des rechten Wienfluss-Sammelkanals begonnen. Diese beiden »Cholerakanäle« sind zum Teil heute noch in Betrieb. In den Jahren 1837 bis 1840 wurden der Ottakringer Bach, 1840 bis 1845 der Alser Bach und 1848 der Währinger Bach jeweils vom Linienwall bis zur Mündung eingewölbt. (Betonröhren gab es erst ab 1870; die Ziegeleinwölbungen mussten knapp nach dem Zweiten Weltkrieg erneuert werden.) Eine unmittelbare Folge der Choleraepidemie war im Übrigen auch der Neubau des »Grauen Hauses«, da in dessen Vorgängerbau am Hohen Markt angesichts der Überbelegung an Häftlingen und der unhygienischen Zustände besonders viele Seuchenopfer zu beklagen waren. Das 1839 eröffnete Gebäude (8, Landesgerichtsstraße 11) hatte saubere Unterkünfte und von Anfang an Wasser- und Kanalanschluss.

Lebensmittelversorgung

Vom Beginn des Städtewesens bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmten die Märkte das Aussehen der Städte.[85] Dort versorgten sich die Bewohner mit Gütern des täglichen Bedarfs. Die Kontrolle erfolgte durch die städtische Marktaufsicht – in Wien ist seit 1504 ein Marktrichter nachweisbar. Auf den Wiener Vorstadtmärkten beanspruchten die jeweiligen Grundherrschaften das Recht der Marktinspektion, bis 1839 das Wiener Marktamt als zentrale Marktaufsichtsbehörde die Kontrolle über den Versorgungsablauf und die Warenqualität übernahm. Erstaunlicherweise verfügte Wien noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über keine effizienten Verkehrsmittel und Lagerungstechniken, sodass die Versorgung der Märkte wie im Mittelalter großteils aus dem näheren städtischen Umland erfolgte. Schlechte Ernten in Niederösterreich schlugen sich daher unmittelbar auf die Preise nieder. Erst ab 1850 wurden Massenverkehrsmittel wie Eisenbahn und Dampfschiff zum Lebensmitteltransport herangezogen, die hohen Gütertarife machten aber die Beförderung von Massengütern vorerst nicht rentabel. Lebensmittelmärkte gab es in allen Hauptstraßen der Vorstädte, in der Innenstadt wurden insbesondere auf dem Fleischmarkt, Bauernmarkt, Neuen Markt und Wildpretmarkt sowie Am Hof, auf der Freyung und auf der Seilerstätte Märkte

abgehalten. Der Betrieb begann täglich um sechs Uhr Früh und endete bald nach zehn Uhr Vormittag.

Brot und Rindfleisch bildeten – wie schon seit langem – in der Zeit von 1790 bis 1860 die Hauptbestandteile der Wiener Lebensmittelversorgung. Am gesamten Fleischverbrauch betrug der Rindfleischanteil zwei Drittel, der Kalbfleischanteil ein Sechstel, der Rest verteilte sich auf Geflügel, Schwein und Wild.[86] Die Basis der Fleischversorgung beruhte auf dem Zutrieb von Lebendvieh aus Niederösterreich, Oberungarn und Mähren. Der jeden Freitag abgehaltene Ochsenmarkt befand sich ab 1800 in St. Marx; die Fleischhauer kauften dort das Vieh und brachten es zur Schlachtung und Verwertung in eines der 151 privaten Wiener Schlachthäuser. Getreide und Mehl wurden auf drei Plätzen angeboten: auf dem Getreidemarkt, dem Mehlmarkt (= Neuer Markt) und Wasserkörnermarkt. Brot und Fleisch waren sensible Produkte, deren Preise sehr stark schwankten. Zwar setzte der Magistrat die Preise jeweils für einen Monat (ab 1845: für 14 Tage) fest, doch gelang es ihm nicht, Preissteigerungen zu verhindern, weil er einerseits den amtlichen Preis oft fehlerhaft berechnete und andererseits betrügerische Fleischer und Bäcker zu wenig kontrollierte. So fanden an Sonn- und Feiertagen überhaupt keine Ladenkontrollen statt.[87] Daher nimmt es nicht Wunder, dass in Notzeiten die Angehörigen dieser beiden Gewerbe zu den verhasstesten Personen zählten.

Während der Koalitionskriege war es verboten, Getreide im Umkreis von vier Meilen (30,3 km) zum Zweck der Wiederveräußerung aufzukaufen. Dennoch trieben die Bedürfnisse der Heeresversorgung die Preise insbesondere zwischen 1805 und 1811 enorm in die Höhe. Als 1805 betrügerische Bäcker in der Vorstadt Wieden zu kleine und zu teure Brote verkauften, stürmten erboste Kunden die Geschäfte. Dieser »Bäckerrummel«[88] konnte nur durch Militäreinsatz beendet werden; er kostete zehn Menschenleben. Dies hinderte die Bäcker jedoch nicht daran, angesichts des Staatsbankrotts von 1811, bei dem die Papiergeldwährung auf ein Fünftel gegenüber der Silberwährung abgewertet wurde, die Brotpreise zu verfünffachen. Über die Fleischhauer gab es nicht weniger Beschwerden: Sie täuschten Fleischmangel vor, um die Preise zu treiben, obwohl in ihren Ställen noch genügend Schlachtvieh stand. Bei reichen und vornehmen Kunden wagten sie meist keinen Betrug, bei armen Kunden manipulierten sie jedoch die Waage und verkauften minderwertige Ware, die sie mit Blut färbten, damit sie frisch schien.

Schon 1810 gab es Versorgungsengpässe bei Brot und Fleisch. Diese wiederholten sich in den Jahren 1814 bis 1816, weil einerseits der Wiener Kongress, der 30.000 Kongress»touristen« in die Donaumetropole zog, die Nachfrage an Lebensmitteln ansteigen ließ und andererseits ganz Österreich unter einer Missernte und Hungersnot litt (der Vulkanausbruch des Tambora auf Indonesien hatte für eine kurzfristige Klimaabkühlung gesorgt).[89] Abermals betrogen die Bäcker ihre Kunden, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, an denen sie keine amtliche Kontrolle fürchten mussten, indem sie zu leichtes Gebäck verkauften, hochwertiges Getreide durch minderwertiges streckten und alte Semmeln künstlich auffrischten.

Nach 1816 besserte sich die Versorgungssituation der Großstadt, und die Preise blieben zweieinhalb Jahrzehnte hindurch einigermaßen stabil. 1817 wurde der Getreidehandel wieder freigegeben. Aber in der Folge entwickelte sich eine private Körnerbörse, die den Großhändlern anlässlich der nächsten Krise zum Nachteil der Konsumenten hohe Spekulationsgewinne einbrachte. Diese Krisenjahre, als »hungrige Vierziger« in die Geschichte eingegangen, wurden durch Missernten und Kartoffelfäule hervorgerufen und ließen die Preise für Getreide, Mehl und Brot – nicht jedoch für Fleisch – in die Höhe schnellen.[90] Die Großhändler verknappten künstlich das Angebot, indem sie Getreide zurückbehielten oder gar ins Ausland exportierten. Wieder kam es zu Aufläufen vor den Bäckerläden, doch die Behörden arbeiteten nicht mit-, sondern gegeneinander: Wiens Bürgermeister Czapka, dem die bessere »Approvisionierung« (Versorgung) der Stadt ein Anliegen war, wollte alle Getreidevorräte amtlich erfassen lassen und die Preise nicht wie bisher nur nach jenen des Marktes von Großenzersdorf, sondern auch auf Basis anderer Märkte (Wiener Neustadt, Bruck/Leitha usw.) berechnen. Die Hofkanzlei lehnte jedoch dieses Ansinnen ab.

1847 erreichten die Versorgungsprobleme von Wien einen nie da gewesenen Höhepunkt. Missbräuche und betrügerische Manipulationen der Gewerbetreibenden jagten die Preise in die Höhe und sorgten zugleich für eine künstliche Verknappung des Brotangebots. Nun erließ die Regierung ein totales Ausfuhrverbot für Getreide, Mehl und Erdäpfel. Bürgermeister Czapka wollte den Bedürftigen Not-Brotrationen austeilen lassen, brachte aber seitens der Gemeinde nicht genügend Mittel auf. Der Staat lehnte jede Beteiligung an den Kosten ab, weil die Armenunterstützung ausschließlich in die Kompetenz des Magistrats fiel. So gestaltete sich die mangelnde Brotversorgung auch zu einer der Triebfedern der Revolution von 1848.

Bürgermeister Czapka, auf dessen Initiative 1839 das städtische Marktamt errichtet worden war, galt bei den Wiener Fleischhauern als der meistgehasste Mann. Nicht nur, dass er schon 1846 plante, die vielen privaten Schlachthäuser zu Gunsten von zwei öffentlichen Schlachthäusern zu schließen, sondern auch, weil er 1847 den (seit 1834 eingeschränkten) Fleischverkauf auf Marktständen wieder gestattete und den Fleischhauern nicht mehr erlaubte, Filialen zu betreiben. Czapka musste anlässlich der Revolution zurücktreten, seine Maßnahmen zur besseren Approvisionierung Wiens zeigten aber bald Wirkung: Ab 1850 blieben die Lebensmittelpreise stabil, sodass die behördliche Preisregulierung unterbleiben konnte. Das Marktamt sicherte eine gleich bleibende Qualität. Schließlich nahmen 1851 die beiden städtischen Schlachthäuser in St. Marx und in Gumpendorf den Betrieb auf. Das Großvieh wurde nun mit der Eisenbahn angeliefert und nur auf dem kurzen Weg von den Bahnhöfen zu den Schlachthäusern durch die Straßen Wiens getrieben (bis 1871). 1865 öffnete die erste Großmarkthalle (an Stelle des heutigen Hotels Hilton) ihre Pforten. Die offenen Lebensmittelmärkte bestanden aber noch weiter: 1887 gab es in Wien sieben Markthallen und 25 offene Marktplätze.

Strassenverkehr

Vor dem Eisenbahnzeitalter bestimmten zwei Transportmittel den Wiener Personen- und Gütertransport: das Schiff und der Pferdewagen.[91] Hinsichtlich des Fußgängerverkehrs sei auch auf die *Tragsessel* verwiesen, die es seit 1689 gab; um 1780 standen den vornehmen Wienern 100 Tragsessel mit ihren Trägern zur Verfügung, die auf sechs Standplätzen auf Kundschaft warteten. Doch nicht diese Art der Fortbewegung kennzeichnet die moderne, wachsende Stadt, sondern der *Wagenverkehr*, dessen Entwicklung ein Spiegelbild der prosperierenden Wirtschaft und des gesellschaftlichen Anspruchs war. Charakteristisch für das Wiener Verkehrswesen ist die große Typen- und Namenvielfalt der privaten Fuhrunternehmer. Schon in der frühen Neuzeit wird von Lohnfuhrwerkern (»Fliegenschütz«) berichtet, welche sowohl schwere Lasten als auch Personen transportierten. 1670 hören wir erstmals vom *Fiaker*, einem zweispännigen Lohnwagen für Personen, der an fixe Standplätze in Stadt und Vorstädten gebunden war und eine eigene Wagennummer trug; unterschieden wurde zwischen dem »Coupé«, einem offenen Gefährt, und dem geschlossenen »Landauer«, der für Überlandfahrten geeignet war. Auch die »Landkutscher« beförderten Personen in die nähere Umgebung Wiens, bisweilen wurden sie für den Transport des Hofstaates in öffentlichen Dienst gestellt. Damit sie den Postkutschen keine Konkurrenz machten, beschränkte die Regierung die Anzahl der Landkutscher-Gewerbetreibenden auf 20. Sie durften vier bis zwölf Pferde mit den zugehörigen Wägen halten sowie einen Kutscher und eine Hilfskraft beschäftigen. 1710 schlossen sie sich mit den »Rossausleihern« zu einer Bruderschaft zusammen. Zur Berühmtheit gelangte der Landkutscher Joseph Janschky (1759–1839), der eine Mietanstalt für geschlossene Herrschaftswägen (»Janschky-Wägen«) mit livrierten Kutschern unterhielt. Parallel zu den Landkutschern, die man auch »Kleinfuhrleute« nannte, gab es seit 1697 die »bürgerlichen Großfuhrleute«. Sie mussten zumindest acht Pferde und vier Wägen besitzen. Wer ein Gefährt für längere Zeit benötigte, mietete einen »Lehenwagen« (im 19. Jahrhundert: »Lohnwagen«); dieser durfte aber – ebenfalls aus Konkurrenzgründen zur Post – einen Umkreis von vier Meilen (30,3 km) von der Stadt nicht überschreiten. 1744 hören wir erstmals vom »Zeiselwagen«, der an den Linientoren stand und für Fahrten in die nähere Umgebung Wiens bestimmt war. Seine Benützung war billig, aber unbequem *(Abb. 15)*. Das erste Wiener Massenbeförderungsmittel, das auf fixen Linien und in kurzen Intervallen verkehrte, war der »Stellwagen«. Seiner Einrichtung kam im Zuge der Protoindustrialisierung erhöhte Bedeutung zu, weil die Arbeitsplätze zunehmend von den Wohnungen getrennt wurden. Ab Anfang des 19. Jahrhunderts verkehrten die Stellwägen mit ihrem typischen kastenförmigen Aufbau auch in der Innenstadt und verbanden diese mit den Vororten im Umkreis von zwei Meilen (15,2 km). Seit den 1840er-Jahren versahen die Stellwägen unter der Bezeichnung »Omnibus« ihren Dienst und unterstrichen durch ihren Namen (»Für alle«) ihre Bedeutung als Massenverkehrsmittel. Bald gab es größere Omnibusgesellschaften, wie die »Vienna General Omnibus Comp. Ltd.«. Knapp vor der Jahrhun-



Abb. 15: Wiener Zeiselwagen vor dem Linientor, um 1825. Kolorierter Kupferstich von Eduard Gurk nach Johann Baptist Hoechle.

dertmitte erhielt Dr. Gutherz die Genehmigung, das »Cab-Lohnfuhrwerk« in Wien einzuführen: Im Unterschied zu den Fiakern bestand der Gutherz'sche Personentransporter aus einem einachsigen Wagen, der von einem Pferd gezogen wurde. 1854 gab es in Wien schon mehrere Cab-Gesellschaften, die nunmehr auch zweiachsige Wägen (»Comfortable«) einsetzten.

Die Anfänge der *Pferdestraßenbahn* reichen in den Vormärz zurück: 1823 befuhr man nahe dem Praterstern eine 228 m lange Probestrecke, hatte damit aber keinen Erfolg. Zwischen 1840 und 1842 betrieb das Vergnügungsetablissement Colosseum in der Brigittenau mit mäßigem Gewinn eine Pferdestraßenbahn als Zubringerdienst. Ihre etwa 1,8 km lange Trasse begann am Donaukanal nächst der Reiterkaserne beim Augarten (heute: 2, Scholzgasse) und endete im Bereich der heutigen Kreuzung Jägerstraße/Zrinyigasse.[92] Erst 1865 kam es zur Eröffnung der ersten Linie der Wiener Pferdetramway: Sie befuhr die Strecke vom Schottentor nach Hernals.

Um 1850 verkehrten in Wien 700 zweispännige Mietwagen (Fiaker usw.) und 60 Stellwagen, 1872 schon 900 Zweispänner, 1.100 Einspänner und 960 Omnibusse.[93] Hinzu kamen etliche nicht-öffentliche Kutschen des Hofes, der ausländischen Gesandten und des Adels sowie viele Tausende Reitpferde. Entsprechend dicht war das Ver-

kehrsaufkommen auf den Wiener Straßen, entsprechend häufig kam es zu Unfällen. Um diese zu vermeiden, wurden im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts die ersten Fahrvorschriften erlassen.[94] Diese konzentrierten sich auf drei Bereiche: Geschwindigkeit, Überholen und Fahren auf der richtigen Straßenseite. Jahr für Jahr ergingen dieselben Mahnungen, Gebote und Verbote, doch blieb der Erfolg anscheinend aus. Seit 1822 wurden Militär-Polizisten an neuralgischen Punkten aufgestellt, um Verkehrssünder an Ort und Stelle anzuhalten. Sie mussten sich aber alsbald den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Menschen nach zweierlei Maß beurteilten: »Herren von Stand«, die im gestreckten Galopp durch die engen Gassen rasten, passierte nichts, während die Kutscher von »niedriger« Herkunft streng kontrolliert wurden. Das älteste Verbot des Schnellfahrens datiert aus 1755, seit 1819 gab es in Wien die ersten Geschwindigkeitsbegrenzungen: An stark frequentierten Plätzen, insbesondere bei den Stadttoren und Brücken, durfte nur »im Schritt«, also mit etwa sechs Stundenkilometern gefahren werden; sonst galt im gesamten Stadt- und Vorstadtgebiet das Fahren im »kleinen Trab«, das entspricht ungefähr 15 km/h. Im Jahr 1819 wurde in Wien das Überholen generell verboten, 1822 unter bestimmten, die Sicherheit nicht gefährdenden Umständen wieder zugelassen. Chaotisch muten die Vorschriften für die richtige Fahrspur an: Denn in Wien und in den Vorstädten herrschte die Rechtsfahrordnung, welche 1819 extra dekretiert wurde, während auf den Poststraßen der Monarchie, also auch in den Vororten, links gefahren wurde. 1852 übernahm auch Wien den in ganz Österreich üblichen Linksverkehr. Die Vorrangregeln bezogen sich vorerst lediglich auf bestimmte Fahrzeuge: So musste den Wägen von Botschaftern fremder Mächte, den Hofwägen und Hofkutschen sowie den Postkutschen, sobald das Posthorn erschallte, der Vorrang eingeräumt werden.

Anmerkungen

1 Vgl. Eigner, Mechanismen; Klaar, Siedlungsformen.

2 Zahlenangaben hier und im Folgenden aus: Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 158; Österreichisches Städtebuch (Wien), 83 ff.; Weigl, Demographie, 228 ff.

3 Buchmann, Prater, 82 ff.

4 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 64.

5 Vgl. Buchmann, Linienwall.

6 Sauer, Grundherrschaft, 118.

7 Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform; Sauer, Grundherrschaft, 104.

8 Weigl, Demographie, 80.

9 Banik-Schweitzer, Palimpsest, 34 f.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 25.

10 Banik-Schweitzer, Palimpsest, 35 ff.

11 Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform, 176.

12 Hier und im Folgenden: Lichtenberger, Altstadt, 143–201.

13 Vgl. Buchmann, Hof, 63 ff.

14 Sauer, Grundherrschaft, 99.

15 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 76 f.
16 Vgl. Feuchtmüller, Herrengasse.
17 Vgl. Perger, Hoher Markt.
18 Vgl. Czeike, Kärntner Straße; Czeike, Graben.
19 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 64 ff., 78 ff.; Weigl, Demographie, 75 ff.
20 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 67, 79 ff.
21 Vgl. Buchmann, Linienwall.
22 Lichtenberger, Altstadt, 155.
23 Wohlrab, Freyung, 35 ff.
24 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 62.
25 Rizzi, Zinshäuser.
26 Lehne, Warenhäuser, 12 ff.
27 Hörl – Pirhofer, Wohnen, 7 ff.
28 Banik-Schweitzer, Palimpsest, 35; Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 25, 39, 52, 62, 207 ff.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 338 ff.
29 Vgl. Wellisch, Stadtbauamt; Wimmer, Unterkammeramt.
30 Hier und folgend: Daum, Mietwohnhaus, 80 f., und Anhang, 58; Kaessmayer, Wohnverhältnisse, 138 ff.
31 Kaessmayer, Wohnverhältnisse, 144.
32 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 45.
33 Hier und folgend: Hörl – Pirhofer, Wohnen, 17 ff.; Vgl. auch: Österreichisches Städtebuch (Wien), 338 ff.; Ehmer, Familienstruktur.
34 Vgl. John, Wohnungsverhältnisse.
35 Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 133.
36 Österreichisches Städtebuch (Wien), 341.
37 Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 135 f.
38 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 58; Lichtenberger, Altstadt, 165.
39 Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 140 ff.
40 Hörl – Pirhofer, Wohnen, 19 f.
41 Im Folgenden siehe: Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 144 ff.; Feldbauer, Stadtwachstum, 121 ff.; Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform, 152 ff.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 340 ff.
42 Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform, 152 f.
43 Banik-Schweitzer, Wohnsituation, 138, 159.
44 Weiss, Armenversorgung, 346.
45 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 34, 57.
46 Hörl – Pirhofer, Wohnen, 27; Vgl. auch John, Wohnungsverhältnisse.
47 Hier und im Folgenden: Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform, 159 ff.; Hörl – Pirhofer, Wohnen, 21 ff.
48 Langer, Kasernen für Arbeiter!
49 Förster, Etablissement für Arbeiterwohnungen, 119 ff.
50 Friedmann, Wohnungsnoth.
51 Eitelberger – Ferstel, Wohnhaus.
52 Fischer, Wohnungsnoth.
53 Zu diesem Begriff siehe schon oben Kapitel 1 (S. 32 f.).
54 Masanz – Nagl, Ringstraßenallee, 60.
55 Hummelberger – Peball, Befestigungen, 74 ff.
56 Zur Gestaltung des äußeren Burgplatzes siehe: Kühnel, Hofburg, 93 ff.
57 Lichtenberger, Altstadt, 147.
58 Buchmann, Donaukanal, 21 f.; Vgl. auch Baltzarek – Hoffmann – Stekl, Stadterweiterung.

59 Buchmann, Donaukanal, 30 ff.; Mollik – Reining – Wurzer, Planung, 102 ff.; Wagner, Stellungnahme, 278 ff.
60 Originalwortlaut des Handschreibens an Innenminister Bach in: Wiener Zeitung vom 25.12.1857.
61 Mollik – Reining – Wurzer, Planung, 116 ff.; Vgl. auch Nedbal, Ringstraße.
62 Springer, Geschichte und Kulturleben, 121 ff. Siehe auch die zeitgenössischen Darstellungen: Eitelberger, Entwürfe; Weiss, Neugestaltung; Allgemeine Bauzeitung 1869, 1 ff.
63 Eggert, Ringstraße; Fahrngruber, Bauwirtschaftliche Aspekte.
64 Vgl. dazu die Abschnitte über Armenwesen und Arbeitsvermittlung (S. 38–44).
65 Banik-Schweitzer, Kommunalpolitik, 91.
66 Bouzek, Feuerwehr; Grestenberger – Müller, Feuerwehr; Kretschmer – Tschulk, Brände, 8; Hellbling, Feuerpolizei, 49 ff.
67 Buchmann, Hof, 77.
68 Koch, Meldewesen, 7 ff.
69 Opll, Grenzen, 91 ff.
70 Barth-Barthenheim, Polizey.
71 Bögl – Seyrl, Polizei; Vgl. Csulich, Strafrecht; Hesztera, Gendarmerie, 20 ff.; Oberhummer, Polizei I, 124; Österreichisches Städtebuch (Wien), 184; Steinwender, Polizeiwachen.
72 Hebenstreit, Fremde, 90 f.
73 Siehe auch Edelbacher – Seyrl, Kriminalchronik.
74 Buchmann, Hof, 111; Buchmann, Dilemma, 97.
75 Vgl. Mayr (Hg.), Tagebuch.
76 Csendes – Mayer, Straßennamen, 4 ff.; Czeike – Wohlrab, Hausnummern, 333 ff.
77 Czeike – Pils, Straßenpflasterung, 366; Czeike, Verkehrsprobleme, 1 ff.; Heintschel – Payer – Schwarz, Duft, 22 f.
78 Birkner, Cholera, 33.
79 Vgl. Payer, Bedürfnisanstalten.
80 Altfahrt – Fischer, Illumination, 168 ff.; Göbel, Finanzen, 28.
81 Offenthaler, Gasgebrauch, 173 ff.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 315 f.
82 Hier und folgend: Österreichisches Städtebuch (Wien), 311 ff.; Banik-Schweitzer, Kommunalpolitik, 92 ff.; Birkner, Cholera, 103 ff.; allgemein siehe Donner, Dich zu erquicken; Kobliczek – Süssenbeck, Trinkwasserversorgung; Meissl, Hochquellenleitungen; Paveza, Wasserversorgung; Stadler, Wasserversorgung.
83 Hier und folgend: Birkner, Cholera, 32 ff., 108; Gantner, Als, 12 ff.; Heintschel – Payer – Schwarz, Duft, 4 f.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 324 ff.; Payer, Gestank.
84 Ausführlich siehe Birkner, Cholera.
85 Hier und im Folgenden: Opll, Versorgung, 52 ff.; Vgl. auch Gigl, Marktordnungen; Müller, Märkte.
86 Sandgruber, Lebensstandard, 377.
87 Opll, Versorgung, 58, 69.
88 Sauer, Konflikte, 52.
89 Siehe auch Strömmer, Klima-Geschichte, 265–273.
90 Opll, Versorgung, 60 f., 78.
91 Im Folgenden siehe: Angelmahr, Überwindung; Rigele, Sardellendragoner, 4 ff.; Wohlrab, Tragsessel, 3 ff.
92 Buchmann, Donaukanal, 33.
93 Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt, 51.
94 Czeike, Verkehrsprobleme, 7 ff.

Politik und Verwaltung

Die Kriegs-Ära

Kaiser Leopold II. und die Staatsverwaltung

Seit Beginn der Neuzeit hatte der absolutistische Staat möglichst viele Verwaltungsfunktionen an sich gezogen und in seiner Hauptstadt konzentriert. Unter Josephs II. aufgeklärtem Absolutismus erreichte dieser Vorgang seinen Höhepunkt: Denn erstmals wurden auch Ungarn, die alten südlichen Niederlande (Belgien) und die Lombardei von der zentralen Administration erfasst und von Wien aus geleitet. Joseph hob alle historischen Sonderrechte der Länder diesseits und jenseits der Leitha auf. Damit trieb er die Monarchie allerdings in eine schwere Staatskrise.

Seinen Bruder und Nachfolger Leopold II. erwarteten bei Regierungsbeginn schier unlösbare Probleme: Die Armee verbrauchte sich im Türkenkrieg,[1] Belgien stand mitten im Aufruhr, Ungarn knapp davor, die Finanzen waren zerrüttet, von Frankreich drohte die Revolution, welche die gesamte abendländische Gesellschaft verändern sollte. Mit Klugheit nahm der Kaiser den josephinischen Reformen die Schärfe, ohne die Grundideen des aufgeklärten Absolutismus preiszugeben. Die Staatskrise löste er, indem er die Niederlande mit Waffengewalt befriedete, den Ungarn wieder die Sonderstellung im Rahmen der Monarchie einräumte und mit den Osmanen am 4. August 1791 den Frieden von Sistowa schloss.

Die in Wien zentralisierten Behörden der Habsburgerherrschaft gliederten sich seit Beginn der Neuzeit in drei Bereiche: in den Hofstaat, in die Reichsverwaltung und in die österreichische Staatsverwaltung. Der *Hofstaat*[2] bestand aus jenen vier Hofstäben, welche von Ferdinand I. 1527 eingerichtet worden waren und bis zum Untergang der Monarchie existierten; hiezu gehörten das Oberst-Hofmeisteramt, das die Hofverwaltung im engeren Sinn besorgte und auch für den Hofbau, die Hofmobilien, die Burg- und Schlosshauptmannschaft, die Hoftheater, die Hofmusikkapelle, die Leibgarden und den Jägerdienst zuständig war, ferner das Oberst-Hofmarschallamt, verantwortlich für die Quartierbeschaffung des Hofstaates und der ausländischen Gesandten sowie für die Gerichtsbarkeit über alle Hofangehörigen; das Oberst-Kämmereramt besorgte den inneren Dienst in den Privatgemächern des Fürsten, wachte über Sammlungen, Bibliothek, Hausschatz und habsburgisches Privatvermögen; zum Oberst-Stallmeisteramt ressortierten die fürstlichen Stallungen und Gestüte sowie die Wagenburg. – Die beiden in Wien ansässigen Behörden der *Reichsverwaltung*[3] wurden in der zuletzt gültigen Form 1556 eingerichtet und blieben bis zum Ende des Heiligen Römischen Reiches im Jahr 1806 tätig. Sie waren (seit 1723) im Reichskanzleitrakt der Hofburg untergebracht und umfassten einerseits den Reichshofrat, der als letzte

Berufungsinstanz für Prozesse und richterliche Entscheidungen diente, andererseits die Reichshofkanzlei, welche als vollziehende Behörde ohne Entscheidungsbefugnis die kaiserlichen Beschlüsse ausfertigte; ihr Chef trug den Titel Vizekanzler, da die Würde des Reichskanzlers dem Erzbischof von Mainz zustand. – Die *österreichische Staatsverwaltung*[4] wurde ebenfalls von Ferdinand I. geschaffen, im Laufe der Zeit aber mehrfach erweitert und vor allem von Maria Theresia stark aufgebläht. Unter Leopold II. standen zur unmittelbaren kaiserlichen Verfügung das kaiserliche Kabinett (1782–1855), welches – weisungsberechtigt gegenüber sämtlichen Behörden – alle Erlässe und Verordnungen herausgab, sowie der Staatsrat (1760–1801), der als beratende Behörde zwar allen anderen Behörden vorstand, aber selbst über kein Exekutivrecht verfügte. Die Haus-, Hof- und Staatskanzlei (1742–1848) agierte wie ein Außenministerium und unterstand bis 1792 dem Staatskanzler Wenzel Graf Kaunitz-Rietberg. Das 1764 vom Hofarchitekten Nikolaus Pacassi erbaute Gebäude auf dem Ballhausplatz beherbergte auch das von Maria Theresia 1749 eingerichtete Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Für die Agenden der inneren Staatsverwaltung zeichneten die Vereinigte böhmische und österreichische Hofkanzlei unter Vorsitz des »Obersten Kanzlers« sowie jeweils eine Ungarische, Siebenbürgische und Illyrische Hofkanzlei (bis 1792) verantwortlich. Die Vereinigte Hofkanzlei logierte seit 1717 in dem von Johann Bernhard Fischer von Erlach entworfenen Prunkgebäude in der Wipplingerstraße 7, die Ungarische Hofkanzlei seit 1746 im Palais Windischgrätz in der Bankgasse 4–6. Die Finanzverwaltung aller Länder ressortierte zur Hofkammer (seit 1527), Maria Theresia hatte zur Kontrolle aller Buchhaltungen der Hofstellen 1762 die Hofrechenkammer ins Leben gerufen. Für die Agenden eines Justizministeriums und zugleich eines obersten Gerichtshofes war die Oberste Justizstelle zuständig (seit 1749), für das gesamte Militärwesen der 1556 gegründete Hofkriegsrat (Amtsgebäude Am Hof, heute: Bankpalais). Einige Hofstellen, wie die Polizeihofstelle oder die Studien- und Zensurhofkommission, wurden 1791 auf Befehl des Kaisers aufgelöst.

Kaiser Franz II. (I.) und die vergeblichen Versuche einer Behördenreform

Mit dem Tod Leopolds II. endete 1792 die Reformära des aufgeklärten Absolutismus. Kaiser Franz trennte sich von den Ideen der Aufklärung, weil sie durch die Ereignisse der Französischen Revolution an Bedeutung verloren hatten. Er war kein Freund politischer Neuerungen. Den während der Befreiungskriege aufkommenden romantischen Nationalismus hielt er für eine Existenzbedrohung des Vielvölkerreiches, im vom aufsteigenden Großbürgertum getragenen Frühliberalismus sah er eine Gefährdung der Ordnung. Ruhe und Ordnung erhob er zum Hauptgrundsatz der Innenpolitik, sodass der (Geheim-)Polizei als Hüterin dieses Grundsatzes ein überreiches Betätigungsfeld zukam.



Abb. 16: Kaiser Franz in seinem Arbeitszimmer im Schweizertrakt der Hofburg.

Die Reformen des aufgeklärten Absolutismus griffen zwar in alle Lebensbereiche ein, konnten aber zur Effizienzsteigerung des zentralen Behördensystems nicht entscheidend beitragen. Der Apparat arbeitete langsam, die Zahl der Beamten vermehrte sich ebenso wie die Zahl der Aktenstücke. Kaiser Franz erprobte in den ersten beiden Regierungsjahrzehnten alle nur denkbaren Möglichkeiten von Zusammenlegung und abermaliger Trennung einzelner Geschäftsbereiche, von Behördenakkumulation und Teilung *(Abb. 16)*. Er verwechselte dabei jedoch die äußerliche Veränderung des Behördenapparats mit einer (echten) Staatsreform. Die Behördenstruktur beruhte im Wesentlichen noch immer auf den Prinzipien Ferdinands I. Aber damals hatte der Staat nur einen Bruchteil jener Aufgaben zu bewältigen, welche seit dem 18. Jahrhundert auf ihn übergegangen waren. Vor allem konnte ein absoluter Monarch des 16. Jahrhunderts noch alle wichtigen Entscheidungen selbst treffen, während der ebenfalls absolut regierende Kaiser Franz angesichts der ins schier Unermessliche angewachsenen Aktenberge dazu nicht mehr imstande war. Tausende Akten blieben unerledigt, weil sich der Kaiser nicht zur Dezentralisation der Behörden und zur Delegierung der Aufgaben durchringen konnte. Zudem lähmte das althergebrachte Kollegialwesen jegliche Ei-

genverantwortung: Die Geschäfte wurden mit Stimmenmehrheit der Räte entschieden und nicht von einem letztverantwortlichen Minister. Das System hatte die Grenzen der Leistungsfähigkeit überschritten – der vormoderne Staat stand nun, im Zeitalter der Restauration und des Vormärz, unmittelbar vor seinem Ende.

Gleich mit Regierungsbeginn setzte Kaiser Franz wie seine Vorgänger als Beratergremium ein Kabinett ein. Diesem stand der Kabinetts- und Konferenzminister vor, der ohne klaren Aufgabenbereich wie ein Chef der Regierung allen Hofstellen übergeordnet war. 13 Jahre übte der einstige Erzieher des Kaisers, Franz Graf Colloredo-Wallsee, dieses Amt aus. Nach seinem Sturz 1805 kam es zu keiner Nachbesetzung, das Kabinett blieb ein Hilfsamt, das den Fachreferenten der jeweiligen Hofstellen als Forum für ihre »Kabinettsvorträge« vor dem Kaiser diente. Die wichtigste Hofstelle blieb in den turbulenten Jahren der Kriegs-Ära und auch danach die Haus-, Hof- und Staatskanzlei. Von Regierungsbeginn Kaiser Franz' an leitete zunächst Philipp Graf Cobenzl die kaiserliche Außenpolitik, ab 1793 Johann Franz Freiherr von Thugut, 1800 Ferdinand Graf Trauttmansdorff, nach 1801 Ludwig Graf Cobenzl, ab 1805 Johann Philipp Graf Stadion-Warthausen und ab 1809 Clemens Wenzel Lothar Graf (ab 1813 Fürst) Metternich, der ab 1821 auch den Titel »Haus-, Hof- und Staatskanzler« führte.

1801 wurde das Zensurwesen der Polizei-Hofstelle, die von nun an »Polizei- und Zensurhofstelle« hieß, übertragen. Dadurch erhielt die Zensur, welche unter Joseph II. als kulturpolitische Einrichtung der Studien-Hofkommission zugeordnet war, nunmehr eine disziplinierende Funktion und zählte zu den Polizeiangelegenheiten.[5] Seit 1839 logierte die Polizei- und Zensurhofstelle im ehemaligen Palais Modena (Herrengasse 7). 1802 nahm die zentrale Verwaltung in Wien jene Organisationsform ein, die sie im Wesentlichen bis 1848 beibehalten sollte: Die Agenden des Inneren für Österreich, Böhmen, Galizien und Lodomerien sowie Lombardo-Venetien kamen nun in den Kompetenzbereich der »Vereinigten Hofkanzlei«, deren Aufgaben der »Oberste Kanzler« überwachte. Ungarn und Siebenbürgen erhielten eigene Hofkanzleien, die neben den inneren Angelegenheiten auch die Funktionen der obersten gerichtlichen Instanz übernahmen. Für die anderen Länder der Monarchie amtierte die Oberste Justizstelle als Höchstgericht und Justiz-Verwaltungsbehörde. Die Staatsfinanzen ressortierten in die »Hofkammer und Bancodeputation«, ab 1816 »Allgemeine Hofkammer« genannt. Seit 1805 amtierte das General-Rechnungsdirektorium wieder unabhängig; es leitete alle staatlichen Buchhaltungen sowie die Länderbuchhaltungen (mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, die zur Hofkammer ressortierten). 1808 machte der Kaiser die für Unterricht zuständige Abteilung der Hofkanzlei zur selbstständigen »Studien-Hofkommission«. 1814 gab es noch eine Umgestaltung der höchsten Regierungs- und Beratungsorgane: Der Staatsrat, der die gesamte Staatsadministration zu überwachen hatte, erhielt (wie vor 1801) vier Referate (Gesetzgebung und Rechtspflege, innere Verwaltung, Finanzen, Kriegswesen), aber keine Entscheidungsbefugnisse. Als dem Staatsrat übergeordnete Instanz wurde der »Konferenzrat« eingeführt, wobei es allerdings keine klaren Kompetenzabgrenzungen gab. Kaiser Franz liebte Konferenzen nicht,

daher ergingen alle Vorträge an ihn schriftlich. Als absoluter Monarch, der alle Zweige der Staatsverwaltung in seiner Hand vereinigen wollte, erteilte er den zuständigen Hofstellen seine – ebenfalls schriftlichen – Weisungen (»Entschließungen«).

Am 14. August 1804 dekretierte Kaiser Franz II. das österreichische Kaisertum, nicht ohne zu erklären, dass »...sämtliche Königreiche, Fürstentümer und Provinzen ihre bisherigen Titel, Verfassungen, Vorrechte und Verhältnisse fernerhin unverändert beibehalten sollen...«.[6] An den zentralen Verwaltungseinrichtungen der Monarchie änderte sich also nichts. Franz nutzte die Erhebung Österreichs zum Kaisertum nicht für eine politische oder soziale Weiterentwicklung der Monarchie; vielmehr blieb die Zusammenfassung der Erbkönigreiche und -länder unter dem Namen »Kaisertum Österreich« ein äußerlicher Akt, der die Strukturschwächen der inhomogenen habsburgischen Ländermasse kaum verdeckte. Als Franz II. (I.) am 6. August 1806 unter dem massiven Druck Napoleons die römisch-deutsche Kaiserwürde niederlegte, verlor Wien die Funktion einer Hauptstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Nahezu 400 Jahre war die Hofburg Sitz des Reichsoberhauptes gewesen – nun wurde sie zum Symbol einer Kaiseridee, welche an Stelle der deutschen Fürstentümer die heterogenen Völker Ostmitteleuropas zusammenfasste.

Bürgermeister und Verwaltung der Stadt Wien

Joseph Georg Hörl (1722–1806) ist mit 31 Amtsjahren nicht nur der längstdienende Bürgermeister Wiens, er gehört auch zu den interessantesten Männern, die im Laufe der Jahrhunderte diesen Posten bekleideten.[7] Seine Karriere begann mit 25 Jahren, als er zum Gerichtsbeisitzer ernannt wurde; konsequent stieg er zum Magistratsrat und schließlich zum Stadtrichter auf. 1773 setzte ihn Maria Theresia als Wiener Bürgermeister ein. Joseph II. verlieh ihm 1780 die Würde eines k. k. Rates und ließ ihn an der großen *Magistratsreform*[8] mitarbeiten, die 1783 in Kraft trat und bis 1850 gültig blieb. In dieser Zeit fungierte der in drei unabhängige Senate gegliederte und unter gemeinsamer Leitung des Bürgermeisters stehende Magistrat (42 Magistratsräte) als Organ der Stadtverwaltung: Der »Senat in publico-politicis et oeconomicis« war für die eigentliche Verwaltung und Finanzgebarung zuständig, zum »Senat in judicialibus criminalibus« ressortierte die Strafgerichtsbarkeit und zum »Senat in judicialibus civilibus« die Zivilgerichtsbarkeit. Dem ersten Senat stand der Bürgermeister persönlich vor, den beiden anderen je ein Vizebürgermeister. Magistratsräte, Vizebürgermeister und Bürgermeister wurden durch den Äußeren Rat, einen Bürgerausschuss, auf vier Jahre gewählt und bedurften der Bestätigung durch die Regierung. Der anfangs 95-köpfige Bürgerausschuss wurde seinerseits von den Magistratsräten gewählt.

Kaiser Joseph II. hatte mit der Magistratsreform die Eingliederung der Stadt in den zentralen Behördenapparat des absolutistischen Staates bezweckt und verweigerte den Bürgern bewusst politische Selbstständigkeit. Kaiser Franz setzte diesen Weg konse-

quent fort: Nicht nur, dass er detaillierte Berichte über die Magistratssitzungen anforderte, nahm er auch dem Bürgerausschuss, der diesen Namen kaum verdiente, jegliche Befugnisse. 1803 verlor der Ausschuss das Recht, Räte des Zivil- und Kriminalsenats, 1808 jene des politisch-ökonomischen Senats zu wählen. Ihm blieb das Wahlrecht des Bürgermeisters, das 1793 insofern relativiert wurde, als der einmal Gewählte fortan lebenslang im Amt blieb. Letztlich hatte der Bürgerausschuss nur mehr repräsentativen Charakter, daher konnte die Anzahl seiner Mitglieder im Laufe des Vormärz problemlos auf über 400 erweitert werden.

Bürgermeister Hörl erlebte in seiner drei Jahrzehnte währenden Amtszeit einen starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel Wiens: Die einstige Geschlossenheit des Bürgertums verfiel, als im Manufakturzeitalter die Masse der selbstständigen Kleinbürger sozialen Abstieg hinnehmen musste und gleichzeitig eine geringe Zahl von Unternehmern große Vermögen akkumulieren konnte. Angehörige des Großhandels und der Hochfinanz ließen sich in der Stadt nieder und initiierten gemeinsam mit den neuen Verwaltungsbehörden die Bildung einer »City«. Noch blieb die große Zuwanderung von tageweise entlohnten Arbeitern aus, weil der Kaiser 1795 in der Altstadt und 1802 in den Vorstädten die Errichtung von Fabriken verboten hatte, um eine Ansammlung von unerwünschtem Proletariat zu vermeiden. Dies führte dazu, dass sich später die Industrialisierungswelle auf die Vororte konzentrierte. Dennoch kündete sich auch innerhalb der Linien die moderne Zeit an, 1803 mit der Eröffnung des Wiener Neustädter Kanals, 1804 mit der Eröffnung der Albertinischen Wasserleitung.

In kultureller Hinsicht fallen in die letzten Amtsjahre Hörls Ereignisse, die wohl erst in der Rückschau ihre Bedeutung erlangen: zu nennen ist beispielhaft der Tod Mozarts (1791), andererseits der ein Jahr später erfolgte Beschluss Beethovens, Wien zu seinem dauerhaften Wohnsitz zu machen. Politisch war die Ära Hörl von grundlegenden Wandlungen geprägt: Markiert werden diese durch einen dreimaligen Thronwechsel, noch viel mehr freilich durch die Folgen der Französischen Revolution, wie sie sich 1794 in den Jakobinerprozessen niederschlugen, und wenige Jahre darauf durch die Auswirkungen der ersten Koalitionskriege mit der Aufstellung eines Aufgebots der Wiener Bürgerschaft (1797 und 1800). Im Greisenalter von 82 Jahren wurde Joseph Georg Hörl am 27. März 1804 in den Ruhestand versetzt. Bei dieser Gelegenheit erhielt er den Titel eines k. k. Hofrates. Er starb zwei Jahre später, am 10. Dezember 1806.

Sein Nachfolger, *Stephan Edler v. Wohlleben*[9] (1751–1823), war im Unterschied zu Hörl kein Jurist, aber ein verdienter Beamter der Wiener Stadtverwaltung. Er begann seine Laufbahn im Unterkammeramt (= Bauamt),[10] wurde dann selbst Unterkämmerer und später sogar Magistratsrat. Auf seine Initiative hin führte die Stadt umfangreiche Pflasterarbeiten in den Straßen durch und gestaltete das Glacis durch die Anlage von Alleen und Wiesen zu einem Erholungsort der Wiener aus. Als 1797 und 1800 das Bürgerregiment aufgeboten wurde, bekleidete er den Posten eines Stabsoffiziers, wobei er Waffenübungen zu organisieren und die Festungswerke zu kontrollieren hatte. 1801 ernannte ihn Kaiser Franz zum Oberkämmerer und erhob ihn in den Adelsstand.

Wohlleben war nun für die städtische Finanzverwaltung zuständig, zugleich verbesserte er als Direktor der Beleuchtungsanstalt die Straßenbeleuchtung. Angesichts seiner vielfältigen Verdienste wählte der Bürgerausschuss Wohlleben 1804 zum Bürgermeister (und damit zum Obersten des Bürgerregiments); die kaiserliche Bestätigung erfolgte prompt.

Wohllebens erste Jahre als Bürgermeister waren von dramatischen Ereignissen begleitet: Wenige Monate nach seinem Amtsantritt nahm Kaiser Franz die Würde eines Kaisers von Österreich an; im Jahr darauf (1805) besetzte Napoleon Wien zum ersten Mal. Wieder ein Jahr später liquidierte Kaiser Franz das Heilige Römische Reich. 1809 standen Napoleons Truppen zum zweiten Mal in Wien, wobei diesmal der Besetzung ein mehrstündiger Beschuss der Innenstadt voranging.

Wien im Sog kriegerischer Ereignisse: Erster, Zweiter und Dritter Koalitionskrieg

Als am Ende des *Ersten Koalitionskrieges* 1797 zu befürchten stand, dass Napoleons Truppen über den Semmering nach Wien vordringen könnten, wurde von Feldzeugmeister Terzy ein Verteidigungsentwurf für die Reichshaupt- und Residenzstadt ausgearbeitet:[11] Trotz der verzweifelten militärischen Lage sollte eine offene Feldschlacht gewagt werden. Die wenigen noch zur Verfügung stehenden Truppen richteten daher auf dem Wienerberg ein großes verschanztes Heerlager ein, kleinere Schanzen zur Flankendeckung legte man in Breitensee und in Ottakring an. Angehörige des Wiener Allgemeinen Aufgebots (8.500 Mann) marschierten zur Armee ab, die zur Stadtverteidigung aufgestellte Bürgerwehr (7.500 Mann) sollte den Linienwall besetzt halten, um die Vorstädte vor plündernden Feinden zu schützen. Doch der von Napoleon und Erzherzog Karl zu Judenburg am 7. April 1797 geschlossene Waffenstillstand beendete alle Kampfhandlungen. Der Friede von Campoformido am 17. Oktober 1797 bescherte Österreich sogar recht günstige Bedingungen. Gegen einen Verzicht auf Belgien und die Lombardei erhielt die Monarchie Venetien mit Istrien und Dalmatien. Zwei Jahre später brach der *Zweite Koalitionskrieg* aus, an dessen Ende Wien abermals Gefahr lief, französisches Operationsziel zu werden. Nach der verlorenen Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 zogen sich die geschlagenen österreichischen Truppen hinter die Enns zurück, unfähig, noch einmal aktiv zu werden. Sicherheitshalber erklärte Wiens Stadtkommandant am 24. Dezember den Belagerungszustand. Die abermals zusammengetrommelte Bürgerwehr sollte Altstadt und Vorstädte sichern und den Linienwall allenfalls gegen versprengte Truppen verteidigen. Gegen einen gezielten französischen Angriff hätte Wien mit seinen frühneuzeitlichen Festungswerken freilich keinerlei Chancen gehabt. Doch dazu kam es nicht: Schon am 25. Dezember handelte Erzherzog Karl einen Waffenstillstand aus. Der am 9. Februar 1801 geschlossene Friede von Lunéville bestätigte die Bestimmungen von Campoformido.

Der unglücklich geführte *Dritte Koalitionskrieg* des Jahres 1805, den Österreich unvorbereitet begonnen hatte, und das nur, um England vor einer französischen Invasion zu bewahren, machte das bisher zweimal glückhaft abgewendete Szenario einer Eroberung der Reichshaupt- und Residenzstadt wahr: Nach seinem Sieg bei Ulm drang Napoleon bis Wien vor.[12] Kaiser Franz hatte befohlen, die Stadt nicht zu verteidigen, Widerstand wäre auch zwecklos gewesen. Wie in den Jahren zuvor hatte man wieder eine Bürgerwehr aufgeboten, diesmal in der Stärke von zwei Regimentern und einem Kavalleriekorps, welche zur allgemeinen Sicherheit den Linienwall besetzten und scharfe Patrouillen durchführten. Als die Regierung in der ersten Novemberwoche 1805 daran ging, Hof, Zentralbehörden und diplomatisches Korps zu evakuieren, verließen auch viele Adelige und wohlhabende Bürger die Stadt. Die Wiener Bevölkerung hatte – zu Recht – kein Vertrauen in ihre Staatsführung, die weder in der Lage gewesen war, die Armee entsprechend auf den selbst provozierten Krieg vorzubereiten, noch der immer drückender spürbaren Teuerung Herr zu werden. Der Bäckerrummel vom Juli 1805 war allen noch in lebhafter Erinnerung. Am 8. November verließ auch der Kaiser die Stadt, nachdem er den Landesfürstlichen Kommissär Rudolf Graf Wrbna zu seinem Vertreter gemacht hatte. Dieser und Bürgermeister Wohlleben sollten mit Hilfe der Bürgerwehr für Ruhe und Ordnung sorgen.

Am 10. November standen die vordersten französischen Angriffsspitzen unter Marschall Joachim Murat in Sieghartskirchen. Abordnungen der k. k. Armee und des Wiener Magistrats sprachen bei ihm vor und baten ihn, die Stadt zu schonen und doch nicht so rasch nach Wien vorzustoßen, um den erschöpften österreichischen Soldaten die dringend benötigte Ruhe zu gönnen. Murat machte die großzügige Behandlung Wiens von der Erhaltung der Taborbrücke (die eigentlich aus drei Brücken bestand, welche die verzweigten Donauarme überquerten) abhängig und marschierte beschleunigt weiter. Tags darauf räumten die regulären Truppen unter Carl Fürst Auersperg (etwa 13.000 Soldaten) die Stadt und gingen nördlich der Donau in Stellung. Auersperg hatte Befehl, die Donaubrücken hinter sich zu zerstören, damit die Franzosen keine Übergangsmöglichkeit hätten und der k. k. Armee Zeit genug bliebe, sich mit den verbündeten Russen zu vereinigen. Doch Auersperg zögerte die Demolierung der Taborbrücke immer wieder hinaus, sei es, dass er den Gerüchten über einen bevorstehenden Waffenstillstand Glauben schenkte, sei es, dass er Wiens Lebensmittelversorgung aus dem Marchfeld möglichst lange intakt halten wollte. Am Abend des 11. November standen französische Vorposten bereits an der Mariahilfer Linie; abermals drang eine Deputation des Magistrats zu Murat vor und bat um milde Behandlung der Stadt. Innerhalb der Linien herrschte große Unruhe, Aufregung und auch Missstimmung gegenüber der eigenen Obrigkeit. Vereinzelt kam es zu Demonstrationen, von den Amtslokalen der »Gefällämter« wurde sogar das kaiserliche Wappen abgenommen. Hauptsorge der Bevölkerung war naturgemäß, Wien nicht in Kampfgeschehen verwickelt zu sehen. Tausende neugierige Wiener sammelten sich bei der Mariahilfer Linie und bildeten für die am 13. November einmarschierenden Franzosen *(Abb. 17)* ein Spalier. Angesehene Bür-



Abb. 17: Wien im Sog kriegerischer Ereignisse: Einzug der Franzosen in Wien am 13. November 1805. Kolorierter Kupferstich.

ger führten französische Abteilungen im Auftrag des Magistrats zur Taborbrücke, um sie bei deren kampfloser Einnahme zu unterstützen und die Sprengung zu verhindern. Am Brückenkopf selbst herrschte heillose Verwirrung. Männer, die sich als Abgesandte des Magistrats ausgaben, verunsicherten die kaiserlichen Wachesoldaten, welche die Brücke versperrt hielten. Dann nahte der Stab Murats, dem sich der kaiserliche Kommissär Graf Wrbna angeschlossen hatte, unmittelbar darauf begehrte der Generaladjutant Napoleons, General Bertrand, unter Vorspiegelung eines soeben geschlossenen Waffenstillstandes den Zutritt zur Brücke. Auf sein falsches Ehrenwort hin ließen sich die österreichischen Soldaten dazu überreden, den General zum Quartier des Fürsten Auersperg nach Stammersdorf zu geleiten und vorerst von einer Demolierung Abstand zu nehmen. Noch bevor Bertrand in Stammersdorf ankam, überwältigten französische Grenadiere die Wachesoldaten, bemächtigten sich der Donaubrücken, entfernten die Zündleitungen und beschlagnahmten auch noch den gesamten Artilleriepark des Korps

Auersperg. (Auersperg selbst wurde seines Kommandos enthoben, von einem Kriegsgericht zur Degradierung, zum Verlust des Militär-Maria-Theresien-Ordens und zu dreijährigem Festungsarrest verurteilt; 1812 begnadigte ihn der Kaiser und setzte ihn in seine frühere Charge wieder ein.)

Am 14. November traf Napoleon in Wien ein und nahm im Schloss Schönbrunn Quartier. Der französische Stadtkommandant von Wien, General Hulin, residierte im Palais Lobkowitz und kommandierte eine Besatzungstruppe von etwa 3.000 Mann, die sich, zum Glück für Wien, sehr diszipliniert verhielt. Dennoch litt die Stadt schwer unter den von den Franzosen aufgestellten Forderungen nach Kontribution, Verpflegung und Einquartierung. Das Gros der napoleonischen Armee setzte nun ungehindert über die Donau, besiegte am 16. November bei Schöngrabern die Nachhut der österreichischen Armee und am 2. Dezember in der »Dreikaiserschlacht« von Austerlitz die verbündeten Heere der Österreicher und Russen. Der am 26. Dezember 1805 geschlossene Friede von Pressburg legte Österreich harte Bedingungen auf: den Verlust von Venetien, Istrien und Dalmatien, ferner von Tirol, Brixen und Trient und schließlich von Vorderösterreich. Außerdem musste Österreich eine Kriegsentschädigung von 40 Millionen Gulden zahlen. Einziger Gewinn war das Erzbistum Salzburg mit Berchtesgaden. Am 12. Jänner 1806 verließen die Franzosen die Stadt Wien, am 16. Jänner kehrte Kaiser Franz in seine Residenzstadt zurück. Nur acht Monate später liquidierte er das Heilige Römische Reich, weil Napoleon unverhohlen mit einem neuen Krieg drohte. Die Wiener Bevölkerung nahm das Ende des »Sacrum Romanum Imperium« mit Gleichmut auf.

Wien als Kriegsschauplatz anno 1809

Am Vierten Koalitionskrieg, den Napoleon 1806 gegen Preußen und Russland führte, beteiligte sich Österreich nicht, weil die k. k. Armee noch nicht kampfbereit war. Dennoch wuchs in Wien allmählich wieder die Kriegsbereitschaft, insbesondere als sich 1808 zeigte, dass die Franzosen der spanischen Guerillakämpfer nicht Herr wurden. Die Erhebung Österreichs gegen Napoleons Vorherrschaft auf dem Kontinent anno 1809 erfolgte ohne fremde Hilfe, aber unter Aufbietung aller Kräfte des Kaiserstaates, sodass hier zum ersten Mal von einem den gesamten Staat erfassenden Krieg gesprochen werden kann. Anders als bisher ergriff die Wiener eine ausgesprochen patriotische Stimmung, enthusiastische Kriegsbegeisterung zeigte sich. Doch der erhoffte Erfolg blieb aus. Nach der Niederlage der kaiserlichen Armee bei Regensburg im April 1809 stieß Napoleon rasch durch das Alpenvorland Richtung Wien vor. Erzherzog Karl, kaiserlicher Generalissimus, zog nördlich von Wien alle Kräfte zusammen. Die Reichshaupt- und Residenzstadt sollte diesmal nicht kampflos übergeben werden, sondern so lange hinhaltenden Widerstand leisten, bis der österreichische Truppenaufmarsch vollendet war. Viel zu spät, nämlich erst am 5. Mai 1809, begannen in und vor der Stadt



Abb. 18: Wien als Kriegsschauplatz anno 1809: Gesprengtes Vorwerk der Burgbastei, vom Stadtgraben aus. 1809. Gouache von Franz Jaschke.

die Verteidigungsarbeiten.[13] Täglich waren nun etwa 8.000 Personen mit dem Abbruch von Bauwerken oder mit Schanzarbeiten an den Basteien und sogar am Linienwall beschäftigt. Am 6. Mai wurden die Staatskassen, Archive und andere Kostbarkeiten nach Ungarn abtransportiert. Am 10. Mai erreichten die Franzosen bereits Schönbrunn, anschließend marschierten sie bis an die Mariahilfer Linie und brachten dort einige Geschütze in Stellung. Doch der Linienwall war schon vorher von eigenen Soldaten geräumt worden; dafür bestiegen ihn jetzt Tausende Vorstadtbewohner, um die in den Vororten kampierenden französischen Soldaten zu betrachten.

Wiens Besatzung zählte 35.000 Mann; ihr Kommandant, Erzherzog Maximilian d'Este, ließ am 11. Mai auf die durch die Vorstädte Richtung Innenstadt heranrückenden Franzosen von der Stadtmauer aus das Feuer eröffnen, konnte diese aber kaum aufhalten. Nachdem alle Vorstädte eingenommen waren, brachten die Franzosen am Rande des Josephstädter Glacis ihre Geschütze in Stellung und begannen um 21 Uhr mit der Beschießung der Innenstadt, gleichzeitig drangen sie in die Praterinsel ein. Fünf Stunden lang erwiderten die österreichischen Soldaten sowie Angehörige der Bürger-

wehr und des Studentenkorps – unter ihnen der junge Franz Grillparzer – das Feuer; als aber am 12. Mai in den Morgenstunden 88 Innenstadthäuser beschädigt und 31 in Flammen aufgegangen waren – die Bevölkerung hatte sich panikartig in die Keller geflüchtet –, befahl Erzherzog Maximilian d'Este die Übergabe der Stadt. Rechtzeitig konnte er sich mit einem Großteil seines Korps über die Donau absetzen und anschließend die Taborbrücke niederbrennen lassen. Napoleon aber zog zum zweiten Mal in Schönbrunn ein, wo ihm Bürgermeister Wohlleben seine Aufwartung machte, zum Zeichen der Unterwerfung die Schlüssel der Stadt überreichte und um Schonung Wiens bat.

Am 19. Mai begannen die Franzosen mit dem Brückenschlag unterhalb von Wien bei Kaiserebersdorf, und am Nachmittag des 20. Mai überschritt Napoleon als Erster den Hauptstrom. Die Pontonbrücke erwies sich jedoch als zu schwach und brach immer wieder, sowohl wegen des einsetzenden Hochwassers als auch infolge von Störaktionen der Österreicher, die wiederholt schwer beladene Kähne oder brennende Wracks gegen das schwankende Bauwerk trieben. Erzherzog Karl ließ einen Teil des französischen Heeres unbehelligt das linke Donauufer erreichen und schlug mit seiner gesamten Streitmacht zu, als er noch zahlenmäßig überlegen war. Die Schlacht von Aspern am 21. und 22. Mai bedeutete die erste Niederlage Napoleons zu Lande.[14] Bonaparte zog sich aus dem Marchfeld zurück und brach die Donaubrücke hinter sich ab; sein Mythos der Unbesiegbarkeit war gebrochen, der Krieg aber ging weiter, obwohl beide Seiten in den zwei Schlachttagen je 20.000 Mann, etwa ein Viertel ihrer Truppen, verloren hatten.

In den folgenden Wochen bereiteten sich die Armeen auf einen weiteren, entscheidenden Waffengang vor und zogen alle verfügbaren Truppen aus Mitteleuropa heran: Erzherzog Karl auf dem Marchfeld, Napoleon in der Lobau, der »Île Napoléon«. Am Abend des 4. Juli wagte Napoleon abermals den Donauübergang, diesmal aber auf zehn vorbereiteten Kriegsbrücken, sodass binnen 24 Stunden seine gesamte Armee übersetzen konnte. Erzherzog Karl erwartete die Franzosen in einer gut befestigten Stellung entlang des Russbaches, dennoch verlor er am 5. und 6. Juni die Entscheidungsschlacht bei Deutsch Wagram[15] und musste seine Armee, wenn auch in tadelloser Ordnung, zurückziehen. Die Österreicher beklagten 5.600 Gefallene und 18.000 Verwundete, die Franzosen 10.000 Tote und 26.700 Verwundete. Ein letztes, blutiges Aufeinandertreffen zwischen Österreichern und Franzosen bei Znaim am 11. Juli beendete den Krieg schließlich durch Abschluss eines Waffenstillstandes. Am 14. Oktober 1809 wurde der Frieden von Schönbrunn unterzeichnet, der die Habsburgermonarchie um etwa 115.000 km^2 mit 3,5 Millionen Einwohnern verkleinerte und um jährliche Steuereinkünfte von elf Millionen Gulden brachte. Zu den drückenden Friedensbedingungen gehörte auch die Verringerung der Heeresstärke auf 150.000 Mann und eine Kriegsentschädigung von 85 Millionen Francs (34 Millionen Gulden).

Die Stadt Wien hatte schwer zu leiden: Hatten schon wegen der Versorgung der eigenen Soldaten Lebensmittelknappheit und Steuerdruck geherrscht, so musste der Magistrat nun zusätzlich für die Dauer eines halben Jahres 40.000 Franzosen mit 10.000

Pferden unterbringen und darüber hinaus die Besatzungskosten bezahlen. Grundsätzlich benahmen sich die französischen Soldaten diszipliniert; als Joseph Haydn am 31. Mai starb, wurde sogar eine Ehrenwache zu seinem Sterbehaus abkommandiert. Aber die Wiener verhielten sich feindselig gegenüber der Besatzungsmacht, welche ihrerseits bei sich regendem Widerstand keine Gnade kannte und wiederholt kriegsgerichtliche Bluturteile fällte: So wurde der erst siebzehnjährige Pastorensohn Friedrich Staps aus Naumburg, der am 12. Oktober während einer Parade im Hof des Schlosses Schönbrunn ein Attentat auf Napoleon zu verüben suchte, verhaftet und vier Tage später erschossen. Napoleon verließ Schönbrunn am 16. Oktober, am 20. Oktober räumten die Besatzer die Stadt.

Bei ihrem Abzug sprengten die Franzosen zur Demonstration ihrer Macht und zur Demütigung der Wiener Teile der alten Befestigungen, vier Basteien und vier Ravelins *(Abb. 18)*. Abgesehen davon beliefen sich die Besatzungsschäden auf 138 Millionen Gulden, welche die Regierung nicht vergüten konnte. Im Gegenteil: Die Kosten der verlorenen Kriege und der inflationäre Verfall der Währung trieben den Staat in den Bankrott. Am 20. Februar 1811 verkündete Hofkammerpräsident Graf Wallis die Abwertung der Währung auf ein Fünftel ihrer ursprünglichen Silberparität.[16] Auch die neue Währung verfiel angesichts der Befreiungskriege gegen Napoleon 1813/14 rasch wieder. Die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmieten stiegen enorm an, sodass insbesondere der Mittelstand – Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere – einen dramatischen Kaufkraftverlust hinnehmen musste. Erst durch die Gründung der Österreichischen Nationalbank im Jahr 1816 gelang es, die Guldenwährung zu stabilisieren. Bis zum Jahr 1830 war das alte Papiergeld aus dem Verkehr gezogen und zur Gänze durch die »Conventions-Münze« abgelöst worden.

Der Wiener Kongress

Die Voraussetzungen für den Wiener Kongress wurden im Ersten Pariser Frieden vom 20. Mai 1814 festgelegt. Napoleon war besiegt und in seiner Macht auf die kleine Mittelmeerinsel Elba beschränkt worden. Europas Staaten sollten nach 22 Kriegsjahren neue, dauerhafte Grenzen erhalten. Dass Kaiser Franz Gastgeber sein würde, stand außer Frage, hatte doch die k. k. Monarchie die Hauptlast der napoleonischen Kriege tragen müssen. Clemens Wenzel Lothar Graf (ab 1813 Fürst) Metternich, der seit 1809 Österreichs Außenpolitik leitete, war es durch großes diplomatisches Geschick zuletzt gelungen, der Donaumonarchie eine führende Machtposition in Europa zu verschaffen. Daher sollte auch deren Hauptstadt Schauplatz des glanzvollsten Friedenskongresses aller Zeiten sein, auf dem Repräsentanten von rund 200 Staaten, Fürstentümern und Städten ihre Anliegen vorbringen konnten.[17] Außer Kaiser Franz waren noch folgende Herrscher persönlich anwesend: Zar Alexander I. von Russland (»der Retter Europas«), König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, König Karl Friedrich I. von Württemberg,

König Maximilian I. Joseph von Bayern, König Friedrich VI. von Dänemark sowie nahezu alle deutschen Fürsten. Zentrale Gestalt des Kongresses war Metternich, der sich gerne als »Kutscher Europas« apostrophieren ließ, sowie sein Vertrauter und publizistischer Berater Friedrich von Gentz, der sich »Sekretär Europas« nannte.

Seit dem 18. September 1814 verhandelten die bevollmächtigten Minister Österreichs, Preußens, Russlands und Englands in Wien. Die »großen Vier« ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die Entscheidung über Territorialfragen ihnen allein obliege. Daher weigerten sie sich, eine Vollversammlung des Kongresses einzuberufen – die anderen Kongressteilnehmer sollten immer nur in kleinstem Kreis tagen. Der Kongress, der offiziell am 1. November 1814 begann, war daher kein Kongress im eigentlichen Sinn, sondern ein großes politisches Treffen mit unzähligen Konferenzen und Abmachungen sowie einem gemeinsam verabschiedeten Schlussprotokoll. Dementsprechend schwierig ist der Kongressverlauf nachzuzeichnen. Oft wird zwischen »Hauptgeschehen« und »Nebengeschehen« unterschieden. Das »Hauptgeschehen« spielte sich unter den Vertretern der Großmächte ab und kreiste einerseits um die Frage, ob Frankreich in die illustre Runde der »großen Vier« aufgenommen werden sollte, andererseits um die Zukunft von Polen und Sachsen. Als Anfang 1815 die uneinigen Alliierten gegeneinander sogar Kriegsdrohungen aussprachen, wurde Frankreichs Vertreter, Herzog Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, endlich dem Rat der Vier beigezogen. Die nunmehrigen »großen Fünf« erzielten bald Übereinstimmung und regelten ihre Ansprüche schließlich wie eine mathematische Gleichung: Polen blieb zwischen Preußen, Österreich und Russland geteilt; Sachsen behielt seine staatliche Existenz, trat aber zwei Fünftel seines Territoriums an Preußen ab; Preußen wurde noch um Westfalen und die Rheinprovinz erweitert und somit direkter Nachbar Frankreichs. Österreich verzichtete auf Belgien und die Vorlande, kompensierte aber diesen Verlust durch die reiche Lombardei und durch Venetien, ferner wurde dem Kaiser die ungeschriebene Vorherrschaft in Italien und die verbriefte im Deutschen Bund garantiert.

Mit dem »Nebengeschehen« waren insgesamt 13 Sonderkommissionen beschäftigt; sie leisteten die eigentliche Arbeit. Auch hier ging es vor allem um territoriale Probleme (Deutscher Bund, italienische Staaten, Anschluss Belgiens an die Niederlande usw.), es wurden aber ebenso Sachangelegenheiten besprochen (Ächtung der Sklaverei, Neutralität der Schweiz, Rangordnung der Diplomaten, freie Flussschifffahrt, Vorgehen gegen die Seeräuberei usw.).

Als dritte Geschehensebene müssen die gesellschaftlichen Veranstaltungen gesehen werden, über die der alte Feldmarschall Fürst de Ligne die geflügelten Worte sagte: »Der Kongress kommt nicht vorwärts, er tanzt.« Die zahllosen Empfänge, Redouten und Bälle waren Gegenstand vieler Klatsch- und Skandalgeschichten und verliehen dem Kongress jenen spielerischen Anschein, den man für ein Spezifikum der Wiener Atmosphäre hielt. Doch gerade die Tatsache, dass der Kongress nie in einem Plenum tagte, wertete die abendlichen Feste bei zwanglosen Gesprächen der Fürsten und Diplomaten zu »Arbeitsessen« auf, bei denen die tatsächlichen Entscheidungen fielen.

Als der Kongress am 7. März 1815 von Napoleons Flucht aus Elba erfuhr, galten fast alle territorialen Fragen als erledigt. In einem Verfahren, das der mittelalterlichen Verhängung der Reichsacht glich, ächtete der Kongress den Kaiser der Franzosen (13. März), dann erneuerten die »großen Vier« ihre Militärallianz gegen Frankreich und ließen ihre Armeen aufmarschieren. Am 9. Juni 1815 trat der Wiener Kongress zum ersten und einzigen Mal im Plenum zum feierlichen Abschluss zusammen: Ort des Treffens war der Festsaal der Haus-, Hof- und Staatskanzlei (heute: Bundeskanzleramt). Neun Tage später besiegelte die Schlacht von Waterloo das Schicksal Napoleons, der nun als britischer Kriegsgefangener auf die Insel St. Helena deportiert wurde. Am 20. November 1815 wurde der Zweite Pariser Frieden geschlossen.[18] Frankreich musste eine Kriegsentschädigung von 700 Millionen Francs zahlen, die geraubten Kunstschätze zurückgeben und eine dreijährige alliierte Besatzung hinnehmen. Von der Entschädigungssumme erhielt Österreich 100 Millionen, das entsprach 43,6 Millionen Gulden, die der Staatskasse in den Jahren 1815 bis 1822 zuflossen und zur Sanierung der Währung verwendet wurden.

Der Wiener Kongress hatte den Staatshaushalt mit 8,5 Millionen Gulden belastet, das Gesamtbudget machte damals etwa 117 Millionen Gulden aus. Der »Kongresstourismus« – etwa 30.000 Gäste in Wien – verursachte eine kurzfristige Konjunkturbelebung in einer Zeit, in der es auf Grund von Missernten und Teuerung schlecht um Österreichs Wirtschaft stand. Nach dem Kongress brach die Wirtschaft vollkommen zusammen, das Erwerbsleben stand nahezu still und erholte sich erst langsam wieder. Außenpolitisch begann aber Österreichs Glanzzeit, die etwa zehn Jahre währte. Kaum je zuvor und niemals wieder stand die Monarchie derart im Mittelpunkt der europäischen Politik.

Die Friedens-Ära

Kaiser und Staatsverwaltung

Angesichts der kritischen Wirtschaftslage nach dem Wiener Kongress richtete der Kaiser eine *Kommerz-Hofkommission* ein, welche für Wirtschafts- und Handelsagenden zuständig war. Insbesondere rief er die *Nationalbank* ins Leben, welche nach und nach die Währung stabilisierte und das allgemeine Vertrauen in den österreichischen Gulden wieder herstellte. (Die Nationalbank war zunächst im Bancogebäude in der Singerstraße untergebracht, 1823 übersiedelte sie in das Bankpalais in der Herrengasse, heute Nr. 17, 1860 bezog sie – gemeinsam mit der Börse – den von Heinrich Ferstel entworfenen Bau zwischen Herrengasse 17 und Freyung 1.) Zehn Jahre dauerte es, bis sich die Konjunktur endlich belebte; dann aber bescherte sie den Wienern einen spürbaren Wirtschaftsaufschwung.

1830 versuchte der Kaiser, seine Regierungsaufgaben mit Hilfe einer *Engsten Konferenz*[19] zu bewältigen; sie bestand aus dem Staatskanzler (Metternich), dem Innenminis-

ter (Franz Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky) und dem Finanzminister (Michael Graf Nádasdy). Diese drei Minister sollten in Permanenz tagen und dem Kaiser als oberste Überwachungs- und Beratungsorgane zur Seite stehen; eine gleichzeitig aufgestellte *Ministerialkonferenz* erhielt den Auftrag, der Engsten Konferenz zuzuarbeiten. Allein, die Agenden des Staates waren bereits derart vielfältig und kompliziert, dass sie schon aus technischen Gründen nicht mehr von einer zentralen Stelle aus gelenkt werden konnten. Der absolute Monarch, der dies versuchte, ohne zu delegieren, wurde zum Gefangenen seines eigenen Herrschaftsanspruchs; er musste sich im Detail verlieren, konnte keinen Überblick bewahren und verrichtete seinen Dienst schließlich wie ein mit Arbeit überlasteter Hofrat, bei dem viele Akten unerledigt liegen blieben. Österreichs oberste Staatsführung erstarrte, die Monarchie konnte nicht mehr regiert, nur mehr verwaltet werden.

Kaiser Franz brachte es zuwege, dass sein Wille auch nach seinem Tod fortlebte, indem er seinen Sohn und Nachfolger Ferdinand »den Gütigen«[20] in seinem politischen Testament dazu verpflichtete, zu »regieren und nichts zu verändern«. Über die mangelnden Fähigkeiten Ferdinands als Herrscher (1835 bis 1848) waren sich Zeitgenossen und Historiker einig. Es fehlte ihm jegliche Durchsetzungs- und Entscheidungskraft. Seine Begabungen lagen auf anderen Gebieten: Er beherrschte vier Fremdsprachen perfekt, zeichnete gut, spielte hervorragend Klavier, war ein anerkannter Kunstmäzen und Sammler, vor allem erwies er sich nach seiner Abdankung als hervorragender Gutsverwalter. Keinesfalls darf Ferdinand, wie es oft geschah, als schwachsinnig bezeichnet werden, vielmehr war er ein liebenswürdiger Mensch, kränklich, schüchtern und gutmütig, zugleich aber von der hohen Sendung des Erzhauses durchdrungen.

Unter Kaiser Ferdinand *(Abb. 19)* arbeiteten alle Behörden in gewohnter Weise weiter. Der Staatsrat – er tagte fünf Mal pro Woche – fungierte jetzt wie ein »Tribunal für Verwaltungsmaßregeln«, während die Regierungsarbeit ab 1836 von einer *Staatskonferenz* wahrgenommen wurde. Unter dem Vorsitz des Kaisers bzw. dessen Stellvertreters, Erzherzog Ludwig, versuchten des Kaisers Bruder Erzherzog Franz Karl, Staatskanzler Metternich und Innenminister Kolowrat-Liebsteinsky den Schein einer absoluten Regierung aufrechtzuerhalten. Tatsächlich versagte dieses Regierungssystem, ja dem ohnehin schon schwerfälligen Behördenapparat wurde mit der Staatskonferenz nur eine weitere bürokratische Instanz vorangestellt, die keineswegs die Kraft hatte, längst überfällige Neuerungen durchzusetzen. Metternich erkannte wohl die Schwächen der Staatsverwaltung, war aber nicht mehr imstande, sie zu ändern. Daher kam es auch nicht überraschend, dass das System trotz seiner Machtmittel im März 1848 dem ersten Ansturm der Revolution erlag.



Abb. 19: Kaiser Ferdinand im Jahre 1842. Ölgemälde von Anton Einsle.

Wiens Bürgermeister Stephan von Wohlleben, der seit 1804 dieses Amt bekleidete, hatte als gewissenhafter Beamter die Stadt durch die Krisen der zweimaligen französischen Besatzung sowie des Staatsbankrotts gelenkt. Daher genoss er auch das Vertrauen des Kaisers. Allerdings gelang es ihm nicht, die Sympathie breiterer bürgerlicher Kreise für sich zu gewinnen, denn die Landesregierung kontrollierte nicht nur die städtische Verwaltung und engte deren Wirkungskreis sukzessive ein, sondern sparte auch nicht mit Kritik am Magistrat. So desavouierte sie die Stadtverwaltung in den Augen der Bürger, welche dieser und nicht der Regierung die Schuld an der misslichen Lage gaben und dem Bürgermeister sogar Korruption und Parteilichkeit vorwarfen.[21] Der verunsicherte Magistrat wagte keine großen Entscheidungen zu treffen und sah den Phänomenen der Wohnungsspekulation und des Mietzinswuchers, der Steigerung der Lebensmittelpreise und des Kaufkraftschwundes, der wachsenden Armut und der stagnierenden Wirtschaft hilflos zu.

In dieser Übergangsphase von der Manufaktur- zur Fabrikproduktion hätte es einer zielgerichteten Wirtschaftspolitik bedurft, doch daran mangelte es: Eine noch vor der Jahrhundertwende verabschiedete kaiserliche Verordnung, dass die Hauptstadt von Fabriken und damit vom Fabrikarbeiterproletariat frei bleiben sollte, konnte sich auf Dauer nicht halten, ebenso wenig wie die Einschränkung der Gewerbezulassungen in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts. 1809 verfügte der Kaiser endlich die volle Industriefreiheit und verzichtete fortan auf jeglichen staatlichen Eingriff in die Wirtschaft.

Joseph II. hatte 1782 eine Stadthauptmannschaft eingerichtet.[22] Sie entsprach einer der vier niederösterreichischen Kreishauptmannschaften und sollte ein Zwischenglied von Wiener Stadtverwaltung und niederösterreichischer Landesregierung bilden. Seit 1807 erstreckte sie ihren Wirkungsbereich nicht nur auf die Altstadt, sondern auch auf alle Vorstädte innerhalb der Linien. Der Stadthauptmann fungierte als zweite Instanz in sämtlichen Berufungsfällen und war zuständig für Gewerbe-, Militär-, Armen- und Krankenwesen, ab 1807 auch für Märkte und Lebensmittelversorgung. Da sich diese Behörde nicht bewährte, wurde sie 1818 liquidiert und ihre Kompetenzen an Magistrat und Landesregierung übertragen, wo ein eigener Regierungsrat mit dem Titel »Stadthauptmann« bestellt wurde. (1845/46 wurden auch dessen Stelle kassiert und seine Agenden an den Magistrat übergeben.)

Die Begrenzung des kommunalen Wirkungskreises durch den absolutistischen Staat erfuhr 1808 einen ersten Höhepunkt, als der Äußere Rat das Wahlrecht für die Magistratsräte und Vizebürgermeister verlor und auf eine mehr oder weniger repräsentative Funktion reduziert wurde. Die Vizebürgermeister sowie die Räte des Zivil- und Kriminalsenats wurden fortan von der Regierung und vom Appellationsgericht bestellt, die Ratsstellen des politisch-ökonomischen Senats wurden frei ausgeschrieben.[23] Staatliche

Bevormundung und finanzielle Belastung erfolgten parallel: 1817 musste die Gemeinde die von Jahr zu Jahr steigenden Ausgaben für die Armenpflege und für das Polizeiwesen übernehmen. 1819 unterwarf der Kaiser die Finanzgebarung der Stadt Wien einer ständigen Regierungskontrolle; selbst geringfügige Ausgaben bedurften nun der Genehmigung der Niederösterreichischen Landesregierung, sodass jegliche städtebauliche Initiative erlöschte.

Im Jahr 1823 starb Bürgermeister Wohlleben. Ihm folgte *Anton Lumpert* (1757–1837),[24] ein bewährter Jurist und Rathausbeamter, der schon seit den Tagen des Wiener Kongresses das Amt des Vizebürgermeisters ausgeübt hatte und mit der Erhebung zum Bürgermeister zugleich zum Kaiserlichen Rat ernannt wurde. Seine Amtsführung entsprach durchaus jener der staatlichen Verwaltung in der Ära des Kaisers Franz: gesetzestreu, aber bürokratisch, loyal zum Herrscher, aber ohne jede Eigeninitiative, gewissenhaft, aber verantwortungsscheu. Er ließ sich von der Regierung noch stärker gängeln als seine Vorgänger, daher verlor er unter den allmählich selbstbewusst gewordenen Wiener Bürgern jedes Vertrauen, zumal auch in der Wiener Stadtverwaltung Missbräuche und Unregelmäßigkeiten auftraten. 1834 nötigte Kaiser Franz den unbeliebten Bürgermeister Anton Lumpert zum Rücktritt, um einem Jüngeren die Stadtverwaltung zu übertragen; Lumpert starb drei Jahre später. Die Jahre seiner Tätigkeit als Bürgermeister brachten nicht wenige über die Ära hinaus wirksame Ereignisse, auch Katastrophen, selbst an durchaus bedeutende bauliche Maßnahmen für die städtische Infrastruktur ist zu erinnern; um hier nur einige wenige Mosaiksteine zu setzen: 1827/28 etwa starben mit Ludwig van Beethoven und Franz Schubert maßgebliche Vertreter der »Wiener« Musik. 1830 forderte der verheerende Eisstoß auf der Donau 74 Menschenleben und hinterließ enormen Sachschaden in den tiefer gelegenen Vorstädten, 1831/32 fielen etwa 4.200 Wiener der Cholera zum Opfer. Noch bevor die Epidemie abgeflaut war, begannen die Arbeiten an der Errichtung des rechten Wienflusssammelkanals (»Cholerakanal«) und an der Einwölbung des Ottakringer und des Alser Baches.

Der Nachfolger Lumperts hieß *Anton Joseph Edler von Leeb* (1769–1837).[25] Die Stadtsenate hatten Anfang 1835 mehrheitlich den jungen und dynamischen Magistratsrat Ignaz Czapka in Vorschlag gebracht. Vermutlich hätte Kaiser Franz diesen auch bestätigt, hatte er doch selbst inzwischen erkannt, dass die Stadtverwaltung dringender Reformen bedurfte, doch starb der Monarch am 2. März 1835, und Kaiser Ferdinand zog es vor, den rangälteren Leeb zum Bürgermeister zu bestellen und Czapka mit der Stelle eines Vizebürgermeisters abzufinden. Leeb hatte sich beim Ausbau des Bürgermilitärs verdient gemacht, war 1810 in den Adelsstand erhoben worden und bekleidete das Amt eines Magistratsrats. Zu Beginn seiner Amtszeit als Bürgermeister gab es eine kleine organisatorische Veränderung der Stadtverwaltung: Da sich gezeigt hatte, dass sein Vorgänger arbeitsmäßig überfordert war, wurde für die Leitung des politisch-ökonomischen Senats die Stelle eines dritten Vizebürgermeisters geschaffen. Gleichzeitig wurde das Unterkammeramt in eine selbstständige Baubehörde umgewandelt.[26] In den zweieinhalb Jahren als Bürgermeister konnte Anton Leeb nur wenig bewegen – und

dennoch hielt gerade in dieser Zeit die moderne Technik in Wien Einzug: 1835 begann der Bau der Kaiser-Ferdinand-Wasserleitung, 1837 fuhr die erste Dampfeisenbahn von Floridsdorf nach Deutsch-Wagram.

Nach Leebs überraschendem Tod wurde *Ignaz Czapka* (1791–1881)[27] zum Bürgermeister und zugleich zum k. k. Regierungsrat ernannt. Sein Werdegang entsprach dem eines strebsamen und begabten Beamten: Jusstudium, 1815 Zivil- und Kriminalrichter, 1825 Magistratsrat, 1835 Vizebürgermeister. Czapka war ein gediegener Verwaltungsfachmann, der sich stark für Verbesserungen der städtischen Infrastruktur engagierte. Dennoch gelang es ihm nicht, die schweren, vor allem sozialen Probleme von Pauperisierung, Teuerung und Wohnungsnot in den Griff zu bekommen, sodass seine an sich wohl durchdachten wirtschafts- und rechtspolitischen Maßnahmen einen Großteil der Bevölkerung nicht erreichten, deren Elend nicht linderten. In den zehn Jahren der Ära Czapka setzte die Industrielle Revolution in Wien so richtig ein. Zugleich mit dem sprunghaft anwachsenden Fabrikarbeiterproletariat wandelte sich die Stadt zu einer Metropole von europäischem Rang, in der Großhandel und Hochfinanz den Ton angaben.

Zu den Infrastrukturmaßnahmen zählen die Ausweitung der Straßenpflasterung, die Gasbeleuchtung in den Vorstädten, die Vollendung der Kaiser-Ferdinand-Wasserleitung und der Wienfluss-Sammelkanäle sowie die Abschlussarbeiten an der Einwölbung von Alser und Ottakringer Bach. Zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung gründete Czapka 1839 das Marktamt. Da dessen Kompetenz aber nicht auf die fremden Ortsobrigkeiten innerhalb des Linienwalles ausgedehnt werden konnte, stand die Marktaufsicht mit ihrem Kampf gegen die Teuerung auf verlorenem Posten. Um dem Fleischwucher Einhalt zu gebieten, initiierte Czapka 1846 den Bau der beiden städtischen Schlachthäuser – zu spät, als dass sie noch vor Ausbruch der Revolution hätten wirksam werden können. Andere bauliche Maßnahmen aus jener Zeit sind noch heute erkennbar: So wurden im Sinne der »Stadtregulierung« Straßenengpässe am Graben und Bauernmarkt beseitigt und auch Vorstadtstraßen verbreitert. Die dafür benötigten Grundeinlösungen belasteten allerdings die ohnehin schon angespannten städtischen Finanzen, sodass für eine Linderung der echten Not in den »hungrigen Vierziger-Jahren« kein budgetärer Spielraum blieb.

Am meisten gab die Stadt für die Einlösung von Grundherrschaften aus. Vergebens hatte sich Bürgermeister Czapka darum bemüht, alle innerhalb der Linien gelegenen Vorstädte mit Wien zu vereinigen. Die Niederösterreichische Landesregierung blockte als Standesvertreterin der Grundherrschaften derartige Bemühungen ab. Die Grundherren waren lediglich dazu bereit, alles, was mit Kosten verbunden war, an den Magistrat der Stadt Wien abzutreten, so namentlich das Armen-, Gesundheits- und Polizeiwesen. Immerhin gelang es Czapka, die städtische Gerichtsbarkeit auf alle Vorstädte auszudehnen.

Die Stadtverwaltung erlebte unter Bürgermeister Czapka einige entscheidende Veränderungen.[28] Zu Beginn seiner Amtszeit verlor der Bürgermeister die Oberaufsicht

über die drei Senate, sodass die drei Vizebürgermeister als Senatsvorstände agierten. Die dem politisch-ökonomischen Senat vorgesetzte Behörde war die Niederösterreichische Landesregierung, der Ziviljustizsenat unterstand dem niederösterreichischen Appellationsgericht, der Kriminaljustizsenat dem Kriminalobergericht. 1841 wurden die beiden Justizsenate in ein Zivilgericht und in ein Kriminalgericht umgewandelt, zugleich mutierte der politisch-ökonomische Senat zum *Magistrat der Stadt Wien*. Als Vorstände der beiden Gerichte fungierten nunmehr Appellationsräte mit dem Titel »Präses des Zivil- bzw. Kriminalsenats«, Vorstand des Magistrats war der Bürgermeister, der den Titel »Niederösterreichischer Regierungsrat« trug.

Der organisatorischen folgte die räumliche Trennung: Während der Magistrat im Rathaus (Wipplingerstraße) verblieb, übersiedelte das Zivilgericht in die Alte Schranne (Hoher Markt) und das Kriminalgericht in das neue Kriminalgerichts- und Gefangenenhaus in der Alservorstadt. Die personelle Spitze der Wiener Stadtverwaltung setzte sich fortan folgendermaßen zusammen: ein Bürgermeister, je ein Präses des Kriminal- und Zivilgerichts, zwei Vizebürgermeister als Vorsteher des Magistrats, ein Stadtoberkämmerer, 30 Magistratsräte (mit 18 Sekretären), 24 Räte des Zivilgerichts (mit 9 Sekretären), 22 Räte des Kriminalgerichts (mit 3 Sekretären). Die Magistratsräte leiteten als Fachreferenten 14 (ab 1847: 17) Departements und zahlreiche städtische Hilfsämter. Es gab Departements für das Gewerbewesen, das Sanitätswesen, für das Oberkammeramt (städtische Finanzen), das Konskriptionswesen und das Rekrutierungswesen, für das Markt- und Approvisionierungswesen (Lebensmittelversorgung), für den Handelsstand, für das Unterkammeramt (Baubehörde), für das Kanzleireferat und Grundbuch, für das Taxamt und für kommunale Auszeichnungen, für das Steuerreferat und Armenwesen, für schwere Polizeiübertretungen, usw.

Bürgermeister Czapka trat von Anfang an für eine stärkere Einbindung der Wiener Bürger in die Verwaltung ein und wollte den Äußeren Rat zu Gunsten eines echten, frei gewählten Bürgerausschusses aufgelöst wissen. Alle Versuche in Hinblick auf eine Bürgerbeteiligung verliefen aber im Sande, zumal die damit befassten obersten Regierungsstellen in dieser Causa Uneinigkeit bewiesen. In den Wiener Salons und in Vereinen wie dem »Juridisch-politischen Leseverein«[29] bildete dieses Thema den Gegenstand ausgiebiger Gespräche. Eine Diskussionsgrundlage bot die von Viktor Franz Freiherrn von Andrian-Werburg 1842 anonym herausgebrachte und von der Zensur verbotene politische Schrift »Österreich und dessen Zukunft«, in der sich der Autor kritisch mit dem österreichischen System auseinander setzte und eine neue Gemeindeverfassung forderte, da die Gemeinden das »Substrat des Staatsgebäudes« und die »Grundlage aller gesellschaftlichen und politischen Organisation« wären.[30] Am 6. März 1848 richtete Eduard von Bauernfeld eine von Tausenden Bürgern unterzeichnete Petition an Erzherzog Franz Karl, in der er eine moderne Gemeindeverfassung mit bürgerlicher Mitbestimmung forderte. Eine Woche später brach die Revolution aus. Ignaz Czapka solidarisierte sich nicht mit den Aufständischen und verlor jeglichen Einfluss. Am 16. März sah er sich genötigt, Wien fluchtartig zu verlassen.

Das weitere Schicksal Czapkas, der ab 1843 das Prädikat »von Winstetten« führte, sei hier noch kurz angeführt: Nach einem Zwischenspiel im Wiener Gemeinderat (1850/51) leitete er als Hofrat 1856 bis 1859 die Wiener Polizeidirektion. 1860 erhob ihn der Kaiser in den Freiherrenstand. Von 1861 bis 1863 ließ er sich noch einmal in den Gemeinderat wählen und stand als Alterspräsident an der Spitze der Stadtverwaltung. 1881 starb er im Alter von 90 Jahren.

Grundherrschaften und Burgfried

Wien und die Vorstädte bildeten vor 1850 noch keine rechtliche und verwaltungsmäßige Einheit, obwohl der Linienwall zu dieser Zeit eine sichtbare Grenze des städtischen Interessengebietes markierte. Vielmehr gab es innerhalb der Linien ein unübersichtliches Gemenge von städtischen, geistlichen und weltlichen Grundherrschaften, die in unterschiedlicher Weise auf die gesellschaftliche und bauliche Entwicklung der Stadt Einfluss nahmen. Es galt die Regel, dass jene *Grundobrigkeit*, welche den dominierenden Anteil aller Grundherrschaften einer Ortschaft besaß, auch die *Ortsobrigkeit* innehatte. Im Wiener Raum wurde seit dem Mittelalter für die Ortsobrigkeit der Stadt Wien das Synonym *Burgfried(en)* verwendet.[31] Die Grenzen des Burgfrieds waren durch Grenzsteine markiert und kennzeichneten sichtbar den Rayon städtischen Jurisdiktions- und Besteuerungsrechts. In diesem Gebiet ressortierten allgemeine Verwaltungsangelegenheiten und Haussteuern, seit 1705 die Gesundheitspolizei, das Totenbeschreibamt sowie die Aufschläge zu den Mauten und Zöllen (ab 1828 zur Verzehrungssteuer), seit 1782 die bürgerliche Gerichtsbarkeit für alle Nichtadeligen, seit 1783 die Baupolizei und seit 1807 die Marktobrigkeit zum Wiener Magistrat. Hingegen regelte jede Ortsobrigkeit für sich und bisweilen unterschiedlich zu anderen Ortsobrigkeiten die Fragen des Ehekonsenses oder die Beaufsichtigung des »Polizei- und Kommerzialgewerbes«, wobei der Wiener Magistrat die zünftische Beschränkung förderte, während die übrigen Ortsobrigkeiten die Zulassung einer möglichst großen Zahl von Handwerkern anstrebten. Viel Streit gab es auch, wenn sich die Ortsobrigkeiten nicht an den vom Magistrat projektierten Investitionen in die Infrastruktur (Straßenbeleuchtung, Kanalisation, Müllabfuhr) beteiligen wollten.

Mit dem Bau des Linienwalles 1704 war eine räumliche Außengrenze des Wiener Interessengebietes geschaffen worden, sodass die Stadt bestrebt war, innerhalb dieses Befestigungsringes möglichst viele Grundherrschaften käuflich zu erwerben und den Burgfried möglichst über alle Vorstädte auszudehnen. Solche Bemühungen führten freilich zu zahlreichen Konflikten mit den Grundobrigkeiten aus dem Bereich der drei oberen Stände (Prälaten, Herren und Ritter), weil diese selbst die Steuern ihrer Häuser einheben und das einträgliche Geschäft nicht dem halben vierten Stand (= Magistrat der Stadt Wien) überlassen wollten. Bis 1848 war es der Stadt immerhin gelungen, die städtische Jurisdiktion über etwa 80 Prozent der Einwohner innerhalb

des Linienwalles zu behaupten. Die restlichen 20 Prozent unterstanden hinsichtlich lokaler Verwaltungsangelegenheiten, Steuereinhebung, Personenstandsführung usw. nicht dem Magistrat, sondern fremden Grundherren. Insgesamt herrschten über die Wiener Altstadt und die 34 Vorstädte zur Jahrhundertmitte sieben Ortsobrigkeiten: der Magistrat, das Stift Schotten, das Domkapitel, Fürst Liechtenstein, Graf Starhemberg sowie die Erben der Familien von Seegenthal und Steinbauer.[32] Im Vormärz sicherte sich der Magistrat auch bestimmte Rechte außerhalb des Burgfriedrayons, so die baupolizeilichen Befugnisse und die Kriminalgerichtsbarkeit für alle Vorstädte und auch für 36 Vororte.

Selbst innerhalb des Burgfrieds besaß der Magistrat nicht alle Grundherrschaften: In der Leopoldstadt und der Rossau gehörten ihm immerhin über 90 Prozent, in der Altstadt nur etwa 70 Prozent, in den meisten Vorstädten 50 bis 70 Prozent, in der Alservorstadt lediglich 42 Prozent und in der Landstraße sogar nur 33 Prozent.[33] Den Rest teilten sich 21 kirchliche und adelige Grundherren. Wie schon erwähnt, widmeten im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert viele Grundherren ihr Dominikalland in Rustikalland, also in Bauland, um, wodurch sie die Anzahl der untertänigen Gründe und zugleich ihre Einnahmen (Grunddienste und Robotgelder) steigerten.

Bis zum Revolutionsjahr 1848 waren die 34 Wiener Vorstädte siedlungsmäßig vollkommen zusammengewachsen. Nichtsdestoweniger herrschte ein Gewirr von einander überschneidenden Herrschaften und Jurisdiktionen. Erst mit der provisorischen Gemeindeordnung von 1848 und dem Gemeindestatut von 1850 ging das Zeitalter der Grundherren in Wien zu Ende. Die Altstadt und alle Vorstadtgemeinden sowie einige Gebiete außerhalb des Linienwalles (vor der Matzleinsdorfer, Favoritener und St. Marxer Linie sowie Kaisermühlen) wurden zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet zusammengeschlossen, das dem Magistrat der Stadt Wien unterstand. Die Reichshaupt- und Residenzstadt umfasste somit eine Fläche von 55,4 km^2, die zunächst in acht Bezirke geteilt wurde. Vorerst stemmte sich das Besitzbürgertum noch gegen eine Eingemeindung der außerhalb des Linienwalles gelegenen Vororte, weil es Angst vor dem Arbeiterproletariat hatte. Aber nach und nach gingen auch von den Gemeinden außerhalb der Linien immer mehr Verwaltungsfunktionen an die Stadt Wien über.

Das Sturmjahr 1848

Seit Jahresbeginn 1848 entluden sich in Europa die aufgestauten Spannungen. Die Konflikte entzündeten sich aus den unterschiedlichsten nationalen, gesellschaftlichen und sozialen Motiven. Die Unruhen begannen in Mailand und Palermo, setzten sich in Paris und einigen Städten des Deutschen Bundes fort, dann erreichten sie Wien, anschließend Berlin, schließlich wurden auch Venedig, Prag, Budapest, Neapel und Rom vom Flächenbrand erfasst. Innerhalb der Monarchie war Wien zwar der wichtigste, aber keinesfalls einzige Schauplatz der Revolution.[34] Die Hauptstadtfunktion brachte es

mit sich, dass hier vorwiegend soziale und ideologische Fragen, die eine Erneuerung des Gesamtstaates betrafen, aufgeworfen wurden. In anderen Regionen des Kaiserstaates bestimmten hauptsächlich nationale Emotionen das Geschehen, welches auf eine Destruktion des Vielvölkerstaates hinauslief. – Die Revolution sollte allerdings scheitern, und zwar an den unterschiedlichen ideologischen und nationalen Interessen. Gleichwohl bildet sie einen markanten Einschnitt in der Geschichte Wiens und Österreichs, denn sie beendete die vormoderne Zeit.

Märzrevolution, Bürgerausschuss und Umbau der Staatsverwaltung

Unter dem Eindruck der Pariser Revolution formulierten seit Anfang März 1848 in Wien Bürger und Studenten, die gemeinsam nach einer Veränderung des reaktionären Systems trachteten, ihre »Märzforderungen«: Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, Veröffentlichung der Finanzgebarung des Staates, Einführung von Geschworenengerichten, eine neue Gemeindeverfassung (Selbstverwaltung der Gemeinden durch freie Wahl der Gemeindevorstände),[35] die Aufhebung des Untertanenverbandes, Beseitigung der Zensur und Feststellung der persönlichen Rechte des Staatsbürgers. Speziell die Studenten[36] forderten zusätzlich die Gleichstellung der Konfessionen, die Lehr- und Lernfreiheit sowie die Freiheit und Gleichheit der Bürger. Diese Märzforderungen wurden in Form von zahlreichen Petitionen der Regierung übermittelt. Wider Erwarten artete eine dieser Petitionen am 13. März 1848 zur Demonstration und schließlich zum ersten Wiener Aufstand aus: Etwa 200 Studenten, Bürger und auch Bürgerinnen drangen in den Hof des Niederösterreichischen Landhauses in der Herrengasse ein. Ein Sekundararzt des Allgemeinen Krankenhauses, Dr. Adolf Fischhof,[37] hielt eine kurze Ansprache, die oft als erste öffentliche politische Rede Österreichs bezeichnet wird, anschließend wurde eine Rede von Lajos Kossuth verlesen, die dieser am 3. März vor dem ungarischen Reichstag in Pressburg gehalten hatte. Darin geißelte er den »erstickenden Dampf des tödlichen Windes, der aus den Bleikammern des Wiener Regierungssystems alles lähmt und vergiftet«. Es kam zu Verhandlungen mit den niederösterreichischen Ständen. Schließlich erklärte der Landmarschall Albert Graf Montecuccoli, es wäre nötig, eine Deputation zum Kaiser zu senden, worauf die Ständevertreter in Viererreihen zur Hofburg marschierten. Aber unvermittelt stürmten einige Demonstranten durch das Landhaus und begannen, Möbel zu demolieren. Zur selben Zeit legten in den Vorstädten Arbeiter und Kleinbürger die Arbeit nieder, rotteten sich zusammen, bewaffneten sich mit Werkzeug und Stangen und versuchten, in die Innenstadt zu marschieren. Doch die Stadttore waren rechtzeitig geschlossen worden, sodass keine Vereinigung mit den Demonstranten in der Herrengasse stattfand. Dies sollte symptomatisch für den weiteren Verlauf der Revolution bleiben: Die Revolutionäre fanden weder räumlich noch ideologisch zueinander – in der Innenstadt forderten Bürger und Studenten Pressefreiheit, Konstitution sowie Lehr- und Lernfreiheit, in den Vorstädten protestierten



Abb. 20: 13. März 1848: Soldaten feuern auf Demonstranten vor dem Niederösterreichischen Landhaus in der Herrengasse. Kreidelithographie von J. Albrecht.

Handwerker und Arbeiter lautstark gegen Steuerdruck, Nahrungsmangel, Verelendung und Arbeitslosigkeit.

Als am Nachmittag des 13. März die im Niederösterreichischen Landhaus bedrängten Ständevertreter Militärhilfe erbaten, trieben auf Befehl des Stadtkommandanten Erzherzog Albrechts Soldaten der Wiener Garnison die Versammelten gewaltsam auseinander *(Abb. 20, S. 109)*. Vier Demonstranten starben im Kugelhagel, eine Frau wurde von der flüchtenden Menge erdrückt (»Märzgefallene«). Jetzt erst brach sich in den Vorstädten die Gewalt Bahn: Kaufläden, Gastwirtschaften, Geschäfte von Bäckern und Fleischhauern wurden geplündert. Das Einnehmeramt an der Mariahilfer Linie wurde niedergebrannt, in den Vororten Fünfhaus und Sechshaus wurden Dampfmaschinen sowie »Perotinen« (Stoffdruckmaschinen) zerstört und die zugehörigen Fabrikgebäude verwüstet. Für die insgesamt 45 Todesopfer, welche auf Grund dieser Ausschreitungen zu beklagen waren, wurde ein paar Tage später auf dem Schmelzer Friedhof (heute: Märzpark) die erste interkonfessionelle Trauerfeier (katholisch – protestantisch – mosaisch[38]) abgehalten. 338 Personen waren verhaftet worden, die Strafen fielen aber sehr milde aus und beliefen sich auf maximal einige Monate Gefängnis.[39] Noch am 13. März erkämpften die Arbeiter den ersten Kollektivvertrag der Geschichte (Zehn-Stunden-Arbeitstag), und am selben Abend verloren die verhassten Symbolfiguren der Reaktion, Staatskanzler Metternich und Polizeiminister Sedlnitzky,[40] ihre Ämter. Metternich floh unerkannt aus der Stadt und begab sich nach London ins Exil. Am 14. März wurde die Zensur aufgehoben, die Bildung einer Nationalgarde für die Bürger aller Orte über 1.000 Einwohner und einer Akademischen Legion für die Wiener Studenten zugestanden. Tags darauf stellte der Kaiser eine Verfassung in Aussicht.

In den nächsten Monaten gab es häufig Regierungsumbildungen: Zunächst versuchte sich Franz Anton Graf Kolowrat-Liebsteinsky als Regierungschef, ab 3. April General Karl Ludwig Graf Ficquelmont, ab 15. Mai Franz Freiherr von Pillersdorf, ab 8. Juli Anton Freiherr von Doblhoff-Dier, und am 21. November wurde schließlich Felix Fürst Schwarzenberg mit dem Amt des Ministerpräsidenten betraut.

Wiens Bürgermeister Ignaz Czapka, der in den Augen der Stadtbewohner als reaktionär galt, verlor bald jeden Einfluss.[41] Ein noch von ihm am 15. März eigenmächtig einberufener provisorischer *Bürgerausschuss*,[42] bestehend aus Mitgliedern des nunmehr aufgelösten Äußeren Rates, des Juridisch-politischen Lesevereins sowie des Niederösterreichischen Gewerbevereins, nötigte ihn am folgenden Tag zum Rücktritt. Noch an diesem 16. März floh Czapka aus Wien, als Demonstranten seine Dienstwohnung, die sich im Unterkammeramt Am Hof befand, zu plündern begannen. Vizebürgermeister Bergmüller führte fortan den Vorsitz im provisorischen Bürgerausschuss, der zunächst aus 24, später aus 36 Mitgliedern bestand; unter ihnen fanden sich bekannte Namen wie Dr. Bach, Freiherr von Doblhoff-Dier, Arthaber, Dr. Hye, Hornbostl oder Dr. Seiller. Ein kaiserliches Dekret vom 17. März akzeptierte den Bürgerausschuss und verpflichtete ihn, Wahlen für einen neu zu bildenden Gemeindeausschuss vorzubereiten und eine Wahlordnung zu schaffen. Daneben bestanden die wichtigsten Aufgaben des Bür-

gerausschusses darin, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen und für die vielen beschäftigungslosen Arbeiter Arbeit zu beschaffen.[43]

Am 21. März 1848 wurde der längst fällige Umbau der Staatsverwaltung vollzogen, als die schwerfälligen, kollegial geführten Zentralbehörden in monokratisch organisierte Ministerien umgewandelt wurden.[44] Bisher war der Bescheid einer Behörde vom Votum eines gremialen Kollegiums abhängig, nunmehr musste der Minister selbst entscheiden und befehlen und war nur gegenüber dem Monarchen verantwortlich. Aus der Staatskonferenz entstand der *Ministerrat*, Staatsrat sowie Haus-, Hof- und Staatskanzlei mutierten zum *Ministerium des Äußeren und des kaiserlichen Hauses* (Ballhausplatz), die Vereinigte Hofkanzlei wurde zum *Ministerium des Inneren* (Herrengasse 7), wobei die Polizeiangelegenheiten vorerst nicht zu diesem ressortierten und selbstständig blieben (1852: eigenes *Polizeiministerium)*. Statt der Obersten Justizstelle arbeitete nun ein *Justizministerium*, ab 1850 übernahm der Oberste Gerichtshof die vom Justizministerium losgelöste letztinstanzliche Gerichtsbarkeit. Die Hofkammer hieß fortan *Finanzministerium* (Himmelpfortgasse 8), der Kommerzienrat *Handelsministerium* (Postgasse 8), die Studien-Hofkommission *Ministerium für Kultus und Unterricht*, die Hofkammer für Münz- und Bergwesen *Ministerium für Landeskultur und Bergwesen* und der Hofkriegsrat *Kriegsministerium* (Am Hof). Vorübergehend gab es auch ein *Ministerium für öffentliche Arbeiten.*

Maiunruhen, erste Wahlen, Sicherheitsausschuss und Praterschlacht

Am 25. April 1848 oktroyierte die Wiener Regierung die nach ihrem Schöpfer, dem damaligen Innenminister Franz Freiherrn von Pillersdorf, benannte »Pillersdorf'sche Verfassung«.[45] Obwohl damit der Kaiserstaat in eine konstitutionelle Monarchie umgewandelt wurde und erstmals in Österreich ein Grundrechtskatalog Gesetzeskraft erhielt, erhob sich bald Unzufriedenheit: Die Verfassung war nicht durch gewählte Volksvertreter zustande gekommen, sie sah ein Zweikammernparlament vor, und ein rigoroser Wahlzensus schloss einen Großteil der Bevölkerung vom Wahlrecht aus. Das Beispiel der gleichzeitig stattfindenden ersten freien Wahlen zur gesamtdeutschen Nationalversammlung in Frankfurt heizte die Missstimmung zusätzlich an. Am 14. und 15. Mai entlud sich die aufgestaute Spannung: Im weiteren Umkreis von Wien wurden abermals Stoffdruckmaschinen zerstört, so in Meidling, St. Veit, Hacking, Penzing, Atzgersdorf, Siebenhirten, Perchtoldsdorf, Mödling und Schwechat. Am 15. Mai artete eine Massendemonstration auf ihrem Weg in Richtung Hofburg (»Sturmpetition«) in Straßenkämpfe aus.

Im Zuge dieses *zweiten Wiener Aufstandes* gewannen die radikalen Demokraten (Teile der Nationalgarde, Studenten, Arbeiter) gegenüber dem liberalen Besitzbürgertum die Oberhand. Sie schüchterten die Regierung derart ein, dass diese die oktroyierte Verfas-

sung für nur »vorläufig« erklärte und einen konstituierenden Reichstag mit nur einer Kammer in Aussicht stellte. Aus Sorge um seine persönliche Sicherheit nötigte die Regierung den Kaiser zur heimlichen Abreise nach Innsbruck. Der überaus beliebte Ferdinand »der Gütige« hätte freilich keineswegs aus seiner Hauptstadt flüchten müssen.

Inzwischen hatte der Bürgerausschuss ein Statut und eine Wahlordnung für den neuen *Gemeindeausschuss* ausgearbeitet. Wahlberechtigt waren Bildungsbürger und Einwohner mit Bürgerrecht, die eine Steuerleistung von zumindest 20 Gulden erbrachten. Dieser hohe Wahlzensus schloss Kleinbürger und Arbeiter aus, denn es herrschte noch die Vorstellung, dass die kommunale Selbstverwaltung vor allem eine Art Vermögensverwaltung des Besitzbürgertums darzustellen habe.[46] Am 20. Mai fanden die Wahlen statt, am 25. Mai trat der aus 100 Mitgliedern (20 für die Altstadt, 80 für die 34 Vorstädte) bestehende Gemeindeausschuss zur ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Zu seinem Präsidenten wurde Dr. Dierl gewählt, der damit de facto als Bürgermeister agierte. Doch auch der neu gewählte Gemeindeausschuss hatte nur provisorischen Charakter, denn ihm kam die offizielle Aufgabe zu, eine Gemeindeordnung und eine Wahlordnung für einen ihn künftig ersetzenden Gemeinderat auszuarbeiten. Dessen ungeachtet hatte dieses Gremium, das bis zum 5. Oktober in Permanenz tagte, eine Fülle von Aufgaben zu meistern, zu deren Bewältigung die immer schwächer werdende Regierung nicht mehr imstande war – das Gesetz des Handelns war vom Staat auf die Gemeinde übergegangen. Es galt vor allem, durch Verteilung von Lebensmitteln, durch die Einrichtung von Suppenanstalten, die Errichtung von Notunterkünften für Arbeitslose und die Vergabe von Notstandsarbeiten die dringendsten sozialen Probleme zu lösen, denn die Revolution hatte bewirkt, dass das Erwerbsleben nahezu zum Stillstand gekommen war. Arbeiter und Kleingewerbetreibende standen vor dem völligen Ruin.

Als bekannt wurde, dass die Regierung beabsichtigte, die revolutionären Kräfte zu spalten, indem sie die Universität schließen und die Akademische Legion auflösen wollte, lieferten ihr Studenten und Arbeiter einen dreitägigen Barrikadenkampf (26. bis 28. Mai). 160 Barrikaden wurden in Wien gegen Militär und Polizei errichtet, gedruckte Broschüren gaben den Demonstranten sogar Anleitungen zum richtigen Barrikadenbau.[47] Durch diesen *dritten Wiener Aufstand* ging der Regierungsplan in gewisser Hinsicht sogar auf, weil sich nun deutlich zeigte, dass es unter den Revolutionären keine Einigkeit mehr geben konnte: Die monarchisch-konstitutionell eingestellten besitzenden Klassen sahen der baldigen Verwirklichung ihrer liberalen Rechte entgegen und zeigten kein Interesse an einer weiteren Eskalation, während junge Intellektuelle, Studenten und Arbeiter angesichts des sozialen Elends noch kein Ende der Revolution sehen wollten. Diese Gruppe setzte sich vorerst durch: Die Regierung gab nach, sodass die Akademische Legion fortbestand und die Universität offen blieb. Augenscheinlichster Erfolg war die Gründung eines Wiener *Sicherheitsausschusses zur Wahrung der Rechte des Volkes und der öffentlichen Sicherheit*.[48] Dieses Organ der kleinbürgerlichen Demokratie wurde zwar auf Initiative des gemäßigt-liberalen Gemeindeausschusses gebildet, trat



Abb. 21: Die Kämpfe im Prater am 23. August 1848. Kreidelithographie von F. Werner.

aber alsbald in erbitterte Konkurrenz zu diesem, denn der Sicherheitsausschuss verstand sich als Vertretung der gesamten Bevölkerung, verteidigte die bisherigen Errungenschaften der Revolution und etablierte sich binnen kurzem als die eigentliche Gewalt in Wien. Dem Sicherheitsausschuss gelang es am 8. Juli sogar, die Regierung (Pillersdorf) zu stürzen. Unter dem Vorsitz von Dr. Fischhof arbeitete eine Gruppe junger, sehr engagierter Männer durchaus zum Wohle der Bevölkerung und garantierte Ruhe und Ordnung. Vor allem tat sich das Gremium bei der Organisation von Notstandsarbeiten hervor. Angesichts der guten Bezahlung hatten sich bis Ende Mai bereits 20.000 Arbeitslose aus Wien und Umgebung dafür angemeldet.

Ende Mai und im Juni fanden zum ersten und für 60 Jahre zum letzten Mal allgemeine, freie und gleiche Wahlen zum *konstituierenden Reichstag* statt. Da der Wahlmodus erst am 10. Juni bekannt gegeben worden war, blieb die Wahlbeteiligung sehr gering. Am 22. Juli 1848 eröffnete Erzherzog Johann in seiner Funktion als »Alter Ego« des in Innsbruck weilenden Kaisers den Reichstag in den Räumen der Spanischen Hofreitschule. Die 383 Abgeordneten formierten sich noch nicht nach Parteistrukturen, wohl aber nach nationalen Gruppen; ideologisch überwogen die gemäßigt Liberalen und konstitutionellen Monarchisten, beruflich die Besitz- und Bildungsbürger. Hauptaufgabe des Reichstags war die Ausarbeitung einer Verfassung, wichtigster Erfolg blieb die

Aufhebung des bäuerlichen Untertänigkeitsverhältnisses und der Patrimonialgerichtsbarkeit (7. September 1848).[49]

Ende Juli errang Feldmarschall Radetzky in Italien bei Custoza den entscheidenden Sieg über Sardinien-Piemont und alle anderen italienischen Staaten, welche dem Habsburgerreich eine »guerra santa« erklärt hatten. In Ungarn freilich eskalierten die Spannungen zum offenen Krieg, doch sollte sich dieser erst im Oktober auch diesseits der Leitha auswirken. Jedenfalls schien sich in Wien die Lage beruhigt zu haben, sodass Kaiser Ferdinand am 12. August wieder in seine Hauptstadt zurückkehrte. Doch die Ruhe blieb trügerisch: Die vielen Tausenden an beschäftigungslosen Handwerkern und Taglöhnern, welche für die ausgeschriebenen Notstandsarbeiten nach Wien gekommen waren, mussten auch beaufsichtigt werden. Dies taten die Mitglieder der Nationalgarde, allerdings mit geringem Engagement, weil sie wegen dieses ungeliebten Dienstes ihrer eigenen Berufstätigkeit nicht nachkommen konnten. Als der Regierung das Geld für die Notstandsarbeiten ausging und sie die Löhne der Frauen[50] und Kinder herabsetzte, formierte sich am 23. August eine Massendemonstration *(Abb. 21, S. 113)*, gegen die nun die revolutionsmüde Nationalgarde mit Waffengewalt vorging. Die Folgen dieser »Praterschlacht« (des *vierten Wiener Aufstandes*) waren verheerend: Man zählte 22 Tote und 340 Verletzte. Der in seinen Anliegen gescheiterte Sicherheitsausschuss resignierte, zumal der neu gewählte Reichsrat den Wirkungskreis des Sicherheitsausschusses beschränkt hatte und das Innenministerium anlässlich der Praterschlacht die gesamte Exekutivgewalt an sich gezogen hatte. Am 24. August beschloss der Sicherheitsausschuss die Selbstauflösung – die erste schwere Niederlage der Revolution. Denn jetzt offenbarte sich, dass die revolutionären Kräfte in unterschiedliche Richtungen tendierten und sogar gegeneinander vorzugehen bereit waren.

Gemeinderat und Oktoberrevolution

Der anlässlich der Praterschlacht offen zutage getretene Bruch zwischen besitzendem Bürgertum und revolutionärer Bewegung schlug sich in den vom Gemeindeausschuss ausgearbeiteten Wahlrechtsbestimmungen zum Gemeinderat nieder.[51] Die Bildungs- und Besitzbürger wollten sich auf eine breitere Basis von Gleichgesinnten stützen, daher wurde der Steuerzensus fallen gelassen. Wahlberechtigt waren alle Bürger der Stadt, die einem steuerpflichtigen Erwerb nachgingen oder eine Liegenschaft besaßen, ferner alle aktiven und pensionierten Beamten und Militärs, sofern sie in Wien eine bleibende Anstellung hatten, alle graduierten Doktoren, Ärzte, Advokaten und Notare, Agenten und Sensale, alle Professoren und Lehrer sowie sämtliche Schriftsteller, Wissenschaftler und Priester. Insgesamt wurden 150 Mandate vergeben, 32 für die Altstadt und 118 für die Vorstädte. Am 5. Oktober 1848 fanden die Wahlen statt. Tags darauf, am 6. Oktober, begann in Wien die letzte und blutigste Phase der Revolution.[52]

Die Radikalen, denen seit der Selbstauflösung des Sicherheitsausschusses jedes politische Forum fehlte und die auch bewusst bei den Wahlen zum Gemeinderat übergangen worden waren, fürchteten zu Recht eine Gegenrevolution mit militärischer Gewaltanwendung, wie sie ja die reaktionären Kräfte am kaiserlichen Hof rund um Erzherzogin Sophie schon im Mai insgeheim beschlossen hatten. Die Radikalen glaubten, die mühsam errungenen Erfolge der Revolution nur durch die Solidarität mit den aufständischen Ungarn gewährleisten zu können.

Im Reich der Stephanskrone herrschte seit September der offene Kriegszustand zwischen der nationalungarischen Honvéd und den habsburgtreuen Truppen der Militärgrenze unter Banus Jelačić. Letztere waren allerdings in der zahlenmäßigen Minderheit und konnten sich nicht behaupten. Daher wurden Teile der Wiener Garnison zur Unterstützung Jelačićs nach Ungarn abkommandiert. Wider Erwarten stellten sich den zum Nordbahnhof marschierenden Grenadieren radikale Wiener in den Weg und hetzten die Soldaten zum Ungehorsam auf. Liberal-konservative Mitglieder der Nationalgarde versuchten vergebens, gemeinsam mit den loyal gebliebenen Garnisonstruppen, die Meuterer zur Vernunft zu bringen. Bei der Taborbrücke fielen die ersten Schüsse, bald artete das Gefecht zu schweren Barrikadenkämpfen in der ganzen Stadt aus. Sogar im Inneren des Stephansdomes fielen Schüsse. Eine außer Rand und Band geratene Menschenmenge zog vor das Kriegsministerium Am Hof und lynchte den Kriegsminister, Theodor Graf Baillet-Latour. Das kaiserliche Zeughaus in der Renngasse war das nächste Angriffsziel: Bis in die Morgenstunden des 7. Oktober wurde es berannt, dann gab die kleine Besatzung auf. Arbeiter drangen ein und gelangten so erstmals in den Besitz von Waffen. Die völlig überforderten regulären Truppen der Stadtgarnison zogen sich in den Garten des Palais Schwarzenberg zurück und waren nur noch dazu in der Lage, am 7. Oktober die Flucht des kaiserlichen Hofes nach Olmütz/Olomouce zu decken; dann verließen sie die Hauptstadt, um sich mit dem Gros der kaiserlichen Armee zu vereinen.

An diesem 7. Oktober trat der neu gewählte *Wiener Gemeinderat* erstmals zusammen und übernahm die Geschäfte der Stadtverwaltung. Der Gemeindeausschuss löste sich auf, etwa ein Drittel seiner Mitglieder hatte sich aber bereits in den Gemeinderat wählen lassen, sodass eine gewisse Kontinuität erhalten blieb. Die Macht lag aber für die nächsten drei Wochen in Händen der radikalen Revolutionäre. Hinter ihnen standen die radikal-demokratischen (deutschsprachigen) Abgeordneten des konstituierenden Reichstages, die kleinbürgerlichen Nationalgardisten der Vorstädte, Studenten der Akademischen Legion, die in den demokratischen Vereinen organisierten Intellektuellen und die nunmehr bewaffneten Arbeiter. Alle rüsteten zum Widerstand, denn es war offensichtlich, dass die Kräfte der Gegenrevolution – die k. k. Armee unter Feldmarschall Alfred Fürst Windischgrätz – zurückschlagen würden.

Organisator der Verteidigung Wiens war der Kommandant der Nationalgarde, Wenzel Caesar Messenhauser, während der polnische Revolutionsgeneral Joseph Bem die Arbeiter anführte. Am 22. Oktober wurde auf kaiserlichen Befehl der Reichstag geschlossen – er sollte am 15. November in Kremsier (Kroměříž; nahe bei Olmütz/Olomouce) wieder

eröffnet werden. Aber nicht alle Abgeordneten verließen Wien: Einige »Linke« blieben wie ein Rumpfparlament in der Hauptstadt und legitimierten dadurch den Widerstand der Revolutionäre gegen die heranrückenden regulären Truppen. Bemerkenswert ist das Verhalten des die Bourgeoisie repräsentierenden Gemeinderates in jenen Tagen: So täuschte er Geschäftigkeit vor, indem er fast täglich Plenarsitzungen abhielt und zahlreiche beschwichtigende Aufrufe an die Bevölkerung herausgab, die Verteidigungsmaßnahmen, die ja in seine Kompetenz fielen, aber nur zögerlich unterstützte und gleichzeitig Kontakte mit der Armee knüpfte. Auf diese Weise sicherte er sich das Vertrauen von Windischgrätz und durfte auch nach der Eroberung Wiens bestehen bleiben.

Der Kampf um Wien[53] dauerte vom 24. bis zum 31. Oktober 1848. Nachdem die von Windischgrätz kommandierte k. k. Armee gemeinsam mit den Soldaten der Militärgrenze unter dem Kommando von Jelačić die Stadt vollkommen zerniert hatte, erfolgte der erste Angriff der Belagerer auf die Brigittenau, zugleich setzte an der Nussdorfer Linie ein heftiges Artillerieduell ein. Am 25. und 26. Oktober wurde erbittert um die durch Barrikaden abgeriegelte Leopoldstadt gekämpft. Von der Mariahilfer Linie aus versuchten die Verteidiger einen Ausfall, der aber zu keinem Erfolg führte; auch die Angreifer blieben erfolglos bei ihrer nur kurzfristigen Behauptung der Lerchenfelder Linie. Am 27. Oktober gewährte Feldmarschall Windischgrätz den Wienern eine Kapitulationsfrist von 24 Stunden, die aber nicht genützt wurde. Daher begann am 28. Oktober um 10 Uhr 30 der Generalangriff. Bis zum Ende des Tages hatten die Kaiserlichen den Linienwall von der Matzleinsdorfer bis zur Hundsturmer Linie in Besitz genommen sowie die Vorstadt Landstraße und – nach besonders heftigen Barrikadenkämpfen – die Leopoldstadt besetzt. Zahlreiche Häuser gingen anlässlich der Kampfhandlungen in Flammen auf. Die meisten Zerstörungen gab es in der Leopoldstadt, auf der Landstraße und rund um den Südbahnhof, ferner in Margareten, an der Matzleinsdorfer Linie, in Altlerchenfeld, Breitenfeld, Josefstadt, an der Nussdorfer Linie, in Spittelau und in Döbling.[54]

Messenhauser bat nun um Frieden und bot die Kapitulation an. Daher herrschte am 29. Oktober Waffenstillstand. Der Wiener Gemeinderat ersuchte Windischgrätz um eine rasche Besetzung der Stadt, weil er die Machtübernahme der radikalen Revolutionäre befürchtete. Diese erfolgte tags darauf dann tatsächlich: Als nämlich am 30. Oktober ein ungarisches Entsatzheer versuchte, den von der k. k. Armee um Wien geschlossenen Belagerungsring zu sprengen, nahmen die Studenten und Mobilgarden und vor allem der radikale Flügel der Nationalgarde, welcher von Ferdinand Fenner von Fenneberg angeführt wurde, den Kampf noch einmal auf, obwohl die Ablieferung ihrer Waffen bereits im Gang war. Sie hatten sich gegen Messenhauser und die anderen Gemäßigten durchgesetzt und brachen die bereits geschlossene Kapitulation, wodurch sie zwar die im Gefecht bei Schwechat[55] geschlagenen Ungarn vor der Verfolgung durch die Kaiserlichen bewahrten, aber auch ihr eigenes Schicksal besiegelten. Am 31. Oktober drangen die Kaiserlichen in die Vorstädte ein, ohne auf Widerstand zu stoßen, nur die Innenstadt wurde von den Bastionen aus noch bis zum Abend verteidigt. Insbesondere um das Burgtor wurde heftig gekämpft, sodass die k. k. Armee auch das dahinter lie-

gende Stadtviertel unter Beschuss nahm. Die Augustinerkirche, das Dominikanerkloster und das Kolowrat'sche Palais (ehemals 1, Schwarzenbergstraße/Seilerstätte) wurden beschädigt. Bei diesen Kämpfen erhielt auch die Hofburg durch schlecht gezielte Schüsse einer Batterie, die am Getreidemarkt postiert war, einen Treffer. Das Dach fing Feuer, wodurch die auf dem Dachboden untergebrachten naturwissenschaftlichen Sammlungen des Naturalienkabinetts zerstört wurden.[56] Zahlreiche Bücher der Hofbibliothek wurden durch das Löschwasser in Mitleidenschaft gezogen. Als kaiserliche Soldaten am Abend des 31. Oktober die schweren Stadttore zur Innenstadt endlich aufbrachen, stoben die Aufständischen fluchtartig auseinander. Etliche beeilten sich, von einem Barbier Haare und Bart, die Symbole der Revolution, abschneiden zu lassen.

Wie viele Opfer die Schlacht um Wien gekostet hatte, lässt sich nicht eruieren, die Zahlenangaben schwanken. Auf Seiten der Verteidiger starben mindestens 400, die regulären Soldaten beklagten etwas geringere Verluste. Der mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Fürst Windischgrätz verhängte über Wien den Ausnahmezustand, proklamierte das Standrecht und führte die Zensur ein. In den nächsten Tagen ließ er 2.375 Personen verhaften, 532 von ihnen wurden verurteilt, davon 72 zum Tode; 25 Todesurteile wurden schließlich vollstreckt. Auch Messenhauser, der sich selbst gestellt hatte, wurde hingerichtet, er »durfte« seine eigene Erschießung kommandieren. Desgleichen wurde der Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung, Robert Blum, standrechtlich erschossen, weil er sich aktiv am Kampf der Wiener Revolutionäre beteiligt hatte. Seine Hinrichtung war vom designierten Ministerpräsidenten Felix Fürst Schwarzenberg befürwortet worden, weil sie den Sieg der Reaktion über die Revolution demonstrierte und zugleich die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt desavouierte.[57] Demonstrativen Charakter hatte auch die Hinrichtung der beiden Journalisten Alfred Julius Becher und Hermann Jellinek, weil dadurch das Ende der nunmehr verbotenen demokratischen Presse symbolisiert wurde. General Bem hingegen gelang wie anderen wichtigen Drahtziehern der Revolution die Flucht.

Am 5. November nahm der Gemeinderat seine nur kurz unterbrochene Tätigkeit wieder auf. Bei den Sitzungen waren aber nur 50 Räte anwesend, vier Radikale mussten auf Weisung von Windischgrätz ausscheiden. Die Verbliebenen hatten sich derart konservativ gegeben, dass der Feldmarschall nichts gegen sie einwenden konnte. Am 11. Dezember wählten die Gemeinderäte aus ihrer Mitte Dr. Johann Kaspar von Seiller zu ihrem Präsidenten und damit de facto zum Stadtoberhaupt bzw. Bürgermeister.

Der Neoabsolutismus

Mit der Eroberung Wiens durch die reguläre Armee war in Cisleithanien die Revolution zu Ende. Für die nächste Zeit fielen die großen Entscheidungen aber noch außerhalb der Reichshauptstadt: Der Thronwechsel von Kaiser Ferdinand zum jungen Franz Joseph fand am 2. Dezember 1848 in Olmütz/Olomouce statt. Der konstituierende

Reichstag, der im benachbarten Städtchen Kremsier an einer neuen Verfassung gearbeitet hatte, wurde am 7. März 1849 auf Befehl des Kaisers auseinander gejagt. Erst am 5. Mai 1849 traf Kaiser Franz Joseph, der bisher in Olmütz residiert hatte, im Schloss Schönbrunn ein, tags darauf betrat er erstmals die Wiener Hofburg. Damit kehrte in der Reichshaupt- und Residenzstadt allmählich Normalität ein, obgleich der Ausnahmezustand noch bis zum 1. September 1853 aufrecht blieb.

In anderen Teilen der Monarchie tobte noch der Krieg. Im Frühjahr 1849 rief der ungarische Reichstag die Republik aus und setzte das Haus Habsburg ab, zugleich entbrannten in Italien die Kämpfe mit dem Nachbarstaat Sardinien-Piemont aufs Neue. Auf dem italienischen Kriegsschauplatz schlug Radetzky souverän seinen Gegner, zur Niederwerfung des ungarischen Aufstandes musste jedoch russische Hilfe angefordert werden. Aber Ende August herrschte im gesamten Habsburgerreich wieder Frieden. Die Gegenrevolution hatte kraft der einzigen auch während der Krise noch funktionierenden Institution der Monarchie, der k. k. Armee, gesiegt. Diesem militärischen Sieg folgte alsbald die moralische Abkehr der öffentlichen Meinung von den Idealen der Revolutionäre. Die Bevölkerung dachte jetzt mehrheitlich konservativ; kaum jemand solidarisierte sich noch mit den Forderungen des allein gelassenen Proletariats. Die Revolution war gescheitert, und zwar in ihrem Zentrum Wien an den ideologischen Gegensätzen, in den anderen Reichsteilen an den nationalen Differenzen.

In Wien schlug sich die gescheiterte Revolution insofern im Stadtbild nieder, als zur militärischen Beobachtung und allfälligen Befriedung der Stadt so genannte Defensionskasernen errichtet wurden. Geplant waren vier Kasernen zur Sicherung der Innenstadt, gebaut wurden neben dem Arsenal nur zwei Kasernen. Zwischen 1849 und 1856 entstand das riesige *Arsenal*,[58] ein verteidigungsfähiges Objekt mit Kaserne, Militärschulen und Artilleriezeugfabrik, dessen Architektur funktionellen und künstlerischen Ansprüchen genügte: Eduard van der Nüll und August Sicard von Sicardsburg (Kommandantengebäude), Carl Rösner (Kapelle Maria vom Siege) sowie Theophil Hansen (Heeresgeschichtliches Museum) schufen hier ein typisches Bauensemble des Historismus. Desgleichen ist die 1852 bis 1857 im Windsor Stil erbaute festungsartige *Rossauer Kaserne* ein Werk des Historismus. (Erst nach ihrer Übergabe an das Militär hatte man festgestellt, dass auf die Aborte vergessen worden war; sie mussten nachträglich eingebaut werden.) Als Pendant zur Rossauer Kaserne entstand in den Jahren 1854 bis 1857 auf dem Terrain der abgebrochenen Dominikanerbastei die *Franz-Josephs-Kaserne* (1900/01 demoliert).

Franz Josephs Weg vom Konstitutionalismus zum Absolutismus

Der politische Weg, den die Monarchie nach der Niederwerfung der Revolution einschlug, hing einzig und allein vom jungen Kaiser Franz Joseph ab. Dessen Persönlichkeitsstruktur war autoritär, konservativ und antidemokratisch geprägt. Bemerkenswert

ist aber doch, dass bei ihm sowohl Anhänger der Reaktion als auch der Restauration Gehör fanden; sogar liberale Reformer erhielten die allerhöchste Zustimmung für die Verwirklichung ihrer Ideen. Entsprechend widersprüchlich zeigte sich die österreichische Innenpolitik: Einerseits huldigte die Regierung gegenreformatorisch-antiaufklärerischem Gedankengut und bekämpfte offiziell den Liberalismus, andererseits ließ sie diesen anlässlich der notwendigen Modernisierung des Staates immer wieder zur Geltung kommen.[59]

Der Weg vom Konstitutionalismus zum Neoabsolutismus erfolgte in fünf Schritten, die Franz Joseph in seinen ersten drei Regierungsjahren zurücklegte:

- Den ersten Schritt setzte er durch die staatsstreichartige Auflösung des Kremsierer Reichstages am 7. März 1849.[60] Indem der Kaiser die soeben fertig gestellte Kremsierer Verfassung nicht anerkannte, beging er einen verhängnisvollen, nie wieder gutzumachenden Fehler, denn nur dieses eine Mal waren die Vertreter aller Völker Cisleithaniens bereit gewesen, gemeinsam ein Gesetzeswerk zu schaffen, das die Einheit des Reiches gewährleistete. In den Augen der Öffentlichkeit erweckte die Liquidierung des Reichstages freilich nur mäßige Aufregung, weil die Bevölkerung an diesem Relikt der Revolution nicht sonderlich interessiert war. Statt der demokratisch zustande gekommenen Kremsierer Verfassung oktroyierte der Kaiser eine eigene, von Innenminister Graf Stadion ausgearbeitete Verfassung, die letztlich nie in Kraft trat.[61]
- In einem zweiten Schritt zum Neoabsolutismus übernahm Franz Joseph am 30. April 1849 den Oberbefehl über die Armee, sodass er nun das Amt des obersten Kriegsherrn mit jenem des Armee-Oberkommandanten vereinte und die österreichische Spielart einer Militärmonarchie begründete. Der Neoabsolutismus stützte sich allein auf die Macht der Armee, war also an militärische Erfolge geknüpft, und als diese ab 1859 ausblieben, hatte sich ein solches Regierungssystem als obsolet erwiesen und musste aufgegeben werden.
- Der dritte Schritt bestand in der Gründung eines Reichsrates (13. April 1851), der die Volksvertretung ersetzte und sich als Kontrollinstanz zwischen Kaiser und Ministerrat schob.
- Den vierten Schritt zum Neoabsolutismus vollzog der Kaiser durch das Silvesterpatent vom 31. Dezember 1851: Darin dekretierte er unter anderem die Aufhebung der oktroyierten Verfassung und die alleinige Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Monarchen. Auch wurde die Zensur wieder eingeführt.
- Nach dem unerwarteten Tod von Ministerpräsident Schwarzenberg am 5. April 1852 erfolgte der fünfte und letzte Schritt zum Neoabsolutismus: Franz Joseph ernannte keinen neuen Ministerpräsidenten, sondern leitete das Kabinett selbst. Damit hatte der erst zweiundzwanzigjährige Kaiser den Höhepunkt absolutistischer Herrschaftsgewalt erreicht und zeichnete persönlich für alle innen- und außenpolitischen Entscheidungen verantwortlich. Dies war verhängnisvoll, und von Jahrzehnt zu Jahr-

zehnt sollte Franz Joseph schwerer an den Folgen seiner ersten Regierungsjahre zu tragen haben.

Der Neoabsolutismus war aber auch ein Reformabsolutismus,[62] der in einer gewaltigen Kraftanstrengung die Versäumnisse des vormärzlichen Stillstandes wettzumachen trachtete und die Weichen für die Umwandlung des vormodernen Feudalstaates zur bürgerlichen Gesellschaft stellte. Vom Verwaltungsspezialisten und ersten Innenminister des Kabinetts Schwarzenberg, Franz Graf Stadion, stammt nicht nur die oktroyierte Verfassung. Er zeichnete auch und vor allem für das provisorische Gemeindegesetz (siehe weiter unten) verantwortlich, welches die Gemeindeverfassung noch heute prägt. Die große Verwaltungsreform mit der Einrichtung von politischen Bezirken und Gerichtsbezirken war das Werk von Stadions Nachfolger Alexander Freiherr von Bach. Der spätere Polizeiminister Johann Kempen Freiherr von Fichtenstamm organisierte 1849 die Gendarmerie, Handelsminister Karl Freiherr von Bruck ersetzte die bisherige protektionistische Wirtschaftspolitik durch eine liberale Freihandelspolitik; vor allem förderte er den Ausbau des Eisenbahn- und Telegraphennetzes, führte die Briefmarke und eine Einkommenssteuer ein und sorgte für die Errichtung der Handelskammern (1850). Justizminister Anton Ritter von Schmerling exekutierte nicht nur die bäuerliche Grundentlastung, sondern auch eine neue Gerichtsverfassung, die bis 1918 Gültigkeit besaß. Neu war auch die Strafprozessordnung mit öffentlichen Verfahren und Schwurgerichten. Letztlich steht Unterrichtsminister Leo Graf Thun-Hohenstein für die Anfänge des modernen Schulwesens: Seit 1849 wurden die Gymnasien achtklassig geführt und endeten mit der Matura, 1851 folgten die Realschulen. Die Universitäten erhielten die Autonomie und zugleich ein reformiertes Berufungsverfahren für Professoren, außerdem wurde die philosophische Fakultät den drei anderen Fakultäten gleichgestellt.

Die Mehrzahl dieser Reformen wurden in der knappen Zeitspanne zwischen Revolutionsende und Silvesterpatent vollzogen. In diesen wenig mehr als zwei Jahren wurden alle Einrichtungen des öffentlichen Lebens zukunftsweisend umgestaltet. Auch wenn es anfangs zahlreiche Friktionen zwischen den Behörden gab, die sich an das Neue erst gewöhnen mussten, so wurde doch eine solide Brücke zwischen dem vormodernen und dem modernen Staat geschlagen.

Viele Reformen wurden durch das *Silvesterpatent* (31. Dezember 1851) für die Dauer mehrerer Jahre sistiert und traten erst mit Beginn der liberalen Ära erneut in Kraft. Insgesamt scheiterte der Neoabsolutismus nach wenigen Jahren an der verfehlten Außenpolitik des Kaisers. Allein Franz Josephs Scheinneutralität während des Krimkrieges (1853 bis 1856) war schon denkbar ungeschickt und verstimmte alle Großmächte. Als aber dann 1859 Napoleon III. gemeinsam mit dem kleinen Königreich Sardinien-Piemont Österreichs Armee bei Magenta und Solferino besiegte, zeigte sich das völlige Versagen der Wiener Regierung in diplomatischer und militärischer Hinsicht. Just in Oberitalien, wo Radetzkys Waffentaten den Neoabsolutismus 1848/49 zu begründen halfen, leitete die Niederlage der k. k. Armee dessen Ende ein. Diese Regierungsform

hatte sich ja gerade auf die Armee gestützt, sodass sie bei deren Versagen aufgegeben werden musste. Wenige Tage nach dem Waffenstillstand mit den Franzosen kündete das *Laxenburger Manifest* vom 15. Juli 1859 nicht nur den bevorstehenden Frieden an, sondern verhieß auch eine Änderung des Systems. Mit dem *Oktoberdiplom* (20. Oktober 1860) und dem *Februarpatent* (26. Februar 1861) beschritt Österreich den Weg zum Konstitutionalismus; die liberale Ära begann.

Provisorisches Gemeindegesetz und provisorische Gemeindeordnung

Am 17. März 1849 erließ die Regierung auf Basis der oktroyierten Verfassung das »Provisorische Gemeindegesetz«[63] – »provisorisch« deshalb, weil seine Bestätigung noch durch ein in der Verfassung vorgesehenes Parlament erfolgen sollte, was bekanntlich nie geschah. Innenminister Stadion hatte mit oktroyierter Verfassung und Gemeindegesetz einen stufenförmig und doppelgleisig gegliederten Großstaat konzipiert, dessen zentrale Verwaltung durch partielle Dezentralisierung ergänzt wurde. »Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde«, hieß es. Deren Aufgaben wurden in einen »natürlichen und einen übertragenen Wirkungskreis« gegliedert. Zum natürlichen Wirkungskreis zählte alles, was die Interessen der Gemeinde unmittelbar berührte, also jene Bereiche, in denen sie sich selbst verwaltete. Im übertragenen Wirkungskreis agierte die Gemeinde als unterstes vollziehendes Organ der Staatsgewalt, besorgte also jene Geschäfte, welche von dieser an sie delegiert wurden. Da sich das Gemeindegesetz nicht uneingeschränkt anwenden ließ, sollten große Städte wie Wien sowie die Landes- und Kreishauptstädte eine Sonderregelung, also eigene Stadtstatuten, erhalten.

Am 20. März 1849 übermittelte Graf Stadion dem Gemeinderat eine »Skizze zu einem Entwurfe der städtischen Verfassung für die k. k. Haupt- und Residenzstadt Wien«.[64] Dem Innenminister schwebte die Bildung einer Obergemeinde mit 13 Untergemeinden vor, also eine Großstadt inklusive der Vorstädte und Vororte. Auf diesen Vorschlag ging der – großbürgerlich eingestellte – Gemeinderat nicht ein, weil er einerseits keine Alternative für die am Linienwall eingehobene Verzehrungssteuer sah und andererseits keine Verbindung Wiens mit dem »unheilvollen Proletariat« in den Vororten eingehen wollte. Daher arbeitete der Gemeinderat eine eigene Gemeindeordnung aus. Vorerst aber musste er selbst noch einmal legitimiert werden. Dies geschah am 16. April 1849 durch die »Provisorische Verfügung über die Abgrenzung des Wirkungskreises des Gemeinderates und des Magistrats der Stadt Wien«.[65] Durch dieses Kompetenzgesetz wurde der Wiener Gemeinderat als beschlussfähiges Organ definiert, das die Aufsicht über den Magistrat als sein ausführendes Organ ausübte; damit war erstmals eine klare Aufgabenteilung gegeben.

Die vom Gemeinderat ausgearbeitete *Provisorische Gemeindeordnung* wurde vom Kaiser sanktioniert und trat am 9. März 1850 in Kraft;[66] sie blieb bis 1890 nahezu unverändert bestehen und prägt die Wiener Gemeindeverfassung noch heute:

- In ihrem ersten Abschnitt legte die Gemeindeordnung das Gemeindegebiet fest: Dieses umfasste fortan die Altstadt, das Glacis und die 34 Vorstädte innerhalb des Linienwalles sowie außerhalb der Linien Teile des heutigen 10. und 11. Bezirkes, desgleichen zählte auch die zwischen Donaukanal und Donauhauptstrom gelegene Donauinsel zu Wien. Vorerst wurde die Stadt in acht (1861 in neun) Bezirke geteilt, wobei die Bezirksgrenzen entsprechend ihrer inneren Struktur und den topographischen Bedingungen gezogen wurden. Die alten Ausfallstraßen bildeten jeweils Kerne oder Achsen der neuen Bezirke.
- Der zweite Abschnitt der Gemeindeordnung beinhaltete die Gemeindeverfassung: Oberstes Organ war der Gemeinderat mit 120 Gemeinderäten, dessen drei Wahlkörper für jeweils drei Jahre gewählt wurden.[67] Die gleich großen Wahlkörper entsprachen der Steuerleistung ihrer Wähler (500 Gulden, 100 Gulden, weniger als 100 Gulden). Wahlberechtigt waren Stadtbürger, die zumindest 10 Gulden direkte Steuer oder 20 Gulden Einkommenssteuer bezahlten, ferner alle Angehörigen der Intelligenzberufe (Ärzte, Offiziere, Geistliche, Professoren, Oberlehrer usw.). Mit diesem hohen Zensus, der nur drei bis sechs Prozent der Bevölkerung zu den Wahlen zuließ, hatte der Gemeinderat selbst die Geschäfte der Gegenrevolution besorgt. Zu den Rechten des Gemeinderates zählte die Wahl des Bürgermeisters (als seinem Vorstand mit dreijähriger Amtszeit) sowie die des Magistrats. Der Magistrat war das Exekutivorgan des Gemeinderates und wurde von diesem kontrolliert; an seiner Spitze hatte ein rechtskundiger Vizebürgermeister (ab 1870: Magistratsdirektor) und eine Anzahl rechtskundiger Räte zu stehen. Die Bewohner der Bezirke wählten je Bezirk einen Bezirksausschuss (analog zum Gemeinderat in drei Wahlkörpern, gemäß Steuerleistung der Wahlberechtigten), der wiederum aus seiner Mitte den Bezirksvorsteher wählte. Der Bezirksausschuss (später: Bezirksvertretung) hatte als dezentraler Verwaltungskörper den Bürgermeister und die Gemeindeverwaltung zu unterstützen.[68]
- Im dritten Abschnitt der Gemeindeordnung wurden die beiden Wirkungskreise der Gemeindeverwaltung festgehalten: Der natürliche Wirkungskreis umfasste: Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten, Gemeindevermögen, Lokalpolizei, Armenwesen, Sanitätswesen, Festsetzung der Zahl und Bezüge der Beamten. Der übertragene Wirkungskreis umfasste: Kundmachung von Gesetzen und Verordnungen, Einhebung und Abfuhr von Steuern, Militärangelegenheiten, Konskription, Rekrutierungswesen, Vorspann, Einquartierung, Erteilung von Ehekonsensen, Schulwesen.
- Der vierte Abschnitt der Gemeindeordnung regelte das Verhältnis von Wien zur Staatsverwaltung, und zwar dergestalt, dass die Stadt unmittelbar dem Statthalter von Niederösterreich unterstellt war, also keinem Kreis zugeordnet wurde. Der Bürgermeister musste vom Kaiser bestätigt werden und vor dem Niederösterreichischen Statthalter den Amtseid ablegen.

Zwischen 29. September und 8. Oktober 1850 wurde der Gemeinderat gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung gewählt. Nur etwa 6.000 Männer von den über

431.000 Wienern gingen zu den Urnen. Am 18. Jänner 1851 trat der neue Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammen, am 26. Jänner 1851 schritt er zur Wahl des Bürgermeisters. Zwei Kandidaten hatten sich für dieses Amt beworben: der liberale Dr. Andreas Zelinka (1802–1868) und der konservative Dr. Johann Kaspar von Seiller (1802–1888). Seiller, Rechtsanwalt und bisheriger Präsident des Gemeinderates, siegte relativ knapp und amtierte für die nächsten zehn Jahre als Bürgermeister; Zelinka wurde 1861 sein Nachfolger.

Im Juni 1851 beschloss der Gemeinderat ein »Organisches Statut für den Magistrat« und ein »Organisches Statut für die Gemeindebezirke«: In jeden Bezirk wurden einige Beamte in neu geschaffene administrative Dienststellen (später: Magistratische Bezirksämter) entsendet, weil nach dem Ende der Patrimonialverwaltung viele neue Aufgaben auf die Stadtverwaltung zugekommen waren.

Das Silvesterpatent vom 31. Dezember 1851 sistierte für beinahe zehn Jahre etliche Errungenschaften der Gemeindeordnung: So durften die Verhandlungen im Gemeinderat nur mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, auch wurden die Bezirksvertretungen (nicht aber die Bezirksämter) aufgelöst, und es fanden weder Bürgermeister- noch Gemeinderatswahlen statt. Seiller und die 1850 gewählten Gemeinderäte standen vor der Alternative, zurückzutreten und durch Personen, die der Innenminister auf Vorschlag des Statthalters ernannte, ersetzt zu werden oder über ihre Funktionsperiode hinaus im Amt zu bleiben. Sie entschlossen sich für die zweite Möglichkeit, aber Jahr für Jahr schieden altersbedingt immer mehr Räte aus. Bürgermeister Seillers Verdienst war es zwar, den Gemeinderat in seiner Existenz gerettet zu haben, doch verlor dieser unter den Bürgern immer mehr an Ansehen. Dagegen gewann der Magistrat, der für alle sichtbar die Verwaltungsarbeit leistete, im Laufe des Neoabsolutismus das Übergewicht an Außenwirkung. Erst durch das Oktoberdiplom am 20. Oktober 1860 erhielt die Gemeindeordnung wieder volle Gültigkeit, und im Frühjahr 1861 fanden erstmals wieder Kommunalwahlen statt.

Lokalereignisse in Wien in der Ära Seiller

Das Jahrzehnt nach dem Ende der Revolution kommt zwar nicht an die Ereignisdichte des Sturmjahres heran, gab aber den Wienern reichlich Gelegenheit, an lokalen Geschehnissen teilzuhaben, die in der Rückschau historische Schlaglichter besonderer Art sind:

Am 5. April 1852 starb Ministerpräsident Felix Fürst Schwarzenberg überraschend nach einer Ministerratssitzung. Franz Josephs offen zur Schau gestellte Trauer galt jenem Politiker, der ihn in seinen ersten Regierungsjahren behutsam in die Amtsgeschäfte eingeführt hatte. Jahrzehnte später sollte der Kaiser bekennen, dass Schwarzenberg nicht nur sein erster, sondern auch sein bester Ministerpräsident gewesen war. Am 7. April wurde der Leichnam nach einem öffentlichen Trauerakt in der Michaelerkirche

feierlich eingesegnet und anschließend per Nordbahn in die Familiengruft nach Wittingau überführt. – Wenige Wochen später hätte ein Staatsbesuch des russischen Zaren Nikolaus I., der vom 1. bis 11. Mai 1852 in Wien weilte, die Freundschaft der beiden Monarchen vertiefen sollen, zumal Franz Joseph gegenüber dem Zaren wegen dessen Militärhilfe 1849 eine große Dankesschuld abzutragen hatte. Wie sich im folgenden Jahr aber zeigen sollte, verweigerte Franz Joseph anlässlich des Krimkrieges jede Koalition und enttäuschte damit den Zaren zutiefst. Der Bruch zwischen Wien und St. Petersburg sollte sich nie wieder kitten lassen.

Kaiser Franz Joseph hatte bisher wenig getan, um die Sympathie der Bevölkerung für sich zu gewinnen, die Ereignisse der Jahre 1853 und 1854 öffneten ihm aber schließlich die Herzen der Wiener: Zunächst gab das missglückte Messerattentat vom 18. Februar 1853 den Anlass für einen allgemeinen Stimmungsumschwung *(Abb. 22):* Der einundzwanzigjährige ungarische Schneidergeselle János Libényi hatte einen Mordanschlag auf den Kaiser versucht, als dieser in Begleitung seines Flügeladjutanten, Oberst Graf O'Donell, auf der Bastei oberhalb des Kärntner Tores einen Spaziergang unternahm. Libényi fügte dem Kaiser am Hinterkopf nur eine leichte Stichwunde zu, dann gelang es O'Donell, den Attentäter abzuwehren; der zufällig anwesende Fleischhauermeister Joseph Ettenreich überwältigte Libényi schließlich und hielt ihn so lange fest, bis eine Polizeipatrouille den Attentäter arretierte. Er wurde am 26. Februar auf der Simmeringer Heide durch den Strang hingerichtet, Graf O'Donell mit der Ehrenbürgerwürde Wiens ausgezeichnet. Beinahe einen Monat dauerte die Genesung des Kaisers. Als dieser am 12. März erstmals wieder öffentlich ausfuhr, brandete ihm der Jubel der Bevölkerung entgegen. Dieses Ereignis mochte dafür ausschlaggebend gewesen sein, dass Franz Joseph am 1. September 1853 den schon fünf Jahre währenden Ausnahmezustand über Wien aufhob. – Nur zwei Wochen zuvor hatte sich in Bad Ischl jenes Familienidyll ereignet, das Gegenstand zahlreicher Klatschgeschichten, Romane und Filme geworden ist: Franz Joseph verlobte sich anlässlich seines 23. Geburtstages (18. August 1853) mit der bayerischen Prinzessin Elisabeth.

Am Ende dieses turbulenten Jahres 1853, am 5. Dezember, tagte in Wien eine Großmächtekonferenz zur Beilegung des russisch-türkischen Konfliktes. Die vorgeschlagenen Friedensbedingungen wurden aber von Russland abgelehnt, der Krimkrieg entbrannte in voller Heftigkeit. Da sich diese Ereignisse aber »fern in der Türkei« abspielten, berührten sie die Wiener kaum, im Gegensatz zur Märchenhochzeit, die Wien in einen wahren Begeisterungstaumel versetzte: Am 22. April 1854 entstieg Prinzessin Elisabeth in Nussdorf einem Donaudampfer und wurde von Franz Joseph nach Schönbrunn geleitet; »ganz Wien« war auf den Beinen, um das Traumpaar zu sehen. Zwei Tage später gaben die beiden einander in der Augustinerkirche das Ja-Wort. Bürgermeister Seiller war den Brautleuten bei ihrem feierlichen Einzug entgegengeeilt und begrüßte sie auf der soeben fertig gestellten Wienflussbrücke (zwischen verlängerter Kärntner Straße und Wiedner Hauptstraße), die zu Ehren der künftigen Kaiserin »Elisabethbrücke« genannt wurde. Die Hochzeitsfeierlichkeiten dauerten eine ganze Wo-

che, nicht nur für die kaiserliche Familie, sondern für alle: Am 25. April gab es eine prächtige Beleuchtung der Stadt, am 29. ein großes Volksfest im Prater und am 30. einen Festball in den Redoutensälen der Hofburg.

Bürgermeister Seiller, der auf Prunk und Repräsentation großen Wert legte, wirkte federführend für die Ausgestaltung des Gemeinderatssitzungssaales im Alten Rathaus (1851 bis 1853), wo auf seine Initiative hin das bedeutendste Beispiel des Historismus auf dem Gebiet der Innenarchitektur entstand. Zu den anderen bedeutenden Gebäuden der Ära Seiller zählt – abgesehen von den drei oben erwähnten Defensionskasernen – das vom Architekten Ferdinand Fellner entworfene Bürgerversorgungshaus (9, Währinger Straße 45). Anlässlich der Genesung Franz Josephs nach dem missglückten Attentat hatte der Bruder des Kaisers, Erzherzog Ferdinand Maximilian, zum Bau einer Gedächtniskirche aufgerufen. Als Bauplatz dieser von Heinrich Ferstel im Stile der französischen Kathedralgotik geplanten Votivkirche wurde das bisher streng von Verbauung freigehaltene Glacis vor dem Schottentor ausersehen.

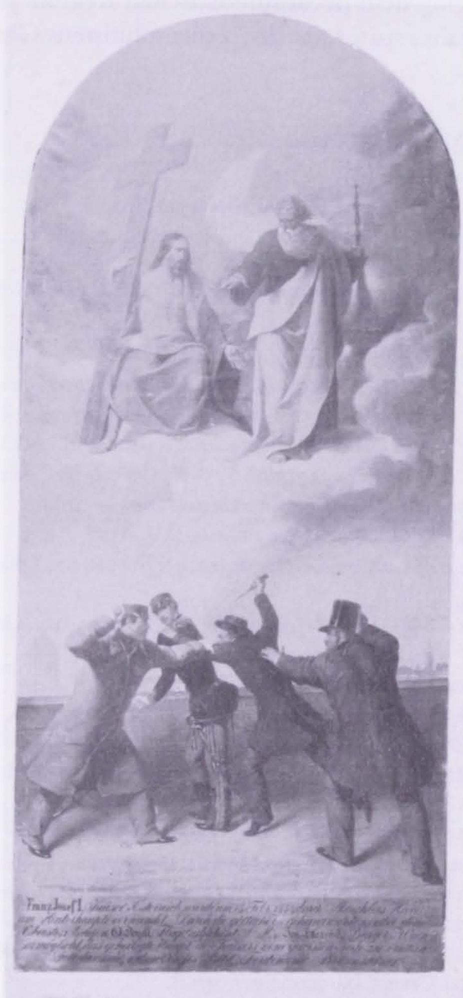


Abb. 22: Attentat auf Kaiser Franz Joseph am 18. Februar 1853. Ölgemälde von J. Reiner.

Damit war ein Präzedenzfall geschaffen, der das weitere bauliche Geschehen Wiens maßgeblich beeinflusste, denn das Militär konnte sich nicht länger gegen die Stadterweiterung auf Kosten der Festungsanlagen sperren. Am 20. Dezember 1857 verfügte Kaiser Franz Joseph schließlich die Aufhebung der Festung und die Schleifung der Basteien. – Am 5. Jänner 1858 starb Feldmarschall Radetzky. Kaiser Franz Joseph ordnete eine vierzehntägige Trauer für Heer und Flotte an, am 18. Jänner fand die große Leichenfeier in Wien statt, tags darauf wurde Radetzky unter Beisein des Kaisers auf dem Heldenberg in Klein-Wetzdorf beigesetzt. Mit dem Tod dieses beliebten österreichischen Heerführers, der mit 72 Dienstjahren in der k. k. Armee alle denkbaren »Soldatenrekorde« gebrochen hatte,

ging dem neoabsolutistischen Regime seine wichtigste Symbolfigur verloren. Zwei Jahre später war der Neoabsolutismus Geschichte.

Anmerkungen

1 Buchmann, Osmanisches Reich, 182.
2 Buchmann, Hof, 30 f.
3 Buchmann, Hof, 37 f.
4 Buchmann, Hof, 66 ff.
5 Vgl. Marx, Zensur.
6 Vgl. Weiler, Kaiserwürde.
7 Czeike, Bürgermeister, 251 ff.; Czeike, 700 Jahre, 8 ff.
8 Czeike, Bürgermeister, 249 ff.; Sheriff, Ämter; Till, Stadtverwaltung, 19 ff., 22 ff.; Wild, Magistratsräte; siehe insbes. Bd. 2 der vorliegenden Geschichte Wiens, 80 ff.
9 Czeike, Bürgermeister, 258 ff.; Czeike, 700 Jahre, 23 f.
10 Siehe Wimmer, Unterkammeramt.
11 Buchmann, Linienwall, 109 ff.
12 Buchmann, Befestigungen, 45; Buchmann, Linienwall, 111 f.; Egger, Hollabrunn, 5 ff.; Plischnak, Napoleon.
13 Buchmann, Befestigungen, 46 ff.; Buchmann, Linienwall, 113 ff.; Boguth, Okkupation, 277 ff.; Vgl. auch: Plischnak, Napoleon.
14 Vgl. Rauchensteiner, Aspern.
15 Vgl. Rauchensteiner, Wagram.
16 Beer, Finanzen, 44 ff.
17 Vgl. Häusler, Europa bin ich; Wiener Kongreß: Ausstellungskatalog; Spiel, Augenzeugenberichte.
18 Ausführlich siehe: Buchmann, Militär, 177 ff.
19 Buchmann, Hof, 88 ff.
20 Vgl. Holler, Gerechtigkeit; Mikoletzky, Bild und Gegenbild.
21 Czeike, Bürgermeister, 261 ff.; Czeike, 700 Jahre, 9, 24.
22 Till, Stadtverwaltung, 29.
23 Österreichisches Städtebuch (Wien), 148; Till, Stadtverwaltung, 31 f.
24 Czeike, Bürgermeister, 267 ff.
25 Czeike, Bürgermeister, 270 ff.
26 Till, Stadtverwaltung, 34; Österreichisches Städtebuch (Wien), 148.
27 Czeike, Bürgermeister, 272 ff.; Czeike, 700 Jahre, 25 ff.
28 Till, Stadtverwaltung, 30 ff.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 148.
29 Vgl. Brauneder, Leseverein.
30 [Viktor Franz Frh. v. Andrian-Werburg,] Österreich und dessen Zukunft (Hamburg 1842), II, 105.
31 Baltzarek, Territoriales Wachstum, 1 ff.; Opll, Burgfried, 34 ff.; Opll, Grenzen, 107 ff.; Sauer, Grundherrschaft, 19 ff., 73 ff.
32 Sauer, Grundherrschaft, 106 f.
33 Sauer, Grundherrschaft, 77.
34 Aus der Fülle an Literatur seien beispielhaft erwähnt: Bruckmüller – Häusler, Revolution; Häusler, Massenarmut; Höbelt, 1848; Judson, Wien brennt; Knaus-Sinkovics, Wien 1848; Öhlinger, Das tolle Jahr; Reinalter, Aufklärung; Scheichl, Dürfen's denn das?
35 Ucakar – Welan, Selbstverwaltung, 9 f.

36 Vgl. Maisel, Alma Mater.
37 Vgl. Klimbacher, Fischhof.
38 Vgl. Girtler, Mannheimer.
39 Häusler, Manufaktur, 52.
40 König, Sedlnitzky.
41 Czeike, Bürgermeister, 293 ff.
42 Seliger – Ucakar, Wahlrecht, 19; Till, Stadtverwaltung, 39.
43 Till, Stadtverwaltung, 41.
44 Buchmann, Hof, 93 ff.
45 Buchmann, Hof, 97 ff.
46 Seliger, Privilegienwahlrecht, 4; Seliger – Ucakar, Wahlrecht, 20 ff.; Till, Stadtverwaltung, 42 f.
47 Anlegung und Vertheidigung der Barrikaden.
48 Buchmann, Hof, 99; Till, Stadtverwaltung, 43 f.; Till, Sicherheitsausschuss, 113 ff.; Ucakar – Welan, Selbstverwaltung, 14.
49 Vgl. Feigl, Kudlich.
50 Vgl. Scheiblbauer, Arbeiterinnen.
51 Seliger, Privilegienwahlrecht, 4 f.; Seliger – Ucakar, Wahlrecht, 21 f.
52 Vgl. Tschudi, Oktobertage.
53 Vgl. Grössing, Kampf.
54 Österreichisches Städtebuch (Wien), 58 f.
55 Vgl. Häusler, Gefecht.
56 Häusler – Pachler, Briefe, 247 f.
57 Buchmann, Schwarzenberg, 82.
58 Vgl. Schubert, Arsenal.
59 Ausführlich siehe Buchmann, Dilemma.
60 Vgl. Gottsmann, Kremsier; siehe auch Buchmann, Schwarzenberg, 86 f.
61 Hier und folgend Buchmann, Hof, 106 ff.
62 Buchmann, Dilemma, 96 ff.
63 Buchmann, Hof, 112 ff.; Till, Stadtverwaltung, 51 f.; Ucakar – Welan, Selbstverwaltung, 16 ff.
64 Czeike, Bürgermeister, 295.
65 Österreichisches Städtebuch (Wien), 149.
66 Buchmann, Hof, 113 f.; Czeike, Bürgermeister, 296; Till, Stadtverwaltung, 55 f.; Ucakar – Welan, Selbstverwaltung, 5 ff.; Vgl. insbes. Mayer, Gebietsänderungen.
67 Seliger – Ucakar, Wahlrecht, 28 ff.
68 Vgl. Kretschmer, Bezirkshauptmannschaften; Rauchenberger, Bezirksvertretungen.

Wirtschaft und Finanzen

Perioden der Wirtschaftsentwicklung

Protoindustrieller und industrieller Kapitalismus schufen bisher nicht gekannte, großbetriebliche Produktionsformen, welche der Technik neue Impulse verliehen und wegen ihrer anders gearteten Eigentümerstruktur und Arbeitsorganisation die Gesellschaft von Grund auf änderten. Das traditionelle Gewerbe musste sich mit den neuen Herausforderungen arrangieren. Dennoch entsprach das Wiener Handwerk mit seiner stark differenzierten Gewerbestruktur dem höchsten Qualitätsstandard, wie es Hof und Adel erwarteten. Wien bildete das größte Konsumzentrum Mitteleuropas. Hier gab es einerseits ein ausreichendes Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte, andererseits einen genügend großen Absatzmarkt für den gehobenen Luxus- ebenso wie für den Massenbedarf. Aus solchen Voraussetzungen ergaben sich für die Protoindustrialisierung und für die später einsetzende Industrielle Revolution eindeutige Standortvorteile Wiens gegenüber anderen Städten.[1] Zwar gab es eine Reihe wirtschaftshemmender Faktoren, wie die Opposition des zünftischen Gewerbes gegen die neuen Großbetriebe, ferner Kapitalmangel, eine ungeschickte bzw. uneinheitliche Wirtschaftspolitik, hohe Bodenpreise sowie hohe Lebenshaltungskosten und schließlich das Fehlen der Wasserkraft und später der Kohle für den Maschinenantrieb. Die wirtschaftsfördernden Faktoren überwogen jedoch.

Konjunkturzyklen

Reiseberichte aus dem ausgehenden 18. Jahrhundert beschreiben Wien als »genusssüchtigste Stadt Deutschlands, wenn nicht Mitteleuropas«. Durch derartige Berichte fand das Klischee von der in allen sozialen Schichten anzutreffenden Esslust der Wiener seine Verbreitung. Tatsächlich war Wien infolge seiner Hauptstadtfunktion, der Kaiserresidenz, der Adelspaläste und der großzügig entlohnten hohen Beamten eine sehr reiche Stadt – innerhalb der Festung bot sie das typische Beispiel einer Konsum- und Luxusstadt.[2] Während der napoleonischen Kriege belebte die Kriegswirtschaft zusätzlich Handel und Gewerbe, allerdings schwankte die Konjunktur sehr stark: Während der ersten beiden Koalitionskriege herrschte Hochkonjunktur, die auch durch eine leichte Inflation stimuliert wurde. Von 1803 an ging die Konjunktur zurück, erlebte im Kriegsjahr 1809 eine kurze Blüte und mit dem Staatsbankrott 1811 einen schweren Tiefschlag. Während der Befreiungskriege und während des Wiener Kongresses (»Kongresstourismus«) gab es noch einmal eine gewisse Belebung der Konjunktur, 1816 jedoch brach sie völlig ein: Zwei Drittel aller Webstühle standen still, viele Tau-

sende Menschen wurden arbeitslos. Die Ursachen sind vielfältig und nicht nur mit der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft oder mit der Aufhebung der englischen Kontinentalsperre und der neuen Konkurrenz britischer Waren zu erklären. Mitverantwortlich waren neben so manchem anderen auch Missernten infolge kalter, regenreicher Sommer.[3]

Die Krise dauerte bis in die Mitte der 1820er-Jahre. 1824 hatte die heimische Baumwoll- und Eisenerzeugung das Niveau von 1803 wieder erreicht. Bald danach setzte das industrielle Wachstum ein, dem ab 1837 der Eisenbahnbau eine beschleunigte Dynamik verlieh. Im Jahr 1841 konzentrierte sich in Wien ein Drittel der Industrieproduktion der Alpenländer bzw. ein Achtel Cisleithaniens. Ähnlich dominierend war die Rolle des Wiener Gewerbes. Die Industrielle Revolution verschärfte allerdings die Gegensätze von Arm und Reich, sie ließ das lohnabhängige Proletariat wachsen und destabilisierte das sozio-ökonomische Gefüge. Die wirtschaftlichen Krisen häuften sich ab Mitte der 1840er-Jahre, schlechte Ernten und eine allgemeine Teuerung ließen den Lebensstandard spürbar zurückgehen. Für einen Arbeiter deckte der Lohn kaum mehr die Lebensbedürfnisse. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit waren mit ein Auslöser für die Revolution.

Die Revolution sollte zwar scheitern, dennoch kam auch im Neoabsolutismus die Liberalisierung der Wirtschaft nicht zum Stillstand. Der Wiener Produktionssektor aber geriet durch bestimmte Wettbewerbsnachteile ins Hintertreffen, und fortan vollzog sich die industrielle Entwicklung in Wien langsamer als beispielsweise in Berlin oder in den Sudetenländern. Einen gravierenden Energiekostennachteil verursachten die hohen Frachttarife der Nordbahn: Da sie im Kohlentransport eine Monopolstellung besaß, konnte sie die Preise nahezu beliebig gestalten.[4] Die Leidtragenden waren kleinere Betriebe, für die sich der Dampfmaschineneinsatz oft nicht rechnete. Als nachteilig erwies es sich auch, dass das Risikokapital lieber in die Grundstoff- und Agrarindustrie, in den Eisenbahnbau oder in sichere Staatsanleihen investierte als in Wiener Industriebetriebe. So kam es, dass in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Revolution weniger die Industrie als der Handel und das Gewerbe den Schwerpunkt des Wiener Wirtschaftsgeschehens bildeten. Wohl hatte die Industrielle Revolution Wien »industrialisiert«, die Entwicklung zur Industriestadt setzte aber erst allmählich ein. Aber die Donaumetropole wurde nie eine reine Industriestadt, sie blieb stets die multifunktionale Reichshaupt- und Residenzstadt mit einem sehr hohen Dienstleistungsanteil, mit einem breit gefächerten Gewerbe und einem starken industriellen Sektor.

Gewerbe

Vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Neoabsolutismus bildete der Unterschied von Polizei-, Kommerzgewerbe sowie von »freier« Beschäftigung ein wesentliches Merkmal des österreichischen Gewerbes.[5] Polizeigewerbe sollte vor allem für den lo-

kalen Bedarf der Stadt produzieren (Schlosser, Tischler, Schneider, Bäcker, Schuster,[6] Maurer, Perückenmacher,[7] Gastwirte usw.); die Innungen kümmerten sich darum, dass die vorgesehene Anzahl von Betrieben ebenso wenig wie die Betriebsgrößen überschritten wurden. Kommerzgewerbe sollte dagegen in freier Konkurrenz für den Export produzieren (Goldschmiede, Seidenerzeuger, Instrumentenbauer, Drechsler, Gerber[8] usw.) und unterlag keinen Beschränkungen. Beide benötigten eine behördliche Gewerbebewilligung durch den Wiener Magistrat bzw. in den Vorstädten durch die jeweilige Ortsobrigkeit, während bei den »freien Beschäftigungen« – das waren oftmals häusliche Nebentätigkeiten (Weißnäher, Spinner, Leinweber usw.) – allein die Anmeldung bei der Behörde genügte. Neben diesen drei Gewerbebereichen gab es die – in der Regel aus der Zunftverfassung herausgenommenen – »privilegierten Gewerbebefugnisse«, welche von einer behördlichen Genehmigung bzw. zünftischen Kontrolle befreit waren; dazu zählten die »Hofbefreiungen« (Zulieferer des Hofes), ferner Befreiungen durch die Universität (Schriftgießer, Buchdrucker usw.) und die privilegierten Großhändler.

Polizei- und Kommerzgewerbe waren beide zünftisch organisiert; dies galt auch für einige »freie Beschäftigungen«, privilegierte Gewerbe und unbürgerliche Innungen. Sie alle wurden in Gewerbekorporationen zusammengefasst. Im Jahr 1820 wurden in Wien und in den Vorstädten 159 Gewerbekorporationen gezählt, davon 150 bürgerliche Innungen, sechs privilegierte Gremien und drei unbürgerliche Innungen. Außerhalb der Innungen standen die Fabrikprivilegierten: Besitzer der »einfachen Fabrikbefugnis« durften ihre Produkte nur im eigenen Gewölbe am Standort ihrer Produktionsstätte verkaufen, während die »förmliche Landesfabrikbefugnis« den Verschleiß und Niederlagen in allen Hauptstädten der Erbländer zuließ. Unbürgerliche Gewerbetreibende wurden »Störer« oder auch »Dekretisten« genannt, weil sie gegen ein jährliches Schutzdekret ihr Gewerbe ungehindert ausüben durften;[9] seit 1800 unterlagen sie keinen Beschränkungen hinsichtlich Anzahl der Gesellen und Gehilfen, sodass sie sich nicht mehr vom Inhaber einer »einfachen Fabrikbefugnis« unterschieden. Es zeigt sich, dass das alte Zunftwesen seine Macht weitgehend zu Gunsten außerzünftischer Gewerbe einbüßte.

Die Gewerbeordnung[10] von 1859 beendete das Zunftsystem endgültig und erhob die freie Gewerbeausübung zum Wirtschaftsprinzip. Nur mehr 14 Branchen blieben konzessionspflichtig (Baumeister, Rauchfangkehrer usw.), die zahlreichen Zünfte, Gremien und Innungen aber wurden aufgehoben. An ihrer Stelle gab es fortan Genossenschaften mit einer Pflichtmitgliedschaft für alle Gewerbetreibenden. Aufgabe der Genossenschaften war es, Auskünfte an Behörden und Kammern zu erteilen, die Ausbildung zu regeln und für Arbeitsvermittlung zu sorgen sowie eine Kranken- und Altersversicherung zu gewährleisten.[11] Mit der Gewerbereform konnte sich in Österreich der Wirtschaftsliberalismus weiter entfalten; die Folge waren eine beschleunigte Industrialisierung und der Siegeszug der Marktproduktion auf Kosten der Kundenproduktion, wie noch zu zeigen sein wird. Die traditionellen, direkt für den Kunden produzierenden Kleingewerbebetriebe gerieten allmählich ins Hintertreffen.

Die letzten drei Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts werden die »Gründerzeit des Manufakturzeitalters« in Österreich genannt.[12] Die Manufaktur stellte die erste kapitalistisch-großbetriebliche Produktionsform dar, allerdings noch ohne Maschinen und in einer Kombination von zentraler Fabrikarbeit und hausindustrieller Verlagsarbeit. Grundsätzlich eignete sich die Manufaktur nur für wenige Branchen – und diese beschränkten sich vorwiegend auf den textilen Sektor. Der bedeutendste Wiener Großbetrieb war um 1800 die staatliche Porzellanmanufaktur in der Rossau (Porzellangasse) – sie beschäftigte etwa 500 Personen. In der nahe der Lerchenfelder Linie gelegenen Trattner'schen Buchdruckerei arbeiteten um 1780 etwa 200 Drucker und Setzer; diese Zahl ging in den nächsten Jahrzehnten etwas zurück, wuchs aber nach 1850 auf über 1.000 an. Im späteren Vormärz ließen sich im Wiental etliche an das Wasser gebundene Stoffdruckereien nieder; ihre Betriebsgrößen bewegten sich zwischen 150 und 500 Arbeitern.

Der wichtigste Wiener Produktionszweig war die Seidenindustrie *(Abb. 23)*. Ihre große Zeit begann um 1790, als im Zuge der Französischen Revolution die Seidenerzeugung in Lyon lahm gelegt worden war und auch der Handel mit Frankreich zum Erliegen kam. Die inländische Produktion musste rasch den Import ersetzen und auch französisches Niveau erreichen. Um 1800 zählte man in Wien an die 150 Seidenfabrikanten, die es zusammen auf etwa 8.000 Webstühle brachten. Im Jahr 1813 gab es bereits 600 Seidenfabrikanten, welche 7.000 bis 8.000 Arbeiterinnen (Frauenarbeit!), 6.000 Gesellen und 800 bis 900 Lehrlinge beschäftigten.[13] Ein Großunternehmer wie Christian Gottlieb Hornbostel unterhielt 200 Stühle mit 600 Beschäftigten, Andreas Jonas brachte es sogar auf 660 Stühle mit 2.000 Beschäftigten; doch kleine und mittlere Betriebe überwogen. Die Webstühle befanden sich grundsätzlich im Eigentum des Unternehmers, ob sie nun in der zentralen Fabrik oder im Heim der Arbeiter bedient wurden.

Während sich die Seidenerzeugung auf Wien konzentrierte, ließen sich die Baumwollmanufakturen auf dem flachen Land nieder und deckten von dort aus den Güterbedarf der Großstadt.[14] Die Produktion erfolgte auch hier durchwegs im Verlagssystem, wobei die Heimarbeit von Angehörigen der ländlichen Unterschicht besorgt wurde. Für sie bedeutete die Einführung der Maschine eine persönliche Katastrophe. Zwischen 1801 und 1810 vernichtete die Spinnmaschine in Niederösterreich an die 100.000 Heimarbeitsplätze. Die maschinengebundene Industrie trat ihren Siegeszug an, zumal insbesondere die von Napoleon über England verhängte Kontinentalsperre (1806 bis 1813) einen Gründungsboom der Baumwollindustrie initiierte. Da die Maschinen mit Wasser betrieben wurden, fanden sich in Wien kaum geeignete Standorte, außerdem verbot die Regierung vorerst Industriegründungen in und um Wien, weil sie jede Ansammlung mittelloser Industriearbeiter in der Hauptstadt vermeiden wollte. 1809/11 fielen dann solche einschränkenden Bestimmungen, sodass der Wirtschaftsliberalismus auch in der Hauptstadt einzog. Dennoch blieb in Wien noch bis zur Mitte des 19. Jahr-



Abb. 23: Haus und Seidenbandfabrik des Joseph Göbel am Schottenfeld, Zieglergasse Nr. 486. Um 1835. Kolorierte Federlithographie.

hunderts die im Verlagssystem produzierende Seidenmanufaktur die wirtschaftliche Leitbranche, während außerhalb Wiens die Baumwollindustrie den entsprechenden Aufschwung erlebte.

Wie in früheren Zeiten bildete die Donau auch in der protoindustriellen Phase Wiens wichtigste Verkehrsader, da auf ihr Nahrungsmittel, Holz und – für die Baumwollindustrie – ägyptische Baumwolle herangeführt wurden. Für Industrieprodukte größeren Verarbeitungsgrades war der Wassertransport jedoch unzulänglich und unbe-

deutend. Die für die Seidenerzeugung benötigte Rohbaumwolle wurde auf dem Straßenweg von der Lombardei nach Wien geführt.[15]

Industrielle Revolution

Die ersten Industrien lagen an den Wasserläufen in Niederösterreich. Dorthin übersiedelten alsbald jene Wiener Großunternehmer, welche ihre Produktion modernisieren und ausweiten wollten, zumal auf dem Lande Baugründe und Arbeitsplätze billig zu haben waren. So verlegten der Seidenfabrikant Hornbostel 1816 seine nunmehr mechanisierte Seidenerzeugung nach Leobersdorf, Philipp Haas 1840 seine Teppichfabrik nach Ebergassing. Aus diesen Beispielen zeigt sich eine Tendenz: Die Textilbranche, welche aus der Manufaktur hervorging, strebte parallel zu ihrer Mechanisierung zur Abwanderung aus Wien. Als gegen Ende des Vormärz der mechanische Webstuhl seinen Siegeszug antrat, wurden etliche Tausend Seidenweber brotlos. Die Arbeiterschaft des einstigen »Brillantengrundes« (Bereich des Schottenfelds in Wien 7) wandelte sich in ein revolutionsbereites Proletariat *(Abb. 24)*. Aber im Gegenzug zum Niedergang der textilen Manufaktur entstanden neue »verlegte« Heimarbeitsplätze im Bekleidungsgewerbe, vorerst vor allem in der Handschuh- und Wäscheerzeugung.[16]

Obwohl sie an keinen Standort gebunden war, ersetzte die Dampfmaschine nur zögerlich den billigen Wasserantrieb. Ihre erste industrielle Verwendung erfolgte in den niederösterreichischen Industriegebieten, weil dort die Kohle leichter zu bekommen war als in Wien.[17] Im Jahr 1826 nahm dann in der Atzgersdorfer Kattunfabrik (heute: Wien 23) die erste Wiener Dampfmaschine ihren Betrieb auf. Wenig später ersetzten die mechanischen »Perotinen« die entlang des Wientales angesiedelten handbetriebenen Stoffdruckereien und vernichteten in dieser Branche ebenfalls Tausende Arbeitsplätze. 1839 öffnete die Kerzenfabrik »Apollo« auf dem Schottenfeld (Wien 7) ihre Pforten und begründete die Tradition einer chemischen Industrie in Wien. Zugleich baute Alois Miesbach sein Ziegelei-Imperium auf dem Wienerberg (heute: Wien 10 und 23) zum größten Wiener Betrieb aus (1850 etwa 3.500 Arbeiter).

Mit den 1830er-Jahren begann in Wien die eigentliche Industrielle Revolution. Sie bedeutete: Mechanisierung, Massenproduktion und soziale Umschichtung, insbesondere Proletarisierung. Für die Rolle Wiens als Wirtschaftsstandort ergab sich eine grundsätzliche Verschiebung von der Konsum- zur Exportstadt. In der vorindustriellen Zeit hatte sich Wiens Wirtschaftskraft weniger auf die eigene Güterproduktion gegründet, vielmehr hatten die Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe von jenen Geldströmen profitiert, welche aus anderen Teilen der Monarchie in Form von Grundrenten des Adels in die Hauptstadt flossen. Die Industrie hingegen produzierte weit über den städtischen Eigenbedarf hinaus und wurde durch den Export ihrer Erzeugnisse zum neuen städtischen Wachstumsmotor. Außerdem verstärkte sie den Prozess der Urbanisierung, weil sie einen regelrechten Kreislauf von Zuwanderung, stei-



Abb. 24: Erstürmung der Baumwolldruckfabrik Granichstätten in Sechshaus, 14. März 1848. Feder in Sepia, aquarelliert, von Franz Kaliwoda.

gender Nachfrage, erhöhter Produktion und in Folge weiterer Zuwanderung in Gang setzte.[18]

In keinem Land Europas kam dem Eisenbahnbau eine dermaßen entscheidende Bedeutung für die Industrialisierung zu wie in Österreich,[19] denn hier lagen die Rohstofflager weit auseinander und von der Hauptstadt nur über schwer passierbare Gebirgszüge erreichbar. Die Donau als Hauptwasserstraße verband vorwiegend agrarisch strukturierte Gebiete miteinander, und die Anlage von künstlichen Schifffahrtskanälen – realisiert wurde der Wiener-Neustädter-Kanal (1799–1803; siehe dazu unten) – scheiterte an den hohen Kosten. Mit der Eisenbahn kam der Maschinenbau als neuer industrieller Leitsektor nach Wien. Neben den beiden Bahnhöfen der Nordbahn und der Südbahn entstanden um 1840 die ersten großen Maschinenfabriken mit jeweils vielen Hunderten Arbeitsplätzen. Sie wurden nach den neuesten Erkenntnissen des englischen Maschinenbaus errichtet und erzeugten Lokomotiven, Waggons, Dampfmaschinen sowie sonstige Maschinen und Werkzeuge aller Art für den Bedarf der eigenen Bahngesellschaft und für den Export.[20] Damit war der Impuls für die Anlage weiterer Maschinenbaufabriken in Wien gegeben. Auch diese suchten ihre Standorte im Umfeld der Eisenbahnen, einerseits wegen der günstigen Transportbedingungen (Einfuhr von Kohle, Ausfuhr von Fertigwaren), andererseits wegen der noch unverbauten freien

Flächen entlang der Bahntrassen, denn die Bahnlinien endeten am Rand des verbauten Gebietes: in der Leopoldstadt und am Linienwall. Allmählich verlagerte sich die Hauptproduktionsachse Wiens vom Wiental (West-Ost-Richtung) zu einer Nord-Süd-Linie, welche die beiden Bahnhöfe miteinander verband.

Zur Jahrhundertmitte prägten folgende Branchen das Wiener Wirtschaftsgeschehen: Zum modernsten, aber noch nicht bedeutendsten Industriezweig zählten die Maschinen- und Werkzeugfabriken, die unter hohem Kapitaleinsatz nach englischem oder französischem Industrialisierungsmuster eine zentralisierte, arbeitsteilige und mechanisierte Produktion begonnen hatten.[21] Der bedeutendste Wirtschaftszweig Wiens war noch immer die Textilerzeugung mit über 20.000 Beschäftigten, doch verfiel diese nun sehr rasch; insbesondere verschwand die Seidenerzeugung innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte fast völlig. An ihrer Stelle zog die Bekleidungsbranche immer mehr Arbeitskräfte an und wies in der zweiten Jahrhunderthälfte bald die höchsten Beschäftigungszahlen mit einem überproportionalen Frauenanteil von bis zu 50 Prozent auf. Durch den Anstieg des Bekleidungssektors begann eine zweite Blütezeit der Heimarbeit, denn die Produktion erfolgte vielfach dezentralisiert in Verlagsarbeit, indem kapitalkräftige Schneidermeister anderen Schneidern Aufträge erteilten und deren Erzeugnisse dann im In- und Ausland verkauften. 1854 öffnete das erste Konfektionshaus in Wien seine Pforten. Nach der Gewerbereform von 1859 folgten weitere, und damit verdrängte die Konfektionsware (Marktproduktion) endgültig die (maßgeschneiderte) Kundenware.[22] Zugleich wurde Wien das Zentrum der Bekleidungserzeugung in der Monarchie.

Auch in etlichen anderen Branchen des Kleingewerbes wie in der Holz- und Metallverarbeitung erfolgte allmählich der Übergang von der Kundenproduktion zur Marktproduktion,[23] was ebenfalls zur Abhängigkeit »kleinerer« Meister von »größeren« Meistern oder Händlern führte. Die nach der Bekleidungsindustrie zahlenmäßig zweitstärkste Industriebranche bildeten die Metall verarbeitenden Betriebe; auch sie tendierten zum Aufbau größerer Betriebseinheiten. Die Produktionspalette konzentrierte sich auf Luxusgüter, erst gegen Ende des Jahrhunderts wurde die Metallindustrie Zulieferer für die Maschinenfabriken.[24]

Wiens Finanzpolitik

Bis zum Revolutionsjahr 1848 unterlag die Finanzgebarung aller österreichischen Städte und Gemeinden einer äußerst rigorosen staatlichen Bevormundung. Dies galt auch für die Reichshaupt- und Residenzstadt: Nicht nur der Budgetvoranschlag, sondern jede Ausgabe über 500 Gulden bedurfte der Genehmigung seitens der Niederösterreichischen Regierung.[25] Wiens oberster Finanzbeamter, der Oberkämmerer, verfügte also nur über einen geringen Handlungsspielraum. Die Rechnungsbücher des Oberkammeramtes sind ab dem 15. Jahrhundert erhalten, aber nur schematisch geführt und nicht sehr

aussagekräftig. Erst seit dem Jahr 1818 ist der städtische Haushalt in einem einheitlich gestalteten Rechnungsabschluss zusammengefasst, dennoch lässt sich eine Analyse der städtischen Finanzen für die Zeit vor 1862 nicht durchführen,[26] da – ebenso wie beim Staatsvoranschlag – die geplanten Einnahmen und Ausgaben nie mit den tatsächlich erwirtschafteten Beträgen verglichen bzw. in Einklang gebracht wurden.

Die wichtigste Einnahmequelle waren die Steuern, welche vom Magistrat als der innerhalb des Burgfrieds zuständigen Ortsobrigkeit eingehoben wurden. Grundsätzlich schöpfte die Gemeinde von den in Wien aufgebrachten Steuern nur einen Teil ab, in der Regel 20 bis 25 Prozent, der Rest floss dem Staatsbudget zu. Der größte Anteil an Steuereinnahmen entfiel auf die Haussteuern: Seit 1688 wurde eine Steuer auf den Ertrag jedes Hauses eingehoben, ab 1750 galt die Regelung, dass bürgerliche Häuser mit einem Siebentel, ständische Freihäuser mit einem Zehntel des jährlichen Zinsertrages belastet wurden; für Neubauten gab es eine Anzahl von Freijahren. 1778 wurde für die Bewohner der Vorstädte (1849 auch für jene der Altstadt) der Zinskreuzer eingeführt: Pro Gulden Mietzins hatte jeder Mieter einen Kreuzer, jeder Hausbesitzer zwei Kreuzer an die Gemeindekasse abzuliefern. Im Jahr 1820 wurde eine Hauszinssteuer eingeführt, welche alle Miethäuser mit 41 Prozent der Mietzinsen belastete; zwei Drittel der Beträge flossen ins Staatsbudget, ein Drittel ins Gemeindebudget. Die enorme Höhe dieser Steuer wirkte sich negativ auf den Wohnungsmarkt aus, und ohne eine Garantie von zehn bis zwanzig Freijahren wäre die Bautätigkeit in Wien wohl zum Erliegen gekommen.

Haussteuern galten ebenso wie die Handels- und Gewerbesteuern als direkte Steuern. Zu den indirekten Steuern zählten Getränkesteuern (»Taz«, »Ungeld«), Vergnügungssteuern (»Musikimpost«) sowie Verwaltungsgebühren und Taxen aller Art. Aus dem städtischen Anteil der direkten und indirekten Steuern wurden die laufenden Ausgaben des Magistrats je nach Bedarf beglichen. Die Einkünfte aus den Mauten und Zöllen bzw. ab 1829 aus der Verzehrungssteuer (siehe dazu weiter unten) waren hingegen großteils zweckgebunden. Insgesamt verbuchte das Oberkammeramt im Jahr 1790 Einnahmen von 1,3 Millionen Gulden.[27] Davon entfielen unter anderem 488.000 Gulden auf direkte, 45.000 auf indirekte Steuern; 157.000 Gulden lukrierte die Gemeinde aus Verwaltungsgebühren und Taxen, 50.000 aus Mauten und Zöllen sowie 225.000 aus Erwerbseinkünften. Die Gesamtausgaben betrugen im selben Jahr 1790 nur 760.000 Gulden.[28] Den größten Teil davon (261.000 Gulden) machte die Verwaltung aus, insbesondere die Besoldung; damals verdiente der Bürgermeister jährlich 4.000 Gulden, der Vizebürgermeister 2.500, der Oberkämmerer 2.000 und ein Rat 1.000 bis 1.500 Gulden. Städtische Eigenbetriebe und die »Approvisionierung« (= Versorgung der Stadt) belasteten das Stadtbudget mit 142.000 Gulden, die Ausgaben des Unterkammeramtes (Bauten, technische Einrichtungen, Feuerwehr) mit 102.000 Gulden. Andere Ausgabenposten umfassten die öffentliche Sicherheit (17.800 Gulden), Geschenke, Feste, Huldigungs- und Trauerfeiern (8.500 Gulden), Sozialleistungen (8.500 Gulden) sowie Haus- und Grundkäufe und Sonstiges. Im Vormärz tätigte die Stadtverwaltung enorme Investitionen in die Infrastruktur, in den Kauf von Häusern, die dann zwecks

Straßenerweiterung demoliert werden mussten, und vor allem in die Einlösung von Grundherrschaften und Ortsobrigkeiten; so musste die Stadt 1842 allein für die damals erworbenen Herrschaften Jägerzeile und Hundsturm 492.000 Gulden bezahlen, womit das Budget stark unter Druck geriet.[29] Im Jahr 1848 war der städtische Haushalt mit mehr als einer Million Gulden belastet.

Im Revolutionsjahr 1848 erhielt der Gemeinderat das Recht zur Kontrolle der Finanzgebarung des Magistrats sowie die Genehmigung, zur Deckung von Gemeindebedürfnissen selbst Abgaben auszuschreiben und einzuheben. Dies war auch dringend nötig, denn die Ausgaben explodierten, während die Einnahmen dramatisch zurückgingen.[30] Einerseits fielen nun die grundherrlichen Einkünfte weg, andererseits befahl die Regierung die Herabsetzung der Verzehrungssteuer (siehe unten). Notstandsarbeiten, die Aufstellung eines Freiwilligenbataillons für den Krieg in Italien und vor allem die Ausgaben für Verteidigungsmaßnahmen, welche allein ein Viertel der Jahreseinnahmen verschlangen, brachten das Budget aus dem Gleichgewicht. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf zwei Millionen Gulden, die Ausgaben jedoch auf 3,8 Millionen. Die Kredite zur Deckung des Defizits wurden bei der Österreichischen Nationalbank und bei der Ersten Österreichischen Spar-Casse aufgenommen. Am 1. Mai 1849 führte die Gemeinde den Zins- und Steuerkreuzer, welcher in den Vorstädten schon immer eingehoben worden war, auch in der Altstadt ein, ferner belegte sie die staatliche Einkommenssteuer mit einem zehnprozentigen Kommunalzuschlag, erhöhte das »Verlassenschaftsprozent« sowie einige Taxen und Mauten. Der Staat bezog auch die 1848 befreiten Konsumartikel wieder in die der Verzehrungssteuer unterliegenden Güter ein.

Bis zum Jahr 1860 konnten jedoch durch sparsame Gebarung alle alten Kredite getilgt werden, sodass die Gemeinde die liberale Ära schuldenfrei begann. Allerdings kamen nach 1860 unerwartete Mehrbelastungen hinzu, da die Stadt Wien – gegen ihren Willen – die Kosten für die Straßenpflasterung, die Kanalisierung, ferner für alle Grünanlagen auf den Stadterweiterungsgründen (Ringstraßenverbauung) und für die Donaukanalregulierung tragen musste. Im Jahr 1861 flossen insgesamt 6,868.800 Gulden in das Stadtbudget.[31] Davon machten die direkten Steuern 2,6 Millionen, die Zuschläge zur Verzehrungssteuer 1,1 Millionen Gulden aus. Die restlichen Einnahmen gründeten sich auf Taxen und Strafgelder, Verkauf von Wertpapieren und Forderungen (864.000 Gulden), Bankkredite (980.000 Gulden), Wasser- und Kanalgebühren, Markt- und Approvisionierungswesen, Schulgelder usw. Die Ausgaben der Stadt Wien im Jahr 1861 betrugen 6,562.100 Gulden. Die größten Posten nahmen die öffentlichen Arbeiten ein (1,643.000), gefolgt vom Ankauf von Realitäten und Wertpapieren (1,173.400), von der Schuldentilgung (1,085.500), von der Besoldung der Beamten und Gemeindebediensteten (804.700), vom Bildungswesen (453.800), Sicherheitswesen (451.000) und Armenwesen (412.200). Kleinere Summen flossen u. a. dem Markt- und Approvisionierungswesen (132.000), den Kultusangelegenheiten (45.600) und dem Sanitätswesen (11.300) zu.

Stellt man die städtischen Budgets der Jahre 1790 und 1861 in Relation zur jeweiligen Bevölkerungszahl (Stadt und Vorstädte) von 220.000 bzw. 490.000, so gab der

Magistrat für jeden Einwohner 3,5 bzw. 13,4 Gulden aus. Zu Beginn der liberalen Ära betrug, gemessen an der Kaufkraft, das Ausgabenvolumen der Stadt pro Kopf demnach knapp doppelt so viel wie am Ende des aufgeklärten Absolutismus.

Die Verzehrungssteuer

Schon in der frühen Neuzeit wurden in Wiens Vorstädten Wegemauten und Zölle eingehoben, ab 1704 diente der Linienwall[32] als Grenze des Wiener Steuerbezirkes. An seinen Durchlässen, den Linientoren, wurden die Linienämter errichtet, welche für die Einhebung der Mauten und Zölle sorgten und diese nach einem bestimmten Schlüssel an den Staatsschatz und an die Stadt Wien ablieferten. Ab 1787 musste man beim Passieren der Linien für folgende Posten bezahlen: Wegemaut (je nach der Anzahl der Zugtiere), Wein- und Mostaufschlag, Bieraufschlag (floss zur Gänze dem Bürgerspital zu), Illuminationsaufschlag für Schlachtvieh und ausländische Weine (zweckgebunden für Wiens Straßenbeleuchtung), Getreideaufschlag, Viehaufschlag für lebendes und geschlachtetes Vieh, Aufschlag auf Unschlitt (Talg). Da dieses System bald nicht mehr ausreichte, beschloss die Niederösterreichische Regierung 1811 einen neuen »Stadtmauttarif« mit wesentlich erweitertem Einnahmenspektrum: Er betraf Konsumsteueraufschläge auf sämtliche Nahrungsmittel, auf Holz und Holzwaren, Kommerzial- und Industrieerzeugnisse, ferner eine Art Umsatzsteuer beim Kauf bestimmter Artikel und schließlich wieder eine Wegemaut, deren Höhe sich nach der Anzahl der Zugtiere richtete. Bezugsberechtigt für alle diese Gebühren waren das staatliche »Bankalärar«, die Stadt Wien, das Armenhaus, das Allgemeine Krankenhaus und das Versatzamt.

Im Jahr 1829 führte die Regierung in der ganzen Monarchie die »Allgemeine Verzehrungssteuer« ein,[33] wobei sie je nach Größe der Gemeinde verschieden gestaffelte Tarife vorschrieb. Für die Wiener Vororte galten die für das flache Land üblichen Bestimmungen, wonach insgesamt nur sieben Artikel versteuert wurden (Wein, Most, Schlacht- und Stechvieh, Branntwein, Bier und Zucker); die Beträge wurden beim Erzeuger eingehoben. Im Wiener Verzehrungssteuerrayon (Stadt und Vorstädte innerhalb des Linienwalles) musste jeder, der einen von den 220 eigens angeführten Konsumartikeln importierte, ferner jeder Erzeuger von Rum, Likör und anderen versüßten geistigen Getränken sowie von Branntwein und von Bier an den Linienämtern die Verzehrungssteuer bezahlen. Diese floss den staatlichen Finanzen zu, allerdings durfte die Gemeinde die Verzehrungssteuer noch mit einem Gemeindezuschlag in der Höhe von 23 Prozent belegen, welcher nach einem bestimmten Schlüssel auf das Stadtbudget und auf wohltätige Institutionen aufgeteilt wurde: 36 Prozent erhielt der Allgemeine Versorgungsfonds, 7 Prozent der Krankenhausfonds, 3 Prozent der Invalidenfonds, die restlichen 54 Prozent sollte die Stadt für öffentliche Zwecke verwenden. Auch die Vorortegemeinden hatten das Recht auf einen Gemeindezuschlag; dieser bewegte sich in der Größenordnung von fünf bis zwanzig Prozent der jeweils gültigen Verzehrungssteuer.

Verständlicherweise wurde die Verzehrungssteuer bald eine verhasste Einrichtung, weil jeder Einzelne nun wesentlich mehr als bei den bisherigen Mauten und Zöllen zu bezahlen hatte. Immer wieder wurden Klagen über die Grobheit und Unhöflichkeit der Linienbeamten laut. Auf Beschwerden reagierten die Beamten häufig auf ihre Weise, indem sie Passanten oder Händler stundenlang auf die Abfertigung warten ließen – mancher Markthändler kam so zu spät zum Markt und versäumte das Geschäft. Für Missstimmung sorgte auch, dass die Linienbeamten das Gewicht der zu versteuernden Waren anfangs nur schätzen konnten; erst 1839 wurden an allen Linienämtern Brückenwaagen installiert. Angehörige der Unterschichten litten schwer unter den höheren Lebenshaltungskosten, und es ist durchaus bezeichnend, dass die Mariahilfer Linie eines der Angriffsziele der aufgebrachten Menge am 13. März 1848 war.

Nach der Jahrhundertmitte zeigten sich die Auswirkungen der Verzehrungssteuer auf die Wiener Wirtschaft und Gesellschaft immer deutlicher: Der Großhandel wanderte in die Vororte ab, weil die Waren bei der Einfuhr nach Wien sofort versteuert werden mussten, auch wenn sie danach längere Zeit im Lager aufbewahrt wurden. Dies war besonders für Weinhändler schmerzlich, wenn ihr Wein noch Jahre im Keller liegen sollte, ehe er zum Verkauf gelangte. Bierbrauereien, Presshefe- und Spiritusfabriken sowie Branntweinerzeuger übersiedelten ebenfalls in die Vororte, wo für Rohprodukte und Brennstoffe weniger zu bezahlen war. Nach und nach verursachte die Verzehrungssteuer eine soziale Segregation der Wiener Bevölkerung, da für viele das Leben innerhalb der Linien zu teuer geworden war. Taglöhner und Industriearbeiter ließen sich in den Vororten nieder, während die inneren Bezirke dem Mittelstand und der Oberschicht vorbehalten blieben. Im Jahr 1880 zahlte ein Wiener durchschnittlich etwa 12 Gulden an Verzehrungssteuer im Jahr, ein Vorortebewohner aber nur einen Gulden.

Um 1800 nahm die Stadt Wien etwa 70.000 Gulden an Mauten und Zöllen ein, die Einnahmen aus dem neuen Stadtmauttarif beliefen sich für Wien im Jahr 1829 auf 110.000 Gulden. Dagegen lukrierte die Stadt 1830 aus den Gemeindezuschlägen zur Verzehrungssteuer nur mehr ca. 80.000 Gulden, während der Staat stattliche 3,5 Millionen Gulden allein an der Wiener Verzehrungssteuer verdiente. Bis 1860 summierten sich die Einnahmen aus der Verzehrungssteuer auf jährlich 6,5 Millionen, jene der Gemeindezuschläge auf ungefähr 1,2 Millionen Gulden.[34]

Verkehrsknoten Wien

Die Donau bei Wien

Vor der großen Regulierung (1870–1875) war die Donau bei Wien ein verwilderter Fluss. Die Donaulandschaft war einem steten Wandel unterworfen und zeigte sich nach jedem Hochwasser in neuer Gestalt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts teilte sich der Strom nach der Wiener Pforte in zahlreiche kleine und vier große Arme:[35] Das Haupt-

gerinne befand sich an Stelle der heutigen *Alten Donau*. Knapp südlich von Floridsdorf zweigte von ihm das *Kaiserwasser* ab, beschrieb einen weiten Bogen nach Süden und mündete bei Kaisermühlen wieder in den Hauptstrom. Das *Fahnenstangenwasser* strömte an der Brigittakapelle vorbei, bildete im Gelände des späteren Nordbahnhofes die Ostgrenze des Augartens und mündete etwa bei der heutigen Reichsbrücke in das Kaiserwasser; für den Bau des Nordbahnhofes wurde das Fahnenstangenwasser ab 1837 teilweise zugeschüttet. Der an der Stadt zunächst vorbeifließende Wiener Arm, der bis um 1300 als Hauptgerinne fungiert hatte, hieß seit dem 18. Jahrhundert *Donaukanal*, weil 1696 bis 1703 in seinem obersten Abschnitt ein 1.140 Meter langer kanalartiger Durchstich ausgehoben worden war. Ab 1797 wurde der Donaukanal systematisch reguliert und auf eine einheitliche Breite von 51,2 Metern festgelegt, allerdings gelang es damals noch nicht, die Ufer an allen Abschnitten parallel zu ziehen. In den Jahren 1832 bis 1834 arbeitete man an jenem 3.800 Meter langen Durchstich im Unterlauf des Donaukanals, der die Freudenau von der Simmeringer Heide abtrennen und fortan mit dem Prater verbinden sollte.

Die Stadt Wien hatte im Hinblick auf die Donau seit alters mit drei Problemen zu kämpfen: mit dem Hochwasser, mit dem Versanden des Wiener Armes bzw. Donaukanals und mit der Überbrückung des Stromes. Viele Generationen lang bemühten sich die Wasserbautechniker (»Hydrauliker«), die für Wien lebensnotwendige Wasserstraße der Schifffahrt nutzbar zu erhalten. Ihre Versuche, bei Nussdorf durch künstlich aufgeschüttete Dämme (»Nussdorfer Schere«), die in den Hauptstrom ragten, mehr Wasser in den Donaukanal zu leiten, zeitigten nur geringen Erfolg und erhöhten die Hochwassergefahr. Als sinnvoller erwies sich das Ausbaggern der Flusssohle; in der vorindustriellen Zeit gab es mit Muskelkraft betriebene Handbagger, seit 1836 stand ein Dampfbagger im Einsatz; die sechs PS starke Maschine förderte pro Stunde 54 m^3 Flussschotter und Sand zu Tage.[36] Gegen das Hochwasser[37] wurden Schutzdämme errichtet; der bekannteste war der unter Joseph II. hochgezogene Hubertusdamm (benannt nach dem für seine Errichtung verantwortlichen Cameral-Ingenieur Hubert). Angesichts des »Allerheiligenhochwassers« von 1787, des zweithöchsten in historischer Zeit (der Höchststand wurde bei der Überschwemmung des Jahres 1501 erreicht), brach der zwar richtig trassierte, aber zu niedrig dimensionierte Damm jedoch an 14 Stellen und wurde nicht mehr erneuert.

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wurden bereits Pläne für einen großen Durchstich gezeichnet, der alle Donauarme in einem Bett vereinen sollte. Die Realisierung scheiterte nicht nur an den damaligen technischen Möglichkeiten, sondern auch und vor allem an den napoleonischen Kriegen. Vom verheerenden Eisstoß im Februar des Jahres 1830 war schon in anderem Zusammenhang die Rede – er fand auch in die Literatur Eingang (in Franz Grillparzers »Der Arme Spielmann«). In den Fluten, welche die Vorstädte Rossau, Leopoldstadt, Brigittenau, Weißgerbervorstadt und Erdberg überschwemmten, starben 74 Menschen.

Im Sommer des Sturmjahres 1848 schrieb die Regierung Notstandsarbeiten aus. Da bei dieser überraschenden Ausschreibung keine Zeit für eine koordinierte Planung geblieben war, begnügte man sich mit Stückwerk, zumal der Arbeitseinsatz insgesamt nur

wenige Wochen dauerte. Immerhin wurden damals die Hochwasserschutzdämme in der Brigittenau und entlang des Donaukanals erhöht, der alte Hubertusdamm wieder hergestellt, die Schwarze Lacke abgeschnürt und der Donaukanal bei der Rotundenbrücke reguliert; zwischen Kaiserwasser und Fischamend ging man sogar daran, den Donau-Hauptstrom zu regulieren, sodass im Bereich der Donaukanalmündung erstmals die gesamte Donau in einem Bett vereinigt war. Nach 1850 wurden die Planungsarbeiten für eine großzügige Lösung der Regulierungsfrage zögerlich wieder aufgenommen, doch erst die verheerende Tauflut im Frühling des Jahres 1862 gab den Impuls für die große Donauregulierung.

Brücken über Donau und Donaukanal

Deutlicher als bei anderen Bauvorhaben lässt sich anhand von Brückenkonstruktionen der jeweilige Grad an bautechnischen Innovationen erkennen. Gerade bei den Wiener Donau- bzw. Donaukanalbrücken zeigt sich, dass im 19. Jahrhundert Österreichs Ingenieure durchaus auf der Höhe der Zeit standen und auch Neues wagten.[38]

Die älteste Wiener Brücke, die *Schlagbrücke* (heute: Schwedenbrücke), blieb Jahrhunderte hindurch die einzige feste Verbindung über den Wiener Arm; die hölzerne Jochbrücke musste seit ihrem Bestehen (erste Hälfte des 15. Jahrhunderts) immer wieder neu gebaut werden. 1819 wurde sie durch eine Steinkonstruktion ersetzt: Für die Errichtung des Mittelpfeilers kam erstmals in Wien die Methode der »schwimmenden Senkkästen« (Caissons) in Anwendung. Das nunmehr *Ferdinandsbrücke (Abb. 25)* genannte Bauwerk hielt bis 1909. Die zweite Donaukanalbrücke, die *Augartenbrücke*, wurde 1782 als hölzerne Jochbrücke errichtet und blieb auch nach ihrem Neubau 1829 eine Holzkonstruktion. Die 1782 zunächst ebenfalls als Holzbrücke aufgeführte *Weißgerberbrücke* wurde 1803 durch einen eleganten Steinbau ersetzt und hieß fortan *Franzensbrücke* oder auch »die schöne Brücke«; Bauschäden machten 1848/49 einen Neubau notwendig; die dreizügige Kettenbrücke hielt bis 1898. Die älteste Wiener Kettenbrücke und zugleich eine der ältesten Hängebrücken überhaupt war die *Sophienbrücke* (heute: Rotundenbrücke); sie stammt aus dem Jahr 1824 und ersetzte ein schmales Holzbrücklein, welches seit 1797 das Rasumofsky-Palais mit dem Prater verbunden hatte. Beim 1828 erbauten *Karlskettensteg* (heute: Salztorbrücke) wurden weltweit zum ersten Mal Stahlketten verwendet. Knapp unterhalb dieser Brücke befand sich ab 1830 die Anlegestelle für Personenschiffe der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft (DDSG) der Linie Wien-Linz. Auf der *Verbindungsbahnbrücke* querte seit 1859 erstmals die Eisenbahn den Donaukanal; deren Kettenkonstruktion bewährte sich jedoch nicht und musste 1884 einem Neubau weichen. Wiens dritte Kettenbrücke, die *Aspernbrücke*, war als Verlängerung der Ringstraße gedacht; sie hielt bis 1913.

Über den Donauhauptstrom führten im Vormärz erst zwei Brücken: die *Taborbrücke*, welche seit 1439 als hölzerne Jochbrücke die verwilderten Flussarme überquerte



Abb. 25: Bau der Ferdinandsbrücke über den Donaukanal, 1819. Ölgemälde von Franz Maleck.

und nach jedem Hochwasser neu gebaut werden musste, und die 1838 errichtete *Nordbahnbrücke*. Moderne, technisch anspruchsvolle Donaubrücken wurden zugleich mit der großen Donauregulierung über das bereits ausgehobene, aber noch nicht geflutete neue Strombett im Trockenen geschlagen.

Schiffstransporte

Vor der Erfindung der Dampfschifffahrt wurden die Lastkähne mit Pferden gezogen.[39] Ein Schiffszug benötigte für die Bergfahrt je nach Schiffsgröße 30 bis 60 Pferde; sie wurden von Pferdeverleihern angemietet. Für die »Wiener Pferde« endete der Zug regelmäßig bei Greifenstein; dort wurden sie durch ausgeruhte Pferde ersetzt, welche die Schiffe stromaufwärts weiter zogen. Die Wiener Pferde wurden in die Stadt zurückgeführt. Von Wien nach Linz benötigte der Pferde-Schiffszug zwei Wochen. Im Jahr 1928 (!) erfolgte die letzte Fahrt.

Auch auf dem *Wiener Neustädter Kanal*[40] wurden die Schiffe mit Pferden gezogen; für Berg- und Talfahrt verwendete man ein bis vier Pferde. Die Standard-Lastkähne

waren 23 Meter lang und 1,9 Meter breit. Der Kanal wurde in den Jahren 1797 bis 1803 gegraben, als Bauherrin zeichnete anfangs die k. k. privilegierte Kanal- und Bergbaukompanie, später übernahm Kaiser Franz persönlich die Baukosten, welche sich auf stattliche 11 Millionen Gulden beliefen. Die technischen Daten konnten sich durchaus sehen lassen: Bei einer Länge von 63,3 Kilometern überwand der Kanal einen Höhenunterschied von 93 Metern durch insgesamt 52 Schleusen; eine Reihe von Flüssen (Schwechat, Triesting, Piesting) musste auf dieser Strecke durch trogartige Brücken überquert werden. Die Spiegelbreite des Kanals betrug (und beträgt) elf, die Sohlebreite 5,7 und die Schleusenbreite etwa zwei Meter. Ausgangspunkt war Wiener Neustadt, wo das Wasser von Kehrbach und Leitha den Kanal speiste, Endpunkt das Hafenbecken vor dem Stubentor (heute: Bereich Wien-Mitte), von wo aus das Wasser in den Wienfluss abgeleitet wurde. In den Jahren 1840 bis 1844 entstand neben dem Hafenbecken das Hauptzollamt; 1847 bis 1849 wurde ein neuer Hafen an der Stelle gegraben, wo sich später der Aspangbahnhof befand. Ursprünglich war an eine Weiterführung des Kanals bis nach Triest gedacht, doch unterblieb der Ausbau, weil sich der Wasserweg als nicht sonderlich rentabel erwies. Die Kapazität entsprach von Anfang an nicht den Erwartungen, dennoch kam man 1807 auf ein Transportvolumen von 757.240 Zentner. Befördert wurden vor allem Kohle (aus dem Ödenburger Bergbaurevier), Holz und Baustoffe, während der napoleonischen Besatzung (1805 und 1809) auch Getreide. 1879 fuhr der letzte Schiffszug. Schon vorher wurde das unterste Teilstück des Kanals trocken gelegt und dient seither als Trasse für die Verbindungsbahn.

Eisenbahn

Mit der Eröffnung des ersten Teilstückes der *Kaiser-Ferdinand-Nordbahn* von Floridsdorf nach Deutsch-Wagram begann 1837 in Österreich das Eisenbahnzeitalter.[41] Binnen dreier Jahrzehnte wurde Wien zum wichtigsten Verkehrszentrum der Monarchie, zum Ausgangspunkt von sieben in alle Himmelsrichtungen führenden Hauptbahnen, die den Wirtschaftsraum Cisleithaniens planmäßig erschlossen und mit Transleithanien verbanden. Die Konzession für Bau und Betrieb der Nordbahn hatte das Bankhaus Rothschild erhalten, jene der Süd- und Ostbahn erhielt das konkurrierende Bankhaus Sina. Nach 1841 übernahm aber der Staat die Finanzierung der Eisenbahnstrecken und begann auch bald mit der Verstaatlichung privater Linien, einerseits, weil Kursschwankungen der Eisenbahnaktien immer wieder staatliche Stützungsaktionen erfordert und sich die vormärzlichen Eisenbahnprojekte stets am Rande des finanziellen Ruins bewegt hatten, andererseits, weil in die Streckenplanung von Anfang an nicht nur kommerzielle, sondern auch politische und militärische Komponenten eingeflossen waren. Nur die Südbahn blieb bis zum Untergang der Monarchie die einzige in Privatbesitz befindliche größere Bahnlinie.



Abb. 26: Nordbahnhof mit ausfahrender Lokomotive „Moravia". Kreidelithographie von Ignaz Sonntag.

1838 wurde die Nordbahn bereits über die Donau bis zum Praterstern geführt und erhielt dort ein Jahr später den ersten Wiener Kopfbahnhof *(Abb. 26)*:[42] Dieser bestand aus einem zweistöckigen Aufnahmegebäude im klassizistischen Stil, das von einer hohen Mauer umgeben war; Stiegenaufgänge – getrennt nach drei Klassen – führten zu den 4,4 Meter über dem Straßenniveau angelegten Gleisen. 1839 erreichte die Nordbahntrasse bereits Brünn/Brno, 1848 gelang der Anschluss an das preußische Bahnnetz. Damit war die Nordbahn auf lange Zeit die einzige Linie mit einer direkten Verbindung ins Ausland und übertraf in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht bei weitem die Bedeutung der anderen Bahnen. Im Jahr 1848 beförderte sie 60.000 Tonnen Fracht nach Wien, großteils Kohle, Holz und Getreide. In den Jahren 1858 bis 1865 errichteten die Architekten Theodor Hoffmann und Johann Herrmann ein neues pompöses Aufnahmegebäude und eine neue Personenhalle für fünf Hallengleise. Das im maurischen und toskanischen Stil gestaltete Bauwerk war Wiens prunkvollster Bahnhof und dürfte weltweit eine der prunkvollsten historisierenden Fassaden aufgewiesen haben (1952 demoliert).

Im Jahr 1838 wurde mit dem Bau der *Wien-Raaber-Bahn* und der *Wien-Gloggnitzer-Bahn* begonnen. Die nachmalige *Staatsbahn* oder *Ostbahn* erreichte 1842 Bruck an der Leitha und 1846 den Zielbahnhof Raab (Györ); damit war die Eisenbahnverbindung zwischen den beiden Reichshälften hergestellt, erst nach 1866 wurde eine zweite Trasse

in Richtung Brünn/Brno und Prag/Praha angelegt. Die *Südbahn* fuhr erstmals 1842 in Gloggnitz ein, 1854 wurde mit der Semmering-Teilstrecke die erste europäische Hochgebirgsbahn dem Verkehr übergeben, 1857 wurde Triest, der Haupthafen der Monarchie, an das Bahnnetz angeschlossen. Süd- und Ostbahn erhielten ursprünglich eigene Kopfbahnhöfe. Der kleine, 1846 unweit des Arsenals errichtete Raaber Bahnhof wich 1870 einer großen Anlage im historisierenden Stil; Architekt Schumann war allerdings angewiesen worden, das Bahnhofsgebäude und die sechsgleisige Bahnhofshalle so niedrig zu halten, dass vom benachbarten Arsenal ein freies Schussfeld offen blieb. An Stelle des ersten Aufnahmegebäudes der Gloggnitzer Bahn entstand 1869 bis 1873 unter Leitung des Architekten Wilhelm Flattich ein gewaltiger Neorenaissancekomplex, ebenfalls mit einer Halle für sechs Gleise. Beide Bahnhöfe wurden 1951 bis 1960 demoliert und zusammengelegt.

Zwischen dem Nord- und dem Staats- (= Ost-) bzw. Südbahnhof wurde 1851 die erste, zwischen Süd- und Westbahnhof 1859 die zweite Wiener *Verbindungsbahn* dem Verkehr übergeben. Im Jahr 1858 erfolgte die Eröffnung der ersten Teilstrecke der *Kaiserin-Elisabeth-Westbahn* von Wien nach Linz, 1860/1861 konnte bei Salzburg und Passau der Anschluss an Bayern hergestellt werden. Der Westbahnhof wurde 1857 bis 1859 nach den Plänen von Moritz Löhr erbaut (nach 1945 demoliert) und umfasste ein Bürogebäude, zwei Seitenbauten, eine große Personenhalle, aber ursprünglich nur vier Gleise. 1870 nahm die *Kaiser-Franz-Josephs-Bahn* den Verkehr auf, 1872 die *Nordwestbahn*, 1881 die *Aspangbahn*. Der riesige, 1870 bis 1873 an Stelle des ehemaligen Vergnügungsetablissements »Kolosseum« errichtete (1952 demolierte) Nordwestbahnhof war der letzte unter den Wiener Kopfbahnhöfen.

Anmerkungen

1 Meissl, Spannungsfeld, 101 f.
2 Hier und folgend Sandgruber, Indikatoren, 65 ff.
3 Strömmer, Klima-Geschichte, 268 ff.
4 Meissl, Spannungsfeld, 110.
5 Baryli, Gewerbepolitik, 9 ff.
6 Vgl. Angerler, Reiche Bäcker; Schmidhammer, Schuhmacher.
7 Vgl. Schak, Perückenmacher.
8 Vgl. Janik, Gerbereigewerbe.
9 Altfahrt, Professionisten, 9 ff.
10 Biwald, Gewerbeordnung.
11 Meissl, Fabriksort, 24; Österreichisches Städtebuch (Wien), 126.
12 Ehmer, Produktion, 107.
13 Ehmer, Produktion, 107; Meissl, Spannungsfeld, 101; Österreichisches Städtebuch (Wien), 101.
14 Häusler, Manufaktur, 36 ff.
15 Banik-Schweitzer, Rolle Wiens, 39 f.
16 Banik-Schweitzer, Rolle Wiens, 26.
17 Ehmer, Produktion, 117; Häusler, Manufaktur, 47.

18 WEIGL, Demographie, 48 f.
19 CHALOUPEK, Boom, 32 f.
20 MEISSL, Industrie, 91 f.
21 MEISSL, Industrie, 103 f.
22 BANIK-SCHWEITZER, Rolle Wiens, 26 ff.; MEISSL, Spannungsfeld, 106, 116 ff.
23 Vgl. BANIK-SCHWEITZER, Industriestadt.
24 BANIK-SCHWEITZER, Rolle Wiens, 45.
25 KUCERA, Ausgaben, 44.
26 GÖBEL, Finanzen, 7; Österreichisches Städtebuch (Wien), 227.
27 GÖBEL, Finanzen, 85a.
28 GÖBEL, Finanzen, 140.
29 CZEIKE, Bürgermeister, 289.
30 Hier und folgend KUCERA, Ausgaben, 44 ff.
31 Hier und im Folgenden: Finanz- und Steuerverhältnisse 1861–1884.
32 Vgl. BUCHMANN, Linienwall.
33 Hier und im Folgenden: BUCHMANN, Verzehrungssteuer, 22 ff.
34 BUCHMANN, Linienwall, 136, 155.
35 Hier und folgend BUCHMANN, Donaukanal, 18 ff.
36 BUCHMANN, Donaukanal, 30.
37 BUCHMANN, Donaukanal, 5, 27 ff.
38 BUCHMANN, Donaukanal, 23 ff.
39 RIGELE, Sardellendragoner, 5.
40 HÄUSLER, Manufaktur, 44; RIEBE, Schifffahrtskanal; SCHLÖSS, Hafenbecken, 136 f.
41 Allgemein Vgl. MEISSL, Eisenbahn.
42 Hier und im Folgenden OFFENTHALER, Bahnhöfe, 143 ff.

Kultus und Kultur

Vom Josephinismus zur katholischen Restauration

Im 17. Jahrhundert schlossen sich Kirche und Dynastie in enger Verbindung zusammen; Gegenreformation und Errichtung des absolutistischen Staates gingen Hand in Hand. Im 18. Jahrhundert verschob sich das Gleichgewicht von Thron und Altar, als die katholische Kirche in eine österreichische Staatskirche umgewandelt wurde. Diese Entwicklung fand durch Joseph II. ihren Abschluss. Unter dem Vorzeichen des aufgeklärten Absolutismus unterband der Kaiser jeglichen Einfluss Roms auf den Klerus und machte aus den Geistlichen vom Staat ausgebildete und vom Staat besoldete Beamte. Eingriffe in die Kirchenorganisation (Pfarr- und Diözesaneinteilung) und Klosteraufhebungen zählten ebenso zu den Reformen des *Josephinismus* wie die Toleranzpolitik gegenüber Protestanten und Juden. Für die Dauer von sieben Jahrzehnten prägte das josephinische *Staatskirchensystem* das innenpolitische Klima der Monarchie.

Zu der Zeit, als der aufgeklärte Absolutismus die stärksten innerkirchlichen Veränderungen einführte, leitete von 1757 bis 1803 Kardinal Christoph Anton Graf Migazzi (1714–1803) die Erzdiözese Wien,[1] die damals ihre heutige Ausdehnung erreichte. Seit 1786 waren Wien und die Vorstädte in 21 Pfarrbezirke gegliedert, Mitte des 19. Jahrhunderts kam noch eine Pfarre (St. Elisabeth auf der Wieden, Wien 4) hinzu. Migazzis Regierung währte länger als die jedes anderen Wiener Bischofs, aber kein anderer Kirchenfürst erlebte die staatliche Bevormundung intensiver als er. In seinem Kampf gegen den Josephinismus und das Staatskirchensystem stand er auf verlorenem Posten.

Kaiser Franz hielt am Staatskirchensystem fest. Seiner Überzeugung nach war der Geistliche als Beamter des Staates und der Kirche anzusehen, weil er als Seelsorger unbeschränkten Einfluss auf die Gesinnung des Volkes hatte. Damit wäre er neben der Polizei ein wichtiger Hüter der Ordnung. Die Kirche sollte somit den absoluten Staat im Kampf gegen revolutionäre Strömungen unterstützen. Grundsätzlich sprach sich in Kirchenkreisen niemand gegen diese Aufgabe aus, nur wünschten die Geistlichen ein partnerschaftliches Gleichgewicht von Thron und Altar und keine untergeordnete Stellung. Der Klerus wollte die Rolle eines Bundesgenossen, nicht die eines Erfüllungsgehilfen innehaben. Sein Streben galt der *katholischen Restauration*, also der Wiederherstellung einer alten, ideal verklärten Kirchlichkeit: Dazu gehörten strenge Dogmen, eine enge Verbindung mit dem Papst, die Wiedereinführung des Jesuitenordens und die Zulassung des Redemptoristenordens. Mehr als zwei Generationen sollten vergehen, ehe sich die katholische Restauration tatsächlich durchsetzte. Zu ihren wichtigsten Wegbereitern zählte der Wiener Erzbischof Sigmund Anton Graf Hohenwart (1730–1820).[2] Der begabte Exjesuit war als Hauslehrer an den großherzoglichen Hof in Florenz berufen worden und hatte den späteren Kaiser Franz in Geschichte unter-

richtet, danach wirkte er als Bischof von Triest und von St. Pölten. Bemerkenswert sind seine noch ganz vom josephinischen Reformgeist erfüllten Rundschreiben, in denen er auf strenge Pflichterfüllung der Pfarrer hinsichtlich der staatskirchlichen Vorschriften Wert legte und eine gewissenhafte seelsorgerische Tätigkeit einforderte. 1803 machte Kaiser Franz seinen einstigen Geschichtslehrer zum Wiener Erzbischof und erhielt mit ihm einen konservativen Bewahrer kirchlicher Werte und Vorschriften. Insbesondere verstärkte dieser den Einfluss der Kirche auf den Grund- und Mittelschulunterricht. Gleichzeitig gelang es ihm aber auch, den Kaiser für einige Punkte der katholischen Restauration zu gewinnen. Metternich, dem die katholische Restauration ebenfalls ein Anliegen war, weil er gemeinsam mit der Kirche den Kampf gegen die vermeintliche liberal-nationale Weltverschwörung führen wollte, plante 1816 sogar ein Konkordat, doch scheiterten solche Pläne am Veto des Kaisers, der keine Rechte an Rom abtreten wollte.[3] Dennoch markierte eine Romreise Franz I. im Jahr 1819 die erste Abschwächung des Staatskirchentums hinsichtlich der Bischofswahl und eines freien (direkten) Verkehrs der Bischöfe mit dem Papst. Die Gegenleistung der Kirche bestand in einem engen Zusammengehen mit der Ideologie der politischen Restauration.[4] 1820 genehmigte Kaiser Franz die Zulassung der Redemptoristen. Unmittelbar davor war jener Mann gestorben, der sich für ebendiesen Orden zeit seines Lebens eingesetzt hatte: Clemens Maria Hofbauer (1751–1820).[5] Der heutige Stadtpatron von Wien (1909 heilig gesprochen) lebte seit 1808 in der Reichshaupt- und Residenzstadt und bemühte sich hier gemeinsam mit dem Erzbischof und anderen Mitgliedern des »Hofbauer-Kreises« um eine Erneuerung des religiösen Lebens durch neue Methoden der Seelsorge. Als geistiger Überwinder der josephinischen Aufklärung beeinflusste er insbesondere die Wiener Romantiker (Friedrich Schlegel, Adam Müller, Zacharias Werner, Joseph von Eichendorff u. a.).

Nach dem Ableben Hohenwarts 1820 blieb Wiens Bischofsstuhl zwei Jahre vakant, ehe Leopold Maximilian Graf zu Firmian (1766–1831) zum Oberhirten bestellt wurde.[6] Unter diesem prunkliebenden Kirchenfürsten, der sich ganz dem kaiserlichen Willen unterordnete, gab es keine Änderung im Verhältnis von Kirche und Staat. Sein Nachfolger Vinzenz Eduard Milde (1777–1853)[7] aber leitete die Wende ein. Der im Unterschied zu seinen Vorgängern nicht dem hohen Adel, sondern dem Bürgertum entstammende Kirchenfürst trieb einerseits die katholische Restauration voran, andererseits huldigte er aber ausgesprochen modernen Ansichten. Als einer der bedeutendsten Pädagogen seiner Zeit bekannte er sich beispielsweise zur Resozialisierung von entlassenen Sträflingen oder zu Sexualkunde und politischer Bildung als Unterrichtsprinzipien. In seiner Funktion als Erzbischof versuchte er, das josephinische Staatskirchentum zu unterwandern. Nach dem Tod von Kaiser Franz fand er am kaiserlichen Hof die entsprechenden Verbündeten, insbesondere bei Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie, den Eltern Franz Josephs. Auch Staatskanzler Metternich tendierte nun noch deutlicher zur katholischen Restauration, vielleicht weil er erkannt hatte, dass der immer schwächer werdende Staat Hilfe benötigte, die ihm nur eine immer stärker wer-

dende Kirche verhieß. Als 1837 die Jesuiten wieder zugelassen wurden, erhoffte Metternich in ihnen ein Kampfmittel gegen die zu erwartende Revolution.

Diese Revolution verschonte auch die kirchlichen Einrichtungen nicht: Im Zuge der Unruhen wurden sogar Klöster in Wien angegriffen, ja die Redemptoristen aus der Stadt vertrieben. Der Priester und Journalist (er war Gründer der Kirchenzeitung) Sebastian Brunner verfasste eine von zahlreichen Geistlichen unterzeichnete Petition an den Erzbischof, in welcher größere Freiheiten für die Kirche und deren Unabhängigkeit vom Staat gefordert wurden. Da der Inhalt dieser Petition auch den Vorstellungen Mildes entsprach, erließ dieser einen Hirtenbrief, in dem er auf die in der Pillersdorf'schen Verfassung gewährten Grundrechte aufmerksam machte und zugleich vor jenen Radikalen warnte, welche sogar die Enteignung der Kirche forderten. Die allgemeine Stimmung war zu dieser Zeit wenig kirchenfreundlich eingestellt, auch der konstituierende Reichstag von Wien und Kremsier bekundete keinerlei Sympathie für die Bestrebungen der Kirche nach größeren Freiheiten. Nach der Niederwerfung der Revolution ging jedoch der Josephinismus seinem raschen Ende entgegen. Treibende Kraft einer neuen, konservativen Kirchenpolitik war nun der Theologe, Politiker, Professor und Schriftsteller Joseph Othmar Ritter v. Rauscher (1797–1875).[8] Kaiser Franz Joseph stand seit seiner Jugend unter dem Einfluss dieses Mannes, der ihn einst in Philosophie unterrichtet hatte, und förderte tatkräftig dessen Wirken und dessen Karriere; nur vier Monate nach seiner Thronbesteigung machte er Rauscher zum Fürstbischof von Seckau. Damit gab er ihm die Möglichkeit, im Sommer 1849 eine führende Rolle in der in Wien tagenden Bischofskonferenz zu übernehmen und gemeinsam mit seinen 28 Bischofskollegen die Forderungen nach Beseitigung der josephinischen Ehegesetzgebung, nach einer kirchlichen Schulaufsicht, nach freier kirchlicher Vermögensverwaltung und nach dem ungehinderten Verkehr mit Rom zu artikulieren. Franz Joseph trug den Anliegen der Bischofskonferenz in den »Aprilgesetzen« des Jahres 1850 umgehend Rechnung. Das Silvesterpatent von 1851 bestätigte die neuen kirchlichen Freiheiten.

Ziel des kaiserlichen Hofes und der konservativen Katholiken war der Abschluss eines Konkordats. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Vorhabens lag in der Umgestaltung des österreichischen Ehegesetzes. Liberale Politiker wie Justizminister Schmerling[9] hätten in Österreich am liebsten eine Zivilehe nach französischem Muster eingeführt (»Jakobinerehe«), da sie dem in der Praxis gehandhabten Konkubinat immer noch vorzuziehen gewesen wäre. Tatsächlich betrug ja im Jahrzehnt des Neoabsolutismus der Anteil von unehelich Geborenen in Wien 49,4 Prozent. Für Kirchenmänner wie Othmar Rauscher waren aber die vielen Kinder mit dem Makel der unehelichen Geburt kein soziales, sondern ein moralisches Problem; daher wandten sich die konservativen Katholiken leidenschaftlich gegen die »Jakobinerehe«, welche ihrer Ansicht nach die sittliche Ordnung Österreichs zerstört hätte. Der Hof vertrat eine ähnliche Auffassung und beauftragte Rauscher, gemeinsam mit konservativen Regierungsmitgliedern ein neues Ehegesetz auszuarbeiten, das dann im September 1852 in Kraft trat. Gleichzeitig bestellte der Kaiser ein Kirchenkomitee unter Rauscher als Bevollmächtigtem der

Krone und anderen Regierungsmitgliedern (Thun-Hohenstein, Bach, Buol, Kübeck), welches mit dem päpstlichen Nuntius Viale-Prelà die österreichischen Konkordatsvorschläge entwerfen sollte.[10]

Als Wiens Erzbischof Vinzenz Eduard Milde im März 1853 starb, bestellte Kaiser Franz Joseph bereits zwei Wochen später den dynamischen Joseph Othmar von Rauscher zu seinem Nachfolger. Er sollte dieses Amt für 22 Jahre bekleiden. Bereits in seinem ersten Amtsjahr war sein Konkordatsentwurf fertig gestellt, doch wider Erwarten hatte Papst Pius IX. inzwischen einen Gegenentwurf ausgearbeitet, der die »Durchsetzung der grundsätzlichen Geltung des allgemeinen katholischen Kirchenrechts« zum Ziel hatte und hinsichtlich der Vorstellungen von kirchlichen Ehegesetzen und kirchlicher Zensur sogar dem Wiener Kirchenkomitee zu weit ging. Das Konkordat wäre beinahe gescheitert, hätte man sich nicht nach zähen Verhandlungen auf einen Kompromiss geeinigt: Rom akzeptierte die österreichischen Ehegesetze, welche im Hinblick auf Ehehindernisse den Kirchengesetzen teilweise widersprachen, aber für die Ehescheidung sollten hinfort nur geistliche Ehegerichte zuständig sein. Bei der Bücherzensur, auf die man in Wien am liebsten ganz verzichtet hätte, handelte man eine »rückwirkende Repressivzensur« aus: Alle von der Kirche verbotenen Bücher durften, sofern sie sich auf Kirche und Religion bezogen, im Kaiserstaat nicht verbreitet werden. Bis zum Sommer 1855 waren auch die anderen Bestimmungen des Konkordats geklärt: Der Papst erhielt wieder den Jurisdiktionsprimat für die Geistlichen, Bischöfe durften ihr Amt frei und ohne staatliche Kontrolle ausüben, die staatlichen Schulen und vom Staat besoldeten Lehrer wurden hingegen unter kirchliche Aufsicht gestellt, kirchliche Gerichte urteilten ab sofort über kirchliche Rechtsfälle und Eheangelegenheiten. Ordensniederlassungen unterlagen keinen Einschränkungen, und der Religionsfonds gelangte in das Eigentum der Kirche (wurde aber vom Staat verwaltet).

Am 18. August 1855, dem 25. Geburtstag des Kaisers, wurde das Konkordat unterzeichnet. Franz Joseph hatte sich einen Herzenswunsch erfüllt, in ganz Europa jubelten die konservativen Katholiken. Fürsterzbischof Rauscher wurde in Würdigung seiner Verdienste zum Kardinal erhoben. Das Konkordat war in den Augen seiner Schöpfer mehr als nur ein Staatsvertrag, es sollte vielmehr die christliche Grundlage der Gesellschaft dauerhaft sichern. Voraussetzung dafür wären jedoch ein rein katholischer Staat und eine rein konservative Gesellschaft gewesen, aber beides traf auf die k. k. Monarchie nicht zu. Daher gab es viele Feinde des Konkordats: alle Nichtkatholiken, die Großbürgerlich-Liberalen, Publizisten und Literaten (z. B. Grillparzer), die josephinische Bürokratie, den ungarischen Klerus und auch die niedere Geistlichkeit Österreichs, diese aus Furcht vor der kirchlichen Disziplinierung. Das Konkordat war eine der unbeliebtesten Schöpfungen des Neoabsolutismus und belastete das System schwer. Nach der Niederlage von Solferino 1859 setzte der offene Kampf gegen das Konkordat ein, aber erst Königgrätz bescherte ihm ein Ende – zunächst in Form der Maigesetze 1868 und schließlich durch die formelle Aufhebung seitens der kaiserlichen Regierung anlässlich des Unfehlbarkeitsdogmas 1870.

Nach Verlautbarung des Toleranzpatents (Oktober 1781) bekannten sich in den Alpenländern nur noch etwa 20.000 Christen zum evangelischen Glauben. Auch in Wien gab es eine Anzahl von Protestanten, sie waren allerdings vielfach ausländischer Herkunft: Kaufleute aus den evangelischen deutschen Ländern, die in Wien ihre Handelsniederlagen betrieben, Beamte des Reichshofrates und der Reichshofkanzlei, Personen, die von ausgewanderten Protestanten als Vermittler in Vermögensangelegenheiten nach Wien geschickt worden waren, und vor allem Angehörige von Gesandtschaften der evangelischen Mächte Dänemark, Schweden und der Niederlande. Letztere hatten mit ihren Familien und mit ihren mitgebrachten Predigern in Wien ihren Hauptwohnsitz aufgeschlagen und bildeten die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Wiener Protestanten.[11] In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wuchs die evangelische Gemeinde in Wien rasch an, namentlich in den westlichen Vorstädten und Vororten. Um 1850 lebten in Wien und Umgebung an die 10.000 Evangelische des Augsburger und 3.000 des helvetischen Bekenntnisses, welche alle überwiegend der städtischen Oberschicht zuzurechnen waren.[12] Gemäß der Volkszählung des Jahres 1869 umfasste allein die Lutherische Gemeinde in den neun inneren Bezirken Wiens 16.800 und in den Vororten 4.500 Mitglieder.

Vor der Erlassung des Toleranzpatents waren die einzig erlaubten evangelischen Bethäuser die Gesandtschaftskapellen der protestantischen Mächte. Mit der josephinischen Toleranzgesetzgebung konnten endlich Kirchen und Schulen gebaut werden, allerdings unter Beachtung bestimmter Auflagen: So durften die Gotteshäuser nicht von der Straße als solche erkennbar sein, keinen Straßeneingang aufweisen und über keine Glockentürme verfügen. Erst das Protestantenpatent Kaiser Franz Josephs beseitigte 1861 diese diskriminierenden Einschränkungen. Bis zu diesem Zeitpunkt war bereits eine Anzahl kirchlicher Bauten und Einrichtungen geschaffen worden.[13]

Im Jahr 1783 ersteigerten die Wiener Protestanten die Kirche des aufgelassenen Königinklosters und ließen davor einen Straßentrakt aufführen (1, Dorotheergasse 18), um sie als Kirche von der Straße aus zu verdecken. Unmittelbar neben dieser lutherischen Stadtkirche kauften die Glaubensgenossen des helvetischen Bekenntnisses ein Grundstück und ließen darauf ein Bethaus errichten (1783–84; 1887: Bau der heutigen Kirche). Für die Vorstadtbewohner wurde von 1846 bis 1849 die Gustav-Adolf-Kirche in der Gumpendorfer Straße 129 (Wien 6) erbaut, die prominenten Ringstraßenarchitekten Ludwig Förster und Theophil Hansen zeichneten für die Planung verantwortlich. Im Jahr 1857 wurde vor der Matzleinsdorfer Linie ein evangelischer Friedhof angelegt; bis dahin war auch für Protestanten die Beerdigung auf katholischen Friedhöfen üblich gewesen. Die 1858 bis 1860 von Theophil Hansen im byzantinischen Stil entworfene Friedhofskapelle (10, Triester Straße 1) diente vorerst nur für Beerdigungszwecke, erst 1899 wurde sie zur Gemeindekirche umgestaltet. Für evangelische Angehörige der k. k. Armee öffnete 1861 die Garnisonskirche (Wien 9) im Gebäude der ehemaligen

Schwarzspanier-Klosterkirche ihre Pforten. Weitere Kirchenbauten wurden angesichts des Wachstums der Gemeinde notwendig, die Regierung weigerte sich allerdings, auf den Gründen der Stadterweiterung (Stadtmauer und Glacis) entsprechenden Bauplatz zur Verfügung zu stellen. Erst 1886 erhielten die Protestanten in Währing eine »Predigtstation« mit angeschlossener Schule (18, Martinstraße 25; heutiger Kirchenbau von 1898); weitere Predigtstellen kamen auf der Landstraße (Wien 3; 1894), in Floridsdorf (Wien 21; 1906), der Leopoldstadt (Wien 2; 1909) und in Hietzing (Wien 13; 1913) hinzu, zusätzliche geplante Kirchenbauten scheiterten am Kriegsausbruch.

Die erste evangelische Schule auf Wiener Boden wurde 1797 für beide protestantische Gemeinden (A.B. und H.B.) im neu erbauten Haustrakt der lutherischen Stadtkirche untergebracht. 1813 erhielten die Mädchen eine eigene Schule, 1822 wurde die evangelische Stadtschule den Normalschulen gleichgestellt, 1850 in eine Realschule umgewandelt. Angesichts des starken Zustroms von Schülern kam es zur Gründung von Filialschulen: 1828 außerhalb der Mariahilfer Linie in Fünfhaus, 1837 in Neubau (7, Neubaugasse 45) und 1849 neben der neuen Gumpendorfer Kirche (Wien 6). In den Jahren 1860 bis 1862 entstanden in der Wiedner Hauptstraße (Wien 4) eine evangelische Volksschule für Knaben und Mädchen sowie eine Unterrealschule; das im Stil der italienischen Renaissance konzipierte Gebäude stammt von Theophil Hansen.

Das josephinische Toleranzpatent erlaubte also die Errichtung von Bethäusern und Schulen, nicht aber die Konstituierung einer der katholischen Staatsreligion gleichberechtigten Religionsgemeinschaft. Abgesehen davon, dass sich die Toleranz nur auf Protestanten (A.B. und H.B.) sowie Griechisch-Orthodoxe beschränkte und andere christliche Bekenntnisse, wie etwa die böhmisch-mährischen Brüder, ausklammerte, wurde nur den Katholiken die öffentliche Religionsausübung gestattet.[14] Ferner blieb das »Parochialprinzip« bestehen, wodurch auch die »Akatholiken« – dieser diskriminierende Ausdruck wurde bewusst gewählt – an den katholischen Pfarrer (»parochus ordinarius«) gewiesen waren: Dieser führte die Matriken und hob von a l l e n Bewohnern seines Sprengels die Stolgebühren ein: Die Evangelischen mussten also die Kosten für den eigenen Kultus und zugleich für die Amtshandlungen der katholischen Geistlichkeit entrichten. Immerhin durften die »Akatholiken« Häuser und Güter kaufen. Wollten sie aber das Bürger- und Meisterrecht erwerben, akademische Würden erlangen oder öffentliche Ämter bekleiden, hatten sie um die entsprechende Dispens anzusuchen, und diese konnte, musste ihnen aber nicht gewährt werden. Als Bedingung für die Aufnahme in öffentliche Wohltätigkeits- und Versorgungsanstalten oder in die Wiener Neustädter Militärakademie bzw. in die Theresianische Ritterakademie galt, dass die Kinder katholisch erzogen werden mussten. Spezielle Erschwernisse gab es bei Mischehen: Die Trauung war grundsätzlich durch den katholischen Pfarrer vorzunehmen, die Kinder katholischer Väter wurden automatisch katholisch, den Söhnen akatholischer Väter wurde die Wahl der Konfession freigestellt. Wollten Kinder aus Mischehen konvertieren, so durften Protestanten bereits mit acht Jahren katholisch werden, Katholiken aber erst mit 18 Jahren zum evangelischen Glauben übertreten.

Im Rahmen der Revolution 1848 drängten die Protestanten nach voller Gleichberechtigung, allerdings wollten sie ihre Emanzipation nicht durch Agitation, sondern auf gesetzlichem Weg erreichen. Daher verfassten sie am 5. April 1848 ein Majestätsgesuch,[15] in dem sie alle oben genannten Missstände aufzeigten und den Kaiser um Abhilfe baten. Minister Pillersdorf befürwortete das Majestätsgesuch und verbriefte in der Pillersdorf'schen Verfassung vom 25. April die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, die freie Gottesdienstausübung für anerkannte christliche Bekenntnisse (und für den israelitischen Kultus) sowie das Ende der Dispenspflicht. Der junge Kaiser Franz Joseph erledigte zwar im Jänner 1849 den Großteil des Majestätsgesuches in positiver Weise, das Problem der Mischehen tastete er aber nicht an, da er bereits auf ein künftiges Konkordat hin arbeitete. 1850 gestattete er immerhin die »Nachtrauung«, also die nachträgliche Einsegnung der Ehe durch den evangelischen Pfarrer, sofern ihr eine Konsensannahme durch den katholischen Pfarrer voranging. Das Protestantenpatent vom 8. April 1861 stellte die Gleichberechtigung der Konfessionen endlich auf eine verfassungsrechtliche Grundlage, aber erst im Jahr 1868 wurden auch die Eheschließungen beider Konfessionen gleich behandelt.

Juden in Wien

Die Geschichte der Wiener Juden ist vor der vollendeten Emanzipation 1867 keine bloße Religionsgeschichte, sondern die Geschichte einer scharf umrissenen Gruppe, die sich trotz ihrer Inhomogenität durch eigenes Recht und eigene Gewohnheiten von der übrigen Bevölkerung abhob.[16] Joseph II. hatte die Juden ausdrücklich als »Nation« bezeichnet. Seine Toleranzpolitik gegenüber den Wiener Juden war ökonomisch motiviert und zielte auf deren allmähliche Assimilierung ab. Das führte jedoch zu Konflikten zwischen fortschrittlich und traditionell orientierten Juden. Den Fortschrittlichen ebnete die Toleranzpolitik den Weg in die bürgerliche Gesellschaft, was die Voraussetzung für die künftige Emanzipation war.[17] Der Kaiser gestattete den Wiener Juden alle Handelsaktivitäten, er ermunterte sie zur Gründung von Fabriken, öffnete ihnen alle Lehranstalten und die Universität, gestattete aber nicht den Beruf des Handwerksmeisters und verbot den Bodenerwerb sowie die Gründung einer eigenen jüdischen Gemeinde. 1789 wurde mit Israel Hönig von Hönigsberg der erste Jude geadelt. Grundsätzlich unterschied man in Wien zwischen tolerierten und nicht tolerierten jüdischen Familien: Die Tolerierten genossen unbeschränktes Aufenthaltsrecht in der Stadt, ihre Zahl wurde bewusst klein gehalten – 1787 zählte man 66 tolerierte Familien, 1802 bereits 131 und 1847 insgesamt 197. Die nicht tolerierten Juden bildeten die Masse – sie mussten regelmäßig um Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung ansuchen und zu diesem Zweck an den Linienämtern die »Bolletentaxe« zahlen. Im Jahr 1848 lebten etwa 4.000 bis 5.000 Juden in Wien, die meisten waren aus den Provinzen der Monarchie zugewandert.

Mit dem Regierungsantritt von Kaiser Franz änderte sich die staatliche Judenpolitik abermals: Ein eigenes Judenamt wurde geschaffen, welches den mittelalterlichen Leibzoll, den Joseph II. schon abgeschafft hatte, wieder einführte. Das Amt diente dazu, die Wiener Juden in ständiger Evidenz zu halten und zu kontrollieren; es existierte bis 1848. Parallel dazu wurden fünf so genannte »Vertreter« bestellt, was als Keimzelle einer selbstständigen jüdischen Gemeinde gewertet werden kann und das Selbstbewusstsein der wohlhabenden Wiener Juden hob. Doch zwischen den reichen, fortschrittlichen und den ärmeren, konservativ orientierten Juden tat sich eine immer größer werdende Kluft auf, zumal es auch hinsichtlich der rituellen Religionsausübung unterschiedliche Ansichten gab. Daher wurden 1812 auf Privatinitiative ein Betzimmer, ein rituelles Frauenbad und eine Religionsschule errichtet, um in diesem ersten geistigen Zentrum den Kult zu vereinheitlichen und zu festigen. Doch erst die Eröffnung des jüdischen Tempels[18] im Jahr 1826 (1, Seitenstettengasse 2–4; der Architekt war Joseph Kornhäusel) bescherte den Wiener Juden ein echtes Zentrum und vollzog in der Kultusreform einen Kompromiss zwischen konservativen und fortschrittlichen Juden. Der Tempel signalisierte auch ein neues Selbstverständnis der Wiener Juden.

Inzwischen hatte sich dank der napoleonischen Kriege und der durch sie hervorgerufenen Währungskrise eine jüdische Finanzaristokratie etabliert, die nicht nur gesellschaftlich den Ton angab – als Beispiel sei der Salon von Fanny Arnstein erwähnt –, sondern auch und vor allem das politische System der Reaktion finanziell absicherte. Metternich stützte seine Politik insbesondere auf das Bankhaus Salomon Rothschild.[19] 1821 lebten bereits neun jüdische Adelsfamilien – durchwegs Angehörige der Hochfinanz – in Wien (Arnstein, Eskeles, Herz, Hönigstein, Lämel, Liebenberg, Leidesdorf von Neuwall, Wertheimstein, Rothschild). Diese fanden zwar keinen Zugang zur hochadeligen »Ersten Gesellschaft«, genossen aber zahlreiche Privilegien und solidarisierten sich als Gegenleistung mit der konservativen Staatsführung. Etliche adelige und andere »tolerierte« Juden ließen sich jetzt taufen. Die nicht tolerierten Wiener Juden wurden hingegen von der Obrigkeit repressiv behandelt, weil dieser ein weiterer Zuzug aus den Provinzen nicht erwünscht schien. Dennoch übte Wien eine immer stärker werdende Anziehungskraft aus: Die Zuwanderer erhofften die Emanzipation und Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft.[20] Unter ihnen wuchs eine junge Intelligenzschicht heran, die liberal-demokratisch eingestellt war und alle Beschränkungen aufgehoben sehen wollte. Im Sturmjahr 1848 standen diese Männer von Anfang an in vorderster Front des Geschehens.

Dr. Adolf Fischhof ist der bedeutendste Vertreter einer ganzen Reihe jüdischer Persönlichkeiten, welche sich für die Revolution exponierten.[21] Die meisten waren schlecht bezahlte Mediziner. Auch zwei der fünf Märzgefallenen waren Juden; für sie und die drei Katholiken zelebrierten der katholische Priester Anton Füster und der mosaische Prediger Isak Noa Mannheimer das erste interkonfessionelle Begräbnis in Wien am damaligen Friedhof auf der Schmelz.[22] Allen Beteiligten schien im März 1848 die Emanzipation der Juden eine Selbstverständlichkeit zu sein. Aber niemand hatte damit ge-

rechnet, dass ein moderner, aggressiver Antisemitismus im Entstehen war, der weite Kreise der städtischen Bewohner erfasste: In der Anfangsphase der Industriellen Revolution befand sich das Kapital noch vorwiegend in jüdischen Händen, und innovative jüdische Fabrikanten ruinierten durch ihren Maschineneinsatz einerseits die nicht mehr konkurrenzfähigen, kleinbürgerlichen Gewerbetreibenden, andererseits die Fabrikarbeiter, welche ihren Arbeitsplatz verloren. Kleinbürger und Arbeiter sahen daher im jüdischen Unternehmer ein Feindbild. Der Maschinensturm am 13. März 1848 traf auch tatsächlich vorwiegend jüdisches Kapital. In den Folgejahren wandten sich die Arbeiter allerdings der – nicht antisemitischen – Sozialdemokratie zu, bei den Kleinbürgern hingegen blieb antisemitisches Gedankengut lebendig. Genährt wurde dieses sowohl in Katholikenkreisen, welche die mittelalterliche Ritualmordlegende neu belebten, als auch durch manche gedruckte Medien, die in Pamphleten und Karikaturen Juden als Drahtzieher der Revolution brandmarkten. Dies fiel vor allem beim bürgerlichen Mittelstand auf fruchtbaren Boden, der sich mit dem Fortschreiten der Revolution nach ruhigen, den eigenen Geschäften zuträglicheren Verhältnissen sehnte. Daher gab es kaum Proteste, als nach dem Oktober 1848 die siegreichen Anführer der Reaktion (Windischgrätz, Schwarzenberg) die Vertreter der jüdischen Intelligenz als »fremde Aufwiegler« besonders verfolgten. Im Zeitalter des Neoabsolutismus ebbte der Antisemitismus wieder ab und erhielt erst anlässlich des Börsenkrachs von 1873 neue Nahrung.

Sowohl die Pillersdorf'sche als auch die Kremsierer sowie die oktroyierte Verfassung garantierten die volle Rechtsgleichheit aller Konfessionen. Der junge Kaiser Franz Joseph nannte die Juden einen »Stamm« in der Monarchie und akzeptierte 1849 die »israelitische Gemeinde von Wien«.[23] Ein eigenes Kultusgesetz als Basis einer Kultusgemeinde gab es aber erst 1890. Das 1851 verkündete Silvesterpatent brachte zwar vorübergehend unklare Verhältnisse und neuerliche Einschränkungen hinsichtlich Freizügigkeit, Realitätenerwerb und Ämterfähigkeit der Juden, 1860 aber wurde deren Grundbesitzrecht bestätigt, und im Jahr darauf zogen erstmals drei Juden in den Wiener Gemeinderat ein. Zu diesem Zeitpunkt lebten schon 6.200 Juden in Wien, das waren 2,2 Prozent der Wiener Bevölkerung, 1870 waren es 40.200 (6,6 Prozent), 1880 bereits 72.600 (10 Prozent); bevorzugte Wohngegend war die Leopoldstadt (Wien 2). Der Massenzuzug ließ Glanz und Elend der Wiener Juden deutlich hervortreten.[24] Jüdische Ringstraßenbarone wie Jonas Königswarter oder Eduard Todesco erkämpften eine führende Position in der Gesellschaft, zugleich wuchs aber auch ein jüdisches Großstadtproletariat, das sich vielfach durch Hausierhandel am Leben hielt. Zwischen diesen Extremen entfalteten viele Einzelhändler, speziell im Textil- und Gemischtwarenbereich, ihre wirtschaftliche Tätigkeit, während sich die jüdische Intelligenz der Medizin oder der Juristerei zuwandte. Eine derart heterogene Minderheit spielte auch in kultischer Hinsicht nicht immer im Gleichklang. Die fortschrittlichen liberalen Wiener Juden erhielten mit der Leopoldstädter Synagoge 1858 (2, Tempelgasse 5; Architekt war Ludwig von Förster) ein neues kulturelles Zentrum.[25] Die Orthodoxen bzw. Traditionalisten besuchten ab 1864 den »Schifftempel« bzw. die »Schiffschul« (2, Große Schiffgasse 8).

Der jüdischen Minderheit drohte im 19. Jahrhundert nur eine wirkliche Gefahr: der Übertritt ihrer Mitglieder zum Katholizismus.[26] Der Abfall vom Glauben der Väter zerriss viele Familien, es gab wohl keine jüdische Familie in Wien, die nicht davon betroffen war. In der Zeit von 1784 bis 1868 ließen sich etwa 3.000 erwachsene Wiener Juden taufen; ebenso viele Kinder erhielten im Findelhaus die Zwangstaufe.[27] (Die großen Austrittswellen ereigneten sich freilich erst jeweils knapp vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg.) Die Taufe bedeutete für Juden volle Gleichheit mit der übrigen Wiener Bevölkerung, also freien Bodenerwerb, gesicherten Aufenthalt in der Stadt (vor 1848), freien Zugang zu akademischen Berufen (Juden benötigten für die Zulassung zum Advokatenberuf bis in die 1860er-Jahre eine Sondergenehmigung) usw. Nobilitierten und tolerierten Juden erleichterte die Konversion den Zugang zur Gesellschaft, den Nichttolerierten verlieh sie Rechtssicherheit. Daher finden sich unter den Konvertiten Angehörige aller sozialen Schichten und Berufe: Adelige, Dienstboten,[28] Händler, Fabrikanten, Handwerker, Akademiker usw.

Wiens Kulturlandschaft von 1790 bis 1860

In den Augen und Ohren Europas galt Wien als die Stadt der Musik, der Theater und der Salons. Musik und Theater waren auch die Bereiche, in denen Österreich seine Eigenständigkeit innerhalb des deutschen Raums und seine europäische Geltung beweisen konnte. Ohne im Kontext dieser Stadtgeschichte eine wirkliche Analyse der kulturellen Entwicklungen vorlegen zu können, seien doch – gegliedert nach den Bereichen Musik, Theater, Salons und Malerei – einige Hinweise zu Höhepunkten und Haupttendenzen des Wiener Kulturlebens dieser Epoche geboten.

Musik

Nicht alle bedeutenden schöpferischen Musiker waren Wiener, aber viele wurden zu solchen. Christoph Willibald Gluck (1714–1787) war in der Oberpfalz geboren, Joseph Haydn (1732–1809) in Rohrau an der Leitha (Niederösterreich), Wolfgang Amadeus Mozart (1756–1791) in Salzburg, Ludwig van Beethoven (1770–1827) in Bonn am Rhein. Aber die Reichshaupt- und Residenzstadt zog als ein Mekka der europäischen Musik die bedeutendsten Tonkünstler an.

Die Pflege *sakraler Musik* – eine Aufgabe der Hofmusikkapelle, als deren Zögling der junge Franz Schubert (1797–1828) viel von seiner musikalischen Prägung erhalten hatte – entsprach dem religiösen Sinn und dem Repräsentationsbedürfnis des Herrscherhauses. Die feierlich gestalteten Hochämter waren nicht nur ein Forum der öffentlichen Frömmigkeit, sie kamen auch, ebenso wie die täglich in den Kirchen abgehaltenen Messen, dem Bildungsbedürfnis der Wiener entgegen. Gleichzeitig aber erweckten sie den



Abb. 27: Ein Schubertabend bei Joseph v. Spaun. Zeichnung von Moritz v. Schwind.

Wunsch nach anspruchsvollen musikalischen Veranstaltungen und nach dem Auftreten berühmter Virtuosen und Komponisten, denn der Nachholbedarf an öffentlichen Konzerten und Opern, wie sie in Paris, Venedig oder Leipzig geboten wurden, war sehr groß. Erst mit der Wende zum 19. Jahrhundert hatte Wien diesen Bedarf erfüllt.[29]

1781 kommt Mozart ganz nach Wien, auch Haydn ist nun hier ansässig, 1792 übersiedelt Beethoven in die Kaiserstadt. Mit diesen drei großen Meistern erreichte Wien den Höhepunkt musikalischen Schaffens, den *Wiener Klassikstil*, der neben freier Führung der Stimmen und neuen musikalischen Ausdrucksformen eine reizvolle Anlehnung an die bodenständige Volksmusik bot. Im Spannungsfeld von Klassik und Romantik zeigt sich die Meisterschaft Franz Schuberts *(Abb. 27)*. In Messen, Symphonien, Kammermusikwerken und vor allem in der Liedkunst wird durch ihn Musik zum Ausdruck tiefsten Gefühls.[30]

Die Geburtsstätte der klassischen *Kammermusik* war Wien. Hier erklangen die von Haydn »erfundenen« Streichquartette in adeligen und bürgerlichen Häusern. Der Geigenvirtuose Ignaz Schuppanzigh (1796–1830) erschloss sie der Öffentlichkeit.[31] Im Winter 1804/05 hielt er seine allen zugänglichen Quartettabende als Abonnementkonzerte ab. Veranstaltungen dieser Art setzten sich von da an in ganz Europa durch.

Die Begegnung von klassischer mit der Volksmusik brachte eine besondere Art von *Tanz- und Unterhaltungsmusik* hervor. Joseph Lanner (1801–1843)[32] verdrängte mit sei-

nen Walzerkompositionen das Menuett als Gesellschaftstanz, und der Hofballmusikdirektor Johann Strauß Vater (1804–1849) verbreitete den Wiener Walzer über das tanzfreudige Europa. Mit dem »Radetzkymarsch«, der im Revolutionsjahr 1848 zum ersten Mal ertönte, komponierte Johann Strauß Vater die Melodie seines Lebens.

Der Siegeszug der *Wiener Operette* beginnt mit Franz von Suppé (1819–1895). Suppé, der als Kapellmeister im Theater in der Josefstadt und im Theater an der Wien das Publikum entzückte, war der Erste, den die Singspiele des Franzosen Jacques Offenbach zu eigenen Schöpfungen anregten. Er verstand es, dem neuen Genre eine spezifisch wienerische Tönung zu geben. 1860 trat Suppé mit seiner ersten Operette »Das Pensionat« an die Öffentlichkeit, 1879 erlebte er mit »Boccaccio« den Gipfel seines Schaffens.

In den Jahren des Vormärz kamen viele Musiker aus dem Ausland und aus den Ländern des Deutschen Bundes nach Wien,[33] unter anderen Carl Maria von Weber, Robert Schumann und der uneingeschränkte Liebling des Wiener Publikums, Gioacchino Rossini. Am Konzertpodium tauchte als leuchtender Stern Franz Liszt (1811–1886) auf. Er liebte den Effekt und das hochromantische Pathos und beeinflusste nachhaltig die Entwicklung der Programmmusik. Aber sie alle waren zu Besuch in Wien und nicht hier zu Hause.

Im Jahre 1812 wurde die *Gesellschaft der Musikfreunde* gegründet.[34] Ihre Aufgabe war es, das während der napoleonischen Kriege darniederliegende Musikleben zu fördern. Ihre Mitglieder, Adelige und Bürger gemeinsam, stellten die musikalische Produktion auf eine vereinsmäßige Basis. Damit löste sich der Komponist von seiner Bindung an den adeligen Mäzen und wurde zum freischaffenden Künstler. Die Konzerte fanden zuerst in der Winterreitschule statt, ab 1830 im Haus »Zum roten Igel« in den Tuchlauben. Die Grundsteinlegung des ersten Musikvereinsgebäudes erfolgte 1835 in den Tuchlauben. Jahrzehnte später, 1870, wurde dann das von Theophil Hansen erbaute Musikvereinsgebäude eröffnet.

Zunächst bestanden in Wien nur zwei Ensembles, denen man höchstes musikalisches Niveau zusprechen konnte: die Mitglieder der Hofmusikkapelle und die Mitglieder der Hoftheater. Mit Letzteren begründete 1842 der an der Hofoper im Kärntnertortheater tätige Hofkapellmeister Otto Nicolai (1810–1849) die *Philharmonischen Konzerte*[35] und rief damit eine Musiktradition ins Leben, die bis heute Gültigkeit hat.

Theater

Wiens Vorbildfunktion innerhalb des deutschsprachigen Raumes gründete sich sowohl auf die Vielzahl seiner Theater[36] als auch auf die Theaterfreudigkeit des Wiener Publikums.[37] Das Jahr 1791 brachte mit der Erstaufführung von Mozarts letzter Oper »Die Zauberflöte« (30. September 1791, Freihaustheater auf der Wieden) einen zukunftsweisenden musikalischen Höhepunkt; wenige Monate später (5. Dezember) war das bis

heute unfassbare musikalische Genie tot. Die »Zauberflöte« war in jedem Fall das Vermächtnis des Komponisten, das weit in die Zukunft wies. Den Text hatte Mozarts freimaurerischer Logenbruder, Johann Emanuel Schikaneder (1757–1812), im geistigen Einverständnis mit dem Komponisten verfasst.[38] Der in Straubing (Bayern) geborene Schikaneder, Schauspieler, Sänger und Theaterdichter, war 1785 nach Wien ans Hofburgtheater gekommen. Er hatte 1789 die Leitung des Wiener Freihaustheaters übernommen und gründete 1801 das Theater an der Wien.[39] Seine dichterische Begleitung zu Mozarts Musik ist im Stil des Altwiener Volksstückes verfasst, gedanklich aber weist sie weit über das herkömmliche Zauberspiel hinaus: Der Inhalt erhebt sich zum ethisch-moralischen Gehalt, nämlich zur Besserung und Läuterung der Figuren nach etlichen Prüfungen. Der Urkonflikt zwischen Finsternis und Licht, zwischen Empfindung und Vernunft wird in der Weltsprache der Symbole ausgeglichen. Zwei Reiche etablieren sich auf der Bühne: die Welt des realen Diesseits (Papageno) und die Überwelt der Allegorie und des Mythos (Sarastro, Königin der Nacht). Über beiden steht das Vertrauen auf den Sieg des Guten in einer menschlichen und kosmischen Ordnung.



Abb. 28: Ferdinand Raimund um 1820. Ölgemälde von Christoph Frank.

Zwei Reiche finden wir auch in der Dichtung Ferdinand Raimunds (1790–1836) *(Abb. 28)*. In der Nachfolge des großen barocken Dramas, dessen Handlung sich im Diesseits und im Jenseits vollzieht, vereinigte er die volkstümliche mit der hohen Stilebene. Wie in der Realität steht in seinen Dichtungen eine höfisch-großbürgerliche Oberschicht (die Geister- und Feenwelt) einer sozialen Unterschicht (den Menschen) gegenüber. Die Geisterwelt hat eher den Charakter eines großbürgerlichen Salons, in dem geplaudert, geklatscht und Karten gespielt wird. Wir erfahren von guten und bösen Zauberwesen (Zufriedenheit, Hass und Neid), den Menschen aber wird aufgetragen, dem Guten zum Sieg zu verhelfen. Feen oder ein märchenhafter Alpenkönig beobachten die Erdenbürger mit ihren Unzulänglichkeiten und unterziehen sie manchen Prüfungen, bis sie Selbstbescheidung, Selbsterkenntnis und Zufriedenheit gelernt haben. Aus den altvertrauten Typen des Volksschauspieles schuf Raimund echte Charaktere, lebendige Menschen (»Das Mädchen aus der Feenwelt oder der Bauer als Millionär«; »Der Alpenkönig und der Menschenfeind«; »Der Verschwender«). Mit seinen heiteren



Abb. 29: Johann Nestroy als „Weinberl", 1845. Aquarell von Johann Christian Schoeller.

und ernsten Rollenliedern, die Wenzel Müller (1759–1835), zum Teil aber auch Raimund selbst vertonten, gelang ihm eine großartige poetische Verdichtung. Die Aufführungen, in denen der Autor oft auch als Schauspieler mitwirkte, fanden im Leopoldstädter Theater, im Freihaustheater und im Theater in der Josefstadt[40] ein begeistertes Publikum.

Raimunds optimistischer Vorstellung von der Besserungsmöglichkeit der Menschen steht der statische Pessimismus eines Johann Nepomuk Nestroy (1801–1862) gegenüber: Die Menschheit ist im Grunde unverbesserlich. Nestroy setzte die subversive kritische Tradition der Lokalposse fort, aber mit solcher Meisterschaft der Sprache und des Sprachwitzes, dass sich Spott und Satire in Vergnüglichkeit auflösen. Bei ihm wurde die Posse zum Zeitstück, das alle zeitlichen Umstände überlebte. Wie ein Forscher und Sammler beobachtete er die menschliche Befindlichkeit und Unzulänglichkeit und fixierte sie (»Lumpazivagabundus«, »Der Talisman«, »Der Zerrissene«, »Freiheit in Krähwinkel«). Nestroy trat wie auch Raimund als Schauspieler auf *(Abb. 29)* und wirkte von 1854 bis 1860 als Direktor des von ihm gepachteten Carltheaters (Wien 2). Er war auch ein Meister der Travestie und Parodie. Im »Tannhäuser« ironisierte er Richard Wagners Oper, mit »Judith und Holofernes« wurde der aus Dithmarschen stammende Dichter Friedrich Hebbel (1813–1863) kritisch apostrophiert, der sich seit 1845 in Wien aufhielt. Durch seine Heirat mit der Burgschauspielerin Christine Enghaus war Hebbel dem Burgtheater verbunden. Seine Frau war auch die Hauptdarstellerin seiner Dramen (»Judith«, »Maria Magdalena«, »Die Nibelungen«).

In den Programmzetteln der Volksbühnen fanden sich neben Geister- und Ritterdichtungen, Familienschauspielen und Konversationsstücken vor allem Lustspiele. Adolf Bäuerle (1785–1859) verschaffte in seinem Lustspiel »Die Bürger von Wien« dem Parapluiemacher Chrysostomus Staberl eine bleibende Erinnerung. Staberl verkörpert den typischen Wiener Spießbürger mit seiner oberflächlichen Genussfreudigkeit und seiner ironischen Beobachtung der Weltgeschichte. Bäuerle hatte ein literarisches Vorbild in den »Eipeldauerbriefen«[41] Joseph Richters (1749–1813), dem eigenartigsten Witzblatt, das Wien je hatte: Unter der Maske eines Dorfjungen aus Eipeldau (wohl: Leopoldau, heute: Wien 21) enthüllen die Briefe mit Spott, Witz, aber

auch mit Interesse am sozialen Alltag die Entwicklung Wiens in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht.

Während die Volkskomödien von den hohen Instanzen nicht sehr ernst genommen wurden und sich so manche politische Dreistigkeit erlauben durften, unterlag das Burgtheater der schärfsten Zensur.[42] Alle »verfänglichen« Stellen wurden gestrichen oder ins Unverständliche verändert. Erlaubt war das Konversationsstück, für das August Freiherr von Steigentesch (1774–1826)[43] eine gewandte Feder führte. Da er als Generalmajor und Diplomat viel in gehobenen Schichten verkehrte, fand er auch den richtigen Ton, um lokale und gesellschaftliche Zustände zu beleuchten.



Abb. 30: Franz Grillparzer 1844. Ölgemälde von Ferdinand Georg Waldmüller.

Ein österreichischer Schriftsteller ist wohl das meistgequälte Geschöpf auf Erden. Er darf keine wie immer benannte Regierung angreifen, auch keine Minister, keine Behörde, nicht die Geistlichkeit oder den Adel, er darf nicht freisinnig, nicht philosophisch, nicht humoristisch, kurz, er darf gar nichts sein.[44] Der solches schrieb, war ein entlaufener Ordensbruder namens Karl Postl (1793–1864), der sich Charles Sealsfield nannte. Sein Fluchtziel war Amerika, dessen Freiheitsliebe und Tüchtigkeit er später als Erzähler dem rückständigen Europa kraftvoll vor Augen führte (»Das Kajütenbuch«). Nach dem alten Kontinent zurückgekehrt, bereiste er viele Länder und verfasste für seine einstige Heimat das Buch: »Austria as it is or Scetches of Continental Courts« (1828), eine harte Abrechnung mit den politischen Zuständen.

Wie bewältigten die Künstler nun wirklich die Unbilden ihrer Zeit? In Deutschland hatten sich junge Literaten rebellisch gegen die Machtansprüche des absolutistischen Regimes gewehrt und sich trotz harter Strafen nicht einschüchtern lassen. In Österreich ging man andere Wege: Der Dichter Anastasius Grün (Anton Alexander Graf Auersperg, 1806–1876) tadelte das Metternich'sche System in seinem Gedichtzyklus »Spaziergänge eines Wiener Poeten« nur verhalten und ließ das österreichische Volk als höflichen Bittsteller lediglich verlangen: »Dürft ich wohl so frei sein, frei zu sein!« Von Aufruhr ist hier nicht die Rede, der »bescheidene Klient« trägt auch keinen Dolch verborgen. Es gab keine laute Empörung. Der Ausweg vieler Dichter war die Flucht:[45] Flucht ins Märchen, wie sie Raimund in seinem Vertrauen auf die Besserungsfähigkeit der Menschheit, sogar der Staatsbürger, unternahm; Nestroys Flucht vollzog sich

in der Übertreibung, denn seine Menschen waren insgesamt so miserable Charaktere, dass die staatliche Kritik kaum Anhaltspunkte fand; einen vergeblichen Fluchtversuch nach Amerika, dem Traumland der Freiheit, hatte auch der Dichter Nikolaus Lenau (1802–1850) unternommen.

Franz Grillparzer (1791–1872) *(Abb. 30)* fand diese Wege nicht. Er musste ausharren und litt daher besonders schwer unter seiner Zeit. Grillparzer verband seine psychische Verfassung mit der Sorge um die durch Zensur und Polizeiüberwachung gefesselte Donaumonarchie. In seinen Werken finden sich immer wieder unüberhörbare politische Anspielungen und Mahnungen. Aber die Erhaltung Österreichs als Vielvölkerstaat war ihm letztlich wichtiger als die Erfüllung subjektiver Wünsche nach Freiheit. Sein dramatisches Schaffen bewegt sich im Wesentlichen in drei Kreisen: Sagen- und Märchenhaftes (»Die Ahnfrau«, »Der Traum ein Leben«, »Libussa«), hellenistisches Seelendrama (»Sappho«, »Des Meeres und der Liebe Wellen«, »Das goldene Vlies«), geschichtliche Staatstragödien (»König Ottokars Glück und Ende«, »Ein Bruderzwist in Habsburg«). Grillparzer ist Seher und Warner seiner Zeit. Er selbst erlebt den politischen Umsturz in der Gesellschaft, den Übergang vom aristokratischen zum bürgerlich-kapitalistischen Zeitalter; sein pessimistisches Fortschrittsmisstrauen stellt der Mitwelt das Risiko einer Veränderung vor Augen, den drohenden Aufstieg von der Massengesellschaft zur Massenherrschaft (»Ein Bruderzwist in Habsburg«). In »Libussa«, dem Mythos von der Gründung Prags, zeigt der Dichter das männliche und weibliche Prinzip als Grundform des Menschseins in der Geschichte, zugleich aber auch die Unmöglichkeit von Harmonie und dauerhaftem Frieden. Im Kampf zwischen Mann und Frau gelangt das männliche Prinzip zur Herrschaft, und das heißt: Recht und Gesetz statt Gnade. Warnend verkündet die Seherin Libussa die Zukunft einer auf Naturferne, Geldjagd und Erfolgsgier basierenden entgötterten Gesellschaft.

Obwohl Joseph Schreyvogel (1768–1832), seit 1814 Leiter des Burgtheaters, Grillparzer förderte, ja meinte, ihn »entdeckt« zu haben, wurde der Dichter in seinen Werken vielfach nicht verstanden (»Weh dem der lügt«). Die Publikumsgunst gehörte anderen Dramatikern, vor allem Grillparzers erfolgreichem Rivalen um die Direktion der Wiener Hofbibliothek, Friedrich Halm (eigentlich: Eligius Franz Freiherr von Münch-Bellinghausen, 1806–1871). Halm schrieb bühnenwirksame, rhetorisch wohlklingende Theaterstücke, die dem allgemeinen Geschmack entgegen kamen (»Griseldis«, »Der Fechter von Ravenna«).

Fast unberührt vom Druck der Zensur verfasste Eduard Bauernfeld (1802–1890), der »Hausdichter« des Burgtheaters, seine Werke. Bauernfelds umfangreiches Schaffen bedeutet einen Höhepunkt in der Entwicklung des deutschen Lustspiels. Er bildete den Mittelpunkt eines Kreises, der in ihm den Hort des Liberalismus verehrte. So durfte er sich erlauben, in seiner Satire »Großjährig« die zeitgenössische Erziehung zur Unselbstständigkeit und Unterwürfigkeit anzuprangern. Sein Revolutionsstück, »Die Republik der Tiere«, mit dem tragischen Resultat: »Es bleibt alles beim Alten«, ist von tiefer symbolischer Bedeutung. Die Wiener Gesellschaft wird auch in seinen

späteren Werken mit heiterer Kritik dargestellt und bloßgestellt (»Der literarische Salon«).

Das Jahr 1848 enthüllte einen erstaunlichen Mangel an politischer Urteilsfähigkeit bei den meisten österreichischen Dichtern. Anfangs zeigte sich ein leicht entflammter Enthusiasmus über die gewonnene Freiheit, dieser wechselte bald zu Abscheu und Furcht vor der Anarchie, um schließlich in der Sehnsucht nach dem Althergebrachten zu verdämmern. So beurteilten Bauernfeld und Grillparzer die Märztage als Manifest von Unordnung und zielloser Opposition, die Siege Radetzkys aber wurden gepriesen und mit ihnen die Wiederherstellung der Ordnung gefeiert: *Is der Raptus vorbei, dann werden's dasig und wir fangen's mit der Hand; da wolln wir's hernach recht zwicken, das Volk.* (»Freiheit in Krähwinkel«)[46] Damit zog Nestroy einen Schlussstrich unter die Ereignisse des Revolutionsjahres.

Wiener Salons

Es gibt kaum ein Ding in neuester Zeit, das so vieldeutig geworden, das so verbraucht und verpönt worden, als der Salon; jetzt gibt es juridische, ästhetische, politische, radikale, konservative, Damen-, Herren-, Friseur- und Schneidersalons, während ich in den glücklichen Tagen meiner Kindheit keinen anderen kannte als unseren Gartensalon, der acht hölzerne Säulen hatte und rot angestrichen war.[47] Das Landkind Adalbert Stifter (1805–1868) hatte als Student und Erzieher hochadeliger Kinder die Wiener Salons, vor allem die literarischen, kennen gelernt. In den ersten Jahren seines Wiener Aufenthaltes charakterisierte er sie nicht sehr liebenswürdig: *Auch ganz unbedeutende Gesellschaften, wo Ästhetik getrieben, mit verteilten Rollen gelesen wird, […] wo aufsprossende Genies ihre ersten Versuche vorlesen, wo man raucht, wo ein Sofa steht, auf dem eine Hausfrau sitzt, die Tee anbieten und um das Befinden fragen kann – alles das heißt man schon einen Salon.*[48]

Nach französischen und deutschen Vorbildern hatte sich Ende des 18. Jahrhunderts auch in Wien das regelmäßige gesellige Beisammensein im Salon einer Dame der Gesellschaft entwickelt.[49] Der Begriff »literarischer Salon« ist stets mit einem weiblichen Gastgeber verbunden, der die Pflege verfeinerter gesellschaftlicher Kultur, insbesondere der zwanglosen Konversation und der künstlerischen Darbietungen übernahm und ernsthafte Probleme durch weiblichen Charme entschärfte. An der Geschichte der Salons und ihrer Besucher lässt sich der Stilwandel von der Aufklärung bis zum Biedermeier und darüber hinaus vor Augen führen. Unter den zahllosen Salons seien einige der bedeutendsten genannt: Der Treffpunkt einer aufklärerischen Jugend war Ende des 18. Jahrhunderts der *Salon Greiner*. Charlotte von Greiner (1740–1815), einst Kammerfrau und Vorleserin Maria Theresias, gründete den ersten literarischen Salon in Wien. Denn die Salons der Hocharistokratie waren streng in sich abgeschlossen und wenig bereit für die Aufnahme nicht standesgemäßer künstlerischer »Wunderkinder« oder aufsässiger Patrioten. Diese Aufgabe hatte die Gesellschaft des niederen Adels und



Abb. 31: Fanny v. Arnstein 1819. Lithographie von Louis v. Pereira-Arnstein.

des gehobenen Bürgertums, die »zweite Gesellschaft«, auf sich genommen. Im Salon Greiner verkehrten unter anderen der Rechtsreformer Joseph von Sonnenfels, der Maler Anton Füger, auch Mozart ließ sich manchmal blicken. Ein gern gesehener Gast war der Textdichter der Kaiserhymne, Leopold Haschka.

Als Folge der Französischen Revolution verschärfte das österreichische Polizeiregime die Zensur, was eine beträchtliche Einschränkung des freien Gedankenspiels zur Folge hatte. Der Siegeszug der Aufklärung wurde aufgehalten durch die Schreckensberichte aus Frankreich und durch die Eroberungsgelüste Napoleons. Damit und durch das völlig unsichere Weltgeschehen war der Weg vom aufgeklärten Rationalismus zum romantischen Patriotismus schon vorgezeichnet. Im *Salon Arnstein* konnte man ihn nachvollziehen. Fanny von Arnstein, geborene Itzig (1758–1818), war als interessierte Teilnehmerin der Berliner Salons aufgewachsen. Sie heiratete den Bankier Nathan von Arnstein und zog mit ihm nach Wien. Fanny Arnstein *(Abb. 31)* galt als eine der schillerndsten Frauen im kulturellen Leben ihrer Zeit: Obwohl Preußin und Jüdin, schaffte sie es, ihr Heim zum Treffpunkt des Wiener Kulturlebens zu machen. Über historische Vorträge und Werke neuer Dichter wurde leidenschaftlich diskutiert, nicht selten wurde von hier aus die allgemeine Meinung und Kritik verbreitet, denn noch war die Macht der Medien gering. Fanny Arnstein war eine leidenschaftliche Patriotin und seit Napoleons Eroberungskriegen Franzosenhasserin. Sie unterstützte den Tiroler Freiheitskämpfer Joseph Speckbacher und galt als treue Anhängerin des Kaisers. Es sei noch erwähnt, dass in ihrem Hause der erste Weihnachtsbaum Österreichs stand.

Im *Salon der Karoline Pichler* (1769–1843) fanden alle Zeitströmungen ihr Echo. Karoline Pichler war die Tochter von Charlotte Greiner. In ihrem Salon, in dem auch die Mutter noch in hohem Alter präsidierte, kamen die Anhänger des Josephinismus, die Patrioten ebenso wie die jungen Romantiker zusammen. Auch fast alle Poeten und bildenden Künstler des Biedermeier fanden hier ein Zuhause. Karoline Pichler, selbst eine erfolgreiche Schriftstellerin (Theaterstücke; ein antikisierender Briefroman »Agathokles«), verstand es, die höheren Geisteswerte an ein Durchschnittspublikum zu vermitteln. Sie war die Begründerin des historischen Romans (»Die Belagerung Wiens 1683«; »Die Schweden in Prag«), noch bevor die Werke Walter Scotts die österreichische Literatur beeinflusst hatten. Bemerkenswert sind ihre »Denkwürdigkeiten«[50] und die

»Zeitbilder«, in welchen die bewegte Gegenwart anschaulich vermittelt wird. Als Gast ihres Salons inspirierte der Historiograph und unermüdliche Anreger einer vaterländischen Literatur, Joseph Freiherr von Hormayr (1781–1848), die Dichter Joseph Collin (1781–1811) und Ignaz Franz Castelli (1781–1862) zu ihren »Wehrmannsliedern«. Joseph Collin, der Verfasser heroischer Theaterstücke (»Regulus«, »Coriolan«), hatte zeit seines Lebens die begeisterte Zustimmung und Liebe des Wiener Publikums genossen. Sein von Füger entworfenes Grabdenkmal in der Karlskirche legt davon Zeugnis ab. Ignaz Franz Castelli musste wegen seines Wehrmannsliedes, dem »Kriegslied für die österreichische Armee«, vor dem Zorn Napoleons nach Ungarn flüchten. Später wurde er Hoftheaterdichter und Kritiker, schrieb für das Kärntnertortheater rund zweihundert Stücke und neben einem Mundartlexikon auch Mundartgedichte; er gilt als Hauptvertreter des Wiener Biedermeier. Castelli war Begründer der »Ludlamshöhle« (1819), jener bekannten Wiener Dichter- und Künstlervereinigung, der unter anderen Grillparzer angehörte,[51] aber er trat auch als Gründer des Tierschutzvereins hervor.

Als nach dem Niedergang Preußens (1807) die Deutschen ihre Hoffnung auf Österreich setzten, bildete Wien den geistigen Mittelpunkt der Romantik. Obwohl diese Stilrichtung dem österreichischen Wesen im Grunde nicht entsprach, stellten die Romantiker mit ihrer Hinneigung zum Katholizismus die Verbindung zur österreichischen Glaubenswelt und damit zur romantischen Geisteswelt her. Der Kreis um den Redemptoristen Clemens Maria Hofbauer (1751–1820) gestaltete sich als Gegenpol zum Josephinismus. Seine Anhänger bekannten sich »zu den geistig-seelischen, gesellschaftlich in die staatliche wie in die kirchliche Gemeinschaft umsetzbaren religiösen Forderungen«.[52] Friedrich Schlegel (1777–1829), der als Konvertit in den österreichischen Staatsdienst getreten war, förderte im literarischen Bereich die Tendenzen Hofbauers. Friedrich Schlegel verkehrte ebenso wie sein Bruder Wilhelm August im Salon Pichler. Eine auffallende Erscheinung war dort der Dramatiker Zacharias Werner (1768–1823), ebenfalls ein Mitglied des Hofbauerkreises. Er war zunächst Vertreter einer konsequenten Romantik (Schicksalsdrama »Der 24. Februar«), später wurde er als Konvertit katholischer Priester. Auch Dorothea von Schlegel, geborene Mendelssohn (1764–1819), verzichtete nicht auf einen Salon, in dem ihr Gatte Friedrich, der »Großsiegelbewahrer der Romantik«, fast immer anwesend war. In ihrem Kreis verkehrten unter anderen Joseph Freiherr von Eichendorff und der Maler Peter Fendi.

Henriette Pereira-Arnstein (1780–1859), Fanny Arnsteins Tochter, hatte ihren eigenen Salon eröffnet und begrüßte als Lieblingsgast den jungen Theodor Körner (1791–1813), der vor ihren Besuchern Szenen aus seinem Drama »Zriny« vorlas. In seinem Gedichtband »Leier und Schwert« fand die Befreiungslyrik die höchste Krönung. Oft kam auch der Dichter und Arzt Ernst Freiherr von Feuchtersleben (1806–1849); sein Werk »Zur Diätetik der Seele« sollte die Hypochondrie der bildungsmüden Mitteleuropäer heilen: Durch das Gleichgewicht des Gemütes wird die Gesundheit des Leibes bewahrt.

Adalbert Stifter lobte den *Salon Pereira, … in dem sich die fremdartigsten Ansichten vertreten finden, ohne dass je Störung und Disharmonie entstände, weil nur Gründe mit Gründen,*

nie aber Menschen mit Menschen kämpfen.[53] Stifter, der lange zwischen seiner Berufung zum Maler oder zum Dichter geschwankt hatte, verstand es, das malerische Element, die Luft- und Lichtprobleme, in seine Dichtung einzubauen. In der Wechselbeziehung von Mensch und Natur gelangen ihm nicht nur vollendete Landschaftsschilderungen, sondern auch die Darstellung und Überwindung eines hintergründig drohenden Schicksalsbewusstseins (»Studien«, »Bunte Steine«). Da Stifter die politischen Ziele der 1848er-Revolution wohl bejaht hatte, aber vor jeder Gewalt zurück schreckte, versuchte er im Erlebnis der Natur einen Ausgleich zu finden. In seiner Dichtung erschließt sich uns aber nicht nur eine sanfte, harmonische Natur, sondern mitunter auch eine schreckliche: Sonnenfinsternis und Eiseskälte, sengende Hitze und Dürre begegnen dem Menschen und fordern seine Bewährung (»Die Mappe meines Urgroßvaters«). Dem Einbruch chaotischer Kräfte, der Entfesselung der Gesellschaft, setzte der Dichter sein »sanftes Gesetz« entgegen, nach dessen Willen jeder *geehrt, geachtet, ungefährdet neben dem Anderen bestehe.* Im Roman »Der Nachsommer« handeln die Personen nach dieser Norm. Im »Witiko« wird das langsame Heranreifen eines jungen Edelmanns und seiner Landsleute zu einer echten staatlichen Gemeinschaft geschildert.

Als nach dem Wiener Kongress die Zensur die »Gefährdung der guten Sitten« sowie die Gefährdung des Staates immer intensiver überwachte, zogen sich die Künstler in die private Idylle zurück. Der Salon des *Biedermeier* wurde Bewahrer und Förderer des kulturellen Lebens. Hier entfaltete sich die Blüte der Musik (»Schubertiaden«) und Malerei (Schwind, Daffinger, Waldmüller), hier verkehrten Grillparzer und Raimund, auch Bauernfeld, obwohl er sich in einem späteren Stück undankbarerweise über die Salons lustig gemacht hatte (»Der literarische Salon«). Um 1830 bahnte sich das Ende der geistreichen Salons an. Ein Wandel der Gesellschaft und Geselligkeitsformen vollzog sich. Männer und auch Frauen gingen lieber ins Kaffeehaus, der Machtfaktor Zeitung bestimmte zunehmend das Urteil über Kunst und Literatur.

Ein Ausklang der alten Institution war der *Salon der Ottilie von Goethe*, geborene Pogwisch (1796–1872). Die Schwiegertochter des Weimarer Dichters hatte sich nach dem Tod ihres Gatten, August von Goethe, in Wien niedergelassen und einen eigenen Salon gegründet. Bei ihr verkehrte Joseph Freiherr von Hammer-Purgstall (1774–1856), der Begründer der modernen Orientalistik *(Abb. 32).* Seine metrische Übertragung des persischen Dichters Hafis hatte Goethe zum »Westöstlichen Diwan« angeregt. Hammer-Purgstalls Grabschrift auf dem Friedhof zu Weidling lautet: *Hier ruht der literarische Eroberer des Orients.* Ein weiterer Besucher des genannten Salons war Nikolaus Lenau (Nikolaus Niembsch Edler von Strehlenau, 1802–1850). Vor Zensur und Unterdrückung hatte er sich in die Vereinigten Staaten von Amerika, das Land der Freiheit, geflüchtet, war aber tief enttäuscht von dem aufreibenden Konkurrenzkampf und der nüchternen Erfolgsjagd der Amerikaner nach Österreich zurückgekehrt.[54] Seine Lyrik aber gewann durch das Erlebnis der Neuen Welt einen unerschöpflichen Vorrat der herrlichsten Bilder. Nun waren es neben der österreichischen Landschaft und der ungarischen Puszta die Urwälder Amerikas, in denen der Dichter die tiefe Schwermut seines Lebensgefühles

ausdrückte. In seinen epischen Dichtungen »Die Albigenser« und »Savonarola« setzte sich Lenau mit weltanschaulichen Fragen auseinander, im dramatisch-lyrischen Werk »Faust« gestaltete er das Irrewerden des Menschen an sich selbst.



Abb. 32: Josef Frh. v. Hammer-Purgstall um 1815. Zeichnung von Thomas Lawrence.

Wie eine verborgene Strömung unter dem Optimismus der Aufklärung und dem biedermeierlichen Zufriedenheitsideal keimte im Bewusstsein der jungen Künstler der 1820er- und 1830er-Jahre das Gefühl von weltschmerzlicher Melancholie, Resignation und Selbstaufgabe (man denke an Schuberts »Winterreise«, Nestroys »Der Zerrissene« und in letzter Konsequenz Raimunds Selbstmord, als Heilungsversuch an Feuchterslebens »Diätetik der Seele«). Lenau empfand und erlebte den Verlust tradierter Werte und die drohende Vereinsamung des Menschen bis zur Selbstzerstörung. Sein Leben endete in der Heilanstalt Oberdöbling (Wien 19).

Die alten Salons waren Zentren geistiger Bewegung gewesen, die neuen waren weltanschaulich nicht fixiert, sie beschränkten sich vorwiegend auf geistreiche Unterhaltung und Repräsentation. Die große Tradition als Mäzen und Förderer der Künste übernahm im liberalen Zeitalter unter anderen der *Salon des Bankiers Leopold von Wertheimstein* (1801–1883). In seinem Haus fand eine junge Frau freundliche Aufnahme: Betty Paoli (eigentlich: Barbara Elisabeth Glück, 1813–1894). Die nach einer sehr schweren Jugend aus Russland heimgekehrte Dichterin erregte durch ihre lyrische Begabung Aufsehen. Ihre in strenger, vollendeter Form verfassten Gedichte lassen schon Anklänge an den Impressionismus erkennen. Ihre Novellen (»Die Welt und mein Auge«) haben ihre eigene Seelengeschichte zum Gegenstand. Betty Paoli, eine hochgebildete Frau, war auch als erfolgreiche Übersetzerin tätig. Sie lernte die bedeutendsten Künstler ihrer Zeit kennen. Besonders verehrte sie Adalbert Stifter, dem sie in einem Gedicht huldigte.[55]

Malerei

Wie die Musiker und Dichter waren auch die Maler in den Salons gern gesehene Gäste. Sie wussten ihre schöne Gastgeberin zu porträtieren, manchmal auch einen der zahl-

reich erschienenen Almanache mit ihren Vignetten zu zieren. Im Salon Greiner verkehrte der Maler Friedrich Heinrich Füger (1751–1818), hervorragend im Großen wie im Kleinsten. Von Füger stammt der Entwurf für Collins Grab in der Karlskirche; sein Bestes leistete er in Miniaturen, den kleinsten Bildnissen auf Elfenbein. Als Direktor der kaiserlichen Gemäldesammlung vertrat er die Ideale des *Klassizismus* und geriet mit seiner traditionellen Malweise in immer stärkeren Gegensatz zur jungen Generation. Die bildenden Künste standen ja noch in Abhängigkeit von den literarischen Ideen. Klassik und Romantik waren um die Jahrhundertwende die dominierenden Geistesbewegungen des Abendlandes. Aber allmählich begann im Wechselspiel von vergeblich bewahrter Tradition und zaghaftem Vormarsch in die neue Zeit die Herrschaft des *Realismus*. Die klassische und romantische Malerei war Gedankenkunst, christliche Religion und Mittelalter ihre Hauptmotive. So sahen die bildenden Künstler ihre Aufgabe in einer »katholischen Restauration«, welche die durch die Aufklärung angefeindete Dominanz der an Rom orientierten Kirche wieder herstellen wollte.

Der 1809 in Wien gegründete »Bund der Lukasbrüder« rebellierte gegen die starren, formalistischen Forderungen der Wiener Akademie der bildenden Künste, deren Leitung Füger innehatte. Von Wien aus zogen die jungen Maler nach Rom, um dort voll religiöser Andacht in größter Naturtreue »natürlicher als die Natur« zu malen. Ihr Spottname »Nazarener« wurde bald zum Ehrennamen.[56] Unter ihnen ragt Joseph Führich (1800–1876), auch er ein Gast des Salons der Karoline Pichler, als streitbarer christlicher Ritter hervor. Nach seinen Entwürfen entstand der Freskenzyklus in der Wiener Altlerchenfelder Kirche. Der romantischen Liebe zum Mittelalter huldigte der in Wien geborene Maler und Zeichner Moritz von Schwind (1804–1871), ein Freund Bauernfelds, Lenaus und Schuberts. Schwind ist der eigentliche Märchenerzähler unter den deutschen Malern (»Rübezahl«, »Die sieben Raben«). Er hat aber auch als Zeichner viele Szenen des Wiener gesellschaftlichen Lebens (z. B. Schubertiaden) festgehalten *(Abb. 27, S. 159)*. Seine Fresken zu Mozarts Zauberflöte sind im Foyer der Wiener Staatsoper zu sehen.

Die Entdeckung der österreichischen Landschaft ist das Verdienst der *Romantiker*. Immer schon hatte es die Wiener wandernd oder im Zeiselwagen in die Natur hinausgezogen. Nun empfand man auch die malerischen Werte der Landschaft. Das Reich der Natur zu erobern war ein besonderes Anliegen vieler Künstler des Biedermeier,[57] wobei sie auch versuchten, die furchtbare Natur mit Gewittern und Seestürmen zu veranschaulichen. Erwähnt seien Joseph Franz Danhauser (1805–1845), Friedrich (von) Amerling (1803–1887) und Friedrich Gauermann (1807–1862). In der Darstellung der landschaftlichen Elemente wird auch die realistische Neigung dieser Epoche sichtbar. Die Beobachtung des Lichtes und der Luft war für Ferdinand Waldmüller (1793–1865), gleich bedeutend als Landschafts-, Porträt- und Genremaler, das Problem seines Lebens *(Abb. 33)*.

Die Wiedereröffnung der kaiserlichen Gemäldesammlung im Belvedere machte die Wiener mit dem holländischen Sittenstück bekannt, und bald entwickelte sich in Ös-



Abb. 33: Ferdinand G. Waldmüller, Selbstporträt 1828.

terreich eine eigene Kunstgattung, die Genremalerei. Sie ist gemalte Erzählung, aber die Erzählung ist nicht Realität, sondern eine idealtypische künstlerische Überhöhung. Der Betrachter soll gerührt, belehrt und zur moralischen Einkehr gebracht werden. Peter Fendi (1796–1842) wird in den Memoiren der Karoline Pichler erwähnt. Er war bevorzugter Kinderporträtist und Zeichenlehrer des Wiener Hofes und führte die Aquarelltechnik des Wiener Biedermeier auf einen Höhepunkt. Auch bei ihm erkennen wir einen Zug von *Realismus*, denn er wollte in seinen »Sittenbildern« das Leben des Alltags so wiedergeben, wie er es sah. So wie Moritz Michael Daffinger (1790–1849) zeigte Fendi die Schicksalsergebenheit der unschuldig in Not Geratenen, die traurige Lage des bettelnden Knaben, das Leid der Witwe. Aber keineswegs wird zur Empörung aufgefordert, auch die soziale Kritik findet nicht statt. Nach den Vorstellungen von Danhauser sollte das Sittenbild moralische Aufgaben erfüllen, belehren oder Mitleid erregen. Aber er erweiterte es bald zum repräsentativen Gesellschaftsbild, worin er elegante Wiener Salons und Damen der Gesellschaft verewigte.

Während in Frankreich und Deutschland der Schlachtenmalerei großes Augenmerk geschenkt wurde, verzichtete Österreich mit einer Ausnahme (Johann Peter Krafft, 1780–1856) auf die Dramatik der Darstellung. Über den Krieg erfährt man etwas durch das »Leid der Witwe« oder den »Abschied des Landwehrmannes 1809« bzw. in Schilderungen aus dem Soldatenalltag und der Darstellung der in glanzvollen Uniformen paradierenden Militärs (Karl Schindler, 1821–1842). Der beschaulichen Natur des Biedermeiermenschen entsprachen viel mehr die zahlreichen Stillleben und Blumenbilder (Danhauser und Daffinger), seiner Vorliebe für Details die kunstvollen Miniaturen und die Veduten, bis ins Einzelne getreulich wiedergegebene Stadtansichten (Rudolf von Alt, 1812–1905).

Mit der zunehmenden Verbürgerlichung der Gesellschaft und einer neuen Schicht von Auftraggebern entfaltete sich die Porträtmalerei zur vollen Blüte. Die Abbildung des Menschen und seines gepflegten, geschmackvollen Heimes gewann an Beliebtheit. Man malte die Familie in ihrer engen Verbundenheit und ihrer stilvollen Umgebung. Auch die musikalischen Salons mit den naturgetreuen Porträts der Besucher wurden verewigt. Friedrich von Amerling war der gefeierte Porträtist der Aristokratie wie des Bürgertums. Er ging weit über die getreue Wiedergabe hinaus und fing in den menschlichen Zügen die Persönlichkeit in ihrer ganzen Eigenart, Haltung und ihrem Temperament ein. Joseph Nikolaus Kriehuber (1801–1876) arbeitete als Lithograph für viele Wiener Verlage. Er wurde zum beliebtesten Porträtisten seiner Zeit und verfertigte ca. 2.000 Konterfeis. Mit dem Aufkommen der Fotografie verlor er seinen Wirkungskreis und geriet in tiefe Armut. Mit ihm ging die Kunstgattung der Porträtlithographie zu Ende.

Anmerkungen

1 Vgl. Anzenberger, Migazzi; Hersche, Erzbischof Migazzi; Krexner, Wiens Bischöfe, 66 f.; vgl. auch Loidl, Erzbistum.
2 Krexner, Wiens Bischöfe, 68 f.
3 Buchmann, Dilemma, 102.
4 Hosp, Kirche, 191.
5 Vgl. Brudzisz, Dokumente; Schermann, Hofbauer.
6 Krexner, Wiens Bischöfe, 70 f.
7 Krexner, Wiens Bischöfe, 72 f.; Holtstiege, Pädagogik.
8 Krexner, Wiens Bischöfe, 74 f.; Till, Rauscher.
9 Vgl. Lorenz, Schmerling.
10 Hier und folgend Weinzierl-Fischer, Konkordate; Buchmann, Dilemma, 103 f.
11 Mecenseffy – Rassl, Evangelische Kirchen, 36; siehe auch Reingrabner, Pfarrgemeinde; Stökl, Protestantismus.
12 Weigl, Demographie, 289.
13 Im Folgenden siehe: Mecenseffy – Rassl, Evangelische Kirchen.
14 Siehe: Schwarz, Protestantenemanzipation, 3 ff.
15 Schwarz, Protestantenemanzipation, 6 ff.; Schwarz, Augustkonferenz, 58 ff.
16 Vgl. Österreichisches Städtebuch (Wien), 275 ff.
17 Hier und im Folgenden: Häusler, Judentum, 91 ff.
18 Genée, Wiener Synagogen.
19 Häusler, Judentum, 108.
20 Vgl. Miedler, Integration.
21 Vgl. Klimbacher, Fischhof; Häusler, Judentum, 110 ff.
22 Girtler, Mannheimer, 4 f.
23 Häusler, Judentum, 119 f.; Österreichisches Städtebuch (Wien), 278; Wistrich, Juden Wiens.
24 Vgl. Emsenhuber, Wiener Juden.
25 Burstyn, Leopoldstädter Tempel, 228 ff.; Genée, Wiener Synagogen.
26 Staudacher, Konvertiten, 16 ff.
27 Vgl. Staudacher, Zwangstaufen.
28 Vgl. Gasser, Jüdische Dienstbotinnen.
29 Siehe Hanson, Zensurierte Muse; Kretschmer, Musik; Permoser, Komponiertes Leben, 15 ff.
30 Kretschmer, Schubert, 49 ff.; Pammer, Schubert, 27 ff.; Partsch, Musik, 28 ff.
31 Ullrich, Schuppanzigh, 231 ff.
32 Vgl. Krenn, Joseph Lanner; Kretschmer, Jugendtage; Permoser, Komponiertes Leben, 26 ff.
33 Ullrich, Konzertsäle.
34 Vgl. Kretschmer, Musik, 8; Redl, Musikverein, 197 ff.
35 Kretschmer, Musik, 8 f.
36 Hadamowsky, Theatergeschichte; Keil-Budischowsky, Theater.
37 Schobloch, Wiener Theater.
38 Dialog der Epochen, 45.
39 Krzeszowiak, Theater an der Wien; Müller, Spektakelveranstaltungen.
40 Bauer-Kropatschek, Theater in der Josefstadt.
41 Briefe eines Eipeldauers.
42 Siehe Marx, Zensur.
43 Pfau, Steigentesch, 209 ff.
44 Sealsfield, Österreich, 197.

45 Vgl. Magris, Mythos.
46 1. Akt, 29. Szene.
47 Wien und die Wiener, 438.
48 Wien und die Wiener, 440 f.
49 Gerstinger, Salons; Matzner, Salonkultur; Reif, Salonkultur.
50 Vgl. Gilleir, Autobiographie, 169 ff.; Winklehner, Karoline Pichler.
51 Traxler, Castelli.
52 Zeman, Literaturgeschichte, 329.
53 Wien und die Wiener, 449.
54 Glaser, Deutsche Literatur, 212 ff.
55 Zeman, Literaturgeschichte, 347.
56 Weissenhofer, Nazarener, 80 ff.
57 Vgl. Frodl – Schröder, Wiener Biedermeier.

Metropole

Die Grossstadt

Die bürgerliche Revolution des Jahres 1848 ist in Österreich, wie in Deutschland, gescheitert. Ein neoabsolutistisches Regime hat ihre zentralen politischen wie sozialen Errungenschaften und Forderungen zunächst aufgehoben und revidiert, wenn auch in der langen Perspektive nicht unterbinden können. In zumindest einer Hinsicht aber waren die Auswirkungen unmittelbar, konkret und für die weitere Entwicklung Wiens zur Metropole höchst folgenreich.

Ebenso wie die Revolution der Stadt dem Dorf die politische Befreiung gebracht hatte, wurde das Land durch ihre Auswirkungen zugleich der neuen Hegemonie der industriellen Gesellschaft unterworfen. Am 13. März 1848 hatte sich Wien erhoben, in der dritten Augustwoche war es erstmals zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und städtischem Proletariat gekommen. In diesen Tagen der stärksten sozialen Unruhe in der Hauptstadt wurde vom Reichsrat das Gesetz über die Grundentlastung beschlossen. Die Erhebung des hauptstädtischen Proletariats hat so der Bauernbefreiung den Weg gebahnt; Konterrevolution und Neoabsolutismus konnten die städtische Revolution nur niederwerfen, indem sie deren Errungenschaften für das flache Land garantierten.

Im Gefolge der Revolution waren postfeudale Eigentumsformen entstanden, die in den kommenden Jahrzehnten von einer durchgreifenden kapitalistischen Entwicklung verändert wurden. Der Liberalismus brachte die Freiteilbarkeit des Bauernlandes, die einzelne Parzelle als Ware, dramatisch steigende Bodenpreise und damit die Abhängigkeit einer immer größer werdenden Anzahl bäuerlicher Wirtschaften von ihren Hypothekargläubigern. Die mit dem Wiener Börsenkrach 1873 spektakulär eingeleitete Depression zog zudem – verstärkt durch eine Reihe von Missernten in den Jahren 1872–76 – krisenhafte Tendenzen in der gesamten cisleithanischen, insbesondere aber der böhmischen Landwirtschaft nach sich, die nach 1879 in eine lang anhaltende Abschwungphase mündeten.[1] Die liberale Mobilisierung des Bodens, die damit zusammenhängende fortschreitende Realteilung ebenso wie die Pauperisierung breiter (unter-)bäuerlicher Schichten, die soziale Differenzierung der Bauernschaft, der Preisverfall bei landwirtschaftlichen Produkten, Überschuldung und faktische Erschöpfung der Kreditversorgung erwiesen sich als zentrale Bestimmungsmomente dieser umfassenden Krise, die das gesamte agrarische Feld nachhaltig destabilisieren sollte. In Kombination mit einem seit den 1860er-Jahren spürbar gewordenen markanten Bevölkerungswachstum führte dies zu einer bis zur Jahrhundertwende stetig ansteigenden Wanderungsbewegung, die vor allem unterbäuerliche Bevölkerungssegmente abschöpfte und in einzelnen Gebieten einer faktischen Entvölkerung gleich-

kam. Wie den Bodenbesitz hatte die Revolution von 1848 die Menschen mobilisiert und, im Zusammenwirken mit den neuen, in der liberalen Verfassung verankerten Bürgerrechten, zu einer demographischen Dynamik geführt, die mit dem gestiegenen »Humankapitalbedarf« expandierender urbaner und industrieller Ballungsräume zusammentraf. Mit der in den frühen 1870er-Jahren vehement einsetzenden Agrarkrise wurde – vermittelt und unterstützt durch neue Kommunikations- und Verkehrsmittel (Telegraphie, Privatpostverkehr, Eisenbahn) – der Migrationsfluss zum Migrationsstrom.[2]

Der Bruch in der Reproduktion bäuerlicher Kulturen und mächtige, komplementäre Prozesse der Marktorientierung und Marktabhängigkeit, der Industrialisierung und Kapitalisierung, des Ausbaus und der Verdichtung der Verkehrsbeziehungen unterwarfen das gesamte ländlich-agrarische Feld einer tief greifenden sozial-kulturellen Transformation. Dorfproletariat, Dorfarmut, ländliche »Überschussbevölkerung« überhaupt wurden zum Hauptreservoir eines kolossalen Stroms der Nah- und Binnenwanderung, der die (wenigen) industrialisierten Enklaven der Monarchie, vor allem aber das rasch expandierende, boomende Zentrum Wien belieferte. Kurzum – die moderne Stadt dominiert, restrukturiert, formt und überformt das Land gemäß ihrer Logik und ihren Bedürfnissen, und das dieserart transformierte und funktional neu bestimmte Land liefert (billige) Arbeitskraft in Massen in die Stadt.

Die Migrantinnen und Migranten kamen aus den verschiedenen Kronländern der Monarchie mit ihren unterschiedlichen Ethnien und differenten Herkunftskulturen; in ihrer überwiegenden Mehrzahl aber entstammten sie entweder den kaum industrialisierten, agrarischen Gebieten Südböhmens und Südmährens, also gleichsam dem unmittelbaren agrarischen Hinterland der Reichshaupt- und Residenzstadt, oder sie kamen aus Gebieten, in denen die Landwirtschaft im Gefolge der Agrarkrise nur mehr als Nebenerwerb betrieben wurde. Sie repräsentierten, in den Worten Otto Bauers, den »höchsten Typus agrarisch-hauswirtschaftlicher« ebenso wie den »niedersten Typus industriell-kapitalistischer« Wanderung.[3] Sie kamen als unqualifizierte oder semiqualifizierte Arbeitskräfte für Industrie, Gewerbe und private Haushalte, passten sich der funktionellen Differenzierung der einzelnen Wiener Stadtteile an, siedelten in den industriellen Arbeitervorstädten, verstärkten und verfestigten somit einen in der Gründerzeit angelegten Differenzierungsprozess sozialräumlicher Segregation.[4] Dieses Muster ist allerdings in Hinblick auf weibliche Migranten stark zu relativieren. Durchwegs ohne Berufsqualifikation, konnten sie im großstädtischen Zusammenhang beinahe ausschließlich in privaten Haushalten, zu einem geringen Teil auch in hausrechtlich verfassten Berufen ihr Auskommen finden. 1890 gab es in Wien über 86.000 Dienstmädchen, 1910 knapp über 99.000 (das entspricht 34 bzw. 27 Prozent aller erwerbstätigen Frauen).[5]

Bis zur Jahrhundertwende jedenfalls war Wien zur größten tschechischen Stadt überhaupt geworden. Über die gesamte zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kann ein konstanter tschechischer Bevölkerungsanteil von 16 bis 18 Prozent angenommen

werden, wenngleich sich in den amtlichen Volkszählungen nur jeweils ein Viertel bis ein Drittel davon zu seiner Herkunft bekannte, was wiederum annähernd der Zuwanderung in den jeweils davor liegenden sechs bis acht Jahren entspricht. Mit der zunehmenden Verlagerung der Produktionsschwerpunkte von den (inneren) Vorstädten auf die südlichen und östlichen Außenbezirke der Stadt und mit dem Entstehen einer industriellen Großproduktion diversifizierte sich auch das Siedlungsverhalten der Zuwanderer. Nach wie vor führend war das traditionelle Siedlungsgebiet Favoriten (mit den Wienerberger Ziegelwerken), wo die Tschechen einen Anteil von nahezu einem Viertel der Bezirksbevölkerung stellten. Dem am nächsten kam die Brigittenau mit ca. 15 Prozent, und auch die Landstraße, Ottakring, Hernals, die Leopoldstadt und Rudolfsheim konnten auf einen relevanten Anteil an tschechischer Bevölkerung verweisen. In nicht weniger als elf der zur Jahrhundertwende zwanzig Wiener Bezirke überstieg die tschechische Minderheit die Fünf-Prozent-Marke, wobei in den Wohn- und Geschäftsvierteln der Innenstadt sowie in den Villenquartieren an der westlichen Peripherie der hohe Anteil weiblichen Küchen- und Dienstpersonals auffällt. In den Außenbezirken hingegen dominierte der männliche, meist ungelernte tschechische Arbeiter, verschiedene Branchen (Baugewerbe, Ziegeleien) waren durch überdurchschnittlich hohe Fluktuation gekennzeichnet.[6]

Prinzipiell bedeutete die Zuwanderung Urbanisierung und Proletarisierung, »Verstadtlichung« und Infragestellung der traditionellen Arbeits-, Wohnungs-, Ernährungs- und Kleidungsweisen; die Migranten brachten aber auch ihre verfestigten, ländlich-agrarisch verfassten Lebensformen und Denkweisen in den städtischen Zusammenhang, in das urbane Feld ein, wo diese ihrerseits adaptiert, modifiziert, umgewälzt wurden.[7] Die tschechische Zuwanderung nach Wien hatte eine lange Tradition und vollzog sich in den Bahnen einer permanenten ethnisch-kulturellen Assimilation, einer bereits von zeitgenössischen Beobachtern registrierten, vergleichsweise raschen Anpassung an das großstädtische Milieu. Erst mit dem um 1900 einsetzenden verstärkten Zuzug qualifizierter tschechischer Industriearbeiter mit stark ausgeprägter nationaler Identität und spezifischen kulturellen Interessen begann sich ein tschechisches Gemeinwesen mit eigenen Schulen, Vereinen, Zeitungen, Buchhandlungen etc. zu etablieren. Wenn dies auf eine sich ausbildende soziale und kulturelle Festigung der tschechischen Minderheit verweist, so laufen zugleich umfassende Assimilierungs- und Akkulturierungsprozesse ab; die Wiener Tschechen nehmen entscheidenden Einfluss nicht nur auf die populare Kultur, sondern auf Mentalität, Sprache und Gestus der Stadt insgesamt.[8]

Wien, die Reichshauptstadt, Regionalstadt, selbstständige Kommune, wächst im Verlauf dieses dynamischen Prozesses der Modernisierung, der industriellen Überformung traditioneller Ökonomien und Lebenswelten, eines Prozesses, der in nie gekanntem Ausmaß Kapitalien und Menschen mobilisiert, zur großstädtischen Metropole heran. Über das ganze 19. Jahrhundert hat sich die Einwohnerzahl der Agglomeration Wien versiebenfacht, von 1830–1900 in etwa vervierfacht, in den letzten

drei Jahrzehnten des Jahrhunderts verdoppelt. Der Höchststand mit knapp über 2 Millionen Einwohnern wurde 1910 erreicht, der jährliche Bevölkerungszuwachs betrug um die Jahrhundertwende 34.000 Menschen, der Anteil der »fremdbürtigen« Bevölkerung lag zu dieser Zeit knapp über 65 Prozent.[9] Die Konzentration von Verwaltungsfunktionen, die Überlagerung unterschiedlicher Bürokratien führten zu einer Ballung hauptstädtischer Funktionen, zur Zentralisierung von Politik, Ökonomie und Kultur.[10] Im Zeitraum von der Mitte des Jahrhunderts bis in die 1890er-Jahre wird die Stadt, dem jeweiligen Grad urbaner Verdichtung entsprechend, zwei Mal erweitert: 1850 bzw. 1861 um die innerhalb (im Süden auch außerhalb) des Linienwalls gelegenen klein- und mittelbürgerlichen Gewerbevorstädte *(Abb. 34)*, 1890/92 um die weitgehend industrialisierten »Vororte«. Wien erfuhr dabei eine radikale, eine entscheidende baulich-räumliche Um- und Neugestaltung. Die fortschreitende Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung von Nutzungen schlug sich, »vermittelt durch die Wirkungsweise der Grundrente, in zunehmender Homogenisierung von Teilgebieten und räumlicher Segregation von Nutzungen und Bevölkerungsgruppen nieder«.[11] Im Gefolge der Revolution von 1848 waren in den innerhalb des Linienwalls gelegenen alten Gewerbevorstädten in der Nachfolge feudaler Erholungslandschaften zunehmend Mittelstandswohnquartiere entstanden. Andererseits sammelte sich an deren Peripherie in slumartigen Auffangquartieren eine frühindustrielle Unterschicht aus Taglöhnern und Gelegenheitsarbeitern. Tausende von Obdachlosen wurden allabendlich von der Polizei auf »freies Feld« über die Linie verbracht.[12] Einer Bevölkerungszunahme von rund 40 Prozent zwischen 1830 und 1850 war lediglich eine etwa zehnprozentige Vermehrung des Wohnungsbestandes gegenübergestanden. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre schließlich wurden die Zustände unhaltbar, Obdachlose begannen, ihr Domizil auf öffentlichen Plätzen aufzuschlagen, und wurden von der Polizei in Stallungen und Gemeindearreste einlogiert.[13] Wohnungselend und Wohnungsnot kennzeichneten die soziale Lage der Stadt; sie ließ sich »mit ihrem Schrecken und ihrer Trostlosigkeit durchaus mit den Zuständen in der Pariser Cité oder dem Londoner East End vergleichen«.[14]

Ironischerweise war die Tatsache, dass Wien um sein Zentrum herum über ein großes Stück freien Landes verfügen konnte, das einer modernen urbanen Entwicklung offen stand, eine Folge der historischen Zurückgebliebenheit der Stadt.[15] Bastionen, Kurtinen und das Glacis als um die Innenstadt gelegter Fortifikationsring waren bestehen geblieben, selbst als sie ihre militärische Funktion verloren und andere europäische Hauptstädte ihre Befestigungsanlagen längst geschleift hatten. Die Revolution von 1848 hatte die politische und strategische Bedeutung der freien Fläche des Glacis erneut aktualisiert, allerdings nicht gegenüber einem potentiellen ausländischen Aggressor, sondern gegenüber einer potentiell revolutionären städtischen Bevölkerung. Die zentrale Militärkanzlei führte als Hauptargument gegen eine zivile Bebauung des Glacis das Fortbestehen einer revolutionären Bedrohung und die Sicherung des kaiserlichen Hofes gegen mögliche Angriffe seitens des vorstädtischen Proletariats



Abb. 34: Favoriten-Linie um 1900.

an. Die Dynamik der wirtschaftlichen und sozialen Erfordernisse ließ solche und ähnliche Argumentationslinien jedoch zunehmend unhaltbar werden. So vereinigten sich in der Anlage der Ringstraße militärische Erwägungen mit dem Bedürfnis eines zur politischen Herrschaft aufsteigenden Bürgertums nach einem monumentalen, repräsentativen Boulevard.

Unzweifelhaft ist der Ring mit seinen prachtvollen politischen und kulturellen Monumentalbauten und seinen palaisartigen, luxuriösen Wohnblöcken, in seiner eklektischen, historistischen Repräsentativarchitektur eine ganz außergewöhnliche städtebauliche und stadtplanerische Leistung, ein urbanes Gesamtkunstwerk. Der Ring ist nicht zuletzt der bauliche Ausdruck eines Triumphs des Liberalismus, die materielle und symbolische Repräsentation eines wie auch immer verspätet und widersprüchlich zur dominanten Wirtschaftsverfassung aufgestiegenen (Finanz-)Kapitalismus. Und doch ist (mit Ausnahme der dem Kaiserkult zugedachten Votivkirche) de facto jedes einzelne Ringstraßengebäude in seiner Gestaltung, Situierung und Kontextualisierung die sehr konkrete Projektion einer Konkurrenz höchst unterschiedlicher Machtansprüche und kultureller Ambitionen.

Denn die Anlage eines geschlossenen innerstädtischen Prachtboulevards geschah aus dem Geist des Neoabsolutismus, der sein Projekt einer autoritären und repressiven, von oben in die Wege geleiteten Modernisierung mit einer symbolischen Stärkung der Staatsmacht zu verbinden gedachte. Der politischen sollte die kulturelle Zentralisierung zur Seite gestellt, Wien Zentrum eines österreichisch-übernationalen, modern-konservativen Bewusstseins werden – der berühmte kaiserliche Erlass vom 20. Dezember 1857, der die bauliche Neugestaltung der Hauptstadt und die Verbauung des Glacis inaugurierte, ist ganz in diesem Sinn gehalten.[16] Je mehr sich aber, parallel zu ihrem Aufstieg in Staat und Stadt, die liberalen Kräfte in der bemerkenswert heterogen zusammengesetzten Stadterweiterungskommission durchzusetzen begannen, umso nachhaltiger wurden Institutionen forciert, die in sich die liberalen Werte des bürgerlichen Gesetzes und der Kultur der Rationalität verkörperten: Parlament, Rathaus, Universität (*Abb. 35*). Gegenüber der Hofburgerweiterung Sempers und Hasenauers wurde das Rathausviertel – unter massiver Einflussnahme und Beteiligung der liberalen Gemeindeverwaltung – auf dem Paradeplatz, dem letzten in militärischem Besitz gewesenen Areal, gleichsam als ein »Bürgerforum« gestaltet – ein, wie es Carl E. Schorske ausdrückt, »Triumph des historischen Eklektizismus und der eloquenteste räumliche Ausdruck der bürgerlichen Macht«.[17] Heinrich Ferstel gestaltete die Universität im Stil der Renaissance, die erstmals eine Kultur rationaler Säkularität etabliert hatte. Theophil Hansen griff bei seinem Entwurf für das Parlament auf die von den Liberalen so geschätzte Formensprache der klassischen Antike zurück. Und der liberale Bürgermeister Cajetan Felder lieferte mit der Auftragsvergabe für das Rathaus an Friedrich Schmidt ein taktisches Meisterstück; Schmidt stand für seine säkulare gotische Architektur nicht nur unter Liberalen in hohem Ansehen, er erfreute sich auch der Protektion des erzkonservativen Kardinals Joseph Rauscher, für den er etliche Arbeiten ausgeführt hatte. Wie etwa auch im Falle des frühbarocken Burgtheaters Sempers entsprach der jeweils gewählte Stil, das mehrdeutige Vokabular historistischer Stilarchitektur assoziativ der Funktion des jeweiligen Gebäudes.

Solcherart sind in die bauliche und räumliche Gestaltung des Ringviertels rivalisierende Ansprüche, konfligierende Interessen ebenso wie historische Kompromisse eingegangen. Eine Funktion allerdings war jedenfalls erfüllt: Was einst ein Ring militärischer Absonderung gewesen war, wurde nunmehr zu einem Ring gesellschaftlicher Trennung.[18] Die Ringstraße bildete eine in sich abgeschlossene Figur, die zugleich eine Trennung der Gesellschaft definierte: die herrschenden Klassen, Adel und (Groß-) Bürgertum, in der Innenstadt mit den alten Palästen und den neu entstandenen Refugien bürgerlicher Wohnkultur; und, davon abgetrennt, die inneren Vorstädte mit den Kleinbürgern und Beamten sowie die äußeren Vorstädte mit dem Industrieproletariat und den sozialen Unterschichten.

Die sozial segregierende Architektur der Ringstraßenzeit ist Teil einer doppelten Faltung städtischen Terrains, räumlich-territorialer Ausdruck von Macht und Abhängigkeit. Damit war ein Prozess in Gang gesetzt, der ein räumliches Verteilungsmuster



Abb. 35: Parlament, Rathaus, Universität um 1890.

schaffen und stabilisieren, eine soziale Differenzierung urbanen Terrains verfestigen sollte. Die beiden östlichen, auf der Stadtgemarkung entstandenen Straßenvorstädte ebenso wie der relativ stadtferne 5. Bezirk (bis zu dessen Abtrennung 1874 inklusive Favoriten) und die Außenbezirke (Vororte) erfuhren durch die nunmehr zuwandernden Unterschichten eine weitere soziale Deklassierung. Die auf dem Terrain von geistlichen und weltlichen Grundherrschaften entstandenen, zum Teil planmäßig angelegten südlichen und westlichen Vorstädte nahmen auf Grund ihrer Zentrumsnähe die aus der Innenstadt verdrängte Mittelschichtbevölkerung auf und wurden im Zuge ihrer umfassenden Sanierung zu Beamten- und bürgerlichen Wohnquartieren umgestaltet. Damit kam es zu einem weiteren Verdrängungsschub von Unterschichtangehörigen in die Außenbezirke, wie sich etwa am Beispiel der noch um die Jahrhundertmitte überaus verrufenen und übel beleumundeten Taglöhner- und Handwerkervorstadt Altlerchenfeld paradigmatisch zeigen lässt.[19]

Auf diese Weise war ein solider Riegel zwischen den Luxuswohnungen der inneren Stadt und der Ringstraße und den politisch und sozial konfliktträchtigen und potentiell gefährlichen Arbeiterwohnquartieren in den Außenbezirken gezogen. Die komplexe Differenzierung zwischen Zentrum, inneren und äußeren Vorstädten entspricht

einer Herrschaftsgestaltung des sozialen Raumes, die in dieser Klarheit weder in London noch in Paris auftrat. Bis zur Jahrhundertwende war ein stabiler Ring von dicht bebauten Arbeitervorstädten um die Innergürtelbezirke und die Innenstadt gezogen. Davon ausgenommen waren lediglich der 13., 18. und 19. Bezirk mit ihren Villenanlagen und Cottagevierteln für die Ober- und höheren Mittelschichten. Im Westen der Stadt bildete die Währinger Straße die zentrale Verbindungsachse von den innerstädtischen zu den sektoral angeordneten Oberschichtquartieren Währings und Döblings. Insgesamt aber blieb die Oberschichtkonzentration in den Außenbezirken vergleichsweise gering, was primär mit dem Fehlen eines leistungsfähigen Massenverkehrsmittels in Zusammenhang stehen dürfte. Einzig in Hietzing, wo die 1900 in Betrieb genommene Radiallinie der Stadtbahn eine schnelle und direkte Verbindung zum Zentrum herstellte, kam es zu einer auch quantitativ nennenswerten Konzentration von Angehörigen der gehobenen Mittelschicht.[20]

Der grundlegende Wandel im sozialräumlichen Verteilungsmuster der Stadt hatte sich zwischen 1870 und 1890 in einer Phase der Kapitalkonzentration vollzogen und in der Folgezeit verfestigt und stabilisiert. Ein großer Teil der nunmehr aus den alten Gewerbevorstädten abgedrängten Unterschichten ließ sich in deren unmittelbarer Nachbarschaft jenseits der Linie/des Gürtels nieder, wohl nicht zuletzt deshalb, da die westlichen Vorstädte beiderseits der Mariahilfer Straße nach wie vor das Zentrum der arbeitsintensivsten Branche der Stadt, der Bekleidungsindustrie, bildeten.[21] Wegen des weitgehenden Fehlens eines auch nur in Ansätzen leistungsfähigen Verkehrsmittels musste die Arbeitsstätte innerhalb einer gerade noch vertretbaren Distanz gelegen sein. Das überdimensionale Wachstum und die massive bauliche und soziale Verdichtung von Stadtteilen wie Neulerchenfeld finden so eine plausible Erklärung[22]. In acht unmittelbar an die Linie anschließenden Vororten gingen knapp zwei Drittel der hier lebenden Arbeiter und Arbeiterinnen ihrer Tätigkeit außerhalb ihres eigentlichen Wohnortes nach. Eine »Denkschrift der Vororte« geht denn auch davon aus, dass jene Massen von Arbeitern bei innerstädtischen Unternehmern »ihren Erwerb haben, ihre Wohnung aber der niederen Kosten der Miete und Lebensmittel halber in den Vororten aufsuchen«.[23] Und Max Winter sieht in einer Sozialreportage aus dem Jahr 1901 bereits um sechs Uhr morgens »die menschlichen Ameisen aus ihrem Bau« und in »dichten Schwärmen zur Arbeit« ziehen. Zeitiger als im Zentrum der Stadt erwache an ihrer Grenze das Leben:

> *Über die Schmelz, hinüber und herüber, dann dem Neubauer Fabriksviertel zu, durch die Lerchenfelder-, Thalia- und Koppstraße, durch die Grundstein- und Burggasse gehen die Hauptzüge, auch über den Gürtel zu den Stadtbahnstationen und nach Gumpendorf schwärmen die Schaaren der Ernährer und Ernährerinnen ihrer Familien, der Mithelfer zum Haushalt und der heranreifenden Jugend, die auch schon dem Tag abringen muß, was sie für den Tag braucht. Junge und Alte, Männer und Frauen, Fröhliche und Düstere, Gebeugte und Rüstige wimmeln dahin: gemächlich, zeitunglesend, rauchend, plaudernd die Frühaufsteher, hastend und drängend die Verspäteten (…).*[24]



Abb. 36: Favoriten, Keplerplatz 1894.

Die neuen Industriestandorte des Südens *(Abb. 36)* und Nordostens hingegen folgten weitgehend einem »inkrimentalen« Wachstumsmuster. Dort hatten sich, gemäß ihren Standortanforderungen, dynamisch expandierende Industrien moderner Leitsektoren an den Rändern des verbauten Gebiets niedergelassen und so die Voraussetzungen für das Entstehen weiterer Arbeiterwohnquartiere in unmittelbarer Nähe zu den Produktionsstätten geschaffen. Die durchgängig hohen Mieten und die dadurch bedingte Umzugshäufigkeit sowie abermals das Fehlen eines billigen Massenverkehrsmittels stellten hier eine entsprechende Anpassung her. Nur in seltenen Fällen scheint es selbst für hoch qualifizierte Arbeiter möglich gewesen zu sein, ihren Wohnort in größerer räumlicher Distanz vom Arbeitsplatz und in Stadtteilen, die ihren (relativ) gehobeneren alltäglichen Bedürfnissen eher entsprachen, zu wählen.[25]

Im Zuge eines seit Mitte der 1880er-Jahre einsetzenden Industrialisierungsschubs war es zu einem insulär organisierten Wachstums- und Verdichtungsprozess gekommen, der die Vorstädte in schachbrettartigem Parzellierungssystem in das agrarische Umfeld projizierte. Große freie Flächen in den Außenbezirken wurden in einer eher öden orthogonalen Rasteraufteilung mit Mietblöcken überbaut. Die zweite Wiener Bauordnung vom 23. September 1859 hatte mit ihrer erstmalig aufgenommenen

Bestimmung, dass Straßen möglichst geradlinig angelegt sein sollten *(Abb. 37)*, die Voraussetzung für die starre Fixierung von geometrischen Ordnungsprinzipien geschaffen, die den allgemein anerkannten Planungsgrundsatz der Gründerzeit ausdrückte und zu einem späterhin von Camillo Sitte einer heftigen Kritik unterzogenen »fabriksmäßigen Herunterlinieren« der Bauplätze führte.[26] Selbst in jenen Fällen, wo Baulinien- und Regulierungspläne von Ringstraßenarchitekten ausgearbeitet wurden – Förster für die Brigittenau, Sicardsburg und Van der Nüll für Favoriten –, wurde das Rasterschema beibehalten und bestenfalls durch das nach Pariser Vorbild konzipierte Element des Sternplatzes erweitert.

Ab Ende der siebziger Jahre begann sich zunehmend die Standortgunst des Westbahnhofs auszuwirken. Fünfhaus, Rustendorf und Breitensee zogen die großmaßstäbliche Aufschließungsarbeit der Baugesellschaften an. Deren Spekulationsprojekte konzentrierten sich vor allem in Neu-Fünfhaus, dem schachbrettartig aufgeschlossenen Streifen außerhalb der Linie zwischen Westbahn und Schmelzer Friedhof.[27] Bereits zu Beginn der siebziger Jahre hatte Neulerchenfeld den nördlichen Teil der Schmelz, der vom Militär nicht beansprucht und zur Bebauung freigegeben wurde, von den Gemeinden Fünfhaus, Rudolfsheim und Breitensee angekauft – unverbautes Gebiet, das vom Siedlungsbereich dieser Gemeinden durch die breite Barriere des militärischen Sperrbereichs abgeschnitten war. Die Verbauung des nördlichen Teils der Schmelz zählt zu den quantitativ bedeutendsten Bauleistungen in der Geschichte Wiens; sie folgte einem strengen Prinzip der rasterförmigen Anlage mit schnurgeraden Straßenzügen. Der rücksichtslosen Begradigung der Bachgasse folgte jene der Thaliastraße, womit die Voraussetzungen für die Rasterverbauung im gesamten Bereich zwischen Gürtel und Possingergasse bis hin zur Gablenzgasse gegeben waren.[28] Die hier entstehende Reißbrettstadt »nach amerikanischem Muster« brachte die Aufschließung des Gebiets zwischen Westbahn und Thaliastraße »in einem recht einförmigen Schachbrettsystem« zum Abschluss.[29] Tatsächlich wiederholten die neuen städtischen Gebilde, die da an der Peripherie und in den Außenbezirken entstanden waren, Block um Block dieselbe Gestaltung.

Historisch bereits angelegte Strukturunterschiede erfuhren im Laufe des Industrialisierungsprozesses eine deutliche Akzentuierung. Ottakring, Hernals, Penzing, Rudolfsheim und Meidling beispielsweise hatten sich aus gewachsenen vorindustriellen Ortskernen mit ihren kleingewerblichen Zentren, Weinbau- und Agrarsiedlungen zu Industriestandorten und Proletarierbezirken entwickelt. In Ottakring war um die Mitte des 19. Jahrhunderts um die Brauerei herum ein Fabriksviertel entstanden. Ein Mitte der achtziger Jahre einsetzender dynamischer Industrialisierungsschub beseitigte die letzten Reste des mittelalterlichen Weinhauerorts und ließ eine gründerzeitliche Rasterstadt entstehen. Meidling hingegen war bereits im Vormärz zum bedeutenden Industriestandort geworden, wobei seine agrarische Struktur und seine vor allem durch die unmittelbare Nähe zu Schönbrunn bedingte Funktion als Fremdenverkehrsort zunehmend in den Hintergrund traten. Mit dem Bedeutungsverlust



Abb. 37: Eine der alten geradlinigen Straßen: Karlsplatz, Blick Richtung Kärntner Straße 1898.

und der Abwanderung der Textilindustrie wurde Meidling in der Gründerzeit zum Standort der Metall- und Maschinenfabrikation, Gaudenzdorf und Untermeidling entwickelten sich bis 1890 zu dicht und einheitlich verbauten Fabrik- und Proletarierquartieren, die Naherholungsfunktion hingegen wurde von dem angrenzenden, von der industriellen Entwicklung kaum berührten Hetzendorf übernommen.[30]

Von Hernals abgesehen, verband sich in Meidling wie in keinem anderen Vorort eine moderne, industriell-urbane Dynamik mit dem Fortwirken prämoderner, dörflicher und ländlich-idyllischer Strukturen, ein synchrones Neben- und Ineinanderexistieren von Ungleichzeitigkeiten und divergenten urbanen Entwicklungsstadien (noch 1890 entfielen 60 Prozent der gesamten Bezirksfläche auf Äcker, Wiesen und Weiden). Der Kunsthistoriker Hans Tietze sprach davon, dass »diese Orte organische Lebewesen waren, die zum Teil plötzlich vom Grund aus umgegossen wurden«, ein Gemisch von »Großstadtschema und dörfischem Gewächs«:[31]

> *... hier sind die trostlosen Massenquartiere der Bauspekulation, die ausgedehnten Viertel, in denen ungehemmte Profitgier das elementare Bedürfnis nach Behausung ungehemmt ausgeschrottet hat; und hier sind Überbleibsel dörfischer Gemarkung, die bis heute dem städtischen Wesen erfolgreich Widerstand geleistet haben.*

Diesem Nebeneinander von unverwurzelter Reißbrettarchitektur und Resten vormoderner Bauweisen entsprach die soziale Schichtung des Bezirks: zu einer guten Hälfte Arbeiterinnen und Arbeiter aus Industrie und Gewerbe, wohnhaft in den berüchtigten »Halbritterhäusern« an der Meidlinger Hauptstraße (eine Alt-Wiener Zinskasernenanlage in Form einer Doppelhäuserreihe), in den bereits überbauten Teilen des nicht minder berüchtigten Fuchsenfeldes, im neu entstandenen Proletarierviertel bei der Philadelphiabrücke, in den einstöckigen und ebenerdigen Häusern Gaudenzdorfs und Altmannsdorfs ebenso wie in den mehrstöckigen Zinskasernen Neumargarethens; zum anderen Gewerbetreibende und Geschäftsleute, Beamte und Lehrer, Angestellte und Bedienstete der Südbahn, der Stadt- und Straßenbahn sowie ein für einen Außenbezirk erstaunlich hoher Anteil an Freiberuflern.

Wohl drängt die Stadt überall nach, wohl sucht sie sich zu weiten, aber auf Schritt und Tritt begegnen wir noch in allen Teilen Meidlings dem alten Dorf mit seinen überkommenen Einrichtungen und nur langsam, allzu langsam räumt die Stadt mit diesen sehr beträchtlichen Resten auf. In Meidling ist alles nebeneinander: das alte Dorf und die moderne Stadt; Industrie und Landwirtschaft; die alte Proletariervorstadt und mitten drin die Fuhrwerkshäuser, die Höfe unserer Fiaker und Einspänner, aber auch die dumpfen, ungesunden Werkstätten des ›kleinen Mannes‹ (…) und daneben neue Viertel mit hoch aufragenden Zinsburgen, in denen die höchste Steuer für Luft und Licht eingehoben wird; die Patrizierhäuser Alt-Meidlings mit ihren idyllischen Höfen prangen im Blumenschmuck, und wieder daneben Villenviertel, hart an der Pulsader des städtischen Verkehrs, aber auch weit abgeschieden in den stillen Winkeln um den Fasangarten und in der Alt-Wiener Sommerfrische Hetzendorf. Überall mitten drin weite Flächen, spärlich bewachsen mit Gras, aber wie übersät von dem Mist und Schutt des Umwandlungsprozesses, der gerade auf diesen Stätten mit greifbarer Deutlichkeit zu schauen ist. So die Reste des berüchtigten Fuchsenfeldes, die noch von Gaudenzdorf, dem jüngsten Bezirksteil Neumargarethen und von Untermeidling begrenzt sind: Gänse und Ziegen weiden darauf, dort wühlen Kinderscharen in dem Schmutz dieser Wiesen, die Koksklauberin durchforscht die Haufen (…).[32]

Auf die entscheidenden Änderungen im urbanen Wachstums- und Strukturmuster reagierte der Bauzonenplan von 1892, der den westlichen Stadtrand als Wohngebiet mit höchstens dreigeschossiger Bebauung und den Süden sowie Nordosten der Stadt als Industriezone festlegte, einen seit längerem in Gang gekommenen Prozess rechtlich und faktisch niederschrieb und sich somit als »Instrument einer reinen Anpassungsplanung« erwies.[33] Expansive Industrialisierung fordert Platz, Weite, Schrankenlosigkeit ein; Voraussetzungen also, wie sie etwa in Simmering oder in dem seit 1904 zum Wiener Stadtgebiet gehörenden Floridsdorf[34] zur Genüge gegeben waren.

Simmering, das traditionelle »Auffangbecken« der Stadt, nahm als Zentrum der Schwerindustrie ebenso Pionierstellung ein (insbesondere in dem von Arsenal, Ost- und Aspangbahn umgrenzten Dreieck siedelte sich eine Reihe von Betrieben der Maschinenbauindustrie an), wie es sich zugleich unter den Wiener Industriebezirken am längsten seinen, im Wesentlichen dem Gemüseanbau geschuldeten, ländlich-agra-

rischen Charakter bewahrte. Es ist ein durch die Geschichte nicht codiertes Terrain, das dem Kapital die unmittelbare Projektion seiner Logik erlaubte und nicht einmal die symbolische Integration in das Stadtganze verlangte. Der Überformung freien Landes setzte sich kein Widerstand entgegen, und eben dadurch wurde die ökonomische und kommunale Mehrfachcodierung des Territoriums ermöglicht. Es war gleichermaßen industrielle Produktionsstätte wie gesellschaftliche Deponie. Hier dominierten das »schmutziggraue Riesenmassiv« des Epidemiespitals, die zentralisierten Vieh- und Schlachthöfe in St. Marx, die städtischen Gaswerke (seit 1899) mit den imposanten Industriebauten der Gasometer, die Elektrizitätswerke (seit 1902) und nicht zuletzt der 1873/74 auf einem von der Gemeinde Kaiser-Ebersdorf erworbenen Areal angelegte Zentralfriedhof:

> *Das Land, das sich hier ausdehnt, ist Friedhofserde oder nackte, fast von allen Wohnstätten verlassene Wiesen. Hier blüht keine Heiterkeit: im weiten Umkreise des Friedhofes ist alles ausgerottet, ausgetilgt, was zum freundlichen Behagen gehört, und in der grauen Nebellandschaft ragen bloß die Schlote der Fabriken auf und die gespensterhaften Todesmonumente der Grabkreuze.*[35]

An dieser Bezirksperipherie verschwand gleichsam die Stadt Stück für Stück, dominierte zunehmend das Land, mit seinen Meierhöfen und Bauernmärkten, dazwischen die allgegenwärtige Friedhofsszenerie. Und so ist denn auch, neben den schnell hochgezogenen gründerzeitlichen Industriekomplexen, das Brachland einer riesigen »Gstätten« das eigentliche Wahrzeichen des Bezirks: die nackte, graue, nur an ihren Rändern mit einigen Hütten und Kunstgärtnereien bestandene Simmeringer »Had« (Heide), die als militärischer Exerzierplatz ebenso wie als proletarisches Naherholungsgebiet diente – ein »unparzelliertes Grundstück der Öde«, ein »Brachland der Armut«, ein »Areal unbebauten Elends«:

> *Von Rekrutendrill zerstampfte, verkrüppelte, umgeknickte Halme, an denen verhungerte Ziegen vergebens rupfen. (…) Grau, nebelig, unübersehbar. Im Winter häufen sich hoch die Schneemassen, kaum von einem schmalen Gehpfad gesäubert, und in der warmen Jahreszeit kampiert hier der Arme-Leute-Sommer: skrufulöse Kinder, mit schon in der Wiege verkrümmten Beinen, die kein anderes Spielzeug als ein wenig schmutziges Papier mitbringen, versorgte, abgerackerte, früh gealterte Mütter, pensionierte Arbeiter, die ihre Pfeifen rauchen, magere Gestalten aus den ›Webern‹, als hätten sie eben die Gruft gesprengt, um sich auf die Heide zu schleppen (…).*[36]

Wie Simmering galt auch die alte, nördlich der Donau gelegene Straßen- und Verkehrssiedlung Floridsdorf als codierbares Territorium für Industrialisierung und Urbanisierung; spätestens seit den 1880er-Jahren konnte sie als eine der »glänzendsten Industriestätten des Reichs« bezeichnet werden. Floridsdorf hatte sich bis zur Jahrhundertwende zur unbestritten bedeutendsten großindustriellen Agglomeration der Habsburgermetropole entwickelt. Hier war eine überaus diversifizierte Industriezone

entstanden, Firmen wie Siemens & Halske, Clayton-Shuttleworth (später Hofherr-Schrantz) und Fiat verlegten hierher die Neuanlagen oder die Auslagerungen ihrer platzaufwändigen Großproduktion. Betriebe der chemischen, der Textil- und Nahrungsmittelindustrie sowie, alles überragend, die Lokomotivfabrik und die beiden Bahnwerkstätten bestimmten Charakter und Aussehen des Bezirks: ein »fast amerikanisch anmutendes« Wachstum, in dessen Verlauf die Bevölkerung allein im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts um beinahe 50 Prozent angewachsen war. 1910 hatten hier bereits mehr als 100 fabriksmäßige Betriebe, davon sechs mit einer Belegschaftszahl von über 1.000 Beschäftigten, ihren Standort – eine Konzentration, wie sie in keinem anderen Stadtteil Wiens auch nur annähernd erreicht wurde.[37]

Angelagert an die Standorte der Industrien waren in den angesprochenen Außenbezirken riesige Arbeiterwohnquartiere entstanden, was soziale Segregation und funktionale Trennung, insgesamt eine radikale Veränderung des sozialräumlichen Musters der Stadt zur Folge hatte. Das neuartige sozialräumliche Organisationsschema war im 10. Gemeindebezirk, in Favoriten, radikal und umfassend, planmäßig und bruchlos ausgeprägt. 1874 war der Bezirk aus den zunehmend proletarisierten Teilen des 3., 4. und 5. Bezirks konstituiert worden.[38] Die Schritt für Schritt ausgedehnte Bebauung erfolgte nach einem strikten Schema der Vermischung von Wohn- und Betriebsgrundstücken. So entstand gegen den Wiener- und Laaer Berg hin ein für Wiener Verhältnisse einzigartig homogener, dynamisch expandierender Stadtteil, wobei sich vor allem mittelgroße Betriebe der Metall- und Maschinenbaubranche sowie der innovativen und kapitalintensiven Elektrotechnik ansiedeln konnten, ohne das vorgegebene Blockrastersystem zu durchbrechen.

Ein direktes Produkt der Industrie, sollte der Bezirk, »der auf freiem Feld wie ein aus dem Eisenbahndurchlaß sich ergießender Schwammfächer entstand«,[39] zum Inbegriff gründerzeitlicher Rasterverbauung werden. Ein auf den Raum projiziertes, mit Zirkel und Lineal konzipiertes, den Prämissen strikter Rationalität folgendes Produkt, weitgehend auf freies Land gelegt, eine städtische Agglomeration, die durchgeplant war.

Favoriten ist eine Stadt für sich. Da nahm Einer einmal ein Zeichenblatt her, Lineale und Bleistifte und machte auf das Blatt Längs- und Querstriche. Von der Favorita, dem heutigen Theresianum, ging er aus und besiedelte mit dem Bleistift auf dem Papier die öde Landstraße, die sich gegen Himberg hinzog, rasierte die Pappelbäume zur Rechten und Linken, schüttete den Straßengraben zu und ließ an ihren Seiten Häuser entstehen: Fabriken und Wohngebäude. Rothschraffierte Blöcke waren es auf dem Plan, nüchterne, graubraune Häusermassen wurden es in Wirklichkeit. Und auch gegen Laxenburg zu und längs des Zuges der Staatsbahn entstanden Straßen, die wie Strahlen im Brennpunkt bei dem Favoritner Viadukt der Südbahn zusammenstießen. Ein Häuschen stand am Brennpunkt: der Gasthof Steudel, und Ansiedlungen waren auch an den Enden der Straßen. (…) Aber was dazwischen liegt, ist die nüchterne Wirklichkeit des Fabriksortes. In ödester Einheitlichkeit reihen sich die immer grauen oder braunen, immer düsteren Häuser zu Straßen, zu Längs- und Querstraßen,

die von Simmering bis Inzersdorf reichen, oder bilden da und dort Plätze. Diese sind gleich trostlos wie die Häuser und die Gassen. Kein Denkmal schmückt sie, kein ornamentaler Brunnen erfreut das Auge, selbst die einzigen öffentlichen Gebäude, die Schulen, sind nüchtern, wie alles da draußen. Der Ziegelrohbau irgendeiner Fabrik mit seiner wahnsinnig gleichmäßigen Fensterflucht – drei Stockwerke nebeneinander – ist die einzige Abwechslung in dem Bild. Über dem ganzen lagert Rauch und Staub, und durch alle Gassen rast der Lärm der Industrie. Lichtblicke nirgends und nirgends auch Ruheplätze. Alles öde, alles nüchtern, grau in Grau alles – das ist Favoriten.[40]

Mit der Rasterplanung der Gründerzeit war die optimale Grundverwertung für private Bauträger auf einem größeren Aufschließungsgebiet gefunden. Ohne Rücksicht auf etwaige historische Bedingtheiten, landschaftliche Verhältnisse oder soziale Notwendigkeiten konstruiert der Raster abstrakte Einheiten ausschließlich zum Zweck der Kapitalverwertung. Unterschiede definieren lediglich Eck- oder Mittelbauplatz, die (nach Möglichkeit zu normierende) Parzellengröße und der jeweilige konkrete Standort im größeren Zusammenhang der urbanen Agglomeration. Beladen mit der sozialen Kontrolle der linearen Form, bestimmt der Raster die Ordnung der Regel, der Begradigung, der geometrischen Perspektive. Er ist endlose Geometrie gleichförmiger Blocks, expandierendes Schachbrett ohne festen Rand, ohne Zentrum.[41] Er ist bestimmt vom Diktat der Logik, der Ratio, die auf den Raum projizierte Wirkung einer Schöpfung, »die ihre Heimat anderswo hat, im Geist nämlich, in der Vernunft«.[42] Vor allem aber ist der Raster bestimmt von der Spekulation: »Es entstand mehr Stadt, wenn Spekulatoren den Drang zu spekulieren empfanden.«[43]

Neue gesetzliche Regelungen, die das Privateigentum unabhängig von Staat und Adel definierten und absicherten, öffneten der Spekulation Tür und Tor und beschleunigten den Prozess eines durchgreifenden sozialen und kulturellen Wandels. Die Rasterbebauung, Standardrepertoire der gründerzeitlichen Stadtplanung, ist das klassische Planungselement für die privatisierte Stadt, folgt der Logik der privatistischen Auffaltung städtischen Bodens. Sie konkretisiert eine zunehmende Normierung des städtischen Lebens. Normung bedeutet aber immer auch Abstraktion. Zum Leitbild für den privaten Bauträger wird, was als kleinster gemeinsamer Nenner, also als kaufkräftige Nachfrage, verallgemeinerbar ist.[44]

Spekulative Bautätigkeit und Zuwanderung verdichten die Vorstädte zu Zonen extremer sozialer und baulich-räumlicher Enge (die Gesamtbauleistung im Zeitraum von 1856–1917 belief sich auf 460.000 Wohnungen). Extremer Überbelag, massive Einkommensbelastung infolge hoher Mieten und permanente Kündigungsdrohung bestimmten die Wohnverhältnisse der Bevölkerung der Außenbezirke.[45] Eine unüberschaubare Fülle von zeitgenössischen sozialreformerischen und sozialwissenschaftlichen Studien zeichnet das Leben in den Zinskasernen als eine einzige klaustrophobische Erfahrung. Die moderne Zinskaserne war jenes Durchgangslager, das das Wohnen und Leben seiner Einwohnerschaft tatsächlich spurlos machte, die »Traditionen und Keime von Sinnlichkeit und Kooperation ebenso blockierte, wie

die Herausbildung der Freiheitsrechte und die Realisierung der Glücksbedürfnisse der Person«.[46] Bis zum Ersten Weltkrieg sollte sich in den Außenbezirken ein Anteil von 85 Prozent Kleinstwohnungen (bestehend aus einem oder, inklusive Küche, zwei Wohnungsbestandteilen) halten. Vier Fünftel der Bevölkerung hausten hier in dieser ärmlichsten Wohnungskategorie. Noch für die elendsten Quartiere in Kellern, Hintergebäuden und Dachböden konnten Mieten verlangt werden, die die Quadratmeterquote selbst in den Ringstraßenhäusern übertrafen.[47] Die exorbitante Höhe der Mieten führte zu Überbelag, Bettgehertum, Unter- und Aftermietwesen; 1900 etwa hatten nur vier Prozent der Bewohner Ottakrings einen Raum für sich.[48] Eugen von Philippovich stellte in seiner Untersuchung über die Wohnungsverhältnisse in den Außenbezirken aus dem Jahr 1894 jedenfalls fest, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Zustände nicht einmal den von der Heeresverwaltung bezüglich der Raumverhältnisse in den Kasernen aufgestellten Vorschriften entsprachen. Er wurde darin von einer Erhebung der Schriftleitung des »Abend« aus den unmittelbaren Vorkriegsjahren bestätigt, die 68 Quartiere in der Brigittenau und der Leopoldstadt mit 404 Bewohnern untersuchte und in 94 Prozent der Fälle das von Garnisons- und Gefängnisordnungen aufgestellte Mindestmaß an Wohnfläche pro Kopf nicht erfüllt sah.[49]

Und dennoch zitierte dieses »Niemandsland sozialen Lebens« (Lewis Mumford), dieses »Endlager der Großstadt« – Auslagerungs- und Ansiedlungsstätten der großen Industrien ebenso wie der in Massen konzentrierten Arbeiterbevölkerung – ironischerweise die Imagination einer einheitlichen Stadt dadurch, dass die Fassaden der Zinskasernen vielfach die neobarocke Herrschaftsarchitektur der Ringstraße imitierten. Es hat dies mit einem Spezifikum der Wiener Stadtgestalt zu tun: Das soziale Elend war (und ist) in dieser Stadt hinter einer Fassade von beeindruckender Schönheit verborgen, die ganz offensichtlich eben einen an der klassizistischen Ringstraßenarchitektur orientierten, homogenen Stadtkörper suggerieren soll. Die Zinskasernen der Vorstädte sind denn auch von ihrer äußeren Gestaltung her wahre Prachtbauten, die den berühmten Ringstraßenpalais in vielen Fällen nur um weniges nachstehen. Bereits 1860, noch lange vor der tatsächlichen baulichen Expansion der Stadt, schrieben die beiden Ringstraßenarchitekten Rudolf Eitelberger und Heinrich Ferstel von spekulierenden Zinshausherren, die ihren kolossalen Häusern einen palaisartigen Schein zu verleihen bemüht seien. Der mehr als vier Jahrzehnte später in Wien tagende IX. Internationale Wohnungskongress diagnostizierte eine »eigentümliche Mischung von äußerer Palasterscheinung und innerer Dürftigkeit«; sie habe den Vororten »den Stempel trostloser Ödigkeit und anspruchsvollster Schäbigkeit aufgedrückt«.[50] Eine Studie über die Wiener Wohnungsnot aus dem Jahre 1919 stellt fest, die Zinskasernen hätten »nach außen hin diese verlogene Prachtarchitektur«, beherbergten im Inneren aber nichts als »elende Kleinstwohnungen«.[51] Der schäbigen Welt der Vorstadt war somit die (fast) gleiche Fassadenästhetik eingeschrieben wie der Prachtarchitektur der Ringstraße, die Zinskasernen bildeten in ihrer äußeren Gestalt weniger einen

Kontrast zum Zentrum als vielmehr dessen symbolische Fortsetzung. Sie verdeckten damit die für Wien so charakteristische doppelte sozialräumliche Faltung der Stadt. Die Grenzen sind weniger durch baulich-ästhetische Unterschiede definiert als durch soziale Markierung und kulturelle Segregation.

Austroliberalismus

Die Familie meines Vaters stammte aus Mähren. (...) Früh vom orthodox Religiösen emanzipiert, waren sie leidenschaftliche Anhänger der Zeitreligion des ›Fortschritts‹ und stellten in der politischen Ära des Liberalismus die geachtetsten Abgeordneten im Parlament. Wenn sie aus ihrer Heimat nach Wien übersiedelten, paßten sie sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit der höheren Kultursphäre an und ihr persönlicher Aufstieg verband sich organisch mit dem allgemeinen Aufschwung der Zeit.[52]

Stefan Zweig erinnert sich der Jahre seiner Jugend und seiner Kindheit in Wien als das »goldene Zeitalter der Sicherheit«. Ein Zeitalter, das ehrlich überzeugt war, auf dem besten Weg zur Besten aller Welten zu sein, das unerschütterlich am Glauben an die geschichtsmächtige Kraft der Aufklärung, an den unaufhaltsamen Siegeszug des Fortschritts, der Zivilisation festhielt und mit Verachtung auf die unaufgeklärten, »barbarischen« Epochen der Menschheitsgeschichte, mit ihren Kriegen, Hungersnöten und Revolten, herabblickte. Es war das goldene Zeitalter des Liberalismus.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Warenproduktion und deren Verallgemeinerung zur dominanten Wirtschaftsform war ein umfassender Prozess der Emanzipation des Individuums in Gang gesetzt worden – eine Umwälzung der Daseinsbedingungen, der »Lebenswelten« der Menschen, die sie aus dem Bann des Traditionellen, der überkommenen Autoritäten riss. Träger dieses mehrhundertjährigen, widersprüchlich, gebrochen, retardierend, kontingent, immer wieder verzögert verlaufenden Modernisierungsprozesses war die Bourgeoisie. Ihre Entwicklung war ursprünglich die Basis der Machtentfaltung des Absolutismus gewesen, der sich die feudalen Gewalten untergeordnet hatte. Aber unter dem Absolutismus, unter staatlicher Förderung an materieller wie symbolischer Macht erstarkt, hat die Bourgeoisie das absolutistische System in den bürgerlichen Revolutionen schließlich durchbrochen, sich der Fesseln der merkantilistischen Marktreglementierungen entledigt. Sie hat den Staat auf die Funktion des Schutzes der Sicherheit der Person und des Eigentums reduziert, die Gestaltung des gesamten Wirtschaftsorganismus, der Produktion und Einkommensverteilung, der Bewegung der Löhne, der Preise und des Zinsflusses dem freien Spiel der Marktkräfte, der freien Konkurrenz der einzelnen Kapitalien überlassen. Sie hat zugleich eine neue Form einer hierarchischen Klassengesellschaft verfestigt, Arbeitsdruck, soziales Leid und Entfremdung rigoros verschärft, vormoderne Produktions- und Reproduktionsweisen ausgehöhlt und zunehmend konkurrenzunfähig gemacht.

Und doch haben sich in jener Ära eines hegemonialen bürgerlichen Individualismus die gesellschaftlichen Produktivkräfte in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß entwickelt, hat die (politische) Emanzipation des Individuums kulturelle Güter, Wertekanons und Zivilisationskodizes qualitativ und radikal neu definiert. Vom Zeitalter der Reformation über jenes der Aufklärung und der bürgerlichen Revolutionen bis in die Ära des Liberalismus und der Demokratisierung hat »das Bürgertum« das politische Monopol der Fürstengewalt, des Feudaladels, der Kirche gebrochen, den »Bürger- und Menschenrechten« zum Durchbruch verholfen. Die Emanzipation der Bourgeoisie hat dem Individuum eine Sphäre der Freiheit gegen die Eingriffe und Willkür des Staates, eine Sphäre der persönlichen Rechtssicherheit garantiert, die Forderungen nach Humanität und Menschenwürde – zumindest der Tendenz nach – ins Konkrete umgesetzt. In seinem Kampf gegen Staat und Kirche eroberte das Bürgertum jedoch nicht nur die Rechtsinstitutionen, sondern vor allem auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die geistige Freiheit, die freie Konkurrenz rivalisierender Gesinnungen und Überzeugungen gegen überkommene Dogmen, Herrschafts- und Ideensysteme (und damit eine dem feudalen und absolutistischen Verständnis zutiefst fremde »Weltanschauung«).

Die individuelle, die geistige Freiheit wurde zur Basis, zur eigentlichen Produktivkraft für die Entwicklung der Wissenschaften (insbesondere der modernen Naturwissenschaften), eines zivilisatorischen Impetus der Moderne, der bürgerlichen Rationalität. Die Newton'sche Physik, der skeptische Empirismus des Zeitalters der Aufklärung überhaupt entwickelte sich zum geschichtsmächtigen Ansatzpunkt in der Überwindung tradierter Metaphysik, überlieferter feudaler und absolutistischer »Welt-Bilder«. Sie wurden zur Philosophie, zur Ideologie der bürgerlichen Revolution, des Liberalismus, der Moderne. Technik, Medizin, Hygiene, die breite Anwendung sozialstatistischer, epidemiologischer, evolutionsbiologischer und polizeiwissenschaftlicher Erkenntnisse verliehen der Moderne erst ihren Möglichkeitssinn. Sie haben die gesellschaftlichen Umbrüche des 19. Jahrhunderts in ein »ehernes Gehäuse der Vernunft« (Max Weber) eingefasst.[53] Schrift und Wissenschaft wurden zu signifikanten Emblemen der Moderne, zu ihrem instrumentellen Narrativ, das nicht zuletzt die materielle Gestalt wie die symbolische Ordnung der neuen urbanen Agglomerationen und Metropolen bestimmte.[54]

Die Emanzipation der Bourgeoisie in der Aufklärung, in der bürgerlichen Revolution, im Liberalismus hat ein in der Reformation und Gegenreformation kulturell zerklüftetes Europa der Tendenz nach einheitlicher gestaltet, hat die nationalen Kulturen einander angenähert, wenn auch nicht homogenisiert. In Frankreich und den angelsächsischen Ländern erlangten die Ideen der Aufklärung, die Forderungen und Zielsetzungen der bürgerlichen Revolution den Status eines gewaltigen »popularen Vorurteils«, unbestrittener Werte, mit denen jede Politik, jede Ideologie sich zu identifizieren und zu arrangieren hatte. Im mitteleuropäischen Raum war die bürgerliche Revolution fehlgeschlagen beziehungsweise von ihren Trägern auf halbem Wege

aufgegeben worden. Die Implementierung des Liberalismus, der modernen bürgerlichen gesellschaftlichen Ordnung auf Basis forcierter industriekapitalistischer Entwicklung bedurfte des Anstoßes von außen. In Österreich war dies die dramatische militärische Niederlage, 1859 in Italien, 1866 im Krieg gegen Preußen. Die Lösung der italienischen und der deutschen Frage gegen Österreich bringt die deutschliberale Bourgeoisie an die Regierungsmacht, die in der Zeit ihrer Vorherrschaft 1861–1878, in der Gemeinde Wien bis 1894/95, ein bedeutendes Reformwerk realisiert. Mit dem Ausgleich mit Ungarn 1867 wird die Dezemberverfassung geschaffen: die Staatsgrundgesetze über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, über die richterliche und die Regierungsgewalt, die Ministerverantwortlichkeit, das Vereins- und Versammlungsgesetz (vorausgegangen war das Pressegesetz von 1862). Die Justiz wird endgültig von der Verwaltung getrennt, die Geschworenengerichtsbarkeit wird eingeführt, das Heer auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht reorganisiert, eine moderne Volksschule durch das antiklerikale Reichsvolksschulgesetz 1869 begründet, das Konkordat ein Jahr später aufgehoben. Hindernisse, die einer freien Entfaltung der Marktkräfte, einer industriellen, kapitalistischen Modernisierung entgegenstehen, werden weitgehend beseitigt, die Wuchergesetze abgeschafft, die Freiteilbarkeit des Bauerngutes ebenso wie auch Handelsverträge mit dem Deutschen Zollverein und England durchgesetzt.[55]

Insbesondere in der Reichshauptstadt nahm dieser deutschzentrierte, bourgeoise Liberalismus eine, wie Victor Adler zu sagen pflegte, spezifisch »jüdische Färbung« an. Zweifellos stellte das aufgeklärte Wiener Judentum eine »Kerntruppe des Liberalismus dar, und wer nach diesem schlug, mußte auch sie treffen«.[56] Ebenso zweifellos unternahm der politische Liberalismus (wie nach ihm auch die Sozialdemokratie) alles, um nicht als »Judenpartei« abgestempelt werden zu können. Im Wiener Gemeinderat saß für das liberale Judentum vor der Verfassungsära lediglich Wilhelm Boschan, später traten Ignaz Kundera, Wilhelm Frankl und 1868 Karl Schlesinger hinzu. Insgesamt haben dem Gemeinderat, wie Hans Tietze ausgeführt hat, von der Jahrhundertmitte bis 1890 lediglich 19 Juden angehört, im Jahrzehnt von 1880 bis 1890 waren in diesem Gremium nur halb so viele Juden vertreten, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte. Das antisemitische Ressentiment blieb von derlei Unterrepräsentanz allerdings unbeeindruckt, galt doch, so Tietze, der politische Liberalismus

> *... wie der wirtschaftliche als Domäne der Juden, dessen ureigenstes Wesen sich in seinem unbegrenzten Humanismus und idealen Optimismus und in seinem Mangel an festen Bindungen und seinem schrankenlosen Individualismus wiederfand.*[57]

Sowohl in der Staats- wie auch in der Gemeindepolitik reagierten die Liberalen auf solche öffentliche Stimmungslagen und Rezeptionsebenen mit einer Einschränkung des Zugangs zur Politik. Die Wahlreform des Jahres 1873 legte direkte Wahlen in den Reichsrat fest (entgegen der bisherigen Wahl durch die Landtage), behielt Zensus

und Kurien aber bei. Ähnlich auf kommunaler Ebene: Ein Wahlkörpersystem (drei Wahlkörper) stattete die Wahlberechtigten (ein durchwegs geringer Teil der Steuer zahlenden männlichen Bevölkerung) gemäß ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen (Besitz) sowie ihrer Berufsstellung (Bildung) mit unterschiedlich gewichteten Wählerstimmen aus. Im Wesentlichen war das kommunale Wahlrecht seit 1850 bzw. 1855 unverändert geblieben, bis es 1885 auf die so genannten »Fünfguldenmänner« ausgedehnt wurde, also auf männliche Staatsbürger, deren direkte Steuerleistung zumindest fünf Gulden betrug. Dadurch war eine Verdoppelung der Wahlberechtigten im dritten Wahlkörper bewirkt worden, ebenso wie im zweiten, der um bestimmte Beamtenkategorien erweitert worden war. Insgesamt war 1890 ein Viertel der männlichen Wiener Zivilbevölkerung (über 24 Jahre) wahlberechtigt, gegenüber 13,5 Prozent ein Jahrzehnt davor; 1869 waren es 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung gewesen. Die Privilegierung des ersten Wahlkörpers (der höchstbesteuerten Grund- und Hausbesitzer sowie der höchstbesteuerten Erwerbs- und Einkommensteuerpflichtigen) wurde mit der Ausweitung des Wahlrechts im zweiten und dritten Wahlkörper sogar noch akzentuiert, da in jeder Kategorie jeweils vierzig Mandate zu vergeben waren. Besitz war das zentrale Kriterium der Liberalen; es begründete die dominierende Stellung von Fabrikanten, Gewerbetreibenden, Händlern, Haus- und Grundeigentümern sowie der gehobenen Teile des Bildungsbürgertums.[58] Waren Parlament und kommunale Vertretungen probate Mittel zur Beschränkung landesfürstlicher und feudaler Macht, so sicherten die Wahlrechtsprivilegien dem liberalen Besitzbürgertum die Macht in ebendiesen Körperschaften. Die Liberalen erwiesen sich somit als die entschiedensten Gegner einer Aufweichung dieser Privilegien, die sie, in einem Zeitalter der Demokratisierung und Nationalisierung, gegen »reaktionäre« (antisemitische, kleinbürgerlich-populistische) oder »revolutionäre« (egalitär-proletarische) Ansprüche aufrechtzuerhalten trachteten. Sie sind dem Druck der sich neu formierenden Politik der Massen auf Staatsebene nach zwei, auf Gemeindeebene nach dreieinhalb Jahrzehnten erlegen.[59]

Als ein durchaus effizientes Mittel zur Machtsicherung hatte sich, insbesondere in den Städten, zunächst vor allem auch die Eroberung der Gemeindeautonomie, der kommunalen Selbstverwaltung, erwiesen. Körperschaften öffentlichen Rechts (und damit die Gemeinden) sollten, so das liberale Credo, ihre besonderen Angelegenheiten unabhängig vom Staat unter Aufsicht der vom Besitz- und Bildungsbürgertum auf Grundlage eines limitierten Wahlrechts gewählten Organe selbst besorgen.[60] Wie das Wahlrecht hat auch die Gemeindeautonomie in ihrer konkreten Handhabung durch die Liberalen aber bald ihren ursprünglich demokratischen Charakter eingebüßt, ist zu einem Instrument der Herrschaftsstabilisierung einer Minderheit und schließlich zu einem zentralen Feld der Herausforderung des Liberalismus durch eine sich formierende Massenpolitik geworden.

Noch vor Einsetzen der neoabsolutistischen Reaktion hatte Wien am 6. März 1850 ein auf dem provisorischen Gemeindegesetz (1849) beruhendes Stadtstatut er-

halten. 1861 (Landesordnungen) und 1862 (Reichsgemeindegesetz) trat neben die »landesfürstliche« die »autonome« Verwaltung der privilegierten Schichten durch die Landesausschüsse und die Gemeindevertretungen. Das Verfassungsgesetz vom 21. Dezember 1867 hat dem Reichsrat schließlich die Grundsatzgesetzgebung auf dem Gebiet des Gemeinderechts entzogen und in die Kompetenz der Landtage verlegt, womit die liberale Gemeindeverfassung und die kommunale Selbstverwaltung etabliert waren. Die Reichshauptstadt erwies sich als Sonderfall: Wiewohl in der neoabsolutistischen Ära wesentliche seiner Bestimmungen suspendiert gewesen waren, konnte auf das Statut von 1850 zurückgegriffen werden, umso mehr, als das Reichsgemeindegesetz von 1862 explizit die Möglichkeit der Beibehaltung bestehender Statuten vorgesehen hatte; es blieb, nach Aufhebung seiner neoabsolutistischen Restriktionen, für vier Jahrzehnte nahezu unverändert in Kraft:

> *Dennoch stand in Wien die Revision der Gemeindeordnung während des ganzen Zeitraumes von 1861 bis 1890 in verschiedenen Varianten am Programm des Gemeinderates. Es bestand sogar mit ganz kurzen Unterbrechungen immer eine sogenannte Statutsrevisionskommission, die mit der Ausarbeitung von Entwürfen beschäftigt war. Ganz im Widerspruch zu diesem Reformeifer zeigte aber die Wiener Stadtverfassung bis zur neuen Gemeindeordnung von 1890 ein erstaunliches Maß an Kontinuität.*[61]

Seine Verfassung bestimmte Wien als eine autonome Stadt, das heißt, mit den Befugnissen einer staatlichen Bezirksverwaltungsbehörde ausgestattet; der wesentlich erweiterte übertragene Wirkungskreis schloss also die Kompetenzen einer Bezirkshauptmannschaft mit ein. Wien war somit »Staat« in erster Instanz, zugleich aber auch stärkerer Staatsaufsicht unterstellt. Im Konkreten bedeutete dies unter anderem, dass gemäß Artikel XXII des Reichsgemeindegesetzes die Wahl des jeweiligen Bürgermeisters der kaiserlichen Bestätigung bedurfte. Eine weitere, nachhaltige Einschränkung der städtischen Autonomie war dadurch gegeben, dass im Rahmen ihrer selbstständigen Agenden mit der Polizeidirektion eine ihrer Aufsicht und Kontrolle weitgehend entzogene Behörde tätig war. Beide Aspekte sollten, zu unterschiedlichen Zeiten und mit unterschiedlicher Gewichtung, für die weitere politische und soziale Entwicklung der Stadt von nicht unerheblicher Bedeutung sein.

Vor diesem Hintergrund realisierten die Liberalen – seit Amtsantritt ihres ersten Bürgermeisters Andreas Zelinka (1861 bis 1868) und im Besonderen in der Ära Cajetan Felders (1868 bis 1878)[62] – in durchaus imposanter Manier kommunale Politik im Sinne der Herstellung urbaner technischer Infrastruktur. Oder vielmehr, sie »erfanden« Kommunalpolitik für Wien in dem Sinne, dass sie den städtischen Körper neu strukturierten, gliederten und hierarchisierten, ihm die neue, elitendemokratische, »progressive« symbolische Ordnung von Besitz, Recht und Kultur einschrieben. Liberale kommunale Politik hieß in diesem Sinne Auf- und Ausbau der technischen Infrastruktur, oder präziser: die im Kontext urbaner Politik mögliche Herstellung

der äußeren materiellen Voraussetzungen zur Entfaltung der industriekapitalistischen Moderne. Die Liberalen betrieben so den Um- und Neubau der Stadt, sie schufen die moderne Stadt im Sinn einer Rahmenbedingung: Dort, wo es ihre unmittelbaren Interessen erforderten, griffen sie unmittelbar und direkt ein, ordneten, modifizierten sie die dynamische, teils explosive urbane Entwicklung (Hygiene, Bildung). Alles Übrige überantworteten sie nach Möglichkeit der privaten Initiative, dem Spiel der freien Marktkräfte, der Spekulation (Wohnbau, Verkehrs-, Gasversorgung etc.). Ihr kulturelles Interesse orientierte sich an dem entsprechenden Erbe des politisch so erfolgreich bekämpften Adels; ihr soziales Interesse klammerte das neue, in den (nicht zu Wien gehörenden) Vororten konzentrierte Massenelend schlicht aus (es sei denn, als ein potentiell gefährliches Objekt polizeilicher Intervention); ihr geschäftliches Interesse aber war um die Stadt als funktionierende moderne Infrastruktur zentriert. Dieserart wurden Donauregulierung und der Bau der ersten Wiener Hochquellenwasserleitung durchgeführt, der Zentralfriedhof ebenso wie Donaubäder angelegt, Epidemiespital, Lagerhaus und Zentralmarkthallen errichtet, die Kanalisation ausgebaut und modernisiert, Straßen erneuert und erweitert, insgesamt 150 Volks- und Mittelschulen eröffnet.[63]

Vorhaben wie Donauregulierung und Hochquellenwasserleitung waren für die Anlage der modernen Großstadt von herausragender Bedeutung und nahmen den Charakter von Jahrhundertprojekten an. Die katastrophenartigen Überschwemmungen des Jahres 1862 hatten den letzten Anstoß zur Donau-Regulierungsplanung gegeben, eine Kommission war 1867 eingesetzt worden. 1870 begannen die Arbeiten, der Aushub wurde zur Zuschüttung der Donauarme, zur Abdeckung des Überschwemmungsgebiets und zum Bau des Marchfelddamms verwendet. Die Donau bekam ein neues, in sehr flacher Kurve verlaufendes Flussbett zwischen Nussdorf und Albern, das Hochwasserbett entsprach dem Inundationsgebiet an ihrem linken Ufer. Zudem wurde der Donaukanal reguliert und an seinem Eingang mit einer Schiffspassage versehen. Am 30. Mai 1875 fand die feierliche Eröffnung des Schiffsverkehrs auf der neu regulierten Donau statt. Nicht nur waren die tiefer gelegenen Stadtteile und Vorstädte von der permanenten Überschwemmungsgefahr befreit, es waren zudem 230 Hektar Land für industrielle Entwicklung (am nördlichen Ufer) und spekulativen Wohnbau (»Donaustadt«) gewonnen worden.[64]

Das zweite liberale Großprojekt im Sinne einer die sozialen Klassen übergreifenden Hygienisierung des städtischen Körpers war die Anlage einer qualitativ hochwertigen, seuchenungefährlichen Wasserversorgung. (Die Gemeinderats-Linke argumentierte explizit in diesem Sinn: Gutes Trinkwasser würde die Volksgesundheit verbessern und dadurch den Wert der Arbeitskraft erhöhen.)[65] Die Notwendigkeit einer Sicherstellung hinreichender Wasserversorgung hatte sich direkt aus der Eingemeindung der (inneren) Vorstädte abgeleitet; ihre Realisierung als eine aus dem Rax-Schneeberg-Gebiet geführte Zuleitung von Hochqualitätswasser (gegenüber gefiltertem Donauwasser) illustriert exemplarisch die Prinzipien liberaler Kommunalpolitik. Der

Geologe und Gemeinderat Eduard Sueß sowie Felder persönlich hatten sich für diese Lösung stark gemacht, eine Reihe von Gutachten und qualitativen Analysen durch Ingenieure, Chemiker, Ärzte deren Sinnhaftigkeit wissenschaftlich untermauert; die Ausführung geriet zur kommunalen Großtat, der Kaiser selbst nahm den Spatenstich beim Reservoir am Rosenhügel vor. Die Wasserabgabe (nach Fertigstellung der Hochquellenwasserleitung im Oktober 1873), die in Form einer Kopfsteuer von allen Wassernutzern in gleicher Höhe eingehoben wurde, belastete allerdings die einkommensschwächeren Bevölkerungssegmente überproportional.[66]

Überhaupt waren es die unteren sozialen Schichten, die den überwiegenden Teil des Gemeindebudgets, soweit es auf Steuereinnahmen beruhte, aufzubringen hatten, während sich die Liberalen als Vertreter des Besitz- und Bildungsbürgertums selbst vergleichsweise gering besteuerten. Zuschläge zu den staatlichen direkten Steuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Einkommensteuer), die Gemeindeumlage auf die Mietzinse und kommunale Zuschläge zur staatlichen indirekten »Verzehrungssteuer« machten anfänglich annähernd die Hälfte, später knapp drei Viertel der Einnahmensätze des Gemeindebudgets aus – wobei bis zu 75 Prozent dieses Steueraufkommens aus der Mietzinsumlage lukriert wurden, Grund- und Erwerbssteuer hingegen nie mehr als fünf Prozent ausmachten.[67] Alles in allem erwiesen sich die steuerlichen Einnahmen bei den gegebenen, ständig wachsenden Anforderungen an die kommunale Verwaltung als keineswegs ausreichend. Budgetabgänge und seit Antritt der Liberalen ständig wachsende Haushaltsdefizite wurden zunächst durch Verkauf von Wertpapieren und Schuldenaufnahme bei der Nationalbank ausgeglichen; im Zusammenhang mit der Hochquellenwasserleitung wurde dann eine weitere Finanzierungsperspektive eröffnet – die Anleihenaufnahme. Damit war der Weg der Verschuldung zur Infrastrukturfinanzierung endgültig festgelegt: Bis in die Phase der Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg sollte das Gemeindebudget durch Kapitaltilgung und Zinsendienst dauerhaft belastet sein. In den 1880er-Jahren entfielen zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Gesamtausgaben auf Anleihen-Rückzahlung, der Schuldenstand erreichte eine Höhe, die bis zum Fünffachen der Einnahmen des Normalbudgets betrug.[68]

Die liberalen »Investitionen auf die Zukunft«, die Verlagerung der Finanzierung moderner urbaner Infrastruktur auf künftige Jahrzehnte und Generationen initiierten in der (damaligen) Gegenwart einen veritablen Boom in der Bauwirtschaft und verwandten Industrien oder verstärkten vielmehr und akzentuierten die allgemeine ökonomische Dynamik der Gründerzeit. Der Boom, die glänzende wirtschaftliche Konjunktur der Ringstraßenära, zog in einem verstärkten Ausmaß semiqualifizierte und unqualifizierte Arbeitskraft in die Reichshauptstadt.[69] Und tatsächlich gewannen zeitgenössische Beobachter zwischen 1867 und 1873 den Eindruck, die gesamte Stadt sei nichts als eine riesige Baustelle. Rathaus, Parlament, Universität, Burgtheater, die Hofmuseen und eine Reihe anderer Repräsentativbauten befanden sich in einem sehr frühen Baustadium oder waren eben erst begonnen worden; mit Ausnahme der

Börse fiel ihre Fertigstellung in die 1880er-Jahre. In den inneren Vorstädten wurden die charakteristischen, aus dem 18. Jahrhundert stammenden, ein- bis zweistöckigen Wohnhäuser geschleift, um monumentaleren, repräsentativeren, an der Fassadenästhetik der Ringstraßenpalais ausgerichteten urbanen Komplexen Platz zu machen. Insgesamt wurden an die 500 private und öffentliche Gebäude und 90 Straßen oder Plätze im Ringstraßenareal und den angrenzenden Vorstädten neu errichtet. Weites »Brachland« in der Nachfolge aristokratischer Vergnügungs- und Erholungslandschaften wurde parzelliert und der spekulativen Bauentwicklung überantwortet.[70]

Die kommunalen Projekte der Liberalen standen ohne Ausnahme in einem engen Zusammenhang mit dem Ringstraßenbau oder waren zumindest auf indirekte Weise daran gebunden. Dies hatte, wie Carl E. Schorske argumentiert, seinen ebenso simplen wie zwingenden Grund darin, dass sich die Interessen der Partei des »big business«, des Finanzkapitals und der aufstrebenden Mittelschichten ebendort konzentrierten.[71] Und es ist in der Tat bemerkenswert, bis zu welchem Ausmaß die liberale Stadtverwaltung die urbane Dynamik in den Vororten, den eigentlichen Vor-Städten, ebenso wie die dort ablaufenden rapiden Prozesse der Proletarisierung und Verelendung schlicht ausblendete. Oder wie vielmehr versucht wurde, diese neuen städtischen Gebilde, die da an der Peripherie im Entstehen waren (und bis 1890 nicht in den Verwaltungsbereich der Stadt Wien fielen), ökonomisch zu integrieren und zu verwerten, kulturell und sozial jedoch strikt auszuschließen.

Schorske argumentiert weiters, ein barocker Architekt hätte wohl versucht, die Vorstadt mit dem Zentrum in Form der Öffnung einer breiten Perspektive auf die zentralen, monumentalen Teile hin zu verbinden, und damit die (visuelle wie politische) Wahrnehmung des Zentrums als solches überhaupt erst ermöglicht.[72] Stattdessen wurde die Ringstraße, wie bereits weiter oben dargelegt, nicht zentrifugal auf die Vorstadt hin ausgerichtet, sondern bildete eine in sich abgeschlossene Figur, die zugleich eine Trennung der Gesellschaft definierte. Die sozial segregierende Ringstraßengestaltung ist somit räumlich-territorialer Ausdruck von Macht und Abhängigkeit, von ökonomischer Integration und sozio-kultureller Marginalisierung. Dies entspricht dem liberalen Politikverständnis; kommunale Politik schreibt diese Segregation fest, ist Administration des Besitzstandes, ist Vermögensbildung und Vermögensverwaltung, von der die Unterschichten und Nichtbesitzenden jedenfalls fern zu halten sind.

Der scheinbar unaufhaltsam gewordene Siegeszug der Moderne und des bürgerlichen Liberalismus im Gefolge von Aufklärung, Ratio und wissenschaftlich-technischem Fortschritt, der verzögerte Triumph der so spät in die Habsburgermonarchie gelangten kapitalistischen Produktionsweise, fand in Wien seine besondere Theoretisierung. Die Vertreter der »Wiener Schule der Nationalökonomie«, die Theoretiker der so genannten »Grenznutzenlehre«, begründeten mit ihrer psychologischen Schule eine subjektive Wertlehre, konzentrierten ihr Augenmerk auf Prozesse der nachfragegeleiteten Bewertung von Gütern und die auf rationaler Entscheidungsgrundlage

basierenden Präferenzen des konsumierenden Individuums am freien Markt.[73] Sie unternahmen den groß angelegten Versuch der Konzeption einer ökonomischen Metatheorie, eines geschlossenen Gegenentwurfs zur »objektiven Wertlehre«, die – im Gefolge der klassischen Nationalökonomie von Ricardo und Marx entwickelt – den Wert einer Ware durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt sah. Für die Grenznutzentheoretiker hingegen war der Warenwert durch den »Nutzen« festgelegt, den das letzte noch verfügbare Teilquantum für seinen Eigentümer annimmt. Diese mikroökonomische Wende, die Hinwendung zum Subjektivismus, zur Problematik der Nachfrage, der Bedürfnisstrukturen und -artikulationen, die Akzentuierung der Konsumptionsseite und der Entscheidungsmächtigkeit rational agierender Individuen, hat der ökonomischen Theorie radikal neue Perspektiven eröffnet. Sie hat zugleich aktuelle Entwicklungen und Tendenzen der industriekapitalistischen Moderne reflektiert und die normative Präferenz der Grenznutzentheoretiker für die kapitalistische Markt- und Konkurrenzwirtschaft festgeschrieben. Es ging dem ökonomischen Subjektivismus um nichts weniger als um deren sachlich-rationale Legitimierung und deren objektiv-wissenschaftliche Begründung. Insbesondere Menger war es in diesem Sinn um die Ableitung streng kausaler, von Zeit und Ort abstrahiert gültiger ökonomischer »Wesensgesetze« zu tun.[74]

Carl Menger hat sein Hauptwerk »Grundsätze der Volkswirtschaftslehre« 1871 veröffentlicht und damit – zusammen mit dem zeitgleich, aber unabhängig von ihm arbeitenden Engländer William Jevons und dem französischen Schweizer Marie Esprit Leon Walras – die Grenznutzenlehre begründet. Menger, der Privatlehrer Kronprinz Rudolfs, war ein paradigmatischer Liberaler: Sein optimistisches Menschenbild, seine unbedingte Fortschrittsgläubigkeit, sein Szientismus und Positivismus, methodologischer Individualismus und Zweckrationalismus – all dies geht in seine Theoretisierung des modernen industriellen Kapitalismus, des gesellschaftlichen Prozesses der Güterproduktion als eine Analyse individueller, zweckoptimierter, bedürfnisangeleiteter Konsumption ein.[75] »Wert« wird den Grenznutzentheoretikern zur relativen Größe, das wirkungsmächtige Moment im wirtschaftlichen Prozess ist die Nachfrage, während sich die Produktion lediglich passiv anpasst.[76] Wo aber die »rationalen Entscheidungen« autonomer ökonomischer Akteure eine bloß reaktive Produktionsseite dominieren, dort ist der liberale Kapitalismus die einzig legitimierte, ja einzig mögliche Wirtschaftsform. Ein derartiger Ansatz implizierte notwendigerweise einen stark psychologisch angeleiteten Zugang, und es ist verschiedentlich auf geradezu erstaunliche Affinitäten der Thesen und Methoden Mengers zur empirischen, aprioristischen, wiewohl strikt antikantianischen Psychologie Franz Brentanos hingewiesen worden.[77]

Die grundlegenden, ja revolutionären Arbeiten Mengers wurden von Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk weitergeführt und zu einer eigenständigen Schule ausgebaut. Insbesondere Böhm-Bawerk stellte die in der Beurteilung eines seiner prominentesten Schüler, Josef Schumpeter, wohl schwierigste und bis dahin un-

gelöste ökonomische Problematik, das Phänomen des Kapitalzinses, also des Netto-Kapitalertrags, in das Zentrum seiner Arbeiten. Vor ihm hatte sich lediglich Marx der Herausforderung einer Theoretisierung des Zins- und Profitsystems gestellt.[78] Und in der Tat verstand Böhm-Bawerk das von ihm erarbeitete Theoriegebäude, wie ebenfalls von Schumpeter angesprochen, nicht zuletzt auch als radikales Gegenmodell zu sozialistischen Wirtschaftskonzeptionen – bei aller gegebenen Wertschätzung einzelner Aspekte des Marx'schen nationalökonomischen Werkes. Dennoch oder gerade deswegen fanden sich neben Schumpeter oder Ludwig von Mises mit Rudolf Hilferding, Otto Bauer und Otto Neurath führende Köpfe künftiger austromarxistischer Theoriebildung im exklusiven Kreis der Teilnehmer am Privatseminar des Wiener liberalen Ökonomen.[79]

Menger, Wieser und Böhm-Bawerk haben einen im Aufstieg befindlichen, »kreativen« liberalen Kapitalismus in höchst origineller Weise analysiert und theoretisiert. Die nächstfolgende Generation der »Wiener Schule« um Mises und Friedrich von Hayek hat deren methodologische Verfahren und theoretische Konzeptionen ideologisch massiv aufgeladen und hermetisch geschlossen. Mises' aprioristische »Praxeologie« hat den Spekulations- und Schieberkapitalismus der unmittelbaren Wiener Nachkriegszeit ab 1918 in ein wissenschaftliches System transformiert, der Nobelpreisträger Hayek hat, über den Umweg der »Chicago Boys«, auf die fundamental neoliberale und anti-keynesianistische Politik Margaret Thatchers und Ronald Reagans wesentlich Einfluss genommen.[80]

Die »Gründergeneration« der Wiener Schule der Nationalökonomie hat in dem von ihr propagierten Perspektivenwechsel von Produktions- hin zu Allokationsfragen, von der Thematisierung langfristiger Dynamiken hin zur statischen Gleichgewichtsanalyse neue (und faszinierende) Einsichten in die Funktionsweise wirtschaftlicher Prozesse eröffnet. Eine Krisentheorie hat sie nicht entwickelt (dies findet sich erst bei Hayek und, vor allem, bei Schumpeter). Sie hat wesentliche, dynamische Momente der neuen Wirtschaftsform wie die Bewegungen der Profitrate oder den (notwendigen) Wechsel der Konjunkturen nicht thematisiert. Die so genannte »Gründerzeit« der Jahre 1867 bis 1873 war eine geradezu exemplarische Phase der Hochkonjunktur, der industriellen Expansion und einsetzenden Massenproduktion, der Börsenhausse und Spekulation. Bestehende Betriebe wurden reorganisiert, vergrößert, rationalisiert, neue industrielle Leitsektoren begannen sich zu etablieren und ihre besondere Dynamik zu entfalten. Produktionsmittel erzeugende Industrien (für Wien von besonderer Bedeutung der eng mit dem Eisenbahnsektor verwachsene Maschinenbau) gerieten in schnellen Gang, von ihnen breitete sich eine bis dato ungekannte Prosperität über die gesamte Volkswirtschaft aus.[81] Diese »glänzendste« Konjunkturperiode des gesamten 19. Jahrhunderts – die sich gleichwohl bereits für zeitgenössische Beobachter als »seltsam überhitzt« dargestellt hatte – endete, aus der fatalen Konsequenz einer Vielzahl von Faktoren heraus, im Desaster der Spekulationskrise, des Börsenkrachs, der Depression.

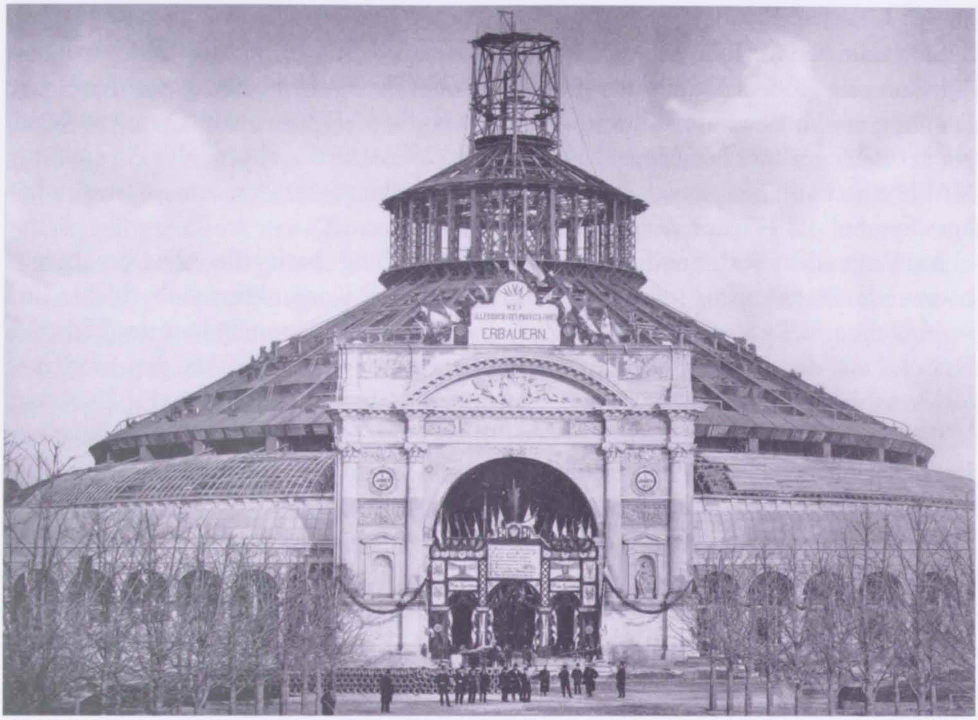


Abb. 38: Wiener Weltausstellung 1873, Blick auf die Rotunde.

Die erste strukturelle Krise des hierzulande noch so neuen und wenig gefestigten industrie- und finanzkapitalistischen Systems verband sich in eigensinniger Weise mit jenem Ereignis, das ausersehen war, dem Wirtschafts- und Gesellschaftsoptimismus des Liberalismus, seinem gestaltenden, zukunftsweisenden Potential, dem Streben seiner sozialen Trägerschichten nach gesellschaftlicher Anerkennung und Nobilitierung in Form einer gigantischen ökonomischen und kulturellen internationalen Leistungsschau Ausdruck zu verleihen: der Weltausstellung des Jahres 1873 im Wiener Prater *(Abb. 38)*.[82]

Die Initiatoren und Förderer der Exposition rekrutierten sich aus den inneren Zirkeln des österreichischen Liberalismus, aus dem niederösterreichischen Gewerbeverein, der Handelskammer, dem Ingenieur- und Architektenverein; neben den Handelsministern Graf Wickenburg, Ignaz Plener und Anton Banhans agierten der Industrielle Franz von Wertheim, der Technologe Wilhelm Franz von Exner sowie der Ringstraßenarchitekt und Direktor des Museums für Kunst und Industrie, Rudolf von Eitelberger, als ihre hervorragenden Exponenten. Den letzten Anstoß gab dann ein von Privaten gezeichneter Kredit. Auf einer Gesamtfläche von mehr als 16 Hektar wurde eine aus über 200 Hallen bestehende Ausstellungsstadt errichtet. Als

ein gigantisches Symbol des technischen Fortschritts war die von dem englischen Schiffsbauingenieur John Scott-Russel entworfene trichterförmige Eisenkonstruktion der Rotunde (108 m Durchmesser, 84 m Höhe) ihr Wahrzeichen geworden.[83] Die Rotunde, im Volksmund bald nur mehr als »Guglhupf« apostrophiert, musste wegen gravierender technischer Mängel vom Leiter des Architekturbüros der Ausstellung, Karl Freiherr von Hasenauer, umgestaltet und neu konzipiert werden; sie ist, sinnfälliges Symbol des Wiener Bürgertums, 1937 abgebrannt.[84]

Im Zuge der Vorbereitungen zur Weltausstellung hatte die ohnedies bereits boomende Bauwirtschaft einen weiteren, massiven Konjunkturschub erlebt, und wohl nicht zufällig war die Wiener Ziegelfabriks- und Baugesellschaft des Heinrich Drasche auf der Expo mit einem »Triumphbogen« vertreten. Von den insgesamt existierenden 44 privaten Bau- und Terraingesellschaften waren gut die Hälfte im Weltausstellungsjahr gegründet worden, 27 widmeten sich explizit der spekulativen Bodenerschließung und Wohnbauentwicklung.[85] Erstmals wurden Hotels in großem Maßstab errichtet, u. a. das »Donau«, »de France« und »Regina«, das Luxushotel »Metropol« am Morzinplatz (später Sitz der Gestapo), das Württemberg'sche Ringstraßenpalais wurde zum »Imperial« umgebaut. Die Gemeinde Wien, dem ganzen Unternehmen gegenüber eher skeptisch eingestellt, leistete mit dem Neubau von drei Donaukanalbrücken, der Einrichtung dreier neuer Praterlinien der Tramway und der Errichtung eines Choleraspitals an der städtischen Peripherie (Triester Straße) einige wesentliche Beiträge zur weiteren Entwicklung der städtischen Infrastruktur.[86]

Die Börse reflektierte den Boom der Gründerjahre und trieb ihn weiter an, gab ihm insofern Richtung und Struktur, als der dominante Einfluss der Geldinstitute auf die österreichische Industrie (den Rudolf Hilferding zum Ausgangspunkt seiner epochalen, 1910 erstmals erschienenen Studie »Das Finanzkapital« machen sollte)[87] grundgelegt wurde. Im Vorfeld der Weltausstellung war, getragen von den sich rasant vermehrenden Bank- und Finanzierungsgesellschaften, die Börsen-Hausse in ein regelrechtes Spekulationsfieber umgeschlagen.

> *Thatkräftige Impulse erzeugten sich in allen Ständen, Projekte wurden geschmiedet, Ideen gefaßt und verfolgt, Associationen eingegangen, Käufe und Verkäufe abgeschlossen. (...) Alles rechnet. Alles spekuliert auf die Weltausstellung.*[88]

Bei einer in den ersten Gründerjahren erfolgten Überakkumulierung von Kapitalien hatte sich nunmehr ein überspanntes Kreditsystem herausgebildet, das eine drastische Erhöhung des Bedarfs an Zahlungsmitteln nach sich zog und bei dem gegebenen durchaus hohen Preisniveau nicht ohne drastische Folgen weiter ausgedehnt werden konnte. Die Spekulation brach nur acht Tage nach der weithin als missglückt erachteten Eröffnung der Weltausstellung, am »Schwarzen Freitag«, dem 9. Mai 1873, in sich zusammen. Bereits am Vortag waren 110, am Schwarzen Freitag selbst 120 Insolvenzen gezählt worden, im weiteren Verlauf des Jahres gingen acht Banken,

zwei Versicherungsgesellschaften, eine Eisenbahngesellschaft, sieben Industrieunternehmungen in Konkurs, in Liquidation traten 40 Banken, sechs Versicherungen, 52 Industrieaktiengesellschaften, eine Eisenbahngesellschaft. Die Zahl der Aktienbanken in Wien fiel innerhalb eines Jahres von 72 auf 28 (und bis 1879 auf 14), von 70 in den Gründerjahren neu eingerichteten Geldinstituten bestanden 1883 nur mehr acht.[89] Zusammenbruch und nachfolgende Rezession trafen im Besonderen die Wiener Wirtschaft, zeitigten doch der Einbruch der Bauhochkonjunktur und der Zusammenbruch des Eisenbahnsektors gerade hier ihre dramatischen Wirkungen. Von vier Großbetrieben, die 1872 einen Belegschaftsstand von über eintausend aufwiesen, hatten sich lediglich die staatlichen militärischen Unternehmungen im Arsenal behaupten können, die Maschinenfabrik Georg Sigl reduzierte die Zahl ihrer Beschäftigten von 1.436 auf 936 im Jahr 1875, ähnlich drastische Einbußen verzeichneten die Maschinenfabrik der Staatseisenbahngesellschaft und die Simmeringer Waggonfabrik. Erst Mitte der 1880er-Jahre erholte sich die städtische Wirtschaft sukzessive, und mit der Elektroindustrie entstand ein neuer Leitsektor industrieller Dynamik, der sich die groß- und hauptstädtischen Standortvorteile (relativ geringer Flächenbedarf, gegebene marktliche Nachfrage, vertikale Produktionsorganisation, hoher Anteil hoch qualifizierter Arbeitskraft bei gleichzeitigem un- oder semiqualifizierten Arbeitspotential für Massenfertigung) voll nutzbar zu machen wusste. 1890 hatte sich beispielsweise Siemens mit 953 Arbeiterinnen und Arbeitern und 150 bis 200 Angestellten zum Großbetrieb entwickelt, und dass die Elektrofirma Kremenezky & Co 1889 auf das Gelände der vier Jahre zuvor stillgelegten Maschinenbaufabrik Sigl im 9. Bezirk übersiedelte, verlieh einem neuen dynamischen industriellen Prozess – der bis zur Rüstungskonjunktur der Jahre 1912/14 anhalten sollte – seinen symbolischen Ausdruck.[90]

Konkurse, Insolvenzen, Liquidationen, Entlassungen, Betriebsschließungen etc. liefern die Kerndaten einer hierzulande ersten, dramatischen, durch und durch »modernen« Krise des liberal-kapitalistischen Systems, mit ihren unmittelbaren wie langfristigen politischen, sozialen und kulturellen Folgewirkungen. Es sind zunächst Krisen des Überschusses, der Über- und Lagerproduktion, des Marktversagens. Es sind zugleich Krisen des Mangels, der mangelnden Nachfrage, der schwindenden Konsumkraft, nicht länger gegebener Konkurrenzfähigkeit. Mit dem Sinken der Profitrate stürzen die Aktienkurse, mit der Lähmung der unternehmerischen Initiative kommt die Investitionstätigkeit zum Stillstand, die ökonomische Depression und die politische Krise gehen ineinander über. Die so unmittelbar nach ihrer Eröffnung einsetzende Börsen- und Spekulationskrise hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Wiener Weltausstellung die (unrealistisch) hoch gegriffenen Erwartungen, die das liberale Wien in sie gesetzt hatte, in keiner Weise erfüllen konnte. Es war dies nicht zuletzt auch einer Reihe von außerökonomischen Faktoren geschuldet, so etwa einer über die Sommermonate grassierenden Cholera-Epidemie, die vom Hotel »Donau« in der Nordbahnstraße ihren Ausgang genommen hatte und in einem Zeitraum von insgesamt 141 Tagen 2.983 Todesopfer fordern sollte. Im Zusammenspiel solcher

Umstände geriet die Exposition zum Desaster; sie schloss mit unfassbaren 19 Millionen Gulden Defizit.[91]

Die Spekulationskrise 1873 zeitigte zudem aber Langzeiteffekte, die über den Rahmen einer »bloß« ökonomischen Rezession weit hinaus wiesen, massen- und tiefenpsychologische Konsequenzen, die das politische System, den sozio-kulturellen Mechanismus des Habsburgerreiches und seiner Hauptstadt nachhaltig veränderten und neu strukturierten. Die Krise des Liberalismus hat nicht nur den wirtschaftsliberalen Kapitalismus, den unbedingten Glauben an den ökonomischen Fortschritt, die persönliche unternehmerische Initiative des »kreativen Zerstörers« (im Sinne Schumpeters), die Logik der wissenschaftlich-technischen Moderne diskreditiert; sie hat vor allem den Glauben der Liberalen an sich selbst, den (notwendigen) historischen Erfolg eines seiner traditionellen Fesseln entledigten, den Werten der Aufklärung, des Rationalismus und der bürgerlichen Öffentlichkeit verpflichteten Individualismus untergraben. Die Krise der Ökonomie hat die politische Niederlage des Liberalismus nach sich gezogen: auf gesamtstaatlicher Ebene 1879 durch die Berufung des Ministeriums Taaffe, das die den Deutschliberalen feindlichen Parteien zum »Eisernen Ring« vereinigte und den böhmischen Feudaladel, die Alttschechen, die deutschen und die südslawischen Klerikalen sowie die polnische Schlachta umfasste. Aber auch auf kommunaler Ebene, in ihrer Hochburg Wien, geraten die herrschenden Liberalen unter massiven Druck, der sie aus einer antifeudalen Kraft des gesellschaftlichen Fortschritts in eine defensiv agierende Interessengemeinschaft zur unbedingten Bewahrung privilegierter Besitzstände mutieren lässt. Es ist das vage antikapitalistische Ressentiment der durch die ökonomische Modernisierung zunehmend gefährdeten, in der Krise sehr unmittelbar mit der Perspektive sozialer Verelendung und Proletarisierung konfrontierten kleinbürgerlichen und gewerblichen Schichten, die der ehemalige Liberale Karl Lueger im Namen einer imaginierten »Bürgergemeinschaft« sammelt und zur großen Herausforderung des politischen Liberalismus heranbildet.

Der Liberalismus in Wien scheiterte gleichermaßen an seinem politischen Partikularismus, der weite Teile der (einkommensschwachen) Bevölkerungsschichten vom Wahlrecht ausschloss, wie an einem instrumentellen Begriff von Vernunft, der weniger Aufklärung, Emanzipation und Freiheit, als vielmehr neue soziale Ungleichheiten und Spaltungen der Gesellschaft produzierte, ohne jedoch die traditionalen Mächte des Adels und der Kirche wirklich ausschalten zu können. Der Liberalismus hatte die Alltagsutopie der Aufklärung erzählt, ohne diese zu einer wirklichen Alltagserfahrung der Wiener Bevölkerung machen zu wollen. Seine Eliten waren mentalitätsmäßig dem Vormärz verhaftet geblieben und suchten das Trauma der fehlgeschlagenen Bürgerrevolution von 1848 in immer neuen Kompromissen mit den feudalen Eliten zu kompensieren. Ökonomisch gelang dem Liberalismus zwar ein gigantischer Aufholprozess, soziokulturell blieb er aber exklusiv auf das Besitzbürgertum und auf das assimilationswillige Judentum beschränkt, das sich vom wirtschaftlichen Aufstieg die endgültige gesellschaftliche Anerkennung versprach. Der Liberalismus war erfolgreich in

der Herstellung des Rechtsstaates und der Bürgerrechte, doch er scheiterte an dem überschüssigen Universalismus seiner Ideologie. Da er diesen nur partikulär einlöste und die unteren Schichten ausschloss, radikalisierte der Liberalismus die Kleinbürger und scheiterte an deren Antimodernismus und politischer Rabiatheit. Die einseitige Proklamation von Freiheit und Fortschritt für die Gebildeten und materiell Begüterten führte zu massiven politischen Gegenbewegungen derer, die vom Glanz der Ringstraße und den Segnungen des Kapitalismus ausgeschlossen waren.[92]

Die Jahre nach dem großen Börsenkrach 1873 und der anschließenden, bis Mitte der Achtziger andauernden wirtschaftlichen Depression brachten nicht nur verminderte Einkommen, Armut und wirtschaftliche Stagnation mit sich, sondern zugleich eine Rationalisierung der Produktion und damit eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels. Das Kleingewerbe, das Handwerk und der Handel mussten sich auf einen rapiden, weitgehend vom Finanzkapital gesteuerten Modernisierungsschub einstellen, der eine signifikante Expansion des industriellen Sektors nach sich zog und neue Leitsektoren der Großindustrie installierte. Österreichs verspäteter, damit überstürzter und schockhafter Eintritt in die Ära der kapitalistischen Moderne machte sich nun auch massiv sozial bemerkbar und erfasste gleichermaßen das Proletariat wie das Kleingewerbe und das Handwerk. Die Wiener Gewerbetreibenden sahen sich spätestens ab den 1880er-Jahren gleichermaßen vom Fabrikensystem, von der Heimindustrie und neuen Distributionssystemen, deren Wettbewerbsdruck sie sich nicht gewachsen fühlten, bedroht.[93]

Die Spaltung, die damit durch das höhere, mittlere und Kleinbürgertum lief und den (unteren) Mittelstand zwischen Bürgertum und Proletariat in wirtschaftliche Existenznöte brachte, bewirkte einen überraschenden Radikalisierungsschub, dem die Liberalen keine adäquaten politischen Artikulationsformen entgegensetzen konnten. Vielmehr vertiefte sich dadurch die Entfremdung zwischen den Liberalen und dem besitzlosen und einkommensschwachen Kleinbürgertum. Die Interessenkluft zwischen dem Kleinbürgertum und dem Besitzbürgertum war keine neue Erscheinung, sondern im Kern schon in der bürgerlichen Revolution von 1848 angelegt gewesen. In der Folge aber wurde sie unter den neuen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der liberalen Ära noch weiter verfestigt und durch den politischen Ausschluss einer breiten unteren Mittelschicht nur noch vertieft. Doch gerade diese unteren Mittelschichten sollten zum Adressaten einer neuen, populistisch orientierten Politik jener sozialen Reformbewegungen werden, die sich von den Liberalen abgespaltet und gegen sie als eigenständiges politisch-kulturelles Lager profiliert hatten. Da es den Liberalen an einer entwickelten, linken und radikaldemokratischen Tradition und Reformkultur (die ein Citoyen-Bündnis von qualifizierten Arbeitern und unteren Mittelschichten als eine Mittlergruppierung zwischen dem Bürgertum und den aus der zivilen Gesellschaft ausgeschlossenen politischen Akteuren hätte herstellen können) fehlte, kam es zu einer folgenreichen Verschmelzung von antikapitalistischen mit strukturkonservativen und antimodernistischen Sentiments; sie fand ihren deutlichs-

ten öffentlichen Ausdruck in einer wachsenden Fremden- und Judenfeindlichkeit der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden.[94]

Es ist ein Antikapitalismus, der seine Kritik nicht (wie dies die Arbeiterbewegung ein Jahrzehnt später tun wird) im Namen der Zukunft, sondern im Namen der Vergangenheit führt, im Namen der wirtschaftlichen und sozialen Organisation der Vormoderne, der Gilden und Zünfte, der obrigkeitlich-bürokratischen Reglementierung der Gesellschaft. Es waren Adelige wie Prinz Liechtenstein oder Baron Vogelsang, die die Forderungen der Handwerker und des unteren Mittelstandes zu einem volkswirtschaftlich-politischen System ausbauten, den Anklageakt gegen das »mobile Kapital« formulierten. Der »christliche Sozialismus« forderte die Überwindung des Wirtschaftsliberalismus, den Neubau des Gesellschaftskörpers auf der Grundlage von Zwangsgenossenschaften und auf der Basis ständischer Organisationen. Es ist eine »romantische« Kritik an der »Anarchie« der liberalkapitalistischen Wirtschaftsordnung und den von ihr hervorgerufenen fatalen sozialen Spaltungen und Defiziten; es ist zugleich eine Kritik am Rationalismus der bürgerlichen Aufklärung, die ihrerseits alle überkommenen Institutionen bekämpft und der neuen Produktions- und Vergesellschaftungsform den Weg geebnet hatte. Es ist drittens eine Kritik an dem als spezifisch »jüdisch« identifizierten Finanzkapital, an dem speziell in Wien in diesem Sektor stark vertretenen jüdischen Bürgertum.[95] Das antikapitalistische ist somit ein antijüdisches Ressentiment, der Antisemitismus wird zur Massenbewegung.

Wie kein zweites Ereignis gerät im Jahr des Verlustes liberaler Macht auf staatlicher Ebene der so genannte »Makart-Festzug« (aus Anlass des 25-jährigen kaiserlichen Ehejubiläums) zur Repräsentation wiedergewonnenen gewerblich-kleinbürgerlichen Selbstbewusstseins und zum Vorschein auf künftige (kommunale) politische Hegemonie. Von Hans Makart, dem gefeierten Historienmaler und paradigmatischen »Kulturheros« seiner Zeit, als grandiose Symbiose von Stadt, Gesellschaft und Kunst konzipiert, gedachte die »Ringstraßengesellschaft« mit diesem Maskenfestzug am 27. April 1879 vor allem sich selbst zu feiern. Die der deutschen Renaissance nachempfundenen Kostüme schienen auch ganz in diese Richtung zu deuten, umso mehr, als damit Assoziationen zu jener »gewaltige(n) Epoche auf allen Gebieten deutschen Culturlebens« gegeben waren, die »mit den Traditionen des Mittelalters brechend, den Drang zu neuen Schöpfungen und neuen Taten empfand ...«.[96] Doch Makarts Rekurs auf die Vormoderne war überwältigend, die Kultur vorindustrieller, handwerklicher Fertigung, die (imaginierte) Konfliktfreiheit vorkapitalistischer, Klassen übergreifender sozialer Harmonie wurde geradezu beschworen. Die einzelnen Gewerbe, von den Bäckern und Müllern bis hin zu den Fleischern, dominierten den mehr als 10.000 Teilnehmer umfassenden Festzug, Pagen in schwarz-gelber Seidenkleidung trugen die alten Zunftbücher und Siegel, die Genossenschaftsvorsteher agierten als Zunftmeister, Fanfarenbläser, Herolde und Bannerträger evozierten alte Zunft- und Handwerksromantik.[97] Eine von der kapitalistischen Modernisierung wenn schon nicht marginalisierte, so doch in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion gefährdete

Klasse meldete auf diese Weise und mit den Mitteln symbolischer Repräsentation ihren Herrschaftsanspruch an; sie tat dies, und darin liegt besonderer Sinn und spezifische Symbolkraft, im Rahmen einer historischen Huldigung an das Kaiserpaar auf der »via triumphalis« des liberalen Bürgertums, der Wiener Ringstraße.

Stadt der Muse – Begründung einer Tradition

Genau ein Jahrhundert, nachdem die »unsterbliche« Melodie geschaffen worden war, hat Stanley Kubrick mit ihr die Schlüsselszene seines grandiosen filmischen Meisterwerks »2001: A Space Odyssey« (1965–1968) unterlegt. In einer hoch komplexen Dramaturgie und einer herausfordernden, von Skepsis und Ironie durchwobenen gedanklichen Konzeption thematisiert Kubrick die Schöpfungs- und Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Der einzig überlebende Astronaut einer katastrophisch gescheiterten Forschungsmission erlebt in der Konfrontation mit einer übergeordneten, außerirdischen Instanz seine kosmische Wiedergeburt, erfährt Entgrenzung, Unendlichkeit.[98] Als ein musikalisches Symbol dieser letzten Erfahrung ertönt ein Walzer, der wie kein zweiter mit Wien, dem Wiener Wesen, der Wiener Lebensart assoziiert wird: »An der schönen blauen Donau« von Johann Strauß.

Als Strauß in seinem Domizil in der vornehmen Leopoldstädter Praterstraße diesen Chorwalzer für eine satirische Liedertafel des Männergesang-Vereins komponierte, war er längst ein international anerkannter und gefeierter Heros der populären Musik, eine Art früher Popstar, ein Musikunternehmer großen Stils, bedeutender Proponent einer sich formierenden Unterhaltungsindustrie, begabter Public-Relations- und Promotion-Manager. Bereits Johann Strauß Vater hatte es zum ungekrönten Walzerkönig, dessen Tourneen ihn durch ganz Europa führten, gebracht; er war, in den Worten von Hector Berlioz, der Schöpfer des synkopischen Tanzes, der den Walzer vom banalen Rhythmus befreit und das Gefühl für dessen Freiheiten und Launen eröffnet hatte.[99] Es war die scheinbar ideale Tanzmusik, im Drei-Viertel-Takt gehalten, selbstvergessen, eskapistisch. Johann Strauß Sohn nahm diese so wienerische Musikform auf, perfektionierte und popularisierte sie weiter, exemplifizierte in unerreichter Weise ihr Leichtes, Laszives, Launisches, Frivol-Erotisches, ihr Geträumtes, ohne aber zugleich ihren abgründig-melancholischen Grundton preiszugeben. Mit dem am 15. Februar 1867 im Dianasaal in der Oberen Donaustraße (Wien 2) uraufgeführten Donauwalzer schuf er der Stadt Wien ihre unverwechselbare, weltweit identifizierte musikalische Signatur, der das Heitere und Grazile ebenso eigentümlich ist wie die Schwermut und die Vorausahnung von Auflösung und Zerfall.

Der Strauß-Schani ist Entrepreneur des Kulturellen und des Popularen, agiert ganz im Sinn und im Stil des neuen liberalen Unternehmertums: Sein Donauwalzer markiert den Beginn der überhitzten Konjunktur der ersten Gründerzeit, sein »Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist« aus der »Fledermaus« (einem Klassiker

des Musiktheaters, Libretto von Karl Haffner und Richard Genée) bezeichnet präzise einen aus Wirtschaftskrise und Börsenkrach am Ende dieser Periode erwachsenen, typisch wienerischen Defätismus. Gegen diesen allerdings scheint das »Unternehmen Strauß« mehr als gefeit: Die vom Vater übernommene Kapelle baut er zum Familienbetrieb und Unterhaltungspool aus (manche Biographen sollten später von einer »wahren Walzer-Mafia« sprechen), er selbst agiert rastlos, international, umjubelt. Von 1856 bis 1865 dirigiert er alljährlich Sommerkonzerte in Pawlowsk, einer mondänen Sommerfrische in unmittelbarer Nähe St. Petersburgs. »Jean« Strauß avanciert zum Liebling des russischen Adels, unterhält, so wird zumindest kolportiert, einige spektakuläre Affären und spielt mit seinem Orchester bei der glanzvollen Zarenkrönung in Moskau. 1867 finden wir ihn in der Stadt Jacques Offenbachs, anlässlich der Pariser Weltausstellung, wo er im exklusiven »Cercle International« insbesondere mit dem Donauwalzer Triumphe feiert; ebenso wie bei insgesamt 63 Promenadekonzerten im Londoner Covent Garden im selben Jahr.

Im Juni und Juli 1872 gastiert er in Boston und New York; in New York für drei Konzerte in der Academy of Music, in Boston als unbestrittener Star des »World Peace Jubilee«, einem zwischen gigantomanischem Kitsch und inszeniertem Massenspektakel angesiedelten mehrwöchigen Festival, das die »größten Konzerte aller Zeiten in der größten Halle der Welt« in Szene zu setzen versprach. »Electric Strauss« versetzte sein Publikum in Ekstasen, spielte neben dem Donauwalzer unter anderem »1001 Nacht«, »Wein, Weib und Gesang«, »Neu-Wien«, »Künstlerleben« und als Zugabe zumeist die »Tritsch-Tratsch-« und die »Pizzicato-Polka«. Seine Gagen waren exorbitant, erreichten schwindelnde, zuvor im Musikgeschäft kaum je gekannte Höhen.[100]

Die Figur hinter dieser glamourösen Fassade, der private Schani Strauss, bleibt hingegen seltsam vage und unbestimmt; ein Mann ohne Eigenschaften sozusagen, ein, wie es Marcel Prawy formuliert hat, »dämonischer Spießbürger« allenthalben.[101] Das Bild des strahlenden jungen Revolutionärs und Barrikadenkämpfers von 1848, der dem Metternich'schen Absolutismus ebenso entgegentrat wie er sich gegen den despotischen und erzreaktionären Vater auflehnte, war (im Gegensatz zu seinem Bruder Josef) schnell verflogen. Immer wieder und überaus opportunistisch, allerdings nur mittelmäßig erfolgreich, hat er sich (auch darin ein Spiegelbild des österreichischen Liberalismus) dem Herrscherhaus angedient – immerhin war er von 1863 bis 1871 k. k. Hofball-Musikdirektor. Biographen zeichnen das Bild eines von Verlustängsten und unterschiedlichsten Phobien beherrschten, hypochondrischen Zwangsneurotikers mit ausgeprägt misanthropischen Zügen.[102] Der Schöpfer »ewiger« Tanzmusik galt als überzeugter Nicht-Tänzer, das angehimmelte Idol der weiblichen Jugend mit dem Image des großen Verführers war und blieb mutterfixiert. Er entzog sich gänzlich dem gängigen Kanon der Elitenkultur, und wenn er zu Johannes Brahms so etwas wie eine freundschaftliche Zuneigung entwickelte, so blieb dessen Musik auf ihn ohne jeglichen Einfluss. Seine Inspiration suchte das musikalische Genie, das etwa Kunstpfeifer oder jodelnde Fiaker über alles zu schätzen wusste, im »Authentischen«: in den in

Wien so beliebten Tanzetablissements der Vorstädte, bei den Gebrüdern Schrammel, die mit ihren Heurigenquartetten (zwei Geigen, Klarinette oder »picksüßes Hölzl«, Gitarre) gleich ihm eine spezifisch wienerische Tradition eben erst entwickelten. Strauß ist eine Schlüsselfigur in der »Erfindung« dieser Tradition, die mit ihm und seinem Werk als der Sukkus wienerischen Lebensgefühls, wienerischer Musikalität gleichgesetzt werden sollte. Er pflegte das von ihm geschaffene und erarbeitete Image sehr bewusst – in seiner Musik, aber auch in seinem äußeren Erscheinungsbild:

Wie sein Vater ging auch er immer äußerst elegant gekleidet, in einer merkwürdigen Mischung aus Alt-Wien und neuester Mode. Man kannte seine enganliegenden karierten Pepitaanzüge, seine beigefarbenen Paletots, die Schuhe aus hellem Tuch und Glanzleder, die extravaganten, schief in seidene Krawatten gesteckten Brillantnadeln, die kostbaren Edelsteine an seinen nervösen Fingern und seine mit Federn oder Blumen geschmückten Strohhüte. Er trug diese Kleidung aus Berufspflicht, wie ein Soldat seine Uniform.[103]

Strauß war ein manischer Arbeiter und stand in einem permanenten Zwang zu komponieren, immer, überall, zu jeder Zeit. Er hinterließ seine Notizen und Notenfragmente auf Servietten, Manschetten, Tisch- und Taschentüchern, Geldnoten.[104]

Gleich ihm wird ein weiterer Besessener seiner Profession zur Ikone, zur Inkarnation scheinbar unverfälschten Wienertums: der aus Graz gebürtige Alexander Girardi. Er hatte sich seinen Ruf vor allem als Raimund-Darsteller erworben, nicht zuletzt aber auch durch seine unverwechselbare Darstellkunst – gemeinsam mit der Diva Marie Geistinger im Ensemble des Theaters an der Wien – den phänomenalen Erfolg der Strauß'schen Operetten mitbegründet (wie er überhaupt die komischen Rollen in einer Vielzahl von Operetten der »goldenen Ära« verkörperte).[105] Zudem stand Girardi in Verbindung mit den Kultur- und Bildungsaktivitäten der jungen Arbeiterbewegung, und David Josef Bach erinnert sich in einem Nachruf an einen »Wiener Abend« im Rahmen der Arbeiter-Symphoniekonzerte, da das gefeierte Idol das »Aschenlied« aus dem »Bauer als Millionär« und das »Hobellied« aus dem »Verschwender« sang: »… da stand nicht mehr ein Schauspieler, ein Sänger vor ihnen, sondern eben jener schicksalsgebeugte Fortunatus Wurzel, eben dieser brave Valentin.«[106]

Girardi galt in der Tat als die definitive Verkörperung des Wienertums, der wienerischen Authentizität, als Figur, in der sich deren wesentliche Elemente zu »Essenzen verdichtet« hatten. Und doch, bemerkt Felix Salten in einem Vergleich mit der Burgtheaterlegende Josef Kainz, sei das Girardi'sche Wienertum nicht das wirkliche, sondern eines, das dieser erfunden habe, von einer besonderen, halbechten, unwahren, wenn auch »entzückend möglichen und hinreißend eigenartigen« Kontur. Gerade weil er die Walzer von Johann Strauß jahrzehntelang in der ihm eigenen Weise interpretiert, gerade weil er elende Schwankrollen und erbärmliche Possenfiguren mit so eigentümlicher Kraft und mehrdeutigem Witz gestaltet hat, ist auch er zum Schöpfer

einer ganz spezifischen Tradition geworden, hat er das Wesen dieser Stadt verändert und umgestaltet. Die Stadt selbst ist so zur Girardi-Rolle geworden, die jungen Herren, die Fiaker, die Briefboten, die Spießbürger – sie alle haben Girardi gespielt, selbst der Wiener Dialekt geriet mehr und mehr zum Girardi-Jargon.

> *Dieses Wienertum, das Girardi gibt, hat vorher nicht existiert. Seit er es ersonnen hat, wird es nachgeahmt. Die Leute haben im Theater von ihm gelernt, wie man wienerisch ist und haben es nachher kopiert. Hunderte seiner Einfälle, seiner plötzlichen Ideen vom Wienertum laufen jetzt verwirklicht und lebendig umher.*[107]

Es sind diese besonderen Formen des Girardi-Kults nur ein Symptom jener überragenden, auf das gegenreformatorische Erbe des Barock verweisenden Leidenschaft für die sinnlichen Künste, für die von Stefan Zweig so apostrophierte »Theatromanie« der Wienerinnen und Wiener:

> *In Wien wurde alles zum festlichen Anlaß, was Farbe oder Musik entäußerte, die religiösen Umzüge wie das Fronleichnamsfest, die Militärparaden, die ›Burgmusik‹; selbst die Begräbnisse fanden begeisterten Zulauf, und es war der Ehrgeiz jedes rechten Wieners, eine ›schöne Leich‹ mit prunkvollem Aufzug und vielen Begleitern zu haben; sogar seinen Tod verwandelte ein richtiger Wiener noch in eine Schaufreude für die anderen. In dieser Empfänglichkeit für alles Farbige, Klingende, Festliche, in dieser Lust am Schauspielhaften als Spiel- und Spiegelform des Lebens, gleichgültig ob auf der Bühne oder im realen Raum, war die ganze Stadt einig.*[108]

Carl Schorske hat schlüssig argumentiert, dass das liberale, wohlhabende Bildungsbürgertum dieser Stadt einer spezifisch ästhetischen Kultur anhing und in dieser Hinsicht im Zusammenhang einer vitalen, voraufklärerischen Tradition verblieb.[109] Geschmack und kulturelle Ambition orientierten sich an den Vorgaben der traditionellen, katholisch-aristokratischen Ordnung, die gültigsten Leistungen wurden demnach in den angewandten, darstellenden Künsten vollbracht: Musik, Architektur, Theater. Wobei Letzteres zur privilegierten, bevorzugten Kunstform schlechthin avancierte, wie unter anderem die stattliche Zahl von Theaterneubauten in der liberalen Ära eindrucksvoll belegt. Dem Theater kam in dieser Stadt eine dem Außenstehenden kaum begreifliche oder gar nachvollziehbare Bedeutung zu.[110] Insbesondere das kaiserliche Theater, das Burgtheater – vom Norddeutschen Heinrich Laube nach 1848 im Sinne einer Aussöhnung von aristokratischer Tradition und liberal-rationaler Intention geführt –, war von einem Nimbus des Respekts, ja der Unantastbarkeit umgeben. Die Theaterleidenschaft umfasste zudem tatsächlich alle Klassen und Schichten. Stefan Zweig erzählt, von welch wilder Trauer die alte, halb analphabetische Köchin des elterlichen Haushalts angesichts des Todes der Burgschauspielerin Charlotte Wolter befallen worden sei. Die Köchin hatte das Hoftheater zeitlebens nicht einmal betreten, dessen berühmteste Darstellerin aber wie selbstverständlich zum Kollektivbesitz der Stadt gezählt.[111]

Franz Jauner, einer der spektakulärsten Theatermacher seiner Zeit, verstand in besonderer Weise, diese klassenübergreifende Begeisterung der Wienerinnen und Wiener für das Schauspiel anzusprechen und nutzbar zu machen. Er rekurrierte auf den performativen Zusammenhang, inszenierte Theater als Spektakel und Illusion, gestaltete es zum Showgeschäft, verband kommerzielle mit künstlerischen Aspekten, arbeitete mit allen theatralischen Mitteln, elitären wie popularen, edlen wie banalen, vorder- wie hintergründigen. Er inszenierte sozusagen Johann Strauß' Traum vom Ewigen, ließ ihn auf der Bühne gleichsam real werden. Jauner war als Direktor des Carltheaters 1875 provisorisch, 1878 definitiv zum Hofoperndirektor bestellt worden, machte Wien in der Zeit seiner Direktion zur »Wagnerstadt« und führte ab 1878 die jährlichen »Opernredouten« ein. Im Juni 1880 übernahm er die Direktion der 1873/74 errichteten Komischen Oper, nach ihrem Standort am Schottenring 7 auch als Ringtheater bezeichnet. Der Brand des Hauses vom 8. Dezember 1881,[112] die größte Katastrophe in der Wiener Theatergeschichte, hatte für ihn vier Monate einfachen Arrests und den Verlust der Theaterkonzession wie des Adelstitels zur Folge.[113]

Jauner kehrte drei Jahre nach der Brandkatastrophe zurück, als »künstlerischer Leiter« des Theaters an der Wien. In dieser Funktion inszenierte er jene glanzvollen und triumphalen Aufführungen von Strauß- und Millöcker-Operetten, die sein eigentliches Lebenswerk ausmachen – unter anderen den »Zigeunerbaron« mit Girardi in der Rolle des Zsupan (Premiere: 24. Oktober 1885). Mitte der 1890er-Jahre übernahm er noch einmal die Direktion des Carltheaters und brachte im Oktober 1899 die synthetische Johann-Strauß-Operette »Wiener Blut« postum auf die Bühne (Libretto: Victor Léon und Leo Stein). Ihr anfänglicher Misserfolg stürzte Jauner in ein finanzielles Desaster, und er beging schließlich am 23. Februar 1900 im Direktionszimmer des Carltheaters Selbstmord.[114]

Jauners (letztlich unglücklicher) Enthusiasmus für die Strauß-Operette wurde von einem – dem wohl prominentesten – seiner Nachfolger als Hofoperndirektor bedingungslos geteilt: Gustav Mahler *(Abb. 39, S. 213)* hatte bereits 1894 die »Fledermaus« in Hamburg neu einstudiert und diese 1899 in das Repertoire des Wiener Hauses aufgenommen.[115] Als Dirigent und Operndirektor der Tradition verpflichtet, reflektiert Mahlers kompositorisches Schaffen wie kaum ein zweites den Kulturschock, die Fragmentierung, die Komplexität der Moderne. Seine tonalen Akkorde, sollte Theodor Adorno 1960 in seiner Wiener Rede anlässlich Mahlers 100. Geburtstag anmerken, sind so etwas wie »Kryptogramme der Moderne«, Schmerzensschreien des entfremdeten Individuums gleich.[116] Die Idee einer in sich geschlossenen, gleichsam systematischen Musik, deren ästhetischer Schein sich zu einem sinnstiftenden Ganzen fügt, wurde – angesichts der Erfahrungen dieses seiner herkömmlichen Bindungen und Fesseln entledigten, zunehmend standardisierten Zwängen ausgelieferten Individuums – radikal verworfen: »Aus solchem Zerfall hat er die objektive Tendenz herausgelesen und ihr gehorcht. Daher seine Gewalt.«[117]

Mahlers Brechung der Autonomie des geschlossenen klassischen Systems, sein spezifischer Weg in die Nach-Klassik erfolgte allerdings und vor allem auch über die Einführung eines dem Alltagsleben, dem Popularen entlehnten musikalischen Vokabulars: Walzer, Tänze, Märsche, jiddische und böhmische Lieder.[118] Es ist sein österreichisches Idiom, auf das er zurückgreift, im Trio der Ersten Symphonie etwa, in der Ländlermelodie des Andantes der Zweiten; und noch im abgeklärten Spätwerk klingt der österreichische Ton an, so im Totentanz der Neunten als Reminiszenz eines Ländlers. Der Kunstmusik wird die populare Tradition, das Volkslied eingepasst, und doch durchzieht das gesamte Œuvre das Ambivalente, das Vieldeutige, das Gebrochene jenes letzten Scherzos. Mahler, der mit gewohntem Vokabular arbeitete und es zugleich verfremdete, der die symphonische Idee vollendete und sie zugleich auflöste, ist ein Komponist der Abweichung. Seine musikalische Sprache ist gebrochen, verstörend, zersetzt die tradierten Ordnungen des Ästhetischen mit den Mitteln des Traditionellen:

Kaum ein Thema, geschweige ein Satz von ihm, der buchstäblich als das genommen werden könnte, als was er auftritt; ein Meisterwerk wie die Vierte Symphonie ist ein Als-Ob von der ersten bis zur letzten Note. Musikalische Unmittelbarkeit und Natur wird von dem angeblich so naturseligen Komponisten bis in die Zeilen der Erfindung hinein in Frage gestellt.[119]

Mahler war als jüdisches Kind in der mährischen Kleinstadt Iglau in einer Welt des aufblühenden Liberalismus, der Aufbruchsstimmung allgemeiner Emanzipation aufgewachsen. Seine wesentliche intellektuelle Sozialisierung aber erfuhr er ab Mitte der 1870er-Jahre in Wien, als Angehöriger einer sich formierenden, anti-liberalistischen studentischen Gegenkultur, dem nach dem späteren sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten und Kunstkritiker so bezeichneten »Pernerstorfer-Kreis«.[120] Man traf sich im Ramharter'schen Vegetarischen Restaurant, und neben Mahler gehörten der Gruppierung der junge Hermann Bahr und Hugo Wolf an,[121] ferner der hoch sensible, außergewöhnlich begabte Poet Siegfried Lipiner, der heute weithin vergessene Polyhistor der Wiener Moderne Friedrich Eckstein, die nachmaligen Staatspräsidenten Thomas Masaryk und Michael Hainisch, der Sozialreformer Emanuel Sax, schließlich Lilly von Gizycki, die in der deutschen Frauenbewegung, Heinrich Braun, Adolf Braun, Victor Adler, die in der deutschen respektive österreichischen Arbeiterbewegung eine herausragende Rolle spielen sollten.[122]

Ihre hochbegabten Mitglieder wurden in Politik und Kultur zu Wegbereitern der österreichischen Moderne. Aus Richard-Wagner-Enthusiasten zusammengesetzt, entwickelte diese Gruppe zunächst eine breitangelegte Kritik der liberalen, materialistischen Gesellschaft, indem sie für eine Verschmelzung populistisch-nationalistischer Politik, sozialer Reform und antirationalistischer Philosophie eintrat. Diese radikale Ideologie sprach Mahler an. Er hatte sogar seinen Moment der deutsch-nationalen Begeisterung. Man stelle sich Mahler vor, wie er einer Studentengruppe am Klavier des

jungen Viktor Adler deutsche Patriotenlieder vorspielt.[123]



Abb. 39: Gustav Mahler.

Der späte Mahler hat in seinem kompositorischen Werk radikale Schnitte gesetzt, so etwa hin zum hedonistischen Ästhetizismus und zur katholisch-sinnlichen Mystik der Achten Symphonie, in der er zur Reife brachte, was er im frühen Werk der Zweiten bereits vorwegzunehmen getrachtet hatte. Mit der schmucklosen Ökonomie, der puritanischen »Klangaskese« des »Lieds von der Erde« und der »Kindertotenlieder« unternahm er eine weitere, nicht minder radikale Wendung, was ihn in den Zusammenhang jener ethischen Modernisten brachte, die gegen den herrschenden Konformismus und Ästhetizismus rebellierten, und ihn zum verehrten Vorbild der Zweiten Wiener Schule um Schönberg, Berg und Webern werden ließ. Diese komplexen Wandlungen, denen letztlich doch ein einigendes Prinzip zugrunde liegt, reflektieren eine enorme Kapazität zur Ineinanderführung der großen Pole der österreichischen Kultur (deutsch/nicht-deutsch, katholisch/jüdisch, elitär/popular); sie reflektieren andererseits Mahlers spezifische Auseinandersetzung mit seiner jüdischen Identität, seinem dreifachen »Fremdsein« (als Böhme unter Österreichern, als Österreicher unter Deutschen, als Jude in der Welt).[124] In seinen heimatlosen, gebrochenen Symphonien kündigt sich eine neue, polyphone musikalische Sprache an, der letzte Satz der Neunten (und letzten vollendeten) gilt als der erste der Neuen Musik.

Mahlers eng miteinander verbundene Symphonien der »Wunderhornjahre« (Eins bis Vier) allerdings gemahnen in ihrer bisweilen programmmusikalischen Deutlichkeit noch nachhaltig an die intellektuelle Formationsphase seiner Wiener Studienzeit. Insbesondere seine Dritte und Vierte Symphonie – in denen er das Idiom eines popularen Realismus mit der Rezeption antirationalistischer Philosophie synthetisierte – waren zum musikalischen Manifest der Haltungen und Intentionen jener studentischen Subkultur geworden, der er in jungen Jahren angehört hatte. Aus der Krise des Liberalismus geboren, waren gegenkulturelle Bewegungen wie diese gleichsam zum Vorschein für dessen nahendes Ende geworden: ein Ende, das in weiterer Folge drastisch von den neu entstehenden Formen der Massenpolitik und des Populismus eingeleitet und besiegelt werden sollte.

Durch fünfunddreißig Jahre war die Wiener Gemeindevertretung liberal. Alles, was an Gutem und Großem in dieser Stadt geleistet und geschaffen wurde, was sie, auch nach der Schlacht von Königgrätz, zu einem »Mittelpunkt deutscher Gesittung«, zu einer »Zierde der Monarchie«, auf die alle Deutschen in Österreich mit Stolz blicken konnten, gemacht hatte, all dies war das Werk der Liberalen: die Wasserleitung, die Donau-Regulierung, die herrlichen Straßenzüge, die öffentlichen Gärten, die Vereinigung mit den Vororten, die Schulpaläste in den Bezirken, der enorme Bildungsetat, durch den die Jugend für den harten Existenzkampf gerüstet werde. Doch nun ginge diese Stadt einer sorgenvollen Zukunft entgegen, bereiteten sich Umwälzungen vor, die das Wohl der Gesamtheit wie jedes einzelnen Bürgers tief berührten. Eine Stadt aber entferne sich nicht ungestraft von den Grundlagen und Bedingungen ihres Fortschritts. Auch Wien könne nur gedeihen durch ein aufstrebendes und freies Bürgertum, das geistig mit der europäischen Zivilisation verwachsen sei und den Strom der Bildung in die Stadt lenke. Noch sei der Jubel nicht vergessen, mit welchem Wien einst den Tag begrüßte, an dem das »clericale Joch« gebrochen worden war. Nunmehr sei Wien die einzige Großstadt der Welt, deren Verwaltung sich in der »Gewalt antisemitischer Hetzer« befinde: »Die Antisemiten, diese Partei der Rohheit und der empörendsten Bildungsfeindlichkeit, sind im Besitz der Macht.«[125]

Mit bemerkenswerter Klarsicht diagnostiziert der Leitartikler der Neuen Freien Presse das Ende des Liberalismus auch auf kommunaler Ebene zu einem Zeitpunkt, da die von dem liberalen Bürgertum so gefürchtete Herrschaft des »antisemitischen Pöbels« zwar noch nicht definitiv installiert, wohl aber eine folgenschwere Verfassungs- und Verwaltungskrise virulent geworden war. Seine politischen Repräsentanten verfielen im Verlauf dieser Krise in Agonie und Erstarrung; deutlicher als alles andere demonstrierte dies, dass der Liberalismus hierzulande letztlich ein äußerliches, artifizielles, aus Kompromissen und herrschaftstechnischen Arrangements hergeleitetes Gebilde geblieben war. Letztlich hatte die liberale Herrschaft niemals die Kraft der Bourgeoisie gegenüber der Krone zum Ausdruck gebracht, sondern stets den Grad der Gunst bezeichnet, der ihr von den traditionellen Herrschaftseliten zuteil geworden war. Der Liberalismus hatte keine wie immer geartete Erweiterung seiner sozialen Basis in Richtung der viel beschworenen alten wie neuen sozialen Mittelschichten, die sein »natürliches« Rekrutierungsreservoir bilden mussten, unternommen. Einmal an der politischen Macht, hatte er jene humanitären Optionen und Versprechungen, die ihm seine eigentliche mobilisierende Kraft verliehen, lediglich für seine unmittelbaren sozialen Trägerschichten, keinesfalls für den »schaffenden Mittelstand« oder das sich sozial und ökonomisch formierende industrielle Proletariat eingelöst.

Solange eine prosperierende Ökonomie den Siegeszug der industriellen Moderne begründete und für das bürgerliche, liberale Zeitalter konstitutiv wurde, schienen die nunmehr neu auftretenden sozialen Spaltungen und Disparitäten von bloß sekundärer

Bedeutung zu sein. Je mehr aber sich diese neuen Formen sozialer, ökonomischer und kultureller Ungleichheiten und Segmentierungen in der lang anhaltenden Depression im Gefolge der Spekulationskrise von 1873 verschärften, desto mehr musste das liberale Projekt unter Druck geraten. In der Reichshauptstadt hatte dieses Projekt nicht zuletzt ein dynamisches und sich wandelndes Verhältnis von Zentrum und Peripherie, von Innen- und Vorstadt geschaffen, das die Elitenkulturen in Spannung zu den popularen Kulturen der Vorstädte setzte. Dadurch war das Stadtganze sowohl geteilt als auch zu gebrochenen, von Herrschaft durchfluteten Austauschbeziehungen zusammengeführt worden. Es ist diese spannungsreiche und konfliktgeladene Wechselwirkung von Brechung und Homogenisierung, die eine gesellschaftliche Dynamik in Gang setzt, die ihrerseits für die Herausbildung früher (archaischer, egalitärer) Formen von Massenkultur und -politik charakteristisch ist. Die Fortexistenz bzw. Metamorphose gegenläufiger (und in der ökonomischen Depression radikalisierter) Subkulturen durchdringt die bürgerlich-liberale Repräsentation der Stadt, verursacht Gegen- und Querbewegungen zur liberalen Ordnungspolitik, kurz, unterläuft die Hegemonie des Zentrums.[126] Als das »Andere« der bürgerlichen Repräsentation und symbolischen Ordnung der Stadt bleiben sie unscharf, kontingent, dissonante Stimmen im öffentlichen Raum; sie artikulieren sich in der Krise und entwickeln, zur Massenbewegung organisiert, enorme gesellschaftliche Sprengkraft.

Nicht zuletzt sind der Logik des liberalen Systems aber auch Tendenzen und Kräfte inhärent, die es gleichsam aus sich selbst heraus destabilisieren und letztlich die Bedingungen zu seiner eigenen Überwindung herstellen. Wenn so etwa das Koalitionsverbot ein Requisit des merkantilistisch reglementierten Wirtschaftslebens war, so ist die Koalitionsfreiheit die notwendige Konsequenz jeder freien, vom Staat nicht geregelten kapitalistischen Wirtschaft und damit die notwendige Voraussetzung für das Entstehen von modernen politischen Massenbewegungen. In ähnlicher Weise konnten sich die Liberalen auf die Dauer nicht einer Erweiterung des Wahlrechts verschließen, solange dies an das für sie zentrale Kriterium der individuellen Unabhängigkeit, also Besitz und Bildung, gebunden blieb. Wie aber das individuelle, privilegierte Wahlrecht zum zentralen Faktor liberaler Machteroberung und -erhaltung geworden war, so bildete dessen wie immer vorsichtige und eingeschränkte Demokratisierung und Öffnung die unmittelbare Voraussetzung liberalen Machtverlustes. Im Gefolge einer von Ministerpräsident Taaffe mit explizit antiliberaler Stoßrichtung 1882 initiierten Reform der Reichsratswahlordnung musste drei Jahre später auch das kommunale Wahlrecht im Sinne einer Ausweitung des dritten Wahlkörpers geändert werden, und zwar auf jene männlichen Staatsbürger über 24 Jahre, die mindestens fünf Gulden an direkter Steuer entrichteten.[127] Die soziale und kulturelle Rebellion der so genannten »Fünfguldenmänner« sollte innerhalb eines Jahrzehnts die liberale Herrschaft in Wien endgültig zu Fall bringen.

Die Freizügigkeit der Berufswahl und der Wahl des Wohnortes hatte massenhafte Migrationsprozesse in die neuen urbanen Zentren, insbesondere aber in die Reichs-

hauptstadt, befördert und diese mit dringend nachgefragten Arbeitskräften versorgt. Eine expansive sozialräumliche Entwicklung ließ urbane Strukturen weit über die ursprünglichen Stadtgrenzen hinaus entstehen, führte zu rasanten Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen in ehemals agrarisch strukturierten Vororten und ländlichen Peripherien. In diesen Vor-Städten schreibt sich eine harte, Fakten und Strukturen schaffende Signatur von Fabriken und Industrialisierung des Alltags, rasch verlaufender Stadterweiterung, Zinskasernenbau und neuen Verkehrs- und Kommunikationsadern ein, die gleichermaßen zur Quelle unermesslichen sozialen Elends wie neuer politischer Bewegungen wird.[128] Die Stadt sprengt sozusagen aus sich heraus ihre Grenzen, die Anpassung der administrativen Gegebenheiten war eine unumgängliche Notwendigkeit geworden und wurde in der Stadterweiterung (der Eingliederung des außerhalb der Bezirke 1 bis 10 gelegenen urbanen Terrains im Osten, Süden und Westen) 1890/92 vollzogen.[129]

Die Liberalen hatten für die weitere verfassungsrechtliche Absicherung ihrer Macht auch in der neu entstandenen, um insgesamt 33 Vororte erweiterten großstädtischen Agglomeration durch eine Reihe administrativer Maßnahmen im Zusammenhang mit der im Jahr 1890 beschlossenen Reformulierung von Gemeindestatut und kommunaler Wahlordnung Vorsorge getroffen. Mit der Beibehaltung des Kurienwahlsystems, einer majoritätsadäquaten Neuzuordnung der Wahlberechtigten zu den einzelnen Wahlkörpern, der Ausdehnung der Wahlperiode auf sechs Jahre, vor allem aber mit der Installierung eines »Stadtrates« hatten sie die Voraussetzungen für die Etablierung eines Systems der »institutionalisierten Oligarchie«, einer oligarchisch-autokratischen Administration geschaffen. Insbesondere die neu geschaffene Institution des Stadtrats erwies sich als ein Instrument in genau diesem Sinn, waren ihm doch zentrale, früher beim Gemeinderat gelegene Kompetenzen übertragen worden und konnte die Gemeinderatsmajorität seine Zusammensetzung mit einfacher Stimmenmehrheit beschließen. Der für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählte Bürgermeister übernahm den Stadtrats-Vorsitz.[130] Ganz im Sinne der angestrebten Mehrheitsabsicherung wurde auch die Neuzuteilung zu den Wahlkörpern geregelt. Bereits 1885 waren Beamte, Doktoren, Lehrer in den zweiten Wahlkörper ohne die Zensusbestimmungen von 1850 als wahlberechtigt aufgenommen worden, nunmehr sollte er definitiv als liberales Bollwerk ausgebaut werden: Erwerbssteuerpflichtige mit einer Steuerleistung zwischen 100 und 200 Gulden stiegen vom ersten in den zweiten Wahlkörper ab, Einkommensteuerpflichtige in der Höhe von 30 bis 200 Gulden vom dritten in den zweiten auf; Grund- und Gebäudesteuerpflichtige mit einer Leistung von unter 200 Gulden – also die nicht unbeträchtliche Anzahl der offenkundig als nicht mehr verlässlich eingestuften kleineren »Hausherren« – wurden vom zweiten in den dritten transferiert.[131] Es ist tatsächlich eine besondere Ironie der Wiener Stadtgeschichte, dass die antiliberale Revolte des mittelständischen Gewerbes und des Kleinhandels, also der im dritten Wahlkörper konzentrierten Fünfguldenmänner, binnen kürzester Zeit auf den zweiten, als uneinnehmbare libe-



Abb. 40: Karl Lueger und das »bürgerliche Wien«.

rale Bastion konzipierten übergriff und von dort den Sturz des kommunalen Liberalismus besiegelte.

Die Revolte nahm vage christlich-antikapitalistische und sehr bestimmte antisemitische Züge an; sie formierte sich im Gefolge der ökonomischen Krise in den frühen 1880er-Jahren. Es war eine archaische, diffuse Bewegung, die vom Handwerk – das von der kapitalistischen Moderne insgesamt überrollt und von den ökonomischen Strukturveränderungen und den Auswirkungen der Depression im Speziellen zerrieben zu werden drohte – ihren Ausgang nahm; es war ein antimodernes, rückwärts gewandtes Aufbegehren des Kleinbürgertums, des sprichwörtlich gewordenen »kleinen Mannes« von Wien, es war, wie Friedrich Austerlitz formulierte, die Revolte des »autochthonen Spießertums«[132] – und es war zugleich mehr. In den turbulent und hitzig verlaufenden Volks- und Wählerversammlungen der Fünfguldenmänner feierte ein Massenpolitiker völlig neuen Stils, ein begnadeter Populist und hinreißender Rhetoriker, ein Volkstribun allenthalben, wahre Triumphe: der Advokat Dr. Karl Lueger, genannt der »fesche Karl« *(Abb. 40)*.[133]

Wien war trotz aller Modernisierungstendenzen in weiten Teilen seiner Ökonomie eine (im Wortsinn) vorwiegend kleinbürgerlich produzierende Stadt geblieben,[134]

Handwerk, (Klein-)Handel und Gewerbe standen der Moderne skeptisch, reserviert bis offen ablehnend gegenüber, ihr latenter Antisemitismus, ihr Antiliberalismus und ihr unklar empfundener Antikapitalismus gingen fließend ineinander über. Karl Lueger gab ihrer archaisch-unorganisierten Protestbewegung Richtung und Struktur, brachte sie zum öffentlichen, politischen Ausdruck, mobilisierte ihre Sehnsüchte und Aspirationen, erweiterte ihre soziale Basis in Richtung Angestellte, Kontoristen, Beamte, Lehrer, Angehörige der freien Berufe und (auf Grund ihres organisatorischen und meinungsbildenden Potentials von besonderer Bedeutung) des niederen Klerus. Ihre höchst unterschiedlichen materiellen Bedürfnisse, politischen Intentionen und kulturellen Ambitionen vereinte er zu einem antiliberalen (und sehr bald antisozialistischen) Bürgerblock auf Basis des politischen Klerikalismus und des Antisemitismus. Er gab den wie immer disparaten sozialen Fraktionen und Schichten des Kleinbürgertums ihren authentischen Ausdruck, verlieh ihnen Stimme, brachte sie zum Bewusstsein ihrer selbst.[135] Der liberale Schriftsteller und Feuilletonist Felix Salten, für den sich in Lueger »der Wille einer Epoche erfüllt hat«, entwirft in seinem »Österreichischen Antlitz« ein ebenso faszinierendes wie vieldeutiges Porträt des großen Demagogen und Agitators:

Allein er nimmt auch noch die Verzagtheit von den Wienern. Man hat sie bisher gescholten. Er lobt sie. Man hat Respekt von ihnen verlangt. Er entbindet sie jeglichen Respektes. Man hat ihnen gesagt, nur die Gebildeten sollen regieren. Er zeigt, wie schlecht die Gebildeten das Regieren verstehen. Er, ein Gebildeter, ein Doktor, ein Advokat, zerfetzt die Ärzte, zerreißt die Advokaten, beschimpft die Professoren, verspottet die Wissenschaft; er gibt alles preis, was die Menge einschüchtert und beengt, er schleudert es hin, trampelt lachend darauf herum, und die Schuster, die Schneider, die Kutscher, die Gemüsekrämer, die Budiker jauchzen, rasen, glauben das Zeitalter sei angebrochen, das da verheißen ward mit den Worten: selig sind die Armen am Geiste. Er bestätigt die Wiener Unterschicht in all ihren Eigenschaften, in ihrer geistigen Bedürfnislosigkeit, in ihrem Mißtrauen gegen die Bildung, in ihrem Weindusel, in ihrer Liebe zu Gassenhauern, in diesem Festhalten am Altmodischen, in ihrer übermütigen Selbstgefälligkeit; und sie rasen, sie rasen vor Wonne, wenn er zu ihnen spricht.[136]

Zum einigenden Faktor, zur leitenden Idee, zum eigentlichen Moment ihrer Mobilisierung, dieser sozial und kulturell so disparaten Lueger'schen Kleinbürgerkoalition wurde der Antisemitismus. Unter der ebenso allgemeinen wie allgemein verständlichen antijüdischen Parole erhob Lueger die atavistische Abneigung gegen die Juden zu seiner eigentlichen politischen Idee, auf ihrer Grundlage organisierte er das »christliche Volk von Wien«. Er changierte dabei in der Pose des teils gemütlichen, urwienerischen, konzilianten, teils auch tückischen und, wenn es denn »die Situation« erforderte, des eben durch und durch ungemütlichen Antisemiten. Felix Salten:

Da kommt dieser Mann und schlachtet – weil ihm sonst alle anderen Künste mißlangen, – vor der aufheulenden Menge einen Juden. Auf der Rednertribüne schlachtet er ihn mit Worten, sticht ihn mit

Worten tot, reißt ihn in Fetzen, schleudert ihn dem Volk als Opfer hin. Es ist seine erste monarchisch-klerikale Tat: Der allgemeinen Unzufriedenheit den Weg in die Judengassen weisen; dort mag sie sich austoben. Ein Gewitter muß diese verdorbene Luft von Wien reinigen. Er läßt das Donnerwetter über die Juden niedergehen. Und man atmet auf.[137]

Der Antisemitismus hierzulande ist antiliberal und vice versa. Er beruft sich auf die Tradition konservativer, »bodenständiger« und christlicher Gesinnung in der Abwehr der Konkurrenz durch das »Andere«, »Fremde«, »Gegenläufige«, »Ortlose«. Er richtet sich gegen Individuen, die sich durch Anpassungsfähigkeit, Mobilität, Willensenergie, praktische Tatkraft auszeichnen und so zu Stützen und Trägern jenes Systems der freien Konkurrenz werden, das die »Eingesessenen« und »Bodenständigen« ihrer traditionellen und althergebrachten Existenzgrundlage zu berauben droht. Er ist ein Phänomen der Übertragung und der Projektion: Die Juden werden mit der industriekapitalistischen Moderne insgesamt identifiziert, die fatalen sozialen Defizite des wirtschaftlichen Liberalismus ausdrücklich den Juden zur Last gelegt. Der von vielen jüdischen Neubürgern auf Basis ihrer materiellen Erfolge im Rahmen einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung angestrebten Assimilation waren so klare Grenzen gesetzt, ja mehr noch: Sie wurden mit einer massiven Welle von Ressentiments und Präjudizien konfrontiert, die das latente wie manifeste Unbehagen an den sich klarer ausdifferenzierenden Elementen der industriekapitalistischen Moderne wie Finanzkapital und Börsenspekulation – also am nichtfasslichen Prinzip der Zirkulation – mit vormodernen, dem christlich-religiösen Kanon zugehörigen Schuldzuweisungen verbanden.[138] Am 6. März 1882 hatte Lueger den »unentwegten Kampf gegen das mit Hilfe der Verbreitung des Judentums international organisierte Großkapital« als sein Programm verkündet.[139]

Zum ökonomischen Moment trat das kulturelle, die Auflehnung gegen den kirchenfeindlichen Rationalismus, von den Liberalen in oft vordergründiger und wenig differenzierter Weise als Mittel des Kulturkampfs in Anwendung gebracht. Analog zum wirtschaftlichen wurde der kulturelle Liberalismus mit Judentum und »jüdischem Wesen« ident gesetzt und, wo der Kampf gegen Kirche und Klerikalismus von Nichtjuden geführt wurde, als »verjudet« denunziert. Wobei, wie Tellering in seinem bemerkenswerten Traktat »Freiheit und Juden« ausführt, der Indifferente gegenüber dem Orthodoxen das noch größere Gefahrenpotential in sich berge; komme doch bei diesem das zersetzende Wesen des jüdischen Geistes, beim Gläubigen in die Schranken der Religion verwiesen, ungehemmt zum Durchbruch. Der Jude sei somit nicht bloß Wucherer und Spekulant, sondern notwendig Freigeist, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gelte.[140]

War somit der Entwicklung des christlich-sozialen Antisemitismus unter der Führung des Politprofis Lueger zu einer Massenbewegung des Kleinbürgertums und des Mittelstandes der Weg bereitet, so hat ihr ein österreichisches Spezifikum zum Durchbruch verholfen. Der von Karl Renner so bezeichnete »Antisemitismus der

Reichen« – also die stets präsente Abneigung, ja der Hass des traditionellen, eingesessenen Reichtums und Kapitals, von Teilen des Besitz- und Industriebürgertums gegen das »neureiche«, überwiegend jüdische Finanzkapital – schloss sich der Kleinbürgerrevolte an. Die, so Renner, »Salonantisemiten« à la Pattai und Strobach, die »Kavalierantisemiten« à la Prinz von Liechtenstein führten ihren besonderen Kampf gegen das mobile Großkapital, den unproduktiven Handel, die Börse. Sie waren wesentlich mitverantwortlich für die Eroberung des zweiten Wahlkörpers durch die Christlichsozialen und für deren entscheidende Einbrüche in den ersten.[141]

Im Jahr 1885 hatte der erste antisemitische Kandidat, der Drechslermeister Eulenburg, in Mariahilf 41 Stimmen bekommen, 1891 lag der Stimmenanteil der antisemitischen Opposition insgesamt bereits bei über 50 Prozent, im dritten Wahlkörper waren von 46 Mandaten 33 errungen worden. Ende 1895 hatte Lueger mit 91 Mandaten gegen 46 Liberale endgültig die Mehrheit im Gemeinderat erobert, nachdem schon die Wahl im Frühjahr dieses Jahres mit einem »Erdrutschsieg« der Christlichsozialen im zweiten Wahlkörper (sie eroberten 24 von 46 Mandaten) die politische Wende eingeleitet hatte. Die ergebnislose Bürgermeisterwahl vom 29. Mai 1895 hatte den Statthalter Graf Kielmansegg veranlasst, den Gemeinderat aufzulösen und mit Hans von Friebeis einen Regierungskommissär zur Durchführung von Neuwahlen und der »einstweiligen Besorgung der Gemeindegeschäfte« einzusetzen. Der Kommissär vereinigte in sich die Befugnisse des Gemeinderats, des Stadtrats und des Bürgermeisters, er trat zudem an die Spitze des Magistrats als politischer Behörde erster Instanz – die Gemeinde Wien sah sich de facto in den Ausnahmezustand versetzt.[142] Den entscheidenden Durchbruch brachten die Wahlen vom September dieses Jahres. Lueger eroberte alle Mandate im dritten, 32 (gegenüber nur mehr 14 liberalen) im zweiten, und immerhin 14 im ersten Wahlkörper. Das war nicht mehr nur der »dumme Kerl von Wien«, das war in der Tat das von Lueger Klassen übergreifend mobilisierte »christliche Wiener Volk«. Ein Polizeibericht vom 5. Dezember 1895 bringt dies auf den Punkt:

> *Die in den letzten Jahren in Wien zutage getretene antiliberale oder antisemitische Strömung beherrscht zur Zeit in noch viel höherem Maß als früher das ganze öffentliche Leben. Von dieser Strömung ist nicht nur der kleine Mann, der Gewerbestand erfaßt, sondern sie hat auch in weiteren Kreisen, in dem mittleren Bürgerstand sowie insbesondere im Beamtenstand Platz gegriffen und findet in dem niederen Klerus ihre tatkräftige Unterstützung.*[143]

Angesichts dieser Umstände gab der hohe Klerus seinen bis dato geübten hinhaltenden Widerstand auf. Noch 1894 hatten die österreichischen Kirchenfürsten einen Hirtenbrief gegen den Antisemitismus erlassen und ein Jahr später Erzbischof Schönborn von Prag nach Rom entsandt, um gegen die aufrührerisch-antihierarchische Bewegung ein Anathema des Papstes zu erwirken. Dieser allerdings gab Lueger seinen Segen, nicht zuletzt unter dem Einfluss des mächtigen Kardinals Rampolla, der

einem effizienten Verbündeten im Kampf gegen den kirchenfeindlichen Liberalismus ethischen Bedenken gegenüber allemal den Vorzug einräumte. Höchst gewichtiger Widerstand kam von anderer Seite: Kaiser Franz Joseph machte in einem überaus bemerkenswerten Schritt von seinem im Stadtstatut verankerten diskretionären Recht, die Bestätigung der Wahl des Bürgermeisters von Wien zu verweigern, tatsächlich Gebrauch, wobei diplomatische Erwägungen (Lueger war ausgesprochen magyarophob und hatte den Terminus »Judaeo-Magyaren« geprägt) ebenso von Bedeutung gewesen sein dürften wie Luegers Status als radikal-populistischer, unberechenbarer politischer »underdog«.[144] Dr. Sigmund Freud, wahrlich kein Freund der Dynastie, brachte ob der allerhöchsten Verweigerung jedenfalls einen Toast auf den Monarchen aus.[145] Zu früh allemal; der »fesche Karl« wurde nicht weniger als vier Mal innerhalb eines Jahres zum Bürgermeister gewählt und im Mai 1896 musste der Kaiser in einen Kompromiss einwilligen, der Lueger, unter der formellen Bürgermeisterschaft des Hausherrenfunktionärs Josef Strobach, definitiv die politische Macht zufallen ließ. Am 20. April 1897 trat er auch formal an die Spitze der Stadtverwaltung.

Der Agitator, Populist, Demagoge, moderne Massenpolitiker, der mit nichts als der Gabe und der Attraktion seiner Rede sich den Gemeinderat und eine sichere Mehrheit im Landtag erobert hatte, der im Parlament eine imposante Machtposition einnahm, war am Ziel seiner Ambitionen – seiner wohl einzig wahren Ambition – angelangt. Niemand habe begriffen, resümierte Felix Salten, warum Luegers gesamtes Wollen immer und ausschließlich nur auf die Eroberung des Bürgermeisteramtes gerichtet war. Erst als er die Position tatsächlich inne gehabt hatte, seien seine eigentlichen Intentionen klar und nachvollziehbar geworden:

> *Man merkte, daß wirklich ein Gedanke in diesem Mann nach Ausdruck gerungen hat, nicht bloß der Gedanke an den eigenen Erfolg; daß er von einem Traum erfüllt war, nicht bloß von dem Traum des eigenen Aufstiegs: Wien! All dies andere vorher war nur ein Mittel gewesen. Er hätte jedes beliebige Mittel angewendet, selbst ein edles, wenn es nützlich gewesen wäre. Freilich aber hätte er keines so mühelos, so voll aus seinem Wesen heraus, so ganz aus seinen Instinkten gebrauchen können wie diese Taktik und Technik des Gassenhauers, des »mir san mir«!*[146]

Die Bürgermeisterfrage, so hatte Lueger anlässlich seiner vierten Wahl am 18. April 1896 verkündet, sei ein Teil des großen Kampfes um die »Befreiung des christlichen Volkes: möge es Gott gefallen, daß endlich dem Volke gegeben werde, was des Volkes ist«.[147] Ein Jahr später, am Tag seiner Vereidigung, präsentierte er sein kommunales Programm. Lueger, der gegen den »verjudeten« Liberalismus die christliche Basis, die Kapläne und den niederen Klerus gegen Bischöfe und Episkopat mobilisiert hatte, legte – insofern er den Bau neuer Gotteshäuser in großem Maßstab, insbesondere in den Vorstädten, plante – in der Tat ein Programm der Evangelisierung vor. Vor allem aber war es ein Programm einer radikalen Modernisierung, das ähnlichen zeitgenössischen kommunalen Vorhaben in deutschen und amerikanischen Groß-

städten um wenig nachstand, in gewissen Aspekten sogar darüber hinaus wies. Die Schaffung einer neuen Bauordnung, die Verbesserung des Approvisionierungswesens und der Straßenpflege waren ebenso vorgesehen wie der Aufbau einer karitativen Armenversorgung, der weitere Ausbau der Hochquellenwasserleitung etc. In überaus eigensinniger Weise verband das Programm kommunale Modernisierung mit kultureller Reaktion, thematisierte es in seiner Berufung auf die Rechte und Ansprüche des »christlichen Volkes«, des katholischen Bürgertums und Mittelstandes brennende, zur Lösung dringend anstehende Sachfragen wie Gas- und Stromversorgung oder die Verkehrsproblematik. Luegers Kommunalprogramm propagierte in diesem Sinn umfängliche Kommunalisierungen, »Verstadtlichungen«.[148]

Das von den Liberalen in einem dramatischen Versuch der Erhaltung ihrer kommunalen Macht geschaffene System einer institutionalisierten Oligarchie war in die Hände Luegers und der Christlichsozialen übergegangen, die die autokratischen Strukturen und Instrumente der Stadtverfassung und Stadtverwaltung durchaus virtuos handzuhaben wussten. Die symbolisch und propagandistisch hoch aufgeladenen Kommunalisierungsprojekte ehemals privat geführter Unternehmungen bzw. die Schaffung kommunaler, in Konkurrenz zu privatkapitalistischen (oft »ausländischen«) Betrieben stehender Einrichtungen konzentrierten sich wesentlich auf die Bereiche Gas, Strom, Verkehr. Daneben kam es zu Gründungen funktionalistischen Charakters, wie einer kommunalen Lebens- und Rentenversicherungsanstalt oder einer vorwiegend an Mittelstandsinteressen ausgerichteten Zentralsparkasse. Eine zweite Hochquellenwasserleitung wurde 1910 eröffnet, der Zentralfriedhof vergrößert und ausgebaut (inklusive einer im Jugendstil gehaltenen, nach Karl Lueger benannten Kirche), eine Übernahmestelle für Vieh und Fleisch eingerichtet sowie das Kohlenbergwerk Zillingdorf für die städtischen E-Werke erworben.[149]

Die Kommunalisierungen, immer wieder auch als »Kommunalsozialismus« Lueger'scher Provenienz angesprochen, erfüllten zusätzlich zu ihrer Modernisierungsfunktion einen dreifachen Sinn: Sie waren definitiv kein Akt der sozialen Reform, demonstrierten aber wie kein zweites Projekt den »antikapitalistischen« Impetus christlichsozialer Gemeindepolitik, der einen nachhaltigen Affirmations- und Bindungseffekt urbaner Mittelschichten auszulösen vermochte. Sie waren, zum Zweiten, ein sehr konkreter Akt der (partei- und kommunalpolitisch motivierten) Sicherung finanzieller Autonomie gegenüber zentralstaatlichen Instanzen. Die Gewinne der Gemeindebetriebe wurden für das städtische Budget abgeschöpft und stellten einen substantiellen Teil der jährlichen Haushaltseinnahmen der Kommune dar. (So erarbeiteten die städtischen Verkehrsbetriebe innerhalb des ersten Jahrzehnts ihres Bestehens einen Nettoprofit von 104,5 Millionen Kronen, wobei 22,6 Millionen direkt dem Gemeindebudget zuflossen.)[150] Sie eröffneten drittens ein enormes Potential direkter politischer Patronage, was in Teilen des Verwaltungsapparates zu einer Symbiose von christlichsozialer Partei und kommunaler Bürokratie führte und Lueger mit einer politischen Maschinerie von bis dato ungekannter Effizienz ausstattete.

Mit Ende Oktober 1899 lief (bei einer dreijährigen Kündigungsfrist) der Vertrag mit der englischen Imperial Continental Gas Association ab, die bisher die Gasversorgung Wiens betrieben hatte; die Gemeinde beschloss 1896 die Errichtung einer zentralen Gasanstalt in Simmering, die mit Vertragsablauf ihren Betrieb aufnehmen sollte. Die Finanzierung der Anlage mittels Bankanleihen gestaltete sich alles andere denn friktionsfrei, verwickelte sie doch Lueger in eine von ihm überaus geschickt medial und propagandistisch verwertete heftige Kontroverse mit der Wiener Bankenwelt und der sie stützenden liberalen Presse. Es gelang schließlich, die Gasanleihe bei der Deutschen Bank in Berlin zu platzieren. Und Lueger seinerseits schloss, entsprechend dem mit der Regierungsfunktion eintretenden grundlegenden Funktions- und Bestimmungswandel seiner Partei, sehr bald Frieden mit dem örtlichen, ehedem so heftig bekämpften Finanzkapital: Ab der Jahrhundertwende standen der Anleihenfinanzierung von öffentlichen Vorhaben keine Hindernisse entgegen; im Regelfall wurde sie über die Länderbank abgewickelt, wo mit August Lohnstein ein Vertrauensmann Luegers als Direktor tätig war.[151]

Das städtische Gaswerk wurde am 31. Oktober 1899 eröffnet, die neu gegründete Firma »Gemeinde Wien – Städtische Gaswerke« (die vorerst auf Grund eines vertraglichen Übereinkommens mit der Imperial Continental nur die Bezirke 1 bis 12 versorgte) hatte ihren Reingewinn nach Abzug von Verzinsung und Amortisierung der Anleihegelder an das städtische Budget abzuführen, die gesamte öffentliche Straßenbeleuchtung unentgeltlich zu leisten und der Gemeinde für nicht öffentliche Zwecke überlassenes Gas zum Selbstkostenpreis in Rechnung zu stellen.[152]

Der Beschluss zur Übernahme und Elektrifizierung der Straßenbahnen war der konkrete Anlass für den nächsten Kommunalisierungsschritt, die Einrichtung gemeindeeigener Elektrizitätswerke. Explizites Ziel war die Konkurrenzierung privater Gesellschaften sowie in weiterer Folge die schnellstmögliche Erringung einer Monopolstellung auf dem Gebiet der Stromproduktion, was noch vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges tatsächlich realisiert werden konnte. Weitaus komplizierter hingegen sollte sich die Kommunalisierung der privat betriebenen Straßenbahnen gestalten.[153] Die Verstadtlichung des wichtigsten privaten Betreibers, der Wiener Tramway-Gesellschaft, war ein ausgesprochenes Prestigeprojekt von außerordentlichem symbolischem Überschussgehalt, hatten sich doch gerade auf dem Gebiet des städtischen Transportsystems und seiner Aneignung und Ausbeutung durch privates Kapital exemplarisch jene sozialen Defizite verdichtet, die zu einem signifikanten Merkmal des Liberalismus schlechthin geworden waren: Investitionen waren aus Gründen der Profitmaximierung zurückgestellt oder überhaupt unterlassen worden, Arbeitsleid und Arbeitsdruck des Personals sprichwörtlich katastrophal. Pfarrer Rudolf Eichhorn, ein prononcierter Anhänger der christlichen Soziallehre des Freiherrn von Vogelsang, hatte dies in einer Broschüre über »Die weißen Sklaven der Wiener Tramway-Gesellschaft« 1885 öffentlich thematisiert, in der sozialreportagehaften Darstellung des Herausgebers der sozialdemokratischen »Gleichheit«, Dr. Victor Adler (1889), gerie-

ten die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Tramwaybediensteten zum öffentlichen Skandal.

Am 4. November 1865 hatte der erste Pferdetramway-Wagen die Strecke Dornbach-Schottenring durchfahren; drei Jahre später waren die für den Personenverkehr wichtigsten Hauptstraßen Wiens beschient, die rentable Verkehrsanstalt wurde von einer privaten Aktiengesellschaft erworben. Mitte der achtziger Jahre umfasste das gesamte Schienennetz rund 60 Kilometer oder acht österreichische Postmeilen. Die Monopolisierung des Personentransportverkehrs durch zwei private Gesellschaften (neben der Tramway-Gesellschaft die Wiener General-Omnibus-Compagnie) hatte allerdings eine mit der dynamischen Expansion der Vororte dringend anstehende Anlage eines leistungsfähigen modernen Massentransportmittels mit entsprechender Tarifgestaltung verhindert.

Die hoch profitable Tramway-Gesellschaft hatte die Dienst-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihres zumeist aus Tschechen, Slowaken oder Polen bestehenden Personals in einem komplexen System von Überwachung, Disziplinierung und Bestrafung festgelegt, niedergeschrieben in einem 45 Druckseiten umfassenden Dienstregulativ. Die effektive tägliche Arbeitszeit für Kutscher und Kondukteure betrug 16 bis 18, in Ausnahmefällen bis zu 21 Stunden. Die Pferdewärter und Fouragearbeiter hatten an Wochentagen mindestens 16, an Sonn- und Feiertagen mindestens 17 Stunden zu arbeiten. Die rund 300 Stallarbeiter rekrutierten sich fast zur Gänze aus ehemaligen Angehörigen der Kavallerie und hatten in neun geräumigen und peinlichst sauber gehaltenen Stallungen etwa 2.500 Pferde zu betreuen. Somit kamen auf einen Mann zehn zweispännige (kleinere) oder neun einspännige (größere) Pferde, während bei der Kavallerie einem Soldaten nur in Ausnahmefällen zwei, in äußerst seltenen Notfällen auch drei Pferde zugewiesen waren. Umgangston und -formen der »Stallschaffer« waren dementsprechend sprichwörtlich derb und rau, ihre Anfälligkeit für übermäßigen Branntwein- und Tabakgenuss notorisch und ihre äußere Erscheinung geprägt von Unterernährung, Auszehrung und Überarbeitung. Die Tramway-Gesellschaft, resümiert Victor Adler, habe eben zwei Gattungen von Bediensteten: Die einen hätten eine Arbeitszeit von 16 bis 21 Stunden und ganz ungenügende Ernährung, die anderen arbeiteten vier Stunden und seien reichlich genährt. Das eine seien die Menschen, das andere die Pferde. Menschen seien spottbillig. Pferde kosteten aber schweres Geld.[154]

Die von den Christlichsozialen nunmehr in Angriff genommene »Sozialisierung« des Verkehrswesens lief auf eine »verdeckte« Kommunalisierung insofern hinaus, als die Verkehrsversorgung weiterhin einer privaten Gesellschaft überlassen, die Einfluss- und Einnahmemöglichkeiten der Kommune aber bedeutend erweitert wurden. Siemens & Halske, im Besitz zahlreicher Patente für elektrischen Straßenbahnbau, hatten die Aktienmehrheit bei der Wiener Tramway-Gesellschaft erworben und diese, nach vertraglicher Einigung mit der Gemeinde Wien, liquidiert. Eine von Siemens gegründete Betriebsgesellschaft besorgte Aus- und Umbau des Netzes sowie den lau-


Abb. 41: Stadtbahnstation Währinger Straße um 1900.

fenden Betrieb, die Gemeinde Wien bewarb sich um die zur Elektrifizierung notwendigen staatlichen Konzessionen. Als sich mit sinkender Ertragslage die Spannungen zwischen Betriebsgesellschaft und Gemeinde zu häufen begannen, nahm Letztere ein Angebot betreffend Übernahme und Betrieb des Straßenbahnnetzes an. Unter Zusicherung der Auftragserteilung an Siemens für den weiteren Ausbau sowie Ausrüstung der Garnituren zahlte die Gemeinde 62 Millionen Kronen. Sechs Jahre nach Antritt der Christlichsozialen war ein zentraler Faktor öffentlicher urbaner Personenbeförderung kommunalisiert, wenngleich auch, gemessen an den Kriterien effizienter Linienführung, Zeit und Aufwand sparender Transportkapazitäten etc., kaum effektiv organisiert. Immerhin ist unter Betriebsführung der Gemeinde das Schienennetz um knapp 55 Prozent, die Zahl der beförderten Personen um knapp 104 Prozent gewachsen, die Betriebseinnahmen stiegen um 135,5 Prozent, der Personalzuwachs machte 89,5 Prozent aus, die Gewinnabfuhr an das Gemeindebudget etwa ein Fünftel des Gesamtertrags der drei städtischen Betriebe.[155]

Wenn es in Wien ein in Ansätzen effizientes, städtebaulich und -planerisch jedenfalls aber höchst bemerkenswertes Verkehrsmittel gab, dann war dies die in ihrer Planung noch auf die liberale Verwaltung zurückgehende und von Gemeinde und Staat gemeinsam in Angriff genommene Stadtbahn *(Abb. 41)*.[156] In ihrer Anlage folgte sie überregionalen Kapital- ebenso wie unmittelbar militärischen Interessen, in ihre Ausführung waren Regulierungen des Donaukanals und des Wienflusses integriert. Die Stadtbahn ist die größte technische Errungenschaft der Lueger-Zeit, eine herausragende Konstruktions- und Ingenieurleistung, die von einem unter der Leitung

von Otto Wagner stehenden und zum überwiegenden Teil aus seinen Schülern bestehenden Architekten- und Planungsteam entworfen und in den Jahren 1894 bis 1908 realisiert wurde. Wagner hatte den Auftrag auf Grund seines Wettbewerbsbeitrags für einen Generalregulierungsplan erhalten, der von den Liberalen im Zusammenhang mit den infrastrukturellen und städteplanerischen Anforderungen der Stadterweiterung im Mai 1892 international ausgeschrieben worden war.[157] Wagners Ausführung einer metropolitanen Eisenbahn – die nicht nur die Regulierung der beiden innerstädtischen Wasserwege, sondern auch das schwierige, stark kupierte Terrain der Gürteltrasse mit einzubeziehen hatte – ist als bauliche Leistung wie als Objekt urbanen Designs gleich meisterhaft. Die Stadtbahn verband erstmals die Außenbezirke und peripheren Distrikte der Stadt miteinander und akzentuierte doch zugleich, indem sie der soziokulturellen Grenze des Gürtels folgte und diese auch baulich verfestigte, die für Wien so charakteristische sozialräumliche Segregation. Sie veränderte den Charakter, die inneren Rhythmen, die grundgelegten Strukturen der Stadt und schrieb dem urbanen Ganzen doch eine gemeinsame, verbindende, weithin sicht- und identifizierbare Ästhetik ein. Wie später die Gemeindebauten des Roten Wien sucht sie historisch gewachsene Stadtstrukturen zu bewahren, führt als ein modernes urbanes Implantat zugleich ihre eigenen Logiken ein, überlagert die historischen Räume mit ihrem spezifisch großstädtischen Ordnungsprinzip.[158]

In dieser einen, besonderen Hinsicht – des dialektischen Ineinanderlaufens von Tradition und Modernität, der von der Eigenlogik des Modernen überlagerten historischen Referenz und Identität – bringt der Stadtbahnbau auch Prinzipien zum Ausdruck, wie sie die übrigen Projekte der Lueger-Zeit ganz allgemein kennzeichnen sollten: Es sind Prinzipien der symbolischen Repräsentation – der Berufung auf eine (wie immer imaginierte) gemeinsame historische Tradition des christlichen, verwurzelten, respektablen, ebenso selbstbewussten wie gottesfürchtigen und obrigkeitsfixierten niederen und mittleren Stadtbürgertums –, die in eine eigensinnige Verbindung mit Projekten kommunaler Modernisierung und urbaner Modernität gebracht werden. Und wie Lueger ständig den althergebrachten Bürgergeist, die vormoderne Harmonie und Respektabilität des »Alt-Wien«, der patriarchalen Vater- und Residenzstadt zitiert, ja beschwört, so gerät die öffentliche Selbstdarstellung, jedes einzelne Propagandastatement seiner Partei zu einem uneingeschränkten Bekenntnis zu den »modernsten«, technologisch avanciertesten Mitteln und Methoden kommunaler Innovation und urbanen Managements.[159]

Ein traditioneller bürgerlicher Wertekanon, der immer wieder angesprochene, handwerklich und vormodern motivierte »Bürgerfleiß«, verband sich mit den Instrumenten technologischer Modernität zu neuen Repräsentativbauten – nicht so glamourös und triumphalistisch wie die Ringstraße des liberalen Großbürgertums, aber monumental, überlebensgroß, repräsentativ in einem ebenso dynamischen wie utilitaristischen Sinn allemal: Gasometer, Elektrizitätswerke, Stadtbahn. Das Leitmotiv der katholisch-patriarchalen Vaterstadt ist omnipräsent, ebenso wie die per-

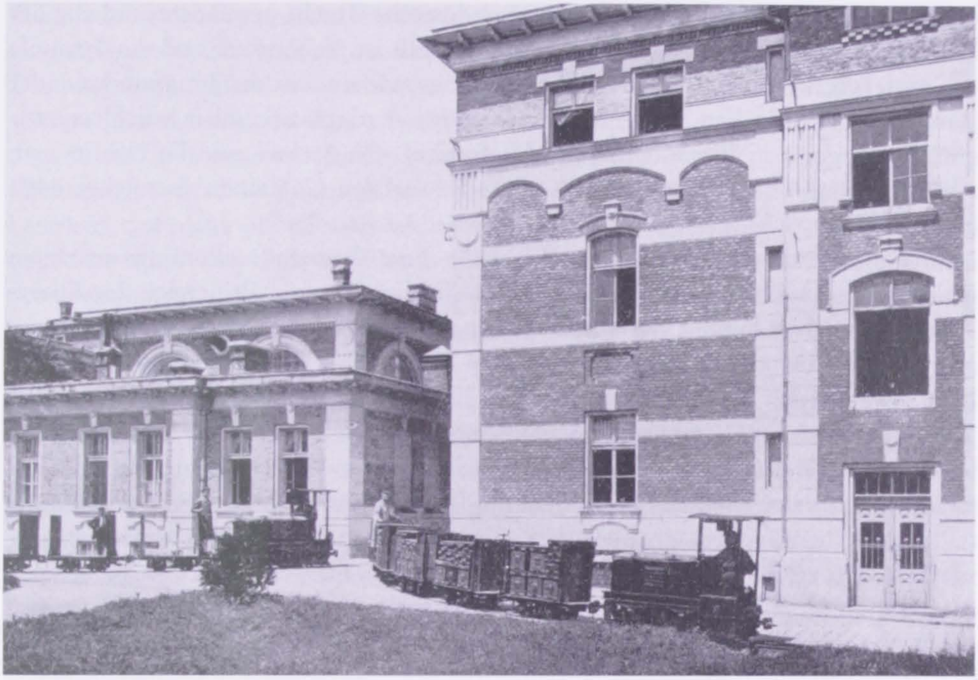


Abb. 42: Altersversorgungsheim Lainz.

manente Referenz auf das Gute, Schöne, Gesunde. Heinrich Goldemund, Stadtbauamtsdirektor von 1908 bis 1920, hat die Anlage respektive Erhaltung des städtischen Wald- und Wiesengürtels als eine »Liebeshymne« an die »Vaterstadt« konzipiert, als eine ästhetische Errungenschaft, der Monumentalität moderner urbaner Architektur gleichzusetzen.[160]

Ihren vollkommensten materiellen wie symbolischen Ausdruck aber fand Luegers imaginierte Bürgergemeinschaft in der Anlage des Lainzer Versorgungsheims. Auf einem riesigen Hietzinger Areal waren am Stadtrand die 29 Pavillons eines kommunalen Altersversorgungs- und Armenhauses errichtet worden, versehen mit modernster Technologie wie Lichtsystemen, elektrischen Aufzügen, topaktuellen Telefon- und Signalnetzwerken und einer alle Pavillons verbindenden Kleinbahn zum Essens- und Lastentransport. Das symbolische Herzstück aber war die nach dem Hl. Karl Borromäus benannte und in einem neoromanischen Stil errichtete Kirche, deren innere Ausstattung von privaten Sponsoren – dem Bürgermeister und seinen Vizebürgermeistern, Mitgliedern des christlichsozialen Parteivorstandes, den christlichsozialen Bezirksvorstehern sowie Honoratioren aus Bürgerkreisen – finanziert wurde. Die Wände waren mit Emblemen der Zünfte als Repräsentanten der alten, korporierten Bürgergesellschaft versehen. Hinter dem Hauptaltar befand sich ein massives Trip-

tychon, wo an prominenter Stelle der in altdeutsche Tracht gewandete und vor der Heiligen Jungfrau kniende Karl Lueger dargestellt ist.[161] Telefone und die Symbole der mittelalterlichen Zünfte, elektrische Aufzüge und ein vor der Jungfrau kniender Bürgermeister über dem Hauptaltar – Lainz wird in seinem scheinbar bruchlosen Ineinandergreifen von Vormoderne und Modernität, von Archaik und Fortschritt zum zentralen symbolischen Ausdruck der christlichsozialen Gemeinde als solcher *(Abb. 42, S. 227)*.

Was ihre fiskalische Politik betrifft, bleibt diese Gemeinde allerdings in einem geradezu erstaunlichen Ausmaß bestimmten Traditionen und Prinzipien der liberalen Kommunalverwaltung verbunden. So wurde der Weg der Anleihenfinanzierung, insbesondere bei den großen kommunalen Vorhaben (Errichtung der Gas- und Elektrizitätswerke, Neubau der 2. Hochquellenwasserleitung etc.), beibehalten. Die Verpflichtungen für Tilgung und Verzinsung der Anleihenschulden betrugen 1913 bereits mehr als das Dreifache des ordentlichen Budgets.[162] Drei Viertel der Einnahmen entstammten, auch das beste liberale Tradition, aus direkten Steuern, die die städtische Oberschicht gegenüber den einkommensschwachen Unterschichten privilegierten. Gut die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen erflossen aus Zuschlägen auf die landesfürstliche Hauszins- und Hausklassensteuer sowie die kommunalen, auf die Mieter abwälzbaren Umlagen auf den Mietzins. Auf Wohnen und (alltäglichen) Konsum entfielen an die 75 Prozent aller Steuern. Die Masse der Stadtbevölkerung wurde, gemessen an ihrem Einkommen, überproportional zu Steuerleistung und Schuldentilgung herangezogen.[163]

Wie in der liberalen Ära auch zeigt sich im Ausgabenbereich ein dramatisches Übergewicht der Aufwendungen für die technische gegenüber der sozialen Infrastruktur. Im Zug der rasch voranschreitenden Verbauung und urbanen Verdichtung des städtischen Terrains hatten sich Fläche und Länge der Straßen und Plätze von 1895 bis 1913 um die Hälfte vermehrt, das bestehende Kanalisationssystem wurde um über zwei Drittel seiner bisherigen Ausdehnung und Kapazität erweitert. Demgegenüber blieb der Sozialbereich merklich unterdotiert. Die Ausgaben für Fürsorge bewegen sich unter zehn Prozent, wovon wiederum rund zwei Drittel auf die Armenunterstützung entfallen. Die Gesundheitsausgaben sind mit durchschnittlich einem Prozent veranschlagt, Aufwendungen für Bäder, Grünflächen etc. bleiben marginal, Maßnahmen zu einer zumindest partiellen Linderung eines der dramatischsten sozialen Problemfelder der Zeit, der Wohnungsnot, fehlen zur Gänze.[164] Kommunale Fürsorgepolitik wurde im Sinn einer karitativen Armenfürsorge verstanden, als eine aus christlichem Ethos heraus gewährte Gabe, die für ein zum Überleben notwendiges Minimum sorgen sollte; alles andere, so das unumstößliche, erneut an liberale Ideologie und Praxis gemahnende christlichsoziale Credo, müsse exklusiv der privaten Initiative überlassen bleiben. Organisation und Administration des munizipalen Armenwesens oblag den etwa 2.000 ehrenamtlichen, aus den unteren Mittelschichten (Handwerksmeister, Lehrer, kleine Hausbesitzer) rekrutierten »Armenräten«, deren

Handhabung der Problematik für die Betroffenen sich im besten Fall als Geste autoritär-patriarchaler Zuwendung, im schlechtesten Fall als simple Demütigung erwies.[165] Die mildtätige Gabe des sozial besser Gestellten an den gesellschaftlich Marginalisierten, paternalistische Hierarchisierung und Abhängigkeiten, weitergeführt bis an das untere Ende des sozialen Spektrums – auch das ist Luegers »Vaterstadt«. Den Wohnungsbereich, das dramatische Wohnungselend in den Vorstädten und Arbeiterbezirken, traf nicht einmal solche Initiative – Folge des überproportionalen sozialen wie kulturellen Gewichts der Hausbesitzer (»Hausherren«) sowohl in den Reihen der christlichsozialen Basis wie in ihrer kommunalpolitischen Vertretung: Zwischen 1873 und 1900 stellten die Hausherren einen Anteil von 58 Prozent im Gemeinderat; ursprünglich überwiegend liberal, waren sie mit Lueger den Weg der Opposition gegangen, ein treibendes, aktionistisches Moment geworden. An der Macht, sicherten sie sich gegen jegliche, selbst die geringsten regulierenden Eingriffe in die freie, privatkapitalistische Gestaltung des Wohnungsmarktes und der Mietzinsgestaltung ab und opponierten fundamental gegen sämtliche diesbezügliche, wie immer zaghaft auch betriebene Gesetzesinitiativen, mochte dies Planungsvorhaben, Bauregulierungen oder gar Mieterschutzbestimmungen bedeuten.[166] Die Christlichsozialen wurden so zunehmend zu einer »Hausherrenpartei«, für die Sozialdemokraten – die mehr und mehr zum entscheidenden politischen Gegengewicht heranwuchsen und sich als Partei der Mieter verstanden – entwickelte sich die sprichwörtlich gewordene »Mir san mir«-Mentalität der von ihnen so bezeichneten »Zinsgeier« und »Haustyrannen« zu einem kategorialen Feindbild.

Neben der Hausherrenmacht beruhte die christlichsoziale Hegemonie in Wien auf einer weiteren Säule, die ein enormes Potential und, in ihrem Zusammenwachsen mit einer qualitativ neuen Massenpolitik, bedeutende strategische und machttechnische Perspektiven eröffnete: die munizipale Bürokratie. Unter Lueger kam es zu einer umfangreichen quantitativen Erweiterung und durchgängigen Professionalisierung des kommunalen Verwaltungsapparats, ja dieser wurde in gewisser Weise erst entwickelt. Vor allem im Zuge der Realisierung der Kommunalisierungen und des Aufbaus der städtischen Betriebe wurde der Personalstand der Kommune von etwas über 2.000 auf mehr als 30.000 erhöht, die Stadt Wien nach dem Staat der zweitgrößte Arbeitgeber der Monarchie. Nicht zuletzt wurde der Magistrat in ein politisches Organ, in das Vollzugsorgan des Willens der herrschenden Partei geformt; Partei und Verwaltung erschienen nicht selten als die unterschiedliche Inkarnation desselben Interesses. Jüdische Beamte wurden nicht mehr befördert (wenn auch nicht entlassen), sozialdemokratische und freigeistige Lehrer (darunter der spätere Bürgermeister Karl Seitz und der große Schulreformer Otto Glöckel) diszipliniert und gemaßregelt. John Boyer hat allerdings auch schlüssig nachgewiesen, dass die innere Organisation, Struktur und Logik des liberalen Beamtenapparats weitgehend unverändert übernommen wurde, dass gerade die liberalen Spitzenbeamten die Kommunalisierungen enthusiastisch mit- und auf diese Weise nicht unerheblich zur Professionalisierung der Adminis-

tration beigetragen haben.[167] Neuaufnahmen waren allerdings unumgänglich an entsprechende Empfehlungen durch christlichsoziale Mandatsträger und die Leistung eines Loyalitätseides auf die »christliche« und »deutsche« Stadt Wien gebunden, der kommunalen Administration kam so die Funktion eines gigantischen Reservoirs zur Beförderung gegenseitiger Interessen, einer »Patronagemaschinerie« zu. Lueger – der, wie Felix Salten schreibt, mit der Eroberung des Bürgermeisteramtes die »Kaisertreue in städtische Verwaltung, die Volkshymne in städtische Regie« genommen hatte – nahm im Verlauf dieses Prozesses der Institutionalisierung politischer Hegemonie im Wege der Verwaltung selbst monarchische Züge an:

Die Stadt, die so viele Betriebe in ihrer Hand hält, herrscht über eine Armee von Dienern, Arbeitern, Beamten, Lehrern, Ärzten und Professoren, herrscht durch tausendfach verknüpfte Interessen weithin über die Gesinnungen, und allen ist der Bürgermeister, von dem sie abhängen, wie ein Monarch. Er arbeitet denn auch mit einer vollkommen monarchischen Technik. Sein Bild ist überall. In den Amtslokalen, in den Schulzimmern, in den Wirtshäusern, in den Theaterfoyers, in den Schaufenstern. (...) Er hat das so eingerichtet, hat sich um den Widerspruch der Machtlosen, hat sich um das Recht der freien Meinung, die das Staatsgrundgesetz gewährleistet, nicht gekümmert und einen Fahneneid eingeführt für alle, die im Rathaus Broterwerb suchen.[168]

Lueger war mit Parolen der Demokratie, mit den Forderungen nach Einführung des allgemeinen und gleichen kommunalen Männerwahlrechts und der Kommunalisierung von Unternehmungen im »Gemeininteresse« zur Macht aufgestiegen. Sobald der Liberalismus besiegt war, galt es, die eigene Position abzusichern, vor allem gegen eine sich zur Massenbewegung formierende und in den industriellen Vorstädten bereits überaus dicht organisierte Sozialdemokratie. Die christlichsoziale Majorität unternahm dies mit der Neufassung des Gemeindestatuts und der Gemeindeverfassung 1900 – es war nichts weniger als ein taktisches und strategisches Meisterstück. Formal wurde an der Forderung nach Abschaffung des Zensus und der Wahlkörper weiter festgehalten, allerdings sollte die Wahlberechtigung an eine mindestens fünfjährige Sesshaftigkeit im Stadtgebiet gebunden sein. Dies hätte, nach zeitgenössischen Schätzungen, etwa die Hälfte der traditionell hoch mobilen industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft vom Wahlrecht ausgeschlossen. Doch selbst dieser sehr eingeschränkte Entwurf wurde wieder zurückgezogen, vorgeblich, da gegen den expliziten Willen der Regierung und des Statthalters ein allgemeines kommunales Männerwahlrecht in noch so rudimentärer Form nicht durchzusetzen war. Schließlich wurde, als ein taktisch brillant vorbereiteter »Kompromiss«, ein vierter Wahlkörper eingeführt, in dem alle männlichen Staatsbürger über 24 (also auch alle Wahlberechtigten aus den anderen Wahlkörpern), die eine zumindest dreijährige Sesshaftigkeit im Stadtgebiet nachweisen konnten, wahlberechtigt waren. In diesem vierten Wahlkörper waren 20 Mandate zu vergeben, die von 228.000, gegenüber 138 Mandaten, die von 52.000 Wahlberechtigten in den ersten drei Wahlkörpern gewählt wurden. Das kommunale

Zensuswahlrecht blieb über die Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts auf gesamtstaatlicher Ebene (1905/07) hinaus bis in die Umsturzzeit nach dem Ersten Weltkrieg bestehen. Damit war Wien als Bastion des »allgemeinen Bürgerstandes«, der bürgerlichen Mittelschichten nachhaltig festgeschrieben, die wohlhabendsten ebenso wie die untersten Segmente der städtischen Gesellschaft politisch marginalisiert.[169]

Entsprechend trugen die kommunalen Leistungen den Intentionen und Interessen dieses »allgemeinen Bürgerstandes« Rechnung. Die Kommunalisierungen kamen grundsätzlich der Privatwirtschaft und den Konsumbedürfnissen der Mittelschichten entgegen, wie auch die Neuorganisation des Verkehrswesens zunächst auf die überwiegend kleinbetriebliche Struktur der städtischen Ökonomie ausgerichtet war. Wie allerdings verschiedene (durch Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht mehr zur Realisierung gelangte) Großprojekte nahe legen, ging die Stadtregierung mit ihren Plänen zu Untergrund- und Schnellbahn, zur Errichtung eines Großhafens, zum Bau des Donau-Oder-Kanals oder der Herstellung entsprechender Infrastruktur für ein Industrie- und Handelszentrum Floridsdorf weit über diese mittelstandsfixierte Politik hinaus.[170] Es bringt dies einen grundlegenden Funktionswandel des zur Macht aufgestiegenen kleinbürgerlichen Populismus zum Ausdruck, dem damit ja durchaus staatserhaltende Verantwortlichkeit zugefallen war. Mit dem politischen Erfolg hatte sich zudem die Gegensätzlichkeit zwischen nationalem und sozialem Flügel der Partei zur offenen Feindschaft vertieft, was eine doppelte Verlagerung nach sich zog: Politisch trat die christlichsoziale Partei nunmehr als die Trägerin der österreichischen, der dynastischen Idee gegen die Deutschnationalen, wirtschaftlich – in ironischer, gebrochener Nachfolge des einst so heftig bekämpften Liberalismus – als Proponentin des industriellen Kapitalismus gegen die Sozialdemokratie auf.[171] In kultureller Hinsicht trat das antisemitische Moment zunehmend in den Hintergrund, die ökonomische und soziale Position des Wiener Judentums wurde, trotz anhaltend gegenteiliger Rhetorik, nicht erschüttert.

Zudem zeigte sich nach Luegers Tod (10. März 1910) überaus schnell, wie sehr die gesamte Partei vom politischen Genie dieses einen Mannes abhängig gewesen war. Wiens Kleinbürgertum und unterer Mittelstand hatten nicht nur eine populäre Politikerfigur verloren, sondern darüber hinaus ihr Medium der politischen Artikulation schlechthin. Anhaltende Meinungsdivergenzen und Fraktionskämpfe führten, vor dem Hintergrund einer allgemeinen Teuerungskrise, zu einem Wahldebakel bei den nach dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht abgehaltenen Reichsratswahlen 1911. Die Sozialdemokraten wurden in Wien erstmals stimmen- und mandatsstärkste Partei (42,9 Prozent der Stimmen und 19 Mandate), während auf die Christlichsozialen lediglich 36,6 Prozent (ein Verlust von 12,4 Prozent gegenüber 1907) und nur drei Mandate (gegenüber 30 vier Jahre davor) entfielen.[172] Luegers Nachfolger Richard Weiskirchner, der 1903 Magistratsdirektor geworden war, versuchte die alte Lueger'sche Wählerkoalition zu erneuern und sie auf eine breitere

soziale Basis zu stellen, sah sich dabei aber mit jungen katholischen Radikalen wie Leopold Kunschak und Richard Schmitz konfrontiert, die ein geistiges und intellektuelles Gegengewicht zu einem enorm an Attraktion gewinnenden Austromarxismus herzustellen bemüht waren. Letztlich ging es Weiskirchner um die breite Allianz aller Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden auf Basis einer christlichen Ideologie. Als eher unglücklich agierender Lueger-Epigone und schließlicher »Kriegsbürgermeister« hat er dieses Bündnis niemals realisieren können.[173]

Die Politik der Massen

Es war die wohl größte und imposanteste Massenmanifestation, die Wien je erlebt hatte. Sie begab sich an einem klaren Wintersonntag, dem 16. Februar 1913. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte zwar in der kurzen, ihr verbleibenden Zeit von vier Tagen ihren gesamten, zu diesem Zeitpunkt bereits bedeutenden und in den Vorstädten flächendeckenden Organisationsapparat zum Einsatz gebracht, der tatsächliche Ansturm der Massen aber übertraf alle Erwartungen und sollte sich als organisationstechnisch kaum mehr bewältigbar erweisen. Eine knappe halbe Million Menschen, also etwa jede(r) vierte Wienerin und Wiener, war gekommen, die Bezirksorganisation Ottakring, vom Verstorbenen Anfang der 1890er-Jahre mit ein paar Dutzend Mitarbeitern ins Leben gerufen, stellte allein 2.600 Vertrauenspersonen als Ordner. Hier wurde, so die zeitgenössische Wiener Tagespresse in beinahe wortgleicher Übereinstimmung, ein ungekrönter König, ein Herrscher zu Grabe getragen:

> *Denn in diesen wenigen Tagen, die seit dem verhängnisvollen Schuß des Mörders am Nordwestbahnhof verstrichen sind, hatte diese eindrucksvolle, mächtige und erschütternde Huldigung vor dem Toten nicht arrangiert werden können. Diese Tausenden und Tausenden, die gestern die Straßen von Ottakring füllten, die wie in einer stillen, ergreifenden Mission in endlosem, langem Zuge dem Sarg folgten, sie waren freiwillig gekommen; ohne Kommando, um eine Herzenspflicht zu erfüllen. (…) Das war nicht Neugierde, das war Pietät, herrlichste, aufrichtigste Pietät für einen, den man geliebt.*[174]

Noch am 13. Februar, unmittelbar nach der gerichtsmedizinischen Obduktion, wurde die Leiche in das Ottakringer Arbeiterheim überführt und in einem Metallsarg mit Glasdeckel zur Schau gestellt. Der große Fest- und Theatersaal des Arbeiterheims war unter Leitung des Reichsratsabgeordneten Albert Sever und eines Leichenbestattungsbeamten zu einer prunkvollen Trauerhalle umgestaltet worden. Über dem Katafalk wölbte sich ein schwarzer Baldachin, rund um das Paradebett waren Palmen und exotische Blattpflanzen, Leuchter, Kandelaber und Kerzen gruppiert worden. Die Ehrenwache rekrutierte sich aus Gemeindedienern in Galalivree, Parteigenossen der verschiedenen Korporationen, Mitgliedern der Arbeiterheim-Feuerwehr und der Arbeiterturner. In zweieinhalb Tagen sollte der Strom jener, die gekommen waren, ihre

letzte Ehre zu erweisen, nicht mehr abreißen; die jeweiligen Einlasszeiten mussten um Stunden verlängert werden, immer wieder kam es zu dramatischen Ausbrüchen von Trauer, Wut und Verzweiflung.

Als bei der eigentlichen Trauerfeier in den Mittagsstunden des 16. Februar der Sarg geschlossen wurde, ertönte von der Altane her der Trauermarsch aus der Götterdämmerung, gefolgt von Franz von Suppés »Ruhe, müder Wanderer«, intoniert vom Posaunenchor der Hofoper und 400 Arbeitersängern. Hierauf wurde der Sarg in einen prunkvollen Glasgalawagen mit einer diesen überragenden Bürgerkrone gehievt; vor den Wagen waren sechs reich geschirrte Rappen mit Kutschern und Reitern in altspanischer Tracht gespannt. Dem Trauerkondukt, der über die Hasnerstraße auf den Gürtel und von diesem durch die Thaliastraße auf den Ottakringer Friedhof über gut sieben Kilometer führte, zogen 18 Kranzwagen, vier Trauerfourgons und eine Unzahl Blumenträger sowie zwei – ebenfalls in altspanische Tracht gekleidete – berittene Laternenträger voran. Bereits seit den Vormittagsstunden waren aus allen Bezirken schier endlose, nach Branchen geordnete und radial auf das Ottakringer Arbeiterheim hin ausgerichtete Kolonnen aufmarschiert, mit umflorten Fahnen, Standarten und prächtigen Blumengewinden. Entlang des gesamten Weges hatten sich sechs- bis zehnfache Spalierreihen gebildet, die an manchen Stellen, etwa am Gürtel, eine geradezu beängstigende Tiefe annahmen. Die Teilnehmer am Trauerkondukt selbst, »diese große, endlose, unheimlich schweigende Masse«, waren in eine Vor- und Nachhut gegliedert. Erstere füllte die Thaliastraße vom Lerchenfelder Gürtel bis über die Kreitnergasse hinaus, Letztere besetzte die parallel verlaufende Koppstraße und kam erst in Bewegung, als die Vorhut den Ottakringer Friedhof bereits erreicht hatte. Vor dem offenen Grab sprachen Vertreter der Parteileitung und der Gewerkschaftskommission sowie der nachmalige erste sozialdemokratische Bürgermeister Wiens, Jakob Reumann. Richard Wagners »Pilgerchor« aus dem »Tannhäuser« beendete die offizielle Trauerfeier, die bis in die Abendstunden vorbeidefilierenden Trauergäste verwandelten das Grab in ein Meer von roten Nelken.[175]

Diese pompöse Todesinszenierung galt Franz Schuhmeier, der wenige Tage zuvor von einem politisch wie geistig Verwirrten ermordet worden war. Schuhmeier war zweifellos der populärste Wiener Sozialdemokrat der Jahrhundertwende, ein Kind der Vorstadt und sozialer Aufsteiger, der es aus ärmlichsten Verhältnissen zu den höchsten politischen Funktionen gebracht hatte. Ihm war es wie keinem anderen zuvor gelungen, die politisch und sozial Rechtlosen der Vorstädte aus ihrer Vereinzelung heraus zu einer organisierten, politisch bewussten und damit identitätsstiftenden Massenbewegung zu führen. Sein als eine Manifestation des Volkes inszeniertes Begräbnis *(Abb. 43, S. 235)* zitiert die seit Überwindung der Pest und im Barock formalisierte, für Wien so typische enge Verbindung von Todeszeremonien und öffentlicher Schaustellung des Popularen.

Was aber konnte dies im konkreten historischen und gesellschaftlichen Kontext des Jahres 1913 bedeuten? Verwies es bloß auf ein zähes Fortleben von Traditionen,

zitierte es nur die feudale Tradition und die auf den Vormärz verweisende Lust am öffentlichen Spektakel einer »schönen Leich«, oder kam darin auch eine neue politische Dimension zum Tragen? – Es bedeutet dies alles, und es ist zugleich mehr. Denn mit diesem Begräbnis wurde nicht nur einem Großen des Volkes nach altbekannter Manier gehuldigt, sondern »das Volk« in seiner neuen sozialen Organisation und seinem politischen Ausdruck öffentlich gemacht. Es ist – gerade in ihrem Rückgriff auf Altwiener Traditionen – die öffentliche Demonstration der politischen Identität einer modernen Massenbewegung, die Demonstration einer latenten Präsenz eines anderen, eines »roten« Wien. Franz Schuhmeier wurde nicht nur zu Grabe getragen; er wurde zugleich als politische Ikone einer proletarischen Vorstadtkultur befestigt. Die geordnete, disziplinierte und arrangierte große Zahl der Teilnehmer demonstriert sich selbst als Gemeinschaft; darüber hinaus aber, und das ist ihr eigentlicher politischer Sinn, als Gegenkraft zum christlichsozialen Wien des Karl Lueger, jenes charismatischen Massenpolitikers und Populisten, der den Kleinbürger seit beinahe zwei Jahrzehnten als den neuen politischen Hegemon der Stadt inthronisiert hatte.

Sowohl Franz Schuhmeier als auch Karl Lueger waren prototypische Exponenten, Akteure und zugleich Regisseure einer auf das Ende der liberalen Ära in Wien folgenden Phase des Übergangs und der Neuformulierung politischer Kräfte und Hegemonien, der Initiierung einer Politik der Massen. Die traditionellen politischen Ordnungen und Mechanismen wurden in Frage gestellt und unter dem Druck neuer Akteure restrukturiert.[176] Es war ein tief greifender Wandel, in dem das Alte noch seine Macht zeigte, ohne dass das Neue seine endgültige Form gefunden hatte. Die traditionellen Wertekanons verloren an identitätsstiftender Kraft, an deren Stelle trat eine Politik der Massen als Politik ihrer vorgeblichen Authentizität, als kollektiv wirksame Artikulationen des scheinbar Echten, Unverfälschten, Eigentlichen. Das Alte wurde zitiert, um der Stadt eine neue Signatur und dem Neuen einen Kontext zu geben. Man pochte auf das Echte, um die Entfremdungserfahrungen und den Kulturschock der Moderne zu kompensieren. Man schuf in einer Krisensituation, die alte Beziehungen zerstörte, Gemeinsamkeit durch Imagination und Konstruktion. Man setzte das »Wir«, um sich vom »Anderen« abgrenzen zu können. Man träumte den Traum verlorener Ganzheit des Sozialen.

Ein neuer Ton bestimmte die politische Sprache, und das vormals bildungsbürgerliche Ethos der Reichsrats- und Gemeinderatsdebatten schlug in Demagogie, Polemik, nicht selten auch Denunzierungen um, gegen politische Gegner wurde, vor allem in den Zeitungen, mit Stereotypen, Unterstellungen und neuerdings auch Hetzkampagnen vorgegangen. Der neue Ton der Politik formulierte sich am deutlichsten in der Person Karl Luegers, der ihn zu einem äußerst wirkungsvollen Stil populärer Massenrhetorik verdichtete. Lueger verstand es meisterhaft, die unter dem doppelten Druck von Bürgertum und Proletariat orientierungslos gewordenen Kleinbürger und sozialen Zwischenschichten anzusprechen und sich als ihr Sprachrohr und Medium darzustellen. Er nahm ihr Nichtgesagtes, Nochnichtgedachtes, Zurückgehaltenes,



Abb. 43: Begräbnis von Franz Schuhmeier, 16. Februar 1913.

mit einem Wort ihr kollektives Ressentiment auf und verband es zur öffentlichen Schaustellung und machtpolitischen Demonstration.

> *Aber wie spricht er auch zu ihnen. Das Dröhnen ihres Beifalls löst erst alle seine Gaben. Beinahe genial ist es, wie er sich da seine Argumente zusammenholt. (...) In dem rasenden Anlauf, dessen sein Temperament fähig ist, überrennt er Vernunftgründe und Beweise, stampft große Bedeutungen in den Boden, schleudert dann wieder mit einem Wort Nichtigkeiten so steil empor, daß sie wie die höchsten Gipfel der Dinge erscheinen. (...) In seinem Rednerfuror, wenn ihm schon alles egal ist, fängt er freilich auch den Schimpf der Straße ein, reißt den Niederen und Geistesarmen alberne Sprüche des Aberglaubens vom Munde, schnappt selbst den Pfaffen die Effekte weg, die auf der Kanzel längst versagen wollten – aber er siegt mit alledem. (...) Dieses ist seine Macht über das Volk von Wien: daß alle Typen dieses Volkes aus seinem Mund sprechen, der Fiaker und der Schusterbub, der Veteranenhauptmann, der gute Advokat, die Frau Sopherl und der Armenvater. Und alle Volkssänger mit dazu. Vom Guschelbauer an bis zum Schmitter. Man hört Schrammelmusik aus der Melodie seines Wortes, das picksüße Hölzl und die Winsel, hört das Händepaschen und ein jauchzendes Estam-tam klingt in seiner Stimme beständig an.*[177]

Lueger modernisierte die politische Sprache, funktionalisierte das ihr in seinem Sprachgebrauch inhärente (scheinbar) Irrationale für seine hoch rationalen Zwecke

und transformierte sie in ein effizientes Instrument der Massenmobilisierung. Freilich, so der ebenfalls überaus wortgewaltige Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, Friedrich Austerlitz, falle bei der Lektüre seiner Reden die dramatische Absenz jeglicher Form, Tiefe oder Originalität auf, erschienen sie trivial, oberflächlich, unbedeutend. Lueger wirke im Moment der Rede selbst, als der adäquateste Ausdruck des Wienertums, als die Inkarnation der Vorzüge wie der Laster des »leichtbeweglichen, für Stimmungen so empfänglichen Wiener Volkes«, seines spielerischen Witzes, seiner »Drahrer«-Mentalität:

Lueger spricht eben; Reden, die man drucken soll, hält er nicht. Sie sind ausschließlich auf die unmittelbare Wirkung angelegt; auf die aber, die sie hören, wirken sie ungemein.[178]

Gleich Franz Schuhmeier war Karl Lueger *(Abb. 44)* einer der ersten Sozialaufsteiger der österreichischen Politik. Als Sohn eines Hausmeisters des k. u. k. Polytechnicums in der Beamten- und Kleinbürger-Vorstadt Wieden geboren, brachte er es zu einem der mächtigsten Wiener Bürgermeister, der seine Vorstellungen sowohl Kaiser Franz Joseph als auch mehreren Reichsregierungen aufzuzwingen vermochte. Er absolvierte das Elitegymnasium Theresianum und ein Jusstudium an der Wiener Universität. Nach einem Zwischenspiel als Konzipient und Rechtsanwalt ging er Anfang der 1870er-Jahre in die Politik und wurde 1875 in die liberale Fraktion des Gemeinderates gewählt. Ähnlich wie Georg Schönerer und Theodor Herzl entfremdete er sich bald den Liberalen, schloss sich den Demokraten an, um schließlich, wie auch Victor Adler und Heinrich Friedjung, bei der Erstellung des Linzer Programms der Deutschnationalen Schönerers (1882) mitzuwirken. In der Diskussion über die »Nordbahnfrage« profilierte er sich als Antikapitalist gegen das Haus Rothschild und ventilierte vehement eine Verstaatlichung der Bahnen.

Es ist das Wien der achtziger und frühen neunziger Jahre, das Wien einer »lauwarmen, trüben, unentschlossenen Zeit«, in der eine »breite Masse der Kleinbürger (...) durch die Versammlungslokale«[179] irrt, das für Luegers politische Karriere die Folie abgibt. Er besetzt und artikuliert die Zwischenräume, die eine liberale Elitendemokratie zwischen sich und den von ihr marginalisierten Gruppen geschaffen hatte. Seine große politische Leistung war die Schaffung eines antiliberalen Bürgerblocks, der die im Gefolge von 1848 entzweiten Gruppen von Kleinbürgern einerseits und wohlhabenden Hausbesitzern andererseits zu einer klerikalen, antisozialistisch und antisemitisch motivierten Bürger-Gemeinschaft zusammenschloss.

Lueger raffte alles zusammen, was unterhalb der Großbourgeoisie und oberhalb des Proletariats nach Befreiung rang und befähigt schien, ihn als Befreier zu betrachten. Diese disparaten Schichten, die keine Gleichartigkeit ökonomischer oder kultureller Interessen verband, die bedrängten Handwerker und Kleinkaufleute, die kleinen Beamten, die Handlungsgehilfen schmolz er zusammen zu seiner Partei, er organisierte und disziplinierte sie, er machte aus dem von den liberalen Protzen hochmütig



Abb. 44: Karl Lueger inmitten bürgerlicher Honoratioren, um 1907.

verachteten ›kleinen Mann‹ den Herrn dieser Stadt. Das negative Programm war der Antisemitismus, das positive der Klerikalismus …[180]

Lueger sollte sich als Meister der politischen Historisierung erweisen. Er formte, konstruierte sich seine Tradition des eigentlichen Wienerischen als einen neuen Erfahrungshorizont des politischen Handelns und gab damit der Stadt eine eigene, neue Signatur. Er insinuierte das scheinbare wahre und echte Wien der Kleinbürger gegen die Entfremdungserfahrungen der industriellen, der kapitalistischen Moderne. Er schuf ein Stadtimago, das die verschiedenen kleinbürgerlichen und mittelständischen Segmente der Wiener Gesellschaft einte. Er schuf Wien als »Vaterstadt« in Form einer imaginierten Gemeinschaft der alten wie der neuen Mittelschichten. Darin bündelte er eine Vorstellung von Wien als Inbegriff einer vorindustriell-bürgerlichen, ständisch-familiären und christlichen Stadt, beruhend auf Autorität, Paternalismus, Vätererbe und christlich-katholischem Wertgefüge.

Luegers Stadtvision und Stadtgestalt ist souverän (ein De-facto-Staat im Staat), exklusiv (deutschnational und antisemitisch), egalitaristisch und gemeinschaftlich defi-

niert, weist viele Merkmale von dem auf, was in der neueren kulturwissenschaftlichen Diskussion als »Imagined Communities«[181] begrifflich gefasst wurde. Imaginiert ist Luegers Wien deshalb, weil er eine Gemeinschaft adressiert, die als solche nur in der Phantasie der Subjekte existiert und in einer Situation kultureller Entfremdung, die soziale Primärbeziehungen nicht mehr zulässt, als politisches Mobilisierungsmoment aktualisiert wird. Er einte seine Gemeinschaft der »kleinen Leute«, präziser, des »kleinen Mannes« über einen sezessionistischen Code des Populismus, der aus Anonymen das »Wir« gegen die »Anderen« formt.

Dieses Stadtimago bezieht sich auf den Verlust einer vorgeblich existenten Ganzheit, auf die Memoria des Vormärz als die goldene Zeit des Wienertums und der Gemütlichkeit; zugleich ist es der Versuch, die Bürgereinheit von 1848 als »Bürgergemeinschaft« wiederzubeleben. Was in den frühen achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Bewegung von Kleingewerblern mit niederen Steuerleistungen begonnen hatte, entwickelte sich ein Jahrzehnt später zu einer breit gefächerten, mittelständischen Proteströmung. Sie setzte die Modernisierungsverlierer der postrevolutionären Epoche zunächst gegen die Liberalen, schließlich gegen die Sozialdemokraten in Bewegung und repräsentierte, politisch wie kulturell, das imaginierte Ideal der Bürgereinheit zugleich auf vor- wie auf frühindustrieller Basis.[182] Es ist ein neuer, distinkter politischer Stil, ein »christlicher Sozialismus« als Gegenstrategie sowohl zum säkularen Sozialismus der Sozialdemokraten als auch zum partikularistischen Universalismus der Liberalen, ein eigentümliches Gemenge von modernen Stilformen und rückwärtsgewandten Inhalten. In Luegers Person und Politik manifestierten sich gleichermaßen die technischen Imperative der Moderne (Kommunalisierungsprojekte und die Schaffung einer »fordistischen« Stadtstruktur) wie regressive, autoritäre und paternalistische Visionen der Gesellschaft als »Gemeinschaft«. Er ging mit der Zeit, um sich ihrer radikal-demokratischen Agenda zu entledigen. Er inszenierte eine autoritäre Politik als Theater der Stimmungen und Ressentiments unter dem permanenten Rekurs auf das »Alte Wien«, auf ein spezifisches »Wienertum«, als dessen Sprachrohr und Regisseur er sich verstand.

Allerdings war er eigentlich überhaupt nicht sehr für Gesinnungen. Er liebte ein ungeordnetes Durcheinander von Meinungen und Anschauungen, aus welchem Wust dann im geeigneten Moment der passende Grundsatz hervorzuheben war. Das Gefäß zur Aufbewahrung dieser ganz kontroversen Gedanken war für Karl Lueger die ›Wiener Gemütlichkeit‹. In diesem geräumigen Wurstkessel fand alles Platz: Demokratie und Hofdienst, Hausherren- und Arbeiterfreundlichkeit, Judenfreundschaft und Antisemitismus, Deutschnationalismus und Klerikalismus und noch ein Schock sonst unvereinbarer Gegensätze.[183]

Lueger war, wie Friedrich Austerlitz betonte, der erste bürgerliche Politiker, der mit Massen rechnete, Massen bewegte, der »die Wurzeln seiner Macht tief ins Erdreich senkte«.[184] An die Stelle der liberalen Ideologie setzte er seine Person als Politik und

Programm. Indem allerdings die grundlegende soziale und kulturelle Segregation der Stadt weitgehend unangetastet blieb, mussten die darin eingelagerten, explosiven Spannungen in anderer Form thematisiert werden. Dies geschah einerseits in Form einer Politik der Symbole (Kirchenbauten, karitative Armen- und Waisenfürsorge), zum anderen wurde das »Fremde« und »Andere« zur eigentlichen Ursache politischen Übels und sozialer Missstände erklärt. Luegers Antisemitismus ist nicht rassistisch, sondern kasuistisch und populistisch:



Abb. 45: Franz Schuhmeier.

> *Lueger ist Antisemit. Aber niemals hat er gesagt, was er mit den Juden eigentlich machen wolle, wie die Frage, die er den Allzuvielen als die wichtigste und dringendste einredete, zu lösen sich vorstelle. Er »bekämpft« nur die Juden, das heißt, der Kampf wird nicht zu einem Zwecke geführt, er ist Selbstzweck (...) Lueger will die Juden weder austreiben, noch ihnen ihre bürgerliche Gleichberechtigung entziehen, er »bekämpft« sie eben nur.*[185]

Wiewohl Franz Schuhmeier antisemitische Ressentiments, die um die Jahrhundertwende bereits tief in die Wiener Gesellschaft diffundiert waren und eine politische Achse quer durch verschiedene soziale Gruppierungen bildeten,[186] auch immer wieder als ein inszenierendes Moment seiner Politik aufgegriffen hat, besteht dennoch ein grundlegender Unterschied. In Schuhmeier *(Abb. 45)*, gleich Lueger ein Kind der Vorstadt und gleich ihm die Verkörperung eines »unverfälschten Urwienertums«, war diesem sein großer Gegenspieler erwachsen. Schuhmeier rekurrierte ebenso auf das Erbe des Liberalismus, aber in einer gänzlich anderen Form. Es ging nicht um dessen Zerstörung, sondern um die Einlösung seiner unerfüllten politischen Agenda. Die großen Versprechen der Aufklärung und der Moderne – Bildung, Gleichheit, Fortschritt und Wohlstand – sollten nicht nur einer schmalen Elite vorbehalten sein, sondern zum wahren Universalismus des »Volkes« werden.[187]

In Schuhmeier laufen die Widersprüche des ausgehenden 19. Jahrhunderts exemplarisch zusammen: zum einen Fortschrittsgläubigkeit, Aufklärungspathos und der Glaube an die Pädagogisierbarkeit der Massen durch Bildung und Wissen, und zum anderen das Fortdauern von Überlieferung, oraler Volkskultur und popularer Traditi-

onen. Als Jugendlicher war er, nach zwei Jahren auf der Walz, 1882 in die Buntpapierfabrik Goppold und Schmiedl eingetreten, die zu dieser Zeit als Zentrum von Sozialisten, Sozialrevolutionären und Weltverbesserern aller Schattierungen galt.[188] Binnen kurzer Zeit fand er sich als Mitglied revolutionärer Konventikel bei Versammlungen und Sitzungen in den Hinterstuben diverser Vorstadtgasthäuser und verborgenen Kellerlokalen wieder. Seine politischen Anfänge fallen in die Zeit des Anarchismus und der radikaldemokratischen Phraseologie. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes (30. Juni 1884) wurde er Vertrauensmann einer illegalisierten, fraktionierten, in sich tief gespaltenen und marginalisierten Arbeiterbewegung.

Koalitionsverbote, signifikantes Merkmal merkantilistischer Wirtschaftsreglementierung, waren – sobald das System der freien Konkurrenz hergestellt war – in einer auf der allgemeinen Vertragsfreiheit beruhenden Gesellschaft unhaltbar geworden. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen musste der freien Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft überlassen werden, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter also eine notwendige Konsequenz des Liberalismus sein. Der österreichischen Arbeiterbewegung war es allerdings bis zu ihrem Einigungsparteitag in Hainfeld (1888/89) niemals gelungen, einen tatsächlichen Stellenwert im politischen Leben der Stadt oder des Staates zu erlangen.[189] Karl Renner hat rückblickend gemeint, es sei ein wahres Wunder gewesen, dass sie nicht die Beute aller erdenklichen Sekten geworden oder geblieben ist: »Denn sie ließ sich anfangs so an.«[190] Und noch im November 1901 hat Victor Adler in einem Brief an Karl Kautsky Schuhmeiers gelegentlich überbordenden – aus nebulosen, chaotischen Formierungsphasen der illegalen und rigider polizeilicher Repression unterworfenen Bewegung »ererbten« – Populismus einer vernichtenden Kritik unterzogen:

> *Dann erst Schuhmeier, der sich eine Sorte von Radau-Opportunismus zusammengebraut hat, die außerhalb von Wildwest* (gemeint sind die westlichen Arbeitervorstädte Wiens; d. Verf.) *unmöglich wäre, ein riesig geschickter Demagoge, dem aber jeder Sinn fehlt, unsere Probleme auch nur zu verstehen.*[191]

Über die Rolle des volkstümlichen Demagogen und vorstädtischen Populisten aber ist Schuhmeier hinausgewachsen – nicht nur als Mitbegründer einer demokratischen politischen Massenorganisation von kontinuierlich wachsender Bedeutung und Effizienz, sondern vor allem auch mit der Erwachsenenbildungsanstalt des Ottakringer »Volksheims«, das er zusammen mit dem Historiker Ludo Moritz Hartmann als »Volksuniversität« einrichtete. Er stand in diesem Sinn konkret wie symbolisch für die soziale und kulturelle Aufstiegsfähigkeit der vorstädtischen Arbeiterschaft, als jener Einzelne, in dem die Vielen die Vorauserfüllung ihrer Zukunftshoffnungen erblicken konnten. Bei den Gemeinderatswahlen vom 31. Mai 1900 werden im vierten Wahlkörper erstmals zwei Sozialdemokraten (die insgesamt 43 Prozent der Stimmen auf sich vereinten) gewählt: Jakob Reumann für Favoriten und Franz Schuhmeier für

Ottakring; am 3. Jänner 1901 zieht Schuhmeier überdies in den Reichsrat ein. Im Wiener Gemeinderat aber wird er zum herausragenden Kontrahenten der absolut regierenden Christlichsozialen. Noch im ersten Jahr ihrer Zugehörigkeit zum Gemeinderat stimmen Reumann und Schuhmeier für das christlichsoziale Gemeindebudget und setzen sich so über ein Tabu der sozialdemokratischen Bewegung hinweg. Die grundsätzliche Konsenspolitik wurde aber aufgegeben, als Lueger sein Versprechen, das Gemeindewahlrecht zu demokratisieren, brach. Die von Schuhmeier propagierte Fundamentalopposition wurde in der Folge nur mehr in Einzelfällen, wie den Kommunalisierungsprojekten, aufgehoben. In Lueger aber anerkannte er den ebenbürtigen Gegner, den kongenialen popularen Widerpart. Ihre verbalen Kontroversen im Gemeinderat wurden Legende, beider Schlagfertigkeit, Witz, Spott und Hohn konnten in tief empfundene Feindschaft umschlagen, Schreiduelle und wüste Beschimpfungen endeten aber ebenso oft in theatralischen Versöhnungsgesten, und insbesondere Lueger bezog sich dabei immer wieder auf das beiden doch so urtümlich eigene »Wienertum«.[192]

Womit er zweifellos ein wesentliches Moment ansprach: Denn Schuhmeier schuf, als eine genuine Figur des Popularen, in seiner Rhetorik und Politik einen Begriff der Wiener Vorstädte als »Chrono-Topos«, definierte sie als Terrain der Politik, als ein Territorium des Übergangs zu einem möglichen Anderen. Schuhmeier und die Sozialdemokratie bringen die politische Utopie dieses möglichen Anderen in die alltäglichen Lebensperspektiven ein. Die Vorstadt wird nicht als geschichtslose Gegenwart gedacht, sondern als Ort des Übergangs zu einem besseren Leben konstruiert. Somit können die Veränderungen der Wiener Vorstädte in der Zeit vor und um die Jahrhundertwende nicht nur durch die bauliche Expansion, die Zuwanderung aus den Kronländern und die Entwicklung neuer technischer Infra- und Verkehrsstrukturen sowie neuer Formen des Konsums etc. verstanden werden, sondern auch als Veränderungen der Raum-Zeit-Erfahrungen. Es geht um eine neue Politik der Identität. Die Arbeiter werden als eine neue Entität gedacht, als die mit Zukunftserwartungen und Zukunftshoffnungen versehene »Arbeiterklasse«, als Teil eines Zukunftsprojektes, das aktuelles Leid als bloßes Durchgangsstadium erscheinen lässt.

Es ist genau diese Politik der Antizipation, die es der Sozialdemokratie erlaubt, aus dem Nichts der vorstädtischen Sozialbeziehungen eine effiziente Organisationsstruktur aufzubauen, für die es zu ihrer Zeit kein vergleichbares Pendant gibt. Selbst einfache Organisationsabläufe, wie z. B. das Einkassieren von Mitgliedsbeiträgen oder die Parteizeitungskolportage, werden zum Teil eines quasi-religiösen Rituals erklärt, weil sie in einem Ganzen gedacht sind, in dem sich Ideale der bürgerlichen Revolution mit vagen Vorstellungen einer klassenlosen Gesellschaft zu einer utopischen Zivilreligion vereinen. Wie durchdringend und weitreichend die Organisationskraft der Sozialdemokratie in den Vorstädten war und wie sehr sie sich bereits als Klassenpartei definierte, zeigen etwa die Ergebnisse bei den ersten Reichsratswahlen nach freiem und gleichem Männerwahlrecht 1907 in einem ihrer stärksten Bezirke, in Floridsdorf.

Hier eroberte sie 62,5 Prozent der Stimmen, deutlich mehr als zwei Drittel davon waren Arbeiter in Privatbetrieben oder öffentlichen Diensten; insgesamt entfielen auf sie in absoluten Zahlen nur 816 Stimmen weniger als die Gesamtzahl der Arbeiterwähler ausmachte, was einem De-facto-Monopol in dieser sozialen Schicht gleichkommt.[193]

Die Sozialdemokratie war in der Lage, die aus einer vormodernen Tradition stammenden, kleinnetzigen Sozialbeziehungen ehemals dörflicher Formationen in Zellen- und Sektionsstrukturen ihrer Parteiorganisation überzuführen. Bereits 1896 kam ein vertraulicher Bericht der Niederösterreichischen Statthalterei zu dem Schluss, dass die sozialdemokratische Sektions- und Rayonsorganisation in den Wiener Vorstädten nach Häusern und Straßenzügen derart ausgestaltet sei, dass auf nahezu jedes Haus ein Vertrauensmann kam, der für die Agitation durch die Verbreitung von Flugschriften, persönliche Einflussnahme etc. zu sorgen hatte. Die dieserart forcierte Neuterritorialisierung der Stadt und Erzeugung einer politischen Kartographie des Urbanen fand ihren Niederschlag in einem nach Tausenden zählenden System von Vertrauenspersonen, die sich, wie dies der Ottakringer Reichsratsabgeordnete Albert Sever ausdrückte, in den Häusern besser auskannten als die Hausbesitzer oder die Hausmeister.[194] Diese Mikropolitik des Sozialen in den Vorstädten schlug um in eine neue Politik der Öffentlichkeit, das heißt, sie begann via Massenpolitik und Organisation Öffentlichkeit zu bestimmen und zu formen. Das sozialdemokratische Fortschrittsnarrativ besetzte jene Leerstelle des urbanen Lebens, die vom Liberalismus offen gelassen worden war, es griff höchst erfolgreich die uneingelösten Botschaften des Liberalismus auf. Da die Partei aber auf Grund des bis 1919 bestehenden kommunalen Kurienwahlrechts von realpolitischer Einflussnahme auf die Stadt weitgehend ausgeschlossen war, blieb sie darauf beschränkt, die Stadt als den künftigen Ort einer anderen Politik, einer anderen Gesellschaft und einer anderen Kultur zu proklamieren. Sie schuf dieserart eine Utopie der Gleichheit, die nach dem Ersten Weltkrieg im »Roten Wien« konkrete Gestalt annehmen sollte.[195]

In einer Zeit und in einer Stadt, in der, nach Robert Musil, die Verfassung liberal, die Regierung aber klerikal war, in der klerikal regiert, aber freisinnig gelebt wurde, in der vor dem Gesetz alle Bürger gleich, aber eben nicht alle Bürger waren,[196] formte sich in den Vorstädten eine zur bürgerlichen Welt antagonistisch verfasste Gegengesellschaft. Es fand eine Parallelbewegung von Zentrum und Peripherie insofern statt, als sich an der Peripherie die Konstitution des Subjekts hin zur politischen Identität vollzog, währenddessen die Subjekte des Zentrums, die bürgerlichen Eliten, in der Krise des Liberalismus die schmerzvolle Transformation von der politischen Identität hin zur kulturellen Differenz durchliefen. Das »Ich« wurde zum Gegenstand eines kulturellen Diskurses der Differenz und die »Massen« zu einem Diskursfeld politischer Identität. Die »Massen« der Vorstadt werden als Gruppenidentitäten neu konstruiert – und zwar sowohl als politische Kollektivsubjekte der Sozialdemokratie wie auch als soziale Ressentimentobjekte des Lueger'schen Populismus. Im Zentrum hingegen residiert das nervöse und fragmentierte »Ich« des Fin de Siècle,[197] das als

»unrettbares Ich« in der Philosophie von Ernst Mach thematisiert und in Robert Musils »Der Mann ohne Eigenschaften« als Fragmenttext des Individuellen erzählt wird.

Anmerkungen

1 Heumos, Agrarische Interessen, 70 ff.
2 Vgl. John, Zuwanderung, 102 ff.
3 Bauer, Assimilation, 253.
4 Glettler, Acculturation, 297 ff.
5 Banik-Schweitzer, Großstädte, 40 f.
6 Vgl. John/Lichtblau, Česká Vídeň, 34 ff.
7 Vgl. Urry, Consuming Places, 77 ff.
8 Maderthaner/Fischer, Widerstand, 9 ff.
9 Lichtenberger, Wien – Prag, 71. Um 1830 hatten in den innerhalb des Linienwalls gelegenen »Vorstädten« zwei Drittel der Wiener Bevölkerung gewohnt. Obwohl sie insbesondere um die Jahrhundertmitte und erneut um 1900 bedeutende Zuwachsraten aufwiesen und 1910 mit über 900.000 ihre maximale Einwohnerzahl erreichten, stellten zu diesem Zeitpunkt die Bezirke innerhalb des Gürtels nur mehr 43 % der Wiener Gesamtbevölkerung, gegenüber 52 % in den ehemaligen Vororten und 2,6 % in der Inneren Stadt. 1870 hatten die entsprechenden Quoten 63,7 % zu 28,7 % zu 7,6 % und 1890 50,4 % zu 44,6 % zu 5 % betragen. Favoriten – seit 1874 als 10. Bezirk und einziges außerhalb der Linie liegendes Gebiet zu Wien gehörig – wuchs, mit seiner den Vororten analogen Wirtschafts- und Sozialstruktur, zwischen 1870 und 1890 jährlich um 27,5 %. In Neulerchenfeld, der bis Ende des 19. Jahrhunderts mit den Gewerbevorstädten eng verbundenen Arbeiter-, Handwerker- und Taglöhnersiedlung, war die Bevölkerung im Jahrzehnt von 1870–1880 um 150 % (die Zahl der Häuser um 110 %, jene der Wohnungen um 137 %) gestiegen, um sich bis 1890 um weitere 75 % zu vergrößern. Eine Entwicklung, von der seit den 1860er-Jahren auch der vorwiegend agrarische Raum im Osten erfasst wurde. Floridsdorf, Großjedlersdorf und Donaufeld, die zu industriellen Brückenköpfen jenseits der Donau geworden waren, wuchsen jährlich um 10–20 %, der 21. Bezirk insgesamt um weitere 50 % im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.
10 Prigge, Urbanität, 21.
11 Banik-Schweitzer, Zur sozialräumlichen Gliederung, 88.
12 Lichtenberger, Wien – Prag, 62 f.
13 Kiess, Urbanismus, 184.
14 Ebd., 183.
15 Schorske, Fin de Siècle, 27.
16 Zur Planungs- und Ausführungsgeschichte der Ringstraße siehe Schorske, Geschichte, 129 ff.
17 Ebd., 140.
18 Schorske, Fin de Siècle, 30 ff.
19 Vgl. Maderthaner/Musner, Anarchie, 53 f.
20 Einen konzisen Überblick über die Stadtentwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bietet Blau, Red Vienna, 50 ff.
21 Meissl, Spannungsfeld, 99 ff.
22 Denkschrift der Vororte, 40.
23 Ebd., 47.
24 Winter, Ottakring, in: AZ, 16. Oktober 1901, 4.
25 Banik-Schweitzer, Social Segregation, 25 ff.

26 Kiess, Urbanismus, 188.
27 Kainrath et al., Stadterneuerung, 45.
28 Klusacek/Stimmer, Ottakring, 70 ff.
29 Bobek/Lichtenberger, 100.
30 Vgl. Maderthaner/Musner, Anarchie, 58 f.
31 Tietze, Wien, 388.
32 Winter, Meidlinger Bilder, 2 ff.
33 Banik-Schweitzer, Zur sozialräumlichen Gliederung, 22.
34 Am 28. Dezember 1904 wurden mit Gemeinderatsbeschluss eine Reihe von Gemeinden am linksseitigen Donauufer als 21. Wiener Gemeindebezirk konstituiert, die Eingemeindung des selbstständig gebliebenen größeren Teils von Strebersdorf erfolgte am 6. Juli 1910.
35 Fahrt nach Simmering, in: Neues Wiener Tagblatt (NWT), 1. November 1918, 3.
36 Ebd., 4 f.
37 Vgl. Berg/Meissl, Floridsdorf, sowie Hinkel, Wien XXI.
38 Schweitzer, Favoriten, 253 ff.
39 Bobek/Lichtenberger, Wien, 299.
40 Winter, Rund um Favoriten, in: AZ, 14. Dezember 1901, 5.
41 Sennett, Fleisch und Stein, 443 f.
42 Lefebvre, Revolution, 34.
43 Sennett, Fleisch und Stein, 444.
44 Kainrath et al., Stadterneuerung, 126.
45 Vgl. Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot.
46 Feldbauer/Pirhofer, Wohnungsreform, 186.
47 Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot, 161; vgl. auch Sagarra, Vienna, 186.
48 Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot, 183.
49 Frei, Wohnungs-Elend, 29 f.
50 Maderthaner/Musner, Anarchie, 79 f.
51 Fischer, Wohnungsnot, 294.
52 Zweig, Die Welt von Gestern, 20.
53 Als ein originärer und origineller Wiener Beitrag zur Problematik kann gelten Bauer, Weltbild. Zur besonderen Wiener Problematik siehe Maderthaner/Musner, Textures, 863 ff.
54 Vgl. Lefebvre, Revolution der Städte, sowie Benevolo, Stadt.
55 Einen konzisen Überblick über die Entwicklung des Liberalismus in Österreich bieten Judson, Exclusive Revolutionaries, sowie Boyer, Political Radicalism, 1 ff. Für eine zeitgenössische Einschätzung siehe Charmatz, Österreich, 84 ff. und 111 ff.
56 Tietze, Die Juden Wiens, 197.
57 Ebd., 209.
58 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 37 ff. und 81 ff.
59 Vgl. Maderthaner/Musner, Aufstand der Massen.
60 Ucakar/Welan, Kommunale Selbstverwaltung, 24.
61 Ebd., 60.
62 Vgl. Czeike, Wien und seine Bürgermeister, 304 ff. und 311 ff.
63 Blau, Red Vienna, 52 ff.; zur liberalen kommunalen Politik grundlegend Czeike, Wien in der liberalen Ära.
64 Seliger/Ucakar, Wien, 553 ff.
65 Banik-Schweitzer, Liberale Kommunalpolitik, 98.
66 Ebd., 94 ff.
67 Kucera, Die liberale Gemeindeverwaltung, 10.

68 Ebd., 11 f.
69 Banik-Schweitzer, Vienna, 110 ff.
70 Ebd., sowie Blau, Red Vienna, 63.
71 Schorske, Fin de Siècle, 25 f.
72 Ebd., 31 ff.
73 Zur Grenznutzenschule siehe u. a. Gloria-Palermo, Evolution, sowie Keizer, Austrian Economics.
74 Rothschild, Die Wiener Schule, 22 und 25.
75 Rosner, Die österreichische Schule, 315 ff.
76 Rothschild, Die Wiener Schule, 21.
77 Smith, Austrian Economics, 8 ff. Zur Entwicklung einer antikantianischen österreichischen philosophischen Tradition im Gefolge Brentanos vgl. Hacohen, Popper, 53 ff., sowie Stadler, Wiener Kreis, 96 ff.
78 März, Schumpeter, 158.
79 Weber, Hilferding, 230.
80 Vgl. Oakley, Revival.
81 Zur industriellen Entwicklung Wiens siehe die nach wie vor grundlegende Arbeit von Banik-Schweitzer/Meissl, Industriestadt Wien; zur weiterhin für die Wiener Wirtschaftsstruktur zentrale Rolle der Mittelbetriebe und des Gewerbes vgl. Meissl, Netzwerke.
82 Pemsel, Weltausstellung, 62 ff.
83 Zur Wiener Weltausstellung im Detail siehe Felber et al., Smart Exports, 55 ff.
84 Vgl. Bögl/Seyrl, Macht des Schicksals, 127 ff.
85 Banik-Schweitzer, Vienna, 117.
86 Pemsel, Weltausstellung, 65 f.
87 Hilferding, Finanzkapital.
88 August Ducken, zit. in: Pemsel, Weltausstellung, 65.
89 Sandgruber, Der große Krach, 70.
90 Meissl, Spannungsfeld, 122 ff.
91 Pemsel, Weltausstellung, 67; Felber et al., Smart Exports, 60.
92 Maderthaner/Musner, Anarchie, 182 ff.
93 Vgl. Judson, Wien brennt, sowie Boyer, Political Radicalism, 40 ff.
94 Maderthaner/Musner, Anarchie, 183 f.
95 Tietze, Die Juden Wiens, 197.
96 Zit. in Kassal-Mikula, Festzug, 45.
97 Sandgruber, Der große Krach, 75.
98 Kurzkritik und technische Daten in: Lexikon des Internationalen Films, 6733.
99 Zit. bei Prawy, Johann Strauß, 83.
100 Einen kurzen, aber präzisen Abriss der Karriere von Johann Strauß bietet Nebehay, Musik um 1900; zu den Auslandstourneen siehe insbesondere Mayer, Pop-Idol; zu Strauß und der »Politik des Popularen« vgl. Crittenden, Johann Strauss and Vienna.
101 Prawy, Johann Strauß, 341 ff.
102 Insbesondere auch Brusatti, Johann Strauss.
103 Prawy, Johann Strauß, 348 f.
104 Ebd., 342 f.
105 Zur Wiener Operette vgl. Csáky, Ideologie der Operette, sowie Crittenden, Johann Strauss and Vienna.
106 AZ, 21. April 1918, 1.
107 Salten, Das österreichische Antlitz, 148.
108 Zweig, Die Welt von gestern, 33 f.

109 Schorske, Geschichte, 152 f.

110 Vgl. das Kapitel »The World as a Stage: Theatre in Vienna«, in: Yates, Schnitzler, Hofmannsthal, 66 ff.

111 Zweig, Die Welt von gestern, 31.

112 Selbst die 384 Toten dieser Katastrophe geben auf makabre und tragische Weise Evidenz von jener angesprochenen klassenübergreifenden Theaterbegeisterung. Sie repräsentieren, ihrem sozialen Status nach, de facto die gesamte städtische Bevölkerung – mit einem Überhang der unteren sozialen Schichten, da die billigeren Plätze in den oberen Rängen in einem besonderen Ausmaß betroffen waren. Zum Ablauf der Katastrophe vgl. Bögl/Seyrl, Macht des Schicksals, 51 ff.

113 Der Ringtheaterbrand war die Folge eines fatalen Ineinanderlaufens der Nichtbeachtung von Sicherheitsvorschriften, Inkompetenz auf unterschiedlichen Ebenen und behördlicher Inflexibilität. Er zog eines der strengsten Theatergesetze des Kontinents, Änderungen der Bestimmung über die Todeserklärung, eine Neuorganisation der Wiener Berufsfeuerwehr und die Gründung der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft nach sich; vgl. Ogris, Recht und Kriminalität, 178 f.

114 Prawy, Johann Strauß, 368 f.

115 Ebd., 373.

116 Adorno, Mahler, 327.

117 Ebd., 329.

118 Zur Verortung der Musik Mahlers im internationalen Kontext des Fin de Siècle siehe Weber, Fin-de-Siècle Music, 216 ff.; zu Mahlers Werk und seinem intellektuellen Hintergrund siehe Schorske, Mahler.

119 Adorno, Mahler, 325.

120 Zu Mahlers Jugendjahren siehe Matthews et al., The Early Years; mit Fischer, Der fremde Vertraute, liegt eine umfassende Biographie vor; für einen psychoanalytischen Zugang vgl. Feder, A Life in Crisis.

121 Zum dramatischen und unglücklichen Verhältnis des genialen Liederkomponisten Wolf zu Mahler vgl. Kettle, Plagued by Mahler.

122 Vgl. die Lebenserinnerungen Friedrich Ecksteins (Alte, unnennbare Tage, Wien 1935), zit. in Blaukopf, Mahler, 34 ff.

123 Schorske, Mahler, 25 f.

124 Ebd., 48 und 50.

125 NFP, 14. Mai 1895, 1.

126 Maderthaner/Musner, Wiener Beiträge, 437.

127 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 40.

128 Maderthaner/Musner, Anarchie, 51 ff.

129 Die Stadterweiterungen im Überblick bei Czeike, Historisches Lexikon, Bd. 5, 289 f.

130 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 739 und 778 f.

131 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 41 ff.

132 Austerlitz, Lueger, 42.

133 Dazu grundlegend: Boyer, Political Radicalism, 184 ff.

134 Vgl. Meissl, Netzwerke, 187 ff.

135 Boyer, Political Radicalism, 446.

136 Salten, Das österreichische Antlitz, 132 f.

137 Ebd., 132.

138 Ardelt, Friedrich Adler, 19.

139 Zit. in Tietze, Die Juden Wiens, 240.

140 Ebd., 199.

141 Renner, Wandlungen, 6 f.

142 Zur Verfassungs- und Verwaltungskrise im Detail Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 742 ff.

143 Zit. in ebd., 750.

144 Zu Luegers Aufstieg zur Macht siehe das entsprechende Kapitel in Boyer, Political Radicalism, 316 ff.
145 Hacohen, Popper, 38.
146 Salten, Das österreichische Antlitz, 137.
147 Kuppe, Lueger, 339.
148 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 753.
149 Zu den Kommunalisierungen im Detail siehe ebd. 887 ff. und Boyer, Political Culture, 5 ff. So nicht anders ausgewiesen, bezieht sich der vorliegende Text im Folgenden auf diese beiden Belegstellen.
150 Entwicklung, 147.
151 Vgl. AZ, 11. März 1900, 6 f.
152 Ende 1911 wurde die Versorgung der Außenbezirke durch die Gemeinde aktuell, 1907 daher der Ausbau der bestehenden und die Errichtung eines zweiten Gaswerks in Simmering beschlossen.
153 Zur Verkehrsentwicklung und -politik allgemein siehe Capuzzo, Transport System, 23 ff.
154 Adler, Tramwaysklaven, 36 ff.
155 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 901 f.
156 Banik-Schweitzer, Liberale Kommunalpolitik, 105 ff.
157 Blau, Red Vienna, 75 f.
158 Blau, Otto Wagners Großstadt, 30 und 36 f.
159 Boyer, Political Crisis, 10 f.
160 Goldemund, Wald- und Wiesengürtel, 3 f.
161 Boyer, Political Crisis, 18 f.
162 Seliger, Christlich-soziale Stadtverwaltung, 15.
163 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 796 ff.
164 Ebd., 823 ff.
165 Boyer, Political Crisis, 15.
166 Banik-Schweitzer, Vienna, 137; Blau, Red Vienna, 90.
167 Boyer, Political Crisis, 28 f.
168 Salten, Das österreichische Antlitz, 137 und 138 f.
169 Boyer, Political Crisis, 21 ff.; Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 52 ff.
170 Seliger, Christlich-soziale Stadtverwaltung, 17.
171 Renner, Wandlungen, 9 f.
172 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 131 ff.
173 Boyer, Political Crisis, 447 ff.
174 Der Morgen, 17. Februar 1913, 1.
175 Zum Ablauf der Begräbnisfeierlichkeiten vgl. die jeweilige Berichterstattung in Arbeiter-Zeitung, Volkstribüne, Neue Freie Presse, Der Morgen, Neues Wiener Journal und Illustriertes Wiener Extrablatt vom 17. Februar 1913.
176 Vgl. Maderthaner/Musner, Masse, Kultur und Politik, 97 ff.
177 Salten, Das österreichische Antlitz, 133 f.
178 Austerlitz, Lueger, 41.
179 Salten, Das österreichische Antlitz, 131 f.
180 Grossmann, Lueger, 1 f.
181 Vgl. Anderson, Imagined Communities.
182 Maderthaner/Musner, Anarchie, 190 f.
183 Grossmann, Lueger, 2 f., in: AZ, 11. März 1910.
184 AZ, 11. März 1911, 2.
185 Austerlitz, Lueger, 43.
186 Pulzer, Political Anti-Semitism, 182.
187 Maderthaner/Musner, Textures of the Modern, 865 ff.

188 Maderthaner, Schuhmeier, 311 f.
189 Vgl. Maderthaner, Demokratische Massenpartei, 21 ff.
190 Renner, Victor Adler, 422 f.
191 Adler, Briefwechsel, 378.
192 Maderthaner/Musner, Anarchie, 197.
193 Maderthaner, Demokratische Massenpartei, 74.
194 Ebd., 46.
195 Maderthaner/Musner, The Politics of Transgression, 35 f.
196 Musil, Der Mann ohne Eigenschaften, Bd. 1,33.
197 Vgl. Pollak, Wien 1900.

Fin de Siècle

Labor der Moderne

Das »Wien um 1900« ist, vornehmlich in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, zu einem wahren Mythos stilisiert worden, zu einem historischen Signet und zu einer weltweit überaus erfolgreich verwerteten »trademark«. Befördert wurde dies von Meisterwerken der Historiographie wie Allan Janiks und Steven Toulmins »Wittgenstein's Vienna«, Carl Schorskes »Fin de Siècle Vienna« oder neuerdings Malachi Hacohens »Karl Popper. The Formative Years«.[1] Befördert wurde dies auch durch eine Reihe Aufsehen erregender Großausstellungen im Wiener Künstlerhaus, im Centre Pompidou in Paris oder im New Yorker Museum of Modern Art.[2] Wien, als historischer Begriff und als Metapher, ist dabei durchgehend mit »Kultur« gleichgesetzt und identifiziert worden. Der deutsche Ökonom, Historiker und Soziologe Werner Sombart hat diese Gleichsetzung bereits 1907 in einem Artikel für die Tageszeitung »Der Morgen« gleichsam programmatisch festgehalten:

> *Wien hat Kultur. Ich sage nicht einmal »alte«. Kultur schlechthin. Oder wenn man dem Wort ein Epitheton beifügen will: künstlerische Kultur. (...) Wien ist Musik. Ist Harmonie. Und also wieder Kultur, Ganzheit, Ausgeglichenheit. (...) Wien ist uns – um kantisch zu sprechen – die regulative Kulturidee: an Wien und Wiener Art orientieren wir uns, wenn wir wissen wollen, was Kultur ist. (...) Kultur heißt Menschenschöpfung; heißt Schönheit und Harmonie; heißt sinnvolles, geruhsames Leben; heißt Wien.*[3]

Nicolaus Sombart – um nur ein Beispiel aus einer mittlerweile unüberschaubar gewordenen Fülle von Publikationen zum Thema anzuführen – hat acht Jahrzehnte später in seinem »Nachdenken über Deutschland« diesem Wien paradigmatische Bedeutung für das gesamte 20. Jahrhundert beigemessen. Es hätten sich hier die zentralen Problematiken der Moderne eindeutiger, radikaler als anderswo gestellt, seien intelligenter, origineller perzipiert und konzeptualisiert worden.[4] Und zwar in Gestalt und Form kultureller Innovationsleistungen: Schönbergs Gegen-Musik, Kraus' Sprachkritik, Schnitzlers literarische Psychologie, Wittgensteins Demontage der traditionellen Metaphysik, Machs Empiriokritizismus, Freuds Psychoanalyse, um nur einige wenige zu nennen. Ihre Modernität, so der Urbanist Walter Prigge, habe darin bestanden, die aufbrechenden Gegensätze in die Form wissenschaftlicher und künstlerischer Widersprüche zu transformieren und somit zu kultivieren. Wien sei dieserart zu einem Labor von Modernität und Moderne geworden.[5]

In einem sehr allgemeinen Sinn kann »die Moderne« als Koinzidenz von Wissenschaft, Kunst, Technik, Institutionen und Verhaltensformen im Prozess der Moder-

nisierung definiert werden. Sie bedeutet einen radikalen Bruch mit allen historischen Formationen und Traditionen und ist zugleich von einem permanenten Prozess innerer Brüche und Fragmentierungen gekennzeichnet.[6] Sie ist zudem ein gesellschaftliches, kulturelles Projekt, das den Prinzipien der Aufklärung zum Durchbruch verhelfen will. Eine säkulare Bewegung, die auf Entmystifizierung des Wissens abzielt, ebenso wie auf eine rationale Planung von Denksystemen und gesellschaftlichen Organisationsformen. Als Antwort auf die Erfahrungen des Fragmentarischen, des Transitorischen, des Ephemeren, als Antwort auf Unsicherheit und Desintegration setzt sie in ihrem rationellen Kalkül schließlich auf Regulierung und Verrechtlichung, Disziplinierung und Organisierung und zielt in letzter Konsequenz auf die Eliminierung des Unberechenbaren und Unwägbaren ab.[7] Die »Moderne« ist ein internationales Phänomen; die Wiener Sonderformen globaler Trends sozialen und kulturellen Wandels im ausgehenden 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zeichneten sich allerdings durch ihren spezifischen Skeptizismus und Relativismus, durch ihren besonderen, kritischen Gehalt aus, durch eine sozusagen »selbstreferenzielle« Kritik an der Moderne.

Janik und Toulmin jedenfalls gehen davon aus, dass Wien die Geburtsstätte eines so genannten »critical modernism« sei. Es ist die kritische Rezeption von Modernität, die dem intellektuellen Wien der Jahrhundertwende seinen unverwechselbaren Charakter verleiht. Zentrale Signaturen sind das Paradoxe, das Skurrile, das Ironische. Eben weil Wien im Prozess der Modernisierung mit New York, London, Paris und Berlin nicht mithalten konnte, wurden hier bereits um die Jahrhundertwende Probleme antizipiert, die anderswo erst nach dem Ersten Weltkrieg relevant werden sollten. Das moderne Wien war von einem tiefen Kulturpessimismus durchdrungen.[8]

Nun war dieses Wien um 1900 tatsächlich ein eigensinniges Konglomerat der unterschiedlichsten, einander widersprechenden und doch sich ergänzenden, ja bedingenden sozialen, politischen und kulturellen Entwicklungen. Das liberale Bürgertum war der Monarchie zugetan, die Demokratie fand ihre Stütze in der Bürokratie, der Populismus im Katholizismus, und die Spätaufklärung richtete ihr Augenmerk vor allem auf die menschliche Seele und die psychologische Grundausstattung des Individuums. In der Hofburg, im Herzen Wiens, rang der alte Kaiser Franz Joseph um die Aufrechterhaltung der Autokratie und des Mythos des alten Reiches, auf dem Prachtboulevard der Ringstraße repräsentierte ein ökonomisch potentes Bürgertum den Erfolg eines spät gekommenen Kapitalismus in Gestalt von Prunkarchitektur und künstlerischem Mäzenatentum. In den inneren Vorstädten räsonierte ein der Moderne reserviert gegenüberstehendes Kleinbürger- und Beamtentum über den Verlust des Alten Wien als Inbegriff biedermeierlicher Beschaulichkeit und Übersichtlichkeit. In den äußeren Industrievorstädten, die sich wie ein (nur an wenigen Stellen unterbrochener) eherner Gürtel von Arbeiterquartieren um die Stadt legten, konzentrierten sich Wohnungselend, soziale Not, Massenzuwanderung und potentieller Aufruhr. Der Stadtkörper war in vielerlei Hinsicht gebrochen, sozial gespalten und segregiert und doch über die ästhetischen Standards der Ringstraßenfassaden, die selbst die äußere Gestaltung der Zinskasernen

in den Arbeitervorstädten bestimmten, zu einem widersprüchlichen Ganzen verschmolzen. Wiewohl der Adel den Zenit seiner politischen Macht längst überschritten hatte, dominierte sein kulturelles Erbe Phantasie und Vorstellungswelt eines Bürgertums, das nach endgültiger Anerkennung und gesellschaftlicher Nobilitierung strebte. Und doch wurde die liberale und größtenteils jüdische Bourgeoisie, eben erst zur politischen Macht gelangt, ihrerseits durch einen antisemitischen Kleinbürgerpopulismus, der kulturelle Reaktion mit kommunalpolitischer Modernität verband, herausgefordert und schließlich abgelöst. Zugleich formierte sich, als Antwort auf die uneingelösten humanistischen Versprechungen des Liberalismus, in der Masse der Proletarier eine egalitäre, auf soziale Gleichheit gerichtete politische Utopie. An ihrer Spitze stand eine Koalition von jüdisch-bürgerlichen, freisinnigen Intellektuellen und Exponenten der organisierten Facharbeiterintelligenz.

In den Kaffeehäusern und Salons der Stadt suchten Literaten, Künstler und Wissenschaftler nach dem gemeinsamen Nenner in all diesen Widersprüchen und schienen ihn in Psychoanalyse, Psychophysik, Expressionismus und einer ästhetisch hoch verfeinerten Nervosität zu finden. Spätaufklärung bedeutete hierorts sowohl Skepsis gegenüber einem unüberschaubar gewordenen Allgemeinen wie auch eine radikale Suche nach den Freiheitsmöglichkeiten des »Ich«.[9] Der unerwartete, plötzliche und in gewissem Sinn allumfassende Ausbruch von künstlerischer Potenz und kreativer Intellektualität hat, vor diesem Hintergrund, etwas überaus Faszinierendes an sich. Eine Faszination, die sich an charakteristischen Ungleichzeitigkeiten ebenso festmachen lässt wie an bestimmten Personen, die jede für sich paradigmatisch für bestimmte geistige oder auch politische Strömungen standen und die die weitere Entwicklung des 20. Jahrhunderts nachhaltig beeinflussen sollten. Die Residenzstadt des autokratischen Habsburgerkaisers Franz Joseph beherbergte zur gleichen Zeit Sigmund Freud, Gustav Mahler, Leo Trotzki und Adolf Hitler. Für kurze zwei Monate des Jahres 1913 hätte Hitler hier, und nur hier, auf Stalin treffen können, der sich im Auftrag seiner Partei zum Studium der Nationalitätenfrage in Wien aufhielt. Es war die Stadt des Bürgermeisterpatriarchen Karl Lueger, der den modernen Antisemitismus zur politischen Massenbewegung formte, und es war die Stadt eines der Gründerväter des demokratischen Sozialismus, des jüdischen Arztes und Sozialreformers Victor Adler, wie es auch die Stadt des Begründers des modernen Zionismus, Theodor Herzl, war. In der großen Wien-Schau des Pariser Centre George Pompidou war denn auch die Büste Adlers direkt neben der Büste Georg Schönerers arrangiert, jenes provinziellen Kleinaristokraten, der den Rassenantisemitismus zu seinem Programm und dem der deutschnationalen Bewegung machen sollte; oder die Erstausgabe von Herzls »Judenstaat« neben den gedruckten Reden Luegers, jenes begnadeten Populisten, der das kollektive Ressentiment seiner von Modernisierung und Depravierung bedrohten (klein-)bürgerlichen Klientel zur politischen Massenbewegung formte; oder eben Hitlers hausbackene, von einem naiven Naturalismus geprägte Aquarelle neben den Werken eines der großen Neuerer der bildenden Kunst, Oskar Kokoschka, dessen Bilder, jedes für sich, zu einer

psychoanalytischen Manifestation gerieten, oder den Gemälden des jungen proletarischen Revolutionärs Egon Schiele, der wie kaum ein anderer Leid und Zerrissenheit der modernen menschlichen Kreatur darzustellen vermochte.[10]

Wien ist aber nicht nur der Ort des Widerspruchs und des Kontingenten, es ist auch ein Ort der Verdichtung und der Kohärenz, einer formativen urbanen Erfahrung und kulturellen Dynamik. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, dass die Wiener geistige Elite – im Vergleich zur Pariser, Londoner oder Berliner – über einen hohen inneren Zusammenhalt verfügte.[11] Salon und insbesondere das Kaffeehaus, als geographischer, konkreter Ort ebenso wie als soziale Metapher, waren gleichsam institutionalisiert und erwiesen sich als nachgerade ideale Kommunikationszentren. Die Erfahrung moderner Fragmentierung fließt in diesen paradigmatischen Ort ebenso ein wie Momente komprimierter Kommunikation und Reflexion, in eigenartiger Qualität und Dichte. Alfred Polgar in seiner »Theorie des Café Central« *(Abb. 46):*

> *Es ist ein rechtes Asyl für Menschen, die die Zeit totschlagen müssen, um von ihr nicht totgeschlagen zu werden. Es ist … eine Rettungsstation für Zerrissene, die dort, ihr Lebtag auf der Suche nach sich und ihr Lebtag auf der Flucht vor sich, ihr fliehendes Ich-Teil hinter Zeitungspapier, öden Gesprächen und Spielkarten verstecken und das Verfolger-Ich in die Rolle des Kiebitz drängen, der das Maul zu halten hat. Das Café Central stellt also eine Art Organisation der Desorganisierten dar. (…) Die Gäste des Café Central kennen, lieben, und geringschätzen einander. Auch die, die keinerlei Beziehung verknüpft, empfinden diese Nichtbeziehung als Beziehung, selbst gegenseitiger Widerwille hat im Café Central Bindekraft, anerkennt und übt eine Art freimaurerische Solidarität. Jeder weiß von jedem.*[12]

Von den ungefähr 600 Kaffeehäusern in Wien um 1900 waren an die zwanzig als Treffpunkte der literarischen, intellektuellen und künstlerischen Moderne bedeutsam; das »Central« galt als eine kulturelle Institution im besonderen Sinne, trafen hier doch Vertreter der literarischen Bohème auf marxistische Weltveränderer, fügten sich Schöngeister, Schauspieler, Lebenskünstler, Bürgersöhne, Feministinnen, Feuilletonisten, Poeten und Kritiker in ein eigensinniges, hoch produktives und reflektiertes soziales Amalgam. Ein erster Kristallisationspunkt war das Griensteidl gewesen, das so genannte »Café Größenwahn«, wo Arthur Schnitzler, Felix Salten, Hugo von Hofmannsthal ihren Stammsitz hatten, ebenso wie Victor Adler, der urwienerische »Hofrat der Revolution«. Anlässlich der durch den Abbruch des Palais Herberstein 1897 notwendig gewordenen Schließung des »Griensteidl« hat Karl Kraus all seinen Spott und seinen Sarkasmus über den dort versammelten artifiziellen Ästhetizismus unter dem Titel »Die demolierte Literatur« ausgeschüttet:

> *In Eile werden alle Literaturgeräte zusammengefasst: Mangel an Talent, verfrühte Abgeklärtheit, Posen, Größenwahn, Vorstadtmädel, Krawatte, Manieriertheit, falsche Dative, Monokel und heimliche Nerven und alles muß mit. Zögernde Dichter werden sanft hinausgeleitet. Aus dumpfer Ecke geholt, scheuen sie vor dem Tag, dessen Licht sie blendet, vor dem Leben, dessen Fülle sie bedrücken wird.*[13]



Abb. 46: Café Central.

Der puritanische Sprachkritiker und Moralist Kraus nahm von dieser seiner Verachtung allerdings jenen Schreiber und Lebenskünstler aus, in dem sich nahezu alle Elemente dieser Kaffeehausliteratur idealtypisch zu vereinigen schienen: Peter Altenberg, der Kaffeehausliterat schlechthin. Er war, so Emil Szittya,

> *... nur der offiziell anerkannte Bohemien der Wiener Bürger und Kokotten. Es gibt sehr viele Lokale, z. B. Café Lachmann, Café Central, wo Peter Altenberg alles gratis bekam. Sogar beim Friseur hatte er billigere Preise. Trinkgelder gab er prinzipiell nicht, sondern nahm nur an. Er schrieb über jede Wiener Kokotte Gedichte. Er hatte Menschen, die ihm eine Rente von zehn Kronen pro Monat gaben. Rentenlose Bekannte hatte er nicht gern.*[14]

Ebenso wie Kraus zählte Adolf Loos, einer der zentralen Neuerer moderner Architektur, zu den Förderern und Bewunderern Altenbergs. Loos hatte nach mehrjährigem USA-Aufenthalt das Café Museum entsprechend den Richtlinien einer funktionalistischen Architektur gestaltet, das, trotz anfänglicher empörter oder hämischer Kritik,

sehr bald in beachtlichem Maße von der Bohème frequentiert und, ebenso wie das Café Herrenhof, eines der geistigen Produktivzentren des Wien der Zwischenkriegszeit werden sollte.[15]

Das Kaffeehaus, wo Künstler und Intellektuelle unterschiedlichster Provenienz mit einer Elite aus Geschäftswelt und Politik (die ihrerseits stolz war auf ihre Allgemeinbildung und ihr Kulturverständnis) in Beziehung traten, die gleichsam »institutionalisierte« Kaffeehauskultur, ermöglichte nicht nur eine hohe (gewollte oder auch nicht gewollte) Kommunikationsintensität, sie erleichterte zugleich auch die kritische Rezeption und Debatte internationaler Trends und Entwicklungen. Es ist, so könnte metaphorisch zugespitzt behauptet werden, die eigentliche Originalität der modernen Wiener Elitenkultur in deren Kapazität zur kreativen Kopie zu sehen, in der originellen Aufnahme, im Rearrangement angloamerikanischer, französischer oder auch deutscher Ideen und Errungenschaften. Es mag dies mit der übernationalen, kosmopolitischen Orientierung jenes assimilierten Wiener Judentums zu tun haben, das die kulturellen Leistungen in dieser Stadt in so prominentem Ausmaß beförderte, ja die eigentliche soziale Trägerschicht der »Wiener Moderne« darstellte; ein Judentum, das, orientiert an der deutschen Aufklärung und in der deutschen Kulturtradition verhaftet, zu großen Teilen davon überzeugt war, selbst zu nicht mehr als einer Mittler-, Übersetzer- und Reproduktionsfunktion begabt zu sein. Wittgenstein hat sich zu diesem hoch komplexen Problem jüdischer Identität und Selbstwahrnehmung in sehr bestimmter Weise geäußert:

> *Das jüdische Genie ist nur ein Heiliger. Der größte jüdische Denker ist nur ein Talent (Ich z. B.). Es ist, glaube ich, eine Wahrheit darin, wenn ich denke, daß ich eigentlich in meinem Denken nur reproduktiv bin. Ich glaube, ich habe nie eine Gedankenbewegung erfunden, sondern sie wurde mir immer von jemand anderem gegeben. Ich habe sie nur sogleich leidenschaftlich zu meinem Klärungswerk aufgegriffen. (…) Es ist dem jüdischen Geist typisch, das Werk eines anderen besser zu verstehen, als der es selbst versteht.*[16]

Ganz in diesem Sinn schrieb Victor Adler an Karl Kautsky im August 1886, er glaube, ein »ganz brauchbarer Colporteur fremder Ideen« zu sein, wie überhaupt die Juden »zur Colportage geradezu prädestiniert« seien.[17] Nun ist es richtig, dass etwa die vielleicht größte intellektuelle Leistung Wiens im 20. Jahrhundert, Freuds Tiefenpsychologie, nicht ohne das grundlegende Werk und den bestimmten Einfluss des französischen Psychopathologen und Hypnotiseurs Jean Martin Charcot gesehen werden kann. Eine solch intensive Bezugnahme auf internationale Diskurs- und Entwicklungszusammenhänge gilt für die überwiegende Mehrzahl aller im Wiener Fin de Siècle erbrachten kulturellen und intellektuellen Leistungen. Sie gilt auch und gerade dort, wo der jüdische Einfluss nicht oder in nur geringerem Ausmaß prägend war. Das weltweit gefeierte Design der Wiener Werkstätte eines Josef Hoffmann oder Kolo Moser wäre ohne das Vorbild des Charles Rennie Macintosh oder das gestalterische Werk und die Formenspra-

che eines William Morris nicht denkbar gewesen. Aber es nahm seine spezifische Form eben im Kontext der Wiener Moderne an und beeinflusste seinerseits das internationale Top-Design bis hinein in die Postmoderne des auslaufenden 20. Jahrhunderts.[18]

Andererseits hat das kosmopolitische, multikulturelle Wien seine herausragenden Intellektuellen oft genug ignoriert, missachtet, befehdet. Als Elias Canetti 1981 den Literaturnobelpreis zugesprochen erhielt, nahm er die Auszeichnung nur in Vertretung von vier Autoren an, die allesamt der klassischen Wiener Moderne zuzurechnen sind und denen die Anerkennung in ihrer Heimat zeit ihres Lebens verweigert worden war: Franz Kafka, Karl Kraus, Robert Musil und Hermann Broch.[19] Kraus, voll in den Zusammenhang des modernen Wien eingebunden, verbrachte sein Leben als professioneller Anti-Wiener. Broch mag in Wien zur Reife gekommen sein, seine herausragenden Werke verfasste er in New York und Yale. Der aus Klagenfurt stammende Musil hat in seinem Hauptwerk »Der Mann ohne Eigenschaften« die habsburgische Residenzstadt, die Hauptstadt »Kakaniens«, als psychopathologisches Phänomen porträtiert. Kafka steht als Prager außerhalb dieser Reihe, ist aber doch als jüdischer Deutscher und kraft seiner literarischen Verfahrensweisen der Wiener Moderne zuzurechnen; nicht umsonst findet er sich auf Canettis Liste, nicht umsonst wurden seine Bücher im Faschismus verbrannt und im Stalinismus verboten.

Eine Reihe von kulturellen Heroen aus anderen Gebieten teilte das Schicksal der Literaten. Freud *(Abb. 47)* brachte es nach jahrelangen Kämpfen gerade einmal zu einer außerordentlichen Professur an der Wiener Universität, die praktische Anerkennung und faktische Umsetzung seines Werkes gelang in den USA. Herzl schrieb sein Hauptwerk in Paris, Schönberg den größten Teil seines radikalen musikalischen Werkes in Berlin. Mahler verbrachte, mit Ausnahme der kurzen Zeit als Operndirektor, den größten Teil seines kreativen Lebens außerhalb der Stadt, die mit seinen Symphonien und Liedern so wenig anzufangen wusste. Wittgenstein führte eine größtenteils selbst gewählte Randexistenz und fand internationale Reputation erst als Philosophieprofessor in Cambridge. Karl Popper wurde vom englischen Königshaus nobilitiert.[20]

Und dennoch: Das Wien des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts war ein kulturelles Treibhaus, ein »powerhouse of modernity« (Stephen Beller) in dem selben Maß, wie es die Rolle eines Schmelztiegels der verschiedenen Völker spielte. Canettis Familie stammte aus Bulgarien, Manès Sperber aus Ostgalizien, Freud, Mahler oder Mach hatten böhmisch-mährischen Hintergrund, ebenso wie Victor Adler oder Otto Bauer. Die Spieler des Fußball-Wunderteams und der populären Vereinslegende Rapid entstammten zum größten Teil dem Milieu der so genannten »Ziegelbehm«. Hans Hahn wurde aus Bonn an den mathematischen Lehrstuhl an der Wiener Universität berufen, Moritz von Schlick war Berliner und hatte ursprünglich in Kiel gelehrt, Rudolf Carnap war Westfale – sie bildeten den Kern des so bezeichneten »Wiener Kreises«, einer dem logischen Empirismus verpflichteten Gruppierung von Philosophen und Erkenntniskritikern. Die hier angeführten Beispiele sind willkürlich gewählt und ließen sich auf de facto alle Bereiche des kulturellen, ökonomischen, sozialen



Abb. 47: Sigmund Freud in seinem Arbeitszimmer, Berggasse 19.

und öffentlichen Lebens der Stadt ausdehnen. Die Bündelung kreativen, innovativen Schaffens aber erfolgte nicht wegen der allgemeinen Bedingungen und Voraussetzungen, die diese Stadt anbot, sondern vielmehr gegen sie. Sie erfolgte in einer Atmosphäre, die Hermann Broch mit dem berühmt gewordenen Diktum von der »fröhlichen Apokalypse« umschrieben hat, in der das unmittelbar bevorstehende Ende der altehrwürdigen Monarchie für jedermann fühlbar und begreifbar geworden war, in der der nationale Konflikt das parlamentarisch-politische Leben lähmte und sich in ständig gewalttätiger werdenden Straßentumulten äußerte. Die Staatskrise war umfassend geworden. In den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens stellt sich die Habsburgermonarchie als eine konstruierte, künstliche Staatenverbindung dar, als ein staatliches Chaos, mit Staatsrechten, die nicht leben, und Staatseinrichtungen, die nicht sterben konnten. Mit mittelalterlich-feudalen Kronländern, die die Nationen, und mit unorganisierten, rechtlich nicht konstituierten Nationen, die die Kronländer sprengen wollten. Eine politische Situation der Indifferenz und Stagnation, die gekennzeichnet war durch zynische Selbstbezogenheit der eigentlich herrschenden Schichten, also des adligen Großgrundbesitzes und des mit der Börse verwachsenen Großbürgertums, ebenso wie durch

das politische Desinteresse eines im Phäakentum aufgehenden städtischen Philisters. Die josephinische Beamtenschaft repräsentierte einen aufgeklärten Traditionsbestand, den sie aber jederzeit einem den Gesetzen bürokratischer Eigenlogik folgenden Primat der Selbsterhaltung und Selbstbehauptung unterzuordnen bereit war. Victor Adler fand am Gründungskongress der Zweiten Internationale 1890 in Paris die denkwürdigen Worte vom »Despotismus gemildert durch Schlamperei«.[21]

Die Reichshaupt- und Residenzstadt des zerfallenden Vielvölkerreiches, das Wien um 1900, stellt sich zugleich als eine Station des Weltuntergangs wie als eine Geburtsstätte epochaler Strömungen und Leistungen der Moderne dar, charakterisiert und definiert durch Widersprüche und Gegenläufigkeiten: Der Reichtum des Zentrums steht in krassem Gegensatz zum Massenelend der Vorstädte, die Identitätskrise der Eliten und der städtischen Sozialordnung trifft auf die neuen »Kollektivsubjekte« einer sich formierenden Massenpolitik. Der skeptische Realitätsdiskurs der bürgerlichen Spätaufklärung kontrastiert irrationale Fermente einer »Politik der Gefühle«, die im Nationalismus und im Antisemitismus ihren Ausdruck findet. Eine ästhetisch hoch ausdifferenzierte Elitenkultur steht einer als profan und roh stigmatisierten Kultur der Massen gegenüber. Wien um 1900 glich, mit Robert Musils Worten, einer kochenden Blase aus Bahnen und Ungebahntem, einem großen rhythmischen Schlag und der ewigen Verstimmung und Verschiebung aller Rhythmen gegeneinander:

Niemand wußte genau, was im Werden war; niemand vermochte zu sagen, ob es eine neue Kunst, ein neuer Mensch, eine neue Moral oder vielleicht eine Umschichtung der Gesellschaft sein solle. (...) Es wurde der Übermensch geliebt, und es wurde der Untermensch geliebt; es wurden die Gesundheit und die Sonne angebetet, und es wurde die Zärtlichkeit brustkranker Mädchen angebetet; man begeisterte sich für das Heldenglaubensbekenntnis und für das soziale Allemannsglaubensbekenntnis; man war gläubig und skeptisch, naturalistisch und preziös, robust und morbid; man träumte von alten Schloßalleen, herbstlichen Gärten, gläsernen Weihern, Edelsteinen, Haschisch, Krankheit, Dämonien, aber auch von Prärien, gewaltigen Horizonten, von Schmiede- und Walzwerken, nackten Kämpfern, Aufständen der Arbeitssklaven, menschlichen Urpaaren und Zertrümmerung der Gesellschaft. Dies waren freilich Widersprüche und höchst verschiedene Schlachtrufe, aber sie hatten einen gemeinsamen Atem ...[22]

Traum

Die Situation der Stagnation und Indifferenz wurde auf drei Ebenen nachhaltig durchbrochen: auf jener der seit den 1890er-Jahren mit voller Heftigkeit einsetzenden Nationalitätenkämpfe, auf jener des Aufstiegs der eben erst entstehenden Massenparteien und auf jener der kulturellen Revolte der jungen Intelligenz. Das mehr oder minder plötzliche Auftreten einer ästhetischen und wissenschaftlichen Avantgarde in einem alles in allem retardierenden gesellschaftlichen Umfeld hat eine enorme Fülle von retros-

pektiven Erklärungsansätzen provoziert, von denen der Princeton-Historiker Carl E. Schorske den überzeugendsten vorgelegt hat.[23]

Das Wiener Bürgertum hatte »seine« Revolution des Jahres 1848 auf halbem Wege verlassen, bereit, die gemeinsame Zukunft der gesamten Bürgerschaft der individuellen Nobilitierung durch die Dynastie unterzuordnen. In der Gründerzeit der sechziger Jahre war man zu teils beträchtlichem Wohlstand aufgestiegen; der wenn auch verspätete Erfolg eines liberalen Kapitalismus schlug, vor dem Hintergrund desaströser militärischer Niederlagen der Monarchie, in politische Macht um. 1867 konnte mit dem Staatsgrundgesetz ein monumentales Verfassungswerk eingefahren werden, die politische Alltagspraxis allerdings erschöpfte sich rasch in fortgesetzten Kompromissen mit den traditionellen Eliten. Ihre kulturellen Ambitionen drückte die liberale Bourgeoisie in möglichst allen Lebensäußerungen als Imitat der Aristokratie aus – programmatisch manifest gemacht im eklektizistischen und klassizistischen Ringstraßen-Stil. Doch kaum (und unter Aufgabe zentraler politischer Agenden) zur Macht gelangt, wird der bourgeoise Liberalismus in der Spekulationskrise 1873 und der darauf folgenden wirtschaftlichen Depression entscheidend erschüttert und delegitimiert. 1878 führt dies zu seiner politischen Niederlage (auf Gemeindeebene in den neunziger Jahren) und mündet in eine generelle Krise des Liberalismus, von der er sich nicht mehr erholen sollte.[24]

Die Krise des liberalen Systems, so Schorske, bildete den Kontext für die radikalen kulturellen Wandlungen, die »wie in einem Gewächshaus« heranreiften. In der Psychologie und der Musik, in Literatur, Architektur, Malerei und Philosophie begannen die »Jungen« (wie sie sich nach dem Vorbild des Literatenkreises »Jung-Wien« zu nennen pflegten) mit der kritischen Umformulierung und subversiven Transformation ihrer Traditionen. Sie definierten sich dabei »in Begriffen einer Art kollektiver Ödipusrevolte« und erhoben sich gegen die »Autorität der väterlichen Kultur«, gegen das Wertesystem des herrschenden Liberalismus, in dessen Tradition sie standen und in dem sie aufgewachsen waren.[25] Es war die uneingelöste humanitäre Option des Liberalismus, sein augenscheinlich gewordenes Versagen in Bezug auf nationale Einheit, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Wohlstand und öffentliche Moral, das einem ödipalen Aufbegehren einer ganzen Generation junger Intellektueller zugrunde lag und ihm Ziel und Richtung gab. Ihre Revolte führte sie in die Ästhetik oder in die Wissenschaft, eine Flucht in die einheits- und sinnstiftende Funktion der Kunst und Kultur. Die Kinder von Industriellen der Gründerzeit – die zumeist als Zuwanderer in die Metropole Wien gekommen waren und, unter Verzicht auf politische und kulturelle Ambitionen, einen rasanten sozialen Aufstieg geschafft hatten – verschrieben sich nunmehr der Kunst als Lebensform, erblickten in Kult und Mythos einen Weg zur Herstellung einer »wahren Volksgemeinschaft«. Sie verbanden eine ästhetische Gefühlskultur mit einer archaischen Gemeinschaftsvision, ihre Revolte wies sowohl soziale wie tiefenpsychologische Dimensionen auf.[26] Es bildeten sich (unter anderem um Engelbert Pernerstorfer und den jungen Victor Adler) Intellektuellenkreise, die de facto das gesamte künftige kulturelle (und politische) Spektrum Wiens generierten. Man traf sich im »Grien-

steidl«, im »Central« oder in den Kellergewölben des Ramharter'schen vegetarischen Restaurants und stand in heftigen Debatten über Lange, Legarde, Ibsen, Shelley oder Marx. Den nachhaltigsten und bestimmendsten Einfluss aber übten Richard Wagners ästhetische Religion und die kulturpessimistische Willensphilosophie Schopenhauers und Nietzsches aus.[27]

Politisch brachte diese Abkehr vom liberalen Paradigma, vom Prinzip des freien Wettbewerbs der rationalisierten Egoismen, die neue Intellektuellengeneration zunächst in eine enge Allianz mit dem Deutschnationalismus. Es war dies ein logischer Schritt, umso mehr, als ihre Revolte nicht nur in der Furcht vor dem »sozialen Tod« des Intellektuellen begründet war, sondern in ihrer Hoffnung auf die deutsche Kultur als emanzipatorische gesellschaftliche Kraft sowie in ihrer Sehnsucht nach Assimilation der jüdischen Intelligenz an das Deutschtum, das sie eben vornehmlich kulturell bestimmt sahen. Sie zogen sich, notgedrungen, in der ersten Hälfte der 1880er-Jahre aus der deutschnationalen Bewegung zurück, als diese unter dem Einfluss der nationalistischen neuen Rechten Georg von Schönerers den Rassenantisemitismus zu ihrem politischen Programm machte. In dem Maße aber, als sich ihre Vision von der Herstellung einer holistischen deutschen Kulturgemeinschaft als illusionär erwies, erlangten die von ihrer liberalen Vätergeneration »ererbten« Werthaltungen und Prinzipien erneut Gültigkeit – wenn auch neu formuliert und in einen anderen, radikal erweiterten Zusammenhang gestellt. Theodor Herzl, Sigmund Freud, Gustav Mahler, Victor Adler, Heinrich Friedjung haben, jeder für sich, zentrale Elemente einer aus der Revolte gegen einen diskreditierten Liberalismus erwachsenen »dionysischen« Kultur in ihr späteres Lebenswerk übertragen.[28] Und wenn Freud und Adler zu herausragenden Proponenten der Spätaufklärung werden sollten, so hat sie die kulturelle Revolte ihrer Generation sensibilisiert für den Wert der psychologischen Erkundung, der psychischen Grunddispositionen des Individuums, hat sie in Richtung einer Diagnose des Anderen, Abgründigen, Verborgenen geführt. Und wenn der eine den individuellen Körper zum sozialen Körper, den es mit den Mitteln der Massenpsychologie und -politik zu heilen galt, erweiterte, so bewahrte der andere, als theoretischer Anthropologe, bewusst Distanz zur Politik, um als Tiefenpsychologe zum großen Entdecker des individuellen Unbewussten zu werden.

In seinem legendär gewordenen und in der »Traumdeutung« niedergeschriebenen »revolutionären« Traum hat sich Freud an eine heftige Auseinandersetzung mit Adler im »Leseverein der deutschen Studenten Wiens« erinnert:

> *In einem deutschen Studentenverein gab es eine Diskussion über das Verhältnis der Philosophie zu den Naturwissenschaften. Ich grüner Junge, der materialistischen Lehre voll, drängte mich vor, um einen höchst einseitigen Standpunkt zu vertreten. Da erhob sich ein überlegener älterer Kollege, der seitdem die Fähigkeit erwiesen hat, Menschen zu lenken und Massen zu organisieren, der übrigens auch einen Namen aus dem Tierreich trägt, und machte uns tüchtig herunter; auch er habe in seiner Jugend Schweine gehütet und sei dann reuig ins Vaterhaus zurückgekehrt. Ich fuhr auf (wie im Traum),*

wurde saugrob und antwortete, seitdem ich wüßte, daß er die Schweine gehütet, wundere ich mich nicht über den Ton seiner Reden. (Im Traum wundere ich mich über meine deutschnationale Gesinnung.) Großer Aufruhr; ich wurde von vielen Seiten aufgefordert, meine Worte zurückzunehmen, blieb aber standhaft. Der Beleidigte war zu verständig, um das Ansinnen einer Herausforderung, das man an ihn richtete, anzunehmen, und ließ die Sache auf sich beruhen.[29]

Die Anekdote erschien in einem der bedeutungsvollsten, einflussreichsten und wohl auch meistgelesenen Bücher des 20. Jahrhunderts, das, wiewohl am 14. November 1899 herausgekommen, auf Grund eines kleinen Geschäftstricks des Verlegers Franz Deuticke (Leipzig und Wien) das in sich programmatische Erscheinungsjahr »1900« ausweist. Es ist tatsächlich ein Jahrhundertbuch. Der Atheist, Aufklärer und Positivist Freud entlehnt sein Verfahren der religiösen Hermeneutik und entmystifiziert solcherart ein universales psychisches Phänomen, um sich einen »Königsweg«, eine »via regia«, zu einem bis dahin für nicht aufklärbar gehaltenen Bereich, dem menschlichen Unbewussten, zu erschließen. Das verneinte, unterdrückte Unbewusste bewusst zu machen, es als versteh- und erklärbar und damit als der objektiven Analyse und Diagnose zugänglich auszuweisen, darin besteht Freuds radikal-aufklärerische Perspektive.[30]

Nun steht Freud – nicht zuletzt auf Grund seiner Ausbildung bei Theodor Meynert und des später weitgehend in Abrede gestellten Einflusses Josef Breuers – in der streng empirischen, rationalistischen Tradition der neueren Wiener medizinischen Schule. Die positiven Wissenschaften hatten die letzte Bastion erobert und selbst die menschliche Psyche einem rationalen Deutungs- und Erklärungsmodell unterworfen. Es ist nicht ohne Berechtigung argumentiert worden, dass dieses Modell der Gedankenwelt liberaler Ökonomie entlehnt, das menschliche Individuum als psychologischer Kleinbetrieb konzipiert ist. Die Psychoanalyse hat die komplexe Triebökonomie, die seelische Apparatur dieses inneren Kleinbetriebs als eine vielschichtige Dynamik von Unbewusstem und Bewusstem, von Es, Ich und Über-Ich entziffert. Die gesellschaftliche Kontrollinstanz des Über-Ich hält in Auseinandersetzung mit dem Ich die Triebe in den Grenzen der Selbsterhaltung. Trotz notwendiger Neurosenbildung wird dieserart ein einigermaßen freies Zusammenspiel der Subjekte, grundlegende Voraussetzung aller Marktwirtschaft, ermöglicht.[31] So brillant diese Rückbindung der Thesen und Verfahren Freuds an dessen ideologische und intellektuelle Herkunftskultur auch ist, seine Methode weist darüber hinaus.

Der große Antimetaphysiker, der Materialist, Skeptiker und Relativist, der »keine höhere Instanz als die Vernunft« anzuerkennen bereit war, hat eine deterministische Psychologie der Freiheit geschaffen.[32] Mit der »Traumdeutung« hat Freud die Psychoanalyse allerdings auch und vor allem als Interpretationstechnik etabliert.[33] Dabei bedient sich der »Jude ohne Gott«, wie Renate Schlesinger überzeugend dargestellt hat, der hermeneutischen Tradition des weit in die jüdische religiöse Lehrpraxis zurückreichenden »talmudischen Forschens« – eines »dekonstruktiven« Verfahrens der Assoziation, der dialogischen Reflexion, der Herstellung mannigfaltiger innerer Bezüge

und latenter Bedeutungen. Sein Deutungsverfahren gilt dem latenten Trauminhalt, nicht dem manifesten Traum. Der Traum, ohne selbst wahr zu sein, verweist auf die Wahrheit, und diese Verweisungsqualität macht ihn deutungsbedürftig, ermöglicht, wie in den heiligen Schriften im Judentum, die Ableitung von Gesetzen. Die Wahrheit des Traums liegt in der menschlichen Psyche selbst begründet, schafft sich ihre Ausdrucksmöglichkeiten auf komplexen Wegen vom Unbewussten ins Bewusste. Freud hat damit ein neues Modell der psychischen Struktur eingeführt, deren unzivilisierte, irrationale, verbotene, triebhafte Aspekte, deren erotische, egoistische, destruktive Affekte umfassend thematisiert und eine revolutionäre anthropologische Perspektive eröffnet. Freud beschreibt die de facto unbegrenzten Möglichkeiten des Unbewussten, wie er zugleich jene Grenzen, die seiner objektiven und subjektiven Bewusstwerdung gesetzt sind, festlegt.[34]

Freuds Einfluss auf das Denken des 20. Jahrhunderts war über den Umweg seiner angloamerikanischen Rezeption in der Tat gewaltig und Kulturen übergreifend. Einiger seiner Epoche machenden Entdeckungen war er sich sicher: der Erkenntnisse über die grundlegende Ordnung der seelischen Struktur, des dynamischen Unbewussten, der dualistischen Triebtheorie, der Universalität des Ödipus-Komplexes, des Zusammenspiels von Konflikt, Abwehr, Verdrängung, der sexuellen Ätiologie der Neurosen.[35] Mit den Konzepten des Tabus, der Zensur und der Regression hat er psychopolitische und emanzipatorische Meilensteine gesetzt: »Wo Es war, soll Ich werden.«[36]

Er hat sich der historischen Methode bedient – was vielleicht in einer Stadt, die ihre Identität aus der Imagination historischer Größe bezog und ihre architektonische Neugestaltung in der Gründerzeit am historischen Vorbild ausrichtete, auch gar nicht anders möglich war. Das Gewusste resultiert bei Freud nicht aus der neuen Erfahrung, sondern aus dem Erinnerten, bereits Geschehenen. Was zählt, ist das »milieu intérieur«, das Substratum psychischer Antriebe, die das äußere Verhalten bestimmen. Das Wissen um Vergangenes ist der Schlüssel zum Künftigen; es erwächst aus der Decodierung, der Entschlüsselung jener verborgenen Kräfte des Unbewussten, die dem sozialen Agieren wie der libidinösen Struktur des Ich zugrunde gelegt sind.[37]

Freud hat diese Konzeption von Zeit mit den Austromarxisten geteilt, die ihrerseits wesentliche Momente der jüdisch-christlichen millennaristischen Tradition säkularisiert und innerhalb eines nach logischen Gesetzmäßigkeiten ablaufenden historischen Prozesses verortet hatten. Freud konnte sich deren optimistischem Menschenbild und utopischen Perspektiven allerdings nicht anschließen. Der Skeptiker und Relativist hat die Abgründe, die Tiefen, die Irrationalismen der menschlichen Seele ausgeleuchtet, die Triebökonomie und die Libido in das Zentrum tiefenpsychologischer Vivisektion gestellt.

Solch modernistische, subversive Vision fand sich allerdings nicht alleine bei Freud. In der bildenden Kunst war es vor allem Gustav Klimt, der die Macht und die Bedeutung der Sexualität thematisierte, ebenso wie die allgegenwärtige Identitätskrise des bürgerlichen Subjekts, die viel beschworene »Auflösung des Ich«. Klimt war das Haupt

einer Sezession, einer Abwendung vom dominanten Historismus in Kunst und Kunstgewerbe, wie ihn das Makartsche Atelier propagierte und produzierte. Natur erscheint nunmehr als stilisiertes Ornament, der »Jugendstil« verbindet sich, zumindest anfänglich, mit einer sozialen Utopie der Durchdringung von Kunst und Leben.[38] Klimts rastlose Erkundungen in der (auch von Freud so bezeichneten) »Unterwelt« der Psyche – die sich unter anderem dadurch ausdrückten, dass er immer wieder Vorlesungen zur Psychopathologie besuchte –, seine Suche nach den Bedingungen und Möglichkeiten sexueller Befreiung schlugen sich in nervösen, fiebrigen Frauenporträts nieder, die Anziehung und Bedrohung zugleich, Idolatrie in gleicher Weise wie Dämonisierung versinnbildlichen.[39]

Noch bei Ausgestaltung der großen öffentlichen Ringstraßengebäude hatte sich Klimt eines soliden historischen Naturalismus bedient und genau aus diesem Grund den Auftrag für die Anfertigung eines Deckengemäldes in der neuen Universität – ihrerseits Repräsentation liberalen Triumphs – erhalten. Klimt, der inzwischen seine sezessionistische Wende vollzogen hatte, entwarf eine düstere, nietzscheanische Weltvision, in der Eros und Thanatos auf vielschichtige und schmerzvolle Weise ineinander liefen, die Ratio, Geist und Materie in eine ungeschiedene Substanz auflöste. Der wütende Protest, der sich vor allem gegen Klimts erstes Gemälde, »Philosophie«, richtete, fand, für dieses einzige Mal, die liberalen Fakultätsprofessoren und die antisemitische Politik in gemeinsamer Empörung vereint.[40]

Die Auflösung der kontinuierlichen Ich-Identität, die Erfahrung der Fragmentierung, die Pluralität von Lieben und Sterben, das Unbewusste und die Triebnatur des Menschen – all dies findet sich, in unzähligen Varianten, im schriftstellerischen Werk des Arztes Arthur Schnitzler, des neben Freud zweiten großen Vivisektors der menschlichen Seele. Er habe sich, schrieb Freud an Schnitzler anlässlich dessen 60. Geburtstags, mit der Frage gequält, warum er niemals die Nähe und Freundschaft des Literaten gesucht habe, und fand die Antwort in einer »Art von Doppelgängerscheu«:

> *Nicht etwa, daß ich sonst so leicht geneigt wäre, mich mit einem anderen zu identifizieren oder daß ich mich über die Differenz der Begabung hinwegsetzen wollte, die mich von Ihnen trennt, sondern ich habe immer wieder, wenn ich mich in Ihre schönen Schöpfungen vertiefe, hinter deren poetischem Schein die nämlichen Voraussetzungen, Interessen und Ergebnisse zu finden geglaubt, die mir als die eigenen bekannt waren. (…) So habe ich den Eindruck gewonnen, daß Sie durch Intuition – eigentlich aber in Folge feiner Selbstwahrnehmung – alles das wissen, was ich in mühseliger Arbeit an anderen Menschen aufgedeckt habe.*[41]

In seinen Dramen gestaltet Schnitzler »die Wirklichkeit« als rein subjektiv-psychisches Phänomen, als bloßen Wahrnehmungskosmos des Individuums; allgemeine Normsetzungen, Wertkodizes und verpflichtende Begrifflichkeiten sind obsolet. Die Seele scheint ihrer Substanz beraubt, aus einzelnen, gewissermaßen frei schwebenden Elementen zusammengesetzt, ein entpersonalisiertes Existenzgefühl dominiert in inneren

Monologen wie »Fräulein Else« oder »Leutnant Gustl«.[42] Und doch sind Schnitzlers beinahe elegische Stadtbilder zutiefst politisch, am deutlichsten wohl in dem lange als trivial stigmatisierten Roman »Der Weg ins Freie«, der den literarischen Subtext zu Carl Schorskes These von der Krise des liberalen Systems als eigentlicher Quelle der Wiener Moderne liefert. »Der Weg ins Freie« ist ein Stück Weltliteratur über das Wiener Fin de Siècle, vor dem Hintergrund von nationaler Obstruktion und emergentem, sich zur Massenbewegung formierendem Antisemitismus. Schnitzler porträtiert die Welt einer zerfallenden Ringstraßengesellschaft, in der wirtschaftlicher Erfolg, politischer Liberalismus und das alles einigende Band der deutschen Hochkultur ihre Identifikationskraft verloren haben und unter den Druck einer sich formierenden Massenpolitik, einer massenhaften Mobilisierung kollektiver Ressentiments geraten sind. In einer sich ausbreitenden Endzeitstimmung werden mit einem Schlag Fragen nach Identität, Zugehörigkeit und Ausgrenzung, Fremdheit und Heimat, Inklusion und Exklusion relevant.[43]

Schnitzler thematisiert exemplarisch die doppelte Bewegung der Moderne, er sucht nach dem unter glänzenden Oberflächen verborgenen Dunklen, Anderen, den Kehrseiten und Fatalitäten der modernen Zivilisation, die, als Antwort auf den Entfremdungs- und Arbeitsschock der Moderne, einen neuen Irrationalismus freisetzen und im Antisemitismus der Stadt eine neue Identität geben. Er wird damit implizit zum radikalen Kritiker der ordnungspolitischen Konzepte der Lueger'schen Großstadtpolitik, insbesondere der christlich-paternalistischen Vorstellungen einer geordneten, hierarchisierten, »heiligen« Familie. Denn auch das ist ein stets wiederkehrendes Leitmotiv der literarischen Psychologie Schnitzlers: der prekäre Wandel im Geschlechterverhältnis, die Produktiv- und Zerstörungskraft des mit dem Todestrieb so unlösbar verwachsenen Eros. Welche soziale und kulturelle Sprengkraft seinem Werk eigen war, zeigte sich 1921 im »Reigen-Skandal«, als lange zurückreichende Polemiken und Aggressionen in öffentliche Gewalttätigkeiten umschlugen.[44] Wie kein Zweiter, sollte Klara Blum in einem Nachruf auf Schnitzler im November 1931 schreiben, habe er die alte Gesellschaft »in ihrer ungeheuren Ungerechtigkeit gegenüber der Frau« kenntlich gemacht. Er müsse als Pionier einer hochaktuellen Idee gesehen werden, des »Gerechtigkeitsgedankens in der Erotik«.[45]

Sprachen der Spätaufklärung

Die Krise des liberalen Ich, die psychische Dekonstruktion im Prozess der Fragmentierung des Individuums, nahm in der Interpretation durch den ästhetisierenden, anti-naturalistischen Literatenzirkel des »Jungen Wien« um Hermann Bahr, Hugo von Hofmannsthal, Felix Salten und Peter Altenberg die besondere Form der philosophischen Zerstörung des Subjekts an.[46] So wird – vor allem bei Bahr und der von ihm entworfenen pointilistischen Ästhetik – die Illusion und nicht länger die Wahrheit

zur zentralen Kategorie menschlichen Seins. Stabilität, Kontinuität der Welt und die Gewissheit über sie sind suspendiert und geraten den Impressionisten zur Auflösung alles Dauernden, Gesetzmäßigen, Normativen. »Bürgerliche« Tugenden und Wertvorstellungen wie Liebe, Treue, Bindungen etc. erscheinen als »künstliche Gebilde einer äußeren Welt« und werden in dieser Lesart schließlich zur Absage an bürgerliche wie nicht-bürgerliche, überhaupt an jegliche Moral.[47]

Es ist dies eine literarisch-psychologisierende und ästhetisierende Wendung einer von einem streng empirischen Positivismus postulierten Werteneutralität, eine spezifische Deutung der Subjekt-Objekt-Überlegungen des so genannten »Empiriokritizismus«, der engstens mit dem Werk des Physikers Ernst Mach verbunden ist und der nicht nur die impressionistischen Literaten, sondern das gesamte geistig-kulturelle Leben des modernen Wien nachhaltig beeinflusste.[48] Mach *(Abb. 48)*, Professor für Experimentalphysik in Prag, wurde 1895 an die Universität Wien berufen und übernahm den neu geschaffenen Lehrstuhl für Philosophie, Geschichte und Theorie der induktiven Wissenschaften. Seine physikalischen Arbeiten zur stroboskopischen Darstellung von Luftschwingungen, zur Fortpflanzungsgeschwindigkeit von Schall- und Explosionswellen, zu Überschallphänomenen und zur Sinnesphysiologie sind bemerkenswert. An seiner Person verdeutlicht sich zudem exemplarisch die hohe Kommunikationsintensität in der Wiener Elitenkultur: Hofmannsthal und Broch besuchten seine Vorlesungen, Schnitzler war mit ihm befreundet, Musil dissertierte über seinen fundamentalen Beitrag zur Debatte um die Grundlagenkrise der Wissenschaften, Fritz Adler sah in seiner Auffassung von der pragmatisch-erfahrungsgebundenen Entwicklung des Denkens, im »Machismus« überhaupt, die »der Marxschen Geschichtsauffassung entsprechende Naturauffassung«. Mach nahm, vor allem über das Werk Fritz Mauthners, Einfluss auf Sprachtheorie und Sprachkritik, zu seinen Schülern zählten Heinrich Gomperz und Wilhelm Jerusalem, eine enge Freundschaft verband ihn mit dem liberalen Sozialreformer Josef Popper-Lynkeus. Mach durchdrang radikale politische Milieus und beeinflusste, über Lenins 1904 verfasste Kritik am Empiriokritizismus, nachhaltig die Fraktionskämpfe in der russischen Sozialdemokratie. Persönlich stand der Physiker, Physiologe, Erkenntnistheoretiker und Philosoph, der radikale Humanist, Demokrat und Aufklärer den »Kathedersozialisten« der Wiener Fabianer[49] nahe, engagierte sich in der Erwachsenenbildung, vor allem in der »Volksuniversität« des Ottakringer Volksheims, und hinterließ einen großen Teil seines Vermögens der Arbeiter-Zeitung.[50]

Mach kritisierte den Newton'schen Massebegriff als metaphysisch und negierte die apriorisch-synthetischen Kategorien der absoluten Bewegung, des absoluten Raums und der absoluten Zeit. Machs Destruktion der klassischen (Newton'schen) Mechanik machte ihn zu einer Leitfigur und Bezugsperson einer ganzen, revolutionären Wissenschaftlergeneration um die Jahrhundertwende, sein sensualistisch fundiertes Prinzip der Relativität wurde zu einem symbolischen Modell für den wissenschaftlichen und politischen Geist der Generation Albert Einsteins und Sigmund Freuds.[51]

Er entwickelte ein metatheoretisches Konzept, in dem er historisch-kritische Darstellungen der Entwicklung der Teilgebiete der Physik mit psycho-physischen Untersuchungen integrierte. Es war der groß angelegte Versuch, die traditionellen Dualismen der Philosophie und des wissenschaftlichen Arbeitens (Subjekt/Objekt, Innenwelt/Außenwelt, Psyche/Physis) aufzuheben in ein einheitliches, monistisches System und mit einem historisch orientierten, evolutionistischen Konzept zu verschmelzen: eine Dialektik von begrifflicher Verdinglichung und Entdinglichung, von gedanklicher Idealisierung/Abstraktion und konkreter sinnlicher Erfahrung, eingebettet in einen Prozess historisch-gesellschaftlicher Praxis.[52] Die Vereinigung des Psychischen und Physischen erweist sich als einzig fester Punkt in der Realitätserkenntnis, die Inhalte des Denkens sind demgemäß nur die menschlichen Verknüpfungsformen der empfindungsmäßigen Erfahrungen, die sich an eine gesellschaftliche Praxis historisch anpassen und sich fortlaufend verändern – eine dialektische Verlagerung von der Beziehung Objekt/Subjekt und von Konkret/Abstrakt auf die Beziehung Empfindung/Denken. Kannte und analysierte man aber die physiologisch-psychologischen Bedingungen der Empfindungen, so war dies, wie Fritz Adler festgestellt hat, letztlich auch auf eine Theorie der Massen anwendbar, auf ihre Formbarkeit, ihre Pädagogisierbarkeit in einer »Ordnung der Elemente«.[53]



Abb. 48: Ernst Mach.

Die Welt ist bei Mach die Gesamtheit der Sinnesdaten, darstellbar in der empirischen Erfassung der »Empfindungen«. Diese sind »Tatsachen«, die letzten Elemente, auf einfache Weise gegeben; wissenschaftliches Wissen ist ein Beschreibungsmodus für die unendliche Zahl der Tatsachen, die die Welt bilden. Das Psychische und das Physische sind zwei Aspekte der einen Wirklichkeit, die durch Beschreibung nach dem universellen Prinzip der Ökonomie, respektive der »Denkökonomie«, in wissenschaftlichen Sätzen systematisiert wird. Wissenschaft hat so die Zusammenhänge zwischen den Vorstellungen (Psychologie), zwischen den Wahrnehmungen (Physik) sowie zwischen den Vorstellungen und Wahrnehmungen (Psychophysik) darzustellen.[54] Machs Denken war von einem ausgeprägten Empirismus und der historisch-kritischen Me-

thode charakterisiert. Quelle aller menschlichen Erkenntnis ist »das Gegebene«, und gegeben ist bloß die Mannigfaltigkeit von Empfindungen und Sinneseindrücken. Nicht gegeben hingegen ist alles, was zusätzlich zu den Inhalten der sinnlichen Wahrnehmung »die Welt« konstituiert. Sein erkenntnistheoretischer Empirismus hat Mach also zu einem sensualistischen Phänomenalismus geführt, der nur die reine Sinneserfahrung als Quelle und Methode der Erkenntnis gelten lässt. Nur der »Fluss der Empfindungen« sei real, darüber hinaus nichts über die Wirklichkeit der Außenwelt aussagbar, eine »metaphysische« Erkenntnis über außersinnliche Realität nicht möglich. Mit dieser stark von Avenarius inspirierten Erkenntnistheorie bekämpfte Mach jegliche idealistische, insbesondere kantianische Tradition in der Philosophie: Synthetische Urteile a priori, traditionelle Kausal- und Gesetzesbegriffe, transzendierende Wesenheiten und metaphysische Spekulation wurden verworfen.[55]

In diesem Versuch der Überwindung des traditionellen Dualismus Materialismus vs. Idealismus werden die Sinneseindrücke gleichzeitig zu Subjekt und Objekt der Erkenntnis. Die Amalgamierung von »Innen« und »Außen« führt konsequenterweise zur Auflösung jedes substantiellen Ich-Begriffs, zur Dekonstruktion des Selbst; Mach wird zum zentralen Philosophen der Identitätskrise des bürgerlichen Subjekts. Gegenüber Hermann Bahr hat er sich 1908 folgendermaßen geäußert:

> *Wenn ich sage: »Das Ich ist unrettbar«, so meine ich damit, daß es nur in der Einfühlung des Menschen in alle Dinge, in der Erscheinung besteht, daß dieses Ich sich auflöst in allem, was fühlbar, hörbar, sichtbar, tastbar ist. Alles ist flüchtig, eine substanzlose Welt, die nur aus Farben, Konturen, Tönen besteht. In diesem Spiel der Phänomene kristallisiert, was wir unser »Ich« nennen – vom Augenblick der Geburt bis zum Tod wechselt es ohne Ruhe.*[56]

Es ist darauf hingewiesen worden, dass die Auflösung des Ich in den »weiblichen Fluss« der Empfindungen, in fließende Sinneselemente, einen der Kreuzungspunkte zwischen Empiriokritizismus und den von Josef Breuer inspirierten, frühen Studien Freuds über Hysterie darstellt – wenn auch Freud selbst Machs Psychophysik letztlich als eher »unpsychologisch« klassifizierte. In seinem 1930 erschienenen »Unbehagen an der Kultur« jedenfalls verweist Freud pointiert auf Diskontinuität eines zwischen dem Es und dem Über-Ich zerriebenen Ich.[57]

Jedenfalls finden sich Machs Antimetaphysik und sein Werterelativismus im Frühwerk Ludwig Wittgensteins wieder, der sich ansonst allerdings in der Entwicklung seiner Sprachphilosophie eher an dem dezidierten Mach-Kritiker (und dessen Lehrstuhl-Nachfolger), Mitbegründer der Atomphysik und der statischen Thermodynamik, Ludwig Boltzmann, orientierte. (Machs sensualistischer Positivismus und seine Leugnung eines jeglichen Substanzbegriffs hatten ihn schließlich zur Ablehnung sowohl der Atomlehre als auch der Relativitätstheorie geführt, was ihm die heftige Kritik seiner ehemaligen Anhänger Boltzmann und Planck einbrachte. Allerdings hat Einstein selbst auf den Empiriokritizismus als Motivationshintergrund für die spezielle Relativitätsthe-

orie hingewiesen und ihn gegen die Polemiken Plancks und Lenins verteidigt.) Gleich der ominöse erste Satz von Wittgensteins während seiner Soldatenzeit im Ersten Weltkrieg verfasstem, verstörend-rätselhaftem »Tractatus logico-philosophicus« schließt an den Mach'schen antimetaphysischen Gestus an: »Die Welt ist, was der Fall ist.« Die Dinge, so Wittgenstein, erscheinen nur in Sachverhalten; Sätze stellen Sachverhalte dar und bilden sie logisch ab, ohne allerdings über deren Wahrheit zu entscheiden. Synthetische Urteile und Ordnungen a priori sind, dem Mach'schen Werterelativismus gemäß, nicht gegeben:

> *Alles, was wir sehen können, könnte auch anders sein. Alles, was wir überhaupt beschreiben können, könnte auch anders sein. Es gibt keine Ordnung der Dinge a priori.*

Wittgenstein versuchte im »Tractatus« eine Grenzziehung, nämlich den aussagbaren Bereich der Naturwissenschaft von dem nicht-aussagbaren der Metaphysik, Ethik, Mystik und Religion zu trennen (und weicht in dieser Hinsicht entschieden von Mach ab). Logik soll mit Hilfe einer rein strukturalen Abbildtheorie der Sprache gleichsam von innen her begrenzt und so die Scheidung zwischen (wissenschaftlich) Sagbarem und (metaphysischem) Zeigen vollzogen werden: »Die Philosophie begrenzt das bestreitbare Gebiet der Naturwissenschaften. Sie soll das Denkbare abgrenzen und damit das Undenkbare. Sie soll das Unsagbare bedeuten, indem sie das Sagbare klar darstellt.« Der »Tractatus« schließt denn auch mit einer programmatischen Forderung:

> *Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.*[58]

Somit sind für Wittgenstein, nach Klärung aller wissenschaftlichen Fragestellungen, die eigentlich substantiellen Lebensfragen im Bereich von Metaphysik, Ethik, aber auch Kunst und Literatur, weiterhin offen. Dies bringt ihn in unmittelbare Nähe zur Problemstruktur Robert Musils, in dessen Werk der Einfluss der Ideen Machs auf die große Literatur der Wiener Moderne wohl am prägnantesten sichtbar wird. Musil hatte in Berlin bei dem Mach-Kritiker Carl Stumpf eine Dissertation »Beiträge zur Beurteilung der Lehre Machs« (1908) verfasst, in der er das Verhältnis, die Problemgeschichte von metaphysischer Philosophie und szientistisch-positivistischer Naturwissenschaft problematisiert – und in einigen wesentlichen Punkten Mach auch kritisiert, wenn er beispielsweise in Frage stellt, dass die Zusammenfassung von Wahrnehmungen in Begriffen ident sei mit dem Begriff selbst.[59] Das zentrale Thema, die eigentlichen Problemstellungen bei Musil sind die Grenzen der Sprache, des Sagbaren, der Verlust des Vermögens, mittels Sprache Realität, Emotion, »Leben« wiederzugeben. In seinem Hauptwerk »Der Mann ohne Eigenschaften« – ein Text, an dem er ein Leben lang arbeitete, an dem er immer wieder scheiterte, den er immer wieder neu aufnahm und revidierte, der schließlich unvollendet blieb, bleiben musste – hat Musil radikal und experimentell die Konsequenzen aus der »Unrettbarkeit des

Ich« gezogen, aber auch Mach'sche Ansätze wie jenen der Denkökonomie in das Modell des »Möglichkeitssinnes« transformiert.[60] Wie der amerikanische Literatur- und Kulturtheoretiker David Luft schlüssig argumentiert hat, konfrontiert Musil eine neutralisierende Wahrnehmungsdarstellung mit einem ständig sich neu aktualisierenden Ich.[61] Personifiziert ist dieses sich stets neu schaffende und neu geschaffene Ich im Hauptprotagonisten Ulrich, dessen Identität durch das Fehlen einer »wesenhaften«, metaphysischen Substanz und einen permanenten Prozess der Entpersonalisierung gekennzeichnet ist.

Die Auflösung einer kontinuierlichen Ich-Identität, die durchgehende Betonung der Relativität, der Flüchtigkeit, des Ephemeren, des ständigen Wechsels kann als das eigentliche Charakteristikum, als die grundlegende Befindlichkeit des geistigen Wien im Fin de Siècle identifiziert werden. Es ist aber auch genau dieses unterschiedslose Nebeneinander von Sein und Schein, Realität und Trug, Wirklichkeit und Traum, dieser von Schönberg so bezeichnete »Totentanz der Prinzipien«, der von einer nächsten, zweiten Generation vehement und rigoros hinterfragt und bekämpft wird, die den literarischen Impressionismus des »Jung-Wien« ebenso ablehnt wie die von Klimt in der Sezessionsmalerei geprägte Ornamentalistik.[62] Karl Kraus wurde nicht müde zu betonen, wie sehr er diese falsche, erlogene, mit sich selbst kokettierende »Decadence« ablehne, ja hasse. In diesem Sinn sind Kraus' Kampf gegen das Feuilleton, Loos' Feldzug gegen das Ornament und Schönbergs fortgesetztes Bemühen um die reine Form (letztlich die »absolute« Wahrheit) in der Musik zu begreifen.[63]

Es ist die »weltschöpferische« Macht der Sprache, die nach Kraus' Überzeugung das Fundament jeglicher Ethik bildet. Wie Wittgenstein, der seinerseits Kraus zu seinen geistigen Inspiratoren zählte, begriff er Sprache als ein symbolisches Substrat jeder gemeinsamen Lebensform, als einen geistigen Zusammenhang, durch den sich eine gestaltlos chaotische erst zu einer strukturiert erlebbaren Welt formen kann.[64] Kraus' These von der Welterzeugung durch Sprache impliziert die immer neue Generierung von unzähligen Bedeutungswelten, ebenso wie sie der (»reinen«, »wahren«) Sprache die Funktion des Weltgerichts zuordnet. Walter Benjamin über den vorgeblichen »jüdischen Selbsthasser« Kraus, dem die »Reinheit«, die Unverfälschtheit der deutschen Sprache stets letzte Instanz blieb:

> *Man versteht nichts von diesem Manne, solange man nicht erkennt, daß mit Notwendigkeit alles, ausnahmslos alles, Sprache und Sache, für ihn sich in der Sphäre des Rechts abspielt. Seine ganze feuerfressende, degenschluckende Philologie der Journale geht ja ebensosehr wie der Sprache dem Recht nach. Man begreift seine »Sprachlehre« nicht, erkennt man sie nicht als Beitrag zur Sprachprozeßordnung, begreift das Wort des anderen in seinem Munde nur als corpus delicti und sein eigenes nur als das richtende. Kraus kennt kein System. Jeder Gedanke hat seine eigene Zelle. Aber jede Zelle kann im Nu, und scheinbar durch ein Nichts veranlaßt, zu einer Kammer, einer Gerichtskammer werden, in welcher dann die Sprache den Vorsitz hat. Man hat von Kraus gesagt, er habe »das Judentum in sich niederringen« müssen, gar »den Weg vom Judentum zur Freiheit« zurückgelegt – nichts*

widerlegt das besser, als daß auch ihm Gerechtigkeit und Sprache ineinander gestiftet bleiben. Das Bild der göttlichen Gerechtigkeit als Sprache – ja in der deutschen selber – zu verehren, das ist der echt jüdische Salto mortale, mit dem er den Bann des Dämons zu sprengen sucht.[65]

Die im Werk so unterschiedlicher Intellektueller und Literaten wie Hofmannsthal und Schnitzler, Mach und Kraus, Mauthner und Freud, Wittgenstein und Musil ausmachbare gesteigerte Sensibilität gegenüber und Affinität zur Sprache ist traditionellerweise als Wiens bedeutendster Beitrag zur internationalen Moderne gedeutet worden. Die Fokussierung auf Sprache als Medium, die intensiven Auseinandersetzungen mit Sprache als Problemfeld (ihren Mängeln und Fehlern), die Rolle von Sprache bei der Konstituierung individueller Subjektivität und sozialer Identitäten, aber auch tief greifende Sprachskepsis, Sprachpathologie bis hin zur Verwerfung von Sprache – dies alles ist als das eigentliche, signifikante Kennzeichen der modernen Wiener Elitenkultur entziffert worden.[66] Die Sprachbesessenheit der »zweiten Generation« korreliert mit einem bedingungslosen Ethizismus, einem strikten Anspruch auf Authentizität, der Verbindung von (wissenschaftlichen) Tatsachen und (künstlerischem) Ausdruck, von »Kultur« und praktischem Leben. In der kulturellen Sphäre stehen dafür (neben den bereits erwähnten Kraus, Loos, Schönberg) etwa Oskar Kokoschka und Egon Schiele. Im Bereich der Wissenschaft und Wissenschaftstheorie ist dies vor allem der neopositivistische »Wiener Kreis« um Moritz von Schlick (dessen Philosophie unter dem Einfluss Wittgensteins eine »sprachkritische« Wende genommen hatte), den radikalen, systematischen, »reinen« Logiker Rudolf Carnap, den Physiker Philipp Frank (der Einsteins Nachfolger in Prag geworden war), den Mathematiker Hans Hahn und den Nationalökonomen Otto Neurath, dem polyglotten Genie des Austromarxismus. Am Rande sind dem Kreis u. a. die Mathematiker Karl Menger und Kurt Gödel sowie der Wissenschaftstheoretiker Karl Popper zuzurechnen.[67] Diese nach dem Zweiten Weltkrieg weltweit in hervorragender Weise rezipierten Naturwissenschaftler und Philosophen der Zwischenkriegszeit, jene Vertreter eines »logischen Empirismus«, waren organisatorisch lose zusammengefasst in einem Verein, der die programmatische Bezeichnung »Ernst Mach« trug.

Die »wissenschaftliche Weltauffassung« (so der Titel der 1929 erschienenen »Programmschrift«) des Kreises band philosophische Erkenntnis normativ an Mathematik und exakte Naturwissenschaften. Als empirische Aussagen konnten nur synthetische Aussagen a posteriori gelten und sinnvoll sein. Metaphysische Aussagen wurden als irrelevant oder nicht lösbar verworfen. Aufgabe der »positiven« Wissenschaft ist, entsprechend der Mach'schen Denkökonomie, die möglichst vollständige und genaue Beschreibung durch empirische Begriffe, Ziel die Einheit der Wissenschaften, verstanden als Einheit der Methoden und einer (noch zu schaffenden) Wissenschaftssprache.[68] Eine zentrale Position in Denken und Diskurs des Kreises nahm das Werk Wittgensteins ein, der sich den neopositivistischen Logikern gegenüber allerdings in ambivalenter Distanz hielt und von Neurath denn auch als »Metaphysiker« rundweg abgelehnt wurde. Und

in der Tat rezipierten die Mitglieder des Wiener Kreises Wittgenstein ausschließlich in ihrer ganz spezifischen Lesart: metaphysikkritisch, anti-kantianisch, mathematisch-logisch. In diesem Sinn akzeptierten und internalisierten sie das Konzept einer Beschreibung der Welt durch ein komplexes Gefüge empirisch-synthetischer Sätze (und deren Rückführung auf einfache »Elementarsätze«). Wittgensteins eigentliche Intention aber, das Unsagbare durch die klare Darstellung des Sagbaren zu »bedeuten«, lehnten sie als mystische, mit der Wissenschaftlichkeit und Präzision logischer Analyse unvereinbare Verirrung ab.[69]

Der Wiener Kreis zielte auf Interdisziplinarität und Sprachkritik in Verbindung mit symbolischer Logik und Mathematik. In Zusammenhang mit der angestrebten pragmatischen Fundierung wissenschaftlicher Tätigkeit im Alltäglichen sowie starken Popularisierungs- und Pädagogisierungstendenzen formuliert sich ein nahezu idealtypisches Paradigma der Spätaufklärung. Um Rudolf Carnap zu zitieren:

> *Was gibt uns trotzdem die Zuversicht, mit unserem Ruf nach Klarheit, nach metaphysikfreier Wissenschaft durchzudringen. Das ist die Einsicht, oder, um es vorsichtiger zu sagen, der Glaube, daß jene entgegenstehenden Mächte der Vergangenheit angehören. Wir spüren eine innere Verwandtschaft der Haltung, die unserer philosophischen Arbeit zugrundeliegt, mit der geistigen Haltung, die sich gegenwärtig auf ganz anderen Lebensgebieten auswirkt; wir spüren diese Haltung in Strömungen der Kunst, besonders der Architektur, und in den Bewegungen, die sich um eine sinnvolle Gestaltung des menschlichen Lebens bemühen: des persönlichen und gemeinschaftlichen Lebens, der Erziehung, der äußeren Ordnungen im Großen. Hier überall spüren wir dieselbe Grundhaltung, denselben Stil des Denkens und Schaffens. Es ist die Gesinnung, die überall auf Klarheit geht und doch dabei die nie ganz durchschaubare Verflechtung des Lebens anerkennt, die auf Sorgfalt in der Einzelgestaltung geht und zugleich auf Großlinigkeit im Ganzen, auf Verbundenheit der Menschen und zugleich auf freie Entfaltung des Einzelnen. Der Glaube, daß dieser Gesinnung die Zukunft gehört, trägt unsere Arbeit.*[70]

In einem bemerkenswerten retrospektiven Klärungsversuch aus dem Jahr 1936, warum sich gerade in Wien eine logisch fundierte Antimetaphysik auf breiter Basis und unter vergleichsweise günstigen Bedingungen entwickeln konnte, greift Otto Neurath auf zwei Momente zurück.[71] Zum einen sei es – neben der allgemein liberalen Atmosphäre der Stadt und der wissenschaftlichen Orientierung der Volksbildung – die empirisch und logisch ausgerichtete, anti-kantianische philosophische Tradition im Gefolge Bernhard Bolzanos und Franz Brentanos.[72] Zum anderen argumentiert Neurath ganz im Sinne des von Musil gepflegten Bildes der Stadt als eines besonderen kulturellen Ferments, der »kochenden Blase aus Bahnen und Ungebahntem«:

> *Der natürliche Boden für die Entwicklung … ist eigentlich das politische und gesellschaftliche Durcheinander, das in der ehemaligen Monarchie herrscht und das zuweilen schwer mit einem Blick zu erfassen ist. Unaufhörlich stößt man auf ein eigenartiges Hin und Her zwischen der alten Tradition*

und den modernsten Versuchen, zwischen einer methodischen Unterdrückung und einer unerwarteten Toleranz.[73]

An diese subtile Dialektik von Rückständigkeit, Tradition und (radikaler) Neuerung, an diesen Prozess der Transgression – in dem das Neue das Alte nicht einfach ersetzt, sondern in ständiger, kontingenter Wechselwirkung und Überlagerung mit dem Alten und weiter Bestehenden hergestellt wird – knüpft auch Theodor Adorno mit seiner Analyse der »großen musikalischen Revolution« der so genannten »zweiten« Wiener Schule an. Es sei kaum ein Zufall, dass die mathematischen Techniken in der Musik gleich dem logischen Positivismus in Wien entstanden sind, sei doch die Neigung zum Zahlenspiel der Wiener Intelligenz so eigentümlich wie das Schachspiel im Café – was gesellschaftliche Gründe habe. Die Entwicklung der materiellen hätte hier mit jener der geistigen Produktivkräfte nicht mithalten können, und gerade darum geriet das »verfügende Kalkül« zum »Traumspiel« des Wiener Intellektuellen, das sich in das Zahlenspiel als das »Phantasma« von Geldmacht flüchtete.[74] Wir können füglich bezweifeln, ob Adorno zu gleichen oder ähnlichen Schlüssen einer symbolischen Überschussproduktion gekommen wäre, wenn er zusätzliche kontemporäre Wissenschaftsfelder in der Tradition des Positivismus einbezogen hätte – etwa die Reine Rechtslehre des Kantianers Hans Kelsen[75] oder den harten Empirismus der berühmten Wiener Medizinischen Schule.[76] Seine Analyse der musikalischen Neuerung in Wien jedenfalls ist zwingend; er hat sie 1960, als sich diese Musik als eine »Art von Weltstil der Moderne« etabliert hatte, noch einmal zusammengefasst und damit ihren theoretischen Überbau und ihr ästhetisches Programm festgeschrieben: Die soziale Struktur Wiens, teils feudal und teils von Luxusindustrie und Handel bestimmt, sei abrupten und radikalen Neuerungen ebenso wenig zuträglich gewesen wie das »Klima der Wiener Psychologie«, das viel eher mit Impressionismus und Jugendstil in Einklang zu bringen war. Die »große musikalische Revolution« ereignete sich nicht als »einfacher Gegenschlag gegen den Subjektivismus«, sondern war vielmehr durch diesen selbst vermittelt; der expressionistische Schönberg um 1910 sei Kokoschka näher als Picasso. Die Opposition gegen das »schmeichelnd Verführende« des ästhetisch sensiblen Wiener Milieus war dennoch die entscheidende Antriebskraft der neuen Musik:

Gerade weil die wienerische Kultur wie ein Äther das gesamte Leben durchdrang; weil dort Kultur selbst, insgeheim dem zuwider, was Kultur meint, als Luft des Bestehenden, als stillschweigendes Einverständnis sich sedimentiert hatte, begehrten die Begabtesten gegen sie auf, brachen aus, indem sie der Kultur dartaten, sie sei in Wahrheit nicht kultiviert genug. Darin waren Schönberg, Karl Kraus und Adolf Loos eines Sinnes; Feinde des Ornaments, des Behagens am unverpflichtend Ästhetischen, das allzu viel sich selber als gesichert vorgibt und notwendig ins Phäakische ausartet. Ihre Polemik galt dem Schmock aller Bereiche, nicht nur des journalistischen, der die eigene Differenziertheit, einig mit der aller anderen, auf dem Markt feilbietet. Die mit sich zufriedene wienerische Konzilianz milderte die brutalen Anforderungen der materiellen Produktion und gestattete damit dem Geist, sich zu regen und zu bilden.[77]

Als Adorno im März 1925 für ein knappes halbes Jahr nach Wien kam, um bei Alban Berg Komposition zu studieren, war die große Revolution, die die »Emanzipation der Dissonanz« und einen »Kompositionsstil der Freiheit« generiert hatte, bereits Geschichte.[78] Adorno sah in ihr das modellhafte Ergebnis einer geglückten, der einzig geglückten Revolution, nicht als das Resultat einer Vergesellschaftung, sondern der höchsten Individualisierung. Was infolge der »Dialektik der Aufklärung« der bürgerlichen Revolution versagt bleiben musste, war hier zum vollen Durchbruch gelangt: Emanzipation und Freiheit. Die bürgerliche Revolution findet in der Musik, und nur hier, ihre Vollendung.[79]

Revolution wächst aus der Tradition. In Wien wird die Tradition umgewälzt dadurch, dass sie ernst genommen, konsequent weitergeführt wird: Das »integrale Komponieren« Schönbergs war vorgeformt bei Beethoven und Brahms, Schönberg erweist sich als »Vollstrecker ihres objektiven Willens«. In der Rationalität des integralen Komponierens, in der Zurückweisung jeglicher hierarchischen Vermittlung bei Mahler und Schönberg klingt säkularisierte jüdische Theologie mit an, schwingt unterschwellig die Auflehnung der josephinischen Aufklärung gegen die aristokratische Tradition mit.[80] Dies birgt ein Ferment des Skeptizismus, steigert sich zum »Ton der permanenten, sedimentierten Unzufriedenheit«, in Schönbergs Rigorismus ebenso wie Weberns Gestus des »Raunzers als Genie«: Kulturimmanente Unzufriedenheit transzendiert schließlich Kultur.[81]

Revolution wächst aus dem substantiell Vorgegebenen. Schönberg, dem Autodidakten und gelegentlichen Schüler Zemlinskys, war eine »selbstverständliche wienerische Durchtränktheit mit Musik« eigen, seine schließlich erarbeitete kompositorische Freiheit nichts als die mit Verbindlichkeit in eins gesetzte »oberste Gestalt der wienerischen Lässigkeit selber«. Er wurzelt in der Tradition: Seine Asymmetrie ist in den Unregelmäßigkeiten der Periodisierung bei Schubert bereits »vorgedacht«, seine Atonalität der Versuch, »das vegetabilische, nicht nach abstrakten Zahlenverhältnissen sich richtende Wesen vorrationaler Musik auf die Komplexion von Melodik und Harmonik zu übertragen«. Die großen Intervalle, die schließlich die ganze Textur durchsetzen, knüpfen an eine von Mahler mit seinen Jugendliedern aufgenommene volksmusikalische Tradition an. Das unbewusste Gedächtnis der monadischen Gesänge des jüdischen Gottesdienstes klingt ebenso an wie – bei Themen, die sich großer Intervalle bedienen – das »Schwungvolle« in der Walzertradition des Johann Strauß. Schönberg, Berg, Webern haben einige Stücke dieser wohl wienerischsten aller Musikformen instrumentiert.[82]

Was bei Schönberg latent, tief unter der manifesten Gestaltung seiner Werke angelegt ist, wird bei Berg und Webern offen kenntlich, im Habitus habe Berg mit keinem Takt Wien verleugnet:

> *Vollends hat er – den Zusammenhang der Schönbergschule mit Gustav Mahler aufdeckend – überall dort, wo dramatische oder poetisch charakterisierende Absicht es gestattete, sein unverfälschtes musikalisches Wienerisch mit den Vokabeln von Atonalität und Zwölftontechnik gesprochen.*[83]

Die Obsession der Wiener modernen Elitenkultur mit Sprache, Sprachkritik, Sprachlogik, Sprachformen und Formensprachen verweist auf eine ihrer zentralen und konstitutiven Problematiken, den Prozess der erfolgreichen (respektive letztlich doch gescheiterten) Integration und Assimilation der Juden in die Wiener Gesellschaft und Kultur. Tatsächlich war es die jüdische Bourgeoisie, die als treibende Kraft, als soziale Trägerschicht jener wohl einmaligen, plötzlichen Bündelung an Kreativität und Intellektualität im Wiener Fin de Siècle gelten kann – sowohl was die Produzierenden, die Publizierenden als auch das Mäzenatentum und die Kritik betrifft. Freud, Wittgenstein, Schnitzler, Mahler, Schönberg, Kraus, Canetti, Popper, Herzl, Weininger, Alfred Adler, Victor Adler, Otto Bauer, Otto Neurath, Max Reinhardt, Billy Wilder, Fred Zinnemann und viele andere mehr: Sie alle entstammten einem assimilierten jüdischen Hintergrund. Sie dominierten in den verschiedenen literarischen und intellektuellen Zirkeln, in der psychoanalytischen und individualpsychologischen Bewegung, bei den Literaten des »Jung Wien«, bei den Theoretikern des Austromarxismus.

Nun hat etwa Michael Steinberg sehr dezidiert davor gewarnt, die Wiener Moderne ausschließlich als ein »jüdisches Phänomen« begreifen zu wollen, weder aus einer philosemitischen (also modernefreundlichen) noch aus einer antisemitischen (also modernefeindlichen) Perspektive heraus. Judentum in der österreichischen, vielmehr der Wiener Kultur sei »eine Frage der Deutung, nicht der kausalen Zuordnung«.[84] Andererseits kann nicht übersehen werden, dass selbst jene Angehörigen der Wiener kulturellen und wissenschaftlichen Eliten, die nicht jüdischer Herkunft waren, in einem von den jüdischen Intellektuellen geschaffenen Diskurszusammenhang standen, gleichsam auf die von den jüdischen Intellektuellen ausgeübte hegemoniale Position, auf die von diesen vorgegebenen Themen, Problemstellungen, Ideen, Methoden, Verfahrensweisen reagierten.

Es kann, wie dies Stephen Beller getan hat, argumentiert werden, dass die mitteleuropäische jüdische Tradition – im Gegensatz zum barocken Wiener Katholizismus mit seinen strikten sozialen Hierarchisierungen und seiner Inszenierung des Ästhetischen – vorwiegend durch den Aspekt des Ethischen geprägt war und insgesamt Hierarchien relativ wenig Bedeutung zumaß. Im Zuge der Aufklärung und des Liberalismus konnte sich so das Judentum ein neues Denken zu Eigen machen, das mit Selbstbestimmung, Rationalismus und einem radikalen Individualismus identifiziert wurde. Das Prinzip der Emanzipation, der Spätaufklärung, wurde zum konstitutiven Moment einer neuen jüdischen Identität. Wien allerdings war die barocke, üppige, katholische Residenzstadt verblieben, mit ihrem Phäakentum, ihrem Hang zum Ästhetizismus, ihrer über eine strikte Staffelung vermittelten sozialen Hierarchisierung, ihren »überindividuellen« Klassen- und Schichtidentitäten. Ein assimilationswilliges Judentum reagiert, komplex und widersprüchlich, in der kulturellen Sphäre auf und gegen diesen katholisch-habsburgischen Wiener Kontext, der doch zugleich integraler und unaufhebbarer Teil ihres jüdischen Lebens- und Erfahrungszusammenhangs (geworden) ist.[85]

Nicht zuletzt ist der gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur Massenbewegung aufsteigende Antisemitismus als ein Reflex auf die kulturelle Dominanz/Hegemonie des assimilierten Judentums zu sehen. Er bediente sich symbolischer Kampfformen und verfolgte den »jüdischen Jargon« sogar dann, wenn er nach außen hin als das makelloseste und reinste Deutsch erschien: eine Subversion, die der Begriffs- und Wahrnehmungswelt des Antisemitismus als tödlich für die Sprache der Väter und Ahnen erscheinen musste; im Munde des Juden verliert sie an Tiefe und Ausdruckskraft, verliert sie ihre »immanente Metaphysik«.[86] Die Sprachfixiertheit jüdischer Intellektueller, die Besessenheit hinsichtlich der sprachlichen »Reinheit« und des richtigen Sprachgebrauchs finden vor diesem Hintergrund ihre plausible Erklärung: Das Kraus'sche Weltsprachgericht, die cholerische Sprachobsession eines Friedrich Austerlitz, der von Otto Neurath erstellte »Index verborum prohibitorum« sind markante Beispiele dafür.

Es war ein in jeder Hinsicht hochgradig sensibilisiertes, hoch nervöses, in seiner Identität und Selbstwahrnehmung gefährdetes und eben deshalb in gesteigertem Ausmaß produktives und kreatives Milieu. Es bot der Freud'schen Seelenerkundung und Tiefenpsychologie in seiner skeptischen Produktivität und sublimierten Triebökonomie ein ergiebiges Feld »pathologischen Materials«. Wie der große Kulturhistoriker des Wiener Judentums, Hans Tietze, bemerkt hat, stellte dieses Milieu – auf Grund der ihm eigenen spezifischen »Mischung von hoher Züchtung und tiefer Hemmung« – das gleichsam ideale Studienobjekt für ein Eindringen in seelisches Neuland, für die »Erforschung der Krankheit unserer Zeit« dar. Es war der seelische Habitus des jüdisch-wienerischen Großstadtmenschen, der eine auf die Analyse bewusst-unbewusster psychischer Dispositionen hin angelegte Neurosenlehre stimuliert hat *(Abb. 49)*.[87]

Exemplarisch deutlich wird das an einer ersten großen Fallgeschichte, an der Freud – allerdings grandios – scheiterte: Ein befreundeter Textilindustrieller, für dessen Familie Freud auch als Hausarzt tätig gewesen war, hatte seine (wie vermutet wurde) unter Symptomen adoleszenter Hysterie leidende Tochter zu einer Behandlung veranlassen können. Die Analyse der fordernden, attraktiven und irritierenden achtzehnjährigen Patientin, der Freud den Namen »Dora« geben sollte, begann Anfang Oktober 1900 und wurde von ihr willentlich nach drei Monaten beendet; fünf Jahre später wurde die Fallgeschichte, die nicht zuletzt auch ein sprachlich-stilistisches Meisterwerk ist, von Freud publiziert.[88] Freud, der seine Verfahrensweisen und Methoden erst rudimentär ausgebildet hatte, attestiert sich darin implizit therapeutisches Versagen. Er hat zudem, wie von feministischer Seite völlig zu Recht eingewendet wurde, seine Patientin, indem er den »Fall Dora« öffentlich machte, in einer das Zulässige überschreitenden Weise denunziert. Die Studie kann aber auch anders gelesen werden: als eine die Konventionen ihrer Zeit transzendierende Feststellung einer »natürlichen«, selbstbestimmten weiblichen Sexualität, die Vorstellung einer revolutionär neuen Art von Weiblichkeit, einer neuen Form von Emanzipation, die über die politischen Forderungen nach juridischer und materieller Gleichstellung weit, und bis zu diesem Zeitpunkt nicht denkbar,

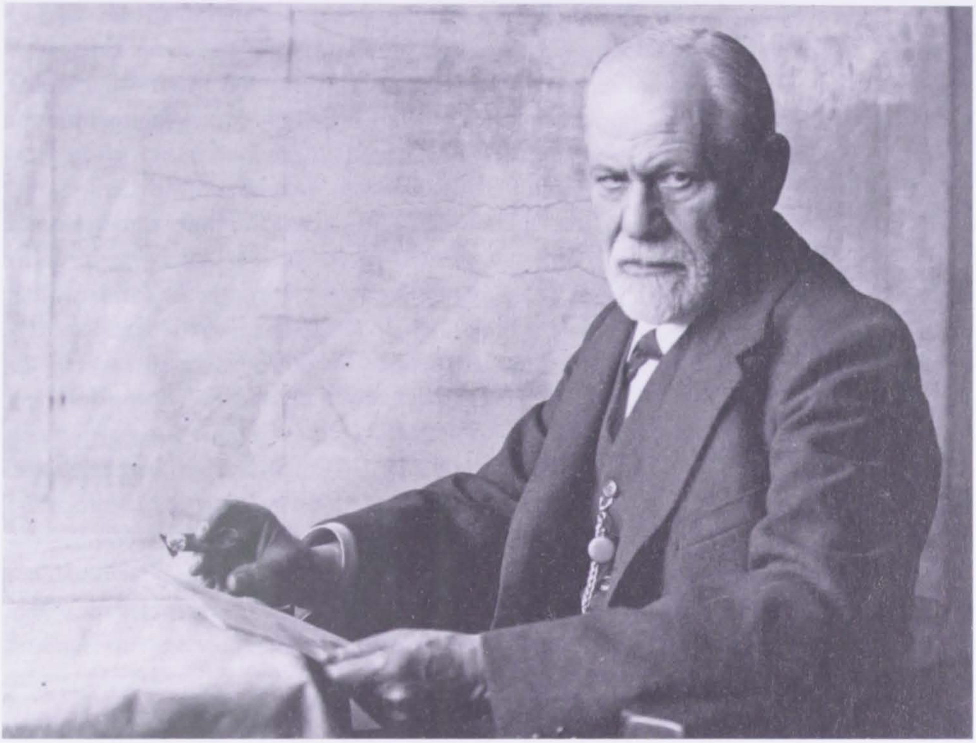


Abb. 49: Sigmund Freud

hinausging: die sexuelle Befreiung des weiblichen Körpers und die implizite Befreiung der Phantasie und Imagination.[89]

Der »Fall Dora« eröffnet zudem einen faszinierenden Einblick in die Lebens-, Geistes- und Gefühlswelt des Wiener jüdischen Großbürgertums um 1900 im Allgemeinen. »Dora« war das Pseudonym für Ida Bauer, Tochter des Textilindustriellen Philipp Bauer und Schwester des später führenden austromarxistischen Theoretikers und De-facto-Parteivorsitzenden der Sozialdemokratie, Otto Bauer *(Abb. 50)*. Kurz nach seiner Heirat hatte der aus der Gegend um Iglau (Jíhlava) stammende Philipp Bauer eine Wohnung in der Berggasse 32 bezogen, um sich, nach längerem krankheitsbedingtem Aufenthalt in Südtirol, in der Liechtensteinstraße, in unmittelbarer Nähe zu Freuds Wohnung und Ordination, niederzulassen. Er hatte sich, aus dürftigen Verhältnissen stammend, als Begründer einer Faktorei in Náchod in Nordböhmen und einer Textilfabrik in Warnsdorf an der sächsischen Grenze etabliert und es zu beträchtlichem Wohlstand gebracht.

Philipp Bauer war einer jener disziplinierten, hart arbeitenden, akkumulierenden Unternehmer der ersten Generation, ambitiös und initiativ, in seinem Arbeitsethos we-

der sich noch seine Angehörigen noch seine Arbeiterschaft schonend. Als klassischer Liberaler der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hing er dem Konzept des konstitutionellen Staates an, trat für die Freiheit der Rede und der Presse ebenso ein wie für eine Trennung von Kirche und Staat und forcierte ein allerdings limitiertes Wahlrecht unter Ausschluss der Frauen und unteren sozialen Schichten. Der Staat hatte sich grundsätzlich aller Regulierungen und Interventionen zu enthalten, es sei denn, sie dienten (wie etwa im Fall der Schutzzölle) dem unternehmerischen Interesse. In gewisser Weise war Philipp Bauer die Exemplifikation liberaler Werte. Intellektuell wach und anspruchsvoll, charmant und verbindlich im Umgang, selbstbewusst und artikulationsfähig, verkörperte er – nicht zuletzt auch als Mitglied einer Freimaurerloge, deren Wohltätigkeitsreferat er leitete – die neuen, »fortschrittlichen« Ideale und Konzepte von »Bürgerlichkeit«. Sie waren eng an Prozesse der Akkulturation und Assimilation gekoppelt; einer der politischen Weggefährten seines Sohnes hat denn auch seine Erscheinung als die eines »nicht-jüdischen Intellektuellen« aus höheren Beamtenkreisen beschrieben.[90]

Im Gegensatz zur öffentlichen Präsenz und Repräsentation gestalteten sich die privaten Angelegenheiten und internen Familienbeziehungen, ganz den Normen und Usancen der Zeit entsprechend, rigid, repressiv, einengend, strengen moralischen Codes sowie strikten generations- und geschlechtermäßigen Hierarchisierungen unterworfen. Es ist ein viktorianisches Privat- und Intimszenario, das Freud analytisch ausleuchtet und unter dem ausnahmslos alle Beteiligten zu leiden haben.[91] In dieser Atmosphäre rebelliert Ida/Dora individuell und psychisch; ihr Bruder Otto hingegen gleicht aus, sublimiert, wird ein brillanter Student des Rechts und der Nationalökonomie, startet, an der Seite seines Mentors Victor Adler, eine kometenhafte politische Karriere und steigt binnen kurzem in die erste Reihe der Theoretiker der internationalen sozialdemokratischen Bewegung auf.

Wie Philipp Bauer hatte auch Simon Carl Siegmund Popper die liberalen Ideale von Besitz, Recht und Kultur zum leitenden Prinzip seines Lebens und seines Wirkens gemacht. Gleich Bauer ein jüdischer Migrant aus Böhmen, vollzog auch er einen rapiden sozialen Aufstieg, zu dem sein Einheiraten in eine der führenden großbürgerlich-jüdischen Familien Wiens nicht unwesentlich beitrug. Simon Popper war Geschäftspartner des letzten liberalen Wiener Bürgermeisters, Raimund Grübl, führte nach dessen Tod 1898 die gemeinsame Anwaltskanzlei alleine weiter und bezog mit seiner Familie eine Herrschaftswohnung am Graben in unmittelbarer Nähe des Stephansdoms. Seine Frau Jenny war Tochter des »Kaiserlichen Ratsherren« Max Schiff, der im Textilhandel ein Vermögen erworben hatte, ihr Bruder, Walter Schiff, Spezialist für Agrarfragen, hatte einen Lehrstuhl für Ökonomie und Statistik an der Wiener Universität inne.[92]

Simon Popper, der gemeinsam mit seiner Frau 1900 zum Protestantismus konvertiert war, wurde 1904 zum Meister vom Stuhl der Loge »Humanitas« und schließlich in Anerkennung seines humanitären Werks (das er, ironischerweise, unter den Auspizien der eigentlich illegalen Freimaurerei in Angriff genommen hatte) vom Kaiser nobilitiert. Trotz allem erinnert sich Karl Popper an seinen Vater als einen »radikalen

Liberalen« in der Tradition eines John Stuart Mill. Und in der Tat wuchs Karl Popper in einem freigeistigen, freisinnigen, kosmopolitischen Umfeld auf, unter dem bestimmenden Einfluss auch seines Onkels Walter Schiff, eines engen Vertrauten des sozialistischen Ökonomen Anton Menger. Wesentliche Momente des fortschrittlichen intellektuellen Wien um 1900 sollten sich in Poppers späterem wissenschaftlichen Werk wiederfinden, so sein leidenschaftliches Plädoyer für die Aufklärung und die Offene Gesellschaft, seine rigorose Ablehnung jeglicher Metaphysik und jeglicher Nationalismen, auch und gerade des Zionismus.[93]



Abb. 50: Otto und Ida Bauer im Kindesalter.

Die Bauers und die Poppers stehen stellvertretend und beispielhaft für ein hoch verdichtetes, hoch sensibles, nervöses, sensitives, ebenso produktives wie effektives, in seiner Identität stets gefährdetes und sich selbst in Permanenz hinterfragendes soziales und kulturelles Milieu. Es ist ein zu einem nicht geringen Teil genieproduzierendes Umfeld, eine bewusst-unbewusste »Konzentration des Jüdischen«, die im Wien des Fin de Siècle »mehr als zu irgend einer anderen Zeit und an irgend einem anderen Ort sich vertiefte«.[94] Nie seit den Tagen des maurischen Spanien war es, wie Hannah S. Decker festgestellt hat, zu einer derartigen Blüte jüdischer Intellektualität und Kreativität gekommen.[95] Bis in die Zwischenkriegszeit hinein stellte eine bestimmte Schicht einer ethnischen Minorität die signifikanten sozialen und kulturellen Eliten der Stadt; es ist, um auf einen von Malachi Haim Hacohen geprägten Begriff zurückzugreifen, das Milieu der »nicht-jüdischen« Wiener Juden.[96]

1848 waren die Einschränkungen in Bezug auf die Freizügigkeit der Berufsausübung und der Wahl des Wohnortes für Juden aufgehoben und sie in ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten mit der übrigen Bevölkerung gleichgestellt worden. Nach der kurzen Periode des Neoabsolutismus erlangten sie ihre volle Emanzipation mit den Grundgesetzen 1867. Die Reichshaupt- und Residenzstadt erwies sich als wahrer Magnet. Zunächst waren die böhmischen und mährischen, wenig später auch die ungarischen Juden mobilisiert worden; seit den späten sechziger Jahren floss zudem ein niemals versiegender Strom galizischer Juden in Richtung Hauptstadt. Die Zuwanderungsquoten stiegen rasant: Als, gegen Ende der 1860er-Jahre, die Familien Bauer und Freud in Wien ankamen, lebten hier, gemessen an der Gesamtbevölke-

rung, gerade einmal 1,3 Prozent Juden. Der Zensus von 1857 wies etwas über 6.000 Personen jüdischer Herkunft aus. 30 Jahre später betrug der jüdische Anteil an der Stadtbevölkerung bereits 9 Prozent, war bis 1880 auf 72.000 und bis 1910 auf über 175.000 gestiegen. Während sich die Einwohnerzahl Wiens von den 1860er-Jahren bis 1910 in etwa vervierfachte, stieg der jüdische Anteil um das 28fache. Wien um 1900 war nicht nur die europaweit größte tschechische, sondern, nach Warschau und Budapest, auch die drittgrößte jüdische Stadt; 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung waren zu diesem Zeitpunkt nicht in der Stadt geboren.[97] Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellten die Wiener Juden ein Drittel der Gymnasialschüler und Universitätsstudenten, die Hälfte der Studenten an der Medizinischen Fakultät. Sie dominierten die Presse und die freien Berufe, die Salon- und die Kaffeehauskultur, und sie waren in der Großbourgeoisie überproportional vertreten. Ihr Einfluss im wirtschaftlichen wie intellektuellen Leben der Stadt war, wenn nicht hegemonial, so doch jedenfalls dominant, und zumindest auf dem Gebiet des künstlerischen und wissenschaftlichen Mäzenatentums begannen sie, die Funktionen und Positionen des alteingesessenen Adels zu übernehmen.[98]

Ein »autochthones« Bürgertum habe es in Wien nicht mehr gegeben, der Hof, das Kleinbürgertum und die Juden hätten der Stadt das Gepräge verliehen. Bald nach seiner Ankunft habe der Berichterstatter erkennen müssen, dass die »ganze Öffentlichkeit« von Juden beherrscht würde – Banken, Presse, Theater, Literatur, gesellschaftliche Veranstaltungen. Seine Verwunderung über die schiere Menge von »jüdischen Ärzten, Advokaten, Klubmitgliedern, Snobs, Dandys, Proletariern, Schauspielern, Zeitungsleuten und Dichtern« sei groß gewesen, er habe sich ihrer Manieren geschämt, ihrer Haltung:

Diese Scham steigerte sich manchmal bis zur Verzweiflung und bis zum Ekel. Anlaß war das Geringe wie das Bedeutende; das Idiom; schnelle Vertraulichkeit; Mißtrauen, das das unlängst verlassene Ghetto verriet; apodiktische Meinung; müßige Grübelei um Einfaches; spitzfindiges Wortefechten, wo nichts weiter nötig war als Schauen; Unterwürfigkeit, wo Stolz am Platze war; prahlerisches Sichbehaupten, wo es galt, sich zu bescheiden; Mangel an Würde, Mangel an Gebundenheit; Mangel an metaphysischer Befähigung. Gerade dies letztere bestürzte mich am meisten bei den Gebildeten. Es ging ein Zug von Rationalismus durch all diese Juden, der jede innigere Beziehung trübte. Bei den Niedrigen äußerte es sich und wirkte im Niedrigen, Anbetung des Erfolgs und des Reichtums, Vorteils- und Gewinnsucht, Machtgier und gesellschaftlichem Opportunismus; bei den Höheren war es das Unvermögen zur Idee und Intuition. Die Wissenschaft war ein Götze; der Geist war unumschränkter Herr; was sich der Errechnung versagte, war untergeordnete Kategorie; errechnet werden konnte auch das Schicksal, zerfasert die heimlichsten, dunkelsten Gebiete der Seele. Es war überhaupt in ihnen ein Wille und Entschluß zur Entgeheimnissung der Welt, und sie wagten sich darin so weit, daß in vielen Fällen, für mich wenigstens, Schamlosigkeit von Forschertrieb nicht zu unterscheiden war.[99]

Der dies Ende des 19. Jahrhunderts, ein gutes Jahrzehnt vor Adolf Hitler, beobachtete und ein Vierteljahrhundert später in einer autobiographischen Reflexion zu Papier brachte, war seinem Selbstverständnis nach leidenschaftlicher Jude und guter Deutscher. Jakob Wassermann entstammte dem mittelfränkischen Kleinbürgertum, einer Familie, die sich auf 1670 aus Wien vertriebene Juden zurückführte. 1898 hatte sich der Romanautor (unter anderem »Caspar Hauser«, »Die Geschichte der jungen Renate Fuchs«) als Theaterberichterstatter der Frankfurter Zeitung hier niedergelassen und in der Folge mit Richard Beer-Hofmann, Hugo von Hofmannsthal und Arthur Schnitzler Freundschaft geschlossen.[100] Abgesehen von einer deutlichen Ablehnung des Ostjudentums und einer ebenso deutlichen Verurteilung des Zionismus bleibt seine Einschätzung der Wiener Situation durchgehend ambivalent, unbestimmt, distanziert-fasziniert diesem ihm so fremden sozialen und kulturellen Phänomen gegenüber.[101] Sehr kultivierte Juden mit ausgezeichneten Eigenschaften habe er kennen gelernt, »verfeinert bis zur Gebrechlichkeit«; ein »nervöses Mitschwingen«, ein »ungeduldiges Vorauseilen« sei ihnen eigen gewesen. Dann wieder »unverbrauchte«, von der europäischen Zivilisation noch abgewandte »Eroberer«, die sich Raum erzwangen und sich skrupellos aller staatlichen und gesellschaftlichen Hilfsmittel bemächtigten. Ihre Söhne und Töchter wurden zu Abtrünnigen, die Söhne als Herausgeber literarischer Wochenschriften oder Schöpfer von »Gedichtbänden allermodernsten Stils«, die Töchter in einem nicht mehr weiter steigerbaren Ausmaß »mimikrisiert«. Schließlich noch jene, die die »harte und finstere Religion der Väter« in die Propagierung neuer, säkularer Heilslehren umgemünzt hätten – Abtrünnige auch sie, gleichfalls entschlossen, sich durchzusetzen.[102]

Wassermanns Wahrnehmung eines modernen, urbanen, säkularisierten, kreativen und reflektiven Judentums aus der Perspektive der deutschen Provinz ist durchaus eingeschränkt, verweist aber in eigensinniger Weise auf einen Punkt von zentraler Bedeutung: Der »Hexenkessel«, in den er zu blicken vermeinte, bezeichnete nichts anderes als die Krise des Liberalismus, des liberalen Ich, bedeutete die aus dieser Krise resultierende generationelle Auflehnung gegen die liberalen Väter, die die Form einer kulturellen Revolte der Söhne und Töchter annahm (und die späterhin von Carl E. Schorske zum Ausgangspunkt seiner Analysen der kulturellen und intellektuellen Errungenschaften des Wiener Fin de Siècle gemacht werden sollte). Die Krise des assimilierten Wiener Judentums, die mit der Krise des Liberalismus zusammenfällt, generiert in einer über zwei, drei Generationen währenden, von unzähligen, produktiv verarbeiteten Einflüssen und Anregungen gespeisten »Treibhausatmosphäre« (Schorske) eine einmalige Blüte der Elitenkultur und der Intellektualität. In ihr und durch sie fand dieses assimilierte Wiener Judentum zum autochthonen Ausdruck seiner selbst.[103]

Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die »westlichen« Juden böhmischer und mährischer (in ähnlicher Weise auch die ungarischer) Herkunft einen ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufstieg sondergleichen vollzogen; sie schienen an einer bislang beispiellosen Erfolgsgeschichte teilzuhaben. Ihre Herkunftskulturen waren von einer bereitwilligen Rezeption der Säkularisierungs- und Modernisie-

rungsbestrebungen Josephs II. in Verbindung mit einer genuin jüdischen Aufklärung (Haskalah) geprägt, ihre (religiös-orthodoxen) Traditionen und Bindungen hatten sie sukzessive hinter sich gelassen.[104] Sie bestimmten Profil und Richtung der Assimilation. Übernational, kosmopolitisch, der Dynastie gegenüber – wie im Übrigen die Gesamtheit der Juden des Habsburgerreiches – unbedingt loyal, sind sie als das eigentliche »Staatsvolk« der Monarchie bezeichnet worden. Und in der Tat waren sie die einzige ethnische Gruppierung, die den offiziellen Staatsgedanken enthusiastisch rezipierte, und, wie der liberale Rabbi Jellinek feststellte, Träger einer »österreichischen Idee«, die eine transnationale war und sein musste. Jellineks Einschätzung wurde von dem »modernen Orthodoxen« Josef Bloch geteilt, der davon ausging, dass, könnte man eine spezifisch österreichische Nationalität konstruieren, die Juden deren Grundlage stellen müssten, als einzige »bedingungslose« Österreicher. Und tatsächlich waren sie die einzige ethnische Minorität, deren »goldenes Zeitalter« gänzlich an das Weiterbestehen des multinationalen Habsburgerreiches gebunden war:

Well into the final days of World War I, when the empire already lay in ruins, Viennese Jewish papers insisted that, federally reorganized, the multinational empire was viable. Later, in their exile, Jewish émigrés portrayed Central Europe under the Habsburgs as a vanished cosmopolitan dream.[105]

Es war nicht zuletzt ein Traum einer vollständigen Akkulturation, einer Assimilation an die fortgeschrittenste und höchstentwickelte Kulturnation, an ein als ideal imaginiertes »Deutschtum« gewesen. Adolf Jellinek, von 1865 bis 1891 Wiener Oberrabbiner, ging davon aus, dass die Juden das Nationale zu überwinden und ihren Kosmopolitanismus insofern umzusetzen imstande waren, als sie zu mustergültigen Bürgern jener Nationalitäten, unter denen sie lebten, heranwuchsen. Für die österreichischen, und das bedeutete in diesem Fall für die Wiener Juden hieß dies eben die Integration, das Aufgehen im Deutschen. Aufklärung, Emanzipation, Kultur, Bildung und Deutschtum wurden so, ununterscheidbar und ungeschieden, in diesem Verständnis zu ein und demselben. Als Victor Adler zum Protestantismus konvertierte, tat er dies, um, nach eigener Aussage, sich und seinen Kindern das »Entréebillet zur europäischen Kultur« zu verschaffen, und dies war für ihn wie selbstverständlich die höchstentwickelte, also die deutsche Kultur.[106] Kosmopolitanismus, Internationalismus und Hinwendung zum Deutschtum (was nicht selten die Form ausgesprochener Germanophilie annahm) konstituierten deshalb keinen Widerspruch, weil Letzteres als ein kulturelles Konzept, als die Annahme der Werte und Schöpfungen der deutschen Aufklärung verstanden wurde. Dies implizierte die rigorose Ablehnung »politisch« gedachter und konzipierter Nationalismen, im Besonderen auch des Zionismus. Diese westliche Formulierung und Konkretisierung einer im Osten entstandenen, in Latenz schwelenden Sehnsucht und Idee konnte nur in Wien, am Kreuzungs- und Verbindungspunkt von Ost und West, geschehen; sie musste hier zugleich auch auf den vehementesten Widerstand und die heftigste Ablehnung stoßen. Gerade in seinem Herkunftsmilieu, dem der großbürgerlich-liberalen, pro-

deutschen Assimilanten, stieß Herzls »Judenstaat« auf Verwunderung, Ablehnung oder offenes Entsetzen.[107] Man sprach von einem Stück Unsinn und einem obskuren, beschränkten Traktat, und Stefan Zweig erinnert sich des allgemeinen Erstaunens und der Verärgerung der bürgerlichen jüdischen Kreise angesichts seiner Veröffentlichung.[108] Mit Ausnahme Max Nordaus und später des Grafen Heinrich Coudenhove-Kalergi hielten ausnahmslos alle, selbst langjährige Freunde und Bekannte Theodor Herzls, dessen Thesen für lächerlich oder verrückt. »Die offizielle Vertretung des Wiener Judentums war beinahe geneigt, ihn für etwas Ärgeres, für verbrecherisch zu erachten.«[109] Moritz Benedikt hat in der »Neuen Freien Presse« auch nicht ein einziges Wort über den Zionismus zugelassen, und im Nachruf auf ihren langjährigen Feuilletonredakteur wurde dessen utopisches Engagement für die Errichtung eines eigenständigen jüdischen Nationalstaates gerade einmal mit einem Satz erwähnt.[110]

Und tatsächlich gab es nachvollziehbare Gründe für diese vehemente Ablehnung: Beförderte nicht der jüdische Nationalismus in der Lesart Herzls den antijüdischen? Wenn die Forderung nach einem gesonderten jüdischen Nationalstaat rechtens und nötig war, bestätigte dies nicht das antisemitische Vorurteil gegenüber Juden als fremden Parasiten unter einer einheimischen, bodenständigen Bevölkerung? Hatte nicht Herzl, ganz in der Art und jedenfalls ganz im Sinn der Antisemiten, den liberal-jüdischen Traum der Emanzipation und Assimilation als sinn- und hoffnungslos denunziert (worauf die durchaus positive Rezeption der Thesen Herzls in der antisemitischen Presse hindeuten konnte)? Und dies zu einem Zeitpunkt, da dieser Traum, trotz aller wüsten antisemitischen Hetzerei, im Hier und Jetzt manifest und real zu werden schien? Karl Kraus ist mit dem Zionismus in »Eine Krone für Zion« fürchterlich ins Gericht gegangen,[111] ein Großteil der Wiener literarischen Bohème reagierte gelassener und in einer für sie typischen Art und Weise: Witze zirkulierten, etwa der Art, ob man schon gehört habe, dass Herzl die Evakuierung der Wiener Juden in neue Kaffeehaus-Zeilen in Buenos Aires geplant habe, oder, dass man einen jüdischen Staat natürlich begrüße, solange man zum Botschafter in Wien ernannt sei. Schließlich: Juden hätten seit zweitausend Jahren auf ihren Staat gewartet, warum müsse man das nun ausgerechnet persönlich erleben?[112] Und doch: Herzls argumentativer Ausgangspunkt, dass das Ghetto im Inneren weiter bestehen bliebe, war nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Das liberale, aufgeklärte Wiener Judentum bildete, trotz aller Assimilationsbestrebungen und Säkularisierungstendenzen (verwiesen sei auf die europaweit höchste Konvertierungsrate), eine in sich weitgehend geschlossene, hoch verdichtete Sozietät, die, in gesellschaftlicher Hinsicht, kaum Kontakte und Beziehungen nach außen unterhielt. Martin Freud erinnert sich:

> *… rich and poor … in one way we all remained Jewish: we moved in Jewish circles, our friends were Jews, our doctor, our lawyer were Jews. If one was in business one's partner was Jewish, one read a newspaper that was written and directed by Jews, and went for holidays to places where Jews were in the majority. … My mother was very hospitable, but I can hardly remember a non-Jewish person among the many guests at our home (until my father became internationally recognized).*[113]

Ein umfassender Prozess der gesellschaftlichen und ökonomischen Transformation hin zur industriellen, kapitalistischen Moderne hatte die Juden, die eine wesentliche soziale Trägerschicht dieser Moderne sind, emanzipiert. Das Phänomen der Assimilation ist ein unmittelbares Produkt des Transformationsprozesses. Unzweifelhaft: Die Wiener Juden befanden sich auf einem »Weg ins Freie«, doch wohin genau sollte dieser Weg führen, was genau sollte das »Freie« bezeichnen und bedeuten? Es musste wohl um die Einbindung in einen anderen, nicht-jüdischen, der neuen, modifizierten, umgewälzten Daseinsform adäquateren Identifikationshorizont gehen. Es ging, anders ausgedrückt, um die Ablösung von einer als rückständig, vormodern und reaktionär erachteten jüdischen Kollektividentität, um das Bestreben, als Jude in diesem Sinn nicht länger identifizierbar zu sein. Wenn also sehr klar bestimmt war, wovon man sich abzulösen versuchte, so blieb doch abstrakt und unbestimmt, wie und auf welchem Weg der gesellschaftliche Integrationsprozess durchzuführen war und vor allem, woran man sich zu assimilieren gedachte. Eine als ideal vorgestellte deutsche Kultur, ein idealisiertes, imaginiertes »Deutschtum« sollte es sein, das in sich die unverfälschten Werte und Prinzipien der Aufklärung, der Emanzipation, des Fortschritts, des gleichen Rechts, der Freiheit, der Kultur verkörperte.[114]

Diese kollektive Imagination, dieses gemeinsame Phantasma hatte keine Entsprechung im Realen; vielmehr hatten wesentliche Teile der deutschnationalen Bewegung den Rassenantisemitismus zu ihrem eigentlichen Programm gemacht. Das Wiener Judentum assimilierte sich somit an etwas Vorgestelltes, es assimilierte sich an seine eigenen Projektionen. Auf diese Weise entsteht, bei der gegebenen hohen sozialen Dichte und der ebenso hohen Assimilationsbereitschaft, eine distinkte, eigene Kultur, die über das, was in der neueren Kulturanalyse als »hybrid culture« gefasst wird, weit hinausgeht. Es ist ein wesentlich komplexeres Phänomen, eine eigenständige soziokulturelle Formation, die, in ihrer Akkulturation an Imaginäres, eine besondere jüdisch-deutsche Kultur erst schafft und für jene eruptive Bündelung intellektueller Kreativität in Wien um 1900 verantwortlich zeichnet.

In faszinierender Weise hat Otto Bauer die dieser Kultur eigene Überzeugung von der historischen Notwendigkeit der Assimilation beschrieben und analysiert; er theoretisierte damit, im umfassenderen Kontext der Wiener jüdischen Bourgeoisie, die (sozialen und kulturellen) Positionen seiner eigenen Familie sowie seine Perspektiven als sozialdemokratischer Intellektueller. Bauer steht geradezu paradigmatisch für die Vielzahl großbürgerlicher Juden der zweiten und dritten Generation, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen hatten – war dies doch die einzige politische Kraft, die Rassismus in jeglicher Form programmatisch ablehnte. Im Verlauf dieses Prozesses legte die Mehrzahl von ihnen ihre jüdische Identität ab (wohingegen Bauer selbst durchgängig Mitglied der Kultusgemeinde geblieben ist). In der Analyse der »jüdischen Frage« folgte er seinem Mentor Victor Adler, der in der nationalen Assimilation die Voraussetzung für die gesellschaftliche Emanzipation erblickte und im Verschwinden des (historischen) Judentums eine Voraussetzung für die individuelle Befreiung der Juden sah.[115]

Wie auch immer: Mit dem Entstehen eines rassischen und kulturellen Antisemitismus waren entscheidende Gemeinsamkeiten zwischen Arbeiterbewegung und Judentum gegeben. Das dem gesellschaftlichen Entwurf des Austromarxismus inhärente utopische Moment hat eine enorme Anziehungskraft ausgeübt. Wohl war es auch, wie Hans Tietze vermutet, die jüdische Vorliebe für abstraktes Denken und theoretische Konstruktion,[116] wesentlich aber scheint, dass nach dem Scheitern des Liberalismus dessen (humanitäre) Zielsetzungen und Forderungen von der Sozialdemokratie aufgenommen, demokratisiert und zu einer Utopie der Gleichheit ausgebaut worden sind. Politische Alternativen gab es für die Wiener Juden de facto nicht; es ist überzeugend dargestellt worden, dass in der Zwischenkriegszeit drei Viertel von ihnen sozialdemokratisch gewählt haben.[117]

Bauer hat seine Thesen in seiner erweiterten Dissertation »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie« veröffentlicht, erschienen 1907 als zweiter Band der von Rudolf Hilferding und Max Adler herausgegebenen »Marx-Studien«. Binnen weniger Monate hatte der 24-Jährige ein knapp 600 Seiten umfassendes Meisterwerk der politischen Theorie und einen der wichtigsten Beiträge zur Nationalitätenproblematik überhaupt vorgelegt.[118] Die kapitalistische Modernisierung, so Bauer, habe die von ihm so bezeichneten »geschichtslosen Nationen« in den Stand gesetzt, sich über das Entstehen einer Bourgeoisie und einer eigenständigen kulturellen Produktion zu historischen Nationen weiterzuentwickeln. Mit einer erstaunlichen Ausnahme: den Juden. Hier bestimmt der jeweilige Stand der Modernisierung den Fortgang der Assimilierung, oder, präziser, aus dem Prozess der Modernisierung leitet sich eine kausale Notwendigkeit zur Assimilierung ab. Die jüdische Nation gehöre der Vormoderne an, als die Juden die Vertreter der Geldwirtschaft innerhalb einer naturalwirtschaftlichen Welt gewesen seien. Die kapitalistische Moderne aber habe die Naturalwirtschaft nachhaltig zerstört und über die Warenproduktion die Geldwirtschaft zur allgemeinen Wirtschaftsverfassung gemacht; in diesem Sinn seien die Christen zu Juden und die Juden zu Christen geworden. Sobald aber Juden wie Christen Organe ein und derselben Wirtschaftsverfassung, der kapitalistischen Moderne, geworden seien, bewirkte die Gemeinschaft des Wohnortes eine überaus enge »Verkehrsgemeinschaft« und machte das weitere Aufrechterhalten »kultureller Sonderart« innerhalb dieser Gemeinschaften unmöglich.

> *Dass die längst assimilierten oder doch schon vom Flusse des Assimilationsprozesses mitgerissenen Juden Westösterreichs auf die Kulturgemeinschaft mit den Nationen, in deren Mitte sie leben, nicht verzichten werden, ist selbstverständlich. Für sie ist das Jüdische längst eine fremde Sprache, die Gesittung der Juden des Ostens eine fremde Kultur, an der sie keinen Teil haben.*[119]

Diese »fremde Kultur« war für Bauer die einer geschichtslosen Nation, eine Kultur außerhalb des europäischen Zivilisationskanons; eine Kultur der Überlieferung »längst erstorbener Gedanken, Wünsche, Sitten«, des Weltbilds des »Mittelalters«, der »Psychologie einer toten Wirtschaftsverfassung«, der Lebensgewohnheiten des »jüdischen

Branntweinschenkers, der mitten zwischen naturalwirtschaftlichen Bauern lebte«.[120] Weiter wirkende Segmente einer jüdischen Nation seien demzufolge vor allem dort aufzufinden, wo der Prozess der Modernisierung noch nicht oder erst unlängst in Gang gekommen war, also in Galizien und in der Bukowina.

Hier lebten zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung des Habsburgerreiches, von insgesamt 1,224.711 (zum Zeitpunkt der Abfassung der »Nationalitätenfrage«) 811.183 in Galizien und 95.150 in der Bukowina. Seit den 1880er-Jahren war dies das Reservoir eines nicht enden wollenden Migrantenstroms in die Reichshauptstadt. Sie alle versuchten, dem namenlosen sozialen Elend in ihren Heimatprovinzen zu entfliehen, und trugen doch ihre Armuts-, Stetl- und Ghettokulturen mit sich, als Immigranten und Orthodoxe in einem hohen Ausmaß kenntlich und sichtbar, in Habitus, Kleidung, Sprache, »Gesittung« identifizierbar. Die »Ostjuden« waren ebenso religiös wie arm, von erbärmlichem Äußeren; ihre Armut, ihre Schmutzigkeit, ihre strikte, rigide Orthodoxie, ihr distinkter Jargon, ihre rigorose Verweigerungshaltung allen »westlichen« Einflüssen gegenüber, ihr zähes Festhalten an ihren überkommenen Sitten und Gebräuchen ließ sie Integrations- und Akkulturierungstendenzen gegenüber resistent bzw. immun erscheinen.[121]

Zum Kristallisationspunkt der jüdischen Migration aus den östlichen Kronländern, die seit dem Fall der Mobilitätsbeschränkungen im Liberalismus Massencharakter annahm, wird die »Mazzesinsel«, die Leopoldstadt, Ort des »historischen« Ghettos der Wiener Juden *(Abb. 51)*. Der 1858–1865 neu gebaute und in seiner Kapazität erweiterte Nordbahnhof – stolze architektonische Repräsentation eines selbstbewussten, liberalkapitalistischen Handels- und Industriebürgertums – wird, ebenso wie der in unmittelbarer Nähe gelegene Praterstern, zu einem vielfältig codierten, multikulturellen »Empfangssalon« der Residenz. Die pauperisierten Ostjuden kamen als Bettler, Hausierer, Almosenempfänger auf der Suche nach Existenz und Auskommen. Joseph Roth beschreibt sie in »Juden auf der Wanderschaft«:

> *Die Ostjuden, die nach Wien kommen, siedeln sich in der Leopoldstadt an, dem zweiten der zwanzig Bezirke. Sie sind dort in der Nähe des Praters und des Nordbahnhofs. Im Prater können Hausierer leben – von Ansichtskarten für die Fremden und vom Mitleid, das den Frohsinn überall zu begleiten pflegt. Am Nordbahnhof sind sie alle angekommen, durch seine Hallen weht noch das Aroma der Heimat, und es ist das offene Tor zum Rückweg. Die Leopoldstadt ist ein freiwilliges Ghetto. (…) In der Nähe der Bahnhöfe wohnen die Ärmsten aller Arbeiter. Die Ostjuden leben nicht besser als die christlichen Bewohner dieses Stadtteils. Sie haben viele Kinder, sie sind an Hygiene und Sauberkeit nicht gewöhnt, und sie sind gehaßt.*[122]

Nicht zuletzt die westlichen liberalbürgerlichen wie sozialdemokratischen Assimilanten betrachteten die Neuzuzügler mit höchst gemischten Gefühlen, nicht selten auch mit Abscheu und Ekel. Zu sehr evozierten sie wie immer unbewusste Assoziationen zur eigenen Herkunft, zu den eigenen, niederen Anfängen im ärmlichen Ghetto, zu einer



Abb. 51: Die Mazzes-Insel. Wien II., Obere Augartenstraße

rückständigen, vormodern-»barbarischen« Kultur, die doch ein Stück der eigenen war und die man ein für allemal abgelegt zu haben glaubte. Zu sehr schienen sie durch ihre bloße Präsenz die eigenen Integrations- und Anpassungsanstrengungen zu unterlaufen. Im unmittelbaren Umfeld von Nordbahnhof und Praterstern war eine urbane Gegenwelt im Entstehen, ein ambivalent besetzter Kosmos von sozialer und kultureller Unordnung wie Marginalität, ein Ort der Anti-Zivilisation, der urbanen Entfremdung. Die Ostjuden wurden zur Projektionsfläche aller nur erdenklichen Ängste, Bedrohungen, Aggressionen, mit der Übertragung von Seuchen und Krankheiten ebenso identifiziert wie, nach dem Ersten Weltkrieg, mit der Verbreitung des »Bolschewismus«. Die Migrationsbewegung hatte völlig neue Dimensionen angenommen, als mit den großen österreichischen Niederlagen an der russischen Front, als mit der Besetzung Ostgaliziens durch zaristische Truppen in einer noch frühen Phase des Weltkrieges unter den dortigen Juden ein bis dahin ungekannter Flüchtlingsstrom ausgelöst wurde und in kürzester Zeit geschätzte 77.000 von ihnen (vereinzelte Zeitungsberichte sprachen von bis zu 300.000) nach Wien brachte *(Abb. 52)*.[123] Sie kamen in einem stärkeren Ausmaß noch

als ihre Vorgänger elend, depraviert und devastiert, getrieben und in Massen. Sie kamen in eine elende, hungernde, ausgelaugte Stadt und ließen die ohnedies bereits gegebene Beunruhigung und Verunsicherung unter dem ansässigen, assimilierten Judentum nur noch weiter anwachsen. Man befürchtete, nicht zu Unrecht, ein rapides Anwachsen des ohnehin latent allgegenwärtigen Antisemitismus – und damit letztlich die radikale Bedrohung und Infragestellung der Errungenschaften von Moderne und bürgerlichem Liberalismus im Gefolge von Aufklärung und sozialem Fortschritt. Abraham Moshe Fuchs hat in seiner kühl diagnostizierenden, distanziert-realistischen Praterstern-Novelle »Unter der Brücke« die ostjüdischen Flüchtlinge folgendermaßen beschrieben:

Und auch die aus den Städtels der alten Heimat bekannten armen Leute sieht man hier, und man schreckt sich davor, mit ihnen zusammenzutreffen. Sie laufen in ihren zerfetzten, auf einer Schulter hängenden Röcken herum, die schmutzigen Baraberbärte gehoben. Die hohen Häuser, der gewaltige Großstadtlärm, das Vorüberfahren der Trams, das Gebrüll der Automobile, das drängende Gejage der Menschen auf den Straßen – das alles tangiert sie nicht, so als wären sie seit ewigen Zeiten daran gewöhnt. Sie gucken neugierig in fremde Gesichter, verstehen nicht, weshalb man nicht stehenbleibt, um ein wenig mit ihnen zu sprechen, und sie wundern sich, von wo so viele Menschen ihren Lebensunterhalt herbekommen, wohin alle denn so laufen und was sie machen. Es sind Juden, die aus Galizien hierher geflüchtet sind. Die geflickten grünen langen Kaftane schlagen naß an die deformierten Stiefel. Die schmutzigen Bärte und Schläfenlocken sind wirr zerzaust, hart verfilzt. Sie tragen zappelnde Fische für den Sabbat in den Händen, versammeln sich zum Gebet hinter der Brücke im leer gewordenen Gasthaus »Zum wilden Mann«. Und in ihren engen schmutzigen Behausungen, die voll sind von Weibern, Fetzen und Wanzen, hört man die ganze Nacht die Kinder weinen.[124]

Die Flüchtlinge lebten, vegetierten unter unsagbaren sozialen und hygienischen Verhältnissen; protokolliert hat sie Bruno Frei in einer Studie über »Jüdisches Elend in Wien«. Es ist das Protokoll ungekannter, verstörender Lebenswelten, desolater Lebensumstände, sozialer Devianz und Differenz, von Fremdheit und Entfremdung. Bruno Frei, der das Elend dieser Menschen auch photographisch dokumentiert hat, spricht von der Mazzesinsel als einem Massenschlupfwinkel für Elend, Laster, Verbrechen und Siechtum, alles von einer Hässlichkeit, »dass man sich zwingen muss, hinzuschauen …«[125] Die beiden Schiffgassen, die Sperlgasse und ihre Umgebung verbreiteten »den Schauer des Schreckens«:

Dirnen kreischen, Juden feilschen, klagende Töne klingen aus den offenen Fenstern der zahllosen Bethäuser, Zankende stürzen, die Fäuste an der Gurgel, die Treppen eines Wirtshauseinganges herab. Eingesalzene Heringe, drei Volksküchen und die Schmutzkiste vom Karmelitermarkt bilden eine zweifelhafte Geruchseinheit. (…) Rings um das »Heim der orthodoxen Juden«, ein Heim von fragwürdigem Wert, drängen sich Händler, wie auf einem persischen Basar. Jeder ein paar alte Schuhe in der Hand oder eine gebrauchte Hose, flüsternde Anbote, entrüstete Rufe, alles im Tonfall des Ghetto.[126]

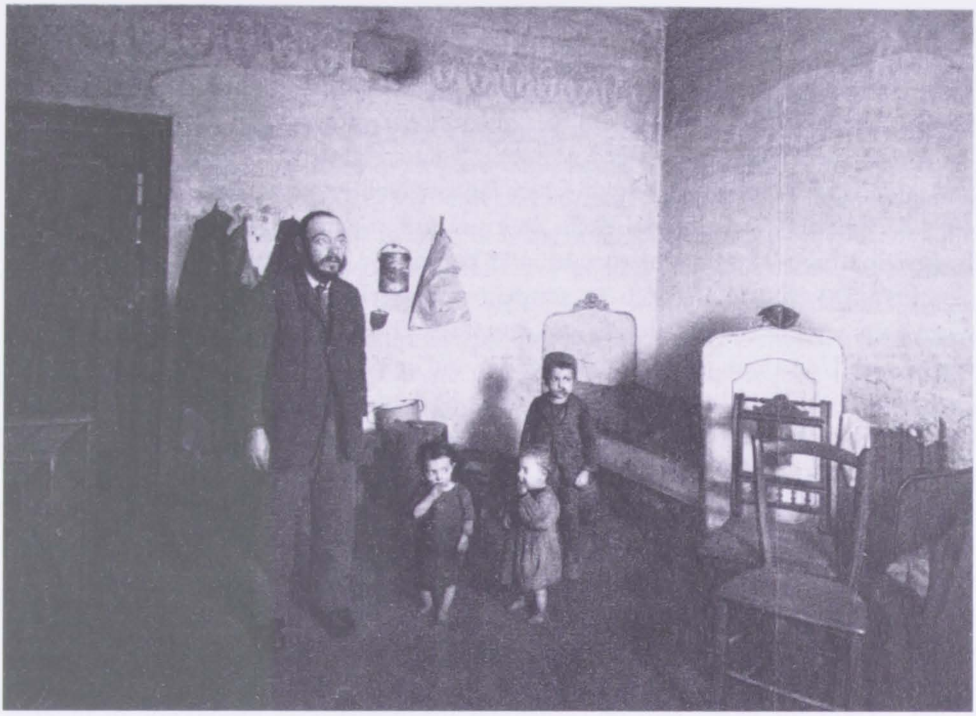


Abb. 52: Ostgalizische Flüchtlinge in der Brigittenau.

Und immer wieder sind es Einzelschicksale »im Reich des Jiddischen«, die das sozialdokumentarische Interesse Freis auf sich ziehen. Wie etwa jenes Mädchens, das mit knapper Not der Zerstörung Lembergs entgangen war und seither, »die Furien des Verfolgungswahns … in den gequälten Augen«, unter jener wohl bekannten Nervenkrankheit litt, die den ganzen Oberkörper zu permanenten Zuckungen zwang. Nunmehr lebte sie, zusammen mit ihrer Mutter und einer Schwester, in einem Leopoldstädter Notquartier, das unter den vielen »Elendshöhlen«, die Frei besichtigt hatte, als das wohl menschenunwürdigste gelten konnte. Alles, resümiert Frei, Schacher, Wucher, Hamsterei, Schieber- und Kriegsgewinnlertum, werde mit den Ostjuden assoziiert, nur nicht deren Leid. Denn:

Es steht geschrieben im Katechismus der Dummheit: der Jud ist schuld![127]

Dem Flair, dem Glanz und dem Prunk, dem verfeinerten Ästhetizismus und sozialen Gestus der boomenden Metropole, des gefeierten Zentrums europäischen Kulturlebens, entspricht ein notwendiges Anderes, Komplementäres.[128] Es ist die Welt der Zuwanderer, Proletarier, der städtischen Unterschichten und Parias, es ist die Welt der »Vorstadt«. Wiewohl mit dem Zentrum auf eigensinnige (über ökonomische Integration bei gleichzeitiger sozialer und kultureller Exklusion hergestellte) Weise verschränkt, wird die Vorstadt in zeitgenössischen Berichten und Beschreibungen durchwegs anders dargestellt: Als die der städtischen Ordnung innewohnende und verborgene Unordnung, als Kosmos sozialer und kultureller Marginalität, als Inbegriff der städtischen Entfremdung. Es sind »dunkle Landschaften an der Straßenbahn«, charakterisiert durch »schweren Atem«, durch »dumpfe, stumpfe Freudlosigkeit«, die Konzentration des »Sterilen« und »Gruseligen«. So sieht etwa der Feuilletonist der Arbeiter-Zeitung, Schermann, im »jämmerlichsten aller Wiener Stadtteile«, des Ende der 1880er-Jahre entlang der Engerthstraße in der Leopoldstadt aus dem Boden gestampften Rasterviertels der Oberen Donaustadt, nichts als ein Konglomerat aus »rauchenden Schloten, unordentlichen Verkaufsladen, Branntweinschenken, Gestank, Schmutz, schlampigen Weibern, verwahrlosten Kindern, Prostituierten«.[129]

Nimmt man die großen Werke der Wiener literarischen Moderne zum Ausgangspunkt, so fällt auf, dass – sehr im Gegensatz zur literarischen Produktion in anderen westlichen Metropolen – das Elend und die Dürftigkeit vorstädtischen Lebens überhaupt keine Erwähnung oder Reflexion finden. Paradigmatisch dafür kann Arthur Schnitzlers »Traumnovelle« stehen, in der der Protagonist, der Mediziner Fridolin, einen geheimnisumwitterten, nächtlichen Ausflug in eine Nobelvilla am Stadtrand unternimmt, in der sich Maskierte aus offensichtlich adeligen Kreisen zu einem erotischen Stelldichein treffen. (Übrigens hat Stanley Kubrick für seinen letzten, mehr oder minder gelungenen Film »Eyes Wide Shut« dieses Handlungsgerüst in das New York des ausgehenden 20. Jahrhunderts verlegt.) Der Weg der Kutsche führt von der zentrumsnahen Alser Straße zu einem villenartigen Wohngebäude in elegant-minimalistischem Empire-Stil auf dem am Rande des Wienerwalds gelegenen Gallitzinberg. Das zwischen Ausgangs- und Endpunkt der Fahrt gelegene unbekannte Territorium des Proletarierviertels Ottakring ist Schnitzler lediglich einen einzigen, lapidaren Satz wert: »Sie fuhren über die Alserstraße, dann unter einem Bahnviadukt der Vorstadt zu und weiter durch schlecht beleuchtete menschenleere Nebengassen.«[130]

Was sich aus Arthur Schnitzlers Fiktionen des Urbanen herauslesen lässt – und dies findet sich nicht nur in seinem Werk, sondern auch in dem einer überwiegenden Mehrzahl der Literaten der Jahrhundertwende –, ist eine Teilung der Stadt in begehbare und unbegehbare Territorien. Die diesen Fiktionen zugrunde liegende mentale Kartographie scheint ein »Imaginaire«, eine Vorstellungswelt, des Urbanen gebildet zu haben, das wohl nicht nur für die Welt der Schriftsteller verbindlich war, sondern

für den Wahrnehmungskosmos der bürgerlichen Schichten insgesamt. Das andere Wien der Armen, der Deklassierten, der Proletarier, der Taglöhner, der Dienstboten und der Außenseiter entzieht sich der bürgerlichen Wahrnehmung und fällt gleichsam aus der von ihr geschaffenen Welt heraus. Eine an den Standards höfischer und bürgerlicher Kultur orientierte Blickweise schließt die Vorstadt weitgehend aus dem Kontext urbanen Lebens aus – es sei denn als ein nach Tunlichkeit zu meidender Ort des Verbrechens und der Entsittlichung, des Abgründigen und des Unberechenbaren. Es blieb der neuen Spezies der Großstadtreporter und Journalisten wie z. B. Emil Kläger[131] oder Max Winter[132] und den schreibenden Polizeibeamten und -ärzten überlassen, dieses andere Wien zu protokollieren und so in die Perspektive der öffentlichen Wahrnehmung einzubringen.

In diesen Texten der Sozialreportage wie auch im Werk jener Literaten, die aus einer Zuwanderer- und sozialen Marginalisierungserfahrung die Stadt von der Peripherie her textualisieren, erscheint die glänzende mitteleuropäische Metropole als ein geteilter, in sich gespaltener und gebrochener urbaner Raum. Ivan Cankar, der heutzutage als der Begründer einer modernen slowenischen Nationalliteratur gilt, hatte im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts als mittelloser Bohemien und Säufer (sowie erfolgloser sozialdemokratischer Reichsratskandidat) bei einer Ottakringer Näherin Quartier genommen und seine vorstädtischen Alltagserfahrungen zum Thema seiner Novellen und Kurzgeschichten gemacht. Cankars Welt der Vorstädte und Industrieviertel könnte in keinem schärferen Gegensatz zum Zentrum, zu dessen »Glanz« und »Helligkeit« stehen. Seine städtische Peripherie ist, wie etwa in der Kurzgeschichte »Mimi« aus dem Jahr 1900 skizziert, eine Welt der Dunkelheit und des Schmutzes, ein Verlies, aus dem es kein Entkommen gibt:

> *In diese Gegend scheint nie die himmlische Sonne. Über den Dächern rankt Rauch aus Fabriken, und gehst du die Gasse entlang, fällt dir Ruß ins Gesicht. Die Häuser sind hoch und langweilig; die Leute, die dir hier entgegenkommen, sind schlecht gekleidet, ihre Wangen sind hohl, und ihr Blick ist unzufrieden. Diese öde Vorstadt erstreckt sich in weitem Umkreis; geh Richtung Osten oder Westen, nirgends ein Ende. Ich kannte einen Mann, der schon einen grauen Bart und einen krummen Rücken hatte und sein Lebtag noch nicht ans Ende jener unabsehbar langen Straße gekommen war, die in eine hellere Welt führt. Diese Vorstadt ist ein riesiges Zuchthaus; nicht einen freien Menschen gibt es hier. Manchmal überlegte ich, was diese Sträflinge verbrochen hatten; ich überquerte eines Morgens die Straße und sah ihnen zu, wie sie in langen Reihen kamen, mit schweren, müden Schritten und verschlafenen Augen; mir schien, als hörte ich, wie unter ihren Kleidern die eisernen Fesseln klirrten. Sie verloren sich in große, graue Gebäude ohne Fenster, und die Tore schlossen sich hinter ihnen.*[133]

Diese von Empathie und persönlicher Betroffenheit getragene Sichtweise Cankars läuft in eigentümlicher Weise parallel zum sozialen Text, den der medizinische, kühl distanzierte und objektivierende Blick der Stadtverwaltung den Verhältnissen der Vorstadt einschreibt; es ist die amtlich autorisierte Niederschrift einer städtischen

Gegenwelt, von desolaten Wohn- und Lebensverhältnissen, sozialer Abweichung und urbaner Pathologie. So heißt es etwa in den Berichten des Stadtphysikats zu Ende der 1890er-Jahre, der durchwegs übermäßige Schnapskonsum der vorstädtischen Bevölkerung habe »deletäre Wirkung« auf deren ganze Lebensführung, »im häuslichen Zusammenleben, im Gesundheitszustande, und was am betrüblichsten, auch im denjenigen der Deszendenz«. Auch hindere der hohe Mietzins die vorstädtische Bevölkerung daran, »für eine entsprechende Ernährung und Bekleidung Sorge zu tragen.«[134]

Erstmals und in spektakulärer Weise hatte der Armenarzt, Psychologe und Begründer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Victor Adler, auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht. Adler veröffentlicht im Dezember 1888 die Ergebnisse seiner auf dem Gelände der Wienerberger Ziegelwerke geführten, verdeckten Recherchen in der von ihm gegründeten Wochenschrift »Gleichheit« unter dem Titel: »Die Lage der Ziegelarbeiter«.[135] Die Artikelserie schlägt ein wie eine Bombe. Sie eröffnet einen direkten Blick auf einen für undenkbar gehaltenen sozialen Abgrund, erschließt eine soziale Gegenwelt: die verborgene, dreckige Kehrseite des Ringstraßenglanzes, das verdrängte, vergessene Andere einer gefeierten Fin-de-Siècle-Metropole, eine Welt der Ausbeutung, Entfremdung, Abstumpfung und Apathie.

Adler spricht von den »ärmsten Sklaven, welche die Sonne bescheint«. Eingebunden in ein über komplexe Hierarchien vermitteltes System absoluter Abhängigkeiten, waren sie der Gesellschaft auf Gedeih und Verderb ausgeliefert; Trucksystem und Blechwirtschaft bestimmten ihr Dasein. Dies bedeutete, dass die ohnedies skandalös niedrigen Löhne nicht in »Normalgeld«, sondern in Form von Blechkupons – die wiederum ausschließlich die Kantinenwirte des Werkes als Zahlungsmittel akzeptierten – ausbezahlt wurden. Die Qualität der angebotenen Waren war mangelhaft, die Preise deutlich überhöht, jede(r) Arbeiter/in einem bestimmten Wirt als »Bewucherungsobjekt« zugeteilt. Adler: »Im Gefühl seiner Macht sagte ein Wirt einem Arbeiter, der sich beklagte: ›Und wenn ich in die Schüssel sch ..., müßt ihr's auch fressen.‹ Und der Mann hat recht, sie müssen!«

Konnten und durften die Arbeiter nicht außerhalb des Werksgeländes einkaufen, so war es ihnen doch erlaubt zu betteln. Adler beschreibt, wie die Inzersdorfer Konservenfabrik allabendlich von Menschenhorden umlagert wurde, um Abfallprodukte zu ergattern. Wem immer es möglich war, der scheute auch den anderthalbstündigen Fußmarsch nach Wiener Neudorf nicht, wo Herr von Seyfried, der Henker von Wien, täglich 80 Portionen Suppe mit Gemüse verteilen ließ: »Beim Henker ist mehr Mitleid als bei der Aktiengesellschaft und den von ihr besoldeten Antreibern.« Jedes Arbeitsverhältnis implizierte auch das zwangsweise Wohnen am Werksgelände. In jedem einzelnen Raum der für die Ziegelschlager eingerichteten Arbeiterhäuser lebten drei, vier, ja bis zu zehn Familien, »Männer, Weiber, Kinder alle durcheinander, untereinander, übereinander«. Für andere wiederum waren so genannte Schlafsäle eingerichtet, wo in einem einzigen Raum 50 bis 70 Personen, auf Holzpritschen und altem Stroh, Körper an Körper geschlichtet, zu liegen hatten. In einem dieser Säle

hatte, so Adler, erst vor kurzem eine Frau in der Gegenwart von »50 halbnackten, schmutzigen Männern« entbunden: »Sprechen wir nicht von Schamhaftigkeit, sie ist ein Luxus, den sich nur die Besitzenden leisten können. Das Leben der Mutter ist durch eine Geburt unter solchen Umständen bedroht. Aber was liegt an einem armen Weibe.« Eine besondere Spezialität zeichnete schließlich die Werke am Laaer Berg aus. Hier schliefen ganze Männerpartien, großteils Ledige, in und auf den Ringöfen, einerseits der kalten Nachtluft ausgesetzt, andererseits von unten halb gebraten, den Kopf auf einen Kohlenhaufen gebettet, von einem schmutzigen Rock notdürftig bedeckt. Die Sträflinge in Sibirien, so Adler zusammenfassend, seien besser versorgt als diese Menschen, deren Verbrechen es offensichtlich war, die Dividenden der Aktionäre der Gesellschaft zu erarbeiten.

Adlers Enthüllungen führten unmittelbar zu einer Interpellation der Reichsratsabgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter an den Ministerpräsidenten. Die Interpellation blieb unbeantwortet, jedoch entfaltete die Behörde in anderer Hinsicht ungewöhnlich rasch Aktivitäten. Die »Gleichheit« wurde konfisziert, die beiden Verbindungsleute Adlers verhaftet und abgeschoben, Adler selbst kam mit einer Geldstrafe wegen unbefugten Verbreitens einer Druckschrift davon. Er ließ dieser Sozialreportage weitere, nicht minder spektakuläre folgen, deren bedeutendste jene über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Kutscher der Wiener Tramwaygesellschaft im April 1889 war. Sie führte zum behördlichen Verbot der »Gleichheit« und zu einer Verurteilung Adlers zu vier Monaten schweren Kerkers.[136]

Ähnlich wie Victor Adler haben die Sozialreporter, haben marginalisierte Literaten wie Ivan Cankar die Stadt als einen Text des Sozialen gelesen. Häufig steht ihre (notwendigerweise männlich codierte) Wahrnehmungsweise des städtischen Anderen in engem Zusammenhang mit Imaginationen, mit Konnotationen und Konstruktionen des Weiblichen:

> *Sie war eine merkwürdige Frau. Sie nähte morgens ab fünf und abends bis elf, bis Mitternacht, manchmal die ganze Nacht, sodaß sie sich nicht einmal hinlegte. An solchen Tagen war sie fast häßlich – rotgeränderte Augen, die Lippen rauh, eingefallen das Gesicht. (...) Und seit wir jene Sache zwischen uns hatten, arbeitete sie viel; und wenn ich um eins in der Nacht aufwachte, hörte ich sie noch draußen: es war nämlich genau zu hören, wie die Nadel in den harten Stoff stach, und besonders deutlich, wenn sie am Fingerhut wetzte. (...) Nun, sie beklagte sich nicht, ich wenigstens habe sie nie gehört. Und es hätte auch nicht zu ihr gepaßt – sie war zum Vieh erschaffen, das schweigt und arbeitet und schließlich liegen bleibt, wenn es genug ist.*[137]

Immer wieder entwirft Ivan Cankar in seinen Texten denn auch ein beinahe stereotypisiertes Bild der »Näherin«, so besonders eindrucksvoll in der hier zitierten, gleichnamigen Kurzgeschichte. Es ist ein Bild strukturellen sozialen Elends und individueller wie kollektiver Ausweglosigkeit – bestätigt und affirmiert von einschlägigen zeitgenössischen sozialpolitischen Enqueten und wissenschaftlichen Analysen gleicherma-

ßen. So hat Hedwig Lemberger 1907 im Rahmen der von Edmund Bernartzik und Eugen von Philippovich herausgegebenen Wiener Staatswissenschaftlichen Studien eine Untersuchung zur Produktionsorganisation, zu Produktionsweisen und zu den sozialen Verhältnissen in der Wiener Wäsche- und Konfektionsindustrie vorgelegt.[138] Die großteils auf Basis von auf Heimarbeit im Verlagssystem und der Herstellung von Massenware organisierte Großproduktion stellte um diese Zeit noch immer einen ganz wesentlichen Faktor der ökonomischen Struktur der Habsburgerresidenz dar.[139] Mehr als ein Drittel aller in diesem Industriezweig in Österreich tätigen Arbeitskräfte war auf die Hauptstadt konzentriert, eingespannt in ein eigentümliches System der Produktionsorganisation, das technologische Rückständigkeit mit der Einschaltung von Mittlerinstanzen in Form von Zwischenmeisterinnen sowie allumfassender Ausbeutung einer beinahe ausschließlich weiblichen Arbeiterschaft verband. Ein höchst elastisches »sweating system«, das dislozierte, gänzlich isolierte Heimarbeiterinnen einer Art vollkommener Konkurrenz, einem notorischen Niedriglohnsystem und dem fortwährenden Wechselspiel von Phasen absoluter physischer Überanstrengung und Phasen unfreiwilliger Stagnation und Arbeitslosigkeit auslieferte.[140]

Werner Sombart betont im Handwörterbuch der Staatswissenschaften »die auf die Spitze getriebene Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft«, deren »bis zur Grenze des Menschenmöglichen vorgeschrittene Ärmlichkeit und Erbärmlichkeit«.[141] Und Oda Olberg erkennt in einer 1896 vorgelegten Studie in der viel gepriesenen Freiheit der Hausindustrie lediglich die Freiheit des Unternehmertums von staatlicher Kontrolle, die »Exemption von den lästigen Arbeiterschutzbestimmungen«.[142] Olberg berichtet von kleinen, überfüllten, ungelüfteten und vor Schmutz starrenden Arbeitsräumen, wo Menschen, »die diesen Namen kaum noch verdienen«, arbeiten und hausen; von Gesichtern, in denen sich stumpfsinnige Ergebenheit und gleichgültige Hoffnungslosigkeit spiegeln und deren Anblick »uns tagelang verfolgt wie ein Gespenst«. Wer diese Orte aufsuchen wolle, der müsse sich allerdings hinausbegeben in die engen, dunklen Gassen der Vorstadt, in die »Arbeiterviertel mit den kasernenartigen Häusern«.[143]

Cankar wie Olberg rekurrieren beide auf die dem Stadtkörper eingeschriebenen sozialen Spaltungen, auf einen in sich segregierten und zerteilten urbanen Raum, auf eine (bereits weiter oben im Kontext der großen Literatur der Wiener Moderne angesprochene, in der Wahrnehmung der respektablen bürgerlichen Schichten angelegte) Spaltung der Stadt in begehbare und unbegehbare Territorien.[144] Als ein nachgerade exemplarischer Ort zur Illustration dieses Sachverhalts kann uns Neulerchenfeld dienen.

Das »Neue Lerchenfeld« war zu Beginn des 18. Jahrhunderts als planmäßige Gründung auf freien Flächen im Besitz des Stiftes Klosterneuburg angelegt worden. Von Anfang an konzentrierte sich hier in ungewöhnlicher Dichte (feudale) Unterschichtbevölkerung. In ihrer Mehrheit sind es Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Manufakturen der westlichen Vororte Wiens, insbesondere die Zeugmacher

des Neubauer und Schottenfelder Seiden- und Brillantengrundes, die sich hier (auf Grund der billigeren Wohngelegenheiten und der durch den Wegfall des städtischen »Einfuhraufschlages« günstigeren Lebensmittelpreise) niederlassen; dazu treten Bettler, Schmierenkomödianten, Dudelsackpfeifer und andere Musikanten, Gaukler, vazierende Bedienstete, Läufer und Kellner, Miststierer, Flickschneider und -schuster, Taglöhner, Stickerinnen und nicht zuletzt die berüchtigten »Engelmacherinnen«.[145] Zur »Geringheit«, schreibt der dänische Dichter Adolph Wilhelm Schack von Staffeldt anlässlich seines Wien-Aufenthaltes 1796, geselle sich hier die Armut:

> *Im Lerchenfelde balgen sich nackte Kinder mit den Hunden um die Knochen, hier haben die Bettler ihre Schenken und Gelage, hier werden hölzerne Beiner und Pflaster abgelegt, bei Wein und Fleisch lachen sie ihrer Wohltäter.*[146]

Hier werden, nach dem Brand des Hetztheaters, die Tierhetzen abgehalten (beim Wirtshaus »Zum Weißen Schwan«), und hier ortet der Polizeiarzt Josef Schrank ebenso wie im Lichtental und in Erdberg eine zentrale Brutstätte der Prostitution. Das »non plus ultra aller Gemeinheit« – gewesene »Küchentrabanten«, Wäschermädchen, Wollschlägerinnen und Fabrikarbeiterinnen – sei bereits von »Kindesbeinen auf zu diesem famosen Industriezweig« herangebildet.[147] Allerdings vergisst Schrank auch nicht darauf hinzuweisen, dass sich gerade die Neulerchenfelder Prostituierten des Vormärz bei den städtischen Kavalieren großer Beliebtheit erfreuten. Sie verwendeten außergewöhnliche Sorgfalt auf ihre Körperpflege, duldeten keinerlei Eindringen von außen stehenden Konkurrentinnen, entwickelten ein umfassendes System der Selbstkontrolle und reduzierten dieserart die Ansteckungsgefahr mit venerischen Krankheiten in einem offenbar erheblichen Ausmaß. Wenn dennoch eine von ihnen erkrankte, so wurde sie von der weiteren Ausübung ihres Gewerbes ausgeschlossen und von den Kolleginnen, so weit und so lange dies möglich war, finanziell unterstützt.[148]

1804 zählte der Vorort, in dem, wie eine zeitgenössische Beschreibung bemerkt, während der Sommermonate nicht selten 20 bis 30 Menschen in einem winzigen Dachboden ihre nächtliche Unterkunft finden mussten, an die 5.300 Bewohner, weit über 50 Prozent sind Frauen, mehr als ein Drittel ist »fremdbürtig«. Ein relativ junger Erwerbszweig ist es, der einen sukzessive größer werdenden Teil der Bevölkerung beschäftigt und das Neulerchenfeld zu der nach dem Prater beliebtesten und bedeutendsten Stätte popularer Vergnügungen in Wien werden lassen sollte: der Ausschank von Wein und Bier. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts haben, gemäß Grundbuchaufzeichnungen des Stiftes Klosterneuburg, von den 156 Häusern des Ortes 103 die Schankberechtigung inne, 83 üben sie aus.[149] Franz de Paula Gaheis spricht von »des Heiligen Römischen Reiches größtem Wirtshaus«, in dem insbesondere an Wochenenden »gutmüthige Fröhlichkeit« in »eine Carricatur wilder Bacchantenfreude« umschlage und »Lärm, Jauchzen und jede Art von Übermuth« dominiere.[150] Beinahe

jedes der Gasthäuser verfügte über mehr oder weniger ausgedehnte Gartenanlagen, wo Volkssänger, Geiger, Komödianten auftraten und in denen sich an schönen Sonntagen bis zu 16.000 Menschen versammelt haben sollen.[151] Franz Gräffer erkennt im vormärzlichen Neulerchenfeld das »wahre Tuskulum der geringeren Classen der Wiener Bevölkerung, die dort im Sommer ein immerwährendes Volksfest zu feiern scheinen«,[152] und Adolf Schmidl beschreibt in seinem 1843 erschienenen Reiseführer durch die Umgebung Wiens den Vorort als jene Gegend, wo der »Wiener Pöbel seine Landsaison« habe, und als das »Reich, wo Bacchus mit seinem ganzen Gefolge schaltet und waltet«.[153] Der deutsche demokratische Journalist Adolf Glaßbrenner, Anhänger des »Jungen Deutschland« und meisterhafter Beschreiber des großstädtischen Alltagslebens, schließlich sieht in Neulerchenfeld eine zweite, in »Schweinsleder gebundene« Auflage des Wurstelpraters:

> *Jubel der untersten Volksklassen, aber ohne Einmischung der Anständigkeit wie im Wurstelprater. Das Volksleben in seiner Wahrheit, ohne Veredelung. Hier schreien und singen die Harfenisten, reißen Zoten und lachen selbst darüber, dort wackelt der Polichinell. Bauern mit ihren Kindern, Gesellen mit ihren Liebsten, liederliche Dirnen, Taschenspieler (...).*[154]

Diese vormärzliche Vergnügungslandschaft ist durchaus diversifiziert – eine innere Strukturierung und Differenzierung, die in ihren wesentlichen Grundzügen bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erhalten bleibt. Unmittelbar an der Linie (heute Hernalser Gürtel) lag, in der Nähe der Invalidenhaus-Filiale, der so genannte kleine Prater: zwei Zirkusgebäude (wo um die Jahrhundertmitte der berühmte Kunstreiter Gillet auftrat), ein Wachsfigurenkabinett, Schießbuden, Ringelspiele, Lebzelter, Stände, die Mandelbäckereien (»Mandoletti«) und andere Süßigkeiten feilboten. Dann gab es noch eine Unzahl von »Beiseln« und »Tschocherln«, Versammlungsorte der vorstädtischen Demimonde. Hier blühte die geheime und offene Prostitution, hier kam es zu unzähligen Messerstechereien und Raufhändeln. »Bahöll-Tinerl«, »Füchsl«, »Drei Säulen«, »Jägerhorn«, »Kleeblattl«, »Burgundisches Kreuz« und wie sie alle noch geheißen haben mögen – diese Lokale waren das Reich der Pülcher und der Strizzi, der Halbwelt und der Vorstadt-Bonvivants:

> *Die liderlichen Weibspersonen sassen rings umher, bunt gruppiert. Ihr Lieblingsinstrument war die Zither, allein nur selten ertönte die Melodie eines Walzers. Man hörte fast immer die sogenannten »Tanz«, kecke, schrillende, ausgelassene Klänge, wobei die Burschen wieherten und paschten (Händeklatschen). Dabei durfte nie der dieser Menschenclasse eigen zu nennende Jodler fehlen.*[155]

In diesen Lokalen wurden, zum blanken Entsetzen der polizeilichen Ordnungsmacht, in den fünfziger Jahren »nackte Bälle« abgehalten[156] und später, nach ihrem polizeilichen Verbot, Maskenbälle, in deren Mittelpunkt als Männer verkleidete Frauen standen:



Abb. 53: Zur Blauen Flasche, Neulerchenfelder Straße 14.

> *Maskenbälle wurden später in den obscursten Wirtshäusern Neulerchenfelds abgehalten, und die Maske des Debradeur entsprach den Intentionen der Demimonde, besonders der niedrigen und frechen. Es kam auf den Maskenbällen im Anfange ihres Bestehens meist das »Zahl' mir ein Gfrornes«, späterhin wurde in den Localitäten niederer Art dies in ein kleines Gollasch übersetzt, ja sogar in ein Glücksechserl.*[157]

Schließlich die großen, traditionsreichen Gasthäuser, wie die »Rote Bretzen«, die »Blaue Flasche« *(Abb. 53)*, der »Weiße Schwan«, das »Goldene Fassl«, der »Goldene Luchs«, der »Goldene Strauß«, der »Schwarze Adler« etc., die sich um die Vergnügungs-Avenue der Gärtnergasse (später: Grundsteingasse), die Brunnengasse und die Neulerchenfelder Straße gruppierten und deren Publikum sich ebenfalls, wenn auch nicht ausschließlich, aus Angehörigen der »niederen Classen« rekrutierte. Hier wurden die großen Volkssänger-Soireen und die legendären Wäschermädl-Bälle, ab dem Weltausstellungsjahr 1873 auch die so genannten Lumpenbälle abgehalten, hier fand aber auch eine sich in ihrem frühesten Stadium konstituierende politische Arbeiterbewegung ihre ersten Versammlungsorte.

Der Erwerb eines großen Areals der nördlichen Schmelz von der Gemeinde Fünfhaus im Jahre 1872 und dessen bis 1890 im Wesentlichen abgeschlossene Spekulationsverbauung schuf die Voraussetzung für eine dynamische großstädtische Ent-

wicklung und intensivierte Industrialisierung. Allerdings sind es, im Gegensatz etwa zu Favoriten und Floridsdorf, nur in den seltensten Fällen Großbetriebe moderner industrieller Leitsektoren, die sich hier ansiedeln, sondern zum überwiegenden Teil in Souterrain-Lokalen oder Hinterhöfen *(Abb. 54)* untergebrachte Kleinbetriebe und gewerbliche Werkstätten. Vor allem aber wird Neulerchenfeld zu einem Zentrum der Heimarbeit und der Hausindustrie.

Die soziale Entwicklung dieses großstädtischen Vorstadtdistriktes, seine selbst für gründerzeitliche Verhältnisse außergewöhnliche urbane Dynamik mit den bekannten krassen sozialen Missständen, korrespondierte mit einem immer wieder beschriebenen Phäakentum, mit einer oftmals angesprochenen, geradezu manischen Lebenslust der örtlichen Bevölkerung. Die Verknappung der verfügbaren Zeit durch 60- bis 70-stündige Wochenarbeit und die Verdichtung von Freizeit auf kurze, intensive, teils gewaltbesetzte Vergnügungsformen, Arbeitsdruck einerseits und flüchtiger Genuss andererseits, Kompression und Dekompression existierten hier neben- und ineinander, konstituierten ein Wechselspiel von sozialem Elend und gehetzter Zerstreuung. Wieder ist es Ivan Cankar, der diesem Wechselspiel von Verdichtung und Reduktion beredt und beklemmend Ausdruck verleiht:

> *Ich betrat eine niedrige, verrauchte und schmierige Wirtschaft, die voll war von lauten, schreienden und singenden Gästen. Auch die Frauen sangen und schrien; gekleidet waren sie in bunte Fetzen; die Gesichter waren gerötet und schweißnaß, die Wangen gedunsen, die Augen trüb. Die andere Stube war ein paar Stufen höher, mit Papierblumen geschmückt; dichter Staub wälzte sich heraus; dort war das Podium, dort wurde getanzt. Sonderbar aufgeregt waren sie alle, hastig und laut – als stünde ein Antreiber mit der Peitsche hinter ihnen, den Sklaven. So hastig und laut, so im Fieber würde leben, wer aus dem Grab gerufen wäre, eine einzige Nacht zu leben und nie mehr. (…) Er war ein junger Arbeiter. Auch er war erhitzt, ganz ruhelos, und er trank viel. »Schnell Tini!« Er nahm sie am Arm, und sie eilten in den entfachten Staub. Dort ertönte eine Musik, geräuschvoll und roh wie auf dem Jahrmarkt. (…) Als sie zurückkamen, waren sie beide seltsam erregt; schwer und schnell keuchten sie, die Augen glühten wie hinter einem roten Nebel.*[158]

Neulerchenfeld *(Abb. 55, S. 299)* war dieserart in der Tat ein sozial wie kulturell strikt abgegrenztes Territorium, ein Projektionsfeld von Bedrohungen, das aus der Sicht des Zentrums zu einer Zwischenzone des Urbanen, zur Negation der Zivilisation und zur Materialisierung des Anderen, des Niederen geriet. Ein damit eng verbundenes und nicht trennbares Stereotyp bezieht sich auf einen ambivalent besetzten Kosmos weiblicher Unterschichtssexualität. Diese wird als freier, libidinöser, dem männlichen Begehren zugänglicher imaginiert. So gerät in der Beschreibung eines so genannten Fünf-Kreuzer-Tanzes durch den liberalen Feuilletonisten Felix Salten die »prachtvolle Hingegebenheit« der jungen Unterschichtfrauen zur Metapher einer idealisierten Natürlichkeit, einer (noch) ungebrochenen körperlichen Vitalität. Sie »verrichten« ihren Tanz wie ihre Arbeit, gleichmäßig, ausdauernd, unermüdlich …



Abb. 54: Hinterhofelend: Blindengasse 7 um 1900.

Die Vorstadt erscheint hier nicht mehr nur als das Bedrohliche für die Sphäre der Politik und Öffentlichkeit, sondern als ein unbestimmtes, wenn auch gefährliches Territorium des Geschlechtlichen, als ein insgeheim anziehendes und verführerisches Terrain der Lust. In Saltens Beschreibung des Wurstelpraters liest sich dies so:

> *Einfach, wie nirgendwo anders sonst, enthüllen sich hier die einfachen menschlichen Triebe. Die Lust des Weibes am Manne. Die Lust des Mannes am Weibe. Von ihrer aufrichtigen Kraft ist die Atmosphäre dieses Saales ganz erfüllt. (...) Unschuld gibt es hier nicht, wenigstens nicht in unserem Sinne, nicht im gesellschaftlichen Sittlichkeitsbegriff. (...) In ihrer Umarmung ist Erwarten und zugleich ein Vorherwissen. Und manche von ihnen hat jetzt schon in ihrem Antlitz einen Schimmer sanften Duldens, jener stillen Ergebenheit, womit Frauen so oft in langen Schmerzen das kurze Glück ihrer Frühlingstage büßen.*[159]

Wenn Salten die Vorstadt als Ort einer gleichsam ethnographischen Erkundung und Festschreibung einer freieren Sexualität vorstellt, so gilt sie anderen als Ort der gewerblichen Unzucht, eines allgemeinen sittlichen Verfalls und der durchgehenden Verseuchung. Der bereits zitierte Polizeiarzt Josef Schrank, der 1886 die erste moderne, umfassende und für lange Zeit einzige Studie zur Prostitution in Wien vorgelegt hat, benennt die »gewerbliche Unzucht«, das Verbrechen und das Proletariat als die »drei Feinde der Civilisation«,[160] Die Prostituierte, aus dem hungernden Proletariat stammend und dem Verbrechen ausgeliefert, raube die Ehe, zerstöre das Lebensglück und impfe »das syphilitische Gift Armen und Reichen, Hohen und Niederen mit gleicher Schrecklichkeit ein«.[161] Doch auch ein Stefan Zweig, dem jedenfalls der phobisch aufgeladene Blick des Polizisten nicht unterstellt werden kann, beschreibt in seiner »Welt von Gestern« die Prostitution als ein Hauptübel seiner romantisch-prächtigen, untergegangenen Welt im Wien vor der Jahrhundertwende. Dem heftigen Gefühl der Bedrohung verleiht er mit Hilfe einer militärischen Metapher Ausdruck: »Diese ungeheure Armee der Prostitution war – ebenso wie die wirkliche Armee in einzelne Heeresteile, Kavallerie, Artillerie, Infanterie, Festungsartillerie – in einzelne Gattungen aufgeteilt.«[162]

In seiner sexuellen Topographie der Stadt lokalisiert Zweig die »Festungsartillerie« eindeutig in der Vorstadt, benennt diese aber als solche nicht, sondern spricht nur – da sie offenbar völlig außerhalb seiner bewussten Wahrnehmung lag – von »jenen Gegenden, wo früher im Mittelalter der Galgen gestanden hatte oder ein Leprosenspital oder ein Kirchhof, wo die Freimänner, die Henker und anderen sozial Geächteten Unterschlupf gefunden, Gegenden also, welche die Bürgerschaft schon seit Jahrhunderten lieber mied«.[163]

Die Prostitution vergleicht er mit einem dunklen Kellergewölbe, einem unterirdischen Wien, über dem sich die makellose Fassade der bürgerlichen Gesellschaft erhebt. Das Kapitel über Eros und Sexualität in seinen Jugenderinnerungen kontextualisiert die Stadt eindeutig in einem sexualisierten Kosmos. Das Wien seiner Jugend



Abb. 55: Neulerchenfelder Straße/Ecke Lerchenfelder Gürtel, 1902.

erscheint ihm »victorianisch«, d. h. moralisch doppelbödig und von einer infektiösen Sexualität bedroht. (Die Städte seines Alters hingegen erscheinen ihm »fortschrittlich«, d. h. sonnig, gesund, jugendlich geprägt und durch die heilsamen Wirkungen der Frauenemanzipation und der Freud'schen Psychoanalyse, den sportlichen Körperkult und die Verselbstständigung der Jugend vom Übel des sexuellen Lasters und der Prostitution befreit.)

Eine solch dramatisch gesteigerte Angst vor der »Unzucht«, die in einer Vielzahl von zeitgenössischen Debatten und Texten zum Ausdruck kommt,[164] hängt wohl nicht nur mit der Syphilis als realer wie vorgestellter Gefahr zusammen, sondern in der Tat auch damit, dass die »Hetären« ja nicht nur in den ihnen gleichsam offiziell zugewiesenen Territorien der Vorstadt verblieben, sondern ebenso sehr auch im Zentrum, im Inneren der Stadt präsent waren.

Wenn man den Lebensbericht der Ottakringer Dirne Josefine Mutzenbacher[165] nicht nur als literarische Fiktion ihres präsumtiven Verfassers Salten liest, sondern im Kontext zusätzlicher zeitgenössischer Quellen interpretiert, so erscheinen hinter den männlichen Phantasien, Projektionen und der poetischen Fiktionalität eben auch Schemen und Umrisse einer alltäglichen Sexualität der Unterschichten. Unzweifelhaft hatte die Vorstadt auf diesem Gebiet mit den Geboten bürgerlicher Moral wenig gemein. Die Sexualität der Unterschichten ist nicht durch komplexe Werberituale, romantische Liebescodices und besitzstandsorientierte Heiratsformen und Erbschaftserwartungen, sondern durch Rohheit, Schnelligkeit, unmittelbare Triebbefriedigung, vorgebliche »Morallosigkeit« und materielle Besitzlosigkeit geprägt. Vergleichsweise niedrige hygienische Standards, schwere körperliche Arbeit, allgegenwärtige Auszehrung, Krankheit und geringe Lebenserwartung lassen für erotisches Raffinement wenig Platz.

Saltens »Mutzenbacher« nun legt über die Vorstadt eine verdichtete Folie des allgegenwärtig Sexuellen, in der Männerphantasien des Prall-Sinnlichen, Phallisch-Lustvollen und des Raffiniert-Erotischen durch die Protagonistin materialisiert und repräsentiert werden. Abstrahiert man von diesen Phantasien, so liest sich sein Text als sozialreportagehaft angelegtes Sittenbild von sozialer Verwahrlosung, flüchtiger Triebbefriedigung und existentieller Ausweglosigkeit. Und genau als solcher wird der Text vergleichbar mit wissenschaftlichen Abhandlungen der Kriminalanthropologie und Kriminalistik dieser Zeit. So berichtet etwa Max Pollak, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, über einen »Monstreprozess« gegen Ottakringer und Hernalser Jugendliche aus dem Jahr 1907.[166] Pollaks Abhandlung liefert gewissermaßen den wissenschaftlich verobjektivierten Paralleltext zu Saltens literarischer Milieustudie.

Zur Verhandlung standen die Verfehlungen der so genannten »Scherzer Platte«, einer lose organisierten Bande von männlichen und weiblichen Jugendlichen im Alter von elf bis sechzehn Jahren, die sich auf Diebstahl und Prostitution spezialisiert hatten. Mitangeklagt waren zwei Kupplerinnen, die unter anderen ihre minderjährigen Töchter der »gewerblichen Unzucht« zugeführt hatten, sowie eine größere Anzahl

männlicher Kunden, denen geschlechtlicher Missbrauch von Kindern vorgehalten wurde und unter denen sich mehrere Kellner, ein Bäckermeister, ein Delikatessenhändler, ein akademischer Maler und ein Arzt befanden.

Pollak, der als Verteidiger der Jugendlichen durchgehend Akteneinsicht hatte, spricht von »schwärenden Wunden der sozialen und sittlichen Zustände der Residenz«. Die Mädchen, allesamt unter vierzehn und durchwegs vaterlos aufgewachsen, betrieben die Prostitution gleichsam halbgewerblich und waren bereits sehr früh wegen Vagabondage, Diebstahl, Bettelei und Hausiererei mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Sie verstanden es »meisterhaft«, so Pollak, »Diebstahl und Unzucht zweckmäßig zu verbinden«. Ihren Kunden waren sie, laut deren Aussagen, vor allem durch ihr »defektes Aussehen« und ihren »frechen Blick« aufgefallen. »Bloßfüßig und verwahrlost« seien sie in der Gegend der Lerchenfelder Straße und der Thaliastraße auf Kundenfang gegangen, hätten diese in zwei in Ottakring von den angeklagten Kupplerinnen betriebene »förmliche Kinderbordelle« gebracht und dort einen »Schandlohn« von wenigen Hellern kassiert.[167] Der Prozess endete mit Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr für die Kupplerinnen und mit mehrwöchigen bis mehrmonatigen Freiheitsstrafen für die jugendlichen Plattenmitglieder. Die mitangeklagte männliche Kundschaft wurde mit »Rücksicht auf die minimale Glaubwürdigkeit der Zeuginnen« hingegen ausnahmslos freigesprochen.

Die in dramatischer Weise außerhalb der bürgerlichen Werteskalen angesiedelte Prostitution blieb gleichwohl nicht nur auf die Zweig'schen Zonen der »Festungsartillerie« beschränkt. Im männlich-bürgerlichen Blick verwandelte sich ihre rohe, brutale Faktizität eben auch in ein Feld des Begehrens, in einen Gegenstand abgespaltener und verdrängter Wünsche. Dadurch ist die Prostitution zugleich grenzüberschreitend; sie diente der männlichen Bürgerjugend zur sexuellen Initiierung und als vor- bzw. außereheliches Exerzierfeld. So ergab eine durch eine wissenschaftliche Wiener Zeitschrift im Jahr 1912 durchgeführte Erhebung unter jungen Ärzten, die nach ihrer ersten sexuellen Partnerin befragt wurden, folgendes Ergebnis: Nur vier Prozent nannten ein Mädchen, das als potentielle Ehefrau in Frage kam, 17 Prozent ein Dienstmädchen oder eine Kellnerin, 75 Prozent hingegen eine Prostituierte.[168] Es ist davon auszugehen, dass diese Prozentsätze nicht nur für Jungärzte galten, sondern repräsentativ waren für Generationen heranwachsender Bürgersöhne.

Damit aber war in ihrer Sexualität die »Vorstadt« sowohl real als auch symbolisch präsent: real als Initiations- und Fluchterfahrung, symbolisch als das gefährliche Terrain der Anziehung wie der Verdrängung, der verführerischen Lust wie auch der omnipräsenten, pathologischen Gefahr venerischer Erkrankung, der Begierde ebenso wie ihrer Abwehr. So verkörpert die Vorstadt in der Gestalt der Dirne das Andere der männlich-bürgerlichen Sexualmoral. Sie erinnert als obskures Objekt der Begierde den bürgerlichen Mann jeweils an sein eigenes Niederes, und damit an den Zwiespalt von Sinnlichkeit und instrumenteller Vernunft. Die Vorstadt und ihre weibliche Codierung wird deshalb rational marginalisiert, kollektiv unbewusst aber bleibt sie

als kulturell signifikantes Moment bürgerlich-männlicher Lebenswelten wirkungsmächtig und folgenreich. Und wenn – wovon nicht zuletzt die große bürgerliche Feministin und Kulturtheoretikerin Rosa Mayreder ausgegangen ist – Sexualität und »Persönlichkeit« in einem wechselseitig bestimmenden, konstitutiven Verhältnis stehen, wenn soziale und sexuelle Instinkte unlösbar miteinander verknüpft sind, dann erscheint die Prostitution (und über sie die Präsenz der Vorstadt im Bürger-Mann) als zentrales Kultur- und Zivilisationsproblem.

Mayreder gehörte dem 1893 von Auguste Fickert gegründeten »Allgemeinen Österreichischen Frauenverein« an (wie auch die spätere sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Therese Schlesinger-Eckstein) und war sowohl der Friedensbewegung wie auch dem exklusiven Kreis bürgerlich-liberaler Sozialreform zuzurechnen (zu ihren engeren Freunden zählten unter anderen Rudolf Steiner, Friedrich Eckstein, Paul Kubin und Rudolf Goldscheid). An die Öffentlichkeit trat sie als Anthropologin, Essayistin, Literatin (sie verfasste neben einer Reihe von Gedichten, Erzählungen und Romanen das Libretto zu Hugo Wolfs Oper »Der Corregidor«) und anfangs auch als Malerin.[169] In ihrem theoretischen Werk verfolgte sie einen der Kategorien des Sozialen und Ökonomischen weitgehend enthobenen »kulturalistischen« Ansatz, der das Moment des Ethisch-Psychologischen stark forcierte und jene kulturellen Phänomene ins Zentrum der Analyse rückten, die sich der Entfaltung der Frau zum selbstbestimmten, freien und artikulationsmächtigen Individuum als hinderlich erwiesen.[170]

Vor allem in zwei Beiträgen, »Der Weg der weiblichen Erotik« und »Mutterschaft und Kultur«, hat sie ihre Theorien zur weiblichen Sexualität dargestellt und präzisiert. Um die menschliche Fortpflanzung und Reproduktion sicherzustellen, sei die aus einer List der Natur polygam veranlagte Frau von eigentümlicher Willensschwäche und Suggestibilität beherrscht. Von den im Prozess der Zivilisation insgesamt weiter fortgeschrittenen Männern dominierte patriarchale Kulturen machten sich diesen Umstand – die von Mayreder konstatierte »teleologische Schwäche des Weibes« – zunutze, um Frauen im Zustand ihrer »untersten«, »primitiven« Natur und damit im Zustand der Unterdrückung zu halten. Weibliche Passivität, die widerstandslose Unterwerfung unter äußere Einflüsse, intellektuelle Inferiorität, das »Überwiegen des vegetativen Lebens in der geistig-körperlichen Konstitution« sind somit Folgen natürlicher Veranlagung wie auch kultureller Unterdrückung:

> *Mit anderen Worten: die Lichtseiten der teleologischen Geschlechtsnatur disponieren das Weib zur Mutterschaft, die Schattenseiten derselben Natur – zur Prostitution.*[171]

Hier drängen sich wie immer unbewusste (und jedenfalls ungewollte) Analogien zu Richard Krafft-Ebings »Psychopathia sexualis« (1886) auf, das Konzept der »Suggestibilität« zitiert den so einflussreichen Denkstil Gustave Le Bons, der ja in den beeinflussbaren, verführbaren, emotionsgeleiteten Massen das weibliche Prinzip an sich

verkörpert sah. Die Mayreder'sche »teleologische Willensschwäche« weist zudem starke Affinitäten zu Freuds These vom schwächer entwickelten Über-Ich der Frau auf. Allerdings begreift Mayreder all das als veränderbar, in einem von den Frauen selbst zu tragenden Emanzipations- und Zivilisationsprozess, der den rigorosen Kampf gegen jegliche Form der Prostitution ebenso impliziert, wie er die Ehe als höchste sittliche Instanz (wieder) herstellt.[172]

Eine Kultur der Widersetzlichkeit

Trotz einer Fülle an gegenläufigen Befunden wäre es verfehlt, die Vorstädte, die städtische Peripherie ausschließlich auf Zonen eines allgegenwärtigen Alltagselends oder auf ihre Funktion als neuartige industrielle Produktionsparadigmen reduzieren zu wollen – hieße dies doch, wesentliche Momente ihrer sozialen wie kulturellen Konstituierung schlicht zu ignorieren. So sind die Vorstädte als Topos eines popularen Diskurses über Wien und das »Wiener Wesen« stets präsent geblieben. Sie waren präsent in einem größtenteils mündlich tradierten Kanon von Legenden und Mythen: Von großen Hungerrevolten war hier die Rede, von ungezügelter, lustbetonter Lebensfreude selbst in größter materieller Not wurde berichtet, von den gefürchteten und zugleich bewunderten Jugendgangs der Schmelz und des Hernalser Flohbergs, von großen Gangstern und kleinen Gaunern in der Pose von Sozialrebellen, die in der vorstädtischen Bevölkerung bedingungslosen Rückhalt fanden, von Wäschermädel- und Lumpenbällen, von den berüchtigten »Glasscherbentanz'« in verruchten »Tschocherln« und »Beisln« und von in sich geschlossenen Territorien der Widersetzlichkeit schließlich, die die (symbolische wie reale) Ordnung des Zentrums in ihr Gegenteil verkehrten und von keiner wie auch immer verfassten Autorität zu disziplinieren waren.

Wie in keinem anderen Fall – abgesehen vielleicht vom Ottakringer »Volkstribun« Franz Schuhmeier – konzentrierten sich Hoffnungen und Sehnsüchte, latente Rebellion und Renitenz, Sozialromantik und Projektionen eines anderen, besseren und gerechteren Lebens der vorstädtischen Elendsbevölkerung in der Person des Schränkers, »Eisenschlitzers« und Einbrechers Johann »Schani« Breitwieser *(Abb. 56, S. 305)*, »König von Meidling« und »Robin Hood von Wien«. Er galt dieser Bevölkerung als »ein Guter, ein Gerechter, ein Held«, und Egon Erwin Kisch sah in ihm, in einem bewegten Nachruf, einen »Mann der Tat, des Mutes, des Ernstes und der Intelligenz«.[173] Breitwieser wurde am 1. April 1919 im nordwestlich von Wien gelegenen Marktflecken St. Andrä-Wördern in einem Haus, das er erst kurze Zeit davor über einen Mittelsmann und unter falschem Namen erworben hatte und das er zusammen mit seiner siebzehnjährigen Geliebten Anna Maxian bewohnte, von der Polizei erschossen.[174] Sein Begräbnis am Meidlinger Friedhof gestaltete sich zu einer wohl einzigartigen, demonstrativen Manifestation der Vorstadt. Eine unübersehbare Menschenmenge folgte dem Sarg (nach zeitgenössischen Schätzungen sollen es zwischen 20.000 und 40.000 gewe-

sen sein), das Grab versank in einem Meer von Blumen und Kränzen, den Trauerchoral sang ein Quartett der Hofoper.[175] Noch Jahre danach war seine letzte Ruhestätte permanent mit frischem Blumenschmuck übersät, und alljährlich am Allerheiligentag war es den hinterbliebenen Angehörigen nicht möglich, an das Grab, das von einer dichten Menschenmauer umgeben war und um das herum Hunderte von Kerzen brannten, auch nur heranzukommen.

Als die Polizei nach ihrem Einsatz eine Hausdurchsuchung in Breitwiesers Anwesen vornahm, förderte sie Bemerkenswertes zutage. Im fensterlosen Kellergeschoss stieß man auf ein vollkommen ausgestattetes Laboratorium moderner Technologie. Fünf mächtige Kassenschränke dienten der wissenschaftlichen Versuchsarbeit ebenso wie diverse Stahl- und Eisensorten zur Materialprüfung; ein zur Gänze aufmontierter und gebrauchsbereiter autogener Schweißapparat für eine Hitzeentwicklung von bis zu 3.600 Grad fand sich neben einer zwei Meter hohen Flasche mit 5.000 Liter komprimierten Sauerstoffs. Maschinen, Drehbänke, eine Feldschmiede ergänzten die Einrichtung ebenso wie in transportablen Schränken sortierte Feilen, Dietriche, Brecheisen, Bohrer für den Handbetrieb mit Schwachstrom, das meiste davon aus eigener Fabrikation; daneben die handschriftlichen, akribisch ausgeführten Aufzeichnungen Breitwiesers über seine Versuche und eine durchaus auf der Höhe ihrer Zeit stehende technische Bibliothek.[176]

Eine Vielzahl von popularen Mythen und volkstümlichen Legenden rankt sich um die Person Breitwiesers, eines konsequenten Modernisierers und Technik-Fanatikers, der sein Gewerbe revolutionierte und zugleich im durchaus prämodernen Stil eines »Sozialrebellen« zu agieren verstand. Niedergeschrieben hat sie, zwei Jahre nach Breitwiesers Tod, der Wiener Journalist und Herausgeber der »Internationalen Justiz- und Kriminalzeitung Tribunal« Hermann Kraszna.[177] Schani Breitwieser wurde als sechstes von insgesamt 16 Kindern einer »verflucht-armen, hundearmen« Familie 1891 in Wien Meidling, Breitenfurter Straße 13, geboren – der Vater Schustergehilfe, die Mutter Heimarbeiterin und Wäscherin, die trotz ihrer dauerhaften Schwangerschaften »geduldig wie ein Lastpferd« weiterarbeitete. Er wuchs als typisches Straßenkind auf, mehr »Wilder als Wiener«, zivilisatorischer Schranken entwöhnt, geprägt vom »Gesetz der Straße«. Als Angeklagter vor Gericht erscheint er erstmals am 5. Februar 1906. Die Anklage wirft ihm vor, in die versperrte Bodenabteilung des Ignaz Winter eingedrungen zu sein, ein Paar Filzschuhe gestohlen und zwanzig weitere zum Abtransport vorbereitet zu haben. Breitwieser bekennt sich schuldig und beantwortet die richterliche Frage nach dem Motiv seiner Tat mit einem knappen: »Aus Not.« Der Beweisantrag des Verteidigers, der auf einen Lokalaugenschein in der Breitwieser'schen Wohnung abzielt, wird abgelehnt und Schani zu einem Monat Kerker verurteilt.[178]

Als eine frühe Beziehung zu einer Nobelprostituierten (gleich ihm vorstädtischer Herkunft und aus ähnlichem sozialen Milieu) fehlschlägt, beginnt er – zunächst im organisierten Verband einer »Platte«, der »Bruderschaft der schwarzen Larven« – endgültig seine Karriere als Profi. Es ist dies ein Leben, das ihn zwischen Einbruchsdiebstählen, Flucht und Gefängnis pendeln lässt und ihn in den nächsten Jahren in den

romantischen Rang eines heldenhaften vorstädtischen Outlaws erheben sollte; eines, wie es der »Neue Tag« formuliert, »Vorkämpfer(s) gegen die Gesellschaft, Freischarenführer(s) gegen den Staat, Enteigner(s) auf eigene Faust, Sieger(s) in eigener Privatfehde«.[179]

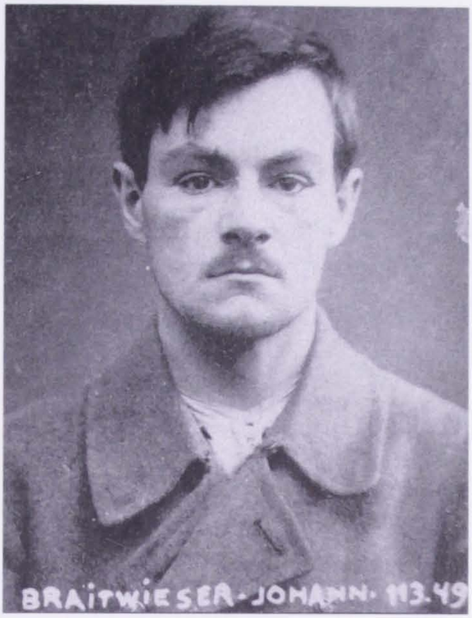


Abb. 56: Polizeifoto Johann Breitwieser.

Breitwieser arbeitete in Wien und Umgebung, professionell, prompt und rastlos; eine Künstlernatur zweifellos, die ihren eigenen und unverwechselbaren Stil entwickelt hat, jedoch auch brutal und in seiner Gefährlichkeit unberechenbar, zugleich humorvoll, ironisch und von »ur-wienerischem Gemüt«.[180] Und er beginnt, zunächst in seinem engeren lokalen und sozialen Umfeld, später mehr und mehr flächendeckend über den gesamten Bezirk Meidling, einen wenn auch jeweils geringen Anteil aus seinen Beutezügen unter der Armutsbevölkerung verteilen zu lassen. Die letzten beiden Kriegsjahre und die folgende kurze Periode sozialrevolutionärer Unrast sind seine eigentlich große Zeit, er wächst gleichsam mit dem Wahnsinn dieser seiner Zeit. Seine Einbruchsserien großen Stils richten sich nun nicht mehr (wie bisher) gegen Nobelvillen und Großbürgerwohnungen in Ringstraßenpalais, sondern beinahe ausschließlich gegen Konzerne und Aktiengesellschaften. Seine Verbrechen bekamen in den Augen der Bevölkerung seines Bezirks und seiner Stadt einen höheren Sinn; allgemein hieß es, er hebe Vermögen nur mehr für andere aus. Breitwieser wuchs in die Rolle des sozialen Rebellen und Wohltäters, und in der Vorstellungswelt einer durch die Kriegsentbehrungen ausgezehrten und weiter verelendeten Bevölkerung verfestigte sich das Bild einer der konkreten Realität entrückten Figur, eines symbolträchtigen Heros, der nur stehle, um andere zu beschenken.[181] Seinen letzten und spektakulärsten Coup landet er mit einem Einbruch in die Hirtenberger Waffen- und Munitionsfabrik im Jänner 1919, bei dem er einen Betrag von einer halben Million Goldkronen erbeutete. Wenige Monate später sollte ihn Alfred Polgar in einem Nachruf als »echtesten Sohn einer großen Zeit« und »jungen Held« bezeichnen:

Schließlich fiel er auf der »Schmelz«, dem Schauplatz zahlreicher Manöversiege der österreichischen bewaffneten Macht, nach erbittertem Widerstand in Gefangenschaft. Dieses Treffen vom 6. April

1918 wird, obgleich es schlecht ausging, stets ein Ruhmesblatt im Heldenbuche der Wiener Einbrecher bilden. Im Dezember des gleichen Jahres hatte sich Breitwieser seine Freiheit neuerdings tollkühn zurückerobert, doch ein paar Monate später geriet er vor die Pistolen der Wachleute, und ging zu Gott ein, als Einbrecher und brav.[182]

Das subversive Potential dieser Kultur der Widersetzlichkeit konnte sich auch anders äußern, spontan, öffentlich, massenhaft, tumultuös, anarchisch und archaisch. So hatte die sozialdemokratische Partei für den 11. September 1911 zu einer Massendemonstration gegen die herrschende Teuerung aufgerufen *(Abb. 57)*, nachdem ihre ein Jahr zuvor abgehaltene Großkundgebung ohne jegliche Auswirkungen geblieben war. In auffallendem Gegensatz zu ihrer sonst gepflogenen Praxis aber hatte die Arbeiterpartei keinen Ordnerdienst aufgeboten sowie keinerlei verpflichtende Auf- und Abmarschrouten angegeben.[183] Seit dem frühen Morgen waren an die 100.000 Menschen von ihren Sammelstellen in den Bezirken auf den Rathausplatz und vor das Parlament gezogen, die Straßenbahner und die Post- und Telegraphenbediensteten in ihren Arbeitsuniformen. Von fünf verschiedenen Stellen aus sprachen sämtliche Wiener sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten zu den Demonstranten, rote Fahnen, Tafeln und Transparente mit Aufschriften wie »Nieder mit den Fleischwucherern« oder »Die Grenzen auf« wurden an den Kandelabern der Rathausrampe und an anderen Stellen angebracht. Gegen elf Uhr war die Kundgebung geschlossen, und der Abmarsch eines Großteils der Demonstranten begann.

Zu diesem Zeitpunkt, also um die Mittagsstunden, befinden sich aber auch noch einige tausend Manifestanten auf dem Rathausplatz, »eine ungeheure ziel- und planlos zwischen den vielen Polizei- und Militärkordons hin und her wirbelnde Masse«, zum überwiegenden Teil zusammengesetzt aus »jenen verantwortungslosen jungen Leute(n), die keiner Parole gehorchen und bei jeder Demonstration ein Korps von Nachzüglern bilden, das Teils aus Neugierde, Teils aus Übereifer sich nicht entscheiden kann, den Platz zu räumen«.[184] Ein Polizeibericht kommt zu dem Schluss, dass unter diesen jugendlichen Demonstranten Halbwüchsige aus dem vorstädtischen Proletarierbezirk Ottakring in einem überproportional hohen Ausmaß vertreten waren und dass dieser Gemeindebezirk offenbar der »Hauptsitz der Exzedenten« gewesen sei.[185]

Ein Zufall löst die Wut der Massen aus, führt zu regelrechten Straßenschlachten: Irgendwo in der Menge hatte ein Jugendlicher einen Revolverschuss in die Luft abgefeuert, mehrere Knallkörper waren explodiert. Aus einer größeren Gruppe, die in der Lichtenfelsgasse vor der Wohnung des Bürgermeisters eine »Katzenmusik« veranstaltete,[186] flog ein erster Stein gegen das Rathaus und gab den Auftakt zu einem wahren Steinbombardement. Bis in den ersten Stock des Rathauses blieb kein Fenster ganz; zugleich setzte aus den Reihen der über den Ring und den Schmerlingplatz abgedrängten Massen ein Steinbombardement gegen den Justizpalast und das Gebäude des Verwaltungsgerichtshofes ein. Erst nach höchst mühevollen



Abb. 57: Teuerungsdemonstration 1911, Demonstranten vor dem Wiener Rathaus.

Auseinandersetzungen gelang es den Sicherheitskräften, die »kompakte Masse der Exzedenten auseinanderzutreiben« und sie gegen die Bezirke Neubau und Josefstadt abzudrängen.[187]

Nun begann der Sturm durch Lerchenfelder Straße und Burggasse stadtauswärts. Mehrere abgedrängte Gruppen vereinigten sich, schlugen in Häusern und Geschäften Fenster ein, zertrümmerten Gaslaternen, verwüsteten das Café Brillantengrund, griffen hier das Amtshaus des 8. Bezirks in der Schmidgasse und dort das Gebäude der Königlichen Ungarischen Garde an, versuchten das Wachzimmer in der Schottenfeldgasse zu stürmen und eröffneten gegen die vorrückenden Wachmannschaften wahre Steinhagel. Bei der Neubaugasse und in der Westbahnstraße wurden Straßenbahnwaggons attackiert. Auf der ganzen Lerchenfelder Straße bis hinauf zum Gürtel blieb keine Straßenlaterne, keine ungeschützte größere Auslagenscheibe von der scheinbar sinnlosen Wut der durch die permanenten Polizeiattacken höchst erregten Menge verschont.[188] Es kam zu ersten Plünderungen; und spätestens zu diesem Zeitpunkt schloss sich den Demonstranten der »Straßenmob« an, das »Lumpenproletariat«, die »Ottakringer Elendsjugend«, jene – wie es die »Arbeiter-Zeitung« formuliert – »ganz junge(n) und unverantwortliche(n) Leute, die niemand kannte und niemand

gerufen hatte«,[189] jene – in den Worten der Neuen Freien Presse – »unberufene(n), bei jedem Tumult eingreifende(n) Elemente«, der »bekannte Troß einer Großstadt«.[190] Sie stürmten den eigentlichen Demonstrantenzügen voran und zerstörten, wohin sie kamen, Laternen und Fensterscheiben. So waren vom Gürtel her (also in entgegengesetzter Richtung des Zuges) in der Wimbergergasse plötzlich rund zehn vierzehn- bis fünfzehnjährige Burschen aufgetaucht, die in aller Ruhe und »als ob sie ein Geschäft zu erledigen hätten« in ungefähr der Hälfte der Häuser der Gasse bis in die Höhe des zweiten Stockwerks die Fenster einwarfen. Sobald der eigentliche Zug der Demonstranten näher kam, waren sie so schnell, wie sie gekommen waren, wieder verschwunden.

Der eigentliche Schauplatz dieser »Revolte der Straße« sollte dann jenes als »Neu-Ottakring« bezeichnete Rasterviertel sein, das seit den 1890er-Jahren, Matrizen amerikanischen modernen Städtebaus folgend, aus dem Boden gestampft worden war. Die angrenzende Schmelz, jenes weitläufige städtische Niemandsland, jene riesige, vielfach codierte »Gstätten«, erwies sich als das Reservoir, »aus dem die exzessierende Menge ihren Zuzug erhielt«.[191] Auf dem Gürtel und in der Panikengasse waren Straßenbahnwaggons umgeworfen und in Brand gesetzt, an der Kreuzung Thaliastraße und Lerchenfelder Gürtel war aus den Absperrschranken einer Straßenbaustelle und anderen verfügbaren Baumaterialien eine erste Barrikade errichtet worden; die ganze Thaliastraße hinaus wurden von Kandelaber zu Kandelaber Stacheldrahtzäune gespannt. Unausgesetzte Straßenräumungen durch die eilig requirierte Militärassistenz zeitigten wenig Erfolg, da sich die Demonstranten blitzschnell zurückzogen, sich an anderen Stellen wieder formierten und ihre überlegene Ortskenntnis ausspielten, während den kommandierenden Offizieren die örtlichen Verhältnisse völlig unbekannt waren und den einzelnen Truppenteilen berittene Polizisten als ortskundige Führer beigegeben werden mussten.[192]

Man habe, so die Polizeidirektion Wien, Demolierungen und selbst Brandlegungen nicht verhindern können, »weil ganze Gruppen von Exzedenten bald da, bald dort in dem ausgedehnten Bezirksterritorium auftauchten, überall Gewalttätigkeiten verübten und bei Ansichtigwerden von Wache und Militär rasch auseinander stoben«. Auf Grund des Aufmarsches von führer- und disziplinlosen Massen und der damit verbundenen Gefahr wäre »die Beistellung der ganzen in Wien verfügbaren Militärbereitschaft« notwendig gewesen. Wenn es dennoch zur Bewältigung des Aufruhrs »viele Stunden« brauchte, so sei dies darauf zurückzuführen, »daß die verbrecherischen Elemente in dem gewaltsamen Widerstande gegen die Staatsgewalt von einem Teile der Bezirksbevölkerung auf das wirksamste unterstützt und zur Fortsetzung ihrer Widerspenstigkeit angefeuert wurden«.[193] Im Zuge der Auseinandersetzungen erlitt der zwanzigjährige Franz Joachimsthaler einen Bauchschuss und starb noch auf dem Weg ins Spital, der neunzehnjährige Otto Brötzenberger, der nicht zu den Demonstranten zählte und sich in das Ottakringer Arbeiterheim zu retten versuchte, erlag einem Bruststich.

Es waren die »Kinder der steinbesäten Schmelz«, überwiegend Zwölf- bis Vierzehnjährige, vereinzelt auch Siebzehn- und Achtzehnjährige, die sich in einen »kurzen Rausch der Zerstörung« steigerten. Dazu kam die Lust am Schauspiel, einer Inszenierung, der etwas Neues, Großes, Gewaltiges innewohnte, bei der man selbst Akteur war und doch auch zugleich Zuseher. Der Straßenjugend traten die Frauen und Mütter zur Seite, zu denen, wie die Arbeiter-Zeitung beklagte, »die Aufklärung so schwer kommen kann« und die dort, »wo es ihre Pflicht wäre, klar und hart zu denken«, sich vom Schauspiel der Zerstörung mitreißen ließen und in ihren Schürzen den Jungen die Steine zutrugen[194] – jenen Jungen, die, wie aus dem Boden gestampft, nun plötzlich alle Gassen und Plätze bevölkerten.[195] Die Tagespresse sprach demgemäß übereinstimmend von einer »Knabenrevolution«, einer »Bubenschlacht«, einer »Revolte der Ottakringer Jugend«. Der Sturm richtete sich gegen die Real- und Bürgerschule am Habsburgplatz (später: Schuhmeierplatz), gegen die Impfstoffgewinnungsanstalt in der Possingergasse, gegen die Volksschulen am Hofferplatz und in der Koppstraße. Die Schule am Habsburgplatz war bereits in den Nachmittagsstunden Ziel unausgesetzter Angriffe gewesen. Ein ausgerissener Bagstall diente als Mauerbrecher gegen das Schultor; Kataloge, Bücher, Hefte, alles »Papierene« wurde zerstört, auf die Straße geworfen und angezündet; schließlich wurde das Schulgebäude selbst in Brand gesetzt und die anrückende Feuerwehr mit allen erdenklichen Mitteln am Eingreifen gehindert. Mitgenommen wurden allerdings sämtliche Jugendspiele sowie einige Hanteln aus dem Turnsaal, die später als Wurfgeschosse Verwendung gefunden haben mögen. Ebenso wurde das Volksschulgebäude auf dem Hofferplatz gestürmt, das massive, eiserne Umfriedungsgitter umgestürzt, an die hundert Eisenstangen abgerissen. Sie dienten als Waffen und als Werkzeug, die aus dem gemauerten Sockel herausgerissenen Ziegel als Wurfgeschosse. Auch hier wurden Bücher, Kataloge, Formulare und Hefte herausgeholt, Stück für Stück zerfetzt und auf die Straße geworfen. Aus den Papierfetzen wurde ein »Scheiterhaufen« errichtet und unter »dem Höllenlärm eines grauenhaften Konzertes« angezündet. In der Staats-Realschule Thalhaimergasse waren der Chemiesaal und sämtliche darin befindlichen Gegenstände zur Gänze zerstört und ebenso wie die an die Realschule Possingergasse angebaute Impfstoffgewinnungsanstalt in Brand gesteckt worden.[196] Erst gegen zehn Uhr abends, als Ottakring in völliger Dunkelheit lag, brachten Polizei und Militär die Lage unter Kontrolle:

Auf dem Hoffer-Platz ist das Hauptquartier der bewaffneten Macht. Dort stehen Infanteristen, die Gewehre in Pyramiden zusammengestellt und große Massen Kavallerie. Im Dunkel der Nacht vermeint man, ein richtiges Heerlager vor sich zu haben. Boten eilen hin und her, Patrouillen zu Pferd und zu Fuß rücken aus und kehren wieder heim, militärische Kommandorufe ertönen und drohend klirren die Waffen. Geht man die Thaliastraße hinauf, dann stößt man von Zeit zu Zeit auf starke Militärkordons, die die Straße dicht abschließen. (…) Auf Nebengassen, die ebenso wie die Thaliastraße in tiefes Dunkel gehüllt sind, kann man noch gegen die äußeren Grenzen des Bezirkes

zu vordringen. (...) Nur wenige Ansammlungen sind zu bemerken, die von Neugierigen gebildet sind. Die Menschen besprechen erregt die Ereignisse des Abends. (...) Die Militärmacht beherrscht völlig das Terrain.[197]

Ein unvermittelt ausgebrochener, explosiver Aufstand war ebenso rasch wieder in sich zusammengebrochen, der lange Septembertag der Anarchie war zu seinem Ende gekommen. Die »Hungerrevolte« weist, in ihrer Gestalt und Dynamik, über ein bloßes Aufbegehren gegen Nahrungsmittelknappheit und miserable Lebensumstände allerdings weit hinaus. Der Polizei waren im Gefolge der Tumulte besondere und eigenartige Vorkommnisse aufgefallen, die ihr unverständlich und unentzifferbar bleiben mussten und sie in ihrer Einschätzung, es mit einem bloßen Akt eines sinnentleerten Vandalismus und der Devastierung »durchaus unschuldiger Gebäude« zu tun zu haben, bestärkten. So wurden in der Kaiserstraße und in der Lerchenfelder Straße Papierhandlungen angegriffen, die Fensterscheiben zertrümmert, »sonstige Papierwaren« – Bücher und Schulrequisiten – aus den Auslagen gerissen, beschädigt und zerstört auf der Straße liegen gelassen.[198] Als in der Panikengasse eine Wachstube gestürmt und demoliert wurde, haben die Demonstranten schon von der Haltestelle der Elektrischen die eisernen Tafelträger herausgerissen und damit die gesamte Einrichtung der Wachstube zertrümmert; der zerstörte Telegraph aber wurde wie eine Trophäe auf die Straße geworfen.[199] Dies und die späteren, für den Berichterstatter der Neuen Freien Presse »beinahe grotesken Kundgebungen des Pöbels« gegen nicht weniger als zehn Volks- und Bürgerschulen in Ottakring verweisen auf Dimensionen der Auseinandersetzung, die offensichtlich den dinglichen Charakter sonst üblicher Demonstrationen überschritt. Offensichtlich artikulierte sich in den Tumulten mehr als nur der sinnliche Ausdruck einer politischen Ökonomie des Vorstadtelends, mehr auch als nur die Auseinandersetzung um die Beherrschung der Straße und des Territoriums. Der von Polizei und Presse diagnostizierte »groteske« Charakter verweist vielmehr auf eine kulturelle Formation von Differenz und Widersetzlichkeit im Kontext eines ersten breiten, umfassenden Aufbegehrens marginalisierter vorstädtischer Massen.

Diese setzten sich nicht nur aus den gleichsam immer schon da gewesenen urbanen Unterschichten zusammen. Es war vor allem die große Zahl erst jüngst zugewanderter Migrantinnen und Migranten, deren Sehnsüchte nach einem besseren Leben im städtischen Kontext an den Realitäten von Arbeit, Konsum und Reproduktion zu zerbrechen drohten. Sie hatten ihre mündlich und informell geformten, meist ländlich-vormodern geprägten Herkunftskulturen hinter sich gelassen, um in der Metropole ihre Lebensperspektiven neu zu definieren und zu entfalten. Mit ihrem »Dorf im Kopf« suchten sie einen konkreten Ort, gleichsam eine neue Heimat in einer von Technik, Wissenschaft und planerischer Vernunft zunehmend anders, linear und fragmentarisch zugleich konfigurierten städtischen Topographie. An den Rand und in die Peripherie gedrängt, sollten sie sich jedoch keine neue Heimat schaffen, sondern sich

vielmehr in subjektiver Verelendung und individueller wie kollektiver Verfremdung wiederfinden. In der scheinbaren Irrationalität ihrer Wut, in der anarchischen Wucht ihrer Gewalt äußert sich eine eigensinnige Logik und Rationalität.

In der Zerstörung von Schrift und Schriftträgern artikuliert sich, wie vage, grotesk, obskur und ambivalent auch immer, ein – wenn auch aussichtsloser – Angriff auf die symbolische Ordnung der Moderne, der modernen Stadt. Es ist ein Aufbegehren gegen bürgerlichen Rationalismus, gegen Zweckrationalität und Versachlichung, die die Hegemonie des Zentrums begründet und befestigt hatten. Knappe drei Jahre später war es ein höchst folgenreiches Ereignis von welthistorischer Dimension, das eben diese symbolische Ordnung, wenn schon nicht umzukehren, so doch zu suspendieren schien.

Anmerkungen

1 Janik/Toulmin, Wittgenstein's Vienna; Schorske, Fin de Siècle Vienna; Hacohen, Popper. – Ein wesentlicher Teil der anglo-amerikanischen Forschung (darunter Schorskes erste grundlegende Beiträge) entstand in den 1950er und 60er-Jahren, als sozusagen implizite Reaktion auf die in der McCarthy-Ära manifest gewordene Krise des urbanen Liberalismus in den Vereinigten Staaten. Die Thematisierung eines Krisenszenarios liberaler Eliten am historischen Beispiel Wiens schloss notwendigerweise die Auseinandersetzung mit den hier erbrachten kulturellen und intellektuellen Leistungen mit ein, denen paradigmatische Bedeutung für die Moderne insgesamt zukam, und die – über den »paradoxen« Umweg ihrer Vertreibung durch den Nationalsozialismus in das amerikanische und englische Exil – mittlerweile Weltgeltung erlangt hatten. Über eben diesen Umweg erreichten sie Wien erneut in den 1970er und 80er-Jahren und wurden hier zur Basis einer kulturell angeleiteten Neudefinition urbaner Identität ebenso wie zum Ausgangspunkt offensiver Fremdenverkehrsstrategien.

2 Traum und Wirklichkeit; L'Apocalypse; Varnedoe, Vienna 1900.

3 Zit. in: Flugschriften II, 8 f.; vgl. Meissl, Metropolen-Diskurs, 309 f.

4 Sombart, Nachdenken, 52 ff.

5 Prigge, Urbanität, 42.

6 Vgl. Baumann, Intimations.

7 Harvey, Postmodernity, 10 ff.

8 Janik/Toulmin, Wittgensteins Wien, 33 ff.

9 Maderthaner/Musner, Aufstand der Massen, 12 f.

10 Vgl. dazu den Ausstellungskatalog L'Apocalypse.

11 Vgl. vor allem Timms, Wiener Kreise, 128 ff.

12 Zit. in: Veigl, Legenden, 159 f.

13 Zit. in: Spiel, Kaffeehaus, 135.

14 Szittya, Kuriositäten-Kabinett, 287; zu Altenberg siehe Lunzer/Lunzer-Tálos, Extracte des Lebens.

15 Vgl. Horak/Maderthaner, Mehr als ein Spiel, 124 f.

16 Wittgenstein, Vermischte Bemerkungen, 43 f.

17 Adler, Briefwechsel, 15.

18 Vgl. Mattl, Wiener Werkstätte, 13 ff.

19 Vgl. Janik, Kreative Milieus, 45 f.

20 Die Literatur zum Wien der Moderne und seinen kulturellen Exponenten ist mittlerweile nicht mehr überblickbar. Als Klassiker dürfen neben Schorske und Janik/Toulmin noch immer Fuchs, Geistige

Strömungen, und Johnston, Austrian Mind gelten. Mit Berner et al., Wien um 1900, liegt ein präziser Sammelband vor, Nautz/Vahrenkamp, Jahrhundertwende, haben die Ergebnisse einer Konferenz in Kassel umfänglich dokumentiert. Die Einschreibungen der Moderne in den Stadtkörper und die Ausdifferenzierung eines neuen Plateaus von Politik, Kultur und sozialer Schichtung thematisiert Horak et al., Metropole Wien, die Ergebnisse der Projekte des Sonderforschungsbereichs Moderne der Universität Graz werden vorgelegt in Csáky et al., Kultur-Identität-Differenz.

21 Maderthaner/Mattl, Adler, 231.

22 Musil, Mann ohne Eigenschaften, 55.

23 Vgl. Schorske, Fin de Siècle, und Schorske, Geschichte.

24 Vgl. Judson, Exclusive Revolutionaries.

25 Schorske, Fin de Siècle, XV.

26 Schorske, Geschichte, 169 ff. und 184 f.

27 McGrath, Dionysian Art, 208 ff.

28 Vgl. Schorske, Geschichte,173.

29 Freud, Traumdeutung, 222.

30 Schlesier, Traumdeutung, 22 f.

31 Horkheimer/Adorno, Aufklärung, 212 f.

32 Gay, Ein gottloser Jude, 59.

33 Schorske, Fin de Siècle, 169 ff.

34 Schlesier, Traumdeutung, 16 ff.

35 Thurschwell, Freud, 13 ff.

36 Freud, Das ich und das Es; zit. in: Gay, Freud entziffern, 106.

37 Fischer, Obsession, 188 f.

38 Vgl. Prigge, Urbanität, 28 f.

39 Schorske, Geschichte, 179.

40 Ebd., 159 ff.

41 Zit. in: Weinzierl, Schnitzler, 68 f.

42 Huyssen, Disturbance, 153 ff.

43 Horak et al., Metropole Wien, 19.

44 Pfoser, Schnitzler, 279 ff.

45 AZ, 2. Nov. 1931, 3.

46 Vgl. Schorske, Fin de Siècle, 286 ff.; Huyssen, Disturbance, 127 ff.

47 Berger, Bahrs Mach-Rezeption, 216 ff.

48 Vgl. Haller/Stadler, Mach.

49 Eine lose organisierte, nach dem englischen Vorbild um George Bernard Shaw und das Ehepaar Webb so benannte Gruppierung linksliberaler Intellektueller, die eine Veränderung und Liberalisierung der Gesellschaft im Wege der Sozialreform und im Sinne der Traditionen der Aufklärung betrieben. Die Mehrzahl der dieser Gruppierung Nahestehenden (darunter Josef Popper-Lynkeus, Paul Kammerer, Eugen von Philippovich, Anton Menger, Friedrich Jodl, Ludo Moritz Hartmann, Wilhelm Börner, Rudolf Goldscheid u. v. a. m.) war in der Erwachsenenbildung tätig und gehörten der Ethischen Gesellschaft, dem Monistenbund oder der Freien Schule an (siehe Hacohen, Popper, 42 ff.; Stadler, Studien zum Wiener Kreis, 210 ff.).

50 Hacohen, Popper, 57; Mattl, Wiener Paradoxien, 68 f.

51 Stadler, Mach, 11 ff.; Ders., Studien zum Wiener Kreis, 147 ff.

52 Ardelt, Friedrich Adler, 126 f.

53 Adler, Überwindung, 95 ff.

54 Hacohen, Popper, 56 f.

55 Geier, Wiener Kreis, 64 ff.

56 Zit. in: PRIGGE, Urbanität, 25.
57 Vgl. STADLER, Mach, 44.
58 Zum »Tractatus« und Wittgensteins Wiener Frühwerk siehe JANIK/TOULMIN, Wittgensteins Wien, 199 ff., sowie LA CAPRA, Reading Exemplars, 84 ff.
59 MATTL, Wiener Paradoxien, 70.
60 STADLER, Studien zum Wiener Kreis, 155.
61 LUFT, Inwardness, 93 ff.
62 Vgl. SCHORSKE, Geschichte, 180 ff.
63 BENJAMIN, Kraus, 336 f.
64 Vgl. MERKEL, Kraus als Sprachdenker, 127 ff.
65 BENJAMIN, Kraus, 349.
66 HUYSSEN, Disturbance, 125.
67 Allgemein dazu GEIER, Wiener Kreis.
68 Zur Programmatik des Wiener Logischen Empirismus vgl. STADLER, Studien zum Wiener Kreis, 370 ff.
69 GEIER, Wiener Kreis, 74 f.
70 CARNAP, Aufbau, XIX.
71 Vgl. NEURATH, Entwicklung, 673.
72 Vgl. dazu auch FISCHER, Philosophie, 104 ff.
73 NEURATH, Entwicklung, 676 f.
74 ADORNO, Philosophie der neuen Musik, 63 f., Anm. 17.
75 Vgl. SAAGE, Ideengeschichte, 3 ff.
76 JOHNSTON, Kultur- und Geistesgeschichte, 230 ff.
77 ADORNO, Wien, 434 f.
78 Zu Adornos intellektueller Formationsperiode siehe CLAUSSEN, Adorno, 87 ff.; zu Adornos Naheverhältnis zur Zweiten Wiener Schule vgl. ZECHNER, Melancholie der Moderne, 241 ff.
79 STEINERT, Adorno in Wien, 10 f.
80 ADORNO, Wien, 436 f.
81 Ebd., 439.
82 Ebd., 440 f. und 442 f.
83 Ebd., 445.
84 STEINBERG, Salzburger Festspiele, 169 f.
85 Diese Thesen werden ausführlich dargestellt in BELLER, Wien und die Juden; vgl. auch DERS., Jüdische Stadt, 274 ff.
86 LE RIDER, Wittgenstein und Weininger, 204; zur Problematik insgesamt vgl. GILMAN, Jewish Self-Hatred.
87 TIETZE, Die Juden Wiens, 261.
88 GAY, Freud entziffern, 91; die Fallstudie erschien unter dem Titel »Bruchstück einer Hysterie-Analyse«.
89 EISSLER, Illusion, 1205.
90 BRAUNTHAL, Bauer, 9.
91 DECKER, Dora, 41 ff.
92 HACOHEN, Popper, 39 f.
93 Ebd., 25 und 40 f.
94 TIETZE, Die Juden Wiens, 261 f.
95 DECKER, Dora, 26.
96 HACOHEN, Popper, 52; zu den Wiener Juden der Jahrhundertwende siehe OXAAL, Jews, 11 ff.; ROZENBLITT, The Jews of Vienna; WISTRICH, The Jews of Vienna.
97 ROZENBLITT, The Jews of Vienna, 18.
98 Vgl. BELLER, Vienna and the Jews, 1 ff.

99 Wassermann, Deutscher und Jude, 104 f.
100 Horch, Wassermann, 594 ff.
101 Fischer, Obsession, 173 f.
102 Wassermann, Deutscher und Jude, 104 f.
103 Tietze, Die Juden Wiens, 258 f.
104 Decker, Dora, 18 f.
105 Hacohen, Popper, 48.
106 Fischer/Maderthaner, Jüdische Identität, 291.
107 Tietze, Die Juden Wiens, 264 f.
108 Zweig, Welt von Gestern, 126 f.
109 Tietze, Die Juden Wiens, 265.
110 Clare, Last Waltz, 91 f.
111 Vgl. Kraus, Zion.
112 Decker, Dora, 130.
113 Freud, Who was Freud, 204.
114 Exemplarisch abgehandelt am Beispiel der Familie Adler bei Ardelt, Friedrich Adler, 14 ff.
115 Fischer/Maderthaner, Jüdische Identität, 295 f.; Maderthaner, Die Juden und das Rote Wien, 145.
116 Tietze, Die Juden Wiens, 251.
117 Simon, Jewish Vote, 117 ff.; Jacobs, Sozialisten und die »Jüdische Frage«, 109.
118 Zu Person und Werk siehe Saage, Bauer, 166 ff.; zu Bauers Positionen in der Nationalitätenfrage vgl. Nimni, Marxism and Nationalism, 143 ff., sowie Ders., Introduction, XV ff.
119 Bauer, Nationalitätenfrage, 377.
120 Ebd., 379.
121 Zur Problematik der ostjüdischen Zuwanderung insgesamt vgl. Hödl, Galizische Juden.
122 Zit. in: Beckermann, Mazzesinsel, 24.
123 Hoffmann-Holter, Abreisendmachung, 25 ff.
124 Fuchs, Unter der Brücke, 28 f.
125 Maderthaner, Praterstern, 837.
126 Frei, Jüdisches Elend, 67 f.
127 Ebd., 88 f.
128 Vgl. Maderthaner/Musner, Anarchie der Vorstadt.
129 Wurstelprater, AZ, 17. Juli 1910, 1 f.
130 Schnitzler, Traumnovelle, 39.
131 Kläger, Quartiere der Not und des Verbrechens.
132 Winter, Im dunkelsten Wien; Das goldene Wiener Herz; Im unterirdischen Wien.
133 Cankar, Pavliceks Krone, 7 f.
134 Berichte des Stadtphysikats 1897–1899, 425 f.
135 Adler, Ziegelarbeiter, 11 ff. Die folgenden wörtlichen Zitate sind dem in der Nr. 49 der Gleichheit vom 5. Dezember 1888 erschienenen Artikel entnommen.
136 Braunthal, Victor und Friedrich Adler, 59 ff.
137 Cankar, Vor dem Ziel, 84 f.
138 Lemberger, Wiener Wäsche-Industrie.
139 Banik-Schweitzer/Meissl, Industriestadt Wien.
140 Lemberger, Wäsche-Industrie, 100 f.
141 Zit. nach Olberg, Hausindustrie, 16.
142 Ebd., 52.
143 Ebd., 10.
144 Vgl. Maderthaner/Musner, Anarchie, 88 f.

145 Reischl, Biedermeierzeit, 138. Die so genannten »Engelmacherinnen« waren üblicherweise für die Durchführung von Abtreibungen bei unerwünschten Schwangerschaften zuständig. Hin und wieder waren auch Fälle von (gewünschter) »sachgerechter« Tötung von Pflegekindern bekannt geworden.

146 Zit. nach Kovarik, Ottakring, 7–10.

147 Schrank, Prostitution, Bd. 1, 278.

148 Ebd., 288 f.

149 Ziak, Neulerchenfeld, 44.

150 Gaheis, Wanderungen und Spazierfahrten, Bd. 7, 96 und 117.

151 Ebd., 96.

152 Zit. nach Reischl, Biedermeierzeit, 140.

153 Schmidl, Kaiserstadt, 337.

154 Glassbrenner, Bilder und Träume, Bd. 2, 146.

155 Schrank, Prostitution, Bd. 1, 280.

156 Ebd., 401.

157 Ebd., 403.

158 Cankar, Das Fräulein, in: Vor dem Ziel, 158 f.

159 Salten, Wurstelprater, 76 ff.

160 Schrank, Prostitution, 308 f.

161 Ebd., 310.

162 Zweig, Die Welt von Gestern, 106.

163 Ebd.

164 Vgl. Jusek, Prostitutionsdebatten.

165 Mutzenbacher, Lebensgeschichte.

166 Pollak, Monstreprozess.

167 Ebd., 16 ff.

168 Zit. nach Hamann, Hitlers Wien, 519.

169 Zur Biographie vgl. Schmölzer, Mayreder.

170 Jusek, Prostitutionsdebatten, 158 f.

171 Mayreder, Kritik, 54.

172 Vgl. Jusek, Prostitutionsdebatten, 161 ff.

173 Kisch, Breitwieser, 23.

174 NT, 2. April 1919, 1.

175 Wiener Hochschul-Korrespondenz, in: NT, 6. April 1919, 7.

176 Kisch, Breitwieser, 23.

177 Vgl. Kraszna, Breitwieser.

178 Ein detaillierter Lebenslauf bei Maderthaner/Musner, Anarchie, 157 ff.

179 NT, 2. April 1919, 1.

180 Kraszna, Bd. 2, 21.

181 Ebd., 147 f.

182 Polgar, Heldenleben, 260.

183 Vgl. Maderthaner/Musner, Anarchie, 17 ff.

184 AZ, 18. September 1911, 2 f.

185 MdI, Präs. 9951, 21. September 1911.

186 NFP, 18. September 1911, 4.

187 MdI, Präs. ad 9951. Pr.Z. 2761/18, 26. September 1911.

188 MdI, Präs. ad 9951, Pr.Z. 2761/6, 17. September 1911.

189 AZ, 18. September 1911, 4.

190 NFP, 18. September 1911, 1 f.

191 MdI, Präs. 9798, 19. September 1911.

192 NFP, 18. September 1911, 5.

193 MdI, Präs. 9798, 19. September 1911.

194 AZ, 19. September 1911, 2.

195 Die Einschätzung, dass es sich bei den Ereignissen des 17. September größtenteils um eine Revolte der Ottakringer Gassenkinder der untersten sozialen Schichten gehandelt habe, wird durch eine von der Polizei vorgenommene Auflistung des Altersprofils der Verhafteten gestützt. Allerdings ist ihre Aussagekraft insofern eingeschränkt, als die Verhaftungen größtenteils und gezwungenermaßen überaus willkürlich vorgenommen wurden. Danach waren von insgesamt 263 verhafteten Personen 152 unter 25 Jahren, 111 darüber, 197 waren ledig und 66 verheiratet oder verwitwet. Von den wegen Verbrechens Verhafteten hatten 104 das Alter von 25 Jahren noch nicht erreicht und 47 überschritten, ledig waren hier 116 und verheiratet 35 Personen. Bei den Vergehen ist die Anzahl mit jeweils 11 (17 ledig, 5 verheiratet) ausgeglichen, während die über 25-Jährigen bei den Übertretungen mit 21 zu 16 (29 ledig, 8 verheiratet) und bei den polizeilichen Abstrafungen mit 32 zu 21 (35 ledig, 18 verheiratet/verwitwet) dominierten. (MdI, Präs, ad 9951, Pr.Z. 2901/33) Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion stellte jedenfalls fest, dass unter den Verhafteten und Angeklagten sich nur vereinzelt organisierte Arbeiter und kein einziges Mitglied der sozialdemokratischen Jugendorganisationen befunden hatten. (Interpellation der Abgeordneten David, Reumann und Genossen, Haus der Abgeordneten, Stenographische Protokolle, Beilagen, 9. Sitzung der XXI Session am 5. Oktober 1911.)

196 MdI, Präs. 9798, 19. September 1911.

197 AZ, 18. September 1911, 5.

198 MdI, Präs. 9951, Pr.Z. 2971/8, 9. Oktober 1911.

199 AZ, 18. September 1911, 5.

Krieg und Frieden

Die letzten Tage der Menschheit und ein Attentat

An jenem schicksalhaften 1. August 1914 begibt sich ein seit Jahren im Wiener Exil lebender russischer Emigrant auf die Ringstraße, um – einen Tag vor seiner überstürzten Abreise in Richtung Schweiz – einen patriotischen Massentaumel zu erleben, wie ihn diese Stadt noch nicht gesehen hatte. Am 23. Juli 1914 war der serbischen Regierung ein kurz befristetes Ultimatum überreicht worden, dessen wohl kalkulierte Unannehmbarkeit die Kriegserklärung der Habsburgermonarchie am 28. Juli nach sich gezogen hatte. Die Katastrophe entwickelte sich im Selbstlauf, das komplexe Bündnissystem, das die europäischen Imperialismen in- und gegeneinander verkettete, wurde in Aktion gesetzt, und spätestens mit der Kriegserklärung Großbritanniens an die Donaumonarchie am 12. August war klar geworden, dass dieser Konflikt in seinen Dimensionen alles bisher Dagewesene weit hinter sich lassen und sich, so die zeitgenössische Diktion, zu einem »Weltenbrand« entwickeln würde.

Die Massen der Bevölkerung der in diesen Konflikt eintretenden Staaten verfielen in einen nie gekannten nationalen Rausch. Nie hatte sich die Kriegsbegeisterung *(Abb. 58, S. 319)* derart ekstatisch und bei einer derart großen Anzahl von Menschen geäußert, nie waren nationale Leidenschaften in einem kollektiven Ausbruch dieser Dimension zum Tragen gekommen. Sogar die mühsam von der Sozialdemokratie errichteten und in den Resolutionen ihrer internationalen Konferenzen zum Ausdruck gebrachten pazifistischen und antiimperialistischen »Dämme« wurden von den international demonstrierenden Massen niedergerissen; ja mehr noch, sie rissen die organisierte Arbeiterbewegung mit sich. Friedrich Austerlitz, der charismatische Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung, der unbestechliche Moralist, der überzeugte Kriegsgegner (der er mit Fortgang des Weltkrieges wieder werden sollte), verfasste anlässlich der Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten einen Leitartikel »Der Tag der deutschen Nation«: Er sprach von der »heiligen Sache« des deutschen Volkes und davon, dass die Geschichte den 4. August als einen Tag der »stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes« verzeichnen werde. Dieser Weltkrieg sei vor allem ein »Krieg gegen deutsches Wesen«. Aber weder Tod noch Teufel werde es gelingen, »unser deutsches Volk«, ein Volk »voll eiserner Kraft und erzener Ausdauer«, zu besiegen.

> *Aber da das deutsche Vaterland in Gefahr, da die nationale Unabhängigkeit des Volkes bedroht, tritt die Sozialdemokratie schützend vor die Heimat hin, und die »vaterlandslosen Gesellen«, die »rote Rotte«, wie sie der Kaiser einst schmähte, weiht dem Staat Gut und Blut der arbeitenden Massen.*[1]

Was war es, sollte der russische Emigrant – der, um seiner Internierung zu entgehen, ein weiteres Mal ins Exil aufbrach – reflektieren, was trieb die Massen, hysterisiert, im Taumel, in Verzückung auf die Ringstraße und ließ sie dort, unbeschadet ihrer sozialen Herkunft und gesellschaftlichen Stellung, in den einen Volkskörper, in ein imaginäres Ganzes verschmelzen? Was trieb den Schuhmachergesellen, den Halbtschechen-Halbdeutschen Pospischil, was trieb die Grünkramhändlerin Frau Maresch oder den Droschkenkutscher Frankl auf den Platz vor dem Kriegsministerium? Konnte es letztlich die Konkretisierung des Nationalen sein, wo doch Österreich-Ungarn geradezu die Negation des Nationalen vorstellte? Es musste darüber hinausgehen, die bewegende Kraft eine andere sein, die Gepäckträger, Wäschermädchen, Schuhmacher, Gehilfen und die Halbwüchsigen der Vorstädte in die kollektive Illusion versetzte, auf der prunkvollen Ringstraße sich als die »Herren der Lage« zu fühlen. Es musste etwas damit zu tun haben, dass unter normalen Umständen niemals zu befriedigende, ja nicht einmal denkbare Hoffnungen und Sehnsüchte mit einem Mal freigesetzt, artikuliert wurden. Und kennzeichnete es nicht gerade solche Momente offensichtlicher historischer Größe, dass ein Teil davon, die Sehnsucht nach Geltung und Bedeutung, bereits hier und jetzt verwirklicht schien?

Der Krieg erfaßte alle, und folglich fühlten sich die Unterdrückten, vom Leben Betrogenen mit den Reichen und den Mächtigen auf gleichem Fuß. Das soll nicht paradox genommen sein, daß ich in der Stimmung der Wiener Menschenmenge, die zum Ruhme der habsburgischen Waffen demonstrierte, jene Merkmale wiederfand, die ich von den Petersburger Oktobertagen 1905 her kannte. Ist doch der Krieg in der Geschichte häufig der Vater der Revolution gewesen.[2]

Der diese Überlegungen in seinen Memoiren zu Papier brachte, sollte drei Jahre nach den Wiener Ereignissen unter seinem »nom de guerre« Weltgeschichte schreiben. Nun hat Trotzki das nationale Moment entschieden unterschätzt. Zwar war die Habsburgermonarchie die Verneinung dieses Prinzips und von den Konflikten und Gegensätzen ihrer unterschiedlichen Nationalitäten bis an die Grundfesten erschüttert. Aber es war das subkutane Wirken dieses Prinzips, das ein kollektiv Unbewusstes zum manifesten Wir werden ließ: das diffuse Gefühl, als »Volk« im Zuge der imperialistischen Aufteilung der Welt zu kurz gekommen zu sein; die plötzlich so sinnhafte, klassen- und schichtübergreifend erlebbare Abgrenzung gegenüber dem feindlichen Außen, die die Harmonie nach innen so klaglos herzustellen schien. Eine Zeit, die das Nationale zum obersten Prinzip erhob, hatte in diesem Sinn auch die Massen nationalisiert und eröffnete, in Waffenbruderschaft mit Deutschland, einem deutschösterreichischen »Volksganzen« Perspektive und Zukunftsgewissheit. Der Leitartikel von Austerlitz – der wie ein Großteil des assimilierten Wiener Judentums in der Tradition eines republikanisch-demokratischen deutschen Nationalismus stand – erhält vor diesem Hintergrund seinen Sinn und seine Relevanz.



Abb. 58: Kriegsbegeisterung, August 1914.

Zugleich aber hat Trotzki Recht, wenn er dem patriotischen Massenrausch des August 1914 darüber hinausgehende Qualität attestiert und ihn in einem größeren und komplexeren Zusammenhang verortet. Die kapitalistische, industrielle Moderne ist in den Jahren vor dem Weltkrieg zu einer ersten Reife und Entfaltung gelangt. Neue Bedingungen der Produktion, der Zirkulation und Konsumtion zogen umfassende Erfahrungen der Entfremdung und der Fragmentierung, Krisen kollektiver wie individueller Identitäten nach sich. Es war vor allem die große Zahl der städtischen Unterschichten, und hier wiederum die erst unlängst mobilisierten Migrantinnen und Migranten, deren Sehnsüchte nach einem besseren Leben im urbanen Kontext an den neuen Realitäten von Arbeitsschock und restringiertem Konsum zerbrachen. Ein zunehmend von Technik, Wissenschaft und planerischer Vernunft bestimmtes städtisches Umfeld verhindert nicht nur die Neudefinierung und Entfaltung ihrer Lebensperspektiven, sondern lässt eine Mehrzahl von ihnen sich in subjektiver Verelendung wiederfinden. Ihr Aufbegehren, ihre Hoffnungen und Sehnsüchte können die verschiedensten Artikulationsformen annehmen, in unterschiedlichen Situationen jeweils unterschiedlich Ausdruck finden.

Die industrielle Moderne bedeutet einen radikalen Bruch mit historischen Formationen und Traditionen, sie ist durch einen permanenten Prozess innerer Wider-

sprüche und Gegenläufigkeiten gekennzeichnet. Als Antwort auf Desintegration, Entwurzelung und Widerspruch zielt sie auf die Herstellung rationaler Ordnungssysteme, setzt sie auf Disziplinierung und Organisierung. Der Politik kommt dabei die Funktion des Anbieters von konkurrierenden, sinnstiftenden Systemen zu, und das Jahr 1914 sollte sich als eine zentrale Bruchlinie in diesem Prozess erweisen. Die Sozialdemokratie nahm ihre (auf die Schaffung kollektiver Identität gerichtete) Politik als Option auf das zukünftige Bessere wahr; sie musste in dem Augenblick scheitern, da diese Option auf einer ganz anderen Ebene in Form der Mobilisierung greifbare Realität zu werden schien. Leo Trotzki:

> *Solcher Menschen, deren ganzes Leben tagaus tagein in monotoner Hoffnungslosigkeit verläuft, gibt es viele auf der Welt. Auf ihnen beruht die heutige Gesellschaft. Die Alarmglocke der Mobilisierung dringt in ihr Leben wie eine Verheißung. Alles Gewohnte, das man tausendmal zum Teufel gewünscht hat, wird umgeworfen, es tritt etwas Neues, Ungewöhnliches auf. Und in der Ferne müssen noch unübersehbare Veränderungen geschehen. Zum Besseren? Oder zum Schlimmeren? Selbstverständlich zum Besseren: Kann es Pospischil schlimmer ergehen als zur »normalen« Zeit?*[3]

Vier Jahre später werden die jubelnden Massen des Jahres 1914 eine entfernte, unwirkliche, schemenhaft-undeutliche, nicht erklärliche Erinnerung sein. Das »Stahlgewitter« des ersten modernen, industrialisierten Massenkriegs mit dem Einsatz von Kampfflugzeugen, Ferngeschützen und Giftgasen, die Massenabschlachtung von in Schützengräben konzentriertem »Menschenmaterial«, oft und oft aus Gründen minimalen Gebietsgewinns, das undenkbar gewesene Inferno der Isonzoschlachten, Hunger, Elend, Krankheit und Sterblichkeit unvorstellbaren Ausmaßes im Hinterland und in den Städten – die durch diese Erfahrungen erschütterten, entsetzten, traumatisierten Massen werden daran gehen, althergebrachte Welt- und Gottesordnungen zu stürzen, Jahrhunderte währende Reiche, Dynastien, soziale Ordnungen, Kategorien und Werthaltungen abzuschaffen und neu zu definieren. Denn in einem weiteren Punkt sollte der Gang der Ereignisse den russischen Emigranten Trotzki eindrucksvoll bestätigen. Der erste moderne Massenkrieg generierte, in gebündelter Dichte und unvorhersehbarer Quantität, eine Reihe von Revolutionen: auf technischem und technologischem, auf kulturellem und sozialem Gebiet, in der Politik ebenso wie in der Ökonomie, in der Organisation der Produktion ebenso wie in der Organisation der Massen. Bereits wenige Monate nach Kriegsbeginn kommt Julius Deutsch – erster Heeresminister der Republik, der in den letzten Kriegsmonaten eine konspirative Organisation innerhalb der Armee aufgezogen hatte – zu folgendem Schluss: Wohl könne niemand vorhersagen, welche Wirkungen die noch zu erwartenden Kriegsereignisse tatsächlich auslösen werden, »riesenhafte Umwälzungen« der gesellschaftlichen Verhältnisse seien dennoch Gewissheit. Der Krieg habe in furchtbarer Erfahrung tausenden und abertausenden Gehirnen die Notwendigkeiten planmäßigen, organisierten Handelns klar werden lassen. Die Erfahrungen jener, die im Feld gestanden seien,

würden ihre Anwendung auf die sozialen Kämpfe der Umbruchszeit finden.[4] Dem Krieg kommt somit auch die Funktion des kreativen Zerstörers zu. Nachdem er die alten sozialen Formationen in einem Akt beispielloser Gewalt zerstört hat, können die Fragmente der Gesellschaft zu einem neuen Ganzen zusammengefügt werden.



Abb. 59: Karl Kraus.

Der Verlauf des Krieges hat die ursprüngliche Euphorie rasch erschüttert. Die furchtbaren Verluste gegen die russischen Armeen bei Lemberg und die Verwüstung Galiziens, die dadurch ausgelöste Massenflucht galizischer Schtetl-Juden nach Wien (dessen Bevölkerung auf 2,24 Millionen steigt), die Auswirkungen der Entente-Blockade, der auf eine Niederlage zusteuernde, Menschen und Material vernichtende Serbien-Feldzug, die Sperrung der Grenzen Ungarns und die dadurch eintretende Lebensmittelnot, die staatliche Zwangsbewirtschaftung kriegswichtiger Industrien und Rationierungsmaßregeln eines bürokratischen »Kriegssozialismus« – all dies ließ die Massenstimmung sehr bald kippen. Dazu kam, dass die entsetzlichen Verluste der Armee in den ersten Kriegsmonaten zu »Musterungen« und Aushebungen in Permanenz zwangen, während die hungernden Arbeitermassen mit Methoden militärischer Disziplinierung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gezwungen werden sollten. Die Fabriken wurden militarisiert, die Arbeiterschaft unter Kriegsrecht gestellt, militärische Betriebsleiter eingesetzt. Die Verfassung war sistiert, das Parlament geschlossen (was die österreichische Sozialdemokratie ironischerweise der Verpflichtung enthoben hat, für die Kriegskredite zu stimmen), die Presse stand unter Zensur, und die Bevölkerung war der Militärgerichtsbarkeit unterworfen.[5]

Der patriotische Taumel war der Ernüchterung, bald der Verbitterung gewichen. Er hatte mit einer chauvinistischen Propagandawelle sondergleichen eingesetzt; einem »Feldzug der Worte und der Schrift« sozusagen, einer Glorifizierung und Huldigung der habsburgischen (und wilhelminischen) Kriegsanstrengung, die große Literaten von begründetem Ruf wie Rosegger, Hofmannsthal, Schaukal, Bahr etc. in die Gefilde vordergründiger Kriegshetzerei und der Apologetik des Mordens absinken ließ. Andere wie die jungen Expressionisten Georg Trakl, Albert Ehrenstein, Franz Werfel (in gewissem Sinn auch Stefan Zweig) profilierten sich hingegen als kompromisslose Kriegsgegner. Wissenschaftler wie Rudolf Goldscheid und Friedrich Hertz

plädierten für einen Verständigungsfrieden, wieder andere, wie Rainer Maria Rilke oder (vorerst) Karl Kraus *(Abb. 59, S. 321)*, drückten ihre Verachtung in Schweigen aus. Kraus hing einem mystisch-idealistischen Individualismus an, leitete seinen moralischen Konservativismus aus einem radikalen Anti-Liberalismus her und verband ihn mit einem unbeirrbaren Kampf um die Reinheit der Sprache, gegen die Korruption der Presse, sexuelle Heuchelei, literarischen Dilettantismus. Seine tief empfundene Abneigung gegenüber einem ungeistigen, auf Realisierung des ökonomischen Profits hin orientierten Liberalismus hat ihn, in der ihm eigenen Konsequenz, zu Tiraden gegen das Wahlrecht, die allgemeinen Menschenrechte etc. geführt. Sein obsessiv geführter Kampf gegen die »jüdische« Presse und das Finanzkapital hat ihn in die Nähe Luegers gebracht und ihn mit der Klassifikation des »jüdischen Selbsthassers« konfrontiert. Seinen messianischen Zorn richtete Kraus vor allem gegen ein »jüdisches« Prinzip, das in der Wiener Presse die seines Erachtens nach typischste Verkörperung gefunden hatte: die Zersetzung der Welt zu einem Bündel Phrasen.[6] In der Zwischenkriegszeit sollte sich Kraus merkbar, wenn auch stets mit Vorbehalten, an die Sozialdemokratie annähern, um mit der Ende Juli 1934 erschienenen Ausgabe der »Fackel« sich radikal von ihr zu distanzieren und in einer umfänglichen Dollfuß-Apologie zu enden.[7]

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges schweigt der große Polemiker und Moralist, der Antikorruptionist und konservative Philosoph, bis im November 1914 mit dem Essay »In dieser großen Zeit« in der »Fackel« die denkbar schärfste Kampfansage gegen den Krieg erscheint. Die ungeheure Machtakkumulation durch das Militär, das Barbarentum der Schlachtfelder, die Sünde des Krieges wider den Geist hatten bei Kraus die Revision einiger seiner zentralen Positionen bewirkt. Von nun an nimmt er den Kampf auf mit den Mitteln der Kunst und der Kulturkritik; er entnimmt sein Material der Kriegsberichterstattung der Presse, druckt es wörtlich ab, hebt Passagen hervor, arbeitet mit den Techniken der Collage und der Montage, fügt knappe Anmerkungen bei. Er macht den Sinn der mörderischen Phrase sichtbar, er entkleidet sie ihres jämmerlichen patriotisch-chauvinistischen Beiwerks und macht sie kenntlich in all ihrem Zynismus und ihrer Menschenverachtung. Er »dekonstruiert« das kriegsjournalistische Werk eines Moritz Benedikt oder einer Alice Schalek; Bahr, Hofmannsthal, auch Auernheimer aber überschüttet er mit Hohn. Kraus zeichnet mit kulturkritischer Methode das aberwitzige, groteske, hässliche, lächerliche, tödliche Bild des Krieges, entblößt sozusagen die realen wie die Schreibtischtäter. Für Kraus ist Sprache dabei nicht bloß Medium für Urteile und Einsichten oder Werkzeug der Erkenntnis, sondern wird selbst zum zentralen Gegenstand des Räsonnements: Die Kriegsereignisse sind ihm nicht etwa logische Konsequenz einer in ihren immanenten Widersprüchen sich radikalisierenden industriellen Moderne, sie sind vielmehr Folge einer im Verfall der Sprachkultur zum Ausdruck kommenden geistigen Auflösung.[8] Kraus hat seine Beiträge und Glossen in der »Fackel« zusammengefasst und in dramatische Form gekleidet; »Die letzten Tage



Abb. 60: Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht.

der Menschheit« sind in ihrer Fülle und grauenvollen Wahrheit das wohl gewaltigste Denkmal des Krieges, ein Dokument der Weltliteratur.

Gegen den Krieg ein Fanal ganz anderer Art zu setzen, entscheidet sich Fritz Adler, der Sohn des sozialdemokratischen Parteigründers, der zum führenden organisatorischen und politischen Kopf einer gegen die Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes formierten »Kriegslinken« geworden war. Adler entscheidet sich für die individuelle, terroristische Tat. Im Herbst 1916 war die Hoffnung auf nahen Frieden endgültig geschwunden. Die Hungersnot nahm dramatische Formen an, und die Heeresverwaltung sah sich gezwungen, auf Grund anhaltender Massenproteste und Arbeitsverweigerungen eine besondere Organisation für die Lebensmittelversorgung der Kriegsleistungsbetriebe zu schaffen. Die Unzufriedenheit über den habsburgischen Kriegsabsolutismus zog sich durch alle Schichten, die Einberufung des Parlaments, eine Obmännerkonferenz des Abgeordnetenhauses, eine Versammlung der Universitätsprofessoren wurden von der Regierung Graf Stürgkh verhindert. Es gab keine Möglichkeit legaler Opposition, und Adler war zu dem Entschluss gelangt, durch den individuellen Terrorakt und seine »Selbstaufopferung« den Anstoß zu geben, bislang weitgehend unartikulierte Unzufriedenheit der Massen in bewusste politische Aktion zu transformieren.

Samstag, 21. Oktober 1916. Dr. Friedrich Adler *(Abb. 60)*, Sekretär der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich – laut Vernehmungsprotokoll als Einjährig Freiwilliger und Leutnant der Reserve im Februar 1915 eingerückt, jedoch »bei der Konstatierung weggeschickt, bei den weiteren Musterungen ungeeignet« –, zieht einen vornehmen Anzug an, steckt einen Browningrevolver ein, den er im April 1915 in Zürich gekauft hatte und der seit eineinhalb Jahren mit sechs Patronen geladen war, und verlässt frühmorgens seine Wohnung in der Sonnenhofgasse. Er begibt sich in das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei in der Rechten Wienzeile 97, erledigt laufende Arbeiten. Gegen 13 Uhr fährt er mit der Straßenbahn zum Neuen

Markt. Er betritt das Hotel »Meißl & Schadn«, begibt sich in den im ersten Stock gelegenen Speisesaal und nimmt an einem Tisch gegenüber Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh Platz, der hier mittags fast täglich und in häufig wechselnder Gesellschaft zu speisen pflegt. Um 14.30 Uhr scheint der geeignete Zeitpunkt eingetreten zu sein, da der Weg nun offen ist und von keinem Gast oder Kellner versperrt wird. Adler nimmt den Revolver aus der Rocktasche, begibt sich »in etwas beschleunigtem Gange« zum Tisch des Ministerpräsidenten, streckt, nach einem letzten raschen Schritt, unmittelbar vor Stürgkh den rechten Arm vor und feuert aus 30 Zentimeter Entfernung, so die Anklageschrift, in »blitzschneller Aufeinanderfolge viermal auf den Kopf« seines Opfers. Drei Schüsse treffen und töten den Ministerpräsidenten auf der Stelle.

Die Arbeiter-Zeitung vom 22. Oktober reagierte nach Bekanntwerden der Umstände und Details des Attentats mit einem Aufschrei des Entsetzens:

> *Für alle, die ihn gekannt, bleibt nur eine Erklärung, daß seine schon lange fassungslose Seele durch eine jähe Sinnesverwirrung zu einer Untat hingerissen wurde, zu einem Entschluß, von dem bis in die letzte Stunde auch nicht ein Anzeichen sichtbar wurde. Der schreckliche Entschluß scheint in seinem Gehirn ganz plötzlich aufgetaucht zu sein (...).*[9]

Manès Sperber hingegen erinnert sich, wie das Attentat von den Wiener Juden aufgenommen wurde:

> *Bald war ich übrigens selbst in die Debatte hineingezogen, die, obschon durch das Attentat hervorgerufen, durchaus unpolitisch blieb. Auch der Graf Stürgkh wurde nur nebenbei erwähnt, nicht ohne Bedauern darüber, daß er nicht friedlich in seinem Bette gestorben war. In der Tat drehte sich das Gespräch, das erst gegen Mitternacht endete, hauptsächlich um die Familie Adler. Da war also der alte Dr. Victor Adler, der Genosse Doktor, so nannten ihn die sozialistischen Arbeiter im ganzen Lande, ein großer Mann, sogar der Kaiser, sagte man, behandelte ihn stets mit Hochachtung. Gewiß hatte solch ein Mensch alles getan, um seinen Sohn Friedrich, der ja auch ein Doktor, vielleicht sogar ein Professor war, die beste Erziehung angedeihen zu lassen. Und nun auf einmal das Furchtbare, das kaum auszudenken ist: Er erfährt aus einer Extraausgabe, daß er, der ehrwürdige Doktor Victor Adler, der Vater eines Mörders ist. Und alle wiederholten oft das Wort nebbich, das jiddisch Mitleid ausdrückt, und »Der Oberste, der Allmächtige soll einen vor solchem Schlag bewahren!« Man vergaß keineswegs, von Zeit zu Zeit an den Kaiser zu erinnern, an den Leidgeprüften: die Gattin hatte man ihm getötet, der Sohn war ihm in der Blüte der Jahre gestorben, seinen Neffen, den Thronfolger, hatte man ihm in Sarajevo erschossen, und nun muß er noch das Unglück mit dem Grafen erleben. Man versagte ihm keineswegs das Mitleid, aber zutiefst betroffen war man vom Schicksal Victor Adlers. Was kann, was wird, was muß dieser unglückliche Vater tun? Diese Frage erregte die Gemüter so heftig, als ob jeder noch vor Ende der Nacht eine schicksalsschwere Entscheidung treffen müsse.*[10]

Victor Adler hatte mit der Verteidigung seines Sohnes die Rechtsanwälte Gustav Harpner, Rechtsberater der Partei und einer der angesehensten Rechtsanwälte

Wiens, und Siegmund Popper, ein enger Freund Fritz Adlers, betraut. Der Vater war fest entschlossen, das Leben seines Sohnes zu retten. In den verschiedenen Stadien der Voruntersuchung versuchte er, die Linie der Verteidigung dahingehend festzulegen, den Nachweis einer hereditären, periodisch auftretenden manischen Depression zu führen, womit der Sohn für das Attentat strafrechtlich nicht mehr verantwortlich hätte gemacht werden können. Anlässlich der Untersuchung des Geisteszustandes des Beschuldigten durch die medizinischen Gerichtssachverständigen ließ Victor Adler über den Anwalt Harpner den Untersuchungsbehörden eine entsprechende Sachverhaltsdarstellung zukommen, die später vom »Fakultätsgutachten« vollinhaltlich übernommen wurde. Nun war Adler tatsächlich aufrichtig davon überzeugt, dass die Veranlagung seines Sohnes nicht frei von psychopathischen Zügen sei; zugleich hätte freilich der auch nur leiseste Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit für diesen die Tat ihres Sinnes beraubt. Fritz nahm daher während der Untersuchungshaft einen für ihn überaus schwer zu führenden Kampf um den Nachweis seiner vollen Zurechnungsfähigkeit auf. In diesem Zusammenhang ist auch ein (vor Gericht dann nicht zustande gekommenes) Angebot seines engen Freundes aus Züricher Tagen, Albert Einstein, zu sehen. Adler war von einer als sicher geltenden Bewerbung um eine ordentliche Professur an der Eidgenössischen Technischen Hochschule zugunsten des damals noch weithin unbekannten Einstein zurückgetreten. Am 13. April 1917 schrieb Einstein an Adler im Landesgericht:

> *Ich bitte Sie nun um etwas Sonderbares: Wenn Ihre Angelegenheit gerichtlich verhandelt wird, möchte ich dabei als Zeuge gerufen werden, dies sollen Sie beantragen. Denken Sie nicht, dies sei sinnlos, denn es müssen ja durch Zeugenaussagen nicht nur Umstände klargelegt werden, welche unmittelbar mit dem Ereignis zusammenhängen, sondern auch Aussagen beigebracht werden, welche über die Persönlichkeit des Thäters Licht verbreiten. – Wie gerne würde ich mit Ihnen über die Relativitäts-Frage diskutieren! Hoffentlich kann dies nachgeholt werden.*[11]

Adler hatte sich in der Untersuchungshaft mit »wahrer Leidenschaft« in die Auseinandersetzung mit der Erkenntnistheorie und dem Empiriokritizismus Machs gestürzt und eine umfangreiche fachliche Korrespondenz mit Einstein aufgenommen. Er hat eine beachtliche theoretische Leistung vollbracht (umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, unter welchen Umständen sie zustande kam) – die angestrebte Vollendung der Mach'schen Physik allerdings war es ebenso wenig wie der Nachweis zentraler Widersprüche in Einsteins spezieller Relativitätstheorie, die er entdeckt zu haben glaubte. Einstein schrieb kurz vor der Strafverhandlung einen Brief an den Physiker Michele Besso, dessen äußerer Anlass eine Ehrenerklärung der Züricher Physikalischen Gesellschaft für Adler war. Darin heißt es: *Betont soll werden, daß A. sich in den Jahren seiner Lehrtätigkeit als selbstloser, ruhiger, arbeitsamer, gutherziger, gewissenhafter Mensch gezeigt hat, der die Hochachtung aller genoß. Allerdings sei er auch ein ziemlich steriler Rabbinerkopf, starrsinnig, ohne Sinn für das Wirkliche. Ultra-selbstlos, mit starkem Stich*

ins Selbstquälerische, ja Selbstmörderische. Eine richtige Märtyrernatur. Man müsse auch anführen, dass Adler *ein gewissenhafter Denker war, der sich zur Klarheit durchzuarbeiten versuchte (mit Erfolg). Ich erhielt gerade ein in den letzten Tagen fertiggestelltes Manuskript über Relativität von ihm, in dem er mit der Überzeugung des Propheten recht wertlose Spitzfindigkeiten überaus breit darlegt, sodaß ich in peinlicher Verlegenheit darüber bin, was ich dazu sagen soll. Ich zerbreche mir unaufhörlich den Kopf darüber. Er reitet den Machschen Klepper bis zur Erschöpfung.*[12]

Auch das Fakultätsgutachten der Psychiater war in mehrfacher Hinsicht überaus bemerkenswert (Referent: Wagner von Jauregg). Es fand in der Motivierung der Tat »nichts Wahnhaftes, nichts, was bei dem gegebenen Charakter des Täters und den gegebenen Umständen nicht begreifbar wäre«. Dass er irgendwie psychopathisch belastet war, ergab sich aus der Geisteskrankheit seiner Schwester und der jahrelangen Erkrankung seiner Mutter. Aber diese Veranlagung hatte, wie das Gutachten feststellt, keinerlei Einfluss auf die Tat. Er hat, so heißt es weiter, »frei von egoistischen Regungen sein ganzes Leben einer Richtung gewidmet, die man, insofern sie das Wohl anderer Menschen fördern wollte, eine idealistische nennen muss; er hat seine ganze Kraft in diesem Streben eingesetzt«. Er sei allerdings ein »Fanatiker, den von dem Wege, den er für den richtigen hält, keine wie immer geartete Rücksicht abbringen kann …«. »Aber«, so heißt es weiter im Gutachten, »es hat Fanatiker gegeben, die hohe Kulturwerte geschaffen haben. Vom ethischen Standpunkt ist Adlers Tat weniger verwerflich als zum Beispiel die eines Menschen, der zur Wiederherstellung seiner verletzten Ehre einen anderen kaltblütig tötet.« Dennoch: Der Fanatiker und der Geisteskranke sind »Sprossen des selben Stammes«. Zum Schluss wird im Gutachten ein weiterer Haken geschlagen und der Angeklagte für seine Tat als voll verantwortlich erklärt.[13]

Zum Zeitpunkt des Prozesses am 18. und 19. Mai 1917 hatten sich die politischen Umstände und Voraussetzungen weitgehend geändert. Erst im Prozess, der unzweifelhaft zu den bedeutendsten seiner Art in jenem Jahrhundert gezählt werden muss und den der Erkenntnispsychologe Adler zu einer wortgewaltigen und in manchen Teilen unwiderstehlichen Anklage gegen den habsburgischen Kriegsabsolutismus umfunktionierte, enthüllte er die eigentliche Ratio seines Handelns. Das Attentat wurde in diesem Zusammenhang nicht als ein Bekenntnis zur Gewalt definiert, sondern als konkrete Metapher, als symbolische Handlung bestimmt. Attentat und Prozess verschmolzen so zu einer kunstvollen Inszenierung, die an eine demokratische Öffentlichkeit, an ein bestimmtes »Publikum« gerichtet war. Hier sprach nicht etwa ein »Wahnsinniger« oder »linker Fanatiker«, hier artikulierte ein »Leidender an der Zeit« deren Widersprüche. Die Verteidigungsrede enthüllte das Bild einer rational kalkulierenden Persönlichkeit, in der sich auf eigenwillige Weise intellektueller Relativismus mit einem bis zur Selbstaufopferung gesteigerten ethischen Absolutismus verknüpfte. Im Hinblick auf die revolutionäre Gärung unter der Arbeiterschaft und

den Soldaten konnte auch das Urteil vom 18. August 1917 nicht aufrechterhalten werden. Da Fritz Adler ein Gnadengesuch ablehnte und seinem Anwalt Schritte in diese Richtung verbot, sah sich die Regierung veranlasst, von sich aus an den Kaiser heranzutreten, der seinerseits das entsprechende Dokument sofort unterzeichnete und Adler ohne Auflagen begnadigte. Am Abend des 1. November 1918 konnte Dr. Gustav Harpner dem sozialdemokratischen Parteitag die Mitteilung machen, dass Fritz Adler ab sofort frei sei.[14] Die Delegierten erhoben sich spontan von ihren Sitzen und reagierten mit tosendem, lang anhaltendem Applaus. Adler wurde an Stelle des verstorbenen Pernerstorfer in den Parteivorstand gewählt.

Über die näheren Umstände der Freilassung selbst berichtet der Literat und Essayist Anton Kuh als »Sinnbild einer Jahrtausendgeschichte von netter Umgänglichkeit«, als ein »Denkmal auf die einzig dastehende liebenswürdige Form des österreichischen Zusammenbruchs«: In jenen Tagen der »österreichischen Staats-Agonie« war der greise und bereits schwer kranke Victor Adler, der »letzte Altösterreicher«, gezwungen, ständig zwischen Parlament, Außenministerium und Schönbrunn zu pendeln. Als Kaiser Karl einen Termin für den 2. November vereinbaren wollte und Adler dafür die Hofkarosse anbot, sagte dieser mit dem Bemerken ab, er müsse »seinen Bub«, der soeben aus der Haft in Stein freigelassen worden sei, vom Bahnhof abholen. Aber auch dafür stellte ihm der Kaiser das Auto zur Verfügung. So empfing Victor Adler seinen Sohn im Auto Seiner Majestät, fuhr mit ihm zusammen in das Ministerium des Äußeren, »um ihn gleich in die neuartigen und schwierigen Parteigeschäfte einzuführen«, und hierauf nach Schönbrunn. Und während Victor Adler mit dem Kaiser verhandelte, wartete der begnadigte Attentäter im Hofauto.[15]

Eine Stadt stirbt

Fritz Adler hatte in seiner Verteidigungsrede das Anklageverhältnis umgekehrt und die Rechtfertigung seiner Tat in eine Aufsehen erregende Abrechnung mit dem Verbrechen der Massenvernichtung, mit dem habsburgischen Kriegsabsolutismus und der lethargischen, defätistischen Tolerierungspolitik des sozialdemokratischen Parteivorstands umfunktioniert. Die Rede vor dem Ausnahmegericht wie auch ihre Rezeption in der industriellen Arbeiterschaft indizierten indes einen zunächst nur in vereinzelten Arbeitskämpfen zum Ausdruck gebrachten, mit Fortgang des Krieges aber umso dramatischeren Wandel im sozialen Macht- und Kräftegefüge. Bereits am 5. November 1916 hatte erstmals ein von der sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften einberufener Arbeitertag stattfinden können, der die Gräuel militärischen Despotismus' in den Kriegsindustriebetrieben öffentlich machte und so den erschütternden Motivenbericht zur Tat Adlers nachlieferte.[16]

Der enorme Güter- und Dienstleistungsbedarf für die Kriegsführung hatte zur Militarisierung der Betriebe wie der industriellen Arbeitsbeziehungen geführt; in Wien

war mit dem Arsenal oder etwa der Lokomotivfabrik in Floridsdorf im Zusammenhang mit übereilt durchgeführten militärischen Einrichtungs- und Baumaßnahmen zur Sicherung des hauptstädtischen »Brückenkopfes« so etwas wie ein militärisch-industrieller Komplex im Entstehen. Nicht nur die Rüstungs- und Munitionsfabriken waren in den ersten Monaten der Kriegsführung bis zur Grenze ihrer Kapazität ausgelastet, dies galt auch für Betriebe der Lebensmittelindustrie, so beispielsweise die (von der sozialdemokratischen Partei gegründeten) Hammerbrot-Werke. Da zunächst Hochkonjunktur in allen Bereichen der Kriegsrüstungsindustrien herrschte, kam es zu bedeutenden ökonomischen Strukturverschiebungen, die, für Wien von besonderer Bedeutung, wesentliche Teile der Konsumgüterindustrien, der Luxus- und Exportgüterindustrien sowie das Baugewerbe zum Stillstand brachten.[17]

Um die effiziente Kriegsproduktion (wie auch die privaten Unternehmensgewinne) sicherzustellen, wurden die Betriebe den Bedürfnissen der Heeresverwaltung entsprechend militarisiert. Die Grundlage dazu boten Ausnahmegesetze und -verordnungen, allen voran das Kriegsleistungsgesetz, das das Koalitionsrecht beseitigte und die Freizügigkeit der Arbeiterschaft durch den Zwang zum Verbleib am Arbeitsplatz ersetzte. Dem Kriegsleistungsgesetz unterlag die Majorität der produktionswichtigen Arbeiterschaft; es verschaffte der Regierung wie der Heeresverwaltung die Möglichkeit zu deren planmäßiger Allokation und Disziplinierung.[18] Das Verhältnis zwischen Kriegswirtschaft und privaten Unternehmungen unterlag hingegen weniger eindeutigen Bestimmungen und blieb fortgesetzt prekär, griff der Staat doch massiv in privatkapitalistische Produktionsverhältnisse ein. Im Wesentlichen wurden die Unternehmen unter bürokratischer Oberleitung syndiziert und die dieserart geschaffenen privaten wie bürokratischen Zwangssyndikate zu einem Requisitionsapparat für Heeresbedürfnisse und die militärische Bürokratie umgestaltet. Die Betriebe blieben so in privatem Besitz, wurden allerdings in den Dienst der militärischen Zwangsorganisation gestellt.[19] Für die Belegschaft hatte dies weitreichende Konsequenzen. Zunächst wurden durch Ausschaltung des freien Marktes und die Sistierung sämtlicher Formen des Arbeitskampfes die Löhne niedrig gehalten, was in Verbindung mit einer fortschreitenden Teuerung zu spürbaren Reallohnverlusten führte. Dazu trat eine forcierte Ausbeutung der Arbeitskraft, eine Steigerung der Produktionsintensität und, etwa in der Wiener Metallindustrie, eine Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf durchschnittlich 15, in Einzelfällen auf 18 Stunden. Im Verein mit der im Herbst 1916 mit aller Heftigkeit einsetzenden Verknappung der Nahrungsmittel *(Abb. 61)* hatte dies eine allseits vermerkte physische und psychische Erschöpfung der industriellen Arbeitskraft, eine Zunahme der Unterernährungs- und Mangelkrankheiten, der Sterblichkeit insgesamt zur Folge. Unter den Bedingungen von Kriegsabsolutismus, Ausnahmegesetzgebung (»§14-Diktatur«) und der Aufhebung von Arbeitsschutz und gewerkschaftlicher Betätigung weitete sich dieses System zu einem Regime betrieblicher Gewalt und Willkür aus. In den zur Kriegsdienstleistung herangezogenen Unternehmen waren die Schutzgesetze über die Dauer der Arbeitszeit, über die Sonntagsruhe und die Arbeitspausen



Abb. 61: Wien im Herbst 1916.

außer Kraft gesetzt, die Leiter dieser Betriebe herrschten uneingeschränkt. Häufig willkürlich verordnete Strafversetzungen an die Front und eine Reihe weiterer, nicht minder drakonischer Disziplinierungsmaßnahmen sollten die maximale Ausschöpfung der Leistungskraft einer zunehmend widerständischen und renitenten, in Bezug auf ihre Regenerations- und Reproduktionspotentiale jedoch immer mehr gefährdeten Industriearbeiterschaft so lange wie möglich sicherstellen.[20] Diese Arbeiterschaft hatte mit den Belegschaften der »Friedenszeit« sukzessive weniger gemein. Mit der zwangsweisen Umstellung auf Kriegswirtschaft und der damit einhergehenden Reorganisation der Aneignung menschlicher Arbeitskraft war es zu einer radikalen sozialen Neuzusammensetzung gekommen, vornehmlich in den großen Werken der Rüstungsindustrie und deren Zulieferbetrieben. Die massenhafte Einbeziehung von Frauen und Jugendlichen und der Einsatz von kriegsgefangenen Zwangsarbeitern änderten das soziale Profil der industriellen Arbeiterschaft total und ließen sie neue, aktionistische, spontane Formen des Widerstands und des sozialen Protests entwickeln.

Diese kamen vermehrt zum Tragen, je mehr sich im Verlauf der Jahre 1917 und 1918 die allgemeine Situation allgegenwärtigen Mangels, Hungers, Elends verschärfte, je weniger die staatlichen Rationierungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen

das Absinken des größten Teils der Bevölkerung in namenlose Not zu verhindern mochten. Sie entwickelten ihre ganze gesellschaftliche Sprengkraft in den Oktober- und Novembertagen des Jahres 1918, da die kaiserliche Armee sich auflöste, die Kriegsindustrie zusammenbrach, der über Jahrhunderte gewachsene staatliche Verband der Habsburgermonarchie zerfiel, tradierte, überkommene Ordnungs- und Autoritätskonzepte, soziale Hierarchien und kulturelle Codes sich in Nichts auflösten. Die Geburt des Neuen erfolgte in einer Atmosphäre des Hungers, der Kälte, der Krankheit, des Todes. »Wien stirbt« hieß es allerorten, und Karl Ziak hat die Metapher in seinem 1931 erschienenen »Heldenroman einer Stadt« aufgenommen:

Der Körper verkümmert, der Magen schrumpft, die Muskeln erschlaffen, das Fett ist längst aufgezehrt. Die Widerstandskraft erlahmt. Menschen brechen auf der Straße zusammen. Menschen sterben Hungers. Eine Stadt stirbt. Auf tausend Todesfälle vierhundert Lebendgeburten.[21]

Exemplarisch findet die allgemeine Wahrnehmung einer »sterbenden Stadt« in einem Feuilleton im Neuen Wiener Tagblatt anlässlich des Allerseelenfestes 1918 ihren Ausdruck und Niederschlag. Der Verfasser unternimmt an diesem Tag eine »Fahrt nach Simmering«, hinaus in Richtung Zentralfriedhof, jenem »großen Totenbezirk, der alle Schicksale in ein großes gemeinsames Massengrab des Schweigens verschluckt ...«. Spätestens ab dem Aspangbahnhof bleibt das herrschaftliche Wien – »aus der weltfernen Stille der Vergangenheit ... in diese gar nicht mehr vornehme Gegenwart gestellt« – zurück, versickert die Großstadt immer mehr, um geduckten, niedrigen Vorstadthäusern Platz zu machen. Der Komfort hört auf, das elektrische Licht verlöscht, Fabriken, die Wahrzeichen der Peripherie, wachsen empor. Dann die Kasernen und das Garnisonsspital, nirgends ist das Freudlose, Gruselige, Sterile so konzentriert wie hier. Die Schlachthäuser: Viertel der »nackten, männerstarken und messerscharfen rohen Kraft«, die der ganzen Gegend das »Siegel der Rohheit« einprägen: »In der Tat, je mehr wir uns dem Friedhof nähern, desto friedloser wird es.« Die breit sich hinstreckende, kotige, lehmerdige Simmeringer Hauptstraße führt schnurgerade, abwechslungslos, langweilig-gleichartig, in nüchterner Monotonie und endlos dorthin, wo die Stadt zu ihrem Ende kommt, in die Simmeringer Heide. Vom Rekrutendrill zerstampfter Exerzierplatz, kampiert hier in den guten Monaten der Arme-Leute-Sommer: skrofulöse Kinder mit verkrümmten Beinen, abgerackerte, früh gealterte Mütter, Pfeifen rauchende Alte, magere Gestalten aus den »Webern«, die aussehen, als hätten sie eben eine Gruft gesprengt und sich hierher auf die »Had« geschleppt. Hier scheint längst keine Sonne mehr, so der Feuilletonist:

Jede Großstadt hat vor ihren Toren ein solches unparzelliertes Grundstück der Öde liegen, ein solches Brachland der Armut, für Proletariat, für Kasernenhofdrill. Jede Millionenstadt hat ein solches Areal unbebauten Elends, auf dem nichts wächst, nichts angesiedelt wurde als dieses Elend ...[22]

Und wie ihm (ob bewusst oder unbewusst) die Simmeringer Hauptstraße in ihrer endlosen, monotonen Freudlosigkeit zum Sinnbild der neuen Zeit schlechthin wird, so gerät dem Verfasser die Beschreibung der Proletarierwiese, dieses Brachlands der Armut, zu einer Metapher für das zeitgenössische Wien. Ein »anderes Wien«, wie Egon Dietrichstein in einem weiteren Beitrag festhält, in dem man jetzt »wie ein Fremder« leben würde. Wie eine Geliebte, die eines Tages grußlos ausbleibt, sei die Reichshaupt- und Residenzstadt im Dunkel, in der »stockfinsteren Trübseligkeit« der Kriegsjahre entwichen; wo einst die glänzende und gleißende Parade der Deutschmeister der ordnenden Idee des Vielvölkerstaates sinnliche Gestalt gegeben habe, auf der Schmelz, herrsche heute »ein graues, proletarisches Reservoir bitterer Elendsstimmungen der Vorstadt«.[23]

Dietrichsteins feuilletonistische Bemerkungen und Assoziationen sind nicht ohne Bezug zur Realität, haben ihre Entsprechungen im Tatsächlichen. Überall trifft man auf Schilderungen verfallenden Glanzes, abbröckelnder Fassaden (aus denen Ziegel »wie offene Wunden« leuchteten), verkommener Parks und öffentlicher Plätze. Die Rationierungen unterschreiten das Lebensnotwendige, ein Viertel Brot täglich für jeden, einige Dekagramm Fett, etwas Milch, ein paar Stück Zucker, am Großmarkt täglich in aller Frühe bis zu 60.000 Menschen. Theater und Kinos werden gesperrt, vorübergehend auch Schulen. Züge verkehren höchst unregelmäßig, die Fenster der verdreckten Waggons sind zerbrochen. Die Straßenbahn verkürzt ihre Linien, um 9 Uhr abends wird der Betrieb eingestellt, eine Stunde davor werden die Tore der Häuser geschlossen. Der Stadtbahnverkehr ist überhaupt zum Erliegen gekommen, der Frachtenverkehr wird auf die (keinesfalls hinreichenden) Nahrungsmitteltransporte eingeschränkt, die Fabriken müssen die Produktion immer wieder unterbrechen, weil die E-Werke auf Grund der Unterversorgung mit Kohle keinen Strom mehr liefern können.[24] Und über allem wütet die Spanische Grippe, mit besonderer Unerbittlichkeit im letzten Quartal des Jahres 1918. Ihr erlagen Abertausende, die, ausgezehrt, erschöpft, von Hunger und Entbehrung geschwächt, von unzureichender Kleidung nicht geschützt, der Krankheit keinen Widerstand entgegenzusetzen vermochten; zu ihren Opfern zählten Victor Adler, Otto Wagner, Gustav Klimt, Egon Schiele.

Die Sterblichkeitsziffern erreichten traumatische Werte: Die Zahl der Todesfälle stieg in den Jahren 1913 bis 1918 von 32.314 um 19.183 auf 51.497, die Zunahme der Todesfälle für den Zeitraum 1914 bis 1919 erreichte ein Ausmaß von 52.016. Die Zahl der Lebendgeburten betrug 1913 37.367, 1919 nur mehr 19.612, über den Zeitraum von 1914 bis 1919 ergibt sich in absoluten Zahlen eine Abnahme von 69.292. Die Zahl der Lebendgeborenen im Jahr 1918 erreichte lediglich 48,4 Prozent der Werte des Jahres 1912. Die Quote der Totgeburten, die in den Friedensjahren stetig gesunken war, stieg 1918/1919 massiv an, was nach Meinung des Vorstandes der Abteilung Gesundheitsstatistik im Volksgesundheitsamt, Siegfried Rosenfeld, weniger auf die in Kriegszeiten bei Männern so häufig anzutreffende Infektion mit Syphilis als vielmehr auf die Überlastung der Frauen durch extensiven Arbeitseinsatz in der Kriegsindustrie



Abb. 62: Tuberkulöses Kriegskind.

in Kombination mit anhaltender Unterernährung zurückzuführen war. Auch die Kindersterblichkeit stieg exorbitant an, und zwar im Zeitraum von 1914 bis 1919 um mehr als 30 Prozent.[25]

Der Gesamtverlust, der sich über die Kriegszeit aus einer Zunahme an Todesfällen und einer Abnahme an Lebendgeburten ergibt, liegt weit über 120.000 und entspricht damit der Bevölkerungszahl eines der großen Wiener Gemeindebezirke. Nahezu jeder vierte Sterbefall war durch Tuberkulose *(Abb. 62)* verursacht, seit 1914 hatte sich deren Anzahl fast verdoppelt, ihr Anteil an der Gesamtsterblichkeit stieg von 16 auf 22,8 Prozent. Rosenfeld schließt aus der außergewöhnlichen Zunahme der berüchtigten »Wiener Krankheit« mit Bezug auf die sanitären und gesundheitlichen Zustände in den Flüchtlingslagern, dass die Wiener Bevölkerung während des Krieges in exakt denselben Verhältnissen sich befunden habe wie die Internierten in eben solchen Lagern.[26] Als Ursachen für die dramatische Zunahme der Sterblichkeit seien hauptsächlich Not und Überarbeitung in Betracht zu ziehen, ähnliche Verheerungen fänden sich nicht einmal in Epidemiezeiten. »Die Not hat grausamer wie manche Pest gewütet.«[27]

Der Anfang vom Ende war die Auflösung der viel beschworenen »Manneszucht« gewesen, jener enormen Suggestivkraft, vermittels derer der militärische Mechanismus Offizier und Mannschaft im Kampf in seiner Gewalt zu halten imstande ist; der Zerfall des eisernen Mechanismus der Disziplin hat die Armee und mit ihr die Monarchie zerschlagen. In einem in der Kriegsgeschichte kaum vergleichbaren Akt der kollektiven Verweigerung, unter Missachtung der Befehle und unter Preisgabe ihres Kriegsgeräts, setzten sich vielfach die in voller Anarchie befindlichen Truppen in Richtung Heimat ab. Die Absetzbewegung erfolgte in chaotischer Unordnung, die Soldatenhaufen brachten Eisenbahnzüge in ihre Gewalt und der Großteil von ihnen bewegte sich, in Waggons, auf Dächern, Puffern und Trittbrettern zusammengepfercht, auf Wien zu. Der Bahnhof wurde zum Zentrum eines gewaltigen Prozesses der Sammlung und topographischen Neuverteilung einer demobilisierten und geschlagenen Vielvölkerarmee. Moshe Fuchs hat den Zug des Elends auf seiner Station am Nordbahnhof beschrieben:

Die dunklen, hoch gewölbten, steinernen Gebäude, völlig von fettiger Schwärze beschmutzt, sind angefüllt mit Soldaten, dreckig-abgerissenen, schweißverklebten, mit schwarzen, stechenden Stoppelbärten. Ununterbrochen liegen sie hier auf den mistbedeckten Steinen, zwischen ihren harten, vollgepackten Bündeln, die einen, wenn man sie ansieht, schläfrig machen. Hälse zwischen Stiefeln verflochten, schlafen sie unaufhörlich, einer den Kopf am breiten, harten, steinernen Hinterteil des andern angelehnt, in schweren, toten Schlaf versunken … Sie spüren nicht, wie die Wanzen ihre kotigen, schweißigen Leiber zerfressen. Die neu Ankommenden treten gleichgültig auf die Schlafenden. Und es sieht aus, als wäre das ein Schlachtfeld mit den aufgehäuften, nicht begrabenen Hingeschlachteten. Heisere, übernächtige, gereizte, nicht-menschliche Stimmen dringen durch diese Enge und verschlingen das schwache Geächze der bleichen, zerquetschten, zerhackten, übel zugerichteten Soldaten, die man auf den Tragbahren in die Waggone mit den aufgemalten roten Kreuzen hinausträgt oder von jenen hierher. Man sieht überklebte, geschlossene, tote Augen, blaue, tote Lippen, die in der Kälte der Agonie zittern. Blutflecken blinken in der graulichen Düsternis. Ärzte, die Soldatenmützen in die Stirn gerückt, die weißen Kittel über und über mit Blut bespritzt, laufen mit Skalpellen und Sägen in den Händen vorbei. Sie schneiden hier lebendige Glieder ab, sägen Beine durch, hacken Menschenknochen. Ein summendes Lärmen verschlingt die Schreie und das Gestöhn der Sterbenden. Auf den Schürzen der Nonnen, die den Ärzten zur Seite stehen, sieht man alte, eingetrocknete, schon schwarz gewordene Blutflecken wie auf den Schürzen der Fleischer in der Metzgerei.[28]



Abb. 63: Bettler, Wien 1918.

Niederlage und Revolution waren untrennbar ineinander übergegangen. Wie die nationalen Revolutionen die Niederlage vorbereitet und beschleunigt hatten, wurde diese zum Ferment der Bildung neuer Nationalstaaten. Der große österreichisch-ungarische Wirtschaftsraum war damit zerschlagen, die Nationalstaaten grenzten sich gegeneinander ab, wie sich die deutsch-österreichischen Länder (wo das während des Krieges eingeführte zentrale Requisitionssystem den Stadt-Land-Antagonismus massiv befördert hatte) gegen Wien abgrenzten. Die Stadt wurde in ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen nachhaltig erschüttert *(Abb. 63)*, ihre Ökonomie durch die Herauslösung aus dem integralen Wirtschaftszusammenhang eines Großreichs von strukturellen Schocks getroffen. Es ist damit die Degradierung

der Reichshaupt- und Residenzstadt eines 50-Millionen-Imperiums zum »Wasserkopf« eines verarmten und für nicht überlebensfähig gehaltenen Kleinstaates verbunden gewesen, abgeschnitten von seinen natürlichen Rohstoffressourcen ebenso wie von seinen traditionellen Absatzgebieten und Handelspartnern. Die Etablierung der Nachfolgestaaten hatte die Abwanderung von mehr als 300.000 Menschen aus der Hauptstadt zur Folge, das ehemalige habsburgische Finanz-, Organisations- und Verwaltungszentrum unterlag einem massiven Bedeutungsverlust, mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Arbeitsstättensektor. Die Weltstellung der Wiener Haute Couture ging verloren, Luxus- wie Konsumgüterindustrie waren von der weit gehenden Verarmung der traditionellen städtischen Oberschichten schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Abtrennung der mährisch-schlesischen Reviere traf die Schwerindustrie, die nunmehr Kohle zu teuren Preisen einzuführen genötigt war. Auch die ehemals so bedeutende Textil- und Bekleidungsindustrie konnte den Verlust ihrer in den Sudetenländern gelegenen Produktionsstätten in keiner Hinsicht kompensieren. Eine Vielzahl von kaufmännischen Zentralen war so funktionslos in der Stadt zurückgeblieben.[29] Die Kohlennot begann ihre entsetzlichen Wirkungen zu entfalten. Der neue Kleinstaat hatte einen monatlichen Kohlebedarf von 1,150.000 Tonnen, konnte aus eigener Kraft aber maximal 155.000 Tonnen zumeist minderwertiger Kohle fördern. Hausbrandkohle konnte nicht mehr ausgegeben werden, die frierenden und hungernden Menschen zogen in die Wälder rings um Wien *(Abb. 64)*, griffen zur Selbsthilfe, schlugen unter Missachtung aller Eigentumsrechte und in Unkenntnis des Brenn- und Nutzwertes der Hölzer ganze Waldparzellen ab. Waldungen wurden verwüstet, der Wiener Wald kam gleichsam in die Stadt, wechselte in die Hände von Ankäufern auf den großen Bahnhöfen und wurde mit hohem Gewinn im Schleichhandel verschachert. In diesem privaten Versorgungs- und Ernährungsdienst wurde im Kleinen das Funktionieren eines sich wieder etablierenden freien Marktes erprobt, eine Generalprobe sozusagen für die bald nach Kriegsende einsetzende Spekulations- und Kriegsgewinnler-Hausse großen Stils. Jeder Versuch, den Schleichhandel durch Absperrungen, Strafandrohung, Strafen, Eingriffe und Konfiskationen der Arbeiterräte in den Griff zu bekommen, ließ lediglich die Schwarzmarktpreise rapide ansteigen. Jedes Bemühen der Ernährungspolitik, die Lebensmittel beim Konsumenten zu erfassen, führte nur zu weiteren Willkürhandlungen gegen eine ohnedies schon schwer geprüfte Bevölkerung; sie konnte die Profite des Schleichhandels *(Abb. 65, S. 336)* nicht gefährden, förderte ihn vielmehr durch Einschränkung seiner Warenmenge bei gleichzeitiger konstanter Unterversorgung der Allgemeinheit mit lebensnotwendigen Gütern.[30]

Es blieb in diesen Kälte- und Hungerwintern nicht allein beim Abholzen der Waldungen. Nach und nach verschwand in der gesamten Stadt alles, was brennbar war: Bau- und Gartenzäune, Grundstücksplanken, Brückengeländer etc. Mit Schreiben vom 29. November 1919 wandte sich der Bürgermeister von Albern, Viktor Fuchs, an die Niederösterreichische Landesregierung, um mitzuteilen, dass in Hinkunft keine



Abb. 64: Brennholzsammeln im Wienerwald, Winter 1918.

im Gemeindegebiet angeschwemmten Leichen auf dem »Friedhof der Namenlosen« mehr beerdigt würden, die Leichen somit unbeerdigt bleiben müssten. Der Friedhof sei von Wiener Holzdieben gänzlich verwüstet, seiner hölzernen Umzäunung und der Grabkreuze beraubt worden. Aus der Grabkammer waren die hölzernen Särge und diverse Werkzeuge verschwunden.[31] Das Elend war allumfassend geworden und hatte begonnen, zivilisatorische Hemmungen und gesellschaftliche Tabus einbrechen zu lassen.

Die Ernte von 1918 hatte im Vergleich zum letzten Friedensjahr 48 Prozent des Weizens, 43 Prozent des Roggens und 39 Prozent an Kartoffeln erbracht, das entsprach einem Viertel des aktuellen Mehl- und einem Fünftel des Kartoffelbedarfs; an Fleisch konnte der neu entstehende Staat, dessen Viehbestand im Krieg verwüstet worden war, gerade einmal ein Drittel, an Speisefett ein Zwanzigstel, an Zucker ein Vierzehntel des Bedarfs aufbringen. Max Winter hat sich Ende November dieses Jahres auf dem Favoritener Eugenmarkt (dem späteren Victor-Adler-Markt) umgesehen. Alle Fleischstände waren geschlossen, offen hielten lediglich ein paar Gemüsestände, deren Angebot aus Rüben, Zwiebeln, etwas Knoblauch unter gefrorenem, »zur Hälfte schon von den faulenden Stoffen angefressen(em)« Kraut bestand:

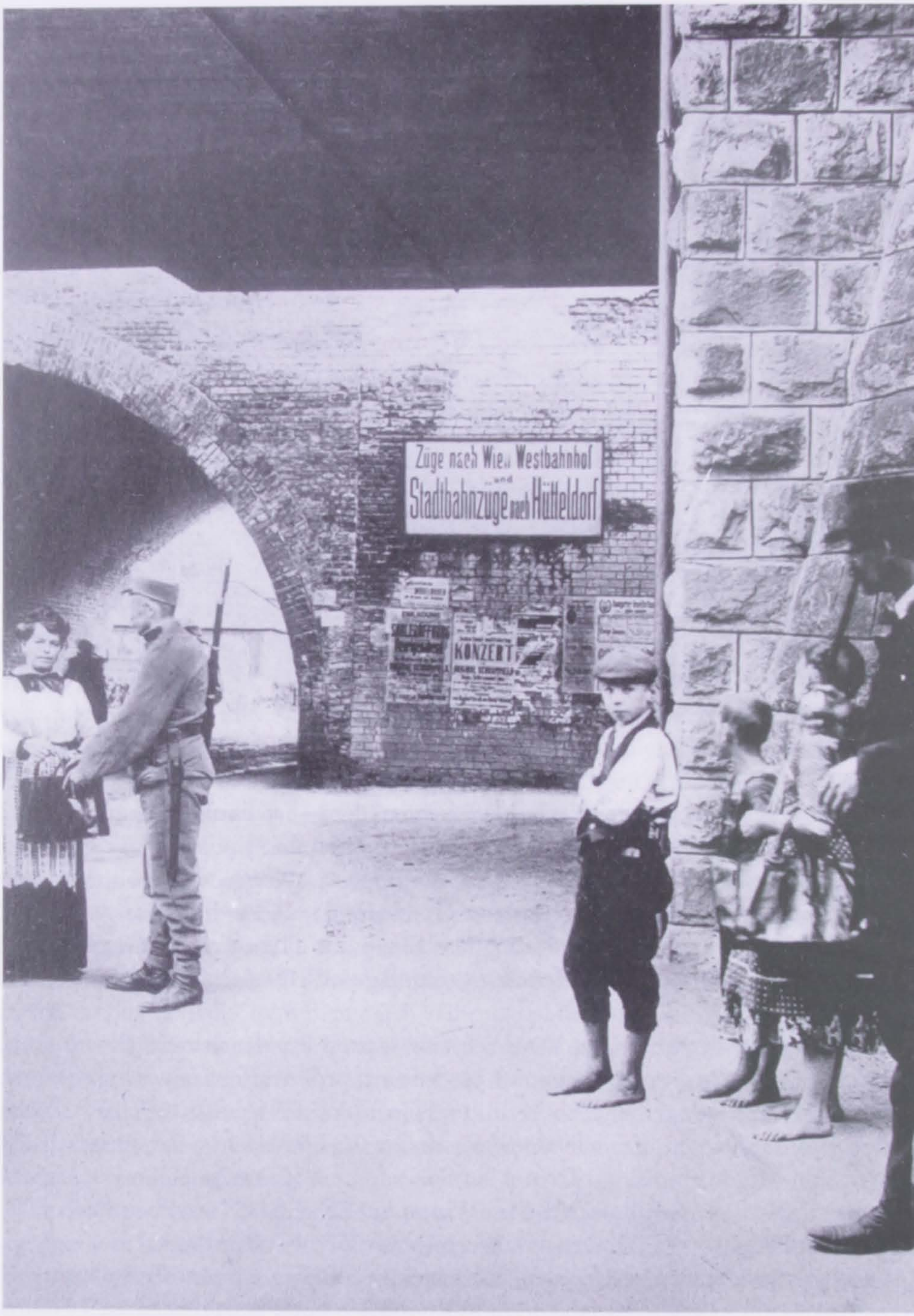


Abb. 65: Schleichhandel, Wien-Hütteldorf, Herbst 1918.

Das Thermometer zeigt zwei Grad unter Null, der Tag ist neblig und bitter kalt und die Menschen sind alle schlecht gekleidet. Kinder in Sandalen und Halbschuhen, ihre Füße mit Fetzen umwickelt, stehen in der Reihe dicht gedrängt neben ihren Großmüttern, die ihr langes Leben hindurch nicht so bittere Zeiten zu erleben hatten wie diese, neben jungen Frauen, die, in Fetzen und Tücher eingewickelt, ihren Säugling oder ihr Kleinkind am Arme halten, da sie es in dem kühlen Heim nicht allein einsperren konnten.[32]

Herbert Hoover, der amerikanische »Food Controller«, organisierte eine zwar regelmäßige, gleichwohl dürftige Lebensmittelzufuhr, deren Rationen weit hinter dem physiologischen Existenzminimum zurückblieben. Die Unterernährung erhöhte die Sterblichkeit und drückte die Arbeitsintensität. Von 167.600 Wiener Schulkindern galten nach ärztlicher Untersuchung 96.000 als sehr, 1.900 als minder und nur ca. 6.700 als nicht unterernährt, 63.000 wurden schlicht als »unterernährt« klassifiziert.[33] Die Hungerkatastrophe, die drückende Not, die Verzweiflung der Menschen wurden anlässlich des so genannten »Gründonnerstag-Putsches« der Kommunisten am 18. April 1919 in ebenso deutlicher wie erschreckender Weise manifest: Die Demonstranten hatten sich auf die gefallenen Pferde der Sicherheitswache gestürzt und aus den noch warmen Körpern der toten Tiere Fleischstücke als willkommene Beute herausgerissen.[34]

Der Schriftleiter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Paul Umbreit, hat als Delegierter am Deutschösterreichischen Gewerkschaftskongress vom 28. November bis 5. Dezember 1919 im Arbeiterheim Favoriten teilgenommen. Es wurden ihm 60 von Wiener Ärzten aufgenommene Fotografien aus verschiedenen Tageserholungsstätten vorgelegt. Diagnostiziert waren Unterernährung, Unterentwicklung, Blutarmut, Muskelschwäche, skrofulöser Habitus, kretinistischer Zwergwuchs und Ähnliches. Umbreit hat einige der Fotos an die Illustrierte Wochenschrift »Volk und Zeit« des deutschen »Vorwärts« übermittelt, wo sie mit folgendem Kommentar publiziert wurden:

Das Wiener Elend der Gegenwart ist in Mitteleuropa ohnegleichen seit den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges und in unserer Zeit hat man ähnliche Zustände nur aus Schilderungen russischer oder indischer Hungergebiete gehört. Dunkel ist die Zukunft der Zweimillionenstadt, von deren Elend unsere Bilder halbverhungerter Kinder zeugen; sterbend liegt sie zwischen der Donau und den Waldbergen der Voralpen da …[35]

Revolutionen

Glühendes Fieber, schreibt Paul Busson am 3. November 1918, hat große Teile der Wiener Bevölkerung niedergeworfen, glühendes Fieber erfüllt ihren Leib, ihre Sinne; die Glieder kündigen den Gehorsam auf, und die Köpfe sind von »jener schmerzenden Masse« erfüllt, die wüste Angstträume und quälende Vorstellungen suggeriert. Und

ähnlich den Einzelnen sei der ganze »kranke Riesenleib« der Stadt von einem Fieberschub befallen, sei die lange unterhöhlte Kraft, die ihn bisher zum Ertragen der schwersten Lasten befähigt habe, zusammengebrochen. Die Fieberglut schlug wie eine rote Fahne empor und fand Ausdruck in einem Schrei aus Hunderttausend Kehlen: Revolution![36] Carl Marilaun vermag die Revolution zu verorten, in jenen »großen und furchtbaren Schmelztiegeln«, in denen Hunderttausend starke Arme am Werk waren, das alte, das »phäakische« Wien zur Millionenstadt einer neuen Menschheit umzuformen. »Revolutionen, die das Antlitz der Erde verändern, bereiten sich immer in irgendeinem Ottakring oder Favoriten vor.«[37] Und tatsächlich hatte den Riesenleib der Stadt ein Fieberschub der revolutionären Gärung erfasst, waren sich die durch den Krieg und seine Folgen in ihrem Denken, in ihrer Wahrnehmung, in diesem Dasein gänzlich umgeformten Massen ihrer selbst bewusst geworden. Aus dem Zusammenbruch aller Werte, Normen und Autoritäten ging eine Kraft als einzige gestärkt hervor: die sozialdemokratische Arbeiterpartei. Ihrem historischen Selbstverständnis gemäß ging sie sofort daran, jeglichem sozialromantischen Revolutionarismus, jedem aktionistischen Putschismus so weit wie möglich die Basis zu entziehen und die revolutionären Energien der durch den Krieg entwurzelten Massen in eine Strategie zur Eroberung der parlamentarischen Demokratie und der umfassenden sozialen Reform zu transferieren und als Aufklärungsprojekt der Massenerziehung und Massendisziplinierung in großem Stil umzusetzen. Die Ohnmacht und die Not des neuen Staates, so der 1917 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte und sofort in den inneren Führungskreis der Arbeiterpartei aufgestiegene Otto Bauer, hätten der Revolution ebenso ihren spezifischen Charakter verliehen wie ihr unüberwindliche Grenzen gesetzt:

> *Sie konnte die soziale Umwälzung nur innerhalb sehr enger Schranken vollziehen. Zur Selbstbeschneidung und Selbstbeschränkung gezwungen, blieb sie an heroischen Taten, an dramatischen Episoden, an romantischen Kämpfen überaus arm. Aber gerade die Not und Ohnmacht dieser Revolution begründeten ihre eigenartige Größe. Gerade weil Not und Ohnmacht uns hinderten, eine starke revolutionäre Gewalt aufzurichten, können wir nur mit geistigen Mitteln die Masse beherrschen. Gerade weil Not und Ohnmacht die Revolution zur Selbstbeschränkung zwangen, musste die Selbstüberwindung, die Zügelung der Massenleidenschaften durch die Masseneinsicht im schweren geistigen Ringen mit der Masse selbst durchgesetzt werden.*[38]

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte sich in den Vorkriegsjahren einen in Österreich beispiellosen, aber auch im internationalen Vergleich beeindruckenden Organisationsapparat geschaffen. Sie verstand es, in Hochburgen wie in den Wiener Vorstädten kleinnetzige, aus vormodernen Traditionen herrührende soziale Beziehungsgeflechte ehemals dörflicher Formationen in die Zellen- und Sektionsstruktur einer modernen Parteiorganisation überzuführen. Die Mächtigkeit und Effizienz dieser Konstruktion lag in ihrer Mischung von politischem Fortschrittsnarrativ, konkret

vorgestellter Zukunft und flächendeckendem Organisationsnetz.[39] Dennoch geriet die Arbeiterpartei in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges in eine tiefe politische Krise. Die überschwänglichen Hoffnungen, die in das 1907 nach freiem und gleichem Männerwahlrecht gewählte »Volksparlament« gesetzt worden waren, hatten sich in keiner Hinsicht erfüllt. Zur Umsetzung der ambitiösen sozialpolitischen Forderungen war kein Koalitionspartner auszumachen, und die im Jahre 1911 vollzogene Spaltung der übernational organisierten Gesamtpartei nahm die nationale Desintegration der Monarchie vorweg. Der seit der großen Teuerungsdemonstration 1910 verstärkt zum Einsatz gebrachte Rückgriff auf das traditionelle Instrumentarium einer Politik der Straße zeitigte kaum positive Erfolge. Der patriotische Massentaumel des August 1914 markiert dann den dramatischen Höhepunkt der politischen Krise, auch und gerade denjenigen der Sozialdemokratie. Der Ausbruch des Weltkrieges traf eine vom Gang der Ereignisse gänzlich überrumpelte Partei; sie wusste dem aus vagen und verqueren, utopisch-millennaristischen Sehnsüchten ihrer Basis gespeisten patriotischen Massentaumel nichts entgegenzusetzen. Ihre Tätigkeiten wurden weitgehend eingestellt, ihre Politik dem habsburgischen Kriegsabsolutismus untergeordnet. Es erwies sich nunmehr, dass der in den Friedensjahren aufgebaute bürokratische Apparat vor allem den Gesetzen der Selbsterhaltung gehorchte. Dieser aus den Bedürfnissen einer modernen politischen Massenorganisation erwachsene Apparat, so Julius Braunthal, erzeugte »aus einem natürlichen Erhaltungs- und Ausdehnungsprinzip eine irgendwie konservativ-opportunistische Geisteshaltung«.[40] Unter dem bürokratisch-diktatorischen Regime Stürgkh verschwand die Partei praktisch von der politischen Bildfläche, ihre Aktivitäten wurden auf die Probleme der Volksernährung und der Sozialpolitik konzentriert. Im Zuge dieser Umorientierung erlangte mit Karl Renner als Direktor des Ernährungsamtes erstmals ein Sozialdemokrat ein offizielles Staatsamt. Aufgewachsen als Sohn einer überaus kinderreichen, verarmten und schließlich dem Ruin preisgegebenen Weinbauernfamilie aus Südmähren, hart an der deutsch-tschechischen Sprachgrenze, fand Renner, mit kirchlicher Unterstützung, über das Gymnasium Nikolsburg zum Jus-Studium nach Wien. Urbanisierung, Säkularisierung, Rationalisierung, Verwissenschaftlichung vereinigen sich in dem Bibliothekar des österreichischen Parlaments, die Hinwendung zur Sozialdemokratie bedeutete die endgültige Annahme eines säkularen Sinnstiftungsmodells.[41]

Den Wendepunkt in der von Renner wesentlich mitbestimmten Burgfriedenspolitik sollte tatsächlich das Attentat Friedrich Adlers anzeigen. Die nunmehr im großen Stil durchgeführten Ausstandsbewegungen zwangen die Staatsgewalt zu Konzessionen in Form der Einrichtung der industriellen Beschwerdekommissionen, an denen die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in offizieller Funktion teilnahmen. Mehr und mehr trat nun in den Ausständen das politische Moment einer Befreiung Fritz Adlers hinzu, so in einer unmittelbar vor Prozessbeginn einsetzenden Streikbewegung in den Munitionsbetrieben Wiens, die auf ihrem Höhepunkt 48.300 Streikende umfasste.[42] Der amtsoffizielle Bericht vermerkt dazu:

Beträchtlichen Einfluß auf die Haltung besonders der in den Munitionsbetrieben beschäftigten Arbeiter hatte die am 18. und 19. Mai geführte Verhandlung gegen Dr. Friedrich Adler und ganz besonders seine mit großem Pathos vorgetragene Verteidigungsrede, die nach seiner Auffassung und der seiner Anhänger eine Anklagerede gegen das absolutistische Regierungssystem des Grafen Stürgkh, aber auch gegen die bisherige Taktik der sozialdemokratischen Parteileitung sein sollte.[43]

Seit dem ersten Hungerwinter 1916/17 war es immer wieder zu spontanen Massenstreiks und militanten Auseinandersetzungen, zu Lebensmittelrevolten und Hungerkrawallen gekommen, an denen sich vornehmlich Frauen und Jugendliche beteiligten. Im Zusammenspiel mit Sabotageakten, passiver Resistenz oder politischen Streiks begannen sie, das soziale Gefüge der Kriegswirtschaft zu zersetzen. Und wiewohl es zunächst schien, als ob die traditionellen Arbeiterorganisationen jeglichen Einfluss auf die Massen in den Kriegsleistungsbetrieben verloren hätten (und die Welle wilder Streiks im Juni 1917 schien dies zu bestätigen), waren es gerade die vermehrten sozialen Unruhen, die entscheidend zu einer Erweiterung des Handlungsspielraumes von Partei und Gewerkschaften beitrugen. Die spontanen Revolten, die wilden Streiks, der neu erwachte Radikalismus der industriellen Unterschichten setzten die Regierung unter starken sozialen Druck und zwangen sie vermehrt, auf die Sozialdemokratie als Stabilisierungsfaktor und Ordnungsmacht zu setzen. Mit besonderer Klarheit wurde dies im Jänneraufstand des Jahres 1918 deutlich.

Als am 14. Jänner 1918 die Mehlrationen auf die Hälfte gesenkt wurden, trat die Arbeiterschaft des Wiener Neustädter Raums in den Ausstand. Am nächsten Tag breitete sich die Streikbewegung ungeregelt, von Betrieb zu Betrieb, über das südliche Niederösterreich und das Traisental aus. In Wien trat die Arbeiterschaft der Lokomotivwerkstätte Floridsdorf in den Streik ein, am 16. Jänner verweigerten die Massen der Wiener Rüstungsbetriebe die Arbeit; ausgehend von den Floridsdorfer Fiat-Werken griff die Bewegung auf 120 Wiener Betriebe über und erfasste danach die steirische, schließlich die ungarische Arbeiterschaft. Am Höhepunkt, dem 18. Jänner, befanden sich in Wien 110.000, insgesamt 350.000–370.000 Menschen im Ausstand.[44] Die aus leidenschaftlich geführten Streikversammlungen hervorgegangenen Arbeiterräte zeigten ein mögliches Gegenmodell politischer Interessenvertretung auf. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks hatte der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung formuliert, die vom Arbeiterrat akzeptiert wurden. Am 19. Jänner wurde einer Abordnung des Arbeiterrates eine Erklärung des Ministers des Äußeren, Graf Czernin, überreicht, in der sich dieser verpflichtete, die Friedensverhandlungen keinesfalls an territorialen Forderungen scheitern zu lassen. Der Ministerpräsident sagte Reformen des Kriegsleistungsgesetzes und des Ernährungsdienstes sowie eine Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes zu. In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner nahm der Arbeiterrat den Antrag des Parteivorstandes, die Belegschaften ab Montag, 21. Jänner, zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, in einer turbulent verlaufenden Sitzung an.[45]

Der Jännerstreik war nichts weniger als eine revolutionäre Demonstration, die von der Sozialdemokratie zur Durchsetzung ihrer aktuellen Forderungen und Stabilisierung ihrer Autorität funktionalisiert werden konnte und sich zugleich, in der langen Perspektive, als für die Oktober- und Novemberereignisse 1918 richtungsweisend darstellt. Das Kriegsrecht in den Betrieben war spürbar gelockert, der Einfluss der Ereignisse auf die Armee von nachhaltiger Bedeutung. Wie überhaupt die militärische Demobilisierung sich als ein zentrales Moment der politischen Revolution erwies. In den vier Tagen vom 28. bis 31. Oktober 1918 sollte sich die Auflösung der Monarchie mit dem Zusammenbruch der Armee vollenden. Es waren nationale und demokratische Revolutionen, die die Nachfolgestaaten etablierten und zugleich die Massen der Arbeiterschaft und zurückkehrenden Frontsoldaten mobilisierten. Ausgehend von der großen Massenkundgebung des 30. Oktober in Wien kündigte sich in täglichen, stürmisch verlaufenden Soldatendemonstrationen ein radikaler Umbau des sozialen Gefüges der Stadt und des Staates an.

Aus dem Krieg gewachsen, ging der revolutionäre Umbruch weniger von den Fabriken, als vielmehr von den Kasernen aus. Die überproportionale Präsenz von Soldaten und Offizieren in der Massenmanifestation des 30. Oktober signalisierte die völlige Ohnmacht des militärischen Zwangsapparates, den völligen Zusammenbruch der militärischen Disziplin in den Wiener Kasernen. An diesem Tag hatte die Provisorische Nationalversammlung eine de facto republikanische Verfassung beschlossen, die Kundgebung vor dem Niederösterreichischen Landhaus löste sich in eine Unzahl von über die ganze Stadt verstreuten Massenmeetings auf, die überall die Ausrufung der Republik und die Befreiung Friedrich Adlers aus dem Kerker einforderten. Von diesen Kundgebungen ausgehend, entwickelte sich eine instinktive, elementare, archaische Bewegung, die bis in den Sommer 1919 hinein wirken sollte. Bei der Rossauer Kaserne *(Abb. 66, S. 342)* sammelten sich von Russland-Heimkehrern geführte Trupps, organisierten sich in einer »Roten Garde«, zogen bewaffnet durch die Stadt, beschlagnahmten Kraftwagen und Lebensmittelvorräte. Von der Revolutionsromantik des Bolschewismus erfüllte Intellektuelle wie Egon Erwin Kisch oder Franz Werfel schlossen sich der Roten Garde an, Kriegsverwilderung, Hunger, Kleinkriminalität nützten die Selbstauflösung der Garnisonen und unternahmen ausgedehnte Plünderungen. In die als republikanische Ordnungsmacht neu aufgestellte Volkswehr drängten die mit dem Zusammenbruch der Rüstungsindustrie arbeitslos gewordenen Rüstungsarbeiter, ebenso die perspektiv- und hoffnungslosen Frontheimkehrer.[46] In den Bataillonen der jungen Wehrformation sammelten sich Revolutionsromantik und politisches Abenteurertum, »lumpenproletarische« Elemente ebenso wie Kleinkriminelle; ihre Kasernen waren von revolutionärer Gärung erfüllt.

Und unter die wild erregten Heimkehrer, unter die verzweifelten Arbeitslosen, unter die von der Romantik der Revolution erfüllten Wehrmänner mischten sich die Invaliden des Krieges, die ihr persönliches Schicksal an der schuldigen Gesellschaftsordnung rächen wollten; mischten sich krank-



Abb. 66: Aufstellung der Volkswehr in der Rossauer Kaserne 1919.

> *haft erregte Frauen, deren Männer seit Jahren in Kriegsgefangenschaft schmachteten, mischten sich Intellektuelle und Literaten aller Art, die, plötzlich zum Sozialismus stoßend, von dem utopistischen Radikalismus der Neophyten erfüllt waren; mischten sich die aus Rußland heimgeschickten Agitatoren des Bolschewismus.*[47]

Während am 12. November 1918 die Provisorische Nationalversammlung im Saal des Herrenhauses tagte, fand die soziale Unruhe, die Erregung, die elementare Bewegung, die jene Massen, die nunmehr vor dem Parlament demonstrierten, ergriffen hatte, signifikanten Ausdruck – Symbol und Symptom zugleich. Als zum ersten Mal die rotweißrote Fahne der Republik gehisst wurde, rissen Kundgebungsteilnehmer die weißen Teile aus dem Fahnentuch. Kurz darauf stürzten kommunistische Soldaten in Richtung Parlamentstor und begannen mit einer ziellosen Schießerei, die zwei Menschen das Leben kostete, sonst aber folgenlos blieb. Noch zwei weitere Male im Verlauf des nächsten Jahres sollte ein aktionistischer kommunistischer Putschismus Versuche unternehmen, die sich konstituierende Republik in ihren Grundfesten zu erschüttern, wobei Angehörige der Intelligenz ebenso wie Deklassierte aus den Reihen der Arbeitslosen, Heimkehrer und Invaliden Schlüsselpositionen einnahmen.



Abb. 67: Gründonnerstag-Putsch der Kommunisten 1919.

Am Gründonnerstag, dem 18. April 1919, wurde versucht, das Parlamentsgebäude in Brand zu setzen *(Abb. 67)*. Polizeieinheiten und die Volkswehr traten den Demonstranten entgegen, Feuergefechte forderten Tote auf beiden Seiten. Für den 15. Juni 1919 hatte der Emissär der ungarischen Räterepublik, Ernst Bettelheim, umfangreiche Putschvorbereitungen getroffen. Wehrmänner waren aufgerufen worden, bewaffnet an einer Straßendemonstration teilzunehmen, revolutionäre Soldatenkomitees hatten in den Bataillonen Weisungen für den Straßenkampf und die Besetzung öffentlicher Gebäude ausgegeben. Allerdings hatte der Staatssekretär für das Heereswesen (Heeresminister) Julius Deutsch von den Vorbereitungen rechtzeitig erfahren und von dem aus der Roten Garde hervorgegangenen Volkswehrbataillon Nr. 41 die Zusage erhalten, die Anordnung, in den Kasernen zu bleiben, befolgen zu wollen. Der Leiter des Staatsamtes des Inneren, Matthias Eldersch, ließ daraufhin in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni die wichtigsten kommunistischen Vertrauensmänner verhaften. Am nächsten Tag zogen einige Tausend Demonstranten zum Polizeigefangenenhaus, um die Verhafteten zu befreien. In der Hörlgasse (9. Bezirk) eröffnete eine Abteilung der Stadtschutzwache das Feuer, was zwanzig Tote und achtzig Verwundete forderte. Die Volkswehr, die sich erneut als verlässlich republikanisch erwies, besetzte den Ring,

und bewaffnete Soldatenräte verhinderten den Aufmarsch der kommunistischen 41er.[48]

Unter den (größtenteils unbewaffneten) Demonstranten befand sich der noch nicht ganz 17-jährige Karl Popper. Popper war Mitglied der von Karl Frank und Max Ermers geführten Jung-Wandervogel-Bewegung, die sich von den Pfadfindern nach der Einführung eines Arierparagraphen 1913 getrennt und im Verlauf des Krieges eine marxistisch-pazifistische Neuorientierung unternommen hatte. Der spätere Zionist Siegfried Bernfeld hatte versucht, eine Plattform einer Jugendkulturbewegung zu entwickeln und Sozialismus mit Psychoanalyse zu verbinden. Die Gruppe des Jung-Wandervogel wurde zum Rekrutierungsfeld der Freien Vereinigungen sozialistischer Mittelschüler und Studenten, wo Popper die Bekanntschaft der Frauenrechtlerin und Reformpädagogin Eugenia Schwarzwald und vor allem der drei Geschwister Eisler machen sollte. Letztere stehen geradezu emblematisch für Schicksale, wie sie das 20. Jahrhundert hervorzubringen imstande war. Elfriede Eisler war die dominierende Persönlichkeit jenes (meist jüdischen) studentischen Kreises, aus dem die KPÖ hervorgehen sollte. Unter ihrem Organisationsnamen Ruth Fischer wurde sie zu einem Enfant terrible der Komintern und 1926 aus der KPD ausgeschlossen. 1941 emigrierte sie mit ihren Brüdern Gerhart und Hanns in die USA und sagte gegen Ersteren 1947 vor dem House Committee on Un-American Activities aus. Ebenso wie sein Bruder Hanns, Schöpfer des »Solidaritätsliedes« und zu dieser Zeit erfolgreicher Hollywoodkomponist, wurde er des Landes verwiesen und ging in die DDR, wo beide als Vorzeige-Intellektuelle (Gerhart als Bildungsminister und Hanns als Komponist der Nationalhymne) hohes Ansehen genossen.[49]

Popper jedenfalls – der wie die meisten anderen Demonstrationsteilnehmer nicht die geringste Ahnung davon hatte, Teil eines abenteuerlichen Putschunternehmens zu sein – hat die Vorfälle in der Hörlgasse zu den wichtigsten Begebenheiten seines Lebens gezählt. Sie boten ihm, in der retrospektiven Analyse, den Anlass zu einer radikalen Distanzierung von Kommunismus und jeglicher anderen Form von Totalitarismus sowie zu einer ersten Reflexion über jene Thesen, wie er sie später in seiner »Offenen Gesellschaft und ihre Feinde« formulieren sollte. Die Logik, die im Namen eines zukünftigen, als ideal erachteten Zieles den Einsatz von Gewalt und Terror akzeptiere, rechtfertige und einfordere, sei konsequenterweise tödlich. Sobald diese Vorgaben akzeptiert seien, finde sich der Einzelne in einem Prozess der Suspendierung seiner moralischen und intellektuellen Autonomie wieder, einem Prozess der intellektuellen Selbstaufopferung zugunsten einer imaginierten, historischen Mission, eines unkritisch akzeptierten Dogmas.[50]

Der blutjunge Popper allerdings war, wie so viele andere, in den Umbruchsjahren 1918/1919 von dem Revolutionarismus, dem Abenteurertum, der Sozialromantik, einer utopischen Vorwegnahme, der Attraktion des konkreten Neuen, Anderen, dem augenscheinlich so greifbaren Versprechen auf eine bessere Welt mitgerissen worden. Der Krieg hatte sich tatsächlich als Vater der Revolution erwiesen, das Dasein

und Bewusstsein der Massen umgestaltet und den konkreten Eintritt dieser Massen in die Geschichte erst bewirkt. Aus der Distanz von zehn Jahren sollte sich Franz Werfel, von seinem jugendlichen Radikalismus lange entfernt, mit diesen geschichtsmächtigen Massen (im konkreten Fall jenen des 12. November 1918) im Roman »Barbara und die Frömmigkeit« auseinander setzen. Er spricht von der Flut der Hunderttausenden, die, »wie unerbittlich sie auch Körper und Selbstbestimmung des einzelnen« auslöschen mochte, als »Eigenwesen eine ungeheure Freiwilligkeit und Souveränität zu besitzen« schien. Die Masse bewies ein »geheimnisvolles höheres Selbstbewusstsein« und habe einen Tag äußerster Macht-Vernichtung in einen Tag äußerster Macht-Entfaltung verwandelt. Der »Rausch des kollektiven Selbstbewusstseins«, der »einhellige Willen« der Hunderttausenden habe die ganze Stadt einbezogen in die »unwiderstehliche Flut des Neuen«. Der Hauptprotagonist Ferdinand, ein Weltkriegsoffizier, verspürt als Teil dieser Massen und in sie aufgegangen eine »wild-süße Lust«, den »zerstörerischen Drang« zu rennen, zu schweben, um sich zu schlagen.[51]

Werfel paraphrasiert über lange Passagen seines Romans einen Denkstil, der um die Jahrhundertwende im mitteleuropäischen Raum über die Maßen einflussreich geworden war und der einen sinnvollen Weg zum Verständnis dieses ebenso geheimnisvollen wie bedrohlichen Phänomens »Masse« zu eröffnen schien. Gustave Le Bon hat in seinem 1895 erschienenen Hauptwerk »Psychologie des foules« eine dekadenztheoretische und apokalyptische Sichtweise der modernen Massen vorgestellt: Die Masse hat demzufolge ein kollektives Wesen, eine Art Kollektivseele, die sie steuert. Sie ist gegenüber emotionaler und leidenschaftlicher Suggestion höchst anfällig, verführbar, lenkbar, zum Höchsten wie zum Niedrigsten gleich fähig. Sie verwandelt das Individuum in einen »willenlosen Automaten«. Die Masse handelt unbewusst, nach einer Logik der Leidenschaft und bedarf daher einer Führung, der sie sich unterwerfen kann. Es ist, angesichts der Emergenz der Politik der Massen, eine kollektive Pathologie des Sozialen, die hier entworfen wird.[52] Le Bons Argumentationsfigur hat bedeutende Teile der Wiener Intelligenz mit Fernwirkung in die Eliten der Arbeiterbewegung hinein beeinflusst. Canetti und Freud haben sich in aufgeklärtem Gestus auf sie bezogen, in ihrer pathologisch-paranoiden, totalitären Dimension finden wir sie bei Adolf Hitler.

Canetti hat sich, durch das Erlebnis des 15. Juli 1927, mit dem Phänomen des führerlosen, sich selbst lenkenden, stets neu organisierenden und strukturierenden »Massenwesens« auseinander gesetzt. Freud, die Erfahrungen des Weltkrieges vor Augen, ist in seiner 1921 erschienenen »Massenpsychologie und Ich-Analyse« von der libidinösen Struktur und affektiven Führerbindung der Massenbildung ausgegangen, wobei schließlich das individuelle Ich-Ideal durch das Objekt, d. h. den Führer oder eine kollektive Idee, ersetzt wird. Zunächst wiederholt Freud in konzentrierter Form die Massendiagnose Le Bons – die hypnotischen Zustände des Subjekts in der Masse, dessen Affektsteigerung und Denkhemmung, die Herrschaft des Unbewuss-

ten. Allerdings entziffert er die Phänomene der Massenseele als »Erscheinungen der Individualseele«. Die Massensubjekte identifizieren sich mit einem Führer oder einer leitenden Idee, treten an diese ihr Ich-Ideal (also die Summe aller Gebote und Einschränkungen, denen das Ich genügen soll) ab; der Führer oder die kollektive Idee suspendiert letztendlich die individuellen Ich-Funktionen. Die Egalität der Massensubjekte besteht darin, dass sie zu einer abstrakten Instanz von abhängig Gleichen geworden sind.[53]

Der 1920 als Direktor des Archivs des Ministeriums des Inneren in den Ruhestand getretene Karl Huffnagl, der unter dem Pseudonym Nithart Stricker für die Reichspost und die Wiener Stimmen schrieb, hat dem eine weitere Lesart hinzugefügt. In seinem unter einem zweiten Pseudonym, Karl Paumgartten, verfassten Roman »Reppablik« verarbeitet er die Ereignisse des »Gründonnerstag-Putschs« und sieht in den Massensubjekten die »bestialischesten Instinkte des Wiener Tiermenschentums bis zur Besinnungslosigkeit« aufgestachelt.[54] Es ist diese besinnungslose Masse der »Untermenschen«, die, Tieren gleich, ihren Instinkten ungehemmt Lauf lässt und, ihrem kollektiven Unbewussten folgend, zur Bedrohung alles Sittlichen und Reinen wird – und die folgerichtig ausgemerzt werden muss. Huffnagls Denkmuster wurden im Faschismus entsetzliche Realität.

Reformen

In einer Situation revolutionären Umbruchs und sozialromantischen Abenteurertums entwickelten sich die Arbeiterräte zu einem entscheidenden Faktor der sozialen und politischen Stabilisierung im Sinne der Konzeptionen der Sozialdemokratie. Unter der Führung Friedrich Adlers ordneten sie die Volkswehr ihrer Autorität unter und rangen sich in einem überaus schwierigen und kontrovers geführten Diskussionsprozess zu Positionen durch, die den sozialdemokratischen Intentionen weitgehend entsprachen: Wiederherstellung der Produktion, Etablierung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, Beseitigung des Kriegsabsolutismus und aller feudalen Restbestände, Durchsetzung umfassender Sozialreformen. Indem die Räte selbst die Diktatur verwarfen, war die Diktatur der Räte unvollziehbar geworden. Die Arbeiterräte hatten sich aus Organen des revolutionären Eingriffs in die Wirtschaftsverwaltung in Organe der politischen Konsolidierung verwandelt und damit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei den nötigen Spiel- und Handlungsraum insbesondere in Wien garantiert.[55]

Der provisorische Staatsrat hatte bereits in den frühen Novembertagen 1918 unter anderem die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe, die Wiederherstellung der Pressefreiheit, die Amnestie für politische Delikte durchgesetzt. Das am 12. November öffentlich verkündete »Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Österreichs« löste die bisher existierenden parlamentarischen Körperschaften und die

k. u. k. Ministerien auf, schaffte die Vorrechte des Hauses Habsburg ab und proklamierte die republikanische Staatsform sowie den Anschluss an die deutsche Republik. Es wurde zudem die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts bestimmt. Die gleichen Prinzipien waren für Wahlrecht und Wahlverfahren bei Landes-, Kreis-, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen in Anwendung zu bringen.[56] Bis zur Neuwahl waren die bestehenden Gemeindevertretungen durch eine »angemessene« Zahl von Repräsentanten aus der Arbeiterschaft zu ergänzen; am 16. November 1918 wurde demnach eine Mandatsverteilung für den Wiener Gemeinderat beschlossen, die 84 Christlichsoziale, 60 Sozialdemokraten, 19 Deutschfreiheitliche und 2 Deutschnationale vorsah, wobei die beiden großen Fraktionen jeweils fünf, die Deutschfreiheitlichen zwei Mandate mit Frauen zu besetzen hatten.[57] Bereits zuvor waren über die von Bürgermeister Weiskirchner mit Kriegsbeginn eingerichteten Obmännerkonferenzen Liberale und Sozialdemokraten in die (allerdings auch in zunehmendem Maße von der Militärverwaltung kontrollierten) kommunalen Entscheidungsprozesse einbezogen gewesen. Zur möglichst konsensualen Administration der Kriegsanstrengungen geschaffen, stellten die zwischen Juli 1914 und November 1918 einberufenen Obmännerkonferenzen ein frühes sozialpartnerschaftliches, außerhalb der Verfassung stehendes Gremium mit der »Funktion einer Quasi-Legitimation der Stadtverwaltung« dar.[58]

Die letzte Zusammenkunft des seit Frühjahr 1916 wieder tagenden alten Kuriengemeinderats fand am 22. November 1918 statt, womit eine mehr als zwei Jahrzehnte währende Herrschaft der Christlichsozialen zu Ende kam. Das Ergebnis der nach dem Verhältniswahlrecht durchgeführten Gemeinderatswahlen vom 4. Mai 1919 (wahlberechtigt waren alle Wienerinnen und Wiener über 20 mit ordentlichem Wohnsitz in der Stadt; Ottakring etwa hatte 14 Mandate zu vergeben, die Innere Stadt lediglich 4) erbrachte 54,2 Prozent der Stimmen und 100 Mandate für die Sozialdemokraten, 27,1 Prozent und 50 Mandate für die Christlichsozialen und nur mehr 5,4 Prozent und 2 Mandate für die Deutschnationalen; die tschechischen Demokraten und Sozialisten besetzten 8 Mandate, die Zionisten 3, die bürgerlichen Demokraten 2.[59] Am 22. Mai 1919 wurde der sozialdemokratische Veteran Jakob Reumann, der bereits im Kuriengemeinderat vertreten gewesen war, zum Bürgermeister gewählt.

Wien war das Zentrum der Mobilisierung und habsburgischen Kriegsanstrengungen gewesen, Massen von Arbeitskräften in nie gekanntem Ausmaß waren zusammengezogen, der gesamte Produktionsapparat auf die Bedürfnisse des Krieges umgestellt worden. Der nunmehr gegebene gänzliche Zusammenbruch der Wirtschaft, der Verlust der Metropolenfunktion, die Hinterlassenschaft eines an den Erfordernissen eines Großreiches ausgerichteten Verwaltungs- und Dienstleistungssektors, drückende und drastische Wohnungsnot, Abwanderungstendenzen und destabilisierte Kriegsheimkehrer, unsägliches soziales Elend setzten die Rahmenbedingungen für eine radikale Neuorientierung kommunaler Politik. Diese Rahmenbedingungen waren vor

allem auch durch eine gänzliche Zerrüttung der Gemeindefinanzen, dramatische Kreditüberschuldung und Budgetdefizite in Rekordhöhe definiert.[60] Die Sanierung des Budgets unter den Bedingungen von zunehmender Geldentwertung, schließlich galoppierender Inflation war somit zum vordringlichsten Problem der neuen Rathausverwaltung geworden. Damit auf das Engste verbunden sind die Auseinandersetzungen um die verfassungsrechtliche Stellung Wiens im neuen Staatswesen.

Unmittelbar vor den für den 1. Oktober 1920 fällig gewordenen Neuwahlen, die das Ende der großen Koalition auf Bundesebene bringen sollten, beschloss die Konstituierende Nationalversammlung das Bundesverfassungsgesetz auf Grundlage eines von Hans Kelsen ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs. Die Verfassung hat die Einheit des Bundes als Wirtschafts- und Rechtsgebiet hergestellt, die Einheit des Währungs- und Zollgebietes festgelegt und die Länder sukzessive zum Abbau der Absperrungsmaßregeln, die sie gegeneinander, vor allem aber gegen Wien, getroffen hatten, veranlasst. Die Bundesverfassung bedeutete in der Tat einen wesentlichen Schritt in Richtung einer Überwindung jener Rechtsanarchie, die durch die Länderrebellionen in den Umsturztagen und ihre separatistischen Tendenzen entstanden war. Sie bedeutete de facto eine Schwächung des Länderpartikularismus zugunsten eines von den Sozialdemokraten vertretenen zentralistischen Prinzips, wiewohl in Terminologie und formalem Aufbau der Verfassung am föderativen Prinzip peinlich genau festgehalten worden war.[61]

Die bedeutende politische Kräfteverschiebung, die die Wahlen vom Oktober 1920 mit sich gebracht und die Sozialdemokraten auf Bundesebene in die Opposition verwiesen hatten, bewirkte auf deren Seiten ein entschiedenes Umdenken. Die Zugehörigkeit Wiens zu Niederösterreich hatte dessen Unterstellung unter die Niederösterreichische Landesregierung und Landesgesetzgebung bedeutet. Nun verfügte die Sozialdemokratie zwar auf Grund ihrer überragenden Position in Wien über eine absolute Mehrheit im Niederösterreichischen Landtag und stellte mit Albert Sever seit 20. Mai 1919 den Landeshauptmann (der er bis zum Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung im November 1920 blieb). Die Loslösung Wiens von Niederösterreich und seine Konstituierung als Bundesland – von den konservativen Ländern heftig eingefordert – hätte nunmehr eine Konzentration der Kräfte auf Wien, die Unabhängigkeit von unsicheren Mehrheitsverhältnissen in Niederösterreich und den Aufbau eines mächtigen Gegenpols zur konservativen Hegemonie auf Bundesebene bedeutet. Jedes Recht, das sich die Länder auf Kosten des Bundes erkämpften, wäre so nicht mehr ein Machtinstrument der bürgerlich-agrarischen Landesregierungen, sondern vor allem auch eines der sozialdemokratischen Landesregierung in Wien gewesen. Die Sozialdemokratie machte sich die Forderungen der konservativen, von Anti-Wien-Ressentiments erfüllten Bundesländer zu eigen. Der Artikel 114 der Verfassung hatte bereits festgelegt, dass ein »selbständiges Land Wien durch übereinstimmende Gesetze des Wiener Gemeinderates und eines Landtages von Niederösterreich-Land gebildet werden« könne. Dies wurde am 29. Dezember 1921 beschlossen, und am 1. Jänner

1922 trat die Liquidation der Gemeinsamkeit, der legistischen und administrativen Verbindung formal in Kraft.[62] Der Bürgermeister von Wien erlangte zugleich die Rechte eines Landeshauptmanns, der Stadtsenat die Rechte einer Landesregierung, der Gemeinderat die Befugnisse eines Landtages, der Magistratsdirektor fungierte zugleich auch als Landesamtsdirektor, der Magistrat als Amt der Landesregierung. Der (mit dem Wiener Gemeinderat personell identische) Wiener Landtag verfügte über Gesetzgebungskompetenz in allen den Ländern überlassenen Angelegenheiten.[63]

Die Bundesverfassung hatte einerseits bereits vollzogene Entwicklungen rechtlich zu regeln, andererseits bestimmte Rechtsinstitutionen überhaupt erst zu schaffen. Sie hat die allgemeinen Grundsätze einer Demokratisierung von Lokalverwaltungen festgesetzt, deren Umsetzungen aber einer späteren Durchführungsgesetzgebung überantwortet. Während also diejenigen Verfassungsbestimmungen, die die Länder dem Bund ein- und unterordneten, wirksam wurden, blieben die den Kompetenzkreis der Länder erweiternden Bestimmungen vorläufig suspendiert. Wien allerdings war von vornherein einen anderen Weg gegangen, einen Weg, der zentrale Momente des von Franz Schuhmeier 1896 entworfenen kommunalen Forderungsprogramms der Sozialdemokratie in die politische Praxis übersetzte. Von Robert Danneberg entworfen und von dem aus der Weiskirchner'schen Bürokratie hervorgegangenen neuen Magistratsdirektor Karl Hartl administriert, wurde das Ministerialsystem in die Gemeindeverwaltung eingeführt, die einzelnen Magistratsabteilungen den vom Gemeinderat gewählten »amtsführenden Stadträten« unterstellt, an die Stelle der bürokratischen Magistratsherrschaft die ihrer Tendenz nach demokratische Selbstverwaltung durch »Volksbeauftragte« gesetzt.[64] Das Danneberg'sche Gemeindestatut vom 16. April 1920 zielte, englischen Vorbildern folgend, auf die Beseitigung der autokratischen Stellung des Bürgermeisters, das Wesenselement der Amtsführung Luegers, und auf die Abschaffung des Kollegialorgans Stadtrat. Die acht amtsführenden Stadträte bekleideten die Stellung von Ressortchefs, und an die Stelle des einen Stadtrates traten acht Gemeinderatsausschüsse. Das neu eingerichtete Kontrollamt trug unverkennbar die Handschrift des amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Hugo Breitner *(Abb. 68, S. 351)*, dessen Finanzausschuss auch das Recht auf kaufmännische, wirtschaftliche und Gebarungskontrolle der Gemeindeunternehmungen und -anstalten erhielt.[65]

Das wesentliche und auch folgenreichste Resultat der Konstituierung von Wien als selbstständigem Bundesland war die Erringung einer weitgehenden Steuerhoheit. Die verfassungsrechtliche Aufwertung implizierte, vom Finanzverfassungsgesetz 1922 und dem mehrfach novellierten Abgabenteilungsgesetz geregelt, das Steuerfindungsrecht eines Landes. Das bedeutete nicht bloß, dass Wien eigene Landessteuern einheben konnte, es lukrierte zudem noch die Abgabenertragsanteile, die Ländern und Gemeinden an den mit dem Bund gemeinsamen Steuern zustanden, als Land und zusätzlich als Gemeinde. Auf Wien mit etwas weniger als einem Drittel der österreichischen Bevölkerung entfiel ursprünglich etwas mehr als die Hälfte aller gesamtösterreichischen Ertragsanteile, allerdings wurden hier auch mehr als 60 Prozent

der gemeinsamen Bundesabgaben aufgebracht. Und wenn dies auch, in auffallendem Gegensatz zu einer mit den Jahren sich drastisch verschärfenden Anti-Wien-Polemik der Bundesländer, einer tatsächlichen Benachteiligung der Bundeshauptstadt gleichkam, so schuf dies doch zugleich die materiellen Voraussetzungen für ein kommunalpolitisches Experiment, das daran ging, im Wege der Gemeindepolitik Prinzipien der Spätaufklärung in nie gesehener Weise zu konkretisieren und zu verwirklichen. Das Bundesland Wien konnte im Landtag Steuergesetze beschließen, die der Stadt Wien finanzielle Mittel zuführten, die dieser wiederum die Umsetzung ihres kommunalpolitischen Programms ermöglichten.

»Am Kriegsende«, so heißt es in einem Bericht des Völkerbundes,

> *... sah sich die Stadt Wien vielleicht größeren Schwierigkeiten gegenüber als irgendeine andere Stadt Europas. Ihre Bestände waren erschöpft, seit mehreren Jahren waren keine Reparaturen vorgenommen worden und ein großer Teil der Bevölkerung war auf öffentliche Unterstützung angewiesen.*[66]

Mit der Produktion und Distribution, mit der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, mit den Dienstleistungen und dem Konsum waren auch die Finanzen zusammengebrochen, eine von der Notenpresse angeheizte Inflation zersetzte alte, eingesessene Kapitalien und stürzte das traditionsreiche Altwiener Patriziat ebenso wie den »neuen« Mittelstand in tiefe Verelendung. Eine unumgänglich gewordene Sanierung der kommunalen Finanzen musste dies ebenso in Rechnung stellen wie das Faktum, dass steuerliche Maßnahmen, welcher Art auch immer, keinesfalls die Rekonstruktion der Produktion gefährden durften. Das Steuersystem musste im Sinne der Einführung von elastischen und inflationssicheren Methoden reformiert werden, machte also ein Abgehen von den festen Steuersätzen der Friedenszeit notwendig, um sich dem jeweiligen Stand der Geldentwertung anpassen zu können.

Nun hatte die Inflation durchaus ambivalente Wirkungen, verringerte sich doch die Inlandsschuldenlast der Stadt automatisch und exponential, um schließlich zur Gänze »selbstlaufend« getilgt zu werden. Anders verhielt es sich mit den Auslandsschulden. Ihre Rückzahlung wurde unter den Bedingungen des Währungsverfalls eingestellt, bis 1923 ein für die Gemeinde tragbares Übereinkommen mit den ausländischen Gläubigern über die Rückzahlung der Vorkriegsschulden getroffen werden konnte.[67] Zugleich setzte der Prozess der Geldentwertung Warenaustausch und Warenproduktion wieder in Gang, im Sommer 1919 setzte an der Wiener Börse die große Hausse, der große Spekulationsboom, ein. Die Effektenkurse hatten sich dem täglich sinkenden Geldwert angepasst, und sollte das Kapital der Entwertung entzogen werden, musste es in Effekten und Wertpapieren angelegt werden. Die Kurse der Börsenpapiere stiegen rasant, immer breitere Schichten spekulierten an der Börse, die Spekulationsgewinne wurden in einen ungehemmten Luxuskonsum umgesetzt.

Die Börse spekulierte auf das kontinuierliche Sinken der Krone, ihr Kurs fiel ins Bodenlose, eilte dem Niedergang ihrer Kaufkraft voraus. Die Diskrepanz zwischen



Abb. 68: Hugo Breitner mit Tochter.

Kurs und Kaufkraft der Krone drückte sich in den tief unter den Weltmarktpreisen liegenden Inlandspreisen österreichischer Waren aus, der Exportspekulation waren Tür und Tor geöffnet. Jeder, der mit Hilfe einer um ihre materielle Existenz kämpfenden und daher korruptionsanfälligen Bürokratie und mit ausländischem Geld in Wien Waren ankaufte, konnte außergewöhnliche Export- und Surplusprofite realisieren. Die Zeit des großen Ausverkaufs hatte begonnen, ein skrupelloses Schiebertum hatte »Schmuck und Hausrat« des in der Inflation verelendeten Wiener Patriziats auf ausländischen Märkten zu höchsten Profitraten umgesetzt.[68] Pierre Hamp schildert in alptraumhaften, grotesken, bestürzenden Bildern die Funktionsweisen dieses internationalen »Goldgräberkapitalismus«, der die in Not gefallene Stadt auf schreckliche Weise heimsuchte. Felix Dörmann hat in seinem expressionistischen Roman »Jazz« den schnellen, atem- und haltlosen aus der Spekulation erwachsenen Luxuskonsum der frühen zwanziger Jahre, das aus dem Kriegstrauma in die »Roaring Twenties« hinein führende Lebensgefühl des komprimierten, amnesischen, selbstvergessenen Genusses eindrucksvoll porträtiert und dokumentiert.[69]

Seine Personifikation fand dieser in seiner Archaik an den Prozess ursprünglicher Akkumulation gemahnende »Raubkapitalismus« vor allem in den beiden »Königen

der Inflation«, Camillo Castiglioni und Siegmund Bosel – beides Männer, deren Genie, wie Karl Kraus befand, »darin besteht, reicher zu sein, als man noch vor einer Stunde geglaubt hat«.[70] Castiglioni, der Sohn einer Triestiner Rabbiner-Familie, hatte es bis 1924 auf Mehrheitsbeteiligungen bei 34 Industrieunternehmungen (darunter Schoeller-Bleckmann, Daimler, Fiat Österreich) und bestimmenden Einfluss bei acht großen österreichischen Bankhäusern gebracht. Darüber hinaus war er einer der Ersten, der das symbolische Kapital der Printmedien zu nutzen wusste; er kontrollierte fünf Wiener Zeitungen und stand in einem Naheverhältnis zum Medienimperium des Emmerich Békessy. Bosel war in der Währungsspekulation gegen die Krone groß geworden und, so Bruno Frei, ein »Devisen-, Valuten- und Effektenspekulant in Reinkultur«. Beide hatten, aus dem Nichts kommend, in ihren Dreißigern einen kometenhaften Aufstieg genommen, beide waren über ein differenziertes Beziehungsgeflecht in das Netzwerk (rechter) österreichischer Politik eingebunden, beide gefielen sich im Gestus des Kunst- und Kulturmäzenatentums (Castiglioni etwa finanzierte Max Reinhardts Theater in der Josefstadt). Beide scheiterten schließlich in ihrem ureigensten Metier – in der Kursspekulation gegen den französischen Franc. Castiglioni ging zunächst nach Berlin, emigrierte 1933 in die USA und ließ sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs in Italien nieder. Bosel blieb in Wien, wurde 1942 nach Riga deportiert und auf dem Transport von der SS erschlagen.[71]

So sehr die Periode des Schiebertums und der Nachkriegsspekulation auch die »Metaphysik der Haifische« (Karl Kraus) evoziert hatte, so hat sie doch zugleich – auf Grund der großen Attraktion, die die Diskrepanz zwischen Binnen- und Außenwert der Krone, zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen auszuüben begann – den Handelsplatz Wien wiederhergestellt. Wien erlangte schrittweise seine alte Handelsfunktion der Vermittlung zwischen den Industriegebieten der Sudetenländer und den agrarischen Gebieten des Donauraumes zurück, seine Großbanken zählten bald zu den bedeutendsten des Kontinents. Die Periode der großen Spekulations- und Schiebergewinne, der enorme Zustrom vor allem osteuropäischer Händler haben zunächst die Luxusgewerbe wiederbelebt. Und während im Sommer 1920 in den valutastarken Ländern die überhitzte Nachkriegskonjunktur einbrach, konnte – durch die damit möglich gewordene Beseitigung der Rohstoffknappheit – die große Industrie die aus der Inflation lukrierte Exportprämie voll ausnutzen; dies umso mehr, als die Geldentwertung die Produktionskosten der Industrie tief unter dem internationalen Niveau hielt. Die Inflation war zunächst das unvermeidliche Resultat des Zerfalls des großen, traditionellen Wirtschaftsraumes, der revolutionären Umwälzungen in Mitteleuropa, des vom Ententeimperialismus diktierten Gewaltfriedens gewesen. Binnen eines Jahres verlor die Krone neun Zehntel ihres Wertes. Die daraus folgende Zerrüttung des Staatshaushaltes, das explodierende Defizit wurden durch permanente Vermehrung und Ausgabe von Papiergeld zu bekämpfen versucht; die Geldentwertung schlug in Hyperinflation um, die Krone notierte in Zürich Ende 1920 mit 1,05, Ende 1921 mit 0,11 Centimes.[72]

Wenn die Inflation Rentierskapitalien und die materielle Existenzgrundlage des Wiener Mittelstandes vernichtete, so schuf sie andererseits, wie schon erwähnt, die Grundlagen für eine Aufnahme der Nachkriegsproduktion und ein Wiedererstehen von Industrie und Gewerbe. Zunächst profitierten jene Schichten des industriellen Bürgertums, deren Unternehmungen in Wien ihre Zentralen und Büros, die Produktionsstätten aber außerhalb des Landes, meist in der neu entstandenen tschechoslowakischen Republik, hatten. Sie bezogen ihr Einkommen in tschechischen und bestritten ihre Ausgaben in österreichischen Kronen, wobei sie aus der Differenz zwischen deren Außen- und Binnenwert massive Vorteile zu ziehen vermochten. Daneben entstanden aus Valutaspekulation (wie eben im Falle Castiglionis oder Bosels) und Kriegsgewinnlertum neue, große Vermögen. Vor allem osteuropäische Spekulanten stellten ein starkes Kontingent in der mit skrupellosen und korrupten Methoden arbeitenden Geldentwertungskonjunktur. Otto Bauer, selbst Spross einer Textilunternehmerfamilie mit Produktionsbetrieben in der Tschechoslowakei, spricht von »landfremden, kulturell tief stehenden« Elementen: »Der kulturlose Luxus der an der Not des Landes bereicherten neuen Bourgeoisie erbitterte die Volksmasse. Eine Welle von Antisemitismus ergoß sich über das Land.«[73]

In dieser Situation unternahm es der ehemalige Direktor der Länderbank und seit Mai 1919 amtierende Stadtrat Hugo Breitner, die städtischen Finanzen zu sanieren, das ihm übertragene Finanzressort grundlegend umzugestalten, das aus seiner Sicht über Parteischranken hinweg Notwendige zu unternehmen und zugleich die finanziellen Voraussetzungen für ein umfassendes kommunales Reformwerk zu schaffen. Breitners Politik sei, so die Neue Freie Presse aus Anlass seines Rücktritts im November 1932, eine in ihrer Form sicherlich »großartige Askese« gewesen, wie ein »finanzpolitischer Savonarola« habe er den Geist der Strenge in diese üppige Stadt geschleudert.[74] Breitner setzte eine Abkehr vom Prinzip der Verschuldung und der Anleihepolitik durch, gestaltete das Steuerwesen durch Einführung direkter, in der Progression stark steigender Steuern um, zog die einzelnen Bevölkerungsschichten nach ihrem Lebensaufwand gestaffelt zur Steuerleistung heran und beharrte schließlich auf dem Prinzip der Deckung der Selbstkosten der städtischen Betriebe und der Selbstfinanzierung ihrer Investitionen. Die Behebung der Steuern erfolgte monatlich und, auf Grund der fortschreitenden Geldentwertung, in Form von der Inflation angepassten Prozentsätzen.

Breitner postulierte finanzpolitische Maximen, die an deflationistischen Maßnahmen und dem Prinzip des Budgetgleichgewichtes orientiert und von den Überlegungen Rudolf Goldscheids stark beeinflusst waren. Goldscheid hatte seine in »Staatssozialismus und Staatskapitalismus« (1917) entwickelten Thesen zur Kriegsfinanzierung in eine allgemeine Finanzsoziologie weiterentwickelt. Er ging von einer durch umfängliche Steuerleistungen ermöglichten staatlichen Finanzautarkie aus, die, von jeglicher Kreditfinanzierung unabhängig (und somit nicht erpressbar), Vermögen und Leistungen in die Daseinsvorsorge der Staatsbürger zu investieren imstande war.

Goldscheid sollte in der Finanzpolitik des Roten Wien in der Tat die Verwirklichung seiner finanzpolitischen Thesen erblicken.[75]

Breitner hat die leitenden Prinzipien dieser Politik unter anderem bei einem Vortrag vor der Österreichischen Politischen Gesellschaft dargestellt: Man könne Schulden nicht sozialisieren, und die Umgestaltung des Wirtschaftsorganismus müsse dessen Funktionsfähigkeit stets als oberstes Ziel im Auge haben. Die Politik der Gemeindeverwaltung sei demnach durchaus im Sinne der Privatwirtschaft geführt worden, allerdings »in einem begreiflichen Bestreben, das Interesse der Massen mehr und stärker zu betonen«. Man habe angesichts der moralischen Skrupellosigkeit des neuen Luxuskonsums daran gedacht, diesen überhaupt abzuschaffen, sich dann aber, der Unmöglichkeit und Kontraproduktivität eines solchen Unterfangens bewusst, entschlossen, ihn einer umfassenden Besteuerung zu unterwerfen.[76] Tatsächlich richtete sich das Steuersystem in erster Linie gegen Grundeigentum und Grundstücksspekulation, gegen Luxuskonsum und damit verbundenes Dienstleistungsgewerbe und gegen den in der Lueger-Zeit so dominanten Hausbesitz. Nun war dieses System keinesfalls eine autochthone Schöpfung. Bereits in der Kriegszeit war unter dem christlich-sozialen Bürgermeister Weiskirchner eine Wertzuwachsabgabe, die die Grundstücksspekulation eindämmen sollte, beschlossen worden sowie eine für Zwecke der Armenpflege gedachte Lustbarkeitsabgabe. Der Sprecher der liberalen Fraktion betonte ausdrücklich, dass vor allem die Kriegsgewinnler zur Steuerleistung herangezogen werden müssten; debattiert wurden in diesem Zusammenhang eine Kraftfahrzeugsteuer, eine Steuer auf unverbaute Gründe, weiters auf Glühlampen und »Luxushunde«. Neben einer Dienstboten- sollte es eine Klavier- und Billardsteuer geben.[77] Breitner hat diese Debatten aufgegriffen, ihnen Richtung und Struktur gegeben und sie politische Realität werden lassen. Die Gemeinde setzte damit eine Umstrukturierung ihrer Volkswirtschaft in Gang, mit dem Ziel einer Ausweitung des kommunalen Sektors und einer Erhöhung der lokalen industriellen Investitionen zu Lasten des Luxuskonsums und des ausländischen Anlagenmarktes.

Mit den Luxussteuern wurde an Spekulanten und Kriegsgewinnlern ein Exempel statuiert, das eine symbolische, weit über den materiellen Wert hinausgehende Wirkung erzielte und die Moral der Sparsamkeit und der Arbeit im Kontext des Wiederaufbaus der »sterbenden Stadt« entschieden befestigte. Der puritanische Breitner zielte auf die soziale Reproduktionssphäre, auf privaten Luxus und Lebensaufwand der neuen Bourgeoisie. So hatten etwa 0,5 Prozent der teuersten Mietobjekte 45 Prozent des Wohnbausteueraufkommens zu erbringen. Abgaben betrafen Hotels, Restaurants, Kaffeehäuser, Konditoreien der Luxusklasse, Nachtlokale, Konzertcafés, Bordelle; alle im Gemeindegebiet von Wien angemeldeten Personenkraftwagen, nach PS-Leistung gestaffelt; Haushalte mit mehr als zwei Bediensteten, Pferdehaltung und Hundebesitz.[78] Die steuerliche, noch dazu extrem progressiv gestaltete Erfassung privaten Konsums zur Finanzierung kommunaler Reformprojekte und die damit einhergehenden konkreten sozialen Umverteilungsmaßnahmen machten Breitner – den

Bankdirektor, Sozialisten, Juden, Intellektuellen, Moralisten – zum meistgehassten Mann der österreichischen Rechten, die von »Steuersadismus« und »Steuerbolschewismus« sprach und antisemitische Kampagnen sondergleichen lancierte.

Die typischste aller Breitner-Steuern ist wohl die am 20. Jänner 1923 eingeführte Wohnbausteuer, eine Kombination aus Luxus- und direkter, stark progressiver Massensteuer, die zugleich den Kleinwohnungsbestand schonen, die Objekte der besseren Kategorien verstärkt heranziehen und einen unbedingt notwendig gewordenen Massenwohnungsbau finanzieren sollte. Der 1917 per kaiserlichem Erlass eingeführte Mieterschutz, der die Zinsbildung strikten Regelungen unterwarf, hatte eine immer wieder angesprochene »Nullifizierung der Grundrente« zur Folge und führte in einer Situation der dramatischen Wohnungsnot zur Einstellung jeglicher privaten Wohnbautätigkeit.[79] Da die Sozialdemokratie die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes zu einer ihrer bevorzugten politischen Forderungen erklärt hatte, musste sie im Bereich der Wohnraumbeschaffung selbst und im Wege der Kommunalpolitik initiativ werden. Die Wohnbausteuer war strikt zweckgebunden, konnte allerdings nie mehr als etwa 40 Prozent der anfallenden Kosten abdecken. Der Rest musste durch die proportionale, überaus problematische Fürsorgeabgabe aufgebracht werden. Die Fürsorgeabgabe, die im Übrigen in allen Bundesländern eingehoben wurde, war, trotz gegenteiliger gesetzlicher Bestimmungen, als Lohnsummensteuer auf die Massen der Konsumenten abwälzbar und widersprach so dem Breitner'schen Prinzip. Als dann mit den einschneidenden Änderungen und autoritären Eingriffen der Jahre 1932/33 die Wohnbausteuer ihren ursprünglichen Charakter praktisch verloren hatte, wurden die Wohnbauinvestitionen ihrem Ertrag angepasst.[80]

Am 7. Oktober 1924 wurde Obermagistratsrat Rudolf Neumayer Vorstand der Magistratsabteilung 4 (Finanzangelegenheiten). Er hatte die Entwürfe für einen Großteil des neuen Steuersystems (wenngleich auch nicht der Wohnbausteuer) ausgearbeitet, genoss als ausgezeichneter Finanzfachmann das explizite Vertrauen Breitners und galt als dessen rechte Hand. Breitners Nachfolger Robert Danneberg räumte Neumayer sogar noch größeren Gestaltungsspielraum ein. Der bekennende Deutschnationale und Burschenschafter (zunächst »Vandalia«, später »Albia«), der als parteiloser Technokrat galt und die Steuer- und Geldpolitik des Roten Wien administrierte und in Teilen konzipierte, wurde nach den Februarereignissen 1934 auch der Nachfolger Breitners und Dannebergs. Der von Bundeskanzler Dollfuß eingesetzte Bürgermeister Richard Schmitz ernannte ihn im Herbst 1934 zum Finanzreferenten der Stadt Wien, in welcher Funktion er sich eine Fülle von Ämtern und Vorstandsfunktionen arrogierte und der Vaterländischen Front beitrat. In den Sitzungen der an die Stelle des frei gewählten Gemeinderats getretenen Wiener Bürgerschaft distanzierte er sich besonders deutlich von den steuerlichen Maßnahmen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Auf Empfehlung von Schmitz trat er nach der Ausschaltung der Heimwehren im November 1936 in die Regierung Schuschnigg als Finanzminister ein, wo er sich durch auffallende vaterländische Loyalität auszeichnete, wiewohl er

insgeheim der illegalen Nazibewegung bereits Spenden zukommen ließ. So wechselte er zusammen mit Glaise-Horstenau in die nationalsozialistische Übergangsregierung Seyß-Inquart, wo ihm als »Landesfinanzminister« bis Mai 1938 die Überleitung der österreichischen Finanzverwaltung in die deutsche oblag. Anfang Juni dieses Jahres wurde er von Bürgermeister Hermann Neubacher, dem ehemaligen Direktor der gemeindeeigenen Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt »Gesiba«, als »Betriebsführer« der Wiener Städtischen Versicherung installiert. Neumayer kannte Neubacher aus alten Tagen bei Finanzstadtrat Hugo Breitner ausgezeichnet. Nunmehr gehörte er dem Rechtswahrerbund und der Deutschen Arbeitsfront an, ein Aufnahmeansuchen in die NSDAP wurde allerdings abgelehnt. Am 2. Februar 1946 verurteilte ihn ein für Kriegsverbrechen geschaffenes Sondergericht zu lebenslänglichem, verschärftem Kerker wegen Hochverrates am österreichischen Volk. Ende 1948 wurde er aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen. Die Verurteilung Neumayers wurde schließlich im März 1957, als nach dem Tod von Bundespräsident Körner Bundeskanzler Raab für kurze Zeit die Funktion des Staatsoberhauptes ausübte, getilgt.[81]

Neumayer war ein klassischer Vertreter der hohen österreichischen Bürokratie, von hervorragender Intelligenz, vordergründig – trotz starker deutschnationaler Grundhaltung – unpolitisch, opportunistisch, mit seinen ausgezeichneten Fachkenntnissen politisch instrumentalisierbar. Breitner, der sich auf das vorhandene Fachkräftereservoir stützen musste, fand in Neumayer eine loyale Stütze von hoher fachlicher Kompetenz in der städtischen Finanzbürokratie. Die Bilanz der inhaltlich und organisatorisch neu orientierten städtischen Finanzadministration ist tatsächlich beeindruckend. In den Jahren der galoppierenden Inflation wurden die Gemeindefinanzen in einem Kraftakt sondergleichen saniert, seit dem 1. Juli 1921 konnte eine aktive Gebarung ausgewiesen werden. Das Gaswerk hatte bereits 1920 Überschüsse zu verzeichnen, die E-Werke folgten ein Jahr später, die Straßenbahnen bauten ihr Defizit rasant ab, auch um den Preis erhöhter Tarife und vermehrter lohnpolitischer Auseinandersetzungen.[82] Die von den Sozialdemokraten auf Bundesebene heftig kritisierte Währungsstabilisierung 1922/23 (»Genfer Sanierung«) erwies sich für die auf das Dogma des ausgeglichenen Budgets orientierte kommunale Finanzpolitik als überaus vorteilhaft. Ende 1928 waren die Kassenbestände auf über 48 Millionen Schilling angewachsen, der Zinsenertrag einschließlich Darlehenszinsen und den städtischen Betrieben zur Verfügung gestellten Krediten belief sich auf ca. 12 Millionen Schilling.[83]

Die Finanzgebarung bildete eine solide Basis für ein umfängliches kommunales Reformwerk; die Reformen wiederum ergaben sich häufig aus den praktisch-pragmatischen Notwendigkeiten des Hier und Jetzt und nahmen erst mit der Zeit ihren intentionalen, politischen und massenpädagogischen Charakter an. So hatte sich aus dem politischen und ökonomischen Zusammenbruch im Gefolge der militärischen Niederlage eine massenhafte, »wilde« Siedlerbewegung herausgebildet, wobei die Siedler öffentliches Land im Grüngürtel und an der Peripherie der Stadt besetzten,

Abb. 69: Siedlung Heuberg.



Abb. 70: Wohnhausanlage auf der Schmelz.



Subsistenzlandwirtschaft betrieben, improvisierte Behelfshütten errichteten. Ende 1918, Anfang 1919 hatten an die einhunderttausend Menschen geschätzte 6,5 Millionen Quadratmeter Land auf diese Weise, dem Gebot der Not folgend, in Besitz genommen.[84] Mit der Zeit stabilisierten sich die archaischen Landnahmen, organisierten sich die Siedler ökonomisch und politisch in Genossenschaften. Prominente Architekten und Intellektuelle (wie Adolf Loos, Josef Frank, Margarete Lihotzky, Franz Schuster, Gustav Scheu, Max Ermers, Otto Neurath) schlossen sich der Bewegung an, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung versuchte sie im Sinne einer Lösung des immer dringlicher werdenden Wohnungsproblems zu funktionalisieren. Ein Siedlungsamt, als dessen leitender Architekt Loos fungierte, wurde eingerichtet. In der Folge entstanden Siedlungen wie Loos' Friedensstadt beim Lainzer Tiergarten (Wien 13) oder jene am Heuberg (Wien 17, *Abb. 69*), Josef Franks Siedlung Hoffingergasse (Wien 12) und Hugo Mayers Siedlung Rosenhügel (Wien 12), die ein

Kleinstadtidyll evozierende Mustersiedlung auf der Schmelz (Wien 15, *Abb. 70*), halb Gartensiedlung, halb in Blockbauweise.[85] Als aber die endgültige Sanierung der Gemeindefinanzen, die durch den Länderstatus errungene (partielle) Finanzhoheit und die Währungsstabilisierung die Realisierung langfristiger und groß dimensionierter Wohnbauprogramme ermöglichten, wurde von der Gartenstadtidee abgegangen und mit der planmäßigen Anlage urbaner Großwohnanlagen, der so genannten »Superblocks«, begonnen. Es markiert dies den Übergang zum eigentlichen, ein knappes Jahrzehnt währenden kommunalen Reformprojekt des »Roten Wien«; ein Übergang, der sein konkretes Symbol auch in der Person des seit 13. November 1923 amtierenden Bürgermeisters Karl Seitz, zugleich Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs, findet.

Der Gartenstadtgedanke tritt ab diesem Zeitpunkt definitiv in den Hintergrund, wird aber in vereinzelten Gemeindeprojekten wie der von Karl Ehn gestalteten Wohnsiedlung Hermeswiese (Wien 13) wieder aufgenommen und findet sich implizit in Großvorhaben wie dem Karl-Marx-Hof (Wien 19) und, vor allem, dem George-Washington-Hof (Wien 10). Er fand seine (vorläufig) letzte Konkretion in der »Wiener Werkbundsiedlung« (Wien 13) 1932, als das, wie es Friedrich Achleitner ausgedrückt hat, Produkt einer realen Utopie, als Artikulation einer Hoffnung, der »am Beginn der dreißiger Jahre bereits die Fundamente zerstört wurden«.[86] Organisiert von dem sozialistischen Humanisten Josef Frank ist sie – als Gegenstück zur Stuttgarter Werkbundausstellung Mies van der Rohes – ein entgegen den ursprünglichen Absichten privates und nicht kommunales Projekt. Sie wurde nicht wie geplant an der Triester Straße, sondern in einem Hietzinger Villenviertel realisiert und ist eine gebaute Ausstellung, deren Ziel die Demonstration einer optimalen Wohnqualität bei einem Minimum an Raumaufwand war. Die einzelnen Häuser waren von Architekten der Siedlungsbewegung um Loos, Wlach, Strnad, Schuster, Brenner, Plischke, Lihotzky entworfen worden sowie von Mitgliedern des Werkbunds wie Hoffmann, Holzmeister, Haerdtl, Lichtblau und anderen. Eingeladen waren neben einer kleinen Gruppe ausländischer auch in den USA tätige Wiener Architekten wie Richard Neutra oder Arthur Grünberger.[87] Die einzelnen Häuser versammelten eine erstaunliche Vielfalt an artikulierter Räumlichkeit gemäß der von Frank propagierten Maxime individueller Freiheit, waren von ebenso zukunftsweisendem wie herausforderndem Gehalt. Und gerade darin lag, im Kontext der reaktionären Konjunktur und destruktiven Kollektivität der frühen dreißiger Jahre, auch ihr Schwachpunkt. Das öffentliche Interesse war geringer als erwartet, lediglich eine kleine Anzahl von Häusern konnte auch verkauft, der Rest musste von der Gemeinde erworben werden. Die überall manifest werdende Krise einer ganzen Kultur hatte sich auch im Werkbund deutlich artikuliert; binnen eines Jahres sollte er sich in einen linken, jüdisch dominierten (Frank, Strnad, Kokoschka) und einen nationalistisch-antisemitischen Flügel (Hoffmann, Behrens, Holzmeister) spalten.[88]

1 AZ, 5. August 1914, 1.
2 Trotzki, Leben, 223 f.
3 Ebd.
4 Deutsch, Krieg, 501 ff.
5 Vgl. Bauer, Revolution, 49 ff.
6 Tietze, Die Juden Wiens, 269 f.
7 Zu Kraus' Leben und Werk siehe Timms, Apocalyptic Satirist, sowie Benjamin, Kraus, 335 ff.
8 Fuchs, Geistige Strömungen, 273 f.
9 AZ, 22. Oktober 1916, 1.
10 Zit. in: Beckermann, Mazzesinsel, 52.
11 VGA, Adler Archiv, M 128.
12 Zit. in: Einstein Collected Papers, 441.
13 Maderthaner, Friedrich Adler, 141 f.
14 AZ, 2. November 1918, 1 f.
15 Kuh, Hofauto, 118 f.
16 AZ, 6. November 1916, 1.
17 Grandner, Kriegswirtschaft, 93 f.
18 Ebd., 156.
19 Bauer, Revolution, 171.
20 AZ, 8. November 1916, 1 ff.
21 Zit. in: Weinzierl, Versuchsstation, 49.
22 NWT, 1. November 1918, 3 ff.
23 NWT, 29. Oktober 1918, 3 f.
24 Bauer, Revolution, 116 ff.
25 Rosenfeld, Sterblichkeit, 8 ff.
26 Rosenfeld, Tuberkulosehäufigkeit, 42.
27 Rosenfeld, Sterblichkeit, 16.
28 Fuchs, Brücke, 63 f.
29 Maderthaner/Musner, Fordismus, 38.
30 Hilferding, Schleichhandel, 300 ff.
31 Zit. in: Umbreit, Elendsbilder, 10 f.
32 AZ, 29. November 1918, 6.
33 Bauer, Revolution, 118 f.
34 Ebd., 140.
35 Umbreit, Elendsbilder, 24.
36 NWT, 3. November 1918, 3.
37 NWT, 16. November 1918, 3.
38 Bauer, Revolution, 194 f.
39 Maderthaner, Organisation, 21 ff.
40 Braunthal, Millennium, 539.
41 Vgl. Renner, Lebenserinnerungen.
42 Grandner, Kriegswirtschaft, 352.
43 Sozialdemokratische und anarchistische Bewegung 1917, 50.
44 Eccher, Umbruch, 135.
45 Vgl. Der Jänneraustand.
46 Carsten, Revolution, 61 ff.

47 Bauer, Revolution, 121.
48 Hautmann, Rätebewegung, 329 ff.
49 Hacohen, Popper, 78 f.
50 Ebd., 82 f.
51 Zit. in: Weinzierl, Versuchsstation, 22 ff.
52 Maderthaner/Musner, Aufstand, 32 ff.
53 Vgl. ebd., 54.
54 Zit. in: Weinzierl, Versuchsstation, 38.
55 Vgl. Hautmann, Rätebewegung, 663 ff.
56 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 992.
57 Gemeindeverwaltung 1914 bis 1919, 10.
58 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 982.
59 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 140.
60 Breitner, Finanzlage, 1 ff.
61 Matzka, Verfassung, 90.
62 Vgl. Seliger, Bundesland Wien.
63 Hartl, Verfassung, 49.
64 Danneberg, Das neue Wien, 6 f.
65 Fritz, Breitner, 111 f.
66 Layton/Rist, Wirtschaftslage, 103.
67 Seliger/Ucakar, Geschichte, 1065.
68 Bauer, Revolution, 201 ff.
69 Pierre Hamp, Goldsucher; Felix Dörmann, Jazz. Zu den Roaring Twenties siehe Veigl/Derman, 20er-Jahre.
70 Kraus, Metaphysik der Haifische, 152.
71 Wahl, Könige der Inflation, 238 ff.
72 Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, 23 ff.; Blau, Red Vienna, 28.
73 Bauer, Revolution, 205.
74 NFP, 24. November 1932, zit. in Fritz, Breitner, 361.
75 Fritz, Breitner, 96 f.
76 NFP, 14. Jänner 1922, 6.
77 Fritz, Breitner, 107 f.
78 Zur genaueren Darstellung des Breitner'schen Systems siehe Fritz, Breitner, 124 ff., Seliger/Ucakar, Geschichte, 1058 ff.; Hautmann/Hautmann, Gemeindebauten, 41 ff.; Lewis, Working Class, 68 ff.
79 Vgl. Mattl, Wien, 132 f.
80 Zu Stellenwert und Funktion der Wohnbausteuer innerhalb des Breitner'schen Steuersystems im Detail siehe Blau, Red Vienna, 139 ff.
81 Mentschl, Neumayer, 101 ff.
82 Seliger/Ucakar, Geschichte, 1095.
83 Hautmann/Hautmann, Gemeindebauten, 48.
84 Blau, Red Vienna, 90.
85 Blau, Red Vienna, 107 ff.; zur Siedlungs- und Gartenstadtbewegung allgemein siehe Marcuse, Housing, 565 ff.
86 Achleitner, Wiener Architektur, 88.
87 Blau, Red Vienna, 132 f.
88 Ebd., 133.

Antizipatorischer Sozialismus

Austromarxismus

Wenige Tage vor den Gemeinderatswahlen am 24. April 1927 erschien in der Arbeiter-Zeitung eine in dieser Form bis dahin einmalige »Kundgebung des geistigen Wien«. Der geistig wirkende Mensch, hieß es darin, stehe zwischen und über den Klassen und könne sich keinem politischen Dogma beugen, »denn der Geist allein ist es, der die neuen Wirklichkeiten schafft, deren sich die Politik erst später bemächtigt«. Man wolle demnach keineswegs in den »Kampf der Wirtschaftsauffassungen« eingreifen oder Steuerfragen kommentieren. Allerdings gelte es, das »überpolitische Werk« der großen sozialen und kulturellen Leistung der Wiener Stadtverwaltung anzuerkennen, zu erhalten und zu fördern. Dieses Werk betreue die Bedürftigen, erziehe und entwickle die Jugend nach besten Prinzipien und leite den Strom der Kultur in die Tiefe. »Das Ringen um eine höhere Menschheit und der Kampf gegen Trägheit und Verödung wird uns immer bereit finden. Er findet uns auch jetzt bereit.« Unterzeichnet war die Aufsehen erregende Stellungnahme u. a. von Alfred Adler, Wilhelm Börner, Karl Bühler, Sigmund Freud, Max Graf, Fritz Grünbaum, Anton Hanak, Albert Heine, Josef Jarno, Hans Kelsen, Wilhelm Kienzl, Rudolf Kraus, Ernst Lichtblau, Alma Maria Mahler, Georg Merkel, Margarete Minor, Robert Musil, Ferdinand Onno, Alfred Polgar, Helene Rauchberg, Oskar Strnad, Anton Webern, Egon Wellesz, Franz Werfel.[1]

Damit hatten hervorragende Exponenten des Wiener Kultur- und Geisteslebens ein nicht zu übersehendes und keineswegs selbstverständliches Zeichen ihrer Solidarisierung und Übereinstimmung mit einem der außergewöhnlichsten, kreativsten und mutigsten kommunalen Experimente der neueren europäischen Geschichte annonciert. Es war dies ein zuvorderst pädagogisches Experiment, das auf Zivilisierung, Kulturalisierung und Hygienisierung der Massen, also auf die umfassende Hebung ihrer lebensweltlichen und sozialen, vor allem aber kulturellen Standards abzielte.

Das politisch-kulturelle Wien der Zwischenkriegszeit kann zunächst als ein Versuch verstanden werden, die von Modernisierung und Industrialisierung an den Rand gedrängten Schichten zu einem zentralen Topos von (kultureller) Identität und (politischer) Macht zu erklären. Noch um die Jahrhundertwende waren die Vorstädte aus der Sicht des Zentrums wenig mehr als Zonen industrieller Produktion gewesen, in denen neue Formen der kapitalistischen Sozialorganisation ebenso erprobt wurden wie etwa neue Technologien des Verkehrs oder der Unterhaltung. Hier konzentrierten sich die Auslagerungs- und Ansiedlungsstätten der großen Industrie ebenso wie die Massen der Arbeiterbevölkerung, deren gesamtes tägliches Leben von der Produktionslogik und der Zeitdisziplin des industriellen Systems mit beinahe selbstver-

ständlicher Allgegenwart bestimmt wurde. Vom Zentrum vornehmlich als Zonen des Elends und der Anti-Zivilisation wahrgenommen, hatten die industriellen Vorstädte zugleich der ökonomischen Verwertung zu dienen wie ihre kulturelle Marginalisierung hinzunehmen. Die politische und ökonomische Modernisierung des »Neuen Wien« weist der Vorstadt hingegen einen gänzlich anderen Stellenwert zu: als Ort der Emanzipation, der Vorwegnahme einer besseren Zukunft, der Konkretisierung einer kulturellen Utopie. Das kommunale Experiment des »Roten Wien« findet hier seine konkrete soziale Basis.

Und gerade in seinen kulturpolitischen Dimensionen weist dieses Experiment weit über seinen ursprünglichen, pragmatischen Charakter eines wohlfahrtsstaatlichen und sozialpolitisch inspirierten kommunalen Modells hinaus und sicherte sich so die Loyalitäten auch und gerade der Intellektuellen. Als exemplarisches Unternehmen der Spätaufklärung kann es, in seinem radikal aufklärerischen Gestus, mit gutem Grund als Parallelaktion zum tiefenpsychologischen Projekt Freuds gelten – insofern, als es, ähnlich der Psychoanalyse, die Massenobjekte in selbstbewusste Individuen und (proletarische wie bürgerliche) Subjekte zu transformieren suchte.[2]

Die zu diesem Zweck von den Sozialdemokraten unternommene strukturelle Umformung einer gesamten großstädtischen Infrastruktur findet ihre hinreichende Erklärung nur in den spezifischen Umständen und Charakteristika der historischen Entwicklung der österreichischen, speziell der Wiener Arbeiterbewegung. Mitte der 1880er-Jahre hatte in den Industrieenklaven der Habsburgermonarchie, und speziell in der Hauptstadt, ein überaus dynamischer Industrialisierungsschub eingesetzt, der den freien Lohnarbeiter zum dominierenden Arbeitertypus werden ließ. Vor allem erlangten die »respektablen«, qualifizierten Arbeiterschichten mit stabilisierten sozialen Beziehungen, unmittelbar politischen Interessen und der Fähigkeit zur Entwicklung langfristiger Strategien eine zunehmend hegemoniale Position und wurden zur wesentlichen sozialen Basis einer sich neu formierenden Arbeiterbewegung. Zudem trat um den Psychiater und Armenarzt Victor Adler eine neue Führungsgarnitur mit neuen politischen Konzepten auf: Massenorganisation und Massenpartei, demokratisch-konstitutionelle Strategie, gesellschaftliche Modernisierung. Auf dem zur Jahreswende 1888/89 abgehaltenen »Einigungsparteitag« in Hainfeld wurden jenes (äußerst lose) Organisationsgeflecht und jene inhaltlichen Positionen festgeschrieben, die sich in den Jahren zuvor herausgebildet hatten und von der großen Mehrheit der »Partei« akzeptiert werden konnten. Bindende Statuten oder Exekutiven existierten nicht; als Organisationszentren und informelle Parteileitungen fungierten die Redaktionen der anerkannten Parteizeitungen; Arbeiterbildungsvereine und Fachgewerkschaften stellten die »Massenbasis« – um 1890 waren an die 20.000 Arbeiter und einige hundert Arbeiterinnen organisiert.[3]

Ein schnelles quantitatives Wachstum, eine erstaunlich zurückhaltende und von offensichtlichen Opportunitätsüberlegungen geleitete behördliche Praxis sowie nicht zuletzt interne Auseinandersetzungen mit der um die »Volkspresse« gruppierten

Linksopposition führten 1892 zu einer gänzlichen Neukonstruktion des Parteiaufbaus. Die überregionale Zusammenfassung von Basisorganisationen, ein so weit wie möglich gefasstes und als »Rahmenverfassung« gedachtes Statut waren aber ebenso wie die Wahl einer offiziellen Parteivertretung in formaljuristischem Sinne illegal. Wiewohl der gesamte Parteiaufbau demnach in einer schmalen Grauzone zwischen Legalität und Illegalität erfolgte und im Prinzip auf nichts anderem als einer negativen Formulierung des Paragraphen 2 des Vereinsgesetzes basierte, konnte Victor Adler in Briefen an Engels und Bebel bereits nach wenigen Jahren eine überaus positive Bilanz ziehen. Man sei von einer »Sekte« oder »Horde von Radaumachern« zu einer politischen Partei avanciert, die sich Anerkennung erzwungen habe.[4] Ihr Erfolg sei geradezu überraschend, und alle Gegner, Behörden wie Kapitalisten, ließen allen Gesetzen zum Trotz »ganz unmögliche Dinge wie den Ausbau unserer Organisation« widerstandslos gewähren.[5]

Als einziges realpolitisches Wirkungsfeld allerdings war der bis dahin noch immer schwach und in vielerlei Hinsicht provisorisch organisierten Bewegung das Instrumentarium der Politik der Straße verblieben: Aufmärsche, Demonstrationen, Kundgebungen. Dies und die Tatsache, dass sich für die Habsburgermonarchie aus nahe liegenden Gründen die Schaffung eines »nationalen Kults« verbot (wie er für die europäischen Staaten mit einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution typisch war, die es über ein Netz von Institutionen, Festen und Feiern verstanden haben, ein Gefühl nationaler Identität und Solidarität hervorzubringen) eröffnete – überraschend – der jungen Sozialdemokratie die Möglichkeit, ihre Politik zu einer Art »Gesamtkunstwerk« zu erweitern.

Volksbildungseinrichtungen, Sportvereine, Kultur- und Bildungsorganisationen, lebensreformerische Vereinigungen etc. eröffneten der Arbeiterschaft den Zugang zu den Erkenntnissen der modernen Wissenschaften, der Literatur und der durchgehend hoch gehaltenen Tradition der (deutschen) Aufklärung im Allgemeinen. Es sei die »Revolutionierung der Gehirne«, so Victor Adler, die die eigentliche Aufgabe, das nächste Ziel der Sozialdemokratie darstelle.[6]

Aber nicht der »Revolutionierung der Gehirne« allein, auch der gefühlsmäßigen, der emotionalen Bindung breiter Massen an die Bewegung kam ein entscheidender Stellenwert in diesem Organisationskonzept zu. Über einen fest umschriebenen, ritualisierten Kanon von Feiern und Festen wurde eine regelrechte Liturgie politischen Handelns entworfen – eine Ästhetisierung der Politik, für die das alljährliche Feiern des Ersten Mai das wohl bekannteste Beispiel darstellt und die sich, vorab in Zeiten realpolitischer Stagnation, als probates Mittel für den Aufbau einer Massenpartei erweisen sollte. Ein Konzept, das vor allem in der Wagner-Verehrung und in einer bestimmten Nietzsche- und Schopenhauer-Rezeption einer in der Tradition der 48er-Revolution stehenden, radikaldemokratischen, deutschnationalen und jüdisch assimilierten Führungsschicht begründet ist und sich am deutlichsten in der Person Victor Adlers *(Abb. 71)* manifestiert – einer paradigmatischen Figur sowohl der Arbeiter- als



Abb. 71: Victor Adler (Bildmitte) auf einem Wiesenfest in Favoriten 1898.

auch der Wiener Stadtgeschichte. Da ist der begüterte, in Prag geborene Sohn einer nach Wien übersiedelten und kommerziell erfolgreichen jüdischen Handelsfamilie; der junge anti-habsburgische, den republikanischen Idealen der 1848er-Revolution verpflichtete Deutschnationale, der zum Protestantismus konvertiert, um sich und seinen Kindern das »Entree-Billett« zur deutschen Kultur zu eröffnen; der jüdisch-assimilierte, fanatische Nietzsche-Verehrer, der einen erlesenen Kreis junger Künstler und Intellektueller um sich schart (u. a. Hermann Bahr, Gustav Mahler, Hugo Wolf, Max Gruber, Siegfried Lipiner, Heinrich Friedjung); der Mediziner, der, wie Sigmund Freud nach ihm, bei dem Gehirnanatomen Meynert Assistent wird und bei dem Pariser Psychopathologen Charcot studiert; der Armenarzt, der in seiner Praxis in der Berggasse 19 (späterhin Sitz von Freuds Ordination und Privatwohnung) täglich mit einem unsäglichen Proletarierelend konfrontiert wird; der Zeitungsherausgeber, der mit aufrüttelnden Sozialreportagen über das Los der Ziegelarbeiter und der Tramwaybediensteten einen direkten Blick in einen für undenkbar gehaltenen sozialen Abgrund nur wenig abseits des Ringstraßenglanzes eröffnet; der Gründer und Organisator einer demokratischen Massenpartei neuen Stils, die er zu einer im innerösterreichischen Vergleich unerreichten Durchschlags- und Mobilisierungskraft führt; der Aufklärer und Rationalist, der gleichwohl als passionierter Wagnerianer »das Volk« als Gesamtkunst-



Abb. 72: Wahlrechtsdemonstration, November 1905.

werk zu inszenieren versucht und in einem stillen historischen Kompromiss mit der Krone gegen das Privilegienparlament das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht *(Abb. 72)* erkämpft; der Dandy, Gesellschaftslöwe, Stammgast literarischer Salons und gelegentliche Gast des Casinos in Monaco; da ist schließlich der »elder statesman«, der als Außenminister den »verbliebenen Rest« der Monarchie in eine demokratische Republik überführt und einen Tag vor deren Ausrufung verstirbt.[7]

Es war Adler, der eine im Rahmen der jungen politischen Bewegung entstehende egalitäre Utopie als eine Konzeption der Modernisierung und Zivilisierung der Massen entwarf. Diese Massen wurden als eine politisch bewusste und disziplinierte »Arbeiterklasse« verstanden, die unter Anleitung und Erziehung der Avantgarde der Arbeiterbewegung sich selbst schafft und so überhaupt erst Geschichte machen kann. So verstand sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) in Österreich von Anbeginn – und in teilweise konfliktgeladener Spannung zu den übrigen Parteien der II. Internationale – vor allem auch als eine (gegen-)kulturelle Bewegung. Es war ein komplex amalgamierter Machtentwurf aus nietzscheanischer Zivilisationskritik, Fabianismus und undogmatisch interpretiertem Marxismus, dessen Ziel über die Herausbildung einer »modernen« Arbeiterklasse europäischen Zuschnitts hinaus auf die Modernisierung der gesamten Gesellschaft gerichtet war.

Aber die Sozialdemokratie verstand sich nicht bloß als Anwältin und Motor anstehender oder überfälliger Modernisierungsprozesse, sie machte vielmehr die ästhetische, wissenschaftliche und politische Moderne zu ihrem Programm und definierte sich so als legitime Nachfolgerin eines gescheiterten bürgerlichen Liberalismus. Bereits um die Jahrhundertwende wurde ein breit gefächertes Netz von Kulturorganisationen und lebensreformerischen Vereinen aufgezogen, das einerseits der »Bildung« der proletarischen Massen dienen sollte und über das andererseits Wissenschaftler wie der Philosoph Wilhelm Jerusalem, die Ökonomen Anton Menger und Eugen Böhm-Bawerk, der Historiker und Volksbildner Ludo Moritz Hartmann, der Musiker Arnold Schönberg oder die Schauspieler Max Devrient und Hansi Niese in Kontakt mit der organisierten Arbeiterschaft traten. Dieses gegenkulturelle Netzwerk wurde von der nachfolgenden Generation austromarxistischer Theoretiker zum zentralen Angelpunkt ihrer politischen Konzeption eines antizipatorischen Sozialismus ausgebaut.

Während es aber der Gründergeneration des Austrosozialismus weniger um wissenschaftliche Ansprüche als vielmehr – und hier stand sie ganz in einer wagnerianischen und nietzscheanischen Tradition – um die Schaffung von politischen Symbolen zur emotionalen Bindung breiter Volksmassen gegangen war, zielten die »Austromarxisten« eine Generation später auf Verwissenschaftlichung, Rationalisierung und Entemotionalisierung – Konzepte, die das aufklärerische Projekt der Moderne paradigmatisch definieren.[8]

Ende der 1890er-Jahre war aus der Wiener sozialistischen Studentenbewegung eine junge marxistische Schule hervorgegangen, deren bekannteste Vertreter Max Adler, Karl Renner und Rudolf Hilferding waren; etwas später schlossen sich Gustav Eckstein, Friedrich Adler und Otto Bauer an. Gelegentlich besuchte auch Leo Trotzki während seines sieben Jahre andauernden Wiener Exils die Diskussionsrunden, die im legendären »Café Central« stattfanden. »Das waren sehr gebildete Menschen«, sollte Trotzki in seinen Memoiren schreiben, »die auf verschiedenen Gebieten mehr wussten als ich. Ich habe mit lebhaftestem, man kann schon sagen mit ehrfurchtsvollem Interesse ihrer ersten Unterhaltung im Cafe ›Zentral‹ zugehört. Doch schon sehr bald gesellte sich zu meiner Aufmerksamkeit ein Erstaunen. Diese Menschen waren keine Revolutionäre.«[9]

Die austromarxistische Schule entstand um die Jahrhundertwende, in permanenter Auseinandersetzung mit der literarischen Avantgarde, der österreichischen Schule der Nationalökonomie (Emil Lederer, Eugen Böhm-Bawerk), der naturwissenschaftlichen Erkenntnislehre Ernst Machs, dem Empiriokritizismus, der Neubegründung der Psychologie (Freud und Alfred Adler) und der reinen Rechtslehre Hans Kelsens. Die Austromarxisten standen daher, wie Otto Bauer in einem Nachruf auf Max Adler schrieb, von vornherein auf »akademischem Boden, in der Auseinandersetzung mit den Geistesströmungen der akademischen Welt dieser Jahre«. Sie lehnten die Vorstellung eines starren Systems ab, stattdessen ging es den Austromarxisten um die

bewusste Verknüpfung der marxistischen Denkresultate mit dem gesamten modernen Geistesleben, also mit den Inhalten der philosophischen und sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse ihrer Zeit. Für sie stellte der Marxismus weniger eine »Weltanschauung« dar als vielmehr eine Tatsachenwissenschaft; anzustreben war die »Kulturbeziehung« mit der modernen Intelligenz. In Anknüpfung an den Neokantianismus kam es ihnen in erster Linie darauf an, eine Erkenntnislehre oder Wissenschaftstheorie zu entwickeln, die den Marxismus als positive Sozialwissenschaft begriff und für neue empirische Erkenntnisse offen stand.[10]

Die Ablehnung eines einseitigen ökonomischen Determinismus (also der ausschließlichen Ableitung alles Sozialen und Kulturellen aus den Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens) führt die Austromarxisten in mehrere Richtungen: zunächst der Versuch, gesellschaftliche Prozesse in ihrer Gesamtheit zu erklären, also unter expliziter Einbeziehung der so genannten »Überbauphänomene«. Wie immer dominant die ökonomische Komponente auch bleiben mochte, so wurde doch der menschlichen Subjektivität und Intentionalität im historischen Prozess eine zentrale Rolle zugeschrieben. Einen bedeutenden Stellenwert nahm zudem die Analyse sozialer Schichtung in entwickelten industriell-kapitalistischen Gesellschaften ein, die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft selbst und die Formierung eines entsprechenden »Klassenbewusstseins« als Voraussetzung für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Denn dies blieb die Prämisse austromarxistischen Politikverständnisses: Gleichsam als Erbe der liberalen Tradition blieb die Sozialdemokratie dem Prinzip einer graduellen Machterlangung durch demokratische Wahlen prinzipiell verbunden. Diktatur und Anwendung von Gewalt (allerdings mit einer an anderer Stelle zu besprechenden Modifikation im Linzer Programm 1926) zur Erreichung dieses Ziels lehnte sie prinzipiell ab.[11]

War Karl Renner der Staats- und Rechtstheoretiker, Max Adler der Philosoph, so war der praktische Arzt Rudolf Hilferding der Ökonom des Austromarxismus. (Hilferding war zweimal Finanzminister der Weimarer Republik, am 12. Februar 1941 wurde er als politischer Häftling in einem Pariser Gestapo-Gefängnis ermordet.) Endgültig stieg er mit dem 1910 veröffentlichten »Finanzkapital« in die erste Reihe der Theoretiker des internationalen Sozialismus auf. Das Werk, das von Karl Kautsky als der »vierte Band des Kapitals« bezeichnet wurde, hatte er im Wesentlichen bereits als 28-Jähriger vollendet. Hilferdings Auffassung, dass es in der kapitalistischen Entwicklung objektive Tendenzen zu einem gleichsam quantitativen »Hineinwachsen« in den Sozialismus gäbe, findet sich – wenn auch mit unterschiedlichen politischen Folgerungen – in den politisch-ökonomischen Schriften Bauers und Renners immer wieder; eine Auffassung, die geradezu zum Leitmotiv austromarxistischer Politik der Zwischenkriegszeit wurde.

Unter der Führung Otto Bauers, dessen historisch-politisches Werk hohe Affinität zu den Theorien Antonio Gramscis aufweist, versuchte die österreichische Sozialdemokratie jedenfalls ein Konzept der kulturellen Hegemonie zu entwickeln, das sich

sowohl vom passiven Reformismus der II. Internationale wie auch vom putschistischen Bolschewismus strikt abgrenzte.

Nur die geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft, die eine geistige und kulturelle Hegemonie über eine von ihr geführte Volksmehrheit erlangt hatte, konnte demnach Garant für die Eroberung der Demokratie sein. Dem Feld der »Bildung« wurde somit prioritäre Signifikanz zugeordnet. Man müsse die Arbeiterschaft in den Stand setzen, »in sich selbst« jene moralischen und intellektuellen Qualitäten zu entwickeln, ohne die »der Sozialismus« nicht zu verwirklichen sei.[12] »Machtwille« und »Kulturwille« wären derart zu synthetisieren, aus dem »Zustand der Kulturlosigkeit« würde sich eine »geistig regsame«, »nach immer größerem Kulturbesitz ringende Elite« entwickeln. Die Umgestaltung der Gesellschaft war somit an die Veränderung, die umfassende »Kulturalisierung« des Individuums gebunden, an die Vorwegnahme eines, wie er pathetisch apostrophiert wurde, »Neuen Menschen« im Rahmen der Strategie eines »antizipatorischen Sozialismus«,[13] eines »Infreiheitsetzen(s) der Elemente der neuen Gesellschaft« innerhalb der bestehenden Verhältnisse.[14] Dieses Konzept hat im Wien der Zwischenkriegszeit für eineinhalb Jahrzehnte eine erstaunlich adäquate Umsetzung erfahren.

Es sollte dabei nicht übersehen werden, dass der Erfolg des kommunalen Experiments des Roten Wien eigentlich auf einem doppelten Rückschlag gründet: Erst der Machtverlust auf Bundesebene 1920 und die damit verbundene Verhinderung der Realisierung weiterer Sozialisierungen oder sozialstaatlicher Maßnahmen brachten die Sozialdemokratie dazu, ihr gesamtes politisches Potential auf Wien zu konzentrieren. Und erst dieses Scheitern einer von sozialdemokratischer Seite in den Verfassungsverhandlungen stark forcierten zentralstaatlichen Lösung zugunsten einer stärkeren Autonomie der Bundesländer ermöglichte es dem Bundesland Wien ab 1922, mittels partieller finanzpolitischer Souveränität eine über die Notstandsmaßnahmen und pragmatischen Notwendigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit hinausweisende Politik der qualitativen kommunalen Reformen zu entwickeln. Die Politik der Gemeinde konzentrierte sich in der Folge vor allem auf den Reproduktionsbereich und hatte eine gänzliche Reorganisation der administrativen wie technischen Funktionen der Stadt zur Voraussetzung. Im Wesentlichen beruhte die angestrebte Politik einer »Veralltäglichung der Revolution durch Evolution« auf den drei Hauptsäulen der Schulreform, der sozialen Fürsorgepolitik und, dies vor allem, des kommunalen Wohnbaus.[15]

Otto Glöckel und die Schule der Freiheit

Die unter Otto Glöckel initiierte Reform des Schulwesens illustriert wie kein zweites Beispiel die enge Bindung der Sozialdemokratie an das Bildungsideal sowie die Tatsache, dass die Arbeiterbewegung die uneingelösten politischen wie humanitären Botschaften des Liberalismus aufgriff und deren Realisierung zu ihrer eigentlichen politischen Agenda machte. Die Ideale und Leitlinien liberaler Erziehung waren es,

denen zum Durchbruch verholfen werden sollte. Die neue Schule hatte auf das diesseitige, praktische Leben vorzubereiten, aufrechte und »sittlich gefestigte« Menschen zu erziehen und zur Achtung vor der Arbeit, der Leistung der Gesamtheit und »wirklicher Autorität« anzuhalten – »bürgerlich im besten Sinn des Wortes«, wie es Hans Fischl (neben Viktor Fadrus und Carl Furtmüller einer der engsten Mitarbeiter Glöckels) ausdrückte.[16] Sollte die »ganze Schule dem ganzen Volk« zugänglich gemacht werden, musste die Bildung tatsächlich aller Kinder intensiviert und die Auslese jener Minderheit, die sich eine darüber hinausgehende Bildung aneignen konnte, nach möglichst objektiven Kriterien getroffen werden. Immer wieder wurde von führenden Schulreformern auf die ökonomischen Notwendigkeiten, die eine solche möglichst lückenlose Erfassung aller Bildungsreserven erforderten, verwiesen.[17]

Die Kulturkämpfe der Ersten Republik verdichteten sich exemplarisch in den Auseinandersetzungen um die Schulreform. Insbesondere an ihrem ganz der Tradition des liberalen Reichsvolksschulgesetzes von 1869 verpflichteten antiklerikalen Charakter entzündeten sich heftige Konflikte. Eine der ersten Maßnahmen Glöckels war es gewesen, den Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen (Schulgottesdienste und -beichte, Beteiligung an Prozessionen etc.) und deren obligatorische Überwachung durch das Lehrpersonal abzuschaffen. So wurde die Schulreform Anlass von Massenmobilisierungen, dominierendes Wahlkampfthema (etwa anlässlich der Parlamentswahlen 1927), nicht zuletzt aber konkreter Ausdruck der Stärken und Schwächen austromarxistischer Reformpolitik. Otto Glöckel war, ähnlich wie Bürgermeister Karl Seitz, ein von der Lueger'schen Verwaltung gemaßregelter Volksschullehrer mit Wurzeln in der freisinnigen und sozialliberalen Vereinigung der »Freien Schule«. In der großkoalitionären Regierung 1919/20 bekleidete er das Amt eines Unterstaatssekretärs für Unterricht (was de facto der Stellung eines Unterrichtsministers gleichkam), wobei vor allem die Demokratisierung der Schulbürokratie als eines seiner vordringlichsten Ziele galt. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung wurden die zentralen Prinzipien seiner Schulreform – mit Ausnahme des neuen Volksschullehrplanes, der nicht mehr rückgängig zu machen war – ausschließlich in Wien umgesetzt. Diese Prinzipien waren in den schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts erarbeiteten Forderungen des sozialdemokratischen Lehrervereins »Die Jungen« und im pädagogischen Teil des Schulprogramms der »Freien Schule« vorgezeichnet. Als geschäftsführender zweiter Präsident des Wiener Stadtschulrates seit 1922 veranlasste Glöckel zunächst seit langem anstehende, längst überfällig gewordene Reformschritte.

Aus den Bestimmungen über die Qualifikation der Lehrerschaft wurden jene Passagen, die sich auf das politische Verhalten und das Leben außerhalb der Schule bezogen, entfernt. Für Wien wurde der bindende Zölibat für Lehrerinnen aufgehoben. Sämtliche Unterrichtsbehelfe wurden allen Kindern an Pflichtschulen unentgeltlich zur Verfügung gestellt, womit für ärmere Schichten die Demütigung des Bedürftigkeitsnachweises fiel. Milieubedingte Benachteiligung versuchte man zumindest teilweise durch Schaffung von Schülerhorten sowie dadurch auszugleichen, dass den

Schülern erlaubt wurde, über die vorgesehene Zeit in der Schule zu bleiben, um ihnen ein ruhiges und ungestörtes Arbeiten zu ermöglichen. Darüber hinausgehende Einrichtungen wie Schulspeisungen, Kleideraktionen, Schulbäder etc. erscheinen auch heute noch als richtungsweisend. Das starre Klassifikationssystem wurde durch die Einführung eines detaillierten Schülerbeschreibungsbogens modifiziert, die Eltern über die Gründung von Elternvereinen, in denen Schulfragen diskutiert und Vorträge über moderne Pädagogik gehalten wurden, enger an die Schule gebunden; zudem entstanden auf Grund des Drucks der Schülervereinigungen die ersten Ansätze einer Schülerselbstverwaltung (die allerdings bald wieder verschwanden). Die Höchstzahl von Schülerinnen und Schülern pro Klasse wurde mit 29 festgelegt.[18]

Der eigentliche Gehalt schulreformerischer Maßnahmen aber manifestierte sich in den fortgesetzten, an der neuzeitlichen Reformpädagogik orientierten Versuchen zur methodischen Neugestaltung vor allem des Grundschulunterrichts und zur Neuorganisation des gesamten Schulaufbaus, zusammengefasst in den Schlagworten »Einheitsschule« und »Arbeitsschule«. Sinn und Gehalt sozialdemokratischer Schulreform lassen sich am deutlichsten an der Neugestaltung des Volksschulunterrichts erkennen. Gegenüber dem autoritären Prinzip der alten Schule wurde nun von der Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes als Mittelpunkt des Erziehungswesens ausgegangen. Diese »Pädagogik vom Kinde aus« war stark von den Erkenntnissen der verschiedenen zeitgenössischen Wiener psychologischen Schulen (Alfred Adler, Charlotte und Karl Bühler, Sigmund Freud) beeinflusst. Die Kinder sollten zu Kritikfähigkeit und selbsttätigem Handeln erzogen werden, die »Gegebenheiten der kindlichen Seele« Richtschnur aller Pädagogik sein. Methodik und Stoffwahl wurden auf drei Prinzipien aufgebaut: Arbeitsunterricht, Gesamtunterricht, Bodenständigkeit. Sollte an die Stelle der Ausbildung rein reproduzierender Fähigkeiten die eigene, schöpferische Aktivität treten, musste zunächst die Zersplitterung in systematisch aufgebaute »Lehrgegenstände« fallen; in einem »Gesamtunterricht« sollte der Stoff allseitig behandelt und an ihm die verschiedenen Fertigkeiten entwickelt werden.

> *In der Regel wurde aus einem ausführlichen Schülergespräch, das zuweilen in parlamentarischer Form von den Kindern selbst geleitet wurde, wobei der Lehrer weitgehend in den Hintergrund trat, ein neues Wochenthema entwickelt. (…) Das Schülergespräch hatte den Zweck, die Kinder selbst zur Einsicht kommen zu lassen, daß die Erwerbung gewisser Fähigkeiten vom Leben, nicht von der Schule gefordert wird.*[19]

Der Unterrichtsstoff ging somit vom unmittelbaren Erleben des Kindes, von seiner unmittelbaren Umwelt aus. Die Interessen der Schüler sollten sich in natürlicher Weise erweitern. Ein Umstand, der in den neu gestalteten Schulbüchern seinen Niederschlag fand.

Der zweite Pfeiler sozialdemokratischer Schulreform, die »Einheitsschule«, war in den im Mai 1920 von der Reformabteilung des Unterrichtsamtes herausgegebe-

nen »Leitsätzen für den allgemeinen Aufbau der Schule« konzipiert worden. Der vierklassigen Volksschule sollte sich für das 11. bis 14. Lebensjahr eine so genannte »einheitliche Mittelschule mit Differenzierung« – also die vierklassige und in zwei Zügen geführte »Allgemeine Mittelschule« – anschließen, an die wiederum – neben Fortbildungsschulen für Lehrlinge, niederen und höheren Fachschulen – vierjährige allgemeinbildende Oberschulen alt- oder neusprachlicher, mathematisch-naturwissenschaftlicher oder »deutschkundlicher« Richtung angeschlossen hätten. Eine eigene Frauenoberschule sollte auf wirtschaftliche und soziale Frauenberufe vorbereiten. Die Allgemeine Mittelschule war als Pflichtschule nach dem Grundsatz »Einheitlichkeit soweit als möglich, Differenzierung soweit als notwendig« organisiert, die vollkommene Parallelität der beiden Klassenzüge sollte den Übergang möglichst erleichtern. Der Dualismus in der Schulorganisation schien gefährdet, das traditionelle Bildungsprivileg ernsthaft angegriffen. Mit einer Vehemenz sondergleichen bekämpften daher die bürgerlichen Parteien und die katholische Kirche gerade dieses Kernstück sozialdemokratischer Schulreform. Nach jahrelangen Verhandlungen, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1926/1927 fanden und während derer die Unterrichtsminister Schneider und Rintelen zurücktreten mussten, wurde unter Minister Richard Schmitz, Hauptvertreter des »intransigenten« Flügels, eine Kompromisslösung beschlossen. Mit den Stimmen der Sozialdemokratie fiel der zentrale Punkt ihrer Schulreform, die einheitliche Pflichtschule bis zum 14. Lebensjahr. An die Stelle der alten, dreiklassigen Bürgerschule trat die vierklassige, unentgeltliche, obligatorische Hauptschule, für die aber das Prinzip der Koedukation, wie es für die Allgemeine Mittelschule vorgesehen war, fiel. Obwohl von der Sozialdemokratie als objektiver Fortschritt oder zumindest als geglückte Abwehr bezeichnet, stellt der Kompromiss von 1927 das Ende der Österreichischen Schulreform dar. In Wien war immerhin an sechs Bürgerschulen die Allgemeine Mittelschule als Schulversuch eingeführt worden, die 1926/1927 auf weitere zwölf Schulen ausgedehnt wurde und in 144 Klassen 4.540 Schüler umfasste. Zudem waren in mehreren Wiener Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen die Unterstufen auf den Einheitstyp der »Deutschen Mittelschule«, der ursprünglich für die Bundeserziehungsanstalten konzipiert worden war und in Methode und Lehrplan fast völlig der Allgemeinen Mittelschule glich, umgestellt worden.[20] Zunehmende finanzielle Aushöhlung durch den Bund ließ auch in Wien die Schulreform bis 1932/33 völlig zum Stillstand kommen. Was von ihr noch übrig geblieben war, wurde einer der Hauptangriffspunkte der kulturellen und geistigen Gegenreformation des Austrofaschismus.

Unter der Ägide Glöckels war im Jänner 1923 das Psychologische Institut eröffnet worden, das eine einzigartige Form der Kooperation zwischen Universität und Stadt Wien darstellte und an das die Kinderpsychologen Karl und Charlotte Bühler berufen wurden. Das Institut widmete sich gleichermaßen der akademischen Forschung wie der pädagogischen Ausbildung. Karl Bühler war, ebenfalls auf Vermittlung Glöckels, Lehrstuhlinhaber für Experimentelle Psychologie am Philosophischen Institut der

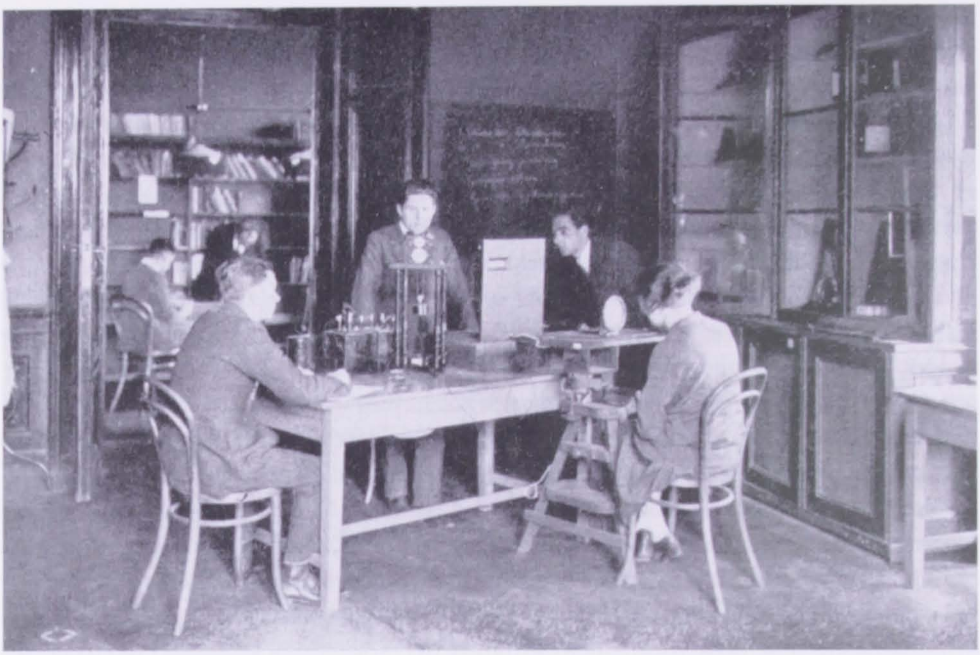


Abb. 73: Versuch im experimentell-psychologischen Laboratorium des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien.

Wiener Universität geworden; er bewegte sich von der kognitiven Psychologie und der Kinderpsychologie während seiner Wiener Jahre sehr stark in Richtung psychologischer Methodik und linguistischer Theorie, am präzisesten zum Ausdruck gebracht in seinem 1927 erschienenen Werk »Die Krise der Psychologie«, auf das sich u. a. die Dissertation Karl Poppers bezog. Mit den großen Antagonisten Alfred Adler und Freud und den beiden Bühlers kam Wien geradezu der Status eines Mekkas der modernen Psychologie zu.

Charlotte Bühler, unter deren Forschungsassistentinnen sich Marie Jahoda befand, blieb der Kinder-, Jugend- und Entwicklungspsychologie verbunden und war für den Großteil der am Institut durchgeführten Forschungsprojekte verantwortlich; die Forschungseinrichtung selbst ging im Juli 1925 im Pädagogischen Institut der Stadt Wien *(Abb. 73)* auf. Aus der 1931 eingerichteten »Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle« ging jene Gruppierung junger Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen um Paul Lazarsfeld und Marie Jahoda hervor, die keine zwei Jahre später mit ihrer Studie zu den Arbeitslosen von Marienthal einen Meilenstein in der Geschichte quantitativer Sozialforschung vorlegen sollte.

1934 brachte das Ende des Pädagogischen Institutes, Viktor Fadrus, dessen Direktor, wurde entlassen. Die Bühlers versuchten, so gut sie es eben vermochten, ihre

Arbeit fortzusetzen, sahen sich aber 1937 gezwungen aufzugeben und für den Herbst 1938 neue Betätigungsfelder in New York anzunehmen. Zehn Tage nach dem Anschluss allerdings wurde Karl Bühler, der für die Nazis eine schlicht unerträgliche Kombination aus Sozialismus, Philosemitismus und Österreichpatriotismus repräsentierte, verhaftet. Letztlich wurde ihm aber doch bedeutet, eine Scheidung von seiner jüdischen Frau könnte ihm eine etwaige Rehabilitierung bringen. Die Bühlers entschlossen sich zur Emigration, mittellos und unter Zurücklassung einer hoch bedeutenden Fachbibliothek.[21]

Julius Tandler – Die Stadt als soziale Technik

Als die Sozialdemokratie im Sommer 1919 die Stadtverwaltung übernahm, waren die durch den Weltkrieg hinterlassenen Verwüstungen überall sicht- und greifbar. Der Zusammenbruch des Sanitätswesens, eine von Hunger, Mangelernährung und der grassierenden Spanischen Grippe existentiell angegriffene Bevölkerung, ein dramatischer Anstieg der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, der mit einem ebenso dramatischen Zuwachs an Obdach- und gänzlich Mittellosen korrespondierte, ein durchgängiger Mangel an lebensnotwendigen Gütern aller Art, öffentliche wie private Verwahrlosung, eine ständig drohende Seuchengefahr boten das allgegenwärtige Schreckensszenario einer »sterbenden Stadt«. Die neue Stadtverwaltung war nur imstande, erste Notmaßnahmen zu setzen, indem die wenigen zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen für Krankenhäuser und Kliniken, Familien- und Notstandsbeihilfen sowie für die Kinderfürsorge, vor allem für Kriegswaisen, mobilisiert wurden. Daneben brachten die Einführung neuer Straßensäuberungsmethoden (»Spritzenwägen«) und ein mechanisiertes Abfallentsorgungssystem konkrete Schritte in Richtung Hygienisierung öffentlicher Räume.[22] Ein Jahr später, am 22. November 1920, wurde Prof. Julius Tandler, bis dahin als Unterstaatssekretär (Minister) der Koalition für das Gesundheitswesen der Republik verantwortlich, zum amtsführenden Stadtrat für Wohlfahrtspflege berufen. Tandler, ein in hohem Ansehen stehender Anatom, gehörte zu der verschwindenden Minorität jüdischer Professoren an der Medizinischen Fakultät. Der aus Iglau stammende ehemalige Assistent Emil Zuckerkandls war von 1914–1917 Dekan dieser Fakultät gewesen und entsprach mit seinen stark sozialdarwinistischen, eugenischen und neolamarckischen Tendenzen dem wissenschaftlichen »mainstream« seiner Zeit. Allerdings verband sich dies bei Tandler mit einem alles dominierenden aufklärerischen Impetus und zivilisatorischen Ethos. In der prekären Nachkriegssituation schien er in hohem Maß geeignet, eine umfassende Reorganisation des städtischen Wohlfahrts- und Fürsorgewesens durchzuführen, was er – gestützt auf ein aus den Breitner-Steuern erwachsenes, stark erweitertes operatives Budget – in der Folge mit den Mitteln der modernen Sozialtechnologie und -bürokratie in ebenso origineller wie umfassender Weise umsetzen sollte.[23]

Als das Hauptproblem identifizierte Tandler zunächst die stark überhöhte Säuglings- und Kindersterblichkeit, die nach dem Krieg nicht nur nicht gesunken, sondern um weitere hundert Prozent angestiegen war. Zudem hatte sich die Tuberkulose v. a. in den Arbeitervierteln in einem Ausmaß verbreitet, dass von ihr allgemein nur mehr als der »Wiener Krankheit« gesprochen wurde. Alle Anstrengungen, sofern nicht maßgebliche Gründe für eine unmittelbare Intervention vorzuliegen schienen, wurden deshalb im Bereich der Präventivmaßnahmen konzentriert, im Bereich der Familienfürsorge und der Herstellung möglichst optimaler Sozialisationsbedingungen und lebenswerter Umstände für die heranwachsenden Generationen. Damit wurde auf wesentliche Bestimmungsmomente aufgeklärt-bürgerlicher, vor allem im angelsächsischen Raum entwickelter Konzepte der Sozialreform zurückgegriffen, denen es im Wesentlichen um die soziale Stabilisierung einer urbanen und industriellen Arbeiterschaft zu tun war.

Das »Wiener System«, aus pragmatischen Notwendigkeiten hervorgegangen und ursprünglich als eine notwendige Ergänzung zur Sozial- und Arbeitsgesetzgebung der Koalitionszeit konzipiert, konzentrierte sich demgemäß sehr bald auf die Jugendfürsorge. »Denn je mehr wir uns um die Jungen kümmern, desto weniger werden wir uns um die Alten kümmern müssen; (…) Was wir für Jugendhorte ausgeben, werden wir an Gefängnissen sparen. Was wir für die Schwangeren- und Säuglingspflege verwenden, ersparen wir an Anstalten für Geisteskranke.«[24]

Tandler ging in bewusster Umkehr des karitativen Prinzips und der traditionellen Wohltätigkeit von der gesellschaftlichen Verpflichtung zur und dem individuellen Recht auf Sozialfürsorge aus. Das organische Kapital einer Gemeinschaft seien die in dieser Gemeinde lebenden Menschen, und dieses Kapital sei genauso zu verwalten, »wie man die übrigen Werte, welche diese Gemeinschaft besitzt, gleichgültig ob dieselben kultureller oder materieller Art sind«, zu verwalten habe. In diesem Sinn stünden Fürsorger und Befürsorgte in einem Recht- und Pflichtverhältnis, wobei die Fürsorger, als Mandatare der Gesellschaft und ihr verantwortlich, die Pflicht der Fürsorge zu übernehmen haben. Die zu Befürsorgenden hätten das Recht auf Fürsorge. Der wichtigste Zweig der auf generativer Ethik basierenden Fürsorge sei die Jugendfürsorge, die »in allen Richtungen« betrieben werden müsse. Denn eine Generation erfülle ihre Aufgabe nur dann, wenn sie für die nächste Sorge trage.[25]

Die Erfolge des »Wiener Systems« sind beeindruckend. Die Todesrate insgesamt fiel gegenüber der Vorkriegszeit um ein Viertel, die Säuglingssterblichkeit um die Hälfte. In der Bekämpfung der Tbc wurden erhebliche Erfolge erzielt, entsprechende Stationen in Lainz und auf der Baumgartner Höhe eingerichtet. Die Zahl der Kindergärten wurde von 20 (1913) auf 113 (1931) erhöht; sie betreuten 1931 an die zehntausend Kinder, und ihre Erziehungsmethoden beruhten auf den entwicklungspsychologischen Prinzipien Froebels und Montessoris. Prophylaktische medizinische Untersuchungen erfassten 1932 mehr als 132.000 Kinder und Erwachsene.[26] In Parks und in den Höfen der neu errichteten kommunalen Wohnbauten wurden »Kinder-

freibäder« eingerichtet, die Stadt mit einem Netz von öffentlichen Bädern überzogen. Bis 1927 wurden nicht weniger als sieben Kinderfreibäder, ein Volksbrausebad, ein Dampf- und Wannenbad, ein Strandbad, zwei Schwimm-, Sonnen- und Luftbäder sowie das luxuriöse Amalienbad eröffnet. Dieses war nach den Plänen von Otto Nadel und Karl Schmalhofer am Reumannplatz errichtet, nach der 1924 verstorbenen Favoritener Gemeinderätin Amalie Pölzer benannt worden und galt gemeinhin als »Badepalast für Arbeiter«.[27]

Ab 1922 wurde ein dichtes Netz fürsorgerischer Institutionen und Maßnahmen aufgebaut, wobei zunächst auf die Errichtung von Eheberatungsstellen und der in Bezirksjugendämtern und Gemeindebauten situierten Mütterberatungsstellen sowie eines zentralen Jugendamtes durch die Gemeinde hinzuweisen ist. Im Gegensatz zu den Eheberatungsstellen, in denen Brautleute besonders hinsichtlich Geschlechts- und psychischer Krankheiten sowie Tbc beraten, die jährlich aber nur von 900 Personen aufgesucht wurden, erfassten die Mütterberatungsstellen einen weitaus größeren Kreis. Mütter wurden dort in allen Fragen der Pflege und der Ernährung ihrer Kinder durch Fachärzte beraten. Seit 1927 wurden überdies an alle Mütter ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse Säuglingspakete mit Babywäsche ausgegeben, die zur besseren Pflege des Säuglings und zum Besuch der Mütterberatungsstellen anregen sollten. Sie wurden mit dem wirkungsvollen Slogan »Kein Wiener Kind darf auf Zeitungspapier geboren werden« *(Abb. 74, S. 376)* verbreitet, auf den Kartons selbst war die in der Kinderübernahmestelle aufgestellte Plastik »Die Mutter« von Anton Hanak (heute in Wien 23, neben der Maurer Pfarrkirche) abgebildet. Diese »Monumentalfigur« stellte eine »fürsorgende Mutter« dar, die ihren Arm schützend um eine Kindergruppe legt, die ihrerseits von »wasserspeienden« Schlangen – »die Gefahren der Großstadt symbolisierend« – bedroht wird.[28]

Die bei der Beratung der Mütter anwesenden Fürsorgerinnen hatten im Übrigen das Recht, durch Hausbesuche die jeweiligen Erfolge und Fortschritte zu überwachen. 1932 waren in diesen und anderen fürsorgerischen Zusammenhängen nicht weniger als insgesamt 91.000 Hausbesuche vorgenommen worden.[29] Tandlers großes und unleugbares Verdienst ist es, die Befürsorgung tendenziell aller Bewohner der Stadt durchgesetzt und damit Wohlfahrt und Fürsorge als gesellschaftliche Verpflichtung definiert zu haben; dies allerdings bei Ausschaltung der Möglichkeit der Selbstorganisation und der Mitsprache der auf diese Art Befürsorgten. Die Mehrzahl der Einrichtungen und Maßnahmen war strikt familienbezogen, sie zielten auf nachhaltige Hebung der Geburtenrate, der allgemeinen reproduktiven und sanitären Standards, des elterlichen Erziehungsverhaltens, insgesamt auf ein »höheres familiales Reproduktionsniveau«.[30] Es ist ein zutiefst aufklärerisches Projekt, ein Projekt der Hygienisierung des städtischen Körpers, das vermittels sozialer Intervention die Bedingungen für die Emanzipation des Individuums herstellen will. Es verbindet dabei Fürsorge- und Wohlfahrtsintentionen mit Funktionen der Domestizierung und Überwachung.[31] Nirgends wird dies so deutlich wie im Fall der oftmals an



3

Abb. 74: Werbeplakat der sozialdemokratischen Fürsorgepolitik, 1932.

symbolträchtigen Orten untergebrachten Kinderheime (u. a. im ehemals in habsburgischem Besitz befindlichen Schloss am Wilhelminenberg) oder der 1925 im neunten Gemeindebezirk eröffneten Kinderübernahmestelle (*Abb. 75, S. 378*), denen »verwahrloste« Kinder im Falle behördlich festgestellter desolater Familienverhältnisse überantwortet wurden:

Die fürsorgebedürftigen Kinder werden durch die Bezirksjugendämter, Fürsorgeinstitute, Polizeikommissariate, Eltern und Pflegeparteien der Kinderübernahmsstelle zugeführt und gelangen in die unreine Seite durch einen Eingang in der Lustkandlgasse, um welche sich alle für die Aufnahme erforderlichen Amtsräume gruppieren. Ergibt sich nach eingehender Einvernahme der das Kind überstellenden Amtsperson oder Partei die Aufnahmenotwendigkeit, dann wird das Kind ärztlich untersucht und, wenn es keine Krankheiten zeigt, die es für die sofortige Abgabe in das anschließende Kinderspital bestimmen, von einer Pflegerin übernommen und durch den Abgang vom Untersuchungszimmer in die im Tiefparterre befindliche Badeanlage gebracht. Hier wird es einer gründlichen Reinigung unterzogen, mit reiner Anstaltswäsche und Kleidung versehen und durch eine eigene Stiege oder den Aufzug in die für das Kind bestimmte Abteilung des Heimes im ersten, zweiten oder dritten Stocke aufgenommen, wo es einer 16- bis 21tägigen Beobachtung in gesundheitlicher, geistiger, moralischer und sozialer Hinsicht unterzogen wird. Die eigene Kleidung wird in dem gleichfalls im Tiefparterre untergebrachten Desinfektor entkeimt und sodann im Kleidermagazine so lange aufbewahrt, bis das Kind die Anstalt verläßt.[32]

Wie Glöckels Schulreform hat Tandlers Sozialreform, seine sozialtechnische Neukonzeption des städtischen Gefüges, wütende Opposition hervorgerufen, einen veritablen Kulturkampf mitbegründet und die zunehmend unüberbrückbare Kluft zwischen dem Roten Wien und den konservativ-klerikal dominierten Ländern vertieft. Häufig erwies sich die Mobilisierung antisemitischer Vorurteile und Haltungen als ein probates Mittel in diesen Auseinandersetzungen. Am heftigsten wurde Tandler mit diesbezüglichen Angriffen wohl in Zusammenhang mit der Errichtung des städtischen Krematoriums in Simmering 1923 konfrontiert. Das Krematorium wurde auf Anregung des Feuerbestattungsvereins »Die Flamme« und nach Plänen des Architekten Clemens Holzmeister in unmittelbarer Nähe zum Zentralfriedhof errichtet. Eine erzbischöfliche Note drohte jedem Gläubigen, der sich für diese Art der Bestattung entschied, die Exkommunikation an. Für den Architekten zumindest traf dies nicht zu, fungierte Holzmeister doch 1933 als Präsident des Allgemeinen Deutschen Katholikentages in Wien und danach als Staatsrat der Ständestaatsdiktatur.[33] (Er sollte übrigens anlässlich der Ständehuldigung am 1. Mai 1934 auch als Sprecher der Kunst auftreten: »Durch Güte und Wahrheit zur Schönheit.«)[34] Nach der ersten Kremation jedenfalls wies die Regierung des Prälaten Seipel Bürgermeister Seitz an, das Krematorium zu schließen, jedoch entschied der Oberste Gerichtshof zu Gunsten der Gemeinde.[35]

Vergleichsweise geringen Widerstand und nur wenige nennenswerte antisemitische Ausfälle löste hingegen ein weiteres Großprojekt aus, das üblicherweise kaum



Abb. 75: Kinderübernahmestelle, Hofansicht.

mit der Person Tandlers identifiziert wird, das jedoch, ähnlich wie das städtische Krematorium, seiner Politik der Hygienisierung, sozialtechnischen Neuordnung und »Gesundung« des städtischen Körpers sinnfällig Ausdruck verleiht: das Wiener Stadion im Prater, »Burg der Zivilisation inmitten blühender Urwaldromantik«.[36] Nun stellen Stadion und Sportplätze schon deshalb ein einzigartiges Phänomen im urbanen Leben dar, weil sie zu den wenigen Stätten gehören, wo sich städtische Massen regelmäßig und regulär versammeln können. Sie sind gleichsam der materiale Rahmen für die Repräsentation der Stadt nach außen. Die Stadt prägt das Stadion in demselben Ausmaß wie dieses seinerseits die Stadt, in Form sozusagen einer urbanen Inszenierung. Das Stadion ist die Erweiterung städtischen Straßenlebens und hebt sich gleichzeitig davon ab, als Ort einer bestimmten, formalisierten und ästhetischen Inszenierung, des Außergewöhnlichen und Spektakulären.[37]

Dem Wiener Stadion kommt allerdings in gewisser Hinsicht eine Sonderstellung zu. Es wurde inmitten jener gegen die Donau hin gelegenen ehemaligen kaiserlichen Jagdwälder errichtet, die seit ihrer Freigabe für die Öffentlichkeit als das Naherholungsgebiet der Wiener schlechthin galten. Eine ursprünglich intendierte städtebauliche Neugestaltung des gesamten umliegenden Areals, die dessen Integration in das urbane Gefüge hätte sicherstellen sollen, wurde nicht realisiert. Dennoch war auch das Praterstadion vor allem anderen Ausdruck einer Rationalisierung von Landschaft und Raum. Es mag wohl die Reaktion auf die Kritik an den für den Bau notwendigen Rodungsmaßnahmen gewesen sein, die die Arbeiter-Zeitung von einem »steinernen Rondell, wie aus der Erde gewachsen« sprechen ließ. Die Einschätzung aber, dass sich der Boden, der Wald und die Wiese »zu einem Stadion gefügt« hätten und ein Stück freier Waldesboden in einem »riesenhaften Betonbau eingefangen« worden sei, deutet allerdings auf einen ganz spezifischen, eben durch und durch modernen Zugang in der Aneignung von und im Umgang mit »Natur« hin.[38]

Die »rote« Gemeinde war sich durchaus bewusst, dass der in der Nachkriegszeit zum Massenphänomen gewordene Fußballsport einen »gewaltigen Kulturfaktor« darstellte, und leitete daraus eine soziale Aufgabe und die Verpflichtung zu dessen Förderung ab. Allerdings sei die Errichtung einer so kostspieligen Sportarena in einer Zeit, »in der vielköpfige Familien in Kellerlöchern und ausrangierten Eisenbahnwaggons hausten«, nicht vor der Linderung der ärgsten Wohnungsnot zu vertreten gewesen. Der eigentliche Anstoß zum Baubeginn war schließlich von außen gekommen. Der im Sommer 1927 in Helsinki tagende vierte Kongress der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale hatte die Ausrichtung der Zweiten Arbeiterolympiade an Österreich vergeben, dessen Delegation wiederum die Fertigstellung eines Stadions in Wien bis 1931 zusagte. Anlässlich des zehnjährigen Bestandes der Republik fasste die Gemeinde Wien demnach den Baubeschluss in der Absicht, »der Jugend der Republik ein Geschenk zu machen und zugleich der Republik ein Denkmal zu stiften, das nicht Erinnerung in Marmor, sondern Wirkung in die Zukunft ist«. Es sollte ein bauliches Manifest einer neuen Kultur des Körpers sein, in dem die Freude am Kör-

per, die »Befreiung von den Konventionen der alten Unkultur« ihren realen wie symbolischen Niederschlag finden konnte. Die »Kraft und Bewegtheit, die freie Haltung und die formgebändigte Energie der jungen Generation« sollten hier zum Ausdruck gebracht werden durch ein »Geschlecht«, das aufgerufen war, sich zu »stärken und zu stählen« für die »völlige Befreiung des Körpers und des Geistes, der Arbeit und des Lebens aus allen Fesseln der Vergangenheit«.[39]

Das Wiener Stadion wurde am 11. Juli 1931 »mit Fanfarenklängen« eröffnet und war tatsächlich ein gewaltiges bauliches Monument. Einem antiken Amphitheater gleich war sein Grundriss ellipsenförmig, es maß in der Längsausdehnung 214 und in der Breite 187 Meter, die Gesamtfläche umfasste ca. 35.000 Quadratmeter. Die in Eisenbeton ausgeführte Tribünenanlage erhob sich bis zu einer Höhe von 12 Metern und bot, bei 9.000 Sitzplätzen, ungefähr 60.000 Besuchern Platz. Das internationalen Ausmaßen entsprechende Fußballfeld (110 x 70 m) wurde von einer Aschenlaufbahn und von Leichtathletikanlagen umsäumt. Unter den Tribünen waren riesige Mehrzweckräume mit verglasten Seitenflächen eingerichtet, ebenso wie Massendusch- und -umkleideräume sowie spezielle Hygiene- und Ruheräume für Spielmannschaften. Zusammen mit Stadionbad und Radsportplatz zählte es tatsächlich zu den modernsten, wohl auch schönsten Sportanlagen des Kontinents. Es sollte nach den Plänen des Architekten Otto Ernst Schweitzer nicht nur Sportstätte, sondern auch Schaufläche für neue Formen von Theater, Musik, Schaustücken, Aufzügen, Versammlungen etc. sein. Demzufolge war auch die Anlage von allerdings nie realisierten Projekten wie Tanzforum, Naturtheater, Bibliothek samt Lesesaal und Ausstellungsräumen (vornehmlich für Darstellungen des Entwicklungsstandes der menschlichen Kulturgeschichte) vorgesehen. Schweitzer war bei seiner Konzeption jedenfalls von der Leistungsfähigkeit des menschlichen Auges ausgegangen, was, bei der gegebenen amphitheatralischen Form, eine mehrdimensionale Kommunikations- und Rezeptionsstruktur, kollektive Erfahrung und wechselseitige Ebenen der Verbundenheit zwischen Akteuren und Zusehern ermöglichen sollte. Er hatte also an den psycho-physischen Voraussetzungen und Fähigkeiten der Menschen, an der Bezogenheit der baulichen Einrichtungen auf das menschliche räumliche Fassungsvermögen angesetzt, was ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu den in derselben Epoche durch faschistische und autoritäre Regimes errichteten Monumentalbauten darstellt. Die erste Großveranstaltung im Wiener Stadion war die Mitte Juli 1931 abgehaltene 2. Arbeiterolympiade.[40]

Das Stadion blieb das letzte Wiener Bauvorhaben, an dem Tandler wesentlichen Anteil haben sollte. 1933 folgte er einer Einladung der chinesischen Regierung an die Universität Shanghai und kehrte, als er von den Februarereignissen erfuhr, nach Wien zurück, wo er sofort in Haft genommen wurde. Nach seiner Entlassung begab er sich erneut nach China, schließlich in die Sowjetunion, wo er die Reorganisation wesentlicher Bereiche des wenig effizienten Gesundheitswesens leiten sollte. Er starb wenig später am 26. August 1936 in Moskau.[41]

Als das eigentliche symbolische wie reale Kernstück des Wiener munizipalen Sozialismus aber sollte sich die Umsetzung eines ebenso ambitiösen wie (auch im internationalen Maßstab) einmaligen sozialen Wohnbauprogramms erweisen. Der kommunale Wohnbau wirkte am direktesten, unmittelbarsten, signifikantesten. Er war Bestandteil eines gemeinwirtschaftlich motivierten Versuchs zur Lösung von Verteilungskonflikten in Mangelgesellschaften, einer Umverteilung von Macht und Ohnmacht, Überfluss und Armut, der groß angelegte Versuch, das »alte Urbane durch neues Politisches« zu ersetzen.[42] Das Bauprogramm erschloss der organisierten Arbeiterschaft politische Kontrolle über das städtische Gefüge, die über ganz Wien verteilten Bauten eröffneten einen diskursiven Raum zwischen ihnen selbst und der historischen Stadt. Zum ersten Mal wurde die Arbeiterschaft zum Subjekt ihres unmittelbaren lebensweltlichen Umfelds.[43] Am 1. September 1923 beschloss der Wiener Gemeinderat, kurz vor den anstehenden Parlamentswahlen, ein Fünfjahresprogramm zum kommunalen Wohnbau, wobei ab 1924 jährlich 5.000 Kleinwohnungen errichtet werden sollten.[44] Die Aufträge wurden an private, meist kleinere Unternehmungen vergeben, sehr bewusst entschied man sich auch für weitgehend nicht mechanisierte arbeitsintensive Konstruktionsmethoden, die sich von jenen der Gründerzeit wenig unterschieden. Ein in Konnex mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen stehendes Bauprogramm hatte sich bereits davor in einem Rekordtempo entwickelt, bis Ende 1923 waren bereits 15 Gemeindebauten und drei vorstädtische Siedlungsanlagen mit 2.256 Wohnungen errichtet worden. Zudem hatten sich von Februar bis Mitte Juni dieses Jahres die Arbeitslosenzahlen von 12.453 auf 3.826 reduziert.[45] Nunmehr wurde dem Programm Richtung und Struktur gegeben, die kommunalen Anlagen wurden à fonds perdus errichtet, unter bewusstem Verzicht auf Verzinsung des investierten Kapitals, das als nicht refundierbare Investition gänzlich zu Lasten der Gemeinde ging.

Bis Ende 1926 waren 20.849 Wohnungen fertig gestellt, weitere 7.000 in Bau. Eine am 27. Mai 1927 beschlossene Fortführung des Programms sah die Errichtung von weiteren 30.000 Wohneinheiten bis 1932 vor; dieses Ziel konnte trotz Einsetzens der Weltwirtschaftskrise im Wesentlichen erreicht werden. Ende 1933 wurden von der Gemeinde Wien 61.617 Wohnungen und 5.257 Siedlungshäuser verwaltet. Rechnet man die vor dem Februar 1934 begonnenen und von der austrofaschistischen Stadtregierung fertig gebauten Anlagen hinzu, so erhöht sich die Anzahl der Wohnungen auf 64.125; knapp elf Prozent der Wiener Bevölkerung wohnten in ihnen. Wiewohl der Gemeindebau nur eine unter mehreren Institutionen war, die die gesamte soziale und ökonomische Infrastruktur umgestalten und modernisieren sollten, wiewohl er aus höchst pragmatischen Überlegungen und Notwendigkeiten erwachsen war, wurden die Gemeindewohnanlagen schlechthin zum leitenden Symbol des Roten Wien überhaupt, zur räumlichen Verwirklichung seiner zivilisatorischen und pädagogischen Ideale.[46] Die Gemeinde vermeinte in gigantischen innerstädtischen Blockbauten – den

so genannten »Volkswohnpalästen« – die Lösung der Arbeiterwohnfrage gefunden zu haben; immerhin hätte es einer Gartenstadt von 7,5 km² bedurft, um Siedlungshäuser mit 20.000 Wohnungen derselben Größe zu bauen. Auch garantierte eine Maximalverbauung von 40 Prozent der Grundstücke (bei späteren Bauten 30 Prozent) gegenüber der erlaubten »Spekulationsverbauung« der alten Zinskasernen von 85 Prozent die Anlage geräumiger, begrünter und lichtdurchfluteter Innenhöfe. In beinahe allen Höfen befanden sich Kinderspielplätze, in vielen Kinderplanschbecken. In den Wohnungen waren Vorräume, eigenes WC, Wasserleitungen, Gas, Elektrizität obligat, außer in wenigen, anfänglich errichteten Bauten waren Schlaf- und Wohnzimmer mit Hartholz ausgelegt; überdies hatten viele der Wohnungen eigene Balkone, Loggien oder Veranden. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker sprachen enthusiastisch von einer »neuen, proletarischen Wohnkultur«, umso mehr, als die größeren Anlagen mit Kindergärten und -horten, Spielsälen für Kinder, Mütterberatungsstellen, Schulzahnkliniken, Tuberkulosestellen, Leseräumen und Bibliotheken, Versammlungs- und Sektionslokalen, Turnhallen, Zentralwaschküchen, Brause- und Wannenbadeanlagen ausgestattet waren. Die Wohnungsvergabe erfolgte nach sozialen Gesichtspunkten über ein Punktesystem, wobei Unbewohnbarkeit oder Gesundheitsschädlichkeit der gegenwärtigen Wohnung, getrennter Haushalt von Ehegatten, Kündigung, Raummangel, Entfernung vom Arbeitsort, an prominenter Stelle auch Zuständigkeit nach Wien oder Verheiratung berücksichtigt wurden – übrigens galt ein Jahr nachgewiesenes Zusammenleben gleich viel wie Heirat.[47] Wie sehr die Gemeindewohnungen auch immer als Kulturfortschritt ohnegleichen gefeiert wurden, sie waren – insbesondere jene zwischen 1923 und 1927 erbauten – zu klein; die kleinste Wohnungstype mit 38 m² umfasste 75 Prozent der bis dahin gebauten Wohnungen. Obwohl sich die Lage nach 1927 deutlich besserte, blieben 40-m²- und 48-m²-, ganz selten auch 55-m²-Wohnungen (zwei Zimmer, Kammer, Küche, Abort) die Standardtypen – der für Arbeiterwohnungen als ideal erachtete Flächenraum von 60 m² wurde nicht erreicht. Begründet wurde dies mit der äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage und der absoluten Notwendigkeit, dennoch so viele Wohnungen wie möglich zu bauen, sowie dem niedrigen Lohnniveau in Österreich. (So erwies eine vom Internationalen Arbeitsamt im Oktober 1928 durchgeführte Erhebung, dass Wien im europäischen Vergleich zusammen mit Warschau und Rom auf dem drittletzten Platz lag.)[48] Otto Bauer sagte dazu in einer Rede vor dem Wiener Arbeiter-Abstinentenbund am 20. März 1928:

> *Glauben Sie nicht, daß ich Ihnen jetzt das Hohelied der Wiener Gemeindebauten singen werde! Das fällt mir nie ein. Wir wären im Gegenteil noch immer zu sehr drinnen in der »verdammten Bedürfnislosigkeit«, wenn wir glaubten, daß diese Gemeindebauten schon das Endziel seien, dem wir zustreben. Die Wohnungen sind noch viel zu klein in unseren Gemeindebauten, vor allem bekommt die Arbeiterfamilie dort viel zu wenig Räume (...) Wir können soweit erst kommen, wenn wir hier höhere Löhne haben werden. Aber so sehr ich mir dessen bewußt bin, daß unsere Bauweise noch nicht das Ideal, sondern nur ein Schritt zu ihm ist, so entschieden muß man doch sagen, daß gegenüber den*

Wohnungen, die das Privatkapital in Wien in der Vorkriegszeit gebaut hat, und die es wieder bauen würde, wenn man ihm die Bautätigkeit ausliefert, daß gegenüber dem unsere Gemeindewohnungen ein ungeheurer, gar nicht zu hoch zu schätzender Fortschritt sind.[49]

Allerdings wurde die beschränkte Wohnfläche in vielerlei Hinsicht kompensiert: durch die Gemeinschafts- und Freizeiteinrichtungen, Hygieneanlagen und Einrichtungen zur Kinder- und Altenversorgung einerseits, durch Zugang zu den großzügig konzipierten, begrünten und gegen außen geschützten Höfen als erweitertem Lebensraum andererseits. (Das auf der Schmelz errichtete »Einküchenhaus« mit zentraler Küche für alle Parteien blieb allerdings ein Einzelfall.) Die Wohnungen waren somit Teil eines komplexen und vielschichtigen Systems infrastruktureller, städtebaulicher und sozialer Leistungen und Maßnahmen und begründeten in der Tat eine neue Qualität im Massenwohnungsbau.[50]

Dazu tritt ein weiterer Aspekt. Obwohl die insgesamt 400 Gemeindebauten – die allesamt die stolze Aufschrift »Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren … aus den Mitteln der Wohnbausteuer« trugen – von knapp 200 Architekten individuell höchst unterschiedlich realisiert wurden und ihre scheinbar eklektische Stilpluralität den Anlass höchst kontroversieller Debatten lieferte, liegen ihnen gemeinsame Gestaltungsprinzipien zugrunde. Diese Prinzipien beziehen sich, neben dem offensichtlichen sozio-kulturellen Aspekt, auf ihre distinkten, durchwegs monumentalen Dimensionen, auf räumliche Proportionen und Hierarchien sowie auf jenen Dialog, den sie als moderne, rationale, ihrer eigenen Logik gehorchende urbane Implantate mit dem traditionellen, gewachsenen historischen städtischen Umfeld aufnehmen. Gerade dadurch war jedes einzelne Vorhaben als Teil eines die ganze Stadt umfassenden architektonischen Programms sozialer Beziehungen ausgewiesen, war materieller Ausdruck der politischen wie (massen-)kulturellen Intentionen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung.[51]

So sehr die baulichen Megastrukturen wie etwa der Winarsky-Hof (Wien 20, von Josef Frank, Josef Hoffmann, Adolf Loos, Peter Behrens, Grete Lihotzky u. a.) oder der Karl-Marx-Hof (Wien 19) ihre nur ihnen eigenen Organisationsprinzipien und Größenmaßstäbe realisieren, so sehr korrespondieren die »Superblocks« mit der existierenden städtischen Struktur, treten sie in Dialog mit der historischen urbanen Matrix, sind sie zugleich Grenze und Durchlass. Gebäude wie etwa jene von Aichinger und Schmid (Rabenhof, Wien 3; Am Fuchsenfeld, Wien 12) ziehen sich über mehrere Straßenzüge, integrieren unterschiedlichste Elemente städtischer Struktur, verbinden Höfe und Plätze und sind so zugleich historisch kontextualisiert, ohne ihre eigenen Ordnungsprinzipien und Organisationsschemata preiszugeben. Sie eröffnen einen städtischen diskursiven Raum, »der öffentlich, begreifbar und unvermeidlich präsent im Leben der Bewohner ist«.[52]

Im Wohnbauprogramm des Roten Wien kommt das architektonische Konzept Otto Wagners, der von der polyzentrierten, expandierenden Metropole, von einem

dynamischen Cluster korrespondierender, aufeinander bezogener urbaner Strukturen, von der transformatorischen Rolle des Gebauten ausgegangen war, nachhaltig und exemplarisch zum Ausdruck.[53] Nach der Periode 1919–1923 – als die Mehrzahl der frühen Gemeindebauten von Architekten aus dem Stadtbauamt, die bereits der Lueger'schen Verwaltung angehört hatten, entworfen wurde – überantwortete die Gemeinde ihre Projekte beinahe ausnahmslos freiberuflichen, »privaten« Architekten. (Ausnahmen sind Karl Krist, Engelbert Mang und v. a. Karl Ehn, der Architekt des Karl-Marx-Hofes, der von 1908 bis 1950 dem Stadtbauamt in führenden Stellungen und ohne Unterbrechung angehörte und noch nach 1945 Gemeindewohnhausbauten plante.)[54] Heinrich Schmid jedenfalls hat in der Arbeiter-Zeitung den pointierten Standpunkt vertreten, die Gemeinde beschäftige eine Vielzahl höchst unterschiedlich positionierter Architekten, von Erzkonservativen bis hin zu Vertretern einer extremen Moderne, ohne im Geringsten in deren Belange einzugreifen.[55] Nun ist dies, wie etwa im Fall von Anton Brenners Bau in der Rauchfangkehrergasse (Wien 15), keineswegs immer eingehalten worden; in der Regel jedoch scheinen die für die Vergabepolitik Verantwortlichen die jeweiligen Bauvorhaben der weitgehenden Eigenverantwortlichkeit ausgewiesener und etablierter Architekten überantwortet zu haben.

Unter diesen wiederum bildeten Angehörige der Schule Otto Wagners eine qualifizierte Majorität. Abgesehen von Hubert Gessner, einem persönlichen Freund Victor Adlers und Architekt des Favoritener Arbeiterheimes (Wien 10) und des Vorwärtshauses (Wien 5), hatten sie allesamt keine oder nur lose Verbindungen zur Sozialdemokratie. Heinrich Schmid und Hermann Aichinger, deren Fuchsenfeldhof zusammen mit Gessners Metzleinstalerhof (Wien 5) zum Prototyp des neuen Gemeindebaus werden sollte, Emil Hoppe und Otto Schönthal, Franz Keym und Alfons Hetmanek, Josef Hoffmann, Leopold Bauer, Ernst Lichtblau, Rudolf Perco und viele andere waren Studenten der ebenso elitären wie stilprägenden »Spezialschule für Architektur« Wagners gewesen.[56] Ihre Ausbildung war auf ausgesprochen urbane Architektur ausgerichtet, auf ein Bauen, das die soziale Qualität und ökonomische Organisation der modernen Metropole mit ihrem historisch gewachsenen Ambiente in Einklang zu bringen trachtete – ein Zugang, den Wagner seine gesamte Berufslaufbahn hindurch verfolgte. Es sind rationalistische, positivistische, kosmopolitische Ideale, materialistisch-urbane Konzeptionen eines großstädtischen Bauens, das zugleich in lokale Traditionen eingebettet ist, die der politisch konservativ und deutschnational orientierte Wagner vertrat und lehrte.[57] Und es sind diese Ideale, die eine hohe Affinität zum sozialdemokratischen Modernisierungsprojekt begründeten: ein modernes, monumentales, zugleich an das Barock gemahnendes wie auch biedermeierliche Traditionen wachrufendes urbanes Idiom. Erstmals klingt dies in einer Hommage Arthur Rößlers aus Anlass des 70. Geburtstags Wagners 1911 an. Rößler war Kunst- und Kulturkritiker der Arbeiter-Zeitung und wurde unter anderem als einer der wenigen zeitgenössischen uneingeschränkten Unterstützer und Förderer Egon Schieles bekannt.

Das Volk empfindet instinktiv in der Stein gewordenen Gestaltung der Wagnerschen Baugedanken die schöpferische Gewalt einer genialen Begabung, und da es leicht erkannt, daß es sich bei diesen Bauten nicht um die architektonische Befriedigung der Repräsentationsgelüste imperatorisch posierender Fürsten und machtprotzender Finanzleute handelt, sondern daß diese Bauformen mehr oder minder geheimnisvolle oder offenkundige Beziehung zum allgemeinen Volksleben haben, findet es sich gernwillig mit den sicht- und greifbar gewordenen Tatsachen ab, zumal da ihm deren klare Schönheit bald einleuchtet. (…) Solcher Art verlieh er dem neuzeitlichen Wien, das von Tausenden elektrischen Trams und Tausenden Automobilen durchfahren wird, das eigentlich moderne architektonische Gepräge, das in Zukunft für eine gewisse Bauepoche ebenso charakteristisch sein wird wie das der Stadt seinerzeit von Fischer von Erlach gegebene. In Otto Wagners Kunst ist nichts Zweifelhaftes, nichts Problematisches. Sie bringt uns wieder eindringlich zum Bewußtsein, daß das Wesen der Baukunst das allgemeine Wesen der Kunst überhaupt ist.[58]

Zweifellos hat jener von Wagner und seiner Schule betonte sozialtechnologische Aspekt der Stadtgestaltung, deren Orientierung auf Moderne und metropolitanes Leben, die Vorstellung von Wien als Weltstadt die intellektuelle Führungsschicht der Sozialdemokratie fasziniert: ein zeitgenössisches, technologisch fortgeschrittenes, großstädtisches Konzept, das gleichwohl dem Genius loci, dem lokalen Erbe und regionalen Bautraditionen verbunden blieb.[59]

In einem hohen Ausmaß evident wird dies in kommunalen Wohnhausanlagen wie dem Rabenhof, unzweifelhaft Schmids und Aichingers Meisterwerk. Im Rabenhof vereinigen sich genau diese historischen Bezüge mit einer modernistischen, reduktionistischen Formensprache, die auf abstrakte Asymmetrien und expressionistische Zitate ebenso zurückgreift, wie sie die privaten, öffentlichen und halböffentlichen Zonen des Komplexes klar ausweist und gegeneinander abgrenzt. Hier folgen die Architekten Stil- und Bauprinzipien, wie sie Wagner am klarsten wohl im Falle des 1909 fertig gestellten Mietwohnhauses Neustiftgasse 40 (Ecke Doblergasse in Wien 7) angewandt hat. Margaret Gillet, die sich 1929/30 zu Studienzwecken für ihre Dissertation »Modernism for the Masses« in Wien aufhielt, beschreibt den Rabenhof folgendermaßen:

In the courtyards … a system of irregular alley ways … wears an air of adventure. The interest of a shadow round a corner is an invitation to investigate further. A hidden light at night gives an atmosphere of mystery. There are terraces of different levels, pointed arch ways leading to enclosed courtyards over which hang an almost monastical peace. The public buildings have been given their right significance. The theatre and laundry stand a little back from the Rabengasse frontage. They have a stately reserve in contrast with the eager showy spirit of the shops that toe the building line on the opposite side in a graceful curve … Dimensional interpretation of the ideas seems the shortest way to describe the effect produced by this modern simplicity.[60]

Von den Bauten Hubert Gessners bis hin zu Hoffmanns Klose-Hof (Wien 19) ist das Erbe Wagners jedenfalls recht deutlich präsent. In den monumentalen kubischen



Abb. 76: Reumannhof, Hofansicht.

symmetrisch-geometrischen, an Fabriksgebäude des ausgehenden 19. Jahrhunderts gemahnenden Entwürfen Gessners läuft das Konzept der »Großförmigkeit« mit kontrapunktisch gesetzter Intimität der Hofform zusammen. Im Lassallehof (Wien 2) ebenso wie im später so bezeichneten Seitzhof (Wien 20) werden Vorbilder amerikanischer Grandhotels und Wolkenkratzer wachgerufen, um sie mit barocker Szenographie und klassischen Symmetrien zu vereinen. Der zentrale halbkreisförmige Mitteltrakt des Seitzhofes orientiert sich an barocken Gestaltungsprinzipien und erweckt enge Assoziationen zur Neuen Hofburg Gottfried Sempers, während andere Partien klar an Gessners eigene Fabrikbauten aus der Vorkriegszeit anschließen. Ähnliches gilt für den Reumannhof *(Abb. 76)* am Margaretengürtel, der zusammen mit Metzleinstaler-, Herwegh-, Julius-Popp- und Matteottihof (alle: Wien 5) als Kernstück einer so genannten »Ringstraße des Proletariats« vorgesehen war. Auch hier ist die Anspielung auf den zeitgenössischen multifunktionalen amerikanischen Typus des Grandhotels in Verbindung mit Rekursen auf das Barock unverkennbar: Ganz bewusst nimmt Gessners Entwurf des Reumannhofes Bezug auf die Wiener Gartenpaläste des 18. Jahrhunderts und das wenige Kilometer westlich gelegene Schloss Schönbrunn.



Abb. 77: Am Fuchsenfeld, Gartenhof II.

Schmid und Aichinger folgen den Wagner'schen Prämissen einer Verankerung modernen großstädtischen Bauens im Kanon lokaler Tradition auf andere Weise als Gessner. Die Eingangsfront ihres Hofes Am Fuchsenfeld *(Abb. 77, S. 387)* zitiert die Fassade eines ein gutes Jahrzehnt davor heftigst umstrittenen Meisterwerks moderner Architektur: das Haus am Michaelerplatz von Adolf Loos. Ein weiterer Schüler Wagners schließlich, Karl Ehn, arbeitet Symbole von eindringlicher Signifikanz für das kollektive Gedächtnis der ganzen Stadt in eine wohl einzigartige architektonische Komposition elementarer Formen und Farben ein. Die Giebel- und Frontpartien des Karl-Marx-Hofes (Wien 19) gemahnen an das in neogotischem Stil gehaltene Wiener Rathaus, die großen Rundbögen an das neoklassische, den Zugang zur Hofburg ebenso begrenzende wie eröffnende Burgtor an der Ringstraße.[61]

Der Karl-Marx-Hof ist die Ikone, das Emblem, das Signet des Roten Wien. Ursprünglich hätte auf der Hagenwiese in Heiligenstadt nach den Plänen Clemens Holzmeisters eine Gartensiedlung entstehen sollen. Nachdem der 1926 in Wien tagende Internationale Wohnbaukongress das von der Gemeinde forcierte Prinzip einer innerstädtischen Blockverbauung einer wenig wohlwollenden Kritik unterzogen hatte, war man zunehmend bemüht, Elemente der Gartenstadtbewegung in das Wohnbauprogramm zu integrieren. So ist der an der Spinnerin am Kreuz nach Plänen von Oerley und Krist errichtete George-Washington-Hof (Wien 10) ein Experiment hybriden Charakters: teils Hof, teils Siedlung. Die 1.084 Wohnungen umfassende Wohnanlage hat trotz des beibehaltenen Blocksystems den Charakter einer Gartenstadt; allerdings waren keine Einfamilienhäuser, sondern dreistöckige Geschosswohnbauten mit ausgedehnten Gartenhöfen (Birken-, Ulmen-, Akazien-, Ahornhof) angelegt worden.[62]

Nun hatte die Gemeindeverwaltung Holzmeisters Siedlungsplan für Heiligenstadt allerdings bald als einfallslos verworfen und Karl Ehn im Lauf des Jahres 1926 mit der Planung beauftragt. Bis zu seiner Fertigstellung (1930) wurden wüste Kampagnen gegen den Bau lanciert, so etwa, er sei auf Treibsand errichtet und werde noch vor seiner Eröffnung einstürzen. Als eine Stadt in der Stadt waren schließlich auf einer Gesamtfläche von 156.000 Quadratmetern, von denen allerdings nur 18,4 % verbaut wurden, 1.400 Wohnungen für ca. 5.000 Menschen errichtet worden. An Folge- und Nebeneinrichtungen verfügte der Superblock über zwei Zentralwäschereien mit 62 Waschständen, zwei Bäder mit zwanzig Wannen und 30 Brausen, zwei Kindergärten, eine Zahnklinik, eine Mutterberatungsstelle, eine Bibliothek, ein Jugendheim, ein Postamt, eine Krankenkasse mit Ambulatorium, eine Apotheke, 23 Geschäftslokale und eine Beratungsstelle für Inneneinrichtung und Wohnhygiene des Österreichischen Verbandes für Wohnungsreform.[63] Auf einer Länge von mehr als einem Kilometer waren zwei voneinander unabhängige Höfe angelegt, verbunden durch eine Spange aus einem rhythmisch applizierten Tür-Turm-Motiv.[64] Diese berühmt gewordene, pathetisch-monumentale Spange stellt zugleich den räumlichen Zusammenhang zwischen der von Wagner konzipierten Stadtbahnstation Heiligenstadt, dem davor situ-



Abb. 78: Karl-Marx-Hof.

ierten parkähnlichen öffentlichen Platz und dem lange Zeit größten Wiener Fußballstadion, der »Naturarena« Hohe Warte (Fassungsvermögen ca. 80.000 Menschen), her. Somit stellt der Karl-Marx-Hof ein subtiles Ineinander öffentlicher, kommunaler und privater Räume dar, ein bauliches Moment, das – dominant an der Nordeinfahrt der Stadt gelegen und Zugang wie Grenze zugleich symbolisierend – die Idee des Roten Wien am sinnfälligsten repräsentiert *(Abb. 78)*.

In seinen quantitativen Dimensionen wurde er noch vom Hof am Friedrich-Engels-Platz (Wien 20) übertroffen, der von Rudolf Perco entworfen worden war. 1933 eröffnet, sollte er Anklänge an das moderne Warenhaus ebenso wie an Fabrikgebäude und Industrieschornsteine wachrufen, symbolisiert aber Anderes. In seinem Gigantismus, seinen letztlich menschenfeindlichen Ausmaßen und zugrunde liegenden baulichen Prinzipien wies er unleugbare Affinitäten zu totalitärer Herrschaftsarchitektur auf. Der Hof am Engelsplatz brachte somit nicht mehr die leitende Kulturidee des Roten Wien, sondern vielmehr dessen aus der wirtschaftlichen Depression erwachsene tödliche Krise zum baulichen Ausdruck. Perco sollte, nachdem er nach 1934 keine Beschäftigung mehr finden konnte, zu den Nazis überlaufen und jegliches Na-

heverhältnis zum Roten Wien entschieden in Abrede stellen.[65] Dessen Bürgermeister Seitz hatte anlässlich der Eröffnung des Komplexes ein leidenschaftliches Plädoyer für die Selbstorganisation der Massen gegen jeglichen Führerkult gehalten. Angesichts der akut gewordenen tiefen Krise des Ökonomischen, Sozialen und Kulturellen klingt dieses Plädoyer wie ein vorweggenommener Nachruf:

> *Und wenn die Welt voll Teufel wäre, dieses Wien wird stehen kühl bis ans Herz, ein Hort der Demokratie, eine Hort des Geistes, ein Hort der Freiheit, ein Bollwerk gegen Fascismus und Diktatur. (Brausender, nicht enden wollender Beifall).*[66]

Die Stärkste der Parteien

Die Sozialdemokratie hatte ihre wesentlichen Energien auf ihr kommunales Aufbauwerk in Wien konzentriert; ein Aufbauwerk, das, unbeschadet ideologischer Orientierungen, auch in einem internationalen Rahmen, soweit dieser bürgerlich-demokratisch definiert war, in hohem Ansehen stand. Dem Wiener Experiment eines »munizipalen Sozialismus« sollte im österreichischen Kontext aber auch landesweite Vorbildwirkung zukommen, umso mehr, als es weniger um »Sozialismus« als vielmehr um eine, wenn auch radikalisierte und demokratisierte, Umsetzung liberal-bürgerlicher, spätaufklärerischer Konzepte von Erziehung und Zivilisierung ging. Der Wiener Kommunalpolitik wurde so ein entscheidender Stellenwert zur Erlangung sozialdemokratischer Hegemonie auf Bundesebene zugewiesen. Allerdings, und dies sollte keinesfalls übersehen werden, lief das Experiment in vielen Fällen auf eine sozusagen paradoxe Modernisierung hinaus. Das heißt, die Kommune hatte im architektonischen Bereich und auf der Ebene der sozialen Infrastruktur sowie der Dienstleistungen alle Voraussetzungen für ein wohlfahrtsstaatliches Modell geschaffen und damit über eine etatistische Politik die Lebensbedingungen der unteren sozialen Schichten entscheidend verbessert – allein, es fehlte das funktionierende marktwirtschaftliche Gegenüber. Das Einsetzen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 hat zudem sehr bald die Grenzen des kommunalen Experiments definiert. Wie groß auch immer die Erfolge des »Rathaussozialismus« gewesen sein mögen, er ist in den Jahren der Krise und der Depression sukzessive zerstört worden.[67]

Der dramatische Appell von Bürgermeister Seitz mitten in der reaktionären Konjunktur des Jahres 1933 anlässlich der Eröffnung des Hofes am Engelsplatz war vor dem spezifischen Wiener Hintergrund allerdings nicht so sehr von den politischen Realitäten abgehoben, wie er in der historischen Retrospektive erscheinen mag. Angesichts der Machtübernahme Hitlers in Deutschland und des autoritären Notverordnungskurses der Regierung Dollfuß nahm Seitz für die Wiener in Anspruch, »wahre Deutsche, das heißt, ein freies Volk« zu sein. Dies bedeute,

... daß wir uns nicht knechten lassen und daß bei uns im Rate nur die Stimme des ganzen Volkes gilt, daß wir uns nicht erobern und nicht führen lassen, weder von fremden noch von heimischen Führern (stürmischer Beifall), weil wir klug genug und stark genug sind, uns selbst zu führen, daß die Idee, daß der Geist herrschen muß – nicht Prügel oder Maschinengewehre.[68]

Seitz konnte dies im Bewusstsein äußern, dass das wohl einmalige sozialdemokratische Organisationsgeflecht in Wien zu diesem Zeitpunkt zwar angeschlagen, im Wesentlichen aber (noch) funktions- und mobilisierungsfähig war. Die Wiener Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit war eine demokratische Massenpartei, eine »Weltanschauungsgemeinschaft« von überaus hohem und dichtem Organisationsgrad.

Im Jahr 1929, am Höhepunkt einer 1918/19 sprunghaft einsetzenden quantitativen Entwicklung, waren österreichweit 713.834 Mitglieder in den Reihen der Arbeiterpartei organisiert, wobei der Frauenanteil mit 38 Prozent in Wien einen Rekordwert erreichte. Die SDAP hatte unter allen europäischen sozialdemokratischen Parteien die höchste Organisationsdichte erreicht – allerdings ging diese Verdichtung und Politisierung des sozialistischen Lagers in der Zwischenkriegszeit eindeutig und beinahe ausschließlich auf das Konto der Wiener Landesorganisation, die sich selbst voll Stolz und Selbstbewusstsein als die »größte Parteiorganisation der Welt« bezeichnen konnte. In demselben Zeitraum, da es in einigen Bundesländern zu einem Abbröckeln und ernsthaften Desintegrationsprozessen kam, konnte die Wiener Organisation ihren Mitgliederstand verdoppeln; das waren mehr Parteimitglieder, als die Städte Graz, Linz, Innsbruck, Salzburg, Wiener Neustadt und St. Pölten zusammen an Einwohnern zählten. Allein die Zahl der in Wien politisch organisierten Frauen erreichte mit über 149.000 knapp die Einwohnerzahl von Graz. Von den 648.497 Parteimitgliedern des Jahres 1932 in ganz Österreich waren 400.484 in der Wiener Sozialdemokratie organisiert, wobei die Arbeiterschaft die »Kerntruppe der Sozialdemokratie« bildete und die Unter-Vierzigjährigen beinahe drei Fünftel der Parteimitgliedschaft stellten.[69]

Bei Wahlen lag die Partei in Wien stets nahe der Zweidrittelmehrheit, wobei sich deutlich eine proportionale Abhängigkeit von der Sozialstruktur zeigte. Bei den Nationalratswahlen 1930 etwa lag der Stimmenanteil der Sozialdemokraten in ganz Wien bei 58,98 %. Den höchsten Anteil (und eine Zweidrittelmehrheit an gültigen Stimmen) erreichte die Partei in Favoriten mit 72,73 %, in der Brigittenau mit 71,67 %, in Ottakring mit 69,25 %, in Floridsdorf mit 68,94 % und in Simmering mit 68,27 %. Nach den Berechnungen des Parteisekretärs Robert Danneberg haben von 1923 bis 1930 rund 80 % der Arbeiter bei den Parlaments- und Gemeinderatswahlen sozialdemokratisch gewählt. Für 1932 gelangte Danneberg zu dem Schluss, dass die SDAP in den Wiener Bezirken Brigittenau, Favoriten, Ottakring und Floridsdorf Spitzenergebnisse mit einem Anteil von weit über 90 % der Arbeiter- und Angestelltenstimmen erzielen konnte.[70] In der Ersten Republik hatte die Sozialdemokratie also eine absolut dominierende Position in der Arbeiterschaft inne, bei den Kernschichten der Industriearbeiterschaft fast ein Monopol.

Neben der Parteiorganisation im engeren Sinne gab es ein breit gefächertes und differenziertes Netz von verschiedensten Kulturorganisationen. Zum Großteil bereits in der Vorkriegszeit gegründet, wurden sie nunmehr von den sozialistischen Theoretikern zu zentralen Massenerziehungsmitteln hochstilisiert, funktionalisiert, zu Massenorganisationen ausgebaut, die auf die Erfassung des gesamten menschlichen Lebenszusammenhanges abzielten. Mehr und mehr nahm die Sozialdemokratie so Züge einer nach außen strikt abgegrenzten gegenkulturellen Bewegung an. Nach dem Scheitern einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung 1918/19 erfüllte das organisatorische Geflecht der Kultur- und Sportorganisationen in vielerlei Hinsicht eine Art kompensatorische Aufgabe. Josef Buttinger, nachmaliger Vorsitzender der Revolutionären Sozialisten und, zusammen mit seiner Frau Muriel Gardener, Spiritus rector der österreichischen linken Emigration in den USA, hat dies folgendermaßen formuliert:

Die österreichische Sozialdemokratie … hatte sich nach dem Jahr 1918 nicht nur zu einem Massenbetrieb von einzigartigem Umfang und Geschäftigkeit entwickelt, sondern auch zu einer geistigen Macht von tiefer, andauernder Wirkung. Infolgedessen befähigt, Interessen und Ideale, Alltagsbedürfnisse und Leidenschaften gleichermaßen zu befriedigen, hielt die Partei in mannigfachen Verbindungen Hunderttausende in diesem Banne. Weit über die Politik hinaus gestaltete sie das Leben und Denken ihrer Mitglieder (…) Hunderttausende Männer und Frauen, Jugendliche und Kinder hatten in diesen Vereinen die schönere Hälfte ihres proletarischen Lebens verbracht und es mit Träumen und Tätigkeiten ausgefüllt, die samt und sonders in der »Idee« dieser Partei ihren Ursprung hatten. Für alle Berufe und Lebensstellungen war in ihrem breiten Organisationsbetriebe Raum; alle Altersstufen konnten dort ihre Unterhaltungsbedürfnisse, Bildungsabsichten, Lebenszwecke, ihr Kulturverlangen ebenso wie ihre Torheiten und Spielereien organisieren und auf ernste oder lächerliche Weise mit den Zielen der Partei »weltanschaulich« verschmelzen.[71]

Es wurde somit vor allem in Wien ein alltagskulturelles »Aussteigersystem« geschaffen, ein »Staat in der Stadt«, der das Leben des Einzelnen in einen historischen und existentiellen Sinnzusammenhang stellen und ihm Sicherheit, Selbstbewusstsein und Zukunftsgewissheit vermitteln sollte. In dem Ausmaß aber, in dem sich die politischen Verhältnisse verschlechterten und die Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in eine ferne, wenngleich auch als gesichert gedachte Zukunft projiziert wurde, gewann der subjektive Faktor Lebensform an Bedeutung. In ständiger Mobilisierung der von den Nebenorganisationen erfassten Massen wurde das Leitbild des ebenso gebildeten wie körperbewussten und starken Neuen Menschen propagiert. In ästhetisch verfeinerten Massenaufmärschen (wie den perfekt durchinszenierten jährlichen Maikundgebungen mit ihren nach Hunderttausenden zählenden Teilnehmern) und ästhetisch überhöhten Massenfestspielen (wie etwa anlässlich der Arbeiterolympiade 1931 oder des Maifestspiels 1932 im Wiener Stadion, *Abb. 79 und 80*) wurden revolutionärer Sozialismus und Disziplinierung, Stärke und Beschränkung,



Abb. 79: Wiener Stadion.



Abb. 80: Fahnenaufmarsch der Organisation Wien bei der Arbeiterolympiade 1931.

Drohung und Zähmung symbolisiert. Die Wiener Sozialdemokratie ist nicht zuletzt der von ihr selbst erzeugten Massensuggestion, dem Pathos des inszenierten Rituals erlegen.[72]

Zudem sollte nicht übersehen werden, dass wichtige Aspekte einer scheinbar autochthonen Arbeiterkultur im Roten Wien wenig mehr waren als Ausdruck einer sich international entwickelnden modernen Industriekultur oder auch weiterentwickelte und demokratisch gewendete reformbürgerliche Ansätze der Jahrhundertwende. Eines der zentralen Charakteristika dieses Experiments ist jedenfalls das spannungsgeladene Verhältnis zwischen den popular- und massenkulturellen Bedürfnissen der Basis und den hochkulturellen Bestrebungen einer großbürgerlichen, überwiegend jüdisch-assimilierten Führungsschicht. Diese Spannung, so wird argumentiert, sei auch im kulturellen Experiment des Roten Wien niemals aufgehoben worden und sei insofern für die Sozialdemokratie zu einem schwerwiegenden Problem geworden, als gerade die Verbindung von Kultur und Politik ein zentrales Moment ihrer Strategie dargestellt habe.[73]

In der Tat hat der Erfolg der kommunalen Reformpolitik die politischen Eliten der Sozialdemokratie ermutigt, das für die Arbeiterbewegung seit ihrer Konstitutionsphase so bedeutend gewordene Konzept der Bildung vermittels der neuen sozialen Institutionen der Kommune in großem Maßstab zu propagieren und umzusetzen. Es sollte eine Synthese von Politik mit Bildung und Kultur auf einer bisher nicht erreichten Ebene vollzogen werden. Allein, es gab hinlänglich Unsicherheiten darüber, welches Konzept, welcher Begriff von Kultur anzuwenden und zu realisieren, welche elitenkulturelle Tradition der Arbeiterschaft zu vermitteln war. Sollte es die Klassik, die Moderne, gar die Avantgarde sein, und auf welchen Geschmackskanon sollte man sich tatsächlich beziehen? Und wie war der offenkundige Widerspruch zu lösen, dass Politik und Habitus der Bourgeoisie offensiv bekämpft wurden, ihr kulturelles Erbe aber offensichtlich dazu angetan war, der industriellen Arbeiterschaft Perspektiven eines zivilisierteren und höher entwickelten Daseins zu öffnen?[74]

Die Antwort, die etwa ein David Josef Bach, Leiter der sozialdemokratischen Kunststelle, auf solche Problemstellungen zu geben bereit war, ließ weniges an Unklarheiten offen. Bach – 1874 in Lemberg geboren, wie der junge Victor Adler ein jüdisch-assimilierter deutscher Nationalist in der Tradition der bürgerlichen Revolution, enthusiastischer Schüler Ernst Machs und ein enger, lebenslanger Freund Arnold Schönbergs – plädierte nachdrücklich für den hochkulturellen Kanon, denn alle wahre Kunst sei in sich revolutionär und wirke revolutionär.[75] Für Bach und andere Kulturtheoretiker wie Luitpold Stern stellte die Aneignung solch »wahrer Kunst« durch die Arbeiterschaft Teil des kulturellen Ideals des Sozialismus dar. Was ihnen vorschwebte, war das klassische Erbe bis hinauf zu Schönberg und Webern; sie begriffen dieses Erbe keineswegs als elitär, denn Kunst, so wurde argumentiert, gehorche ihren eigenen, autonomen Gesetzen, und der wahrhaft große Künstler zeichne sich gerade dadurch aus, dass er sich über seine soziale Herkunftsklasse er-

hebe.[76] Wenn diese Absicht, den Arbeiterinnen und Arbeitern die beste und demnach revolutionärste Kunst näher zu bringen, jemals ansatzweise in die Praxis umgesetzt worden ist, dann im Bereich der »absoluten«, der »reinen« Musik. Auf Anregung Bachs wurden – erstmals 1905 unter der musikalischen Leitung Ferdinand Löwes, ab 1922 unter jener Anton Weberns (ein Konzert wurde auch von Wilhelm Furtwängler dirigiert) – im Großen Saal des Wiener Musikvereins »Arbeitersinfoniekonzerte« abgehalten. In ihren Programmen dominierte die Musik Beethovens, doch wurden vorzüglich auch Gustav Mahler oder Hugo Wolf sowie vereinzelt Werke der zeitgenössischen Moderne (etwa Schönberg, Berg, Julius Bittner, Hanns Eisler, Paul Hindemith, Erich W. Korngold, Paul A. Pisk, Kurt Weill u. a.) aufgeführt. Das letzte Arbeitersinfoniekonzert fand am 11. Februar 1934 statt und endete mit dem Solidaritätslied Hanns Eislers.[77]

Bach und die sozialistischen Kulturtheoretiker beschränkten ihre Konzeption von Kultur aber keineswegs auf eine bloße »Vermittlungsfunktion«, die eine potentiell revolutionäre soziale Klasse erst zum Bewusstsein ihrer selbst bringen und zur Gestaltung einer als ideal vorgestellten Zukunft befähigen sollte. Sie begriffen Kultur durchaus in einem umfassenderen Sinn, insofern als diese – hatte sie erst einmal Lebenswelt und Bewusstsein der Arbeiterschaft durchdrungen – ein zentrales Moment einer gesamtgesellschaftlichen Selbstbesinnung sein konnte und sein musste. Die zum ursächlichen Gut der künftig führenden sozialen und politischen Klasse gewordene Kulturtradition der deutschen Aufklärung (und zeitgenössischen Moderne) würde dieserart in ein Allgemeingut hegemonialen Charakters transformiert.

Instruktiv in diesem Zusammenhang sind die vom Musiktheoretiker Guido Adler initiierten, von Hugo Breitner und Robert Danneberg im Gemeinderat beantragten und von David Josef Bach organisierten »Meisteraufführungen Wiener Musik« vom 26. Mai bis 23. Juni 1920. Der »sterbenden Stadt« sollte mit dem Rückgriff auf ihre »stolzesten Überlieferungen« (Breitner), auf das kulturelle Kapital der Musik, in einer Situation des Mangels, des Hungers und der Krankheit die Möglichkeit einer affirmativen Identitätsfeststellung geboten werden. Bach verpflichtete unter anderen Richard Strauss, die Philharmoniker unter Felix Weingartner, Arbeiter- wie Kirchenchöre, gestaltete einen Hugo-Wolf-Abend im Festsaal des Alten Rathauses, brachte Schönbergs »Gurrelieder« ebenso zur Aufführung wie klassische und zeitgenössische Messen, organisierte ein Festival alter Musik. Der beachtliche finanzielle Gewinn der Veranstaltung wurde dem Reservefonds einer städtischen Erholungseinrichtung für tuberkulöse Kinder zugeführt.[78]

Im Gegensatz dazu wurde das als eine Art »Leistungsschau städtischer Kulturpflege« gedachte Nachfolgefestival »Musik- und Theaterfest der Stadt Wien« – eine mit Fanfaren vom Rathausturm eingeleitete und vom 14. September bis 19. Oktober 1924 abgehaltene Mammutveranstaltung – ein kommerzieller Misserfolg; nicht zuletzt auch deshalb, da im ersten Jahr der Währungsstabilisierung der Tourismus einen massiven Einbruch erlitt. Organisation und Programmplanung lagen erneut bei

Bach, der das Musikfest in Richtung Theater und Ausstellungen erweiterte und der Tradition wie Avantgarde, sakrale Musik ebenso wie die Zwölftöner, die Neue Kunst der Sowjetunion ebenso wie den Futurismus des faschistischen Italien, Ernst Fischer, Franz Werfel und Martina Wied ebenso wie Max Mell und Richard Kralik auf die Bühne brachte.[79] Doch Bachs Kunstverständnis konnte sich auch im Roten Wien nicht völlig durchsetzen: Die nächsten, aus den Mitteln der Breitner'schen Fremdenzimmerabgabe finanzierten Festivals – die erstmals unter der Bezeichnung »Festwochen« firmierenden Beethoven-Feiern 1927 und die Schubert-Feiern ein Jahr danach – wurden seiner Direktion entzogen, der Fremdenverkehrskommission (Messe AG) überantwortet und sollten vor allem im Wege vermehrter Operettenaufführungen ein breiteres Publikum ansprechen.[80]

Nun impliziert ein am elitären Kunstkanon festgemachter Kulturbegriff wie jener David Josef Bachs in der Tat häufig eine bewusste oder auch unbewusste Distanzierung von historisch gewachsenen »volkstümlichen« Subkulturen sowie Verständnislosigkeit oder Misstrauen gegenüber den sich eben erst rudimentär entwickelnden Formen kommerzieller Massenkultur. Demgemäß ist häufig von einer Unvereinbarkeit, einer nicht auflösbaren Dichotomie von elitären und popularen Kulturen ausgegangen worden, was allerdings gerade im Wiener Kontext in dieser Ausschließlichkeit jedenfalls nicht aufrecht zu halten ist. Der im englischen Exil lebende Regisseur Fred Zinnemann (»High Noon«) hat dies, in einem Brief an Billy Wilder zu dessen 85. Geburtstag, in einer Rückschau auf gemeinsame Wiener Jugendtage, geradezu exemplarisch auf den Punkt gebracht:

> *Wenn ich an Dich denke, was natürlich oft passiert, so seh' ich komischerweise ein paar von den Wiener Kinos von 1923/25 vor mir, wo ich immer hin gegangen bin, um mich vor den Römischen Rechtsvorlesungen zu verstecken: das Burg-Kino, Gartenbau und vor allem das »Revolver-Kino« (das Kreuz-Kino auf der Wollzeile). Ferner seh' ich die Fußballspiele – Admira gegen Simmering, Amateure (!) gegen WAC, Rapid gegen Hakoah – und die Krawalle nachher mit den Anhängern aus Ober St. Veit oder sonstwo. Außerdem sehe ich die Geister von Uridil, Fishera und Popivic* [sic]. *Dann gibt's noch das Kraxeln auf der Rax und am Klein-Glockner und die Mädchen vom Eislaufverein und noch dazu Furtwängler und Weingartner und Leo Slezak und Picaver* [sic] *und Selma Kurz. Schön war's!*[81]

Neben dem primär weiblich codierten Kino, das sich seit der Jahrhundertwende einer rasant und stetig steigenden Popularität erfreute, ist es das männlich dominierte Spektakel des Fußballsports, das die sozialdemokratischen Kulturtheoretiker zunehmend beschäftigte und verunsicherte. Einerseits fasziniert von dieser Sportart als einem kollektiven Kunstwerk und der ihm eigenen Spannungsbalance zwischen mannschaftlicher Konkurrenz und spielerischer Kooperation, sah man andererseits in ihm die Auswüchse »bürgerlicher« Profitgier, des Professionalismus und der Anhängerausschreitungen verkörpert.[82] Einzig und alleine im Falle von Rapid Wien, des Arbei-

terfußballklubs aus Hütteldorf, der die proletarischen Tugenden des bedingungslosen Einsatzes, der Aufopferung und des unbedingten Willens in einem paradigmatischen Kollektiv zu vereinigen schien, war man geneigt, den Professionalismus als wirtschaftliche Notwendigkeit zu akzeptieren. Der Vorstadtklub Rapid entzog sich im Übrigen allen Vereinnahmungsversuchen.[83]

Der »Papierene«

Fußball als Spiel und als Zuschauerereignis war bereits in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zu einem massenkulturellen Phänomen von eminenter gesellschaftlicher (und politischer) Bedeutung geworden, das über die enger gesteckten Grenzen des Paradigmas Sport hinausreichte und in dem sich die verschiedenen Facetten populärer Kultur in idealer Weise verdichteten. Es war Ausdruck einer zutiefst urbanen Kultur; lokal auf die ehemalige Habsburgerresidenz beschränkt, fanden die großen Wiener Klubs ihre Konkurrenten nicht in anderen österreichischen Städten, sondern in Berlin, Bologna, Prag und Budapest. Der »österreichische« Fußball entwickelte sich zunächst im Rahmen großstädtischen Selbstbewusstseins und mitteleuropäischer Internationalität, und es waren tschechische und vor allem ungarische »Legionäre«, die auf diese Entwicklung prägend Einfluss nehmen sollten. Etwa die drei Ungarn des von der Aura liberalen jüdischen Bürgertums umgebenen Amateur-Sportvereins (ab 1926 Wiener Austria): Spezi Schaffer, vazierender Vollblutprofi und ungekrönter kontinentaleuropäischer »Fußballkönig«, der brillante Techniker Kalman Konrad, im Nebenberuf Börsenspekulant, sowie dessen Bruder Jenő, der als Offizier und Kommunist an der Räteregierung Bela Kuns teilgenommen hatte und vor dem sich konstituierenden Horthy-Regime nach Wien geflüchtet war. Als die jüdisch-nationale Hakoah 1925 die erste Professionalmeisterschaft gewinnen konnte, gehörten ihrem Kader nicht weniger als sieben ungarische Internationale an, unter denen Bela Guttmann der wohl prominenteste war. Ihr schnelles, flaches, engmaschiges Kurzpass- und Kombinationsspiel, minutiös und mit großer Präzision in Szene gesetzt, sollte ein knappes Jahrzehnt später – weiterentwickelt von so herausragenden Spielerpersönlichkeiten wie dem legendenumwobenen »Papierenen«, Matthias Sindelar *(Abb. 81, S. 399)*, oder dem hochtalentierten, aber wenig disziplinierten Pepi Bican und verbunden mit Raffinesse, Eleganz, Witz und Leichtigkeit – als »Wiener Schule« international Furore machen.

Als Essenz und zugleich dialektische Auflösung der beiden Hauptstränge des Wiener Fußballs der Zwischenkriegszeit, jener eigentümlichen Durchmischung von vorstädtischen Lebenswelten und spezifischen Elementen der Bohème und der Kaffeehauskultur, war das so genannte »Wunderteam« eben ein explizit wienerisches Phänomen. Der einzige Grazer im Team, Tormann Rudi Hiden, war bereits mit 17 Jahren zum WAC gewechselt, unverzichtbare Mannschaftsstützen wie Sindelar, Sesta

(ursprünglich Szestak), Smistik oder Zischek entstammten dem Milieu der »Ziegelbehm«.[84]

Matthias Sindelar kam am 10. Februar 1903 in Kozlau bei Iglau als Sohn eines Maurers und einer Wäscherin zur Welt. Nach ihrer Übersiedlung bezog die Familie ein typisches Arbeiterquartier in der Favoritener Kreta (10, Quellenstraße 75). Der Vater fiel 1917 an der Isonzofront, und der »Motzl« wuchs als typisches Straßenkind auf. In den »Fetzenlaberlpartien« auf den Straßen Favoritens eignete er sich jene Fertigkeiten und jene Spielauffassung an, die sich durch technisches Raffinement, »Scheiberlspiel« und, notgedrungen, nahezu Körperlosigkeit auszeichneten, mit denen er in den 1930er-Jahren Weltgeltung erlangen sollte und für die er geradezu zum Synonym wurde. Der alltägliche Hunger der Nachkriegszeit und absoluter materieller Mangel hatten ihre Auswirkungen.

Die »Gassenbuam«, schwer disziplinierbar und der unmittelbaren Aufsicht der Eltern entzogen, verbrachten einen Großteil des Tages auf Straßen und »Gstätten« und wurden wegen ihres Herumstreunens und ihrer vorgeblichen oder tatsächlichen Verwahrlosung zu einem bevorzugten Objekt bürgerlich-liberaler und später sozialdemokratischer Reformpädagogik. Vorrangiges Ziel dieser fürsorgerischen Maßnahmen war es, die Kinder von der Straße wegzubringen, sie einer sozialen Aufsicht zu unterwerfen und in strukturierte, überschau- und kontrollierbare soziale Verbände einzugliedern, wobei vor allem an Horte, Tagesheimstätten und ähnliche Einrichtungen gedacht war; im schlechtesten Fall, und wenn es gar nicht anders ging, konnte dies auch ein Fußballverein sein.[85]

Im Fall Sindelars ist es die berühmte Jugendmannschaft der Favoritener Hertha, die seit langem die begabtesten Nachwuchsfußballer Wiens versammelte und ein unerschöpfliches Talentereservoir für die Großklubs bildete. 1924 schließt er sich dem Wiener Amateursportverein, der nachmaligen Austria, an. Nach Überwindung der Folgen einer unter den damaligen Umständen überaus risikoreichen Meniskusoperation reifte er zu einer spielgestaltenden Persönlichkeit heran und faszinierte in einem zunehmenden Ausmaß auch das intellektuelle, kulturelle, »geistige« Wien der Moderne. Alfred Polgar meinte über ihn:

> *Er spielte Fußball, wie ein Meister Schach spielt: Mit weiter gedanklicher Konzeption, Züge und Gegenzüge vorausberechnend, unter den Varianten stets die aussichtsreichste wählend, ein Fallensteller und Überrumpler ohnegleichen, unerschöpflich im Erfinden von Scheinangriffen, denen, nach der dem Gegner listig abgeluchsten Parade, erst der rechte und dann unwiderstehliche Angriff folgte. Er hatte sozusagen Geist in den Beinen, es fiel ihnen, im Laufen, eine Menge Überraschendes, Plötzliches ein und Sindelars Schuss aufs Tor traf wie eine glänzende Pointe, von der aus der meisterliche Aufbau der Geschichte, deren Krönung sie bildete, erst recht zu verstehen und zu würdigen war.*[86]

Es war Friedrich Torberg, der in Zusammenhang mit Sindelar immer wieder auf die enge Verzahnung zwischen Sport, Kaffeehaus und Theater hingewiesen hat. Einer

seiner theater- und fußballbesessenen Freunde habe ihm einmal gesagt, er gehe am Sonntag Nachmittag zum Mitropacupspiel Austria gegen Bologna, da es ihn interessiere, wie Sindelar diesmal die Rolle des Mittelstürmers auffassen werde. Damit, so Torberg, wollte keineswegs gesagt sein, dass Sindelar

> *... etwa für die Galerie gespielt hätte. Aber er verfügte über einen so unglaublichen Variations- und Einfallsreichtum, daß man tatsächlich niemals wissen konnte, welche Spielanlage von ihm zu erwarten war. Er hatte kein System, geschweige denn eine Schablone. Er hatte – man wird diesen Ausdruck gestatten müssen – Genie.*[87]



Abb. 81: Matthias Sindelar, Werbung für Fru-Fru.

Sindelar entwickelte das Fußballspiel zur Ballästhetik, zur hohen Kunst; er »interpretierte« das Spiel, ähnlich wie große Schauspieler ihre Rolle gestalten, er entwarf auf dem Rasen meisterhaft durchdachte, komplexe und in sich geschlossene Skizzen, Parabeln und Kurzgeschichten, ähnlich den Größen der Wiener Kaffeehausliteratur.

Das Wunderteam – dessen großer Star der Papierene *(Abb. 82, S. 400)* werden sollte und das von dem polyglotten Weltbürger Hugo Meisl gecoacht wurde – ist nicht zuletzt auch deswegen eine so typisch wienerische Erscheinung, als sein größter Triumph eine »ehrenvolle« Niederlage war. Man hatte Anfang Dezember 1932 als spielerisch bessere Mannschaft gegen das auf heimischem Boden als unschlagbar geltende englische Team nur knapp verloren und damit tatsächlich so etwas wie nationale Begeisterung auslösen können. Tausende lauschten auf dem Wiener Heldenplatz der Live-Radioübertragung aus London, für die überdimensionierte Lautsprecher aufgestellt worden waren, und der Finanzausschuss des Parlaments unterbrach für die Dauer der Übertragung seine Sitzung. In der Generaldebatte zum Budget versagte der Sprecher der Sozialdemokraten, Otto Bauer, der Regierung das Vertrauen, da Rintelen bei den Creditanstalts-Verhandlungen in London weitaus weniger ehrenvoll abgeschnitten hatte als die Fußballer in deren Metier.[88]

Nach der Weltmeisterschaft 1934 im faschistischen Italien – für die das Wiener Team als klarer Favorit gehandelt worden war, jedoch lediglich den vierten Platz



Abb. 82: Der »Papierene« in Aktion.

belegte – zog sich Sindelar zusehends zurück; mit der Austria gelang allerdings der zweimalige Gewinn des Mitropa-Cups. Ein einziges Mal noch ließ sich Sindelar nominieren und vermittelte, angesichts des totalen Debakels österreichischer Politik und Selbstbehauptung, eine wie immer vage Ahnung von Identität und Würde – eben auf seine Weise, mit den Mitteln des Fußballspielers. Am 3. April 1938 fand als letztes Spiel vor Vereinigung der beiden nationalen Fußballverbände ein Treffen der Auswahlmannschaften der »Ostmark« und des »Altreiches« im bis auf den letzten Platz ausverkauften und mit einem Meer von Hakenkreuzfahnen bestückten Wiener Stadion statt. Den Wienern war nicht direkt, aber dennoch unmissverständlich das Erzielen eines Torerfolges gegen die Deutschen untersagt worden. Der Papierene setzte in letzter Minute rot-weiß-rote Dressen für die Österreicher durch und gestaltete das Spiel zu einer einzigen Demütigung der Reichsdeutschen. Den ersten Treffer erzielte er selbst, für den zweiten zum Endstand von 2 : 0 sorgte Schasti Sesta mit einem »Jahrhundertgoal«.[89]

Etwas mehr als ein halbes Jahr darauf sollte Sindelar unter mysteriösen und vermutlich nicht mehr zu klärenden Umständen sterben. Gegen Mittag des 23. Jänner 1939 verbreitete sich in Wien wie ein Lauffeuer die Nachricht vom Ableben des knapp 36-jährigen Wiener Fußballkönigs Matthias Sindelar. Er war zu dem Zeitpunkt, da er in einer Wohnung in der Annagasse aufgefunden wurde, bereits an die zwölf Stunden tot. Neben ihm lag in tiefer Bewusstlosigkeit die vierzigjährige Wirtin der Gulaschhütte »Zum weißen Rößl« im selben Haus – die halbjüdische Italienerin katholischer Konfession Camilla Castagnola, mit der Sindelar seit zwei Wochen ein Verhältnis hatte. Sie verstarb einen Tag später, ohne noch einmal aus ihrer Bewusstlosigkeit zu erwachen.

Im Zusammentreffen solch spektakulärer Umstände gediehen die abenteuerlichsten Gerüchte, die ungewöhnlich rasch abgeschlossenen polizeilichen Untersuchungen gingen von einer Kohlenmonoxydvergiftung aus, die ein halbes Jahr von der Staatsanwaltschaft weitergeführten Untersuchungen in der »Strafsache Matthias Sindelar gegen unbekannte Täter« blieben erfolglos.[90]

Aber näher besehen sind die genaueren äußeren Umstände, unter denen der Papierene verschieden ist, ohnedies völlig irrelevant. Er, der von »jedem Wiener, der ihn gekannt hat, also von jedem Wiener«[91] verehrt, ja geliebt wurde, der das Fußballspiel zur Ballästhetik entwickelte, der wie kein Zweiter die hohe Wiener Fußballschule geprägt hat und mit ihr identifiziert wurde – er galt den Wienern schlicht als Genie, als »Genie im wahrsten und höchsten Sinn«.[92] Und Genies, zumal hierzulande, sind eben früh vollendet, sterben häufig in jungen Jahren und unter mysteriösen Umständen. Erst dieses Ableben vor der Zeit fördert jene Legenden- und Mythenbildung durch die Nachwelt, die sie in den Rang unsterblicher und unantastbarer Heroen emporhebt.

Bereits unmittelbar nach Sindelars Ableben setzen Legendenbildungen und Vereinnahmungsversuche ein. Von den Nazis wurde er taxfrei zum »bekanntesten Soldaten des Wiener Fußballsports« stilisiert und eine staatsbegräbnisähnliche Trauerfeier

inszeniert, an der an die 15.000 Menschen teilnahmen. Das Verhältnis Sindelars zum Faschismus war von tiefer und ehrlicher Abneigung, zugleich aber auch von bemerkenswerten Ambivalenzen geprägt. Zum einen hat er sich, der im jüdisch-liberalen Umfeld der Austria groß geworden war, insbesondere seinem Förderer und langjährigen Austria-Spitzenfunktionär, dem »Fußballdoktor« Emanuel »Michl« Schwarz, gegenüber in jeder Weise korrekt und anständig verhalten. Zum anderen war der stets auf die materielle Absicherung seiner Zukunft bedachte Fußballprofi seit August 1938 Cafétier in der Laxenburger Straße geworden. Es war ein arisierter Betrieb, wie so viele Tausende andere Wiener auch hatte Sindelar die Gunst der Stunde genutzt. Immerhin bezahlte er dem ihm gut bekannten jüdischen Vorbesitzer Leopold Simon Drill die dem tatsächlichen Wert der Liegenschaft ungefähr entsprechende Summe von RM 20.000,-, wobei RM 15.000,- notariell sofort hinterlegt wurden und der Rest in Halbjahresraten abgezahlt werden sollte. Auch jenes Mindestmaß an politischen Pflichtübungen, das zum Überleben notwendig schien, erfüllte er: Zur Eröffnung seines Cafés waren diverse Nazibonzen geladen, in Interviews äußerte er sich zur Zukunft des »ostmärkischen« Fußballs positiv, da die unterernährten Kinder nun endlich ausreichend zu essen bekämen. Das war's dann aber auch schon. Als seine Schwestern das Kaffeehaus nach seinem Tod weiterführen wollten, äußerte sich die Gauleitung der NSDAP Wien dahingehend, dass Sindelar als »sehr judenfreundlich« bekannt gewesen sei (Fußballklub Austria, Dr. Schwarz) und seine Angehörigen wohl nicht anders eingestellt sein würden. Die Führung des Kaffeehauses habe sich Sammlungen der Partei gegenüber »ziemlich ablehnend« verhalten, Parteiplakate seien sehr widerwillig oder überhaupt nicht angebracht worden.[93]

Aus dem Arisierungsakt geht denn auch hervor, dass das Café Annahof *(Abb. 83)* seinem Besitzer Drill bereits mit 1. Mai 1938 durch die Nationalsozialisten entzogen und einem kommissarischen Leiter unterstellt worden war. Sindelar war auch keineswegs Besitzer des Lokals geworden, er erhielt lediglich eine »Vorgenehmigung« zu dessen Führung »auf eigene Rechte und Gefahr«. Seine Mutter, die sich nach dem Ableben ihres Sohnes ebenfalls um das Café bemüht hatte, war als Anti-Nationalsozialistin und Nationaltschechin von »schlechtem Charakter« von vornherein nicht in Betracht gekommen.[94]

Wie auch immer, Sindelar galt weiten Teilen der jüdischen Gemeinde als Freiheitsheld. Die bereits ins Exil gedrängte Wiener Kaffeehausliteratur bezog sich auf Sindelar auf ihre ganz spezifische Weise und trug ihrerseits einen wesentlichen Teil zur Legendenbildung bei, indem sie zur Gewissheit machte, was die behördlichen Untersuchungen jedenfalls nicht ausschließen konnten. Friedrich Torberg ging in seiner berühmten und immer wieder zitierten »Ballade auf den Tod eines Fußballspielers« dezidiert vom Selbstmord des Mittelstürmers aus, der nicht mehr leben konnte in einer entfesselten Zeit, der neben dem Wiener Fußball so vieles andere zum Opfer fiel, in der es im Fußball, ganz wie im Leben, mit der Wiener Schule vorbei war. Und Alfred Polgar in einem bewegenden Nachruf:

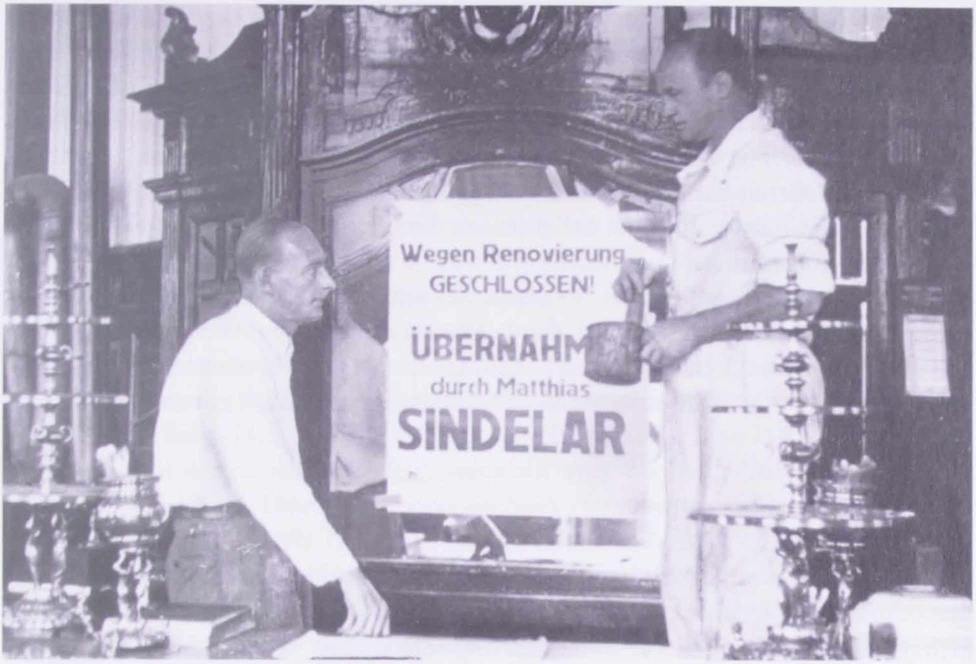


Abb. 83: Matthias Sindelar bei der Übernahme des Café Annahof, 1938.

Der brave Sindelar folgte der Stadt, deren Kind und Stolz er war, in den Tod. Er war so verwachsen mit ihr, daß er sterben mußte, als sie starb. Aus Treue zur Heimat – alles spricht dafür – hat er sich umgebracht; denn in der zertretenen, zerbrochenen, zerquälten Stadt leben und Fußballspielen, das hieß, Wien mit einem abscheulichen Gespenst von Wien betrügen. (...) Aber kann man so Fußballspielen? Und so leben, wenn ein Leben ohne Fußball keines ist?[95]

Die Versuche zur Vereinnahmung und zur Mythenbildung setzten also – von zwei diametral entgegengesetzten und unversöhnlichen Positionen aus – unmittelbar nach dem Tode Sindelars ein, wobei jene der Nazis zwangsläufig scheitern mussten. Sehr bald verboten sie die von Freunden und Bewunderern organisierten, anlässlich des Todestages alljährlich an seinem Grab abgehaltenen Trauerkundgebungen mit der Begründung, angesichts des massenhaften Sterbens im Felde seien solche Bekundungen »nicht zeitgemäß«.[96] Hingegen konnte die Version der Kaffeehausliteraten insofern geschichtsmächtig werden, als sie tatsächlich einen realen Kern aufwies und Sindelar als »Künstler« beschrieb, in dem die klassischen Wiener Tugenden der Leichtigkeit und Grazie, des Humors und der verschlampten Genialität ideal verschmolzen.

Und dennoch konkretisieren sich gerade in seiner Person eben auch die Symptome einer profunden Krise des Popularen und der Massenkultur, die sich erstmals in ganz

anderem situativen Kontext und in völlig anderer Dimension angekündigt hatten. Noch bevor die Krise der Ökonomie und des Sozialen, die sich zu der Krise einer ganzen Kultur auswachsen sollte, den gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso wie Codes und Normen der Zivilisation schrittweise zerfallen ließ, ist den Manifestationen des Popularen bereits so etwas wie eine konstitutive Ambivalenz zu eigen, können sie sich, je nach äußeren Umständen und inneren Dynamiken, in jeweils unterschiedliche Richtungen entwickeln. Noch in der Blütezeit des Neuen Wien waren die Symptome einer solch konstitutiven Ambivalenz mit einem Schlag in Form einer undisziplinierten, aktionistisch-politischen Massenaktion und deren gewaltsamer Niederschlagung virulent geworden. Für kurze Zeit hatten sie ein Potential von Anti-Zivilisation und unkontrollierten Leidenschaften freigesetzt, das sich als Vorschein auf kommende, zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend undenkbare Katastrophen erweisen sollte.

Der Tag des Feuers

An seinem Lebensende erinnert sich Elias Canetti in seinen Memoiren an einen Tag, der sein Lebenswerk, seine intellektuelle und politische Biographie entscheidend geprägt hat. Elias Canetti hat in diesem Tag retrospektiv zentrale Momente dessen identifiziert, was ein wesentliches Merkmal der Erinnerungslast des 20. Jahrhunderts überhaupt werden sollte. Es war der 15. Juli 1927 in Wien, ein Tag der Massenrevolte, ein Tag der Barrikaden, ein Tag des Feuers und ein Tag des Blutes. Es war, so Elias Canetti in seinen Lebenserinnerungen, eines jener seltenen öffentlichen Ereignisse, die eine ganze Stadt so ergreifen, dass sie danach nie mehr dieselbe ist. Eine einzige, ungeheuerliche Woge habe sich über die Stadt geschlagen und diese in sich aufgenommen; als sie verebbte, sei es kaum glaublich gewesen, dass die Stadt noch da war.[97] An diesem Tag – so der Chefredakteur des »Kleinen Blatts« und nachmalige Sekretär der Sozialistischen Internationale, Julius Braunthal – hätten sich in Wien Gräuel zugetragen, »wie sie noch keine Stadt des europäischen Kulturkreises erlebt« habe.[98] Es war ein Tag, an dessen Ende einige Demonstranten in der Bartensteingasse ihre Hände in Blutlachen tauchten und dieserart ein Wort an eine Hausmauer schmierten: »Rache«.[99] Es war ein Tag, an dem Demonstranten Privatautos anhielten und zu Sanitätswagen umfunktionierten; mit dem Blut Verwundeter wurden Rote Kreuze an die Wagentüren angebracht.[100] Es war, wie es ein Staatsanwalt in seiner Anklageschrift in einem der unzähligen »Juli–Prozesse« im Herbst dieses Jahres formulieren sollte, ein Tag von Tumulten und Exzessen, wie sie in »Ausdehnung, Dauer und Stärke in dieser Stadt kaum je erlebt worden sind«. Der Justizpalast sei einer »tobenden Menge« zum Opfer gefallen und durch »Brand und Plünderungen zu einer Ruine geworden«.[101] Der ehemalige Stabschef an der Isonzofront, General Theodor Körner, unterstellte der Polizeiaktion dieses Tages »beispiellose Kopflosigkeit und Planlosigkeit« und sprach von »Horden und Rudeln«, die auf Menschen regelrecht Jagd

gemacht hätten.[102] Für Karl Kraus war diese Polizeiaktion in der Tat ein Polizeikrieg, der »Triumph der sanierten Dreckseele und der unbesiegbaren Jämmerlichkeit«, die »Rache der geistigen Unterernährung«.[103] Das Rechtsgefühl und der Hunger, diese »Besitztümer der Armen in einer verlumpten Welt«, hätten andererseits die Demonstranten zu einer »Bekundung der Menschheitsehre« angeleitet.[104] In der dem 15. Juli gewidmeten Nummer der »Fackel« zitiert Kraus die »Frankfurter Zeitung«, für die der Aufruhr der »Ausbruch eines an sich edlen Gefühls, des Gefühls verletzten Rechtes, gewesen ist«.[105]

Mehr als fünfzig Jahre nach den Ereignissen, die er als junger Chemiestudent auf Seiten der Demonstranten miterlebt hatte, greift der promovierte Naturwissenschafter und Literaturnobelpreisträger Canetti auf die Metapher vom Bastille-Sturm zurück. Es sei dies das Nächste zu einer Revolution gewesen, was er jemals am eigenen Leib verspürt habe. Der 15. Juli – ein »ausgebreiteter Tag«, ein »Tag der Bewegung« – sei vielleicht der einschneidendste, jedenfalls aber der deutlichste Tag, dessen er sich entsinnen könne. Deutlich weniger im Sinn von sehen als vielmehr im Sinn von fühlen. Die Substanz dieses Tages könnte, wie Canetti nahe legt, zur Gänze in »Masse und Macht« – eines seiner Hauptwerke, an dem er drei Jahrzehnte lang arbeiten sollte – eingegangen sein. Jedenfalls habe er an diesem »hellerleuchteten, entsetzlichen« Tag das wahre Bild dessen gewonnen, »was als Masse unser Jahrhundert erfüllt«.[106]

Canetti erlebte hier, am konkreten Beispiel, eine in der retrospektiven Reflexion von Masse und Macht als »offen« klassifizierte Masse; eine Masse, die, entgegen dem landläufigen Verständnis, ganz offensichtlich weder zu ihrer Bildung noch zu ihrem Handeln eines oder mehrerer Führer bedurfte – wohl aber eines starken, konkreten, leitenden Symbols. Im Falle der Juli-Revolte war dies das Feuer: die Verbrennung der Redaktion der Reichspost und der größten Polizeiwachstube Wiens in der Lichtenfelsgasse, vor allem aber der brennende Justizpalast. Die Masse besteht, solange dieses Symbol existiert und auf sie durch sie wirkt. Die Masse sieht sich gleichsam im Feuer, das sie selbst entzündet hat; sie wird letztendlich selbst zum Feuer. Kaum entstanden, fürchtet die Masse ihren Zerfall. Sie muss daher alles daran setzen, den Fortbestand des von ihr geschaffenen und sie zugleich schaffenden Symbols unter allen Umständen zu sichern. Deshalb werden die Löschtrains der Feuerwehr am Durchkommen zu den Brandobjekten gehindert, deshalb werden die Wasserschläuche zerschnitten, deshalb ist die unter anderen Umständen anerkannte Autorität der politischen Eliten außer Kraft gesetzt. Die Behinderung der Löscharbeiten wird von der Polizei mit scharfen Salven beantwortet, was die Masse ihrerseits mit vieltausendstimmigen Pfuirufen quittiert – besonders unerbittlich, erinnert sich Canetti, sind die weiblichen Rufe. Darauf neuerliche Salven der Polizei, die die Masse sprengen, vertreiben, in die Flucht schlagen. Doch sogleich sammelt sie sich wieder, formiert sie sich erneut, dringt aus den Seitengassen ein weiteres Mal vor, mobilisiert, entfacht, angezogen vom Feuer des brennenden Justizpalastes. Die todbringenden Salven der Polizei haben die Masse nicht zerfallen lassen, sie haben sie vielmehr zusammengefügt.

Er sei, schreibt Canetti in seinen Lebenserinnerungen, zu einem Teil der Masse geworden, sei vollkommen in ihr aufgegangen und habe nicht den leisesten Widerstand dagegen verspürt, was die Masse unternahm, sei mit den anderen gerannt.

> *Ich spürte, daß ich mit ihnen rennen mußte. Ich wollte unter ein Haustor flüchten, konnte mich aber nicht von den Rennenden trennen. Ein sehr großer, starker Mensch, der neben mir lief, schlug sich mit der Faust auf die Brust und brüllte beim Rennen: »Da schießt's eine. Da! Da! Da!« Plötzlich war er weg. Umgefallen war er nicht. Wo war er? Das war vielleicht das Unheimlichste: daß man Leute sah und hörte in einer starken Geste, die alles andere verdrängte, und dann waren gerade diese wie vom Erdboden verschwunden. Alles gab nach und überall öffneten sich unsichtbare Löcher. Doch der Zusammenhang des Ganzen riß nicht ab: selbst wenn man sich plötzlich irgendwo allein fand, spürte man, wie es an einem riß und zerrte. Das kam daher, daß man überall etwas hörte, es war etwas Rhythmisches in der Luft, eine böse Musik. Musik kann man es nennen, man fühlte sich davon gehoben. Ich hatte nicht das Gefühl, daß ich mit eigenen Beinen ging. Man war wie in einem klingenden Wind.*[107]

Der Tag hatte seine Vorgeschichte. Am 30. Jänner 1927 hatten Mitglieder der rechtsradikalen, proungarischen Frontkämpfervereinigung im burgenländischen Schattendorf in einen Aufmarsch des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes hineingeschossen und den arbeitslosen Kriegsinvaliden Matthias Csmarits sowie den achtjährigen Josef Grössing getötet.[108] Ein Wiener Geschworenengericht sprach am 14. Juli die Angeklagten in allen Punkten, auch in der Eventualanklage der Notwehrüberschreitung, frei. Während die rechtskonservative, nicht nur wegen ihres offenen Antisemitismus berüchtigte Reichspost in Balkenlettern »Ein klares Urteil« feierte, schildert die Neue Freie Presse den Freispruch in bewegten Worten:

> *Das Auditorium blieb stumm. Niemand rührte sich. Keine Hand wird bewegt, kein unterdrückter Ausruf hörbar. Lastende Stille. Ist niemand da, der darüber erschrickt, daß zwei Leute, ein armer Knabe, ein bedauernswerter Kriegsinvalider tot gemacht wurden in Schattendorf und daß auch nicht eine geringe Strafe über die verhängt wurde, deren Schüsse sie getötet haben? Es ist niemand da. Die Verlesung geht weiter. Freispruch, Freispruch – Es ist niemand da. Man wünscht sich ein bißchen Disziplinlosigkeit. (…) Einen Protest wenigstens einer Minorität möchte man hören, einen Zweifel.*[109]

Am Tag nach der Urteilsverkündung sollte ein massenhafter Protest in Revolte umschlagen und ein fundamentaler Bruch der Disziplin vollzogen werden.

Die Freisprüche im Schattendorfer Prozess waren lediglich ein, wenngleich auch besonders spektakuläres Glied in einer langen Kette von skandalös anmutenden Gerichtsurteilen in ähnlich gelagerten Fällen. Von den Berufsrichtern oft einseitig belehrte und in ihrer sozialen oder politischen Zusammensetzung häufig manipulierte Geschworenengerichte hatten seit dem Mord an dem Betriebsrat Franz Birnecker (17. Februar 1923) immer wieder höchst umstrittene Urteile gefällt.[110]



Abb. 84: Demonstranten 15. Juli 1927: »Wir greifen zur Selbsthilfe«.

Mit den Freisprüchen im Schattendorfer Prozess wurde nunmehr allerdings eine Schwelle der Zumutbarkeit durchbrochen. Offensichtlich war die durch lange Jahre politisch geschulte Wiener Industriearbeiterschaft nicht länger bereit, jene letzte symbolische Demütigung widerspruchslos hinzunehmen. Vor dem Hintergrund der kommunalen Aufbauleistung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung betrachtete ein großer Teil der Wiener Arbeiterinnen und Arbeiter diese Stadt als im eigentlichen Sinne die ihre und war, in Fragen der politischen Macht überaus sensibel, nicht gewillt, offensichtliche und provokante Fehlurteile widerspruchslos hinzunehmen – auch dann nicht, wenn dieses Fehlurteil von einer zentralen republikanischen Errungenschaft wie der Geschworenengerichtsbarkeit ausging. In seinem berühmt gewordenen Leitartikel in der Morgenausgabe der Arbeiter-Zeitung vom 15. Juli 1927 sprach Chefredakteur Friedrich Austerlitz davon, dass es ein moralisches Existenzminimum gäbe, eine Grenze der Rechtlosigkeit, die nicht überschritten werden dürfe. Die Geschworenen bezeichnete er als »eidbrüchige Gesellen«.[111]

Noch in der Nacht hatte die Belegschaft der städtischen Elektrizitätswerke den Streikbeschluss gefasst und Vertrauensmänner in die Parteizentrale an die Rechte Wienzeile entsandt, ohne allerdings wie auch immer verpflichtende Direktiven zu erhalten. Am Morgen des 15. Juli wird dann um acht Uhr der Strom abgeschaltet, die Straßenbahnen stehen still – ein Signal, das seine Wirkung nicht verfehlt. Aus allen

Großbetrieben Wiens ziehen, in offenkundig völlig spontaner Reaktion, gewaltige Demonstrationszüge in Richtung Ringstraße. Die Vorstadt marschiert gegen das Zentrum, Streik auch in den kleineren und gewerblichen Betrieben. Von allen Seiten her brechen die Arbeiterbezirke gegen die Innere Stadt auf. Improvisierte Transparente »Protest gegen das Schandurteil« und »Wir greifen zur Selbsthilfe« *(Abb. 84, S. 407)* tauchen auf. Der erste größere Zwischenfall ereignet sich an der Universitätsrampe, von wo aus einige Theologiestudenten den aus der Mariannengasse kommenden Zug der Belegschaft der städtischen E-Werke provozierten. Sofort setzt ein Sturm auf die Universitätsrampe ein, die Studenten flüchten, die Tore der Universität werden geschlossen, Scheiben zertrümmert, die Demonstranten entwaffnen den Offizier der Sukkurs leistenden Polizeiwache.[112] Den Ordnern, die – entgegen der üblichen Demonstrationspraxis – nicht von der sozialdemokratischen Partei, sondern, als gleichsam selbstdisziplinierende Instanz, von den jeweiligen Betriebsorganisationen gestellt werden, gelingt es jedoch relativ rasch und unspektakulär, die beginnenden Ausschreitungen zu unterbinden.

Etwa zur selben Zeit, gegen 9 Uhr 30, riegelt die Polizei, die außer der ständig den Wachzimmern zugeteilten Belegschaft nur 67 Mann zusätzlich im Parlamentsviertel zusammengezogen hatte, beim Burgtheater die Ringstraße ab. Damit wollte man den durchaus geordneten und in seiner Mehrheit von Frauen gebildeten Demonstrationszug der Magistratsbeamten (der vom Rathaus um das Parlament herum in das Rathaus zurück geführt werden sollte) am Weitermarsch hindern. Gemeinderat Edmund Reismann an der Spitze der städtischen Beamten interveniert, teils zieht die Polizei den Kordon zurück, teils wird er durchbrochen. In diesem Moment beginnen die in aller Eile hinter dem Parlament in der Stärke von etwa 200 Mann zusammengezogenen Berittenen mit einer zügel- und rücksichtslosen Säbelattacke, die den Zug der städtischen Angestellten zur Gänze sprengt. Ununterbrochen wird in die Demonstranten hineingeritten, und als ihr Zug völlig aufgerieben ist, ziehen sich die Berittenen zurück, um auf der anderen, dem Palais Epstein zugewandten Seite des Parlaments eine Attacke gegen den eben aus Favoriten eintreffenden Zug der Belegschaft von Siemens und Halske zu reiten. Reismann wird später vor der vom Wiener Gemeinderat eingesetzten Untersuchungskommission über die außergewöhnliche Rücksichtslosigkeit der unerwarteten Polizeiangriffe aussagen; darüber, wie selbst auf dem Gehsteig Attacken gegen harmlose Passanten geführt wurden, wie selbst Frauen und Kinder nicht geschont wurden und welch ungeheure Empörung dies auslöste, wie sich die Erregung der Massen in ein Toben verwandelte, als gegen zehn Uhr vom Parlament und vom Schmerlingplatz her die ersten Schüsse von der Wache abgegeben wurden und die ersten schweren Verletzungen zu beklagen waren.[113] Ernst Fischer, seit den Morgenstunden als Reporter des sozialdemokratischen Mitteilungs-Blatts unterwegs, hat unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehenen in metaphorischer Verdichtung notiert, dass er den »Reiter des 15. Juli« wohl niemals vergessen werde:

Das Pferd geht durch, die Wut geht durch, der Reiter reißt den Säbel aus der Scheide, galoppiert in den Wirbel hinein: lieber ein Blutbad, als zeigen, daß man die Zügel nicht fest in der Hand hat, daß man nicht fest im Sattel sitzt, mitten in den Wirbel hinein. Er reitet hinein in das Fleisch und Blut, sein Säbel schneidet tief in die Stadt.[114]

Die Reiterattacken zeitigen fatale Konsequenzen. Zum einen werden die bislang funktionierenden Mechanismen der Selbstkontrolle in geschlossenen Demonstrationszügen zerschlagen, zum anderen greift ein immer größer werdender und permanent Zufluss erhaltender Teil der Demonstranten zur Selbstbewaffnung.[115] Sie gehen nun ihrerseits gegen die Polizei vor, decken diese, wo immer sie auftritt, mit Steinwürfen ein, sammeln sich, wenn sie zersprengt werden, immer wieder erneut an immer neuen Stellen, errichten Barrikaden aus Parkbänken und umgeworfenen Baugerüsten, attackieren mit den unterschiedlichsten, meist von Baustellen entwendeten Gegenständen die Pferde und deren Reiter. In ihrer drei Tage nach den Ereignissen veröffentlichten Zusammenschau der »Schreckenstage« spricht die Arbeiter-Zeitung davon, dass sich bereits zu diesem Zeitpunkt zweifelhafte Gestalten, skrupellose Burschen unter die Massen gemischt hätten, denen es um nichts anderes als um die Inszenierung eines Wirbels gegangen sei und die »die bis zur Sinnlosigkeit aufgestachelte Wut« für ihre Zwecke, für Racheakte ausgenützt hätten.[116] Immer häufiger gerät die in völlig ungenügender Zahl aufgebotene Polizei in ernste Bedrängnis, immer häufiger macht sie von der Schusswaffe Gebrauch. Der mittlerweile von der sozialdemokratischen Parteiführung in zu geringer Zahl und ungenügender Ausrüstung für Ordner- und Sanitätsdienste mobilisierte Republikanische Schutzbund gerät zunehmend zwischen die Fronten und steht weitgehend auf verlorenem Posten. Die Massenaktion des 15. Juli hatte begonnen, sich gemäß einer unerbittlichen, einer tödlichen Logik zu entwickeln.

Die Reiterattacken haben aber auch eine andere, für den weiteren Verlauf des Geschehens ebenso entscheidende wie desaströse Folge. Denn die Polizei greift nicht nur am Ring an, sie setzt ihre Aktionen in den Straßen zwischen Parlament und Rathaus und in der Folge auch in den großen radialen Ausfallstraßen fort. Sie räumt dieses Gebiet aber keinesfalls planmäßig, sondern jagt vielmehr die Demonstranten *(Abb. 85, S. 410)* wirr durcheinander und drängt dieserart immer größere Massen einerseits in die Parkanlagen am Schmerlingplatz vor dem Justizpalast und andererseits gegen das Rathaus zu, in die Bartenstein- und Lichtenfelsgasse.[117] Mit dem Justizpalast erwächst der Massenmanifestation ihr sinnfälliges, ihr mächtiges Symbol, in der Lichtenfelsgasse wird, im Zuge von handgreiflichen Auseinandersetzungen um verhaftete Demonstranten, die dortige Polizeiwachstube besetzt. Umso mehr als die Demonstranten permanent Zuzug aus den äußeren Bezirken bekommen, wird die Situation für die Wachmannschaft bald überaus bedrohlich; sie beginnt, mit Dienstpistolen auf die Menge zu feuern. Dies bringt die Erregung zum Siedepunkt. Die Wachstube wird gestürmt, Aktenbündel und Schriftstücke fliegen auf die Straße, Einrichtungsge-



Abb. 85: Fliehende Demonstranten, 15. Juli 1927.

genstände werden demoliert, in wenigen Minuten ist keine einzige Fensterscheibe des Wachzimmers mehr ganz. Kleidung, Schuhe, Uhren, Zigaretten und andere vorfindbare Habseligkeiten der mittlerweile über ein angrenzendes Stiegenhaus fliehenden Wachmannschaft werden geplündert, erbeutete Uniformen werden, Trophäen gleich, auf Straßenlaternen aufgehängt *(Abb. 86)*.[118]

Die Lichtenfelsgasse und die Bartensteingasse gleichen einem Kampffeld. Wilde Pfuirufe und Steinhagel begleiten die Auseinandersetzungen mit einer Polizei, die ihre Verstärkungen nicht in größeren Trupps, sondern stets nur in kleinen Gruppen heranführt, die mit ebensolcher Regelmäßigkeit niedergeschlagen und misshandelt werden.[119] Die vor der Wachstube aufgetürmten Aktenbündel und zertrümmerten Einrichtungsgegenstände werden in Brand gesetzt, schließlich die Wachstube selbst angezündet. Ein Teil der Demonstranten versperrt der Feuerwehr den Weg zur brennenden Wachstube, der erst nach wüsten Auseinandersetzungen mit den Ordnern des Schutzbundes frei gemacht werden kann; ein anderer Teil stürmt in Verfolgung der flüchtenden Wachleute das bereits bis zum ersten Stock brennende Haus sowie dessen Nebengebäude. Auch hier kommt es zu Plünderungen und Demolierungen, und einzelne Wachleute können sich nur in waghalsiger Flucht über Dächer



Abb. 86: Polizeiuniformen auf Gaskandelaber, 15. Juli 1927.

und Dachbodenabteilungen oder Hinterhöfe und Kellerräume in Sicherheit bringen – zum Teil in Zivilkleidung, die in aller Eile vom Schutzbund zur Verfügung gestellt worden war.[120]

In den Auseinandersetzungen um die Polizeiwachstube Lichtenfelsgasse kommt es zu den ersten Todesfällen unter den Demonstranten sowie zu teils schweren Verletzungsfällen in den Reihen der Polizei. Im Rathaus wird unter der Leitung des amtsführenden Stadtrats Julius Tandler und des Oberstadtphysikus ein Sanitätshilfsplatz eingerichtet, auf den Straßen um das Rathaus sind überall Blutspuren zu sehen, die sich oft hunderte Meter weit ziehen – »den Weg, den der Verletzte genommen hatte«.[121] Holz- und Metallstücke liegen überall herum, Fensterläden und Türrahmen, Firmenschilder und zerbrochenes Fensterglas. Auf vielen alten Gaskandelabern hängen Uniform und Uniformteile, ebenso zerbrochene Polizeisäbel. Gegen das Lokal des Zentralverbandes der Hausbesitzervereine richtet sich die Wut der Demonstranten; auch hier gehen alle Fensterscheiben in Brüche, zwischen Stadiongasse und Lichtenfelsgasse ist die Lastenstraße bald von tausenden Exemplaren der Hausbesitzerzeitung überschwemmt. Die Administrationsräume der im »Antisemitenhof« in der Josefsgasse (Wien 8) untergebrachten »Wiener Neuesten Nachrichten«[122] werden gestürmt, als sich eine kleine Sicherheitswacheabteilung dorthin geflüchtet hat. Das gleiche Bild auch hier: eingeschlagene Auslagenfenster, auf die Straße geworfene Schreibtische und Kästen, zerstörte, zerfetzte Schriftstücke und Manuskripte.[123]

Inzwischen haben die von den Reiterattacken in Richtung Schmerlingplatz und Justizpalast abgedrängten Demonstranten massenhaft Zuzug erhalten; um die Mittagszeit sind im Parlamentsviertel an die zweihunderttausend Menschen versammelt.[124] Und die Demonstration, der Aufruhr, sie haben plötzlich ihr eigentliches Ziel gefunden: den Justizpalast, Symbol des Unrechts, der Willkür, der Macht, nicht Sitz der Schuldigen, doch Symbol der Repression, der Klassenjustiz. Auf der Freitreppe vor dem Gebäude ein kleiner Polizeikordon, bislang unbeachtet, wird zum Angriffspunkt, zieht sich in das Gebäude zurück. Irgendwo fallen Schüsse, daraufhin ein Wurfgeschosshagel gegen den Justizpalast, beantwortet mit Pistolenschüssen der nunmehr im Gebäude verschanzten Wache.

> *Wir alle wünschen, daß es geschehe, doch alle warten auf den Vollstrecker, auf das Feuer in seiner Hand, auf die Tat. Und wieder gellen Schüsse. Die Adern der Masse platzen. Die Aktion ist da.*[125]

Es sind – und darin sind sich alle zeitgenössischen, welch ideologischen und parteipolitischen Ausrichtungen auch immer zugehörigen Beobachter und Zeugen einig – keineswegs junge Revolutionäre, die nunmehr, wie Ernst Fischer berichtet, aus der Masse auftauchen, auf ihre Schultern gehoben, von ihren Händen gehalten, in den Justizpalast eindringen und ihn schließlich in Brand setzen *(Abb. 87)*. Es sind vielmehr »makabere Gestalten«. Hager, die Mütze tief ins Gesicht gezogen, mit großer schiefer Nase, wäre er diesem Typus, so Fischer, unter normalen Umständen nur ungern



Abb. 87: Innenansicht des devastierten Justizpalastes, 15. Juli 1927.

begegnet. In diesem Augenblick empfindet er ihn jedoch als die »von uns allen gezeugte und geborene Tat«.[126]

Zunächst dringen Jugendliche durch mehrere eingeschlagene Parterrefenster in das Gebäude ein und werfen im Haus aufgefundene Kaiser- und Habsburgerporträts auf die Straße. Es folgen Akten in großer Zahl sowie Büromobiliar, einige Schritte vom Gebäude entfernt zu einem riesigen Scheiterhaufen aufgetürmt. Analog zu den Vorgängen in der Lichtenfelsgasse wird zuerst der Scheiterhaufen, dann das Gebäude selbst angezündet; und wie in der Lichtenfelsgasse verhindern die Massen auch hier den Zuzug der Feuerwehr zum brennenden Gebäude, zerschneiden sie die Wasserschläuche.[127] Sie versagen den auf den Löschtrains stehenden und leidenschaftlich argumentierenden sozialdemokratischen Spitzenfunktionären (darunter der Wiener Bürgermeister Karl Seitz sowie der Leiter des Schutzbundes Julius Deutsch) die Gefolgschaft.

Zur Rettung der im brennenden Justizpalast befindlichen Personen sowie der eingeschlossenen Polizeimannschaft wird nun General Körner mit einer kleinen Schutzbundeinheit mobilisiert. Er sei, wie er später aussagte, im Haus auf eine ziemlich chaotische Situation getroffen. Im Vestibül habe es bereits gebrannt, überall umgeworfene Kästen, Aktenbestände, Papier. Einzelne, Frauen wie Männer, seien nach allen Richtungen durcheinander gerannt und neben Ordnern, Beamten, Zivilpersonen hätten sich auch Lumpen, Brandstifter und Plünderer im Hause befunden. Die Menge vor dem Gebäude sei wahnsinnig aufgeregt gewesen und hätte wieder und wieder gerufen, dass die Polizei aus dem Justizpalast geschossen und Männer und Frauen getötet habe.[128] Körner organisiert mit seinen Ordnern die Evakuierung zuerst der Zivilisten und dann der Polizei in sprichwörtlich letzter Minute, denn zu diesem Zeitpunkt haben die Flammen bereits auf das gesamte Gebäude übergegriffen. Um die Wachmannschaft durch die tobende Menge zu bringen, haben die Schutzbündler ihre Uniformen abgelegt und der Polizei zur Verfügung gestellt, teilweise werden auch Verwundetentransporte fingiert; wo Polizisten dennoch als solche erkannt werden, kommt es zu teils schweren Übergriffen.

Zur gleichen Zeit ziehen etwa zweitausend meist jugendliche Demonstranten in die Strozzigasse (Wien 8) zum christlichen Verlagshaus Herold, Redaktionsgebäude der »Reichspost«. Erneut das bereits bekannte Bild: Steinbombardements gegen die Fensterscheiben, Demolierung der Redaktionsräume, Plünderung der Wohnung des Chefredakteurs, Brandlegung im Erdgeschoss.[129] Zeitungsexemplare und schriftliche Unterlagen werden bündelweise aus den Fenstern geworfen, ein Einschreiten der Feuerwehr wird gewaltsam unterbunden, ebenso eine wirksame Aktion der Schutzbund-Ordner:

In der Strozzigasse angelangt, wurden wir von den dort angesammelten Leuten beschimpft, mit Steinen beworfen und auch mit Holzlatten angegriffen, die sich die Leute von einem zerbrochenen Wagen geholt hatten. Ich sah mich gezwungen mit der Polizei zurückzugehen, da ein Vordringen bis zum Gebäude der Reichspost unter diesen Umständen ausgeschlossen war.[130]

Gegen Mittag wird der Polizeieinsatz in seiner bisherigen Form abgebrochen und die Wache zunächst zurückgezogen; die Demonstranten haben die Herrschaft über die Straße errungen. Zwischen dreizehn und vierzehn Uhr kommt es zu einer merklichen Entspannung der Situation und zu einer Beruhigung der Massen.[131] Zugleich lässt der Präsident der Bundespolizei Schober – Bürgermeister Seitz hatte die Beiziehung von Militärassistenz abgelehnt – an die 600 mit Bundesheer-Karabinern ausgerüstete Wachleute in drei Kolonnen im Parlamentsviertel aufmarschieren. Die Polizeieinheiten bestehen in ihrer Mehrzahl aus eben erst aus dem agrarisch-kleinstädtischen Umfeld der Bundeshauptstadt rekrutierten, in Ausbildung befindlichen Schulmannschaften.[132] Ohne jegliche militärische Vorkenntnisse, verängstigt, konfus und überfordert, beginnen sie ab dem Moment, da es dem Schutzbund gerade gelungen war, einen ersten Löschzug zum Justizpalast durchzubringen, mit einem dreistündigen regelrechten Massaker.[133] Die in Schwarmlinie vorgehenden Schulmannschaften feuern Salve um Salve gegen die Demonstranten, teils blind, teils über die Köpfe hinweg, teils gezielt: schreiende Massen in wilder Panik und regelloser Flucht, förmliche Treibjagden, Polizeiabteilungen, die aus nächster Nähe in die flüchtende, wehrlose, waffenlose Menge feuern. Kaum vertrieben, sammeln sich die nunmehr tobenden Massen sofort wieder bei der nächsten Kreuzung, hinter dem nächsten Haus, versuchen ihrerseits Angriffe. Das brutale Vorgehen der Polizei steigert sich zur Bestialität. Unterschiedslos wird auf Verwundete, Frauen, Kinder, auf Sanitätsmannschaften geschossen. Geller verursachen ebenso wie die verwendete, in ihrer Wirkung Dumdum-Geschossen ähnliche Scheibenschussmunition grauenhafte Verletzungen, ununterbrochen werden Verwundete, Sterbende von Sanitätsmannschaften abtransportiert. Im Rathaus, in den Räumlichkeiten des sozialdemokratischen Parlamentsklubs, im Gebäude des Stadtschulrates, im Café Reichsrat sind vom Schutzbund und der Rettungsgesellschaft Ambulanzen improvisiert worden. Der Chefarzt der Rettungsgesellschaft schildert in der Neuen Freien Presse die Situation:

> *Wir wollen in die Lichtenfelsgasse gelangen, geraten aber zwischen Justizpalast und Parlament ins Handgemenge. Ohrenbetäubendes Gebrüll, Pfuirufe, Beschimpfungen, Bretter und Latten wirbeln durch die Luft. Man sieht Frauen blutüberströmt zusammenbrechen. Über die Verwundeten, die zu Boden stürzen, rast die Menge hinweg. (…) Die Straße bietet ein furchtbares Bild. Fortwährend werden Verwundete ins Parlament getragen, bald reichen die Bahren aber nicht mehr aus und Schwerverletzte und Sterbende werden von der Sanitätsmannschaft des Republikanischen Schutzbundes ins Parlament getragen. (…) Der Hof des Parlaments gleicht einem Schlachtfelde. Dreizehn Leichen mit Kopf- und Bauchschüssen werden nebeneinander gebettet. Eine hübsche, junge Frau in eleganter Kleidung sieht wie schlafend aus, aus ihrer Schießwunde sickert noch das Blut.*[134]

Elias Canetti, als Demonstrant unmittelbar in die Geschehnisse involviert, lässt in seinen Erinnerungen ein ganz ähnlich gelagertes Bild des Grauens entstehen.

Ein Stoßen im Kopf. Es mag Zufall gewesen sein, daß ich keine Angriffe auf Polizisten selbst sah. Wohl aber erlebte ich, wie auf die Menge geschossen wurde und Leute fielen. Die Schüsse waren wie Peitschen. Das Rennen der Menschen, in Seitengassen, und wie sie dann gleich wieder erscheinen und sich wieder zu Massen formieren. Ich sah Leute fallen und Tote am Boden liegen, war aber nicht in ihrer nächsten Nähe. Furchtbare Scheu besonders vor diesen Toten. Ich näherte mich ihnen, aber ich mied sie, sobald ich näher gekommen war. In meiner Erregung war mir, als ob sie sich vergrößerten. Bis der Schutzbund kam, der sie vom Boden hob, war gewöhnlich leerer Raum um sie, als erwarte man, daß gerade hier wieder Schüsse einschlagen würden.[135]

Tatsächlich war zwischen siebzehn und achtzehn Uhr das Parlamentsviertel weitgehend geräumt, und Bundesheereinheiten übernahmen die Sicherung der Gebäude. Die Auseinandersetzungen verlagerten sich in die durch die inneren Vorstädte führenden großen Radialstraßen und das Gürtelgebiet; wobei die Polizei, teils aus offenen Wägen heraus, auf alles schoss, was auch nur ansatzweise als Ansammlung oder Demonstration gedeutet werden konnte. Gegen Mitternacht kam es beim Stadtbahnviadukt Lerchenfelder Straße/Thaliastraße sowie am Neubaugürtel zu den letzten Schießereien dieses Tages.[136]

Ein Tag, der für Elias Canetti aus »unzähligen Details« bestand und doch zugleich mehr war als das, nämlich das immer vernehmbare Brausen einer letztlich nicht darstell- und fassbaren Woge, die jede dieser Einzelheiten und jedes dieser Details an die Oberfläche spülte.[137] Einige davon wurden zu klassischen Sujets der Geschichte von Aufruhr und Revolte im 20. Jahrhundert: das Kind, das von den Schultern des Vaters geschossen wird; das Abschießen eines fünfzehnjährigen Lehrlings, der aus Neugier ein Baugerüst erstiegen hatte; die womöglich bewusst in Kauf genommene Tötung einer Schwangeren. Karl Kraus hat diese und ähnliche Vorfälle in der »Fackel« unter dem Titel »Der Hort der Republik« penibel recherchiert, dokumentiert und zusammengestellt.[138] Für Kraus ist dabei der Aspekt der Auflehnung, der Rebellion der Provinz gegen die Großstadt (»Kräfte … zum Scheibenschießen auf Stadtleute entfesselt«) von zentraler Bedeutung. Für Canetti ist es gerade die Fülle der Details und oft nachgerade unglaublichen Gegebenheiten, die trotz ihrer scheinbaren Unordnung, ihres vorgeblich zusammenhanglosen chaotischen Nebeneinanders die eigentliche Substanz der Massenaktion dieser Tage erschließen; auch und gerade unter dem Einfluss einer Polizeiaktion von beispielloser Brutalität:

… aber wo immer man sich unter der Einwirkung von Salven fand, scheinbar geflüchtet war – der je nach der Lokalität offenbare oder geheime Zusammenhang mit den anderen blieb wirksam, auf Umwegen, da es schließlich nicht anders möglich war, zog es einen in den Herrschaftsbereich des Feuers zurück.[139]

Eine Szene ist es vor allem, in der sich dieser gesamte Tag zu verdichten scheint, in der seine unterschiedlichen Komponenten zusammengeführt werden und ineinander

fließen: Als die Polizei die Straßen vor dem Rathaus in Richtung Bellaria säubert und dabei blindlings in die Menge hineinschießt, springt ein junger Demonstrant Ecke Stadiongasse/Bartensteingasse auf einen Steinhaufen, wirft seine Kappe weg, öffnet seinen Rock und schreit der anstürmenden Wache entgegen, sie möge, wenn sie die Courage dazu habe, doch schießen. Das Unfassbare geschieht:

Sofort werden auf diesen Mann von der Postenkette 6 bis 8 Schüsse abgegeben und er stürzt lautlos auf dem Steinhaufen nieder.[140]

Ähnliche Vorfälle ereignen sich in größerer Zahl und fügen sich zu einem Panorama des Schreckens. Einem Schutzbund-Ordner, der seinen Dienst beim Justizpalast versieht, gelingt es, einen von Demonstranten lebensgefährlich bedrängten Polizisten zu befreien und ihn einem in der Nähe befindlichen Wachekordon zu übergeben. Als der Ordner zum Justizpalast zurück will, wird er von einem Wachmann aus der Schwarmlinie in den Rücken geschossen und erliegt zwei Tage später seinen Verletzungen.[141] Als ein Schwerverletzter in die Ambulanz im Stadtschulratsgebäude eingeliefert wird, stellt sich eine Frau, die im Krieg Pflegedienst versehen hatte, spontan als Sanitäterin zur Verfügung. In diesem Moment beginnt eine vom Schwarzenbergplatz heraufziehende Wachmannschaft ohne erkenntlichen Grund mit einer Schießerei und nimmt trotz der Zurufe und Warnungen des Sanitätspersonals auch die Station unter Beschuss. Die Pflegerin wird, als sie sich über einen Verwundeten beugt, von einer Kugel getroffen, die ihr den Hinterkopf zerfetzt. Ihr Mann, von dem sie in der durch die Schießerei ausgelösten allgemeinen Panik getrennt worden war, findet sie am nächsten Tag unter den Toten im Allgemeinen Krankenhaus.[142]

Geradezu ungeheuerliche Empörung aber sollte die Meldung auslösen, dass die Polizei in das Rathaus, in dem ein Lazarettplatz eingerichtet war, hineingeschossen hatte. Sobald die Räumung des Viertels mittels scharfer Salven begonnen hatte, war das dem Friedrich-Schmidt-Platz zu gelegene eiserne Gittertor des Rathauses geöffnet worden, um die Verletzten, aber auch eine möglichst große Anzahl von Flüchtenden aufnehmen zu können. Foyer und Kleiner Innerer Hof sind schnell bis auf den letzten Platz gefüllt, das Gittertor wird erneut geschlossen. Eine kleinere Einheit von fünf bis sechs Wachleuten nimmt schussbereit vor dem Tor Aufstellung und wird mit ohrenbetäubendem Johlen, mit Pfui- und Angstrufen empfangen. Die Polizei antwortet mit mehreren Salven, teils hoch über die Köpfe, teils in gefährlicher Höhe. Eine Augenzeugin, die das Rathaus erst nach dem Schließen der Gittertore erreichte, berichtet:

Ich sprang sofort hinter eine Steinsäule am Eck der Wachstube und habe gesehen, daß die Wache in den Rathaushof hineinschoß, wo viele Verletzte und auch Tote lagen. Dort entstand großer Tumult. Ich habe da auch gesehen, daß manche von den Wachleuten in die Luft geschossen haben, aber andere haben direkt auf Menschen gezielt; ich habe in meinem Leben so etwas noch nicht gesehen. Ich bekam einen Schüttelfrost und einen Weinkrampf und konnte mich nicht mehr auf den Füßen halten.[143]

Solche und eine Vielzahl ähnlicher Momentaufnahmen und Episoden komprimieren die Ereignisse des 15. Juli und der beiden folgenden Tage zu einem Bild, zu einer Empfindung von außergewöhnlicher Klarheit und Schärfe. Zugleich verzerren sie, denn sie legen nahe, dass es der Einsatz der bewaffneten Ordnungsmacht war, der Form, Verlauf, Richtung und Dynamik des Massenprotests, des Aufruhrs ursächlich bestimmt habe. Dabei wird aber ein zentrales Moment übersehen. Parallel zur spontanen Massenaktion und in teilweiser Überschneidung mit ihr erhoben sich die Ausgegrenzten, die Marginalisierten, die sozial Verelendeten der Vorstädte in zwei langen Tagen und Nächten der Anarchie. Sie brachten ihre spezifischen Protest- und Aktionsformen, ihre Handlungslogik, ihre Überlebens- und Gewalttechniken in die Massenaktion ein, als die traditionellen Herrschaftsmechanismen und Autoritäten außer Kraft gesetzt schienen. Schießereien, Überfälle auf Polizeiwachstuben, Plünderungen, gewaltsame Requirierungen von Privatautos und ähnliche Akte zivilen Ungehorsams markierten den sozialen Ausnahmezustand:

> *Wildwestromantik ist in verrückte Gehirne gefahren. In Scharen streifen die Burschen durch die Stadt, halten Autos auf, brechen in Waffenläden ein, fallen Wachleute an, und inszenieren Stürme auf Wachstuben. In Mariahilf flackert es auf, in Favoriten, in Ottakring, in Hernals. Die Jugend, die den Krieg und seine Schrecken nicht aus eigener Erfahrung kennt, ist der Kriegsfurie verfallen. Pubertäts-Tatendrang, Kinoerinnerung treibt sie vorwärts.*[144]

Am späten Nachmittag des 15. Juli kommt es zu Versuchen der Selbstbewaffnung: Durch die Polizeiaktion aus dem zentralen Demonstrationsgebiet abgedrängt, überfallen meist jugendliche Exzedenten die Waffenhandlung Barth in der unteren Neustiftgasse (Wien 7). Sie erbeuten das gesamte Warenlager und die dazugehörigen Munitionsdepots. Waffen, zu deren Gebrauch keine geeignete Munition aufzufinden ist, werden auf die Straße geworfen und dort vollständig zertrümmert.[145] Nach zwanzig Uhr wird die Waffenhandlung Forgatsch in der Mariahilfer Straße 98 geplündert, allerdings war hier ein größerer Teil der Lagerbestände von den Besitzern bereits weggeschafft worden.[146] In der Mariahilfer Straße, in der Gegend um den Westbahnhof, am Neubau- und Lerchenfelder Gürtel kommt es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Schießereien mit der Polizei. Gegen zweiundzwanzig Uhr beginnt dann ein Sturm vorwiegend jugendlicher Demonstranten »beiderlei Geschlechts« gegen die Wachstube in der Hernalser Hauptstraße 158 (Wien 17). Unter Rufen wie »Arbeitermörder«, »Schobergardisten«, »Mistelbacher« und dergleichen geht ein Steinbombardement auf das Wachzimmer nieder. Es wird geplündert, die Einrichtungsgegenstände werden auf die Straßen geworfen und angezündet. Den sozialdemokratischen Vertrauensleuten des Privathauses, in dem die Wachstube untergebracht ist, gelingt es unter erheblichen Mühen, die Jugendlichen davon abzuhalten, das Haus selbst in Brand zu stecken.[147]

Etwa zur gleichen Zeit ist das Sicherheitswachzimmer Waldgasse in Favoriten durch eine große Anzahl von Demonstranten massiv gefährdet.[148] Da es bereits den

ganzen Abend bezirksweit zu Demonstrationen gekommen war, in deren Verlauf die Erstürmung verschiedener Sicherheitswachzimmer gefordert wurde, dirigierte die Polizeidirektion Verstärkung nach Favoriten. Gegen dreiundzwanzig Uhr gerät eine dieser Abteilungen beim Passieren des Südbahn-Viadukts unter Beschuss, zwei Sicherheitswachebeamte sind auf der Stelle tot.

Bis in die Morgenstunden kommt es vor allem in den westlichen Arbeitervorstädten zu Zwischenfällen, deren spektakulärster die gegen halb drei Uhr früh versuchte und im letzten Moment durch ein großes Polizeiaufgebot verhinderte Inbrandsetzung der Wachstube Rosensteingasse in Hernals ist. Dieses Polizeiwachzimmer steht auch im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen des nächsten Tages. Bis fünfzehn Uhr hatte sich hier und in den Nebengassen eine bedeutende Menschenmenge versammelt. Immer wieder wurden Versuche unternommen, gegen das Wachzimmer vorzugehen, dramatische Schießereien entwickeln sich und erstmals werden die Demonstranten aus den umliegenden Wohnhäusern, von denen aus anrückende Sicherheitswacheverstärkungen unter Beschuss genommen werden, unterstützt.

Schon seit den Vormittagsstunden hatten, wie es die Arbeiter-Zeitung bezeichnet, »jugendliche Kommunisten« und »anderes Gesindel« die äußeren Gebiete von Hernals »terrorisiert«, waren in kleinen Gruppen durch die Straßen gezogen und hatten versucht, mittels inszenierter Wirbel ihr ureigenstes Territorium, jenes der Straße, zu besetzen. Oftmals von der Polizei zerstreut, ebenso schnell wieder gesammelt, hatten sie sich schließlich zu einem Angriff auf den in den Kinderfreundebaracken untergebrachten Hernalser Schutzbund zusammengefunden, der sich seinerseits, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, in das sozialdemokratische Parteilokal in der Rötzergasse zurückzog.[149] Von den Kinderfreundebaracken in der Hernalser Hauptstraße ziehen die jugendlichen Tumultuanten nunmehr Richtung Rosensteingasse, errichten zwischen ihr und dem Viadukt der Vorortelinie Barrikaden aus Eisenschienen und Gartenbänken, von denen aus sie immer wieder Angriffe gegen die Polizei unternehmen. Diese wiederum durchstreift die Straßen mit so genannten »Gesellschaftswagen«, die an beiden Seiten mit Scharfschützen besetzt sind.[150] Die bewaffneten Auseinandersetzungen um die Wachstube Rosensteingasse haben unter den Demonstranten weitere Todesopfer zur Folge, auf Seite der Polizei wird ein Beamter der Bahngendarmerie getötet.

Im Bereich des Polizeikommissariats Schmelz sind es die Polizeiwachzimmer Draskovichgasse und Wilhelminenstraße, die an diesem 16. Juli heftig umfehdet sind. Gegen Abend versuchen dann vorwiegend kommunistische Demonstranten, das sozialdemokratische Parteisekretariat in der Missindorfstraße zu plündern, da sie dort ein Waffendepot des Schutzbundes vermuten. Nach dem Scheitern dieses Unterfangens wenden sie sich gegen die Polizeiwohnhäuser in der Gablenzgasse/Possingergasse, werden aber »unter großer Aufregung des gesamten Bezirksteiles« von einem massiven Polizeiaufgebot über die Schmelz nach Penzing zurückgetrieben.[151] Auch hier verwendet die Polizei zur Räumung der Straßen mit Scharfschützen besetzte Mann-

schaftsautos, aus denen Salven gegen vermeintliche oder tatsächliche Demonstranten abgegeben werden. Einer solchen Aktion erliegt ein völlig unbeteiligter Zuckerbäckerlehrling, der versucht hatte, sich vor einem dieser Autos in ein Wartehäuschen auf der Hütteldorfer Straße zu retten.[152]

Der 17. Juli, ein Sonntag, ist, abgesehen von ein paar kleineren Handgemengen in den Vorstädten, beinahe gespenstisch ruhig.

Dies, so die Neue Freie Presse in einem Resümee über die Tage der Anarchie, sei nicht Wien gewesen, ein »Fiebertraum« vielmehr, ein »böser Rausch«, gesteigert zur »vollsten Anarchie«, in »Akte des blindesten Vandalismus« und den »Amoklauf der besinnungslos gewordenen Straße«. Nicht der Brand des Justizpalastes, der Wachstuben, der Redaktion der Reichspost sei das eigentlich Erschreckende, sondern das Feuer, das »rohe Instinkte« entzündete, an den »Hemmungen des Verstandes emporleuchtete«, die »Tünche der Kultur« einschmolz und »jene Urtriebe bloßlegte, aus denen die Bestie Mensch emporstieg«.[153] Der Feuilletonist der Zeitung, Philipp Winter, stellt die rhetorische Frage:

> *Blut und Feuer, Feuer und Blut, das ist das Um und Auf. Rowdies toben in den Straßen. Aber sie finden daneben immer noch Zeit, zu plündern, sich zu bereichern, den Menschen, die verwundet oder tot zu Boden sinken, mit raschen Griffen noch die Brieftasche zu entreißen. Kann der Mensch noch mehr Bestie werden?*[154]

Die Reichspost hingegen setzt in ihrer Berichterstattung sehr bewusst auf eine Reihe wohl bekannter, auch in anderen Kontexten von ihr immer wieder bemühter antisemitischer Klischees. Am 19. Juli weiß sie zu berichten, wer die eigentlichen Drahtzieher des Anschlags auf ihr Redaktionsgebäude gewesen seien: jüdische Intellektuelle und vorstädtisches Lumpenproletariat, kurz, die bekannt brisante »bolschewistische Mischung«. An der Spitze des Brandkommandos sei ein »elegant gekleideter jüdischer Intellektueller« gestanden, der auch die Befehle ausgegeben habe. Die Gesellschaft des Führers habe aber nicht etwa aus Arbeitern bestanden, sondern aus Leuten, die »schon durch ihr Äußeres verrieten, daß sie aus den dunkelsten Elementen der Großstadt stammten«.[155] Zwei Tage später wusste die Zeitung von einer von zentraler Stelle ausgehenden Leitung und Lenkung der Demonstration zu berichten. Burschen im Alter von fünfzehn oder sechzehn Jahren und von »typisch jüdischem Aussehen« hätten bei den zahlreichen Sprechautomaten Telefondienst versehen und die Menge über die jeweiligen Entwicklungen unterrichtet.[156] Im Gegensatz zu den hier bemühten und in der Tradition eines rassischen Antisemitismus wurzelnden Sujets vom bolschewistischen, intellektuellen Juden und von jüdischen Verschwörern, die zur Realisierung ihrer verbrecherischen Ziele die modernsten technischen Mittel ebenso wie Minderjährige einzusetzen bereit sind, scheinen antisemitische Motive in der Realität auf beiden Seiten kaum eine Rolle gespielt zu haben.

Dagegen wird in de facto allen ernst zu nehmenden zeitgenössischen Berichten und Darstellungen darauf hingewiesen, dass Frauen, junge Burschen und Mädchen das eigentlich initiative, aktionistische und vorwärtstreibende Moment der Massenaktion gewesen seien, von den anderen Demonstranten stets in strategisch geschickter Weise geschützt und abgeschirmt. Nimmt man die Berichte und Reportagen der Tagespresse (mit Ausnahme der sozialdemokratischen) zum Maßstab, so muss die Luft erfüllt gewesen sein von »gellenden«, »schrillen«, »hetzenden«, »hysterischen« etc. Frauenstimmen. Erst dort, wo sie von diesen Stimmen aufgestachelt, angefeuert, vorwärtsgetrieben werden, stoßen die jungen Burschen gegen die Polizei vor; zuerst einzeln, dann in immer größeren Gruppen bieten sie, nicht ohne Mut, »in einem verstiegenen Fanatismus ihre Brust den Gewehren«.[157]

Nun ist von der Plausibilität der These von der führenden und aktiven Beteiligung junger, vorstädtischer Frauen an der Revolte durchaus auszugehen. Allein das symbolische Ausdrucks- und Aktionsrepertoire der Frauen unterscheidet sich eben grundlegend von jenem der Männer. Und genau unter diesen Vorzeichen nimmt die Juli-Revolte ihre offensichtlich besonders bedrohliche Dimension an, fließen in ihr doch konkrete, sehr reale weibliche Widerstandsaktionen mit kollektiv-männlichen Phobien zusammen, nämlich der Vorstellung von der Masse als irrationales, unberechenbares, letztlich Verderben und Tod bringendes Weib.

Die bürgerliche, rechtsliberale und rechte Presse, Polizeidirektion und Regierung schreiben in diesem Sinn in ihren offiziellen Publikationen und Verlautbarungen zum 15. Juli eine Pathologie der Massen. Evident wird dabei allerdings nur ein weiterer Aspekt: eine ins Pathologische gesteigerte Angst vor den Massen in ihrer Erscheinungsform als Mob und Pöbel, als die abstrakte, letztlich nicht identifizierbare und daher umso gefährlichere Vielheit von »Individuen« und »Elementen«. Es waren, mit den Worten des Polizeipräsidenten, die Juli-Exzedenten »keine Wiener, auch keine Wiener Arbeiter; der Mob, die Hefe des Volkes, hatte sich der Bewegung bemächtigt«.[158] Doch auch die Arbeiter-Zeitung identifiziert von Beginn an »zweifelhafte Elemente« und »Großstadtgesindel« unter den Demonstranten, in den vorstädtischen Unruhen des 16. Juli dominieren für die sozialdemokratische Presse dann überhaupt »junge Kommunisten und anderes Gesindel«, »Radauelemente« und »Plattenbrüder«.[159] Bürgermeister Seitz *(Abb. 88, S. 422)* sprach in einer internationalen Pressekonferenz am 20. Juli von »Elementen der Tiefe«, die Dinge getan hätten, die die organisierte Arbeiterschaft auf das Schärfste ablehne, weiters von »Taten übler Instinkte« und »entfesselten Elementen des Feuers und der Gewalt«. Otto Bauers berühmte, gegen Seipel gerichtete Parlamentsrede wurde nicht zuletzt zu einem Plädoyer für die Zähmung der »wildesten« Leidenschaften, »die leicht das Werkzeug der Dämonen werden könnten«.[160]

Nun stellt sich angesichts solcher Einschätzungen die Frage, inwieweit ihnen ein realer Kern eingeschrieben ist, inwieweit sie tatsächlich auf einen sozialen Text des Realen rekurrieren. Die Polizeidirektion hat es nicht verabsäumt, sofort darauf



Abb. 88: Karl Seitz.

hinzuweisen, dass von den 85 getöteten Julidemonstranten 32 vorbestraft waren, zwölf davon wegen Verbrechens. Von 261 Zivilpersonen waren 74 vorbestraft, 35 wegen Verbrechens und 39 wegen Vergehens oder Übertretungen.[161] Wie immer man zu derlei Aufrechnungen durch die Behörde stehen mag, sie verweisen letztendlich doch darauf, dass es das aktionistische, jugendliche, sozialen Randlagen und Problemzonen entstammende vorstädtische »Element« war, das die Julirevolte wesentlich bestimmt, wenn nicht dominiert hat.

Dieser Befund wird durch eine Analyse der örtlichen Herkunft der getöteten Demonstranten wesentlich erhärtet. Demnach stammte ein Fünftel von ihnen aus Favoriten (großteils zentriert um die Gegend um das Amalienbad), ein Achtel aus Ottakring. Eine auffallende Verdichtung der Wohnorte der Demonstranten ergab sich in dem kaum einen halben Quadratkilometer großen Gebiet zwischen Wilhelminenstraße und Hernalser Hauptstraße sowie in der weiteren Umgebung der Schmelz. Es bezeichnet dies genau jene sozialen Problemzonen ersten Ranges, die seit der industriellen Überformung der Vororte als traditionelle Hochburgen der Elendsbevölkerung, der Jugendkriminalität und des Plattenunwesens gegolten hatten und in denen die Gemeinde Wien seit 1923/24 einen Schwerpunkt ihres kommunalen Wohnbauprojekts konzentrierte.[162] Eine ganze Reihe von Augenzeugenberichten scheint diese These zu bestätigen. So spricht etwa Theodor Körner, der die Schutzbundaktion zur Rettung des Personals aus dem brennenden Justizpalast leitete, davon, dass sich unter den Demonstranten im Palast vorwiegend »verhungerte« Leute, deren Gesichter von Not und Entbehrung zermürbt waren, befunden hätten:

> *Es waren so verhungerte Gesichter. Einer sagte, ich bin zwei Jahre arbeitslos, soll ich so draufgehen! Ich habe gesagt, da wird ein Unglück geschehen. Einige haben gesagt, die Kinder hungern zu Hause. Es waren einige Hetzer darunter, aber die große Menge waren verhungerte Menschen. Es waren auch Lumpen im Hause drin, die die Kästen aufgebrochen haben. Wie wir sie angeschrien haben: Ihr Lumpen, ihr Diebe! sind sie weggelaufen … Im ganzen kann ich sagen: Es waren verhungerte Leute, einzelne, die mit dem Ruf gehetzt haben: Frauen und Kinder sind erschossen worden. Lumpen waren auch darunter. So war mein Eindruck im Hause.*[163]

Es sind aber keineswegs nur solche Befunde im Zusammenhang einer anarchisch anmutenden Revolte, die eine frappante Analogie zur so genannten »Hungerrevolte« des 17. September 1911 deutlich werden lassen; die innere Logik einer massenhaften Manifestation der Vorstadt erschließt sich vielmehr aus der Dynamik der Ereignisse am 15. Juli selbst. Am sinnfälligsten und symbolträchtigsten ist in diesem Zusammenhang natürlich der eigentliche Sturm auf den Justizpalast. Auch hier wurden Aktenbestände, Verordnungsblätter, Gesetzestexte sonder Zahl durch die Fenster auf die Straße geworfen und zusammen mit erbeutetem Mobiliar auf dem Schmerlingplatz zu riesigen »Justizscheiterhaufen« aufgetürmt.[164] Der Leitartikler der Neuen Freien Presse jedenfalls fand es durch nichts zu erklären und zu rechtfertigen, dass neben großen Teilen des Archivs auch das Grundbuch vernichtet werden konnte, die Akten des Vormundschaftsverfahrens, die Akten sogar der Invaliden-Entschädigungskommission, »als wäre es wertloser Plunder«.[165]

Und genau das ist der entscheidende Punkt. Die Schrift ist in diesem Kontext ein signifikantes Emblem von Herrschaft und Beherrschung, von Macht und, bezogen auf den Anlassfall, von Klassenjustiz. In der materialen und symbolischen Zerstörung von Schrift und Schriftträgern, in der scheinbar irrationalen Wut der Exzedenten, in der Anarchie ihrer Gewalt äußert sich eine Logik, die der herrschenden Ordnung fremd ist und die sie nicht zu deuten vermag. Eine Logik, die nicht zum Geringsten in vormodernen lebensweltlichen Traditions- und Erfahrungszusammenhängen verhaftet scheint und in der Momente einer überkommenen moralischen Ökonomie ebenso zum Tragen kommen wie die kurzfristige Umkehr der symbolischen Ordnung.

Anmerkungen

1 AZ, 20. April 1927, 1.
2 Maderthaner/Musner, Wiener Beiträge, 443.
3 Maderthaner, Sozialdemokratie, 178.
4 Adler, Aufsätze, Bd. 1, 25.
5 Adler, Briefwechsel, 117.
6 Adler, Aufsätze, Bd. 6, 27 f.
7 Maderthaner/Mattl, Victor Adler, 218 ff.
8 Maderthaner, Sozialdemokratie, 184 ff.
9 Trotzki, Mein Leben, 198.
10 Bauer, Max Adler, 297 f.
11 Zur Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit vgl. grundsätzlich Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg.
12 Bauer, PTP 1926, 273.
13 Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg, 44 ff.
14 Bauer, PTP 1926, 273.
15 Lewis, Working Class, 67 ff.
16 Fischl, Schulreform, 4 f.

17 Zur Schulreform allgemein siehe Jahoda, Autorität, 710 ff.
18 Vgl. Achs, Schule, 122 ff.
19 Jahoda, Autorität, 713 f.
20 Fischl, Wesen und Werden, 79 ff.
21 Hacohen, Popper, 134 ff.
22 Gruber, Red Vienna, 65.
23 Vgl. Sablik, Tandler.
24 Tandler, Wohltätigkeit, 5.
25 Zit. in: Hofbauer, Rotes Wien, 31.
26 Gruber, Red Vienna, 66.
27 Vgl. Maier/Penz, Amalienbad.
28 Tandler, Fürsorgeaufgaben, 465.
29 Gruber, Red Vienna, 66.
30 Pirhofer/Sieder, Arbeiterfamilie, 334.
31 Vgl. Melinz, Wohlfahrt, 104 ff.; vgl. auch Melinz/Ungar, Wohlfahrt und Krise, 30 ff.
32 Tandler, Fürsorgeaufgaben, 461.
33 Posch, Wende, 61 f.
34 RP, 3. Mai 1934, 4.
35 Gruber, Red Vienna, 72.
36 AZ, 2. Juli 1931, 8.
37 Kayser Nielson, The Stadium, 21 ff.
38 AZ, 12. Juli 1931, 5.
39 Ebd.
40 Maderthaner/Horak, Mehr als ein Spiel, 40 f.; zur Arbeiterolympiade vgl. ASKÖ, Festschrift.
41 Frank, Julius Tandler, 400 ff.
42 Pirhofer, Rote Burgen, 94 f.
43 Blau, Red Vienna, 44.
44 Zum Wohnbau allgemein siehe Gorsen, Dialektik; Feldbauer, Wohnungsproduktion; Hautmann/Hautmann, Gemeindebauten; Weihsmann, Das Rote Wien.
45 Musil, Werkstatt, 49 f.
46 Blau, Red Vienna, 45.
47 Danneberg, Das Neue Wien, 65.
48 Maderthaner, Kommunalpolitik, 248.
49 Bauer, Mieterschutz, 10.
50 Achleitner, Wiener Architektur, 78.
51 Blau, Red Vienna, 248.
52 Blau, Otto Wagners Großstadt, 37.
53 Ebd., 32 f.
54 Czeike, Historisches Lexikon, Bd. 2, 132.
55 AZ, 24. Juli 1928, 7.
56 Blau, Red Vienna, 238.
57 Donald, Metropolis, 443 f.
58 AZ, 12. Juli 1911, 1 f.
59 Blau, Red Vienna, 353.
60 Gillet, zit. in: ebd., 363.
61 Für eine detaillierte Debatte siehe Blau, Red Vienna, 359 ff.
62 Achleitner, Wiener Architektur, 77 f.
63 Reppe, Marx-Hof, 55 f. Pointierter als in allen anderen Fällen versuchte die christlichsoziale Opposition

am Beispiel des Karl-Marx-Hofes ihren Vorwurf, die kommunalen Wohnbauten seien »rote Bürgerkriegsfestungen«, zu erhärten. Vgl. dazu das Kapitel »Opfer verlorener Zeiten« in der vorliegenden Arbeit.

64 Achleitner, Wiener Architektur, 77.

65 Vgl. Blau, Red Vienna, 335 f.

66 AZ, 17. Juli 1933, 1.

67 Maderthaner/Musner, Wiener Beiträge, 441.

68 AZ, 17. Juli 1933, 1.

69 Maderthaner, Parteiorganisation, 28 f.

70 Danneberg, Wahlen, 36 ff.

71 Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 29 f.

72 Maderthaner, Sozialdemokratie, 183 f.

73 Dies ist die zentrale Argumentationslinie in: Gruber, Red Vienna.

74 Ebd., 96 ff.

75 Bach, Kunststelle, 7.

76 Gruber, Red Vienna, 99.

77 Krones, Webern, 51 ff.

78 Kienzl, David Josef Bach, 172 ff.

79 Ebd., 178 ff.

80 Mattl, Wien, 15 f.

81 Karasek, Wilder, 42.

82 Marschik, Arbeiterfußball, 144 ff.

83 Horak/Maderthaner, Mehr als ein Spiel, 74 ff.

84 Vgl. Horak/Maderthaner, Urban Cosmopolitanism.

85 Horak/Maderthaner, Vom Fußballspielen, 107 ff.

86 Zit. nach Weinzierl, Alfred Polgar, 131.

87 Torberg, Erben, 161.

88 Maderthaner, Österreich, 127 f.

89 Ebd., 128.

90 Horak/Maderthaner, Mehr als ein Spiel, 141 f.

91 Torberg, Kaffeehaus, 247.

92 Weigl, Austria, 17.

93 Stellungnahme der Gauleitung Wien der NSDAP, 20. Dez. 1939. Nachlass Sindelar; siehe auch Horak/Maderthaner, Mehr als ein Spiel, 149 f.

94 Öst. Staatsarchiv, Vermögensverkehrsstelle, VA 41929, Kart. 153 und 1271, Kart. 195.

95 Polgar, Sindelar, 3.

96 Neues Österreich, 1. Nov. 1945, 4.

97 Canetti, Fackel im Ohr, 230 und 235.

98 Braunthal, Wiener Julitage 1927, 23.

99 NFP, 18. Juli 1927, 6; AZ, 20. Juli 1927, 1.

100 Interview Leo Mistinger, in: Rot; CD-Rom.

101 Prozess gegen Franz Kuzma und Genossen, WStLA, LG I, Vr. 4591/27, fol. 54.

102 WStLA, MD 5436/27. Kommission des Gemeinderates zur Untersuchung der Ereignisse am 15. Juli 1927 und der nachfolgenden Tage. Protokoll der vierten Sitzung, fol. 44 ff.

103 Die Fackel, Jg. 29, Nr. 776–780/1927, 49.

104 Ebd., 54.

105 Ebd., 9.

106 Canetti, Fackel im Ohr, 232 ff.

107 Ebd., 234.

108 Vgl. Maderthaner, Vom Protest in die Anarchie, 5. Für eine detaillierte Darstellung der Vorgeschichte siehe Botz, Gewalt, 107 ff.

109 NFP, 15. Juli 1927, 1.

110 Vgl. Botz, Gewalt, 94 ff.

111 AZ, 15. Juli 1927, 1.

112 Vgl. Prozess gegen Max Bittner, Anklageschrift, WStLA, LG I, Vr. 7173/27, fol. 62 ff.

113 WStLA, MD 5436/27 Protokoll der 5. Sitzung, Aussage Gemeinderat Reismann.

114 Fischer, Erinnerungen und Reflexionen, 173.

115 Botz, Juli-Demonstranten, 52.

116 AZ, 18. Juli 1927, 3.

117 Danneberg, »Polizeiaktion« am 15. Juli, 12 f.

118 Prozess gegen Franz Kuzma, Anklageschrift, WStLA, LG I, Vr. 4591/27, fol. 53 ff.

119 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 2. Sitzung, Aussage Magistratsdirektor Dr. Hartl; Prozess gegen Franz Polenec, Anklageschrift, WStLA, LG I, Vr. 4965/27, fol. 43.

120 Ausschreitungen in Wien am 15. und 16. Juli 1927. Bundespolizeidirektion Wien, Archiv, Schachtel 1927/1 PR.Z. IV–1–766, 8.

121 AZ, 18. Juli 1927, 3.

122 Ernst Vergani hatte hier im Dezember 1888, allerdings gegen den Willen Georg Schönerers, mit dem »Deutschen Volksblatt« die erste antisemitische Tageszeitung Österreichs begründet; siehe Czeike, Historisches Lexikon, Bd. 1, 120.

123 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 31.

124 Botz, Juli-Demonstranten, 53.

125 Fischer, Erinnerungen und Reflexionen, 174.

126 Ebd., 175.

127 Prozess gegen Franz Urbauer, Theresia Lorenz und Genossen. Anklageschrift, WStLA, LG I, Vr. 5493/27.

128 WStLA, MD 5436/27, Beilage zum Protokoll der 8. Sitzung, Bericht des Republikanischen Schutzbundes, Aussage Bundesrat Theodor Körner.

129 Prozess gegen Karl Nehyba, Franz Nowotny und Robert Preyer, Anklageschrift und Urteilsverkündung, WStLA, LG I, Vr. 5659/27, fol. 86 ff.

130 Ebd., Aussage Bezirksvorsteher Stellvertreter Dr. Maurer.

131 Botz, Juli-Demonstranten, 53.

132 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 4. Sitzung, Aussage des Obmannes der Personalvertretung der Sicherheitswache, Bundesrat Schabes.

133 Danneberg, »Polizeiaktion« am 15. Juli, 19.

134 NFP, 18. Juli 1927, 6.

135 Canetti, Fackel im Ohr, 233.

136 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 33 und 42.

137 Canetti, Fackel im Ohr, 235.

138 Die Fackel, Jg. 29, Nr. 776–780/1927, 2 ff.

139 Canetti, Fackel im Ohr, 235.

140 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 6. Sitzung, Aufnahmeschrift vom 22. Juli 1927 mit OMR Dr. Viktor Kritscha sowie ebd., Protokoll der 2. Sitzung, Aussage Magistratsdirektor Dr. Hartl.

141 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 6. Sitzung, fol. 30.

142 Ebd., Protokoll der 8. Sitzung, fol. 34 f.

143 Ebd., fol. 7.

144 NFP, 18. Juli 1927, 2.

145 RP, 19. Juli 1927, 3; für eine detaillierte Darstellung siehe: Prozess gegen Karl Nehyba und Genossen Anklageschrift, WStLA, LG I, Vr. 5659/27, fol. 90 f.

146 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 32.

147 Mitteilungs-Blatt, 17. Juli 1927, 2.

148 Bezirkspolizeikommissariat Favoriten, Versuchte Erstürmung des Wachzimmers X, Waldgasse am 15. 7. 1927, WStLA, LG I, Vr. 6600/27, fol. 5 f.

149 Ebd.

150 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 36.

151 Mitteilungs-Blatt, 18. Juli 1927, 4.

152 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 8. Sitzung, 34 f.

153 NFP, 18. Juli 1927, 1 f.

154 Ebd., 2.

155 RP, 19. Juli 1927, 5.

156 RP, 21. Juli 1927, 6.

157 Feuilletonist Paul Kisch in der NFP, 18. Juli 1927, 5.

158 Zit. in: AZ, 23. Juli 1927, 2.

159 Mitteilungs-Blatt, 17. Juli 1927, 2.

160 Vgl. Stieg, Frucht des Feuers, 69 ff.

161 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 46 f.

162 Ebd., 29.

163 WStLA, MD 5436/27, Protokoll der 4. Sitzung, Aussage Bundesrat Körner, fol. 67 f.

164 Bundespolizeidirektion, Ausschreitungen, 28.

165 NFP, 18. Juli 1927, 1.

Die Krise einer Kultur

Die grosse Depression

In 1929 (...) Production in the chief manufacturing countries of the world shrank by anything from 30 to 50 percent: and the value of world trade in 1932 was only a third of what it was three years before. It has been calculated by the International Labour Office that in 1933, in the world at large, something like 30 million persons were out of work. There have been many depressions in modern economic history but it is safe to say that there has never been anything to compare with this. 1929 to 1933 are the years of the Great Depression.[1]

Lionel Charles Robbins war einer der Ersten, der in seiner 1934 in New York erschienenen Studie das Krisenszenario der frühen 1930er-Jahre als dramatischer und in seinen Folgen weitreichender begriff als bloß einen jener zyklischen Einbrüche, wie sie üblicherweise auf Perioden der umfassenden Erneuerung, Ausdehnung und technischen Umgestaltung des gesellschaftlichen Produktionsapparates zu folgen pflegen. Die aus der aktuellen, weltweiten ökonomischen Rezession resultierenden sozialen, kulturellen und (massen-)psychologischen Konsequenzen schienen tiefgreifender, radikaler, unabsehbarer zu sein; Robbins hat dafür den Begriff der »Großen Depression« geprägt.

Die Krise war die Folge einer ganzen Reihe und Kombination von Widersprüchen und Gegenläufigkeiten: einer Strukturkrise der »alten« Industrien, also der Groß- und Schwerindustrie aus der Phase der ersten Industrialisierung; einer Akzentuierung und Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den nationalen Volkswirtschaften; eines erhöhten Drucks der organisierten Arbeiterbewegung in Richtung einer gerechteren Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Dazu traten eine seit Ende des Weltkrieges virulente Agrarkrise und, dies vor allem, ein dramatischer Zusammenbruch des internationalen Kreditsystems. Unterschied sich die 1929 zyklisch einsetzende Krise zunächst in quantitativen Ausmaßen von früheren Einbrüchen (also in den Dimensionen des Preissturzes, Umsatzrückganges und Preisverfalls), so schlug diese Quantität rasch in Qualität um. Drastisch sinkende Konsumniveaus, in weiterer Folge Reduktionen im Investitionsbereich setzten eine deflationäre Spirale in Gang, eine immer größere Zahl von Unternehmen wurde substantiell getroffen, serielle Betriebszusammenbrüche zogen Massenentlassungen und ein gewaltiges Ansteigen der Arbeitslosenraten nach sich. Die Folgen sind bekannt: Zusammenbruch der Währungen, Protektionismus, bürokratischer Dirigismus, Delegitimierung des demokratischen und Festigung wie umfassende Durchsetzung des autoritären Prinzips.[2]

Die Erste Österreichische Republik ist in den Jahren der Großen Depression, in denen von Anfang an bestehende Strukturschwächen und krisenhafte Entwick-

lungstendenzen in einem bis dahin nicht vorstellbaren Ausmaß potenziert wurden, destabilisiert und schließlich zerstört worden. Die tief greifenden ökonomischen und psychologischen Umwälzungen der Krisenjahre betrafen alle Schichten und Klassen der Gesellschaft und haben zu einer wesentlichen Veränderung des politischen und kulturellen Mechanismus geführt.

Nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie waren Industrie und Gewerbe des neu entstandenen Kleinstaates von sechs Siebentel ihrer alten, zollgeschützten Absatzgebiete abgeschnitten. Das Ende des historisch gewachsenen Wirtschaftsgebietes der Donaumonarchie mit seinem hohen Grad an regionaler Arbeitsteilung bedeutete die Trennung der Rohstoffvorkommen von den Verarbeitungsbetrieben und die Auflösung der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses. Sobald die Exportprämie der Inflation der unmittelbaren Nachkriegszeit mit der Stabilisierung des Geldwertes beseitigt war, setzte ein enormer Schrumpfungsprozess des städtischen und industriellen Sektors der Volkswirtschaft ein. Ein Prozess, der durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 1929 mit ihrem Gefolge von Einfuhrverboten, Schutzzöllen, Kontingentverträgen, Zahlungsbeschränkungen etc. in verheerender Weise verschärft wurde.

Die Krise traf die Volkswirtschaft mitten in einem Prozess der Umstrukturierung und Neuadjustierung und führte zu einem regressiven Strukturwandel. Von 1929 bis 1933 verringerten sich das Bruttonationalprodukt um ein Viertel, der Produktionsindex um ein Drittel, die Indexziffer des allgemeinen Geschäftsgangs fiel von 100 auf 59. Löhne und Gehälter erreichten 1934 nur mehr 70 Prozent ihres Niveaus von 1929.[3] Die industrielle Produktion fiel vom Einsetzen der Depression bis zum Tiefpunkt 1933 um beinahe 40 Prozent, in der Eisenindustrie, einem zentralen wirtschaftlichen Leitsektor, war der Auftragsstand bis November 1932 auf ganze acht Prozent der Normalauslastung zurückgegangen.[4] War die Arbeitslosigkeit in den relativ guten Konjunkturjahren 1927–1929 bei durchschnittlich über acht Prozent gelegen, so betraf sie am konjunkturellen Tiefpunkt 557.000 Menschen, das ist eine Arbeitslosenrate von etwa 26 Prozent; andere Schätzungen gehen, unter Einbeziehung der Ausgesteuerten, von einer Zahl von über 700.000 (also über 38 Prozent) aus. Mithin war ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft aus dem Produktionsprozess ständig ausgeschlossen, Ende 1934 bezogen nur mehr 40 Prozent der Arbeitslosen *(Abb. 89)* eine reguläre oder eine Notstandsunterstützung. Noch dramatischer stellte sich die Situation bei den Industriearbeitern, einer traditionellen Kernschicht der Sozialdemokratie, dar. Hier waren Anfang 1934 44,5 Prozent ohne Arbeit, ein beträchtlicher Teil der noch in Arbeit Stehenden (1933: 38 Prozent) war gezwungen, Kurzarbeit zu verrichten.[5] Doch auch die Angestellten waren massiv betroffen: 1933 kamen hier auf eine freie Bürostelle 18 Personen ohne Anstellung.[6] Die Bevölkerung ganzer, ehemals blühender Industrie- und Gewerberegionen verarmte, strukturelle Dauerarbeitslosigkeit wurde zur Massenerscheinung.

In Wien ist von 1929 bis 1932 die monatliche Lohnsumme von 158 auf 112 Millionen gesunken, was zum überwiegenden Teil auf den Rückgang der Beschäftigungs-

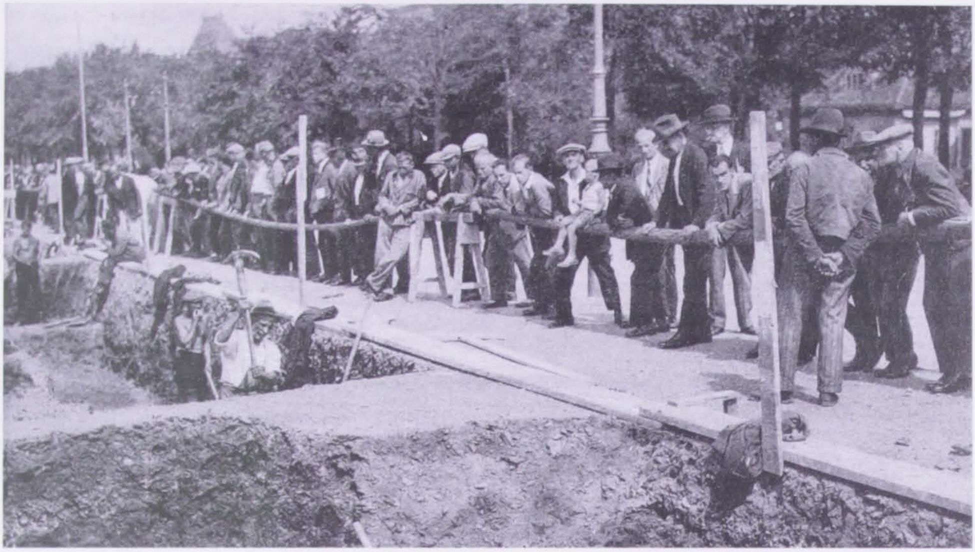


Abb. 89: Arbeitslose vor einer Baustelle, 1932.

zahl von 636.000 auf 485.000 zurückzuführen ist, zu einem weiteren Teil aber auch auf spürbare Lohn- und Gehaltskürzungen im Kontext der Wirtschaftskrise. Fiel der Durchschnittslohn der in Beschäftigung Stehenden (ableitbar aus dem Anteil des einzelnen Krankenkassenmitglieds an der gesamten monatlichen Lohnsumme) in diesem Zeitraum um sieben Prozent, so sollte er von 1932 bis 1934 um weitere 12,2 Prozent sinken – in absoluten Zahlen von 112 auf 89 Millionen Schilling, während die Zahl der Beschäftigten weiter von 485.000 auf 439.000 zurückging.[7]

Der massenhaften Arbeitslosigkeit und den Reallohnverlusten *(Abb. 90, S. 433)* entsprach ein dramatischer Rückgang der Konsumnachfrage. Obwohl die Gemeinde Wien bis in das dritte Krisenjahr hinein wirtschaftsstimulierende Maßnahmen vor allem im Rahmen des kommunalen Wohnbaus setzen konnte und sich die Arbeitsmarktentwicklung günstiger als in den Bundesländern gestaltete, ist das Wiener Beispiel auch in dieser Hinsicht instruktiv. Vom Einsetzen der Krise bis in das Jahr 1934 fiel hier der durchschnittliche monatliche Brennstoffverbrauch von 202.000 auf 158.000 Tonnen, der durchschnittliche monatliche Zuckerverbrauch von 18.000 auf 14.300 Tonnen. Hatte die Zahl der von den Wiener Straßenbahnen beförderten Fahrgäste 1929 noch 52,3 Millionen betragen, so war sie 1934 auf 37,6 Millionen gesunken. Im selben Zeitraum ging die Stromerzeugung von 48 Millionen auf 38 Millionen Kilowattstunden zurück.[8] Diese Daten korrelieren in ebenso signifikanter wie eigenartiger Weise mit einem der wohl aussagekräftigsten Indikatoren für die sozialen und kulturellen Verwerfungen einer Krise dieser Dimension: die Anzahl der Lebendgeburten sank von 18.410 (1929) auf 11.022 (1934) und 10.032 (1937).[9]

Wie auf Seiten der Arbeiterschaft hatten sich unter dem Druck der ökonomischen Krise auch bedeutende Differenzierungen innerhalb der bürgerlichen und bäuerlichen Schichten vollzogen. Seit dem Weltkrieg waren große Kapitalien entwertet und zerstört worden, so in der Inflationsperiode die Rentierkapitalien; mit der Geldwertstabilisierung begannen sich die Schieber- und Spekulationsgewinne zu zersetzen. Die Industrie steckte in einer Art Dauerkrise: Die Vernichtung des Sparkapitals und der Verlust ihrer Betriebskapitalien in der Phase der Hyperinflation hatten ihre Probleme nachhaltig verschärft, die Kreditzinsen hielten sich nach der Stabilisierung auf einem exorbitant hohen Niveau. Unter den Industrienationen war Österreich das einzige Land mit schrumpfendem industriellem Output: Bis 1933 war der Export auf 57 Prozent seines Volumens aus dem Jahr 1920 gesunken. Die fehlende Selbstfinanzierungskraft der Industrie, ihre dauerhafte Schwäche, hat wesentlich zur Destruktion der Gesellschaft beigetragen.[10]

Der Industriekrise folgte die Krise des in der Inflationszeit enorm aufgeblähten österreichischen Bankwesens. War das Verhältnis von Banken und Industrie schon vor dem Weltkrieg von einer besonders ausgeprägten einseitigen Abhängigkeit gekennzeichnet gewesen, wurde diese nunmehr weiter akzentuiert. Die Industrie war den Banken schwer verschuldet, diese selbst oft unfreiwillig zu Haupteigentümern ihrer industriellen Debitoren geworden. Die mit der Währungsstabilisierung virulent werdende Bankenkrise konnte zunächst durch eine Konzentration der Defizite bei einer immer kleiner werdenden Zahl von Großbanken zwar verschleiert werden, der Zusammenbruch der Creditanstalt (CA) 1931 allerdings gab den Anstoß für das Ausbrechen einer weltweiten Kreditkrise. Die CA war die größte mitteleuropäische Bank, seit der Übernahme der »Bodenkredit« kontrollierte sie 70 Prozent der Industrie- und Großhandelsunternehmungen. Ihre Sanierung machte die Beteiligung von Staat und Nationalbank erforderlich, die Regierung übernahm die Haftung für alle in- und ausländischen Einlagen, die Verlustsumme belief sich auf mehr als 10 Prozent des Bruttonationalprodukts von 1931. Die Folgen der CA-Krise auf dem Währungssektor, am Kreditmarkt, in der Produktionssphäre und für die Staatsfinanzen waren fatal. Sie führten zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die ihrerseits eine Verschärfung der Krise und eine noch schnellere Deflationsspirale bewirkten.[11]

Die Reorganisation des österreichischen Bankwesens unter der Führung der Nationalbank kam 1934 zum Abschluss, womit (mit Ausnahme der Länderbank) sämtliche Wiener Großbanken unmittelbar der Kontrolle der Nationalbank, und damit des Staates, unterstanden. Die Abhängigkeit der Großindustrie von den nunmehr vom Staat (zu einem geringeren Teil auch von Auslandskapital) beherrschten Banken hat ihre Machtstellung schwer erschüttert. Natürlich vermochte sie weiter Einfluss auf die Regierungsmaßnahmen auszuüben, ausgedrückt etwa im Inhalt der Notverordnungen in Angelegenheiten des Arbeitnehmerschutzes oder der Sozialversicherungen. Aber der einseitig agrarische Kurs in der Wirtschaftspolitik oder auch zünftlerische Vorstöße gegen die Warenhäuser oder die Brotfabriken deuteten an, dass das



Abb. 90: Straßenmusikanten 1932.

Bank- und Industriekapital seine führende Rolle im bürgerlichen Lager zu verlieren begann.

Zugleich hat die Krise breite bürgerliche und bäuerliche Bevölkerungssegmente verelendet. Der drastische Einbruch in der Konsumnachfrage ließ die Anzahl von gerichtlichen Ausgleichen und Konkursen bei Handels- und Gewerbebetrieben 1932 auf mehr als das Doppelte gegenüber 1929 steigen. Zudem hatten Preis- und Absatzkrise die Verschuldung bäuerlicher Betriebe, obwohl 1924 durch inflationäre Aufzehrung praktisch getilgt, sprunghaft ansteigen lassen: Bis 1933 betrug sie – trotz eines deutlichen, allerdings die große, Getreide produzierende Bauernschaft des Flachlandes einseitig bevorzugenden Reagrarisierungsprozesses – mehr als die Hälfte der jährlichen Marktproduktion.[12] Die erbitterte und rebellische Stimmung der verelendenden Massen der kleinen und mittleren Bauernschaft, des Kleinbürgertums und neuen Mittelstands sowie großer Teile der traditionell deutschnationalen, antiklerikalen und antihabsburgerischen Intelligenz wird zum entscheidenden Ferment des österreichischen Nationalsozialismus.[13] Die Landtags- und Gemeinderatswahlen im April 1932 hatten ebenso alarmierende wie spektakuläre Stimmengewinne der Nazis vor allem am »flachen Land« gebracht. Aber auch in Wien war ihr Erfolg mit 17,4

Prozent der gültigen Stimmen beachtlich; innerhalb von nur zwei Jahren hatte sich ihre Stimmenanzahl verdoppelt, bezieht man den Heimatblock mit ein, beinahe vervierfacht. Allerdings vollzog sich dieser Prozess größtenteils auf Kosten der Christlichsozialen (die 1932 nur mehr auf 20 Prozent gekommen waren), während ein Einbruch in das sozialdemokratische Wählerreservoir nicht gelang.[14]

Das gesellschaftliche (und damit politische) Gewicht der in ihrer überwiegenden Mehrzahl auf Wien konzentrierten sozialdemokratischen Arbeiterschaft wurde allerdings sukzessive geringer. Zermürbt durch die Erfahrung teils jahrelanger Arbeitslosigkeit unterlag sie zunehmend sozialen Desintegrationsprozessen (eine interne Studie des Parteivorstandes kam zu dem Schluss, dass sich die Mitgliedschaft Ende November 1933 binnen weniger Monate um ein Drittel reduziert hatte[15]). Perspektivlos und in einem immer größeren Ausmaß resigniert, erlahmte ihre Widerstandskraft gegenüber den autoritären Experimenten der Rechten. Ein immer krasserer Widerspruch entstand zwischen dem zähen Festhalten der organisierten Arbeiterbewegung an den Errungenschaften der Umbruchsjahre 1919/20 und ihrer ständig kleiner werdenden politischen und gesellschaftlichen Machtstellung. Die Entmachtung der Arbeiterbewegung, die Gleichschaltung der Gewerkschaften und der weitgehende Abbau von sozialen Rechten wurde so zu einer immer deutlicheren Erfolg versprechenden Krisenlösungsstrategie des bürgerlichen Regierungslagers. Lohndruck und Beseitigung des Sozialsystems sollten ohne den Störfaktor einer immer noch mächtigen parlamentarischen Opposition, ohne den Störfaktor einer sozialdemokratischen Hegemonie auf Wiener Kommunalebene die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit sowie einen funktionierenden Wirtschaftsorganismus wiederherstellen.

Zugleich setzte sich das von der christlichsozialen, altösterreichisch-legitimistischen und anschlussfeindlichen Fraktion dominierte Regierungslager gegen seine Annexion und Aufsaugung durch das Deutsche Reich und den Nationalsozialismus zur Wehr. Sobald die Trennung von den Großdeutschen vollzogen war, wurde die Regierungskoalition mit der Heimwehr eingegangen, was die denkbar knappste Mehrheit von nur einer parlamentarischen Stimme ergab und zu einem krisenanfälligen, von Zufällen jeglicher Art abhängigen Regieren zwang. Unter Ausnutzung der »reaktionären Konjunktur« dieser Jahre durchbrach die Regierung die parlamentarisch-demokratische Form ihrer Herrschaft in dem Augenblick, als die »nationale Revolution« in Deutschland siegreich war.

Man habe, wie der für die Kontrolle der Staatsfinanzen zuständige Völkerbundkommissär und nachmalige holländische Nationalsozialist Rost van Tonningen seinem Tagebuch anvertraute, zusammen mit Kanzler Dollfuß und dem Präsidenten der Notenbank, Kienböck, die Ausschaltung des Parlaments für unabdingbar gehalten, da dieses Parlament die notwendige Rekonstruktionsarbeit sabotiert habe.[16]

Die dramatischen Umwälzungen in der Großen Depression haben Politik wie Kultur grundlegend verändert. Die strukturelle ökonomische Krise steht damit gleichermaßen für eine Krise des Sozialen wie für eine Krise der Kultur einer gesamten Epoche. Dies artikulierte sich zunächst und am augenscheinlichsten als eine Krise des Prinzips der parlamentarischen Demokratie.

Einmal etabliert und stabilisiert, hatte die parlamentarische Demokratie keine gesellschaftlichen Ideale mehr zu verwirklichen, jedes Interesse, jedes Prinzip war im Rahmen ihres Institutionengefüges nur auf dem Wege des Kompromisses mit jeweils gegensätzlichen Interessen und Prinzipien durchzusetzen. Wenn aber jedes Prinzip die relative Berechtigung eines jeden anderen anzuerkennen hatte, büßte es an eigener Legitimation ein. So entwickelte sich eine Atmosphäre einerseits des Skeptizismus und der deterministischen Zweckrationalität, andererseits war sie durchdrungen von einer aggressiven Relativierung aller Prinzipien, Ideale und Ideologien, die ihre Entsprechung nicht zuletzt im geistigen Leben dieser Zeit fand.[17]

Binnen weniger Jahrzehnte war durch die Epoche machenden Entdeckungen der modernen Naturwissenschaften das Weltbild der klassischen Physik revidiert und suspendiert worden. Aber im Gegensatz zur traditionellen Philosophie der Aufklärung, die auf Basis der klassischen Physik entstanden war, verzichtete ein betont nüchtern gehaltener positivistischer Empirismus nunmehr weitgehend und mit nur wenigen Ausnahmen (Wiener Kreis) auf eine offensive, gegen tradierte, überkommene Vorstellungen und Denkweisen gerichtete gesellschaftliche Umsetzung seiner bahnbrechenden Erkenntnisse. Er beschränkte sich vielmehr darauf, in seinen Entdeckungen die Systeme von logischen Gleichungen zu sehen, die jene Wahrscheinlichkeit aufzeigen, mit der aus einer Beobachtung eine andere folgen würde. Der skeptische Empirismus hat damit unwillkürlich das von ihm im Sinne einer »Spätaufklärung« geschaffene Weltbild dem Spiel metaphysischer Spekulation und Emphase ausgeliefert.[18]

Am präzisesten ist dieser Sachverhalt wohl in dem im Ersten Weltkrieg entstandenen »Tractatus logico-philosophicus« des eigenwillig-exzentrischen Ludwig Wittgenstein artikuliert worden. So sehr der Tractatus als Manifest einer Destruktion der überkommenen Metaphysik verstanden werden kann, so sehr geht es ihm zugleich um die Festlegung von Grenzen, nämlich der Trennung von Sagbarem und Unsagbarem. In diesem logischen System gibt es »allerdings Unaussprechliches«, das sich lediglich der Erfahrung erschließt, das nicht gesagt werden kann, das sich vielmehr »zeigt«: »es ist das Mystische«.[19]

Im Kontext der umfassenden Krise dieser Zeit vollzog sich eine bis dahin ungekannte, durch die Technologieschübe und den Medienwandel während des Ersten Weltkrieges wesentlich beschleunigte technische Entwicklung, kam es zur Rationalisierung und Reorganisation des Produktionsapparates. »Das technische Ideal war an die Stelle der verlorenen gesellschaftlichen Ideale getreten.«[20] In der dabei immer

krasser zutage tretenden Diskrepanz zwischen »funktioneller« und »substantieller Rationalität« sieht denn auch der Soziologe Karl Mannheim einen der zentralen Gründe für den Legitimitätsverlust und schließlichen Zerfall des liberal-demokratischen Systems. Während das »technische Ideal«, die »funktionelle« Rationalität, das Denken und Handeln der Menschen immer mehr auf Effizienz und ideallosen Utilitarismus verpflichtet habe, wurde die »substantielle« Rationalität, also die Einsicht in Ablauf, Sinn und Bedeutung des Gesamtgeschehens, sukzessive minimiert. Die Folge sei das vermehrte Auftreten eines diffusen Krisenbewusstseins, sozialer Ängste und Ressentiments, das Wirksamwerden neuer Irrationalismen.[21] Diese waren nicht zuletzt das Symptom einer doppelten Spaltung: eine Entkopplung der wissenschaftlichen Rationalität vom emanzipatorischen Erbe der Aufklärung sowie eine Entkopplung der Politik von deren utopischem Ideal.

Vor dem Hintergrund von Deindustrialisierungs- und Reagrarisierungsprozessen, wie sie mit der Weltwirtschaftskrise schlagartig einsetzten, vor dem Hintergrund einer fortgesetzten Schwächung moderner Gesellschaftssegmente wie Industrie, Finanzkapital und Arbeiterschaft wurden diese Ressentiments und Irrationalismen massenhaft mobilisiert. Das gesellschaftliche Krisenszenario hat die parlamentarische Demokratie, die (industrielle) Moderne insgesamt ihrer Legitimierung beraubt und durchgehend präsente, vordem jedoch in den Hintergrund getretene, rückwärts gewandte, vormoderne Utopien erneut aktualisiert: Vorstellungen einer an einem idealisierten Mittelalterbild orientierten gesellschaftlichen Harmonie, einer berufsständischen sozialen Organisation, die in einem die liberal-kapitalistische »Modernisierung des Daseins«, den »Zersetzungsdrang« und die »Tyrannei des entwurzelten Intellekts« sowie die Vorherrschaft des »mechanistischen und materialistischen Denkens« außer Kraft setzen sollte. Die neoromantische Kritik an der Moderne, und damit vor allem die Kritik an der modernen bürgerlichen Kultur, wurde im Namen eines als ideal imaginierten Vergangenen geführt und richtete sich gegen einen individualistischen, liberalen Kapitalismus ebenso wie gegen den egalitären Sozialismus. Diese Kritik – begründet etwa in der ständischen Staatsphilosophie eines Adam Müller – führte ihre Anklage gegen die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, gegen Verelendung und Entwurzelung des industriellen Proletariats im Sinne der gesellschaftlichen Organisation der Vormoderne. Es waren nicht zuletzt die befreienden, die emanzipierenden Potentiale und Konsequenzen des bürgerlichen Liberalismus und der parlamentarischen Demokratie, die zur Zielscheibe dieser Kritik wurden – hatte die Durchsetzung des demokratischen Prinzips doch unweigerlich die Emanzipation und Selbstorganisation der Massen gefördert. Dem politischen Ideal der bürgerlichen Freiheiten wurde so das soziale Ideal eines autoritären, streng hierarchisch gegliederten, vormodernen Wohlfahrtsstaates gegenübergestellt.[22]

Breite Resonanz und soziale Verankerung fand diese Form von Gesellschaftskritik zunächst in der Umbruchsphase nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zerfall des übernationalen Wirtschaftsraums der Habsburgermonarchie und die bald nach Kriegsende

einsetzende massive Geldentwertung, die in eine Hyperinflation umschlagen sollte, hatten zur materiellen Verelendung und kulturellen Desintegration der Altwiener gehobenen Mittelschichten geführt. Führende Schichten der österreichischen Intelligenz, große Teile des mittleren und kleineren Bürgertums, die der Monarchie ihre Beamten und Offiziere gestellt hatten, die seit einem Jahrhundert Träger einer spezifisch österreichischen Kultur, der Wiener Musik, des Wiener Theaters, die Verkörperung der altösterreichischen Traditionen, des österreichischen Patriotismus gewesen waren – sie erwiesen sich als die eigentlichen Besiegten des Krieges. Der Sieg der Demokratie im Oktober 1918 fand sie im Lager der Republik. Doch ihre rasche Verelendung im Gefolge der Inflation ließ sie eine tief empfundene Gegnerschaft jenen gegenüber entwickeln, die aus der Katastrophe des Zusammenbruchs (scheinbar) Profit ziehen konnten: die Arbeiterschaft, die zur politischen Macht, und die aus der Inflationskonjunktur entstandene neue Bourgeoisie, die zur ökonomischen Macht aufgestiegen war. Auch die schrittweise Wiederherstellung normaler Wirtschaftsabläufe sollte diese Gegnerschaft nicht mindern; sie kam nicht zuletzt in einem vermehrt auflebenden Antisemitismus zum Ausdruck.[23]

> *Die Intellektuellen verstanden nicht, daß die Umwälzung der Einkommensverteilung Ergebnis eines elementaren Prozesses war, die unentrinnbare Wirkung der großen historischen Katastrophe des Krieges, der Auflösung des alten Wirtschaftsgebietes, des Gewaltfriedens war. (…) Breite Schichten der Intelligenz, der Beamtenschaft, der Angestelltenschaft, des Kleinbürgertums, die im Herbst 1918 von der roten Flut mitgerissen worden waren, standen im Sommer 1919 der Sozialdemokratie todfeindlich gegenüber. (…) Sie sahen viele Juden unter den reich gewordenen Schiebern. Sie sahen Juden unter den Führern der Arbeiter. Ihr zweifacher Haß fand im Antisemitismus seine Vereinigung.*[24]

Diese ambivalenten Stimmungslagen fanden ihren präzisen Ausdruck und Niederschlag in der zeitgenössischen literarischen ebenso wie in der wissenschaftlichen Produktion. Auf der einen, der dem Individualismus zugeneigten Seite theoretisierte Ludwig Mises die liberale Wirtschaftswissenschaft,[25] die Rückkehr zu einem radikal marktwirtschaftlichen Ansatz und formulierte damit die Interessenlagen einer ebenso geschäftstüchtigen wie skrupellosen neuen Bourgeoisie, die die Befreiung ihrer Tätigkeit von allen den Markt hemmenden staatlichen und gewerkschaftlichen Fesseln einforderte.

Auf der anderen, der metaphysisch beschworenen Gemeinschaft zugeneigten Seite artikulierte Othmar Spann seinen Gegenentwurf: »Der wahre Staat«. Der 1878 in Wien geborene Spann hatte sich 1908 in Brünn habilitiert und wurde 1919 als Professor für Nationalökonomie und Gesellschaftslehre an die Universität Wien berufen. 1921 erscheint sein Hauptwerk[26] – ein Werk, das geradezu paradigmatisch die Flucht der durch die Inflation verelendeten bürgerlichen Intelligenz in das romantisch-autoritäre Ideal einer ständischen Staatsordnung repräsentiert. Spann hatte

unter konkreter Bezugnahme auf den romantischen Antiliberalismus eines Adam Müller seine teleologische Ganzheitsmetaphysik in Reaktion auf die Bedingungen und Konsequenzen der modernen Industriegesellschaft entwickelt. Beeinflusst von den Nachkriegsereignissen entwarf er im »Wahren Staat« die Konzeption einer berufsständischen Gliederung des gesellschaftlichen Aufbaus, die auf den Erhalt bestehender Eigentumsverhältnisse vor den sozialen Ansprüchen einer offensiv agierenden Arbeiterbewegung abzielte. Kartelle und Gewerkschaften sollten zu beruflichen, sich selbst verwaltenden Zwangsverbänden zusammengeschlossen, der sozialdemokratische Machtzuwachs in der Republik durch eine dezentralisierte Ständeordnung und die Übertragung staatlicher Hoheitsrechte auf ebendiese Zwangsverbände neutralisiert werden. Die geänderte politische Lage veranlasste Spann und seinen Kreis gegen Ende der zwanziger Jahre zu einer entscheidenden Änderung dieser Konzeption und zu einer Modifizierung entsprechend der sozialen Struktur der Heimwehrbewegung, mit der enge politische und personelle Verflechtungen bestanden: die Wiedereinführung einer staatlichen, autoritären Instanz, den Wirtschaftsständen übergeordnet, zur Überwindung ökonomischer Widersprüche in der ständischen Gesellschaft.[27] Die übergeordnete Führungsrolle war der Heimwehr zugedacht, die sich als »Staatsstand« konstituieren sollte.

Spanns »Universalismus« ist ein einziges Manifest des Antimodernismus, das, weitgehend abstrahiert von der sozialen Realität industrieller Gesellschaften, »in dem Mutterboden der Scholastik« wurzelt.[28] Er definiert ihn im Wesentlichen mit den Begriffen »objektiv statt subjektiv«, »apriorisch statt relativistisch«, »deduktiv statt induktiv«, »intuitiv statt empirisch«, »Zweckwissenschaft statt Kausalwissenschaft«, »inneres Wissen statt der Aufklärung«, »durchsetzt mit Irrationalität statt reiner Herrschaft des Rationalen«, »metaphysisch statt ametaphysisch«, »ständisch statt kapitalistisch«.[29] Spann greift somit auf den deterministischen Realismus der älteren Scholastik zurück, in dem sich der Idealismus und Universalismus der feudalistischen Weltauffassung am präzisesten ausdrücken. Die mittelalterliche Welt hatte sich ihr praktisch-theoretisches Weltbild in Analogie zu ihrem gesellschaftlichen Sein, in der Einbindung des Individuums in durch das Herkommen geheiligte herrschaftliche und genossenschaftliche Verbände geformt. Sie betrachtete alles Weltgeschehen als Verwirklichung eines göttlichen Arbeitsplanes, die Dinge als Abbilder der Ideen. Der Einzelne ist ein Geschöpf der Gemeinschaft, in die er hineingeboren wurde, die einzelnen Dinge denkt er als Erzeugnis der allgemeinen Begriffe, unter die sie subsumiert werden. Alles Weltgeschehen wird durch einen planmäßig wirkenden Willen gelenkt, ebenso wird alles Wirtschaftsleben planmäßig, zweckbewusst geleitet. Die Welt wird als ein Produkt eines über ihr stehenden, zweckgerichtet tätigen Willens verstanden.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion hat die Gesellschaft aufgelöst in eine Masse unorganisierter, selbstherrlicher Individuen, hat den gesellschaftlichen Zusammenhang zergliedert in Kooperation der Individuen miteinander und

Wettbewerb der Individuen gegeneinander. Die Menschen begannen, die Welt als Resultierende konkurrierender individueller Kräfte zu denken, an die Stelle des teleologischen tritt das kausale Weltbild, die »mechanisch-atomistische« Weltauffassung. Die berufsständische Ideologie entstand in Reaktion auf den liberalen, individualistischen Kapitalismus, auf die »Atomisierung« der Gesellschaft, auf die Auflösung herkömmlicher gesellschaftlicher Organisationen, auf deren Zerlegung in Atome, in unorganisierte Individuen, die dieser dem Staat entgegengestellt hat.

Ganz in dieser Tradition stehend propagierten Spann und seine Schule den Übergang zum »universalistischen«, »organischen« Systemgedanken, zur »gliedhaften« Auffassung von Wirtschaft und Gesellschaft – freilich adaptiert und in einem geänderten gesellschaftlichen Zusammenhang. Berufsständische Ideen werden in Zeiten der fortschreitenden Durchorganisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und einer tief greifenden staatlichen Reglementierung der Wirtschaft zu leitenden Ideen im Kampf gegen die politische Demokratie; in Gestalt des faschistischen Korporationensystems schließlich zu einem Instrument zur vollständigen Beherrschung des Wirtschaftslebens durch den totalitären Staat.[30]

Aus der »Dienstbarkeit der Wirtschaft« leitet Spann die Dienstbarkeit jeder Güter schaffenden Arbeit ab, die zu einem »bedingt passiven« und »passiven Gut« wird, gleichgesetzt allen anderen »leistenden« Gütern. Aus der in diesem Sinn getroffenen Hierarchisierung der Arbeit erwächst in logischer Konsequenz eine hierarchisch aufgebaute Gesellschaft, in der die sich »selbst genügende« Arbeit, die Arbeit »edleren Stammes« eine natürliche Spitze bildet. Es ging somit um den Nachweis, dass der »wahre Staat« ausschließlich in der »Unterordnung des geistig Niederen unter das geistig Höhere« zu begründen sei. Die Handarbeiter (»Handwerker« und »Kunstwerker«) müssten von den »Wirtschaftsführern«, diese von den »Staatsführern« und diese wiederum von den »Weisen« (also dem »höheren Lehrstand«) geführt werden. Prinzipien, die der italienische Faschismus – natürlich unter Außerachtlassung der letztangeführten Kategorie der Weisen – mit brutalem Terror in gesellschaftliche Realität umgesetzt hatte. Nun stand Mussolini nicht in der Tradition eines Othmar Spann – der seinerseits im italienischen Korporativismus die Bestätigung und politische Umsetzung seines theoretischen Werkes erblickte –, sondern vielmehr in jener des proletarisch-revolutionären Syndikalismus beispielsweise eines Georges Sorél. Der Faschist Mussolini allerdings hat es verstanden, die Entwürfe einer berufsgenossenschaftlichen Organisation und die syndikalistische Konzeption des berufsständischen Aufbaus des Staates in ein Mittel zur Niederwerfung von Demokratie und organisierter Arbeiterbewegung zu transformieren: Zwangskorporationen wurden installiert, Gewerkschaften und Unternehmerverbände Herrschaftsmittel des totalitären Staates.

Zwischen den Spitzen der Heimwehrbewegung in Österreich und dem Kreis um Othmar Spann bestanden jedenfalls enge Verschränkungen. Nun ist die innere Konsistenz des Spann'schen Gedankengebäudes schon von zeitgenössischen Kritikern

massiv in Frage gestellt worden, und dessen metaphysische Konstruiertheit, vage Begriffsbildung sowie die ständige Bezugnahme auf die antike und deutsche klassische Philosophie stellten kaum konkrete gesellschaftspolitische Handlungsanleitungen vor. Wir dürfen daher, in Anlehnung an Francis Ludwig Carsten, davon ausgehen, dass sich die Komplexität seiner Argumentation und seiner Sprache im Bewusstsein der Heimwehrführer in ihrer krudesten und vulgärsten Form niederschlug, wogegen der reale Kern ihrer Ideologie faschistisch war; mit »der Linken« als bevorzugtem Feindbild und durchsetzt mit ausgeprägt antisemitischen Zügen.[31]

Der Weg in den Februar

Die eigentlichen Sieger des 15. Juli 1927 waren die Heimwehrverbände gewesen, deren aktives Eingreifen zur raschen Unterbindung und Zerschlagung des von der sozialdemokratischen Parteileitung ausgerufenen 24-stündigen Generalstreiks und unbefristeten Verkehrsstreiks wesentlich beigetragen hatte. Entstanden in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Grenzschutz in den Bundesländern Kärnten und Steiermark, hatten sie sich unter Einfluss von militanten Organisationen der bayerischen Rechten in kurzer Zeit zu bürgerlichen und bäuerlichen Wehrverbänden entwickelt. Als soziale Protestbewegung jener Schichten und gesellschaftlichen Gruppierungen, die von Deprivilegierung akut bedroht waren, gelang ihnen zunächst allerdings die Rekrutierung von Kadern und Anhängern in einem relevanten Ausmaß nur dort, wo sie auf ungebrochene konservative und antimodernistische Traditionsbestände zurückzugreifen vermochten – so etwa in Tirol unter Führung des geflüchteten deutschen Majors Waldemar Papst, der in die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verwickelt gewesen und später zu einer Zentralfigur des Kapp-Putschs geworden war.[32]

In der Zeit der Regierung Seipel II nahm die Heimwehr, zumindest in Ansätzen, den Charakter einer Massenbewegung an. Seipel hatte die Wahlen vom 27. April 1927 mit dem von ihm geführten Bürgerblock verloren und schien dessen politische Vorherrschaft, sollte es zu einer ernsthaften Konfrontation mit einer ständig stärker werdenden Sozialdemokratie kommen, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie auf die Dauer nicht garantieren zu können. Er setzte auf eine Verfassungsrevision und die Heimwehr, deren militärisches, vor allem aber auch politisch-symbolisches Mobilisierungspotential er für diese Zwecke zu instrumentalisieren suchte. Der österreichische Bankenverband, der Großgrundbesitz, die von deutschem Kapital beherrschte Alpine Montan und andere Industriegesellschaften subventionierten die Heimwehr großzügig und, seit 1928, neben Ungarn auch das faschistische Italien Mussolinis mit bedeutenden Geldmitteln und umfangreichen Waffenlieferungen. Unter diesen Umständen war der quantitative Zulauf beträchtlich, allerdings setzten sich die Mannschaften zunehmend aus Depravierten, aus »Deklassierten aller Klassen« zu-

sammen. Wie überhaupt die soziale Basis der Heimwehr überaus heterogen war und von einer akuten Gefährdung ihres sozialen Status unmittelbar betroffene Angehörige der traditionellen und neuen Mittelschichten ebenso umfasste wie überschuldete Bauern, Arbeitslose und um ihre materielle Existenz bangende Arbeiter. In den Führungsstäben waren Vertreter der organischen Provinzintelligenz ebenso präsent wie demobilisierte und beschäftigungslose Weltkriegsoffiziere und, in einem immer bedeutenderen Ausmaß, Grund besitzende Adelige.[33] Geeint hat sie ihre gemeinsame militante Ablehnung der demokratischen Republik, ihr Ansinnen einer Zerstörung der politischen Macht der organisierten Arbeiterschaft und einer Einschränkung der sozialen Vorherrschaft eines (großteils mit Spekulations- und Schiebergeschäften in der Inflationszeit aufgestiegenen) neuen Großbürgertums. Auf dieser Basis gelang unter Steidle und Pfrimer die Vereinigung der bisher selbstständigen und rivalisierenden Heimwehrgruppierungen im Oktober 1927.

Unter ständigen Putsch- und Staatsstreichdrohungen, unter Berufung auf das »Notrecht des Volkes« und unter Hintansetzung des »Fetischs der Legalität« wurde nunmehr eine qualitative Änderung der Verfassung von 1920 angestrebt, die allerdings erst unter der erneuten Kanzlerschaft von Polizeipräsident Schober – der als einer der Hauptverantwortlichen für die blutigen Vorfälle im Juli 1927 der Heimwehr auch als persönlicher Garant für ihre Intentionen erschien – zum bestimmenden Thema der österreichischen Innenpolitik wurde. Der von Schober am 18. Oktober 1929 vorgelegte Verfassungsentwurf sah im Wesentlichen eine umfangreiche Ausdehnung der Kompetenzen des nunmehr in einer Volkswahl zu bestimmenden Bundespräsidenten (bis hin zu einem Notverordnungsrecht) sowie die Abschaffung des Status Wiens als Bundesland vor, was zu einer zentralen Schwächung der Sozialdemokratie in ihrer wichtigsten Bastion geführt hätte. Daneben waren die Wiedereinführung von Adelsprivilegien und Zensur, insbesondere in Theater und Kino, die Beseitigung der Geschworenengerichte, die Etablierung eines Ständerates, die Erweiterung von Polizeibefugnissen und eine Reihe anderer, tendenziell autoritärer Verfassungsänderungen vorgesehen.[34] Schober allerdings sollte sich nicht als ein Mann der Heimwehr erweisen. In langwierigen Verhandlungen mit einer von der eben erst einsetzenden Weltwirtschaftskrise in ihren gesellschaftlichen Machtstellungen noch kaum angeschlagenen Sozialdemokratie konnte ein Kompromiss erzielt werden, der nicht den von der Heimwehr angestrebten autoritären Staat, sondern ein gemischt präsidial-parlamentarisches Regierungssystem etablierte.

Die Niederlage im Verfassungsstreit ließ die aus ihrer heterogenen sozialen Struktur resultierenden Gegensätze innerhalb der Heimwehr in aller Schärfe zutage treten. Fortgesetzte Einigungsbestrebungen fanden ihren Ausdruck in einer Führertagung am 18. Mai 1930 in Korneuburg, auf der alle Heimwehrverbände auf einen antiparlamentarischen Kurs festgelegt werden sollten und der »westliche Parlamentarismus« sowie der »Parteienstaat« verworfen wurden. Auf berufsständischer Grundlage sollte die »Selbstverwaltung der Wirtschaft«, an deren Spitze eine »starke Staatsführung« vorgesehen

war, verwirklicht werden. Die Stände sollten den »Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet«, die »Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung« überwunden werden.

Sobald Dollfuß – der bis zu seinem Regierungsantritt durchaus in der demokratischen Tradition der christlichsozialen Bauernschaft stand – mit den parlamentarisch-demokratischen Formen gebrochen hatte, geriet er unter den bestimmenden Einfluss der Heimwehren und eines politischen Katholizismus, der mit seinem Organisations- und Vereinsgeflecht allein dem Regime eine gewisse Massenbasis zu stellen imstande war. Unter diesem Druck verstärkte sich die autoritäre Dynamik; sie wurde durch den italienischen Einfluss, dem sich Dollfuß regelrecht unterworfen hatte, um die Unterstützung gegen das Dritte Reich zu erkaufen, weiter intensiviert. In einem Brief vom 1. Juli 1933 hatte Mussolini Dollfuß nachhaltig gedrängt, ein Programm von »effektiven und wesentlichen internen Reformen in entschieden faschistischem Sinne durchzuführen«, der Sozialdemokratie »in ihrer Felsenfestung Wien einen Schlag (zu) versetzen« und die Säuberungsaktion auf »alle Zentren« auszudehnen, die im »Gegensatz zum Autoritätsprinzip des Staates zersetzende Tendenzen verfolgen«.[35]

Am 18. August 1933 traf Dollfuß Mussolini in Riccione, wobei ihm »eine große politische Rede« für die ersten Septembertage nachdrücklich empfohlen wurde, in der die Unabhängigkeit und Erneuerung Österreichs, der »diktatoriale Character« des Regimes, die Einsetzung eines Regierungskommissärs für die Gemeinde Wien und das Projekt einer Verfassungsreform auf »faschistischer Basis vom politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkt« angekündigt werden sollten.[36] Tatsächlich hat Dollfuß im Rahmen der Feiern anlässlich des 250. Jahrestages der Befreiung Wiens von der türkischen Belagerung am 11. September *(Abb. 91)* eine große programmatische Rede am Wiener Trabrennplatz gehalten.[37] In dieser Rede klangen alle jene Punkte an, die späterhin zu zentralen Legitimationsmustern des »Austrofaschismus« werden sollten. Die Schaffung einer »neuösterreichischen«, gegen das Dritte Reich und dessen Annexionsgelüste gerichteten Identität, der Rekurs auf eine romantisierende »Reichsidee« und das Konstrukt einer spezifisch österreichischen, katholisch-abendländischen »deutschen Mission«, die Schaffung eines »sozialen, christlichen, deutschen Staates Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung«.

Der Ständestaat wurde jedenfalls als ein aus der Geschichte abgeleiteter, in die Zukunft weisender göttlicher Auftrag interpretiert, verstanden als ein rückwärts gewandter Gegenentwurf zu den Konsequenzen der modernen Industriegesellschaft, der Moderne insgesamt. Getragen von einer spezifisch katholischen Sehnsucht nach Klassenharmonie und Konfliktfreiheit, getragen von feudalen Reminiszenzen und antimodernistischen Affekten, verwachsen mit althergebrachten Vorstellungen eines gottgewollten Oben und Unten, versehen mit vagem antikapitalistischen Sentiment. Es ist die Sehnsucht nach der organischen, nach der naturrechtlichen Gesellschaft mit ihrer unhinterfragten und unhinterfragbaren sozialen Hierarchisierung. Immer wieder hat Dollfuß in seinen Reden das Bild gemeinsamen Zusammenarbeitens und



Abb. 91: Veranstaltung der Vaterländischen Front am Trabrennplatz, 11. September 1933.

Zusammenlebens von Bauer und Knecht, die nach getaner Arbeit aus der gemeinsamen Schüssel essen und gemeinsam zum Rosenkranz niederknien, bemüht. Parlamentarische Demokratie, autonome Arbeiterorganisationen und konkurrierende Massenparteien haben in diesem Weltbild keinen Platz, der Gesellschaftsvertrag im Sinne der Aufklärung erhält das Stigma der Blasphemie.[38]

In einem »kalten« Staatsstreich vom 7. März 1933 hatte sich das Regime gleichsam absolutistische Regierungsgewalt angeeignet. Von März 1933 an wurden unter permanentem Verfassungsbruch rund 300 Verordnungen auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahr 1917 erlassen, der Verfassungsgerichtshof wurde ausgeschaltet. Ein brillanter Jurist, mit dem guten Gedächtnis der österreichischen Hochbürokratie ausgestattet, instrumentalisierte ein weithin vergessenes autokratisches Rechtsbefugnis zur rechtskonformen Aushöhlung des Verfassungsstaates. Der vormalige Sektionschef Robert Hecht, aus einem assimilierten jüdischen Milieu stammend und früh zum Protestantismus übergetreten, verschaffte dem katholischen Kanzler die nötige Rechtsexpertise; Hecht, Angehöriger des Prominententransports nach Dachau vom 1. April 1938, sollte dann im Mai jenes Jahres zu einem der ersten Opfer des NS-Terrors werden.[39]

Die Notverordnungen liefen auf eine Demontage der allgemeinen Freiheitsrechte und der Sozialgesetzgebung hinaus, zerstörten ihrem Charakter nach aber auch entwicklungsfähige Ansätze berufsständischer Selbstverwaltung von vorneherein: die tendenzielle Entrechtung der Berufsvertretung der Eisenbahner, die Aufhebung der frei gewählten Personalvertretung bei Post und Fondskrankenkassen sowie in den Bundesbetrieben, die Unterstellung der Arbeiterkammern unter Staatskontrolle, Unterhöhlung der Autonomie der Sozialversicherung, zentralbehördliche Kontrolle der paritätisch besetzten Industriellen Bezirkskommissionen etc. In der raschen, seriellen Form der Notverordnungen, in ihrer Kumulierung, in der Kombination von integrierenden und regressiven Maßnahmen entwarf der von einem religiösen Sendungsbewusstsein durchdrungene Dollfuß von sich das Bild eines kompromisslosen, resoluten Krisenmanagers.

Die Pressefreiheit und das Versammlungsrecht wurden stark eingeschränkt, über die Arbeiter-Zeitung wurde die Vorzensur verhängt. Die Rechtsprechung über politische Delikte wurde der Polizei übertragen, die Schwurgerichtsbarkeit weitgehend unwirksam gemacht und die unabhängige Jurisdiktion schrittweise zum Assistenzorgan autoritärer Machtansprüche umfunktioniert. Wiewohl jeder dieser Schritte mit der Notwendigkeit eines verschärften Vorgehens gegen die Nationalsozialisten gerechtfertigt wurde, wurden sie sofort und in erster Linie gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Anwendung gebracht *(Abb. 92)*. Bereits am 30. März 1933 erfolgte die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, des sozialdemokratischen Wehrverbandes, der allerdings sofort in anderer Form reorganisiert wurde. Von Gewerkschaften und Unternehmern rechtsgültig abgeschlossene Kollektivverträge wurden aufgehoben und Herabsetzungen der Löhne angeordnet. Die Arbeitslosenunterstützung wurde erheblich reduziert, für verschiedene Kategorien gänzlich gestrichen. Für eine Reihe von Industriezweigen wurde ein Streikverbot erlassen, jeder Streik mit Freiheitsstrafen bedroht. Am 11. November 1933 trat für Mord, Brandstiftung und boshafte Sachbeschädigung das Standrecht in Kraft, um am 12. Februar 1934 durch Notverordnung um den Tatbestand des »Aufruhrs« erweitert zu werden. »Anhaltelager« zur Internierung politischer Gegner wurden eingerichtet.

Nicht zuletzt wurde gegen das Rote Wien ein finanzieller Vernichtungsfeldzug geführt. Man sei gegenwärtig darauf bedacht, schrieb Dollfuß an Mussolini am 22. Juli 1933, den »Marxisten« die finanziellen Mittel, die sie sich durch ihren übermächtigen Einfluss in der Gemeinde Wien verschafft hätten, »recht einschneidend zu verringern«.[40] Am 3. Oktober wurde er im Vorstand des christlichsozialen Nationalratsklubs noch deutlicher:

> *Wir müssen der Gemeinde Wien, die auf Kosten der Allgemeinheit sich fettgefüttert hat, wir müssen ihr die ungerechten Mittel entziehen. Sie muß die Suppe auslöffeln, wenn sie nicht mehr können, werden wir zur Stelle sein.*[41]

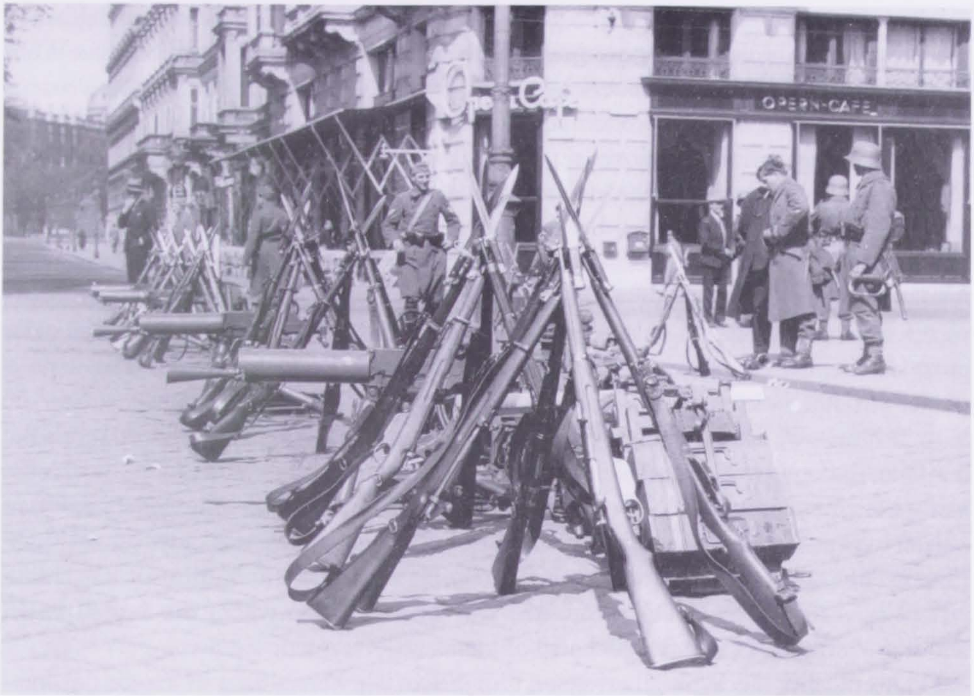


Abb. 92: Wien, 1. Mai 1933, Abriegelung der Innenstadt.

Als überaus wirksamer Ansatzpunkt sollte sich in diesem Zusammenhang die Neukonstruktion des Verteilungsschlüssels im Rahmen der so genannten Abgabenteilung erweisen, die im Zuge der Verfassungsreformdiskussion 1929 aktualisiert worden war und die schließlich von der Sozialdemokratie akzeptiert werden musste, um nicht den Verfassungskompromiss in seiner Gesamtheit zu gefährden. Unter dem Titel eines »Lastenausgleichs« zwischen Wien und den Ländern legte die 7. Abgabenteilungsnovelle vom 28. Jänner 1931 der Gemeinde schwere finanzielle Lasten auf. Bis dahin hatte das Prinzip der verbundenen Steuerwirtschaft gegolten, d. h. jedem Land und jeder Gemeinde wurde jener Anteil an Steuern zuerkannt, der in ihrem Gebiet aufgebracht wurde; bei jenen Steuern, wo dies nicht eindeutig feststellbar war, galt ein bestimmter Steuerschlüssel, der der tatsächlichen Wirtschaftskraft so nahe wie möglich kommen sollte. Man folgte einem Prinzip der gemeinsamen Steuereinhebung und der Verteilung nach dem örtlichen Steueraufkommen, wobei Wiens Doppelstatus als Gemeinde und Land zur Folge hatte, dass sowohl Landes- wie Gemeindeertragsanteile lukriert wurden.[42]

Dieserart konnte Wien, bei einem Anteil von 28,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung, aus Finanzausgleich und Bundeslastenausgleich etwas über die Hälfte der gesamtösterreichischen Ertragsanteile für sich verbuchen, pro Kopf der Bevölkerung

fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt.[43] Allerdings war, wie von sozialdemokratischer Seite immer wieder argumentiert wurde, in Rechnung zu stellen, dass Wien allein 41 Prozent der österreichischen Industriebevölkerung stellte und 60 Prozent der direkten Steuern in Österreich aufbrachte.[44]

Mit der Abgabenteilungsnovelle 1931 sank der Ertragsanteil Wiens um rund ein Viertel gegenüber dem Vorjahr, realiter – unter Einbeziehung der in der Wirtschaftskrise stark rückläufigen Erträge bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben – um ca. 37 Prozent. Die Folgen zeigten sich drastisch und desaströs ab dem dritten Krisenjahr. Anfang November 1933 unterzieht der »Österreichische Volkswirt« den kurz zuvor veröffentlichten Rechnungsabschluss 1932 einer ausführlichen Analyse:[45] Die strikt prozyklische, vom zentralen Axiom des ausgeglichenen Budgets geleitete Finanzpolitik der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung sei beibehalten worden; ohne die mittels Notverordnung erfolgte Außerkraftsetzung der Gewährleistungsklausel, die der Gemeinde nachträglich 19,7 Millionen Schilling entzogen habe, hätte der Haushalt – bei einem aktuellen Gebarungsabgang von 9 Millionen Schilling – sogar einen Überschuss erbracht. Dies habe freilich nur um den enormen Preis einer »gewaltigen Einschränkung« der Investitionsausgaben erzielt werden können, die auf die Hälfte ihres Vorjahreswertes zurückgenommen wurden; seit 1930 waren die Investitionen um drei Viertel ihres ursprünglichen Volumens reduziert worden.

Während aber das Wohlfahrtswesen und die soziale Verwaltung in Zeiten der fortgesetzten Krise (noch) keine wesentlichen Budgetkürzungen hatten hinnehmen müssen, waren im Wohnbau substantielle Einbrüche zu verzeichnen. Von 1931 auf 1932 sanken hier die Investitionen von 80 auf 43 Millionen Schilling, also auf etwas mehr als die Hälfte, und es sei, so der »Österreichische Volkswirt«, bedauerlich, dass die Gemeinde dieserart verzichten müsse, »die gehäufte Arbeitslosigkeit der Großstadt in der bisherigen Weise zu bekämpfen«. Überaus positiv bewertet der »Volkswirt« demgegenüber das Faktum, dass (im Gegensatz etwa zum Bund) bei einem Etat von immerhin 400 Millionen Schilling Schuldendienst, Zinsen und Kreditrückzahlungen de facto nicht existent waren und Wien in dieser Hinsicht eine wohl einzigartige Position einnähme. Während die Mehrzahl der reichsdeutschen Großstädte im dritten Krisenjahr zahlungsunfähig geworden war, hatte beispielsweise Prag bei einem nur halb so großen Etat einen zehnmal so hohen Schuldendienst wie Wien zu leisten.[46]

Mit Suspendierung der Demokratie und dem Umschwenken auf einen autoritären, pseudolegalen Notverordnungskurs ab März 1933 nahmen die Maßnahmen der Bundesregierung schließlich definitiv den Charakter eines bewussten und strategisch angelegten finanziellen Vernichtungsfeldzuges gegenüber Wien an. Mit insgesamt 16 Notverordnungen wurde der Finanzhaushalt der Gemeinde planmäßig und endgültig destabilisiert. Die Notverordnung vom 16. Juni 1933 setzte, wie oben bereits angeführt, für dieses Jahr und rückwirkend für 1932 die Ausfallshaftung der Bundesregierung für eine Mindesthöhe der Ertragsanteile außer Kraft. Am Tage der Abreise von Dollfuß nach Riccione wurde rückwirkend mit 1. Jänner 1933 Wien für dieses und

das folgende Jahr zur Zahlung eines »Lastenausgleiches« in der Höhe von jeweils 36 Millionen Schilling verpflichtet.[47] Die Aufhebung der Gewährleistungsklausel, die Lastenabgabe, die Übernahme der Einhebung der Bundessteuern in Wien durch den Bund selbst, die Befreiung der Bundestheater und der Ravag von der Lustbarkeitsabgabe, die Mehrbelastung der Gemeinde durch das neue Krankenanstaltsgesetz, die Aufhebung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe etc. ließen ein finanzielles Gleichgewicht, ein ausgeglichenes Budget, ja schlicht einen geordneten Betrieb im Finanzhaushalt obsolet erscheinen. Anfang 1934 wies der Voranschlag der Gemeinde einen Abgang von 24 Millionen Schilling aus, die Kassenbestände – einst eiserne Reserve und noch 1931 in der Höhe von 14,7 Millionen Schilling veranschlagt – waren in einem Maße zurückgegangen, dass der Personalaufwand nur noch für zwei Wochen im Voraus gedeckt werden konnte.

Insgesamt hatten sich die Ertragsanteile 1933 auf ein Drittel des Wertes von 1929 reduziert, die allein 1933 durch die Maßnahmen der Bundesregierung entstandenen Verluste entsprachen einem Viertel der Budgetausgaben dieses Jahres.[48] Von Anfang März bis Anfang November 1933 wurden Wien 100 Millionen Schilling durch den Bund entzogen, die Nettoeinnahmen aus dem Lastenausgleich betrugen in diesem Jahr lediglich 11 Millionen Schilling.[49] Zur gleichen Zeit, da der »Volkswirt« resümierte, Wien stehe unter diesen Umständen vor einer Aufgabe, »wie sie wohl noch kaum je einem Gemeinwesen gestellt war«[50], zog ein Ministerrat Bilanz über den Ertrag der bisherigen Notverordnungsmaßnahmen. Eine eigenwillig ambivalente Bilanz: Könnte doch, wie Finanzminister Buresch ausführte, ein weiteres zu scharfes Vorgehen die Gemeinde nötigen, die Verwaltung zurückzulegen und den Bund zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zwingen, die Führung der Geschäfte selbst zu übernehmen. Zudem baue das Bundesbudget auf dem Lastenbeitrag von 36 Millionen Schilling auf, von dem nach Lage der Dinge aber 22 Millionen unbedeckt blieben. Der Bundesminister für soziale Verwaltung, Schmitz, aller Wahrscheinlichkeit nach schon seit dem Treffen in Riccione *(Abb. 93)* als künftiger Bürgermeister vorgesehen, vermeinte »erzieherisch gute Wirkungen« zu erkennen; unter dem Druck des Geldmangels habe die Gemeinde verschiedene »sozialistische Maximen« aufgeben müssen.[51]

In der Tat war der soziale Wohnbau unter dem Einfluss der autoritären finanzpolitischen Maßnahmen zusammengebrochen, die Wohnbausteuer ihrer Zweckgebundenheit entkleidet und zu ungefähr 50 Prozent dazu herangezogen, den definitiven Zusammenbruch der Gemeindefinanzen abzuwenden. Auch die Gemeindebediensteten waren mit radikalen Eingriffen bei Gehältern und Pensionen konfrontiert. Der Gemeindehaushalt, so der Finanzminister zusammenfassend, sei allen Anzeichen nach ins Wanken gekommen.[52] Nicht nur das – die materielle, kulturelle und letztlich soziale Basis eines faszinierenden kommunalpolitischen Experiments war entscheidend ausgehöhlt. Die von Dollfuß Mussolini gegenüber formulierte Strategie, »die marxistische Mentalität, marxistische Formen und Organisationen zu überwinden



Abb. 93: Dollfuß und Mussolini in Riccione, 1933.

und diese durch einen über den Klassen stehenden Staatspatriotismus und durch berufsständischen Aufbau unter weitgehender Ingredienz einer mit starker Autorität ausgestatteten Regierung zu ersetzen«,[53] war in das Stadium der Konkretisierung eingetreten.

Drei Tage im Februar

Die Sozialdemokratie stand dem autoritären Notverordnungskurs macht- und konzeptlos gegenüber, ihre Politik nahm mehr und mehr fatalistische Züge an. Seit sie 1920 aus der Koalition ausgeschieden war, blieb sie auf einen strikten und fundamentalen Oppositionskurs orientiert. Ein Angebot Seipels im Jahre 1931 zum Eintritt in eine Konzentrationsregierung hatte sie aus offensichtlichen Gründen abgelehnt, einen über die Parteigrenzen hinausgehenden Kooperationswillen aber darin erkennen lassen, dass mit Ausnahme des ersten allen weiteren Gesetzen zur CA-Sanierung auf Kosten eines kurzfristigen Popularitätsgewinns mit der Begründung zugestimmt wurde, dass widrigenfalls die gesamte Industrie des Landes zusammengebrochen

wäre. Ihre eigentlichen Energien aber waren auf das kommunale Aufbauwerk in Wien konzentriert.

Das Linzer Programm von 1926 hatte die Partei zudem auf eine Strategie der »defensiven Gewalt« festgelegt. In dem Fall, dass die bürgerlichen Parteien einen auf demokratischem Weg errungenen sozialistischen Sieg mit Waffengewalt brechen wollten, müsste die Sozialdemokratie die Republik im Bürgerkrieg und kurzfristig mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats sichern. Diese Diktatur dürfe jedoch keinesfalls gegen die Demokratie gerichtet sein, sie müsse vielmehr ihrer Wiedererrichtung dienen.[54] Es war eine heftig umstrittene Passage, eine Kompromissformel, die vor allem auf die weitere Integration des linken Parteiflügels abzielte. Die Konzeption der defensiven Gewalt bestimmte die Reorganisation des Republikanischen Schutzbundes nach dem Desaster des 15. Juli 1927 als disziplinierte und tendenziell entpolitisierte Parteiarmee ebenso, wie sie in ihrer propagandistischen Auswertung durch die bürgerlichen Parteien nicht unwesentlich zur Polarisierung der politischen Lager beitrug.

Je mehr der Parteivorstand vor dem Notverordnungskurs des autoritären Regimes zurückwich, desto unruhiger wurde die sozialdemokratische Basis in Wien und den großen Industrieregionen. Auf einem überaus turbulent verlaufenen, im Favoritener Arbeiterheim abgehaltenen außerordentlichen Parteitag (14.–16. Oktober 1933), der nur mehr in einer Atmosphäre der »Halblegalität« abgehalten werden konnte, wurde die defätistische Politik des Parteivorstandes, vor allem aber Otto Bauer selbst von der Linken massiv angegriffen. Es gelang dem Vorstand, eine Kompromisslösung durchzubringen, die eine Ausrufung des Generalstreiks, der den Bürgerkrieg bedeuten musste, in vier Fällen vorsah; und zwar wenn: 1. die Regierung rechts- und verfassungswidrig eine faschistische Verfassung oktroyierte; 2. die Regierung die verfassungsmäßige Gemeinde- und Landesverwaltung des Roten Wien rechts- und verfassungswidrig absetzte und die Verwaltung Wiens einem Regierungskommissär übertrüge; 3. die Regierung die Parteivertretung auflöste; 4. die Gewerkschaften aufgelöst oder gleichgeschaltet würden.[55]

Man wollte den Bürgerkrieg nur riskieren, wenn er unabwendbar und unvermeidlich geworden war, und versuchte durch das Angebot immer weiter reichender, schließlich an Selbstaufgabe grenzender Konzessionen eine drohende Katastrophe zu verhindern. Mit bekannten demokratischen christlichsozialen Politikern wurde Kontakt aufgenommen, um Dollfuß auf diese Weise vom kompromisslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie abzubringen und es ihm zu ermöglichen, mit vereinter Kraft gegen den Nationalsozialismus vorzugehen. Dem Bundeskanzler wurde übermittelt, dass die Sozialdemokratie bereit wäre, der Regierung außerordentliche Vollmachten verfassungsgemäß zuzubilligen, sofern diese Vollmachten unter der Kontrolle eines engeren Parlamentsausschusses und des Verfassungsgerichtshofes gehandhabt würden. Im Gegenzug sollten der Partei ihre Bewegungsfreiheit, das Versammlungsrecht und die Pressefreiheit garantiert werden. Noch am Vormittag des 12. Februar konferierten Vertreter des rechten Parteiflügels, der von den Niederösterreichern geführt

wurde, mit christlichsozialen Politikern. Dollfuß, der vom italienischen Unterstaatssekretär Suvich am 26. Jänner 1934 erneut daran erinnert worden war, dass ein entschiedenes Vorgehen nicht weiter hinausgeschoben werden könne, reagierte nicht. So blieb auch Otto Bauers in der Februarnummer des theoretischen Organs »Der Kampf« formuliertes, letztmögliches Kompromissangebot ohne jegliche Resonanz:

Die Arbeiterklasse kann gewiß nicht die kleinbürgerliche Illusion teilen, daß die ›berufsständische‹ Organisation eine ›neue Gesellschaftsordnung‹ begründen, die Klassengegensätze aufheben könnte. Aber die Arbeiterklasse braucht darum den Aufbau berufsgenossenschaftlicher Organisationen nicht bedingungslos abzulehnen. (...) Gerade durch die Verständigung mit dem Kleinbürgertum und der Bauernschaft über eine wirtschaftsdemokratische berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung kann die Arbeiterklasse im Kleinbürgertum und in der Bauernschaft Bundesgenossen gewinnen gegen eine antidemokratische ›korporative‹ Zwangs- und Herrschaftsorganisation nach italienischem Vorbild, die die Vernichtung der politischen Demokratie, die Aufrichtung einer faschistischen Diktatur bedeuten würde.[56]

Ab 24. Jänner 1934 wurde über direkten Auftrag des Innenministers, Vizekanzlers und »Führers« der Wiener Heimwehren, Major a.D. Emil Fey, mit systematischen Hausdurchsuchungen in sozialdemokratischen Parteiheimen, in öffentlichen Amtsgebäuden, in denen Sozialdemokraten führend tätig waren, und in Privatwohnungen begonnen. Die Auffindung größerer Waffenvorräte in Schwechat lieferte Fey den Vorwand, die groß angelegten Waffensuchen schließlich auch auf Wien auszudehnen und unter anderem die sozialdemokratische Parteizentrale an der Rechten Wienzeile am 8. Februar von einem starken Aufgebot der Polizei besetzen zu lassen. Im Gefolge der Waffensuchen kam es zu umfangreichen Verhaftungen von Funktionären des Schutzbundes, die de facto dessen gesamten Technischen Ausschuss betrafen, so u. a. den militärischen Leiter, Major a.D. Alexander Eifler, und den Kommandanten der Wiener Gemeindewache, Hauptmann a.D. Rudolf Löw. Bis 10. Februar waren alle Bezirks- und Kreisführer des Wiener Schutzbundes, insgesamt an die 200 Personen, in Haft. In einem Kommuniqué vom 11. Februar sprach Fey von einem »bewiesenen Komplott marxistisch-bolschewistischer Verbrecher« und kündigte am selben Tag, in der Euphorie einer Gefechtsübung des Heimatschutzes in Strebersdorf/Langenzersdorf, an, man werde morgen an die Arbeit gehen und ganze Arbeit leisten.[57]

Ende Jänner hatten Bataillone der auf einer dezidiert faschistischen Programmatik stehenden Heimwehren Innsbruck besetzt, die Absetzung der verfassungsmäßigen Landesregierung, die Übergabe der Verwaltung an Heimwehrkommandanten, die Auflösung der Sozialdemokratischen und die Selbstauflösung der Christlichsozialen Partei sowie die Absetzung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen gefordert. Die Staatsgewalt blieb, obwohl die Tiroler Heimwehr nicht mehr als 800 Mann aufgeboten hatte, untätig. In den folgenden Tagen rückten bewaffnete Heimwehrformationen in anderen Landeshauptstädten ein und stellten überall dieselben Forderungen; nach größerem italienischem Vorbild schien sich ein »Marsch auf Wien«

abzuzeichnen. Am 10. Februar bot die oberösterreichische Heimwehr ihre Mannschaften in Linz und Steyr auf und richtete ein Ultimatum an den Landeshauptmann. Einen Tag davor war der oberösterreichischen Schutzbundleitung unter Richard Bernaschek ein Geheimerlass des Landessicherheitsdirektors bekannt geworden, der eine Erfassung aller sozialdemokratischen Vertrauenspersonen und deren Internierung in »Anhaltelagern« vorsah. Der Militanz und Brachialität der staatlich sanktionierten Heimwehren stand ein äußerlich und innerlich in die Selbstdefensive geratener, organisatorisch desintegrierter Schutzbund gegenüber.

Bernaschek ordnete am Sonntag, dem 11. Februar, als stündlich mit der Verhaftung des Landesparteivorstandes gerechnet werden musste, die Bewaffnung seiner Leute an und teilte dem Parteivorstand in Wien mit, dass er auf jede weitere Provokation mit Waffengewalt reagieren werde. Dieser sandte umgehend ein Telegramm: »Tantes Zustand fast hoffnungslos. Verschiebe deshalb Operation bis nach Ärztekonsilium Montag.« Noch einmal sollte Dollfuß' Stellungnahme zu den Ultimaten der Heimwehr im Rahmen einer Landeshauptleutekonferenz abgewartet werden. Das Telegramm, von der Zensur einbehalten, kam nicht durch, wohl aber eine abgehörte telefonische Mitteilung des Kinderfreundefunktionärs Alois Jalkotzy: »Das Befinden des Onkels Otto und der Tante wird sich erst morgen entscheiden. Ärzte raten abwarten, vorläufig noch nichts unternehmen.« Der Entschluss Bernascheks, der der Linksopposition gegen den Parteivorstand zuzurechnen war, stand allerdings fest. Als in den Morgenstunden des 12. Februar Polizeieinheiten eine Waffensuche im Hotel »Schiff« durchführen wollten, entwickelte sich schnell ein heftiger Kampf, der auf Industriegebiete in Oberösterreich, Steiermark und Tirol übersprang. In Wien tagte der Rest des Exekutivkomitees des sozialdemokratischen Parteivorstandes in einer Privatwohnung in Gumpendorf und beschloss nach stürmisch und äußerst kontroversiell verlaufener Sitzung die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes mit einer Stimme Mehrheit. Die ehemals so mächtige Partei – die nach den Ergebnissen der letzten Wahlen 90 Prozent der Arbeiterschaft, 60 Prozent der Bevölkerung Wiens, die überwiegende Mehrheit der städtischen und industriellen Bevölkerung Österreichs überhaupt repräsentierte, die in ihren Reihen 600.000 Mitglieder organisierte, die über ein dichtes Netz von Druckereien und Printmedien verfügte – konnte eine einigermaßen ausreichende Verbreitung des Generalstreikaufrufes jedoch nicht mehr bewerkstelligen. Zwei Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterjugend, Franz Olah und Bruno Kreisky, vervielfältigten den stark gekürzten Aufruf auf einer Abziehmaschine der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter.[58]

Um 11.46 Uhr blieben die Wiener Straßenbahnzüge stehen, die Arbeiter der Elektrizitätswerke hatten das Zeichen zum Generalstreik gegeben. In ganz Wien erloschen die elektrischen Lampen; so auch im Stephansdom, wohin sich der Kanzler und die Regierung zur Feier eines Festgottesdienstes begeben hatten.

Dem am Abend des 12. Februar 1934 zwischen 18.00 und 21.15 Uhr außerordentlich zusammengetretenen Ministerrat der Regierung Dollfuß/Fey stellte sich die ak-

tuelle Situation alles andere denn beruhigend dar: In Linz war es nur nach schwerem Kampf gelungen, die sozialdemokratische Parteizentrale im Hotel »Schiff« einzunehmen. In der Linzer Südbahnhalle war eine Schutzkorpsabteilung vom Schutzbund eingekreist worden; dieser hatte sich auch in diversen städtischen Einrichtungen verbarrikadiert und war in Urfahr, wo er bald das gesamte Gebiet beherrschte, zur Offensive übergegangen. Überaus kritisch schien auch die Situation in Steyr, wo sich Sicherheitswache und Schutzkorps in der Defensive befanden und der Schutzbund gegen die Waffenfabrik, deren Direktor von Arbeitern bereits erschossen worden war, vorging. Heftige Kämpfe wurden auch aus Bruck/Mur gemeldet, wo Schutzbundeinheiten zum Sturm gegen die Klosterberg- und die Gendarmeriekaserne ansetzten und die Bezirkshauptmannschaft eingeschlossen hatten. Aus Steyr und Bruck kamen ständig Hilferufe, auch in Eggenberg und Graz hatten sich vornehmlich um Polizeiwachstuben erbitterte bewaffnete Auseinandersetzungen entwickelt.

In Wien war der Generalstreik ausgerufen worden, seit dem frühen Nachmittag fanden hier ebenfalls Kämpfe statt; man ging jedoch davon aus, dass diese erst im Verlauf des nächsten Tages in voller Stärke einsetzen würden. Von Regierungsseite waren jedenfalls »umfangreiche Gegenmaßnahmen« eingeleitet worden, Bundesheereinheiten wurden zur Assistenzleistung in die Kampfgebiete entsandt *(Abb. 94)*, in Wien war die Innere Stadt zerniert und das Rathaus besetzt. Zahlreiche sozialdemokratische Führungspersönlichkeiten, darunter der Vorsitzende des Bundesrates, General a.D. Theodor Körner, waren bereits in Haft.

Der im Heeresministerium tagende Ministerrat beschloss die sofortige Auflösung der Sozialdemokratischen Partei (die bei den letzten Wahlen immerhin 41 Prozent der gültigen Stimmen erhalten hatte), die Auflösung aller sozialdemokratischen Vereine und der Freien Gewerkschaften, die Beschlagnahme ihrer Vermögen und die Sperre der Arbeiterbank; die Konsumvereine wurden gleichgeschaltet. Aufgelöst wurden durch Ministerratsbeschluss auch der Landtag und der Gemeinderat Wiens, gleichzeitig mit der Enthebung des Bürgermeisters und des Stadtsenats sowie der Einsetzung eines Bundeskommissärs. Das Rathaus war bereits am 12. Februar um 16.45 Uhr vom Feldjägerbataillon zu Rad Nr. 4 und Einheiten des von der Heimwehr dominierten »Freiwilligen Schutzkorps« besetzt worden. Seine Verteidigung übernahm Bürgermeister Seitz, vormals erster Präsident der österreichischen Republik, im Alleingang. Nachdem die Stadträte Weber, Lindner, Speiser, Honay und Danneberg sowie der ehemalige Finanzstadtrat Hugo Breitner festgenommen worden waren, widersetzte sich der 66-jährige, an einem schweren Nierenleiden laborierende Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei seiner Verhaftung mit dem Hinweis, er sei der von beinahe zwei Dritteln der Wiener Bevölkerung frei gewählte Bürgermeister und werde nur der Gewalt weichen. Seitz wurde, wie er selbst in einer Aktennotiz festgehalten hat, gegen 3 Uhr des 13. Februar unter gröblicher Beschimpfung durch Heimwehrleute die Treppen des Rathauses hinuntergeschleift, in ein Polizeiauto gehoben und in das Gefangenenhaus an der Elisabethpromenade geschafft.



Abb. 94: Schlingerhof, Februar 1934.

Die Maßnahmen der Regierung wurden koordiniert und einem seit langem entwickelten, immer wieder überarbeiteten und adaptierten Einsatzplan entsprechend gesetzt, die Kämpfe waren Folge und Ausdruck planmäßiger Aktionen der Staatsgewalt. Und wenn so das Gesetz des Handelns von allem Anfang an bei den Regierungstruppen und den mit ihnen verbündeten bürgerlichen Wehrverbänden lag, war man von Umfang, Ausmaß und Entschlossenheit der militärischen Reaktion des Republikanischen Schutzbundes mehr als überrascht. Man hatte ihn längst für demoralisiert, demobilisiert und schon vor der militärischen Auseinandersetzung für besiegt gehalten.

Der seit beinahe einem Jahr illegalisierte Schutzbund war auf eine militärische Auseinandersetzung vorbereitet. Nach dem 15. Juli 1927, als es in dem spontanen Aufruhr der Wiener Arbeiterschaft zu einem fundamentalen Bruch der Parteidisziplin gekommen war, wurde er unter Führung von Julius Deutsch, dem ersten Heeresminister der Republik, und Alexander Eifler systematisch diszipliniert, militarisiert und entpolitisiert. Es entstand ein wohl organisiertes Parteiheer, das in seinen besten Zeiten 80.000 Mann zur Sicherung der demokratischen Rechtsordnung zu mobilisieren imstande war, das aber auch ein von der großen Zahl der Parteimitglieder weitgehend getrenntes Eigenleben zu entwickeln begann. Für den Fall einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung war ein offensives, den militärischen Überraschungseffekt ausnützendes Vorgehen vorgesehen. Die ganze Aktion dürfe, so Stabschef Eifler, in keinem Fall länger als 24 Stunden andauern. Er und Deutsch orientierten sich an einem nach rein militärischen Regeln geführten Guerillakrieg: Das Waffenmonopol verblieb beim Schutzbund, »Freischärler« – überwacht von einer gestaffelten Befehlshierarchie und angeleitet durch Aktionspläne, die bis ins Detail ausgearbeitet waren – folgten militärtechnischen Imperativen. Davon funktional getrennt blieb die sympathisierende Zivilbevölkerung, der die Rolle einer »Reserve« zugedacht war, die also Kundschafterdienste, Ablenkungsmanöver, Sicherungsdienste etc. ausführen sollte. Gemäß den Aktionsplänen hätte der Wiener Gürtel besetzt, wichtige strategische Punkte eingenommen respektive gesprengt und vom Gürtel aus die Eroberung der Innenstadt in konzentrierter Aktion versucht werden sollen. Ähnliche Pläne nach dem selben grundlegenden Prinzip lagen für die meisten Städte und Industrieregionen des Landes vor. In seinen letzten Direktiven vor seiner Verhaftung am 3. Februar hat Eifler diese Pläne allerdings insofern modifiziert, als der Schutzbund für zwölf Stunden die Entwicklung des Generalstreiks beobachten und erst nach einem Eingreifen der Regierungstruppen die offene militärische Konfrontation suchen sollte.[59]

Diesem Konzept einer »geistlosen Militarisierung«, der offenen Auseinandersetzung mit einem an Zahl, moderner Ausrüstung und militärischer Ausbildung überlegenen Gegner trat General a.D. Theodor Körner vehement entgegen. Es könne nicht darauf ankommen, der staatlichen Exekutive und dem Heer in einem von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch gleichsam eine Konkurrenzunternehmung entgegenzustellen, vielmehr müssten kleine, mobile, politisch und militärisch

hochgebildete Gruppen selbstbewusst und selbstständig tätig werden. Das zentrale Moment des Bürgerkriegs und des Straßenkampfs seien »einzelne bewaffnete Männer, die kommen, schießen und verschwinden«, die einzig mögliche Kampfform jene der passiven Verteidigung gemäß der Devise »Offensive im Geist, Defensive in der Handlung«. Immer aber könne der Schutzbund den Impuls der Massenaktion nur aufnehmen, deren verstärkender und steuernder Bestandteil sein; das im Bürgerkrieg zu erreichende Kampfziel müsse politisch aber stets durch die demokratische Rechtsordnung bestimmt bleiben, also in der Wiederherstellung der demokratischen Verfassung bestehen.

Der Regierung waren die Aktionspläne des Schutzbundes, jedenfalls in groben Zügen, seit dem Verrat des Kreiskommandanten Wien-West, Eduard Korbel, in der ersten Februarwoche 1934 vermutlich auch im Detail bekannt. Der staatliche Gewaltapparat war nach sorgfältig vorbereiteten Kampfplänen für den Fall eines sozialdemokratischen Aufstandes auf seinen Einsatz im Bürgerkrieg vorbereitet worden. Parallel zum Militarisierungsprozess der Wehrverbände seit dem Juli 1927 wurde etwa die Wiener Polizei reorganisiert und speziell für Bürgerkriegszwecke eine in zwölf Kompanien gegliederte, mit Infanteriewaffen ausgerüstete und vom Bundesheer ausgebildete »Alarmabteilung« aufgestellt. Zur effizienten Führung des Straßenkampfes waren drei für diese Zwecke besonders geeignete Panzerwagen tschechischer Bauart erworben worden.[60] Wesentliche Teile der Kampfpläne der Regierung liefen auf die rasche und wirkungsvolle Koordination von Kampfhandlungen der Exekutive und des Bundesheeres hinaus, um auf diese Weise von vornherein die Initiative an sich zu reißen. Hauptträger der Kämpfe sollten dann die Einheiten der Polizei und des »Freiwilligen Schutzkorps« sein – wobei Letztere, zu einer Art Hilfspolizei umfunktioniert und aus staatlichen Waffenbeständen ausgerüstet, praktisch ident mit den Heimwehren waren. Die übrigen bürgerlichen Wehrverbände – wie »Ostmärkische Sturmscharen«, »Christlich-deutscher Turnerbund«, »Reichsbund«, »Freiheitsbund« sowie Kartellstudenten – blieben von untergeordneter Bedeutung und wurden überwiegend zu Assistenzleistungen herangezogen. Die Entscheidung in den Kampfhandlungen aber führte der Einsatz des Bundesheeres herbei, das unter Berufung auf die im Wehrgesetz verankerte »Assistenzpflicht« angefordert und von Bundeskanzler Dollfuß in seiner Eigenschaft als Heeresminister befehligt wurde. Das Heer hatte zum Zeitpunkt der Kämpfe einen Gesamtstand von ca. 25.000 Mann, von denen in Wien an die 4.000 einsetzbar waren. Es setzte schwere Artillerie und Haubitzen ein und nahm damit Gemeindewohnanlagen, in denen sich Schutzbündler verschanzt hatten, unter Feuer – so etwa den Karl-Marx-Hof (Wien 19) durch eine motorisierte Gebirgskanonenbatterie von der Hohen Warte aus *(Abb. 95 und 96, S. 456)*.[61]

Die Revolte des Richard Bernaschek war der Auftakt für einen Verzweiflungsakt der Schutzbündler, den sie, noch ehe er begann, bereits verloren hatten: ein Akt von überwiegend symbolischer Bedeutung, eines Ringens um Selbstbehauptung und Selbstachtung, einer Initiative gegen den expliziten Willen des Parteivorstandes; ein





Abb. 95: Artillerie auf der Hohen Warte, Februar 1934.

Abb. 96: Der zerstörte Blaue Bogen des Karl-Marx-Hofes.

Kampf nicht zuletzt gegen den permanenten Verfassungsbruch und die Entsubstanzialisierung des Rechtsstaates, gegen die schleichende, zuletzt offen betriebene Illegalisierung der Sozialdemokratie. Der zeitgerecht vorgenommene Präventivschlag durch die Regierung hatte dem Schutzbund seine Führungskader und Kommandanten genommen, in einigen wenigen Fällen, wie in Wiener Neustadt oder im 20. Wiener Gemeindebezirk, hatten sich diese angesichts der unmittelbar bevorstehenden militärischen Konfrontation freiwillig verhaften lassen. Die Kommandanten aber wussten allein, wo sich die streng geheim gehaltenen Waffenverstecke befanden. Der englische Journalist G.E.R. Gedye, angesehener Korrespondent des Daily Telegraph, berichtet, wie die Bewohner des Engelshofes (Wien 20) verzweifelt nach Waffen suchten und die ganze Nacht auf den 13. Februar die Wände abklopften, wie Frauen mit bloßen Händen die Erde aufrissen, bis der Hof ohne einen Schuss Gegenwehr von der Polizei eingenommen wurde. Ganze Bezirke waren auf diese Weise ausgefallen, was sich beispielsweise im Fall der Brigittenau, die dem Floridsdorfer Schutzbund die Südflanke hätte absichern sollen, als fatal erwies. Nur in wenigen Fällen gelang es den Schutzbündlern, in die Offensive zu gehen, so in Linz, Steyr, Bruck/Mur, Floridsdorf und in vereinzelten Aktionen der Margaretner und Ottakringer Alarmkompanien. Meist beschränkten sie sich von Anfang an darauf, sich in den Gemeindebauten zu verbarrikadieren und diese mit Waffengewalt zu verteidigen. Nachdem die durchwegs älteren und weltkriegserfahrenen Zugsführer und Feldwebel, die die mittlere Kommandostruktur des Schutzbundes bildeten, durch Verhaftung ausgefallen waren, übernahmen meist junge Männer ohne Kampferfahrung deren Stellen. Zum Großteil allerdings herrschte völlige Unklarheit über den jeweiligen Verlauf der Kampflinien und darüber, welche Blocks bereits eingenommen waren und welche noch Widerstand leisteten. Die zentrale Kampfleitung um Otto Bauer und Julius Deutsch funktionierte nur bedingt. Sie hatte sich zunächst im Ahornhof (Wien 10), einem Seitentrakt des George-Washington-Hofs an der Spinnerin am Kreuz, zusammengefunden, wurde mehrmals innerhalb des Gebäudekomplexes verlegt und setzte sich neben Bauer und Deutsch aus Johann Schorsch, dem Obmann des Bundes Freier Gewerkschaften, Rosa Jochmann und Schutzbundfunktionären unter der Führung des Arbeiter-Zeitungs-Angestellten Robert Gronemann zusammen. Bauer und Deutsch, die im Falle ihrer Verhaftung mit dem sicheren Todesurteil zu rechnen gehabt hätten, gelang im Verlauf des 13. Februar die Flucht in die Tschechoslowakei, der Rest der Kampfleitung blieb bis zum 15. Februar im Washingtonhof, bis sie, ohne von der Polizei entdeckt worden zu sein, von Schorsch aufgelöst wurde. Das Provisorium einer Kampfleitung war bereits am zweiten Tag von den kämpfenden Gruppen in den übrigen Wiener Bezirken auf Grund der militärischen Absperrung des Gürtels abgeschnitten.[62]

So waren die einzelnen Kampftruppen des Schutzbundes auf ihre selbsttätige Initiative verwiesen, wie dies Körner in seiner Kritik an den Eifler'schen Aktionsplänen vorhergesehen hatte. In den Abendstunden des 12. Februar war der Generalstreik

bereits zusammengebrochen. Er wäre in Zeiten, in denen mehr als ein Drittel der ganzen Arbeiterschaft ohne Arbeit war, auch unter günstigeren politischen Rahmenbedingungen kaum durchzuhalten gewesen. Wie tief die Ängste um den Verlust des Arbeitsplatzes tatsächlich griffen, zeigt sich etwa daran, dass viele Schutzbündler untertags zur Arbeit gingen und sich in der Nacht an den Kämpfen beteiligten. Im Karl-Marx-Hof waren – im Gegensatz zur Auffassung der Regierungstruppen, die den gigantischen Gebäudekomplex von einer Unzahl von Verteidigern besetzt wähnten – tagsüber maximal 15 Schutzbündler stationiert. Erst nach Einbruch der Dunkelheit sammelte sich die Alarmkompanie im Kanalnetz und drang in den Bau vor, den die Exekutive auf diese Weise insgesamt dreimal erobern musste. Die genaue Kenntnis des Kanalnetzes ermöglichte den Schutzbündlern in einigen Fällen die zeitgerechte Flucht. So trafen die Angreifer, nachdem sie das umkämpfte Gebäude sturmreif geschossen hatten, häufig nur mehr verlassene Wohnungen an. Zudem wurden Schwerverletzte noch wochenlang in den Kanälen versteckt gehalten, allerdings musste der Aufenthaltsort von Zeit zu Zeit gewechselt werden. Versorgt wurden die Verletzten von sympathisierenden, meist jüdischen Ärzten, die damit ihre weitere Karriere aufs Spiel setzten.

Es hatte sich sehr schnell gezeigt, dass jene Strategie, die den Schutzbund gleichsam zu einem Berufsheer einer politischen Partei gemacht hatte, Schiffbruch erleiden musste. Die Massen der Arbeiterbevölkerung, so sehr sie auch mit den kämpfenden Truppen sympathisieren mochten, griffen in keiner Weise in die Kämpfe ein. Die Nichtbefolgung des Generalstreikappells durch die Eisenbahner erwies sich dabei als besonders entscheidend. Einst Avantgarde der österreichischen Arbeiterbewegung, war ihr Personalstand seit dem Beginn der dreißiger Jahre von mehr als 100.000 auf 58.000 Mann gesenkt worden; seit ihrem letzten Streik, unmittelbarer Auslöser der Parlamentskrise vom März 1933, waren sie nachhaltigen Willkürmaßnahmen im Personalbereich ausgesetzt gewesen, ihre Personalvertretung war zerschlagen worden. So konnte das Bundesheer ungehindert seine Artilleriegeschütze und Panzerfahrzeuge transportieren, so konnte eine am zweiten Kampftag eingetretene Munitionskrise auf Seiten des Bundesheeres durch Munitionstransporte aus Ungarn mühelos behoben werden. Der Generalstabsbericht des Bundesheeres merkt denn auch lapidar an, dass es unverständlich sei, warum die Führer der Sozialdemokratie an den Erfolg ihres »anscheinend unentbehrlichen Allheilmittels« geglaubt hätten.[63]

Dort wo der Schutzbund in Kampf trat, tat er dies mit dem Mut der Verzweiflung und mit einer bemerkenswerten Zähigkeit. Die Kämpfe zeichneten sich, wie für jeden Bürgerkrieg typisch, durch besondere Brutalität und Unbarmherzigkeit aus. Die Auseinandersetzungen um Simmering, das Ottakringer Arbeiterheim *(Abb. 97)*, den Reumannhof (Wien 5), den Karl-Marx-Hof und vor allem um Floridsdorf stellen nach Ansicht von Militärhistorikern ein zeitgenössisches Optimum an Kriegskunst für den modernen Straßenkampf dar. In Floridsdorf war es dem Schutzbund gelungen, Teile des Eifler'schen Offensivplanes in die Praxis umzusetzen. Der Cafetier Wilhelm Sva-



Abb. 97: Militär im Sturm auf das Arbeiterheim Ottakring, Februar 1934.

tos, Kommandant des Schutzbundeliteregiments »Karl Marx«, hatte für die Kämpfe selbst die Führung dem jungen, draufgängerischen Franz Roscher überlassen, der, wie auch der Bericht des Bundesheeres vermerkt, mit seinen Truppen Außerordentliches leistete. Erst in einem konzentrischen Angriff, der durch den Ausfall des niederösterreichischen und des Brigittenauer Schutzbundes möglich geworden war, konnte die dreitägige Schlacht um Floridsdorf zu Gunsten des Bundesheeres entschieden werden. Der ganze Bezirk habe, so der offizielle Polizeibericht, einer Hölle geglichen.[64]

Die Regierungstruppen brachten – neben schwerer Artillerie – Panzerfahrzeuge, Panzerzüge und Flugzeuge des »Österreichischen Heimatschutzfliegerkorps« des Flughafens Aspern zum Einsatz. Ihr entscheidender Vorteil aber lag in der Kommunikation und in der Propaganda. Rundfunk und Sendestationen, militärisch stark besetzt, waren in den Händen der Regierung geblieben, die Versuche des Schutzbundes, dem durch Kurzwellensender entgegenzuwirken, blieben erfolglos. So konnten seit Beginn der Kämpfe Berichte über die vorgeblich bereits eingetretene Niederlage des Schutzbundes in Permanenz gesendet werden, das später nicht eingehaltene Amnestieangebot von Dollfuß wurde halbstündlich wiederholt. Um 14.00 Uhr verkündete das Radio das Standrecht und dass die Bundesregierung unter Bereitstellung des gesamten Machtapparates alle Maßnahmen getroffen hätte, um die »planmäßigen

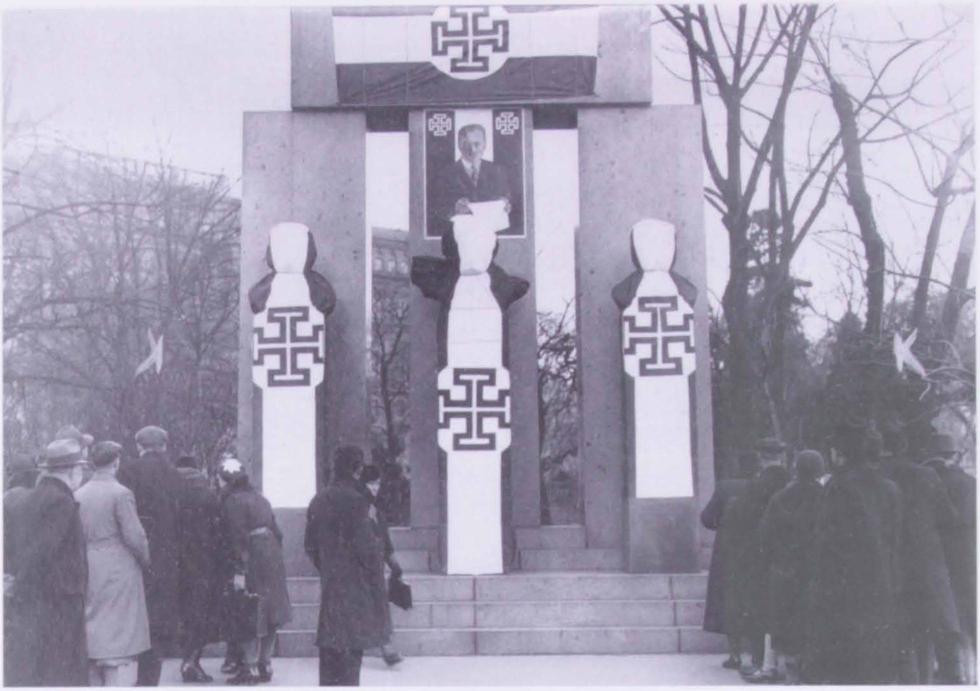


Abb. 98: Republikdenkmal, von Kruckenkreuzfahnen verhüllt, Februar 1934.

Anschläge bolschewikischer Elemente im Keim zu ersticken«. Erstes Opfer des Standrechtes war der 43-jährige Schuhmacher Karl Münichreiter, Vater von drei Kindern. An zwei Stellen schwer verwundet, wurde er auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal gebracht, innerhalb einer Stunde zum Tode verurteilt und drei Stunden später gehängt. Das zweite Todesurteil wurde gegen den 35-jährigen Ingenieur Georg Weissel, Kommandant der Floridsdorfer Feuerwehr, ausgesprochen. Justizminister Schuschnigg rechtfertigte die Hinrichtungen mit Verweis auf das dringend nötige abschreckende Beispiel. Ab 16. Februar folgte eine ganze Serie standgerichtlicher Todesurteile, die aber auf Grund massiver internationaler Proteste nur mehr zu einem geringen Teil ausgeführt wurden. Bis 21. Februar, als Standrecht und Todesstrafe aufgehoben wurden, waren 140 Schutzbündler abgeurteilt, von einigen Dutzenden Todesurteilen aber waren acht vollstreckt worden.[65]

Bereits am Samstag, dem 17. Februar 1934 hatte die Neue Freie Presse »vollständige Ruhe« gemeldet *(Abb. 98)*.

Hatte die Regierung im März 1933 im Wege eines kalten Staatsstreiches die demokratischen Formen ihrer Herrschaft durchbrochen und in der Folge auf der rechtlich höchst problematischen Grundlage des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes ein autoritäres Notverordnungsregime etabliert, vollzog sich gegen Abend des 12. Februar 1934 der Schritt in die offene Diktatur binnen weniger Stunden. Die von ihr nach Niederschlagung des Aufstandes gesetzten Aktionen erwiesen sich als ein Maßnahmenbündel aus symbolischen Demütigungen, politischer Illegalisierung, ökonomischem Raubzug, umfassender Vergeltungsjustiz, autoritärer Befriedung und ebenso ungeschickt wie halbherzig betriebenen Reintegrationsversuchen einer nunmehr »führerlos« gewordenen Arbeiterschaft. Dass das Regime in seiner Herrschaftspraxis beständig zwischen polizeistaatlicher Unterdrückung, Prohibitivmaßnahmen und (aufgezwungener) Nachgiebigkeit wechselte, signalisierte seine inneren Schwächen und seine höchst fragile soziale Basis, änderte aber nichts an dessen diktatorisch-repressivem Charakter.[66]

Unmittelbar nach den Februarereignissen wurde die Stadt von einer Denunziationswelle enormen Ausmaßes ergriffen, sogar enttäuschte und verbitterte ehemalige Schutzbündler waren vereinzelt – wie ein interner Bericht der illegalen sozialistischen Auslandsleitung Alös (Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten) in Brünn feststellt – von einer »Nadererpsychose befallen« gewesen.[67] In den folgenden Tagen und Wochen kam es zu massierten Verhaftungen, die Tausende kleine Funktionäre und Vertrauenspersonen der nunmehr illegalisierten Sozialdemokratie betrafen; sie hatten in ihrer überwiegenden Mehrheit an den Kämpfen nicht teilgenommen und waren oft auch in einem nur mittelbaren beruflichen oder persönlichen Verhältnis zur organisierten Arbeiterbewegung gestanden. In Wien waren bis Mitte März insgesamt 7.823 Personen »aus Anlass der Februarunruhen« über kürzere oder längere Zeit inhaftiert, wobei eine über den Rahmen einer bereits installierten Rechtswillkür hinausgehende Vergeltungsjustiz verheerende, über Jahre nachwirkende massenpsychologische Effekte zeitigen sollte.[68]

Nachhaltige Verbitterung, nicht selten offene Verachtung seitens der Arbeiterschaft lösten auch diverse höchst symbolbeladene Aktivitäten der Regierungspropaganda aus: so beispielsweise die flächendeckende Verbreitung von Ansichtskarten mit den vom Artilleriebombardement zerstörten Wohnhausanlagen, einst der ganze Stolz des sozialdemokratischen kommunalen Reformwerks; oder etwa die bildliche Repräsentation der Kampftage in Form der überaus tendenziösen Darstellung der Filmwochenschau »Österreich in Bild und Ton«; schließlich die Tatsache, dass die Polizei wesentliche Momente der Kämpfe für einen zu Lehr- und Demonstrationszwecken angefertigten Pseudodokumentarfilm nachstellen ließ.[69]

Maßnahmen konkreter Unterdrückung und sozialen Drucks, wirtschaftliche wie finanzielle Repressalien wurden vom Regime mit bemerkenswerter Konsequenz ge-

setzt. Nachdem man zuvor schon prononciert links stehende Anwälte verhaftet und mit Berufsverbot belegt hatte, bedrohte – offensichtlich stimuliert von der aktiven Hilfeleistung und Parteinahme jüdischer Ärzte für die Aufständischen – eine am 16. Februar erlassene Verordnung Apotheker und Ärzte für den Fall einer verbotenen politischen Betätigung mit Entzug der Konzession.[70] Nur eine Woche später wurde die rechtliche Grundlage für die praktische Säuberung im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Unternehmungen geschaffen: Deren Bedienstete konnten nunmehr, auch ohne vorherige Polizei- oder Gerichtsstrafe, bei Kürzung der Bezüge vom Dienst suspendiert werden, wenn die Wahrung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit dies geboten erscheinen ließ;[71] die verschärfte Disziplinierung von Lehrern wurde mit Verordnung vom 5. März geregelt.[72]

In der Ministerratssitzung vom 12. Februar 1934 wurde Karl Seitz seines Postens als Bürgermeister enthoben und Bundesminister Richard Schmitz, der sich dafür den »Segen des Himmels« erbat, als Bundeskommissär eingesetzt. Paragraph 3 der entsprechenden Verordnung unterstellte dem Kommissär das gesamte Personal der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung und stattete ihn mit uneingeschränktem Weisungsrecht aus. Darüber hinaus war der Bundeskommissär »in Ausübung der Dienstaufsicht berechtigt, jeden Bediensteten mit sofortiger Wirksamkeit vom Dienste zu entheben«.[73] Damit war auf kommunaler Ebene das Führerprinzip installiert, die politische Säuberung konnte allerdings nicht zu weit getrieben werden, war man doch in der überaus sensiblen Situation des Nach-Februar auf die Loyalität, zumindest aber die Kooperation des administrativen Apparats angewiesen – wie sich umgekehrt dieser Apparat seiner Eigenlogik gemäß weitgehend loyal verhielt und große Teile der Belegschaft nolens volens der Vaterländischen Front beitraten.[74] So konzentrierten sich die Säuberungen vornehmlich auf die städtischen Unternehmungen und hier insbesondere auf die Gas- und Elektrizitätswerke, in denen sowohl die Revolutionären Sozialisten *(Abb. 99)* wie auch der kommunistische Widerstand eine effektive Basis gefunden hatten und dem Regime passive Resistenz, vereinzelt auch kleinere Akte der Sabotage entgegensetzten. Ein (allerdings undatierter) interner Lagebericht des Brünner Alös (Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten) resümiert:

> *Betriebsräte des E-Werkes und der Gaswerke noch in Haft. Vom Arbeitsstande obiger Gmdebetriebe wurden bis dato entlassen: E-Werk 100, Gaswerk Simmering 65, Gaswerk Leopoldau gg. 200 u. zwar größtenteils ohne Pension u. ohne jegliche Abfertigung »über behördlichen Auftrag« (lt. §8 der Dienstordnung). Da man mit Heimwehrlern als Arbeiter schlechte Erfahrungen gemacht hat, bremst man jetzt deutlich Entlassungen ab …*[75]

Charles Gulick schätzt, dass im Bereich der Wirtschaftsverwaltung bis 1. April 1934 an die 1.200 Bedienstete aus politischen Gründen entlassen worden sind, die exakte Anzahl allerdings ist nicht mehr eruierbar. Im Bereich der Hoheitsverwaltung dürften die Säuberungen in einem geringeren Umfang durchgeführt worden sein und richte-



Abb. 99: Versammlung der illegalen Revolutionären Sozialisten im Wienerwald. 1935.

ten sich offenkundig vornehmlich gegen Angehörige der ehemaligen Gemeindewache oder exponierte Mitglieder des Schutzbundes. Alfred Billmaier, langjähriger freigewerkschaftlicher Vertrauensmann der Gemeindebediensteten, als Februarkämpfer gemaßregelt, bis 1938 ohne Arbeit und im politischen Untergrund tätig, hat in einem Interview im Jahr 1962 die entsprechende Anzahl mit 300 bis 400 Entlassungen angegeben. Ein Großteil der dieserart Gemaßregelten ist, sofern nicht jüdisch, im März 1938 von der nationalsozialistischen Gemeindeverwaltung wieder aufgenommen worden.[76]

Verschärfte Repressionsmaßnahmen richteten sich weiters gegen die organisierten Hausbesorger, die, waren sie im Zuge der Februarereignisse in der einen oder anderen Weise aufgefallen oder auch schlicht denunziert worden, als Erste mit Entlassungen und Delogierungen zu rechnen hatten. Auch hier ist dem Vorgehen des Regimes ein deutliches Vergeltungsmoment eigen, galten doch die »Hausmeister« der Gemeindebauten als eine Kerntruppe der Wiener Sozialdemokratie, als Exponenten einer spezifisch urbanen »proletarischen« Variante einer um den kommunalen Wohnbau zentrierten sozialdemokratischen Subkultur. Ein Milieu, das man, trotz immer wieder geäußerter Intentionen zur sozialen Reintegration der Arbeiterschaft, zunächst zu zerschlagen bemüht war. Am 24. Februar 1934 ersuchte die Magistratsabteilung 17 die Polizeidirektion, ihr ehebaldigst ein Verzeichnis von Gemeindebaumietern, die »infolge der letzten Ereignisse irgendwie belastet erscheinen«, zu übermitteln, um entsprechend Kündigungen einleiten zu können. Diese stünden, da es sich meist um mietschutzfreie Wohnungen handle, »ganz im Belieben der Gemeinde Wien«. Eine Woche später ermöglichte eine Verordnung privaten Hausbesitzern die Kündigung von Mietern, die sich »staats- und regierungsfeindlicher« Handlungen schuldig gemacht hatten.[77]

Die von dem autoritären Bestrafungs- und Disziplinierungskanon (dem gleichwohl häufig präventiver Charakter unterlegt war) in aller Härte Getroffenen waren,

unter den Bedingungen des fortgesetzten Drucks der ökonomischen Krise, akuten lebensweltlichen Bedrohungen ausgesetzt. Polizei- und Gerichtsstrafen zogen beinahe unweigerlich Verlust der Arbeit (sofern nicht ohnehin bereits dem ständig größer werdenden Arbeitslosenheer angehörig), Wohnungsdelogierung, weitere soziale Verelendung, gesellschaftliche Isolierung (sofern nicht einem illegalen gegenkulturellen Milieu angehörig) nach sich. Denn dies ist der eigentliche Kern, die wesentliche Charakteristik der seit März 1933, nach dem Februar 1934 dann verstärkt ausgeübten Repression: Das Regime, für das sich sehr bald, als politischer Kampfbegriff, der Terminus »Austrofaschismus« herausgebildet hatte, enthielt sich weitgehend des offenen Terrors. Seine Methoden waren jene der juristisch ausgeklügelten Willkür, der sozialen Infamie, der subtilen Schikane, stets unter dem Aspekt der Vergeltung, der Revision eines spätaufklärerischen, massenpädagogischen Emanzipationsprojekts. Das Regime zielte, nach der Phase der Standgerichtsbarkeit, nicht auf die physische Vernichtung seiner Gegner, es zielte auf deren wirtschaftliche Existenz, es überantwortete sie einer Spirale von materieller Not und gesellschaftlicher Ausgrenzung.

Im Rahmen dieses Konzepts kam der Gleichschaltung der Justiz, ihrer Funktionalisierung als systemkonforme Tendenzjustiz ein entscheidender Stellenwert zu. Zunächst kam es zu politischen Säuberungen (Verordnung vom 9. März 1934), schließlich zur Gleichschaltung der Laiengerichtsbarkeit, als ein Schöffenlistengesetz (28. August 1934) ein diffiziles System präventiver Selektion einführte und das Schöffenamt ausschließlich »vaterlandstreuen« Bürgern vorbehielt. Das Verfassungsübergangsgesetz vom 19. Juni 1934 beseitigte dann auch de facto die richterliche Unabhängigkeit gegenüber dem politischen Machtapparat. Richter konnten in Hinkunft zwangsversetzt oder auch suspendiert werden.[78] Am 19. Juni wurde zudem, unter Eindruck der massiven Zunahme nationalsozialistischer Sprengstoffattentate, die seit 1919 abgeschaffte Todesstrafe im ordentlichen Verfahren wieder eingeführt.

Die offensiv betriebene Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit – ausgedrückt unter anderem in der Überstellung politischer Verfahren an Sondersenate – fand ihren wohl deutlichsten Ausdruck in der extensiven Anwendung des Prinzips der Doppelbestrafung. Dies bedeutete im Wesentlichen, dass für ein und dasselbe Delikt kumulativ sowohl eine Polizei- wie auch eine Gerichtsstrafe verhängt werden konnte, ein aufeinander abgestimmtes Zusammenspiel von Polizei- und Gerichtsbehörden, von Gerichtshaft und vor- bzw. nachherigem Polizeigewahrsam, zu denen jedenfalls noch Internierungen im Anhaltelager treten konnten.[79]

Nachdem am 21. Februar um 7 Uhr morgens das Standrecht aufgehoben worden war, änderte sich der Charakter der politischen Tendenz- und Vergeltungsjustiz. Österreichweit wurden 140 Schutzbündler standgerichtlich verurteilt, von mehreren Dutzend Todesurteilen acht vollstreckt.[80] Nunmehr lag die Hauptlast judizieller Repression bei den ordentlichen Gerichten.

Bis Ende April betrug die Zahl der Verhafteten 2.133. In Wien waren gut die Hälfte des sozialdemokratischen Parteivorstandes (inklusive des Parteivorsitzenden

und von beinahe zwei Dritteln der Wiener Volksvertretung gewählten Bürgermeisters), zwanzig Nationalratsabgeordnete, drei Bundesräte, neun Landtagsabgeordnete, fünf Stadträte, vierundvierzig Gemeinderäte und zwanzig Bezirksvorsteher inhaftiert worden.[81] Die Haftbegründungen der Staatsanwaltschaft machten sich durchgehend die These einer sozialdemokratischen Verschwörung zu Eigen, das Konstrukt eines Staatsnotstandes. Auf dieser Basis wurde in einer zweiten Prozesswelle gegen Tausende (teils bereits im Verwaltungsweg bestrafte) Beschuldigte vorgegangen; an den beiden Wiener Landesgerichten waren 787 bzw. 2.257 Strafsachen anhängig.[82] Dieselben Prämissen gingen in einer Hochverratsanzeige gegen zwanzig Angehörige des sozialdemokratischen Parteivorstandes ein. Der zugrunde liegende Polizeibericht unterstellte eine gleichsam strukturelle Gewaltdisposition und rekurrierte im Übrigen auf hinlänglich bekannte, propagandistisch motivierte Unterstellungen, so etwa, die Wiener Gemeindebauten seien als militärische Festungen an strategischen Punkten für Bürgerkriegszwecke angelegt worden. Ende Februar leitete die Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung ein.

Sehr bald allerdings sollte sich ein dramatisches Beweisdefizit seitens der Staatsanwaltschaft ergeben, und die Erhebung gegen den ehemaligen Wiener Finanzstadtrat Breitner – der, wiewohl zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aktiv, ebenfalls am 12. Februar im Rathaus verhaftet worden war – erweist sich in diesem Kontext als überaus instruktiv: Sie erhellt einerseits Intentionen und Motivationen einer zum politischen Repressionsorgan umfunktionierten Untersuchungsbehörde und andererseits eine unter den Bedingungen des Freiheitsentzuges, in einer extremen persönlichen Spannungssituation, unter Rechtfertigungsdruck entworfene Bilanz eines politischen Lebens. Der schwer herzkranke Breitner war zunächst in das Polizeigefangenenhaus in der Rossauer Kaserne eingeliefert worden, wo er, von allen äußeren Einflüssen abgeschottet, in Einzelhaft blieb. Am 28. März wurde er in das Landesgericht überstellt; die Anzeige warf ihm vor, er müsse als Finanzreferent der Gemeinde Wien, bei der gegebenen engen Verflechtung mit der sozialdemokratischen Partei, »für die Beschaffung beträchtlicher Geldmittel für die Bürgerkriegsrüstungen des Republikanischen Schutzbundes« verantwortlich sein. Zudem müsse er in dieser Eigenschaft über die Anlage eines großen Teils der Wiener kommunalen Bauten nach strategischen Gesichtspunkten Kenntnis gehabt haben.

Breitner folgte in seinen in den Verhören ab 12. April vorgebrachten Aussagen einer in sich schlüssigen, schwer widerlegbaren pragmatisch-praktischen Argumentationslinie, die ebenso sehr seine eigene Person wie das von ihm so prominent mitgetragene kommunale Reformwerk des Roten Wien kennzeichnet. Momente einer diesem Experiment innewohnenden utopischen Dimension mischen sich mit der strikten Betonung einer Umsetzung wert- und ideologiefreier bürokratischer Abläufe, der gleichsam positivistischen Setzung reiner Verwaltungsnormen.

Allein nach der inneren Organisation des Magistrats, so Breitner, wäre eine Auswahl von Bauplätzen nach strategischen Maximen beinahe unmöglich gewesen,

hätte aber jedenfalls der Kooperation einer Vielzahl von Beamten, die ihrerseits der christlichsozialen Verwaltungsära entstammten, bedurft. Das Stadtbauamt habe seine Auswahl aus erodierten, baureifen Gründen nach infrastrukturellen Gesichtspunkten im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat und dem Fürsorgereferat getroffen. Die Gemeinde hätte zudem keinen einzigen Bau in eigener Regie durchgeführt, sondern ausnahmslos auf Grund von Wettbewerbsausschreibungen an private Architekten und Baufirmen vergeben. Auch hier hätte die Gemeinde eine Unzahl von Mitwissern und Mittätern, die nur schwerlich zu kontrollieren gewesen wären, zu rekrutieren gehabt.

Ganz ähnlich argumentiert Breitner im Zusammenhang mit dem Vorwurf der betrügerischen Verschiebung von Gemeindegeldern. Er hätte eine Vielzahl von Magistratsbeamten und Privatangestellten zu einer für jeden Einzelnen mit Amtsverlust und schweren Freiheitsstrafen bedrohten Handlungsweise verleiten müssen, stets unter dem Aspekt, dass die entsprechenden Manipulationen von dem von ihm selbst geschaffenen unabhängigen Kontrollamt aufgedeckt werden könnten – einem Amt, das, ungleich dem Rechnungshof, nicht stichprobenartig, sondern in Permanenz bei systematischem Wechsel der Beamten prüfe. Die Partei hätte sich am Höhepunkt ihres Einflusses im Zentrum ihres Wirkens, der Wiener Verwaltung, leichtfertig einer »Katastrophe fürchterlichster Art« ausgesetzt:

> *Dabei habe ich nur einen einzigen Gedanken in all den Jahren gehabt: peinlichst zu verwalten und gerade dadurch der Partei zu dienen.*[83]

Wenn also die im Sande verlaufenen Hochverratsanschuldigungen einer, wenn auch stillschweigenden, Entlastung des sozialdemokratischen Parteivorstandes gleichkamen (formell wurde das Verfahren gegen den Vorstand Ende 1935 eingestellt), so war das Regime keineswegs gewillt, seine Konstruktion eines von der politischen Linken langfristig geplanten und bewusst inszenierten Staatsstreichs preiszugeben, um damit einen entsprechenden Autoritäts- und Imageverlust hintanzuhalten. Der Vorwurf des Hochverrats wurde in Richtung der Leitungsebenen des Republikanischen Schutzbundes verlagert. Am 30. Jänner 1935 erhob die Staatsanwaltschaft Wien II die Hochverratsanklage nach §58c StG gegen Alexander Eifler, Rudolf Löw sowie neunzehn Bezirkskommandanten des Schutzbundes. Das Verfahren ist bereits vor der Verhandlung als geradezu exemplarischer Fall autoritärer Tendenzjustiz klassifiziert worden, die Staatsanwaltschaft warf den Beschuldigten einen »gegen den Staat geführten verbrecherischen Anschlag«, eine jahrelange, planmäßige Vorbereitung auf das »blutige Endspiel« vor. Die am 20. April 1934 verkündeten Urteile waren entsprechend hart und reflektierten im Wesentlichen die Intention des Regimes wie auch die interne Schutzbundhierarchie: Eifler erhielt 18, Löw 15 Jahre schweren Kerkers, die übrigen Angeklagten zwischen 12 Jahren und 12 Monaten, in einem Fall wurde auf Freispruch erkannt.

Es wirft ein mehr als bezeichnendes Schlaglicht auf das labile innere Gleichgewicht der Ständestaatsdiktatur, dass Bundespräsident Miklas sich veranlasst sah, die in Haft befindlichen Schutzbundkommandanten im Zuge der Weihnachtsamnestie 1935 zu begnadigen. Am 23. Dezember dieses Jahres öffneten sich für Eifler und die übrigen Verurteilten die Tore der Haftanstalt Stein, ihre Existenzen allerdings waren vernichtet. Immerhin konnte Stabschef Major Eifler – der am 2. Jänner 1945 in Dachau um sein Leben gebracht werden sollte – eine Beschäftigung als Vertreter der Schneiderwerkstätte Kostroun finden. Eine im Laufe des Jahres 1936 durchgeführte polizeiliche Untersuchung, die die Möglichkeit der Einbringung der angefallenen Prozess- und Haftkosten bei den Verurteilten prüfen sollte, ergab, mit einer einzigen Ausnahme, deren »völlige Mittellosigkeit«.[84]

Noch während die Februarkämpfe des Jahres 1934 angedauert hatten, waren die organisatorischen Strukturen der Sozialdemokratie im Verordnungswege bis in ihre kleinsten Gliederungen zerschlagen worden. Die Kultur- und Freizeitorganisationen – von den Arbeitersportorganisationen über Naturfreunde, Kinderfreunde und Abstinentenbund bis hin zu den Religiösen Sozialisten – wurden aufgelöst, ihr Vermögen, ebenso wie das der politischen Partei selbst, konfisziert. Die materiellen Besitzstände der organisierten Arbeiterbewegung wurden enteignet, die Konsumvereine gleichgeschaltet; das Vermögen der ebenfalls aufgelösten Freien Gewerkschaften wurde in die als Nachfolgeorganisation konzipierte Einheitsgewerkschaft übergeführt.[85]

Insgesamt erwies sich die Enteignung aber als ein mühsamer, in Teilen höchst widersprüchlicher Prozess, in dessen Verlauf Rahmenbedingungen und Regelwerk der Liquidationsverfahren mehrmals neu definiert werden mussten. Jedenfalls konstatierte die Bundespolizeidirektion, die Liquidierung der sozialdemokratischen Vermögenschaften habe eine jeglichen Rahmen üblicher Polizeiarbeit überschreitende Tätigkeitserweiterung mit sich gebracht. Die in einer jahrzehntelangen Aufbautätigkeit dieser Partei begründete organisatorische und soziale Kohäsion habe »eine für die Beschlagnahmebehörden im Augenblicke unübersehbare Auswirkung in alle Gebiete des Wirtschaftslebens« mit sich gebracht. Eine Gesamtbilanz des Vermögensentzugs ist indes auch nicht nur annähernd zu treffen. Allein der Wert der konfiszierten Immobilien wurde, nach einer behördlichen Schätzung vom 1. Mai 1936, mit mehr als 11 Millionen Schilling, denen allerdings über 3 Millionen an Belastungen gegenüberstanden, angegeben. Die ehemaligen Liegenschaften der Kinderfreunde, der finanziell bestfundierten sozialdemokratischen Vorfeldorganisation, sind in diesen Schätzungen nicht inkludiert, ebenso wenig waren die Umstrukturierungen im Vorwärts oder in der Arbeiterbank abgeschlossen.[86]

Vor diesem Hintergrund der materiellen wie kulturellen Konfiskation und der fortgesetzten polizeilichen wie juridischen Repression waren die Versuche des Regimes zur Befriedung oder Gewinnung der Arbeiterschaft von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Er kenne die Sozialdemokraten, meinte Richard Schmitz in der Ministerratssitzung am 12. Februar, und wisse, angesichts einer bereits drei

Generationen umfassenden Bewegung, dass sie »eine zähe Masse bildeten«.[87] Und in der Tat: Das sozialdemokratische Traditionsmilieu erwies sich als erstaunlich zählebig, von hoher innerer Konsistenz, politisch weitgehend inaktiv, jedoch unversöhnlich der ständestaatlichen Diktatur, abwartend und distanziert-sympathisierend gegenüber dem neuen revolutionären Rigorismus einer Generation jugendlicher Illegaler. Als Schuschnigg im Februar/März 1938 unter dem Druck der unmittelbar bevorstehenden Hitler'schen Invasion das Regime nach links zu öffnen gezwungen war, brachte dieses Milieu wie selbstverständlich seine angestammten Optionen der parlamentarischen Demokratie und der bürgerlichen Freiheitsrechte ins Spiel.[88]

Gegenüber den Nazis blieb dieses Milieu in seinem urbanen Kontext – trotz der ungeheuren Erbitterung über die Illegalisierung der Sozialdemokratie, die eine Million Menschen politisch heimat- und rechtlos gemacht hatte – weitgehend resistent. Einbrüche vollzogen sich nur dort, wo ein vorwiegend konservatives Umfeld bereits stark nationalsozialistisch unterwandert war oder Dauerarbeitslosigkeit die sozialen Bindungen an die traditionelle sozialdemokratische Gegenkultur weitgehend aufgelöst hatte. Zum anderen konnte die kommunistische Partei bei den Unzufriedenheiten und radikalisierten Stimmungslagen vor allem der jüngeren Generation durchaus erfolgreich anknüpfen. Bis dato eine zahlenmäßig wie inhaltlich höchst unbedeutende Sekte am Rande der Arbeiterbewegung, gelang es der KP, sich nunmehr in eine zeitweilig auf Massenrückhalt basierende, ihrem Organisationsgrad und ihrer Mobilisierungsfähigkeit nach ernst zu nehmende illegale Konkurrenzpartei zu den Revolutionären Sozialisten zu entwickeln.

Insgesamt aber blieb die Zahl der Überläufer begrenzt. Das Ausmaß an bewussten Eintritten, »Entrismen«, in die pseudototalitären Organisationsgliederungen der ständestaatlichen Diktatur – sofern nicht aus beruflich-opportunistischen oder, wie im Fall der Einheitsgewerkschaft, aus Gründen einer wohl kalkulierten politischen Vorgangsweise vollzogen – tendierte gegen Null. Vor diesem Hintergrund hatten an sich bemerkenswerte Initiativen zur Befriedung und Aussöhnung des sozialdemokratischen Traditionsmilieus, wie etwa die von Dollfuß persönlich protegierte »Aktion Winter«, wenig Aussicht auf Umsetzung ihrer ambitiösen Programmatik.[89] Der persönlich integre Ernst Karl Winter, aus dem Studienkreis katholischer Soziologen kommend und von Dollfuß als dritter Vizebürgermeister Wiens installiert (6. April 1934), setzte auf eine ideologisch neutrale Synthese von autoritärem Staat und Arbeiterschaft im Wege einer Wiederherstellung ihrer Kulturorganisationen, einer Generalamnestie und der Zulassung eines autonomen Arbeiterbundes. Regelmäßig waren die überfüllten Diskussionsveranstaltungen der Aktion, in denen ausdrücklich Redefreiheit garantiert war, von Kadern der Revolutionären Sozialisten höchst effektiv in eine Plattform oppositioneller Öffentlichkeit umfunktioniert worden; ebenso regelmäßig endeten sie mit Polizeirazzien, Verhaftungen, Tumulten. Die letzte Versammlung am 23. April 1934 kam einer offenen Revolte nahe.[90]

In diesen Veranstaltungen kam die Fundamentalopposition einer illegalen Partei neuen Typs zum Ausdruck. Die Revolutionären Sozialisten (RS) grenzten sich gegen die alte Sozialdemokratie scharf ab, leiteten ihre Ziele und ihre Organisation aus den Erfordernissen konspirativer politischer Tätigkeit unter den Bedingungen der Diktatur her. Sie nützten die gegebenen Frei- und Handlungsspielräume innerhalb dieser nur unvollständig etablierten Diktatur, um eine politische Gegenöffentlichkeit, insbesondere mit den Mitteln einer eigenen Untergrundpublizistik, aufzubauen. Im Wege eines hoch komplexen Schmuggel- und Verteilungssystems konnte beispielsweise die im Brünner Exil redigierte und hergestellte illegale Arbeiter-Zeitung (AZ) in einer Auflage von bis zu 25.000 Einzelexemplaren vertrieben werden. Unter der Leitung einer Gruppe von Redakteuren aus der »legalen Zeit« der AZ um Oscar Pollak und Otto Leichter ging man zunächst von einer nur kurzen Überlebensdauer des Regimes aus, das einem Zweifrontenkampf gegen den wohl organisierten illegalen Apparat der Linken wie gegen den nationalsozialistischen Terror kaum gewachsen zu sein schien. Spätestens mit dem Scheitern des nationalsozialistischen Putschversuches im Juli 1934 erwies sich dies allerdings als illusionär, da der Ständestaat in der Abwehr des Putsches an Stabilität zunächst gewann. Eine »Länderopposition« innerhalb der RS um den Kärntner Joseph Buttinger setzte in der Folge im Machtkampf gegen die Gruppe der AZ-Redakteure ein konspiratives Organisations- und straffes Kaderprinzip und die Orientierung der illegalen Arbeit auf das Prinzip der revolutionären »langen Perspektive« durch.[91]

Dennoch: Die illegalen Aktivistinnen und Aktivisten waren im Geist der alten sozialdemokratischen Partei sozialisiert worden, deren aufklärerisches Pathos, deren reformistische Praxis, deren pädagogische Intention haben in ihnen, ob bewusst oder unbewusst, weiter- und nachgewirkt. So fand zum Jahreswechsel 1934/35 ganz in der Tradition der offenen, demokratischen Willensbildung der alten Partei eine Strategiekonferenz in Brünn statt. Sie versammelte gegen 70 Delegierte, das RS-Zentralkomitee sowie Vertreter des Auslandsbüros und erwies sich schnell als fundamentaler Verstoß gegen die Grundregeln konspirativer Tätigkeit. Auf Grund der Berichte eines niemals identifizierten Polizeispitzels wurde bis Ende Jänner 1935 die Führungsebene der RS in Wien und den Bundesländern beinahe vollständig verhaftet.[92]

Die Anklage unterstellte terroristische und putschistische Intentionen und lief bei einer Verurteilung der Hauptangeklagten Karl Hans Sailer und Marie Emhart im Sinne der Anklage auf die Todesstrafe hinaus.[93] Die auf Grund internationalen diplomatischen Drucks durchgesetzte Öffentlichkeit des Verfahrens zeitigte allerdings erstaunliche Konsequenzen, die sich nicht allein an der konzilianten Prozessführung des Vorsitzenden Dr. Osio – der erst zwei Jahre davor den jungen Sozialisten Josef Gerl zum Tode verurteilt hatte – festmachen sollten. Es gelang den Angeklagten, einen effektiven Verteidigungskanon zu entwickeln, der die Legitimation des gegenwärtigen diktatorischen Regimes bestritt und dem die demokratische Legitimität der eigenen Tradition gegenüberstellte. Am 24. März 1936 verkündete Richter Alois Osio (der,

ebenso wie die Anwälte der Verteidigung, Steinitz und Körner, wenige Jahre darauf dem NS-Terror zum Opfer fallen sollte) unerwartet milde Urteile. Die Hauptangeklagten Sailer, Emhart und Roman Felleis (der 1945 nach siebenjähriger KZ-Haft bei einem Bombenangriff ums Leben kommen sollte) erhielten 20, 18 und 16 Monate Kerker, Bruno Kreisky ein Jahr, die beiden mitangeklagten Kommunisten Fürnberg und Honner vier Monate, 13 Angeklagte, darunter der spätere Wiener Bürgermeister und Bundespräsident Franz Jonas, wurden freigesprochen.[94]

Unzweifelhaft waren die mäßigen Freiheitsstrafen auch einer überaus sensibel registrierenden demokratischen Auslandspresse geschuldet. Der Wien-Korrespondent des Daily Herald nennt die Urteile denn auch einen Triumph der öffentlichen Weltmeinung und des Rechtes der freien Rede.[95] Zu einem wesentlichen Teil war diese Form demokratischer Öffentlichkeit vom Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (Alös) mobilisiert worden. Von Otto Bauer und Julius Deutsch in Brünn unmittelbar nach den Februarereignissen gegründet, kam dem Alös die Funktion eines externen Dienstleistungsinstruments zu, das auf jeglichen Führungsanspruch gegenüber der im Lande tätigen illegalen Organisation verzichtete. Die Kontakte mit der Wiener Zentralverwaltung wurden über ein Netz von Kurierdiensten und einen durchaus regen »kleinen Grenzverkehr« gehalten. Neben der Herstellung der Arbeiter-Zeitung und einer erstaunlichen Fülle unterschiedlichster Sorten von Untergrundliteratur verwaltete das Alös gemeinsam mit dem Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI), Friedrich Adler, die von diesem in Sicherheit gebrachten Teile des sozialdemokratischen Parteivermögens. Zusammen mit der SAI und dem Internationalen Gewerkschaftsbund wurde zudem ein Hilfsfonds für die Angehörigen der Opfer der Februarkämpfe und der Inhaftierten eingerichtet, die entsprechenden Unterstützungsgelder mit Hilfe karitativer Vereine wie der Wiener Quäker und unter stillschweigender Duldung der Behörden verteilt. Die aus dieser Aktion entstehende Sozialistische Arbeiter Hilfe sollte bis in die Nazizeit hinein ein Minimum an organisatorischer Kontinuität garantieren.[96]

Dazu trat eine weitere zentrale Funktion: die Mitorganisation und Betreuung von Sammellagern in der tschechoslowakischen Republik, die als Auffangbecken für emigrierte Schutzbündler und Februarverfolgte sowie als Zwischenstation für die weitere Auswanderung in die Sowjetunion dienten. In einem Lager bei Znaim fungierte im Übrigen Franz Jonas als Lagerschreiber; er erledigte seine Tätigkeit in Esperanto.[97]

Bereits seit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise waren vermehrt Österreicherinnen und Österreicher – Facharbeiter, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler – als gesuchte »Spezialisten« in die Sowjetunion ausgewandert. Sie waren gekommen, um aktiv am »sozialistischen Aufbau« teilzunehmen, oder schlichtweg, um der unerträglichen Arbeitslosigkeit in ihrem Heimatland zu entfliehen. Sie folgten dem Ruf eines Landes, das mit seiner auf Autarkie abzielenden Wirtschaftspolitik ausländische Fachkräfte dringend benötigte – so von 1932 bis 1937 beispielsweise auch der junge Dipl. Ing. Karl Waldbrunner, der in der Zweiten Österreichischen Republik die Positionen

des Ministers für die verstaatlichte Industrie und des Präsidenten des Nationalrates bekleiden sollte.

Im Verlauf des Jahres 1934 stießen nun, über die Tschechoslowakei kommend, zu diesem vorhergehenden Emigrantenkontingent ca. 800 Schutzbündler mit ihren Angehörigen. Sie wurden auf Kollektive in Moskau, Charkow, Leningrad, Gorki und Rostow verteilt, als »Helden der Februarkämpfe« zunächst enthusiastisch gefeiert und mit Privilegien bezüglich ihrer Arbeitsplätze und ihres allgemeinen Lebensstandards ausgestattet. Die baldige Zurücknahme dieser Privilegien und die Angleichung an die Lebensbedingungen der russischen Arbeiterschaft führten trotz eines massiven sozialen Drucks innerhalb der Kollektive zu einer ersten Rückwanderungswelle; freiwillige Meldungen zur Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg reduzierten die Anzahl der politischen Emigranten abermals. Sie waren aus der Vorhölle gekommen und erlebten nunmehr die Hölle: Von den in der Sowjetunion verbliebenen ca. 400 Schutzbündlern sollten bis 1941 mehr als 50 Prozent in das Räderwerk der stalinistischen Vernichtungsmaschinerie kommen; die tatsächliche Opferzahl, die das Schicksal der nach 1937 in der UdSSR verbliebenen Wirtschaftsemigration mit zu berücksichtigen hat, dürfte aber noch höher liegen. Sie alle gerieten unverschuldet in das Räderwerk des Terrors und der Arbeitslager und zu einem gar nicht so geringen Teil in weiterer Folge auch in die Konzentrationslager des deutschen Faschismus, weil der Hitler-Stalin-Pakt die direkte Auslieferung von mindestens 350 deutschen und österreichischen Kommunisten durch Stalin an die Gestapo zur Folge hatte.[98]

Ebenso wie das historische Phänomen des Faschismus ist das Wesen des stalinistischen Terror- und Repressionssystems, seine innere Logik, seine »Rationalität«, nur schwer zu begreifen und zu erklären. In einer Art Quotenregelung wurden die Verfolgungen durch die Parteiführung sanktioniert, Urteile bürokratisch und fließbandmäßig gefällt, wurden für jede Republik, jedes autonome Gebiet, jeden Bezirk bestimmte Kontingente von »Volksfeinden« festgelegt, wobei verschiedene regionale Gliederungen der Geheimpolizei bei den Verhaftungen und Aburteilungen in einen regelrechten Wettbewerb traten. Soweit es die Emigranten betraf, genügte in der Regel der Verweis auf die nationale Herkunft, um der Spionage bezichtigt und verurteilt zu werden. Die Säuberungen folgten keinem politisch-rationalem Kalkül, es handelte sich vielmehr um nackten, brutalen Einschüchterungsterror auf breitester Basis; dementsprechend wurden auch die Opfer nahezu wahllos ausgewählt.

Den großen Säuberungen war kein erkennbares rationales Kalkül, keine nachvollziehbare Logik unterlegt, wohl aber der Sinn einer kollektiven Einschüchterung und Verunsicherung, der scheinbaren Allgegenwärtigkeit eines Terrors, der jeden Einzelnen, aus Gründen, die dieser nicht nachzuvollziehen vermochte, zu jeder Zeit treffen konnte. Dem haben sich Schutzbündler in beträchtlicher, wenn auch nicht mehr exakt zu eruierender Zahl durch ihre freiwillige Meldung zur Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg entzogen. Dieser war von Beginn an ein europäischer Bürgerkrieg gewesen, ein Signal für die äußerste Verschärfung der internationalen Spannungen, der

Prolog zum Krieg zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion und zugleich idealisierter, romantisch überformter Fluchtpunkt einer weltweit schwer in die Defensive geratenen Linken.

Im Spannungsfeld einer verzweifelten Verteidigung der Republik bei gleichzeitiger, mit der sowjetischen Intervention einsetzender umfassender Säuberung der libertären Linken wurden die österreichischen Interbrigadisten im Juli 1937 zum »Februarbataillon« der XI. Internationalen Brigade zusammengefasst. Sie haben im Rahmen einer von den russischen Beratern schließlich durchgesetzten konventionellen Kriegsführung gegen einen von den faschistischen Großmächten unterstützten und überlegen ausgerüsteten Gegner in den Entscheidungsschlachten des Jahres 1937 einen hohen Blutzoll geleistet.[99] Ihr Weg führte oft genug in die Konzentrationslager des deutschen Faschismus.

Den nach der Niederlage in Spanien in französischen Internierungslagern (Gurs, Mont-Louis, Le Vernet) zusammengefassten Interbrigadisten drohte nach der Kapitulation Frankreichs Auslieferung oder Deportation durch die Vichy-Regierung. So stellten viele den Antrag auf Repatriierung; nach ihrer Rückkunft wurden sie üblicherweise in ein Konzentrationslager eingeliefert, wobei die Österreicherinnen und Österreicher mit insgesamt 458 Häftlingen das zahlenmäßig stärkste Kontingent stellten. Die Bestimmungsorte scheinen willkürlich ausgewählt worden zu sein; die Mehrheit der österreichischen Häftlinge landete allerdings in Dachau. Keinerlei Überlebenschancen standen den jüdischen Spanienkämpfern offen: So sie in Dachau eingeliefert wurden, stand ihnen eine Liquidierung auf »administrativem« Weg bevor. Waren sie aus dem unbesetzten Teil Frankreichs unter aktiver Kollaboration der Pétain-Behörden deportiert worden, fanden sie ihren Tod in den Gaskammern von Auschwitz oder gingen an den Folgen der Sklavenarbeit in dessen Nebenlagern zugrunde.[100]

Noch 1936 hatte Otto Bauer in einer theoretischen Adresse an die Revolutionären Sozialisten gemeint, seine Generation, sozialisiert in den Kämpfen um die Demokratie, habe den »unersetzlichen Kulturwert der Freiheit« kennen gelernt. Man habe die Pflicht, die Erfahrungen, das Wissen, die Werte dieser Generation an die neue, aus dem Druck des Faschismus erwachsende Bewegung weiterzuvermitteln.[101] Die Ereignisse der unmittelbar folgenden Jahre, ihre selbstlaufende, totalitäre Dynamik, der Bruch aller sozialen und zivilisatorischen Konventionen ließen jegliche Erfahrung, jegliche politische Strategie und taktische Option obsolet erscheinen. Die Verteidiger der Demokratie, die Proponenten der Spätaufklärung erwiesen sich in jeder Hinsicht als Angehörige einer verlorenen Generation, als »Opfer verlorener Zeiten«, wie Karl R. Stadler sie in Anlehnung an ein Diktum Josef Luitpold Sterns bezeichnet hat.[102]

In einer letzten Parteikonferenz in den frühen Morgenstunden des 11. März 1938 beschlossen die Revolutionären Sozialisten (RS), ihre Organisation vorerst für drei Monate stillzulegen. Mitte April besuchte der letzte Wiener Organisationsleiter der RS, der ehemalige AZ-Sportredakteur Hans Pav, Otto Bauer in Brünn, um diesem

Pläne einer Wiederaufnahme organisierter illegaler Tätigkeit vorzulegen. Auf diese Weise sollte offensichtlich der Gestapo, in deren Sold Pav mittlerweile stand, ein ebenso billiger wie massiver Schlag gegen noch im Lande befindliche und aktive sozialistische Oppositionelle ermöglicht werden. Bauer benachrichtigte Joseph Buttinger, der inzwischen von Paris aus agierte und dessen US-amerikanische Frau Muriel Gardiner umfangreiche Hilfsaktionen zur Rettung besonders exponierter und gefährdeter Illegaler initiiert hatte. Bauer und Buttinger kamen zu dem Schluss, jegliche Organisationstätigkeit auf unbestimmte Zeit zu sistieren.[103]

Das Alös verblieb bis April 1938 in Brünn, wurde dann unter dem neuen Namen »Auslandsvertretung österreichischer Sozialisten« (AVÖS) nach Paris verlegt und, nach einer neuerlichen Verlegung nach New York unmittelbar nach Kriegsbeginn, wegen unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten aufgelöst. Schon im Oktober 1938 hatte die AVÖS die dringende Empfehlung einer Einstellung aller Widerstandsaktivitäten in Wien und Österreich ausgegeben; noch bestehende Kontakte mit dort aktiven Kadern rissen ab.[104] Hans Pav hatte mittlerweile Käthe Leichter und Robert Danneberg der Gestapo ausgeliefert.

Wien im Aufbau

Die ständestaatliche Diktatur hat das Land einem deutlichen Rekatholisierungsprozess unterworfen, der dem politischen Katholizismus die Schule, das Eherecht und das gesamte geistige Leben überantworten und, im Sinne einer Gegenreformation, die pluralistischen Strukturen in der Gesellschaft zerschlagen sollte. »Gegenreformation« hieß zugleich Rückeroberung und kirchlicher Triumphalismus, ein »symbolisches Fronleichnamsfest in Permanenz«.[105] Gewalt und autoritäre Herrschaft sollten in der Außenrepräsentation so weit wie möglich ausgeblendet werden, verwiesen wurde vielmehr auf das von Anton Wildgans beschworene Bild vom Volk der »Tänzer und der Geiger«, das im Burgtheater, im Wiener Film, in der Wiener Operette, nicht zuletzt auch in dem von Hofmannsthal und Reinhardt entwickelten »Großen Salzburger Welttheater« konkrete Gestalt annahm. Oben und Unten, die Rollen von Herr und Knecht, erschienen dabei gottgewollt und unverrückbar.[106]

Eben weil der vom Regime propagierte Mythos von der historisch definierten universalen Potenz des Österreichertums eine von jeglichen Realitäten abgehobene Konstruktion bleiben musste, eben weil zur Umsetzung des autoritären Experiments nichts außer dessen vorgebliche Gottgewolltheit angeboten werden konnte, eben darum wagte der politische Katholizismus den Sprung in die moderne Massenästhetik. Die Hierarchie und die politischen Eliten des Ständestaates suchten sich so einer breit legitimierten Gewissheit von Macht zumindest symbolisch zu vergewissern. Der Ständestaat wurde zur Realität nur im ästhetisch überhöhten Massenspiel, das er zudem noch von der Sozialdemokratie kopiert hatte. Zu seiner Existenzbezeugung war

er letztlich auf das äußerliche Zeremoniell verwiesen. Standardisiert am 1. Mai 1934 *(Abb. 100)*, wurden alljährlich »Ständehuldigungen« abgehalten, die an die Stelle der nunmehr verbotenen großen Maimanifestationen der Wiener Arbeiterschaft traten und vormoderne Konzeptionen der politischen Stände mit einem kontemporär-faschistischen Führerprinzip in Einklang zu bringen trachteten. Ob bewusst oder unbewusst, es klang in diesen Huldigungen das beschwörende Pathos der handwerklichen Vormoderne, wie es im Makart'schen Festzug zelebriert worden war, deutlich nach. In Veranstaltungen wie diesen, in öffentlichen Choreographien und pompösen Inszenierungen wie der jährlichen Wiener Fronleichnamsprozession jedenfalls wurden kontinuierlich Versuche zur Massenmobilisierung unternommen.[107]

Nach der Ermordung Dollfuß' trat ein geradezu grotesker Totenkult hinzu; ausgedrückt etwa in der Hymne der Vaterländischen Front, »Ein Toter führt uns an«, oder der Aufstellung einer »St. Engelbert-Säule« an jener Stelle, an der Dollfuß den ersten Spatenstich zur Errichtung der Höhenstraße vorgenommen hatte.[108] Dieser Spatenstich symbolisierte für Bürgermeister Schmitz die »Rückführung unseres Landes und unseres Volkes auf die unvergänglichen Wurzeln seiner geschichtlichen Kraft und die Aufrichtung des neuen Österreich«.[109] Und in der Tat waren es die »Kultur« und die »Geschichte«, die das Regime in seinem (aussichtslosen) Ringen um die geistige Suprematie und Hegemonie zu besetzen versuchte. In ihrer Kombination verfestigten sich »Geschichte« und »Kultur« zu einer Ideologie eines »universalistischen« Österreich, und das Regime sollte an diesem Konstrukt in seiner evidenten Abstraktion umso hartnäckiger festhalten, je mehr sich seine reale Machtbasis verschmälerte. Den Herausforderungen, die die demokratische Republik, die entwickelte Industriegesellschaft, die Moderne insgesamt aufgeworfen hatten, wurde mit Kulturpessimismus, Agrarromantik, den regressiven Utopien eines christlich-ländlichen Mystizismus und Großstadtfeindlichkeit begegnet. Seit der in der prolongierten Krisensituation manifest gewordenen, tendenziellen Erosion des Bündnisses mit dem Finanz- und Industriekapital trat ein zunehmend reaktivierter Antisemitismus hinzu.[110]

Im Kontext dieser ideologisch hoch aufgeladenen politischen Maximen von Antiurbanität, Irrationalismus und Gegenaufklärung erschien eine entsprechende Neupositionierung und systemadäquate Verortung der einzigen Großstadt des Landes ein hoch komplexes, wenn nicht überhaupt unmögliches Unternehmen darzustellen. Jedenfalls galt es, eine soziale und kulturelle Gegenreformation in großem Stil zu verwirklichen, das kommunale Reformwerk des Roten Wien in möglichst all seinen Facetten zu revidieren, den »jüdisch-marxistischen Geist« – der, so Dollfuß, seit der französischen Revolution das Individuum aus allen außer- und überpersönlichen Bindungen herausgerissen und so der sittlichen Weltordnung entfremdet hatte – in der Stadt zu bannen.[111]

Die gesellschaftliche Basis für ein solches Unterfangen war denkbar gering entwickelt. Das sozialdemokratische Traditionsmilieu, das zwei Drittel der Einwohnerschaft der Stadt repräsentierte, stand den neuen Machthabern nicht erst seit den Kämpfen

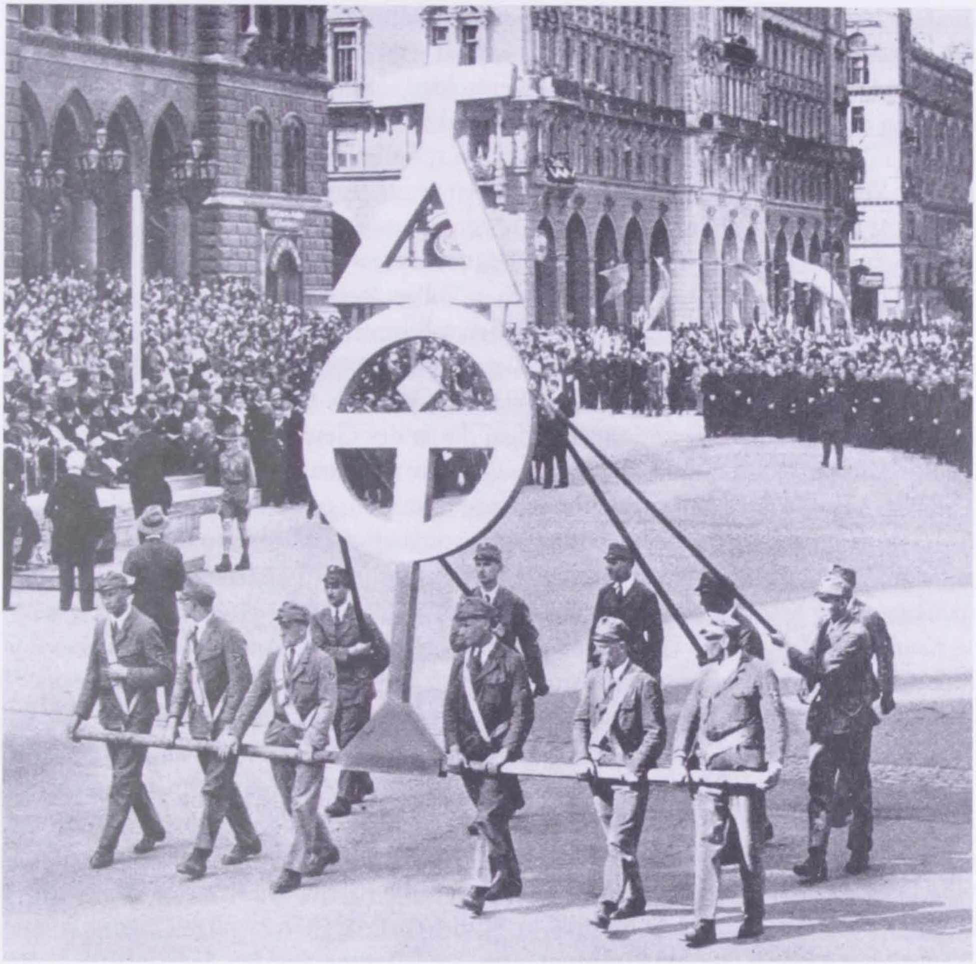


Abb. 100: Ständehuldigung, 1. Mai 1934.

und Enteignungen des Februar 1934 in unversöhnlicher Gegnerschaft gegenüber. Das gewichtige symbolische Kapital des differenzierten und bedeutenden Kulturgefüges der Stadt war eindeutig linksliberal codiert, die Kulturschaffenden sympathisierten in ihrer Mehrheit offen mit diesem Traditionsmilieu. Das ökonomisch wie sozial so maßgebliche assimilierte Wiener Judentum verhielt sich zwar distanziert-loyal, doch war dies eine Loyalität ex negativo, eine aus einer akuten Bedrohungssituation erwachsende Opportunitätshaltung dem kleineren Übel gegenüber.

Und selbst die Loyalitäten des alteingesessenen, katholisch-konservativen Bürgertums, das als soziale Trägerschicht der kommunalen Gegenreformation vorgesehen war, erwiesen sich als alles andere denn gesichert. Die Gemeinderatswahlen 1932 je-

denfalls hatten eine schockierende Erosion der politischen Vertretung dieser Schichten zu Gunsten der Nationalsozialisten sichtbar werden lassen.

In dieser durchaus prekären Situation entschied sich der am 6. April 1934 per Verordnung zum Bürgermeister ernannte Vizekanzler a.D. Richard Schmitz ganz im Sinne der grundlegenden Prämissen des autoritären ständischen Experiments, die Zukunft aus der Vergangenheit zu legitimieren und den symbolischen wie konkreten Rückgriff auf die Ära des »Volksbürgermeisters« Lueger zu unternehmen. Nicht umsonst adressierte Schmitz anlässlich einer Lueger-Gedächtnismesse in der Votivkirche diesen als einen der drei großen Führer des christlichen Volkes (neben Seipel und Dollfuß), nicht umsonst huldigte die eben konstituierte Wiener Bürgerschaft am 17. Mai 1934 Lueger als dem »größten Bürgermeister, den Wien in der Neuzeit besessen hat«.[112] Schmitz war, wie es die offizielle Broschüre »Wien im Aufbau« formuliert, darauf bedacht, »den Anschluß an jene Tradition zu finden, die in der Geschichte der Stadt Wien zur Zeit der Bürgermeisterschaft Dr. Karl Luegers am hellsten erstrahlte«.[113]

Es ist dieses Wien der Lueger'schen imaginierten Bürgergemeinschaft auf vor- und frühindustrieller Basis, die Konzeption der Vaterstadt des kleinen und mittleren Bürgertums, die dem regressiven, paternalistischen und antiliberalen Werte- und Normenkanon des Ständestaates weitgehend eingepasst werden konnte.

Konkret bedeutete die Berufung auf Lueger zunächst den Anschluss an dessen Politik einer »Evangelisierung« im Sinne eines offensiv betriebenen Kirchenneubaus.[114] Zur Überwindung der, wie es in »Wien im Aufbau« heißt, »leider sehr akuten Wiener Seelsorgenot« und zur Heilung jener Wunden, »an denen das religiöse und sittliche Leben der Stadt seit Kriegsende leidet«, wurden zahlreiche Kirchen neu errichtet respektive vergrößert. Besonders bemerkenswert sind dabei Anlagen in sozial (und politisch) problematischen Gebieten, wie etwa die von Clemens Holzmeister entworfene Dollfuß-Gedächtniskirche auf der Schmelz, die Kirche zur Königin des Friedens in Favoriten und die St. Josefskirche in Floridsdorf. Als »wertvolles Hilfsmittel zur Neubelebung der religiösen Gesinnung breiter Massen« wurden die Einbauten von so genannten »Notkirchen« in kommunale Wohnhausanlagen apostrophiert, u. a. im Fuchsenfeldhof, in der Wohnanlage Sandleiten, im Ditteshof und in dem in »Heiligenstädterhof« umbenannten Karl-Marx-Hof. In allen Sozial- und Fürsorgeanstalten sowie Spitälern der Gemeinde wurden Kapellen eingerichtet (Neuanlagen u. a. in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe und im Versorgungshaus Meldemannstraße), in allen Schulen und Jugendheimen das Kreuz wieder angebracht.[115]

Integraler Bestandteil der Rekatholisierungsstrategie war eine offensiv angelegte Familienpolitik, die auf die Aufwertung der Ehe auf religiöser Basis und die Hebung der Geburtenrate abzielte. Mit Hilfe des »Josefswerks« wurden Eheberatungs- und Eheanbahnungsstellen eingerichtet, der Vertrieb von Empfängnisverhütungsmitteln, insbesondere von Präservativen mittels Verkaufsautomaten, wurde verboten.[116] Propagiert wurde hingegen ein Kult der Mütter: Anlässlich des Muttertages ehrte Bürgermeister Schmitz 1935 und 1936 jeweils 50 besonders kinderreiche Mütter, die im

Rathaus »mit allen Ehren festlich bewirtet« wurden und ein Lebensmittelpaket sowie ein Bildnis des Bürgermeisters erhielten.[117] Als familienpolitische Maßnahme mit »erzieherischem Charakter« wurde auch jene Änderung im Dienstrecht der städtischen Bediensteten interpretiert, wonach die Verheiratung von »weiblichen Angestellten« als freiwillige Dienstentsagung galt. Ganz in diesem Sinn wurde die Führung einer Lebensgemeinschaft ohne Eheschließung mit Entlassung sanktioniert.[118]

Neben der Strategie einer offensiven Rekatholisierung des öffentlichen und kommunalen Lebens hat der Rekurs auf die Politik Luegers und deren symbolische Inanspruchnahme allerdings noch einen weiteren, sehr konkreten Sinn: die umfassende, in gewissem Sinn totalitäre Entsorgung der sozialen, kulturellen und massenpädagogischen Reformstrategien der sozialdemokratischen Rathausverwaltung. »Die rote Bastille ist erstürmt«, hatte die offiziöse Reichspost am 14. Februar 1934 geschrieben,

> *... das Vorwerk des Bolschewismus in Mitteleuropa ist aus der Bundeshauptstadt verschwunden. ... Die über das ganze Stadtgebiet zerstreuten, alle strategisch wichtigen Punkte okkupierenden Zinskasernen, die aus Steuergeldern der ganzen Stadtbevölkerung in rasendem Tempo erbaut worden waren und nun als Kriegsfestungen sich entpuppt hatten, sind niedergeschlagen ... Die Abkehr vom Sowjetstern zum Kreuz hat gesiegt.*[119]

Die »Abkehr zum Kreuz« vollzog sich »in rasendem Tempo« auf den unterschiedlichsten Ebenen. Wien verlor den Status und die Rechte eines selbstständigen Bundeslandes, insbesondere das der Gesetzgebung, und wurde »bundesunmittelbare Stadt«. Die von der sozialdemokratischen Stadtregierung eingeführte Teilung der Vollzugsgewalt zwischen Bürgermeister und amtsführenden Stadträten wurde aufgehoben; sie wurde in der Person des vom Bundeskanzler ernannten Bundeskommissärs/Bürgermeisters konzentriert, der damit Träger der Verwaltung und oberstes gesetzgebendes Organ war. »Den Forderungen der Zeit entsprechend, ist an dem Führerprinzip festgehalten.«[120] Die Rückkehr zum Lueger'schen Verwaltungssystem wurde in der am 31. März 1934 autoritär dekretierten »Stadtordnung für Wien« festgeschrieben (eine terminologische Anlehnung an die Stadtverfassungsurkunde Ferdinands I. von 1526[121]). Die Stadtordnung sah an Stelle des frei gewählten Gemeinderates eine so genannte »Bürgerschaft« mit 64 vom Bürgermeister nach berufsständischen Kriterien ernannten Mitgliedern vor, die sich aus folgenden acht Bereichen rekrutierten: kulturelle Gemeinschaften, Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft, Geld- und Kreditwesen, freie Berufe und öffentlicher Dienst. Im Wesentlichen kam diesem Gremium die Funktion eines Verlautbarungs-, Sanktionierungs- und Rechtfertigungsorgans zu. Vom Bürgermeister ernannt wurden außerdem die Bezirksvorsteher und Bezirksräte; die Bezirksvertretungen, wenngleich auch in der neuen Stadtordnung weiterhin als Organe der Stadt vorgesehen, wurden entmachtet und auf Fürsorgeangelegenheiten beschränkt.[122]

Wesentliche Änderungen betrafen des Weiteren das Dienstrecht, das nunmehr auch für pragmatisierte Bedienstete die Entlassung im Falle von »staats- oder regierungsfeindlichen Bestrebungen« vorsah. Die unter dem Eindruck der von der Bundesregierung betriebenen finanziellen Demontage des Roten Wien getroffene Aufnahmesperre in den Gemeindedienst wurde aufgehoben und bis Ende 1936 konnten insgesamt 3.616 Neuaufnahmen, davon 588 im Lehrdienst, ausgewiesen werden. Berücksichtigt wurden jene, »die bisher trotz oder vielleicht wegen ihrer einwandfreien Gesinnung noch nicht das Glück hatten, in ein gesichertes Dienstverhältnis zu einem öffentlichen Dienstgeber zu kommen, wobei insbesondere der staatstreuen Jugend ein Vorrecht gebührt«.[123]

Eines der vordringlichsten Maßnahmenpakete galt der Rückgängigmachung der Glöckel'schen Schulreform. Im Wesentlichen sollte die Rückkehr zur Konkordatsschule des Jahres 1855 unter dem Schlagwort der »Entpolitisierung« vollzogen werden. Bürgermeister Schmitz, in seiner Zeit als Unterrichtsminister (1926–1929) bereits als prononcierter Gegner des Wiener »Schulmarxismus« und der von diesem vorgeblich forcierten Sexualaufklärung hervorgetreten, trat per Stadtgesetz (1935) als Präsident an die Spitze des Stadtschulrates. Bereits unmittelbar nach dem Februar 1934 waren an die 100 sozialdemokratische Schulleiter sowie eine größere Anzahl von Lehrpersonen, die als exponierte und überzeugte Schulreformer galten, aus dem kommunalen Schuldienst entlassen worden. Der alte Stadtschulrat und der Fortbildungsschulrat wurden aufgelöst, der Stab der Bezirksschulinspektoren neu zusammengesetzt, das Pädagogische Institut seiner »politisch-pseudowissenschaftlichen Belastung« enthoben, Lehrerorganisationen, die im Sinne der Glöckel'schen Reform tätig gewesen waren, aufgelöst, ihr Vermögen in einer Gesamthöhe von 350.000 Schilling beschlagnahmt.

Ein Bundesgesetz, das die Möglichkeit vorsah, fix angestellte Lehrerinnen und Lehrer unbeschadet ihres Dienststatus, ihres Alters, ihrer Arbeitsfähigkeit und Dienstzeit jederzeit in den Ruhestand zu versetzen, eröffnete Schmitz zusätzliches und weitreichendes Disziplinierungspotential. Der Schwerpunkt schulischer Erziehung verlagerte sich programmatisch wie praktisch in Richtung eines »Denkens, Fühlens und Handelns in einem religiös-sittlichen und vaterländischen Geist«, was nicht zuletzt die Einführung eines vormilitärischen Trainings mit einschloss. Mit der Erschwerung des Übertritts von der Haupt- in die Mittelschule und der Wiedereinführung der Volksschule bis zum 14. Lebensjahr für »Minderbegabte« schließlich waren die wesentlichen Markierungspunkte einer Totalrevision des Reformwerks Otto Glöckels gesetzt.[124]

Einer Totalrevision – und dies stellte für das neue Regime erklärtermaßen ein Projekt höchster Priorität dar – unterlag auch das Breitner'sche Steuersystem. Zur Gänze aufgehoben wurden die Hauspersonalabgabe, die »vexatorische« Steuer auf Pferde und Kutscher sowie die Steuer auf Luxusnahrungs- und Genussmittel. Teils drastische Modifizierungen betrafen die Lustbarkeitssteuer, die Bodenwertabgabe für

unverbaute Grundflächen, die Ankündigungsabgabe, die Fürsorgeabgabe, die Wertzuwachsabgabe und, dies von besonders hoher symbolischer Signifikanz, die Wohnbausteuer.[125]

Die Zielvorgabe war eindeutig: Das von der autoritären Stadtregierung als soziale Basis ihrer Politik adressierte Altwiener Bürgertum sollte so weit wie möglich von Steuerlasten befreit werden; die tatsächlichen Auswirkungen sind allerdings höchst umstritten und dürften spürbar nur eine sehr schmale Schicht der oberen sozialen Hierarchie erfasst haben. Jedenfalls waren von der Gemeindeverwaltung bedeutende Mindereinnahmen zu kompensieren; sie tat dies im Wege von Massensteuern beispielsweise für die Müllabfuhr, erhob eine Wassergebühr und reduzierte die kostenlose Wasserabgabe pro Kopf und Tag um 60 Prozent. Die Preisregulierung für Gas und Elektrizität wurde aufgehoben, die Löhne in den städtischen Betrieben gekürzt. Zwar blieb der Mieterschutz auch unter dem autoritären Regime unangetastet, jedoch wurden in den einem Zinsstopp nicht unterliegenden Gemeindebauten die Mietzinse um durchschnittlich 70 Prozent erhöht.[126]

Ein ausgeglichener Rechnungsabschluss allerdings, wie er unter der Finanzgebarung Breitners zur budgetären Normalität geworden war, blieb trotz der neuen Massensteuern ein unerreichbares Ziel. Allein für 1934 ergab sich ein Defizit in der Höhe von 45 Millionen Schilling, wobei die aktiven Unternehmungen der Stadt bereits zu einer Beitragsleistung von 25 Millionen herangezogen worden waren (auch dies ein Rückgriff auf Lueger'sche Budgetprinzipien). Zur Deckung des Defizits wurden fünfprozentige Schatzscheine an ein Wiener Bauherrenkonsortium begeben, die hypothekarische Sicherstellung erfolgte auf kommunale Wohnhausbauten.[127] Da im Übrigen die finanziellen Pressionen auf Wien auch unter Bürgermeister Schmitz in keiner Weise suspendiert wurden, beabsichtigte man die Belehnung der kommunalen Wohnhausbauten mit Hypothekarkrediten auch als Mittel zur Finanzierung der städtischen Arbeitsbeschaffungsinitiativen, wie den Straßenbau, heranzuziehen.[128]

Ein massives Einsparungspotential, zugleich Mittel zur Budgetsanierung erblickte man in der Sistierung des kommunalen Wohnbaus. Eine »neue Bautätigkeit« sollte, so der bereits unter Breitner und Danneberg tätig gewesene Stadtbaudirektor Franz Musil, nicht länger »städtisches Vermögen verbrauchen«, vielmehr dieses der privaten Initiative vorstrecken und sich damit auf indirektem Wege amortisieren.[129] Zunächst mussten die von der sozialdemokratischen Verwaltung noch vor dem Februar 1934 in Angriff genommenen Bauten fertig gestellt werden, danach allerdings wurde kein weiteres Großprojekt mehr realisiert oder geplant.[130] Für die Wohnbausteuer wurde nunmehr endgültig ihre Zweckgebundenheit aufgehoben. Sie wurde in eine »Mietaufwandsteuer« umgewandelt, die ehemals starke Progression wesentlich abgeflacht. Zwei Verordnungen vom 27. Juli 1934 installierten einen »Assanierungsfonds« und einen »Hausreparaturfonds«, die beide auf eine Förderung des Zinshausbesitzes, einen beschleunigten Citybildungsprozess via geförderter, privater Mittelstands-Citywohnungen und einen verstärkten Familienhausbau durch privates Kapital vornehm-

lich am Stadtrand abzielten. Die Effekte blieben gering.[131] Lediglich im Kleinstwohnungsbau und dort, wo privates Kapital unter keinen Umständen zu mobilisieren war, wurde die Gemeinde initiativ.

In der Einrichtung von so genannten »Familienasylen« verdichteten sich geradezu paradigmatisch die Konzeptionen und Leitsätze der katholisch-autoritären Verwaltung als ein Wohltätigkeits- und Almosenprogramm des Polizeistaates. Für die städtische ausgesteuerte und obdachlose Paria wurden im Wege der Einrichtung von Zimmer-Küche-Wohnungen »Familienzusammenführungen« konzipiert, wobei die Anlagen über gemeinsame Waschküchen, Badeanlagen mit Brausen und Amtsräume für »eigens ausgewählte« Fürsorgerinnen und Seelsorger verfügten. Das erste dieser Asyle, Zur Hl. Brigitta, entstand (als ein Komplex von 216 »Einfachstwohnungen«) in der Brigittenauer Adalbert-Stifter-Straße, weitere acht wurden in Angriff genommen und bis 1937 weitgehend fertig gestellt, darunter das Asyl Zum Hl. Engelbert im 15. Gemeindebezirk und das Asyl Zum Hl. Richard in Margareten (Einsiedlergasse/Siebenbrunnengasse, *Abb. 101*).[132] Die in der Simmeringer Barackensiedlung Hasenleiten vorgesehene Anlage war 1938 noch wenig über das Planungsstadium hinausgelangt; sie wurde von den Nazis, wiewohl als Monument der »schwarzen Rathausbonzen« gebrandmarkt, in Form mehrerer zweistöckiger Siedlungshäuser weitergeführt.[133] Charles Gulick hat im Zuge der Recherchen für seine große Studie zum Roten Wien und zum Austrofaschismus eine dieser Anlagen besucht:

> *Dieses Wohnungsarrangement sollte also die Familie zusammenhalten, während der Brotverdienende für seine Rückkehr in den Arbeitsprozess vorbereitet wurde. Soziologisch betrachtet, wurde der Plan aber schlecht durchgeführt … Keine der Wohnungen war größer als die Ein-Zimmer-Küchen-Norm. Eine Tafel am Eingang erinnerte die Einwohner täglich daran, dass der Bau als »Asyl für die Obdachlosen« errichtet worden war … Was das neue Regime in Wirklichkeit tat, war, eine Gruppe von Menschen, die unter den gegenwärtigen Umständen nicht zu beschäftigen war, zusammenzupferchen und ihre Moral durch fortwährende Hinweise auf den Wohltätigkeitsaspekt des ganzen Arrangements noch mehr zu untergraben.*[134]

So wie die Planer und Erbauer der kommunalen Wohnhausanlagen davon ausgegangen waren, dass, sobald sie selbst nicht mehr sein würden, »diese Steine für uns sprechen«, so sind die Familienasyle der wohl sinnfälligste bauliche Ausdruck, die materielle Konkretion der sozialpolitischen Vorstellungen der autoritär und diktatorisch agierenden Proponenten einer katholisch-ständischen Gesellschaftsgliederung. Es sind die Vorstellungen der christlichen Befürsorgung, die stets das karitative Almosen, die milde Gabe mit der polizeilichen Geste sowie der individuellen Demütigung der Befürsorgten zu verbinden weiß. Die neuen Leitsätze einer so verstandenen konservativen Sozialpolitik orientierten sich an der »geordneten« Familie und einer religiös-sittlichen Jugendfürsorge, die sich, soweit materielle Leistungen angesprochen



Abb. 101: Familienasyl St. Richard, Wien V.

waren, auf die von den Fürsorgeinstitutionen als solche definierten »Bedürftigen« beschränkte. So hatten alle, die um Unterstützungen bei öffentlichen oder privaten fürsorgerischen Instituten einkamen, ein »Fürsorgebuch« vorzuweisen. Die ehedem freie Verteilung von Kinderwäsche an Schwangere wurde auf jene beschränkt, die auf Grund eines solchen Nachweises als entsprechend bedürftig galten. 1935 waren 131.000 Fürsorgebücher ausgegeben.[135] Die Zahl der Schwangerenberatungsstellen wurde mit dem Ziel der »Begünstigung der Schwangerschaft« und in enger Kooperation mit privaten, konfessionellen Institutionen stark vergrößert. So wurde u. a. eine Fürsorgestelle für schwangere tuberkulöse Frauen eingerichtet.[136]

Zweifellos war man sich dessen bewusst, dass es – wollte man notwendige fürsorgerische und karitative Maßnahmen in durchführbaren Grenzen halten – galt, die massenhafte Arbeitslosigkeit einigermaßen in den Griff zu bekommen. Keinesfalls hinreichend waren gesetzliche Bestimmungen, die die Zahl der Bezugsberechtigten einschränkten, da – wie Berechnungen der Einheitsgewerkschaft ergaben – in Wien die Zahl der Ausgesteuerten bereits jene der Arbeitslosenunterstützungsbezieher übertraf. Mehr als 70 Prozent aller Arbeitslosen waren damit im Dezember 1934 in Wien ausgesteuert.[137] Mit Planung und Bau der durch den Wienerwald geführten Höhenstraße im Rahmen der von der Regierung 1935 propagierten »Arbeitsschlacht« setzte die Gemeinde Wien ein deutliches, wenn auch das einzige Signal in diese Richtung (der Bau der Reichsbrücke wurde ausschließlich aus Bundesmitteln finanziert, *Abb. 102*). Mit dem Höhenstraßenbau konnte ein immer wieder lanciertes, jedoch niemals realisiertes Projekt Luegers durchgeführt werden; die verkehrstechnisch nicht unbedingt sinnvolle Straße verband zentrale Gedächtnisorte an die Türkenbelagerung und den Entsatz von Wien und sollte zudem als Fremdenverkehrsattraktion von Nutzen sein. Durch extensive Auftragsvergabe an das Wiener Klein- und Mittelgewerbe sollten positive wirtschafts- und beschäftigungspolitische Effekte erzielt werden, die sich letztlich aber doch in eher bescheidenen Grenzen hielten.

Dennoch erwies sich der zu drei Vierteln kreditfinanzierte Bau als der einzige tatsächliche propagandistische Erfolg des neuen Rathausregimes. Der Einsatz von jungen Arbeitslosen – die im Rahmen des »Freiwilligen Arbeitsdienstes« (FAD) militärischer Disziplin unterworfen und in Arbeitslagern zusammengefasst waren – blieb, weit über seine tatsächliche Bedeutung hinaus (im Schnitt kamen während der gesamten Bauzeit 50 bis maximal 150 FADler zum Einsatz), als »erzieherische Maßnahme« lange Zeit im kollektiven Gedächtnis der Wiener Bevölkerung haften.[138]

Im Übrigen setzte das Rathausregime Maßnahmen, die den offiziell propagierten Reintegrationsintentionen gegenüber der sozialdemokratischen Gegenkultur diametral zuwiderliefen und deren Spuren aus dem städtischen Kontext tilgen sollten. Dies betraf etwa die Demolierung des Lassalle-Denkmals im Winarskyhof (Wien 20), die Versteigerung des Ottakringer Arbeiterheimes, einst Sitz der Schuhmeier'schen »Volksuniversität«, oder die zunächst zögerlich, schließlich offensiv betriebene Säuberung und 1936 vollzogene Kommunalisierung der Arbeiterbibliotheken. Die gemäß den »Grundsätzen für die Ausscheidung von Büchern, genehmigt vom Bürgermeister« erstellten Sperrlisten erfassten neben der sozialistischen Literatur einen ganzen Kanon von Klassikern der Moderne, darunter die Gebrüder Mann ebenso wie Freud oder Keynes, die gesamte neuere russische Literatur ebenso wie den amerikanischen Realismus (Dreiser, London, Sinclair, Traven), Klassiker der Utopie wie Thomas Morus, aber auch Kant oder Herder, wie überhaupt alles, was dem (offensichtlich willkürlichen) Gutdünken der jeweiligen Zensoren als staatsgefährdend und kulturfeindlich erschien. Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Büchervernichtung orientierte man sich hierzulande allerdings mehr an den Bestimmungen des Päpstlichen Index.[139]

In der Tat ist den Wiener Statthaltern der Ständestaatsdiktatur gerade durch ihre Berufung auf das große historische Vorbild Lueger ihr selbst entworfenes Legitimationskonstrukt endgültig abhanden gekommen. Denn Lueger hatte mit seinem politischen Konzept einer Bürgereinheit eine identitätsstiftende Politik verfolgt, in seiner Ausgrenzung der »Anderen« das »Wir« der Bürgergemeinschaft der christlichen und deutschen Vaterstadt mobilisiert. Er hat allerdings die kulturelle Reaktion mit konkreten Maßnahmen der kommunalen Modernisierung zu verbinden gewusst, der Mobilisierung seiner Klientel war mittels sozialer und kultureller Abgrenzung ein positives Programm der Reorganisation und Neukonstruktion des städtischen Körpers angefügt. Und an genau diesem Punkt sind seine autoritären Nachfolger in jeder Hinsicht gescheitert. Sie hinterließen wenig mehr als eine verunsicherte, in ihrem sozialen und kulturellen Gefüge erodierende bürgerliche Klientel und eine dem Regime zutiefst entfremdete, fundamental oppositionelle Arbeiterschaft.

Otto Leichter hat von einem ungeheuren geistigen und seelischen Vakuum, einer klaffenden Lücke »im Leben zehntausender, ja hunderttausender Menschen« gesprochen.[140] Und Elias Canetti hat dies, dem grundlegenden Charakter des unglücklichen Regimes angepasst, in ebenso distanzierte wie lakonische Formulierungen gekleidet:



Abb. 102: Repräsentation des Austrofaschismus. Eröffnung der Reichsbrücke, 1937.

Man fand sich in einer alten Kapitale, die keine mehr war, aber die Augen der Welt durch kühne, wohldurchdachte soziale Pläne auf sich gezogen hatte. Es waren Dinge geschehen, die neu und vorbildlich waren. Sie waren ohne Gewalt geschehen, man konnte stolz auf sie sein und lebte in der Illusion, daß sie sich halten würden, während nebenbei in Deutschland die große Besessenheit um sich griff und ihre Wortführer alle Kommandostellen im Staat besetzten. Nun aber war im Februar 1934 die Macht der Gemeinde Wien gebrochen worden. Unter denen, die sie getragen hatten, herrschte Niedergeschlagenheit. Es war, als sei alles umsonst gewesen, diese, die neue Besonderheit Wiens war ausgelöscht. Übrig blieb die Erinnerung an ein früheres Wien, das noch nicht fern genug war, um von der Mitschuld am Ersten Weltkrieg, in den es sich hineinmanövriert hatte, freigesprochen zu werden. Es gab keine lokale Hoffnung mehr, die Armut und Arbeitslosigkeit entgegengewirkt hätte. Viele, die in solcher Leere nicht bestehen konnten, wurden von der deutschen Ansteckung ergriffen und hofften, von der größeren Masse verschluckt, zu einem besseren Leben zu gelangen. Die meisten sagten sich nicht, daß die wirkliche Folge davon nur ein neuer Krieg sein könne, und wenn sie es von den wenigen, die das klar erkannten, zu hören bekamen, mochten sie es nicht wahrhaben.[141]

1 Robbins, Great Depression, 11.
2 Maderthaner/Gruber, Chance, 13.
3 Senft, Wirtschaftspolitik, 7.
4 Maderthaner, 12. Februar, 153 f.
5 Weber, Wirtschaftskrise, 38 f.
6 Senft, Wirtschaftspolitik, 7.
7 Bauer, Wirtschaftsentwicklung, 258 f.
8 Ebd.
9 Zur demographischen Entwicklung siehe Weigl, Unbegrenzte Großstadt, 141 ff., insbesondere auch den tabellarischen Anhang 192 ff.
10 Mattl, Stagnation, 51 ff.
11 Senft, Wirtschaftspolitik, 505.
12 Mattl, Stagnation, 41 und 45.
13 Falter/Hönisch, NSDAP, 223 f.
14 Seliger/Ucakar, Wahlrecht, 165.
15 VGA, Altes Parteiarchiv, M67.
16 Zit. in: Klingenstein, Anleihe, 98; das Tagebuch im Wortlaut findet sich bei Berger, Diktatur, 521 ff.
17 Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen, 168 ff.
18 Ebd., 174 f.
19 Zit. nach Macho, Trauma, 47 & 53; allgemein vgl. La Capra, Wittgenstein.
20 Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen, 176.
21 Mannheim, Mensch und Gesellschaft, 68 ff.
22 Maderthaner, 12. Februar, 156 ff.
23 Maderthaner, Kultur, 99 f.
24 Bauer, Revolution, 758, 763.
25 Mises, Gemeinwirtschaft.
26 Spann, Der wahre Staat.
27 Spann, Staatsauffassung, 1 ff.
28 Sombart, Drei Nationalökonomien, 36.
29 Spann, Der wahre Staat, 89 ff.
30 Vgl. dazu wie zu diesem Kapitel insgesamt Siegfried, Universalismus.
31 Carsten, Faschismus, 158 f., sowie Edmondson, Heimwehr, 39 ff.
32 Mommsen, Ständestaat, 188.
33 Hirsch, Austrofaschismus, 222 ff.
34 Austerlitz, Verfassungsrevision, 441 ff.
35 Maderthaner/Maier, Führer, 23 ff.
36 Ebd., 39 f.
37 Dollfuß an Österreich, 30 ff.
38 Vgl. Maderthaner, Legitimationsmuster, 129 ff.
39 Huemer, Totengräber, 95 f.
40 Maderthaner/Maier, Führer, 33.
41 Zit. in: Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 1093.
42 Vgl. ebd., 1089 f.
43 Rigele, Höhenstraße, 94.
44 Danneberg, Der finanzielle Marsch, 10.
45 Hönig, Wien, 143 ff.

46 Ebd., 143 und 144.
47 Seliger/Ucakar, Politische Geschichte, 1093.
48 Ebd., 1093 f.
49 Rigele, Höhenstraße, 97.
50 Hönig, Wien, 145.
51 Ministerratsprotokolle, 11.10.1933, 37 f.
52 Ebd., 37.
53 Maderthaner/Maier, Führer, 33.
54 Sozialdemokratischer Parteitag 1926, 176.
55 VGA, Altes Parteiarchiv, M66.
56 Bauer, Ständeverfassung, 12.
57 NFP, 12. Februar 1934, 2.
58 Vgl. Maderthaner, 12. Februar 1934, 64 ff.
59 Vgl. Saage, Reformismus, 411 ff.
60 Peball, Kämpfe, 14 ff.
61 Ebd., 7 ff.
62 Marschalek, Schutzbundprozess, 9 ff.
63 Februar-Aufruhr 1934, 32.
64 Ebd., 89.
65 Safrian, Standgerichte, 269 ff.
66 Vgl. Tálos, Austrofaschistische Diktatur, 11 ff.
67 VGA, Alös-Archiv, K6/M6, Wiener Bericht 2.
68 Holtmann, Unterdrückung, 45 f.
69 Vgl. Zuber, Wochenschauen, 219 ff.
70 BGBl. Nr. 120/1934/I.
71 BGBl. Nr. 136/1934/I.
72 BGBl. Nr. 143/1954/I.
73 MRP 922, 12. Feb. 1934, 594 und 596.
74 Feiler, Municipal Services, 98 ff.
75 VGA, Alös-Archiv, K6/M6, Wiener Bericht 2.
76 Gulick, Österreich, Bd. 4, 359; sowie Feiler, Municipal Services, 113 f.
77 Holtmann, Unterdrückung, 155.
78 BGBl. Nr. 75/1934/II.
79 Gulick, Österreich, Bd. 5, 129 ff.; sowie Holtmann, Unterdrückung, 152 und 270.
80 Vgl. Safrian, Standgerichte.
81 Holtmann, Unterdrückung, 96.
82 Ebd., 113.
83 Fritz, Breitner, 388 ff.
84 Marschalek, Schutzbundprozess, 381 ff.
85 Handelte es sich im Einzelfall um Vermögenswerte über 5.000 Schilling, so entschied über die konkrete Verwertung der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem zuständigen Ressortchef, in allen andern Fällen oblag dies einer eigens für diese Zwecke bei der Bundespolizeidirektion eingerichteten »Liquidierungsstelle« mit Adresse Bräunerstraße 5 in Wiens Innenstadt. Die von dem Spitzenbeamten Hans Hauke geleitete Liquidierungsstelle betrieb in der Porzellangasse im 9. Bezirk ein Magazin in der ehemaligen Karosserie- und Wagenfabrik Armbruster. In ihre Zuständigkeit fielen die Sach- und Vermögenswerte der Vereine und Parteiorganisationen, während die sozialdemokratischen Unternehmen und Betriebe (etwa Arbeiterbank oder Vorwärts AG) einem kommissarischen Leiter unterstellt, in Einzelfällen auch handelsrechtlich liquidiert wurden. – Mittels eigener Guthabensperr-Verordnung sollte der Zugriff nicht nur

auf die offiziellen Bankkonten ermöglicht werden, sondern auch auf solche, die »als Deckadresse für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei« angesehen wurden; zuzüglich wurden Konten, die auf die Namen bekannter Funktionäre gelautet hatten, gesperrt (insgesamt 333). Das Privatvermögen Otto Bauers und Julius Deutschs war sofort konfisziert worden, wobei sich Bundesminister Fey erst nach längeren internen Auseinandersetzungen den exklusiven sechssitzigen Steyr-Personenwagen aus dem Besitz von Deutsch sichern konnte. Anderen, wie Hugo Breitner oder Rosa Jochmann, wurden hohe Geldbeträge als »Ersatzvorschreibungen« für besondere polizeiliche Maßnahmen in Rechnung gestellt. Vgl. Mesner et al., Vermögensentzug.

86 Vgl. ebd., 20 ff.

87 MRP 922, 12. Feb. 1934, 592.

88 Holtmann, Illegalität, 176.

89 Zu Person und Politik Ernst Karl Winters siehe Heinz, E. K. Winter; zur Ständestaatsdiktatur allgemein Binder, Christian Corporatist State.

90 Gulick, Österreich, Bd 5, 357.

91 Marschalek, Untergrund, 125 ff.

92 Holtmann, Illegalität, 186.

93 Marschalek, Sozialistenprozess, 429 ff.

94 Ebd., 480 f.

95 Ebd., 481.

96 Holtmann, Illegalität, 185.

97 Konrad, 12. Februar, 96 f.

98 Vgl. DÖW, Sowjetunion.

99 Landauer, Spanienkämpfer, 19 ff.

100 Ebd., 37 ff.

101 Bauer, Zwischen Zwei Weltkriegen, 348.

102 Vgl. Stadler, Opfer.

103 Marschalek, Untergrund, 228 f.

104 Luža, Widerstand, 104.

105 Hanisch, Politischer Katholizismus, 63.

106 Zu Geschichte und Funktion der Salzburger Festspiele siehe Steinberg, Salzburg Festival.

107 Stadelmann, Fronleichnam, 393 ff.

108 Rigele, Höhenstraße, 102.

109 Amtsblatt der bundesunmittelbaren Stadt Wien, 11/1936, 21.

110 Maderthaner, Legitimationsmuster, 135 ff.

111 Pfoser, Literatur, 208.

112 Baltzarek, Wien 1934–1938, 65; sowie Rigele, Höhenstraße, 100.

113 Wien im Aufbau, 18.

114 Zu den Kirchenneubauten in der Luegerzeit siehe Scheidl, Schöner Schein.

115 Wien im Aufbau, 33 f.

116 Baltzarek, Wien 1934–1938, 57.

117 Wien im Aufbau, 34.

118 Ebd., 48, 51.

119 RP, 14. Februar 1934, 1.

120 Wien im Aufbau, 15.

121 Baltzarek, Wien 1934–1938, 66.

122 Csendes, Bezirksvertretungen, 24.

123 Wien im Aufbau, 49.

124 Gulick, Österreich, Bd. 5, 227 ff.

125 Wien im Aufbau, 23.
126 Gulick, Österreich, Bd. V, 210 ff.
127 Baltzarek, Wien 1934–1938, 72 f.
128 Rigele, Höhenstraße, 102.
129 Das Neue Wien, 152.
130 Eigner et al., Sozialer Wohnbau, 67 ff.
131 Wien im Aufbau, 23.
132 Baltzarek, Wien 1934–1938, 80.
133 Wiener Beobachter, 28. August 1938, 1.
134 Gulick, Österreich, Bd. 5, 222 f.
135 Das Neue Wien, 155; zur ständestaatlichen Fürsorgekonzeption siehe Melinz/Ungar, Wohlfahrt, 33 f.
136 Gulick, Österreich, Bd. 5, 226.
137 Der Gewerkschafter, Feb. 1935, 29.
138 Rigele, Höhenstraße, 109 ff.
139 Pfoser, Literatur, 230 ff.
140 Pertinax, Österreich 1934, 299.
141 Canetti, Augenspiel, 235 f.



Abb. 103: Ernst Rüdiger Starhemberg (Bildmitte in Uniform) vor dem Rathaus, 1934.

Endspiel

Austrofaschismus

Am 27. Februar 1934 setzte der Bundesführer des Heimatschutzes, Ernst Rüdiger Starhemberg *(Abb. 103)*, Vertretern der internationalen Presse das »Wesen« des Austrofaschismus auseinander. Der Eintritt der Heimwehren in die Regierung Dollfuß habe die »Zersetzung des demokratischen Systems wesentlich beschleunigt« und dem Kanzler die »Überwindung des Parteiensystems« erst möglich gemacht. Man sei »Träger der fascistischen Ideen« im Sinne einer Verwirklichung »jener gesunden, modernen Zukunftsgedanken, die dem fascistischen Staatssystem Italiens zugrunde liegen«, allerdings angepasst an die besonderen österreichischen Verhältnisse. Ziel sei ein ständisch gegliederter Autoritätsstaat, »aufgebaut auf den Grundgedanken der christlichen Weltanschauung, verankert in einem lebendigen, gut österreichischen Deutschbewusstsein, erfüllt und getragen vom sozialen Gerechtigkeitsgefühl«.[1]

Die tatsächliche Herrschaftspraxis des Regimes sollte allerdings kaum den aus dem Ungeist der Zeit hergeleiteten Starhemberg'schen Prämissen und Handlungsmaximen entsprechen. Das Herrschaftssystem stellte vielmehr in vielerlei Hinsicht eine historische Anomalie dar.

Es ahmte in der Tat äußerlich Formen des Faschismus nach, entlehnte sie dem italienischen und deutschen Vorbild und versuchte, wesentliche Elemente faschistischer Ideologie mit katholischem Klerikalismus zu verknüpfen. Sein sozialer Inhalt aber war ein gänzlich anderer. Es stützte sich auf soziale Trägerschichten und Eliten, die der Vormoderne zuzuordnen sind. Zudem blieb das Regime nicht stabil und veränderte ständig sein labiles Gleichgewicht, so etwa, als es sich 1936 mit der Ausschaltung der Heimwehr seines spezifisch am italienischen Faschismus orientierten Bündnispartners entledigte und sein bürokratischer Charakter stärker in den Vordergrund trat. Innere Gegensätze und Auseinandersetzungen wurden als Streit um den Aufbau des Ständestaates, als Streit um die Auslegung einer päpstlichen Enzyklika geführt. Unfähig, sich eine breitere Massenbasis zu schaffen, schwankte die autoritäre Diktatur zwischen Brutalität und Zugeständnissen ständig hin und her, ohne Selbstsicherheit und ohne innere Autorität.[2]

Sobald die Konkretisierung der ständischen Ordnung auf der Tagesordnung stand, brachen interne Widersprüche und unterschiedliche Intentionen in voller Schärfe auf. Interessendivergenzen und Machtkämpfe zwischen jenen höchst unterschiedlichen sozialen Elementen, auf die das Regime sich stützte, nahmen die Form von Auseinandersetzungen um die Exegese der kirchlichen Gesellschaftslehre an. Jedenfalls sollte der Klerikalismus als unmittelbares Staats- und Gesellschaftsprogramm durchgesetzt werden, das gottgewollte Modell eines Ständestaates den gesellschaftlichen

Neuaufbau begründen: eine Radikalisierung der Politik der Kirche, die die Herrschaft der katholischen Kirche institutionalisieren, von Wahlen und Volksentscheidungen unabhängig machen sollte und die Österreich als Ausgangspunkt und Zentrum einer katholischen Restauration in Mitteleuropa sah. Und wenn in diesem Sinn für die Arbeiter-Zeitung bereits im Oktober 1934 die »Totalität des Christentums« verwirklicht war, und wenn auch die Regierung selbst in einem Rundschreiben vom 6. März 1934 an alle österreichischen Gesandtschaften davon sprach, dass es »keine Zeit gegeben hat, in der die Kirche im Staat so ungehemmt und auf weite Strecken mit Unterstützung des Staates wirken konnte, wie im Neuen Österreich«[3] – dieses Neue Österreich blieb doch nur ein irrealer, kurzer katholischer Traum.[4]

In der »Trabrennplatzrede« hatte Dollfuß davon gesprochen, dass man die Aufgabe habe, »die letzten einhundertfünzig Jahre unserer Geistesgeschichte gutzumachen« – ganz im Sinn einer Äußerung des Heimwehrführers Steidle, dem es darum zu tun war, das »Ende der französischen Revolution auf deutschem Boden, wenn es sein muß durch eine deutsche Revolution, eine Diktatur des Aufbaus« herbeizuführen.[5] Ein »Aufbau«, der bald den Weg in eine tragische Bedeutungslosigkeit ging, der, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen, ein kraftloses Artefakt bleiben sollte. Das Regime war zu keiner Zeit imstande, eine Massenbasis zu gewinnen, die Vaterländische Front blieb bestenfalls die Karikatur einer faschistischen Massenpartei. Das Regime stützte sich auf einen kostspieligen staatlichen Herrschafts- und Gewaltapparat, den allerdings die Nazis zunehmend erfolgreich durchsetzten. Jene Schichten, in deren Namen es die Diktatur errichtet hatte, wandten sich in einem immer stärkeren Ausmaß dem politisch erfolgreicheren und ökonomisch potenteren Nationalsozialismus zu. Die von oben eingesetzte »Massenorganisation« der Vaterländischen Front konnte die ihr zugewiesene Funktion als Legitimationsinstrument nach außen und als Kontrollinstrument nach innen niemals erfüllen. Trotz des Umbaus der gesellschaftlichen Interessenvertretung und der Einrichtung neuer Kooperationsebenen kam der berufsständische Aufbau über marginale Ansätze nicht hinaus. Die Ableitung der Staatsverfassung aus päpstlichen Enzykliken, die Umbildung in einen Musterstaat nach »Quadragesimo anno«, das Konstrukt einer katholischen Mission hatten in einem modernen – von der Krise wie auch immer destruierten – Industriestaat keinerlei Grundlage und blieben ohne Fundament in der Realität. Das Regime, schrieb Karl Renner in einem Memorandum aus dem Jahre 1936, bedeute keine Abwehr, sondern »die sichere Vorbereitung des Anschlusses«. Es habe »keine einzige tragfähige Idee«; der Umsturz des Jahres 1934 habe »sichtbarlich« nichts anderes bewirkt, als dass

> *... Aristokraten, Offiziere der alten Armee, unbeschäftigte Bureaukraten, Schützlinge des Klerus (C.V. katholische Studentenverbindung) alle Stellen besetzt und alle Geldquellen für sich flüssig gemacht haben.*[6]

Das eigentliche Debakel, das zentrale Dilemma dieses Regimes aber liegt in seinen konkreten Krisenlösungsversuchen, in seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Praxis begründet. Die politische und ideologische Fixierung auf eine restriktive Haushaltspolitik und die (übrigens niemals erreichte) Herstellung eines Budgetgleichgewichts entwickelte sich in der Ära Schuschnigg zu einem wirtschaftsbürokratischen Interventionismus, dessen Reglementierungspraxis der autoritären Kriegsbewirtschaftung zu Zeiten der Habsburgermonarchie nahe kommt.[7] Mit der Bestellung eines Preiskommissars und systematischen Lohnsenkungsaktivitäten wurde die freie Vereinbarung über Löhne und Arbeitsbedingungen aufgehoben und durch das Diktat von Treuhändern der Arbeit, Organen des Staates und des gleichgeschalteten Gewerkschaftsbundes, ersetzt. Eine von Dollfuß übernommene, forcierte Agrarförderung und vermehrte Rüstungsinvestitionen liefen parallel zu umfassenden Sozialkürzungen; mehr als alles andere hat dies die tiefe gesellschaftliche Krise prolongiert, ja weiter verschärft, war doch deren zentrales auslösendes Moment, der dramatische Einbruch des (Massen-)Konsums, damit nicht auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Vielmehr muss von einem ständigen und drastischen Rückgang des Konsumniveaus bis einschließlich 1937, selbst gegenüber dem Jahr des absoluten Konjunkturtiefpunktes 1933, ausgegangen werden. Die Zufuhr von wichtigen Lebensmitteln auf den Wiener Märkten verringerte sich in diesem Zeitraum von mehr als 79.000 auf 57.000 Meterzentner.[8] Ähnliche Entwicklungen liegen bei Herren- und Damenkonfektion oder im Schuhhandel vor, besonders aber war der Genussmittelsektor vom sinkenden Konsumniveau betroffen. Die Löhne der Wiener Metallindustrie waren gegenüber 1931 zwischen fünf und zehn Prozent, im Baugewerbe um durchschnittlich dreißig Prozent gefallen. Das Masseneinkommen unterschritt mithin das Niveau von 1913; das daraus im Verein mit einer unvermindert anhaltenden Massenarbeitslosigkeit resultierende soziale und kulturelle Krisenszenario entwickelte sich in ein bis zum Äußersten angespanntes, explosives, nicht weiter tragfähiges Stadium.

Der von einem bürokratischen Wirtschaftsdirigismus betriebene permanente Sozialabbau hat Wesentliches dazu beigetragen: So verringerten sich die Bundesausgaben für soziale Verwaltung von 23,5 % des Gesamthaushaltes (1932) auf 21,5 % (1933) und 17,2 % im Jahr 1937, was zwar zu einer merklichen Budgetentlastung führte, sich als Instrument einer Wirtschaftsankurbelung aber als denkbar ungeeignet erwies.[9] Ein ebenso illustratives wie signifikantes Beispiel für die Sozialpolitik des Regimes stellten die Maßnahmen im Bereich der Arbeitslosigkeit dar: Während vereinzelt gesetzte, durchaus arbeitsintensive Projekte – in Wien etwa Höhenstraßen- und Reichsbrückenbau – kaum, jedenfalls keine nachhaltigen Arbeitsbeschaffungseffekte zeitigten, betrieben Regierung und industrielle Bezirkskommissionen eine intensivierte Aussteuerungspolitik, wodurch eine ständig größere Zahl und ein ständig weiter gefasster Kreis von Dauerarbeitslosen vom Bezug jeglicher, auch der Notstands-Unterstützung ausgeschlossen wurde.[10]

Sozialpolitik verlagerte sich so zusehends von der Ebene der gesellschaftlichen Verpflichtung in den Bereich der privaten Wohltätigkeit, der christlichen Caritas, des Almosens; sie näherte sich damit gleichsam ex negativo ihrer für die Vormoderne konzipierten katholisch-romantischen Idee und Intention an. Ein markantes Beispiel dafür sind wohl die Massenausspeisungen, wie sie die von Frau Dollfuß organisierte Volksnothilfe etwa in der Arbeitslosen- und Ausgesteuertensiedlung Hasenleiten (Wien 11), einem der erbärmlichsten und berüchtigtsten Orte in Wien, täglich durchführen ließ. Am leicht abfallenden Südosthang des Laaer Bergs – dort, wo im ausgehenden 19. Jahrhundert die Simmeringer Tschechen zu Tausenden jeden Sonntag in bizarr-pittoresken Zügen der neu entstandenen Vergnügungslandschaft Böhmischer Prater zustrebten – waren 1915 zwischen Bahndamm, Hasenleitengasse und Wiener Neustädter Kanal die fünfzig Baracken des Kriegsspitals VI errichtet worden. Es war eine autarke, von hohen Holzplanken eingezäunte, abgeschlossene Krankenstadt, die zeitweilig auch als Kriegsgefangenenlager Verwendung fand. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges wurden die Baracken Schritt für Schritt von Arbeitslosen in Besitz genommen; die nunmehr sozialdemokratische Gemeinde hatte das nachträglich legalisiert und begonnen, Notstandsquartiere einzurichten. Sie versorgte ihre sozial überaus problematische Hasenleitner Klientel meist mit improvisierten Mitteln und nicht immer hinreichend. Immerhin, die »Kinderfreunde« richteten ihre eigene Baracke ein, später auch der Schutzbund.[11] Mit Einsetzen der Depression allerdings wird die Situation prekär. Zunehmend werden Delogierte aus den neuen kommunalen Wohnbauten hier untergebracht, und die soziale Not insbesondere der Hasenleitner Elendsjugend wird sprichwörtlich. Diese Jugend trug auf den »Gstätten« und Wiesen der Umgebung ihre Revierkämpfe mit den Jugendlichen aus den Krankenkassenhäusern in der Braunhubergasse oder den jungen Tschechen aus der benachbarten Favoritener Kreta (Wien 10) aus. Ähnlich wie die Hasenleiten war die Kreta ein besonders ärmliches Gebiet, wo die Arbeitslosen, wie sich Albert Fuchs in einem biographischen Fragment erinnert, gegenüber den Ausgesteuerten noch »die Aristokraten waren«.[12]

Laut statistischen Angaben des katholischen Pfarrers von Hasenleiten bewohnten 1936 über 3.500 Personen in 800 Familien die Siedlung, neunzig Prozent waren arbeitslos und ausgesteuert.[13] Sie waren mit einem einzigen Überfluss gesegnet, dem an Kindern (laut Pfarrer Thurnher 1.080 Schul- und 500 Kleinkinder).

> *Überall wimmelt es von ihnen, auf jeder Türschwelle der Baracken, in den mit rostigen Kriegsstacheldraht eingezäunten Schrebergärten und vor allem auf der Straße, die ihr Lieblingsspielplatz ist. (…) Man erinnert sich nicht, je so viele auf einem Fleck beisammen gesehen zu haben. (…) Zerrauft und schmutzig sind sie alle, die Hemdchen und Röcke zerrissen, die Beine nackt und kohlschwarz. Die Frauen und Männer wiederum standen mit »ausdruckslosem Blick« in den offenen Barackentüren herum und hingen ihrer »Mark und Blut aussaugenden« Hauptbeschäftigung nach, dem »stummen Zusehen, wie die Zeit vergeht«.*[14]



Abb. 104: Hasenleiten, 1936.

Der Journalist Carl Marilaun berichtet im Wiener Journal vom 22. April 1934 aus der Hasenleiten *(Abb. 104)*. Gegen 11 Uhr hatte sich ein vielhundertköpfiger Zug in Richtung der ehemaligen Kinderfreundebaracke in Bewegung gesetzt, ausgerüstet mit zerbeulten Blechlavoirs, blechernen Töpfen, leeren Konservendosen. Eines vor allem fällt Marilaun im Zuge der Massenausspeisung auf: Gezwungen, das Almosen anzunehmen, um nicht zu verhungern, bewahrt sich die Armut im Symbolischen ihre Würde.

> *Der Riesenschöpflöffel spendet seine Portion, wortlos empfängt jeder das Essen. So gut wie nie hört man in dem Zug der Elfhundert ein Bitte, Danke, Guten Tag oder Adieu. Nur ein ununterbrochenes Vorüberscharren von Füßen, unbewegte Gesichter, stummes und stumpfes Empfangen.*

Das sei, resümiert Marilaun, die Armut, die man in sechzehn Jahren sozialdemokratischer Verwaltung zu fordern, nicht zu bitten gelehrt habe. Er setzt diese Armut mit dem instinktgeleitet Animalischen, dem Vertierten gleich, würden sich doch die stumpfen, verschlossenen, blassen Elendsgesichter aufhellen, sobald erst die Portionen ausgefasst seien:

Die Mütter, die Kinder, die Väter tragen den mit warmem Essen gefüllten Topf, und bevor sie ihn heimschleppen setzten sie ihn für einen Augenblick ab, untersuchen, was es heute gibt, beißen mit Hast und Gier vom Brot ab, kosten das Gemüse.[15]

Von »armen Teufeln« sollte wenig später der zur Kindermission abgestellte Jesuitenpater Johann Reisenberger reden, und von »Kommunismus aus Not«.[16] Das ist in der Tat der Geist, der seit jeher die Hasenleiten geprägt hat: Widerstand und Widersetzlichkeit, Stolz, letztlich Unbeugsamkeit selbst unter ausweglos erscheinenden Verhältnissen. Auch die Nazis, denen Mitte der dreißiger Jahre bereits beachtliche Rekrutierungserfolge unter den Dauerarbeitslosen gelungen waren, hatten dies zur Kenntnis zu nehmen. Von der Massierung einer besondern Garde revolutionärer Sozialisten berichtet V-Mann Edi an die Gestapo-Leitstelle, von einem Brandherd, und er empfiehlt, die Bewohner der Hasenleiten auf ganz Wien aufzuteilen.[17] Für die Nazis war und blieb es ein Ort des Aufruhrs und der Asozialen. Sie begannen, die Baracken niederzureißen und schrittweise durch kasernenartige Klötze zu ersetzen. Der Erfolg dieser Maßnahmen sei allerdings, wie der Vertreter für das Hauptgesundheits- und Sozialamt der Gemeinde, Prof. Gundel, im Oktober 1940 berichtete, im Wesentlichen negativ. Die ehemaligen Barackenbewohner seien trotz Unterstützungsmaßnahmen durch öffentliche Fürsorge und NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) zum größten Teil zu ihrer gewohnten Lebensweise zurückgekehrt, die Wohnungen seien mit Ungeziefer verseucht. Diebstähle am Hausinventar, wie Beleuchtungskörper, Treppengeländer, seien an der Tagesordnung, die Fußböden in den Wohnungen zum großen Teil von den Bewohnern verheizt worden.[18]

Nun war die Hasenleiten ein besonderes, hoch konzentriertes, in sich geschlossenes Terrain sozialer Widersetzlichkeit, das sich jedem disziplinierenden Zugriff von außen zu widersetzen vermochte und ein ganz spezifisches Milieu kultureller Gehorsamsverweigerung repräsentierte. War hingegen der innere Konnex eines solchen Milieus nicht gegeben oder waren die traditionellen Solidarmechanismen gegenkultureller Formationen, wie sie die selbst organisierte Arbeiterbewegung ausgebildet hatte, auf Grund ökonomischen und politischen Drucks in Auflösung begriffen, eröffneten sich den Nationalsozialisten entsprechende Perspektiven.[19] Ihr tumultuöser Aktionismus vermochte insbesondere Jugendliche ohne fest gefügte politische Verankerung und ohne konkrete wirtschaftliche Perspektiven anzuziehen. In mehreren Terrorwellen Ende 1933 und Anfang 1934 hatten die Nazis mit beinahe täglichen Sprengstoffanschlägen, Attentaten und Morden, denen schließlich ein Staatsstreich folgte, den Terror zur politischen Methode gemacht. Das Verhalten der Regierung war von Beginn an höchst zwiespältig gewesen. Ging man einerseits mit polizeilichen und sonstigen Repressionsmaßnahmen vor, suchten Repräsentanten ebendieser Regierung und Angehörige der politischen Eliten immer häufiger den Weg persönlicher Verhandlungen; so intensivierte Emil Fey bis Mitte Juli 1934 seine einschlägigen Kontakte in ganz außergewöhnlichem Ausmaß.[20]



Abb. 105: Juliputsch 1934, Polizei stürmt die Ravag.

Der Putsch am 25. Juli dieses Jahres *(Abb. 105, S. 495)*, oder vielmehr das Ineinanderlaufen von mehreren, länger vorbereiteten Putschunternehmen, erwies sich als ein dramatischer Indikator dafür, zu welch hohem Anteil die Exekutive, der sanktionierte Gewaltapparat der ständestaatlichen Diktatur, bereits von den illegalen Nationalsozialisten unterwandert war. Nur so konnte es geschehen, dass der mit diktatorischer Regierungsgewalt ausgestattete Kanzler und Führer der Vaterländischen Front, Engelbert Dollfuß, von einer Handvoll Putschisten, vorwiegend aus den Reihen des Bundesheeres und der Polizei, im Kanzleramt gefangen gesetzt und schließlich ermordet wurde. Was an diesem 25. Juli in Wien als eine Köpenickiade großen Stils begonnen hatte (das Putschunternehmen war von seinem Ausgangspunkt an – einer Turnhalle in der Neubauer Siebensterngasse – von einer Reihe geradezu grotesker Pannen begleitet; die in Bundesheeruniformen auftretenden Putschisten gelangten völlig ungehindert in das Kanzleramt), entwickelte sich zu einer tragischen und blutigen Farce, der allerdings in der Steiermark und in Kärnten blutiger Ernst folgte.[21] Wenn sich auch die ständestaatliche Diktatur in der Abwehr des Putsches unter Schuschnigg vorübergehend stabilisierte – bis Ende Oktober 1934 waren 527 Juliputschisten in 213 Verfahren rechtskräftig verurteilt worden, Militärsenate und Schwurgerichte hatten eine Vielzahl von Todesurteilen gefällt, zwölf waren vollstreckt worden –, so war doch eines vor allem klar geworden: Im Nationalsozialismus war eine tödliche Gefahr erwachsen.

Dessen soziale Basis hatte sich mit dem Ausbleiben auch nur der geringsten wirtschaftlichen Erfolge, mit der fortgesetzten Sozialdemontage durch das Regime weit über die ursprüngliche Klientel, also den depravierten unteren Mittel- und Bauernstand, hinaus verbreitert. Jugendliche Arbeitslose aus (unter-)bäuerlichem und proletarischem Milieu in dörflich-kleinstädtischem, häufig peripherem Umfeld und, von besonderer Relevanz für Wien, Angehörige einer in ihrem sozialen Gefüge erschütterten, rebellischen, antiklerikalen, deutschnationalen Intelligenz wurden ihre aktivsten Kader.[22]

Aus Letzteren vor allem rekrutierte sich eine selbst ernannte Herrenkaste, deren Denken und Wollen von der (realen ebenso wie imaginierten) Kriegserfahrung geformt, deren Handlungsmaximen vom männlich-kriegerischen Ideal unbedingter Entschlossenheit und bedenkenloser Gewalttätigkeit bestimmt waren. Sie forderte »ehernen Führerwillen« und die »kühne Tat« ein, die revolutionäre Umwälzung des Staates. Ihre Kritik richtete sich in gleichem Maße gegen den kompromissbereiten Opportunismus der bürgerlich-liberalen Demokratie wie gegen den halbherzigen autoritär-bürokratischen Wirtschafts- und Sozialdirigismus der katholischen Ständestaatseliten. Sie stellte den aufgeklärt-rationalen Idealen der bürgerlichen Kultur das romantische Ideal einer »aristokratischen«, soldatischen Herrenkultur entgegen, die die von ihr geführten Massen in die autoritär organisierte Nation eingliedern sollte. Ein kühner ökonomischer und politischer Nationalismus, eine allmächtige, totalitäre Staatsgewalt sollten die radikale Neugestaltung des durch die Krise so verheerend erschütterten liberal-kapitalistischen Wirtschaftsgefüges durchführen.

Nun war es durch die wirtschaftliche Strukturkrise zu einem fundamentalen Wandel der Massenkultur, ja des gesamten kulturellen Mechanismus gekommen, zu einer Neubestimmung des Popularen unter den Bedingungen von sozialer Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit und existentiellem Elend. Das von der kapitalistischen Moderne nicht eingelöste Versprechen, die soziale und kulturelle Integration über Massenkonsum sicherzustellen, führte im Wege der sozialen Verelendung breiter Schichten zu Traumatisierungen und der Aufkündigung eines vordem weiterhin akzeptierten Gesellschaftsvertrages. Marie Jahoda und Paul Lazarsfeld haben in ihrer weltweit bekannt gewordenen Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal« (einer Textilarbeitersiedlung in der Gemeinde Gramatneusiedl in unmittelbarer Nähe von Wien) mit großer Eindringlichkeit beschrieben, wie unter dem Einfluss der Arbeitslosigkeit sich zunächst Lebensgewohnheiten verändern, das Populare (Sport, Wirtshaus etc.) zum Lebenszweck und zur Projektionsfläche unerfüllter Wünsche und Bedürfnisse wird; wie schließlich nach und nach kollektive wie individuelle Mentalitäten zerfallen, Wert- und Geisteshaltungen sowie zivilisatorische Standards erodieren.[23]

Mit diesem Wandel gehen entscheidende Veränderungen in der politischen Sphäre einher. Ein gegen den Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts gerichteter Antimodernismus mischte sich mit machtvollen Ressentiments gegen das demokratisch-liberale Prinzip. An die Stelle liberaler Gesellschaftsutopien traten auf Totalität und säkulare Erlösung gerichtete Zivilreligionen, die im Faschismus Hitler'scher Prägung ihre Bündelung fanden.[24] Die radikale Kritik an jener bürgerlich-demokratischen Kultur, die sich aus der Aufklärung, der bürgerlichen Revolution, dem Liberalismus entwickelt hat, mobilisiert Irrationalismus, den permanenten Appell an Instinkt, Trieb, Intuition; dem skeptischen Relativismus des Zeitalters begegnet sie mit unkritischer, sieghafter Selbstgewissheit.

Die ursprüngliche Ideologie des Faschismus ist aus dem Ersten Weltkrieg erwachsen; sie verachtet das »bürgerliche« Streben nach Wohlstand, Friede, »Zivilisation« und hält dem ein kämpferisches, »heroisches« Lebensideal entgegen. Sie verachtet mithin die organisierte Arbeiterbewegung, die für sich das eigentliche Erbe von Aufklärung und Liberalismus in Anspruch nimmt. Und sie hasst das Judentum, das für sie in gleicher Weise liberalen Kapitalismus wie revolutionären Sozialismus verkörpert. Ihr Antikapitalismus richtet sich gegen die spezifisch parasitären Kapitalsformen der Kriegs- und Inflationszeit; sie unterscheidet zwischen »raffendem« und »schaffendem« Kapital und propagiert einen »nationalen Sozialismus«, die totalitäre Unterordnung jeglichen »Eigennutzes« unter einen wie auch immer definierten »Gemeinnutzen« im Sinne einer Zusammenfassung aller nationalen Kräfte gegen den äußeren wie inneren Feind.

Es bedurfte allerdings der tief greifenden sozialen und kulturellen Erschütterungen und Verwerfungen der schwersten neuzeitlichen Krise, damit sich eine auf diesem ideologischen Fundament ausbildende Sekte in eine politische Massenbewegung entwickeln konnte. Es war eine plebejische, rebellische, von antikapitalistischen, an-

tisemitischen Ressentiments erfüllte Bewegung. Sie wurde von Deklassierten aller Schichten getragen, welche die Krise aus dem bürgerlichen Erwerbsleben gerissen hatte, geleitet von fanatischem Hass auf die »Systemparteien«, geführt von einer durch den Weltkrieg geformten soldatischen Intelligenz. Ihr Mobilisierungspotential wurde durch die offensichtlichen Erfolge, die der Hitlerfaschismus in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatte, enorm gesteigert.

In seinem Pariser Exil hat Otto Bauer bis zum Tag seines Ablebens am 4. Juli 1938 an einer postum und fragmentarisch erschienenen Analyse der Arbeits-, Wirtschafts- und Staatsverfassung des deutschen Faschismus gearbeitet.[25] Dieser hatte die Staatsmacht zu schrankenloser totalitärer Gewalt ausgestaltet und mit den Mitteln der »dirigierten Ökonomie« – also der planmäßigen gesellschaftlichen Steuerung und Regulierung des Wirtschaftslebens auf Basis des weiter aufrechterhaltenen Privateigentums an Produktions- und Zirkulationsmitteln – die schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ein bemerkenswert dynamisches wirtschaftliches, politisches und militärisches Erstarken Deutschlands in die Wege geleitet und eine Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse zu Gunsten der faschistischen Staaten bewirkt. Diese ungeheuren Erfolge vermochte einzig und allein die totalitäre Diktatur, die den gesamten gesellschaftlichen Produktionsapparat zur Stärkung des nationalen Imperialismus mobilisierte, zu erzielen. Der kapitalistische Etatismus erlangt, so Bauer, im faschistischen Staat seine vollkommenste Entwicklung.[26]

Mit den Mitteln der totalitären Diktatur und der Organisierung eines furchtbaren Gewaltapparates wurde die gesamte »Volkskraft« auf die Stärkung des nationalen Imperialismus konzentriert. Die gewaltigen Erfolge des faschistischen Etatismus beruhten ausschließlich auf der Vergrößerung der Kriegsmaschinerie des Dritten Reichs sowie auf der Stärkung des Kriegspotentials, der Vorbereitung des imperialistischen Machtkrieges. Allein unter diesem Aspekt wurden kriegswichtige Industrien vergrößert und ins Landesinnere verlegt, wurden kriegswichtige Befestigungsanlagen und Autobahnen errichtet.

Dass die mittels ungeheurer Arbeitsleistung aufgebaute Kriegsmaschinerie notwendigerweise einmal in Bewegung gesetzt werden musste, verschwand in der öffentlichen Wahrnehmung zusehends hinter dem Aspekt der ökonomischen Krisensteuerung und Arbeitsbeschaffung. Dazu trat ein weiteres, entscheidendes Moment, das dem deutschen Faschismus hierzulande ein enormes Attraktivitätspotential eröffnete: die brutale, durch keinerlei Schranken gehemmte Realisierung antisemitischer Programmatik. Darin entstand das wohl wirksamste Mittel zur Mobilisierung breiter Massen und zu deren Bindung an die »Bewegung«. Die Enteignung der jüdischen Kapitalisten, die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben überhaupt, befreite Handel und Gewerbe, neue Mittelschichten und Freiberufler von drückender Konkurrenz, führte zur Entstehung einer neuen Bourgeoisie und band diese Schichten an das Herrschaftssystem, ließ sie zu dessen verlässlicher Stütze werden.

Dem doppelten Druck einer wohl organisierten, selbst in der Illegalität Züge einer Massenpartei aufweisenden sozialistischen Untergrundbewegung (RS und KP) sowie einer stetig erstarkenden, auf das Hitler'sche totalitäre Herrschaftsmodell hin orientierten Fundamentalopposition konnte die ständestaatliche Diktatur auf die Dauer nicht standhalten. Die Unterstützung Mussolinis war in dem Moment irrelevant geworden, da sich Italien infolge des Abessinischen Krieges und seiner Intervention in Spanien nicht länger in Gegensatz zu Hitler-Deutschland setzen konnte. Erst in allerletzter Sekunde und viel zu zögerlich suchte Schuschnigg die Aussöhnung und den Ausgleich mit der illegalisierten Arbeiterbewegung. Wie immer in Österreichs Schicksalsstunden war es zu spät.

Die inversive Moderne

Montagmorgen, 22. Juni 1936. Moritz Schlick begibt sich über die Philosophenstiege zu seiner letzten Vorlesung dieses Sommersemesters in den wie immer überfüllten Hörsaal 41 an der Wiener Universität. Da springt plötzlich der 33-jährige Johann Nelböck, Doktor der Philosophie und ehemaliger Student Schlicks, auf ihn zu und feuert aus einem Browning vier Schüsse ab. Schlick erliegt dem Attentat sofort.[27]

Nelböck war 1931 von Schlick mit einer Dissertation »Die Bedeutung der Logik im Empirismus und Positivismus« promoviert worden und hatte den Professor der Philosophie – den großen Popularisierer Einsteins und wissenschaftlichen Vertrauten Wittgensteins –, der mittlerweile Weltruhm erlangt hatte, in der Folge zunehmend zu terrorisieren begonnen. Schlick hatte deshalb bereits zweimal Anzeige erstattet, und Nelböck war unter dem dringenden Verdacht akuter Paranoia interniert, jedoch als geheilt entlassen worden.

Schlick galt, nicht zuletzt auch in seiner Eigenschaft als ehemaliger Obmann des Vereins »Ernst Mach«, als hervorragender Vertreter einer gegen jeglichen irrationalen Dogmatismus und jegliche Form von metaphysischem Existentialismus gerichteten philosophischen Diskursivität; jenes »Wiener Kreises der wissenschaftlichen Weltanschauung«, dem es, wie Otto Neurath es ausgedrückt hat, darum zu tun war, »eine metaphysikfreie Atmosphäre zu schaffen, um wissenschaftliche Arbeiten auf allen Gebieten durch logische Analyse zu fördern«.[28] Die offensive Stellung gegen Metaphysik, vordringenden Irrationalismus und »theologisierendes Denken« im Allgemeinen hat den Verein »Ernst Mach« in einen engen Zusammenhang mit der Kultur- und Bildungsbewegung des Roten Wien gebracht. Entsprechend war er am 23. Februar 1934 mit der Begründung »amtsbekannter« Tätigkeit für die sozialdemokratische Partei aufgelöst worden. Schlick, der sich in der Folge der Vaterländischen Front anschließen sollte, hatte dagegen, allerdings erfolglos, Rekurs erhoben und den absolut unpolitischen Charakter des Vereins hervorgehoben. Er selbst sei niemals Mitglied einer Partei, »am allerwenigsten der sozialdemokratischen« gewesen, und es

würde ihn »innerlich kränken«, wenn die Auflösung gerade darin ihre Begründung finde.[29]

Nelböck galt im Prozess (vom 24. bis 26. Mai 1937) als zurechnungsfähig, und in der Tat klang seine Rechtfertigung vor Gericht alles andere denn geistig verwirrt. Er rekurrierte vielmehr auf einen in radikaler Weise dominant gewordenen Geist der Zeit, der in wissenschaftlichen wie offiziellen und offiziösen Publikationen sich umso deutlicher artikulierte, als das Regime nach dem Juliabkommen zwischen Schuschnigg und Hitler (1936) mit den nunmehr pardonierten Nationalsozialisten zusammenzuwachsen begann. Schlicks empirische Kritik des transzendenten Wissens habe, so der Attentäter, jede metaphysische Idee als sinnlos verworfen und er selbst dadurch jeden lebensweltlichen Rück- und Zusammenhalt verloren; außerdem habe Schlick seine Liebe »verdorben« (womit er auf eine offensichtlich gescheiterte oder niemals realisierte Beziehung zu einer Studentin Schlicks anspielte). Nelböck wurde zu zehnjähriger Haft verurteilt und noch 1938 von den Nazis in Freiheit gesetzt.[30]

Unterrichtsminister Hans Pernter sollte das von Nelböck in seinem Prozess aus strategischen Motiven angesprochene Problem wenig später prinzipiell abhandeln. Gegenüber dem Liberalismus früherer Epochen sei ein neues Konzept von Freiheit und Wissenschaft, eine »Änderung der geistigen Haltung« zu entwickeln. Freiheit und Wissenschaft könnten nicht länger synonym für einen »Mangel an Glauben« stehen. »Die Wissenschaft kann nicht länger einen Gegensatz zwischen Glauben und Wissen postulieren … Wissenschaft kann nicht länger ihre Abhängigkeit von metaphysischen Werten ableugnen.«[31] Die wohl symptomatischeste Reaktion auf die Ermordung Schlicks allerdings war in der einflussreichen katholischen theoretischen Wochenschrift Schönere Zukunft als Beitrag eines anonym bleibenden Prof. Dr. Austriacus erschienen, erkannte sie doch den wahren Schuldigen jener im und durch den Liberalismus vollzogenen Scheidung von Wissenschaft, Metaphysik und Glauben. Jüdische Kreise würden nicht müde, Schlick als den »bedeutendsten Denker« zu feiern:

> *Wir verstehen das sehr wohl. Denn der Jude ist der geborene Ametaphysiker, er liebt in der Philosophie den Logizismus, den Mathematizismus, den Formalismus und Positivismus, also lauter Eigenschaften, die Schlick in höchstem Maße in sich vereinigte. Wir möchten aber doch daran erinnern, dass wir Christen in einem christlich-deutschen Staate leben und dass wir zu bestimmen haben, welche Philosophie gut und passend ist.*[32]

Der Autor sah aus Anlass des Mordes einer »wirklich befriedigenden Lösung der Judenfrage« entgegen. Er hatte den aus einer traditionsreichen Adelsfamilie (mit preußischen wie österreichischen Wurzeln) stammenden Schlick somit als »reinen« Juden identifiziert, als Angehörigen, jedenfalls Vertreter einer Gegenrasse, des negativen Prinzips als solchem. Er hatte damit überdies eines der machtvollsten und wirkungsmächtigsten Stereotype aufgegriffen, ein zentrales Movens des modernen

Antisemitismus schlechthin: der Jude als Zerstörer des organischen, naturrechtlich gewachsenen, »authentischen« sozialen und kulturellen Gefüges. Die Juden hatten in diesem Zusammenhang immer schon als Kolonisatoren eines (unerwünschten) Fortschritts gegolten, als in Einklang mit ihrer patriarchalischen Religion stehende Vertreter urbaner, bürgerlicher, industrieller Verhältnisse, als Proponenten des Individualismus und abstrakten Rechts. Sie waren zum Synonym für die Bedrohungen der Moderne geworden, für Liberalismus wie Sozialismus, für Kapitalismus wie Kommunismus, für Demokratie und Sozialisierung. Sie haben in diesem Sinne das Finanzkapital ebenso wie die Intellektualität repräsentiert, Geld und Geist, und wurden so, im Adorno'schen Sinne, Exponenten der Zirkulation, Zerrbilder des Nicht-Fasslichen und Ungreifbaren, des Mehrdeutig-Fremden.[33]

Wie kaum ein Zweiter hatte im Wien der Zwischenkriegszeit Finanzstadtrat Hugo Breitner dieses Prinzip verkörpert. Als Jude, Bankdirektor, Sozialist und Intellektueller hat er eine breite Palette antisemitischer Ressentiments auf sich gezogen, bis zu einem Punkt, da Heimwehrführer Starhemberg den »Kopf dieses Asiaten im Sand rollen« sehen wollte.[34] Nun sind Ausfälle wie diese zunächst nichts Ungewöhnliches. Solche und ähnliche Artikulationen/Manifestationen eines verbal bis zum Äußersten getriebenen Antisemitismus waren in Wien seit Luegers Zeiten omnipräsente Alltäglichkeit, für das Wiener Judentum beinahe selbstverständlicher Teil seiner lebensweltlichen Routine geworden. Schreibweise und Duktus etwa der Reichspost, die Aktivitäten des christlichsozialen Arbeiterführers Leopold Kunschak und des Antisemitenbundes (für den auch der junge Engelbert Dollfuß tätig war), die seriellen antijüdischen Ausschreitungen an Universität und Hochschulen – all dies formierte sich zu einem dichten Gemenge alltäglicher, wenn auch von physischer Gewalt noch weitgehend freier Diskriminierungen und Schuldzuweisungen: eine Atmosphäre, in der der niederösterreichische Heimwehrführer (und spätere Bundeskanzler) Julius Raab Otto Bauer lapidar als »Saujud« apostrophieren konnte.[35] Eine Atmosphäre aber auch, die das Rote Wien in der Wahrnehmung seiner Gegner immer mehr zu einem bedrohlichen, zersetzenden und zerstörenden »verjudeten Moloch« heranwachsen ließ. Es wird dies in den zunehmend heftiger geführten Anti-Wien-Kampagnen zu einem immer wiederkehrenden Leitmotiv austrofaschistischer Politik, das im Ständestaat seine logische Weiterführung findet. Zu einem massiven Anwachsen antisemitischer Ressentiments kam es etwa im Gefolge des Phönix-Skandals im März 1936, als nach dem Tod des jüdischen Generaldirektors der Versicherungsgesellschaft ein Finanzdebakel größten Ausmaßes bekannt geworden war. Direktor Berliner hatte Parteien, Politiker, Presseleute quer durch die Lager bestochen – von der Heimwehr über die NSDAP bis hin zu zionistischen Verbänden –, aber auch Vaterländische Front und diverse Regierungsprojekte mit illegalen Zuwendungen beteilt.[36] Der Zusammenbruch der bedeutendsten österreichischen Versicherungsgesellschaft, die Rücktritte und Selbstmorde in seinem Gefolge und der dieserart offenkundig gewordene Zustand politischer wie ökonomischer Eliten veranlassten Leopold Kunschak zu

einer Warnung, die latenten Judenhass, Zivilisationsskepsis und das dunkle »Andere« der Vernunft präzise auf einen Punkt bringt:

> *Entweder man löst die Judenfrage rechtzeitig nach den Eingebungen der Vernunft und der Menschlichkeit, oder sie wird gelöst werden in Form des vernunftlosen Tieres, in der es seinen Feind angeht, in Formen wildgewordenen und ungebändigten Instinkts.*[37]

Wesentliche Teile der politischen und kulturellen Elite Österreichs hatten ihre zentralen Sozialisationserfahrungen jedenfalls im nationalistisch-konservativen, meist studentischen Milieu der Jahrhundertwende gemacht und waren nachhaltig antisemitisch geprägt worden. Es war ein turbulenter, verbal radikalisierter, kasuistisch ebenso wie rassistisch, religiös ebenso wie populistisch motivierter Antisemitismus, der sich mit Antirationalismus und Mystizismus zu einem Ideologiesurrogat von hoher Sprengkraft verdichtete – eine Art Gegen-Moderne, eine inversive Moderne, die weit in die kulturellen Formationen der Spätaufklärung hinein wirksam werden sollte. Es habe sich, schrieb Adolf Hitler, in seiner Wiener Zeit sein Weltbild gebildet, »eine Weltanschauung im großen und eine politische Betrachtungsweise im kleinen«, die nur noch im Einzelnen ergänzt werden musste, »zu ändern brauchte ich nichts«.[38] Hitler hat sich zweifellos am rassischen Antisemitismus eines Georg Ritter von Schönerer orientiert sowie an den Werken von Josef Adolf Lanz, jenes mystischen Propheten des österreichischen Irrationalismus, der sich unter dem Namen Lanz von Liebenfels eine neue Identität als Rassenfanatiker und Sektenbegründer geschaffen und es immerhin bis zur Autorenschaft in der »Fackel« gebracht hatte. Liebenfels entwickelte in einem Gemisch von Antisemitismus und Antifeminismus eine Art neognostische Rassenideologie und propagierte die Ideale der Rassenzucht und Rassenreinheit.[39]

Im Zusammenhang mit dem kulturellen Wien der Moderne ist zunächst allerdings eine weitere, wenn auch von dieser nicht loslösbare Tradition von Bedeutung. Sie artikuliert in ebenso markanter wie prinzipieller Weise die Vorbehalte gegenüber der säkularen, rationalitätsgeleiteten Welt des Liberalismus/Sozialismus und der kapitalistischen Emanzipation des Individuums, formuliert deren radikale Negation und korreliert im Regelfall mit einem bis ins Pathologische übersteigerten Juden- und Frauenhass. Das wohl herausragendste und bekannteste Beispiel für diesen metaphysischen Antipositivismus und Kulturantisemitismus, dem in gewisser Weise auch Karl Kraus zuzurechnen ist, stellt das Werk Otto Weiningers dar.[40]

Weininger wurde 1880 als Sohn gebildeter und assimilierter Wiener Juden geboren, sein Vater Leopold galt als herausragender Goldschmied, dessen Artefakte den Weg in die Museen Europas gefunden hatten und der einem romantischen Richard-Wagner-Kult ergeben war. An der Universität war Otto Weininger zunächst Positivist im Sinne von Mach und Avenarius, ehe er sich, unter dem Einfluss seiner eigenen Homosexualität, Studien über die bisexuelle Natur des Menschen zuwandte. 1903 wurde seine Dissertation unter dem Titel »Geschlecht und Charakter« verlegt, kurz

danach konvertierte er zum Protestantismus, was nicht zuletzt auch als Ausdruck einer Hinwendung zu Kant und den Traditionen des deutschen Idealismus interpretiert worden ist.[41] Im Spätherbst dieses Jahres beging er in Beethovens Sterbehaus Selbstmord, was die bereits beachtliche öffentliche Aufmerksamkeit für sein Buch weiter steigerte. »Geschlecht und Charakter« erlebt in den nächsten beiden Jahrzehnten zweiundzwanzig Neuauflagen und stellte, wie Sander Gilman betont hat, die Zusammenfassung eines spezifischen Denkhabitus des ausgehenden 19. Jahrhunderts dar, auch gerade wegen seines enormen Wirksamwerdens in den unterschiedlichsten intellektuellen Umfeldern, seines Einflusses auf Kraus, Wittgenstein, Hermann Broch, Robert Musil, Arnold Schönberg.[42] Es ist die (kritische) Auseinandersetzung mit Methode und Denkstil dieses Werks und weniger die Identifikation mit den Thesen und Behauptungen, die diesen Einfluss sichtbar werden lässt. So hat etwa Freud von einem »merkwürdigen« Buch eines hochbegabten und »sexuell gestörten« jungen Philosophen gesprochen, in dem er den Juden und das Weib mit der gleichen Feindschaft bedacht habe. »Weininger stand als Neurotiker völlig unter der Herrschaft infantiler Komplexe.«[43]

Tatsächlich repräsentierte die Frau für Weininger die Schuld, die Verneinung, die Verkörperung des niedrigen Selbst des Mannes: ein systematisierter Frauenhass, die Kehrseite der Frauenvergötterung etwa bei Gustav Klimt oder Peter Altenberg. Sie vereinigt die Negation alles dessen, was den Mann erst zum Manne macht: Geist, Wille, Ethik, Genie. Die Frau ist bloße »Mandatarin des Koitusgedankens«, gleichermaßen im Alltag wie in der Kunst und in den Wissenschaften minderwertig. Die Frau als die Inkarnation des Geschlechtlichen symbolisiert das Prinzip des Nichts und verewigt so durch den Geschlechtsakt ein Universum der Verneinung:

> *Der Sinn des Weibes ist also, Nicht-Sinn zu sein. Es repräsentiert das Nichts, den Gegenpol der Gottheit, die andere Möglichkeit im Menschen. (…) Und so erklärt sich auch die tiefste Furcht im Manne: die Furcht vor dem Weibe, das ist die Furcht vor der Sinnlosigkeit: das ist die Furcht vor dem lockenden Abgrund des Nichts.*[44]

Die regressive, neo-romantische Kulturkritik Weiningers versuchte Elemente kantischer Philosophie mit einem Irrationalismus in der Tradition Wagners, Schopenhauers, Nietzsches und Chamberlains zu verschmelzen.[45] Das Besondere an ihr ist die Gleichsetzung von Weiblichkeit und Judentum, und sie nimmt in exakt diesem Zusammenhang auch ihre antiliberalen wie antisozialistischen Dimensionen an, ebenso wie sie den heroischen Kult der disziplinierten Männlichkeit und die romantische Überhöhung des männlichen Genies propagiert. Weiningers Kulturkritik ist in diesem Sinn präfaschistisch.

Wie die Frau auch kann der Jude keine Vorstellung für die Größe der Sittlichkeit oder ein Gefühl für das »Radikal-Böse« entwickeln. Der Jude sei ewig an sein seelenloses »kommunistisches Wesen« gebunden, der Gegenpol des Aristokraten, der

»geborene Kommunist«, das Urbild aller Atheisten, Materialisten, Freidenker, in den Wissenschaften auf die Abschaffung alles Transzendenten, aller »Symbole eines Tieferen« konzentriert. Gleich der Frau sei das Judentum zu schöpferischer Arbeit auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Politik unfähig.[46]

Es ist wenig wahrscheinlich, dass Weiningers Thesen direkten Einfluss auf Hitlers Weltbild genommen haben, abgesehen vielleicht von der Annahme, die Juden seien dem Diasporakonzept einer weltweiten Verbreitung verpflichtet und dementsprechend für den Zionismus nicht zu gewinnen; eine These, die über den Umweg der Nazi-Ideologen Eckart und Rosenberg von Hitler rezipiert wurde. Dennoch ist die über weite Strecken gegebene, (zumindest partielle) argumentative und inhaltliche Identität in der so genannten »Judenfrage«, insbesondere auch in ihrem Konnex zur Arbeiterbewegung, nichts weniger als erstaunlich. Nur die Kenntnis des Judentums alleine, so Hitler, biete den Schlüssel zum Erfassen der »inneren und damit wirklichen« Absichten der Sozialdemokratie. Es sei die »teuflische Gewandtheit dieser Verführer«, die »dialektische Verlogenheit dieser Rasse«, die ihre eigentliche Qualität bestimmten:

> *Ich merkte mir die Namen fast aller Führer, es waren zum weitaus größten Teil ebenfalls Angehörige des »auserwählten Volkes«, mochte es sich dabei um die Vertreter im Reichsrat handeln oder um die Sekretäre der Gewerkschaften oder die Agitatoren der Straße. Die Namen der Austerlitz, David, Adler, Ellenbogen usw. werden mir ewig in Erinnerung bleiben.*[47]

Wann immer Hitler konkret die Erfahrungen seiner »Wiener Lehr- und Leidensjahre« ansprach, bezog er sich allerdings, wiewohl selbst tief in der Tradition des philosophischen Irrationalismus verhaftet, keineswegs auf die Resultate abstrakter Theoriebildung, sondern auf Praktiker, auf »Männer der Tat«, die zu seinen großen Vorbildern heranwachsen sollten: auf Karl Lueger und Georg Schönerer. In Lueger sah er den »gewaltigsten deutschen Bürger aller Zeiten«, einen »wahrhaft genialen Bürgermeister«, schätzte dessen Verständnis für die Bedeutung der Masse, sein unnachahmliches Gespür und Gefühl für die Massenstimmungen und -bedürfnisse, kritisierte aber einen bloß religiös motivierten, eher populistischen Antisemitismus.[48] Im Falle Schönerers war es demgegenüber der Rassenantisemitismus, der Hitlers Bewunderung hervorrief, während ihm die Abgehobenheit, die (teils bewusste) Entfernung von den Massen, als der zentrale Schwachpunkt galt. Schönerer, eine eigenartige Mischung aus Rabauke, Philister und Aristokrat mit Stammsitz im Waldviertler Schloss Rosenau, organisierte den radikalen Deutschnationalismus und gab ihm seine rassenantisemitische Ausrichtung. Er selbst hielt sich für den ritterlich-männlichen, kämpferischen Erlöser des deutschen Volkes und dessen Retter vor dem Judentum, diesem omnipräsenten, alles durch- und zersetzenden »blutsaugenden Vampir«. Der Rassenantisemitismus erwies sich als der ideologische Kitt, als politische Klammer,

die als negatives Prinzip die Zusammenführung von antisozialistischen, antikapitalistischen, antikatholischen, antiliberalen und antihabsburgischen Elementen und Versatzstücken ermöglichte. Schönerers Klientel rekrutierte sich aus den handwerklichen Schichten des unteren Mittelstandes, die, von akuter Proletarisierung bedroht, von der industriellen Moderne und kapitalistischen Modernisierung zerrieben zu werden drohten. Sie rekrutierte sich zu einem weiteren Teil aus der deutschen, vom Geiste romantisch-nationalistischer Rebellion erfüllten Studentenschaft, die dem übernationalen »verjudeten« Liberalismus den Kampf angesagt hatte. Der gewalttätige, demagogische und verspätete Don Quijote aus Rosenau sollte mit seinem pseudofeudalen Gefolge allerdings niemals über den Status einer politischen Sekte hinausgelangen; die Verankerung im Tableau einer sich formierenden Massenpolitik gelang, trotz aller inszenierten Krawalle und allem »spontanen« Aktionismus, zu keinem Zeitpunkt.[49]

Und so war der Antisemitismus modernen Zuschnitts lange Zeit eine mehr rhetorische Geste, ein (insbesondere von Lueger funktionalisiertes) Mobilisierungsmoment in der neuen Qualität emporkommender Massenpolitik, das, von gelegentlichen Straßenkrawallen und vereinzelten Übergriffen abgesehen, keine ernsthaften realen Umsetzungen erfuhr – jedenfalls nicht in Pogromform. Karl Kraus hat dies zu wiederholten Malen beinahe spöttisch kommentiert und sich darin bestätigt gefunden, dass die Wiener Antisemiten keinesfalls meinten, was sie sagten, und keinesfalls die sozialen Missstände oder die »Presskorruption« im Gefolge eines »jüdischen« Kapitalismus abzustellen gewillt waren:

> *Einige obskure Juden werden geprügelt, einige Lehrer nicht befördert – aber Rothschilds Gewinne aus communalen Geschäften wachsen. Und da Herr Benedikt* (Herausgeber der »Neuen Freien Presse«, d. Verf.) *den Wiener Juden schon seit zwanzig Jahren mit Glück einredet, daß sie kein anderes reales Interesse hätten als die Bilanz von Wittkowitz* (Eisenwerke im Besitz Rothschilds, d. Verf.), *so erscheint es nicht als Wunder, wenn sich die Leser der »Neuen Freien Presse« unter Luegers Regime sehr wohl fühlen. Schließlich findet der Unparteiische heraus, daß es nur eine einzige antisemitische Tendenzlüge gibt: Die, daß alle Juden gescheite Leute seien.*[50]

Tatsächlich bedurfte es erst der schwersten ökonomischen, sozialen und kulturellen Krise, um auf die denkbar radikalste Weise klar werden zu lassen, dass aus rhetorischen Gesten brutale Wirklichkeit werden konnte. Der alles umfassende Zivilisationsbruch im Gefolge dieser Krise hat mühsam errichtete kulturelle Dämme brechen lassen, hat den »wildgewordenen und ungebändigten Instinkt« massenhaft freigesetzt, hat das Dunkle, Abgründige, »Andere« der Zivilisation mobilisiert. Es war die Umsetzung dessen, was bereits Jahrzehnte davor ausformuliert vorlag. Es war die Freisetzung des Vernichtungsdranges, die Sanktionierung der Wut des verelendeten, seiner Hoffnung und seines Begehrens beraubten Individuums durch das Kollektiv. Es war die Mobilisierung von ihrer Subjektivität beraubten Menschen als Subjekte, der Zerstörungslust, des Vernichtungswillens jener, die den Prozess der Zivilisierung

niemals ganz vollzogen hatten.[51] Die Antisemiten, sollte Theodor Adorno schreiben, waren daran gegangen, ihr negatives Absolutes aus eigener Macht zu verwirklichen, die Welt in jene Hölle zu verwandeln, als welche sie sie immer schon sahen.[52]

Hexensabbat

Die Hölle brach in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 los *(Abb. 106)*. Der zum zweiten Mal vertriebene Schriftsteller Carl Zuckmayer hat die Ereignisse jener Nacht, die Wien und die Welt erschüttern sollten, in eigentümlicher Intensität, in eindringlichen Bildern beschrieben. Die Unterwelt, so Zuckmayer, habe ihre Pforten geöffnet und ihre »niedrigsten, scheußlichsten, unreinsten Geister« losgelassen. Die ganze Stadt habe sich in ein Alptraumgemälde von Hieronymus Bosch verwandelt. Die Luft war von einem permanent gellenden hysterischen Gekreische erfüllt, das, von Männern ebenso wie von Frauen ausgestoßen, noch tage- und nächtelang weitertoben sollte. Die Menschen verloren ihr Gesicht, glichen verzerrten Fratzen, in denen Angst, Lüge und wilder, hasserfüllter Triumph sich gleichermaßen spiegelten. Zuckmayer, der als hochdekorierter und vielfach ausgezeichneter Offizier alle Schrecknisse, alles Entsetzen des Ersten Weltkrieges und der nachfolgenden sozialrevolutionären Umsturzzeit hautnah miterlebt hatte, vermag sich an Vergleichbares nicht zu erinnern. Was hier entfesselt wurde, sei ein Aufstand des Neids, der Missgunst, der Verbitterung, der blinden, bösen Rachsucht gewesen.

Hier war nichts losgelassen als die dumpfe Masse, die blinde Zerstörungswut, und ihr Haß richtete sich gegen alles durch Natur oder Geist veredelte. Es war ein Hexensabbat des Pöbels und ein Begräbnis aller menschlichen Würde.[53]

Was tatsächlich vorgefallen ist, wie es in Wirklichkeit, »das heißt: in den gelebten Träumen die man so nennt«, war, das wüssten, so Zuckmayer, einzig jene, die dabei waren.[54] Einer dieser in die Ereignisse Involvierten war George Eric Rowe (G.E.R.) Gedye, langjähriger Wien-Korrespondent der Londoner Times und des Daily Express. Gedye hatte in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten seiner Korrespondententätigkeit das »goldene Wienerherz«, also die spezifische Weichheit des Wiener Gemüts, den Wiener Schmäh und die so glänzend ausgebildete Selbstironie, den lustbetonten Hedonismus der Wiener Bevölkerung, kurz: die Wiener Mentalität, wie sie sich dem Außenstehenden zunächst darstellt, vielfach beschrieben und einer durchaus kritischen Würdigung unterzogen. Den wilden Arisierungen, den Raub- und Beutezügen, den Plünderungen, den Verfolgungen, Demütigungen und Horrorszenarien, die in der Nacht zum 12. März einsetzen *(Abb. 107)* und wochenlang andauern sollten,[55] der »nationalen Revolution« von unten also, steht er fassungslos gegenüber. Auch er spricht von Inferno und Hexensabbat und versucht erst gar nicht



Abb. 106: Bundeskanzleramt in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938.



Abb. 107: Vor dem Sturm: Demonstration in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938.

eine Erklärung des eigentlich Unerklärlichen. Aber er beschreibt es, unmittelbar, als Augenzeuge, aus nächster Nähe.

Die Ereignisse der dieser »revolutionären Erhebung von unten« unmittelbar vorangehenden Tage hatten eine De-facto-Machtübernahme der österreichischen Nationalsozialisten gebracht, Minister Seyß-Inquart schwebte die Errichtung einer deutsch-katholisch-nationalsozialistischen Diktatur vor. In dieser Situation hatte sich Bundeskanzler Schuschnigg entschieden, in die Offensive zu gehen, für Sonntag, den 13. März 1938, eine Volksabstimmung anzusetzen und das Bündnis mit der vier Jahre lang illegalisierten Arbeiterbewegung zu suchen. Hitler ordnete daraufhin die Mobilisierung der 8. Armee in Bayern an, erteilte den österreichischen Nationalsozialisten »volle Handlungsfreiheit«, Steiermark und Kärnten erhoben sich. Nachdem Schuschnigg, vor den Trümmern autoritär-restriktiver Ständestaatspolitik stehend, in einer Radiorede am 11. März um 19.25 Uhr verkündet hatte, auf Grund eines Ultimatums der deutschen Bundesregierung resignieren zu müssen, füllten sich die Straßen Wiens schlagartig mit spontan zusammenströmenden Massen und organisierten Nationalsozialisten. Die Innere Stadt verwandelte sich in einen von brüllenden, meist von jugendlichen Demonstranten besetzten Hexenkessel:

Sturmtruppleute, von denen viele kaum der Schulbank entwachsen waren, marschierten mit umgeschnallten Patronengürteln und Karabinern, als einziges Zeichen ihrer Autorität die Hakenkreuzbinde auf dem Ärmel, neben den Überläufern aus den Reihen der Polizei: Männer und Frauen brüllten hysterisch den Namen ihres Führers, umarmten die Wachleute und zogen sie mit sich in den wirbelnden Menschenstrom. Lastwagen mit SA-Leuten, die ihre lang versteckt gehaltenen Mordwaffen nun offen trugen, hupten ohrenbetäubend und versuchten vergeblich, sich durch die Menge von Männern und Frauen einen Weg zu bahnen, die im Lichte der nun auftauchenden, schwelenden Fackeln brüllten und tanzten.[56]

Gedye folgte den von ihm auf eine Zahl von 80.000 bis 100.000 geschätzten Plünderern auf ihrem in dieser Nacht unternommenen Beutezug durch die Leopoldstadt und berichtete später immer wieder über die von Nazifunktionären zwar angeleiteten und initiierten, im Wesentlichen aber den Eigendynamiken spontaner Manifestationen gehorchenden Raubüberfälle, öffentlichen Demütigungen und Übergriffe.[57] Diesen Manifestationen war durchaus eine symbolische, eine rituelle Komponente eigen, richteten sich die Attacken der rebellierenden Massen doch in gleicher Weise gegen begüterte wie mittellose Juden. Gestohlen wurden wahllos Bargeld, Schmuck, Pelze, Kleidung aller Art, Möbel, mit Vorliebe auch Autos, wobei man zusammengefangene jüdische Männer, Frauen und Mädchen aus allen sozialen Schichten zwang, diese für ihre neuen »Besitzer« zu waschen und instand zu halten. Besonderer Beliebtheit erfreute es sich auch, Juden zu Handlungen des Religionsfrevels zu nötigen, ihnen die heiligen Tefillins, die Gebetsstreifen mit den zehn Geboten Gottes, an ihren Handgelenken zu befestigen und sie so Fußböden und Klosettmuscheln reinigen zu lassen.



Abb. 108: Eine »Reibpartie«.

Tag für Tag zog die SA in geschlossenen Formationen aus, um unter dem Beifall einer johlenden Menge Juden stundenlang im Kommando-Ton Freiübungen zu befehlen, wobei die Schwächeren getreten und geschlagen wurden und ältere und gebrechliche Männer im Stechschritt aufzumarschieren hatten. Gedye schildert noch eine andere Szene: Vor einem Haus in der Leopoldstadt steht ein Wagen des anatomischen Instituts. Auf ihn werden die Leichen einer jüdischen Familie geladen, deren sämtliche Mitglieder sich durch Selbstmord dem Terror entzogen hatten. Grinsende SA-Leute bringen über dem Eingangstor ein weithin sichtbares Plakat an: »Den Nachbarn zur Nachahmung empfohlen.«[58]

Eine besondere Wiener Spezialität aber stellten die so genannten »Reibpartien« dar *(Abb. 108):* Jüdische Männer und Frauen, bevorzugt aus der Intelligenz, wurden gezwungen, auf allen Vieren kriechend, in den belebtesten Straßen Wiens (wo die Öffentlichkeit und somit die persönliche Demütigung am größten war) Spuren ständestaatlicher Propaganda, mit der sie nichts zu tun gehabt hatten, zu entfernen. Man holte sie jeweils aus den Wohnungen, Büros, Geschäften der unmittelbaren Umgebung, ließ sie mit einer scharfen, die Haut verätzenden Lauge und Zahnbürsten hantieren.

Die erste Reibpartie sah ich auf dem Praterstern. Sie mußte das Bild Schuschniggs entfernen, das mit einer Schablone auf den Sockel eines Monuments gemalt worden war. SA-Leute schleppten einen bejahrten jüdischen Arbeiter und seine Frau durch die beifallklatschende Menge. Tränen rollten der alten Frau über die Wangen, und während sie starr vor sich hinsah und förmlich durch ihre Peiniger hindurchblickte, konnte ich sehen, wie der alte Mann, dessen Arm sie hielt, versuchte, ihre Hand zu streicheln. »Arbeit für die Juden, endlich Arbeit für die Juden!« heulte die Menge. »Wir danken unserem Führer, er hat Arbeit für die Juden geschafft!«[59]

Es war geradezu ein Wesensmerkmal der großen Krise der 1930er-Jahre gewesen, dass sie, nachdem im Zuge der kapitalistischen Modernisierung die Arbeit zum höchsten Prinzip erhoben worden war, zahllose Arbeitswillige auf Dauer vom Arbeitsprozess ausgeschlossen hatte. Die planmäßige Rationalisierung in der Industrie machte Hunderttausende arbeitslos. Der Faschismus setzte an diesem Punkt an: Er thematisierte die von der Krise ausgelösten gesellschaftlichen Spaltungen als sozialdarwinistischen Kampf der Rassen gegeneinander. Diese Konzeption fiel in Wien mit seinem lange zurückreichenden antisemitischen Traditionsbestand auf fruchtbaren Boden und kam in den Märztagen des Jahres 1938 geradezu eruptiv zum Ausbruch, in einem Ausmaß, dass sogar Hermann Göring sich anlässlich seines ersten Wien-Besuchs veranlasst gesehen haben soll, die antisemitischen Exzesse einzuschränken.

Parallel zum »spontanen« Terror der Basis und diverser nationalsozialistischer Unterorganisationen konstituierte sich, unter massiver deutscher Einflussnahme, ein furchtbarer, offizieller, staatlich sanktionierter Terrorapparat. Unmittelbar nach dem Anschluss kam es zu den ersten Massenverhaftungen, Schätzungen sprachen von etwa 30.000 Festgenommenen. Am 1. April ging ein erster, so genannter »Prominententransport« nach Dachau ab, dem Sozialisten wie Kommunisten, Katholiken und Mitglieder der Vaterländischen Front, Intellektuelle aller Schattierungen angehörten, 40 Prozent davon jüdischer Herkunft. Der Transport bot in der Tat einen repräsentativen Querschnitt aus dem Lager der expliziten Nazi-Gegner und ein unheilvolles Vorzeichen auf kommende Repression. Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Walter Adam, oder der Präsident der Einheitsgewerkschaft, Johann Staud, waren genauso darunter wie die jungen revolutionären Sozialisten Franz Olah und Stephan Billes, Richter Alois Osio oder Sektionschef Robert Hecht ebenso wie die Schutzbündler Alexander Eifler oder Hermann Lackner, die beiden nachmaligen ÖVP-Bundeskanzler Leopold Figl und Alfons Gorbach ebenso wie der austromarxistische Soziologe Paul Neurath, der Kommunist Josef Luda oder der christlichsoziale Arbeiterkämmerer Victor Matejka, der Operettenlibrettist Fritz Löhner-Beda ebenso wie der Präsident des Wiener Fußballverbandes, Josef Gerö. Unter den Deportierten befanden sich weiters der ehemalige Bürgermeister Richard Schmitz sowie der ehemalige Landtagspräsident und Finanzstadtrat Robert Danneberg. Letzterer war bei einem Ausreiseversuch an der tschechischen Grenze zurückgewiesen und von der Gestapo verhaftet worden. Der gequälte und geschundene Danneberg

wurde auf einem Nazi-Plakat zu einer Fratze im Stil des Stürmer retuschiert, das Plakat mit der Textierung »Nach Redaktionsschluß ... (Juden machten Österreichs Presse)« wienweit affichiert *(Abb. 109)*. 1942 wurde Danneberg von Dachau nach Auschwitz überstellt und in Birkenau vergast.[60] Verraten worden war Danneberg von dem tragischen Hans Pav, ehemals Leitungsmitglied des Wiener Vorstandes der Revolutionären Sozialisten und nunmehr Gestapo-Spitzel.[61] Pav hat auch die große Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter ausgeliefert. Zunächst in Wien inhaftiert, wurde sie 1940 in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert und im Februar 1942 im Zuge eines Weitertransports ermordet.[62]



Abb. 109: Schandplakat Robert Danneberg.

Das nationalsozialistische Regime konnte seinen Terrorapparat nicht zuletzt auch deshalb so reibungslos, beinahe widerspruchslos einrichten, weil es in den ersten Monaten nach dem Anschluss (und nur in dieser Zeit) seine Herrschaft massenhaft legitimiert sah. Wien hatte den Nazis als höchst unsicheres Terrain gegolten, insbesondere die nach wie vor roten Vorstädte geboten Respekt, man hatte die Möglichkeit eines antifaschistischen Aufstandes in diesen Gebieten durchaus ins Kalkül gezogen. Darüber hinaus verachtete Hitler die »Riesenstadt«, die ihn einst abgewiesen und gedemütigt hatte, als die »Verkörperung der Blutschande«, als ein verjudetes, widerwärtiges »Rassenkonglomerat«.[63] Umso befreiender für die Okkupationstruppen und nationalsozialistischen Parteigliederungen musste die Tatsache wirken, dass sich der Einmarsch der deutschen Truppen und die Auftritte Hitlers in Wien (wie auch in Salzburg und Linz) zu Triumphkundgebungen und Massenmanifestationen ohnegleichen gestalteten. Vor einer unübersehbaren, am Heldenplatz versammelten Menschenmenge, die immer und immer wieder in »Heil Hitler«- und »Sieg Heil«-Rufe ausbrach, verkündete Hitler am 15. März den Eintritt Österreichs in das Deutsche Reich, die »größte Vollzugsmeldung meines Lebens« *(Abb. 110)*.[64] Charlie Chaplin hat daraus wenige Jahre später eine der berühmtesten Szenen der Filmgeschichte gestaltet, indem er die

hohle, pathetische, in der konkreten Situation gleichwohl mitreißende Phraseologie dieser Rede durch die Aneinanderreihung scheinbar sinnloser Silben und Wortfetzen paraphrasiert und – in Kombination mit einer Persiflage der theatralischen Führergestik – eben dadurch ihren eigentlichen Sinn erst kenntlich gemacht hat.[65]

Wenn behauptet werde, schrieb G.E.R. Gedye, dass sich die Massen auf der Ringstraße »wie wahnsinnig« benommen hätten, so sei dies »alles eher als eine Übertreibung«. Dennoch habe er etwas »Pathetisches« an der begeisterten Zustimmung dieser »Vertreter des kleinen Mittelstandes« finden können, die »durch ihren Fanatismus aus der gewohnten Behäbigkeit gerissen« worden wären.[66] Dies stimmt und stimmt zugleich nicht. Die eigentümliche Suggestivwirkung der Masseninszenierung, ihre Anziehungskraft und Vieldeutigkeit, ist von einer Vielzahl zeitgenössischer, auch jüdischer und/oder politisch links stehender Beobachter attestiert worden.[67] Die in ihrem frenetischen Jubel entfesselten Massen aber haben ihrer Zusammensetzung nach weit über die sozialen Trägerschichten des österreichischen Nationalsozialismus hinausgereicht. Ein britischer Zeitzeuge hat bemerkt, sie hätten sich aus Angehörigen aller Klassen und Schichten rekrutiert:

> *For once workers and bourgeois stood side by side with undivided enthusiasm. My predominant impression was of young faces and rather shabby clothes. This was no host of reactionaries assembled to greet a reactionary triumph. Whatever their motive, it was the people of Vienna, who lined the streets.*[68]

Es waren, klassenübergreifend, spontan agierende Massen, die hier manifestierten, und die Assoziationen zu dem von Leo Trotzki anlässlich des Begeisterungstaumels der Augusttage 1914 konstatierten Phänomen liegen nahe: Das Zusammenwachsen der unterschiedlichsten sozialen Segmente mit unterschiedlichen Motiven und Intentionen, aber mit einem übergeordneten Ziel, die symbolische Verschmelzung zu einem großen Ganzen, in den einen »Volkskörper«.

Die ungeheure Anschlusseuphorie wurde von den Nationalsozialisten dynamisch weitergetrieben und die Kampagne zum Plebiszit über die Vereinigung mit dem »Altreich« zu einem weiteren, wenn nicht dem entscheidenden Moment einer (vorläufigen) Stabilisierung ihrer »totalitären« Herrschaft gemacht. Es sei dahingestellt, inwieweit diese Kampagne die Form eines »Mysterienspiels« annahm und der Höhepunkt der Abstimmung einem »kollektiven Orgasmus« gleichkam.[69] Die Sicherung eines totalen Herrschaftsanspruchs mit Mitteln der symbolischen Repräsentation und unter Einsatz modernster Reklame- und Propagandatechniken ist allemal bemerkenswert. Unzweifelhaft sind der Kampagne Momente barocker Theatralität eigen, unzweifelhaft kamen die Nazis dem angestrebten Ideal eines politischen Gesamtkunstwerks nahe, der totalen Ästhetisierung der Politik. Es ist in diesem Zusammenhang auch auf die Nietzscheanische Umwertung der Werte hingewiesen worden, wurde doch die katholische Fastenzeit mit Rückgriff auf germanisch-heid-



Abb. 110: Die Wiener begrüßen den Führer, 15. März 1938.

nische Feiermythen in ein Volks- und Frühlingsfest in Permanenz transformiert.[70] Alle verfügbaren Medien kamen zum Einsatz: Plakate, Zeitungen, Filme, Musik, Licht, Farben, Bilder; Schauspieler und Kulturschaffende wurden in die Kampagne einbezogen, Fußballstars wie der für die tschechische Minderheit werbende Matthias Sindelar. In Wien wurden 200.000 Hitlerbilder affichiert und 20.000 Volksempfänger verteilt.[71]

Loyalitätserklärungen der katholischen Kirche und der beiden Sozialdemokraten Karl Renner und Anton Weber (von 1922–1934 amtsführender Stadtrat für Sozialpolitik und Wohnungswesen und ehemaliger Wöllersdorf-Häftling) kam in der Propagandamaschinerie ein bedeutender Stellenwert zu. Karl Renner, Exkanzler und der große alte Mann der Sozialdemokratie, gab im Rahmen eines Zeitungsinterviews eine differenzierte Stellungnahme ab, kündigte aber an, bei der Volksabstimmung am 10. April mit »Ja« zu stimmen. Er hat diesen Schritt ausführlich und mit großer Zivilcourage in der englischen World Review noch im Mai desselben Jahres begründet und von den Zwängen eines militärischen Staatssozialismus und einem »unfassbaren Rassenregime« gesprochen.[72] Kardinal Innitzer stattete Hitler am 15. März einen Besuch im Hotel Imperial ab, bei dem er seiner Freude über die »Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich« Ausdruck verlieh sowie den Willen der katholischen Bevölkerung, »tatkräftig am deutschen Aufbauwerk mitzuwirken«, betonte.[73] In der sichtlich von taktischen Überlegungen angeleiteten Erklärung der Bischöfe an die österreichischen Katholiken heißt es unter anderem:

Wir erkennen freudig an, dass die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, dass durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde. (…) Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, dass sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Innitzer hat dieser Erklärung eigenhändig ein »Heil Hitler« beigefügt.[74] Als diese Äußerungen sowohl bei den österreichischen Katholiken als auch in ausländischen Kirchenkreisen auf Verwirrung und Unruhe stießen, wandte sich Innitzer in einem zweiten Brief am 31. März 1938 an den kommissarischen Leiter der NSDAP in Österreich, Gauleiter Bürckel:

Ich betone nochmals, die Erklärung der Bischöfe wie überhaupt unsere Stellungnahme zur Wahl ist grundsätzlich zu werten als ein allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entspringendes Bekenntnis.



Abb. 111: Propaganda- und Materialschlacht für die Volksabstimmung.

Wiederum grüßte er »Mit dem Ausdruck vollkommener Hochschätzung und Heil Hitler«.[75] Das Ergebnis der Volksabstimmung *(Abb. 111)* war dann ein in Diktaturen übliches. Gesamtösterreichisch gab es 99,73 Prozent Ja-Stimmen, in Wien lag ihr Anteil um einige wenige Zehntelpunkte darunter; insgesamt waren ca. 360.000 Menschen von der Abstimmung ausgeschlossen worden.[76]

Die Kampagne um das Anschlussplebiszit hatte zur umfassenden Mobilisierung weiter Bevölkerungsteile geführt, zu deren integrativen Erfassung in einer gedachten »deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft«, zur Bildung des Kerns einer künftigen Parteiorganisation ebenso wie zu einer sehr bewusst betriebenen Kanalisierung »sozialrevolutionärer« Energien aus der unmittelbaren Umbruchszeit. Sobald die anfänglichen Exzesse gegen die jüdische Bevölkerung – denen zunächst auch Einschüchterungsfunktion gegenüber jeglicher potentiellen Opposition zugekommen war – machtstrategische, ökonomische wie außenpolitische Interessen des sich etablierenden Herrschaftssystems zu durchkreuzen begannen, wurde der spontane und häufig von lokalen Parteiführern ausgelöste Terror der ersten Wochen in bürokratisch-dirigistische Bahnen gelenkt.[77] Die massenhafte Enteignung von jüdischem Vermögen war zunächst ohne jegliche staatliche Kontrolle vollzogen worden, örtliche

Parteistellen hatten nach eigenem Gutdünken so genannte »kommissarische Verwalter« in Tausenden von Fällen eingesetzt. Die Wiener Parteigliederungen setzten sich damit in entschiedenen Gegensatz zu den deutschen Zentralinstanzen, was diese keineswegs zu akzeptieren gewillt waren. Ende April wandte sich Reichskommissar Bürckel in ungewöhnlicher Schärfe gegen eine »gewisse Sorte von Volksgenossen«, die glauben, mit der »Notwendigkeit der Arisierung eine Eigenspekulation verbinden zu müssen«.[78]

Mit dem Zwang zum Vermögensnachweis für Juden (Verordnung vom 26. April 1938) und der Einrichtung einer »Vermögensverkehrsstelle« erfolgte im Mai 1938 die Verstaatlichung der »Arisierungen« und die planmäßige Inangriffnahme einer »Entjudung der Wirtschaft«. 1938 betrug die Anzahl der jüdischen Bevölkerung in Österreich 181.822, davon waren 167.249 in Wien ansässig. Nach den Definitionskriterien der Nürnberger Rassengesetze erweiterte sich dieser Kreis bedeutend, sodass in Wien von bis zu 200.000 nach nationalsozialistischen Vorgaben als Juden geltenden Menschen ausgegangen werden muss.[79] Ihr Vermögen hat nach NS-Angaben die Summe von ca. 2 Milliarden Reichsmark ausgemacht, wobei sich diese Zahl vornehmlich auf Geschäfts-, Immobilien- und Kapitalvermögen bezieht. Nicht eingerechnet sind persönliche Wertsachen, Eigentums- und Nutzungsrechte an rund 70.000 Wohnungen, die nach Schätzungen 4.000 bis 5.000 Geschäfte und Kleinbetriebe, die den »wilden Arisierungen« zum Opfer gefallen waren, Marktpreisverluste nach der NS-Machtübernahme etc. Insgesamt kann ein Vermögenswert von bis zu 2,9 Milliarden Reichsmark angenommen werden. Der jüdischen Bevölkerung wurde dieses Vermögen, das dem Eineinhalb- bis Zweifachen des Gesamtbudgets des dem Deutschen Reich eingegliederten Bundesstaates Österreich entsprach, de facto zur Gänze entzogen.[80]

Die planmäßige »Arisierung« wurde vor allem – und entgegen den Bereicherungs- und Versorgungsintentionen der ortsansässigen Parteimitgliedschaft – als ökonomisches Strukturbereinigungs- und Modernisierungsprogramm im Sinne der Groß- und leistungsfähigen Mittelindustrien unter kriegswirtschaftlichen Aspekten betrieben. Von der »Arisierung« des Finanzsektors und der großen Industrie profitierten vornehmlich reichsdeutsche Unternehmen, der überwiegende Großteil der finanz- und leistungsschwachen Mittel-, Klein- und »Elends«-betriebe wurde liquidiert, auch wenn sie sich in nicht-jüdischem Besitz befanden oder bereits von einem in der Anschlusszeit ernannten kommissarischen Verwalter geleitet wurden. Die Liquidationen im Bereich des für Wien besonders relevanten Kleinhandels, Kleingewerbes und Handwerks betrafen 77 bzw. 75 Prozent der Betriebe, im Bereich der Industrie lediglich 18 Prozent.[81] Es implizierte dies aber nicht nur eine durch den deutschen faschistischen Etatismus unter dem Diktat des totalitären Staates in die Wege geleitete ökonomische Modernisierung im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Reorganisation des Produktionsapparates; die Liquidationen betrafen wie gesagt auch Tausende »arische« Kleingewerbetreibende und beraubten sie ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage.[82]

Der »ordnungsstaatlich« in Szene gesetzte und administrative Raubzug an der jüdischen Bevölkerung hat die hohen materiellen Gratifikationserwartungen der Wiener Parteibasis, im Besonderen auch der »Illegalen« aus der ständestaatlichen Zeit, in keiner Weise erfüllt, sich zudem nur sehr bedingt als mittelstandsfreundlich erwiesen. Deutlich zutage tretende antideutsche, antipreußische Ressentiments und vermehrte Spannungen innerhalb der und zwischen den unterschiedlichen Parteigliederungen ließen zur Stabilisierung der NS-Herrschaft die effiziente Besetzung und Gleichschaltung sowie ein reibungsloses Funktionieren des staatlichen wie kommunalen bürokratischen Apparats dringend geboten erscheinen. Mit der durch die Regierung Dollfuß oktroyierten autoritären Stadtverfassung fanden die Nationalsozialisten Strukturen vor, die sie, ohne zunächst allzu große Veränderungen vornehmen zu müssen, weitgehend für ihre Zwecke instrumentalisieren konnten.[83] Diese Verfassung hatte Wien zwar seiner Stellung als eigenständiges Bundesland beraubt, allerdings waren in einer einzigen Behördenorganisation die Verwaltungen einer Gemeinde, eines Bezirks und eines Landes vereinigt, und so hatte sich an seiner tatsächlichen Stellung wenig geändert. Die demokratischen Institutionen waren allerdings beseitigt, und unter Rückgriff auf die Gemeindeordnungen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Führerprinzip eingeführt worden, indem sich in Funktion und Person des Bürgermeisters die gesamte Vollzugsgewalt konzentrierte. Der Magistrat als einheitliches Exekutivorgan der Landes- wie Gemeindeverwaltung wurde zwar neu gegliedert, bestand aber in ähnlicher wie der bisherigen Form weiter.

Am 13. März 1938 setzte Bundeskanzler Seyß-Inquart Hermann Neubacher als Bürgermeister ein, zu Vizebürgermeistern wurden der Wiener NSDAP-Gauleiter Hans Richter, der SA-Brigadeführer Thomas Kozich und der Blutordensträger, SS-Oberführer und Teilnehmer am Juli-Putsch 1934, Hanns Blaschke, ernannt. Als eine seiner ersten Maßnahmen hob Neubacher auf Basis der autoritären Verfassung die von dieser als Volksvertretung vorgesehene und an die Stelle des ehemaligen Gemeinderats getretene »Wiener Bürgerschaft« auf. Neubacher war ein enger Mitarbeiter Hugo Breitners gewesen, 1921 in den Gemeindedienst eingetreten und 1926 zum Generaldirektor der gemeindeeigenen Baugesellschaft Gesiba avanciert, die an zentraler Stelle am Wohnbauprogramm des Roten Wien mitwirkte.[84] 1933 trat er der illegalen NSDAP bei, wurde nach dem Juli-Putsch festgenommen und für ein Jahr inhaftiert. Neubacher repräsentierte die etatistisch-autoritäre Variante nationalsozialistischen Herrschaftsverständnisses. Innerhalb der bestehenden Strukturen, unter Ausnutzung der weiter geltenden austrofaschistischen Stadtverfassung, mit Einbeziehung des überkommenen Beamtenapparates und dessen loyaler Kooperation verstand er es, zu Bürckel und anderen Reichsstellen auf Distanz zu gehen, als oberstes Vollzugsorgan des Magistrats eine Art »Gemeinde-Führer« zu verkörpern und der Stadtverwaltung eine gewisse Autonomie und Eigenverantwortlichkeit zu sichern.[85]

Neubachers Umbau des Beamtenapparates erfolgte erstaunlich vorsichtig *(Abb. 112)*, und die Gemeindebürokratie sollte sich, ihrer Eigenlogik gemäß, als verlässliches und bis in die dramatische Zusammenbruchsphase des Jahres 1945 hinein voll funktionsfähiges Instrument der nationalsozialistischen Herrschaft erweisen. Mit der Verordnung zur Neuordnung des Berufsbeamtentums vom 31. Mai 1938 hatte eine systematische politische wie »rassische« Durchleuchtung eingesetzt. Wenige Spitzenbeamte waren bereits im März entlassen worden, wie auch die Erbringung eines »Ariernachweises« bereits vor diesem Zeitpunkt notwendig geworden war. Wiewohl nicht mehr exakt rekonstruierbar, dürften etwa zehn Prozent der Bediensteten entlassen worden sein, ein Drittel davon leitende, die Hälfte »jüdische« oder »jüdischversippte« Beamte.[86] Neubacher selbst war, in Gegensatz etwa zu Reichsstatthalter Bürckel, kein fanatischer Antisemit; die Säuberungen hat er aus Parteierfordernissen vollzogen, und im Machtkampf mit Bürckel war ihm von diesem unter anderem vorgeworfen worden, »ständigen Verkehr mit übelsten Juden« zu haben.[87] Die radikale Entfernung der Bediensteten jüdischer Abstammung jedenfalls bestimmte zugleich auch die engen Grenzen der Säuberung und die Notwendigkeit des Rückgriffs auf die traditionellen Beamteneliten – war der Mangel an geeignetem Personal aus dem Reservoir der »Bewegung« doch evident. Im Herbst 1938 war lediglich ein Viertel der Abteilungsleiter in der NSDAP organisiert, 43 Prozent der Leitungspositionen waren neu besetzt worden, immerhin 20 Prozent der Abteilungsleiter galten als »politisch untragbar«.[88] Ehemalige Sozialdemokraten wurden geradezu umworben und vom Ständestaat entlassene frühere Schutzbündler oder Angehörige der Gemeindewache demonstrativ und, sofern sie eine entsprechende Befürwortung durch den Gauleiter vorweisen konnten, unter großem Propagandaaufwand wieder aufgenommen.

Wie überhaupt Neubacher die vielfältigsten Aktivitäten zur Gewinnung und sozialen Integration der »roten« Wiener Arbeiterschaft in die Wege leitete: Sie richteten sich definitiv an die Vorstadtbevölkerung und rekurrierten immer wieder auf die in der »Systemzeit« erlittenen gemeinsamen Verfolgungen. Die Eingliederung der österreichischen in die deutsche Kriegswirtschaft und der damit verbundene Konjunkturschub hatte die Arbeitslosigkeit drastisch sinken lassen (und binnen eineinhalb Jahren faktisch beseitigt), als eine der ersten Maßnahmen war den Ausgesteuerten der Bezug von Arbeitslosenunterstützung garantiert worden. Die »Aktion Neubacher« begleitete diese anfängliche Sozialoffensive mit Maßnahmen wie vereinzelten Sonderzahlungen von Löhnen und Gehältern, Preissenkungen bei bestimmten Waren, öffentlichen Ausspeisungen in den kommunalen Wohnbauten und vorstädtischen sozialen Problemvierteln, Verschickung von Jugendlichen auf Landwochen in das »Altreich« etc. Anlässlich der Vorstellung der nationalsozialistischen Betriebszellenleiter in den städtischen Unternehmungen hatte Neubacher seine Strategie umrissen:

> *Eines sage ich gleich: Es fällt mir gar nicht ein zu glauben, daß man die alte Arbeiterschaft, die in oppositioneller Reserve gestanden ist, die alte, ganz rote Arbeiterschaft nun mit Reden und mit Worten*



Abb. 112: Wiederaufnahme von Schutzbündlern in den Gemeindedienst. Bürgermeister Neubacher, 22. März 1938.

angehen kann. Wir werden sie mit solchen Leistungen angehen, daß sie selbst zu uns kommen. Und sie werden zu uns kommen! Wir werden diese Männer auch nach dem Umbruch immer zu respektieren wissen, weil es diese Männer immer verstanden haben, sich für ihre Ideale einzusetzen. (...) Das waren ordentliche Männer und darnach werden wir uns auch ihnen gegenüber in den Betrieben verhalten. Die holen wir uns nicht mit Geschwätz und gestellten Versammlungen, sondern nur mit ganz großen Aufbauleistungen. Der Arbeiter ist ja in der besonderen Lage, daß seine Existenz nur kurzfristig gesichert ist, und es ist ja ebenso eine Frage der nationalsozialistischen Wirtschaft auch hier Ordnung zu schaffen und die Arbeiter langfristig zu sichern.[89]

Den realen Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Politik, den Umsetzungen der konzipierten »ganz großen Aufbauleistungen« waren allerdings, wie sich sehr schnell erweisen sollte, schon vor Kriegsausbruch überaus enge und restringierende Grenzen gesetzt. Dies hat zunächst einmal mit der Absicht Hitlers zu tun, Wien zu einer unter vielen deutschen Provinzstädten zu degradieren, die keinesfalls metropolitane und Hauptstadtfunktionen erfüllen durfte. Eine mögliche Konkurrenzstellung zu Berlin sollte nicht zuletzt durch Aufwertung der österreichischen Provinz auf Kosten der mit Hitlers persönlichen Antipathien bedachten Großstadt ausgeschlossen, Wien nicht länger Mittelpunkt einer größeren, kulturell wie administrativ stark verwobenen Region sein und somit potentieller Träger eines spezifisch österreichischen Partikularbewusstseins. Dazu tritt ein weiterer Aspekt: Die Reichspost vom 10. April 1938 nimmt die höchst zweideutige Bemerkung Hitlers, er werde die Stadt in »jene Fassung bringen, die dieser Perle würdig ist«, zum Anlass, um anhand des Wiener Beispiels

die Richtigkeit der faschistischen Theorie von der Stadt als einem gesunden, gewachsenen, organischen Körper, dem Volkskörper gleich an seinen geschichtlichen Ort und seine historische Mission gebunden, zu beweisen. Wien sei ein Organismus, ein kulturelles, soziales, »naturhaftes Gebilde«, von »Landschaft« durchdrungen, in diese eingebettet. An den gotischen Stadtkern »schließt sich der Kranz der wohlgegliederten inneren Vorstädte«, die, geschlossenen Kleinstädten gleichend, mit der großen Stadt verwachsen seien; jenseits des Gürtels kleinbürgerliche und Arbeiterviertel, die in »sich auflösende Stadtrandsiedlungen« übergehen, welche ihrerseits »harmonisch in die Donau-, Wienerwald- und Marchfeldlandschaft, in die Felder und Weinberge hineinwachsen«. Es ist die Blut- und Bodenmystik, die hier beschworen wird, das Bild des ganzheitlichen, in der Heimatscholle verwurzelten Organismus, das zugleich Großstadtfeindlichkeit, Antiurbanismus, Antimodernismus und Entproletarisierung indiziert. Doch der gesunde Organismus kann befallen, kontaminiert werden: Und so seien auch die letzten beiden Jahrzehnte, die »düstersten« in der Geschichte der »deutschen« Stadt, »die stets eine Stadt Deutschlands war und sein mußte«, gewesen. »Artfremde« hätten sich breit gemacht, Wien sei eine Stadt »modernden Prunkes« geworden, »in der geistiges und menschliches Elend schauderhaftes Zeugnis wider Blut und Geist ablegte«.[90] So ist denn der allgemeine Vorbehalt der Nazis gegen die moderne Großstadt als baulicher Ausdruck liberal-kapitalistischer (also: »jüdischer«) Raum-, Produktions- und Austauschbeziehungen im Falle Wiens von einer spezifischen Aversion gegen das übernationale, transkulturelle Prinzip dieser Stadt überlagert, gegen die kulturellen Leistungen ihrer modernen Eliten ebenso wie gegen die sozialen ihrer Arbeiterschaft.

Die Motive der Entstädterung, Reagrarisierung und Entproletarisierung standen – neben anderen, vorwiegend militärischen Aspekten – auch bei dem einzigen zur Gänze verwirklichten Projekt des nationalsozialistischen Wien-Programms im Vordergrund. Durch Eingliederung von 97, überwiegend agrarischen Gemeinden im Norden und Süden der Stadt sowie einer Reihe von Wienerwaldgemeinden war im Oktober 1938 mit Groß-Wien die flächenmäßig größte und bevölkerungsmäßig zweitgrößte Stadt des Dritten Reiches entstanden. Dies kam einer Vergrößerung der Fläche des Stadtgebietes um mehr als das Vierfache gleich, die Bevölkerungszahl stieg auf über zwei Millionen. 68 Prozent dieser Fläche wurden landwirtschaftlich genutzt, 23 Prozent waren Wälder. Für die »überdicht besiedelten« Arbeiterbezirke im Süden und im Westen der Stadt, wo ein »Wohnungselend sondergleichen« herrschte, waren umfangreiche Veränderungen der Siedlungsstruktur vorgesehen, ein »Abziehen der faulen Haut der Großstadt«. Innerhalb der nächsten vier Jahre war die Anlage von Gartenstädten am Stadtrand geplant, die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern auf 500–600 Quadratmeter Grund, wobei für 1939 und 1940 eine jährliche Bauleistung von jeweils über zehntausend Wohneinheiten anvisiert wurde. Große Teile der Arbeiterschaft sollten dorthin oder in ebenfalls geplante Trabantenvorstädte abgesiedelt werden.[91] Diese Pläne wurden niemals realisiert, die tatsächliche Bauleistung

lag im Schnitt jährlich bei 300 bis 350 Wohnungen. Kompensation brachte erneut der Diebstahl: durch »Arisierungen« so genannter »Judenwohnungen«, durch die Entfernung jüdischer Mieter aus Gemeindebauten waren Kapazitäten frei geworden, die zur Deckung des Wohnungsbedarfs herangezogen werden konnten. Schätzungen belaufen sich auf mehr als 70.000 Wohnungen, was die gesamte Wohnbauleistung des Roten Wien knapp, aber doch übertrifft.[92]

Das Scheitern beinahe aller kommunalen Vorhaben der Jahre 1938 und 1939 hat seinen Grund nicht zuletzt auch in den permanenten Macht-, Cliquen- und Flügelkämpfen innerhalb der Partei, den ständigen Auseinandersetzungen um Einflussbereiche und Zuständigkeiten, dem zähen Ringen um Kompetenzaufteilung zwischen staatlichen, kommunalen und Parteiinstanzen. Der totalitäre Machtanspruch nimmt in seinen Anfangsphasen auf der Ebene dieser Instanzen die Form einer totalen Auseinandersetzung um die Ausübung von Macht an. Er funktioniert als Herrschaftsprinzip deshalb, weil er von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert, toleriert und mitgetragen wird.

Allerdings wurde die Neuordnung der Verwaltung nach nationalsozialistischen Grundsätzen weitergeführt und zu einem zumindest provisorischen Abschluss gebracht; sie folgte der Eigendynamik dieses Herrschaftssystems, die eine deutliche Radikalisierung auf allen politischen Ebenen und, gemäß der von Hannah Arendt so bezeichneten »Zwiebelstruktur der Bewegung«, jeweils neue, in ihrem Machtanspruch unerbittlicher und rücksichtsloser agierende Instanzen hervorbringt.[93] In Wien lief dies vorerst auf die völlige Entmachtung des bürokratisch-ordnungsstaatlichen Flügels hinaus. Am 1. Mai 1938 trat das »Ostmark-Gesetz« in Kraft, das sieben Reichsgaue vorsah (darunter nach »Hamburger Vorbild« auch Wien), die gänzliche Auflösung aller noch bestehenden Verwaltungsstrukturen des Staates bzw. Landes Österreich dekretierte und den Machtkampf zwischen Neubacher und Bürckel zu Gunsten des Letzteren entschied. Bürckel vereinigte nunmehr in seiner Person die Funktionen des Wiener und des saarpfälzischen Gauleiters, des Chefs der staatlichen Verwaltung und der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien (sowie die Befugnisse des in Liquidation befindlichen österreichischen Reichsstatthalters). Dies bewirkte eine Zusammenführung von Partei- und Verwaltungsführung, ein Aufgehen des kommunalen Verwaltungsapparates in einen NS-Machtkomplex, eine »zweite Machtübernahme«.[94] Der Bürgermeister verlor seine bisherigen Funktionen als »Führer« einer Stadt mit eigenem Statut und wurde zu einem Befehlsempfänger Bürckels degradiert. Am 29. April 1940 wurde schließlich in einer Ratssitzung bekannt gegeben, dass Hermann Neubacher auf Grund eines Sonderauftrages für die Dauer des Krieges nicht mehr in Wien anwesend sein werde. Für die Zeit seiner »Beurlaubung« wurde der hessische Ministerpräsident Philipp Wilhelm Jung als sein Stellvertreter bestimmt.

Allerdings waren damit die Querelen, Provisorien und internen Kämpfe nicht beseitigt. Die von der Reichsführung verfolgte Ostmarkpolitik, die Degradierung Wiens zur Provinzstadt, die von Bürckel und seinem saarpfälzischen Mitarbeiterstab ebenso

arrogant wie konsequent verfolgte Politik einer umfassenden Eingliederung unter dem Prätext der Etablierung einer reichsdeutschen Hegemonie hatten zu massiver Unzufriedenheit und Loyalitätsverweigerungen in den Reihen der Wiener Nationalsozialisten geführt. Viele von ihnen sahen sich ohnedies um ihren Beuteanteil aus dem ökonomischen Feldzug gegen die Wiener Juden oder um ihre Karriereoptionen in Verwaltung und Privatwirtschaft geprellt. In Kombination mit einer im Kontext des Kriegsbeginns offen und fühlbar werdenden allgemeinen Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung hatte dies erneute Umbesetzungen zur Folge. Am 1. August 1940 wird Bürckel durch den »Reichsjugendführer« Baldur von Schirach abgelöst. Als sich mit dem Kriegsverlauf die Absetz- und Desintegrationsprozesse dramatisch verschärfen, die allgemeine »Reichsmüdigkeit« zunehmend in latente Renitenz und immer offener artikulierten »Preußenhass« umschlägt, folgt Hanns Blaschke im Dezember 1943 auf den Hessen Jung.[95] Blaschke war in der Amtszeit Neubachers bereits erster Vizebürgermeister gewesen sowie Leiter des neu geschaffenen Kulturamts, das er »mit der Partei zu verheiraten« beabsichtigte. (Die zweite Neugründung war das unter der Leitung des SS-Hauptsturmbannführers Bruno Weihs stehende »Stadtamt für Leibesübungen«, das sich die Förderung des Massensports im Sinn der Kriegsvorbereitungen zum Ziel gesetzt und eine Reihe von Spitzensportlern in den Gemeindedienst übernommen hatte.)[96] Blaschke, ein aus Rudolfsheim stammender und dem »sozialrevolutionären« Flügel zuzurechnender »alter Kämpfer« war der definitive, wenn auch zu spät gekommene Versuch einer expliziten Wiener Lösung. Er bediente sich demonstrativ des Vorstadtidioms, bezog sich – darin groteskerweise seinem austrofaschistischen Vorgänger Schmitz gleich – auf Erbe und Tradition Luegers (»volksnahe Verwaltung und lebensnahe Ratsherrensitzungen«) und unternahm schließlich sogar eine verbale Rehabilitierung der sozialen Errungenschaften des Roten Wien.[97]

Auch Schirach hatte an diesem Punkt einer Stärkung, Wiederbelebung und symbolischen Inanspruchnahme regionaler Traditionen und überkommener Wien-Klischees angesetzt. Er bedauerte öffentlich das bisher von reichsdeutscher Seite an den Tag gelegte arrogante Verhalten, das von schlechten Manieren zeuge, und platzierte eine Reihe von lokalen Parteikadern (wie den ehemaligen österreichischen NSDAP-Chef Alfred Proksch) an entsprechenden Stellen im Verwaltungsapparat. Schirach versuchte zunächst, die bereits in der Ära Neubacher konzipierten Großprojekte durchzusetzen – ein großzügiges Investitionsprogramm, das industrielle Allokationsmaßnahmen, den Ausbau Wiens zu einem Handelszentrum mit Orientierung in den südosteuropäischen Raum sowie zu einem zentralen Standort im mitteleuropäischen Autobahnnetz, nicht zuletzt auch großzügige Wohnbaumaßnahmen vorgesehen hatte. Die Realisierung scheiterte nicht nur daran, dass solche Pläne die nationalsozialistischen Provinzialisierungsintentionen diametral unterlaufen und Wien als eine konkurrierende Metropole gegenüber von Göring oder Goebbels favorisierten Städten wie Berlin, Dresden oder München (wieder) etabliert hätten; sie scheiterte auch aus Gründen eines kriegsbedingten Kapitalmangels und militärstrategischen

Umorientierungen.[98] Er solle, ließ Hitler Schirach durch den Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, Anfang November 1941 ausrichten, seine Aufgabe nicht in der Schaffung neuer Wohnviertel erblicken, sondern in der »Bereinigung der bestehenden Verhältnisse«:

> *Zunächst seien baldigst in Verbindung mit Reichsführer-SS Himmler alle Juden abzuschieben, anschließend alle Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen, die eine einheitliche politische Ausrichtung und Meinungsbildung der Wiener Bevölkerung ungemein erschwerten. Wenn Sie durch derartige Maßnahmen die Einwohnerzahl Wiens auf 1,5 bis 1,4 Millionen herabdrücken, so würde dadurch am besten und am leichtesten und am raschesten die Wohnungsnot in Wien behoben.*[99]

Schirach griff in der Folge auf eine im Wiener Kontext nahe liegende und ihm persönlich durchaus entgegen kommende Repräsentationsstrategie zurück: die Wiederbelebung des Konzepts von Wien als »regulativer Kulturidee«, das die Stadt als ein kulturelles Gegenüber zu den militärisch-urbanen Komplexen des »Altreichs« zu definieren und als Theater- und Musikhauptstadt zu positionieren imstande war. Zu einem Zeitpunkt, da die Endlösung der »Judenfrage« ihre deutliche Kontur annahm und mit der ihr eigenen tödlichen Konsequenz und Präzision abzulaufen begonnen hatte, betrieb Schirach – in diese Endlösung an entscheidender Stelle eingebunden – eine umfassende »Rekulturalisierung«, versammelte die verbliebene musikalische Moderne (Richard Strauss, Karl Böhm, Wilhelm Furtwängler, Hans Knappertsbusch) und wollte insbesondere die Wiener Oper zum führenden Musiktheater des Deutschen Reiches ausbauen.[100] Die Strategie bezog sich nicht auf die elitenkulturellen Ebenen allein. Im Bereich der Popular- und Massenkultur wurden in vermehrtem Ausmaß tradierte, zeitlos angelegte und vormodern anmutende Wien-Bilder und Images mobilisiert und propagiert; Selbstzuschreibungen einer hedonistischen, apolitischen und rückwärts gewandten »Kultur des Volkes«, die sich reibungslos in eine Ideologie einer als homogen gedachten »Volksgemeinschaft« einpassen ließen, die ihrerseits repressiv, rassistisch, fremdenfeindlich und anti-individualistisch angelegt war.[101]

Dies gilt in einem besonderen Ausmaß für den Wiener Film. Die Ateliers am Rosenhügel waren 1932 von der renommierten »Sascha-Film« erworben worden, die notwendige Umstellung auf Tonfilmproduktion konnte allerdings nur mit Hilfe deutschen Kapitals vollzogen werden. Die nationalsozialistisch gelenkte deutsche Tobis AG erwarb insgesamt 48 Prozent der Aktien, die Gesellschaft wird 1934 in »Tobis-Sascha« umgewandelt. Der Konflikt mit der »nichtarischen« Leitung der Sascha-Film wird bereits zu diesem Zeitpunkt virulent und spätestens mit der Gründung der Wien-Film im Jahre 1939 entschieden. Weisung und Kontrolle werden nunmehr von der Reichsfilmkammer in Goebbels' Propagandaministerium ausgeübt, der bewusst hergestellte Zusammenhang zu spezifisch wienerischen Themen und Sujets in den Produktionen ist Ausdruck einer intentional gesetzten und strategisch angeleiteten NS-Filmpolitik.[102]

Anlässlich der Premiere der ersten Wien-Film-Produktion »Unsterblicher Walzer« sprach der Schauspieler Paul Hörbiger (ein markanter Wiener Publikumsliebling und Hauptdarsteller des Films) einen Text von Rudolf Oertel, der die Ziele dieser Politik präzise zusammenfasste. Ein Film der Wiener Eigenart und Lebensfreude sollte es sein, nicht im Sinne des »ewigen Drahrers«, sondern im Sinn einer »tieferen«, an Leistung, Pflicht und Arbeit gebundenen Fröhlichkeit: »... sauber in der Haltung, rein in der Gesinnung, echt im Gefühl, deutsch im Charakter, mit einem Wort, gut wienerisch, in unserem Sinne.«[103] Ganz unter diesem Prätext stehen dann auch Produktionen wie »Der liebe Augustin« (1940) unter der Regie von E. W. Emo (eigentlich Emerich Josef Wojtek, 1898–1975), einer zentralen Figur des NS-Filmschaffens und der Wien-Film, und mit Hanns Sassmann als Drehbuchautor, die Mozartbiographie »Wen die Götter lieben« in der Regie von Karl Hartl nach einem Buch von Eduard von Borsody und mit Hans Holt in der Hauptrolle oder die Verfilmung des Lebens Ferdinand Raimunds, »Brüderlein fein«, mit Hans Thimig als Regisseur und erneut Hans Holt als Hauptdarsteller. Die beiden letzteren Filme erschienen 1942, »Wen die Götter lieben« hatte an Mozarts Sterbetag (5. Dezember) Premiere und erhielt das Prädikat »staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll«.[104]

Zur Vollendung des ersten Produktionsjahres der Wien-Film erscheint eine Festschrift mit einem programmatischen Grußwort von Goebbels. In der Selbstdarstellung des Unternehmens wird vor allem der Kampf gegen das zur Gänze »verjudete« Wiener Filmschaffen, gegen Ateliers wie Produzenten, hervorgehoben, ein Kampf, der in der »Stunde der nationalen Befreiung zur Tat« gereift sei.[105] Die »Entjudung« allen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und intellektuellen Lebens hatte voll eingesetzt.

Endlösungen

Es ist, hat Theodor Adorno in der »Dialektik der Aufklärung« geschrieben, ein in der Tat dynamischer Idealismus, der die faschistischen Raub- und Mörderbanden beseelt. Zunächst noch wie auch immer obskur rationalisiert, lässt die Eigendynamik ihres Tuns den »unerhellten Trieb« ganz von ihnen Besitz ergreifen, wird die »rationale Insel« überschwemmt. Alles Lebendige würde zum Material ihrer scheußlichen Pflicht, die Tat wirklich autonomer Selbstzweck.

> *Immer ruft der Antisemitismus noch zu ganzer Arbeit auf. Zwischen Antisemitismus und Totalität bestand von Anbeginn an der innigste Zusammenhang. Blindheit erfaßt alles, weil sie nichts begreift.*[106]

Wien kam in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle zu, hier wurden jene Methoden zur »Lösung der Judenfrage« entwickelt und antizipiert, wie sie dann im gesamten

Dritten Reich zur Anwendung gebracht werden sollten. Die »Endlösung«, die hier als selbstverlaufender Prozess Form und Gestalt annahm, in der Praxis alltäglicher Verfolgung gleichsam konzipiert wurde, war kein Importprodukt aus dem »Altreich«. Sie fand Rückhalt, zumindest Duldung bei der Majorität der Bevölkerung, war durch deren aktive Mithilfe oder passive Tolerierung erst möglich und sanktioniert worden. Das Unfassbare, das doch so konkret werden sollte, lief als Spektakel, als gesellschaftliches Ereignis ab, wurde in Presse und Radio bejubelt, hatte öffentlichen Charakter (die Deportationszüge gingen vom Aspangbahnhof zwischen 12 Uhr mittags und 4 Uhr nachmittags ab) und vollzog sich in Prügelorgien, Morden, Brandlegungen, Vergewaltigungen, Pogromen. Die nationalsozialistische »Judenpolitik«, die zunächst in wesentlichen Aspekten Realisierung und Konkretisierung der alten Forderungen des deutschnationalen und christlichsozialen Antisemitismus gewesen war, wurde nach Kriegsbeginn in einem unfassbaren Ausmaß noch radikalisiert. Sie entzieht sich der rationalen Erklärung.

Die über die organisatorischen Kanäle der Gestapo und der politischen Parteistellen initiierten Ausschreitungen im Zuge des Novemberpogroms 1938, zynisch als »Reichskristallnacht« apostrophiert, eskalierten dermaßen, nahmen als Ausdruck eines nicht mehr zu disziplinierenden »Volksantisemitismus« derartige Rabiatheit und Zügellosigkeit an, dass sich selbst die NS-Wirtschafts- und Staatsbürokratie ihre Missbilligung deutlich zu artikulieren veranlasst sah. Die »Entfesselung niedrigster Instinkte« habe das Ansehen der Partei und des Reiches auf das Schwerste geschädigt. Die Exzesse dauerten vom 9. bis zum 13. November. 42 von 43 Wiener Synagogen wurden in Brand gesetzt, das Wiener Radio berichtete in Live-Reportagen. Am helllichten Tag wurden von SA-Verbänden, HJ-Gruppen und SS-Trupps im ersten, zweiten und vierten Bezirk Juden und Jüdinnen aus ihren Wohnungen geholt, verprügelt, verhaftet. 6.547 wurden festgenommen, 3.700 nach Dachau überstellt, 1.950 Wohnungen »judenrein« gemacht. Neu waren die massenhaften Übergriffe gegen Frauen. Der Sicherheitsdienst berichtete aus der Leopoldstadt, man habe die spontan zusammengeströmten Massen kaum davon abhalten können, die Absperrungen zu durchbrechen, die Juden zu verprügeln und zu misshandeln. 27 Personen wurden totgeschlagen. Für die entstandenen Schäden sollte die jüdische Bevölkerung haften, zusätzlich hatte sie »Bußgelder« in enormer Höhe zu entrichten.[107]

Am 2. August 1938 hatte der aus Kärnten stammende Wiener Gauleiter Odilo Globocnik in den Hallen des Nordwestbahnhofs unter enormem Propagandaaufwand eine bemerkenswerte Schau eröffnet: »Der ewige Jude« *(Abb. 113, S. 526)* zeichnete mit Hilfe modernster Ausstellungstechnik, mit Einsatz von Tondokumenten, Plakaten, Filmen etc. das Bild der gehassten »Gegenrasse« – ein Dokument manifest gewordener Angstprojektionen und kollektiver Bedrohungsphantasien. Die Ausstellung wurde gestürmt, 4.000 Besucher waren es in der ersten Stunde, zehntausend nach dem ersten Tag, 350.000 insgesamt.[108] Die auf diese (wie auch auf andere) Weise künstlich gesteigerte Sichtbarkeit »des Juden« respektive seines Zerrbildes, seiner



Abb. 113: Eröffnung der Ausstellung »Der ewige Jude« in der Nordwestbahnhalle.

Entstellung, bewirkt beim Betrachter das geschärfte Gewahrwerden seiner Differenz, des Gegensatzes und der Fremdheit und erweist sich eben dadurch als egalitär: Es stellt dem Zerrbild, das an die Stelle des realen tritt, die Harmonie der Volksgemeinschaft gegenüber, das imaginierte Gemeinsame und Gleiche her.[109] Und das eben ist der Sinn des Vorgehens der Nazis: Den jüdischen Opfern sollte jeglicher menschliche Zusammenhang mit der übrigen Bevölkerung, jede Form von Solidarität, Rückhalt oder auch nur Mitleid entzogen werden, sie sollten der Vernichtung vollständig ausgeliefert sein. Die Realität musste dem im »ewigen Juden« gezeichneten Bild angepasst werden. Die »Endlösung« war hierorts seit Schönerer und dem jungen Hitler schon immer das Denkmögliche gewesen, im Amt des Reichskommissars waren früher als irgendwo anders Pläne zur Internierung, Konzentration und Deportation der jüdischen Bevölkerung entwickelt worden.[110] Der physischen Vernichtung aber ging die psychische voraus. Sollte die »Lösung der Judenfrage« im Sinne der Nationalsozialisten umgesetzt werden, dann musste sich ein massenhafter Ausbruch von Fremdenfeindlichkeit und Vernichtungswillen unterschiedslos gegen alle Juden richten. Nun machte dies einen komplizierten und bürokratisch aufwändigen Definitionsprozess erforderlich, der faschistische Antisemitismus musste das Objekt sei-

ner Verfolgung gleichsam erst erfinden. Waren die formalen Definitionskriterien aber einmal festgelegt (Nürnberger Rassegesetze), konnten die auf diese Weise kenntlich gemachten »Volksschädlinge« einem Prozess der sukzessiven und permanenten Diskriminierung unterworfen werden. Die offensiv betriebene Ausgrenzung durch eine Politik der Verelendung führte zu einem Zustand, in dem die Juden in ihrem visuellen Erscheinungsbild dem längst kolportierten Stereotyp des Elends- und Ghettojuden tatsächlich immer mehr zu entsprechen begannen.



Abb. 114: Parfümerie Floris: »Auf jüdische Kunden verzichten wir«.

Die Maßnahmen setzten auf den unterschiedlichsten Ebenen ein und verdichteten sich zu einer Totalität der Unterdrückung und Diskriminierung. Bereits im März 1938 hatten die Entlassungen von Juden aus der Verwaltung und privatwirtschaftlichen Unternehmungen begonnen; Ärzte, Juristen, Freiberufler durften ihren Beruf nicht länger oder ausschließlich für jüdische Klienten ausüben. Akademische Tätigkeiten waren untersagt. Die Folge war ein beschleunigter Verelendungsprozess, im März 1939 sind bloß noch 3,8 Prozent der jüdischen Bevölkerung regulär erwerbstätig. Als unmittelbare Folge des Novemberpogroms war den Juden jegliche Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen untersagt worden. Im Dezember 1938 wird für sie der Mieterschutz aufgehoben, wenige Monate später wurde per Gesetz über die »Mietverhältnisse mit Juden« ein Großteil ihrer Wohnungen requiriert und erste Maßnahmen zu einer Ghettoisierung in »Judenhäusern« und »Judenvierteln« gesetzt. Die Bewegungsfreiheit wurde massiv eingeschränkt. Im September war ein abendliches Ausgangsverbot verhängt, die bereits bestehenden Zugangsbeschränkungen zu Parks und öffentlichen Freizeit- und Hygieneeinrichtungen waren deutlich verschärft worden. Immer häufiger tauchten Schilder »Für Hunde und Juden verboten« *(Abb. 114)* auf. Der »Judenbann« wird auf Straßenbahnen, Busse und öffentliche Telefonzellen ausgeweitet, Führerscheine werden entzogen, Radioapparate mussten abgeliefert werden. Ab September 1941

mussten die gelben »Judensterne« getragen werden, im Oktober dieses Jahres wurde jeglicher arbeitsrechtliche Schutz aufgehoben. Im Februar 1941 setzten die Deportationen in das »Generalgouvernement« ein, Ende November automatisierte eine Verordnung den Verfall des Vermögens der Deportierten. Bereits im Jänner 1940 wurde die Lebensmittelbedarfsdeckung für Juden nachhaltig erschwert und 1942 der Erwerb von Eiern, Fleisch, Vollmilch und Mehl sowie von Zigaretten verboten. Ebenso wurden ihnen Pelze und Wollkleidung abgenommen, nachdem sie schon zwei Jahre davor gezwungen worden waren, allen Schmuck und sonstige Wertgegenstände auszuliefern. Seit Ende 1941 waren sie von allen öffentlichen Sozialdiensten, vom öffentlichen Transport, Gebrauch des Telefons und Hören des Radios ausgeschlossen. Bald darauf wurde ein Verbot, Juden in Wohnungen mit Badezimmern einzuweisen, erlassen.[111]

Nachdem Vermögensentzug, Wohnungsraub, Entlassungen und Berufsverbote, der nach dem Novemberpogrom erfolgte Ausschluss aus dem Hochschulstudium, aus künstlerischen Berufen, aus der Presse etc. die wirtschaftliche Grundlage des Wiener Judentums zerstört hatten, wurde der Terror in Richtung forcierter Emigration und erzwungener Austreibung geführt. Zur Zentralisation, Kontrolle und Koordination der Vertreibung wurde die »Zentralstelle für jüdische Auswanderung« unter der faktischen Leitung von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann eingerichtet.[112] Die »Zentralstelle« entwickelte sich sehr schnell zum maßgeblichen Kontrollorgan einer unter Kuratel gestellten jüdischen Kultusgemeinde, zum Kristallisationspunkt nationalsozialistischer »Judenpolitik« in Wien, zur zentralen Enteignungsinstanz der Emigranten. Diese hatten nicht nur einen bürokratischen Spießrutenlauf und unsägliche persönliche Demütigungen zu gewärtigen, sie wurden jedenfalls auch ihres gesamten Vermögens beraubt, wobei sich zugleich die Chancen auf Gewährung eines Asyls durch Zuwanderungsländer ständig und dramatisch reduzierten. Bis Ende November 1939 waren 126.445 Wiener Jüdinnen und Juden in die Emigration gezwungen worden, verblieben waren 66.000 »Glaubensjuden« und 39.000 »Rassejuden«. Die Grenzen wurden im November 1941 hermetisch geschlossen, in der ersten Hälfte dieses Jahres hatten nur noch 1.194 Personen das Land verlassen können, davon knapp 40 Prozent in die USA. Am 30. Juni 1941 wies die jüdische Administration 44.000 Juden in Wien aus, davon 44 Prozent über 60 Jahre, 77 Prozent hatten das 45. Lebensjahr überschritten und etwas über 60 Prozent waren Frauen.[113]

Es war ein Prozess der »Selbstenthauptung«. Wien hat sich seiner intellektuellen, kulturellen, ökonomischen und politischen Eliten beraubt und seine Stellung als Metropole und Weltstadt, als paradigmatischer Brennpunkt, als Schlüsselort der Moderne endgültig und unwiederbringlich verloren.[114] Der weitere Verlauf des Terrors folgt der ihm eigenen, tödlichen und zwingenden Logik. Durch die erzwungene selektive Auswanderung der mobilen, intellektuell und ökonomisch am besten entwickelten Schichten blieben die überalterten und dem Verelendungsprozess ausgelieferten, mithin für das Regime nutzlos gewordenen Teile der jüdischen Bevölkerung

zurück, deren Deportation und »Umsiedlung« die Voraussetzung für ihre physische Vernichtung bietet.

Die letzte große Deportationswelle setzte im Juni 1942 ein und sollte sich bis in den Oktober hineinziehen: Zu diesem Zeitpunkt lebten in Wien noch etwa 8.600 Menschen, die als Juden im Sinne der Nürnberger Rassengesetze galten, 6.600 davon in so genannten »Mischehen«. Die NS-Terrormaschine hatte die »Endlösung« zur alptraumhaften Wirklichkeit gestaltet. Die jüdische Administration – also die Kultusgemeinde und, nach deren Auflösung, seit 1. November 1942 der »Ältestenrat der Juden in Wien« – hat daran teilgehabt, aktive Mitarbeit geleistet und ihre eigene Vernichtung mitadministriert. Sie sorgte für die geordnete und disziplinierte Durchführung der Deportationen, erstellte in einem ungeheuren Arbeits- und Kraftaufwand detaillierte Proskriptionslisten, die den NS-Behörden zur Grundlage von Vertreibung und Vermögensraub wurden, organisierte Herstellung und Distribution der »Judensterne«, beteiligte sich an der Liquidierung jüdischer Friedhöfe. Die Mitwirkung ging so weit, dass etwa vierhundert bis fünfhundert Mann in direkter Kooperation mit der SS für so bezeichnete »Aushebungen« abgestellt wurden, die jene Juden, die sich ihrer Deportation zu entziehen versuchten, aufzuspüren und in Sammellager zu verbringen hatten. Noch zu einem Zeitpunkt, da die jüdische Gemeinde de facto längst vernichtet war, da selbst ein Großteil ihrer eigenen Mitarbeiter in die Vernichtungslager gebracht worden war, arbeitete die jüdische Administration, einer schrecklichen Dynamik folgend, weiter.[115] Es eröffnet diese erzwungene, erpresste, vom Vernichtungswillen einer entschlossenen Terrormaschinerie diktierte Kooperation eine nur noch radikalere Opferperspektive. Sie enthüllt die gesamte Dimension menschenverachtender Perfidie und eines jeglicher Skrupel enthobenen Zynismus, wie er etwa auch für das System einer Häftlingsselbstverwaltung in den Konzentrationslagern verantwortlich zeichnet. Eichmann als Leiter der Zentralstelle hat dieses »Wiener Modell« der Selbstverwaltung der Vertreibung und Vernichtung im Wege der bürokratischen Kooperation der Opfer entwickelt; es wurde zur Basis seiner Beförderung in Schlüsselpositionen des Vernichtungsprozesses. Er war ein Bürokrat und folgte bürokratischen Logiken. Hannah Arendt hat dafür das berühmt gewordene Diktum von der »Banalität des Bösen« geprägt.[116]

Der grenzenlose, entfesselte nationalsozialistische Vernichtungswille und Purifizierungswahn bezog sich indes nicht nur auf die Juden; er zielte, rassischen Herkunftskriterien enthoben, ganz allgemein auf »Erbkranke« oder einer »Erbkrankheit Verdächtige«, auf »dauernd Anstaltspflegebedürftige«, »Arbeits- und Bildungsunfähige«, auf »Asoziale« im weitesten Sinn. Parallel zur Erwachsenen- entwickelte sich eine Kindereuthanasie, als deren »rassenhygienisches« Exerzier- und Experimentierfeld sich die auf dem Gelände der (1922 durch die Stadt Wien übernommenen) Heilanstalt Steinhof situierte Jugendfürsorgeanstalt »Am Spiegelgrund« (Wien 14) mit ihrem berüchtigten »Todespavillon« 15 erwies. Zwischen September 1940 und April 1945 fanden hier 789 Kinder den Tod, oft nachdem sie qualvollsten medizinischen

Experimenten ausgesetzt waren; noch im Juni 1945 sind Tötungen nachgewiesen.[117] Hauptangriffsziel aber war das jüdische Bevölkerungssegment geblieben.

Von den ursprünglich deutlich über 200.000 Wiener Juden sollten schließlich nur an die 5.700 das Dritte Reich in dieser Stadt überleben. In einem Akt der kollektiven Paranoia, dessen Monstrosität ebenso unfassbar wie letztlich unerklärlich bleibt, hatte sich Wien seines Judentums entledigt – und zwar der ostgalizischen subproletarischen Elendsbevölkerung gleichermaßen wie der assimilierten ökonomischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Eliten *(Abb. 115)*. Die jüdische Bevölkerung war darauf nicht vorbereitet und hat ihrer Vertreibung und Vernichtung keinen nennenswerten organisierten Widerstand entgegengesetzt (wenn man von mehr symbolischen Gesten wie der Zurverfügungstellung einer namhaften Geldspende für Schuschniggs Volksabstimmung einmal absieht). Es war für den Ernstfall kein koordiniertes Vorgehen vorgesehen, es gab keine Vorbereitungen auf konspirative Tätigkeit, Personen, finanzielle oder kulturelle Sachwerte waren nicht rechtzeitig transferiert worden.[118] Das mag in der historischen Perspektive und im Wissen um Fortgang und Ergebnis der »Endlösung« erstaunlich, ja befremdlich erscheinen.

Es scheint darüber hinaus allerdings auch erstaunlich, wie wenig alltägliches widerständisches Potential die Kultur dieser Stadt aus sich heraus zu entwickeln imstande war. Bedeutender und im Konnex mit verschärften Terror- und Repressionsmaßnahmen seitens der Gestapo und der gleichgeschalteten, willfährigen Justiz artikuliert sich hier zunehmend sichtbarer Widerstand, zunächst als antipreußisches Ressentiment und, politischer und zielgerichteter, im Gefolge des zunehmend desaströsen Kriegsverlaufs. Das hat nachvollziehbare Gründe.

Es sei ein Irrtum, zu glauben, dass der Nationalsozialismus eine bloß politische Lehre sei, referierte Joseph Goebbels vor einer Versammlung von österreichischen Künstlern und Intellektuellen im März 1938. Er sei vielmehr eine »totale Auffassung des menschlichen Lebens«, und weil er total sei, beziehe er »alle Bezirke des menschlichen Denkens, Fühlens und Handelns in seinen Wirkungskreis mit ein«.[119] Nun war der Nationalsozialismus niemals imstande, die angestrebte Totalität in dieser Form auch tatsächlich in gesellschaftliche Praxis umzusetzen; einer hegemonialen Position im Sinne einer weitgehenden Akzeptanz der von ihm gesetzten sozialen, kulturellen und juristischen Normen und Werte kam er jedenfalls nahe. Und beinahe immer erwies sich dieses Herrschaftssystem imstande, eingeforderte Loyalität und bedingungslosen Gehorsam mit gegebenenfalls uneingeschränktem Terror zu erreichen. Die nationalsozialistische Herrschaftstechnik ist ohne terroristischen Gewalteinsatz nicht denkbar; ihr klagloses Funktionieren aber setzt die Zustimmung, Kooperation oder zumindest Duldung einer Mehrheit der Bevölkerung, und damit eben die Akzeptanz, die »Verinnerlichung« eines entsprechenden Deutungs- und Wertungskanons voraus. Immer wird dieses Regime in seinem totalitären Anspruch und Zugriff jegliches abweichende, deviante Verhalten, jeden Widerspruch, jede Form von Nonkonformität als radikale Verneinung seiner selbst begreifen, mit allen Mitteln verfolgen



Abb. 115: Von der Vertreibung bedrohte Wiener Juden.

und auszumerzen versuchen. Die durch Kriegs- und Arbeitsdienstpflicht militarisierte Gesellschaft wird der umfassenden Kontrolle unterworfen, zu Denunziation und Selbstüberwachung angehalten, durch Blockwarte, Freizeit- und Betriebsorganisationen möglichst zur Gänze erfasst, überwacht, diszipliniert.

Die Gründe, weshalb sich Menschen trotz aller Gefahren und Unsicherheiten zu Widerstandsaktivitäten entschlossen, sich also diesem auf Totalität abzielenden Organisations- und Normengeflecht entzogen und auf dessen Zusammenbruch hinarbeiteten, sind vielfältig, kontrovers und meist sehr persönlicher Natur. Es ist eine mit hohen Risiken beladene existentielle Entscheidung, bei der man im Falle ihrer Entdeckung mit Toleranz nicht rechnen kann. Immer aber ist sie ein Akt der Identitätsfeststellung: Es ist die Behauptung des Prinzips der Humanität gegenüber dem Unmenschlichen, das das Individuum zum bloßen Funktionsträger und Befehlsempfänger reduziert und sich dazu des systematischen Terrors bedient.[120] Widerstand entfaltet sich primär auf der Ebene persönlicher Kontakte, privater Bekanntschaft und Interaktion. Er kann sich in unterschiedlicher Weise, in differenzierten Abstufungen manifestieren, immer aber steht er unter dem allgegenwärtigen Risiko der Sanktion. Vielfach entspringt er der Initiative von Einzelnen, auch auf Seiten der Linken, die ja

auf ein seit 1934 dicht ausgebildetes konspiratives Netz zurückgreifen konnte. Konspiration ist unter den Bedingungen der terroristischen NS-Herrschaft ein geradezu konstitutives Moment widerständischer Aktivität; es ist, wie Hans Mommsen dies ausgedrückt hat, ein »Widerstand ohne Volk«.[121] Was nicht heißt, dass Widerstand auf die organisierten Formen illegaler politischer Opposition oder die mehr informellen Solidarverbände im Bereich des konfessionellen Organisationswesens beschränkt ist. Akte zivilen Ungehorsams und passiver Resistenz, symbolische Äußerungen von Unmut, die offen zur Schau gestellte Renitenz jugendlicher Subkulturen, die bewusste und wohl kalkulierte Ausschussproduktion in Betrieben der Rüstungsindustrie, die (für die Wiener Situation besonders typischen) spontanen Unmutskundgebungen gegen deutschpreußische Arroganz und Anmaßung, die (vereinzelten und viel zu seltenen) Hilfs- und Solidaraktionen für jüdische Mitmenschen – all dies stellt eine differenzierte Palette widerständischen Potentials vor, das, unter den gegebenen Umständen, von einer quantitativ bemerkenswerten Minorität der Bevölkerung repräsentiert und getragen wurde.

Franz Schwarz beispielsweise, Sohn des legendären Präsidenten von Austria Wien, schlug sich seit seinem zwölften Lebensjahr als »U-Boot« unter abenteuerlichsten Umständen durch und hätte ohne den aktiven Beistand seiner »arischen« Bekannten keinerlei Überlebenschancen gehabt.[122]

Als besonders bedrohlich erachteten die Nazis sexuelle Devianz, stellte dies doch einen direkten und schwer kontrollierbaren Anschlag auf ihr kollektives Unbewusstes dar. Sie setzten von der Norm abweichendes Sexualverhalten geradezu synonym mit dem Wesen des »Jüdischen«. Eine Flut von Denunziationen richtete sich auch gegen verheiratete Frauen, die sich während der kriegsbedingten Abwesenheit ihrer Männer mit kriegsgefangenen (meist französischen) Zwangsarbeitern eingelassen hatten.[123] Helmut Qualtinger als Herr Karl sollte solch pathologischen Ängsten zwei Jahrzehnte danach ebenso beklemmend wie prägnant Ausdruck verleihen.

Im Prater fanden sich in informellen »Platten« männliche und weibliche Jugendliche zusammen, um sich auf ihre Weise dem absoluten Kontroll- und Konformitätsdruck der NS-Herrschaft zu entziehen. Es waren jugendliche »Outlaws«, die, ganz wie ihre historischen Vorgänger, zur Kleinkriminalität neigten, Gehabe und Outfit von lokalen Dandys wie von Hollywoodgrößen nachahmten, saloppe Kleidung und lange Haare mit Jazz-Begeisterung verbanden und die geistlose Disziplin und Konformität der Hitler-Jugend zutiefst verachteten. Die häufigen und oft gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Trupps der HJ sind Legende.[124]

Die »Schlurfs« stellten auch ein aktives und aktionistisches Element jener antideutschen Krawalle dar, wie sie sich im Gefolge von Fußballspielen gegen Mannschaften aus dem »Altreich« zunehmend häuften. Am 17. November 1940 etwa kam es während der Begegnung zwischen der Wiener Admira und dem deutschen Meister Schalke 04 aus Anlass offensichtlicher Benachteiligung der Heimmannschaft zu wüsten antideutschen Kundgebungen und Ausschreitungen unter den 51.000 Match-

besuchern, die Limousine des Gauleiters Schirach wurde mit einem Steinhagel eingedeckt, die Fenster zerschlagen, die Reifen aufgeschlitzt, 200 Verhaftungen, meist unter Jugendlichen aus proletarischem Milieu, vorgenommen.[125]

Solche und ähnliche Vorkommnisse ließen die ohnedies schon massiv ausgeprägten Aversionen der Nazis gegenüber der »verjudeten«, rassisch und marxistisch »durchseuchten« Stadt zu befürchteten, in Teilen aber auch real begründeten Bedrohungsszenarien heranwachsen. In der Tat war seit dem Eintritt in den Krieg zunehmendes Resistenzverhalten auf Seiten katholischer Aktivisten zu beobachten, und die kommunistische Agitation, die in erste Formen von Sabotage umschlug, überstieg deutlich das in anderen Städten des Dritten Reiches feststellbare Ausmaß. Einen zentralen Einschnitt markiert in dieser Hinsicht das militärische Debakel der zu einem Gutteil aus Österreichern bestehenden sechsten Armee vor Stalingrad. Bereits im Februar 1943 diagnostiziert der Berlin-Korrespondent des Svenska Dagbladet, Arvid Fredborg, »gärende Massen« der Anti-Hitler-Opposition in Wien, die jedoch noch immer mehr gegen die Reichsdeutschen als gegen den Nationalsozialismus als solchen gerichtet schien; eine Haltung, die die österreichische Gesellschaft quer durch die sozialen Schichten von oben nach unten durchziehe. Die Arbeiterschaft sei überwiegend ihren sozialdemokratischen Überzeugungen und Ansichten treu geblieben, wenn auch durch forcierte und militarisierte Ausbeutung ihrer Arbeitskraft erschöpft und den Möglichkeiten aktiver Resistenz gegenüber skeptisch bis ablehnend.[126] Wie auch immer man Einschätzungen wie diese beurteilen mag, organisierter, bewusster, zweckgeleiteter politischer Widerstand war spätestens zu diesem Zeitpunkt manifest geworden und wurde von der Gestapo mit massiven Repressionswellen und einer Eskalation des Terrors beantwortet. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Verhaftungen laut offiziellen Quellen um 27 Prozent, und die Zunahme wäre bedeutend höher ausgefallen, hätten die völlig überfüllten Gefängnisse über genügend Raum verfügt.[127] Der Volksgerichtshof fällte Todesurteile am laufenden Band, und im Landesgerichtsgebäude in der Josefstadt wurden täglich bis zu 15 dieser Urteile vollstreckt, die Opfer in Massengräbern auf dem Zentralfriedhof verscharrt.

Struktur, innere Dynamik, Motivationsebenen, Funktionsmechanismen und Perspektiven des politischen, organisierten und konspirativen Widerstands (aber auch der passiven Resistenz, des Defätismus, einer resignativen Stimmung des »Durchtauchens«, bis hin zu Formen der offenen und aktiven Kollaboration) können am Verhalten der tschechischen Minderheit beispielhaft demonstriert werden. So dies überhaupt quantifizierbar ist, hat die Minderheit im Vergleich zur übrigen Bevölkerung einen überproportionalen Anteil am Widerstand geleistet:

Die Wiener Tschechen und Slowaken hatten bei der Abstimmung am 10. April 1938 separiert, in eigenen Urnen und anhand eigens angelegter Wählerverzeichnisse ihre Stimmen abzugeben. Mit 99,9 Prozent Zustimmung war ein überdurchschnittliches Votum erzielt worden.[128] Das Ergebnis war ebenso aus taktischen Gründen der Überlebenssicherung zustande gekommen, wie es ein Ablehnungsvotum gegen den

Ständestaat gewesen ist. Dieser hatte mit den sozialdemokratischen auch die überwiegende Mehrheit der tschechischen Vereine aufgelöst und den Minderheitenrat in die Vaterländische Front gezwungen. Das (organisierte) Wahlverhalten machte sich indes wenig bezahlt, setzten doch sehr rasch Maßnahmen der Entnationalisierung und systematischen Germanisierung ein; bereits im Gefolge der Ereignisse der Umbruchphase war es zu antitschechischen Übergriffen gekommen. Allerdings scheint über das weitere Schicksal und die künftige Behandlung der Minderheit innerhalb der NS-Führungshierarchie beträchtliche Uneinigkeit bestanden zu haben. Ein im Oktober 1941 vorgelegtes Gutachten empfiehlt die Assimilation der »wertvollere(n)« Intelligenzschichten, die »keine Blutverschlechterung bewirkten« und außerdem schon in zweiter oder dritter Generation »eingedeutscht« seien; die teilweise assimilierte Zwischenschicht der »Asozialen« müsse unter allen Umständen ausgeschieden werden, während bei den verbleibenden »Zwischenschichten« von Fall zu Fall zu entscheiden sei.[129] De facto zur selben Zeit wurde Schirach in dem bereits zitierten Schreiben der Partei-Kanzlei angewiesen, nach den Juden »alle Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen« abzuschieben, was allerdings auf Grund einer offensichtlich vom Kriegsverlauf bestimmten Prioritätenverschiebung nicht mehr verwirklicht wurde.

Jedenfalls mussten die Nazis auch im Falle der Tschechen ihre prospektiven Opfer mittels komplizierter statistischer Verfahren und Expertisen erst definieren und identifizieren. Grundlage für die technische Erfassung als Voraussetzung von Aussonderung und Segregation bildeten eigene, den Haushaltslisten der Volkszählung 1939 beigefügte Ergänzungskarten; bis 1941 lagen weitgehend verlässliche Karteien über »Fremdvölkische« in Wien vor.[130] Zugleich wurden Anpassungsdruck und alltägliche Repressionen merklich verschärft, sobald mit der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei 1939 und der Gründung eines slowakischen Vasallen-Staates die Wiener Tschechen ihre außenpolitischen Erwägungen verdankte, relativ gesicherte Position verloren hatten. Das tschechische Schulwesen wurde zerschlagen (inklusive Auflösung des Komensky-Vereins am 18. Februar 1942), das Netz der tschechischen Vereine und Institutionen liquidiert, die bedeutenderen Handels- und Industrieunternehmungen sowie Genossenschaften der Minderheit systematisch enteignet und germanisiert.[131] Dazu kam, dass noch unter Bürckel mit dem Aufbau eines straffen und auf den unteren Ebenen besonders dichten Organisationsnetzes der NSDAP vor allem in den Arbeiter- und Tschechenvierteln, insbesondere in Favoriten, begonnen worden war. Die fortgesetzten Pressionen und Schikanen blieben nicht ohne Eindruck und führten, in einer Art überkompensatorischer Reaktion, bei einer bedeutenden, allerdings nicht mehr exakt feststellbaren Zahl von Menschen tschechischer Herkunft zu Anpassung und Kollaboration: Namensänderungen, Organisierung von »Ariernachweisen«, Mitarbeit in der NSDAP und ihren Gliederungen, Eintritt in die Gestapo.[132]

Zugleich aber wurden Angehörige der Minderheit zu einer zentralen Trägerschicht des antinationalsozialistischen Widerstands in ihrer Stadt. Sie konnten dabei an ein konspiratives Organisationsverständnis und eine illegale Tradition anknüpfen,

die sie in den Jahren der ständestaatlichen Diktatur entwickelt hatten – waren die Wiener Tschechen in ihrer überwältigenden Majorität doch dem sozialdemokratischen Lager zuzurechnen und hatten demgemäß eine herausragende Position in der illegalen Linken der Jahre 1934 bis 1938 inne. Nach der in den frühen Morgenstunden des 11. März 1938 von der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten in Paris bekannt gegebenen Einstellung jeglicher Parteitätigkeit auf zunächst drei Monate – die eine Minimierung der Risiken und die Vermeidung unnötiger Opfer bezwecken sollte – organisierte sich ein Großteil der noch aktiven Kader innerhalb der kommunistischen Partei, die ihrerseits, unter bewusster Inkaufnahme eines hohen Blutzolls, überaus riskante Aktionen unternahm. Die von der Gestapo so bezeichnete »tschechische Sektion der KP« wurde zu einer der bedeutendsten Widerstandsorganisationen auf Wiener Gebiet. Neben höchst spektakulären, wenn auch vereinzelten und seltenen Sabotageakten (wie Brandlegungen und Sprengstoffanschlägen), die der »Sektion« zuzuschreiben sind, umfasste ihre »alltägliche« Tätigkeit hauptsächlich so bezeichnete Propagandaarbeit, also das Entwerfen, Vervielfältigen, Verteilen von Flugschriften sowie diverse Mal- und Schmieraktionen. Dies sollte keineswegs Anlass für eine etwaige postume Bagatellisierung des Widerstandes abgeben, nehmen doch Aktivitäten wie die eben erwähnten unter den Bedingungen eines überaus effizienten Terror- und Überwachungsapparates die Dimension hoch komplexer Bedeutungs- und Symbolvermittlung an und wurden, im Fall ihrer Enttarnung, mit der Todesstrafe bedroht. Es ist der Gestapo tatsächlich gelungen, das konspirative Netz der »Sektion« mit schweren Schlägen zu treffen, sodass die illegale Propagandatätigkeit zu Gunsten einer bloßen Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts zunehmend zurücktrat, die als solche bereits beträchtliche Opfer kostete. Es ist sogar davon auszugehen, dass die Gestapo die Organisation nicht nur erfolgreich unterwandern konnte, sondern dass es sich bei Neu- bzw. Wiedereinrichtung von Widerstandszellen gegen Ende der Kriegszeit hin um Gründungen der Gestapo selbst handelte; insgesamt wissen wir von 106 Verhaftungen und 69 Hinrichtungen.[133]

Einige der Kader waren, den konkreten Anforderungen der jeweiligen Situation entsprechend, in unterschiedliche Widerstandsaktivitäten involviert. Irma Trksak und Franz Buchal waren zunächst für den tschechoslowakischen Nachrichtendienst tätig, später dann organisierte sich Trksak in der »Sektion«, Buchal in der Widerstandsgruppe »Curie« um den jungen katholischen Priester Josef Pojar. Widerstand äußerte sich auch dort, wo er in Bereichen entstehen konnte, die von der Nazifizierung der Gesellschaft wenig berührt worden waren; evident etwa im Fall des spiritistischen Zirkels »Libuse«, der sich im Wesentlichen aus nichtberufstätigen Frauen aus dem kleinbürgerlichen und handwerklichen Milieu rekrutierte. Widerstand leisteten Mitglieder des tschechischen Akademischen Vereins, die zur offiziellen Briefzensurstelle abgestellt waren und Regimekritiker warnten, dass ihre privaten schriftlichen Äußerungen bereits der behördlichen Kontrolle unterlagen. Widerstand zog sich schließlich bis in die Konzentrationslager hinein, wo sich illegale Häftlingsorganisationen bildeten

oder, wie im Frauen-KZ Ravensbrück, Unterstützungsaktionen für Mithäftlinge von Antonia Bruha und Rosa Jochmann initiiert wurden.[134]

Entstehung und Aktivitäten der illegalen Opposition und des politischen Untergrunds, spontane, diffuse, symbolische Artikulationen der Unzufriedenheit und Nonkonformität, ziviler Ungehorsam, aktive und passive Resistenz, subkulturelle Renitenz – all dies steht in Beziehung und Wechselwirkung zur fortschreitenden Radikalisierung des Herrschafts- und Unterdrückungssystems. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es vielfach erst die Repressionspraxis des NS-Staates war, die Akten der Verweigerung oder des Aufbegehrens einen distinkt politischen Charakter verliehen hat. Die politisch-widerständische Praxis aber folgt einem Paradoxon: Sie muss, um die Voraussetzungen ihres Tuns zu schaffen und zu erhalten, nicht-öffentlich, konspirativ organisiert sein, wie sie zugleich, um Erfolg zu haben, auf die Herstellung einer möglichst breiten Öffentlichkeit verwiesen ist. Mit Fortgang des Krieges verliert das Regime dramatisch an Loyalität und Zustimmung, erschließt sich der Widerstand breitere Resonanz und zunehmenden Rückhalt. Die Terrormaschinerie aber wird ihrer tödlichen Logik gemäß bis in die Tage des April 1945 hinein weiterarbeiten.

Der Widerstand bezieht seine Substanz, seine historische Legitimität aus dem Kampf gegen diese Terrormaschinerie; er gewinnt an Stärke, an Unterstützung und Effizienz in dem Maße, als das bekämpfte Regime an Massenloyalität einbüßt, von innen wie von außen her destabilisiert und zersetzt wird. Ein zentraler Stellenwert in diesem Prozess kommt dem Fortgang der Kriegsereignisse, insbesondere auch dem von den Alliierten zunehmend forcierten Luftkrieg zu. Vier Kriegsjahre lang hatten die alliierten Bombenangriffe das ehemalige österreichische Hoheitsgebiet verschont. Im August 1943 wurde dann erstmals das Rüstungszentrum Wiener Neustadt zum Ziel, ab Anfang September 1944 stand Wien im Zentrum massiver Angriffe. Jeweils zehn bis zwanzig Geschwader im Formationsflug, in der Stärke von fünfzig bis hundert Flugzeugen, luden ihre Tod bringende Last – zunächst nur bei günstigem Wetter, später täglich und unter allen äußeren Bedingungen – über der Stadt ab.[135] Das »Kuckuck«-Zeichen aus den Lautsprechern und Radios kündigte ihr Kommen an und löste nicht selten panikartige, in vielen Fällen aber auch erstaunlich gelassene Fluchtreaktionen bei den in der Stadt verbliebenen Frauen und Kindern, Jugendlichen und Alten aus. Wer immer sich einen von der NSV ausgegebenen Ausweis hatte organisieren können, suchte Schutz in einem der von den Nazis aus Beton gegossenen Flaktürme oder in einem der wenigen effizienten Bunker, der überwiegende Großteil der Bevölkerung aber begab sich in die Keller ihrer jeweiligen Wohnhäuser – ein traumatisches, klaustrophobisches, alles in allem nicht wirklich sinnhaftes Manifest kollektiver Todesangst. Dorothea Zeemann erinnert sich in ihrem Lebensbericht 1913 bis 1945, dem sie den programmatischen Titel »Einübungen in Katastrophen« gegeben hat:

Ich ging nicht in den Keller, ich hohnlachte dem Blockwart. Aber eines schönen Herbsttages ging ich doch. Direkt aus der Küche, in der ich mit einem der Berliner Mädchen Würstchen aus Pferdefleisch

zu einer Art Gulasch zu verkochen unternommen hatte. Ich hielt eine Kartoffel und ein Messer in der Hand, als ich schlafwandelnd die Treppe hinunterstieg. Der Keller war leer. Die Vornehmen des vornehmen Hauses in der Innenstadt waren ebenfalls nicht für das Kellerhocken. Der Keller war leer, als das halbe Nachbarhaus auf das unsere stürzte. Ich setzte mich auf den Boden, hielt die Hände über den Kopf und dachte: ›Recht geschieht's dem Robert, jetzt geh ich drauf!‹ Unter chaotischem Getöse erschienen Gestalten, eine davon nackt, und auch Hunde liefen herbei, und hinter ihnen drein kamen die Stiegen selbst heruntergerutscht und versperrten den Ausgang. Als es dann noch nach Gas zu riechen begann, fielen mir Kindergebete ein. Nein. Nein. Ich wollte doch noch nicht … noch wollte ich wissen, was weiterhin geschehen würde. Nein, lieber Gott – noch nicht! Gemeinsam begannen wir alle in Volksgemeinschaft und Panik, das Geröll vom Ausgang zu schaufeln, und das mit bloßen Händen, und dazu vermieden wir das Atmen. Mir war schon wieder alles gleich, als sie uns von draußen holten. Ich war hinüber: ohnmächtig.[136]

Die Bombenangriffe zeitigten fatale Folgen. Die Haustore grauer, verfallener Häuser geschlossen, ihre Fenster mit Papier verklebt, in jeder Straße Ruinen, bis zum Keller aufgerissene Häuserleiber, Schuttkegel bis in die Höhe des ersten Stockwerks. Bombentrichter überall, der öffentliche Verkehr de facto lahmgelegt, Gas, Strom, Wasser immer wieder ausgefallen. Die Bevölkerung ausgelaugt, verstört, hungernd, verbittert und verzweifelt. Und die Angriffe aus der Luft werden mit Jahresbeginn 1945 intensiver, tödlicher. Es sind nun kleine, hoch bewegliche, schnelle Verbände, die Bahnanlagen, Straßenkreuzungen und Donaubrücken bombardieren und alles in deren Umkreis in Schutt und Asche legen. Das sind keine Störangriffe mehr, die die Bevölkerung gegen die Nazidiktatur aufbringen, das sind strategische Bombardements, die die Stadt sturmreif machen sollen. Wiens Todeskampf beginnt.

Der Kriegsverlauf seit Stalingrad hatte das Naziregime endgültig desavouiert. Als Ernst Kaltenbrunner im Gefolge der Ereignisse des 20. Juli 1944 im Auftrag einer höchst alarmierten Reichsführung eine Inspektionsvisite nach Österreich unternimmt, trifft er in Wien auf eine durchgehend defätistische Stimmung in der Bevölkerung, die für alle Gräuelnachrichten und Feindpropaganda, gewisse »Österreich-Tendenzen« und »natürlich« jegliche Art kommunistischer Agitation hoch empfänglich sei.[137] Ein dreiviertel Jahr später, am Montag, dem 9. April 1945, sollte Joseph Goebbels in sein Tagebuch eintragen:

Die Sowjets haben durch ihre militärischen Erfolge im Wiener Raum wieder mächtig Oberwasser bekommen. Sie kämpfen jetzt in den Wiener Vorstädten und dringen langsam in das Zentrum vor. Die Wiener Vorstädte haben zum großen Teil die Waffen zugunsten der Roten Armee erhoben, wodurch natürlich in Wien ziemlich desolate Zustände entstanden sind. Das haben wir von dem sogenannten Wiener Humor, der bei uns in Presse und Rundfunk sehr gegen meinen Willen immer verniedlicht und verherrlicht worden ist. Der Führer hat die Wiener schon richtig erkannt. Sie stellen ein widerwärtiges Pack dar, das aus einer Mischung zwischen Polen, Tschechen, Juden und Deutschen besteht.[138]

In der Tat hatte ein Gutteil jener vom Reichssicherheitsdienst auf eine Anzahl von 13.000 geschätzten Deserteure – die sich überwiegend in die Wiener Schrebergärten zurückgezogen, bewaffnet und informelle Organisationsstrukturen ausgebildet hatten – noch vor den seit dem 6. April aus dem westlichen Wienerwald vorrückenden Sowjettruppen mit militärischen Operationen begonnen. Dazu traten so genannte Fremdarbeiter, also Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, die sich das allgemeine Chaos zunutze machten, und vor allem die Wiener Frauen, Mädchen ebenso wie Mütter mit ihren Kindern auf dem Arm. Sie standen auf gegen die bereits tödlich getroffene deutsche Militärmaschinerie, überredeten Wehrmachtssoldaten zur Desertion, versorgten sie mit Zivilkleidung, eröffneten Fluchtmöglichkeiten und Gelegenheiten zum Untertauchen.[139] Ganze Truppenteile waren bereits in Auflösung begriffen, und die Stadtkommandantur musste in größter Eile SS-Truppen von der Südfront abziehen.

Am 10. September 1944 hatten die Alliierten ihre ersten schweren Luftangriffe gegen Wien geflogen, am 16. März 1945 begann die sowjetische Angriffsoperation gegen Wien, das zum Verteidigungsbereich erklärt worden war. 40.000 Mann der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS waren hier zerniert. Wien sollte unter allen Umständen gehalten und damit der Vernichtung, einem Schicksal gleich dem von Warschau und Budapest, preisgegeben werden. Acht Tage, bis Mitte April, sollte dann die eigentliche Schlacht um Wien dauern, die schwersten Kämpfe, die diese Stadt jemals gesehen und erlitten hatte *(Abb. 116)*.[140] Der Festungskommandant, General von Bünau, Generaloberst Dietrich, Regierungspräsident Dellbrügge, Bürgermeister Blaschke und selbstverständlich Gauleiter von Schirach hatten sich allerdings rechtzeitig in Sicherheit gebracht. Die Schlacht um Wien geriet ungeachtet eines mutigen Versuchs von Major Carl Szokoll (1915–2004) und Oberfeldwebel Ferdinand Käs (1914–1988), mittels Kontaktaufnahme mit der Sowjetarmee eine kampflose Übergabe Wiens zu erreichen (»Unternehmen Radetzky«), zum Inferno. Es war das Ende der Welt, das Ende aller Tage, fürwahr eine Form der Endlösung. In der Stadt operierte auf eigene Faust eine kleine, versprengte Gruppe der Berufsfeuerwehr, die noch dazu den Angriffen von russischen Tieffliegern, die sie für deutsche Soldaten hielten, ausgesetzt war. Richard Kurfürst-West hat ihre Berichte aufgezeichnet:

> *Am nächsten Tag brannte das Burgtheater. Zuschauerraum und Bühnenhaus waren ein einziges Flammenmeer. Wir konnten nur fünfzig Panzerfäuste und dreißig Kisten Artilleriemunition bergen; wären sie explodiert, so wäre vom Burgtheater kein Stein übriggeblieben. Schon am nächsten Tag brannte es wieder auf dem Stephansplatz. Der Stock-im-Eisenplatz, das Kurhaus und die Stephanskirche waren in Flammen gehüllt. Durch den Artilleriebeschuß wurde das Dach der Stephanskirche aufgerissen, und von den Großbränden in der Umgebung drang das Feuer in das Innere der Kirche. In kurzer Zeit war der Riesenbau eine einzige gewaltige Fackel. Der Dachstuhl stürzte ein, der Glockenturm brach zusammen … Es war ein fürchterliches, schauriges Bild.*[141]



Abb. 116: Der zerstörte Prater, April 1945.

Hinter dem Rücken der vorrückenden sowjetischen Truppen erhoben sich traumatisierte, geschockte, verstörte, hungernde Männer, Frauen, Kinder und begannen mit Plünderungen. Die traditionellen Warenhäuser Herzmansky und Gerngross wurden gestürmt, riesige, von den Nazis angelegte Weinlager geleert. Eine Szene steht stellvertretend für viele – Samstag, 7. April 1945, unweit des Stubenrings:

> *Dort brannte das Hauptzollamt an mehreren Stellen, ebenso das benachbarte Hauptpaketamt. Die Verkehrsflächen ringsum waren mit neuen Schuhen und Stoffen übersät, unzählige Flaschen mit den besten Weinen rollten in Alkoholpfützen hin und her. Dazwischen wälzten sich Verwundete, die von einem Tiefffliegerangriff beim Plündern überrascht worden waren. Die Toten lagen still im allgemeinen Wirrwarr.*[142]

Das Rationierungssystem war in den letzten Kampftagen gänzlich zusammengebrochen, eine Hungersnot größten Ausmaßes schien unvermeidlich; unter diesem Eindruck breiteten sich die Plünderungen über ganz Wien aus. Das Ende des Dritten Reiches zitiert so gewissermaßen seinen Beginn: den Aufruhr einer entmenschten, ihrer menschlichen Würde beraubten, entwurzelten, plündernden Masse. Die Be-



Abb. 117: Blick über den Donaukanal, April 1945.

freiungs- und neue Ordnungsmacht der Roten Armee hat dem schnell Einhalt geboten. Als die Schlacht um Wien geschlagen war, stand die Produktion zur Gänze still, Dienstleistungen waren auf ein absolutes Minimum reduziert. Ein großer Teil der industriellen und gewerblichen Betriebe war zerstört, andernorts fehlten Rohstoffe, Energie und Wasser. Verschärft wurde die Situation durch Demontagen von noch intakten Produktionsanlagen, die durch die russische Besatzungsmacht in den Osten abtransportiert wurden oder auch auf Nebengleisen oder Lagerplätzen verrotteten. Es fehlte an Nahrungs- und Transportmitteln, an Rohstoffen und Wohnraum. Durch die Kampfhandlungen hatte Wien ein Viertel seiner Bausubstanz verloren, 90.000 Wohnungen waren zerstört, 270.000 Wienerinnen und Wiener obdachlos geworden. Gas- und Stromerzeugung waren zum Erliegen gekommen, die Kanalisation war nahezu vernichtet, die beinahe 2.000 km des Rohrnetzes der Wasserversorgung wiesen 3.500 Volltreffer und 4.000 sonstige Leitungsschäden auf. Neben den Produktionsanlagen waren auch die Verkehrsbetriebe, die die Hälfte ihres Wagenparks eingebüßt hatten, funktionsunfähig. Alle sieben Bahnhöfe waren ausgebrannt, die Gleise bombenzerstört, Waggons und Lokomotiven zersplittert und verkohlt, die Hauptwerkstätten Simmering und Floridsdorf bloße Ruinen. 15 Donau- und Donaukanalbrücken lagen

gesprengt im Flussbett *(Abb. 117)*.[143] Noch brannte die Stadt an allen Ecken und Enden, noch war ein Ausgangsverbot für die Abend- und Nachtstunden erlassen, noch hausten die Menschen ganzer Stadtteile in Kellern und Bunkern. Weder gab es Brot, Wasser, Gas, Licht, Strom oder ein ziviles Fahrzeug auf den Straßen, als sich zum ehestmöglichen Zeitpunkt die politischen Eliten der künftigen demokratischen Republik wie auch der Rathausverwaltung neu formierten. Nachdem der ehemalige Wohnbaustadtrat Weber abgesagt hatte, ernannte die sowjetische Besatzungsmacht am 17. April 1945 den charismatischen General a.D. Theodor Körner zum Bürgermeister.

Anmerkungen

1 NFP, 28. Feb. 1934, 2.
2 Vgl. Tálos, Herrschaftssystem, 101 ff.
3 Vgl. Maderthaner/Maier, Briefwechsel, 84 f.
4 Vgl. Maderthaner, Legitimationsmuster, 140 ff.
5 Weber, Dollfuß, 44, und Mommsen, Ständestaat, 176, 184.
6 VGA, Nachlass Otto Bauer, Memorandum Renner, VII/44.
7 Kluge, Ständestaat, 119 ff.
8 Diese und die folgenden Zahlen bei Senft, Katastrophe, 510 f.
9 Tálos, Sozialpolitik, 174.
10 Ebd., 171.
11 Weinmüller, Hasenleiten, 239 ff.
12 Fuchs, Lebensbild, xxvi.
13 Exenberger et al., Kündigungsgrund Nichtarier, 100.
14 Marilaun, Simmering, 5.
15 Ebd.
16 Wiener Kirchenblatt, 20. Jänner 1935, 3.
17 Maderthaner, Kuati, 65; vgl. auch die Materialiensammlung im Bezirksmuseum Simmering, BS 514.
18 DÖW, Hauptgesundheits-Sozialamt – 1482/40, 9. Oktober 1940.
19 Botz, Arbeiterschaft, 29 ff.
20 Jagschitz, 25. Juli 1934, 272.
21 Die Ereignisse sind im Detail dargestellt bei Bauer, Elementar-Ereignis, 53 ff.
22 Vgl. Bauer, Elementar-Ereignis, 194 f.
23 Jahoda/Lazarsfeld/Zeisl, Marienthal.
24 Maderthaner/Musner, Wiener Beiträge, 443.
25 Bauer, Der Faschismus.
26 Ebd., 7.
27 Detailliert bei Siegert, Browning, 18 ff., sowie Malina, Tatort Philosophenstiege, 231 ff.
28 Neurath, Physikalismus, 533.
29 Geier, Wiener Kreis, 90.
30 Ebd., 8.
31 Zit. in: Gulick, Österreich, Bd. 5, 238.
32 Zit. in: Senft, Katastrophe, 522; Der Artikel ist zur Gänze abgedruckt in: Stadler, Wiener Kreis, 924 ff. Hinter dem Pseudonym verbarg sich der dem Spann-Kreis zugehörige Philosophiedozent Johann Sauter.

33 Adorno/Horkheimer, Aufklärung, 181, 184.
34 Fritz, Breitner, 313.
35 Albrich, Antisemitismus, 324.
36 Senft, Katastrophe, 505.
37 Zit. in: Albrich, Antisemitismus, 336.
38 Hitler, Mein Kampf, 21, 137; zu Hitlers Wiener Zeit siehe Kershaw, Hitler, 30 ff.
39 Musner, Stadt, Masse, Weib, 77 f.
40 Vgl. Harrawitz/Hyams, Jews and Gender; Seengopta, Weininger; Le Rider, Weininger; Luft, Inwardness, 45 ff.
41 Wistrich, Propheten, 104.
42 Gilman, Jew's Body, 133.
43 Zit. in: Wistrich, Propheten, 111.
44 Weininger, Geschlecht und Charakter, 258.
45 Luft, Inwardness, 28 ff.
46 Vgl. Wistrich, Propheten, 105 ff.
47 Hitler, Mein Kampf, 54, 65 f., 67.
48 Ebd., 59, 77, 130.
49 Schorske, Fin de Siècle, 115 ff.
50 Die Fackel, Nr. 32/Feb. 1900, 22 f.
51 Adorno/Horkheimer, Aufklärung, 179 ff.
52 Ebd., 209.
53 Zuckmayer, Horen, 84.
54 Ebd., 76.
55 Vgl. Bukey, Hitler's Austria, 131 ff.
56 Gedye, Bastionen, 281 f.
57 Ebd. 392 ff.; vgl. auch Bukey, Hitler's Austria, 134.
58 Gedye, Bastionen, 331.
59 Ebd., 295.
60 Danneberg, Idealismus.
61 Butterweck, Verurteilt und begnadigt, 144 ff.
62 Hauch, Leichter, 97 ff.
63 Hitler, Mein Kampf, 135.
64 NFP, 15. März 1938, 1.
65 Chaplin, Der große Diktator.
66 Gedye, Bastionen, 305.
67 Vgl. beispielsweise Weinzierl, Österreichs Fall.
68 Lockhart, Guns, 251.
69 Hanisch, Schatten, 346.
70 Bukey, Hitler's Austria, 37.
71 Hanisch, Schatten, 346.
72 World Review, vol. 5/May 1938, 5.
73 NFP, 16. März 1938, 9.
74 Faksimileabdruck in: NFP, 29. März 1938, 5.
75 NFP, 2. April 1938, 1.
76 Zur Etablierung der Nazi-Diktatur in Österreich im Detail siehe Haas, Der »Anschluss«, 26 ff.
77 Seliger, NS-Herrschaft, 399.
78 Zit. in: Rabinovici, Instanzen, 66.
79 Jabloner et al., Schlussbericht, 87.

80 Botz, Wie lange noch, 30; Jabloner et al., Schlussbericht, 91 f.
81 Jabloner et al., Schlussbericht, 100; für die »Arisierungs-« und Stilllegungsmaßnahmen im Bereich der Lebensmittelversorgung etwa vgl. Keller, Marktamt, 21 ff.
82 Botz, Wien, 363; Seliger, NS-Herrschaft, 402.
83 Vgl. Keller, Verfassung, 58 ff.
84 Fritz, Breitner, 114.
85 Seliger, NS-Herrschaft, 411.
86 Seliger, NS-Herrschaft, 408 f.
87 Zit. in: Keller, Verfassung, 61.
88 Seliger, NS-Herrschaft, 410.
89 Zit. in: Botz, Wien, 130.
90 RP, 10. April 1938, 4.
91 Botz, Wien, 277 ff.
92 Vgl. Exenberger, Kündigungsgrund, der die Vertreibung jüdischer Mieter aus den kommunalen Wohnbauten 1938/39 im Detail dokumentiert.
93 Botz, Wien, 475.
94 Seliger, NS-Herrschaft, 412.
95 Keller, Verfassung, 62.
96 Ebd., 65 f.
97 Bukey, Hitler's Austria, 216.
98 Mattl, Wien, 64.
99 Zit. in: Maderthaner/Fischer, Widerstand, 23.
100 Mattl, Wien, 64 f.
101 Maderthaner/Musner, Wiener Beiträge, 444.
102 Büttner/Dewald, Brennen, 388 f.
103 Ebd., 280. Der Schriftsteller und Drehbuchautor Oertel war Dramaturg der Wien-Film. Nach 1945 war er Vizepräsident der Sektion Film und Fernsehfilm des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Vizepräsident der Europäischen Union der Film- und Fernsehschaffenden mit Sitz in Paris, Vorstandsmitglied der österreichischen Gesellschaft für Filmwissenschaft und Filmwirtschaft, Vorstandsmitglied der Gesellschaft der Filmfreunde Österreichs.
104 Büttner/Dewald, Brennen, 375 ff.
105 Vgl. Wien-Film, Unser erstes Produktionsjahr.
106 Horkheimer/Adorno, Aufklärung, 180 f.
107 Rabinovici, Instanzen, 125 ff.; Albrich, Antisemitismus, 343 ff.
108 Denscher, Der ewige Jude, 43 ff.
109 Horkheimer/Adorno, Aufklärung, 194 f.
110 Botz, Wien, 478.
111 Botz, The Jews of Vienna, 198 f.
112 Vgl. Safrian, Eichmann-Männer.
113 Botz, The Jews of Vienna, 200; Rabinovici, Instanzen, 297.
114 Vgl. Stadler/Weibel, Cultural Exodus.
115 Vgl. dazu Rabinovici, Instanzen, 223 ff.
116 Vgl. Arendt, Eichmann.
117 Siehe dazu jetzt Rigele, Kindereuthanasie.
118 Rabinovici, Instanzen, 55 f.
119 RP, 30. März 1938, 2.
120 Mommsen, Opposition, 23 f.
121 Ebd., 26.

122 Gespräch Franz Schwarz, 20. Mai 2002.
123 Bukey, Hitler's Austria, 194 f.
124 Vgl. Gerbel et al., Schlurfs, 523 ff.
125 Marschik, Fußballkultur; vgl. auch Marschik/Sottopietra, Erbfeinde, 285 ff.
126 Zit. in: Bukey, Hitler's Austria, 186 f.
127 Ebd., 205.
128 John, Vereinnahmung, 335.
129 Zit. in: Maderthaner/Fischer, Widerstand, 21 f.
130 John, Vereinnahmung, 340.
131 Jabloner et al., Schlussbericht, 170 ff.
132 Vgl. John/Lichtblau, Schmelztiegel, 361.
133 Maderthaner/Fischer, Widerstand, 38 f.
134 Ebd., 29 ff.
135 Zu den alliierten Bombenangriffen vgl. Ulrich, Luftkrieg.
136 Zeemann, Katastrophen, 151.
137 Zit. in Bukey, Hitler's Austria, 215.
138 Goebbels, Tagebücher, 1945, 535.
139 Zur Problematik überaus instruktiv ist der in der unmittelbaren Nachkriegszeit in der Arbeiter-Zeitung als Artikelserie und 1960 als Broschüre erschienene Erinnerungsbericht von Richard Kurfürst-West, Als Wien in Flammen stand. Dort auch eine ausführliche Würdigung Major Szokolls und des Oberfeldwebels Käs.
140 Für eine Detailschilderung siehe Portisch, Österreich II, 76 ff.
141 West, Flammen, 71.
142 Zit. in: Rebhann, Wien 1938–1945, 314.
143 Maderthaner/Musner, Fordismus, 39.

Wien 1945–2005. Eine politische Geschichte

Besatzung, Wiederaufbau und Konsolidierung

Bilanz des Krieges

Die Bilanz der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges war eine tragische. Es gab viel persönliches Leid und Elend, unvorstellbare menschliche Opfer waren zu beklagen: 2.700 Österreicher wurden in Gerichtsverfahren als aktive Widerstandskämpfer verurteilt und hingerichtet, 16.493 in Konzentrationslagern bzw. 9.687 in Gestapo-Gefängnissen ermordet, 6.420 gingen in Zuchthäusern und Gefängnissen in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern zugrunde. Insgesamt haben 35.300 Österreicher ihr Leben im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime hingegeben.

1934 hatten sich 176.034 Wienerinnen und Wiener zum jüdischen Glauben bekannt. Vermutlich haben etwa 120.000 jüdische Mitbürger ihr Leben durch Emigration gerettet, unter ihnen ein großer Teil der geistigen Elite Wiens. Im Dezember 1939 wurden 63.852 Lebensmittelkarten für Juden ausgegeben, Anfang März 1945 nur noch 5.243. Rund 51.500 jüdische Bürgerinnen und Bürger Wiens sind in die Konzentrationslager transportiert und ermordet worden.

Bei den 53 Luftangriffen der Alliierten auf Wien starben 8.769 Zivilisten. 2.266 Zivilpersonen ließen ihr Leben bei den zehntägigen Straßenkämpfen der Schlacht um Wien im April 1945. Laut sowjetischen Angaben haben zwischen 3. und 13. April 1945 19.000 deutsche und 18.000 sowjetische Soldaten den Tod gefunden, 47.000 Soldaten der deutschen Wehrmacht waren in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten.[1]

Am Ende des Krieges glich Wien einer offenen Wunde, die zu heilen in den kommenden Jahren eine beinahe übermenschliche Kraftanstrengung der Wienerinnen und Wiener erfordern sollte. Die Menschen hatten das Gefühl, ihre eigene Heimatstadt nicht mehr wiederzuerkennen, so verändert war sie, denn zum menschlichen Aderlass war das bittere Ausmaß der enormen materiellen Schäden gekommen. Seit Herbst 1943 war Österreich zum Ziel von Bombenangriffen alliierter Verbände geworden. Waren zunächst Industrieanlagen und Verkehrswege Ziele eines systematischen Bombardements, wurden mit Dauer der Kampfhandlungen immer mehr die Städte und die Zivilpersonen Opfer des Bombenkrieges. Massierte Angriffe auf Wien wurden im Herbst 1944 und März 1945 durch Briten und Amerikaner von Italien aus geflogen. Bei Luftangriffen im März 1945 gingen viele Sehenswürdigkeiten der Stadt zugrunde: Die Staatsoper war ebenso wie das Burgtheater zerbombt und ausgebrannt. Der Stephansdom wurde bei den Bodenkämpfen im April in Brand geschossen *(Abb. 118)*.



Abb. 118: Der brennende Stephansdom.



Abb. 119: Zerbombte Wohnbauten.

Das Parlament, die Universität und die Albertina hatten Bombentreffer abbekommen. All die schönen Plätze der Innenstadt waren durch Bombenruinen entstellt und mit Schuttbergen übersät. Viele Menschen hatten in Wien durch die gezielten Stadtbombardierungen ihr Hab und Gut verloren. Sie standen vor dem Nichts, aber sie ließen sich nicht unterkriegen.

Von den 114.024 Gebäuden, die bei der Volkszählung von 1939 in Groß-Wien gezählt wurden, hatten 46.862 Gebäude oder 41 % des gesamten Wiener Hausbestandes Kriegsschäden erlitten. Davon wurden 6.214 Gebäude oder 5,5 % gänzlich zerstört, 12.929 Gebäude oder 11,3 % erlitten Teilschäden. 27.719 Gebäude oder 24,4 % wiesen Kleinschäden auf. Von den beschädigten Gebäuden waren 38.807 oder 34,1 % Wohnhäuser, 3.723 oder 3,3 % Industriegebäude und 4.332 oder 3,8 % öffentliche Gebäude des Staates und der Gemeinde bzw. Kultur- und Kultusbauten. Der Großteil der Zerstörung betraf also die Wohnhäuser. 50.024 Wiener Wohnungen wurden schwer beschädigt und 36.851 Wohnungen vollkommen zerstört *(Abb. 119)*. 86.875 Wohnungen in Wien oder 12,3 % des Gesamtwohnungsstandes waren unbenützbar geworden, wodurch rund 270.000 Menschen ihre Wohnmöglichkeit verloren hatten. Über 12.000 Gemeindewohnungen waren dem Krieg zum Opfer gefallen. Die Zerstörung hatte die Bezirke sehr unterschiedlich betroffen: Mariahilf und die Josefstadt etwa wiesen einen eher geringen Prozentsatz auf, Wieden und Leopoldstadt mit 63 %(!)

beschädigter Häuser rangierten an der Spitze der Bezirksstatistik. Hätte man die zerstörten Gebäude auf eine Fläche zusammengestellt, hätte dies den gesamten 1., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Bezirk ausgemacht. Die Summe der zerbrochenen Fensterscheiben und sonstigen Glasbruchs belief sich auf 8 Millionen Quadratmeter – die Fläche des Hallstätter Sees! –, die der zerstörten Dachflächen auf 2,8 Millionen Quadratmeter.

Infolge der sich häufenden Fliegerangriffe in den letzten Kriegswochen wuchsen die Mengen an Schutt in den Straßen an. Zudem konnte seit Monaten der Hausmüll nicht mehr beseitigt werden. Am Ende des Krieges lagen 850.000 Kubikmeter Schutt und rund 200.000 Kubikmeter Kehricht auf den öffentlichen Verkehrsflächen *(Abb. 120)*, welche nicht nur nahezu unüberwindliche Verkehrshindernisse, sondern auch schwere Gefahren für die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener darstellten. Das Kanalnetz war an 1.600 Stellen beschädigt worden. Eine andere Gefahrenquelle für die Volksgesundheit waren die Leichen der Gefallenen und anderer Verstorbener, die in den Straßen lagen oder provisorisch am Straßenrand oder in den Parkanlagen beerdigt worden waren.

Die Wiener Hochquellenwasserleitung hatte im Wiener Stadtgebiet 3.580 Schäden durch Kriegseinwirkung erlitten. Die Zuleitungen außerhalb Wiens waren durch schwere Treffer an elf Stellen unterbrochen. Am Höhepunkt des Kriegsgeschehens war die Wasserversorgung in den meisten Bezirken außer Betrieb gesetzt. Nur notdürftig konnten sich die Wienerinnen und Wiener über die Hydranten in den Straßen mit Wasser versorgen. – 120 Brücken hatten die abziehenden deutschen Truppen gesprengt. Nur eine Brücke über den Donaukanal und die Reichsbrücke waren unversehrt geblieben. – Die öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt waren durch 4.620 Bombentrichter aufgerissen, manche so tief, dass Strom-, Gas- und Telefonleitungen an vielen Stellen unbrauchbar waren. Allein Favoritens Straßen wiesen 418 Bombentrichter auf. 1,877.968 Quadratmeter Fahrbahnen und Gehsteige waren total zerstört.

Seit Ende März 1945 gelangte kein Wasserkraftstrom mehr nach Wien. Die Fernleitungen waren an 111 Stellen unterbrochen. Die beiden kalorischen Kraftwerke im 2. und 11. Bezirk hatten ihre Kohlenvorräte aufgebraucht. Das Kabelnetz der E-Werke im Stadtgebiet war an rund 15.000 Stellen unterbrochen. Die elektrische Straßenbeleuchtung war zu zwei Dritteln durch Kriegseinwirkung vernichtet worden, der Rest wies Teilschäden auf. Die städtischen Gaswerke hatten an den meisten Betriebsanlagen und an beinahe allen Gasbehältern schwere Kriegsschäden erlitten. Ihr Leitungsnetz war an 2.102 Stellen beschädigt worden.

Im Bereich der städtischen Unternehmungen waren die Schäden durch Luftangriffe und Erdkämpfe am gravierendsten bei den Wiener Verkehrsbetrieben. Von den 3.665 Personenwagen der elektrischen Straßenbahn und Stadtbahn wurden 587 Wagen oder 16 % vollkommen zerstört und 1.539 Wagen oder 42 % beschädigt. Die Gleisanlagen waren von 500 Bombentreffern aufgerissen worden. 12 Kilometer Geleise wurden vollkommen zerstört. An Hochbauten wie Betriebsbahnhöfen oder



Abb. 120: »Trümmerfrauen«.

Werkstättengebäuden wurden 37 schwer beschädigt bzw. vollkommen vernichtet. Die Anlagen der Stadtbahn erlitten erhebliche Bauschäden. Der städtische Autobusbetrieb hatte den größeren Teil seiner Fahrzeuge oder zumindest wichtige Bestandteile eingebüßt. – Von der Wiener Berufsfeuerwehr waren von 420 Fahrzeugen nur zwei Löschfahrzeuge und von 3.760 Mann nur 18 Feuerwehrmänner in Wien zurückgeblieben. – Die letzten einsatzfähigen Fahrzeuge der Rettung, der Krankenbeförderung und der Bestattung waren von den aus Wien abziehenden Truppen requiriert worden.

Wien war vom übrigen Österreich abgeschlossen: Es gab weder Verkehrsverbindungen, noch Post oder Telefon. Dazu kam, dass die Versorgung mit Lebensmitteln völlig zusammengebrochen war: Lager und Geschäfte hatten beim Heranrücken der sowjetischen Truppen die letzten Vorräte verkauft oder waren von der Bevölkerung geplündert worden. Eindringlich beschreibt die Zeitung Das Neue Österreich am 7. Juni 1945 den Zustand der Ankerbrotfabrik, eines Schlüsselbetriebs für die Ernährung der Wienerinnen und Wiener:

Schwer gelitten haben die Werke durch Plünderungen der Zivilbevölkerung, die die Vorräte der Fabrik restlos ausräumte: 80.000 kg Salz und 2 Mio. kg Mehl wurden verschleppt. Auf den Stiegen und Gängen sind die Leute bis zu den Knöcheln im Mehl gewatet. Vier Wochen hätte die Bevölkerung Wiens damit versorgt werden können. Es wurden aber auch die Treibriemen der Roggenmühle, die

heute unersetzlich sind, entwendet. Wenn es den Vertrauensleuten nicht gelungen wäre, die Diebe ausfindig zu machen und die Riemen sicherzustellen, hätte ganz Wien heute weder Brot noch Mehl.

In den Tagebüchern von Josef Schöner, einem jungen christlichsozialen Diplomaten, der 1938 von den Nationalsozialisten entlassen worden war, wird der volle Unmut über das Vorgehen einiger Wiener deutlich:

Es ist traurig festzustellen, dass sich die Wiener, wenn sie auch oft das Aufbrechen der Lager und Lokale den Fremdarbeitern überließen, an der Plünderung lebhaft beteiligten. Nicht nur arme Leute, sondern auch wohlhabende Geschäftsleute verschmähen es nicht, bei der Gelegenheit mitzutun. Es ist zum Kotzen – obgleich ich Wien prinzipiell gegen andere verteidige, hat sich meine innere Meinung über die charakterlichen Qualitäten meiner Mitbürger seit 1938 leider laufend und mit Grund verschlechtert.

Der gesundheitliche Zustand der Wiener Bevölkerung war katastrophal. Infolge der mangelhaften Ernährung erhöhte sich die Sterblichkeit 1945 sprunghaft: Im Jahr 1939 waren in Groß-Wien 31.133 Sterbefälle zu verzeichnen, 1945 waren es 62.335. Das monatelange vollkommene Fehlen von Milch ließ die Säuglingssterblichkeit in die Höhe schnellen: Starben 1939 1.271 Kinder, waren es 1945 2.792! Von 1.000 Lebendgeborenen starben im Jahr 1938 53 Kinder, im Jahr 1945 dagegen 191.

Infektionskrankheiten wie Typhus, Ruhr, Fleckfieber und Tuberkulose grassierten und rafften die Menschen hinweg. *Fig. 1* gibt die 1945 angezeigten Erkrankungen und Todesfälle wieder:

FIGUR 1

Krankheit	Zahl der Erkrankungen	Todesfälle
Ruhr	5.607	2.926
Bauchtyphus	3.788	700
Diphtherie	2.882	538
Scharlach	2.220	187
Keuchhusten	257	130
Fleckfieber	390	48

Bedrohlich gestaltete sich die Situation bei der Tuberkulose: Zählten 1936 die Tuberkulose-Fürsorgeanstalten der Stadt Wien 18.000 Tuberkulosekranke, waren es 1944 schon 23.500, Ende 1946 gar 37.000. Die Sterblichkeit infolge Tuberkulose betrug 1938 114, 1945 aber 288 Todesfälle auf je 100.000 der Bevölkerung.

Die Wiener Spitäler konnten in dieser Lage nur schwer Abhilfe schaffen. Kein Wiener Krankenhaus war ohne Kriegsschäden davon gekommen. Es gab in den Spitälern keine Fensterscheiben, kein Heizmaterial, viel zu wenig Lebensmittel und Medi-

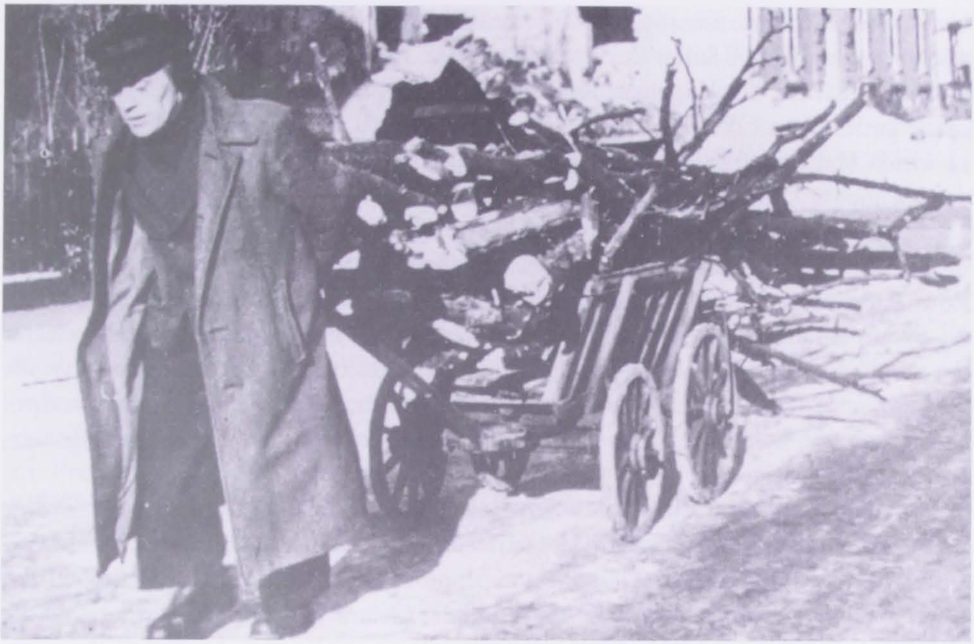


Abb. 121: Mangel an Brennmaterial.

kamente, zeitweise weder Gas noch Strom. In den Apriltagen 1945 wurden die Krankenhäuser von Wienerinnen und Wienern, aber auch von abziehenden deutschen und einrückenden sowjetischen Soldaten geplündert, lebensnotwendige medizinische Geräte und Medikamente, aber auch Kleidung, Wäsche und Möbel entwendet.

In den Geschäften fehlte es neben Lebensmitteln auch an Kleidung, Schuhen, Seife oder Papier. Der Mangel an Kohle und Holz zum Heizen sollte sich im strengen Winter des Jahres 1945 besonders krass bemerkbar machen *(Abb. 121)*.[2]

Wiederaufbau der politischen Strukturen

Ungeheuer rasch bildeten sich nach zwölf Jahren des ständestaatlichen und nationalsozialistischen Regimes demokratisch-politische Strukturen. Noch vor Abzug der deutschen Truppen kam es zu Kontakten führender politischer Persönlichkeiten aus allen Lagern mit dem Ziel, demokratische politische Parteien und Verwaltungsstellen möglichst bald neu aufzubauen. Als erste der drei Parteien wurde die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) als Zusammenschluss zweier Gruppierungen, der Sozialdemokraten in der Tradition der Ersten Republik und der Revolutionären Sozialisten, gegründet.

Die entscheidende Sitzung zum Zusammenschluss der beiden Gruppen fand am 14. April 1945 im Roten Salon des Rathauses statt. Die Sozialdemokraten, unter ihnen Theodor Körner, Paul Speiser, Karl Honay, Georg Emmerling und Anton Weber, saßen getrennt von den Revolutionären Sozialisten (u. a. Felix Slavik, Josef Afritsch, Heinrich Hackenberg und Karl Kysela); Adolf Schärf vermittelte zwischen den beiden Gruppen. Die Fraktionierung spiegelte sich in der offiziellen Parteibezeichnung »Sozialistische Partei Österreichs (Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten)« und in der paritätischen Besetzung des Parteivorstandes aus beiden Gruppen wider. Zum Parteivorsitzenden wurde der aus dem KZ zurückgekehrte Karl Seitz gewählt (1946 von Schärf abgelöst). Im Dezember 1945 wurde mit Paul Speiser ein Vertreter der »Rechten« zum Vorsitzenden der SPÖ Wien, jedoch stellten die »Linken« alle drei Obmann-Stellvertreter (Franz Jonas, Karl Kysela, Frieda Nödl). Schon im April hatten sich die beiden sozialistischen Gruppierungen auf Theodor Körner als Bürgermeister geeinigt.[3]

Die Gründung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) vollzog sich wenige Tage später, am 17. April 1945, im Schottenstift. Ihr war die Installierung der Bünde vorausgegangen, des Österreichischen Bauernbundes (ÖBB), des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) und des Österreichischen Wirtschaftsbundes (ÖWB). Felix Hurdes wurde Generalsekretär, Leopold Kunschak offiziell Parteiobmann (mit dem geschäftsführenden Obmann Hans Pernter an seiner Seite). Im Parteivorstand waren als Bündevertreter Lois Weinberger, Leopold Figl und Julius Raab bzw. der liberale Raoul Bumballa vertreten. Erhard Busek bewertete rückblickend die Gründung der ÖVP 1945 als »österreichisch-patriotische, christlich inspirierte, subsidiär-föderalistische Integrationspartei der politischen Mitte«.

Auf Wiener Ebene trat Weinberger das Amt des Landesparteiobmannes an. Hurdes hatte keine leitende Funktion in Wien inne. Analog zur Bundespartei setzte sich die Wiener Organisation aus Bünden bzw. Bezirken zusammen. War auf Bundesebene die Trias Bauern-, Wirtschafts- bzw. Arbeiter- und Angestelltenbund, vertreten durch Figl, Raab und Weinberger, maßgebend, spielten in der ÖVP Wien als Stadtpartei lediglich der ÖAAB und der ÖWB eine Rolle. Inhaltlich sah sich die Wiener ÖVP um Weinberger der Tradition der katholischen Sozialenzykliken und dem christlichen Personalismus als Gegenstück zum liberalistischen Individualismus und sozialistischen Kollektivismus verpflichtet. In Anlehnung an die großen Reformen Karl Luegers zu Beginn des 20. Jahrhunderts verstanden sie ihre Partei als soziale Integrationspartei mit hohem sozialpolitischem Reformanspruch, wobei sie gleichzeitig dem von Lueger ausgehenden Antisemitismus abschworen.[4]

Auf Grund ihrer kontinuierlichen politischen Tätigkeit in der Illegalität ab 1933 bedurfte die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) keiner Neugründung. Mit großem Elan agierten die Kommunisten nach Kriegsende, wobei sie auf die – offiziell nicht gewährte, aber faktisch feststellbare – Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht zurückgreifen konnten. Sie bekamen Parteilokale in Wien und als Ein-

zige Papier zugewiesen. Sie beschlagnahmten Wohnungen, übernahmen die Lebensmittelversorgung und regierten als Bezirksbürgermeister und Polizeikommandanten in den Wiener Bezirken: Von den 21 Bezirksbürgermeistern (nach den Stadtgrenzen von 1937) gehörten ab April 1945 13 der KPÖ, sieben der SPÖ und nur einer der ÖVP an. Diese Zahl wurde erst im August zu Gunsten der SPÖ revidiert (SPÖ elf, KPÖ sieben, ÖVP drei Bezirksvorsteher). Die Einheitsfront der Arbeiterparteien, wie sie den Kommunisten vorschwebte, wurde nicht verwirklicht – dagegen schlossen sich Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten zusammen. Einige Tage regierte sogar der Kommunist Rudolf Prikryl als eine Art von Bürgermeister von Wien.[5]

Nachdem die Rote Armee die Schlacht um Wien für sich entschieden hatte, besetzte sie die Stadt. Die Bezirke erhielten militärische Ortskommandanten, deren Anordnungen Gesetzeskraft hatten, Bezirksbürgermeister – wie soeben erwähnt, anfangs zumeist Angehörige der Kommunistischen Partei – und eine selbstständige Polizei aus Freiwilligen. Die oberste Gewalt lag beim sowjetischen Militärkommandanten, er hatte den provisorischen Bürgermeister zu ernennen. Am 17. April 1945 ernannte der sowjetische Stadtkommandant Blagodatow Theodor Körner (SPÖ) zum Bürgermeister und Leopold Kunschak (ÖVP) bzw. Karl Steinhardt (KPÖ) zu stellvertretenden Bürgermeistern. Der Aktionsradius des Bürgermeisters war angesichts der Tatsache, dass der Stadtkommandant und die Ortskommandanten Weisungen erteilten bzw. die Bezirksbürgermeister eigenmächtig Kundmachungen anschlugen oder eine willkürliche Personalpolitik betrieben, am Anfang sehr gering. Nur durch Fingerspitzengefühl und Beharrlichkeit gegenüber den Besatzern und den Bezirkschefs gelang es Körner, eine zentrale Stadtverwaltung aufzubauen.

An ihrer Spitze standen der Bürgermeister und die stellvertretenden Bürgermeister. Die Verwaltungsgruppen (1945 gab es solche für Finanzen, Gesundheitswesen, Wohnungs- und Siedlungswesen, Technische Angelegenheiten, Ernährung, Wirtschaftliche Angelegenheiten, Allgemeine Verwaltung, Schulwesen, Unternehmungen, Wohlfahrtswesen bzw. Kultur und Bildungswesen) wurden von amtsführenden Stadträten geleitet. Die Stadträte bildeten den Stadtsenat. Die allgemeine Oberaufsicht und Oberleitung über alle Dienststellen des Magistrats und die zentrale Behandlung von Personalangelegenheiten übernahm der Magistratsdirektor. Die Provisorische Staatsregierung unter Karl Renner setzte mit dem Wiener Verfassungs-Überleitungsgesetz vom 10. Juli 1945 die Verfassung der Stadt Wien in der Fassung von 1931 wieder in Kraft. Bürgermeister, Stadtsenat und amtsführende Stadträte, Bezirksvorsteher und ihre Stellvertreter sowie der Magistrat wurden zur Verwaltung der Stadt Wien berufen, das Kontrollamt als Kontrollorgan eingesetzt. Im Juli 1945 wurden echte Bezirksvorsteher nach Vorschlag der Parteien durch den Bürgermeister ernannt. Die offizielle Übernahme des Polizeidienstes der Stadt Wien durch die Polizeidirektion Wien erfolgte im Juni 1945. Damit war der Grundstein für eine demokratische Verwaltung der Stadt Wien gelegt.[6]

Die Stadt Wien war anfangs nur von den Sowjets besetzt. Seit 1944 hatte es jedoch zwischen den Alliierten Übereinkünfte über die Teilung Wiens gegeben. Mit Ende der Kriegshandlungen traten aber Auffassungsunterschiede über das aufzuteilende Stadtgebiet ein. Während die westlichen Alliierten für die Teilung des alten Reichsgaues von Groß-Wien eintraten, um sich die nötige Infrastruktur und in erster Linie Militärflugplätze für einen ungehinderten Zugang zur Stadt zu sichern, sprachen sich die Sowjets für die Teilung der Stadt in den Grenzen von 1937 aus, worauf man sich auch einigte. Die Sowjets billigten den westlichen Alliierten letztlich die Benützung von Flugplätzen in ihrer Zone zu, womit am 4. Juli 1945 das Kontrollabkommen für Österreich unterzeichnet werden konnte. Darin wurde eine »Alliierte Kommission für Österreich« mit einem »Alliierten Rat«, einem »Exekutiv-Komitee« und einer Reihe von Stäben eingesetzt. Der Alliierte Rat setzte sich aus vier militärischen Kommissaren, den »Hochkommissaren«, zusammen, und er übte die oberste Gewalt in Fragen aus, die Österreich in seiner Gesamtheit betrafen. Österreich war somit in seiner Souveränität deutlich eingeschränkt. Es wurde in vier Zonen geteilt. Zusätzlich zum Kontrollabkommen wurde am 9. Juli 1945 das »Abkommen betreffend die Besatzungszonen und die Verwaltung der Stadt Wien« von den vier Besatzungsmächten unterschrieben. Für Wien wurde eine Interalliierte Kommandantur errichtet, die aus vier von den Hochkommissaren zu ernennenden Stadtkommandanten bestand, die gemeinsam die Verwaltung leiten und die Kontrolle über die Stadt ausüben sollten. Die Wiener Interalliierte Kommandantur ihrerseits stand unter der Leitung des Alliierten Rates und erhielt ihre Weisungen im Wege des Exekutiv-Komitees. Ausführendes Organ der Interalliierten Kommandantur waren die Interalliierten Militärpatrouillen, die »Vier im Jeep«, wie sie im Volksmund genannt wurden *(Abb. 122)*. Die Bezirke 2, 4, 10, 20 und 21 bildeten den sowjetischen, die Bezirke 7, 8, 9, 17, 18 und 19 den amerikanischen, die Bezirke 6, 14, 15 und 16 den französischen und die Bezirke 3, 5, 11, 12 und 13 den britischen Sektor. Der 1. Bezirk wurde zur Interalliierten Zone erklärt, in der die Stadtkommandanten einander im Monatsrhythmus abwechseln sollten.[7]

Die Wiener Interalliierte Kommandantur stellte also die eigentliche Regierungsbehörde dar, der alle Gesetze und Verordnungen der Wiener Stadtregierung zur Zustimmung zu unterbreiten waren. Für die praktische Arbeit wurden viergliedrige Subkomitees eingerichtet, die im Wesentlichen den Zuständigkeiten der Magistratsabteilungen entsprachen. Im Februar 1946 gab es Unterabteilungen in den Bereichen Bezirksverwaltung, Lebensmittel, Flüchtlinge (»displaced persons«), Erziehung und Religion, Finanz, Wohnungsangelegenheiten, Arbeit, Gesetzgebung, Brenn- und Treibstoffe, Post, Eigentumskontrolle, Gesundheit, öffentliche Sicherheit, Wohlfahrt, öffentliche Arbeiten und Einrichtungen bzw. Transport. Diese forderten Berichte und Stellungnahmen ein, gaben Weisungen und erteilten Verhaltensmaßregeln. Bürger-



Abb. 122: Die »Vier im Jeep«.

meister Körner wurde von diversen Militärkommandanten mit speziellen Wünschen, Beschwerden oder Befehlen konfrontiert. Oft begegneten die Besatzungsmächte den Wiener Verwaltungsstellen mit Ungeduld, Schroffheit oder Herablassung und vermuteten hinter jeder Maßnahme, die nicht ganz den Vorstellungen der Alliierten oder einer bestimmten Besatzungsmacht entsprach, böse Absicht. Dabei verabsäumten es die zuständigen Abteilungen der Kommandantur, ihre Pendants im Magistrat ausreichend über die anstehende Arbeit zu informieren – die Stadtverwaltung bezog wichtige Informationen oft nur aus der Tagespresse –, und so entstanden unnötige Spannungen. Erst im Laufe der Zeit konnte das Misstrauen auf beiden Seiten einigermaßen abgebaut werden, da der Wille der Kommandantur zur Kooperation ja gegeben war und sie letztlich auf Vorschläge des Bürgermeisters einging.

Dass kein Gesetz ohne die Zustimmung der Besatzer verabschiedet werden konnte, verlangsamte den Gesetzwerdungsprozess ungemein. Schon im Oktober 1945 wandte sich Bürgermeister Körner mit der Bitte an die Alliierten, allen Gesetzen, die nicht binnen vier Tagen von der Kommandantur beeinsprucht würden, ihre Rechtswirksamkeit zuzuerkennen. Zunächst setzte die Kommandantur die Frist von vier auf 15 Tage hinauf, um letztlich im Februar 1946 das Ansinnen Körners gänzlich abzulehnen und die geübte Praxis der Alliierten Kommission zum Maßstab zu erheben, wonach Gesetze grundsätzlich so lange nicht als angenommen galten, bis nicht eine entsprechende Weisung erteilt würde. Das Gesetz, das am längsten von den Alliierten

verhindert wurde, war jenes über die endgültige Grenzziehung zwischen Wien und Niederösterreich. Mit Gesetz vom 1. Oktober 1938 waren 97 niederösterreichische Gemeinden eingemeindet worden, die den Bezirken 14 (Penzing) und 21 (Floridsdorf) sowie als neue Bezirke 22 (Großenzersdorf), 23 (Schwechat), 24 (Mödling), 25 (Liesing) und 26 (Klosterneuburg) zugeordnet worden waren. Das Gebietsänderungsgesetz, das am 29. Juni 1946 vom Wiener Landtag, am 25. Juni 1946 vom niederösterreichischen Landtag bzw. am 26. Juli 1946 vom Nationalrat verabschiedet wurde, sah die Rückgliederung von 80 der 97 in den Reichsgau Wien inkorporierten Gemeinden an Niederösterreich vor. Da jedoch damit das unter Schwierigkeiten zustande gekommene Zonenabkommen instabil geworden wäre, legten die Alliierten ihr Veto ein. Für die Randgemeinden ergab sich damit die schwierige Konstellation, von Wien verwaltet, im Wiener Gemeinderat aber nicht mehr vertreten zu sein. Sie erlebten dadurch wirtschaftliche Benachteiligungen. Erst im Juni 1954 stimmten die Sowjets dem Gebietsänderungsgesetz zu, nachdem ihnen zugesichert worden war, dass die an Wien anzuschließenden Gemeinden ihrer Zone zufallen würden. Das Bezirkseinteilungsgesetz vom 2. Juli 1954 reduzierte die Zahl der Stadtbezirke: Mit Wirkung vom 1. September 1954 wurde Wien in 23 Bezirke geteilt. Wien 10 (Favoriten) wurde 1954 um Oberlaa, Unterlaa und Rothneusiedl vergrößert; Wien 11 (Simmering) wurde Albern zugeteilt. Wien 14 (Penzing) war 1938 aus den am linken Wienufer gelegenen Bezirksteilen Hietzings (Wien 13) und der ehemaligen Ortsgemeinde Hadersdorf-Weidlingau geschaffen worden (1938–1954 war auch Purkersdorf ein Teil dieses Bezirkes). 1938 waren Rudolfsheim und Fünfhaus, die früher die Bezirke 14 und 15 bildeten, zum 15. Bezirk zusammengefasst worden; 1957 erhielt Wien 15 schließlich den Namen Rudolfsheim-Fünfhaus. Wien 21 (Floridsdorf) wurde 1954 um Stammersdorf vergrößert; 1938 waren von Floridsdorf die Bezirksteile Stadlau, Kagran, Aspern und Hirschstetten abgetrennt und dem neuen Bezirk Großenzersdorf zugeschlagen worden. Diese Gebiete wurden 1954 gemeinsam mit dem bis 1938 zur Leopoldstadt (Wien 2) gehörenden Kaisermühlen und den ehemaligen Marchfeldgemeinden Breitenlee, Essling und Süßenbrunn zum neuen Bezirk Wien 22 (Donaustadt) verbunden. Der 1954 neu errichtete Bezirk Wien 23 (Liesing) wurde aus der Stadt Liesing und den ehemals selbstständigen Gemeinden Atzgersdorf, Mauer, Rodaun, Erlaa, Inzersdorf, Kalksburg und Siebenhirten gebildet.[8]

Eine zusätzliche Anspannung des Wohnungsproblems ergab sich aus der Tatsache, dass die Besatzungsmächte einen beträchtlichen Anteil an intaktem Wohnraum beschlagnahmten und ein gewisser Prozentsatz der ohnedies spärlich vorhandenen Baumaterialien an die Alliierten abzuführen war. Ende 1948, als nicht mehr als 5.000 Mann in Wien stationiert gewesen sein dürften, waren noch immer über 7.800 Wohnungen, Wohnräume, Villen, Geschäfte, Hotels usw. beschlagnahmt, obwohl seit 1947 Freigaben erfolgt waren.

Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Besatzungsmächten ergeben sich folgende Zahlen:[9]

Figur 2

	Wohnungen	Wohnräume	Villen	Hotels	Geschäftslokale	Garagen	Schulen	Sonstige Objekte
USA	750		148	19	38	29	2	65
GB	380	159	86	5	17	31	1	32
F	722	392	15	10	23	14	1	32
UdSSR	3.292	1.456	9	7	32	28	4	39

Auf der Potsdamer Konferenz vom August 1945 hatten die Alliierten auf Reparationsleistungen durch Österreich verzichtet, ausgenommen war jedoch das »deutsche Eigentum«. Darunter verstand man:

1. Allen Grundbesitz in Österreich, der Deutschen (natürlichen wie juristischen Personen) vor dem Anschluss 1938 gehörte;
2. Allen Besitz, der durch Deutsche nach dem Anschluss nach Österreich gebracht wurde, sowie alle Industrieanlagen, die mit deutschem Kapital nach 1938 gebaut wurden;
3. Allen Besitz, der von Deutschen nach dem Anschluss käuflich erworben worden war, wenn der Kaufpreis dem reellen Wert der Sache entsprach und nicht das Resultat eines erzwungenen Verkaufs war.

Diese Bestimmungen erwiesen sich als großer Nachteil für Österreich, da 1938 große Anteile der österreichischen Wirtschaft dem Deutschen Reich einverleibt worden waren. Außerdem wurde alles, was zwischen 1938 und 1945 auf österreichischem Gebiet mit österreichischem Kapital errichtet worden war, zu Deutschem Eigentum erklärt. Damit waren weite Teile der Grundstoff- und Energieindustrie betroffen.

Während die USA am 10. Juli 1946 das in ihrer Besatzungszone befindliche Deutsche Eigentum an Österreich übergaben, ordnete der sowjetische Oberbefehlshaber Generaloberst Kurasow am 5. Juli 1946 an, dass alle deutschen Vermögenswerte in der sowjetischen Zone als deutsche Reparationsleistungen in das Eigentum der Sowjetunion zu übergeben seien. Schon seit 1945 waren Rohstoffe, Maschinen bzw. Güter jeglicher Art in der sowjetischen Besatzungszone abtransportiert worden. Auf Grund des sowjetischen Befehls gingen 252 Industriebetriebe und 140 landwirtschaftliche Betriebe mit etwa 160.000 Hektar Land in sowjetischen Besitz über. Daraus wurden die so genannten USIA(= Verwaltung des Sowjetischen Eigentums in Österreich)-Betriebe gebildet. Für die Erdölgewinnung im Zistersdorfer Raum wurde die SMV (Sowjetische Mineralölverwaltung) gegründet. Die USIA eröffnete außerdem zahlreiche Geschäfte, in denen sie Waren ihrer eigenen Produktion und Einfuhren aus den Ostblockstaaten entsprechend billig verkaufen konnte. Österreich und Wien wurden Abgaben in Milliardenhöhe entzogen, weil USIA und SMV weder Steuern

noch Zölle bezahlten. Renner, Figl und Körner protestierten vergebens gegen diese sowjetische Ausbeutungs- bzw. Exploitationspolitik, die kaum eine Unterscheidung zwischen reichsdeutschen Kriegsrüstungsbetrieben und österreichischen Industrieanlagen machte, sondern Fabriksanlagen in Bausch und Bogen demontierte und in die Sowjetunion verbrachte. Der Schaden für Wien und Ostösterreich war enorm.[10]

Zu diesen schweren wirtschaftlichen Belastungen, die faktisch Reparationszahlungen an die Sowjetunion bedeuteten, kam das Problem der Besatzungskosten, die Österreich zu tragen hatte. Bis 1947 waren das 35 % des österreichischen Staatsbudgets, erst Ende 1947 erfolgte eine Reduzierung auf 15 %. Die absoluten Zahlen muten für einen wirtschaftlich am Boden liegenden Staat fast unvorstellbar an: Bis Ende 1946 erhielten die Amerikaner, Briten und Franzosen jeweils 377 Millionen Schilling, die zahlenmäßig am stärksten vertretenen sowjetischen Truppen 1.660 Millionen Schilling. Dazu kamen noch 220 Millionen Schilling für zivile Besatzungskosten und über eine Milliarde Schilling für die Einlösung der alliierten Militärschillinge, die gleich nach Kriegsende in Umlauf gebracht worden waren. Erst am 21. Juni 1947 verzichteten zumindest die USA auf die Besatzungskosten und stimmten einer Rückzahlung von 308 Millionen Schilling für die bisher erstatteten Leistungen zu. Die anderen Mächte folgten erst im Jahre 1953. Insgesamt hatte Österreich bis 1955 34,5 Milliarden Schilling (Wert von 1955) für Besatzungskosten aufzubringen![11]

Die Besetzung Wiens und Österreichs durch die vier Alliierten schränkte nicht nur die Souveränität der Länder und des Bundes ein, sondern brachte auch vielfältige Probleme für die Bevölkerung mit sich. Seit Oktober 1945 mussten alle Österreicher eine in vier Sprachen ausgestellte Identitätskarte bei sich tragen, um sich bei Kontrollen ausweisen zu können. Die Bewegungsfreiheit der Bürger war stark eingeschränkt. Erst im 2. Kontrollabkommen vom Juni 1946 wurden der österreichischen Regierung Gebietsunabhängigkeit und Gebietshoheit garantiert und dem Einzelnen der Reiseverkehr zwischen den Zonen gestattet, wenn er auch an den sowjetischen Kontrollstellen wie an der Ennsbrücke oder an der Demarkationslinie am Semmering mit zuweilen langen Verzögerungen und Schikanen rechnen musste. Das Überschreiten der westlichen Zonengrenzen gestaltete sich viel einfacher.

Um die öffentliche Sicherheit in Wien war es im Sommer 1945 äußerst schlecht bestellt; Mord und Totschlag waren an der Tagesordnung. Die stark kommunistisch unterwanderten Sicherheitskräfte konnten (oder wollten) sich nicht durchsetzen. Erst mit der Etablierung der Wiener Polizei war allmählich eine Besserung der Sicherheitssituation festzustellen, wenngleich die Sicherheitskräfte in den ersten Jahren nur unzureichend ausgerüstet waren.

Freude und Erleichterung über das Kriegsende und die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft verflogen spätestens dann, als die Bürgerinnen und Bürger die negativen Begleiterscheinungen der Besatzung kennen lernen mussten. Die extremste Form war die sanktionslose Vergewaltigung von Frauen durch Besatzungssoldaten. Über das tatsächliche Ausmaß der Vergewaltigungen lassen sich nur

Schätzungen anstellen. Es wird vermutet, dass in Wien weniger Frauen vergewaltigt wurden als auf dem Land, wie z. B. in den Weingegenden um Wien. Nicht von ungefähr wurden in Niederösterreich beinahe 50.000 Meldungen von Geschlechtskrankheiten registriert und in Wien zwischen dem 23. Mai und dem 3. Juli 1945 273 Schwangerschaftsabbrüche allein in der II. Wiener Universitätsklinik vorgenommen. Dem Grundproblem der Vergewaltigungen stellte sich die sowjetische Führung nicht. Wenngleich Blagodatow in Gesprächen mit der Stadtverwaltung feststellte, dass Vergewaltiger und Plünderer sofort zur Rechenschaft gezogen würden, führte er gleichzeitig ins Treffen, dass das Verhalten von sowjetischen Soldaten in keinem Verhältnis zu dem stünde, was die sowjetische Zivilbevölkerung während des Krieges zu erdulden gehabt hätte. Auch verneinte die sowjetische Führung völlig die Schuldfrage, klagte primär die zu bestrafende »Prostitution« österreichischer Frauen an. Der Wahrheit entsprach es freilich vielmehr, dass Frauen oft Kunstgriffe an Kleidung und Schminke zu Hilfe nahmen, um vor den Russen als besonders »alt«, »hässlich« und »krank« zu erscheinen und so Vergewaltigungen zu entgehen. Die Regierung und die Stadtverwaltung taten sich wegen des politischen Druckes schwer, das Problem zu thematisieren. Die KPÖ tabuisierte diese Frage aus ideologischen Gründen, wurde dadurch als »Russenpartei« abgestempelt und verlor wegen der von tatsächlichen Übergriffen noch verstärkten antirussischen Ressentiments bei den Wiener Landes- und Bundeswahlen der Nachkriegsjahre deutlich an Zustimmung unter den Wählern.

Die Wienerinnen und Wiener mussten vielfach Plünderungen durch die sowjetischen Soldaten über sich ergehen lassen. Was der Krieg nicht zerstört hatte, wurde oft Opfer von Marodeuren. Wohnungen und Geschäfte wurden ausgeräumt, Mobiliar, Gebrauchsgegenstände und Wäsche entwendet. Auf die traurige Tatsache, dass sich daran österreichische Mitbürger beteiligt haben, wurde bereits hingewiesen. Die Entwendung von Uhren, Radioapparaten und sonstigen technischen Geräten war an der Tagesordnung. Der Vorwand der Entnazifizierung bot leider ebenfalls die Handhabe zu zahlreichen Übergriffen.

In den ersten Wochen wurden Tausende von Männern und Frauen von der Straße weggeholt und zu nicht entlohnter Arbeit für die Besatzer gezwungen, die oft ihre physischen Fähigkeiten überstieg. Dazu kam, dass unzählige Männer und Frauen von der sowjetischen Besatzungsmacht verschleppt wurden. Noch 1948 wurden 268 Personen von den Sowjets verhaftet und außer Landes gebracht. Zuweilen gelang es der Bevölkerung, solchen Menschenraub der Sowjets zu verhindern. Manche der Entführten kamen erst nach 1955 in ihre Heimat zurück, nachdem sie in sowjetischen Straflagern schwerste Zwangsarbeit geleistet hatten. Solche Praktiken mussten die Menschen natürlich ängstigen und das Misstrauen gegenüber den (sowjetischen) Besatzern schüren. Besorgungen und Erledigungen wurden auch in Wien im Hinblick darauf, wo diese hinführten, geplant und getätigt. Oft wurde die Innenstadt, wenn sie unter sowjetischer Kontrolle stand, gemieden. Vielfach war das Einschreiten der Interalliierten Militärpatrouille das letzte Hilfsmittel, wenn es zu Schwierigkeiten mit

Besatzungssoldaten kam. Und selbst wenn einem Bürger keine Repressalien von Besatzungssoldaten widerfuhren, blieb einem das Bewusstsein der Unfreiheit, die latente Angst vor Unerfreulichem, ein mulmiges Gefühl beim Überschreiten der Sektorengrenzen.[12]

Das undisziplinierte Verhalten vieler Sowjetsoldaten in Form von Plünderungen und Vergewaltigungen sowie die sowjetische ökonomische Exploitationspolitik prägten die österreichische Meinung über die Besatzungszeit. Sie wurde noch durch die Tatsache bestärkt, dass Österreich nach Abschluss des Staatsvertrages die USIA-Betriebe, SMV und DDSG nur gegen Zahlung von 150 Millionen Dollar und die jährliche Lieferung von einer Million Tonnen Rohöl von der Sowjetunion zurückerhielt. Im Bewusstsein der Österreicherinnen und Österreicher sind weniger die Verdienste der Alliierten um die Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Herrschaft verankert, als die unerfreulichen Begleiterscheinungen einer zehnjährigen Besatzung auf politischer und menschlicher Ebene, wenngleich das Verhalten der westlichen Alliierten weit weniger Anlass zu Empörung bot. Die Leistungen der vier Alliierten bei der Bereitstellung und Verteilung von Nahrungsmitteln, die Bedeutung der Wiener Interalliierten Kommandantur bei der Unterstützung der Ausbildung demokratischer Strukturen in der Stadtverwaltung oder der Interalliierten Militärpatrouille bei der Bekämpfung der Kriminalität geraten dabei leicht in Vergessenheit.[13]

Dass trotz aller Schwierigkeiten mit den Besatzern bei der Wiener Interalliierten Kommandantur der Wille zur Zusammenarbeit mit den Wiener Verwaltungsstellen und zur Linderung der Not gegeben war, steht außer Zweifel. Selbst Felix Slavik, der eine durchaus kritische Haltung gegenüber der Besatzung einnimmt, schreibt in »Wien. Am Beispiel einer Stadt«:

> *Der Alliierte Rat, der von Anfang an sehr massiv in die politischen Aktivitäten auch der Wiener Gemeindeverwaltung eingegriffen hat, war ein schweres Hemmnis für eine planvolle Kommunalpolitik, wenn er auch auf manchen Gebieten, so vor allem auf dem Ernährungssektor, oftmals hilfreich tätig wurde.*

Die Lebensmittelversorgung Wiens zu sichern war wohl in den ersten Jahren nach dem Krieg am vordringlichsten. Die Wiener Interalliierte Kommandantur bildete im Oktober 1945 als Unterabteilung das Lebensmittelkomitee, das darüber wachte, dass die Lebensmittel in allen Bezirken gleichmäßig verteilt wurden. Mehrmals hatte Körner ja vor den Bezirksbürgermeistern die Tatsache zur Sprache bringen müssen, dass Vorräte beschlagnahmt und nur im selben Bezirk zur Verteilung gebracht wurden, was die ohnedies prekäre Lebensmittelversorgung zusätzlich erschwerte und bei der Bevölkerung berechtigten Unmut hervorrief.

Bis zur Aufteilung der Stadt auf vier Besatzungszonen im Herbst 1945 oblag die Bewältigung der Ernährungsprobleme der Roten Armee. Wien war auf fremde Hilfe angewiesen, waren doch große Teile der Vorräte beim Abzug der deutschen Truppen

vernichtet oder durch Plünderungen, im Zuge derer noch Unmengen an Nahrungsmitteln unbrauchbar gemacht wurden, entwendet worden. Zunächst gab es keine geregelte Lebensmittelversorgung. Am 1. Mai spendete die Rote Armee 800 Tonnen Mehl, 7.000 Tonnen Getreide, 1.000 Tonnen Bohnen, 1.000 Tonnen Erbsen, 300 Tonnen Fleisch, 200 Tonnen Zucker, 500 Tonnen Mais, 200 Tonnen Öl, 1.000 Tonnen Sonnenblumenkerne, Salz und andere Lebensmittel – Nahrungsmittel, die sie zuvor beschlagnahmt hatte. Pro Kopf bedeutete dies wöchentlich im Mai 1.000 Gramm Brot, 150 Gramm Fleisch, 50 Gramm Speiseöl, 400 Gramm Hülsenfrüchte und 125 Gramm Zucker. Stalin sagte der Staatsregierung die Versorgung Wiens bis Anfang September 1945 mit Getreide, Fleisch, Fett, Zucker, Kaffee-Ersatz und Salz in genau festgelegten Mengen zu, wobei er aber diese durch Lieferung österreichischer industrieller Waren zu kompensieren suchte. Erst als die Sowjetarmee erbeutete Vorräte freigab, konnten ab 1. Juni 1945 regelmäßig Lebensmittel zugeteilt werden. Dabei gab es vier Kategorien: Schwerstarbeiter, Arbeiter, Angestellte und die übrige Bevölkerung. Diese »Normalverbraucher« erhielten täglich 250 Gramm Brot, 30 Gramm Grütze, 20 Gramm Fleisch, 7 Gramm Fett und 15 Gramm Zucker, außerdem monatlich 50 Gramm Kaffee-Ersatz und 40 Gramm Salz, im Durchschnitt etwa 890 Kalorien pro Tag. Nur langsam stiegen die Zuteilungen. Im September 1945 erhielt der Normalverbraucher 1.550 Kalorien, Schwerstarbeiter das Doppelte, aber im März 1946 gingen die Zuteilungen auf 1.200 Kalorien zurück. Infolge eines Versorgungsengpasses vor der neuen Ernte mussten die Rationen im Mai 1946 auf 950 Kalorien herabgesetzt werden. Erst im November 1946 wurde die Tagesration auf 1.550 Kalorien, ein Jahr später auf 1.800 und im September 1948 auf 2.100 angehoben.

Die anfänglich katastrophale (und später noch lange Zeit dürftige) Lebensmittelversorgung veranlasste Tausende Wiener zu so genannten Hamsterfahrten in die ländliche Umgebung Wiens, um Lebensmittel zu besorgen. Schmuck, Silber und andere Wertgegenstände wurden gegen sonst nicht erhältliche Lebensmittel wie Eier, Schmalz, Speck usw. eingetauscht. Daneben gab es noch den Schleichhandel, der in Wien im Resselpark bei der Karlskirche zentriert war. Hier wurden Waren aller Art getauscht *(Abb. 123)*.

Da Wien am Rande einer Hungerkatastrophe stand und seine Bevölkerung nicht allein versorgen konnte, war es eine der wichtigsten Aufgaben des Außenamtes, bei den westlichen Alliierten für regelmäßige Lebensmittellieferungen zu intervenieren. Nur langsam liefen die internationalen Hilfslieferungen an, die allerdings nur die allergrößte Not lindern konnten. Erst 1946 konnten ausländische Hilfsaktionen wirksam werden. Von den Alliierten verfügten nur die Amerikaner über echte Überschüsse an Nahrungsmitteln. Die Briten mussten selbst jahrelang Lebensmittelrationierungen vornehmen. Auch die Sowjets kämpften mit großen Versorgungsschwierigkeiten ihrer Bevölkerung. Öffentliche und private Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz und dessen Landesorganisationen, CARE oder die Quäker und Aktionen der Schweiz,



Abb. 123: »Hamstern« und Schwarzhandel.

Schwedens, Dänemarks, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Belgiens, der Niederlande, Argentiniens sowie der britischen Dominions schickten Lebensmittel (und Bekleidungsgegenstände) in großen Mengen nach Wien *(Abb. 124)*. Dies ermöglichte es, ab September 1945 allen Schülern in der Schule ein warmes Mittagessen zu geben. Schulausspeisungen wurden übrigens bis Mitte 1950 durchgeführt. Auch Kindergärten und Kinderheime, Altersheime und Spitäler wurden von den Hilfsorganisationen beliefert. Unterernährte Wiener Kinder wurden zur Erholung in die Schweiz, nach Schweden, Belgien, in die Niederlande, nach Großbritannien oder Frankreich verschickt.

Um die weitere Versorgung zu gewährleisten, schloss Österreich mit der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) im April 1946 einen Vertrag, durch den eine große Anzahl von Sachlieferungen nach Österreich kommen sollte. Darin wurde Österreich ein Kredit von 59 Millionen Dollar gewährt. Im März 1946 kam der erste Zug der UNRRA mit Weizen in Wien an. Die Lebensmittellieferungen der UNRRA dauerten bis Mitte 1947 an und erreichten einen Gesamtwert von 137 Millionen Dollar. Gemeinsam mit 15 anderen westeuropäischen Staaten unterzeichnete Österreich im April 1948 die Konvention für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit, die die Gründungsakte der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) darstellte. Dadurch konnte Österreich an



Abb. 124: Lebensmittellieferungen durch die Hilfsorganisation CARE.

der Marshall-Plan-Hilfe für ein europäisches Wiederaufbauprogramm (ERP) teilnehmen. Ein entsprechendes Abkommen zwischen Österreich und den USA, die ja vorwiegend die Mittel für das ERP beistellten, wurde im Juli 1948 unterzeichnet. Im Jänner 1948 wurde bereits ein Interim-Hilfsabkommen abgeschlossen. Die im Rahmen des Marshall-Planes zur Verfügung gestellten Mittel beschleunigten den wirtschaftlichen Erholungsprozess ungemein. Österreich erhielt im ersten Jahr dieses Programmes Güter im Wert von 280 Millionen Dollar, davon Lebensmittel für 125 Millionen, Kohle für 42 Millionen, Rohmaterialien für 67 Millionen, Maschinen für 12 Millionen und Düngemittel für 15 Millionen Dollar. Zwischen 1948 und 1953 kam Österreich aus dem Marshall-Plan eine Hilfe in der Höhe von 962 Millionen Dollar zugute. Der einzige Wermutstropfen war, dass keine ERP-Mittel in die sowjetische Besatzungszone gehen durften, so auch nicht in die Wiener Bezirke 2, 4, 10, 20, 21, 22 und 23. Erst nach der Rekordernte von 1949 trat eine Normalisierung der Getreideversorgung ein. Die Lebensmittelkarten, die zum Bezug von Nahrungsmitteln berechtigten, wurden allerdings erst mit 1. Juli 1953 eingestellt.[14]

Der Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur war für das tägliche Leben und die Betriebsaufnahme der Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung. Ohne die Versorgung mit Wasser, Gas und Strom lief nichts, der Verkehr war in Gang zu setzen, die Bestattung hatte der Seuchengefahr zu begegnen, ebenso wie Müllabfuhr und Kanalisation.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen war die dringendste Aufgabe, Menschen- und Tierleichen einzusammeln und Bestattungen vorzunehmen, da diese ein enormes Gesundheitsrisiko darstellten. Alliierte Truppen stellten dafür Lastkraftwagen und Bagger zur Verfügung. 1946 wurden die Notgräber im Stadtgebiet beseitigt, Tote exhumiert und auf den Friedhöfen beigesetzt.

Die Beseitigung der Kriegsschäden im Bereich der Wasserversorgung und im Kanalnetz nahm einen großen Teil von Material und Arbeitskräften in Anspruch. Das Stadtbauamt konzentrierte alle verfügbaren Kräfte auf diese Tiefbauarbeiten und erreichte innerhalb weniger Wochen mittels Provisorien die Beseitigung von Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung. Es sollte aber bis Ende 1946 dauern, bis die Wasserversorgung wieder voll hergestellt war. 1948 konnte die Sanierung des Netzes und der zerstörten Betriebsanlagen im Wesentlichen als abgeschlossen betrachtet werden.

Die Stadtverwaltung wandte sich nun einer neuen Aufgabe zu: der Erhöhung des Wasseraufkommens. Hatte Wien 1937 noch mit 84 Millionen Kubikmeter das Auslangen gefunden, so stieg nach dem Krieg der Verbrauch stetig an: 1948 auf 130 Millionen, 1954 auf 135 Millionen, 1960 auf 150 Millionen, 1963 gar auf 173 Millionen Kubikmeter. Die beiden Hochquellenwasserleitungen, die eine Leistungskapazität von 120 Millionen Kubikmeter im Jahr erreichten, waren bald ausgeschöpft. Der Tagesverbrauch von Wasser pro Kopf schnellte nach dem Krieg auf fast 300 Liter, in den 1960er-Jahren auf über 300 Liter hoch. Gründe dafür waren der forcierte Wohnhausbau mit Wasserleitung in der Küche sowie Brause/Badewanne und Waschbecken im Badezimmer – womit für Wien die Zeiten der Bassena und des Lavoirs ihr Ende fanden. Dem erhöhten Wasserverbrauch in den Haushalten entsprach die voll einsetzende Produktion der Betriebe, die nun mehr Wasser benötigten. Ein wesentlicher Faktor für den hohen Wasserverbrauch waren nicht zuletzt die durch Kriegsereignisse und mangelnde Wartung hervorgerufenen Schäden an den Leitungen, die sich in Leitungsverlusten von mehr als 40 % niederschlugen.

Um die Sicherung der Wasserversorgung zu gewährleisten, wurden verschiedene Grundwasserwerke errichtet, deren Wasserqualität ständig überprüft wird. Der Entlastung der öffentlichen Leitung dienen auch Brunnen von Betrieben, deren Zahl seit der Mitte des 20. Jahrhunderts von rund 700 auf mehr als 2.000 gestiegen ist. Entscheidender war jedoch der Ausbau der beiden Hochquellenwasserleitungen. 1968 wurden die Sieben Quellen im steirischen Karlgraben an die Erste Hochquellenwas-

serleitung, 1988 die Pfannbauernquelle im steirischen Salzatal an die Zweite Hochquellenwasserleitung angeschlossen. Damit konnte die maximale Leistung der Ersten Hochquellenwasserleitung auf 220 Millionen Liter, die der Zweiten Hochquellenwasserleitung auf 230 Millionen Liter pro Tag gesteigert werden. Nur wenn im Winter die Quellschüttungen zurückgehen oder der Verbrauch in einer Hitzeperiode ansteigt, werden die Grundwasserwerke herangezogen. Um auch für Notfälle gerüstet zu sein, waren schon vor dem Zweiten Weltkrieg Speicheranlagen errichtet worden. 1959 ging der Großraumbehälter in Neusiedl am Steinfeld in Betrieb, 1997 wurde der Speicher am Bisamberg fertig gestellt. Während vor dem Krieg 21 Wasserbehälter vorhanden waren, bestanden am Ende des 20. Jahrhunderts 34 Speicheranlagen, die allein Wiens Trinkwasserbedarf für vier Tage decken könnten.

Es gelang auch, die Leitungsverluste einzudämmen; in den 1990er-Jahren lagen sie bei 8 %. Trotz gestiegener Zahl an Badezimmern und anderen Wasser verbrauchenden Einrichtungen konnte seit den frühen 1970er-Jahren der tägliche Wasserverbrauch von 300 auf 240 Liter gesenkt werden. Aktuell verbrauchen Haushalte täglich etwa 130 Liter Wasser.

Ende 1947 waren die ärgsten Schwierigkeiten im Kanalnetz überwunden und man konnte an die Verwirklichung neuer Vorhaben schreiten. Bis in die 1960er-Jahre wurden etliche Sammelkanäle gebaut. Die Abwässer flossen in den Donaukanal und dann in die Donau. Das hatte eine äußerst schlechte Wasserqualität der Donau unterhalb von Wien zur Folge. Deswegen entschloss sich die Stadtverwaltung 1969 zum Bau der Großkläranlage in Simmering. Schon zwischen 1947 und 1951 war die Kläranlage Altmannsdorf-Hetzendorf errichtet worden. Ihr folgte die zwischen 1967 und 1969 gebaute Kläranlage Inzersdorf-Blumental. Das neue Projekt in Simmering aber war viel größer und technisch aufwändiger: Es war für mehr als eine halbe Million Kubikmeter Wasser pro Tag ausgerichtet, und überdies war der Bau eines gigantischen Netzes von Zuleitungen nötig. 1980 wurde die Kläranlage zusammen mit einer Sondermüllverbrennungsanlage für den Klärschlamm (und andere giftige Abfälle) eröffnet. Beide Anlagen bilden zusammen die Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS). Dadurch verbesserte sich die Qualität der Donau unterhalb Wiens auf Güteklasse II.

Die städtische Müllabfuhr hatte unter schwierigsten Bedingungen neben dem neu anfallenden Müll zwischen 1946 und 1948 1,1 Millionen Kubikmeter Schutt zu beseitigen. Erst 1949 war die heimische Fachindustrie in der Lage, die notwendigen Müllwagen zu produzieren, die die von Pferden gezogenen Mistwagen ablösten. Mit den Jahren wurden neue Geräte und Fahrzeuge für die Müllabfuhr, Straßenreinigung und den Winterdienst angeschafft. Ab den 1960er-Jahren wurden Großraumbehälter aus Stahlblech aufgestellt. Zu diesen gesellten sich ab den 1970er-Jahren Müllkübel aus Kunststoff. Mit dem steigenden Lebensstandard der Bevölkerung wuchs auch der anfallende Müll. Betrug der Müllanfall bis in die frühen 1950er-Jahre jährlich etwa 500.000 Kubikmeter, waren es 1960 mehr als eine Million Kubikmeter, 1969 mehr als zwei Millionen Kubikmeter und 1993 mehr als 5,8 Millionen Kubikmeter Müll.

Im Laufe der Zeit entwickelten sich verschiedene Methoden der Müllbeseitigung. Zunächst versuchte die Stadtverwaltung, den Abfall auf Deponien zu lagern. Zusätzlich gab es seit 1928 eine Müllverbrennungsanlage an der Grinzinger Straße, die aber 1952 als technisch veraltet stillgelegt wurde. 1956 wurde das Kompostierwerk »Biomüll« errichtet. Da aber die angestrebte Qualität nicht erreicht wurde und daher der erhoffte Absatz für den Kompost ausblieb, wurde es 1981 geschlossen. An seiner Stelle wurde das »Rinterzelt« gebaut, in dem wieder verwertbare Stoffe aussortiert und einem Recycling zugeführt werden sollten. Es musste aber ebenfalls geschlossen werden, da es seinen Zweck nicht zur Zufriedenheit erfüllte.

Die Stadtverwaltung erkannte schon relativ früh, dass durch Mülltrennung von verwertbarem und nicht verwertbarem Abfall der Müllberg eher zu bewältigen wäre. 1977 begann man mit der getrennten Glassammlung, ab 1984 wurden Sammelstellen für Problemstoffe eingerichtet, seit 1985 werden Altpapier, Weißglas, Buntglas, Metall, Getränkedosen und Kunststoffe in eigenen Behältern gesammelt, seit 1986 gibt es die Biotonne für kompostierbaren Abfall. Diese pflanzlichen Abfälle werden erfolgreich in zwei Anlagen zu Kompost verarbeitet.

Wien verfügt über zwei große Anlagen zur Müllverbrennung: am Flötzersteig (zwischen 1959 und 1963 erbaut) und in der Spittelau (zwischen 1966 und 1971 erbaut und 1989/90 von Friedensreich Hundertwasser künstlerisch ausgestaltet), die zudem Wärme für die Fernheizungen erzeugen. Daneben verbrennen die EBS Sondermüll. Diese Anlagen verbrannten am Ende des 20. Jahrhunderts mehr als die Hälfte des in Wien anfallenden Abfalls. Rund ein Achtel kam auf die Mülldeponie Rautenweg. Alle anderen Deponien wurden geschlossen, so auch jene links der Donau, wo die Wiener Internationale Gartenschau 1964 abgehalten wurde und heute der Donaupark liegt. Der Rest des Abfalls wurde wieder verwertet. Wiens Stadtverwaltung setzte seit den 1970er-Jahren auf Müllvermeidung. Seit Mitte der 1990er-Jahre pendelte sich der jährliche Müllanfall bei 5,8 Millionen Kubikmeter ein.

Für eine zeitgemäße Infrastruktur unabdingbar, mussten ab 1945 auch die Elektrizitäts- und Gasversorgung wieder gesichert werden. Am 17. April 1945 nahm das E-Werk Simmering den Betrieb auf, am 16. Mai folgte ihm das E-Werk Engerthstraße. Ab Juni kam Wasserkraftstrom nach Wien. Daneben ging man an die Beseitigung der Kriegsschäden an den Erzeugungs- und Verteilungsanlagen der städtischen Gaswerke. Besonders nachteilig für die Versorgung sollten sich der Kohlenmangel und der Abtransport von modernen Stromanlagen durch die Besatzungsmacht als Reparationsgut erweisen. Wenngleich bereits Ende November 1945 wieder alle Bezirke mit Wasser, Strom und Gas versorgt werden konnten, bedeutete dies doch in der Praxis, dass die einzelnen Haushalte drastischen Verbrauchsbeschränkungen unterworfen waren und häufig Unterbrechungen in Kauf nehmen mussten. Besonders bei Gas war dies problematisch, wenn vergessen wurde die Gashähne zu schließen. Eine zeitgenössische Plakataktion der Wiener Städtischen Gaswerke in der Straßenbahn wies eigens darauf hin. Dort sah man etwa das Bild eines Fleischers hinter seiner wohl

gefüllten Budel, der seine Kundin fragt: »Derf's ein bisserl mehr sein?« Darunter der Text der Gaswerke: »Wenn Sie das noch erleben wollen, vergessen Sie nicht rechtzeitig die Gashähne zu schließen!« Ein anderes Bild zeigte einen leckeren Indianerkrapfen (auch das eine lang entbehrte Köstlichkeit), darunter wieder der Text: »Wenn Sie das noch erleben wollen, …«

Diese Versorgungsengpässe waren auch deshalb besonders arg, weil die ersten Nachkriegswinter sehr kalt waren. Wie nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Wälder rund um Wien geplündert, um Holz zum Heizen zu organisieren. Jedes kleine Stück Kohle war heiß begehrt. Erst 1950 waren Energielieferungen möglich, die dem erhöhten Bedarf nach Strom und Gas entsprachen: Mit dem langsam steigenden Lebensstandard konnten und wollten sich immer mehr Leute Elektroherde, Speicheröfen, Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte bzw. Durchlauferhitzer und Gasherde leisten.

Im Jahr 1949 lieferten die Wiener E-Werke an die Wiener Betriebe und Haushalte 875 Millionen Kilowattstunden, 1963 waren es schon 2,4 Milliarden Kilowattstunden. Am Ende des 20. Jahrhunderts stieg die Stromabgabe auf den zehnfachen Wert von 1950. Enorme Investitionen waren dazu nötig: Eine Reihe älterer Kraftwerke, vor allem jenes in der Engerthstraße, musste wegen Überalterung geschlossen werden. Stattdessen wurde 1962, 1965, 1967 und 1970 je ein neues Blockkraftwerk im E-Werk Simmering in Betrieb genommen. 1970 verzichtete man in Simmering auf den umweltbelastenden Kohlebetrieb. 1973 und 1975 gingen die beiden Blöcke des Kraftwerkes Donaustadt in Betrieb. 1975 wurde auch das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau fertig gestellt.

Ähnlich steigerte sich die Abgabe von Gas: Zwischen 1950 und dem Ende des 20. Jahrhunderts stieg der Gasverbrauch auf mehr als das Sechsfache. Gemeinsam mit dem erforderlichen Ausbau der Anlagen wurde die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas angegangen. Die Kohlenvergasung wurde 1966 im Werk Simmering und 1969 im Werk Leopoldau eingestellt. Schrittweise gingen die Gaswerke dazu über, Stadtgas durch ein kompliziertes Spaltungsverfahren von Erdgas zu erzeugen. Ab 1964 wurde das Stadtgas von Kohlenmonoxid entgiftet. Mitte der 1960er-Jahre begannen Überlegungen, das Erdgas nicht mehr zu spalten, sondern direkt an den Kunden zu liefern. Voraussetzung für die Umstellung war ein Erdgas-Liefervertrag mit der Sowjetunion aus dem Jahr 1968. Zusätzlich wurden österreichische Erdgasvorkommen herangezogen, die am Ende des 20. Jahrhunderts bereits 20 % des Bedarfes lieferten. Wegen des doppelt so hohen Heizwertes von Erdgas konnte die Kapazität des Gasleitungsnetzes verdoppelt werden. Dafür mussten aber die technischen Einrichtungen in den Werken und an den Leitungen umgebaut bzw. sämtliche Gasgeräte von mehr als 750.000 Kunden ersetzt werden. 1969 begannen die Vorarbeiten dazu, im September 1978 war die Arbeit bereits abgeschlossen. Durch die gesteigerte Kapazität konnten nun Gasheizungen fast unbegrenzt bewilligt werden.

Die von den E-Werken, Gaswerken und Müllverbrennungsanlagen gesetzten

Maßnahmen stellten wichtige Beiträge zur Verbesserung der Umweltsituation dar. Der Ausstoß von Schwefeldioxid und Stickoxiden konnte seit 1980 drastisch vermindert werden. Zudem liefern die E-Werke die Abwärme, die früher ungenützt in die Donau geleitet wurde, an die Fernheizwerke.

War nach dem Krieg infolge des drastischen Elektrizitäts- und Gasmangels die Holz- oder Kohlebefeuerung wieder weit verbreitet, kamen ab den 1950er-Jahren Ölheizungen in Gebrauch. Ab den 1970er-Jahren setzte der Siegeszug der Fernwärme und der Erdgasheizungen ein. Der Anteil der verschiedenen Energiequellen hat sich dadurch stark verändert. Während der Anteil von Fernwärme und Erdgas bei der Raumheizung, Küchenenergie und Warmwasserbereitung steigt, sinkt gleichzeitig der Verbrauch der anderen Energiequellen. Am Ende des 20. Jahrhunderts entfielen mehr als 40 % auf Erdgas, 24 % auf Fernwärme, also rund zwei Drittel auf relativ umweltfreundliche Energieformen. 22 % entfielen auf Heizöl, 7 % auf Kohle, 6 % auf Elektrizität und 1 % auf Brennholz.

Ehe man mit dem Wiederaufbau beginnen konnte, mussten die Straßen und Plätze von den in den letzten Kriegsmonaten aufgetürmten Bergen von Schutt und Kehricht gesäubert (und dabei das noch brauchbare Baumaterial aussortiert) werden. Am 31. August 1945 erging ein Appell der Stadtverwaltung an alle, bei der »Schuttaktion« mitzuhelfen. Ehemalige Nationalsozialisten sowie Schüler ab 14 und Studenten wurden zur Mitarbeit verpflichtet. In großen Anstrengungen konnten bis zum Herbst 1945 alle wichtigen Verkehrswege freigelegt werden. Bis zum Jahresende hatte man 670.000 Kubikmeter Schutt weggeschafft. Bis Ende 1946 konnte zum Teil mit Maschinen und Lastkraftwagen der Alliierten der Müll zur Gänze und der Schutt zu fast zwei Dritteln beseitigt werden. Die letzten Schuttberge wurden erst 1947 entfernt. Bis Ende 1946 wurden die meisten Bombentrichter in den Wiener Straßen geschlossen. Die Straßendecke wurde in einem Ausmaß von 625.000 Quadratmetern wiederhergestellt. Ein authentisches Bilddokument der zerstörten Stadt bietet Carol Reed in seinem Filmklassiker »Der dritte Mann« aus dem Jahre 1948.

Nach der Zeit der mangelnden Straßenbeleuchtung und der damit gestiegenen Kriminalität waren Ende 1946 wieder 13.841 elektrische »Lichtstellen« (Straßenlampen) und 635 Gaslaternen in Betrieb. 1947 brannte durchschnittlich jede zweite Vorkriegslampe. Im Herbst 1948 brannten bereits 25.000 elektrische Lampen. Anfang 1953 hatte sich diese Zahl verdoppelt. Im Herbst 1958 wurde die 75.000. Lampe aufgestellt. 1962 wurde die 100.000. elektrische Straßenlampe in Betrieb genommen und gleichzeitig die letzte öffentliche Gaslaterne in Wien gelöscht. Durch qualitative Verbesserung der Lampen konnte die Beleuchtungsstärke gesteigert werden, ohne den Stromverbrauch wesentlich zu erhöhen. Am Ende des 20. Jahrhunderts beleuchteten 230.000 elektrische Lampen die Stadt Wien.

Vordringlich erschien die Wiederherstellung der Brücken. Rund 15.000 sowjetische Pioniere arbeiteten an der Instandsetzung der schon aus militärischen Gründen notwendigen Brücken über die Donau und den Donaukanal. Am 23. August



Abb. 125: Die gesprengte Schwedenbrücke.

1945 wurde die wiederhergestellte Nordwestbahnbrücke eröffnet. Nach Errichtung von provisorischen Tragwerken an den Donaukanalbrücken war zunächst der ärgste Notstand behoben *(Abb. 125, S. 569)*. *Fig. 3* zeigt, dass der endgültige Wiederaufbau etliche Jahre in Anspruch nehmen sollte:

FIGUR 3

Augartenbrücke	1946 repariert
Friedensbrücke	1945–1946 repariert
Franzensbrücke	1947–1948 erbaut
Aspernbrücke	1949–1951 erbaut
Marienbrücke	1950–1953 erbaut
Rotundenbrücke	1953–1954 erbaut
Josef-v.-Schemmerl-Brücke	1953–1955 repariert
Schwedenbrücke	1953–1955 erbaut
Freudenauer Hafenbrücke	1957–1958 erbaut
Stadionbrücke	1959–1961 erbaut
Heiligenstädter Brücke	1959–1961 erbaut
Salztorbrücke	1960–1961 erbaut

Das größte Bauwerk der sowjetischen Pioniere war der hölzerne Fußgängersteg über die in der Donau liegende Floridsdorfer Brücke, über welchen die Wasser-, Strom- und Gasleitungen nach Floridsdorf gelegt wurden. 1948 konnte die »neue« Floridsdorfer Brücke dem Verkehr übergeben werden. Bis 1955 wurden insgesamt 128 Brücken gebaut.

Schon seit den 1950er-Jahren schienen die Reichsbrücke und die Floridsdorfer Brücke nicht mehr für den stark zunehmenden Autoverkehr auszureichen. 1957 boten die Bundesbahnen der Stadt Wien die Nordwestbahnbrücke zum Kauf an, da die Nordbahnbrücke gerade fertig gestellt worden war. Nach zähen Verhandlungen begann 1961 der Umbau der Brücke zur Straßenbrücke. 1964 wurde sie als »Nordbrücke« dem Verkehr übergeben, die 1980 über die Prager Straße verlängert wurde. – 1970 wurde die Praterbrücke als Teil der Süd-Ost-Tangente fertig gestellt.

Am 1. August 1976 stürzte die Reichsbrücke ein. Untersuchungen der Floridsdorfer Brücke ergaben Sicherheitsmängel, weswegen sie geschlossen wurde. Im Jänner 1977 fiel die Entscheidung zu ihrem Neubau. Sie wurde im Oktober 1978 eröffnet. Die neue Reichsbrücke wurde im November 1980 ihrer Bestimmung übergeben. Sie kombiniert sechs Fahrspuren für Autos, Fuß- und Radwege, zwei U-Bahn-Trassen einschließlich der Station »Donauinsel« sowie Kabeltrassen für Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Telefon. – Als fünfte Donaubrücke wurde 1982 die Brigittenauer Brücke eröffnet. – 1997 wurde neben der Nordbrücke der Nordsteg fertig gestellt. Er dient

als Fußgänger- und Radfahrerbrücke zwischen der Brigittenau, der Donauinsel und Floridsdorf.

Lange dauerte die Wiederherstellung des Straßenbahnverkehrs. Am 29. April 1945 fuhren die ersten fünf Straßenbahnlinien, vier weitere folgten am nächsten Tag. Am 27. Mai 1945 wurde der Betrieb auf einer Teilstrecke der elektrischen Stadtbahn wieder aufgenommen. Schwierige Aufräumungsarbeiten im Gleis- und Oberleitungsbereich waren vonnöten. Dazu kam, dass ein großer Teil der Waggons zerstört oder schwer beschädigt war und der Waggonbau infolge Rohstoff- und Maschinenmangels nur langsam anlief. Dennoch konnte Ende 1945 schon die Hälfte des Netzes wieder befahren werden. Ende 1946 wurden alle Bezirke Wiens durch 56 Straßenbahn- und Stadtbahnlinien sowie drei Autobuslinien erfasst. Erst 1950 war das Straßenbahnnetz aber wieder komplett. Der Wiederaufbau des öffentlichen Verkehrsnetzes war am 18. September 1954 mit der Fertigstellung der Stadtbahnbögen von der Station Nussdorfer Straße nach Heiligenstadt und zur Friedensbrücke abgeschlossen.

In den Folgejahren schien der rasant zunehmende Individualverkehr dem öffentlichen Verkehr den Rang abzulaufen: Die Fahrgastzahlen sanken rapide. 1974 war mit nur 395 Millionen Fahrgästen pro Jahr der Tiefpunkt erreicht. Der Autobus schien die Straßenbahn als Beförderungsmittel abzulösen. Erst in den 1970er-Jahren sollte es zur Umkehr dieses Trends kommen: Die Inbetriebnahme der U-Bahn ab 1978 lockte wieder viele Fahrgäste an. Ende der 1990er-Jahre verzeichneten die Wiener Verkehrsbetriebe bzw. Wiener Linien eine Frequenz von 700 Millionen Fahrgästen. Der konsequente Ausbau der U-Bahn und der darauf abgestimmte Straßenbahn- und Autobusverkehr erwiesen sich als das richtige Konzept im Konkurrenzkampf mit dem Individualverkehr.

Ende Mai 1945 gab es bereits eingeschränkten Eisenbahnverkehr auf der Ost-, Franz-Josefs-, West- und Südbahn. Am 2. Mai wurde der Postverkehr im Stadtbereich aufgenommen. Ab den 1950er-Jahren bauten die Bundesbahnen in Wien ein Schnellbahnnetz auf (Eröffnung 1962), das zum unverzichtbaren Bestandteil des öffentlichen Verkehrsnetzes von Wien und der umliegenden niederösterreichischen Gemeinden werden sollte. 1984 wurde der Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) geschaffen. Für ein 1.600 Kilometer langes Verkehrsnetz, das 7.000 Quadratkilometer mit 2,3 Millionen Einwohnern erschließt, gilt seither ein einheitliches, in Zonen gegliedertes Tarifsystem.

Ende 1945 war die Wiener Berufsfeuerwehr wieder so weit mit Geräten und Personal versorgt, dass sie größeren Aufgaben gerecht werden konnte: 1.145 Mann und 100 Kraftfahrzeuge waren einsatzfähig. Bis 1955 konnte die Zahl der Fahrzeuge auf 150 erhöht werden. Der Ausbau der Feuerwehr in den Folgejahren hielt sie ständig auf dem modernsten technischen Standard. In den 1990er-Jahren verzeichnete die Feuerwehr 30.000 Einsätze. Davon entfielen mehr als 20.000 auf technische Einsätze (nach Verkehrsunfällen, wegen falsch geparkter Fahrzeuge, wegen Bauschäden, Rauch- und Geruchsbelästigung bzw. Schäden durch Wasser), mehr als 6.000 auf Brände und rund

3.000 auf Rettung von Personen. Über die akuten Einsätze hinaus muss die Wiener Feuerwehr für Katastrophenfälle wie Hochwasser oder Sturm gewappnet sein.[15]

Gesundheitswesen

Von Wiens Spitälern waren im Jahr 1945 15 Gebäude vollkommen zerstört, 40 Objekte mehr oder weniger beschädigt. Sie waren geplündert sowie ihrer medizinischen Geräte und Medikamente beraubt worden. Einige wenige Ärzte mussten unter heute kaum vorstellbaren Umständen arbeiten. Der Rettungsdienst hatte praktisch aufgehört zu bestehen. Infolge Kriegseinwirkung und Beschlagnahmungen durch Besatzungstruppen standen nur rund 8.700 Betten zur Verfügung – und das in Zeiten extrem gestiegenen Bedarfs. Infektionskrankheiten grassierten, die Säuglingssterblichkeit war unglaublich hoch, Geschlechtskrankheiten waren zu einem echten Problem geworden. Wien war auf die Hilfe der Alliierten angewiesen.

Schäden an den Gebäuden konnten anfangs wegen des Rohstoffmangels nur notdürftig repariert werden. In höchster Eile wurden das Sanatorium Purkersdorf mit 300 Betten bzw. der Großteil von Steinhof mit 925 Betten als Epidemiespitäler eingerichtet. Ärzte in den Spitälern waren auf ihre Improvisationsgabe angewiesen: Sie besorgten in Apotheken Medikamente und mit Unterstützung der Bezirksverwaltung bei den Bauern der Umgebung Lebensmittel. Entscheidende Hilfe bei der Seuchenbekämpfung leisteten die Besatzungsmächte. Die Wiener Interalliierte Kommandantur errichtete ein eigenes Subkomitee für Gesundheit. Dieses sorgte dafür, dass Medikamente nach Wien geliefert wurden. 1945 und 1946 wurden mehr als 200.000 Wienerinnen und Wiener gegen Typhus geimpft. Um Typhus-Infektionen durch verunreinigte Lebensmittel einzudämmen, wurde die sanitätspolizeiliche Kontrolle verstärkt. Die amerikanische Armee bekämpfte mit DDT die weit verbreitete Läuseplage und bannte somit die Fleckfieber-Gefahr. Allein 1946 wurden 48.000 Kinder gegen Diphtherie geimpft. Nach der erschreckenden Häufung von Kinderlähmung im Jahr 1947, als 488 Personen erkrankten und 83 starben, gingen die Erkrankungen bei Kinderlähmung durch gezielte Impfung bis Anfang der 1960er-Jahre gar auf Null zurück. Mit internationaler Hilfe wurden unterernährte Kinder in den Schulen verpflegt. Gegen Vitaminmangel stellten die Besatzer Lebertran zur Verfügung.

Nach Jahren außerordentlicher Anstrengungen im Gesundheitswesen gab es dann auch großen Erfolg. *Fig. 4* behandelt die 1963 angezeigten Infektionskrankheiten und Todesfälle:

Figur 4

Krankheit	Zahl der Erkrankungen	Todesfälle
Fleckfieber	0	0
Typhus	23	0
Paratyphus	13	0
Ruhr	36	0
Diphtherie	8	0
Scharlach	1.558	0
Kinderlähmung	0	0

Gegen die Geißel der Geschlechtskrankheiten setzten die Alliierten das neuartige Mittel Penicillin ein: Waren 1946 19.147 Geschlechtskrankheiten, zumeist Gonorrhöe, in Wien gemeldet, sank diese Zahl 1950 auf 4.046, 1955 auf 2.147, 1963 auf 1.702. Am Ende des 20. Jahrhunderts wurden Geschlechtskrankheiten im dreistelligen Bereich registriert. Seit den 1980er-Jahren haben aber die Gesundheitsbehörden mit der neuen Immunschwäche-Krankheit AIDS zu kämpfen.

Eine besonders negative Erscheinung der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts stellt das Problem des Drogenkonsums bzw. Drogenmissbrauches dar, gegen dessen gesundheitliche Gefahren, besonders für die Jugend, die Gesundheitsbehörden und die Wiener Polizei einen fortwährenden Kampf zu führen haben.

Die Tuberkulose-Epidemie der Nachkriegszeit konnte durch die langsame Normalisierung der Ernährung und gezielte Impfung der Neugeborenen wirksam bekämpft werden: 1949 waren nur mehr 6 % der Todesfälle darauf zurückzuführen. Später konnte diese Zahl auf unter 1 % gesenkt werden. Die Tuberkulose-Sterblichkeit sank von 1,65 Promille der Wiener Bevölkerung im Jahr 1946 auf 0,42 Promille im Jahr 1955 bzw. 0,28 Promille im Jahr 1963.

Durch bessere Ernährung bzw. bessere medizinische Betreuung und Hygiene konnte die Säuglingssterblichkeit von 19,2 % im Jahr 1945 – im Juli 1945 hatte sie gar den traurigen Spitzenwert von 35 % erreicht! – auf 7,7 % 1946, 5,7 % 1950, 4,4 % 1955 und 2,9 % im Jahr 1963 reduziert werden. Anfang der 1990er-Jahre starben von 1.000 Lebendgeborenen nur mehr sieben im ersten Lebensjahr. Gleichzeitig konnte die Lebenserwartung gesteigert werden. Betrug 1930 die Lebenserwartung für Männer 55 Jahre und 59 Jahre für Frauen, so steigerte sich diese für 1950 auf 62 Jahre für Männer und 67 Jahre für Frauen. 1970 wurde eine Lebenserwartung für Männer von 67, für Frauen von 74 Jahren errechnet. 1999 lag die Lebenserwartung für Männer bei 74, für Frauen bei 80 Jahren.

Nach Behebung der Kriegsschäden und der Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung ging die Wiener Stadtverwaltung daran, das Spitalswesen in großzügiger Weise dem neuesten Stand des medizinischen und medizinisch-technischen

Fortschritts anzupassen. Die Stadtverwaltung verwendete riesige Summen für den Umbau der großen Krankensäle zu kleinen, menschenwürdigen Zimmern, für die Anschaffung der nötigen Apparaturen und Medikamente. Die veraltete Krankenanstalt Rudolfstiftung wurde zwischen 1965 und 1977 durch einen Neubau ersetzt. Im 22. Bezirk wurde zwischen 1985 und 1996 das Donauspital im Sozialmedizinischen Zentrum Ost errichtet. Abgesehen von allen finanziellen Widrigkeiten beim jahrelangen Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses bietet es heute Spitzenmedizin, seine Universitätskliniken leisten unverzichtbare Dienste für die universitäre Ausbildung und Forschung. Für das Gesundheitswesen wurde am Ende des 20. Jahrhunderts rund ein Viertel des Wiener Budgets aufgewendet, in den 1950er-Jahren war es noch rund ein Achtel. 80 % davon gingen für das Personal auf: Am Ende des 20. Jahrhunderts waren mehr als 5.100 Ärzte – 1949 waren es noch knapp 1.560 Ärzte – und mehr als 20.000 Pflegepersonen in städtischen Spitälern tätig.

Gleichzeitig stieg die Zahl der in Wien niedergelassenen Ärzte: 1949 waren es rund 4.350, 1996 hingegen etwa 10.700 Ärzte. Die verstärkte ärztliche Präsenz kam der medizinischen Betreuung der Bevölkerung im Krankheitsfall, aber auch der Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten zugute. 1950 wurden Gesundenuntersuchungsstellen geschaffen, in denen nicht nur nach beginnenden Krebsleiden, sondern auch nach anderen latenten Krankheiten gefahndet wird. Seit den 1960er-Jahren wurde der Bekämpfung des Alkoholismus besonderes Augenmerk geschenkt. Zudem wurden Studien über schädliche Umwelteinflüsse wie Lärmbelästigung oder Luftverschmutzung erstellt. In Mütter- und Schwangeren-Beratungsstellen wird gesundheitlichen Gefahren für Mutter und Kind begegnet. Wiens Schulkinder werden auf ihren Allgemeinzustand bzw. ihr Seh- und Hörvermögen ärztlich untersucht.

Der städtische Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst war anfangs nur durch die Unterstützung der Alliierten zu bewerkstelligen. Mit den Jahren wurden genügend Stationen eingerichtet und Fahrzeuge angeschafft, damit die beiden Dienste ihren Aufgaben gerecht werden konnten. In den 1990er-Jahren wurden jährlich über 400.000 Menschen befördert.[16]

Fürsorge

Gleich nach Ende des Krieges bildeten sich in allen Bezirken Ausschüsse, um das bewährte Fürsorgesystem der Ersten Republik wieder aufzubauen. Es galt, die Not vieler Bürgerinnen und Bürger so rasch wie möglich zu lindern. Im Jänner 1946 setzte die Stadtverwaltung zur Organisation und Umsetzung der Fürsorgemaßnahmen vor Ort die seit den 1920er-Jahren tätigen Fürsorgeräte wieder ein, welche bis Ende 1969 existierten. Ende 1945 wurden 51.000 hilfsbedürftige Wiener gezählt, die regelmäßig eine monatliche finanzielle Unterstützung erhielten. Zu dieser Dauerunterstützung kamen die volle Bezahlung der Miete, ein Heizkostenzuschuss von 100 Schilling

in den Monaten November bis März und allfällige andere individuelle Zuschüsse hinzu. In den Folgejahren konnte infolge der wirtschaftlichen Gesundung die Zahl der Bezieher von Dauerunterstützungen gesenkt werden: Waren 1950 noch 36.000 gemeldet, gab es 1954 knapp 19.000, 1958 11.800 und 1964 8.000. Seit 1954 wurden Dauerunterstützungen dreizehnmal, seit 1962 vierzehnmal ausbezahlt. Bezieher von Dauerunterstützungen erhielten ab 1952 die Möglichkeit, drei Wochen lang einen »Gemeindeurlaub« in Sommerfrischen Niederösterreichs zu verbringen.

Die seit den 1920er-Jahren bekannten Wärmestuben wurden nach dem Krieg reaktiviert. Hier erhielten ältere Mitbürger eine Schale Kaffee, ein Gebäck und ein wenig Zuwendung. Ab Ende 1946 wurden daraus Tagesheimstätten (ab 1962 als Pensionistenklubs bezeichnet), die Pensionisten in der kalten Jahreszeit einen beheizten Raum, eine Jause, geselliges Zusammensein und auch kulturelle Veranstaltungen boten. Die Tagesheimstätten wurden zu einem großen Erfolg: Ende 1946 waren die ersten 45 eröffnet, die von 1.840 Besuchern frequentiert wurden, 1964 gab es 92 Pensionistenklubs mit 5.520 Besuchern. 50 Jahre nach ihrer Eröffnung hatte sich die Zahl der Pensionistenklubs vervierfacht.

Im Jahr 1946 wurde das System der Hauskrankenpflege und Heimhilfe geschaffen, um den Mangel an Altersheimplätzen und Spitalsbetten zu kompensieren. Damit wurde es gebrechlichen, pflegebedürftigen und chronisch kranken Personen ermöglicht, in ihrer Wohnung zu bleiben und dennoch eine adäquate Versorgung zu bekommen. Wurden 1947 bereits knapp 9.400 Pflegestunden geleistet, waren es 1963 95.900; die Leistungen der Hauskrankenpflege und Heimhilfe stiegen in 16 Jahren auf mehr als das Zehnfache. Die sozialen Dienste wurden seit den 1960er-Jahren wesentlich ausgebaut: Zusätzlich wurden »Essen auf Rädern«, Reinigungsdienst, Wäschedienst, Besuchsdienst, Reparaturdienst, Familienhilfe, Kinderbetreuung daheim und Ergotherapie zur Rehabilitation angeboten. Ende der 1990er-Jahre nahmen rund 6.000 Menschen täglich »Essen auf Rädern«, rund 5.000 Personen zeitweise die Hilfe der mobilen Krankenschwestern in Anspruch. Auch die anderen Dienste werden von Tausenden Wienerinnen und Wienern genützt.

Waren früher Altersheime die Zufluchtstätte von alten, nicht mehr erwerbsfähigen und einkommenslosen Wienern, entwickelten sich die Altersheime nach 1945 zu Alterskrankenhäusern für Pflegebedürftige, die seit den 1950er-Jahren einer ständigen Modernisierung und Spezialisierung unterworfen wurden. Ende 1945 waren rund 3.800 Pfleglinge in städtischen Altersheimen untergebracht, 1964 waren es schon 6.300. Ende der 1950er-Jahre kam es zu einer grundlegenden Erneuerung der Heimbetreuung. Nach skandinavischem Vorbild wurden Pensionistenheime errichtet, in denen einzelne noch nicht intensiv pflegebedürftige Personen oder Ehepaare in Wohneinheiten volle Verpflegung und Bedienung erhielten. Ende der 1990er-Jahre verfügte das Kuratorium Wiener Pensionistenheime über 30 Heime mit mehr als 9.600 Plätzen. Parallel dazu wurden die einstigen Altersheime in Pflegeheime umgebaut, die Pfleglingen durch intensive Betreuung die Rückkehr in ihr gewohntes

Leben ermöglichen sollten. Ende der 1990er-Jahre wurden rund 6.000 Pfleglinge in 13 Pflegeheimen betreut.

Daneben wurden Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen unterstützt. Kriegs- und Zivilblinde erhielten eine Blindenbeihilfe, die jährlich vierzehnmal ausbezahlt wurde. Seit 1950 führte die Stadt Wien arbeitstherapeutische Kurse für körperlich und geistig Behinderte, die sie befähigen sollten, sich auf passenden Arbeitsplätzen zu behaupten. Menschen mit schweren körperlichen und geistigen Behinderungen wurden in Heimen zur besseren Versorgung und Betreuung untergebracht. In den 1970er-Jahren setzte sich die Auffassung durch, dass Behinderten so weit wie möglich ein normales Leben ermöglicht werden sollte. Das beinhaltete die auf den Behinderten abgestimmte Ausbildung für eine angemessene Erwerbstätigkeit, die Rehabilitation nach Unfällen oder die verpflichtende Einstellung von Behinderten im öffentlichen Dienst sowie in größeren Betrieben. In den letzten Jahren richtete sich entsprechend gesetzlicher Vorgaben das Augenmerk der Stadtverwaltung auf die Erleichterung des Alltagslebens der Behinderten durch den Einbau von Aufzügen, Rampen und ebenen Einstiegsmöglichkeiten im öffentlichen Verkehr und in öffentlichen Gebäuden oder das Anbringen eines Bodenleitsystems für Blinde.

Wiederaufbaumaßnahmen ermöglichten nach 1945 die Wiedereröffnung der Beratungsstellen für Schwangere und Mütter, in denen Ärzte und Psychiater Frauen verschiedenen Alters zur Seite stehen. Mit den Jahren wurden auch die Väter verstärkt einbezogen. Die Betreuung der Frauen setzte sich in der Entbindungsanstalt und nach der Geburt ihres Kindes fort. Das 1938 abgeschaffte Säuglingswäschepaket konnte 1946 mit internationaler Hilfe reaktiviert werden. Ab 1948 leistete es allein die Stadt Wien. 1963 wurden bereits 19.363 Säuglingswäschepakete ausgegeben. Seit 1976 können die Mütter zwischen einem Säuglings- oder einem Kleinkinderpaket wählen.

Großes Augenmerk legte die Stadtregierung auf die Kinderbetreuung in Kindertagesheimen. Nach dem Krieg verfügte die Stadt Wien über 203 Kindergärten und 51 Horte, von denen jedoch ein Drittel beschädigt, zehn sogar völlig zerstört waren. Unter großen Anstrengungen konnte 1950 das Vorkriegsniveau erreicht werden. 1963 bestanden 58 Krippen mit 979 Kindern, 84 Krabbelstuben mit 1.916 Kindern, 308 Abteilungen in 193 Kindergärten mit 9.505 Drei- bis Sechsjährigen und 204 Horte mit 5.548 Schulkindern. Die Errichtung neuer Kindergärten erfolgte vor allem in den Außenbezirken, wo die Bevölkerungszahlen stark stiegen. Am Ende des Jahrhunderts wurden über 33.500 Kinder in städtischen Kindertagesheimen betreut. Seit 1980 konnte allen Drei- bis Sechsjährigen ein Kindergartenplatz garantiert werden. Während in den ersten Jahren nach dem Krieg die Versorgung mit einer warmen Mahlzeit, die Krankheitsabwehr durch Impfungen und die Untersuchung auf Läuse im Vordergrund der Bemühungen der Kindergärtnerinnen standen, konnte nach den Notzeiten auch auf die pädagogische Betreuung der Kinder geachtet werden. 1970 wurden die ersten Vorschulklassen eingerichtet. Bereits 1949 wurde der Sonderkin-

dergarten »Schweizer Spende« für körperlich und geistig behinderte Kinder gegründet. Bis in die 1970er-Jahre wurden einige weitere Sonderkindergärten eingerichtet; danach setzte die Stadtverwaltung verstärkt auf Integration behinderter Kinder in herkömmlichen Einrichtungen.

Der Gesundheitszustand der Wiener Jugend war nach dem Krieg katastrophal. Noch im Jahr 1948 ergaben ärztliche Untersuchungen von Lehrlingen und jugendlichen Dienstnehmern, dass 70 % aller männlichen und 38 % aller weiblichen Untersuchten einen besonders schlechten Gesundheitszustand aufwiesen und bis zu 20 Kilogramm untergewichtig waren. International gestiftete Ausspeisungen in den Schulen retteten vielen jungen Menschen das Leben. Internationale Hilfe ermöglichte auch den planvollen Ausbau der städtischen Erholungsfürsorge: 1946 begannen Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche, die vom Wiener Jugendhilfswerk organisiert wurden.

Die Aktion »Jugend am Werk« setzte sich zum Ziel, Jugendlichen, die ihre Schulausbildung oder ihre Lehrzeit unterbrochen hatten, zu einem Abschluss ihrer Ausbildung zu verhelfen. Schulkurse, Lehrwerkstätten, Überbrückungskurse und vorübergehende Beschäftigungsmöglichkeiten konnten letztlich viele Jugendliche einer geregelten Beschäftigung und einer sicheren Zukunft zuführen. Gegen die ansteigende Jugendarbeitslosigkeit in den 1980er-Jahren rief die Stadt Wien eine Lehrstellenförderungsaktion ins Leben.

Darüber hinaus versuchte die Stadtverwaltung der Jugend Lektüre, Kunst und Kultur nahe zu bringen. Der »Österreichische Buchklub der Jugend« verfolgte das Ziel, junge Menschen zur qualitätvollen Lektüre zu führen, und wurde auch seitens der Gemeinde Wien gefördert. Das Kulturamt kaufte Werke für die Schulbüchereien an. 1963 standen den Lehrlingen in den zwei Büchereien der Berufsschulen bereits je 10.000 Bände zur Verfügung. Die Städtischen Büchereien boten 1963 mehr als 13.000 Jugendlichen Lesestoff; ihr neues 2002 eröffnetes Zentrum am Urban-Loritz-Platz erfährt großen Zuspruch. Das 1932 gegründete »Theater der Jugend« wurde bald nach dem Krieg reaktiviert. Je nach Eignung für Sechs- bis Fünfundzwanzigjährige wurden Aufführungen von Wiener Bühnen zu ermäßigten Preisen übernommen. Seit 1951 oblag dem Theater der Jugend die administrative Durchführung der »Konzerte für die Schuljugend«, für welche die Stadt jedes Jahr hohe Mittel aufwendete, und des »Jugendabonnements«, durch das im Jahr 1963 etwa 16.000 Jugendliche bis zu 70 % ermäßigte Karten für Theateraufführungen, Konzerte und Kunstausstellungen erhielten. Im Jugendfilmabonnement des Landesjugendreferates fanden z. B. 1963 88 Vorstellungen mit 41.000 Besuchern statt. Das Landesjugendreferat führte in Schulen und Jugendhäusern an die 200 Beschäftigungskurse durch, um die schöpferischen Kräfte im musischen und kreativen Bereich der Jugend zu wecken und zu fördern. 1973 wurde das »Ferienspiel« zum ersten Mal durchgeführt, und dabei wurden 160.000 Spielpässe an Schulen verteilt sowie verschiedene kulturelle Aktivitäten und Spielmöglichkeiten angeboten. Da sich das Ferienspiel von Anfang bei der jungen Bevölkerung großer Be-

liebtheit erfreute, wurde es zur ständigen Einrichtung. Gleichartige Veranstaltungen und Spiele wurden auch in den übrigen Schulferien geschaffen.[17]

Schulwesen

Von 413 Gebäuden der städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen Groß-Wiens mit ihren 4.630 Klassenzimmern waren am Ende des Krieges 36 gänzlich zerstört, 68 schwer und 112 leichter beschädigt. 95 weitere waren in Krankenhäuser oder Ämter umgewandelt bzw. von den Besatzungstruppen und von Flüchtlingen als Unterkünfte in Anspruch genommen worden. Als am 13. Mai 1945 der Unterricht wieder aufgenommen wurde, standen somit nur 102 Schulhäuser mit 918 Klassen zur Verfügung, in denen beinahe 70.000 Pflichtschüler in 1.936 Klassen unterrichtet werden mussten. Fast alle Wiener Schulen hatten deshalb Wechselunterricht, also abwechselnd am Vormittag und am Nachmittag. Die Lehrer halfen bei der Instandsetzung der Schulen mit, räumten Schutt weg und reparierten die zerschlagenen Fensterscheiben mit Karton oder Holz. So konnte man in kürzester Zeit weitere 109 Schulgebäude mit 777 Klassenzimmern notdürftig instand setzen. Problematisch wurde es im Winter, als das Heizmaterial fehlte und viele Schulkinder keine Winterkleidung oder Schuhe hatten. In den Wintern von 1945/46 und 1946/47 wurden deshalb lange Winterferien verordnet. Noch im Schuljahr 1949/50 hatte ein Fünftel aller Klassen Wechselunterricht; erst im Schuljahr 1954/55 konnte er aufgehoben werden.

Nachdem bis 1954 die Kriegsschäden behoben und die bauliche Erhaltung der Schulhäuser gewährleistet werden konnten, arbeitete die städtische Schulverwaltung ein umfassendes Programm für Schulneubauten und für die Modernisierung der alten Schulgebäude aus. Ziel waren moderne, dem Lernen und Erholen angepasste Bauten mit einfachen und klaren Formen, die eine humane Erziehung fördern sollten und alle erforderlichen Spezialräume, wie Physik-, Werk-, Zeichen- und Turnsaal, enthielten. Zwischen 1949 und 1964 wurden 46 neue Schulen gebaut. Dabei hatte die Stadtverwaltung regionale Veränderungen zu beachten: Während in einzelnen Innenbezirken die Schülerzahlen abnahmen, stiegen diese in den neuen Wohnbaugebieten im Süden und Osten. Schulneubauten waren besonders in den Bezirken 10, 11, 21, 22 und 23 notwendig. Die Einführung der polytechnischen Lehrgänge erforderte ab 1966 weitere 13 Schulneubauten. Gleichzeitig stieg der Bedarf an Schulraum, wenn etwa Computer-Räume einzurichten waren bzw. größere Pausenräume oder größere Turnsäle nötig wurden. Anfang der 1990er-Jahre beschloss die Stadtverwaltung 60 Neu- und Zubauten sowie die weitere Modernisierung der bestehenden Schulen. Am Ende des Jahrhunderts war die Stadt für 500 Schulen in rund 300 Gebäuden verantwortlich.

Um sich im Unterricht dem einzelnen Kind möglichst lange widmen zu können, strebte man eine Senkung der Schülerzahlen pro Klasse an. Waren nach dem Krieg in

manchen Teilen der Stadt 40 oder mehr Schüler pro Klasse keine Seltenheit, betrug im Schuljahr 1962/63 die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse in der Volksschule 30,5, in der Hauptschule 28,9 und in der Sonderschule 15,4. Ende der 1990er-Jahre waren durchschnittlich 21 Schüler pro Volksschul- und 23 pro Hauptschulklasse die Norm.

Auf Grund des großen Schulgesetzwerkes von 1962 konnte jeder begabte Hauptschüler in weiterführende, allgemein bildende und berufsbildende höhere Schulen (AHS bzw. BHS) übertreten. So wurden jedem Kind ohne Rücksicht auf seine soziale Herkunft oder die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern dieselben Bildungschancen zuerkannt. Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lediglich 20 % in eine höhere Schule (damals »Mittelschule« bezeichnet) gingen, besuchten Anfang der 1960er-Jahre 30 %, im Schuljahr 1970/71 bereits 40 % und Ende der 1990er-Jahre mehr als 50 % der Zehn- bis Vierzehnjährigen die AHS. Damit liegt Wien weit über dem österreichischen Durchschnitt.

Die Schulverwaltung legte stets großen Wert auf die Förderung von lernschwachen, leistungsbehinderten und schwerstbehinderten Kindern in auf sie abgestimmten Sonderschulen; das Wiener Versuchsschulwesen reicht bis in die Zwischenkriegszeit zurück. Nach dem Krieg diskutierten die Fachleute Probleme des Unterrichts und der Erziehung. So standen die neuen Arbeitsweisen, wie die Gemeinschaftsarbeit der Klasse, die Gruppenarbeit, das Unterrichtsgespräch und der Impulsunterricht, im Vordergrund. Auf Grund von Überlegungen über die Entwicklung der Schulreife verknüpfte der Stadtschulrat in einem Schulversuch das erste und zweite Schuljahr zu einer organisatorischen Einheit. Damit sollten sich langsam entwickelnde Kinder begünstigt werden. Ab 1962 wurden versuchsweise Vorschulklassen für zurückgestellte, schulpflichtige Kinder eingerichtet, um diesen durch besondere Betreuung im nächsten Jahr einen günstigen Start ins Schulleben zu ermöglichen. 1962 wurde als Schulversuch in vierten Volksschulklassen fremdsprachiger Vorschulunterricht eingeführt. In spielerischer Form sollten fremdsprachliche Grundkenntnisse vermittelt werden, wobei die Leistungen der Schüler nicht beurteilt wurden. Eine Reihe von Erfahrungswerten aus Wiener Schulversuchen fand letztlich Eingang in die Lehrpläne.[18]

Sportförderung und Bäderbau

Ab den 1950er-Jahren wurden im Sinne einer umfassenden Gesundheitspolitik verstärkt Maßnahmen zur Förderung der körperlichen Ertüchtigung gesetzt. Für die Jugend baute die Stadt bis 1963 41 Kleinkinder-, 28 Jugend- und 163 Ballspielplätze. Außerdem gab es für Kinder und Jugendliche 195 Spielplätze in Kindergärten und Schulen, 313 Turnsäle in den städtischen Schulen und 32 Kinderfreibäder.

Fig. 5 gibt die neben dem Stadion und der 1958 fertig gestellten Wiener Stadthalle zu Mitte der 1960er-Jahre vorhandenen Sportstätten wieder:

Figur 5

Zahl der Sportstätten	Art der Sportstätten
102	Sportplätze
475	Spielplätze
46	Eislaufplätze
24	Bootshausanlagen
36	Sportkegelbahnen
71	Tennisanlagen
53	Tischtennishallen
32	sonstige Sporthallen und Turnsäle
36	private Anstalten für Gymnastik und Sport
16	Spezialanlagen für einzelne Sportarten

Die Stadt wandte zu Ende des Jahrhunderts jährlich fast 500 Millionen Schilling für den Sport auf. Dazu gehören der Bau und die Erhaltung von Sportstätten – von den Sportbauten der letzten 20 Jahre sei auf das Ferry-Dusika-Stadion (Wien 2) und die Albert-Schultz-Eishalle (Wien 22) hingewiesen –, Subventionen an Vereine und Verbände, die Durchführung von Großveranstaltungen wie Welt- und Europameisterschaften (z. B. im Eishockey, Radfahren oder Schwimmen) und die Förderung des Jugendsports.

Fußball ist in Wien Volkssport Nummer Eins. Treffen die beiden führenden Fußballklubs Rapid und Austria im Derby aufeinander, pilgern Tausende ins Stadion, früher häufig in das im Prater. Fußballländerkämpfe hielten Wien in ihrem Bann. Der Fassungsraum von 63.000 Zuschauern im Praterstadion schien zu klein. 1960 wurde der Zuschauerraum aufgestockt. Beim Länderspiel Österreich gegen Spanien in diesem Jahr wurde mit 90.726 zahlenden Zuschauern der Rekord aufgestellt. In der Folge wurden Stehplätze in Sitzplätze umgewandelt und so der Fassungsraum wieder auf 62.000 verringert. Mitte der 1980er-Jahre wurde das Praterstadion überdacht. 1993 wurde es in »Ernst-Happel-Stadion« umbenannt. Je nach Zuschauererwartung finden heutzutage Derbys auch im »Franz-Horr-Stadion« (Wien 10) oder »Gerhard-Hanappi-Stadion« (Wien 14) statt.

Spätestens seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert wusste die Stadtverwaltung um die große Bedeutung von Bädern für die Gesundheit der Menschen. Nach Beendigung der Kampfhandlungen 1945 waren von den 67 durch die Gemeinde betreuten Bädern sieben gänzlich zerstört, 23 schwer und 20 leichter beschädigt. Trotzdem konnte noch 1945 in 30 Bädern der Betrieb aufgenommen werden. 1946 waren es bereits 43. 1948 konnte das Amalienbad teilweise wieder geöffnet werden, und die Zahl der Bäder stieg auf 54. 1950 konnte das »Gänsehäufel« nach vollständigem Neubau der Öffentlichkeit übergeben werden. 1952 ging man an die Errichtung des There-

sienbades als Frei- und Hallenbad. 1955 zählte Wien 60 städtische Bäder. Bis 1956 wurden alle im Krieg zerstörten Bäder in modernisierter Form wiederhergestellt. 1959 kam das in den neuen Volkspark Laaer Berg gebettete Laaer-Berg-Bad hinzu. 1961 wurde das gänzlich erneuerte Strandbad Alte Donau eröffnet. Mitte der 1960er-Jahre verfügte Wien über 23 Brausebäder, die das Gros der Besucher anzogen, davon vier mit Schwimmhallen, 14 Sommerbäder und 33 Kinderfreibäder. 1974 wurde das (bereits dritte) Dianabad eröffnet. Zwei weitere Bäder öffneten 1974 ihre Pforten: das von Roland Rainer entworfene wettkampfgerechte Stadthallenbad – es gehört wie das Stadionbad der Stadthallenbetriebsgesellschaft – und das mit einem Kostenzuschuss der Stadt Wien von der Heilquelle-Oberlaa-Kurbetriebsgesellschaft errichtete Thermalbad Oberlaa. Dem Mangel an Hallenbädern begegnete die Stadtverwaltung 1968 mit einem ambitionierten Bäderbaukonzept, das in den 1970er und 80er-Jahren erfolgreich umgesetzt wurde.[19]

Wiederherstellung der Gartenanlagen und Ausbau des Wald- und Wiesengürtels

Im Zweiten Weltkrieg erlitten die Parkanlagen Wiens schwere Schäden. Für den Luftschutz wurden in den Parks 63 Splittergräben, 58 Löschwasserteiche, 18 Löschbrunnen, 15 Bunker sowie im Augarten, Arenberg- und Esterházy-Park mächtige Flaktürme errichtet. Die Gartenanlagen Wiens waren zu einem Drittel zerstört: 5.000 Bäume, 28.000 Sträucher und 6.000 Gartenbänke waren vernichtet. Die Parks waren von Bombentrichtern und großen Mengen von Schutt und Müll übersät. Weil kein Geld für die Parkpflege vorhanden war, verdorrten die Rasen- und Blumenflächen. Der Prater hatte in der Schlacht um Wien schwerst gelitten. Zudem kam, dass rund 5.000 Leichen in den Parks verscharrt worden waren, die nachträglich regulär begraben werden mussten. Der Wiederaufbau der Gartenanlagen war mühsam, die Früchte der Arbeit konnten aber bald von der Bevölkerung bewundert werden. 1949 war die Wiederherstellung der Anlagen so weit fortgeschritten, dass das Stadtgartenamt zu neuen Arbeiten schreiten konnte. So wurde 1951 an der Wagramer Straße der erste Nachkriegspark der Öffentlichkeit übergeben. Im Wertheimsteinpark konnte 1959 der international bekannt gewordene Blindengarten eröffnet werden. Durch die Bemühungen des Stadtgartenamts zwischen 1945 und 1963 wuchsen die öffentlichen Gartenanlagen um 2,8 Millionen auf 11,5 Millionen Quadratmeter, die Wohnhausgärten um 2 Millionen auf knapp 2,8 Millionen Quadratmeter, die Schulgärten um 67.000 Quadratmeter auf 163.000 Quadratmeter und die Lagerwiesen um 251.000 Quadratmeter auf 403.000 Quadratmeter. Rund 20 Millionen Quadratmeter Grünanlagen betreute das Stadtgartenamt Ende der 1990er-Jahre. Man verzeichnete etwa 8 Millionen Quadratmeter Zuwachs an Gartenanlagen seit 1945. Heute erfreuen sich die Menschen an den bestens gepflegten Grünanlagen und Blumenbeeten überall in der Stadt.

Dem städtischen Forstamt obliegt die Erhaltung des Baumbestandes und somit die Bewahrung des Erholungsbereiches und Luftreservoirs der Großstadt. In den Jahren 1870/72 hatte Josef Schöffel im Umland von Wien einen erbitterten Kampf gegen die Abholzung eines Teiles des Wienerwaldes geführt – wofür er bis heute als »Retter des Wienerwaldes« gilt –, bis dann am Ende des 19. Jahrhunderts die Wiener Entscheidungsträger zu der Überzeugung gelangt waren, den Wienerwald als »grüne Lunge« Wiens unter allen Umständen zu schützen. 1905 beschloss der Gemeinderat das Konzept eines geschützten Wald- und Wiesengürtels von etwa 4.400 bis 5.900 Hektar, in dem ein absolutes Bauverbot gelten sollte. Dafür schien es notwendig, den Baumbestand in den Besitz der Stadt Wien zu bringen, um den Beschluss umsetzen zu können. Nach dem Ersten Weltkrieg verringerte sich die Fläche des Wald- und Wiesengürtels durch Siedlungen und Kleingärten, im Zweiten Weltkrieg wurden Industrie- und Verkehrsbauten errichtet. Nach dem Krieg mehrten sich im Wienerwald wieder Schrebergärten – die anfangs für den Gemüseanbau von unschätzbarem Wert waren – und Wochenendhäuser. Ab 1955 jedoch wurde der Wald- und Wiesengürtel wieder systematisch vergrößert. Neben Grundankäufen waren andere Maßnahmen wie Bewässerung und Aufforstung nötig. Beispiel einer erfolgreichen Aufforstung war der Laaer Wald, der in den 1950er-Jahren mit Jungbäumen bepflanzt und eingezäunt wurde.

Der Wald- und Wiesengürtel erstreckt sich vom Bisamberg über den Leopoldsberg, Kahlenberg und Cobenzl, den Vogelsangberg, Hermannskogel, Dreimarkstein, Heuberg, Gallitzinberg, Satzberg bis zum Lainzer Tiergarten. Dieser steht unter strengem Naturschutz. Bis 1974 war er nur gegen Eintrittsgeld zu betreten. 1975 wurde die restaurierte Hermesvilla für Kunstausstellungen des Historischen Museums geöffnet. 1968 erwarb die Gemeinde den Mauthnerwald am Bisamberg, 1974 Teile des Kahlenberges und des Leopoldsberges, 1962 den Dorotheerwald in Pötzleinsdorf, daneben Gründe auf dem Michaelerberg in Neustift am Walde, 1957 den Schwarzenbergwald in Neuwaldegg, darüber hinaus die Hohe-Wand-Wiese in Vorderhainbach, 1958 den Laudonwald in Hadersdorf, 1968 den Dehnepark in Hütteldorf, 1976 Teile von Purkersdorf, 1961 den Deutschordenswald in Laab am Walde, 1963 den Breitenfurter Wald, 1969 den Klausenwald in Kalksburg.

Nach Osten setzt sich der Wald- und Wiesengürtel zum unter Naturschutz gestellten Roten Berg fort. In Favoriten wurde 1978 der Wienerberg erworben. Ende der 1980er-Jahre wurde das Erholungsgebiet Wienerberg mit großem Park und Teich der Öffentlichkeit übergeben. Bereits in den 1950er-Jahren wurde der Volkspark Laaer Berg mit dem Laaer-Berg-Bad als Erholungsanlage eröffnet. Ende der 1960er/Anfang der 1970er-Jahre wurde auf dem Areal der früheren Ziegeleien die Wiener Internationale Gartenschau 1974 (WIG 74) gestaltet. Wo früher windschiefe Hütten, Autowracks, Gerümpel und Gestrüpp vorherrschten, wurde eine reizvolle Gartenlandschaft von rund einer Million Quadratmeter Fläche geschaffen, von Bundeskanzler Kreisky als das »Schönbrunn des 20. Jahrhunderts« bezeichnet.

2,6 Millionen Menschen besuchten diese gelungene Verbindung von gewachsener und künstlicher Landschaft während der WIG 74. Heute stellt sie ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Wienerinnen und Wiener dar, auf dem das Kurzentrum Oberlaa, der Kurpark Oberlaa und die fast naturbelassene ehemalige Filmstadt eine Einheit bilden. 1982 konnte der mit 270.000 Bäumen aufgeforstete Laaer Wald als Erholungsgebiet eröffnet werden.

Die alten Ortsfriedhöfe waren schon Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts in Parks umgewandelt worden. Im Zweiten Weltkrieg wurden die meisten Friedhöfe schwer beschädigt, am schwersten der Zentralfriedhof. Bis 1952 wurden diese Kriegsschäden behoben. Die verbliebenen Ortsfriedhöfe gestaltete die Stadtverwaltung ab den 1970er-Jahren parkähnlich.

Nach dem Krieg musste auch der schwer in Mitleidenschaft gezogene Prater mit großem Aufwand wiederhergestellt werden.

1969 wurde für den Hochwasserschutz der Bau des Entlastungsgerinnes der Donau beschlossen. Gemeinsam mit dem Entlastungsgerinne wurde die »Donauinsel« geschaffen. 1973 begann deren Bepflanzung; 250 Hektar wurden als Laubwälder und Naturwiesen gestaltet, mehr als 1,8 Millionen Bäume und Sträucher wurden gesetzt. 1983 wurde die Donauinsel formell zum geschützten Erholungsgebiet erklärt. Seither bildet die 20 Kilometer lange und durchschnittlich 400 Meter breite Donauinsel den längsten Badestrand Mitteleuropas und eines der größten städtischen Erholungsgebiete. Zehntausende Wienerinnen und Wiener nützen die Donauinsel zur Erholung. Das Entlastungsgerinne bildete die »Neue Donau«. Die entlang des Donaukanals errichteten Uferpromenaden wurden mit Kunst- und Umwelteinrichtungen angereichert.

Anfang der 1960er-Jahre schloss die Stadtverwaltung die Lücke zwischen Alter Donau und dem Donaustrom. Wo sich früher der Müll der Stadt meterhoch stapelte, wurde in Zusammenarbeit des Stadtgartenamts mit zahlreichen Gartenbaubetrieben die Wiener Internationale Gartenausstellung 1964 (WIG 64) gestaltet, an der sich 29 Nationen beteiligten. Auf dem Gelände wurde der Donauturm mit einer sich drehenden Plattform errichtet. 50 Gartenausstellungen und zahllose kulturelle Aktivitäten machten die WIG 64 zu einem Spektakel ersten Ranges, das 2,25 Millionen Besucher zählte und heute den Donaupark *(Abb. 126)* bildet.

Ein besonderes Naturschutzgebiet stellt die Lobau dar. Die Nationalsozialisten sperrten 1938 die Lobau, um sie militärisch und wirtschaftlich zu nutzen. Mitten im Naturschutzgebiet wurden der Ölhafen und das erste Stück des Donau-Oder-Kanals gebaut. Deswegen war die Lobau Ziel von Luftangriffen. Nach dem Krieg erhielt die Stadt die Obere Lobau, die Untere Lobau ging an die Bundesforste. Erst 1973 bekam Wien auch die Untere Lobau zurück. 1978 wurden beide Teile dieses Ökosystems zum Naturschutzgebiet erklärt. Die neue Donauregulierung und der Bau des Kraftwerkes Freudenau ermöglichten die Sanierung der Grünbereiche an der Donau, des Praters und der Lobau. 1996 wurde der Nationalpark Donau-Auen geschaffen, der



Abb. 126: WIG 64: der Donaupark mit dem Donauturm.

2.500 Hektar groß ist. Rund ein Viertel dieses einzigartigen Au-Nationalparks entfällt auf Wiener Stadtgebiet.

Keine Großstadt Europas kann auf einen ähnlichen Grüngürtel rund um die Stadt verweisen und sich einer besseren Erholungsqualität rühmen als Wien.[20]

Wiederaufbau

Insgesamt wurden bis Kriegsende 1945 in Wien 187.000 Wohnungen in Mitleidenschaft gezogen, davon 50.024 Wiener Wohnungen schwer beschädigt, 36.851 vollkommen zerstört. 86.875 Wohnungen waren also durch Kriegshandlungen unbewohnbar geworden, rund ein Fünftel des Hausbestandes. Unter den zerstörten Wohnungen befanden sich 12.000 Gemeindewohnungen. Der Krieg machte auf einen Schlag die Wohnbauleistung der Zwischenkriegszeit von etwa 64.000 Gemeindewohnungen und rund 20.000 Genossenschafts- und Eigentumswohnungen zunichte. Rund die Hälfte der übrigen Wohnungen war reparaturbedürftig. In mehr als 90 % der Wohnungen gab es keine Fenster mehr. 2,8 Millionen Quadratmeter Dachfläche (oder rund 12 % der Gesamtdachfläche) waren zerstört. Durch den Mangel an Baumaterial waren Mitte 1946 bereits 110.000 Wohnungen unbenützbar und weitere 20.000 durch Witterungseinflüsse stark gefährdet.

Etwa 35.000 Menschen waren obdachlos geworden. Daneben mussten etwa 6.000 Wohnungen für die Besatzer frei gemacht werden. Zudem war der Wohnraumbedarf der Kriegsheimkehrer, Opfer des Nationalsozialismus, zurückströmenden Evakuierten und von mindestens 30.000 Flüchtlingen zu decken. Zu den Kriegsfolgen gesellte sich ein demographischer Faktor, nämlich die Überalterung der Wiener Bevölkerung und die daraus resultierende Verkleinerung und Vermehrung der Haushalte. 1945/46 belief sich der Wohnungsfehlbestand für Groß-Wien unter Berücksichtigung der Haushaltszahl auf 117.000 Wohnungen. Die schwierige Situation auf dem Wohnungssektor schien nur dadurch erträglich, dass die Bevölkerungszahl gegenüber der Vorkriegszeit kleiner geworden war. Mitte 1946 pendelte sie sich bei 1,6 Millionen ein (gegenüber 1,8 Millionen im Jahr 1934).

Die Beschaffung von Wohnraum musste somit vor allen anderen Fragen vordringlich behandelt werden. An einen Wohnungsneubau war freilich vorerst nicht zu denken. Es mangelte an Baumaterial. Körner klagte Anfang 1946 vor den Alliierten, dass Wien bei zwei Dritteln sämtlicher Kriegsschäden nur ein Viertel der Baumaterialien zur Verfügung gestellt bekäme und davon noch 8 % an die Alliierten abzuführen hätte. Die Fabriken der Baustoffindustrie waren vielfach zerstört oder konnten mangels ausreichender Kohlenzuteilungen nicht produzieren. Es fehlte an Baumaschinen und an Transportmitteln. Ende 1945 war eine verhältnismäßig große Zahl von Arbeitslosen zu beklagen, gleichzeitig mangelte es aber im Baugewerbe an fachlich ausgebildeten Arbeitskräften. Dem sollte durch Umschulungskurse begegnet werden. Die ersten baulichen Maßnahmen konzentrierten sich darauf, leichter beschädigte Wohnungen benützbar zu machen und Dächer zu sichern, um weitere Schäden zu verhindern. Mit einer einzigen Dachreparatur konnte im Bestfall eine größere Anzahl von Wohnungen wieder bewohnbar gemacht werden. Die absoluten Zahlen sind aber

ernüchternd: 1945 konnten 2.706 schwer beschädigte Wohnungen wieder benützbar gemacht und 7.919 noch bewohnte Wohnungen vor dem Verfall bewahrt werden. Von 8.000 bombengeschädigten Dächern konnten bis Dezember 1945 lediglich 2.000 repariert werden. Bis März 1946 hatten nur Ärzte, Familien mit Kleinkindern, chronisch Kranke, Personen über 60 Jahre und ehemalige KZ-Häftlinge Fensterglas erhalten. Man hoffte, bis Ende 1946 50 % der Glasschäden zu beheben. Im Jahr 1946 konnten immerhin 6.171 schwer beschädigte Wohnungen instand gesetzt und weitere 17.719 bewohnte Wohnungen durch Hausreparaturen in ihrem Bestand gesichert werden. Die harten Winter von 1945/46 und 1946/47 mussten unter diesen desolaten Wohnverhältnissen der Bevölkerung besonders zusetzen, zumal die Wiener Stadtverwaltung kaum Brennmaterial zuteilen konnte. Der späte Betriebsbeginn der Baustoffindustrie zeigte 1947 erste positive Auswirkungen. Schweden entwickelte für Österreich eine Baumaschine, die aus Schutt Bausteine presste. Die Alliierten und die UNRRA stellten der Stadtverwaltung zahlreiche Lastkraftwagen zur Verfügung, um das Transportproblem in den Griff zu bekommen. Bis Ende 1947 konnten jedenfalls rund 16.000 Wohnungen benützbar gemacht und etwa 60.000 durch Dach- oder andere Schäden gefährdete Wohnungen gesichert werden.

Da sich die Kriegsschäden über das ganze Stadtgebiet verteilten, wenn auch die Industriebezirke Floridsdorf, Brigittenau, Favoriten, Simmering und Ottakring besonders hohe Zerstörungen aufwiesen, entschied man sich beim Wiederaufbau für die Lückenverbauung. Im Juli 1947 konnte zum ersten Mal nach 13 Jahren wieder eine städtische Wohnhausanlage in Wien 10, Friedrich-Knauer-Gasse, Mietern übergeben werden. Das erste Großprojekt der Gemeinde Wien war die in Anerkennung der schwedischen Hilfe nach dem schwedischen Ministerpräsidenten benannte Per-Albin-Hansson-Siedlung (West) in Favoriten *(Abb. 127)*. Die Grundsteinlegung erfolgte im August 1947, im August 1951 war sie fertig gestellt. Sie bestand aus zweigeschossigen Einfamilien-Reihenhäusern und dreigeschossigen Mietblöcken mit über 1.000 Wohnungen. An die Idee der »Gartenstadt« anknüpfend, verband sie Elemente der 1920er-Jahre und der Zeit des Dritten Reiches. Weitere Siedlungshäuser entstanden in Kagran, Stadlau und Hirschstetten. Auf Grund der hohen Aufschließungskosten der Siedlungsanlagen errichtete die Stadtverwaltung in der Folge Geschossbauten. Um 1950 wurde die Wohnhausanlage Simonygasse in Währing übergeben. Der erste große Wohnhof nach 1945 war der 1957 komplettierte Hugo-Breitner-Hof in Penzing mit über 1.150 Wohnungen, der noch stark an die Architektur des kommunalen Wohnbaues der Zwischenkriegszeit anschloss, wenn er auch gewisse Elemente der Monumentalarchitektur der NS-Zeit beibehielt.

Trotz gewisser Kontinuitäten erreichten die in den 1950er-Jahren errichteten Wohnhäuser weder den gestalterischen noch funktionellen Standard der Zwischenkriegszeit. In der Regel wurden hohe Mietblöcke mit glatten Fassaden gebaut. Weil man auf jegliche künstlerische Gestaltung der Wohnhäuser und ihrer Fassaden verzichtete, wurde die Bauweise ironisch als »Emmentalerarchitektur« bezeichnet *(Abb.*



Abb. 127: Die erste große Wohnhausanlage, die nach dem Krieg errichtet wurde (Per-Albin-Hansson-Siedlung-West).



Abb. 128: »Emmentaler-Architektur« – Gemeindebauten der 1950er-Jahre.

128). Die Idee des Superblocks der 1920er-Jahre, der sich in monumentaler, abwechslungsreicher Randverbauung um ein begrüntes Zentrum schloss, wurde aufgegeben. Der neue Typus des Gemeindebaus wurde von der Grünanlage geprägt, aus der in Zeilen oder isoliert in aufgelockerter Bebauung verschieden hohe Wohnblöcke wuchsen. Soziale Einrichtungen und Geschäfte befanden sich in den Grünanlagen. Die Hofverbauung der 1920er-Jahre bot vielfältige gemeinschaftliche Einrichtungen an, der Gemeindehof war gleichsam eine Welt für sich, in der die Mieter einander kannten und miteinander kommunizierten. Die offene Bauweise mit Wohnblöcken auf der grünen Wiese schränkte hingegen die Kommunikationsmöglichkeiten stark ein; ein Zusammengehörigkeitsgefühl konnte so selten entstehen.

Vor dem Wohnungsamt in der Bartensteingasse bildeten sich in den ersten Nachkriegsjahren oft Menschenschlangen. Im Sommer 1945 wurden täglich rund 3.000 Ansuchen um eine Wohnung gestellt. Ende 1947 waren 31.000 Familien, Ende 1948 fast 41.000 Bürger gemeldet, die eine Wohnung suchten. Wohnungen wurden nach einem Punktesystem vergeben, das nicht immer ganz gerecht erschien: Kranke, Kriegsversehrte und KZ-Häftlinge wurden bevorzugt, NS-Parteigenossen mussten länger warten. Auch jüngere Menschen waren oft gezwungen, nach ihrer Verheiratung noch getrennt bei ihren Eltern, Verwandten oder in Untermiete zu wohnen. Dazu kam, dass noch 1951 die »Bassena-Wohnungen« aus der Gründerzeit 77 % der Wohnstätten ausmachten. Dabei handelte es sich üblicherweise um Zimmer-Küche-Wohnungen, wobei die Küche nur vom Gang aus belichtet und belüftet wurde und jeweils für mehrere Wohnungen am Gang eine Wasserentnahmestelle (die »Bassena«) und eine gemeinsame Toilette zur Verfügung standen. Fast 20 % der bewohnten Wohnungen mussten als gesundheitsgefährdend gelten (im Jahr 1950 rund 117.000 von insgesamt 667.000). In einem Bericht der UNO aus dem Jahr 1949 wurde konstatiert, dass 17 % aller Häuser in Wien entweder sanitären Maßstäben nicht entsprachen, überbelegt oder baulich unsicher waren.

Unter diesen Voraussetzungen musste schnell und billig gebaut werden, wobei Qualitätsabstriche bei der Wohnungsgröße und der Ausstattung unvermeidlich schienen. 1949 konnten 1.000 Gemeindewohnungen vergeben werden, 1950 4.000, 1951 5.000. Damit fehlten aber immer noch rund 60.000 Wohnungen. Auf die Wohnungsnot reagierte die Gemeinde mit einem »Sozialen Schnellbauprogramm« mit den so genannten »Duplex-Wohnungen«. Diese einfach ausgestatteten Kleinwohnungen mit WC, aber ohne Badezimmer wurden so angelegt, dass in späterer Zeit je zwei von ihnen zu einer Normalwohnung zusammengelegt werden konnten. Die dann unnötige zweite Küche konnte in ein Badezimmer, das zweite WC in einen Abstellraum umgewandelt werden. Ab Mitte/Ende der 1950er-Jahre erfolgte die Zusammenlegung der Duplex-Wohnungen. Als Beispiel für die Bemühungen des Schnellbauprogrammes kann die zwischen 1951 und 1957 erbaute Wohnhausanlage Am Schöpfwerk in Meidling angeführt werden.

Die Überwindung der Engpässe in der Bauwirtschaft erlaubte eine gesteigerte Bautätigkeit in den 1950er-Jahren. Durchschnittlich wurden 5.000 Wohnungen pro Jahr

errichtet, sodass um 1958 die ärgste Wohnungsnot in quantitativer Hinsicht beseitigt war. Im Oktober 1958 konnte die 50.000. Gemeindewohnung übergeben werden. Die stärksten Wohnungszuwächse von 1945 bis 1960 verzeichneten die Bezirke Favoriten, Floridsdorf, Meidling und Döbling. Zwischen 1951 und 1961 stieg der Wohnungsbestand in Wien von 614.078 auf 675.774 Wohnungen.

Auch in qualitativer Hinsicht war es im Bereich des kommunalen Wohnbaues zu Verbesserungen gekommen: Zwischen 1951 und 1961 stieg die durchschnittliche Nutzfläche der Gemeindewohnungen von 46,1 auf 52,8 Quadratmeter. 1951 waren nur 14 % der Wiener Gemeindewohnungen mit Bad, Wasserentnahme und WC ausgestattet. Diese Zahl sollte in den Folgejahren stark zunehmen, da die Gemeinde 1950 beschloss, dass nun grundsätzlich alle Wohnungen mit WC und Badezimmer auszustatten seien. Wurde vorerst der Raum nur mit den nötigen Anschlüssen zur Verfügung gestellt, wurden ab 1958 Badezimmer mit Einbauwannen eingerichtet. Die Küchen der Gemeindewohnungen erhielten einen Gasherd, eine Doppelabwasch und einen Gasdurchlauferhitzer; in den Wohnräumen wurden Hartholzfußböden, im Vorraum Linoleum verlegt. Jede Wohnung hatte auch einen Abstellraum. Häuser mit vier Stockwerken wurden mit Aufzügen versehen. 1957 wurde das Hochhaus am Matzleinsdorfer Platz fertig gestellt, das erste Gemeindehochhaus Wiens. Als erste städtische Wohnhausanlage war sie mit Zentralheizung und Müllwurfanlage versehen. 1958 folgten ihr die drei Punkt(hoch)häuser an der Schüttaustraße in Donaustadt. 1964 wurde Wiens erste Fernwärmeanlage für die Wohnhausanlage Eisenstadtplatz in Favoriten gebaut.

Verschiedene Formen der Wohnbauförderung ermöglichten den Wiederaufbau der zerstörten Stadt. Aus den Mitteln des durch ein Bundesgesetz aus dem Jahr 1948 geschaffenen »Wohnhauswiederaufbau-Fonds« wurden bis Ende 1963 in Wien 63.300 Wohnungen neu erbaut und 59.000 in ihrem Bestand gesichert. Viele einstöckige Häuser wurden durch fünf- bis sechsgeschossige Bauten ersetzt; an die Stelle unzähliger Bassena-Wohnungen traten durch den Wiederaufbau mehrräumige Wohnungen mit Badezimmer. Durch den bereits 1921 geschaffenen »Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds« wurde zwischen 1945 und 1963 die Errichtung von 24.600 Wohnungen in Wien gefördert. Das im Jahr 1954 beschlossene Wohnbauförderungsgesetz versetzte die Stadt Wien in die Lage, den Bau vieler Wohnungen finanziell zu unterstützen und auch selbst Wohnungen mit größerer Fläche und besserer Ausstattung zu errichten. Darüber hinaus traf die Gemeinde Vorsorge, um den Bau von Genossenschaftswohnungen und Eigentumswohnungen finanziell zu fördern. 1968 wurden die Wohnbauförderung durch ein neues Wohnbauförderungsgesetz vereinheitlicht und der Wiener Wohnbaufonds eingerichtet. Neben diesen staatlichen und staatlich-kommunalen Finanzierungsformen bestand bis in die frühen 1970er-Jahre die Tradition der rein kommunalen Wohnbautätigkeit der Gemeinde aus Steuergeldern. Ab 1973 wurden nur noch Gemeindewohnungen gebaut, für die Mittel aus der Bundeswohnbauförderung in Anspruch genommen werden konnten.

Das im November 1952 vom Gemeinderat beschlossene *Acht-Punkte-Programm des sozialen Städtebaues* sollte die Basis für die künftigen städtebaulichen Maßnahmen und planerischen Konzeptionen der nächsten Jahre werden. Es ging nun nicht mehr allein um die Errichtung von besseren Wohnungen, sondern alle baulichen Maßnahmen, wie für Kindergärten, Schulen, Bäder, Mutterberatungsstellen, Erholungsplätze und darüber hinaus auch Verkehrsbauten, sollten einem zielbewussten Gesamtplan, dem »sozialen Bauen«, unterworfen werden. Man strebte dabei eine vernünftige »Entmischung« von Wohn- und Produktionsstätten an.

Das im Jahre 1961 vom Gemeinderat beschlossene *Städtebauliche Grundkonzept von Wien* basierte auf den Überlegungen des damaligen Leiters der Wiener Stadtplanung, Roland Rainer. Zielsetzung war die Auflockerung des zu dicht verbauten Stadtgebiets bzw. die Verdichtung der zu locker verbauten Stadtregionen, wobei es zu einer konsequenten Trennung zwischen Fußgeher- und Autoverkehr, zwischen Arbeiten, Wohnen, Einkaufen und Freizeit kommen sollte.

Hohe Bodenpreise im Stadtgebiet und das Vorhandensein von freien Flächen im Süden und Osten der Stadt, die durch Ankäufe der Gemeinde vergrößert wurden, lenkten die Bautätigkeit auf die Entwicklungsgebiete am Stadtrand. Stadterweiterung durch planmäßige Schaffung neuer Wohnviertel wurde zum Credo der Stadtplaner in den 1960er-Jahren. Rainers Vorstellungen wurden in der zwischen 1958 und 1964 erbauten Wohnhausanlage Eisenstadtplatz in Favoriten und der zwischen 1959 und 1963 errichteten Wohnhausanlage Vorgartenstraße in der Leopoldstadt verwirklicht.

Bestimmend für die 1960er-Jahre wurde der industrielle Montagebau von vorgefertigten Teilen, wofür 1961/62 die »Montagebau Wien« in Kagran gegründet wurde. Damit versprach man sich eine Beschleunigung des Bauens und erhoffte eine Senkung der Baukosten. (Fertigteilbauten schossen aus dem Boden; bis 1984 wurden mehr als 20.000 Wohnungen in Montagebauweise errichtet.) Tatsächlich konnte in den 1960er-Jahren ein Nettozuwachs von 105.000 Wohnungen erreicht werden, wobei rund 4.500 Wohnungen pro Jahr von der Gemeinde errichtet wurden. Zwischen 1961 und 1971 stieg der Wohnungsbestand in Wien von 675.774 auf 781.518 Wohnungen; die Hälfte des Zuwachses entfiel allein auf die Stadterweiterungsgebiete Favoriten, Liesing, Floridsdorf und Donaustadt.

Die aufgelockerte Bauweise mit ihren verschieden hohen, auf der grünen Wiese stehenden Wohnblöcken erlebte in der Ära des Fertigteilbaues der 1960er-Jahre einen Höhenflug. Nach dieser Bauweise wurden in der Donaustadt 5.000 Wohnungen in der Erzherzog-Karl-Straße/Rugierstraße, über 1.500 Wohnungen in der Langobardenstraße/Hartlebengasse sowie rund 1.200 Wohnungen in der Rußbergstraße/Roda-Roda-Gasse gebaut. In Floridsdorf wurden 560 Wohnungen im Bereich Berlagasse/Mühlweg und über 800 Wohnungen in der Edergasse/Justgasse errichtet. In Liesing wurden rund 1.200 Wohnungen in der Altmannsdorfer Straße/Anton-Baumgartner-



Abb. 129: Stadterweiterung – Wohnbau der 1960er-/1970er-Jahre (Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost).

Straße, rund 500 Wohnungen in der Taglieberstraße sowie rund 500 Wohnungen in der Breitenfurter Straße/Gerbergasse gebaut.

Wirkliche Großprojekte der Stadterweiterung stellten die Großfeldsiedlung in Floridsdorf und die Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost in Favoriten dar, die Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er-Jahre gebaut wurden. Mit rund 6.500 Wohnungen ist die Großfeldsiedlung die größte Wohnhausanlage der Stadt Wien. Die Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost erstreckt sich weitläufig zwischen der Favoritenstraße und Laaer-Berg-Straße bis zum Gelände der WIG und des Kurparks Oberlaa *(Abb. 129)*.

Wenngleich die Trabantenstädte der 1960er-Jahre funktional dem Konzept der Trennung der Bereiche Wohnen, Arbeiten, Bildung und Erholung entsprachen,

erzeugte diese Form der Stadtplanung logischerweise ein gesteigertes Verkehrsaufkommen, da nun jedermann größere Wegstrecken zwischen seiner Wohnstätte, seinem Arbeitsplatz, den neuen großflächigen Einkaufszentren und verschiedenen Orten der Freizeitgestaltung zurückzulegen hatte. Dagegen regte sich bereits Mitte der 1960er-Jahre Kritik am Konzept der Stadterweiterung. Gerade die Großfeldsiedlung wurde zum negativen Paradebeispiel erhoben. Doch weder die Architektur – da die Großfeldsiedlung ein abwechslungsreiches Bild von verschiedenen Haustypen und Bauhöhen lieferte – noch die Bauweise im Montageverfahren oder die Wohnungen an sich waren der Stein des Anstoßes, vielmehr stand der Mangel an infrastrukturellen Einrichtungen im Zentrum der Kritik. Die Bewohner konnten hierher vornehmlich zum Schlafen kommen, sonst wurden ihnen kaum Möglichkeiten geboten. Es mangelte an Arbeitsplätzen vor Ort, an ausreichenden Kindergarten- und Schulplätzen, an Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Jung und Alt. Verschiedene negative soziale Erscheinungen wie Vandalismus, Alkoholismus oder Kriminalität waren die Folge. Erst 1984 wurden mit dem Bau des Hallen- und Sommerbades und 1990 mit der Eröffnung des Einkaufszentrums Ansätze eines urbanen Zentrums geschaffen.

Die Gemeinde versuchte, aus diesen Fehlern zu lernen. Mit der Gesamtbauleistung von über 250.000 Wohnungen in der Zeit von 1945 bis 1970 war der quantitative Wohnungsmangel überwunden worden. In den 1970er-Jahren reduzierte sich die durchschnittliche kommunale Wohnbauleistung auf 3.000 Wohnungen pro Jahr, wurden doch große Mittel in den Ausbau der Verkehrs-, Energie- und Gesundheitsinfrastruktur investiert. Der Wohnungsbestand wies dementsprechend zwischen 1971 und 1981 nur mehr eine Steigerung von 781.518 auf 821.175 Wohnungen auf. Nunmehr ging es um die Verbesserung der Qualität der Wohnhäuser. Dazu kam eine Änderung der Planungskonzeptionen ab Anfang der 1970er-Jahre: An die Stelle der großräumigen Trennung städtischer Funktionen sollte die Funktionsmischung treten. So legte man in den 1970er-Jahren größeren Wert auf die Gestaltung der Wohnhäuser, die Ausstattung der Wohneinheiten (die durchschnittliche Nutzfläche stieg von 56,3 auf 64 Quadratmeter), die Versorgung mit ansprechenden Grünflächen, den Schutz der Anlagen vor Umweltbelastungen, vornehmlich vor der Verkehrsbelästigung, bzw. die Bereitstellung von Nahversorgung und infrastrukturellen Einrichtungen. Beispielhaft dafür stehen der Wohnpark Alt-Erlaa (Wien 23) und die Großwohnanlagen Am Schöpfwerk (Wien 12) und Wiener Flur (Wien 23), die an der Entwicklungsachse Meidling–Siebenhirten gelegen sind. In Floridsdorf sei in diesem Zusammenhang auf die Marco-Polo-Siedlung hingewiesen. Der Wohnpark Alt-Erlaa, der durch seine terrassenartige bis zu 26-geschossige Bauweise weithin sichtbar ist, vereint viele Freizeit-, Gemeinschafts- und Bildungseinrichtungen im Wohnbereich. Die Wohnhausanlage Am Schöpfwerk besticht durch abwechslungsreiche Bebauungsformen und kleinere Hofbereiche. Die Anlage Wiener Flur verbindet die Hof-Tradition mit modernen Gesichtspunkten und Bautechniken. Der Wohnpark ist gleichzeitig Erholungs- und

Freizeitraum. Mitte der 1980er-Jahre wurde diese Form des Bauens als »Vollwertiges Wohnen« bezeichnet.

Stadterneuerung

Um 1970 wurde den Verantwortlichen klar, dass es in Wien kein quantitatives Wohnungsproblem, wohl aber ein qualitatives gab. 422.000 Wohnungen oder 54 % der rund 782.000 im Jahr 1971 gezählten Wohnungen stammten noch immer aus der Zeit vor 1919. Mehr als ein Drittel aller Wiener Wohnungen hatte kein eigenes WC, beinahe zwei Drittel aller Wohnungen keine Bade- oder Duschvorrichtung. Fragen wie Überalterung, inakzeptable sanitäre Verhältnisse und unzureichende Wohnungsgrößen (Dominanz von kleinen im Gegensatz zu mittleren oder größeren Wohnungen) sowie architektonische Qualität und städtebauliches Gefüge der Wohnbauten flossen in die 1972 formulierten »Leitlinien für die Stadtentwicklung« ein und gipfelten 1976 in den Bemühungen um einen Stadtentwicklungsplan für Wien. »Stadterneuerung statt Stadterweiterung« wurde zur neuen Parole. Erstmals war die Sanierung des geschlossenen Stadtkerns ebenso wie funktionslos gewordener alter Ortskerne des offenen Stadtrandes Fixpunkt der Planungen der Gemeinde geworden.

Schon 1949 war die Gemeinde darangegangen, die verfallenen Baracken auf der Hasenleiten in Simmering und in Baumgarten im 14. Bezirk abzubrechen und durch Gemeindebauten zu ersetzen. Die schlechtesten Wohnverhältnisse befanden sich aber in noch viel älteren Vierteln, wie in Erdberg im 3., in Lichtental im 9., in Alt-Ottakring im 16. oder im Magdalenen-Viertel im 6. Bezirk. Die Gemeinde nahm eine umfassende Flächensanierung dieser Gebiete ab Ende der 1950er-Jahre vor. So erreichte sie weiträumigere, klare Strukturen mit umfangreichen Frei- und Grünflächen. Bedeuteten diese Flächensanierungen im Wesentlichen Abriss und Neubau, war man bereits in den 1960er-Jahren dazu übergegangen, alte erhaltenswerte Bausubstanz unter Wahrung des Äußeren zum modernen Wohn- und Arbeitsbereich zu machen. Das »Blutgassen-Viertel« in der Inneren Stadt wurde zum ersten Revitalisierungsprojekt in der Stadt.

Die rechtliche Grundlage für diese »Sanfte Stadterneuerung« lieferte der Gemeinderat mit dem Altstadt-Sanierungsgesetz vom Jänner 1972 und der Altstadterhaltungsnovelle der Bauordnung vom Juli 1972, welche Schutzzonen, also Gebiete, die wegen ihrer Bedeutung für das Stadtbild als Ganzes erhalten werden müssen, festlegte. 1974 folgte das Stadterneuerungsgesetz des Nationalrates. Die ganze Innere Stadt wurde zur Schutzzone erklärt. Am Ende des Jahrhunderts gab es mehr als hundert Schutzzonen, von altehrwürdigen Bauten des Stadtkerns über alte Ortskerne am Stadtrand bis zu den repräsentativen Gemeindebauten der Ersten Republik.

Die erste große Assanierungsmaßnahme betraf den Spittelberg in Neubau. Dieses heruntergekommene Gebiet wurde bis 1976 völlig erneuert, wobei der Charakter

eines Wohnviertels des 18. Jahrhunderts weitgehend erhalten werden konnte *(Abb. 130)*. Als weiteres geglücktes Beispiel einer weiträumigen Assanierung kann das Viertel rund um die Ottakringer Brauerei (Wien 16) angeführt werden.

Für die Stadterneuerung im umfassenden Sinn – die auf eine Verbesserung der ganzen Wohnumwelt durch denkmalschützerische Maßnahmen, Errichtung neuer Kultur-, Sozial- und Freizeiteinrichtungen sowie Verbesserung des öffentlichen Verkehrs abzielte – legte die Stadtverwaltung »Stadterneuerungsgebiete« fest, in denen in enger Zusammenarbeit von Gebietsbetreuungen mit den Bewohnern für das ganze betreffende Gebiet die Erneuerung geplant und durchgeführt wird. Ab den späten 1980er-Jahren ging man daran, einige bedeutende Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit wie den Rabenhof (Wien 3), den Karl-Marx-Hof (Wien 19) oder den George-Washington-Hof (Wien 10) einer Generalsanierung zu unterziehen.

Die Stadterneuerung war aber nicht nur auf den Ensembleschutz größerer Viertel gerichtet, sondern sollte auch wirksame Revitalisierungsmaßnahmen für einzelne Wohnhäuser anbieten. Mittels legislativer Rahmenbedingungen des Nationalrates wie des Wiener Landtages wurden öffentliche Gelder vom Wohnbau zur Wohnungsverbesserung umgeschichtet. Bauliche Maßnahmen der Wohnungsverbesserung beinhalteten die Renovierung der Fassade (mit integrierter Wärmedämmung), den nachträglichen Einbau von Aufzügen, die Erneuerung des Daches, die Entkernung von Baublöcken, die Begrünung und gemeinschaftliche Nutzung von Innenhöfen, die Zusammenlegung von Kleinwohnungen oder die Verbesserung der Wohnungsausstattung (die Erneuerung der Installationen bzw. den Einbau von Wasserleitungen, WC, Bädern oder Duschecken, Zentralheizungen und neuen Fenstern). Für solche Renovierungen wurden seit 1968 Wohnungsverbesserungskredite gewährt. Zwischen 1968 und 1983 wurden mehr als 150.000 Wiener Wohnungen mittels solcher Kredite verbessert. Bis zu 16.000 Wohnungen konnten jährlich saniert werden. Gleichzeitig sank im Stadtbudget der Anteil der Wohnbaumittel; die Wohnbauleistung der Gemeinde pendelte sich in den letzten zwei Jahrzehnten auf unter 2.000 Wohnungen pro Jahr ein.

Mit dem »Stadtentwicklungsplan 1984« (STEP 84) legte die Stadtverwaltung erstmals seit den frühen 1960er-Jahren wieder ein räumliches Leitbild für die Stadtentwicklung vor. Dieser STEP redefinierte die »Stadterweiterung« und stellte ihr als gleichberechtigtes Leitbild die »Stadterneuerung« gegenüber.

Im Rahmen der aktuellen Stadterneuerungsprojekte kommt dem 1984 gegründeten Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) eine Schlüsselfunktion zu. Zu seinen Aufgaben gehören die Vorbereitung und Durchführung verschiedener Maßnahmen, im Besonderen die Beratung, Koordination und Kontrolle der geförderten Wohnhaussanierung. Von 1985 bis 1997 konnten vom WBSF Förderungszusicherungen für die Sanierung von knapp 133.000 Wohnungen gegeben werden.

Stadterneuerung und Wohnungsverbesserung brachten eine entscheidende Verbesserung der Wohnqualität: Der Anteil der bestausgestatteten Wohnungen (mit Bad und Zentralheizung) stieg von etwa 10 % um 1950 auf etwa 40 % Ende der 1970er-



Abb. 130: Stadterneuerung – Revitalisierung des Spittelbergs.

Jahre und auf rund 75 % am Ende des 20. Jahrhunderts. Gleichzeitig sank der Anteil der schlechtestausgestatteten Wohnungen (ohne Wasser und WC in der Wohnung) von zwei Dritteln um 1950 auf ein Drittel am Ende der 1970er-Jahre und letztlich unter 10 % zu Ende der 1990er-Jahre.

Wohnbau der 1980er- und 1990er-Jahre

Der Stadtentwicklungsplan 1984 (STEP 84) berücksichtigte die Erkenntnis, dass sowohl Stadterneuerung als auch Stadterweiterung notwendig seien; die Stadter-

neuerung zur Verbesserung der vorhandenen Strukturen, die Stadterweiterung auch deswegen, weil die Stadterneuerung durch Zusammenlegung von Kleinwohnungen, Schaffung neuer Freiräume, Hofentkernung usw. zusätzlichen Wohnbedarf schaffe. Die notwendige Stadterweiterung sollte in Form von bandartigen Siedlungsachsen an leistungsfähigen Verkehrsadern erfolgen. Den Siedlungsachsen wären Betriebsflächen zuzuordnen; zwischen den Siedlungsachsen sollten starke Grünkeile liegen, die bis ins Stadtzentrum reichen sollten. Stadterweiterung war aber nur mehr unter möglichst kleinräumlicher Integration aller städtischen Funktionen und Nutzungen vorgesehen. Das Credo der Entmischung der städtischen Funktionen war angesichts der negativen Auswirkungen, wie dem Verlust der urbanen Atmosphäre und den zunehmenden Verkehrsproblemen, aufgegeben worden.

Auch im Rahmen der Stadterweiterung erfüllt der WBSF eine wichtige Aufgabe. Er sorgt dafür, dass die verschiedenen Bauträger nicht als Konkurrenten beim Erwerb von Grundstücken auftreten und damit die Preise in die Höhe treiben, indem er Grundstücke in großem Umfang erwirbt, baureif macht und günstig an die Bauträger weitergibt. In den Jahren 1986 bis 1997 wurden vom WBSF an die Bauträger Grundflächen im Wert von rund 6,49 Milliarden Schilling für etwa 37.700 Wohnungen bereitgestellt. Jeder Bauträger, der auf einem Grundstück des WBSF ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Wohnhaus errichten will, muss sein Projekt einer Jury vorlegen, die es auf Wirtschaftlichkeit, architektonische und ökologische Qualität und Mieterfreundlichkeit der Verträge prüft. Dadurch wurde eine Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen Bauträgern geschaffen, die die Baukosten um bis zu 15 % senken und die ökologischen Standards heben half.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich eine Arbeitsteilung zwischen kommunalem und gemeinnützigem Wohnbau entwickelt, der durch die verschiedenen Formen der Wohnbaufinanzierung bzw. -förderung begünstigt worden war. Zwischen 1956 und 1965 betrug der Anteil der von gemeinnützigen Bauträgern errichteten Wohnungen an der Gesamtzahl der Wohnungsneubauten etwa ein Viertel. Die Gemeinde blieb bis Mitte der 1970er-Jahre der größte Bauherr. Danach überstiegen die Bauleistungen der Wohnbaugenossenschaften, gemeinnützigen Baugesellschaften und Vereine zur Errichtung von Eigentumswohnungen jene der Gemeinde. Gleichzeitig war der kommunale Wohnbau ab Ende der 1960er-Jahre in einem fortschreitenden Maße von marktwirtschaftlichen Überlegungen gekennzeichnet. Die Gemeinde rückte vom Prinzip des verlorenen Bauaufwandes ab und setzte ab Anfang der 1970er-Jahre im sozialen Wohnbau Eigenmittel voraus. Damit näherten sich die Kalkulationsgrundlagen für den kommunalen Wohnbau jenen des gemeinnützigen Wohnbaues an, wenngleich die Belastung von Mietern kommunaler Wohnungen geringer als jene im gemeinnützigen Wohnbau ist.

Die Architektur des Wohnbaues der 1980er- und 1990er-Jahre ist in Bezug auf ihre Formen durch eine große Variationsbreite gekennzeichnet. Neue Gemeindebauten werden erst nach städtebaulichen Wettbewerben errichtet. Mehrere Architekten sind

in Planung und Ausführung einbezogen, die Wohnhäuser erhalten dadurch individuelle Gestaltungsmerkmale. Vielfach werden die traditionellen Muster von Gasse, Hof und Platz herangezogen und in gestalterischer Vielfalt zu einer neuen städtebaulichen Einheit verschmolzen.

Während man im STEP 84 noch von einer stagnierenden Bevölkerungszahl in Wien ausging, musste seine aktualisierte Fassung STEP 94 der geänderten Einwohnerentwicklung Rechnung tragen. Seit den späten 1980er-Jahren wuchs Wien wieder. Die Abwanderung aus Wien ging zurück, die Zuwanderung stieg, die Mortalität sank infolge der steigenden Lebenserwartung. Zudem kam, dass immer mehr Wohnfläche pro Einwohner und kleinere Haushaltsgrößen festzustellen waren. Die Zahl der Haushalte stieg noch stärker als jene der Einwohner. Daneben erforderten die modernen Produktionsabläufe der Betriebe größere Flächen. Das Wachstum des tertiären Sektors brachte überdies die Umwandlung vieler Wohnungen in Büros, Kanzleien, etc. mit sich. In den späten 1980er-Jahren wurde es immer schwieriger, Wohnungen zu bekommen. Durch die Lockerung des Mieterschutzes stiegen die Mietzinse, dazu kamen noch andere (zumeist illegale) Forderungen an die Mieter. In weiterer Folge stiegen die Grundstückspreise: Die Spekulation mit Häusern, Wohnungen und Grundstücken blühte. Die für 1995 geplante (aber durch eine Volksabstimmung im Jahr 1991 verhinderte) Weltausstellung in Wien heizte die Spekulation noch zusätzlich an.

Der Neubau von Wohnungen war unter diesen veränderten Bedingungen unbedingt erforderlich. Während der Wohnungsbestand zwischen 1981 und 1991 von 821.175 auf 853.091, also lediglich um rund 32.000 Wohnungen, zunahm, stieg die Zahl der jährlich fertig gestellten Wohnungen von rund 3.900 (1990) auf rund 6.350 (1991, 1992), dann 6.700 (1993), 7.250 (1994), rund 9.000 (1995), schließlich auf fast 12.000 im Jahre 1996 – um sich danach bei rund 10.000 Neubauwohnungen pro Jahr zu stabilisieren. Der Schwerpunkt der Neubauten lag bei geförderten Genossenschafts- und Eigentumswohnungen; daneben wurden auch mehr frei finanzierte Wohnungen gebaut. Die Zahl der Gemeindebauten ist relativ klein geworden: Von 11.921 im Jahre 1996 fertig gestellten Wohnungen wurden nur mehr 1.487 von der Gemeinde, hingegen 5.701 von gemeinnützigen Bauvereinigungen, 3.668 von anderen juristischen Personen und 1.065 von Privaten gebaut.

Die Entwicklungsplanung nach STEP 84 bzw. 94 sieht vor, dass sich die Stadt entlang der Siedlungsachsen ausdehnen soll, wobei aber auch zur Verfügung stehende Bauflächen im städtischen Bereich zu nutzen sind.

Stadterweiterungsprojekte der 1980er- und 1990er-Jahre konzentrieren sich im Süden (11., 10. und 23. Bezirk) auf die Bebauung der Draschegründe, das Neubaugebiet Wienerberg, die Siedlungsgebiete Grenzackerstraße und Othellogasse/Traviatagasse, das Stadtentwicklungsgebiet Rothneusiedl, die Thermensiedlung Oberlaa sowie die Projekte In der Wiesen, Leberberg und Lindenbaumgasse.

Im Nordosten (Wien 21 und 22) entstehen im Bereich Brünner Straße rund 3.800

Wohnungen einschließlich der nötigen Infrastruktur. Das Stadterweiterungsgebiet Kagran/Donaufeld hat eine Fülle von Neubauprojekten aufzuweisen, darunter die »Erzherzog-Karl-Stadt« zwischen Erzherzog-Karl-Straße und Langobardenstraße mit etwa 2.000 Wohnungen.

Projekte des innerstädtischen Bereiches (Wien 2 und 3) sind die Wohnhausanlagen Nordbahnhof, Handelskai-Engerthstraße sowie die Bebauung der ehemaligen Rennwegkaserne.

Für innerstädtische Wohnungsprojekte ist auch der Gesichtspunkt der Nutzung von ehemaligen Industriestandorten maßgebend. Geplant wurde dabei von Neubauten auf früheren Fabriksarealen (wie den Hofbauergründen in der Brigittenau) bis zur Neunutzung unter Wahrung der spezifischen Struktur des Industriedenkmales. Beispiel dafür sind die Gasometer in Simmering, die in ein Wohn-, Geschäfts- und Freizeitviertel umgewandelt wurden. Überdies beherbergt der Gasometer D seit 2001 den Neubau des Wiener Stadt- und Landesarchivs und ist damit zur Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsstätte aufgestiegen.

Besondere Bedeutung als städtischer Entwicklungsraum kommt dem Bereich der UNO-City (Wien 22) zu. 1975 erfolgte ein Regierungsbeschluss, in Wien ein UNO-Gebäude zu errichten, der Wien nach New York und Genf zur dritten UNO-Stadt machte. Die Eröffnung der UNO-City (des Vienna International Centre) fand 1979 statt. Sie wurde durch das 1987 fertig gestellte internationale Konferenzzentrum (Austria Center Vienna) ergänzt. Mit dem Bau der Donauinsel erhielt der Bereich zusätzlich eine wichtige Erholungs- und Freizeitfunktion. Im Zuge der für 1995 geplant gewesenen Weltausstellung Wien/Budapest und unter dem Eindruck des Falles des Eisernen Vorhangs 1989/90 kamen Großstadt-Vorstellungen auf, die eine »zweite« Stadt an der Donau, eine »Donau-City«, propagierten. Die Weltausstellung wurde durch eine Volksabstimmung verhindert, das Projekt der »Donau-City« aber verwirklicht. Durch die Überplattung eines Teiles der Donauuferautobahn (Hubertusdamm-Schnellstraße) sowie die Beseitigung der Mülldeponie vor der UNO-City entstand Raum für groß dimensionierte neue Vorhaben. Von der Reichsbrücke/Wagramer Straße nach Südosten erstreckt sich bis zum schon bestehenden Lärmschutztunnel ein Areal, auf dem der Wohnpark Neue Donau errichtet wird. Vor der UNO-City und nordöstlich zwischen Wagramer und Kratochwjlestraße entsteht der neue Stadtteil »Donau-City«. Die ersten echten Hochhäuser Wiens, der Ares Tower, der Andromeda Tower, der Mischek Wohnturm, das Hochhaus Neue Donau, die drei je 60 Meter hohen Wohntürme an der Wagramer Straße und der schräg gegenüber liegende Millennium Tower am Handelskai, schufen eine neue Skyline, die nicht ganz unumstritten ist *(Abb. 131)*. Wiens verantwortliche Politiker und die Wiener Bevölkerung waren Hochhausprojekten gegenüber seit jeher eher skeptisch eingestellt.

Die Bauten der letzten Jahre zeigen den Weg auf, den der kommunale Wohnbau im 21. Jahrhundert nehmen wird und nehmen muss: Schon lange geht es nicht mehr allein um die mengenmäßige Deckung des Wohnbedarfes. Die Leitbilder Stadter-





Abb. 131: Zwei Beispiele der neuen Skyline der 1990er-Jahre: Andromeda Tower (links) und Mischek Wohnturm (rechts) in der »Donau-City«.

weiterung und Stadterneuerung werden im Sinne des Ziels einer menschengerechten Stadtentwicklung mit viel Flexibilität einzusetzen sein. Es gilt, vielfältigen Wünschen wie dem alten- und behindertengerechten Wohnen, den Themen Energie und Umweltschutz sowie den gestiegenen Ansprüchen der Wienerinnen und Wiener gerecht zu werden, die vermehrt bei der Erstellung der Grundrisse und Ausgestaltung ihrer zukünftigen Wohnungen einbezogen werden wollen.[1]

Parteien, Politiker und Kommunalpolitik

Die Grosse Koalition

Wien ist nach der österreichischen Bundesverfassung ein Bundesland und gleichzeitig eine Gemeinde. Aus Art. 112 B-VG ist abzuleiten, dass Wien in erster Linie Gemeinde ist. Die Wiener Stadtverfassung (WStV) besteht demnach aus zwei Teilen, dem Abschnitt »Wien als Gemeinde und als Stadt mit eigenem Statut« und dem Abschnitt »Wien als Land«. Als Gemeinde unterliegt Wien dem Art. 117 (5) B-VG, der besagt, dass die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Gemeindevorstand (Stadtsenat) haben. Als Land hat Wien dieselben politischen Organe wie die Gemeinde (WStV § 114): Der Gemeinderat ist auch Landtag, der Bürgermeister auch Landeshauptmann, der Stadt-

senat auch Landesregierung und die beiden Vizebürgermeister sind auch Landeshauptmannstellvertreter. Das Bundesland Wien hat, wie alle anderen Bundesländer außer Vorarlberg, eine nach dem Proporzprinzip zusammengesetzte Regierung. Der Proporzcharakter der Wiener Regierung wird aber durch zwei rechtliche Bestimmungen maßgeblich eingeschränkt. Für Wien als Gemeinde führt § 36 der Wiener Stadtverfassung die Funktion des amtsführenden Stadtrates ein. Auf Vorschlag des Stadtsenates wird für jede Verwaltungsgruppe vom Gemeinderat ein solcher amtsführender Stadtrat gewählt; diesem obliegt dann die Leitung der entsprechenden Geschäftsgruppe des Magistrats. Während alle Parteien, die über die entsprechende Stärke verfügen, zwar im Stadtsenat vertreten sind, wird über ihre Beteiligung an der tatsächlichen Ausübung der Regierungsgeschäfte durch die Mehrheit in Stadtsenat und Gemeinderat entschieden. § 132 WStV räumt die Möglichkeit ein, dass der Stadtsenat (als Landesregierung) in seiner Geschäftsordnung bestimmen kann, »welche Geschäfte einzelnen seiner Mitglieder oder dem Magistrat als Amt der Landesregierung überlassen werden«. Von dieser Möglichkeit wird denn auch extensiv Gebrauch gemacht; das Kollegialorgan Landesregierung/Stadtsenat beschränkt sich im Wesentlichen auf die Wahrnehmung jener Aufgaben, die ihm bundesverfassungsrechtlich explizit übertragen werden.

Eine Mehrheitspartei kann de facto allein regieren. Den von der Opposition gestellten Stadträten werden keine Geschäftsbereiche übertragen, sie sind Stadträte ohne Portefeuille oder kontrollierende Stadträte. Sie können sich allein an den – vergleichsweise wenigen – Entscheidungen beteiligen, die dem Kollegialorgan der Exekutive vorbehalten werden, wo sie aber in einer Minderheitenposition sind. Der tatsächliche Entscheidungsprozess geht aber auch in diesen Fällen an den kontrollierenden Stadträten vorbei und vollzieht sich innerhalb der regierenden Partei. Die eigentliche Willensbildung im Rahmen der Mehrheitspartei erfolgt im informellen Bereich bzw. in der Sitzung des »Amtsrates«. Die Sitzung des Stadtsenates dient der Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit; der Opposition in der Stadtregierung eröffnet sich dabei die Gelegenheit, Informationen einzuholen.

Im Jahr 1945 wurde ein Übereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ geschlossen, worin die ÖVP Karl Renner als Bundespräsidenten akzeptierte, wenn sie als Gegenleistung an der Wiener Stadtregierung beteiligt werde. Diese Koalition zwischen SPÖ und ÖVP sollte bis 1973 halten. Beide Parteien stellten amtsführende Stadträte.

Fig. 6 und 7 geben die Zusammensetzung der Landesregierung/des Stadtsenates und die Verteilung der amtsführenden Stadträte von 1945 bis 1973 wieder:

Figur 6: Sitze in der Landesregierung

Landesregierung	SPÖ		ÖVP		KPÖ	
	(abs.)	(in %)	(abs.)	(in %)	(abs.)	(in %)
Juli 1945	7	50	3	21	4	29
Dez. 1945	9	60	5	33	1	7
1949	9	64	5	36	0	0
1954	10	67	5	33	0	0
1959	11	73	4	27	0	0
1964	10	67	5	33	0	0
1969	13	76	4	24	0	0
1973	11	75	3	25	0	0

Figur 7: Amtsführende Stadträte nach Parteien

Amtsführende Stadträte	SPÖ		ÖVP		KPÖ	
	(abs.)	(in %)	(abs.)	(in %)	(abs.)	(in %)
Juli 1945	5	50	2	20	3	30
Dez. 1945	7	58	4	33	1	8
1949	7	64	4	36	0	0
1954	8	67	4	33	0	0
1959	8	67	4	33	0	0
1964	8	67	4	33	0	0
1969	10	71	4	29	0	0
1973	8	100	3 kontrollierende Stadträte		0	0

Vergleicht man die Repräsentanz der Parteien in der Landesregierung mit ihrer Stärke im Landtag, erkennt man einen klaren Vorteil für die stärkere Partei SPÖ. Ähnliches lässt sich für die Umsetzung von Wählerstimmen in Mandate konstatieren. Die *Fig. 8* und *9* geben die Ergebnisse der Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen und die Mandatsverteilung im Wiener Landtag/Gemeinderat von 1945 bis 1973 wieder.

Figur 8: Wählerstimmen in Prozentzahlen

LTW/GRW in %	SPÖ	ÖVP	VdU (WdU) 1949–54, ab 1959 FPÖ	KPÖ	Sonstige
25. 11. 1945	57,5	34,5	0	8,0	0
9. 10. 1949	49,9	34,9	6,8	7,9	DU 0,3 Ergokraten (4. Partei) 0,2
17. 10. 1954	52,7	33,2	4,6	8,3	FSÖ 1,20 RSA 0,02
25. 10. 1959	54,4	32,4	8,0	5,2	0
29. 10. 1964	54,7	33,9	5,7	5,0	EFP 0,70
27. 4. 1969	56,9	27,8	7,2	2,9	DFP 5,20
21. 10. 1973	60,1	29,3	7,7	2,3	DFP 0,34 EFP 0,21

Figur 9: Mandatsverteilung

LTW/GRW in Mandaten	SPÖ	ÖVP	VdU (WdU) 1949–54, ab 1959 FPÖ	KPÖ	Sonstige
25. 11. 1945	58	36	0	6	0
9. 10. 1949	52	35	6	7	0
17. 10. 1954	59	35	0	6	0
25. 10. 1959	60	33	4	3	0
29. 10. 1964	60	35	3	2	0
27. 4. 1969	63	30	4	0	DFP 3
21. 10. 1973	66	31	3	0	0

Verwendete Abkürzungen: LTW/GRW = Landtags- und Gemeinderatswahlen; VdU (WdU) = Verband der Unabhängigen (Wahlpartei der Unabhängigen); FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs; DU = Demokratische Union; FSÖ = Freiheitliche Sammlung Österreichs (National-Freiheitliche Wahlgemeinschaft); RSA = Radikale Sozialistische Arbeiterbewegung Österreichs; EFP = Europäische Föderalistische Partei; DFP = Demokratische Fortschrittliche Partei

Dieser Vorteil der stärksten Partei wurde durch die Geschäftsverteilung innerhalb der Exekutive verstärkt, die den Repräsentanten der kleineren Partei ÖVP die weniger bedeutenden Ressorts zuwies.

Von Beginn der Koalition an hatte der kleinere Partner, die Wiener ÖVP, damit zu kämpfen, im Schatten einer in der Hauptstadt übermächtigen SPÖ zu stehen.

Zwar stellte sie bis 1969 den in Personalunion bekleideten Posten des Vizebürgermeisters und Landeshauptmannstellvertreters – nur in der Periode 1959–1964 musste sie wegen des Wahlergebnisses auf den Vizebürgermeister verzichten – und besetzte Ressorts, die sozialistische Vorherrschaft vermochte sie nicht zu brechen. Auch wenn die Stadtregierung proportional beschickt wurde, blieb Wien »rot«. Die SPÖ stellte die amtsführenden Stadträte für Finanzen, Kultur, Wohlfahrt, Bauen und Wohnen, mit denen sie die Schlüsselbereiche der Stadtverwaltung abdeckte. Die ÖVP führte die Ressorts Gesundheit, Märkte, Baubehörde und Städtische Unternehmungen. Zwar wurden unter ÖVP-Stadträten u. a. der Gesundheitspass eingeführt und auch viele Innovationen im infrastrukturellen Bereich eingeleitet, diese »schwarzen« Konturen in der Stadtpolitik wurden aber von der Öffentlichkeit nicht wirklich als solche wahrgenommen. Dies schlug sich in den Wahlergebnissen von 1954, 1959 und 1969 nieder: Während die SPÖ zulegte, verlor die ÖVP an Stimmen. Die Leistungen des Wiederaufbaues und des Aufschwunges von Wien zu einer mitteleuropäischen Metropole in den 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahren wurden in der Öffentlichkeit der für die Umsetzung der getroffenen Maßnahmen maßgeblichen Mehrheitspartei zugeschrieben und mit den Personen Theodor Körner und Franz Jonas verbunden.[1]

Wien unter den Bürgermeistern Körner, Jonas und Marek. Wiederaufbau und Wiederaufstieg

Theodor Körner (1873–1957), General a.D., seit 1924 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, von 1924 bis 1934 Mitglied des Bundesrates, von 1924 bis 1930 Mitglied der Zentralleitung des Republikanischen Schutzbundes, zog sich in den 1930er-Jahren aus dem politischen Geschehen zurück, widmete sich 1933 militärwissenschaftlichen Studien im Wiener Kriegsarchiv. Unmittelbar nach der Befreiung Wiens am 11. April 1945 wurde er auf Initiative der sich neu konstituierenden SPÖ zum Wiener Bürgermeister bestellt und am 17. April 1945 in dieser Funktion vom sowjetischen Stadtkommandanten bestätigt. Zunächst gab es Bedenken wegen des hohen Alters, seiner Offiziersvergangenheit und der mangelnden Erfahrung in der Kommunalpolitik. Doch war Körner bei allen sozialistischen Gruppierungen und auch außerhalb der Sozialistischen Partei hoch angesehen; ein väterlicher Typ, der Würde und Kraft ausstrahlte.

Rückblickend betrachtet, stellten sich viele Eigenschaften Körners angesichts der nahezu aussichtslos erscheinenden Aufgabe des Wiederaufbaues der zerstörten Stadt als vorteilhaft heraus. Als ehemaliger Offizier und durch seine während seiner Militärstudien erworbenen Russischkenntnisse sowie seine persönliche Autorität baute er gute Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht auf, mit der er oft erfolgreich zähe Verhandlungen führte: So erreichte er die Mitarbeit sowjetischer Pioniere beim Wiederaufbau der Brücken und bei der Beseitigung von Bombenruinen, die Bereit-

stellung von Lastkraftwagen für den Transport von Lebensmitteln, die Freigabe von Lebensmittellagern der deutschen Wehrmacht für die Versorgung Wiens sowie die Freigabe eines Teiles der von der Roten Armee beschlagnahmten Gebäude, Wohnungen und Spitäler. Körner bemühte sich intensiv um internationale Unterstützung der notleidenden Stadt. Sein Auftreten in Zürich im Jahr 1947 löste eine Welle der Hilfsbereitschaft aus. Seine in russischer Sprache gehaltene Rede in Moskau im selben Jahr trug entscheidend dazu bei, dass noch 1947 die Heimführung der Kriegsgefangenen begann. Sein furchtloses, vermittelndes Eingreifen bei den politischen Unruhen im Oktober 1950 stellt ein bleibendes Verdienst Körners dar.

Als ehemaliger Generalstabsoffizier beherrschte er die Kunst der Organisation. Dies zeigte sich während der Wiener »Trümmerjahre«, in denen Initiative und Problemlösungskapazität des Bürgermeisters stark gefordert waren. Mit Bravour bewältigte er die Aufgaben der Rekonstruktion der Stadt, die Einrichtung einer funktionierenden zentralen und demokratischen Stadtverwaltung gegen den Widerstand von selbst ernannten Bezirksbürgermeistern, die Aufräumarbeiten und die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen, die Lösung der Ernährungsfrage und die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung, die Versorgung der Stadt mit Brennstoffen und Baumaterialien sowie die Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes.

Bürgermeister Körner war ein begnadeter Kommunikator. Seine Reden waren oft spontan gehalten. Körner konnte mit Menschen umgehen. Ihm war es ein echtes Anliegen, die heimkehrenden Kriegsgefangenen persönlich zu begrüßen. Er ließ jedermann eine respektvolle Behandlung angedeihen und führte in ungezwungener Weise Gespräche mit Marktstandlerinnen und Hausfrauen bei seinen täglichen Einkäufen. Von einem beispielgebenden Pflichtbewusstsein geleitet, machte sich Körner mit großem Elan unter extrem widrigen Umständen daran, den Menschen von Wien zu helfen. Ihm waren der Mutter- und Kinderschutz, die Fürsorge für Jugendliche und Alte ein echtes Anliegen. Dem Praktiker Körner waren diplomatische Umwege fremd: Er suchte sein Ziel auf geradem Wege zu erreichen und hatte kein Verständnis für Hemmnisse, die seiner Meinung nach aus Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit oder Entschlussunfähigkeit der Bürokratie verursacht wurden. Körners unkonventionelles und nicht immer berechenbares Verhalten brachte in Teilen der Verwaltung und bei einigen Kommunalpolitikern manchmal interne Kritik hervor.

Als zäher Unterhändler und unbeugsamer Vertreter der ihm anvertrauten Bundeshauptstadt erwarb sich Körner aber bald in allen politischen Lagern und bei der Wiener Bevölkerung uneingeschränkte Hochachtung. Seine Anerkennung schlug sich auch 1951 in seiner Wahl zum Bundespräsidenten nieder. Die Stadt Wien ernannte Theodor Körner zu ihrem Ehrenbürger. Anlässlich seines 80. Geburtstags erfolgte die Grundsteinlegung des Historischen Museums der Stadt Wien. Die große Wohnhausanlage auf dem Margaretener Heu- und Strohmarkt, in deren Mitte sich der Matzleinsdorfer Wohnturm erhebt, erhielt zum Gedenken an den großen Bürgermeister den Namen »Theodor-Körner-Hof«.[2]

Franz Jonas (1899–1974), von Beruf Schriftsetzer, Korrektor und Angestellter der Floridsdorfer Lokomotivfabrik, trat schon 1915 in den »Verband der jugendlichen Arbeiter Floridsdorf« ein und war von 1932 bis 1934 als Sekretär der Bezirksorganisation Floridsdorf der SDAP tätig. Nach den Februarkämpfen von 1934 und der Zerschlagung der Sozialdemokratie gehörte er dem »Schattenkomitee«, einem Vorläufer der späteren Revolutionären Sozialisten, an.

Nach der Befreiung im April 1945 war Jonas Mitglied der provisorischen Verwaltung des 21. Wiener Gemeindebezirks und nahm seine Parteiaktivitäten als zweiter Obmann der Floridsdorfer Bezirksorganisation der SPÖ wieder auf. Ende 1945 wurde Jonas in den Wiener Parteivorstand und in die Parteikontrolle gewählt. Im Juni 1946 ernannte Bürgermeister Körner Jonas zum Bezirksvorsteher von Floridsdorf. Als Bezirksvorsteher hatte Jonas seine erste große Bewährungsprobe zu bestehen. Er schuf in Floridsdorf, einem vom Bombenkrieg besonders heimgesuchten Stadtteil, der vom Rest der Stadt weitgehend abgeschlossen war, eine gut funktionierende Verwaltung, die die ärgste Not der Bürgerinnen und Bürger zu lindern versuchte.

Im Juni 1948 übernahm Jonas eine weitere verantwortungsvolle Aufgabe: Er wurde zum amtsführenden Stadtrat für Ernährungsangelegenheiten gewählt. Seine Gewissenhaftigkeit und sein unermüdlicher Fleiß kamen ihm bei der Bewältigung der Sicherstellung der Ernährung der Wiener Bevölkerung unter widrigsten Umständen sehr zugute. In der Wiener Landesorganisation der SPÖ rückte Jonas zum Obmannstellvertreter auf. Nach den Gemeinderats- bzw. Landtagswahlen von 1949 zog Jonas in den Wiener Gemeinderat ein und wurde zum Obmann der Wiener SPÖ gewählt. Im Dezember 1949 übernahm er den Posten des amtsführenden Stadtrates für Bauangelegenheiten. Damals gab es in Wien schon mehr Baumaterial, sodass die Stadtverwaltung ein umfassendes Wohnbauprogramm in Angriff nehmen konnte. Bereits 1950 erfolgte die Grundsteinlegung zur 10.000. Wohnung nach Kriegsende. 1951 wurde das ambitionierte Projekt der Per-Albin-Hansson-Siedlung in Favoriten verwirklicht. 1950 wurde Jonas Mitglied des Bundesparteivorstandes und stellvertretender Parteivorsitzender der SPÖ.

Im Juni 1951 trat Jonas die Nachfolge Körners als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien an. Seine Amtszeit als Bürgermeister (1951–1965) ist vor allem durch große Bautätigkeit gekennzeichnet. Bis 1955 konnte auch der Wiederaufbau der zerstörten bzw. beschädigten Prachtbauten abgeschlossen werden. Ein stark emotional besetztes Ereignis war die feierliche Eröffnung des nach schweren Kriegsschäden restaurierten Stephansdomes im Dezember 1948 gewesen. Noch übertroffen wurde dies vom feierlichen Einzug der neu gegossenen »Pummerin« für den Stephansdom im April 1952. Die große Glocke hatte von St. Florian in Oberösterreich, wo sie gegossen wurde, bis Wien eine wahre Triumphfahrt hinter sich gebracht. Kardinal Innitzer weihte sie im Beisein der Wienerinnen und Wiener; die Pummerin läutete zum ersten Mal wieder, und Papst Pius XII. sprach in deutscher Sprache zu den Gläubigen Wiens. Großen symbolischen Wert hatte drei Jahre später, 1955,

die feierliche Eröffnung von Burgtheater und Staatsoper durch glanzvolle Premieren von Grillparzers »König Ottokars Glück und Ende« und Beethovens »Fidelio«. Die Schrecken des Krieges, die Bevormundung durch die Besatzungsmächte und die Mühsal des Wiederaufbaues waren endgültig überwunden worden. Wien war mit dem österreichischen Staatsvertrag und dem Abzug der Besatzungstruppen wieder die Hauptstadt eines freien und demokratischen Österreich.[3]

In der Amtszeit von Bürgermeister Jonas wurden einige Kulturbauten ihrer Bestimmung übergeben. 1958 wurde die von dem renommierten Architekten Roland Rainer entworfene Wiener Stadthalle fertig gestellt. Sie stellte damals das größte Veranstaltungszentrum Europas dar. Sie kann für politische, religiöse, kulturelle und Sportveranstaltungen, für Konzerte, Bälle und Ausstellungen verwendet werden. 1959 wurde am Karlsplatz das Historische Museum der Stadt Wien (heute: Wien Museum) eröffnet. Es bietet neben Zeugnissen zur Wiener Geschichte und Kultur eine Galerie topographischer und Genremalerei und beherbergt die Grillparzer-Räume sowie das Wohnzimmer von Adolf Loos. Im Jahr 1962 wurde das Museum des 20. Jahrhunderts, das »Zwanzger-Haus«, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es sollte einen repräsentativen Überblick über die Kunst nach 1900 geben. Im Jahr 1962 wurde das von der Stadt Wien angekaufte und renovierte Theater an der Wien wieder eröffnet. Damit bekamen die 1951 von neuem ins Leben gerufenen »Wiener Festwochen« – jenes kulturelle Groß-Ereignis, das jedes Jahr Besucher wie Einheimische anzieht – ein eigenes Haus. Ab damals entwickelte sich das Theater an der Wien erst zu einer der führenden Musical-Bühnen Europas und zuletzt zu einem Opernhaus.

Das im Jahr 1952 vom Gemeinderat beschlossene Programm des »Sozialen Städtebaus« bemühte sich um eine humanbezogene Infrastruktur. Der Bau von Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Fürsorgeeinrichtungen, Kulturbauten, aber auch Verkehrsbauten sollte der Vision einer neuen und besseren Stadt unterworfen werden. Im Juli 1956 wurde unter Bürgermeister Jonas die 100.000. Gemeindewohnung (seit 1923) ihren Mietern übergeben. Im Jahr 1963 konnte die 70.000. Gemeindewohnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg neu erbaut wurde, bezogen werden. Dazu waren bis 1963 14.000 Eigentums- und mehr als 10.000 Genossenschaftswohnungen neu gebaut sowie mehr als 10.000 Wohnungen restauriert worden.

Auch im Sozial- und Gesundheitsbereich wurde ein großes Aufbauwerk geleistet. Krankenhäuser und Altersheime wurden modernisiert und neu errichtet. Zahlreiche neue Kindergärten entstanden. Zerstörte Fürsorge- und Betreuungseinrichtungen für Schwangere, Mütter und Jugendliche wurden wiederhergestellt und großzügig erweitert. Die Gemeinde verfolgte konsequent ein Bäder- und Sportstättenkonzept. In diesem Zusammenhang sei auf die Eröffnung des Laaer-Berg-Bades inmitten des Volksparks Laaer Berg hingewiesen. Die Stadtverwaltung legte großes Augenmerk auf die Wiederherstellung bzw. den Neubau von Grün- und Parkanlagen. Aus der Wiener Internationalen Gartenausstellung 1964 (WIG 64) entwickelte sich der viel frequentierte Donaupark.

Auch der Schul- und Bildungsbereich wurde unter Jonas stark gefördert. Im Schuljahr 1954/55 konnte der Wechselunterricht aufgehoben werden. Zwischen 1949 und 1964 wurden 46 neue Schulen gebaut. Wiens Stadtverwaltung legte ihr Augenmerk auf alle Typen – die Volksschule, die Hauptschule, die Berufsschule, aber auch die Sonderschule –, um jedem Kind und Jugendlichen die bestmögliche Erziehung bieten zu können. Gleichzeitig wurde die Erwachsenenbildung mit dem Ausbau des Volkshochschulnetzes unterstützt. Im Jahr 1961 wurde das »Volksheim« in Döbling eröffnet, 1962 folgte ihm die Volkshochschule Favoriten.

In den 1950er-Jahren wurden die Probleme des modernen Großstadtverkehrs zu einem zentralen Thema der Stadtpolitik. 1958 gab es bereits 172.000 Kraftfahrzeuge (davon 97.000 Personenkraftwagen), 1965 waren es 285.000 Kraftfahrzeuge (davon 249.000 Personenkraftwagen). 1938 hatte es nur 46.000 Kfz gegeben, davon 17.000 Pkw. Die älteren Teile der Stadt mit ihren schmalen Gassen konnten den Verkehr nicht mehr aufnehmen. Die Stadtverwaltung suchte dem durch bessere Verkehrsorganisation, darunter die im Jahr 1959 eingeführten Kurzparkzonen, zu begegnen. Gleichzeitig gab es Bemühungen zur Förderung des Verkehrsflusses. So wurden z. B. im Jahr 1951 die Unterführung der Gürtelstraße am Matzleinsdorfer Platz eröffnet, im Jahr 1959 das Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz fertig gestellt. Der umgebaute Praterstern wurde im Jahr 1955 dem Verkehr übergeben. 1958 folgte die Ringturmkreuzung, wo 1955 an markanter Stelle am Schottenring der Ringturm, ein 23-geschossiges Bürohochhaus, gebaut worden war. Der Verkehrsförderung wie der Sicherheit der Bevölkerung dienten die am Ring errichteten Fußgängerpassagen. Zwei Verkehrsbauwerke, die unter der Ägide von Jonas entstanden sind, tragen im Volksmund noch immer seinen Namen: die 1955 eröffnete Opernpassage (»Jonasgrotte«, *Abb. 132, S. 609*) und die 1961 fertig gestellte Anlage am Schottentor (»Jonasreindl«).

Zur Entschärfung der Verkehrssituation forcierte die Stadtregierung Jonas den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Mit Hilfe einer städtischen Vorfinanzierung konnten die ÖBB im Jahr 1962 das Projekt der Wiener Schnellbahn zwischen Meidling und Floridsdorf verwirklichen. Die Strecke der Schnellbahn wurde in den Tarif der Wiener Verkehrsbetriebe aufgenommen. Mit der Modernisierung des Wagenparks der städtischen Straßenbahnen und dem vermehrten Einsatz von Autobussen suchte die Stadtverwaltung im Konkurrenzkampf mit dem Pkw zu bestehen.

Wiens SPÖ schlug die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1954 mit der Parole: »Damit Wien wieder Weltstadt werde«. Nach langen Jahren der Diktatur, des Krieges und der Besatzung sollte Wien wieder zu einer Stadt werden, die internationales Ansehen genoss – als Metropole von Kultur und Wissenschaft, als Zentrum der Wirtschaft und des Verkehrs, als Ort der internationalen Begegnung auf Grund seiner Position im Herzen Europas. Wien hatte wegen der sowjetischen Besatzung nur teilweise ERP-Mittel erhalten, war durch die USIA wirtschaftlich schwer geschädigt und wegen der ungewissen politischen Zukunft (Wiens Ostlage) bei Investitionen des Bundes stark benachteiligt worden. Nun bedurfte es eines gehörigen Maßes an

Optimismus und Selbstbewusstsein, um an die wirtschaftlichen Erfolge Westeuropas anzuschließen und aus einer von Teilen der Welt bereits abgeschriebenen Stadt an der Grenze zwischen West und Ost ein geachtetes Mitglied der europäischen Städtefamilie zu machen. Als Bürgermeister von Wien war Jonas auch Obmann des Österreichischen Städtebundes und somit in verschiedenen internationalen Organisationen vertreten. Jonas wurde Mitglied des Exekutivrates der »International Union of Local Authorities« (IULA). Als Vorsitzender des Komitees für europäische Angelegenheiten der IULA konnte Jonas im Jahr 1959 für die Stadt Wien den Europa-Preis des Europarates entgegennehmen. Jonas gelang es, verschiedene internationale Organisationen nach Wien zu bringen. Seit 1958 brachten die auf höchstem Niveau stehenden Europa-Gespräche prominente Diskussionsteilnehmer aus West und Ost zu fruchtbarem Gedankenaustausch in die Bundeshauptstadt. Bereits in den ausgehenden 1950er-Jahren setzte Jonas auf die Einbeziehung des Ostens in ein gemeinsames Europa.

Jonas galt nicht nur als fleißig, pünktlich und gewissenhaft, er war es auch. Er verkörperte die Figur eines unbestechlichen Dieners der Allgemeinheit und des Staates. Er versuchte stets, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Der überzeugte Großkoalitionär und Anhänger der Sozialpartnerschaft hielt während seiner Amtszeit als Bürgermeister an einer Koalition mit der ÖVP fest, obwohl er in drei Wahlen zum Landtag/Gemeinderat klare Mehrheiten für die SPÖ erringen konnte. Franz Jonas erfuhr 1965 wie sein Vorgänger im Amt die hohe Auszeichnung und Genugtuung, zum Bundespräsidenten gewählt zu werden.[4]

Bruno Marek (1900–1991), Sohn eines Schneidermeisters, schlug eine kaufmännische Laufbahn ein. Nach dem Ersten Weltkrieg war er als Sektionsleiter und Bezirksfunktionär der SDAP in Mariahilf tätig. 1924 trat er in die Dienste der Wiener Messe-A.G., wo er 1934 entlassen wurde. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wandte er sich der Widerstandsbewegung zu und half vielen Verfolgten. Nach Kriegsende war er wieder für die Wiener Messe tätig und stellte schon 1946 eine Exportmusterschau zusammen, die ein deutliches Zeugnis von der Leistungsfähigkeit der Wiener Wirtschaft, aber auch vom unbändigen Aufbauwillen der Wiener Bevölkerung ablegte. Im November 1945 wurde Marek in den Gemeinderat gewählt. Ab 1949 wirkte er als Erster Präsident des Wiener Landtags und als Präsident der Wiener Messe-A.G. Zudem war er seit 1945 Bezirksobmann der SPÖ Mariahilf. Marek wurde ab 1947 in den Aufsichtsrat der Wiener Wechselseitigen Versicherungsanstalt und der Tauernkraftwerke A.G. delegiert und vertrat ab 1950 die Stadt im Kuratorium der Wiener Festwochen. Im Juni 1965 folgte er Franz Jonas als Bürgermeister und Landeshauptmann von Wien nach.

In Mareks Amtszeit, die durch einen repräsentativen Amtsstil gekennzeichnet war, wurde den Dienststellen der Stadtverwaltung große Entscheidungsfreiheit eingeräumt. Marek setzte sich besonders für Fragen der Wirtschaft, der Grünbereiche in und um Wien sowie die Quellenschutzforste ein. Viele Vorhaben der Regierung von

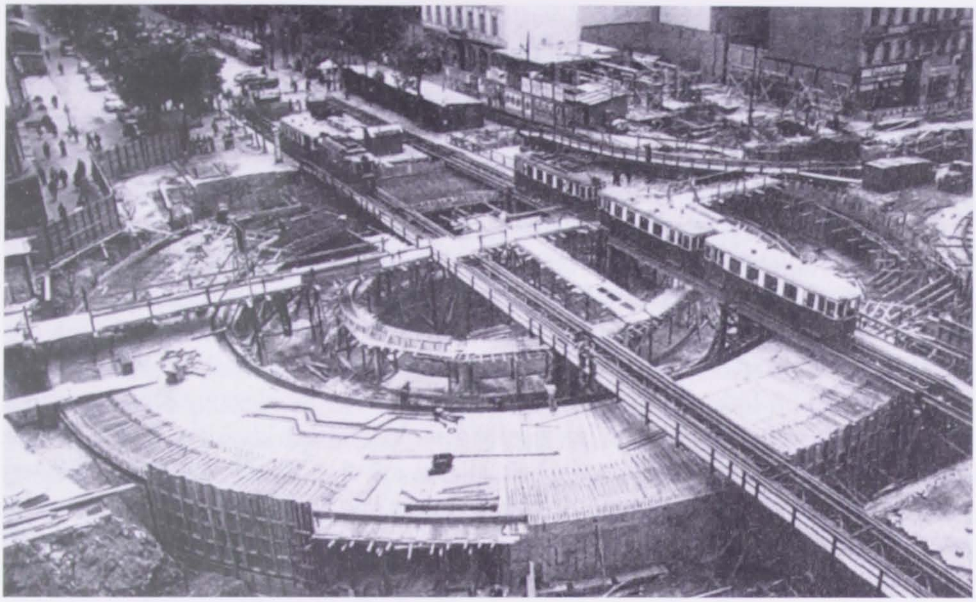


Abb. 132: Verkehrsbauwerk der 1950er-Jahre: die Opernpassage.

Altbürgermeister Jonas wurden fortgeführt oder beendet. Forciert wurde weiterhin der Wohnbau: Von 1961 bis 1970 wurden mehr als 45.000 neue Gemeindewohnungen errichtet. Ausstattung und Einrichtung der Wohnungen wurden gegenüber früheren Zeiten erheblich verbessert. Mit dem Wohnhausbau aus Fertigteilen wurde unter Marek ein neuer Abschnitt in der Geschichte des städtischen Wohnbaues eingeleitet. Gesundheits- und Wohlfahrtspolitik fanden unter Mareks Ägide besondere Beachtung. Spitäler wurden ausgebaut. Im Jahr 1966 wurde das 200. Kindertagesheim eröffnet. Für die Altenbetreuung wurden erstmals die neuartigen Pensionistenheime errichtet. 1967 wurde das Hallenbad Floridsdorf eröffnet. 1968 genehmigte der Gemeinderat ein Bäderkonzept, das eine ausreichende Versorgung mit Bädern in den darauf folgenden Jahren sichern sollte.

Die Stadtregierungen unter Jonas und Marek investierten große Mittel in den notwendig gewordenen Ausbau der Infrastruktur. Um den gesteigerten Energiebedarf zu decken, wurden bis 1970 vier neue Blockkraftwerke im E-Werk Simmering in Betrieb genommen. 1968 ging man an den Bau des Kraftwerkes Donaustadt. Ein Jahr später leitete die Stadtregierung die Umstellung von Stadtgas auf Erdgas ein. 1963 wurde die Müllverbrennungs- und Fernheizanlage Flötzersteig fertig gestellt; ab 1967 wurde mit dem Bau des Fernwärmewerkes Spittelau begonnen.

Unter Marek wurde das Projekt der Unterpflasterstraßenbahn verwirklicht: 1966 wurde die USTRABA auf der so genannten »Zweierlinie« zwischen Secession und Landesgericht, 1969 im Bereich Gürtel–Kliebergasse–Wiedner Hauptstraße eröffnet.

Die Modernisierung und Rationalisierung der Straßenbahn wurden fortgesetzt, die Umstellung von Straßenbahn- auf Autobusbetrieb wurde vorangetrieben. 1966 wurde der Schnellbahnbetrieb zwischen Floridsdorf und Liesing aufgenommen.

Unter der Ägide Mareks wurden drei zukunftsweisende Vorhaben eingeleitet: 1968 wurde der (von vielen als längst überfällig betrachtete) Bau des U-Bahn-Grundnetzes (U1, U2, U4) beschlossen. 1969 wurde die Verbesserung des Hochwasserschutzes durch den Bau des Entlastungsgerinnes und der Donauinsel genehmigt sowie das technisch anspruchsvolle Projekt einer Hauptkläranlage in Simmering angegangen.

Marek trat im Dezember 1970 in Befolgung der von der SPÖ beschlossenen Altersgrenze zurück. Marek war kein Erneuerer oder Beweger. Mit seinem gepflegten Äußeren und seiner väterlich-loyalen Art gewann er aber das Vertrauen der Wienerinnen und Wiener. Für Teile der SPÖ blieb er jedoch immer der elegante Kommerzialrat und Bourgeois, dessen ausgeprägte Jagdleidenschaft öfters kritisiert wurde. Marek engagierte sich für die Zusammenarbeit Wiens mit den Bundesländern, besonders mit Niederösterreich. Als Mahner gegen Diktatur und Rassismus stand er zwischen 1971 und 1984 dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als Präsident vor. Mareks vielfältige Tätigkeit fand mehrfach öffentliche Anerkennung: 1957 erhielt er vom Bundespräsidenten das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich. 1965 wurde er zum »Bürger der Stadt Wien« ernannt. 1970 verlieh ihm die Stadt Wien ihre höchste Auszeichnung, das Ehrenbürgerrecht.[5]

Die Wiener ÖVP 1945–1969

Die Wiener ÖVP hatte mit ihrer innerparteilichen Integrationsfigur Lois Weinberger nach 1945 beachtliche Erfolge erringen können: Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1945 und 1949 erzielte die ÖVP 34,5 und 34,9 %. 1949 waren die Sozialisten unter die absolute Stimmenmehrheit gefallen; allein das Wahlsystem sicherte der SPÖ 52 Mandate im Wiener Landtag/Gemeinderat. Weinberger agierte in der Rathauskoalition als Vizebürgermeister bzw. Landeshauptmannstellvertreter und bekleidete das gerade nach dem Krieg nicht unbedeutende Ressort des Gesundheitsstadtrates. Begünstigt wurde diese Entwicklung vielleicht auch durch die mangelnde Wendigkeit der Sozialisten im Rathaus, wo als starker Mann der langjährige, traditionsverpflichtete Finanzstadtrat Johann Resch die Korrektheit des Buchhalters höher stellte als politische Taktik.

In den 1950er-Jahren veränderte sich diese Situation. Die Wiener ÖVP konnte sich gegenüber dem kommunalpolitischen Gegner SPÖ immer weniger profilieren. Die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1954 brachten Gewinne für die SPÖ bzw. Stimmenverluste für die ÖVP. Gleich nach dem Krieg hatte Weinberger zuerst als Landesparteisekretär, später als geschäftsführenden Landesparteiobmann den

Versicherungsbeamten Fritz Polcar zu seinem politischen Nachfolger aufgebaut. Im Jahr 1950 wurde Polcar zum Landesparteiobmann der ÖVP gewählt; Weinberger blieb weiterhin der führende Repräsentant der ÖVP in der Stadtregierung. Polcar versuchte die Sozialisten mit den Waffen einer straffen Organisation und eines zentralisierten Parteiapparates zu schlagen. Die Organisation dieses Parteiapparates verursachte immer höhere Kosten, die aus laufenden Einnahmen nicht mehr zu decken waren. Polcar ließ sich zu gewagten Finanztransaktionen hinreißen, die schließlich für ihn und die Wiener ÖVP mit zwei Affären (Transfines und Haselgruber) in einer offenen Krise endeten. In beiden Fällen handelte es sich um die Begünstigung von Geschäftstransaktionen: in einem Fall waren es Exporte und Importe, im anderen Fall der Aufbau und die Finanzierung eines privaten Stahlwerkes in St. Andrä-Wördern, die durch politische Interventionen gefördert wurden. Diesen Einflussnahmen standen entsprechende Spenden an die Parteikasse gegenüber. Die Wiener ÖVP steuerte nach dem Rücktritt Polcars im Sommer 1958 bis zum Jänner 1960 durch eine offene Krise. Alle Versuche von Bundesparteiobmann Raab einer Auswechslung der führenden Wiener Parteifunktionäre blieben so lange erfolglos, bis die Wiener ÖVP bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1959 auf 32,4 % absackte und den Anspruch auf einen Vizebürgermeister verlor. Weinberger, der 1958 den Posten des Landesparteiobmannes wieder übernommen hatte, trat aus der Stadtregierung aus und wurde 1960 als Landesparteiobmann der ÖVP Wien bzw. als Bundesparteiobmann des ÖAAB gestürzt. Als Wiener Parteiobmann folgte ihm der Kompromisskandidat Leopold Hartl, Vorsitzender der ÖVP-Organisation in der Polizei und Gendarmerie, nach. Unter Hartls Führung gelang die Konsolidierung der ÖVP Wien. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1964 erzielte die ÖVP wieder 33,9 % der Stimmen und konnte somit den Vizebürgermeisterposten zurückerobern.

Ab der Mitte der 1960er-Jahre prägten zwei Persönlichkeiten die Politik der Wiener ÖVP: Heinrich Drimmel und Maria Schaumayer.

Heinrich Drimmel (1912–1991), aus einem katholisch-konservativen Elternhaus stammend, engagierte sich früh in einer katholischen Mittelschülerverbindung und während seiner Studienzeit im Österreichischen Cartellverband (ÖCV). Vor und nach dem Krieg war Drimmel im Unterrichtsministerium tätig. Im Jahr 1947 stieg Drimmel zum Sekretär des Unterrichtsministers Felix Hurdes auf. Nach dem Ausscheiden von Hurdes aus der Regierung kehrte Drimmel 1952 in die Hochschulsektion des Unterrichtsministeriums zurück, deren Leitung ihm übertragen wurde. Im Oktober 1954 machte Bundeskanzler Raab Heinrich Drimmel, der keiner Partei angehörte und keine parteipolitische Funktion ausübte – erst 1955 trat er der ÖVP bei –, gegen erhebliche Widerstände zum Unterrichtsminister. Zuständig für Schulen und Hochschulen, Kunst, Kultur, Sport und Kultus, hatte Drimmel sein Verhandlungs- und Organisationstalent unter Beweis zu stellen. Als Befürworter einer Weiterführung der ÖVP-SPÖ-Koalition kandidierte Drimmel auf dem Bundesparteitag 1963 als

Bundesparteiobmann der ÖVP gegen Josef Klaus und unterlag. 1964 schied er aus der Regierung Klaus aus. Als ehemaliger Unterrichtsminister, der zahlreiche Erfolge hatte verbuchen können, trat Drimmel in die Wiener Stadtregierung ein. Ab 1964 bekleidete er den Posten des Vizebürgermeisters bzw. Landeshauptmannstellvertreters sowie des amtsführenden Stadtrates für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Maria Schaumayer kam 1965 als amtsführende Stadträtin für Städtische Unternehmungen in die Stadtregierung. Während Drimmel die christlich-konservative Richtung repräsentierte, deckte Schaumayer die wirtschaftsliberale Position ab. Beide schätzten und ergänzten einander persönlich wie inhaltlich. Drimmel und Schaumayer versuchten, der Wiener ÖVP einen intellektuellen Überbau zu geben, der die Ohnmachts- und Agoniestimmung der 1950er und beginnenden 1960er-Jahre überwinden sollte. In allen Reformen suchte Drimmel seinem Weltbild des christlichen Personalismus gegenüber einem individualistischen Liberalismus und kollektivistischen Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei verstand er seine konservativen Grundsätze nicht als Beharrung gegen jegliche Modernisierung der Gesellschaft, sondern er versuchte, sie für den unübersehbaren sozialen Wandel zu adaptieren. Innerhalb der ÖVP wurde Drimmel zum Repräsentanten eines traditionellen Weltanschauungs-Konservativismus gegenüber einem sich formierenden modernistischen, technokratischen Konservativismus. Er wollte aus den Bahnen der von der SPÖ gestalteten Kommunalpolitik ausbrechen und Wien verstärkt zu einer mitteleuropäischen Metropole machen, die als Drehscheibe zwischen West und Ost fungieren sollte.

In der Sachpolitik konzentrierte sich die ÖVP auf die Ressorts Gesundheit, Märkte, Baubehörde und Städtische Unternehmungen. Im von Schaumayer geführten Ressort fielen bedeutende Maßnahmen, insbesondere im Bereich des öffentlichen Verkehrs, wo der U-Bahn-Bau – eine alte ÖVP-Forderung – beschlossen wurde, oder der Gasversorgung, wo man allmählich von Stadtgas auf Erdgas umstieg.

So sehr sich Drimmel und Schaumayer auch engagierten, die Wähler honorierten es nicht. Die SPÖ erzielte bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1969 – trotz der erfolgreichen Kandidatur von Franz Olahs Demokratischer Fortschrittlicher Partei (DFP), die 5,2 % der Stimmen oder drei Mandate erzielte – einen großen Wahlerfolg. Die ÖVP sackte auf 27,8 % der Stimmen ab. In diesen Wahlen hatten weniger kommunalpolitische Themen als vielmehr die zunehmend unpopuläre Politik der seit 1966 amtierenden ÖVP-Alleinregierung Klaus den Ausschlag gegeben. Die ÖVP verlor sowohl den Vizebürgermeister- als auch den Landeshauptmannstellvertreterposten. Drimmel trat als Stadtrat zurück; sein Ressort übernahm Schaumayer. Auch Hartl musste als Landesparteiobmann der ÖVP gehen und wurde durch Franz-Josef Bauer ersetzt. Diskussionen über den Zweck, die Zusammenarbeit mit der SPÖ unter derart ungünstigen Bedingungen fortzuführen, erhielten neue Nahrung.[6]

Felix Slavik (1912–1980) formte das kommunale Leben in Wien durch lange Jahre entscheidend mit. Von Beruf Mechaniker und Seidenweber, engagierte sich Slavik ab 1925 in der Sozialistischen Jugend und der Gewerkschaftsjugend. Nach dem Bürgerkrieg schloss er sich den Revolutionären Sozialisten an. Während der Herrschaft des Nationalsozialismus musste er vier Jahre in Gefängnissen verbringen. Im Jahr 1943 verlor er sein rechtes Auge durch einen Arbeitsunfall. Nach seiner Entlassung nahm er Kontakt zu seinen illegal tätigen Freunden auf. Slavik arbeitete in der Widerstandsgruppe »O5« mit und war unter den Ersten, die 1945 im Rathaus die Neugründung der SPÖ einleiteten. Als Mitglied der Revolutionären Sozialisten baute er zusammen mit Josef Afritsch das erste Parteisekretariat auf. Slavik erhielt sofort ein öffentliches Amt: Er wurde amtsführender Stadtrat für das Wohn- und Siedlungswesen. Die ehemaligen Revolutionären Sozialisten verloren dann in der Partei zunehmend an Boden; Slavik wurde aus dem Parteisekretariat gedrängt und trat als Stadtrat zurück. Von 1946 bis 1949 war Slavik als Gemeinderat, Bundesrat und Sekretär des Städtebundes tätig. 1948 wurde Slavik Wiener Sekretär der SPÖ, 1949 Abgeordneter zum Nationalrat. Die Organisation der Partei war Slaviks ureigenste Domäne. Die Partei änderte grundlegend ihren Charakter; es gab immer mehr Mitglieder, die nicht mehr der Vorkriegspartei angehört hatten. Als Johann Resch im September 1957 zurücktrat, wurde Slavik Finanzstadtrat und als zweitwichtigster Mann nach dem Bürgermeister Herr über ein regelrechtes Imperium von gemeindeeigenen Firmen. Slavik gab sein Nationalratsmandat auf und wurde im Juni 1959 Vizebürgermeister.

Slavik erwarb sich binnen kürzester Zeit den Ruf eines Finanzfachmannes. Von Anfang an gelang es dem Finanzstadtrat, nicht nur ein ausgeglichenes Budget zustande zu bringen, sondern durch positive Rechnungsabschlüsse jene erhebliche Rücklage zu schaffen, die als legendäre »Rathausmilliarde« in die Stadtgeschichte eingegangen ist.

Slavik, der von 1965 bis 1970 zudem Obmann der Landesorganisation der SPÖ war, war praktisch an allen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen der späten 1950er und 1960er-Jahre maßgebend beteiligt. Er war der Schöpfer der neuen Wiener Wohnbauaktion, mit deren Hilfe es gelungen ist, außerhalb des normalen Wohnbauprogrammes zehntausende Wohnungen zu errichten. Er setzte das Prinzip der kostendeckenden Mieten bei Gemeindewohnungen durch, wodurch der Gemeinde wichtige Mehreinnahmen erwuchsen. Erstmals wurden die Baukosten in die Mieten eingerechnet und Eigenmittel gefordert; sozial Schwächere konnten aber Stundung der Eigenmittelzahlung und Wohnbeihilfen beantragen. Auf Slaviks Antrag beschloss der Gemeinderat im Jahr 1959 eine Kreditaktion für gewerbliche Betriebe, 1961 eine solche für Wiener Beherbergungsbetriebe und 1970 eine Kreditaktion für den Fremdenverkehr.

In Slaviks Amtszeit als Stadtrat fielen der Beschluss und die Finanzierung einiger Großprojekte. Slaviks erste Entscheidung für ein zukunftsweisendes Großprojekt war die im Jahr 1958 getroffene Vereinbarung mit dem Bund zum Bau des neuen Allgemei-

nen Krankenhauses, die die Stadt Wien noch jahrzehntelang finanziell und politisch beschäftigen sollte. Daneben begann sich die Stadtregierung in den 1960er-Jahren dem Umbau der veralteten Rudolfstiftung und dem Neubau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost in der Donaustadt zu widmen. Slaviks umsichtige Finanzpolitik ermöglichte die Vorfinanzierung der Wiener Schnellbahn Anfang der 1960er-Jahre. Seine von einigen Beobachtern aber auch als übertrieben ängstlich eingestufte Haltung verhinderte zunächst den Bau der U-Bahn. Stattdessen wurde ein Stückwerk von Unterpflasterstraßenbahnen gebaut, das bereits bei seiner Eröffnung nicht mehr den gestiegenen Verkehrsanforderungen genügte. Zudem beschloss der Gemeinderat zunächst auf Slaviks Rat, eine Einschienen-Bahn zwischen Gumpendorfer Straße und Philadelphiabrücke zu bauen, was in der Folge den Abriss der Gürtelstadtbahn von Otto Wagner bedeutet hätte und nur an Verkehrsminister Otto Probst scheiterte. Erst Ende der 1960er-Jahre konnte Slavik zum Bau der Wiener U-Bahn bewogen werden. Mitte bzw. Ende der 1960er-Jahre richtete sich Slaviks Augenmerk auf den totalen Hochwasserschutz, den Bau der Hauptkläranlage und die Schaffung eines ein Million Quadratmeter großen Erholungsgebietes am Laaer Berg rund um das Kur- und Heilzentrum in Oberlaa.

Die Wahl Felix Slaviks zum Bürgermeister im Dezember 1970 entsprach einer konsequenten Entwicklung; er hatte sich durch sein kommunalpolitisches Engagement eine Position geschaffen, die auch internationale Anerkennung fand. Slavik war 1969 zum Vizepräsidenten der »International Union of Local Authorities« (IULA) gewählt worden, 1971 wurde Slavik gar Präsident des Internationalen Gemeindeverbandes. Als Bürgermeister – Otto Probst wurde 1970 Slaviks Nachfolger als Landesparteiobmann der SPÖ – führte Slavik im Wesentlichen das weiter, was er als Finanzstadtrat begonnen hatte.

Der U-Bahn-Bau schritt zügig voran *(Abb. 133)*. Die Stadt Wien ermöglichte es dem Bund durch Vorfinanzierung, die Schnellbahn weiter auszubauen und die restlichen Bahnstrecken in Wien zu elektrifizieren. Des Weiteren ging man an die Erneuerung von wichtigen Versorgungseinrichtungen: Im Jahr 1972 wurde der neue Großgrünmarkt in Inzersdorf eröffnet, ab 1972 wurde in St. Marx ein neues Fleischzentrum erbaut. 1971 wurde ein Erweiterungsbau des Wilhelminenspitals der Öffentlichkeit übergeben, 1972 der größte in der Zweiten Republik erbaute Kindergarten eröffnet. Im Jahr 1968 war das Instrumentarium der Wohnungsverbesserungskredite geschaffen worden. In den 1960er-Jahren hatte sich die Stadtverwaltung um die weiträumige Assanierung abgewohnter Viertel bemüht. Das im Jänner 1972 vom Gemeinderat geschlossene Altstadt-Erhaltungsgesetz lieferte die rechtliche Grundlage für die »Sanfte Stadterneuerung« der folgenden Jahre. Im Kulturbereich ist die Eröffnung des Sigmund-Freud-Museums in Freuds renovierter Wohnung in der Berggasse, Wien-Alsergrund, im Jahr 1971 zu nennen.

Slaviks politische Karriere ist im Rückblick von zahlreichen Erfolgen, aber auch von Misserfolgen geprägt. Die Vermengung von Politik und Wirtschaft, von politischer Administration, gemeindeeigenen Unternehmungen und Partei, hatte Unre-



Abb. 133: U-Bahn in Wien.

gelmäßigkeiten, Korruptionsfälle und letztlich finanzielle Desaster begünstigt. Übergroße Toleranz brachte den undogmatischen Pragmatiker Slavik verschiedentlich in die Nähe von Geschäftemachern – obwohl er nie im Verdacht stand, sich persönlich zu bereichern. Da war der schwerreiche Grundstücksmakler Josef Machek, verheiratet mit einer Cousine Slaviks, der immer bestens informiert schien, wo die Gemeinde bauen wollte, wenn er Grundstücke günstig erwarb und sie um ein Vielfaches der Gemeinde verkaufte. Der Rechnungshof kritisierte diese Grundstückstransaktionen heftig, konnte aber nicht tätig werden, weil wesentliche Akten bis zum Jahr 1969 verschwunden waren. Seit 1971 warf das neu gegründete Nachrichtenmagazin profil Slavik Amtsmissbrauch vor, weil er als Behördenleiter den damaligen Betriebsleiter der Wiener Hafenbetriebsgesellschaft, Richard Leutner, nicht angezeigt hätte, obwohl schon Ende 1969 Vorwürfe gegen Leutner bekannt waren. Tatsächlich wurde Leutner 1973 zu zehn Monaten Haft unbedingt verurteilt. Daneben gab es die Pleite der Stadthallenfilmgesellschaft, mit der der Finanzstadtrat die defizitäre kommunale Mehrzweckhalle hatte sanieren wollen. Zahlreiche ganz oder teilweise im Gemeindeeigentum stehende Wirtschaftsbetriebe hatten Pleiten und Misswirtschaft aufzuweisen (die Fleischwerke, das Heizwerk und im großen Rahmen das Allgemeine Krankenhaus sowie der Bauring), was am Image des Finanzfachmannes Slavik nagte.

Slavik und seine Mitarbeiter reagierten auf die Vorwürfe des profil und anderer Medien wenig geschickt: Mitarbeiter Slaviks gaben ungeprüft gefälschte Dokumente, die das profil der Käuflichkeit überführen sollten, an die Arbeiter-Zeitung weiter und lieferten damit Munition für neue Angriffe. Slavik und die Landespartei versuchten das Vorgehen der Presse als eine von der ÖVP inszenierte Diffamierungskampagne abzutun. Demonstrativ solidarisierte sich die Wiener SPÖ auf dem Landesparteitag von 1972 mit dem angegriffenen Bürgermeister. Die Wiener ÖVP nahm die Vorwürfe der Presse auf und war nach anfänglichem Zögern und innerparteilichen Auseinandersetzungen schließlich bereit, eine Profilierung durch Kontrolle der SPÖ-Mehrheit in der

Regierung zu erreichen. Die ÖVP hatte selbst mit schlechten Umfrageergebnissen zu kämpfen, in denen sie als »rückständig«, »erfolglos« und »unzuverlässig« beschrieben wurde. Die SPÖ warnte die ÖVP vor weiteren Angriffen, sie würde damit die Koalition in Frage stellen. Nach Meinung der SPÖ habe sich die ÖVP zwischen Regierungsbeteiligung oder Kontrolle (in der Opposition) zu entscheiden, beides gehe nicht.

Zum eigentlichen Waterloo für Slavik sollte die Debatte um den Sternwartepark im Jahr 1973 werden. Dabei ging es um die teilweise Verbauung des Sternwarteparks für Zwecke des Zoologischen Institutes der Universität Wien. Für die Verbauung setzten sich der Bürgermeister und die Wiener SPÖ massiv ein. Gegen sie wurde von einer Bürgerinitiative Stellung bezogen, unterstützt von einer (von verschiedenen Beobachtern als demagogisch eingestuften) Anti-Baummord-Kampagne der Kronen Zeitung sowie der ÖVP und FPÖ, die ihre ursprüngliche Unterstützung des Projekts zurücknahmen. Als einzige Partei, die eng mit verschiedenen Bürgerinitiativen kooperierte, unterstützte die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) Franz Olahs auch tatkräftig die Bürgerinitiative gegen die Verbauung des Sternwarteparks. In dieser angeheizten Stimmung drängte die Bundespartei der SPÖ, der das Wiener Spitzenduo Slavik/Probst zum Problem geworden war, auf die Durchführung einer Volksabstimmung. Die erste Volksabstimmung Wiens, an der sich etwa ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligte, endete mit einer Mehrheit von 57,4 % gegen die Verbauung des Parks *(Abb. 134)*.

Am darauf folgenden Landesparteitag der SPÖ im Juni 1973 unterstützten lediglich 68 % Felix Slavik bzw. 57 % Otto Probst. Slavik trat als Bürgermeister zurück; Probst blieb bis 1974 Obmann der SPÖ Wien. Dem Arbeitsmenschen Slavik fiel es nicht leicht, sich von einem Tag auf den anderen in die Pension zurückzuziehen. Er verfasste in seinen letzten Lebensjahren umfangreiche Werke über Kommunalpolitik, die sein Lebenswerk rechtfertigen sollten.

In dieser kritischen Situation wurde Leopold Gratz (1929–2006) zum Nachfolger von Felix Slavik bestimmt. Mit dem ehemaligen Unterrichtsminister und noch amtierenden Klubobmann im Parlament konnte man der Wiener Bevölkerung einen Mann präsentieren, der eine ungewöhnliche Popularität besaß und zu jener Gruppe von jungen Politikern gehörte, die das liberale Image der SPÖ in den Jahren zuvor entscheidend geprägt hatte. Seine Person sollte vorhandene Struktur- und Demokratiemängel in der Wiener Organisation überdecken und die Pläne der Wiener ÖVP, die sich mit dem wenig charismatischen Fritz Hahn auf einen potentiellen Gegenkandidaten Felix Slavik eingestellt hatte, durchkreuzen. Die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen wurden auf Oktober 1973 vorverlegt, offiziell, um die Zustimmung der Bevölkerung für den neuen Bürgermeister einzuholen, tatsächlich aber, um ihren Spitzenkandidaten noch unverbraucht präsentieren zu können. Freilich gelang es damit auch, der Veröffentlichung eines für die SPÖ negativen Rechnungshofberichtes zuvorzukommen. Während die SPÖ einen auf Gratz zugeschnittenen Persönlichkeitswahlkampf führte, setzte die ÖVP auf einen harten, themenorientierten Wahlkampf, der im Slo-


Nicht nur im Wiener Sternwartepark Bäumemord

Neue Kronen Zeitung

Gartenanlage mit 700 Bäumen soll vernichtet werden



Abb. 134: Sternwartepark.

gan »Diese Stadt ist krank« gipfelte. Dies ermöglichte es der SPÖ, die ÖVP zu einer Partei mit einem gestörten Verhältnis zu Wien zu stilisieren. Die Wahlen endeten mit einem überwältigenden Erfolg für die SPÖ, die 60,1 % bzw. 66 Mandate erzielen konnte, während die ÖVP nur leicht auf 29,3 % bzw. 31 Mandate ansteigen konnte.

Schlecht war es um Franz Olahs Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP) bestellt. Sie teilte den jähen Auf- und Abstieg ihrer schillernden Führungspersönlichkeit: Franz Olah (geb. 1910) engagierte sich ab 1924 in der Gewerkschaftsbewegung und ab 1926 in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Während des Ständestaates musste Olah für insgesamt 18 Monate hinter Gitter. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten kam Olah im März 1938 ins Konzentrationslager Dachau, aus welchem ihm im April 1945 die Flucht gelang. Nach Wien zurückgekehrt, betätigte er sich in der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft. Bereits Ende 1945 wurde Olah Erster Sekretär der Gewerkschaft Bau-Holz, gleichzeitig Mitglied des Wiener Gemeinderates. 1948 gelangte er in den Wiener SPÖ-Vorstand und wurde Nationalratsabgeordneter. 1950 – Olah war mittlerweile bereits in den Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) aufgestiegen – zeichnete er sich bei der Niederschlagung des von den Kommunisten getragenen Streiks durch Arbeiter-Rollkommandos aus. 1955 wurde Olah Vizepräsident, 1959 schließlich Präsident des ÖGB; im Parlament avancierte er zum Ersten Nationalratspräsidenten. Im März 1963 trat Olah – nachdem er alle anderen Funktionen niedergelegt hatte – als Innenminister in die Bundesregierung ein.

Der Ausbau der Sozialpartnerschaft im Raab-Olah-Abkommen am Beginn der 1960er-Jahre war zum Teil Olahs Verdienst. Olahs gute Kontakte zum Wiener Erzbischof Franz König trugen entscheidend zur Aussöhnung der SPÖ mit der katholischen Kirche bei. Einen weiteren Schritt über die Parteigrenzen hinweg setzte Olah durch seine Verbindungen zum Dritten Lager. 1962 unterstützte er die finanziell angeschlagene FPÖ mit Geldern, die er von der Gewerkschaft abgezweigt hatte. Die FPÖ brachte er damit auf einen SPÖ-freundlichen Kurs; die dahinter stehende Vision einer kleinen Koalition mit einem Bundeskanzler Franz Olah ließ sich aber

nicht verwirklichen. In seinem pragmatischen, lagerübergreifenden und – wenn man so will – populistischen Politikverständnis suchte er erfolgreich über mediengerecht an die Öffentlichkeit transportierte Aktionen Zustimmung für seine Person und seine politischen Ziele zu erlangen. Olah erkannte wahrscheinlich als erster Politiker der Zweiten Republik den Stellenwert der Medien bei der Umsetzung von politischen Zielsetzungen. Er war federführend an der Gründung der Kronen Zeitung beteiligt, wofür er ohne Wissen und Zustimmung der zuständigen Gremien beträchtliche Summen des Vermögens der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft einsetzte.

Der sich medienwirksam präsentierende und auf sein persönliches Charisma setzende Franz Olah stieß bald auf Ablehnung unter den Traditionalisten der SPÖ. Im September 1964 wurde Olah aus dem – heute lächerlich anmutenden – Grund der »Mitarbeit an nichtsozialistischen Presseerzeugnissen« von einem Parteischiedsgericht verwarnt und musste darauf als Innenminister zurücktreten. Im von Olah beantragten Ehrengericht wurden erstmals seine finanziellen Transaktionen mit Gewerkschaftsgeldern thematisiert, weswegen Olah im November 1964 aus der SPÖ ausgeschlossen und Anfang 1965 auch als Angestellter des ÖGB entlassen wurde. Olah blieb zunächst als »wilder« Abgeordneter im Nationalrat. Mit der von ihm im September 1965 gegründeten Demokratischen Fortschrittlichen Partei (DFP) trug Olah dazu bei, dass die SPÖ bei den Nationalratswahlen von 1966 jene Niederlage erlitt, die zum Ende der Großen Koalition führen sollte – die DFP erreichte 1966 mit 3,28 % zwar kein Mandat, aber vereinigte knapp 150.000 Stimmen auf sich, die der SPÖ fehlten. Bei den Wiener Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1969 gelang es der DFP, gar drei Mandate zu erringen. Olah wirkte ab Juni 1969 als DFP-Mandatar im Wiener Landtag und Gemeinderat. Seine finanziellen Transaktionen rund um die Gründung der Kronen Zeitung wurden ihm letztlich aber zum Verhängnis: Im 1969 eröffneten Strafprozess wurde Franz Olah zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt. Nach der Bestätigung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof trat Olah im Oktober 1970 die Haftstrafe an, aus der er nach acht Monaten entlassen wurde. Olah legte 1971 die Funktion des Bundesobmannes der DFP nieder und zog sich aus dem politischen Leben zurück. Die DFP verlor damit ihre medienwirksame Führungspersönlichkeit. Trotz ihres Einsatzes und ihrer Bemühungen um eine konstruktive Oppositionstätigkeit konnte die DFP nach den Wiener Wahlen von 1973 nicht mehr in den Gemeinderat einziehen. Bleibendes Verdienst der DFP ist es aber wohl, den Umweltschutzgedanken in die politische Diskussion eingebracht zu haben, als die anderen Parteien damit noch wenig anzufangen wussten.

Auf Grund der harten Konfrontation zwischen SPÖ und ÖVP im Wahlkampf wie der Bedingungen, die die SPÖ der ÖVP für eine Weiterarbeit stellte, wurde die Regierungskoalition nicht mehr fortgesetzt. Die SPÖ trug nun die Alleinverantwortung und stellte allein die amtsführenden Stadträte; die ÖVP musste sich mit Kontrollierenden Stadträten begnügen. Die ÖVP vermochte aus der Opposition vorerst ebenso wenig Kapital zu schlagen wie zu Zeiten der Koalition.

Das Abschneiden der Parteien bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1973 bis 2001 zeigen *Fig. 10* und *11:*

Figur 10: Wahlergebnisse 1973–2001

LTW/GRW in %	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	Sonstige
21. 10. 1973	60,1	29,3	7,7	2,3	DFP 0,34 EFP 0,21
8. 10. 1978	57,2	33,8	6,5	1,8	WBU 0,7 KB 0,03 NDP 0,02
24. 4. 1983	55,5	34,8	5,4	1,1	ALW 2,5 WBU 0,7
8. 11. 1987	55,0	28,4	9,7	1,7	Die Grünen 4,4 VGÖ 0,8
10. 11. 1991	47,7	18,1	22,6	0	GA 9,1 VGÖ 1,9
13. 10. 1996	39,2	15,3	27,9	0,5	Die Grünen 7,9 LIF 8,0
25. 3. 2001	46,91	16,39	20,16	0	LIF 3,43 Grüne 12,45

Figur 11: Mandatsverteilung 1973–2001

LTW/GRW in Mandaten	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	Sonstige
21. 10. 1973	66	31	3	0	DFP 0 EFP 0
8. 10. 1978	62	35	3	0	WBU 0 KB 0 NDP 0
24. 4. 1983	61	37	2	0	ALW 0 WBU 0
8. 11. 1987	62	30	8	0	Die Grünen 0 VGÖ 0
10. 11. 1991	52	18	23	0	GA 7 VGÖ 0
13. 10. 1996	43	15	29	0	Die Grünen 7 LIF 6
25. 3. 2001	52	16	21	0	LIF 0 Grüne 11

Verwendete Abkürzungen: DFP = Demokratische Fortschrittliche Partei; EFP = Europäische Föderalistische Partei; WBU = Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz; KB = Kommunistischer Bund; NDP = Nationaldemokratische Partei; ALW= Alternative Liste Wien; VGÖ = Vereinte Grüne Österreichs; GA = Grüne Alternative; LIF = Liberales Forum.[7]

In der Amtszeit von Bürgermeister Gratz (1973–1984) wurden jene Großprojekte, die unter Marek und Slavik begonnen worden waren, vollendet: Im Jahr 1982 konnte das U-Bahn-Grundnetz mit den Linien U1, U2 und U4 fertig gestellt werden. 1978 wurde die größte und wichtigste Autobahnstrecke Wiens, die Südost-Tangente, für den Verkehr geöffnet. Sie ist ein markantes Beispiel für die Straßenbauphilosophie Wiens und des damaligen Konzeptes der Verkehrsplaner, den Autoverkehr auf leistungsfähigen Straßen zu bündeln und damit Wohngebiete vom Verkehr zu entlasten. In den letzten Jahren entwickelte sie sich allerdings zur meistbefahrenen Straße Österreichs.

Viele infrastrukturelle Maßnahmen wurden unter Gratz verwirklicht, so wurden in den 1970er-Jahren das Kraftwerk Donaustadt und das Gasturbinenkraftwerk Leopoldau fertig gestellt. Die Umstellung auf das umweltfreundliche Erdgas konnte 1978 abgeschlossen, die Großkläranlage zusammen mit der Sondermüllverbrennungsanlage in Simmering im Jahr 1980 in Betrieb genommen werden.

Vor allem aber wurde der absolute Hochwasserschutz, der während der Großen Koalition lange Zeit von der Wiener ÖVP abgelehnt worden war, mit dem Bau eines Entlastungsgerinnes (= der Neuen Donau) und der Donauinsel verwirklicht. 1981 wurde die Donauinsel teilweise als Erholungsgebiet freigegeben, 1983 wurde sie formell zum geschützten Erholungsgebiet erklärt *(Abb. 135)*. Favoriten weist schon seit 1974 ein riesiges Erholungsgebiet auf: Aus der WIG 74 wurde der Kurpark Oberlaa mit Wiens Therme Oberlaa *(Abb. 136)*. Wiens Stadtverwaltung setzte in diesem Zeitraum massiv auf den Bau von Bädern. 1974 wurden das neue Dianabad und das Stadthallenbad eröffnet. Zwischen 1978 und 1984 entstanden die Bezirkshallenbäder Simmering, Döbling, Hietzing, Donaustadt, Großfeldsiedlung und Brigittenau. Darüber hinaus wurden in den 1970er-Jahren die zwei Sommerbäder Schafbergbad und Höpflerbad ausgebaut.

Die Stadtverwaltung legte weiterhin großes Augenmerk auf den Sozial- und Gesundheitsbereich: 1977 konnte der Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung vollendet werden. 1980 gab es bereits 270 städtische Kindertagesheime. Bis 1978 wurde der 100. Schulneubau seit 1945 fertig gestellt. 1980 konnte die 200.000. Gemeindewohnung übergeben werden.

In die Amtszeit von Gratz fallen auch die Anfänge der Stadterneuerung, die langsam den Vorrang vor der Stadterweiterung erlangte. So gelang eine Revitalisierung der Wiener Innenstadt. Bis in die frühen 1970er-Jahre herrschte folgendes Bild: Die Innenstadt erstickte im Verkehr. Bewohner und Betriebe wanderten ab, Gaststätten und Kaffeehäuser wurden geschlossen, ebenso Kultur- und Vergnügungseinrichtungen. Am Abend war das Stadtzentrum fast menschenleer. Mit der Eröffnung der Fußgängerzone Kärntner Straße im August 1974, die gegen großen Widerstand erfolgte, und ihrer Erweiterung auf Graben, Stephansplatz, Kohlmarkt und die Tuch-



Abb. 135: Donauinsel und Neue Donau.



Abb. 136: WIG 74: Kurpark und Therme Oberlaa.

lauben war der erste Schritt zur Besserung der Situation getan *(Abb. 137)*. Dazu kamen weitere Verkehrsbeschränkungen, der Bau der U-Bahn, die Revitalisierung alter Gebäude, Baumpflanzungen usw., die letztendlich die City wieder belebten. Heute bietet der 1. Bezirk ein lebendiges Bild mit Kaffeehäusern und Lokalen, Galerien, Theatern und Vergnügungseinrichtungen.

An Neuerungen auf kulturellem Gebiet ist auf die Eröffnung des Museums Moderner Kunst mit Beständen der Sammlung Ludwig im Palais Liechtenstein im Jahr 1979 hinzuweisen. Mit der Übergabe des Vienna International Centre an die UNO im Jahr 1979 wurde Wien nach New York und Genf zur dritten UNO-Metropole.

Das politische System Wiens zu Beginn der 1970er-Jahre wurde trotz der hier genannten Aktivitäten von Wissenschaftlern, Journalisten und vielen Bürgern als weitgehend versteinert, bürgerfern und wenig effizient charakterisiert. Die Stadtregierung und der kommunale Verwaltungsapparat hielten in den Augen der Kritiker lediglich am Status quo fest, aufgebessert durch eine Reihe spektakulärer Großprojekte. Die SPÖ hatte 1973 den Höhepunkt ihrer Zustimmung bei den Wählern erreicht. Viele Bürger gewannen jedoch den Eindruck, dass jahrzehntelange Dominanz und gezielte Personalpolitik zu einer wechselseitigen Durchdringung von Partei- und Verwaltungsapparat geführt hätten, mit der Folge einer beinahe absoluten Einfärbung der Beamtenschaft und einer fortschreitenden Verbeamtung von Fußvolk und Kader der SPÖ. Die Verfügung über Lebenschancen – von der Wohnungs- über die Arbeitsvergabe bis hin zur politischen und administrativen Durchdringung des von der Gemeinde abhängigen Wirtschafts- und Kulturbereiches – schien in den Händen der Mehrheitspartei im Rathaus zu liegen. Das ließ in der Bevölkerung nicht selten Resignation und ein Gefühl der Ohnmacht aufkommen, besonders unter den Anhängern der Opposition und bei jüngeren Menschen, selbst unter SPÖ-Sympathisanten. Dementsprechend hoch war die Stimmenthaltung bei Urnengängen, weil viele der Ansicht waren, ohnedies nichts ändern zu können. Die Wiener ÖVP konnte sich zu Beginn der 1970er-Jahre kaum als glaubwürdige und Erfolg versprechende Alternative präsentieren; selbst bürgerliche Sympathisanten vermieden es, sich zu ihrer Partei zu bekennen und diese bei den Wahlen zu unterstützen.

Die Auswüchse und Folgen einer parteidominierten gemeindeeigenen bzw. gemeindenahen Wirtschaft hatte denn auch Bürgermeister Gratz zu tragen. So prägten Skandale und Finanzdesaster die Stadtpolitik der 1970er und frühen 1980er-Jahre: Da war etwa der Skandal um den gemeindeeigenen »Bauring«, der in Saudi-Arabien Verluste von rund 1,4 Milliarden Schilling gemacht hatte, wobei rund 176 Millionen Schilling Provisionen gezahlt worden waren. 1976 wurden die vier angeklagten Bauring-Chefs freigesprochen, der angeklagte Architekt zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der »Bauring« wurde in der Folge aufgelöst, die Einzelfirmen in der Wiener Holding zusammengefasst und mit begleitender Kontrolle der gesamten Geschäftsgebarung der einzelnen Firmen versehen. – Der AKH-Skandal sollte Wien jahrelang beschäftigen. Zunächst nur ein Beispiel von Fehlpla-



Abb. 137: Fußgängerzone Kärntner Straße.

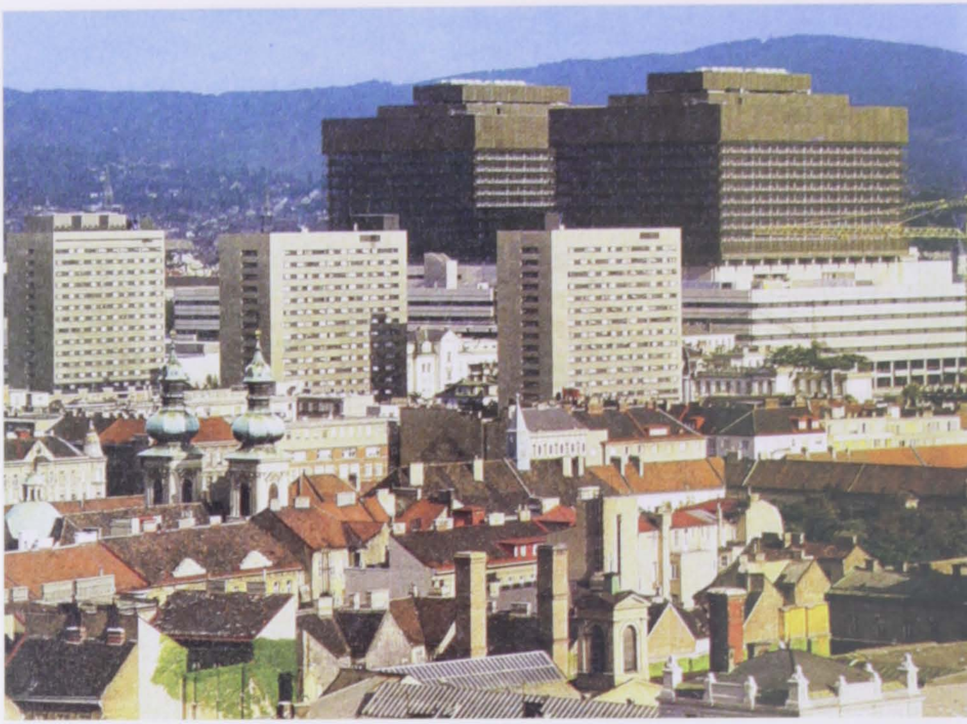


Abb. 138: Bau des AKH.

nung und gigantischer Kostenexplosion, wurde das Allgemeine Krankenhaus zum Beton gewordenen Symbol von Korruption, Verschwendung öffentlicher Mittel und politisch-administrativer Verantwortungslosigkeit *(Abb. 138)*. Die ungeheuren Mehrkosten ließen im Vorfeld in der SPÖ die Überlegung aufkommen, den Bau einzustellen. Bürgermeister Gratz und Finanzstadtrat Hans Mayr glaubten, dies politisch nicht verkraften zu können, und hielten am Weiterbau fest. Kriminelle Machenschaften rund um die »Allgemeines Krankenhaus Planungs- und Errichtungsgesellschaft« (AKPE) wurden vielfach kolportiert. 1979/80 kam es dann zur Aufdeckung des AKH-Skandales. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss nahm ein Jahr lang die Vorgänge rund um den Bau des AKH unter die Lupe; eine Serie von Verhaftungen war die Folge. Schmiergeldzahlungen, die sich bis ins Jahr 1972 zurückverfolgen ließen, Gründung von Scheinfirmen, Transaktionen von Millionenbeträgen auf ominöse ausländische Konten und krasse Fehlplanungen kamen dabei ans Tageslicht. Neben AKH-Managern waren offensichtlich große in- und ausländische Elektronikfirmen in die korrupten Machenschaften verstrickt. Bürgermeister Gratz und einigen Stadträten wurde ebenso mangelhafte Kontrolle vorgeworfen wie Finanzminister Androsch und Gesundheitsministerin Leodolter. Dazu



Abb. 139: Einsturz der Reichsbrücke.

kamen ungeklärte Vorwürfe der Parteienfinanzierung. Im November 1981 wurde Adolf Winter, einer der Geschäftsführer der AKPE, zu neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt; die Schmiergeldzahler der am Bau beteiligten Privatfirmen erhielten Strafen von zweieinhalb bis vier Jahren. Den Politikern, allen voran Gratz, gelang es allerdings, den AKH-Skandal relativ unbeschadet zu überstehen. Der Versuch durch die SPÖ-Parteispitze, den Skandal auf einen Fall von Wirtschaftskriminalität zu reduzieren, fand bei weiten Kreisen der Bevölkerung dennoch wenig Sympathie. Alle Wählergruppen, auch viele SPÖ-Anhänger, empfanden die Vorgänge rund um den AKH-Bau als skandalös.

Auch eine Reihe anderer politischer Erschütterungen ging an Gratz spurlos vorbei. 1977 wurden enorme Kostenüberschreitungen bei städtischen Bauvorhaben, wie dem Praterstadion, dem Stadthallenbad oder der Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost, und schwere Baumängel beim kurz zuvor eröffneten Weststadion bekannt. 1978 erschütterten Grundstücksspekulationen (Marco-Polo-Gründe, Tamariskengasse und andere) im Einflussbereich des Wiener Magistrats die Stadtpolitik. Im selben Jahr geriet die städtische Baufirma Teerag-Asdag in finanzielle Turbulenzen. 1981 wurden Mängel an der neu eröffneten Hauptkläranlage bekannt; dem folgte die rechtswid-

rige Deklarierung von Klärschlamm bei den Entsorgungsbetrieben Simmering. 1983 ging die Rinter AG, die eine Müllverwertung garantiert hatte, mit fast einer Milliarde Schilling in Konkurs.

Zum Schlüsselereignis der Wiener Stadtpolitik sollte freilich der Einsturz der Wiener Reichsbrücke am 1. August 1976 werden *(Abb. 139, S. 625)*. Dem öffentlichen Vorwurf der mangelhaften Kontrolle der Wiener Brücken begegnend, wurde die Überprüfung aller Brücken angeordnet. Der Einsturz der Reichsbrücke wurde auf Mängel beim Bau der Brücke in den 1930er-Jahren, gepaart mit besonders ungünstigen Witterungs-, Strömungs- und Temperaturverhältnissen als unmittelbaren Auslösern, zurückgeführt. Aus Sicherheitsgründen wurde auch die Floridsdorfer Brücke gesperrt. Im November 1980 wurde die neue Reichsbrücke eröffnet, die zugleich das Problem der Donauquerung für die im Bau befindliche U-Bahn-Linie U1 löste; die neue Floridsdorfer Brücke war schon im Oktober 1978 fertig gestellt worden. Das Brückendesaster zog im technischen Bereich eine Neuorganisation nach sich, um mehr Effizienz, Koordination und Kontrolle zu gewährleisten. Es folgte eine Zeit intensiven Brückenbaues in Wien.

Auf politischer Ebene kam es zum Rücktritt des zuständigen Stadtrates für Stadtgestaltung und Verkehr, Fritz Hofmann. Ein Rücktrittsangebot von Gratz wurde von seiner Partei nicht angenommen. Stadtsenat und Landesregierung wurden umgebildet: Es gab nunmehr zehn amtsführende Stadträte der SPÖ und vier Kontrollierende Stadträte der ÖVP. Rudolf Wurzer wurde Stadtrat für Stadtplanung, Peter Schieder Stadtrat für Inneres und Bürgerservice. Wiens Stadtregierung erkannte die Notwendigkeit des verstärkten Kontaktes mit dem Bürger im Wege des Bürgerservices (später: Bürgerdienst). In der Verfassungsreform von 1978 wurden die Instrumente der direkten Demokratie, das Volksbegehren, die Volksbefragung und Volksabstimmung, verankert. Gleichzeitig wurde der Landtag bzw. Gemeinderat aufgewertet: Es wurde die Fragestunde eingeführt. Alle im Gemeinderat vertretenen Parteien erhielten das Recht, im Rathaus Klubs einzurichten. Im Rahmen einer Verwaltungsreform begannen die ersten Maßnahmen einer Dezentralisierung; Bezirksvorsteher und Bezirksvertretungen bekamen zusätzliche Kompetenzen.[8]

Erhard Busek. Bunte Vögel gegen Saurier

Eine Ironie des Schicksals brachte es mit sich, dass nicht Bürgermeister Gratz im Zuge des Einsturzes der Reichsbrücke zurücktrat, sondern der Führer der oppositionellen ÖVP, Landesparteiobmann Bauer, der es nicht verstanden hatte, dieses symbolträchtige Ereignis politisch zu nutzen. Ihm folgte eines der größten politischen Talente der ÖVP, Erhard Busek (geb. 1941). Der neue Landesparteiobmann und Kontrollierende Stadtrat Busek, zuvor Generalsekretär des Wirtschaftsbundes bzw. Generalsekretär der Bundespartei, erweckte von Anfang an bei den ÖVP-Wählern und den mobilen

Wählern große Hoffnungen. Busek leitete eine umfassende organisatorische und programmatische Reform der Wiener ÖVP ein.

Organisatorisch wurden Beteiligungsinstrumente außerhalb der traditionellen Parteiorganisation geschaffen: »Pro Wien«, als Anlaufstelle für interessierte Bürger gegründet, entwickelte sich zu einer Art Parallelorganisation zur bündischen Parteistruktur, wo sich zum Engagement für, aber nicht zur Integration in die ÖVP bereite Bürger sammelten. Das »Büro für Bürgerinitiativen« wollte diesen Gruppen konkrete Hilfestellung anbieten. Das Kultur- und Kommunikationszentrum »Metropol« sollte dem gegenseitigen Verständnis von Jugend und Künstlern dienen. Der »Club Pro Wien« veranstaltete Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zu politischen, sozialen und kulturellen Themen.

Für die Ebene der Spitzenpolitik konnten eine Reihe von Persönlichkeiten geworben werden: der Literat Jörg Mauthe (1924–1986), der Journalist Alfred Worm, die spätere Präsidentin der Katholischen Aktion, Eva Petrik, der Verfassungsrechtler Manfried Welan oder Dolores Bauer. Mit diesen Persönlichkeiten wollte die Partei Offenheit signalisieren und wichtige Wählergruppen ansprechen. Inhaltlich ging es darum, eine »andere Art von Politik« zu betreiben. Die Bürger wurden aufgefordert, »die Stadt in Besitz zu nehmen«. Mit Hilfe des basisdemokratischen Mittels der Bürgerinitiative sollte die Stadt erneuert und belebt werden. Busek schwebte die Restaurierung der Bezirkskerne und kleinen Einheiten vor. Mit der Wiederherstellung des unmittelbaren Lebensraumes der Menschen, des Grätzels, würden auch die Kommunikations- und Kultureinrichtungen in der Wohnumgebung wieder belebt werden. In Buseks »bürgerlichem Credo« spielten Gasthäuser, Kaffeehäuser und Lokale in der nächsten Wohnumgebung eine große Rolle, die als Veranstalter von Dichterlesungen, Diskutierstunden und Kabarettveranstaltungen urbane Vergnügungen mit Übersichtlichkeit und Vertrautheit verbinden sollten. Das erstmals Ende April 1978 abgehaltene »Stadtfest« – bewusst als eine Art Gegenveranstaltung zur jährlichen sozialistischen Maifeier initiiert – stand ganz in der Tradition der Spektakel-Kultur früherer Zeiten: Wien sollte einen Tag lang ein Kulturfest ersten Ranges bekommen *(Abb. 140, S. 629)*.

Busek betonte den Vorrang von qualitativer Stadterneuerung in der Wohnungspolitik – die überdies Arbeitsplätze schaffe – vor purer quantitativer Stadterweiterung. Dezentralisierung der Politik und mehr Bürgernähe waren ihm große Anliegen. Urbane Lebensqualität und Umweltschutz waren zwei Seiten einer Medaille. Busek forderte »mehr Grün statt Grau« ein, wandte sich gegen den Bau von Stadtautobahnen und jede Verbauung öffentlicher Grünflächen, trat für den Vorrang des öffentlichen vor dem privaten Verkehr, für Fußgängerzonen statt Autostraßen ein. Diese Forderungen wusste Buseks Mannschaft geschickt zu propagieren: Mit Hilfe von Plakatständern, die rund um die Bäume aufgestellt wurden, konnte rasch und unübersehbar zu aktuellen Themen Stellung bezogen werden.

Die Bestrebungen zur Erneuerung und Belebung der Stadt waren nach innen wie nach außen gerichtet. Hatte Drimmel Wien als »clearing point« des europäischen

Kontinents bezeichnet, fasste Busek Wien und Städte wie Budapest, Prag, Triest, Laibach oder Krakau als pulsierendes Zentrum Mitteleuropas auf. Für Busek war »Mitteleuropa« ein geistiges Prinzip, eine Schicksalsgemeinschaft von Personen und Gesellschaften, Völkern und Nationen, eine Brücke in der europäischen Mitte, die dazu dienen sollte, die in den 1970er- und 1980er-Jahren durch den Eisernen Vorhang getrennten Teile des Kontinents zu verbinden.

Die Veränderungen in der ÖVP korrespondierten mit jenen in der politischen Kultur: Innerhalb der Wählerschaft ging der Anteil der Stammwähler, also jener, die praktisch unter allen Umständen dieselbe Partei wählen, zurück. Gleichzeitig nahm die Anzahl der mobilen Wähler zu. Man war immer weniger bereit, die Maßnahmen der Verwaltung ungefragt oder doch resignierend hinzunehmen. Es bildeten sich immer häufiger Bürgerinitiativen, die die Entwicklung ihres Umfeldes maßgeblich beeinflussen wollten. Entgegen den Prioritäten der Stadtregierung, die hauptsächlich auf Wohnbau, Sozial- und Fürsorgepolitik setzte, gewannen neue Inhalte wie urbane Lebensqualität und Umweltschutz immer mehr an Bedeutung.

Gleichzeitig profitierte die Wiener ÖVP unter Busek von gewissen Abnützungserscheinungen einer seit Jahrzehnten regierenden SPÖ, die mit Schicksalsschlägen, Finanzdesastern und echten Skandalen zu kämpfen hatte. So konnten die »bunten Vögel« Erhard Buseks erfolgreich gegen die »Saurier« der »alten« Stadtregierung antreten, die in den Augen vieler bloß nivellierend und beharrend, nicht aber selektiv und innovativ agierten. »Saurier« glaubte Busek freilich nicht nur bei der SPÖ, sondern auch in Teilen der »alten« ÖVP vorzufinden. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1978 konnte Busek erstmals reüssieren. Die SPÖ sank auf 57,2 % (oder 62 Mandate), die ÖVP konnte 33,8 % (oder 35 Mandate) erringen. Busek konnte wieder den Posten des Vizebürgermeisters bzw. des Landeshauptmannstellvertreters für die ÖVP ausfüllen. In den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1983 rutschte die SPÖ auf 55,5 % (oder 61 Mandate), stieg die ÖVP auf 34,8 % (oder 37 Mandate). Die ÖVP hatte damit ihr zweitbestes Ergebnis an Stimmen und ihr bestes Ergebnis an Mandaten erreicht.

Bei den Wahlen von 1978 kandidierte erstmals eine »grüne« Gruppierung: Die Wahlgemeinschaft für Bürgerinitiativen und Umweltschutz (WBU) erreichte 0,7 % (1983 konnte sie ebenfalls 0,7 % auf sich vereinigen). Im Zusammenhang mit der Friedens- und Alternativbewegung der frühen 1980er-Jahre war die Alternative Liste Österreichs (ALÖ) entstanden. Inhaltlich orientierte sie sich an den schon von den deutschen Grünen vertretenen Prinzipien »ökologisch«, »basisdemokratisch«, »solidarisch« und »gewaltfrei«. Sie trat für grundlegende Änderungen in Staat und Gesellschaft ein. Die ALÖ war von zwei Flügeln geprägt: Die Alternative Liste Wien (ALW) verfolgte überwiegend weniger ökologische Problemlösungen als vielmehr gesellschaftsverändernde Tendenzen mit überregionalen/gesamtgesellschaftlichen marxistischen Betrachtungsweisen und war wesentlich von radikalen oder ins subkulturelle Milieu abgedrängten Gruppen bestimmt. Bevorzugt wurden basisdemokra-



Abb. 140: 1. Wiener Stadtfest 1978.

tische Entscheidungsformen. Die Alternativen Listen Graz bzw. anderer Bundesländergruppen betonten demgegenüber stärker ökologische und demokratiepolitische Problemstellungen, setzten auf Reformen und parlamentarisches Engagement und befürchteten eine Minderung der Wahlchancen, wenn man sich allzu sehr auf Randgruppenthemen konzentrieren würde. Die ALW kandidierte erstmals bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1983; sie erzielte 2,5 % der Stimmen, die – wegen der eindeutig linken Positionierung dieser Grünbewegung – hauptsächlich zu Lasten der SPÖ gingen.[9]

Der Wiener VdU und die Wiener FPÖ 1945–1987

Das »Dritte Lager« sammelte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im »Verband der Unabhängigen« (VdU). Die führenden Exponenten des Wiener VdU waren Fritz Stüber, Fritz Ursin und Helfried Pfeifer; innerparteilich gehörten sie zu den exponiertesten Deutschnationalen. Als die minderbelasteten Nationalsozialisten auf Grund des Amnestiegesetzes von 1949 wieder wahlberechtigt waren, unterstützten sie fast zur Gänze den VdU. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1949 erzielte der VdU beachtliche 6,8 % oder sechs Mandate. Der Wiener VdU war in zahlreiche Konflikte mit der Bundesverbandsführung verwickelt. Diese kulminierten schließlich 1953 im Ausschluss des Wiener VdU-Obmannes Stüber und seines Stellvertreters Ursin aus dem VdU. Dieser Ausschluss war nur mit knapper Mehrheit zustande gekommen und leitete den Niedergang des VdU ein. Stüber und Ursin gründeten die »Freiheitliche Sammlung Österreichs« (FSÖ), in die der größere Teil des Wiener VdU geschlossen übertrat. Auf Grund dieser Aufsplitterung gingen die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1954 verloren. Die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) trat 1955 die Nachfolge des VdU an. In die Wiener FPÖ wurde der größte Teil der FSÖ integriert. Mit Emil van Tongel und Helfried Pfeifer stellte sie zwei führende deutschnationale Repräsentanten. Tassilo Broesigke, Freund des Bundesparteiobmannes Friedrich Peter, leitete die Wiener FPÖ seit 1956 und galt allgemein als konservativer Liberaler. »Paradeliberaler« war für viele Wilfried Gredler, Botschafter in Bonn. Ab 1959 wirkte Erwin Hirnschall als Bezirksrat und dann als Gemeinderat der FPÖ in der Wiener Kommunalpolitik. Als Oppositionspartei versuchte die FPÖ Versäumnisse und Fehlentwicklungen in der Stadtpolitik aufzuzeigen; bei den Wiener Wahlen reüssierte die FPÖ unterschiedlich: 1959 erreichte sie 8,0 % oder vier Mandate, 1964 5,7 % oder drei Mandate, 1969 7,2 % oder vier Mandate, 1973 7,7 % oder drei Mandate.

Zu Beginn der 1970er-Jahre begann in Wien ein Veränderungsprozess, der schließlich auch bundespolitisch größte Bedeutung erlangte. Eine Gruppe ambitionierter, junger und weltanschaulich weitgehend liberaler Politiker, die bundespolitisch teilweise im »Atterseekreis« engagiert waren, trat zur Eroberung der Wiener Landes-

gruppe an. Sie bildeten den »Wiener Kreis«, dem Norbert Steger, Holger Bauer, Hilmar Kabas oder Rainer Pawkowicz angehörten. Nach der Übernahme der Bezirksorganisationen wurden 1975 Pawkowicz und Steger zu Obmann-Stellvertretern. 1977 löste Steger Broesigke als Landesparteiobmann ab. Die Wiener FPÖ, vor allem vertreten durch ihren Obmann Steger, war in der Folge maßgeblich an den zentralen innerparteilichen Personalentscheidungen – Abtritt des Bundesparteiobmannes Peter und Wahl von Alexander Götz zu seinem Nachfolger im Jahr 1978 und schließlich Herbeiführung von dessen Rücktritt – beteiligt. In einer Kampfabstimmung am Parteitag 1980 setzte sich schließlich Steger – freilich nicht als »liberal«, sondern als »national-liberal« deklarierter Kandidat – als Bundesparteiobmann durch. Stegers parteiinterne Reformen beschränkten sich hauptsächlich auf sachpolitische bzw. programmatische Liberalisierung. Das neue liberale Programm der FPÖ wurde im Juni 1985 verabschiedet. Die Wiener FPÖ war während Stegers Obmannschaft bei Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen nicht sehr erfolgreich. Im Jahr 1978 sackte sie von 7,7 % oder drei Mandaten im Wahlgang 1973 auf 6,5 % oder drei Mandate ab, 1983 gab es eine weitere Verschlechterung auf 5,4 % oder zwei Mandate. Weniger die Partei vermochte sich zu profilieren, als ihre Persönlichkeiten. Als Leiter des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses von 1980 bis 1981 versuchte sich Steger als Bekämpfer von Korruption und Politikerprivilegien zu präsentieren. Als engagierte Untersuchungsrichterin im AKH-Prozess erlangte Helene Partik-Pablé damals einen hohen Bekanntheitsgrad, der ihr später ein FPÖ-Nationalratsmandat einbrachte. Steger gelang es 1983, die FPÖ an der Regierung zu beteiligen. Er verlor aber während der Regierungsperiode die Unterstützung der Mehrheit der Partei. Steger wurde 1986 als Bundesparteiobmann durch einen »Putsch« gestürzt, der genauso effizient vorbereitet worden war wie derjenige, mit dem er und seine eigenen Mitstreiter zuerst die Wiener und dann die Bundespartei erobert hatten. Nach Stegers Ausscheiden als Landesparteiobmann im Jahr 1987 schloss sich auch die Wiener FPÖ voll der Linie des neuen Bundesparteiobmannes Jörg Haider an.[10]

Die Wiener KPÖ 1945–2001

Das erste Nachkriegsjahrzehnt bildete den Höhepunkt des politischen Einflusses der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Die Bildung der provisorischen Landesregierung im April 1945 vollzog sich unter außergewöhnlichen Umständen. Wie auch auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern wurde in Wien eine Landesregierung aus den drei Parteien SPÖ, ÖVP und KPÖ gebildet, die die Unabhängigkeit Österreichs erklärt und die Zweite Republik begründet hatten. Obwohl Wien damals noch zur Gänze von den Sowjets besetzt war, erhielt die KPÖ, die zunächst eine Gleichstellung in der Regierung mit der SPÖ gefordert hatte, nur vier von 14 Regierungssitzen. Die Dominanz der SPÖ, die den Bürgermeister und die halbe Lan-

desregierung stellte, wurde von ÖVP und KPÖ anerkannt. Im November 1945 kam es zu den ersten freien Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen. Wie auf Bundesebene, so erlebten die Kommunisten auch hier eine herbe Enttäuschung. Die KPÖ erreichte lediglich 8,0 % oder sechs Mandate. Sowjetische Übergriffe wie Plünderungen, Vergewaltigungen oder Überfälle hatten das Verhältnis der Wiener Bevölkerung zu den Sowjets getrübt. Da sich die KPÖ von diesen Übergriffen nicht distanzierte, sondern diese vielfach noch tabuisierte, wurde sie zur »Russenpartei« abgestempelt und musste bei den Wahlen chancenlos werden. Obwohl der Wiener KPÖ kein Stadtratsposten mehr zugestanden wäre, räumte man ihr aus Gründen der Diplomatie und der Rücksichtnahme auf die sowjetische Besatzungsmacht ein Ressort ein: Viktor Matejka (1901–1993) blieb weiterhin amtsführender Stadtrat für Kultur und Volksbildung. Er erwarb sich große Verdienste beim Aufbau der Kulturpolitik im zerstörten Wien. Er bemühte sich darum, dass alle kreativen Kräfte, gleich welcher politischen oder religiösen Überzeugung sie waren, kulturell tätig sein konnten. In Anerkennung seiner Leistungen wurde Matejka 1990 die Ernennung zum Bürger der Stadt Wien zuteil. 1949 erzielte der kommunistische Linksblock 7,9 % oder sieben Mandate – was den Mandatshöchststand der Kommunisten darstellt. Auf Grund des Kalten Krieges erschien der Kommunist Matejka in der Stadtregierung jedoch nicht mehr tragbar. Der von den Kommunisten initiierte Streik des Herbstes 1950, der von der Regierung und vom Gewerkschaftsbund als kommunistischer Putschversuch betrachtet wurde, stellte den Höhepunkt der Kampfkraft der KPÖ dar. Ihre Niederlage im Streik bedeutete einen entscheidenden Rückschlag. Allmählich begann der Verlust von Wählern und Anhängern. 1954 konnte die Wiener KPÖ 8,3 % oder sechs Mandate im Gemeinderat verbuchen. Der Abschluss des Staatsvertrages bzw. der Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht im Jahr 1955 zerstörte alle Illusionen einer kurzfristigen »sozialistischen« Perspektive in Österreich. Die 1956 enthüllten Verbrechen des stalinistischen Systems und die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes durch die Sowjetarmee erschütterten die Identität der Kommunisten. Sie hatten eine deutliche Auswirkung auf die Wahlen von 1959, in denen die Wiener KPÖ nur noch 5,2 % oder drei Mandate auf sich vereinigen konnte. In den 1960er-Jahren versuchte ein Reformflügel innerhalb der KPÖ deren Demokratisierung und Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie. Die Wiener KPÖ sank aber bei den Wahlen von 1964 auf 5,0 % oder zwei Mandate. Die Niederwerfung des »Prager Frühlings« durch Truppen des Warschauer Paktes im August 1968 löste heftige Fraktionskämpfe zwischen Stalinisten und Reformern aus, in denen die Stalinisten siegten. Führende Vertreter des »eurokommunistischen Flügels« wurden ausgeschlossen oder verließen freiwillig die Partei. Seither führt die KPÖ nur noch ein Schattendasein. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1969 verfehlte die KPÖ mit 2,9 % erstmals den Einzug in den Gemeinderat. Immerhin war die KPÖ im Wiener Gemeinderat zehn Jahre länger vertreten als im Nationalrat. Die KPÖ verlor in der Folge von Wahl zu Wahl: 1973 konnte sie nur noch 2,3 %, 1978 1,8 %, 1983 1,1 % und 1987 1,7 % erzielen. Bei den

Wahlen von 1991 und 2001 trat sie nicht an. 1996 erreichte sie bloß 0,5 %. Gegenüber der reinen quantitativen Betrachtungsweise fordern Vertreter der KPÖ wie Josef Lauscher, Landesobmann der KPÖ Wien und Gemeinderat von 1945 bis 1969, die Beachtung des Anteils der KPÖ an der Wiederherstellung der Verwaltung und an der Leistung des Wiederaufbaues und Wiederaufstieges der Stadt ein.[11]

Das Wiener Parteiensystem seit 1984

Helmut Zilk (geb. 1927) trat im September 1984 die Nachfolge von Bürgermeister Gratz an, der als Außenminister in die Bundesregierung Fred Sinowatz berufen worden war. Von Beruf Lehrer, war Zilk seit den ersten Stunden des Fernsehens im Jugend- und Bildungsbereich tätig. Als Programmdirektor des ORF (1967–1974) wurde er durch Diskussionsreihen wie »In eigener Sache«, »Stadtgespräche« oder »Auslandsecho« sehr bekannt. 1979 berief ihn Bürgermeister Gratz als Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst, 1983 holte ihn Bundeskanzler Sinowatz als Unterrichtsminister in die SPÖ-FPÖ-Regierung. Seine Berufung zum Bürgermeister verdankte Zilk seiner Qualifikation als geschickter Medienmann, nicht einer stärkeren institutionellen Verankerung in der SPÖ. Zilk, dessen Ausstrahlung und politisches Gespür bei der Bevölkerung ankamen, wurde von seinem politischen Gegner Busek konzediert, einer jener »bunten Vögel« zu sein, von denen Busek im Wahlkampf gesprochen hatte. Zilk verstand es, die relevanten politischen Themen seiner Zeit, die damals von der ÖVP und den Grünen vertreten wurden, aufzugreifen und der Bevölkerung als seine eigenen Anliegen zu vermitteln. So saugte er gleichsam das zentrale Thema der Stadterneuerung und der urbanen Lebensqualität von der ÖVP ab und propagierte die Notwendigkeit der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Zilk gelang es, sich als »Bürgermeister für alle Wiener« zu präsentieren.

Zilk suchte Wien als Kulturhauptstadt Mitteleuropas zu etablieren. Jahrzehntelang hatten Konzepte, wie das als Welthauptstadt der Musik, eine bedeutende Rolle gespielt. Wiens Bevölkerung ist immer schon stolz auf die Wiener Symphoniker und die Wiener Philharmoniker gewesen, deren Neujahrskonzert um die ganze Welt gesendet wird. Die Musik von Schubert, Mozart, Beethoven, Haydn und Strauß gilt als essentieller Bestandteil der Identität Wiens; ihre Gedenkstätten werden als Außenstellen des Historischen Museums gepflegt. Darüber hinaus ist Wien untrennbar mit der Geschichte des Hauses Habsburg verbunden; seine Schlösser, Paläste und Sammlungen bilden den Grundstock des kulturellen Erbes Wiens.

Unter Bürgermeister Zilk und Kulturstadträtin Ursula Pasterk wurden auch neue Wege beschritten. Man wandte sich nun der jüngeren Vergangenheit zu. Im Rahmen der Wiener Festwochen wurde die Wiener Moderne mit den Schlüsselpersonen Freud, Wittgenstein und Schönberg wieder entdeckt. Zilk richtete besonderes Augenmerk auf die Kunst und Kultur des Fin de Siècle in Wien. Die Secession wurde

renoviert und 1986 mit dem restaurierten Beethoven-Fries von Gustav Klimt wieder eröffnet. Die Ausstellung »Traum und Wirklichkeit. Wien 1870–1930« aus dem Jahre 1985 wurde zu einem bedeutenden Publikumserfolg. Große Wiener Jahrhundertwendeausstellungen wurden in Edinburgh und Venedig gezeigt. Anlässlich des 100. Geburtstages von Egon Schiele wurde 1990 eine große Schiele-Ausstellung im Historischen Museum präsentiert. Wien entwickelte ein neues Image als vitales, ungebrochenes kulturelles Zentrum Mitteleuropas, das über die Blockgrenzen nach Ost und West ausstrahlte. Der Tourismus-Boom der 1980er-Jahre war auf die Betonung von Architektur, Malerei, Literatur und Wissenschaft besonders der Jahrhundertwende zurückzuführen.

Gleichzeitig schloss Zilk an die Tradition der theatralischen und populären Formen der Musik, an Operette und volkstümliche Musik, an. Wien sollte »Musical-Hauptstadt« werden. Mit Aufführungen der Musicals »Cats« oder »Das Phantom der Oper« konnten Häuser wie das Theater an der Wien und das Raimundtheater hunderttausende Besucher begeistern und auf Dauer ihre Auslastung sichern.

Buseks Impulse zur Reurbanisierung Wiens im kleinen Rahmen wurden von Zilk (und seinem Nachfolger) auf die Ebene der Festivalisierung und Theatralisierung gehoben und entwickelten sich zu einem der wichtigsten Legitimationsfelder der SPÖ. »Erlebnis-Kultur« ist das Stichwort der 1990er-Jahre geworden. Zum »Stadtfest« der ÖVP gesellte sich ab 1983 das gleichfalls jährliche »Donauinselfest« zum Schulschluss. Auf dem Rathausplatz werden jedes Jahr im Mai die Wiener Festwochen medienwirksam eröffnet sowie im Juli und August das »Open-Air-Filmfestival« abgehalten. Im Winter beherbergt der Rathausplatz den traditionellen Wiener Christkindlmarkt und einen Eislaufplatz (»Eistraum«). Zu Silvester wird die ganze Innere Stadt zur »Silvestermeile« mit Walzerklängen, Schrammelquartett, aber auch lateinamerikanischen Rhythmen.

Zilk forcierte den Kontakt zu jenen Städten Europas, die mit Wien historisch verbunden sind (Prag, Pressburg, Budapest oder Laibach). Er suchte die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und beauftragte Alfred Hrdlicka mit der Gestaltung des »Mahnmals gegen Krieg und Faschismus«, das im Gedenkjahr 1988 auf dem Albertinaplatz, wo bis Kriegsende der zerbombte Philipp-Hof stand, enthüllt wurde. Bemüht zeigte er sich um neue Impulse für die Architektur. Unter Zilk vollendete Friedensreich Hundertwasser das Hundertwasser-Haus im 3. Bezirk und gestaltete die Müllverbrennungs- und Fernheizanlage Spittelau künstlerisch aus. Hans Hollein errichtete das nicht unumstrittene neue Haas-Haus auf dem Stephansplatz.

Großprojekte der Vorgänger wurden fortgesetzt. Der U-Bahn-Bau schritt zügig voran. 1989 wurde die umgebaute Gürtelstadtbahn als U6 wieder eröffnet. 1991 nahm die U3 zwischen Volkstheater und Erdberg ihren Betrieb auf, 1993 verkehrte sie bereits bis Westbahnhof. 1987 wurde das Austria Center Vienna, das Konferenzzentrum in der UNO-City, eröffnet, das jahrelang auf heftigen Widerstand gestoßen war.[12]

Für die Wiener ÖVP brachte der charismatische Medienstar Zilk, der der ÖVP die Vertretung »grüner« Anliegen streitig machte, eine deutliche Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition. Innerparteilich kam es zur Auseinandersetzung mit der Bundes-ÖVP, als sich die Wiener ÖVP gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg (1984/85) stark machte. Im Landtags- bzw. Gemeinderatswahlkampf von 1987 stellte die SPÖ die Person des Bürgermeisters ins Zentrum; die ÖVP schwankte zwischen der Präsentation als selbstsichere, durch ihre Ideen die Politik Wiens bestimmende Partei oder einer Protestpartei. Erschwerend kam hinzu, dass sich die ÖVP auf Bundesebene seit 1986/87 in einer Koalition mit der SPÖ befand und unpopuläre Reformen mitzutragen hatte. Der Oppositionsbonus der früheren Jahre war damit verloren. Das Parteiensystem befand sich zudem in einem Umbruch: Früher relativ geschlossene und homogene politische Milieus brachen langsam auf; der Anteil der Stammwähler ging weiter zurück, während der Anteil der Wechselwähler stieg. Das hohe Ausmaß an Parteien- und Politikverdrossenheit fand seinen Ausdruck nicht nur in Wahlverweigerung – die »Partei der Nichtwähler« mutierte zur ersten, wenn auch unsichtbaren Kraft –, sondern zunehmend auch im Verteilen »politischer Denkzettel«. Die SPÖ konnte 1987 ihre Verluste in Grenzen halten: Sie erzielte 55,0 % und konnte auf Grund der Wahlarithmetik gar auf 62 Mandate steigen. Die ÖVP verlor 6,4 Prozentpunkte: Sie konnte nur noch 28,4 % bzw. 30 Mandate auf sich vereinigen. Die ÖVP musste damit ihren Anspruch auf den Vizebürgermeister bzw. Landeshauptmannstellvertreter aufgeben. Gewinner der Wahlen war die FPÖ, die von 5,4 auf 9,7 % (von zwei auf acht Mandate) zulegen konnte. Die FPÖ hatte es verstanden, die Wahlen zu einem Protest gegen die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen umzufunktionieren. Neben neun amtsführenden Stadträten der SPÖ entsandte die ÖVP vier Kontrollierende Stadträte in den Stadtsenat. Rainer Pawkowicz wurde der erste Stadtrat der FPÖ.

1986 war die Partei »Die Grüne Alternative (Grüne)« (GA) gegründet worden. Sie verstand sich als »Sammlung und Einigung der Bewegungen für Demokratie und Umwelt in Österreich«, als »gemeinsame demokratische Organisation jener Menschen, die sich in ökologischen, demokratischen, sozialen Bereichen, in der Kultur- und Friedenspolitik engagieren und für die Gleichberechtigung der Frau in Beruf, Politik und in der Gesellschaft eintreten« (Zitate aus den Satzungen vom Februar 1987). Naturgemäß vermochten die Grünen ökologische Themen wesentlich glaubhafter zu vertreten als die in die Jahre gekommenen »bunten Vögel« der ÖVP. Bei den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1987 scheiterten die Grünen aber an ihrem Unvermögen, im Wahlkampf Aufmerksamkeit für ihre Themen zu erregen. Im Unterschied zur Bundesebene, wo die Grünen 1986 mit der zugkräftigen Kandidatin Freda Meissner-Blau den Einzug in den Nationalrat geschafft hatten, waren sie in Wien ihrem basisdemokratischen Ideal treu geblieben und hatten darauf verzichtet, medienwirksame Kandidaten aufzustellen. So erzielten die Grünen lediglich 4,4 %, obwohl sie grundsätzlich über ein größeres Potential verfügt hätten. Mit entscheidend für das knappe Verfehlen der 5-Prozent-Marke war die getrennte Kandidatur

der Vereinten Grünen Österreichs (VGÖ), die 0,8 % erreichten. Die Gründung der VGÖ im Jahr 1982 war in engem Konnex mit den Debatten um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich gestanden. Die VGÖ forcierten umweltpolitische Maßnahmen, wobei sie aber auf dem Boden der herrschenden parlamentarischen und demokratischen Spielregeln bleiben wollten; darüber hinausgehende grundsätzlichere gesellschaftspolitische Forderungen im Sinne der ALÖ/ALW wurden abgelehnt. Die Einigung der Grünbewegungen (ALÖ und VGÖ) zur »Grünen Alternative« im Jahr 1986 wurde denn auch von Teilen der VGÖ bereut, weil diese sich ihrer Identität als bürgerlich-grüne Bewegung beraubt fühlten; in den Wiener Wahlen von 1987 suchten sie einen eigenen Weg zu gehen.

Busek hatte die innerparteiliche Kritik nur so lange eindämmen können, wie er Wahlerfolge verbuchen konnte. Die Öffnung der Partei zu einer Bewegung mit eindeutig liberalen und grünen Schwerpunkten bzw. die Installation von »Pro Wien« als einer Art Parallelorganisation zur bündischen Parteistruktur war von den maßgeblichen Politikern der Bünde übel genommen worden. Sie warfen Busek vor, die Kernschichten der Wiener ÖVP verunsichert zu haben. Als Busek im Frühjahr 1989 als Wissenschaftsminister in die Bundesregierung berufen wurde, wurde das Problem in Wien virulent. Auf dem Landesparteitag vom Oktober 1989 verfehlte Busek die auf Grund der Statuten notwendige Zweidrittelmehrheit für seine Wiederwahl als Landesparteiobmann. Der Arbeiter- und Angestelltenbund und der Wirtschaftsbund hatten die Kandidatur von Wolfgang Petrik ermöglicht, der letztlich Landesparteiobmann wurde. Nach dem Landesparteitag von 1989 gab es faktisch zwei unversöhnliche Wiener ÖVP-Gruppierungen, die Busek-Gegner und die Busek-Befürworter. In der Öffentlichkeit schien es, als vergesse die durch den eigenen Streit in sich polarisierte Partei den Wettbewerb mit den politischen Gegnern. Bei den Nationalratswahlen von 1990 verlor die ÖVP nicht weniger als 12,1 Prozentpunkte. Petrik musste zurücktreten, im Jänner 1991 wurde Heinrich Wille sein Nachfolger als Landesparteiobmann. Wille suchte vergebens die gespaltene Partei zu einen. Mit der Weltausstellung 1995 glaubte er die Partei als themenorientierte Bewegung präsentieren zu können. Doch die Wiener Bevölkerung entschied in der Volksabstimmung gegen die EXPO und nahm damit Wille den Wind aus den Segeln.

Die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1991 waren inhaltlich von der Frage der Ausländer-Problematik, die von der FPÖ in die Debatte eingebracht worden war, dominiert. SPÖ und ÖVP hatten es in den Jahren zuvor verabsäumt, die Ausländer-Frage ausreichend zu thematisieren und intensiv an ihrer Lösung zu arbeiten. Die gestiegene Zuwanderung hatte bei vielen Wienerinnen und Wienern Ängste um ihren Arbeitsplatz, ihre Wohnung und ihr Lebensumfeld entstehen lassen. Das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen erwies sich nicht immer als unproblematisch, da die Zuwanderer oftmals an ihrer Kultur festhielten und so eine Integration nur schwer möglich war. Die Situation in den Schulen mit hohem Ausländeranteil gestaltete sich oft schwierig. Neben realen Bedrohungsgefühlen existierten freilich auch durchaus

irreale Ängste und diffuse Vorurteile. Die SPÖ sackte 1991 auf 47,7 % ab, konnte aber auf Grund des die Mehrheit begünstigenden Wiener Wahlrechtes noch mit 52 Mandaten die absolute Mehrheit halten. Die SPÖ musste bei ihren traditionellen Wählergruppen – vor allem der Arbeiterschicht – katastrophale Einbußen in Kauf nehmen. Die ÖVP bekam in den Wahlen von 1991 die Rechnung für ihre nicht selten über die Massenmedien ausgetragenen innerparteilichen Flügelkämpfe und persönlichen Animositäten präsentiert. Sie hatte mit Wille keinen zugkräftigen Spitzenkandidaten und besetzte im Wahlkampf die falschen Themen Wohnen und Verkehr. Sie erhielt lediglich 18,1 % oder 18 Mandate und war damit in einem Ausmaß geschwächt worden, das bereits den substantiellen Kern der Partei berührte. Die ÖVP konnte nur noch bei traditionell eingestellten Stammwählern, Selbstständigen bzw. Angehörigen Freier Berufe und Akademikern punkten.

Die FPÖ war mit 22,6 % bzw. 23 Mandaten der große Gewinner und hatte den zweiten Platz erreicht. Ihr gelang es nicht nur, parteienverdrossene und Protest- wie Denkzettelwähler, die mit der Politik der Großen Koalition auf Bundesebene nicht einverstanden waren, an sich zu ziehen, sondern sie konnte mit dem hoch emotionalisierenden, mobilisierenden und über die Medien verstärkten Thema der Ausländer-Frage weite Bevölkerungsteile ansprechen und so reüssieren.

Den Grünen Alternativen gelang über Personalisierung und thematische Profilierung (Umwelt-, Sozial- und Randgruppenpolitik) die Anpassung an die Rahmenbedingungen eines medienorientierten Parteienwettbewerbs. Sie schafften nach mehreren Anläufen mit 9,1 % oder sieben Mandaten erstmals den Einzug in den Gemeinderat. Ihnen gelang es, Erst- und Jungwähler bzw. Wähler der oberen Bildungsschicht, Studenten und Akademiker für ihre Anliegen zu begeistern. Die VGÖ erzielten lediglich 1,9 % und kamen über den Status einer Kleinstpartei nicht hinaus. Im Stadtsenat waren acht amtsführende Stadträte der SPÖ vertreten, die ÖVP stellte zwei, die FPÖ drei Stadträte ohne Portefeuille. Christoph Chorherr wurde der erste Stadtrat der Grünen.[13]

Nach zehn Jahren trat Zilk 1994 nach einem Briefbombenanschlag auf sein Leben als Bürgermeister zurück. Sein Nachfolger wurde Michael Häupl (geb. 1949). Der promovierte Zoologe war bereits seit 1983 im Gemeinderat. Häupl arbeitete in den Ausschüssen »Bildung, Jugend und Familie« bzw. »Umwelt und Bürgerdienst«. 1988 wurde er zum amtsführenden Stadtrat für Umwelt, Freizeit und Sport berufen. Nach den Wahlen von 1991 wirkte er als amtsführender Stadtrat für Umwelt und Sport. 1993 wurde er als Nachfolger von Vizebürgermeister Hans Mayr, der 1988 Gratz in dieser Funktion abgelöst hatte, zum Vorsitzenden der SPÖ Wien gewählt. Als Stadtrat hatte sich Häupl für die Sicherung der Versorgung mit Hochquellenwasser, den Schutz der Wiener Biotope, die Verbesserung der Luftqualität, die Lärmbekämpfung oder die Bewältigung der Mülllawine eingesetzt.

Im Jahr 1992 übernahm Bernhard Görg die Führung der in sich zerstrittenen Wiener ÖVP. Görg hatte in der Privatwirtschaft gearbeitet und war als Presse- und

Organisationsreferent des Wirtschaftsbundes tätig gewesen. 1991 unterlag er am Bundesparteitag bei der Wahl gegen Busek. 1992 wurde Görg Stadtrat ohne Portefeuille. Mit Hilfe der Mehrheit der bürgerlichen Kräfte der Stadt wollte er das Amt des Bürgermeisters erringen. In Anlehnung an Busek und Mauthe wollte er dazu beitragen, Wien wieder zu dem zu machen, was es einmal gewesen war: ein Zentrum von Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, ein Zentrum, von dem Nobelpreisträger ausgingen. Mit dem neuen Programm »Lust auf Wien« wollte er die Weichen für die Zukunft stellen.[14]

Die Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen vom Oktober 1996 brachten eine neue Ära für das Wiener Rathaus. Erstmals im »Roten Wien« verlor die SPÖ auch ihre absolute Mandatsmehrheit, erstmals sah sie sich gezwungen, einen Partner für eine Koalitionsregierung zu finden. Die Wahlen waren in gewisser Weise ein weiterer Indikator für die Ablöse des traditionellen, lagergebundenen Parteiensystems durch Pluralität und Parteienvielfalt. Die Zeit absoluter Mehrheiten schien vorbei zu sein. Wenngleich die SPÖ mit Häupl jenen Spitzenkandidaten ins Rennen schickte, der von allen am glaubwürdigsten, kompetentesten und sympathischsten wirkte und mit den Fragen Sicherheit, Wohnen, Verkehr und Chancengleichheit für Frauen wichtige Themen für den Wahlkampf vorgab, überschatteten bundespolitische Trends den Wahlgang. Das Maßnahmenpaket, das die Regierungskoalition auf Bundesebene zur Konsolidierung des Budgetdefizits beschlossen hatte, sowie Diskussionen um Politikergehälter und Politikerprivilegien wirkten sich besonders negativ für die SPÖ Wien aus. Sie konnte nur 39,2 % der Stimmen oder 43 Mandate erreichen. Sie erlebte nach 1991 weitere große Einbrüche bei der Arbeiterschaft zu Gunsten der FPÖ und konnte sich nur bei den über 50-Jährigen behaupten. Die FPÖ konnte sich unangefochten als zweitstärkste Kraft in Wien festigen und Stimmen dazugewinnen. Sie erzielte 27,9 % oder 29 Mandate. Weniger die Person des Spitzenkandidaten Pawkowicz als die des Parteichefs Haider überstrahlte alles andere. Indem sachliche Defizite auf Bundesebene geschickt aufgegriffen und das polarisierende Thema der Ausländerintegration erneut in den Wahlkampf eingebracht wurden, konnte die FPÖ in allen Wählersegmenten, erstmals auch bei den Frauen, reüssieren.

Die ÖVP, geschwächt vom jahrelangen innerparteilichen Hickhack, konnte mit Bernhard Görg keine Umkehr ihres Abwärtstrends zustande bringen. Sie fiel auf ihr historisches Tief von 15,3 % oder 15 Mandaten. Entscheidend für dieses Ergebnis war die mangelnde Mobilisierung der eigenen Wählerschicht. Viele, die bei der Nationalratswahl von 1995 bzw. bei der parallel zur Gemeinderatswahl abgehaltenen Europawahl von 1996 die Volkspartei gewählt hatten, nahmen bei der Gemeinderatswahl von 1996 ihr Wahlrecht nicht in Anspruch oder wählten ungültig. Zudem wanderten auch viele ehemalige ÖVP-Wähler zur FPÖ. Den Grünen mit Peter Pilz, der von den Grün-Politikern die größte Medienwirksamkeit entfaltete, war es nicht gelungen, ihr Sympathiepotential in Stimmen und Wahlerfolge umzusetzen. Sie erzielten 7,9 % oder sieben Mandate. Ihre Wählerschaft bestand vorrangig aus den

jungen Bildungsschichten mit basisdemokratischem Demokratiebewusstsein, die eine ökologisch und sozial orientierte Politik einforderten und sich offen gegenüber Einwanderern und Ausländern gaben. Neu in den Gemeinderat konnte das Liberale Forum (LIF) einziehen. Es erzielte 8,0 % oder sechs Mandate. Das Liberale Forum mit seiner Spitzenkandidatin Gabriele Hecht konnte die junge, urbane Bildungsschicht, aber auch Liberale klassischen Typs in den mittleren Altersgruppen, insgesamt Bürger mit repräsentativ-demokratischem Bewusstsein ansprechen. Konstitutives Element der Anhängerschaft des LIF war die Ausstrahlung seiner Parteichefin Heide Schmidt als vehementester Gegnerin von Haiders FPÖ. Toleranz und Betonung demokratischer Rechte waren den Wählern des LIF wichtiger als wirtschaftsliberale Ideen.[15]

Erstmals nach 23 Jahren wurde eine Koalitionsregierung zwischen SPÖ und ÖVP geschlossen. In der Landesregierung bzw. im Stadtsenat stellte die SPÖ neben dem Bürgermeister sechs amtsführende Stadträte. Die SPÖ erkannte letztlich die Wichtigkeit der Frage der (Ausländer-)Integration und ordnete sie Renate Brauner als Teil-Ressort zu. Erstmals in der Zweiten Republik besetzte die ÖVP mit Maria Hampel-Fuchs die Position des Ersten Landtagspräsidenten. Die ÖVP bekleidete mit Bernhard Görg den Landeshauptmannstellvertreter bzw. Vizebürgermeister. Görg war gleichzeitig amtsführender Stadtrat für Planung und Zukunft. Peter Marboe leitete für die ÖVP das Kulturressort. In den Stadtsenat entsandten die FPÖ vier und die Grünen einen Kontrollierenden Stadtrat.

Auf Drängen der ÖVP ging die Koalition an die Neustrukturierung der Wiener Stadtwerke. Die Wiener Stadtwerke, 1949 als Zusammenschluss der E-Werke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe geschaffen, waren ein Regiebetrieb unter der Leitung eines Beamten (des Generaldirektors), damit Teil der Verwaltung der Stadt Wien. Die gesamte hierarchische Struktur unterstand somit politisch einem eigenen Stadtrat mit eigenem Gemeinderatsausschuss. Die Wiener Stadtwerke als Eigenregiebetrieb waren durch eine enge Verflechtung zwischen Politik, Verwaltung und Gewerkschaft gekennzeichnet. Durch Jahrzehnte entstand dadurch ein politischer Machtapparat besonderer Prägung, was sich unter anderem am 1. Mai durch eigene Formationen beim Aufmarsch der Sozialisten manifestierte. Bedingt durch den Beitritt Österreichs zur EU und angesichts unverkennbarer Liberalisierungs- und Globalisierungstendenzen musste man reagieren: Ein auf einen lokalen Monopolmarkt ausgerichtetes Unternehmen war den Bedingungen des freien Marktes anzupassen. Die ÖVP führte ins Treffen, dass nur ein aus der parteipolitischen Einflussnahme entlassenes kommunales Unternehmen, in dem in puncto Kostenwahrheit, Leistungskriterien und Effizienz möglichst privatwirtschaftliche Kriterien herrschen, dem internationalen Wettbewerb standhalten könne und so für künftige nationale und internationale Kooperationen gerüstet sei. Mitte 1997 wurde eine Arbeitsgruppe im Stadtsenat eingerichtet, die eine für die Zukunft des Energiemarktes geeignete Struktur der Wiener Stadtwerke erarbeiten sollte. Im Juni 1998 erfolgte der Grundsatzbeschluss für die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke und deren Umwandlung in die »Wiener

Stadtwerke Holding AG«. Zugleich wurden die fünf Gesellschaften »Wien-Strom GesmbH«, »Wien-Gas GesmbH«, »Wiener Linien GesmbH«, »Bestattung Wien GesmbH« und »Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GesmbH« gegründet. Die SPÖ stellte die Erhaltung einer hundertprozentigen Eigentümerschaft der Stadt Wien an den Kernbereichen Strom, Gas und Wiener Linien sicher; die ÖVP hätte es vorgezogen, lediglich bei den Wiener Linien das Alleineigentum der Stadt zu erhalten und in den anderen Bereichen der Stadt die Rolle eines strategischen Kernaktionärs zukommen zu lassen.

Des Weiteren einigte sich die Koalition 1997 auf die Privatisierung der Bank Austria. Die größte Bank Österreichs, 1905 als Zentralsparkasse gegründet, war einerseits wichtiger Kreditgeber der Stadtverwaltung, andererseits über einige Verflechtungen im Rahmen der Wiener Holding in das wirtschaftliche Geflecht der Stadtverwaltung einbezogen. Die ÖVP konnte es als ihren Erfolg ansehen, dass sich die Gemeinde Wien aus der direkten oder indirekten Verantwortung der Bank Austria völlig zurückzog, wenngleich festgelegt wurde, dass die Bank mehrheitlich in österreichischem Besitz bleiben müsse.

Die beiden von der ÖVP gestellten Mitglieder der Stadtregierung versuchten, eigene Akzente in ihren Ressorts einzubringen. Unter Bernhard Görg als Planungsstadtrat wurde die Verlängerung der U2 festgelegt. Bei der Trassenführung wurde versucht, die bestehenden und geplanten Stadterweiterungsgebiete östlich der Donau mit leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsmitteln zu erschließen. Gleichzeitig wurde der bedeutende Freizeitbereich des Praters samt dem Stadion und die alten Bezirksteile der Leopoldstadt einbezogen. Die Regierungskoalition konnte in den Jahren 1996 und 2000 die Fertigstellung der Linien U6 und U3 feiern. Görg verstärkte die Zusammenarbeit mit den Bundesländern Niederösterreich und Burgenland und initiierte einen permanenten Dialog mit der slowakischen Hauptstadt Bratislava/Pressburg. – Kulturstadtrat Marboe ging daran, Abhängigkeiten im Kulturbereich zu verringern und das kulturelle Leben verstärkt zu entpolitisieren. Aufsehen erregte etwa seine Bestellung von Kammersängerin Leonie Rysanek zur Präsidentin der Wiener Festwochen. Das Kulturbudget wurde unter Marboe vergrößert. Wesentlich für den Neubeginn in verschiedenen Kulturbereichen war die Neubemessung der Subventionen. So wurden die Subventionen der Vereinigten Bühnen Wien verringert und gleichzeitig andere Schwerpunktsetzungen vorgenommen, wie bei der Entschuldung von Theatern, beim Film, Tanz oder der Bezirkskultur. Gleichzeitig verstärkte Marboe die Transparenz in der Subventionierung.

Im April 1998 fand der Spatenstich zum »MuseumsQuartier Wien« (MQ) statt, einem der zehn größten Kulturzentren der Welt. Nach 23 Jahren Diskussion, zehn Jahren Planung und drei Jahren Bauzeit wurden im Mai/Juni 2001 die ersten Ausstellungen und Aufführungen gezeigt; Ende Juni kamen im Rahmen einer dreitägigen Arealseröffnung fast 300.000 Besucher ins MQ, bis zum Februar 2002 waren es bereits weit über eine Million. Die Dimensionen des MQ sind imposant und nur

mit den weltgrößten Kulturbauten zu vergleichen: 60.000 Quadratmeter Nutzfläche verteilt auf renovierte (zum Teil barocke) Altbausubstanz und neue, funktionelle Museumsbauten. Entstanden ist dabei ein neues Modell eines Kulturkomplexes, in dem bereits jetzt an die 20 Kulturanbieter arbeiten. Große, mittlere und kleine Kulturinstitutionen für Kunst, Architektur, Theater, Tanz, aber auch für Kinder und Jugendliche sind ebenso darunter wie Räume für Bibliotheken, Diskussionsstätten, Künstlerstudios und Verlage in einem eigenen neuen Stadtteil, der verkehrsmäßig bestens erschlossen, 24 Stunden geöffnet und frei zugänglich ist. Von den im MQ beheimateten Institutionen sei besonders auf das »Leopold Museum«, das einen einzigartigen Überblick über die österreichische Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts (Klimt, Kokoschka, Gerstl, Kolig, Egger-Lienz u. a.) bietet, und das »Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien« (MUMOK), das Werke des Wiener Aktionismus oder der Pop-Art zeigt, hingewiesen.[16]

Der Wahlkampf zu den Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 2001 war von der Frage dominiert, ob es nach der Wahl weiter eine rot-schwarze oder erstmals eine rot-grüne Koalition geben werde. Vor dem zweiten Szenario warnten sowohl ÖVP als auch FPÖ, wobei die FPÖ für den Fall Rot-Grün Zustände wie »Wahlrecht für Ausländer« oder »Drogen freigeben« prophezeite. Die Grünen nahmen diese Vorwürfe auf und persiflierten sie auf »Muezzin statt Pummerin« oder »Lipizzaner raus – Araber rein«. Die SPÖ führte einen auf die Person Häupls zugeschnittenen und mit kommunalpolitischen Inhalten versehenen Wahlkampf. Auch die ÖVP konzentrierte zunächst ihre Wahlwerbung auf Görg. Die liberale Spitzenkandidatin Alexandra Bolena präsentierte sich mit dem Schlagwort »Wien ist anders. Ich auch«.

Die FPÖ unter Hilmar Kabas, der dem verstorbenen Rainer Pawkowicz als Obmann nachgefolgt war, brachte von Beginn des Wahlkampfes an wieder die Ausländer-Frage ins Spiel. Die übrigen Parteien stellten sich dieser Diskussion eher widerwillig. Erst als Haider Aussagen über die »amerikanische Ostküste« und abfällige Bemerkungen über den Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, machte, die von Kommentatoren als antisemitisch eingestuft und von Häupl als antisemitisch verurteilt wurden, wurde das Duell Haider versus Häupl zur alles andere überstrahlenden Frage. Daran konnte insbesondere Görg nichts ändern, der am Ende des Wahlkampfes mit »Kein Zurück ins Rote Wien« vor der Möglichkeit einer absoluten Mehrheit der SPÖ warnte.

Die Wahl selbst endete mit einem Erdrutschsieg der SPÖ. Sie erzielte 46,9 % der Stimmen und konnte mit Hilfe der günstigen Wahlarithmetik die absolute Mehrheit von 52 Mandaten verbuchen. Sie konnte in Reaktion auf die von Haider gemachten Aussagen viele Wähler, die unentschlossen waren oder eher zur FPÖ tendierten, für sich gewinnen. Gleichzeitig waren freilich auch bundespolitische Einflüsse mit entscheidend: Seit der Beteiligung der FPÖ an der Bundesregierung im Jahr 2000 gingen alle Wahlen für die ehemals durch kantige Aussagen und Konzepte reüssierende Oppositionspartei verloren. Die FPÖ erreichte nur mehr 20,2 % oder 21 Mandate.

Sie hatte besonders an die SPÖ und die Nichtwähler, aber auch an die ÖVP Stimmen abgegeben. Die ÖVP verbuchte ein leichtes Plus: Sie erzielte 16,4 % oder 16 Mandate. Noch stärker als die Grünen hatte die ÖVP unter der Polarisierung zwischen Häupl und Haider gelitten. Sie hatte es verabsäumt, ihre fachliche Kompetenz und ihre Regierungserfolge, etwa im Wirtschafts- und Kulturbereich, entsprechend herauszustreichen. Lediglich traditionell-konservative Schichten vermochte sie für sich zu gewinnen; bei liberalen Bürgerlichen oder Arbeitnehmerschichten war kein Erfolg zu verzeichnen. Die Grünen dagegen erreichten 12,5 % oder 11 Mandate. Haiders Aussagen mobilisierten viele unentschlossene Sympathisanten der Grünen, zu den Wahlen zu gehen und für Grün zu stimmen. Den Grünen gelang es, viele LIF-Wähler für sich zu gewinnen. Sie konnten mit Thomas Blimlinger erstmals einen »grünen« Bezirksvorsteher (im ehemals von der ÖVP dominierten Bezirk Neubau) stellen. Sie vermochten aber nicht die absolute Mandatsmehrheit der SPÖ zu verhindern; alle Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung waren dadurch zunichte gemacht. Das Liberale Forum verpasste trotz eines engagierten Wahlkampfes mit massivem Mitteleinsatz mit lediglich 3,4 % der Stimmen den Wiedereinzug in den Wiener Landtag bzw. Gemeinderat. Sie verlor an alle anderen Parteien beträchtlich. Mit ausschlaggebend waren innerparteiliche Auseinandersetzungen und eine Positionierung ohne scharfe Kanten, die nicht ausreichend klar machte, warum die Wiener Bevölkerung die letzte Chance für das Liberale Forum hätte ergreifen sollen.

Die SPÖ regierte nach der Wahl von 2001 wieder alleine. Im Stadtsenat stellte sie acht amtsführende Stadträte. Die Oppositionsparteien FPÖ, ÖVP und die Grünen entsandten jeweils drei, zwei und einen Kontrollierenden Stadtrat. Unmittelbar vor Beginn des Druckes des vorliegenden Bandes fanden am 23. Oktober 2005 vorverlegte Neuwahlen statt. Die politische Ausgangslage hatte sich bereits im Frühjahr dieses Jahres verändert, als die bisherige FPÖ sich in das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) und eine weiter bestehende FPÖ aufspaltete. In Wien bildeten acht frühere Mandatarinnen und Mandatare der FPÖ unter dem Klubvorsitz von Günther Barnet einen eigenen Klub (BZW = Bündnis Zukunft Wien), die Führung der Wiener FPÖ ging von Hilmar Kabas auf Heinz-Christian Strache über. Bei den Wahlen am 23. Oktober ergaben sich folgende Ergebnisse: SPÖ = 49,09 % bzw. 55 Mandate (+ 2,18 % bzw. + 3 Mandate), FPÖ = 14,83 % bzw. 13 Mandate (-5,33 % bzw. -8 Mandate), ÖVP = 18,77 % bzw. 18 Mandate (+ 2,38 % bzw. + 2 Mandate), Grüne = 14,63 % bzw. 14 Mandate (+ 2,18 % bzw. + 3 Mandate); das BZÖ kam auf 1,15 %, lag damit hinter der KPÖ mit 1,47 % und gehört nicht mehr der Wiener Volksvertretung an. In der Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde das Ausmaß der Zustimmung, die die FPÖ erreichte hatte. – In den Wiener Bezirken ergab sich bei den Wahlen ein differenzierteres Ergebnis: So baute die ÖVP im 1. Bezirk ihre relative Mehrheit massiv aus, in den Bezirken 2-9 gelangen den Grünen Zuwächse. In der nun anlaufenden Legislaturperiode stellt die SPÖ in den Bezirken 2, 3, 5, 6, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22 und 23 (davon in den Bezirken 10, 11, 12, 16, 20, 21, 22 und 23 mit absolu-

ter Stimmenmehrheit), die ÖVP in den Bezirken 1, 4, 13, 18 und 19 und die Grünen in den Bezirken 7 und jetzt auch 8 die Bezirksvorsteher bzw. -vorsteherinnen.

Welche Parteien in der Zukunft in der Lage sein werden, zusätzliche Stimmen zu gewinnen, ist derzeit weitgehend offen. In einer Zeit der schwindenden Lagerbindungen und der steigenden Mobilität der Wählerschaft sind alle Konstellationen denkbar. Bundespolitische Einflüsse werden wahrscheinlich auch in Hinkunft eine gewichtige Rolle spielen. Der Blick in die Zukunft bleibt freilich vage, unbestimmt, viel schwieriger als die ebenso schwierige Aufarbeitung des Vergangenen.[17]

Wien – Ort der internationalen Begegnung

Im Herzen Europas gelegen und Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses der Integration von Völkern, Kulturen und Religionen, war Wien immer schon dazu prädestiniert, als Ort der internationalen Begegnung zu fungieren. Als Zentrum des Heiligen Römischen Reiches und danach des Kaisertums Österreich bzw. der Österreichisch-Ungarischen Monarchie war die Stadt oft Schauplatz für Friedensschlüsse und Kongresse. Man denke dabei nur an das Großereignis des Wiener Kongresses von 1815. Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Wien aber in einer Identitätskrise. Man sprach vom »Wasserkopf Wien«, von einer Stadt, die in dem klein gewordenen Staat ihre Funktion verloren habe. Doch in den 1920er-Jahren wurde bald vom »Wunder von Wien« gesprochen; Wien fand seine Identität im »Roten Wien« mit einem gewaltigen sozialen Wohnbau- und Fürsorgeprogramm. 1945 galt es abermals, diese Stadt wieder aufzubauen. Hunger und Not, Schutt und Verzweiflung waren das Erbe von Diktatur und Krieg. Mit Entschlossenheit und Enthusiasmus gingen die Wienerinnen und Wiener an die Arbeit, um aus den Trümmern wieder »ihre Stadt« zu errichten. Großartiges wurde dabei geleistet; dennoch sprach man kurz nach dem Zweiten Weltkrieg noch besorgt von Wien als einer Stadt, die nahe des Eisernen Vorhangs einer ungewissen Zukunft entgegensah. Aus dieser geographisch schwierigen Position ergab sich in einer Zeit politischer Entspannung eine wichtige Aufgabe, eine Herausforderung. Österreich erhielt 1955 seinen Staatsvertrag und seine volle Souveränität zurück. Es erklärte seine immer währende Neutralität. Damit eröffnete sich für Wien die große Chance, der Begegnungsplatz für Ost und West, für Europa und die ganze Welt zu werden, und dies gerade in Zeiten des Kalten Krieges. Wie prekär die Lage der Stadt unweit des Eisernen Vorhangs sein konnte, bewiesen 1956 und 1968 die Vorgänge in den Nachbarstaaten Ungarn und der Tschechoslowakei. Viele der Flüchtlinge, die Österreich damals aufnahm, fanden gerade in Wien eine neue Heimat.

In den Jahrzehnten nach 1955 fand das totgesagte Wien zu einem neuen Selbstverständnis und zu einem neuen Selbstbewusstsein – als Stätte des Friedens, der Freiheit und der internationalen Kommunikation. Schon bald nach der Wiedererlangung der Souveränität wurde Wien zu einer wichtigen Kongressstadt. Als wichtigster Kongress

der ersten Jahre ist der internationale Diplomatenkongress von 1961 anzuführen, der die »Wiener Konvention« über die Stellung der Diplomaten beschloss. Wien war im Juni 1961 Schauplatz des Gipfels zwischen West und Ost, von John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow. Im Mai 1975 trafen sich die Außenminister der USA und der Sowjetunion, Henry Kissinger und Andrej Gromyko, in Wien. Wien leistete fortan einen großen Beitrag zum Weltfrieden. 1975 wurde hier die Zypernkonferenz abgehalten. Nach jahrelangen Verhandlungen wurde im Juni 1979 der Vertrag zur Beschränkung der strategischen Rüstung (SALT II) von US-Präsident Jimmy Carter und dem sowjetischen Staatschef Leonid Breschnjew im Redoutensaal der Hofburg unterzeichnet. Ab 1980 verhandelte man in Wien über den Truppenabbau in Mitteleuropa (MBFR). Im November 1986 trafen in der Stadt die Außenminister der Supermächte, Shultz und Schewardnadse, zusammen, um im Rahmen einer Sitzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE/engl. CSCE) über die Verminderung der Mittelstreckenraketen in Europa zu beraten. 1989 verhandelten NATO und Warschauer Pakt in Wien über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa (VKSE). 1990 fanden in der Hofburg Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM) statt. Für seine Verdienste um den Weltfrieden wurde Wien schon im Jahr 1988 von der UNO zum »Friedensbotschafter« ernannt. Die jahrelangen Verhandlungen und Konferenzen der KSZE in Wien fanden ihren Höhepunkt in der 1994 erfolgten Erhebung der KSZE zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, engl. OSCE), einer gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation, mit Hauptsitz in Wien. Wien erreichte schon Anfang der 1970er-Jahre an Umfang und Bedeutung den fünften Platz in der Liste der »Welt-Kongressstädte«. Zu Anfang des neuen Jahrtausends zählt Wien zu den drei wichtigsten Austragungsorten für Kongresse und Konferenzen. Konferenzen im großen Rahmen erfolgten im zweiten Halbjahr 1998, als Österreich die EU-Präsidentschaft innehatte – Wien wurde vorübergehend zum Zentrum Europas.

Wien ist untrennbar mit der UNO verbunden. Der Beschluss der Bundesregierung von 1967, gemeinsam mit der Stadt Wien für die in Wien beheimateten UNO-Organisationen einen Amtssitz zu bauen, war zukunftsweisend. Die Ablehnung dieses Projekts wegen finanzieller Bedenken durch die ÖVP war, im Nachhinein gesehen, kurzsichtig. Das von der ÖVP initiierte Volksbegehren gegen das Konferenzzentrum in der UNO-City im Jahr 1982, das von 1,36 Millionen Österreichern unterschrieben wurde, änderte nichts daran, dass dieses gebaut wurde. Mit der Übergabe der UNO-City (offiziell des Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums Wien = IAKW) an die Vereinten Nationen im August 1979 wurde Wien nach New York und Genf zur dritten UNO-Stadt. Im April 1987 wurde das Konferenzzentrum (Austria Center Vienna) eröffnet. Heute kann sich Wien der Tatsache rühmen, der einzige Amtssitz der UNO innerhalb der EU zu sein *(Abb. 141)*.

Trotz aller internationalen Bemühungen blieb Wien nicht vom internationalen Terrorismus verschont. Am 21. Dezember 1975 überfielen fünf Terroristen den da-



Abb. 141: UNO-City.

maligen Sitz der OPEC am Dr.-Karl-Lueger-Ring und töteten einen österreichischen und einen irakischen Sicherheitsbeamten sowie einen libyschen OPEC-Delegierten. Sie brachten elf OPEC-Minister in ihre Gewalt und verließen mit ihnen per Flugzeug das Land. Am 1. Mai 1981 wurde Heinz Nittel, amtsführender Stadtrat und gleichzeitig Präsident der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, von einem radikalen Palästinenser der von Abu Nidal geführten Gruppe Al Asifah ermordet. Am 29. August 1981 richteten zwei Araber vor der Synagoge in der Seitenstettengasse ein Blutbad an, das zwei Tote und 20 Schwerverletzte forderte. Die Täter konnten verhaftet werden. Am 27. Dezember 1985 griffen drei arabische Terroristen den Schalter der Fluglinie El-Al am Flughafen Wien-Schwechat an; vier Menschen starben, 45 weitere wurden zum Teil schwer verletzt.

Die folgende, chronologisch geordnete Übersicht listet die in Wien ansässigen UNO-Organisationen und das Jahr ihrer Ansiedlung in Wien auf; sie bietet Hinweise darauf, ob sie Hauptsitz (HQ) oder Regionalbüro (RB) der jeweiligen Organisation sind:

- Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), 1951, RB.
- Sekretariat des wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Auswirkungen Atomarer Strahlung (UNSCEAR), 1955, HQ.

- Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO/engl. IAEA), 1957, HQ.
- Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO), 1966, HQ.
- Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL), 1978, RB.
- Informationsdienst der Vereinten Nationen in Wien (UNIS), 1979, RB.
- Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV), 1979, HQ.
- Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Kriminalität (UNODC), 1990, HQ.
- Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UN-OOSA), 1993, RB.
- Vorbereitende Kommission für die Organisation des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO), 1997, HQ.
- Organisation der Vereinten Nationen für Nachhaltige Energie (UNISEO), 2002, RB.

Außer den UNO-Organisationen sind folgende zwischenstaatliche, internationale Organisationen in Wien angesiedelt:

- Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC), 1965, HQ.
- OPEC Fonds für Internationale Entwicklung (OFID), 1976, HQ.
- Europäisches Patentamt (EPA/engl. EPO), 1991, RB.
- Internationale Organisation für Migration (IOM), 1992, RB.
- Internationales Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD), 1993, HQ.
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE/engl. OSCE), 1994, HQ.
- Wassenaar Arrangement on Export Controls for Conventional Arms and Dual-Use Goods and Technologies (WA), 1996, HQ.
- Europäische Stelle (der EU) zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), 1997, HQ.
- Internationale Kommission zum Schutz der Donau (IKSD/engl. ICPDR), 1998, HQ.

Darüber hinaus sind 75 nicht-zwischenstaatliche, internationale Organisationen (Non Governmental Organizations = NGOs) in Wien beheimatet, unter ihnen Amnesty International, Österreichisches Rotes Kreuz, CARE International, Caritas Österreich, The Club of Rome – Europabüro, Konferenz der NGOs mit Konsultativstatus bei den Vereinten Nationen (CONGO) in der UNO-City, Ärzte ohne Grenzen, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Vier Pfoten International, Greenpeace, Internationales Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA), Internationales Institut für den Frieden (IIF), Internationales Presseinstitut, Internationale Fortschrittsorganisation, Lions Clubs International, Pax Christi – Internationale Friedensbewegung, Reporter ohne Grenzen, Rotary International, Simon Wiesenthal Zentrum, Gesellschaft für bedrohte Völker – Österreich, SOS-Kinderdorf International, Trans Fair, Österreichische Liga für die Vereinten Nationen, Österreichisches

Komitee für UNICEF, Österreichische UNESCO-Kommission, Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit (AGEZ), Weltkonferenz der Religionen für den Frieden, World Vision – Gesellschaft für Entwicklungshilfe und Völkerverständigung oder auch World Wildlife Fund (WWF) Österreich.

Schließlich aber haben der Fall des Eisernen Vorhangs 1989, der EU-Beitritt Österreichs 1995 und zuletzt die Osterweiterung der Europäischen Union 2004 zur EU der 25 Mitgliedsländer Wien eine neue internationale Ausrichtung gegeben. – Wenn Wien heute als weltoffene Metropole im Herzen Mitteleuropas gilt, so verdankt es diesen Ruf nicht zuletzt seiner Rolle als Ort der internationalen Begegnung mit starker personeller Präsenz diplomatischer Vertreter, internationaler Beamter, UNO-Mitarbeiter oder der jährlich Zehntausenden Personen, die sich im Rahmen von Konferenzen, Sitzungen und Tagungen für einige Zeit in der Bundeshauptstadt aufhalten.[18]

Anmerkungen

Besatzung, Wiederaufbau und Konsolidierung

1 Der Autor dankt der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien für die Förderung des vorliegenden Beitrags. – Zu den Opferzahlen vgl. Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 7, 10; Czeike, April und Mai 1945, 223; Stimmer, Wien 2000, 156–57; StadtChronik, 444; Vocelka, Trümmerjahre, 10.

2 Zum Ausmaß der Zerstörung Wiens vgl. Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 8, 37–39; Vocelka, Trümmerjahre, 11–13; ÖJb 1945–46, 399–405; StadtChronik, 444; Czeike, April und Mai 1945, 223; Stimmer, Wien 2000, 11–14, 283–84; zum Phänomen der Plünderungen durch die Bevölkerung siehe Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 37–38; Schöner, Wiener Tagebuch 1944/1945 (12. April 1945), 149; Rathkolb, Besatzungspolitik, 191, 197–98; Stimmer, Wien 2000, 283–84.

3 Zur Entwicklung der sozialistischen Strömungen ab 1934 und der Gründung der SPÖ siehe Stimmer, 40 Jahre, 77, 83–120, 132.

4 Für die Gründungsgeschichte der ÖVP vgl. Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP, 13–20; Köhler, Wiener ÖVP, 467–71; Weinberger, Tatsachen, passim; Stimmer, 40 Jahre, 112.

5 Zur KPÖ siehe Ehmer, Kommunistische Partei, 275–76; Stimmer, 40 Jahre, 77, 88–90, 92–93, 102, 104, 114–16, 118–20; Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP, 18.

6 Zum Aufbau der demokratischen Stadtverwaltung siehe Czeike, April und Mai 1945, passim; Rauchensteiner, Kriegsende, 201–03, 209; Csendes, Übergang, 237–39; Csendes, Geschichte, 168–69; Czeike, Geschichte, 289.

7 Für die Institutionen der Besatzungsmächte vgl. Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, passim; Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Csendes, Geschichte, 169–70; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 17–18, 26.

8 Zum Verhältnis Militärverwaltung-Stadtverwaltung siehe Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, passim; Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Csendes, Geschichte, 170, 163; Czeike, Geschichte, 290. – Zur Rückgliederung der in den Reichsgau Wien inkorporierten Gemeinden an Niederösterreich vgl. das Gebietsänderungsgesetz LGBl. Wien 14/1954, LGBl. NÖ 42/1954 bzw. BGBl. 110/1954. Siehe ferner das Bezirkseinteilungsgesetz LGBl. Wien 18/1954. In diesem Zusammenhang sei auf Mayer, Ein- und Ausgemeindungen, 262–64; StadtChronik, 8–53, bzw. die Karte »Territoriale Veränderungen im Raum Wien 1938–1954« verwiesen.

9 Für die alliierten Beschlagnahmen an Wohnraum vgl. Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Vocelka, Trümmerjahre, 12; Csendes, Übergang, 239; Czeike, April und Mai 1945, 232; Csendes, Geschichte, 171.

10 Zum Problem des Deutschen Eigentums und der sowjetischen Ausbeutung siehe Vocelka, Trümmerjahre, 21–22; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 34–36; Rathkolb, Besatzungspolitik, 193–95, 202; Die USIA-Betriebe in Niederösterreich, passim; Stimmer, 40 Jahre, 134–36.

11 Zum Thema Besatzungskosten siehe Vocelka, Trümmerjahre, 22; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 34.

12 Für die vielfältigen Beeinträchtigungen, Schikanen und Repressalien, die der oder die Einzelne infolge der Besatzung erleben konnte, vgl. Vocelka, Trümmerjahre, 21–23; Stimmer, 40 Jahre, 113, 134; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 17, 40, 43; Csendes, Geschichte, 171; Czeike, April und Mai 1945, passim; Mattl, Wien, 68; Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, 418; Rathkolb, Besatzungspolitik, 196–200, 202; Bandhauer-Schöffmann – Hornung, Von Mythen und Trümmern, 44; Mesner, Frauensache, 36–37.

13 Für den Gegensatz Besatzungsverhalten und Besatzungserleben bzw. die Leistungen der Alliierten vgl. Vocelka, Trümmerjahre, 22–23; Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, 418, 420; Rathkolb, Besatzungspolitik, 202; Stimmer, 40 Jahre, 134, 147.

14 Zur Lebensmittelversorgung Wiens und den alliierten bzw. internationalen Hilfslieferungen siehe Slavik, Wien, 11; Vocelka, Trümmerjahre, 14–16; Stimmer, 40 Jahre, 125–29; Stimmer, Wien 2000, 14, 285, 292–93; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 22, 30–31, 36–44; Rathkolb, Besatzungspolitik, 200–02; Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, passim; Mattl, Wien, 67–68; Czeike, Bürgermeister, 451, 455; Czeike, April und Mai 1945, passim; ÖJb 1945–46, 411–13.

15 Zum Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur siehe Vocelka, Trümmerjahre, 11–18; Stimmer, 40 Jahre, 127–31, 150, 155–56, 180–89, 196–97, 210, 214–16, 224–26, 240–41; Stimmer, Wien 2000, 11–14, 18–19, 87–92, 161–70, 175–88, 222–26, 273–82, 324–27; ÖJb 1945–46, 405–11; Ackerl/Vasek, Wiedergeburt, 36–40; Czeike, April und Mai 1945, passim; Rauchensteiner, Kriegsende, passim; Czeike, Bürgermeister, 451–52; Lang, Bedrohung, 289–92, 294–95, 297–98; Buchta, Selbstverständliches, 102–05, 108–10; Ausch, Wirtschaft, 122–24; Muhr, Verkehrsprobleme, 132–47; Sterk, Planungen, 125–26.

16 Zum Wiederaufbau und Ausbau des Gesundheitswesens vgl. Lang, Bedrohung, 298–99; Stimmer, Wien 2000, 11–12, 109–13, 283–90; Stimmer, 40 Jahre, 131, 155, 182, 202–04, 217, 239; Vocelka, Trümmerjahre, 17; ÖJb 1945–46, 412–13; Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur, 402, 407; Csendes, Übergang, 239; Czeike, Bürgermeister, 451; Rathkolb, Besatzungspolitik, 199.

17 Für die Entwicklung des Fürsorgebereiches nach dem Krieg vgl. Tesarek, Mittelpunkt, 36–45; Rauser, Junge, 46–47, 49–52, 57–60, 62–63; Schnell, Schulstadt, 81; Stimmer, 40 Jahre, 131, 155, 182, 228, 231, 239; Stimmer, Wien 2000, 229–37, 242–46, 252–54; ÖJb 1945–46, 413.

18 Zum Schulwesen vgl. Schnell, Schulstadt, 64–82; Stimmer, 40 Jahre, 127–28, 155, 182, 217; Stimmer, Wien 2000, 247–51; Czeike, April und Mai 1945, 234; Czeike, Bürgermeister, 451–52.

19 Für die städtischen Bemühungen in den Bereichen Sport und Bäderbau vgl. Rauser, Junge, 63; Kölbel, Triumphe, 162–68; Lang, Bedrohung, 297; ÖJb 1945–46, 402, 409; Stimmer, 40 Jahre, 182–84; Stimmer, Wien 2000, 317–21; Feichtenberger, Unsere Bäder, passim.

20 Zur Wiederherstellung der Gartenanlagen und zum Ausbau des Wald- und Wiesengürtels nach dem Krieg siehe Freiberg, Grün, 149–61; Stimmer, Wien 2000, 204–17, 264–69; Stimmer, 40 Jahre, 166–67, 182–86, 204–06, 211, 222, 231; ÖJb 1945–46, 410; Schubert, Favoriten, 108–24; Wiener Bezirkszeitung Favoriten Ausgabe 5/2004, 22–27.

Kommunaler Wohnbau

1 Zum Wohnbau von 1945 bis zur Jahrtausendwende vgl. Eigner/Matis/Resch, Sozialer Wohnbau, 49–100; Bramhas, Wiener Gemeindebau, passim; Marchart, Wohnbau, passim; Mattl, Wien, passim; Singer, Wiederaufbauen, 83–101; Slavik, Wien, passim; Stimmer, 40 Jahre, passim; Stimmer, Wien 2000,

12, 15, 17, 19, 23–33, 57–74; ÖJb 1945–46, 399–401, 408–11, 414–15; VOCELKA, Trümmerjahre, 11–13, 19–20, 36; ZIAK, Im Jahre Null, 13, 15–16; ZIAK, Chronik, 27–28, 33–34; RAUCHENSTEINER, Kriegsende, 202, 211; CZEIKE, April und Mai 1945, 223, 229–30, 232, 239; CSENDES, Geschichte, 167, 171–72, 175, 177; CZEIKE, Bürgermeister, 451, 455–60, 462–63, 465–66, 468–69, 472; CZEIKE, Geschichte, 288–90; StadtChronik, 53, 452–54, 463, 484, 501, 505, 515, 518; KRETSCHMER, Gasometer, passim; OPLL (Hg.), Das neue WStLA, passim; SCHLIKSBIER, Wohnen, passim.

Parteien, Politiker und Kommunalpolitik

1 Zum Problemkreis Große Koalition siehe MÜLLER/MELCHIOR, Parteien, 536–37, 544–49; KÖHLER, Wiener ÖVP, 471–75; STIMMER, 40 Jahre, 202; CSENDES, Geschichte, 173–74. – Das Zahlenmaterial ist MÜLLER/MELCHIOR, Parteien, 544–45, 548 entnommen. – Für die Besetzung der verschiedenen Verwaltungsgruppen mit amtsführenden Stadträten der SPÖ und ÖVP siehe die Jahrgänge 1945–74 des Handbuches der Stadt Wien; ADAMETZ, Die Verantwortlichen, 300–13; STIMMER, Wien 2000, 352–55.

2 Für Theodor Körner vgl. GERLICH, Körner, 307–13; KOLLMANN, Körner, passim; BOTZ, Körner, passim; CZEIKE, Bürgermeister, 450–56; STIMMER, Wien 2000, 330–35; CZEIKE, Geschichte, 289–90; CZEIKE, April und Mai 1945, passim; CSENDES, Geschichte, 168–71; RAUCHENSTEINER, Kriegsende, passim; Stadt Chronik, 443–52.

3 Als Standardwerk zur Thematik vgl. dazu insbesondere STOURZH, Einheit und Freiheit.

4 Zu Franz Jonas siehe GUTSCHNER, Jonas, 250–56; KREUZER, Ein Leben, passim; SCHAUSBERGER, Jonas, passim; CZEIKE, Bürgermeister, 457–66; STIMMER, Wien 2000, 335–38; CZEIKE, Geschichte, 290; CSENDES, Geschichte, 171–77; StadtChronik, 452–76; ACKERL/VASEK, Wiedergeburt, 46–47, 50; Stimmer, 40 Jahre, 151–57, 166–67; SINGER, Wiederaufbauen, 92; KÖLBEL, Triumphe, 164, 167; FREIBERG, Grün, 160; MUHR, Verkehrsprobleme, 138–46.

5 Zu Bruno Marek vgl. CZEIKE, Bürgermeister, 462–68; STIMMER, Wien 2000, 338–39, 184; CSENDES, Geschichte, 173–77; StadtChronik, 475–82; STIMMER, 40 Jahre, 170–72, 177, 179–87, 190, 156.

6 Zur Entwicklung der Wiener ÖVP in den 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahren vgl. KÖHLER, Wiener ÖVP, 469, 471–75; VODOPIVEC, Wer regiert, 36–37, 43–48; MÜLLER/MELCHIOR, Parteien, 594, 583; CSENDES, Geschichte, 170–74; STIMMER, 40 Jahre, 179, 162; STAUDINGER, Drimmel, 118–24.
Für die Besetzung des Postens des Vizebürgermeisters und des Landeshauptmannstellvertreters durch die ÖVP bzw. der verschiedenen Verwaltungsgruppen mit amtsführenden Stadträten der ÖVP siehe die Jahrgänge 1945–70 des Handbuches der Stadt Wien; ADAMETZ, Die Verantwortlichen, 300–13; STIMMER, Wien 2000, 352–55. – Zur DFP Franz Olahs siehe KONVICKA, »Olahs« Partei, passim.

7 Zu Felix Slavik und der Bürgermeisterkrise von 1972/73 vgl. MARSCHALEK, Slavik, 533–39; MÜLLER, Probst, 461–68; CZEIKE, Bürgermeister, 462–70; STIMMER, Wien 2000, 339–45, 65; CSENDES, Geschichte, 174–77; StadtChronik, 482–85; STIMMER, 40 Jahre, 190, 196–202; SLAVIK, Wien, passim; KRIECHBAUMER, Wiener Bürgermeisterkrise, 153–73; MATTL, Wien, 79–81; MÜLLER/MELCHIOR, Parteien, 583–85; KÖHLER, Wiener ÖVP, 475–76. – Zum Auf- und Abstieg von Franz Olah und seiner Partei DFP vgl. LECHNER, Olah, 426–34; KONVICKA, »Olahs« Partei, passim.

8 Zu Leopold Gratz und den Skandalen der 1970er und 1980er-Jahre siehe VOCELKA, Gratz, 185–91; CZEIKE, Bürgermeister, 471–72; STIMMER, Wien 2000, 342–47, 107–13, 164–69, 264–66, 273–75, 288; CSENDES, Geschichte, 174–78; StadtChronik, 485–503; STIMMER, 40 Jahre, 180–241; MATTL, Wien, 77–79, 84–87; ULRAM, Politischer Wandel, 157–65. – Für die Regierungsumbildung von 1976 siehe die Jahrgänge 1976–77 des Handbuches der Stadt Wien; STIMMER, Wien 2000, 352–55.

9 Zu Erhard Busek und der Entwicklung der ÖVP bis 1983 siehe BUSEK, Wien. Ein bürgerliches Credo, passim; BUSEK, Zurück zur Politik, 9–35; BUSEK/BRIX, Projekt Mitteleuropa, passim; WELZIG (Hg.), Busek, passim; MÜLLER/MELCHIOR, Parteien, 585–87; KÖHLER, Wiener ÖVP, 476–81; Verzeichnis Politiker ÖVP Wien, 759; ULRAM, Politischer Wandel, 163–76; DERTNIG, Wiener ÖVP 1976–1983, passim; MATTL, Wien, 81–84;

Csendes, Geschichte, 174; StadtChronik, 489–502. – Die Wahlergebnisse von 1978 und 1983 sind Köhler, Wiener ÖVP, 486–87 entnommen. – Zur Entwicklung der grünen Gruppierungen ALÖ und ALW vgl. Dachs, Grünalternative Parteien, 263–66; Klement, Entstehung, passim; Ulram, Politischer Wandel, 169–72.

10 Zum Wiener VdU bzw. zur Wiener FPÖ, ihren Persönlichkeiten und vor allem Norbert Steger vgl. Müller/Melchior, Parteien, 595–97; Gredler, Meine Rolle, 98–108; Hirnschall, Markenzeichen, 118–24; Luther, Steger, 548–57; Stimmer, Wien 2000, 111. – Die Wahlergebnisse des VdU bzw. der FPÖ von 1949 bis 1983 sind Köhler, Wiener ÖVP, 486–87 entnommen.

11 Zur Wiener KPÖ siehe Müller/Melchior, Parteien, 545–48; Ehmer, Kommunistische Partei, 276–78; Csendes, Geschichte, 170–71, 173; Stimmer, Wien 2000, 301–06, 353; Stimmer, 40 Jahre, 120, 132, 134–38, 141–45, 147, 156, 162, 169, 178, 187, 200–01, 218, 236–37; Rathkolb, Besatzungspolitik, 193–203; StadtChronik, 451; Lechner, Olah, 427–28, 430, 432; Lauscher, 30 Jahre, 186–94; Muhri, Zeitabschnitt, 244–52. – Die Wahlergebnisse der KPÖ von 1945 bis 2001 finden sich in Wahlergebnisse, 795–96.

12 Zu Helmut Zilk vgl. Vocelka, Gratz, 189; Stimmer, Wien 2000, 346–48, 226; Stimmer, 40 Jahre, 242–44; StadtChronik, 502–19; Müller/Melchior, Parteien, 586–87; Köhler, Wiener ÖVP, 482; Mattl, Wien, 84, 88–91, 7–22 sowie die Broschüre der Wiener Linien »Alles über uns. Betriebsangaben 2002«.

13 Zu den Wahlauseinandersetzungen von 1987 und 1991 bzw. den damit verbundenen politischen Implikationen siehe Plasser/Ulram, Gemeinderatswahl 1987, 57–78; Plasser/Ulram, Gemeinderatswahlen 1991, 97–120; Müller/Melchior, Parteien, 587–90; Köhler, Wiener ÖVP, 481–87; Worm, ÖVP Wien, 28–29; Stimmer, Wien 2000, 119–24. – Die Wahlergebnisse von 1987 und 1991 sind Plasser/Ulram, Gemeinderatswahlen 1991, 120 entnommen. – Für die Besetzung des Stadtsenats 1987 und 1991 siehe die Jahrgänge 1987/88 und 1991/92 des Handbuches der Stadt Wien; Stimmer, Wien 2000, 352–55. – Zur Entwicklung der grünen Gruppierungen GA und VGÖ bis 1991 vgl. Dachs, Grünalternative Parteien, 264–74; Müller/Melchior, Parteien, 588; Plasser/Ulram, Gemeinderatswahl 1987, passim; Plasser/Ulram, Gemeinderatswahlen 1991, passim.

14 Zu Michael Häupl und Bernhard Görg bis zur Wahl von 1996 vgl. Stimmer, Wien 2000, 348–49; Vocelka, Gratz, 191; die Broschüre der Wiener Linien »Alles über uns. Betriebsangaben 2002«; Köhler, Wiener ÖVP, 487–88; Verzeichnis Politiker ÖVP Wien, 760. – Für Häupls Funktion als Stadtrat siehe die Jahrgänge 1987/88 und 1991/92 des Handbuches der Stadt Wien; Stimmer, Wien 2000, 352–55.

15 Zur Landtags- bzw. Gemeinderatswahl von 1996 siehe Palme, Wahlen 1996, 103–18; Hofinger/Ogris, Kopf an Kopf, 85–102; Stimmer, Wien 2000, 350, 123–24; Mattl, Wien, 91–92; Worm, ÖVP Wien, 28–29; Tschirf, Verlust, 578–80. – Die Wahlergebnisse von 1996 sind Tschirf, Verlust, 579 entnommen.

16 Zur SPÖ-ÖVP-Koalition 1996–2001 vgl. Tschirf, Verlust, 578–89; Tschirf, Ausgliederung, 401–12; Stimmer, Wien 2000, 350, 223; Mattl, Wien, 91–93; die Broschüre der Wiener Linien »Alles über uns. Betriebsangaben 2002«; Waldner, MuseumsQuartier, 617–39; Broschüre »Lange Nacht der Museen 2003«. – Für die Besetzung des Stadtsenats nach den Wahlen von 1996 siehe den Jahrgang 1996/97 des Handbuches der Stadt Wien; Stimmer, Wien 2000, 352–55.

17 Zur Wahl von 2001 siehe Hofinger/Ogris, Wahl 2001, 3–13; Tschirf, Verlust, 588–589. Für die Besetzung des Stadtsenats nach den Wahlen von 2001 siehe den Jahrgang 2002 des Handbuches der Stadt Wien. – Die gesammelten Wahlergebnisse der Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen von 1945 bis 2001 finden sich in Wahlergebnisse, 795–796. – Zu den Wahlen vom 23. Oktober 2005 siehe die Angaben auf der offiziellen Homepage der Stadt Wien unter: http://www.wien.gv.at/wahlinfo/grbv2005/index.htm.

18 Zum Thema Wien als Ort der internationalen Begegnung siehe Kreisky, Begegnungsplatz Wien, 180–85; Stimmer, 40 Jahre, 151–53, 163, 191, 226; Csendes, Geschichte, 178; Czeike, Bürgermeister, 462; StadtChronik, ab 1945 passim; Knitel, Wien als Sitz, passim; Mattl, Wien, 18, 187–89; zum Treffen Chruschtschow-Kennedy im Jahr 1961 vgl. jetzt Sommer – Lindinger (Hgg.), Gipfel 1961. – Eine gute Übersicht über die aktuelle Entwicklung der internationalen Organisationen bietet: Internationale Organisationen in Wien, passim. – Zum internationalen Terrorismus in Wien vgl. StadtChronik, 488, 498, 504; Stimmer, 40 Jahre, 212, 228–29.

Ökonomie und Urbanität. Zur wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert und zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Die Ausgangslage vor 1914 und die Zeit bis 1945

Wien hatte vor 1914 als Residenzstadt des Habsburgerreiches die typischen räumlich und branchenmäßig ausdifferenzierten wirtschaftlichen Strukturen einer Zweimillionen-Metropole entwickelt, die in ihren Grundzügen bis lange nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten bleiben sollten. Ihre Genese soll deshalb hier kurz rekapituliert werden:[1] Der 1. Bezirk im Zentrum, Sitz des Hofes und der Regierung, vornehmes Geschäfts- und Oberschichtwohnviertel, war im Zuge wirtschaftlicher Modernisierung und durch den Ringstraßenbau zur City geworden, nun auch mit zahlreichen Standorten von Unternehmenszentralen mit Produktionsbetrieben in der Provinz sowie von Institutionen des Finanz-, Bildungs- und Kultursektors etc. Auch etliche für eine gehobene Klientel produzierende, kleinere und mittlere Gewerbebetriebe blieben weiterhin hier angesiedelt. Im Ring der Innenbezirke 2 bis 9 befanden sich das Gros der kleinen und mittleren Handels- und Gewerbebetriebe und die Wohnungen des kleinen und mittleren Bürgertums.

Der ökonomische Schwerpunkt dieser Stadtzone lag im 6. und 7. Bezirk. Hier waren zu Ende des 18. Jahrhunderts mit der Seiden- und Schafwollverarbeitung die ersten bedeutenden Exportgewerbe Wiens entstanden. Sie waren meist verlagsmäßig organisiert, als ein Netz von Zentralen mit zahllosen kleinen Zulieferbetrieben und noch mehr Heimarbeiterinnen und Heimarbeitern, die teils im unmittelbaren Umfeld, häufig aber in den angrenzenden Vororten, jenseits des damals noch bestehenden Linienwalls, ihre Werkstätten bzw. Wohnungen hatten. Gleichzeitig hatten sich in der Nachbarschaft darauf bezogene Branchen wie Farbenfabriken, Färbereien, kleine Werkzeug- und Maschinenproduzenten etc. niedergelassen, teilweise ebenfalls außerhalb der Linien. Dies führte schließlich zur lokalisierten Bildung einer neuen Qualität, eines sich selbst organisierenden, ausgesprochen dicht gewebten produktiven Milieus[2] – der englische Ökonom Alfred Marshall hat dafür den Terminus »industrial district« geprägt,[3] die moderne Regionalökonomie spricht von einem »Cluster«. Als sich diese Branchen um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu mechanisieren begannen, verlegten die Unternehmen ihre Standorte in die Provinzen, wo Grund- und Arbeitskosten billiger waren, und damit ging die erste, quasi die »goldene« (wenngleich natürlich durch oft elende Arbeitsbedingungen und häufige Arbeitslosigkeit charakterisierte) Ära der Geschichte des Wiener Produktionssektors zu Ende.

Das »in einen sozialen, institutionellen und kulturellen städtischen Kontext« eingebettete und mit einem differenzierten Arbeitskräftereservoir ausgestattete lokale

Produktionsnetzwerk bewahrte jedoch als »aktives sozialökonomisches Wirkungsfeld mit vielfältigen endogenen Potentialen«[4] seine Kontinuität. Zur Leitbranche im Klein- und Mittelbetriebscluster des 6. und 7. Bezirks wurde ab den 1860er-Jahren aber das ebenfalls stark exportorientierte Bekleidungsgewerbe, und daneben expandierten der Maschinenbau, die Metall-, Holz-, Leder- und Papierverarbeitung sowie das graphische Gewerbe. Die für London und Paris zur Illustration der Funktionsweise des metropolitanen Produktionssektors geprägte Metapher von der »assemblyline dispersed through its streets«[5], wo die Straßen das Netzwerk kommunikationsintensiver und flexibler Produktionsbeziehungen gleichsam materiell repräsentierten,[6] galt also zweifellos auch für Wien. Da diese unzähligen kleinen und mittleren Betriebe sich dazu noch überwiegend in den Hinterhöfen von Geschäfts- und Wohngebäuden befanden, könnte als Ergänzung »established across the backyards« hinzugefügt werden.

Mit dem Aufbau des auf Wien orientierten Eisenbahnnetzes der Monarchie war schon ab 1838 eine weitere entscheidende ökonomische Weichenstellung für die Stadt erfolgt, sowohl hinsichtlich der beschleunigten Integration in überregionale Austauschbeziehungen wie auch durch die damit zusammenhängende funktionalräumliche Segregationsdynamik. Während die landschaftlich reizvollen westlichen Vororte im heutigen 13., 18. und 19. Bezirk sich zu Mittel- und Oberschichtwohngebieten wandelten, entstanden im Umfeld der Bahnhöfe Fabrikszonen und daran angelagerte Arbeiterwohngebiete im heutigen 10., 11., 20. und 21. Bezirk. Anders als in den mehr zentral gelegenen Produktionsnetzwerken war hier die »assembly-line« in arbeitsteilige Hierarchien integriert, die damit weniger auf die dichten innerstädtischen Transaktionsbeziehungen angewiesen waren.[7] Gleichzeitig kamen mit dem Stadtwachstum auch zunehmend »agglomeration diseconomies« wie vor allem hohe Lohn- und Grundstückskosten zum Tragen, sodass weniger metropolitan orientierte Firmen ihre Produktion gleich in die Provinz verlagerten, wie oben am Beispiel der Textilindustrie illustriert wurde.

Entsprechend dem großstädtischen Standort prosperierten in Wien vor allem Finalindustrien mit hohem Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wie der Maschinen- und Fahrzeugbau oder am urbanen Absatzmarkt interessierte wie die Nahrungsmittelerzeugung. Das Fabriksystem etablierte sich auf Grund ökonomischer wie politischer Hemmnisse vorerst nur langsam, erst mit dem Aufschwung der überwiegend von deutschen Unternehmen kontrollierten Elektroindustrie in den 1890er-Jahren kam es zu einem kräftigen Modernisierungsschub, der neben der Elektrotechnik und dem Maschinen- und Fahrzeugbau dann auch in der Metallverarbeitung und in der Nahrungsmittelerzeugung zur raschen Ausbreitung großbetrieblicher Strukturen in den genannten Industriezonen führte. Maßgeblich dazu trug auch das von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung vorangetriebene Kommunalisierungs- und Ausbauprogramm der technischen Infrastrukturen bei. Wenngleich diese ökonomische Dynamik nach wie vor von krassen sozialen Defiziten geprägt war, so führte doch

der gleichzeitige Aufschwung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zu merklichen Verbesserungen sowohl im großindustriellen wie im klein- und mittelbetrieblichen Sektor, sodass nicht ohne Berechtigung von der »silbernen Ära« der Wiener Wirtschaftsgeschichte gesprochen werden kann.

Es hatten sich nun, zugleich mit der fortschreitenden Expansion der Marktwirtschaft und der Ausbildung der metropolitanen Funktion im Habsburgerreich, auch die charakteristischen Strukturelemente voll entfaltet, die – natürlich einander vielfach überlappend und sich weiter differenzierend – die Wiener Wirtschaft bestimmten:

- Zahllose, über das ganze Stadtgebiet verbreitete, kleine und mittlere Gewerbe- und Handelsbetriebe zur Deckung des lokalen alltäglichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen mit Verdichtungen für die überregionale und gehobene Bedarfsdeckung im 1. sowie im 6. und 7. Bezirk entlang der Mariahilfer Straße;
- der netzwerkartig für den Wiener und den überregionalen Markt produzierende, im 6. und 7. und beim höherwertigen Segment im 1. Bezirk konzentrierte Klein- und Mittelbetriebscluster;
- großbetrieblich organisierte, ebenfalls auf den metropolitanen und den überregionalen Markt orientierte Finalindustrien, die vor allem im Umfeld der Bahnen des 10., 11., 20. und 21. Bezirks ihre Standorte hatten;
- überwiegend im 1. Bezirk befanden sich auch die Firmenzentralen mit Produktionsstandorten außerhalb der Hauptstadt, die hier die Nähe zu den Märkten, den politischen und ökonomischen Entscheidungsträgern und überhaupt die Nähe zu den hier zusammenströmenden Informationen suchten;
- es hatten nicht nur Betriebe mit hohem Bedarf an Informationen und Kenntnissen, etwa über Mode oder neue Technologien, ihren Standort in Wien, weil der hiesige Arbeitsmarkt die meisten einschlägig qualifizierten Arbeitskräfte aufwies; abgesehen von den hier konzentrierten Universitäten, Kunstakademien, Bibliotheken etc. waren ebenfalls überwiegend im Zentrum auch immer mehr Firmen entstanden, die Dienste wie Finanzierungs- oder Rechtsberatung, Geschäftsvermittlung, Werbung, technische oder bauliche Planung u. Ä. anboten, Leistungen, die heute unter der Kategorie »unternehmensbezogene Dienste« zusammengefasst werden. Wenn auch unter der »knowledge-based economy« der heutigen Großstädte speziell der hohe Stellenwert wissenschaftlich generierter Innovationen und mittels moderner EDV-Technik produzierter und verbreiteter Informationen verstanden wird, so könnte man diesen Terminus unter geänderten Vorzeichen durchaus auch auf die Wiener Wirtschaft von 1910 beziehen. Ein weiterer moderner analytischer Zugang zu den Spezifika urbaner Ökonomien ist auf die »creative industries« fokussiert und meint damit das in Bereichen wie Mode, Design, Medien, Kunst etc. vorhandene kreative Potential.[8] Auch diesbezüglich braucht Wiens Ausnahmestellung vor 1914 nicht weiter betont zu werden. Was also in jedem Fall den beson-

deren Standortvorteil und die Dynamik dieser weitaus größten Agglomeration des Habsburgerreiches ausmachte, war die exzeptionelle Dichte und Diversität der hier eintreffenden, weiter verarbeiteten, neu generierten und weiter gegebenen Informationen.[9] Von wesentlicher Bedeutung war, dass neben dem expliziten, kodifizierten Wissen ein großer Teil der städtischen »knowledge-base« aus implizitem, »tacit knowledge« bestand, das in dichten, oft räumlich konzentrierten Kommunikationsnetzwerken von den Beteiligten in alltäglicher Praxis gelernt und wie selbstverständlich angewendet wurde.[10] Mit der zunehmenden großräumlichen Integration der Ökonomie war gleichzeitig eine wachsende Spezialisierung verbunden, und in Wien hatten sich eben jene Wirtschaftstätigkeiten festgesetzt, die hier am produktivsten und profitabelsten waren. Die räumlichen Konzentrationsprozesse betrafen aber nicht nur die Metropole als Ganzes, sie setzten sich eben auch in ihren Binnenraum hinein fort, wie oben beschrieben wurde. Mit der einmal in Gang gekommenen Spezialisierung waren dann weitere Produktivitätsgewinne (»increasing returns«) und entsprechend steigende und auch unter geänderten Bedingungen anhaltende Attraktivität bestimmter, historisch evolvierter Standorte verbunden, Phänomene, die von Ökonomen und Wirtschaftshistorikern konzeptuell als »Lock-in«-Effekte und »Path Dependency« gefasst werden.[11]

Alles in allem hatte sich jedenfalls ein spezifisches produktives Milieu entwickelt, das statt »Ökonomie in der Stadt« angemessener als »Ökonomie der Stadt« (Läpple)[12] zu erfassen wäre, als komplexes und dynamisches Stadt- und zugleich Wirtschaftsgefüge, dessen Ganzes eben mehr als die Summe seiner einzelnen metropolitanen (Agglomerationsvor-)Teile ausmachte.

Tabelle 1: Berufstätige nach Wirtschaftssektoren in Österreich und Wien 1910 und 1934

	1910			1934		
	Österreich	Wien	Anteil Wiens (%)	Österreich	Wien	Anteil Wiens (%)
Summe der Berufstätigen	3.450.170	1.012.049	29,3	3.292.496	926.822	28,1
davon in %						
I. Land- und Forstwirtschaft	39,6	0,9	0,7	37,1	1,1	0,8
II. Bergbau, Energie, Industrie u. Gewerbe, Bauwesen	32,2	48,2	43,9	33,4	47,2	39,8
III. Handel, Dienstleistungen	28,2	50,9	52,9	29,5	51,7	49,3

Berufstätige aus der anwesenden Bevölkerung (1910) bzw. der Wohnbevölkerung (1934)

Quelle: Volkszählungen 1910, 1934 nach Möller, Wandel.

Zur Illustration der herausragenden Rolle Wiens ein kurzer Verweis auf die Situation von 1910 (*vgl. Tabelle 1*): Zu Zeiten der Habsburgermonarchie lagen die Schwerpunkte der nichtlandwirtschaftlichen Ökonomie neben Wien vor allem in den Sudetenländern. Im Gebiet des damals noch weitgehend agrarischen heutigen Österreich befanden sich nahezu dreißig Prozent der gesamten Berufstätigen in der Hauptstadt, die weit über zwei Fünftel der Beschäftigten des Sekundärsektors und deutlich mehr als die Hälfte des Tertiärsektors von ganz Österreich beherbergte.

Nach dem Zerfall des Habsburgerreiches 1918 hatte Wien seine Funktion als ökonomisches Steuerungs- und auch Produktionszentrum eines Wirtschaftsraumes mit 50 Millionen Bewohnern eingebüßt. Der dafür entwickelte Apparat blieb zwar weitgehend bestehen, konnte jedoch unter den geänderten Rahmenbedingungen keine Dynamik entfalten. Die nach dem Krieg erreichten arbeitsrechtlichen Erfolge und die Sozialpolitik des Roten Wien führten in den 1920er-Jahren zwar zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, die ökonomische Situation blieb jedoch krisenhaft und wurde nach 1929 immer schlimmer. Der Blick auf die Volkszählungsergebnisse von 1934 (*vgl. Tabelle 1*) lässt die groben strukturellen Trends seit 1910 erkennen: Der Anteil Wiens an Gesamtösterreich ist zwar noch immer außerordentlich hoch, ist aber sowohl generell wie auch im Sekundär- und Tertiärsektor zurück gegangen, und innerhalb der Stadt hat sich die Verteilung zu Gunsten der tertiären Berufe verschoben.

Tabelle 2: Gewerbliche Betriebszählung 1930

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (1)	47	4.635	4,5	38,8
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	0	0	0,0	0,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	4.557	38.946	21,3	35,5
Textilien, Textilwaren (33)	1.394	22.520	32,9	29,2
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	24.515	83.787	38,1	54,5
Leder, Ledersatzstoffe (36)	1.024	5.895	28,3	42,2
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	7.296	26.482	25,0	29,7
Papier, Papierwaren	697	10.108	58,0	32,8
Druckerei, Vervielfältigung (42)	1.319	14.491	67,7	68,2
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	759	9.153	54,5	39,0
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	665	6.247	20,4	15,4
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	3.096	27.257	23,9	32,3
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	2.649	20.643	47,3	59,3
Elektrotechnik (56,57)	236	19.939	74,9	90,5

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	449	10.925	45,4	54,5
Bauwesen (61–63)	5.884	51.052	34,4	35,6
Summe Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen	54.540	347.445	32,6	40,2
Handel, Lagerung (inkl. Verlagswesen) (43,71–77)	51.304	141.246	44,5	55,3
Beherbergung, Gaststätten (78)	5.992	34.485	18,1	30,4
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3.670	13.158	35,7	49,9
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	711	17.623	36,2	73,2
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	4.821	22.479	52,2	64,1
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	4.458	22.538	42,0	59,5
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	1.864	9.617	41,1	54,1
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	4.360	7.452	38,1	39,4
Unterrichts- und Forschungswesen (97)				
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr. (98)				
Summe Handel, Dienstleistungen	77.180	268.598	39,3	50,8
Zusammen	131.767	620.678	36,0	43,4

Quelle: Betriebszählung 1930, eigene Umrechnungen.

Ein Vergleich der Wiener mit den gesamtstaatlichen Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung von 1930 (*vgl. Tabelle 2*) macht jedoch die nach wie vor exzeptionelle Stellung Wiens in der österreichischen Ökonomie deutlich.[13] Im zunehmend an Bedeutung gewinnenden Tertiärsektor ist der öffentliche Dienst (Hoheitsverwaltung, Schulen, Spitäler, Bahnen, Straßenbahnen etc.) nicht erfasst, dessen Konzentration auf Wien die Sonderrolle der Hauptstadt zweifellos noch mehr pointiert hätte, aber auch im Sekundärsektor treten die skizzierten Strukturen ganz markant hervor. Bemerkenswert ist zum einen, dass in fast allen Branchen die Wiener Betriebe überdurchschnittlich groß waren (der Anteil der Beschäftigten liegt über dem der Betriebe), was auf eine stärker ausgeprägte marktwirtschaftliche Orientierung schließen lässt. Auch die detailliertere Gliederung nach Betriebsgrößen (*vgl. Tabelle 3*) bestätigt dies: Sowohl im Produktions- wie auch im Dienstleistungssektor war der Anteil der Einpersonenbetriebe deutlich niedriger und jener der Größenklassen ab fünf Beschäftigten durchgehend höher – der gern strapazierte Hinweis auf Wiens vergleichsweise kleinbetriebliche Struktur ist also zumindest bezogen auf das restliche Österreich völlig unberechtigt. Auf eine stärkere kommerzielle Prägung der Wiener Ökonomie weist auch der markant höhere Anteil an Unternehmensteilen hin, da daraus die hier höhere Anzahl an Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten bzw. mit Zweigbetrieben abzulesen ist.

Tabelle 3: Betriebsgrössen 1930/1964/1973/1981/1991/2001

		Betr./Ast. insgesamt	davon (%)		Betriebe/Arbeitsstätten mit … unselbstständig Beschäftigten (%)						Beschäftigte insgesamt
			Unternehmen (1)	U.-teile	0	1 bis 4	5 bis 19	20 bis 99	100 bis 499	500 u. mehr	
Österreich											
Energie, Bergbau, Verarbeitung, Bauwesen	1930	168.800	91,8	8,2	47,1	41,1	8,6	2,6	0,5	0,08	901.564
	1964	94.312	81,4	18,6	31,3	38,3	20,7	7,8	1,7	0,28	1.282.066
	1973	71.885	74,2	25,8	21,2	37,8	27,2	11,0	2,5	0,36	1.278.214
	1981	67.830	69,4	30,6	15,5	39,1	31,4	11,4	2,3	0,32	1.197.344
	1991	62.155			15,1	38,0	32,4	11,7	2,4	0,31	1.079.409
	2001	60.993			19,7	36,7	30,2	11,0	2,3	0,28	989.562
alle Wirtschaftsklassen	1930	365.212	92,4	7,6	50,8	40,0	7,1	1,7	0,3	0,04	1.430.778
	1964	251.925	77,9	22,1	37,9	40,9	15,7	4,5	0,8	0,12	2.078.539
	1973	279.879	72,9	27,1	28,6	44,5	19,4	5,9	1,1	0,14	2.667.781
	1981	283.042	69,7	30,3	23,4	47,1	22,2	6,2	1,0	0,12	2.692.195
	1991	314.486			23,8	46,3	22,5	6,2	1,0	0,12	2.933.662
	2001	396.268			29,1	42,3	21,7	5,9	0,9	0,10	3.420.788
Wien											
Energie, Bergbau, Verarbeitung, Bauwesen	1930	54.587	83,0	17,0	40,9	41,8	13,0	3,5	0,7	0,10	352.080
	1964	24.715	73,9	26,1	25,9	38,7	23,4	9,5	2,0	0,38	385.984
	1973	16.640	68,5	31,5	19,7	39,0	27,3	10,9	2,7	0,38	299.396
	1981	14.106	66,1	33,9	15,8	41,3	29,6	10,3	2,6	0,38	247.116
	1991	10.843			16,7	40,6	29,6	10,4	2,3	0,39	189.508
	2001	9.171			19,1	39,7	29,3	9,4	2,1	0,32	140.921
alle Wirtschaftsklassen	1930	131.767	87,5	12,5	47,1	39,9	10,2	2,3	0,4	0,05	620.678
	1964	66.512	72,7	27,3	31,4	43,0	18,5	5,8	1,2	0,18	666.841
	1973	66.958	67,9	32,1	24,4	46,4	20,8	6,7	1,5	0,23	769.225
	1981	66.127	69,8	30,2	24,1	47,4	20,7	6,2	1,4	0,20	710.269
	1991	71.000			25,8	46,2	20,5	6,0	1,3	0,20	744.516
	2001	87.691			32,0	41,7	19,3	5,7	1,1	0,15	821.458

(1) Die Wirtschaftsklassen 96–98 (Gesundheits-, Unterrichtswesen, Gebietskörperschaften etc.) sind 1973 und 1981 von der Aufgliederung in Unternehmen und Unternehmensteile ausgenommen. Ab 1991 wurde diese Kategorisierung nicht mehr vorgenommen.

Quelle: Betriebszählung 1930, 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991, 2001; Statistik Austria, ISIS-Datenbank.

Bei der Durchsicht von *Tabelle 2* fällt des Weiteren auf, dass Wien einige bedeutende Bereiche der Sachgüterproduktion richtiggehend dominierte. So befanden sich neun von zehn Arbeitsplätzen der Elektroindustrie und über zwei Drittel jener des graphischen Gewerbes – und dies ohne das beim Handel gezählte Verlagswesen – in der Hauptstadt, aber auch die hiesigen Betriebe der Maschinen- und der Transportmittelerzeugung beanspruchten noch deutlich mehr als die Hälfte der österreichischen Ar-

beitskräfte, und das Bekleidungsgewerbe konnte offensichtlich ebenfalls seine zu Ende der Habsburgermonarchie erworbene Position noch weitgehend halten. Das Ausmaß der Konzentration einzelner Branchen auf Wien kann mithilfe des »Lokationsquotienten« ausgedrückt werden, der den jeweiligen Anteil an der Gesamtbeschäftigung der Hauptstadt mit dem Anteil dieser Branche an der Gesamtbeschäftigung ganz Österreichs vergleicht. Entspricht der Wiener Anteil dem gesamtösterreichischen, ergibt das den Wert 100, ist er z. B. doppelt so hoch, ergibt das 200, liegt er unter dem österreichischen Durchschnitt, ist der Wert <100. Eine plausible Annahme ist, bei einem Lokationsquotienten von >150 von starker Konzentration, bei 130–150 von Konzentration, bei 80–<130 von durchschnittlicher Präsenz und bei <80 von unterdurchschnittlicher Präsenz der jeweiligen Wirtschaftsklasse zu sprechen.[14] Wegen der unvollständigen Erfassung der Dienstleistungen wurde die Berechnung des Lokationsquotienten auf die Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Industrie und Bauwesen beschränkt (*vgl. Tab. 4*). Gemäß der beschriebenen Klassifizierung zeigt sich in Wien – wie zu erwarten – eine starke Konzentration des Graphischen Gewerbes und der Elektrotechnik sowie eine Konzentration beim Bekleidungsgewerbe, dem Maschinenbau und der Transportmittelerzeugung. Alle übrigen Branchen bewegen sich im Bereich der durchschnittlichen Präsenz, bis auf die schon lang abgewanderte Textilindustrie und die eher rohstofforientierte Steine- und Erdenverarbeitung.

Tabelle 4: Konzentrationsgrad Wiens in den Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen 1930/1954/1964/1973/1981/1991/2001

Wirtschaftsklassen (1)	Lokationsquotient							
	1930	1954	1964	1973	1981	1991a	1991b	2001
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	88,4	102,4	111,2	102,0	108,8	107,8	112,9	92,1
Textilien, Textilwaren	72,7	63,5	62,4	49,1	42,7	26,1	29,6	32,6
Bekleidung	135,5	141,6	153,2	106,8	95,1	81,1	91,2	87,0
Leder, Ledererersatzstoffe	104,9	109,5	142,1	188,6	200,8	105,4	34,8	30,1
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel	73,9	64,0	59,7	52,5	42,6	38,1	42,1	41,1
Papier, Papierwaren	81,5	65,7	79,3	90,2	98,3	84,4	73,1	60,3
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	169,8	174,1	185,0	229,8	213,4	224,2	215,9	226,5
Mineralöl, Chemikalien, Gummi	97,1	107,7	105,7	125,1	114,6	100,8	114,7	116,1
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas	38,4	44,2	41,4	32,0	37,4	31,4	37,8	26,4
Metallerzeugung und -verarbeitung	80,3	83,8	70,5	79,5	69,2	47,5	48,5	47,3

Wirtschaftsklassen (1)	Lokationsquotient							
	1930	1954	1964	1973	1981	1991a	1991b	2001
Maschinen	147,5	122,7	112,8	105,1	91,5	88,8	64,0	63,7
Elektrotechnik	225,2	210,5	204,2	223,8	231,2	219,6	228,3	218,1
Transportmittel	135,6	112,3	102,4	101,5	112,2	134,9	181,2	68,9
Recycling							51,1	31,0
Bauwesen	88,5	103,204	90,9	91,1	100,0	113,9	112,1	124,4

(1) bis 1991a nach Betriebssystematik 1968, ab 1991b nach ÖNACE 1995.
Quelle: Betriebszählung 1930, 1954, 1964, Arbeitsstättenzählung 1973,1981,1991,2001; eigene Berechnungen.

Der Sektor Handel und Dienstleistungen ist durch die Nichtaufnahme der öffentlichen Betriebe wie gesagt nur sehr lückenhaft repräsentiert, auf jeden Fall tritt aber hier die überragende Position Wiens noch stärker hervor. Die durchschnittliche Größe der Betriebe überstieg hier in allen Branchen jene des übrigen Österreich, und ein besonders hoher Beschäftigtenanteil Wiens schlug gerade in Branchen zu Buche, die für die Koordination und das Funktionieren eines nach Marktregeln organisierten nationalen Wirtschaftsraumes von hoher Wichtigkeit sind, wie das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen oder das Realitätenwesen und die Wirtschaftsdienste.

Die räumliche Verteilung entsprach noch weitgehend dem schon vor 1914 bestandenen Muster: Obwohl die größten Produktionsbetriebe überwiegend in den klassischen Industriezonen der Bezirke 10, 11, und 21 ihren Standort hatten, zählten die Innenbezirke auch im Produktionssektor deutlich mehr Beschäftigte. Der Bezirk mit den meisten einschlägigen Arbeitsplätzen war noch immer der 7., und die Position des 1. Bezirks mit insgesamt 102.079 Beschäftigten – und das ohne den nicht mitgezählten, hier konzentrierten Öffentlichen Dienst – war nach wie vor singulär (*vgl. Tabelle 5, S. 660–661*).[15]

Zur Verfeinerung der Analyse wurde eine weitere Aufschlüsselung der Beschäftigtenstruktur nach den Kategorien Frauen, Unselbstständige und Angestellte vorgenommen. Generell kann eine hohe Frauenquote als Indiz für fortgeschrittene Arbeitsteiligkeit und/oder einen hohen Anteil niedrig qualifizierter Tätigkeiten angesehen werden. Abgesehen von den charakteristischen Ausnahmen Beherbergungs- und Gaststättenwesen, wo im restlichen Österreich viel mehr kleine Familienbetriebe existierten, und Gesundheits- und Fürsorgewesen, wo die hohe Ärzte-Konzentration in Wien den Frauen-Anteil herabdrückte, war die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte hier meist deutlich höher (*vgl. Tabelle 6, S. 662*). Das lässt einerseits auf eine stärkere Integration der Frauen ins Erwerbsleben, andererseits auf eine entsprechend arbeitsteiligere und damit mehr am Markt orientierte Ökonomie schließen. In dieselbe Richtung verweist der fast in allen Branchen höhere Anteil der Unselbstständigen in Wien und auch die Tatsache, dass hier die Betriebe größer waren (*vgl. Tabelle 7, S. 663*).[16] Am markantesten ist die spezifische Struktur der Wiener Ökonomie am Anteil der Angestellten zu diagnostizieren

Tabelle 5: Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren und Bezirken 1930/1964/1973/1981/1991/2001

	1930				1964				1973			
	Produktionssektor		Insgesamt		Produktionssektor		Insgesamt		Produktionssektor		Insgesamt	
Bezirk	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Betr.	Besch.	Arbst.	Besch.	Arbst.	Besch.
1	2.546	29.521	11.210	102.079	1.621	37.674	6.314	102.566	1.006	18.216	7.656	142.[illegible]
2	4.399	21.440	12.138	43.366	1.472	13.671	4.239	34.497	902	9.275	3.933	37.[illegible]
3	3.545	22.282	9.459	40.430	1.721	31.127	4.722	51.467	1.072	24.142	4.484	59.[illegible]
4	1.943	11.669	6.074	22.857	909	12.578	2.883	24.963	606	9.970	2.783	27.[illegible]
5	3.452	16.092	6.459	24.587	1.176	16.491	2.783	23.900	802	11.636	2.531	24.[illegible]
6	3.114	20.189	6.222	33.205	1.363	17.658	3.123	29.604	817	13.220	2.749	27.[illegible]
7	3.620	31.412	7.234	47.278	1.613	24.625	3.739	40.688	956	16.519	3.325	35.[illegible]
8	1.808	11.085	4.220	18.318	770	8.575	2.002	14.191	493	6.030	2.132	17.[illegible]
9	2.524	12.800	6.977	31.073	1.154	8.671	3.285	29.760	696	11.290	3.300	37.[illegible]
10	2.967	28.521	6.794	38.679	1.387	28.606	3.721	45.032	986	24.250	3.793	47.[illegible]
11	694	11.133	1.802	13.811	470	15.458	1.259	20.079	351	13.888	1.309	22.[illegible]
12	2.828	17.308	5.982	25.414	1.248	21.025	2.999	29.303	842	16.718	2.922	31.[illegible]
13	2.399	15.665	5.548	23.247	423	4.135	1.234	8.798	282	3.225	1.572	16.[illegible]
14	2.705	10.961	5.362	16.893	988	15.398	2.434	22.518	695	16.620	2.367	31.[illegible]
15	2.139	9.138	3.912	13.734	1.945	17.435	4.230	33.369	1.132	11.004	3.450	30.[illegible]
16	4.847	20.516	9.560	31.289	1.708	17.855	4.111	27.339	1.170	12.671	3.734	28.[illegible]
17	2.986	14.257	5.981	20.545	1.098	12.136	2.571	17.889	699	9.072	2.242	17.[illegible]
18	2.105	8.428	4.830	14.484	916	7.994	2.303	13.380	618	5.233	2.308	14.[illegible]
19	1.042	8.690	2.845	13.469	718	13.548	1.921	19.626	470	9.559	2.181	20.[illegible]
20	2.263	14.242	5.371	21.180	760	12.109	2.082	19.714	542	10.297	2.186	22.[illegible]
21	1.334	18.968	3.787	24.740	651	17.302	1.967	23.595	530	16.558	2.273	28.[illegible]
22					460	10.605	1.300	14.741	394	9.074	1.582	16.[illegible]
23					610	17.138	1.497	21.102	581	20.956	2.146	32.[illegible]
Innenbez.	29.214	190.732	75.364	384.373	12.559	183.179	35.172	371.350	7.892	130.595	35.079	431.[illegible]
Außenbez.	26.046	163.585	56.403	236.305	12.622	198.635	31.547	296.771	8.750	168.828	31.879	338.[illegible]
Wien	55.260	354.317	131.767	620.678	25.181	381.814	66.719	668.121	16.642	299.423	66.958	76[illegible]

1930, 1964: Systematik der jeweiligen Zählung; 1973, 1981: Betriebssystematik 1968; 1991, 2001: ÖNACE 1995. Produktionssektor: Energie, Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen; Innenbezirke: 1.–9., 20. Außenbezirke: 1930: 10.-19., 20., 21.; 1964–2001: 10.–19., 21.–23.

1981				1991b				2001			
…duktionssektor		Insgesamt		Produktionssektor		Insgesamt		Produktionssektor		Insgesamt	
…st.	Besch.	Arbst.	Besch.	Arbst.	Besch.	Arbst.	Besch.	Arbst.	Besch.	Arbst.	Besch.
…4	15.284	6.718	106.922	439	9.100	6.850	101.866	375	3.694	8.418	100.745
…3	8.718	3.769	34.072	477	5.553	3.846	36.251	451	4.111	4.448	47.316
…6	15.541	4.425	52.306	586	13.517	4.905	61.685	504	8.730	5.924	67.812
…3	7.419	2.539	24.898	291	4.951	2.825	25.397	256	2.518	3.206	24.971
…0	7.967	2.330	20.471	429	4.660	2.479	17.068	339	3.045	2.872	17.315
…2	7.370	2.601	21.191	368	5.013	2.653	19.795	300	2.775	3.463	21.906
…0	10.150	2.934	27.361	447	5.047	3.201	21.655	317	2.282	3.727	25.743
…5	5.517	1.979	15.374	242	3.236	2.000	14.464	196	1.963	2.374	14.135
…2	9.168	3.225	42.513	356	6.628	3.402	47.964	319	6.854	3.951	54.948
…5	19.863	4.081	50.348	564	12.867	3.979	49.982	659	15.152	5.064	56.849
…0	13.334	1.527	22.446	237	12.207	1.720	26.649	300	8.771	2.284	30.798
…2	15.122	2.871	29.947	468	11.870	2.976	29.264	515	9.415	3.537	30.157
…3	3.002	1.847	18.997	201	2.283	2.207	21.312	207	2.150	2.882	23.743
…3	13.973	2.548	30.036	403	6.008	2.637	26.431	399	5.385	3.329	25.960
…0	9.055	3.303	28.256	579	7.641	3.050	30.575	592	5.522	3.651	28.219
…9	9.380	3.395	25.367	641	7.337	3.470	25.547	554	5.508	3.708	25.757
…3	6.427	2.161	15.342	373	3.967	2.218	14.902	358	2.945	2.455	14.477
…0	4.096	2.257	12.864	353	3.172	2.523	13.488	298	1.777	3.044	13.972
…3	8.206	2.575	22.360	323	4.319	2.897	22.190	300	3.775	3.739	26.665
…4	7.358	2.060	19.446	278	3.875	2.056	17.773	284	2.300	2.576	21.729
…9	16.282	2.465	30.220	410	18.509	3.011	41.507	505	11.381	4.289	48.062
…7	11.515	2.009	21.812	333	10.839	2.629	28.653	467	10.122	4.253	44.420
…9	22.369	2.508	37.720	522	22.848	3.445	50.031	676	20.746	4.497	55.759
…9	94.492	32.580	364.554	3.913	61.580	34.217	363.918	3.341	38.272	40.959	396.620
…3	152.624	33.547	345.715	5.407	123.867	36.762	380.531	5.830	102.649	46.732	424.838
…02	247.116	66.127	710.269	9.320	185.447	70.979	744.449	9.171	140.921	87.691	821.458

Quelle: Betriebszählung 1930, 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991, 2001; Statistik Austria, ISIS-Datenbank.

(*vgl. Tabelle 8*). Sehen wir einmal vom Bereich der Handelsangestellten ab, von denen ein guter Teil relativ unqualifizierte Tätigkeiten ausübte, so kann Angestelltentätigkeit – neben dem damit verbundenen Aspekt des sozialen Status und der sozialen Kontrolle – als Indikator für relativ gehobene Qualifikationen in Arbeitsfeldern wie Verarbeitung von Informationen, Umgang mit Technik, (innovative) Organisation von Menschen und Dingen u. ä. gelten, mit anderen Worten für den Stellenwert der »knowledge-based economy«. Da der Anteil der Angestellten in fast allen Branchen in Wien deutlich höher war als in Österreich insgesamt und da Branchen mit relativ hohem Anteil – wie Maschinenbau und Elektrotechnik im sekundären bzw. Geld- und Kreditwesen sowie Wirtschaftsdienste im tertiären Sektor – hier weit überdurchschnittlich repräsentiert waren, wird man das wohl als deutlichen Beleg für die Hauptstadt als zentralen Ort der österreichischen »knowledge-based economy« ansehen können. Die herausragende Rolle der hiesigen »creative industries« ist am markantesten an den hohen Anteilen der Branchen Bekleidung, Druck, Wirtschaftsdienste oder Kunst abzulesen.

Tabelle 6: Betriebszählung 1930/Arbeitsstättenzählung 1973/1981/1991 – Frauenbeschäftigung

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Anteil der Frauen an den Beschäftigten (%)							
	1930		1973		1981		1991a	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Energie- und Wasserversorgung (1)	3,2	2,6	12,8	13,3	13,1	13,7	10,3	8,9
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	5,5		9,9	31,6	11,9	29,7	9,0	14,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	25,9	31,8	37,5	42,2	37,5	42,5	37,9	38,8
Textilien, Textilwaren (33)	60,9	68,4	61,0	71,5	60,2	63,3	54,4	61,5
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	47,7	56,0	75,8	75,8	78,3	75,0	76,9	64,2
Leder, Lederersatzstoffe (36)	16,0	22,1	59,7	66,8	63,4	70,9	54,1	58,6
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	6,9	10,6	19,2	22,1	19,4	24,5	18,7	22,0
Papier, Papierwaren	31,5	56,8	32,2	49,9	29,6	45,2	24,2	35,0
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (42,43)	26,6	25,5	33,4	31,2	36,6	32,6	35,6	34,2
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	34,1	36,9	36,4	48,2	30,9	40,4	28,9	39,2
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	16,2	24,0	20,4	31,1	19,8	32,6	19,0	34,5
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	11,9	17,9	20,3	31,3	19,8	26,1	16,5	23,2
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	9,2	11,4	21,1	24,8	20,2	24,0	17,7	21,0
Elektrotechnik (56,57)	31,4	32,3	43,1	42,7	37,6	38,7	35,8	34,8
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	5,7	4,2	14,2	13,4	15,2	14,4	13,4	9,5
Bauwesen (61–63)	4,4	6,2	7,9	9,5	10,3	11,9	10,0	11,1
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	24,8	31,8	28,6	34,4	27,3	31,5	23,8	25,6
Handel, Lagerung (71–77)	39,0	38,8	48,9	49,1	52,4	52,0	50,7	49,0
Beherbergung, Gaststätten (78)	56,4	48,1	60,9	54,4	62,1	54,6	57,4	48,5

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Anteil der Frauen an den Beschäftigten (%)							
	1930		1973		1981		1991a	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	6,8	8,3	15,3	19,5	17,5	22,2	18,6	22,1
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	19,6	21,6	47,3	49,8	46,2	48,9	46,2	49,3
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	28,3	30,8	47,4	47,2	48,7	49,1	41,4	42,8
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	35,8	40,2	63,7	62,5	70,3	70,5	68,4	65,8
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	33,8	37,4	36,1	34,3	37,8	36,5	37,8	36,3
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	42,0	33,8	70,8	70,1	76,3	75,6	74,2	73,4
Unterrichts- und Forschungswesen (97)			52,1	55,8	55,8	55,1	57,4	59,4
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr.(98)			35,0	48,1	34,0	40,7	38,3	43,3
Summe Handel, Dienstleistungen	39,3	36,6	45,6	47,5	49,2	49,5	48,9	48,5
Zusammen	29,6	33,7	37,1	42,2	39,1	43,1	39,5	42,5

Quelle: Betriebszählung 1930, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991.

Tabelle 7: Betriebszählung 1930/1954/1964/Arbeitsstättenzählung 1973/1981/1991 – Unselbstständig Beschäftigte

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Anteil der Unselbstständigen an den Beschäftigten (%)											
	1930		1954		1964		1973		1981		1991a	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
					56,5	75,8						
Energie- und Wasserversorgung (1)	98,0	99,9	100,0	100,0	99,6	100,0	99,7	100,0	99,7	99,9	99,6	100,0
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	99,5	0,0	98,1	89,8	97,2	98,7	97,6	99,4	98,0	99,6	97,5	71,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	79,5	85,1	83,9	89,5	81,7	88,9	86,4	92,1	90,7	95,1	92,2	96,0
Textilien, Textilwaren (33)	94,3	92,9	96,0	94,6	95,6	94,7	97,0	95,6	97,0	95,1	96,7	91,5
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	57,3	69,3	69,5	78,5	79,6	83,1	89,8	86,4	92,4	87,0	93,0	83,8
Leder, Ledarersatzstoffe (36)	73,4	80,5	78,8	84,2	83,6	86,1	91,3	91,6	94,3	94,4	93,7	87,9
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	68,3	71,8	79,0	81,1	80,3	79,0	85,9	85,3	89,0	87,6	90,3	88,2
Papier, Papierwaren	96,1	92,3	97,6	93,0	97,4	94,1	98,5	96,3	98,7	96,6	99,0	97,6
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (42, 43)	90,4	90,3	92,5	92,3	94,7	95,0	96,2	96,4	96,6	96,6	96,1	96,7
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	94,4	91,6	96,0	94,4	96,5	94,9	98,3	97,7	98,7	98,1	98,8	98,5
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	92,8	88,9	95,3	93,6	95,1	94,5	96,6	94,2	97,2	96,4	97,4	95,7

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Anteil der Unselbstständigen an den Beschäftigten (%)											
	1930		1954		1964		1973		1981		1991a	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	84,8	88,3	91,6	92,4	94,1	93,4	96,4	95,4	97,1	96,2	97,1	95,0
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	83,6	86,6	89,9	90,4	94,0	93,5	96,0	95,3	96,4	95,1	97,2	96,2
Elektrotechnik (56,57)	98,7	98,9	98,2	98,7	97,5	98,4	98,8	99,2	99,1	99,5	99,0	99,4
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	95,0	95,7	95,3	96,2	92,2	96,1	95,2	96,8	95,8	97,4	95,7	97,9
Bauwesen (61–63)	88,0	87,9	93,5	93,9	92,3	92,9	94,2	94,7	94,9	95,9	95,7	97,2
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	80,5	83,3	88,9	90,5	90,4	91,9	94,0	94,7	95,2	95,9	95,7	96,5
Handel, Lagerung (71–77)	54,4	61,8	69,2	72,5	71,6	76,2	81,6	85,7	85,9	88,3	88,4	90,5
Beherbergung, Gaststätten (78)	61,2	75,9	62,9	71,6	50,0	71,8	54,8	78,2	65,6	82,8	73,2	88,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	64,3	71,9	94,6	98,0	93,3	96,2	94,3	97,2	95,1	96,0	96,4	97,0
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	97,5	97,5	99,8	99,9	99,9	99,8	99,6	99,7	99,3	99,3	99,0	99,4
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	74,9	78,5	71,6	81,2	75,5	79,2	81,4	83,4	82,8	84,0	85,9	88,0
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	72,4	79,7	72,0	75,2	74,5	79,0	80,0	85,5	85,1	89,5	87,8	91,4
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	75,4	79,8	90,5	95,5	76,5	87,0	82,7	90,2	83,1	87,0	82,0	84,7
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	39,3	40,5	97,8	98,0	87,0	89,3	88,2	88,0	91,7	91,9	92,9	92,7
Unterrichts- und Forschungswesen (97)							99,4	99,3	99,3	98,9	99,3	98,9
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr.(98)							100,0	100,0	99,8	100,0	100,0	100,0
Summe Handel, Dienstleistungen	61,1	69,4	78,3	86,7	75,4	82,7	86,3	91,2	89,1	92,2	90,9	93,3
Zusammen	73,8	77,4	85,1	88,6	84,7	88,0	90,1	92,7	91,9	93,5	92,7	94,2

Quelle. Betriebszählung 1930, 1954, 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991.

Tabelle 8: Betriebszählung 1930/Arbeitsstättenzählung 1973/1981/1991 – Angestellte

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Anteil der Angestellten an den unselbstständig Beschäftigten (%)							
	1930		1973		1981		1991a	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Energie- und Wasserversorgung (1)	24,2	17,0	44,8	45,2	54,0	48,1	55,2	64,3
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	7,5	0,0	20,6	63,9	25,9	63,7	21,4	10,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	13,7	17,3	22,9	26,4	29,0	35,4	26,5	28,7
Textilien, Textilwaren (33)	8,9	14,5	19,9	25,6	24,9	37,1	27,2	36,9
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	10,1	12,8	14,0	19,2	17,1	26,8	18,8	27,9
Leder, Lederersatzstoffe (36)	10,9	14,7	16,9	19,6	18,8	22,6	25,2	33,1
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	6,4	9,0	15,1	21,5	19,0	28,1	18,3	28,7
Papier, Papierwaren	9,5	13,6	19,3	30,3	23,5	37,1	25,1	33,6
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (42, 43)	14,8	14,4	33,9	34,8	39,4	43,6	47,7	55,6
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	21,0	32,5	30,0	43,4	34,2	47,3	35,1	51,7
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	6,0	10,1	19,0	36,9	23,9	44,9	22,9	33,6
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	11,7	16,0	22,9	33,6	25,9	38,7	24,5	33,7
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	19,6	21,5	26,9	36,9	34,8	45,6	35,9	48,4
Elektrotechnik (56,57)	28,3	29,2	28,4	34,0	35,3	43,4	37,1	47,0
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	15,8	15,4	26,2	33,7	30,0	36,7	33,4	37,5
Bauwesen (61–63)	6,5	10,7	14,3	18,6	19,9	23,4	21,1	25,5
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	11,0	15,5	21,3	29,7	26,4	36,3	27,3	37,3
Handel, Lagerung (71–77)	60,0	63,6	62,8	71,7	67,1	76,0	69,9	78,7
Beherbergung, Gaststätten (78)	6,8	8,3	18,3	18,7	24,3	24,7	22,4	27,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	20,5	26,6	70,9	68,4	69,3	70,4	71,8	78,9
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	89,6	87,2	93,3	93,6	93,4	95,3	95,2	97,9
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	65,7	74,7	76,4	80,1	77,2	78,4	79,7	81,9
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	6,2	6,7	12,4	12,2	16,2	15,6	15,6	17,5
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	59,0	56,3	63,6	70,5	66,0	73,7	67,8	75,5
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	25,4	37,7	62,1	62,2	67,1	63,6	71,0	68,4
Unterrichts- und Forschungswesen (97)			87,1	84,7	89,0	91,5	90,5	93,5
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr.(98)			80,5	86,1	82,4	87,8	89,8	92,4
Summe Handel, Dienstleistungen	43,7	51,0	67,1	71,7	69,0	73,8	71,5	76,9
Zusammen	21,1	29,3	44,5	55,2	49,7	60,6	54,9	66,7

Quelle: Betriebszählung 1930, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991.

Die schwere, mit katastrophaler Arbeitslosigkeit verbundene Krise der 1930er-Jahre führte zu einer Überbesetzung mit kleinen Gewerbe- und Handelsfirmen, die die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme 1938 durch die Liquidation tausender jüdischer Betriebe »bereinigten«, wie überhaupt die Arisierungen die Wiener Wirtschaft eines ihrer dynamischsten und innovativsten Elemente beraubten.[17] Unter weitgehender Kontrolle deutscher Konzerne erfolgte in den darauf folgenden Jahren die Integration in die Rüstungsindustrie, wobei sich der schon vorher nicht unbedeutende Einfluss deutschen Kapitals durch etliche Übernahmen noch beträchtlich erhöhte.[18] Speziell im Bereich der Metall-, Maschinen-, Transportmittel-, Elektro- und chemischen Industrie war dies zugleich mit einer durchgreifenden Modernisierung verbunden. Vor allem in den späteren Kriegsjahren, als Standorte im »Altreich« immer stärker alliierten Bombardements ausgesetzt waren, wurden Rüstungsproduktionen zunehmend in die »Alpenfestung« verlagert. Innerhalb Österreichs begann sich damit das industrielle Gewicht zwar nach Westen zu verschieben, die in Wien konzentrierte Produktionskompetenz führte aber auch hier zu einem großindustriellen Boom, der dann im Bombeninferno der letzten Kriegsmonate endete.

1945–1954: Stadt im Wiederaufbau

Unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen im April 1945 galt es vorerst einmal, die Überlebensfähigkeit der Stadt auf primitivstem Niveau herzustellen. Die Luftangriffe seit April 1944 hatten 9.468 Todesopfer gefordert, weitere 2.888 Personen kamen bei den Bodenkämpfen im April 1945 um. 41 % des Gesamtbestandes an Gebäuden waren beschädigt, 6.214 davon vollständig. Von den Industrieanlagen waren rund 25 % zerstört – als Zentren der Rüstungsproduktion waren natürlich die Industriezonen des 10., 11., 21. und (des heutigen) 22. Bezirks bevorzugtes Bombenziel gewesen. Aber auch die technische Infrastruktur war schwer in Mitleidenschaft gezogen – Bahnhofsanlagen, Eisenbahn- und Straßenbahngeleise, Straßen und Brücken, der Fuhrpark der öffentlichen Verkehrsmittel, Strom-, Gas- und Wasserleitungsnetz wiesen unzählige Schäden auf.[19] Noch im April begannen unter breiter Teilnahme der Wiener und vor allem der Wienerinnen – der legendären »Trümmerfrauen« – die Aufräum- und Instandsetzungsarbeiten. Zehn Jahre später hieß es in einem Rückblick:

> *[Sie] packten an und befreiten die Straßen vom Schutt der zerstörten Häuser, sie brachten Straßenbahnen und Züge wieder in Fahrt … Mit unzulänglichen Werkzeugen gruben sie die Maschinen aus den Trümmern und setzten sie in den Ruinen der Werkhallen wieder in Gang.*[20]

Nach dem totalen Kollaps der letzten Kriegstage begann das städtische Wirtschaftsleben zum Jahresende wieder Tritt zu fassen, wenn auch mehr schlecht als recht: Die

erste Beschäftigtenzählung vom 6.12.1945 ergab 518.000 Beschäftigte, 83.000 Unabhängige, 149.000 Arbeitslose, 42.000 Studenten und 143.000 Hausfrauen.[21] Und im August 1946 erhob das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, dass von 1.611 Wiener Industriebetrieben 25,1 % noch gar nicht und weitere 45,8 % erst mit weniger als der Hälfte ihrer Kapazität produzierten.[22]

Die Nahrungsversorgung war vorerst nur durch Hilfslieferungen der alliierten Besatzungsmächte möglich. Die Verteilung rationierter Lebensmittel wurde mit Hilfe von Lebensmittelkarten reguliert. Um das Überleben zu sichern, musste die Bevölkerung aber auf vormoderne Methoden der Tausch- und Subsistenzwirtschaft zurückgreifen. Der Schleichhandel im Resselpark nahe dem Karlsplatz blühte, die Wiener und Wienerinnen unternahmen »Hamsterfahrten« ins nähere und fernere agrarische Umland, und in den weniger dicht verbauten Stadtrandzonen erlebte die Selbstversorgung aus dem Eigengarten eine Renaissance. Nach einer zeitgenössischen Schätzung trugen die offiziellen Zuteilungen 1945/46 nur ein Drittel zur Versorgung der Wiener Haushalte bei, den Rest mussten sich diese selber »organisieren«.[23]

Nach den wiederholten regionalen Umbrüchen der vergangenen Jahrzehnte war die Stadt nun schon wieder mit gravierenden und komplex verflochtenen räumlichen Umstrukturierungen konfrontiert. Auf der geostrategischen Ebene war das der bald nach Kriegsende sich immer deutlicher manifestierende West-Ost-Gegensatz, durch den Wien an den äußersten Rand der ökonomisch und politisch westlich orientierten Zone mit unmittelbarer Nähe zum »Eisernen Vorhang« geriet. Auf der binnenstaatlichen Ebene schlug sich dies in den Besatzungszonen nieder, wo die östlichen Bundesländer Niederösterreich und Burgenland sowie Oberösterreich nördlich der Donau unter sowjetische Kontrolle gestellt wurden. Und ein weiteres Mal setzte sich diese Aufteilungslogik innerhalb des Stadtgebiets fort, von dem die Sowjets die Bezirke 2, 4, 10, 20, 21 und 22 sowie die damals noch zu Wien zählenden Bereiche der Bezirke 23 bis 26 (als von den Aliiierten zu Niederösterreich gerechnete Gebiete) zugeschlagen bekamen.

Daraus ergaben sich für Wien äußerst nachteilige regionalökonomische Konsequenzen. Während die drei westlichen Siegermächte ihr durch das Potsdamer Abkommen vom 1. August 1945 statuiertes Anrecht auf das Eigentum des Deutschen Reichs oder deutscher Staatsbürger auf ihrem Besatzungsterritorium nicht wahrnahmen, machte die Sowjetunion, die durch den Krieg weitaus am stärksten in Mitleidenschaft gezogen worden war, von diesem Entschädigungsrecht Gebrauch. Am 5. Juli 1946 wurde das »Deutsche Eigentum«, und damit ein beträchtlicher Teil der Industrie Wiens und Niederösterreichs, der USIA (russische Abkürzung für »Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Österreich«) unterstellt. Betroffen waren rund 5% des österreichischen industriellen Produktionsvolumens, von dem der beiden Bundesländer aber immerhin etwa 30%,[24] darunter in Wien so traditionsreiche Großbetriebe wie die Siemens-Schuckert-Werke (Elektrotechnik, 20. und 21.Bezirk),[25] Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth (Landmaschinen, 21. Bezirk)[26] oder Waagner-Biró (Stahlbau, 22. Bezirk).[27]

Zwar wurden die Unternehmen des Deutschen Eigentums mit den beiden Gesetzen vom 26. Juli 1946 und vom 26. März 1947 verstaatlicht, die zur Sowjetzone gehörigen Betriebe blieben aber weiterhin unter USIA-Verwaltung. Nachdem es in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem zu Demontagen gekommen war, wurde später versucht, einen eigenständigen, in den im Aufbau befindlichen Ostblock integrierten Wirtschaftskomplex zu formen. Dieses Konzept blieb aber nicht nur wegen interner Planungsmängel wenig erfolgreich, sondern auch deshalb, weil auch der Osten Österreichs in die wachsende volkswirtschaftliche Binnendynamik einbezogen wurde. Den entscheidenden Anstoß dazu gaben die seit 1947 fließenden Marshallplan-Gelder, mit denen die USA der Etablierung des westeuropäischen marktwirtschaftlichen Modells gegenüber der sowjetischen Planungsökonomie Nachdruck verleihen wollten. Ein Großteil des Kapitals sollte in den Aufbau einer leistungsfähigen Grundstoffindustrie fließen, was auch die Unterstützung der österreichischen Koalitionsregierung fand. Damit wurde die schon während des Krieges eingeleitete Verlagerung des industriellen Schwergewichts weg vom Osten Österreichs fortgesetzt, zum einen, weil hier – und speziell in Wien – vorwiegend Final- bzw. Konsumgüter produziert wurden, und zum anderen wohl auch, weil die sowjetisch kontrollierte Zone bei der Zuteilung der Gelder bewusst benachteiligt wurde. Jedenfalls erhielten die Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland lediglich 19% der Marshall-Plan-Mittel.[28]

Tabelle 9: Berufstätige nach Wirtschaftssektoren in Österreich und Wien 1951/61/71

	1951			1961			1971		
	Österreich	Wien	Anteil Wiens (%)	Österreich	Wien	Anteil Wiens (%)	Österreich	Wien	Anteil Wiens (%)
Summe der Berufstätigen	3.307.566	822.988	24,9	3.331.940	808.491	24,3	3.036.915	695.195	22,9
davon in %									
I. Land- und Forstwirtschaft	32,6	2,7	2,1	23,0	1,1	1,1	14,0	0,8	1,3
II. Bergbau, Energie, Industrie u. Gewerbe, Bauwesen	38,8	50,9	32,6	43,5	51,5	28,7	42,7	39,9	21,4
III. Handel, Dienstleistungen	28,5	46,4	40,4	33,5	47,4	34,4	43,2	59,3	31,4

Berufstätige aus der Wohnbevölkerung; Wien 1951 in den Grenzen vor 1954.
Quelle: Volkszählungen 1951, 1961 nach Möller, Wandel, 1971 nach Stat. Handb. f.d. Rep. Öst. 1975.

Das Wachstum der gesamtösterreichischen Wirtschaft beschleunigte sich seit 1947 beträchtlich. 1949 überschritt das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erstmals wieder den Stand von 1937, und im Jahr darauf wurde sowohl das Niveau von 1913 als auch das

von 1929 – der Höchststand der Ersten Republik – überschritten.[29] *Tabelle 9* zeigt die zwischen 1934 und 1951 in der Sektorenstruktur Österreichs und Wiens bzw. im Anteil Wiens eingetretenen Verschiebungen *(vgl. dazu auch Tabelle 1, oben S. 654)*. In Österreich hat der Agrarsektor nun seine Vorrangstellung endgültig an den Sekundärbereich abgegeben, und auch der Tertiärbereich hat noch leicht zugenommen. Auch in Wien schlugen sich die nötigen Rekonstruktionsarbeiten in einer Zunahme des sekundären Sektors nieder, der tertiäre hatte demgegenüber an Gewicht verloren. Die von der Land- und Forstwirtschaft gewonnenen 1,6 Prozentpunkte sind dagegen auf die noch nicht rückgängig gemachte nationalsozialistische Gebietserweiterung ins noch stark agrarische Umland zurückzuführen. In diesem Zusammenhang sollte freilich nicht auf die schon traditionelle, bis heute im ursprünglichen Stadtgebiet nicht unbedeutende, aber durch die nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählungen meist nicht erfasste Rolle der Agrarproduktion in Form von Gemüseanbau (vor allem im 11. Bezirk) und von Weinbau (vor allem im 19. und 21. Bezirk) vergessen werden.[30] Ins Auge springend ist aber der drastische Anteilsrückgang Wiens sowohl im Sekundär- wie auch im Tertiärsektor. Hier schlägt offensichtlich die oben beschriebene schon während des Zweiten Weltkriegs eingeleitete Gewichtsverschiebung weg von Wien und seinem Umland nach Westen zu Buche. Diese Entwicklung sollte allerdings nicht monokausal als bloße Benachteiligung Wiens durch die erwähnten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern darüber hinaus im erweiterten Kontext des Wandels der österreichischen Ökonomie gesehen werden. Mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der Ausbreitung der beiden anderen Sektoren wurden nun eben zunehmend bisher vorwiegend in Wien angesiedelte Produktionen und Dienstleistungen auch in den westlichen Bundesländern stärker nachgefragt und fanden daher auch dort verbesserte Standortbedingungen vor[31] – ein Prozess, der »gesamtwirtschaftlich und langfristig gesehen, Vorteile barg, weil er der längst schon als schädlich erkannten Zusammenballung in wenigen Zentren entgegenwirkte«.[32]

Tabelle 10: Nichtlandwirtschaftliche Betriebszählung 1954

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (1)	3	2.764	12,5	72,2
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	37	344	3,7	0,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	3.351	38.092	21,1	34,6
Textilien, Textilwaren (33)	931	19.367	28,5	21,5
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	9.999	48.612	33,2	47,8
Leder, Ledererersatzstoffe (36)	637	4.473	26,0	37,0
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	3.763	21.111	18,6	21,6
Papier, Papierwaren	459	7.489	59,6	22,2
Druckerei, Vervielfältigung (42)	452	7.112	57,3	58,8

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	753	14.170	49,9	36,4
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	419	7.128	18,6	14,9
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	2.531	36.429	24,4	28,3
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	1.824	20.917	38,7	41,5
Elektrotechnik (56,57)	372	29.284	53,8	71,1
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	620	16.902	30,9	37,9
Bauwesen (61–63)	4.076	72.303	31,8	34,9
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	30.187	343.389	28,0	33,8
Handel, Lagerung (inkl. Verlagswesen) (43,71–77)	29.903	113.506	38,8	43,3
Beherbergung, Gaststätten (78)	4.327	18.307	14,3	19,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2.965	143.811	32,0	86,0
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	171	18.750	7,3	74,4
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	759	4.707	31,5	54,1
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	3.752	15.511	38,2	44,8
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	318	6.818	25,9	57,8
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (inkl. Apotheken) (96)	300	14.431	29,4	38,8
Unterrichts- und Forschungswesen (97)				
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr. (98)				
Summe Handel, Dienstleistungen	42.495	335.841	31,8	52,2
Zusammen	72.722	682.338	30,0	40,0

Quelle: Betriebszählung 1954, eigene Umrechnungen.

Die Ergebnisse der Nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung vom 1. September 1954 – also zu dem Zeitpunkt, an dem die 1938 erfolgte Gebietserweiterung rückgängig gemacht und die bis heute gültigen Stadtgrenzen festgelegt wurden[33] – ermöglichen eine genauere Analyse der oben erörterten Strukturverschiebungen (*vgl. Tabelle 10*). Wenn auch die Aussagekraft durch einige Erhebungsmängel beeinträchtigt ist,[34] so ist doch augenfällig, dass Wien in sämtlichen Branchen des Sektors Industrie, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwesen gegenüber 1930 (*vgl. Tabelle 2, oben S. 655*) deutliche Verluste seines Anteils an der gesamtösterreichischen Beschäftigung hinnehmen musste. Die besonders hohen Rückgänge in den hier traditionell starken Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Transportmittelerzeugung sind freilich zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass die USIA-Betriebe von der Zählung ausgenommen waren, die ja gerade in Wien in ganz überwiegendem Ausmaß diesen Wirtschaftsklassen angehörten.

Die Hauptstadt hatte in der Mehrzahl der Wirtschaftsklassen des Sektors Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen, besonders drastische in der Bekleidungsbranche. Zuwächse hatten dagegen nur die Wachstumsbranchen Chemie, Metall, Maschinenbau,

Elektrotechnik und Transportmittel zu verzeichnen, wo aber die Beschäftigungsgewinne in Gesamtösterreich noch viel deutlicher ausgefallen waren, sowie – angesichts der geforderten Wiederaufbauleistungen wenig verwunderlich – das Bauwesen, aber sogar der Anteil des Letzteren war trotz der überdurchschnittlichen Kriegsschäden Wiens leicht rückläufig. Während in Wien die Gesamtzahl der im Sektor Beschäftigten leicht zurückgegangen war, hatte sie in Österreich insgesamt um über 150.000 zugenommen, wobei auch hier noch der Wegfall der USIA-Betriebe zu berücksichtigen ist. Die schon während des Zweiten Weltkriegs eingeleitete und danach durch die Zugehörigkeit zur Sowjetzone und den regionalen und branchenmäßigen Bias der Marshallplan-Hilfe verstärkte Gewichtsverschiebung der Produktionsleistung weg von Wien schlägt sich also auch im Ergebnisvergleich der Betriebszählungen von 1930 und 1954 markant nieder. Allerdings – mehr als ein Drittel der Arbeitsplätze in Industrie, Verarbeitendem Gewerbe und Bauwesen befand sich immer noch in Wien. Wir sollten daher – wie schon gesagt – in diesem Prozess zugleich auch eine Art Normalisierung sehen, in deren Rahmen im Zuge der landesweiten Etablierung der Industriegesellschaft bisher auf die Metropole konzentrierte ökonomische Aktivitäten auch außerhalb von ihr ausgeübt werden konnten.

Die Binnenstruktur des Produktionssektors der Hauptstadt hatte sich im Vergleich zum Gesamtstaat nicht allzu stark verschoben (*vgl. Tabelle 4, oben S. 658*), wenn man in Rechnung stellt, dass die merklichen Rückgänge des Lokationsquotienten in den Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Transportmittel zum Teil durch das Fehlen der USIA-Betriebe verursacht sind. Die »knowledge-based economy«, soweit sie im Produktionsbereich agierte, hatte ihren Schwerpunkt noch immer in Wien, die Verlagerungstendenzen hatten aber sicherlich auch sie erfasst.

Da ein Großteil des Öffentlichen Dienstes (Hoheitsverwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheitswesen), ferner die Sozialversicherung, die Interessenvertretungen und die freien Berufe nicht erfasst wurden und da Bahn und Post als jeweils ein in Wien befindlicher Betrieb ausgewiesen wurden,[35] sind die Zählungsergebnisse des Tertiärsektors ziemlich mangelhaft. Unübersehbar ist jedenfalls die Tatsache, dass auch Wirtschaftsklassen, die aller Wahrscheinlichkeit nach vollständig erfasst sind, wie Handel, Beherbergung, Körperpflege und Kunst, jeweils absolute wie auch anteilsmäßige Beschäftigungsverluste hinnehmen mussten. Die bemerkenswerte Ausnahme ist das Kreditwesen. Offensichtlich hatte der Produktionssektor in den Jahren des Wiederaufbaus Vorrang, und sicherlich war auch nach einer andauernden Phase akuten materiellen Mangels die Nachfrage nach Dienstleistungen zurückgegangen. Die Anteilsverluste in Bezug auf Gesamtösterreich dürften auf die erörterten Verschiebungstendenzen zurückzuführen sein.

Auffällig ist auch die deutliche Zunahme des Anteils der Unselbstständigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten (*vgl. Tabelle 7, oben S. 663*), wobei auch hier eine Annäherung des gesamtösterreichischen Niveaus an das höhere von Wien festzustellen ist. Die Zahl der Klein- und Kleinstbetriebe muss also deutlich zurückgegangen sein, und

die Tendenz zur Industrialisierung und Kommerzialisierung muss dementsprechend auch außerhalb der Hauptstadt beschleunigt um sich gegriffen haben.

Schon 1947 war es zu ersten Ansätzen korporativer Regulierung gekommen, um die ökonomische Konsolidierung zu verstetigen. Auf Anregung der Dachverbände der Interessenvertretungen wurde das 1. Lohn- und Preisabkommen geschlossen, das für die elementaren Kosten der Lebenshaltung (etwa 70 % der Ausgaben eines Arbeiterhaushalts) strenge Preiskontrollen vorschrieb und bei einer Erhöhung entsprechende Lohnsteigerungen vorsah. Von einer Abgeltung der Produktivitätsfortschritte sahen die Gewerkschaften vorerst ab. Als im Rahmen des 4. Lohn- und Preisabkommens vom September 1950 die Preissteigerungen durch die Lohnerhöhungen nur inadäquat kompensiert wurden, kam es zu Schwierigkeiten. Die vor allem von der Arbeiterschaft der USIA-Betriebe ausgehende und stark auf Wien konzentrierte, von vielen Zeitgenossen als kommunistischer Putschversuch interpretierte Protestbewegung des Oktoberstreiks dieses Jahres wurde von Regierung und Gewerkschaftsbund gemeinsam unterdrückt, was als maßgebliche und durchaus symbolkräftige Festlegung auf den Weg korporatistisch ausgehandelter Interessenabstimmung gesehen werden kann.[36]

Die endgültige Stabilisierung ließ freilich noch auf sich warten. Zwar initiierte die Industriellenvereinigung Ende 1951 eine Preissenkungsaktion, worauf die Lebenshaltungskosten nach dem hohen Anstieg der vergangenen Jahre sogar zu sinken begannen, gleichzeitig stagnierte aber das Bruttoinlandsprodukt, und die gesamtösterreichische Arbeitslosenquote stieg 1953 auf 8,8 %, in Wien lag sie sogar bei 9,3 %. Erst 1954 erfolgte im Zusammenhang mit dem Anspringen der internationalen Konjunktur wieder ein kräftiger Wachstumsschub, die Inflation blieb unter 3 %, und die Arbeitslosigkeit fiel deutlich. Österreich und seine Hauptstadt traten in die Ära des »Wirtschaftswunders« ein.[37]

Die Versorgungslage hatte sich seit dem Ende der 1940er-Jahre allmählich zu stabilisieren begonnen. Der 1947 noch rund 20% betragende Anteil der Schwarzmarktkäufe an den Ausgaben eines durchschnittlichen Wiener Haushalts ging immer mehr zurück und verlor schließlich 1950 völlig an Bedeutung. Auch die Regulierung des Lebensmittel- und Bedarfsgüterbezugs wurde schrittweise aufgehoben, und 1953 wurden die Lebensmittelkarten nach über dreizehn Jahren endgültig abgeschafft. Ein Zeichen der Normalisierung des Warenangebots und zugleich ein deutlicher Hinweis auf die angestrebte Massenkonsum-Gesellschaft war es, als die Konsumgenossenschaft 1950 den ersten »Selbstbedienungsladen« eröffnete.[38]

Nach der Beseitigung der Kriegsschäden lag vorerst das Hauptgewicht der Wohnbautätigkeit auf der Lückenverbauung im engeren Stadtkern. 1947 wurde mit der Per-Albin-Hansson-Siedlung das erste Stadtrand-Wohnbauprojekt begonnen. Insgesamt wurden bis 1954 rund 28.000 Wohnungen errichtet, rund vier Fünftel davon durch die Gemeinde Wien.[39] Die Stadtverwaltung trug aber nicht nur damit zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Belebung der Wirtschaft bei, maßgeblich war dieser Beitrag auch durch die rasche Wiederherstellung und den systematischen

Ausbau der kommunalisierten Infrastrukturen. 1949 wurden die städtischen Elektrizitätswerke, Gaswerke und Verkehrsbetriebe in den »Wiener Stadtwerken« zusammengeschlossen.[40]

Schon bald nach Kriegsende begann sich ein für die spätere Entwicklung relevanter Diskurs über das Verhältnis von städtischer Ökonomie und »Urban Form« zu entwickeln, wobei unter »Urban Form« hier die materiale Manifestation von Stadtraum als Ergebnis konzeptueller Konstrukte sowie sozialer Prozesse und Strukturen verstanden werden soll.[41] 1945/46 wurde im Wiener Rathaus eine Enquete zu Fragen des Wiederaufbaus abgehalten, die unter offensichtlicher Orientierung an der »Charta von Athen« als zentrale Ziele für den künftigen Städtebau unter anderem festhielt: »Die Stadt muß aufgelockert werden.« – und »Die Stadt muß entmischt werden.«[42] Damit waren zwei wesentliche Strukturelemente des Konzepts der fordistischen bzw. funktionalen Stadt formuliert, die die Generallinie der Wiener Stadtplanung für die kommenden Jahrzehnte bestimmen sollten – Auflösung der urbanen Verdichtung durch Flächenwachstum bei gleichzeitiger räumlicher Trennung der Teilfunktionen des Wohnens und Arbeitens.[43]

Ende 1946 erörterte dann der damalige Stadtrat für Bauangelegenheiten, Franz Novy, im »Aufbau«, der vom Wiener Stadtbauamt herausgegebenen »Monatsschrift für den Wiederaufbau«, Grundsatzfragen der Stadtplanung, wobei er sich gleich eingangs mit der gewandelten, überregionalen ökonomischen Rolle Wiens auseinander setzte. Durch *die Geschicklichkeit ihrer Bewohner und ihr reiches Reservoir an anpassungsfähigen geistigen und manuellen Arbeitern* kam für ihn die Stadt *als Industriestandort für arbeitsintensive Produktionen* in Betracht. *Geschmacksindustrie und Veredelungsproduktion verbinden sich mit reichen Möglichkeiten für die Erzeugung von Exportwaren.* Damit wurden – wenn wir diese Position vor der Folie der eingangs entwickelten Begriffe sehen – eher die »creative industries« als die »knowledge-based economy« als Wien-spezifisch identifiziert. Genauso wichtig wie für die Alpenländer sei allerdings *für Wien mit seinen mannigfaltigen anziehenden Kräften* auch der Fremdenverkehr. Sorgen machte Novy – wohl im Kontext der beschriebenen regionalen Benachteiligung – das wie schon nach dem Ersten Weltkrieg in den Bundesländern wieder auftauchende Schlagwort vom »Wasserkopf Wien« und daran anschließende Überlegungen, wo doch, wenn *Österreich dank seiner mittleren Lage und Orientierung eine Rolle im künftigen geeinten Europa spielen soll, … nur Wien aus seiner geschichtlichen Aufgabe heraus dazu berufen* sei.[44]

Dann nahm er die Frage der Entmischung in den Blick:

> *Die am dichtesten besiedelten Wohnbezirke Wiens sind im inneren Bereich von Gewerbebetrieben aller Art und in den weiter draußen liegenden Vierteln von Industrien derart durchsetzt, daß man mit Recht sagen kann, Wien ist in seiner Gesamtheit eine große Fabrik. Viele Gründe, nicht zuletzt solche sozialpolitischer Natur, sprechen für eine Bereinigung dieses Zustandes durch schrittweise Absiedlung der störenden Betriebe aus den Wohngebieten in solche Bereiche, die durch ihre spezielle Widmung für Industriezwecke diesen Unternehmungen auch bessere Voraussetzungen bieten können.*

Als mögliches neues Industriegebiet neben den schon bestehenden wurde ein breiter Streifen längs des Donaukanals im 11. Bezirk vorgeschlagen und dabei eine Umsiedlung der dortigen Gärtnereien angedacht.[45]

In dieselbe Kerbe einer Entmischung schlug 1949 der neu bestellte Leiter der Stadtplanung Karl Brunner in einem Vortrag im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein, in dem er der *Standortslehre der Industrie*, gemäß der sich das Wirtschaftsleben ein System für seine Objekte schaffe, die Forderung nach einer *Sozialen Wohnungslehre* gegenüberstellte, wonach sich die Wohnstätten *nach den Bedürfnissen der Bewohner* zu richten hätten. Er befürwortete die *Schaffung von in sich abgeschlossenen Siedlungsgebieten in Erweiterungszonen*, sah in der unmittelbaren Zuordnung der Wohnstätte zum Arbeitsplatz *einen Restbestand der materialistischen Ideologie …, die die sonstigen Lebensziele des Arbeiters und die vielfältigen Interessen seiner Angehörigen geringer einschätzte als seine oft zufällige und auch nicht immer dauernde Arbeitsverdingung*, und plädierte demgegenüber *für Verkehrsverbindungen von allen Volkswohngebieten zu allen Arbeitsstätten*.[46] Der Architekt Friedrich Pangratz vertrat eine gegenteilige Planungsposition: Ziel müsse sein, *zwar allseits gute Verkehrsverbindungen zu schaffen, trotzdem aber alle Verkehrsursachen möglichst einzuschränken*, auch wenn *der Wert übergroßer städtischer Zusammenballungen* damit fraglich würde. Anhand von empirischen Daten aus den Jahren 1946/47 über Wohn- und Arbeitsorte der in den einzelnen Bezirken Beschäftigten konnte er zeigen, dass die überwiegende Zahl der in einem Bezirk Beschäftigten ohnehin im selben oder in einem Nachbarbezirk wohnte. Außerdem sei eine Tendenz erkennbar, dass Belegschaften bei einem Standortwechsel ihres Betriebes oft ebenfalls ihren Wohnort entsprechend wechselten. Er trat daher für eine gleichmäßige Mischung von Arbeits- und Wohnstätten ein, nur unter Abgehen vom *bisherigen Zustand, daß Wohnungen und Werkstätten im selben Haus oder Straßenblock beisammen liegen*. Die Verlegung von Arbeitsstätten sei aber nicht so leicht zu planen, wie Pangratz mit einer dem Cluster-Konzept entsprechenden Begründung ausführte: *Es gibt Gemeinschaften voneinander abhängiger Gewerbe in bestimmten Gebieten, die nicht einfach zerrissen werden dürfen*. Das Gegenargument, *daß im Zeitalter des Telephons und des Autos die alten lokalen Bindungen nicht mehr so wichtig sein können*, müsse erst empirisch überprüft werden.[47]

In dem schließlich 1952 vom Gemeinderat genehmigten Flächenwidmungsplan wurden zwar die »erwünschten Lagen« von Industrie und Großgewerbe in »Industriegebieten« und »Gemischt-gewerblichen Gebieten« ausgewiesen (sie entsprachen ohnehin weitgehend den bereits gegebenen Zonenfestlegungen), gleichzeitig musste man jedoch eingestehen, dass im Interesse des Funktionierens der städtischen Wirtschaft die fein säuberlich entmischten räumlichen Ordnungsvorstellungen der Stadtplanung bei weitem nicht immer realisierbar waren. Seit Kriegsende hatte kein einziger Industriebetrieb aus einem dafür nicht vorgesehenen Gebiet verlegt werden können, in manchen Fällen hatten sogar noch Ausbauten bewilligt werden müssen. Als Gründe für dieses Beharren auf angestammten Standorten wurden die charakteristischen, schon genannten »agglomeration economies« angeführt:

1. *kein großstädtischer Fabriksbetrieb ist von anderen Unternehmungen unabhängig*; – genannt wurden Kontakte zu Zulieferern, Abnehmern, Handels- und Transportfirmen, Bankinstituten etc.;
2. diese Beziehungen machten oft *intensiven persönlichen Kontakt zwecks Rücksprachen und Verhandlungen* nötig;
3. die Möglichkeit, *geschulte qualifizierte Arbeitskräfte oder weibliche Hilfskräfte zu beschaffen, ist in den einzelnen Stadtgebieten eine sehr verschiedene.*

Dazu käme weiter, dass die – in der Wiederaufbauzeit noch verschärfte – Kapitalknappheit zum Beibehalten von Produktionsstätten im Souterrain, im Hinterhof oder gar in eigens dafür adaptierten Wohnungen zwinge.[48]

Während es fast unmöglich schien, unerwünschte Produktionsstätten aus dem dicht verbauten Gebiet abzusiedeln, gewann ein Gegentrend immer mehr an Gewicht – die Pendelwanderung von Landbewohnern zur Arbeit in die Stadt. Sie wurde 1951 am Beispiel des Marchfeldes untersucht. Schon zu Zeiten der Monarchie hatten viele Eisenbahner in den Orten entlang der Bahnlinien ihre Häuser. In der Zwischenkriegszeit wucherte dann ebenfalls entlang der Bahn eine intensive Siedlungstätigkeit, getragen von in Wien Erwerbstätigen, die den für sie unerträglichen Wohnverhältnissen der Großstadt entkommen wollten. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen schließlich freiwillig oder gezwungen aus der Landwirtschaft ausscheidende Arbeitskräfte hinzu, die Beschäftigung in der Stadt fanden. Rund zwei Drittel der 6.289 erfassten Pendler erreichten ihren Wiener Arbeitsplatz mit bis zu einer Stunde Fahrzeit, das restliche Drittel musste ein bis zwei Stunden und mehr aufwenden. Viele hatten einen landwirtschaftlichen Nebenerwerb.[49]

1955–1974: Stadt im Fordismus

Mit dem Einsetzen der Konjunktur im Jahr 1954 und dem Wiedergewinnen der politischen Unabhängigkeit durch den Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 traten Österreich und mit ihm seine Hauptstadt in eine nahezu zwei Jahrzehnte mehr oder minder ungebrochen andauernde Aufschwungphase mit tief greifenden sozioökonomischen Folgewirkungen ein. Die schon vom Marshallhilfe-Programm forcierte Marktwirtschaft nach US-Muster konnte sich nun endgültig und erfolgreich durchsetzen. Das dabei in allen fortgeschrittenen westlichen Industriestaaten aus den jeweiligen historischen Traditionen entwickelte System, wonach die Faktoren Massenproduktion und Massenkonsum sowie die korporatistische und wohlfahrtsstaatliche Regulierung der Entwicklung von Produktion und Konsum synergetisch stabiles Wirtschaftswachstum ermöglichen sollen, wird von der Regulationstheorie mit Bezug auf Henry Fords Konzept von einander verstärkender Produktions- und Konsumsteigerung als »fordistisches Akkumulationsregime« bezeichnet.[50]

Entsprechend den diversen nationalen und regionalen institutionellen Traditionen entwickelten sich klarerweise recht unterschiedliche Spielarten des Fordismus.[51] Allen gemeinsam war aber die Tendenz zur industriellen Massenproduktion, zu stärkerer Funktionalisierung bzw. lokaler Spezialisierung und entsprechendem überregionalem Austausch sowie zur Hebung des Einkommens- und Konsumstandards breiter Bevölkerungsschichten, und allgemein bestand schließlich der explizite Anspruch, diese Entwicklungen zu koordinieren und durch antizipierende Planung in die gewünschte Richtung zu steuern. Für Wien musste dies gravierende Auswirkungen haben. Einerseits war es als Bundeshauptstadt gleichsam logisches Zentrum der gesamtösterreichischen Regulierung, und es konnte dadurch und durch die vom Fordismus via Differenzierung und Informatisierung beschleunigte Tertiärisierung der Ökonomie überhaupt als Standort nur begünstigt werden. Das markanteste institutionelle Zeichen dieser Entwicklung war die Konstituierung der »Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen« im März 1957, die sich aus Vertretern von Regierung, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer sowie des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zusammensetzte.[52] Auf der anderen Seite stellte jedoch der Siegeszug der »economies of scale« mit dem dominierenden Modell des integriert produzierenden Großbetriebs die im hiesigen Sekundärsektor überkommenen Produktions-, Betriebsgrößen und Standortstrukturen radikal in Frage.

Ein weiterer Aspekt betraf die »Urban Form«: Die 1933 in der Charta von Athen festgelegten und schon in der Wiederaufbauphase für Wien angestrebten Prinzipien des modernen, nach Funktionen – hier speziell die des Produzierens und des Wohnens – gegliederten und durch leistungsfähige Verkehrsadern vernetzten Städtebaus[53] trafen im Fordismus auf einen gleichsam kongenialen Partner, und das schon angesprochene Konzept der »fordistischen Stadt« wurde damit zum beherrschenden Planungsmodell.

Im Anschluss an den Staatsvertrag erfolgten zwei für die Stadt ökonomisch sehr bedeutsame Maßnahmen – die Aufhebung der Zonenteilung und die Rückgabe der USIA-Betriebe, die nun endgültig ins Eigentum des Staates bzw. in das staatseigener Banken übergingen.[54] Die regionale Benachteiligung war damit – von der natürlich fortbestehenden Randlage am »Eisernen Vorhang« einmal abgesehen – beseitigt und Wien konnte endlich wieder seine Rolle als Produktions- und Steuerungszentrum der österreichischen Wirtschaft voll wahrnehmen. Die Arbeitslosenrate sank rasch, unterschritt 1960 3 % und im Jahr darauf sogar die 2-%-Marke, spätestens ab dann konnte man also von Vollbeschäftigung sprechen. Erst zwanzig Jahre später, 1981, wurde dieser Wert dann wieder überschritten. Über diesen ganzen Zeitraum lag damit die Wiener Arbeitslosigkeit auch leicht unter dem gesamtösterreichischen Niveau.[55] Ob die Hauptstadt in den ersten Jahren nach 1955 das zuvor gegenüber dem übrigen Bundesgebiet verlorene Terrain wettmachen konnte, ist freilich zu bezweifeln, da in dieser Boomphase (mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von über 6 % zwischen 1955 und 1961) der Aufschwung auch in allen anderen Bundesländern

durch starke Abwanderung aus der vergleichsweise unproduktiven Landwirtschaft starken Auftrieb erhielt.[56] Das Ergebnis der Volkszählung von 1961 wies jedenfalls einen seit 1951 deutlichen Rückgang des Anteils der in Wien wohnhaften Berufstätigen sowohl im Sekundär- wie auch speziell im Tertiärsektor aus, der sicherlich überwiegend auf das drastische Absinken der gesamtösterreichischen Agrarbeschäftigung um nahezu zehn Prozentpunkte zurückzuführen ist (*vgl. Tabelle 9, oben S. 668*).

Das vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung ab 1961 jährlich berechnete regionalisierte nominelle Bruttoinlandsprodukt (BIP) weist für Wien ein Bruttourbanprodukt (BUP) von rund 56.718 Mio. Schilling aus, was gegenüber einem Bevölkerungsanteil von 23,0 % nach der Volkszählung 1961 einem Anteil von 31,4 % an Gesamtösterreich entspricht.[57] Das Urbanprodukt pro Erwerbstätigem lag damit für Wien um 29,3 % über dem österreichischen Wert.[58] Bis zum Jahr 1970 entwickelte sich dann das reale BUP weitgehend gleichförmig mit dem BIP-Wachstum *(vgl. Figur 1)*.[59]

Figur 1: Österreichs Bruttoinlandsprodukt und Wiener Bruttourbanprodukt (real) 1961–1992



Quelle: Butschek, Statistische Reihen; Weigl, Zeitreihen Wirtschaft; eigene Berechnungen

Trotz aller in den Jahrzehnten davor die Position Wiens negativ beeinflussenden Faktoren schlugen also die Struktureffekte der Agglomeration – hohe Konzentration von Funktionen mit überdurchschnittlicher Wertschöpfung, sowohl was die einzelnen Wirtschaftszweige wie auch was die Tätigkeit innerhalb dieser Wirtschaftszweige anlangt – noch immer kräftig zu Buche. Auch im Bereich der Lohneinkommen kam es nach der Phase gewerkschaftlicher Zurückhaltung in den Wiederaufbaujahren ab Mitte der 1950er-Jahre zu kräftigen Zuwächsen.[60] Dementsprechend war die Lohnquote anfänglich zurückgegangen, stieg aber dann bis in die frühen 1970er-Jahre

an. Wenn auch in Wien von größeren Lohnunterschieden als im restlichen Österreich auszugehen ist, so bewirkte doch die gewerkschaftliche Kollektivvertragspolitik während der 1960er-Jahre eine leichte Verringerung der Lohndifferentiale zwischen Arbeitern und Angestellten sowie zwischen Frauen und Männern, sie blieben freilich markant (*vgl. Figur 2*). Im Landesvergleich schnitten die Wiener Lohnbeziehenden jedenfalls vorteilhaft ab, denn das Wiener Bruttolohnniveau lag zu Anfang der 1960er-Jahre erst gut ein Zehntel über dem österreichischen Durchschnitt und überstieg diesen in den 1970er-Jahren dann um mehr als ein Fünftel.

Figur 2: Einkommensentwicklung in Wien 1961–1992



Quelle: Zeitreihen Wirtschaft.

Diese noch nie da gewesene kräftige und anhaltende Steigerung der Masseneinkommen musste natürlich zu einer tief greifenden und breiten Umwälzung der Lebensverhältnisse führen.[61] In den 1950er-Jahren begannen sich vorerst einmal die Ernährungsverhältnisse zu bessern. Der Verbrauch von Nahrungsmitteln, die während der kargen Nachkriegsjahre den Speisezettel dominiert hatten, wie Kartoffeln, Roggenbrot, Milch, Schweineschmalz oder Speck, ging zu Gunsten von Produkten wie Weißbrot, Hühnerfleisch, Butter, Käse oder Gemüse zurück. Der steigende Wohlstand ist auch aus dem zunehmenden Verbrauch von Südfrüchten, Frischobst, Bohnenkaffee, Schokolade sowie Bier und Wein abzulesen, ganz allgemein ist eine Verschiebung von kohlehydratreichen zu eiweiß- und vitaminreichen Nahrungsmitteln festzustel-

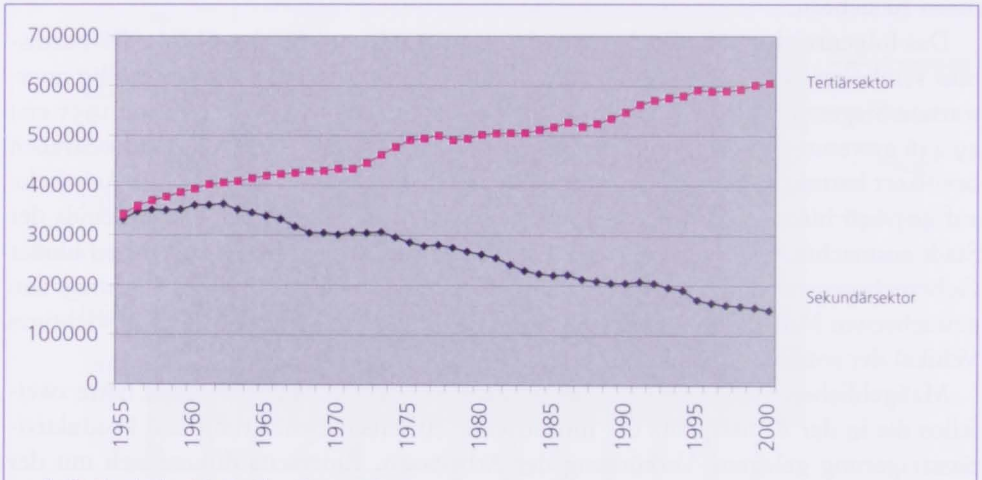
len. Das höhere Lebensniveau schlug sich auch im sinkenden Anteil des Aufwands für Lebensmittel an den Haushaltskosten nieder. Das lag nicht zuletzt an den »economies of scale« der in immer größeren Serien industriell gefertigten Produkte. Die Wienerinnen und Wiener konnten nun für Kleidung, Wohnungseinrichtung oder elektrische Haushaltsgeräte wie Kühlschränke oder später Waschmaschinen und Geschirrspüler mehr ausgeben, für Waren also, die vergleichsweise immer billiger wurden. Die Wohnqualität stieg auch wegen der beträchtlichen Neubauleistung – im Jahrzehnt 1960/70 wurde mit einem Nettozuwachs von über 105.000 Wohnungen die Spitze erreicht. Auch hier gewann die Montage industriell vorgefertigter Bauteile immer mehr Gewicht.[62] Die Wohnungen wurden größer und waren durchgehend mit eigenem WC und Bad ausgestattet. 1955 hatte das Zeitalter des Fernsehens in Österreich begonnen, und bald darauf begann sich die »Glotze« – zuerst Schwarzweiß, dann in Farbe – immer häufiger ihren prominenten Fixplatz in Wiener Wohnzimmern zu sichern.

Das folgenreichste, die Stadt am meisten prägende und für den Erfolg des Fordismus symbolträchtigste Phänomen war allerdings der in diesem Ausmaß völlig unerwartete Siegeszug der – ganz überwiegend privaten – Pkws. Waren es Ende 1955 erst 49.436 gewesen und damit keine zwei Fünftel der Kraftfahrzeuge, die Wiens Straßen bevölkert hatten, so war ihre Anzahl zwanzig Jahre später um mehr als das Achtfache auf 403.646 hinaufgeschnellt, was nun weit über vier Fünftel des Kfz-Bestands der Stadt ausmachte.[63] Das eigene Auto war ja nicht nur als Fortbewegungsmittel bloßer Gebrauchsgegenstand, es signalisierte darüber hinaus den persönlichen Aufstieg, den gewachsenen Mobilitäts- und Freiheitsspielraum und fungierte zudem als gewichtiges Vehikel der sozialen Distinktion.[64]

Maßgeblichen Stellenwert für den Strukturwandel der Stadtwirtschaft hatte zweifellos die in der Konsequenz der industriellen Arbeitsintensivierung und Produktivitätssteigerung gelegene Verkürzung der Arbeitszeit. Einerseits öffnete sich mit der allmählichen Senkung der Normalarbeitszeit – 1959 wurde die 45-Stunden-Woche eingeführt, 1965 die dritte Urlaubswoche, 1975 schließlich zusammen mit der 40-Stunden-Woche das um den Samstag verlängerte arbeitsfreie Wochenende – für die lohnabhängig Beschäftigten ein größeres Zeitfenster außerhalb ihres Arbeitslebens. Zugleich ergaben sich durch die Zunahme zahlungskräftiger Kundschaft mit mehr Freizeit weitere und neue Betätigungsfelder für Dienstleistungen etwa im Bereich des Sports, des Unterhaltungs- und Gaststättengewerbes oder des Tourismus. Der Aufstieg des Tertiärsektors, in den Jean Fourastié so »große Hoffnung« setzte,[65] lag nicht nur darin, dass der fordistische Sekundärsektor zunehmend »knowledge«-basierte Funktionen außerhalb seiner selbst zu seiner Effizienzsteigerung, Steuerung und Regulierung benötigte, sondern dass seine enorme Produktivität auch beträchtliche Potentiale freisetzte und eine ungeahnte Nachfrage nach persönlichen Dienstleistungen auslöste, die wegen der noch viel geringeren Rationalisierbarkeit bei vergleichsweise hohem Personaleinsatz weniger »economies of scale« und daher nur schwache Kos-

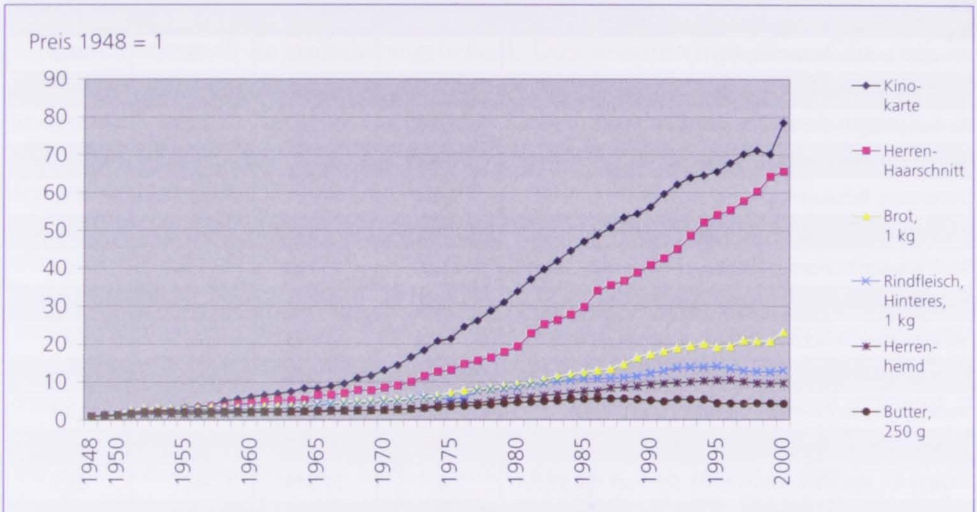
tensenkungseffekte erzielen konnten.[66] In Wien dürfte die Tertiärisierungsdynamik um 1960 voll eingesetzt haben, wie ein Vergleich der *Figuren 3* und *4* gut illustrieren kann. Der bis ca. 1960 in etwa gleiche Beschäftigungsstand des Sekundär- und des Tertiärsektors begann sich danach stetig auseinander zu entwickeln *(vgl. Fig. 3)*. Gleiches ist bei der sektorendifferenzierten Preisentwicklung festzustellen: Während in den 1950er-Jahren die Preissteigerungen für beide Sektoren noch etwa in den gleichen Bahnen verliefen, begann sich die Preisentwicklung im Tertiärsektor nach 1960 deutlich zu beschleunigen, während die Produktivitätssteigerungen im Sekundärsektor offensichtlich für eine viel maßvollere Preisgestaltung sorgten *(vgl. Figur 4)*.

Figur 3: Unselbstständig Beschäftigte in Wien nach Sektoren 1955–2000



Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger.

Figur 4: Marktpreise von Bedarfsgütern und Dienstleistungen in Wien 1948–2000



Quelle: Weigl, Zeitreihen Wirtschaft

Ein detaillierteres Bild von den Strukturen der Wiener Wirtschaft in der ersten Entwicklungsphase des fordistischen Systems liefert uns die Betriebszählung von 1964 *(vgl. Tabelle 11, S. 682)*.[67] Erneut fehlen wie schon 1930 die Hoheitsverwaltung sowie das öffentliche Gesundheits-, Fürsorge- und Bildungswesen und – wie auch 1954 – die öffentliche Elektrizitätswirtschaft und die freien Berufe. Damit ist aber auch eine gewisse Vergleichbarkeit gewährleistet. Das schon rund ein Jahrzehnt andauernde »Wirtschaftswunder« hatte Wien zwar auch im Sekundärsektor – und auch unter Berücksichtigung der 1954 fehlenden USIA-Betriebe – eine Vermehrung der Arbeitsplätze gebracht, der Anteil an Gesamtösterreich war aber erneut zurückgegangen. Wieder betrafen diese Anteilsverluste – von relativ unbedeutenden Branchen wie Leder und Papier einmal abgesehen – Produktionszweige, die auch in der Hauptstadt ein deutliches Beschäftigungswachstum verbuchen konnten, wie die Maschinen-, die Elektro- und die Transportmittelindustrie. Der Anteilsgewinn des graphischen Gewerbes ist dagegen höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass diesmal das stark in Wien konzentrierte Verlagswesen hier mitgezählt wurde und nicht mehr beim Handel wie noch 1954.

Tabelle 11: Nichtlandwirtschaftliche Betriebszählung 1964

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (1)	17	2.140	9,3	44,2
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	55	2.367	4,6	6,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	2.766	38.709	19,5	31,0
Textilien, Textilwaren (33)	799	17.969	26,9	20,3
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	6.484	46.181	32,8	41,6
Leder, Ledererersatzstoffe (36)	421	4.177	32,6	40,5
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	2.846	16.278	17,9	16,4
Papier, Papierwaren	419	8.405	57,8	26,3
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (42,43)	678	17.035	55,5	59,7
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	1.008	21.523	50,8	34,8
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	375	7.345	16,6	13,4
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	1.794	33.415	24,5	22,6
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	1.511	27.384	40,1	36,2
Elektrotechnik (56,57)	730	43.516	48,6	67,9
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	750	22.935	17,2	32,2
Bauwesen (61–63)	4.062	76.605	25,7	28,6
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	24.643	381.477	26,5	30,8
Handel, Lagerung (71–77)	27.858	135.623	33,4	37,3
Beherbergung, Gaststätten (78)	4.503	24.379	12,0	20,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2.658	62.754	16,3	33,1
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	472	22.214	11,7	50,3
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	1.644	9.529	46,1	55,1
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	3.944	20.355	36,7	42,7
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	688	5.658	34,5	51,8
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	30	345	12,4	18,0
Unterrichts- und Forschungswesen (97)				
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Interessenvertr. (98)				
Summe Handel, Dienstleistungen	41.797	280.857	26,5	35,3
Zusammen	66.512	666.841	26,4	32,1

Quelle: Betriebszählung 1964, eigene Umrechnungen.

Bei allen schon erwähnten Erhebungsdefiziten des Tertiärsektors dürften doch einige Branchen, wie der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, das Geld- und Kreditwesen sowie Körperpflege und Reinigung, ziemlich vollständig erfasst und auch mit 1954 vergleichbar sein.[68] Der Trend zur Tertiärisierung hatte offensichtlich

nun schon das ganz Bundesgebiet voll erfasst, was auch in diesen Branchen, obwohl sie auch in Wien weiter stark wuchsen, zu merklichen Anteilsverlusten der Hauptstadt führte. Einzige Ausnahme ist das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, wo Wien einen leichten Anteilsgewinn verzeichnen konnte, obwohl sich der Fremdenverkehr österreichweit stark im Aufschwung befand. Dies könnte einerseits auf die auch international wieder rasch wachsende touristische Attraktivität der Donaumetropole,[69] andererseits auf den mit dem wachsenden Lebensstandard zusammenhängenden, in Wien schon früher einsetzenden Trend zu regelmäßigen Lokalbesuchen und zum Essen im Restaurant zurückzuführen sein.[70]

Alles in allem kann sich die Position der Wiener Wirtschaft in diesen Jahren aber im Österreich-Vergleich kaum verschlechtert haben, wenn man die relative Entwicklung des BUP in Betracht zieht *(vgl. Figur 1, oben S. 677)*. Auch bei den Betriebsgrößen ist vor allem im Produktionssektor der fordistische Trend zu größeren Einheiten in Wien deutlicher zu erkennen, noch dazu wenn man in Rechnung stellt, dass verschiedene, am selben Standort ausgeübte Wirtschaftstätigkeiten getrennt zu erfassen waren und sich die Zahl der Betriebe damit erhöhte.[71] Der Vorsprung bei der Zahl von Zweigbetrieben blieb ebenfalls markant *(vgl. Tabelle 3, oben S. 657)*. Bei der Betrachtung des Lokationsquotienten *(vgl. Tabelle 4, oben S. 658)* fällt auf, dass die Wiener Bekleidungsproduktion trotz ihres Anteilsverlustes in Österreich offensichtlich wegen ihrer nach wie vor starken Position in der Stadt sogar einen leichten Anstieg zu verzeichnen hatte. Die hohen Werte des Graphischen Gewerbes und der Elektrotechnik sowie die Abnahme bei der Maschinen- und der Transportmittelerzeugung waren dagegen schon nach der Analyse von *Tabelle 10 (oben S. 669)* zu erwarten. Ebenfalls nicht überraschend ist die anhaltende und durchgängige Zunahme der unselbstständigen Beschäftigung *(vgl. Tabelle 8, oben S. 665)*. Die Struktur der räumlichen Verteilung hatte sich seit 1930 im Produktionssektor deutlich zu Gunsten der Außenbezirke verschoben, die nun nicht nur bei den Betrieben, sondern auch bei den Arbeitsplätzen ein Übergewicht hatten, auch wenn dies vor allem durch den 1954 hinzugekommenen 23. Bezirk zustande kam *(vgl. Tabelle 5, oben S. 660)*.[72]

Einer der Effekte der steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften war, dass die Stadt mit ihrem durch die demographische Entwicklung bedingten geringen Anteil an Personen im erwerbsfähigen Alter in zunehmendem Ausmaß auf Einpendler und Zuwanderer angewiesen war.[73] Schon 1955 pendelten über 51.000 Personen nach Wien ein, davon 79,8 % aus Niederösterreich und über 16,2 % aus dem Burgenland. Sechzehn Jahre später, 1971, war die Zahl der Einpendler auf über 98.000 angestiegen, und die entsprechenden Anteilswerte für Niederösterreich und das Burgenland waren nun 77,1 bzw. 16,4 %. Die aus Niederösterreich kommenden waren überwiegend Tagespendler, die Burgenländer dagegen pendelten häufig auch im Wochenrhythmus. Die wachsende ökonomische Verflechtung mit dem näheren und entfernteren Umland bewirkte allerdings auch einen etwas weniger markanten Gegentrend – die Auspendlerzahl stieg im selben Zeitraum von knapp 13.000 auf nicht ganz 25.000.[74]

Dem Mangel an unqualifizierten Arbeitskräften im Sekundärsektor suchte man seit 1964 durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte beizukommen. Die ersten Arbeitsimmigranten stammten vor allem aus Jugoslawien, ihre Zahl betrug 1968 rund 19.000 und stieg bis 1973 auf etwa 75.000, während sich die Zahl der aus der Türkei kommenden Arbeitskräfte in diesen Jahren erst auf rund 2.600 bzw. 9.500 belief.[75]

Die den Wiener Arbeitskräften abgeforderte regionale Mobilität galt auch für die hier Wohnenden. Durch das Überhandnehmen der City-Funktion in der Inneren Stadt und die durch deren Ausstrahlen ebenfalls zunehmende Geschäfts- und Büronutzung der zentrumsnahen Zonen der Innenbezirke wurde die Wohnbevölkerung in die Außenbezirke verdrängt. Während die Wohnbevölkerung der Stadt zwischen 1951 und 1971 mit etwas über 1,6 Millionen nahezu gleich blieb, erhöhte sich der Anteil der Außenbezirke (10.–19., 21.–23.) im gleichen Zeitraum von 58,9 auf 65,0 %, wobei sich diese Entwicklung im zweiten Jahrzehnt beschleunigte. Besonders stark war die Zunahme der Wohnbevölkerung in den südlichen und südöstlichen Bezirken (10., 11., 23.) und jenseits der Donau (21., 22.), wo große, meist periphere Wohnanlagen entstanden, was in diesen Teilen zusammengenommen zu einem Bevölkerungswachstum von knapp 46 % führte.[76] Der Anteil der Arbeitsbevölkerung (Beschäftigte der Wohnbevölkerung plus Einpendler minus Auspendler) der Außenbezirke an der Gesamt-Wiens stieg dagegen zwischen 1955 und 1971 von 41,3 auf 45,7 %.[77] Das Verhältnis verschob sich also auch hier zu Gunsten der äußeren Stadtzonen, doch blieb durch die hier zugleich stark angestiegene Wohnbevölkerung die regionale Disparität des Arbeitsplatzangebots ziemlich unverändert bestehen. Die Zählung der Berufspendelwanderung von 1955 ergab zwar wie schon acht Jahre zuvor, dass die im einen Bezirk wohnenden unselbstständig Beschäftigten überwiegend auch in diesem oder einem benachbarten Bezirk ihren Arbeitsplatz hatten. Doch zweifellos waren schon allein wegen der seither erfolgten Ausdehnung des verbauten Gebiets die Arbeitswege länger und zeitaufwändiger geworden und wurden es weiterhin. Zusammen mit der wachsenden Anzahl der Einpendler von außerhalb und der erwähnten raschen Zunahme des Pkw-Bestandes bei gleichzeitigem Rückgang des ungenügend forcierten öffentlichen Verkehrs[78] entwickelte sich daraus ein immer drängenderes Verkehrsproblem, das für Stadtpolitik und -planung zu einer dauernden Herausforderung wurde.

Eine Reaktion darauf war schon die im Herbst 1955 abgehaltene »1. Wiener Straßenverkehrsenquete«, wo – allerdings kaum aus kritischer Distanz – zahlreiche Punkte angesprochen wurden, die auch für die Verkehrsplanung der folgenden Jahrzehnte eine wichtige Rolle spielen sollten, wie U-Bahn, Schnellbahn, Stadtautobahn, Garagen, Tiefpassagen, Stellenwert der Motorisierung für die Wirtschaft und das private Mobilitätsbedürfnis etc.[79]

Die Dynamik der Stadtentwicklung erforderte jedoch umfassendere Überlegungen. Anfang 1958 fragte sich der damalige Bürgermeister Franz Jonas in der Zeitschrift »Aufbau«: »Soll Wien in seiner künftigen Entwicklung zu einer Stadt werden, die

in die Vergangenheit schaut, … oder soll diese Stadt sich weiterhin zu einem lebendigen, kulturell und wirtschaftlich schöpferischen Brennpunkt entwickeln, mit dem Blick in die Zukunft gerichtet, so wie es die natürliche Lage dieser Stadt am europäischen Kontinent geradezu herausfordert?« Und er gab auch gleich die Antwort: »Ich glaube, wir Wiener wollen in der weitaus überwiegenden Mehrheit, verbunden mit dem Stolz auf die kulturellen Leistungen unserer Vorfahren, den zweiten Weg wählen. Aber dazu brauchen wir ein Gesamtkonzept, an dem alle, die hier arbeiten, wohnen und feiern, ihren Anteil haben müssen.«[80] Im darauf folgenden Sommer wurde der Architekt Roland Rainer zum Stadtplaner bestellt und im noch völlig unerschütterten funktionalistisch-fordistischen Vertrauen auf die Plan- und Regulierbarkeit von der Stadt beauftragt, ein »städtebauliches Grundkonzept für die Entwicklung Wiens während der nächsten 30 bis 50 Jahre vorzulegen«. Es wurde 1961 fertig gestellt und vom Gemeinderat angenommen.[81]

Die zentralen Punkte von Rainers Konzept zielten auf die räumliche Neuordnung der Funktionsbereiche Wohnen, Arbeiten und Verkehr und umfassten u. a. die Auflockerung der zu dicht verbauten Stadtgebiete, die Verdichtung der zu locker verbauten Stadtgebiete, die Entmischung von gemischt genutzten Wohngebieten, die Bildung städtebaulicher Zentren, die Vorsorge für den Raumbedarf der Wirtschaft sowie die Vorsorge für den Massen- und den Individualverkehr. Neben der dominierenden Stellung der Inneren Stadt als Verwaltungs-, Geschäfts- und kulturelles Zentrum wurde die herausragende Bedeutung des Bereiches um die Mariahilfer Straße zwischen dem Messepalast und dem Westbahnhof (6. und 7. Bezirk) »mit einer überdichten Ballung von Geschäften und Warenhäusern, aber auch Werkstätten und Büros« hervorgehoben, der eine Art »zweite City« mit »außerordentlichen Verkehrsschwierigkeiten« geworden sei. Die dichte Vermischung von Gewerbebetrieben und Wohnungen bringe »schwere Belästigungen« der Letzteren mit sich, andererseits würde eine »großräumige Entmischung« durch Absiedlung in ein Industriegebiet am Stadtrand »aber die räumlichen Beziehungen der Betriebe zueinander und zu den Wohn- und Geschäftsgebieten zerreißen, den Berufsverkehr vervielfachen, viele Betriebe ihrer Standortvorteile berauben und damit dem Ruin ausliefern«.[82] Als ein Zugang zur Lösung dieses komplexen Problems wurde die innerstädtische kleinräumige Entmischung durch Konzentration von Gewerbebetrieben in »Gewerbehöfen« vorgeschlagen. Darüber hinaus sollte die Entwicklung von Standorten in den Randzonen der Stadt im 10. und 11. sowie 21. bis 23. Bezirk forciert werden, und zwar nicht nur in Form von reinen Industriezonen (als erste planmäßige Industrieansiedlung nach 1945 war ab 1958 das Industriezentrum Liesing im 23. Bezirk bezogen worden)[83], sondern auch von neuen nachrangigen Geschäftszentren mit Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben. Damit sollten für die dortige stark wachsende Wohnbevölkerung sowohl das Angebot an Arbeitsplätzen wie auch an Gütern und Leistungen des täglichen Bedarfs verbessert und zugleich das Verkehrsaufkommen reduziert werden. Auch für Verwaltungszentralen, Konstruktionsbüros etc. erschien ein City-Standort nicht notwendig. Das dafür maß-

gebliche »Kontaktbedürfnis« betreffe ohnehin nur die Spitzenmanager, für die restlichen vielen hundert Angestellten seien eine bequeme Zufahrtsmöglichkeit und menschenwürdige Arbeitsplätze wichtiger.[84] Obwohl man auch bereits erkannte, dass die Großwohnanlagen am Stadtrand zu »Schlafstädten« zu degenerieren drohten, wenn sie nicht zugleich mit entsprechender tertiärer Infrastruktur ausgestattet waren und in ihrem Umfeld ein ausreichendes und differenziertes Arbeitsplatzangebot fehlte,[85] war man bei der Bewältigung dieser Probleme wenig erfolgreich.[86]

Die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung des Massen- und Individualverkehrs betrafen u. a. Ausbau des Schnellbahnnetzes, Errichtung von USTRABA-(Unterpflasterstraßenbahn-)Strecken, Anbindung an die Autobahn und Anlage von Autobahnen (Südosttangente) und Schnellstraßen im Stadtgebiet, und sie wurden in den folgenden Jahren sukzessive umgesetzt. Der Autoeuphorie der damaligen Zeit entsprechend, erfolgte auch der Rückbau zahlreicher Straßenbahnlinien und deren Ersetzung durch Autobusverbindungen.[87] Die Planung der von der Stadtverwaltung lange abgelehnten U-Bahn wurde nach entsprechenden Gemeinderatsbeschlüssen schließlich in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre in Angriff genommen, Baubeginn war dann 1969.[88] Die bedeutendste Entwicklung auf dem Sektor der Versorgungsinfrastruktur war die Umstellung der Gasversorgung auf Erdgas, die 1970 begann.[89]

Die schon in den 1950er-Jahren einsetzende Dynamik der Stadtentwicklung stellte die Wiener Wirtschaftstreibenden vor gewaltige Umstellungsprobleme, die offensichtlich auch immer wieder gegenüber der Stadtverwaltung artikuliert wurden, so dass man schließlich übereinkam, den ganzen Fragenkomplex im Rahmen der im November 1960 von der Stadt und der Wiener Handelskammer als Vertretung der klein- und mittelbetrieblichen Unternehmen gemeinsam einberufenen Fachtagung »Stadtplanung und Wirtschaft« zu erörtern.[90] In einem Grundsatzreferat wandte sich der Planer Georg Conditt gegen die von der Exportbasis-Theorie vorgenommene Aufgliederung einer Stadtwirtschaft in einen »primären«, über die Stadtgrenze hinaus exportierenden, und in einen »sekundären«, die eigene Bevölkerung mit den nötigen Gütern und Dienstleistungen versorgenden Zweig. Für eine Großstadt vom Range Wiens ließe sich eine derartige Differenzierung gar nicht sinnvoll anwenden, eher seien es deren Agglomerationsvorteile wie zentrale Verwaltungsstellen, Finanzinstitutionen, Ausbildungseinrichtungen, Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte, Ausstattung mit technischer Infrastruktur etc., die ihrerseits attraktiv für »Exportbetriebe« seien. Ganz im Sinne von Läpples »Ökonomie der Stadt« lag für ihn die städtische Wirtschaftskraft »in der Summe jener Einrichtungen, die in ihrer Gesamtheit eine riesige Produktionswerkstätte darstellen, innerhalb derer gewisse Erzeugungen durchaus austauschbar erscheinen«. Dazu komme noch, dass Wien »gleichzeitig ein außerordentlich aufnahmefähiger Markt« sei und dass man die hier konzentrierten ökonomischen Prozesse im Rahmen einer die Stadtgrenze überschreitenden »Stadtregion« adäquater erfassen könne.[91]

Die dann erörterten Vorschläge bewegten sich allerdings im viel handfesteren Rahmen funktionalistischer Entmischung: Betrieben, die im zentrumsnahen »gemischten

Baugebiet« ihren Standort in Wohnhäusern hätten und deshalb mit entsprechenden Bau- und Expansionsbeschränkungen konfrontiert seien, müsste vermehrt die Möglichkeit geboten werden, sich in locker verbauten Stadtrandzonen anzusiedeln, die ohnehin mit Arbeitsplätzen unterversorgt seien.[92] Schließlich war ja im Rahmen einer Mitte der 1950er-Jahre vorgenommenen hausweisen Kartierung die Durchsetzung von Wohnhäusern mit Betrieben aller Art sogar explizit als deren »Entfremdungsgrad« definiert worden.[93] Auch die Beiträge der Kammervertreter fokussierten sich vorwiegend auf die wachsenden Platz-, Verkehrs- und Transportprobleme im dicht verbauten Gebiet und befürworteten Ansiedlungsmöglichkeiten in den Randzonen in verkehrsgünstiger Lage und Nähe zu den potentiellen Arbeitskräften und den Kunden und Kundinnen der dortigen Wohngebiete.[94] Der Raumplaner Werner Jäger verwies zwar auf Wiens ungünstige Randlage in Bezug auf den europäischen Integrationsraum, ansonsten standen für ihn aber ebenfalls die harten Standortfaktoren vor Ort wie Arbeits- und Absatzmarkt, Verkehrslage, Infrastrukturausstattung, verfügbare Flächen etc. im Vordergrund. Sein Vorschlag, zur effizienteren Steuerung der betrieblichen Standortwahl eine Beratungsstelle einzurichten,[95] wurde im Jänner 1963 mit der Gründung des »Wiener Instituts für Standortberatung« realisiert.[96] Die von Conditt angerissene spannende und sicherlich immer dringender einer Lösung bedürfende Frage der komplexen Qualität eines metropolitanen Wirtschaftssystems und der spezifischen Bedingungen seines Funktionierens wurde jedoch offensichtlich nicht weiter aufgegriffen.

1961, also etwa zur selben Zeit, entwarf die Urbanistin Jane Jacobs in ihrer viel beachteten Kritik am amerikanischen Städtebau ein völlig konträres Konzept: Sie argumentierte ganz vehement gegen die Strategie der innerstädtischen Entmischung und sah die Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Innovationskraft einer großstädtischen Ökonomie gerade in ihrer kleinteiligen Diversität begründet: Großstädte seien »von Natur aus dazu prädestiniert (…), Vielfalt und neue Unternehmen und Ideen jeder Art« hervorzubringen. Studien zum Produktionssektor von Städten hätten ergeben, dass dessen Vielfalt und der Anteil von kleineren Betrieben mit der Größe der Stadt zunehme. Großbetriebe seien autonomer. »Die kleineren Fertigungsbetriebe befinden sich in der gegenteiligen Situation. Sie sind stets von verschiedensten Lieferungen und dem Können anderer abhängig, müssen einen begrenzten Markt bedienen (…) und auf die raschen Veränderungen dieses Marktes reagieren können. Ohne Großstädte gäbe es sie einfach nicht. Abhängig von einer riesigen Vielfalt anderer Unternehmen, tragen sie selbst zur Vermehrung dieser Vielfalt bei.« Das gelte auch für außerhalb des Produktionssektors, auch große Unternehmensbüros blieben in den Städten, da »viele ihrer Angestellten, speziell Führungskräfte, enge face-to-face Kontakte mit Personen außerhalb der Firma pflegen müssen – auch mit dem Personal kleiner Firmen … Die von den Großstädten hervorgebrachte Diversität beruht darauf, dass in ihnen so viele Leute so dicht beisammen sind, die so viele unterschiedliche Geschmäcker, Fähigkeiten, Bedürfnisse, Angebote und Ideen in ihren Köpfen haben. (…) Die Diversität

städtischer Unternehmen umfasst alle Größenklassen, aber große Vielfalt bedeutet einen hohen Anteil kleiner Elemente … Würde die Wohngegend das Gewerbe verlieren, wäre das für uns Bewohner eine Katastrophe. Viele Betriebe, die nicht allein von der Nachfrage der Wohnbevölkerung leben können, würden verschwinden. Oder würde das Gewerbe uns Bewohner verlieren, dann würden Betriebe verschwinden, die auf mehr als ihre Arbeitskräfte angewiesen sind. Arbeitskräfte und Wohnbevölkerung zusammen machen eben mehr aus als die Summe der zwei Teile.«[97]

Auch Wien hatte nach 1950 einen starken Verlust an Diversität zu verzeichnen. Die oben schon angesprochene deutliche – und durch die Zählweise überdies untererfasste – Verschiebung der Betriebsgrößenstruktur betraf vor allem die Kleinstbetriebe mit keinem oder ein bis zwei unselbstständig Beschäftigten, besonders in den Innenbezirken *(vgl. Tabelle 5, oben S. 660)*. Seit 1952 wurden mehr Gewerbe zurückgelegt als neu angemeldet, und mit der Einführung der Pensionsversicherung für Gewerbetreibende 1958 beschleunigte sich diese Entwicklung. Zwischen 1953 und 1962 reduzierte sich in manchen Gewerben die Zahl der Betriebe um rund ein Viertel bis zu einem Drittel, und zwar nicht nur im Produktionsbereich – so etwa bei den Schneidern, Schuhmachern, Tischlern, Fleischhauern oder Bäckern –, sondern auch im Handel – hier ging es besonders um Lebensmittel-, Milch- sowie Obst- und Gemüsegeschäfte. Ein Zeitgenosse wie Karl Ausch – als Sozialdemokrat dem Fordismus fraglos besonders positiv gegenüberstehend – konnte diesen Verlauf nur begrüßen: Die »höchst unrationelle Zersplitterung der Wiener gewerblichen Wirtschaft, an der ihre stark zünftlerische Ideologie, Tradition und Organisation nicht unschuldig« seien, werde von einem längst fälligen Ausscheidungs- und Konzentrationsprozess erfasst. »Unrentable, rückständige und unrationell geführte Betriebe verschwinden, um modern ausgestatteten, rationell organisierten Platz zu machen.« Damit werde »endlich das Gesamtniveau des Wiener Gewerbes« gehoben und seine Kapazität und Leistungsfähigkeit durch Technisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen vergrößert. Im Gastgewerbe sei das sich auch in Wien durchsetzende »Tempo« an der immer häufigeren Ersetzung der Kaffeehäuser durch Espressostuben zu erkennen, und im Lebensmittelhandel würden mit steigendem Wohlstand der Konsumenten »immer mehr zubereitete, verarbeitete und verpackte Nahrungsmittel« angeboten. »An die Stelle des Greißlers tritt der Selbstbedienungsladen und der Supermarkt.«[98]

Anhand der Expansion der Lebensmittelkette »Billa« lässt sich die ökonomische und räumliche Tendenz dieser Entwicklung exemplarisch illustrieren: 1953 beginnt Karl Wlaschek mit einem Diskontladen für Drogeriewaren. 1960 umfasst sein Unternehmen bereits 45 Filialen, noch im selben Jahr wird das Angebot auf Lebensmittel ausgeweitet, und im Jahr darauf erfolgt unter dem Namen Billa (für »Billiger Laden«) die Umstellung auf das Selbstbedienungssystem. 1965 beträgt der Jahresumsatz mit 109 Filialen 275 Millionen Schilling, und im Jahr darauf wird am nördlichen Stadtrand, in Strebersdorf (21. Bez.), der erste 1.000 m² große Supermarkt eröffnet. Nach Ausweitung des Angebots auf Frischwaren wird an der Wende zu den 1970er-Jahren

erstmals die Umsatzmilliarde überschritten und südlich der Stadtgrenze in Wiener Neudorf eine neue Betriebszentrale errichtet. Mitte der 1970er-Jahre ist dann schon die zweite Umsatzmilliarde erreicht.[99]

Tabelle 12 veranschaulicht den Strukturwandel des Lebensmittel-Einzelhandels in Wien und Österreich zwischen 1964 und 1991.[100] Der oben beschriebene Prozess setzte sich nach 1964 besonders in Wien ungebremst fort. In den neun Jahren bis 1973 verringerte sich die Zahl der Betriebe um mehr als ein Drittel, die übrig bleibenden waren aber deutlich größer, da die Zahl der Beschäftigten in ungleich geringerem Ausmaß zurückging. Im übrigen Österreich verlief die Reduktion der Betriebszahl ursprünglich merklich langsamer und ging erst nach 1973 ähnlich schnell wie in Wien weiter, die Arbeitsplätze nahmen aber kaum ab, während in Wien offensichtlich drastischer rationalisiert wurde. Vermutlich schlug hier aber auch die in den 1970er-Jahren zunehmende »Absaugung« von Wiener Kaufkraft durch das Umland (vor allem durch die 1976 gegründete Shopping City Süd) zu Buche.

Tabelle 12: Lebensmittel-Einzelhandel(1) 1964/1973/1981/1991

	Österreich		Wien	
	Betr./Arbeitsst.	Beschäftigte	Betr./Arbeitsst.	Beschäftigte
1964	27.862	78.958	7.573	18.435
	(1964=100)			
1973	79,3	98,4	65,7	93,6
1981	63,5	98,7	50,8	89,8
1991	53,5	95,0	41,3	76,7

(1) Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Genussmitteln (ohne Tabakwaren), Gemischtwarenhandel.
Quelle: Betriebszählung 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991.

Mit Rückblick auf die historische Genese der Wiener Wirtschaftsstrukturen und im Licht der Argumente von Jacobs ist diese Entwicklung – und zwar nicht nur das vielfach bedauerte »Greißlersterben« – zweifellos als nachteilig anzusehen. Bei aller Berechtigung von Seitenhieben auf den zünftlerischen Traditionalismus und die Modernisierungsdefizite des hiesigen Kleingewerbes übersah die von ungetrübtem fordistischem Optimismus geleitete Interpretation der »Entgewerblichung«[101] der Wiener Wirtschaft eines: Damit und durch die von funktionalistischen Raumordnungsvorstellungen bestimmte Absiedlung aus »entfremdeten« Wohnhäusern – Fordismus und Stadtplanung waren da wie zwei Seiten derselben Medaille – kam es zu einer Ausdünnung des metropolenspezifischen ökonomischen Milieus, und die einstmals so erfolgreiche, diversifizierte und vernetzte »assembly-line dispersed through the streets and backyards« musste daher immer mehr ins Stocken geraten. In der Terminologie der evolutionären Ökonomie: Dieser »Pfad« wurde von der Wiener Wirtschaft verlassen, und sie verlor damit auch an Adaptions- und Innovationsfähigkeit.

Ab der Mitte der 1960er-Jahre war aber in allen westlichen Industrieländern die scheinbar so selbstverständlich funktionierende fordistische Regulation mit viel umfassenderen Problemen konfrontiert: Phänomene wie Zunahme der ökonomischen Integration, der Konkurrenz und des Modernisierungsdrucks, immer größeres Gewicht transnational agierender Konzerne, Sättigung der Märkte und heftige soziale Konflikte bündelten sich in einer tiefen Strukturkrise der Industrie, die vor allem die traditionellen Industriegebiete und die Großstädte erfasste und zu zahlreichen Betriebsschließungen, Standortverlagerungen und Übernahmen führte.[102] Die Wegmarken dieser Entwicklung standen in Wien vor allem mit der Restrukturierung der verstaatlichten Industrie im Zusammenhang. Hier nur einige der bedeutendsten und signifikantesten:[103] Schon 1960 erfolgte die Produktionsverlagerung der bis 1955 von der USIA verwalteten und dann wieder von der Schweizer Zentrale kontrollierten Österreichischen Brown-Boveri-AG aus dem 10. Bezirk in ein neu erbautes Werk in Wiener Neudorf südlich von Wien; ab 1967 kam es zur Zusammenführung der diversen im Staatseigentum stehenden ehemaligen Siemens-Betriebe und schließlich zur Übernahme der Siemens-AG durch die deutsche Konzern-Mutter; 1968 wurden die Landmaschinenfabrik Hofherr-Schrantz im 21. und das Austria-Email-Werk im 11. Bezirk geschlossen, 1969 die zum verstaatlichten Simmering-Graz-Pauker-Konzern gehörende Lokomotivfabrik im 21. Bezirk eingestellt und die TV-Geräte-Fabrik Minerva durch den deutschen Grundig-Konzern übernommen; ab 1971 wurden die verschiedenen österreichischen Philips-Unternehmen zusammengeführt, die Wiener Produktion im 14. Bezirk zusammengeschlossen.

Die Stadtverwaltung erkannte, dass die kommunale Wirtschaftsförderung in ihrer bisherigen Form der Aufschließung von Betriebsflächen und der Bereitstellung von Infrastruktur nunmehr zu kurz griff, auch wenn durch die 1969 gegründete »Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft« die einschlägigen Maßnahmen besser kontrolliert werden sollten.[104] Als Reaktion auf die neben dem Mangel an geeigneten Betriebsflächen am häufigsten angesprochenen Problemfelder – Arbeitskräfte- bzw. Kapitalknappheit – wurde ein »Arbeitsmarktpolitischer Beirat« installiert und die Neugründung oder Modernisierung von Gewerbe- und Handelsbetrieben durch günstige Kredite unterstützt. Schon 1968 hatte der Gemeinderat zur Belebung der Wiener Konjunktur ein Sonderinvestitionsprogramm beschlossen. Die steigende Komplexität der ökonomischen Umwelt, die Beschleunigung des technischen Fortschritts und die dadurch immer schwierigere Planung bewogen aber die Stadtpolitiker erstmals, über die Verbesserung einiger Rahmenbedingungen hinaus ein auf umfassenden Datenerhebungen und regionalen Vergleichen basierendes wirtschaftspolitisches Entwicklungskonzept erarbeiten zu lassen.[105] In enger Kooperation mit der städtischen Finanzverwaltung wurde dieses Konzept vom Hamburger Regionalökonomen Harald Jürgensen erstellt und im November 1970 als »Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik« präsentiert.[106]

In dem Bewusstsein, dass »in der heutigen Industriegesellschaft die Entwicklung von Gemeinwesen weitgehend von deren wirtschaftlicher Entwicklung beeinflußt

wird«, setzte die Wiener Stadtverwaltung, deren Prioritäten bisher ganz eindeutig auf dem Wohnbau- und dem Infrastruktursektor gelegen waren, nun explizit ebenso auf Wirtschaftspolitik. Bemerkenswert war auch die prononcierte Wachstums-, Wettbewerbs- und Raumorientierung. Sie basierte auf dem Argument, dass aus Gebieten mit schwächerer Entwicklung die Arbeitskräfte in »Konkurrenzräume« mit besseren Verdienstmöglichkeiten abwanderten, was eine weitere Verringerung der Wirtschafts- und Finanzkraft und »schließlich einen allgemeinen Attraktivitätsverlust der betroffenen Gebiete« zur Folge habe. In Zeiten zunehmender Kritik an der Industriegesellschaft konnte aber auch eine Absage an »Wachstumsfetischismus« um den Preis einer Gefährdung der sozialen Sicherheit oder der Bedrohung der Umwelt nicht fehlen: »Wertmaßstab für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß immer der Mensch und seine Lebensbedingungen sein.«[107]

Grundsätzlich ergab die Bestandsaufnahme »das Bild einer bedeutenden Wirtschaftsagglomeration mit einem hohen Entwicklungsstand«.[108] Wien habe mit seinem starken industriell-gewerblichen Kern, dem hoch entwickelten Tertiärsektor, mit überdurchschnittlicher Produktivität, Vollbeschäftigung und attraktiven, überdurchschnittlich bezahlten Arbeitsplätzen eine dominierende Position in der österreichischen Wirtschaft. Das nominell etwa im Gleichschritt mit Gesamtösterreich verlaufende Wachstum bleibe zwar real dahinter zurück,[109] entspreche aber etwa dem von Berlin oder Hamburg. Hauptprobleme seien das bevölkerungsbedingt zu knappe Arbeitskraftangebot und die wie in anderen Ballungsräumen geringen Expansionsmöglichkeiten für die Industrie im dicht verbauten Gebiet. Daraus erkläre sich auch der in den letzten Jahren im Österreichvergleich um 30 % niedrigere Investitionsaufwand pro Industriebeschäftigtem. Der Zielkatalog richtete sich daher entsprechend der »Motorfunktion« der Industrie bei der wirtschaftlichen Entwicklung auf Punkte wie Erschließung von Standorten für Betriebserweiterungen, Investitionsförderung, Förderung des Einpendelns durch Verbesserung der überregionalen Verkehrswege und Schaffung eines Verkehrsverbundes sowie Förderung der Zuwanderung. Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen in Betriebszonen nahe den Stadtrand-Wohngebieten wurde aber auch die Unterstützung von modernisierungswilligen Betrieben im dicht verbauten Gebiet empfohlen, sofern sie dort nicht störten. Zur Förderung der durch das Überhandnehmen des Individualverkehrs und durch Supermärkte am Stadtrand und außerhalb des Stadtgebiets geschädigten innerstädtischen Geschäftszentren wurden die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs sowie die Einrichtung von Fußgängerzonen und der Bau von Tiefgaragen vorgeschlagen.[110]

Angesichts ständiger Veränderungen sei es auch gar nicht so wichtig, bestehende Strukturen zu erhalten, sondern »die Entwicklung neuer Strukturen zu unterstützen, die der in absehbarer Zukunft zu erwartenden Entwicklung auf dem heimischen und dem internationalen Markt gerecht werden«. Daher müsse dem Produktionsbereich der »fernbedarfstätige tertiäre Bereich, in dem Dienstleistungen über die Grenzen Wiens hinaus erbracht werden«, prioritätsmäßig gleichgesetzt und die Funktionen

Wiens als Stadt der internationalen Begegnung und als internationales Finanz- und Handelszentrum weiter entwickelt werden. Wegen seines qualifizierten Arbeitskräftepotentials sei Wien auch zur Ansiedlung von Forschungseinrichtungen besonders geeignet.[111] Während also der Ausbau der unternehmensbezogenen Dienste und der *knowledge base* ein explizites Ziel waren, blieb die Relevanz des hier versammelten kreativen Potentials als Wirtschaftsfaktor anscheinend weitgehend unbeachtet. Lediglich bei einer Aufzählung von Wiens Agglomerationsvorteilen wurden eher beiläufig auch die »kulturellen« erwähnt.[112]

Der Vergleich der Volkszählungsergebnisse von 1961 und 1971 liefert eine erste grobe Orientierung über die Verlaufslinien des ökonomischen Umbruchs der 1960er-Jahre *(vgl. Tabelle 9, oben S. 668)*. In Gesamtösterreich ist nicht nur der Anteil der Landwirtschaft erneut drastisch zurückgegangen, 1971 überstieg zudem auch erstmals die Zahl der im Tertiärsektor Berufstätigen die derjenigen im Sekundärsektor. Bei Wien fällt zunächst einmal die massive Schrumpfung der Gesamtzahl der Berufstätigen ins Auge, ein Prozess, der ja in den ständigen Klagen über Arbeitskräftemangel sein Echo fand.[113] Die immer wieder artikulierten Schwierigkeiten der Wiener Produktionsbetriebe sind auch aus der hier noch viel markanteren Verschiebung vom Sekundär- zum Tertiärsektor abzulesen. Der Rückgang des Wiener Anteils an Gesamtösterreich ist ebenfalls im Sekundärsektor besonders deutlich und akzentuiert nochmals den massiven Wiener Tertiärisierungsschub.

TABELLE 13: ARBEITSSTÄTTENZÄHLUNG 1973

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (1)	87	7.094	6,8	21,1
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (2)	34	2.302	3,8	8,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (31,32)	1.666	26.877	15,4	24,3
Textilien, Textilwaren (33)	395	8.779	18,3	11,7
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (34,35)	2.980	21.391	34,2	25,4
Leder, Lederersatzstoffe (36)	212	2.815	44,1	44,9
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel (37–39)	1.818	11.901	15,1	12,5
Papier, Papierwaren	283	6.399	50,8	21,5
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (42,43)	846	18.802	55,8	54,7
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (44–46)	765	23.036	39,4	29,8
Verarbeitung von Steinen und Erden, Glas (47,48)	285	4.181	13,8	7,6
Metallerzeugung und -verarbeitung (51,52)	1.514	29.906	26,2	18,9
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck (54,55,59)	1.274	23.332	30,5	25,0
Elektrotechnik (56,57)	569	40.260	40,7	53,3
Transportmittel (inkl. Kfz-Reparatur) (58)	803	20.391	20,1	24,2

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Bauwesen (61–63)	3.109	51.930	22,0	21,7
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	16.519	290.000	23,7	23,8
Handel, Lagerung (71–77)	26.029	152.782	30,9	34,5
Beherbergung, Gaststätten (78)	3.992	22.573	9,8	17,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2.524	60.845	15,9	31,9
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	815	34.945	14,4	48,1
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	4.528	25.265	41,1	44,4
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	3.508	20.082	32,5	40,7
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	1.178	10.474	34,2	58,5
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	4.330	34.821	28,8	30,4
Unterrichts- und Forschungswesen (97)	1.015	26.528	14,9	27,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Interessenvertr. (98)	2.399	81.514	16,5	37,9
Summe Handel, Dienstleistungen	50.318	469.829	24,2	33,8
Zusammen	66.958	769.225	23,9	28,8

Quelle: Arbeitsstättenzählung 1973.

Mit 1973 erreichten die österreichischen Arbeitsstättenzählungen eine neue Qualität, da nun auch der Tertiärsektor erstmals vollständig, inklusive der Hoheitsverwaltung, des öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Fürsorgewesens und der Freien Berufe, erfasst wurde. Die in *Tabelle 13* präsentierten Ergebnisse sind mit denen von 1964 *(vgl. Tabelle 11, oben S. 682)* also nur im Abschnitt Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen vollständig vergleichbar. Die Zahl der Arbeitsstätten verringerte sich außerdem zusätzlich durch die gegenüber 1964 geänderte Erhebungsmethode, im Fall von mehreren an einem Standort ausgeübten Tätigkeiten diese dem wirtschaftlichen Schwerpunkt zuzuordnen.[114] Auf Grund der rasch fortschreitenden sektoralen Verschiebung war auch in Gesamtösterreich die Zahl der Beschäftigten im Abschnitt Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen seit 1964 leicht zurückgegangen, in Wien machte die Schrumpfung aber fast ein Viertel aus. Der Rückgang des Wiener Anteils betraf bis auf die völlig unbedeutend gewordene Lederverarbeitung alle Wirtschaftsklassen und war gerade in den zwei 1964 zahlenstärksten Klassen – Bekleidung und Bauwesen – besonders stark; im ersten Fall war dies wohl die Folge der mit der zunehmend industriellen Erzeugung eingetretenen Standortverlagerung aus der Hauptstadt, im zweiten sicherlich eine Konsequenz des Zurückbleibens der Wiener Industriekonjunktur. Am besten hielten sich noch stark wissensbasierte Branchen wie das Graphische Gewerbe, die Elektrotechnik oder die Chemie, Letztere sogar noch mit einer leichten Beschäftigungszunahme. Deutliches Indiz für den Umschwung im Sekundärsektor ist auch, dass die Wiener Durchschnittsbetriebsgröße erstmals nicht

mehr über der österreichischen liegt (der Arbeitsstätten- und der Beschäftigtenanteil sind mit 23,7 bzw. 23,8 % fast gleich).

Als erste Arbeitsstättenzählung ermöglicht die von 1973 auch eine vergleichende Strukturanalyse des kompletten Wiener Tertiärsektors. Trotz der enormen Expansion seit 1964 hatte er – bedingt durch die landesweit noch raschere Umstrukturierung – ebenfalls einen leichten Anteilsverlust in Gesamtösterreich zu verzeichnen. Das betraf auch die einzelnen Wirtschaftsklassen bis auf das 1964 völlig untererfasste Gesundheitswesen und die Klasse Kunst, Unterhaltung, Sport, deren Wachstum sich offensichtlich noch überwiegend auf die Hauptstadt konzentrierte. Erwartungsgemäß überdurchschnittlich ist auch der Anteil der Klasse Gebietskörperschaften etc., da die Hauptstadt ja das Zentrum der politischen und ökonomischen Regulation war. Da es sich bei den früher nicht erfassten Bereichen sehr oft um große zentralisierte Institutionen (Ministerien, Universitäten, Sozialversicherungsanstalten etc.) handelte, war auch die durchschnittliche Betriebsgröße in Wien stärker angestiegen.[115]

Bei der Verteilung der Arbeitsstätten nach Größenklassen *(vgl. Tabelle 3, oben S. 657)* zeigt sich, dass die Verschiebung nach oben vor allem durch den (möglicherweise durch die erwähnte Änderung des Zählmodus verstärkten) massiven Rückgang der Einpersonen-Betriebe in beiden Sektoren verursacht war. Die »Entgewerblichung« und das »Greißlersterben« waren also ungebremst weitergegangen. Auch der Anteil der Zweigbetriebe legte weiter auf Kosten der selbstständigen Einzelbetriebe zu, wobei sich der Rückstand Österreichs auf das Wiener Niveau etwas verminderte. Die Entwicklung des Lokationsquotienten *(vgl. Tabelle 4, oben S. 658)* zeigt die erwartbare Tendenz: Die Spezialisierung des Wiener Sekundärsektors auf wissensbasierte Wirtschaftsklassen hat mit der Deindustrialisierung markant zugenommen: Der Anstieg des Quotienten in den Branchen Graphisches Gewerbe, Elektrotechnik und auch Chemie ist deutlich (die Lederverarbeitung fällt beschäftigungsmäßig nicht ins Gewicht). Man sollte daher die Verluste des Sektors nicht lediglich als Schmälerung der Wiener Produktionsbasis, sondern mindestens genauso als eine Strukturbereinigung um unter geänderter Standortlogik hier nicht mehr so wettbewerbsfähige Produktionen sehen. Auf Grund der seit 1973 vollständigen und vergleichbaren Erfassung der Dienstleistungen ist ab da auch eine Berechnung das Lokationsquotienten für den Tertiärbereich sinnvoll *(vgl. Tabelle 14)*. Hier ergab sich eine Spezialisierung Wiens vor allem im Geldwesen, bei den Wirtschaftsdiensten sowie im Kultur- und Sportbereich, sie war jedoch – nur auf den ersten Blick überraschend – viel weniger ausgeprägt. Die rasche Tertiärisierung des ganzen Landes führte eben dazu, dass die einschlägigen Dienste zunehmend ubiquitär nachgefragt und angeboten wurden. Bei der räumlichen Verteilung der Arbeitsstätten innerhalb der Stadt (*vgl. Tabelle 5, oben S. 660*) setzte sich die Verlagerung des sekundären Schwerpunkts zu den Außenbezirken fort, wobei auch hier die Zahl der Arbeitsstätten durchwegs abnahm und nur der 14. und der 23. Bezirk Beschäftigungszuwächse verzeichneten. Der oft drastische sekundäre Rückgang in den Innenbezirken, besonders im 1. und im 7. Bezirk, könnte parti-

ell auf der erwähnten, geänderten Zurechnungsmethodik beruhen, der exzeptionelle Wert des 1. Bezirks im Tertiärsektor ist jedenfalls sicher überhöht.[116]

Tabelle 14: Konzentrationsgrad Wiens in den Wirtschaftsabteilungen Handel, Dienstleistungen 1973/1981/1991

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Lokationsquotient		
	1973	1981	1991a
Handel, Lagerung (71–77)	102,1	101,8	94,3
Beherbergung, Gaststätten (78)	50,2	54,4	59,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	94,4	91,1	91,5
Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung (91,92)	142,3	137,0	130,3
Realitäten, Wirtschaftsdienste (93)	131,2	137,3	136,2
Körperpflege, Reinigung, Bestattung (94)	120,4	119,8	114,7
Kunst, Unterhaltung, Sport (95)	173,1	167,6	158,4
Gesundheits- u. Fürsorgewesen (96)	90,0	96,3	98,8
Unterrichts- und Forschungswesen (97)	80,8	74,8	71,2
Gebietskörperschaften, Sozialvers., Interessenvertr. (98)	112,1	111,6	118,5

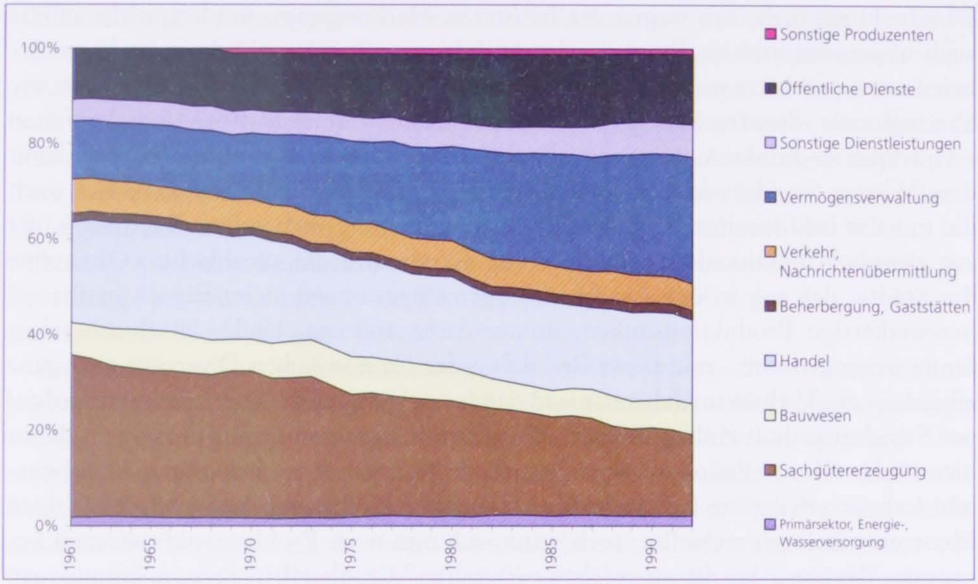
Quelle: Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991; eigene Berechnungen.

Erstmals nach 1945 ermöglicht die Zählung von 1973 auch wieder eine eingehendere Analyse der Beschäftigtenstrukturen. Die Integration der Frauen ins Erwerbsleben hat seit 1930 beträchtlich zugenommen *(vgl. Tabelle 6, oben S. 662)*.[117] Ihr nach wie vor deutlich höherer Wiener Anteil im Sekundärsektor dürfte aber nicht nur darauf beruhen, dass dieser Prozess hier weiter fortgeschritten war, sondern auch auf der hier stärkeren Präsenz von konsumnahen Branchen wie des Bekleidungsgewerbes oder der Elektrotechnik, wo Frauen stärker vertreten waren, während mehr grundstofforientierte Branchen wie die Metallindustrie eher männerdominiert blieben. Im Tertiärsektor mit seinem hohen Anteil an traditionell »weiblichen« Tätigkeitsbereichen wie persönlichen Dienstleistungen (Körperpflege, Gesundheitswesen) oder Bürotätigkeiten (Geldwesen, Öffentlicher Dienst) war die Frauenquote klarerweise noch höher geworden. Der Anteil der Unselbstständigen *(vgl. Tabelle 7, oben S. 663)* ist im Sekundärsektor charakteristischerweise mit dem nach 1964 beschleunigten Industrialisierungsschub weiter merklich gewachsen. Die deutliche Zunahme im tertiären Bereich beruht natürlich vor allem auf dem erstmals mitgezählten öffentlichen Sektor, doch auch in Branchen wie Handel oder Gaststättenwesen ist ein starker Rückgang der Selbstständigkeit registrierbar. Das starke Wachstum des Angestelltenanteils *(vgl. Tabelle 8, oben S. 665)* reflektiert zwei sozioökonomische Trends: einerseits die mit der Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen seit den 1950er-Jahren erfolgte Umwandlung zahlreicher Arbeitsverhältnisse vom Arbeiter- in ein Angestell-

tenverhältnis;[118] andererseits und damit aber auch zusammenhängend die durch den technisch-organisatorischen Wandel verursachte Veränderung der Tätigkeitsfelder in Richtung einer »knowledge-based economy«. Im Wiener Sekundärsektor hatte sich der letztere Trend durch die zunehmende Spezialisierung auf die Branchen Graphisches Gewerbe, Chemie und Elektrotechnik zweifellos beschleunigt. Im Tertiärsektor ist von einer analogen Entwicklung auszugehen, ein Großteil des Zuwachses beruht allerdings auf den erstmals mitgezählten Bereichen des öffentlichen Sektors mit traditionell hohen Angestelltenanteilen. 1973 wurden zum ersten Mal auch die ausländischen Beschäftigten als eigene Kategorie erfasst. Von den insgesamt 171.515 Ausländern waren mit 31,5% überdurchschnittlich viele in Wien beschäftigt, ein besonders hoher Anteil in Niedriglohnbranchen wie Textilien, Gaststättenwesen oder Reinigung.[119]

Ein Blick auf den Verlauf einiger Zeitreihen seit den 1960er-Jahren kann das durch die Momentaufnahme der Arbeitsstättenzählung vermittelte Bild vervollständigen. Während im Tertiärsektor die Zahl der unselbstständig Beschäftigten kontinuierlich anstieg, begann sie im Sekundärsektor nach dem Höhepunkt von 1962 abzusinken, nachdem sich in diesem Jahr das Wirtschaftswachstum österreichweit verlangsamt hatte *(vgl. Figur 3, oben S. 680)*. Der 1968 einsetzende Konjunkturaufschwung[120] bewirkte eine Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus bis 1973, das dann 1974, als die Erdölkrise durchzuschlagen begann, wieder in eine Abwärtsbewegung überging. Dieser Verlauf spiegelt sich auch in der Verteilung der urbanen Bruttowertschöpfung (BUP) nach Wirtschaftbereichen *(vgl. Figur 5)*. Während sich bei der Energie- und Wasserversorgung und dem Bauwesen wenig änderte, ging der Anteil der Sachgütererzeugung, der 1961 noch ein Drittel betragen hatte, tendenziell bis 1968 zurück, blieb dann bis 1973 etwa gleich, begann dann aber wieder rasch zu sinken und war 1975 auf etwas über ein Viertel geschrumpft. Der tertiäre Anteil stieg dagegen zwischen 1961 und 1975 von 57,5 auf 64,2 %, wobei als einziger echter Wachstumsbereich die in der Vermögensverwaltung zusammengefassten Dienste ihren Anteil von 11,9 auf 17,2 % erhöhen konnten.[121] Das Wachstum des realen BUP begann 1970 hinter dem des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zurückzubleiben *(vgl. Figur 1, S. 677)*, wobei besonders die Sachgütererzeugung ins Gewicht fiel. Eine wirklich dramatische Schere öffnete sich allerdings erst 1973, als das BIP real um 4,9 % wuchs, wogegen das Wiener BUP im Sekundär- und im Tertiärsektor schrumpfte, generell um 4, 5%. Obwohl die Wiener Wirtschaft schon im nächsten Jahr wieder auf einen mit Gesamtösterreich etwa parallelen Wachstumspfad einschwenkte, war damit ihr Stück vom österreichischen »Kuchen« abrupt schmäler geworden – zwischen 1972 und 1975 reduzierte sich der Anteil der Hauptstadt am BIP von 29,4 auf 27,1 %.

Figur 5: Bruttowertschöpfung in Wien nach Wirtschaftsbereichen 1961–1992



Quelle: Weigl, Zeitreihen Wirtschaft

Alles in allem müssen die in der fordistischen Phase der Stadtwirtschaft eingeleiteten Strukturverschiebungen ambivalent beurteilt werden. Die Schmälerung der sekundären Basis und der Ausbau des Dienstleistungssektors bewegten sich fraglos im Rahmen der allgemeinen Entwicklungslogik. Auch ein zeitgenössischer Beobachter sah nicht nur die Defizite an Industriearbeitskräften oder Betriebsflächen, er stellte auch fest, dass »zahlreiche Arbeitskräfte in den tertiären Sektor abwanderten, weil sie dort leichtere Arbeitsbedingungen und gelegentlich auch bessere Lohnbedingungen vorfanden«; er konstatierte auch, dass der Großteil der abwandernden Betriebe aus Branchen mit geringer Wertschöpfung kam und die freigesetzten Arbeitskräfte problemlos in Branchen mit höherer Wertschöpfung unterkamen, sodass dieser Prozess »aus gesamtwirtschaftlicher Sicht für die Stadt Wien nicht nachteilig war«.[122] Wie wir sahen, begann sich die Stadt eben zunehmend auf ihre vor allem wissensbasierten Produktionsbereiche zu konzentrieren. Die offenbar unverminderte Attraktionskraft der Agglomeration war auch daraus abzulesen, dass der überwiegende Teil der abwandernden Unternehmen sich gleich wieder an einem stadtnahen Standort ansiedelte.[123] Problematisch war da schon eher, dass die Stadt wegen ihrer ökonomisch-politischen Randlage für die im Zuge der westeuropäischen ökonomischen Integration immer wichtigere Positionierung als überregionales Zentrum buchstäblich nur Außenseiterchancen hatte. Daraus ergab sich als weiterer Schwachpunkt eine wenig ausgeprägte

Rationalisierungs- und Innovationsneigung.[124] Problematisch war zudem die hohe Auslandsabhängigkeit, gerade in innovativen Branchen wie der Elektroindustrie; und dies galt, obgleich ein österreichischer Standort von transnational agierenden Unternehmen nicht nur wegen des leichteren Marktzugangs, sondern nicht zuletzt auch wegen des sozialen Friedens, des Ausbildungsniveaus und relativ niedriger Arbeitskosten geschätzt wurde.[125] Wichtige metropolentypische Funktionsbereiche wie überregionale Steuerungstätigkeit und Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten – Headquarter-Funktionen, wie sie ein neu geprägter Begriff nannte – wurden damit dem Wiener Standort freilich tendenziell entzogen. Nachteilig war sicherlich auch die mit der fordistischen Produktion und Stadtplanung verbundene Raumlogik, die zur räumlich-funktionalen Spezialisierung führte und die spezifische »Ökonomie der Stadt«, das eng in den Großstadtkörper eingewobene kleinteilig-diversifizierte netzwerkartige Produktionsmilieu, immer mehr auflöste. Und – im Jacobs'schen Sinne weitergedacht – mit dieser Reduktion der ökonomischen Diversität ging ganz allgemein ein Verlust an Urbanität und damit noch einmal an ureigener metropolitaner Standortqualität einher. Größtes Plus des Fordismus war zweifellos die in dieser historischen Konstellation möglich gewordene bedeutende Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse für die breite Masse der Bevölkerung. So gesehen war diese Phase eine Erfolgsgeschichte, auch wenn sich nun neue Probleme aufzutürmen begannen. Wenn wir bei der eingeführten Zeitalter-Metaphorik bleiben, so könnte man nun von der »ehernen Ära« der Wiener Wirtschaftsgeschichte sprechen, die zwar durch einen bislang nicht erlebten Aufschwungsprozess charakterisiert war, gegen das Ende zu aber die Stadt und ihre Bewohnerschaft mit immer mehr Komplexität und den dadurch generierten unvorhergesehenen und oft negativen Folgen konfrontierte und die Grenzen von Planbarkeit schmerzlich offen legte.

Die geänderte Situation begann sich bald auch in Schwerpunktverlagerungen der Stadtplanung niederzuschlagen. 1970 kündigte der damalige Planungsstadtrat Fritz Hofmann vor dem Gemeinderat die Erarbeitung eines neuen »Räumlichen Leitbildes« an. Ein zentraler Punkt war die möglichst rasche Erneuerung von »in der Substanz überalterten Kernzonen« der Innenbezirke zwischen Ring und Gürtel, um der Gefahr zu entgehen, »daß große Bereiche dieser Stadt zu grauen Zonen herabsinken«, die für die junge Bevölkerung nicht mehr attraktiv seien, sodass eine entsprechend überalterte Bevölkerung zurückbleibe. Zur Entlastung der vom Autoverkehr immer mehr blockierten Innenstadt wurde eine Fußgängerzone vorgeschlagen, die zusammen mit einer zweiten im Zentrum des Arbeiterbezirks Favoriten (10.) 1974 eröffnet wurde.[126] 1971 thematisierte Hofmann ausgehend von Alvin Tofflers »Der Zukunfts-Schock« die zunehmende Beschleunigung der gesellschaftlichen Entwicklung durch die wissenschaftlich-technische Revolution und die immer größere Vielfalt wechselnder Lebensstile und Subkulturen. Eines seiner Hauptanliegen war erstmals der Umweltschutz, wo er die wichtigsten Aufgaben der Stadt in der Reinhaltung der Luft und des Wassers, der Eindämmung des Lärms und der Beseitigung von Abfällen

sah. Neu war auch der Verweis auf die Notwendigkeit einer Kooperation mit dem niederösterreichischen Umland in Umwelt-, Verkehrs-, Industrieansiedlungs- und Umweltfragen.[127] Im Jahr darauf – offensichtlich schon mit dem Wissen um die vom »Club of Rome« aufgezeigten »Grenzen des Wachstums« – wurde dann überhaupt »das auf höchstmögliches Wachstum und damit auch maximale Kapitalvermehrung« gerichtete Prinzip des Wirtschaftens grundsätzlich hinterfragt. Es habe zwar den hoch entwickelten Industrieländern ungeheuren Wohlstand gebracht, nun beginne sich aber »dieses System der Gewinnmaximierung unter Ausbeutung natürlicher Ressourcen und bestehender Produktivkräfte gegen die Gesellschaft zu wenden«. Es beginne ansatzweise »ein Prozeß des Umdenkens … – und auch die Wiener Bevölkerung spürt es«. Bemerkenswert war auch die programmatische Betonung der Bedeutung von »Partizipation« am Planungsprozess »als Gebot der Zeit, als lebensentscheidende Notwendigkeit für alle«.[128]

Auch in der großen Stadtentwicklungsenquete von 1972/73, die auf Basis der analog zur Wirtschaftspolitik vorgelegten »Leitlinien zur Stadtentwicklung« abgehalten wurde, fanden die neuen Schwerpunkte ihren Niederschlag:[129] Neben Standard-Themen wie Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Energie kamen auch die Punkte Umwelt, Stadterneuerung und Partizipation immer wieder zur Sprache. Kennzeichnend für die Verschiebung der sozioökonomischen Strukturen war auch, dass nun Themen wie »Jugend, Bildung, Freizeit« oder »Dienste des Sozial- und Gesundheitswesens« ebenfalls als für die Stadtentwicklung relevante Fragen erachtet wurden.[130] Neue Konturen erhielt auch der Raumdiskurs: Eng im Zusammenhang mit der Forcierung der Stadterneuerung stand die zunehmende Distanzierung von fordistischen Stadtstrukturen – der Anstoß dazu kam wohl vor allem durch die damit ausgelöste Verkehrslawine. Verstärkt wurde nun die trotz aller Funktionsentflechtung schon von Roland Rainer angestrebte »polyzentrische Stadt« gefordert, die Entlastung des Hauptzentrums durch Nebenzentren »mit differenziertem Arbeitsplatzangebot, mit ausreichendem Angebot an Sozial-, Bildungs-, Konsum- und Freizeiteinrichtungen«. »Funktionsüberlagerung«, die »Verflechtung aller urbanen oder ›stadtgerechten‹ Funktionen«, wurde ganz im Sinne von Jane Jacobs als wichtiger Beitrag zur »Rekonstruktion und Umgestaltung der Städte entsprechend den sich entwickelnden Bedürfnissen zur Aktivierung des öffentlichen Lebens und der Kommunikation« verstanden, Störungen des Wohnmilieus durch Betriebe seien wegen des technischen und sektoralen Wandels der Stadtökonomie kaum zu befürchten.[131]

Unübersehbar war andererseits die Ausweitung des räumlichen Fokus durch größeres Augenmerk auf Wiens Position als Metropole im überregionalen Kontext. Man sah die Stadt in Standortkonkurrenz sowohl mit dem niederösterreichischen Umland, mit den aufstrebenden anderen Landeshauptstädten wie auch mit dynamischen ausländischen Zentren im Westen (München, Zürich etc.) und im Osten (Budapest, Bratislava etc.). Um die »Voraussetzungen für den weiteren Ausbau Wiens als internationales Handels- und Finanzzentrum zwischen den östlichen und westlichen

Wirtschaftssystemen zu schaffen«, müsste die Integration in die internationalen Verkehrsnetze verbessert werden, da es sonst »zu einer weiteren Zurückdrängung des Einflußbereiches und damit der Bedeutung Wiens« kommen könnte. Weitere Forderungen im Rahmen dieser Strategie zielten auf die Förderung der Ansiedlung internationaler Organisationen und Forschungsinstitute, den Ausbau des Kongress- und Städtetourismus, die Forcierung der Ansiedlung von Unternehmenszentralen und die Aufwertung der Stadt als Kultur- und Bildungszentrum.[132]

1975–1990: Stadt im Umbruch

Ab Mitte der 1970er-Jahre begannen sich – verstärkt durch Ereignisse wie die Freigabe der Wechselkurse 1971 und die Ölkrise von 1973 – die seit Ende der 1960er-Jahre registrierbaren und einander wechselseitig verstärkenden ökonomischen, stadtstrukturellen und sozialen Prozesse samt den gleichzeitig ablaufenden Diskursen darüber zu bündeln und zu beschleunigen.[133] Die teilweise Sättigung von Massenmärkten und die fortschreitende internationale Arbeitsteilung und Konkurrenz führten zum Abbau obsoleter Industrien, zur Ablösung großbetrieblicher Erzeugung durch klein- und mittelbetriebliche Produktionsnetzwerke mit flexibler Spezialisierung, zur Konzentration auf wissensbasierte Produktionen und zur weiteren Tertiärisierung. Die unübersehbaren Strukturprobleme der funktionalistisch gegliederten Stadt gaben den Anstoß zur Rückbesinnung auf die durchmischte, multifunktionelle Stadt und zur Stadterneuerung, die Weiterentwicklung zur Konsum- und Freizeitgesellschaft mündete in Individualisierung und wieder stärkere Ausdifferenzierung vorher homogenisierter Sozialstrukturen. Mit einem Wort: das einige Zeit so erfolgreiche fordistische Modell der Ökonomie und des Lebens in der Stadt befand sich in rapider Auflösung, und auf der Tagesordnung stand die Suche nach Alternativen.

Die eineinhalb Jahrzehnte bis 1990 werden in der österreichischen und Wiener Wirtschaftsgeschichte als »Austrokeynesianismus« bezeichnet, da unter massivem Einsatz öffentlicher Mittel versucht wurde, den Anstieg der Arbeitslosigkeit trotz sinkender – und teilweise negativer – Wachstumsraten in Grenzen zu halten. Das gelang bis 1980 durch Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze im öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesen und war außerdem durch den Rückgang der Ausländerbeschäftigung begünstigt. Wegen zunehmend knapper Budgetspielräume war aber schließlich 1981 das Überschreiten der Zwei-Prozent-Marke nicht mehr zu verhindern, und bis 1990 stieg die Arbeitslosenquote kontinuierlich auf 5,8 %, wobei die anfänglich meist leicht unter den gesamtösterreichischen liegenden Wiener Werte die Ersteren gegen Ende des Jahrzehnts zu übersteigen begannen.[134] Der Anteil des Bruttourbanprodukts am Bruttoinlandsprodukt *(vgl. Figur 1, oben S. 677)* war vor allem durch den Rückfall von 1973 deutlich gesunken und betrug 1981 nur mehr 26,0 %, stieg aber im Verlauf der 1980er-Jahre wieder leicht an und erreichte 1990 27,3 %. Auch das BUP pro Er-

werbstätigem aus der Wohnbevölkerung überstieg 1981 den österreichischen Wert nur mehr um 23,1 %,[135] der Rückgang um über 6 Prozentpunkte seit 1961 relativiert sich aber stark, wenn man die seither in Österreich eingetretene Abnahme des vergleichsweise unproduktiven Agrarsektors in Rechnung stellt. Der Wiener Wert läge allerdings bei Bezugnahme auf die Arbeitsbevölkerung auf Grund des stark positiven – und seit 1961 kräftig angewachsenen – Pendlersaldos beträchtlich niedriger.[136]

Die Stadt Wien stand in dieser Umbruchsituation vor der Herausforderung, sich und ihre Wirtschaft neu und erfolgreich zu positionieren. In einer Nummer der Zeitschrift »Aufbau« von 1981 zum Themenschwerpunkt »Betriebsansiedlungen« befasste sich der Stadtrat für Finanzen Hans Mayr mit dem »Wirtschaftsstandort Wien«:[137] »Wien ist nicht nur eine Stadt der Kultur und beliebter Tagungsort nationaler und internationaler Konferenzen, sondern sie nimmt auch die führende Rolle als Wirtschaftsstandort innerhalb Österreichs ein. Durch seine Hauptstadtfunktion befinden sich in Wien übergeordnete Einrichtungen, wie die obersten staatlichen Organe, die zentrale Bundesverwaltung, viele Zentralstellen der Wirtschaft, zahlreiche Niederlassungen internationaler Organisationen und Konzernbetriebe. Ergänzt durch die kulturellen und Freizeiteinrichtungen, die Stätten der Bildung und Wissenschaft und diverse attraktive Sehenswürdigkeiten, genießt Wien auch international in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht Ansehen. Die aus der geschichtlichen Entwicklung resultierenden engen Verflechtungen mit den Ländern Ost- und Südosteuropas verhalfen Wien zu einer bedeutenden Position im Osthandel. Viele Firmen der westlichen Industriestaaten nützen die Vorteile Wiens im Ost-West-Handel und unterhalten daher in Wien Zweigniederlassungen beziehungsweise Verkaufsbüros. Wien nimmt auch als Finanzplatz eine bedeutende Stellung ein, da in Wien das qualifizierte und für die diffizilen Ost-West-Geschäfte erfahrene Personal sowie ein gut funktionierender und leistungsfähiger Kreditapparat vorhanden sind. Auch die Stabilität der politischen Verhältnisse, die nahezu reibungslos funktionierende Sozialpartnerschaft und die gesunde Währung Österreichs bilden eine Voraussetzung dafür, daß Wien, die österreichische Bundeshauptstadt, als Wirtschaftsstandort interessant ist.«

Was hier in Form von Tatsachenfeststellungen gekleidet ist, muss zweifellos zugleich als Programm gelesen werden, wie sich die österreichische Metropole im immer schärferen überregionalen und internationalen Städtewettbewerb darstellen und damit den angestrebten Rang – vor allem den als »transactional city« (Gottmann),[138] als Zentrum für die Vermittlung ökonomischer Austauschbeziehungen zwischen West- und Ost- und Südosteuropa – erreichen und sichern wollte. Neben »harten« ökonomischen Standortfaktoren wie Qualifikation der Arbeitskräfte, Währungsstabilität, Finanzinstitutionen etc. wurden auch die historisch bedingte einschlägige Kompetenz, die politische und soziale Stabilität und »weiche« Faktoren wie Kulturangebot und internationales Flair ins rechte Licht zu setzen versucht.[139]

Mayrs Bilanz des 1969 intensivierten Betriebsaufschließungsprogramms ergab mit Ende 1980 immerhin die Ansiedlung von 359 Betrieben auf einer Fläche von rund

3,7 Millionen m^2 mit ca. 36.400 Arbeitsplätzen und einer Investitionssumme von knapp 10 Milliarden Schilling. Neben reinen Unterstützungs- und Beratungsaktivitäten wie etwa Finanzierungshilfen oder Exportförderung hob er strukturpolitische Ziele hervor: Der sekundäre Sektor sei durch seine höhere Produktivität und die von ihm ausgehende Nachfrage nach Dienstleistung »der Motor jeder wirtschaftlichen Entwicklung«. Ihn zu unterstützen bedeute Erhaltung der Wirtschaftskraft »und damit die Voraussetzung der Lebensqualität Wiens«.[140] Am Prinzip der großräumigen Trennung der Funktionen Wohnen und Arbeiten wurde nur mehr bei störenden Emissionen festgehalten, ansonsten sei eine weitgehende Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten vorteilhafter. Zur Erhaltung der Ausgewogenheit der Wiener Wirtschaftsstruktur müsse man das Augenmerk außerdem nicht nur auf Groß-, sondern ebenso auf Klein- und Mittelbetriebe richten. Ein weiterer strukturpolitischer Schwerpunkt war die Förderung innovativer, *know-how*-intensiver Produktionszweige.

Die 1978 von der Stadt gemeinsam mit der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien gegründete Wiener Innovationsgesellschaft stand im Kontext der mit der neuen internationalen Arbeitsteilung und dem technologischen Wandel verbundenen Verlagerung wenig anspruchsvoller Produktionsbereiche in Regionen mit niedrigen Arbeitskosten und der zunehmenden Standortkonkurrenz der hoch entwickelten Industrieländer um wissensbasierte Produktionsbereiche. Eine Großstadt wie Wien mit dem hier konzentrierten Potential an Forschungsinstitutionen und hochqualifizierten Arbeitskräften erschien naturgemäß als Standort einschlägiger Produktionen und Dienstleistungen besonders geeignet. Gefördert wurden die Entwicklung und Anwendung innovativer Produkte und Verfahren, wobei vor allem »die Verbesserung der Arbeitsqualität, die Senkung des Energieverbrauches und die Verringerung der Abhängigkeit von knappen Rohstoffen« hoch bewertet wurden. Von der Gründung bis 1983 hatte die Gesellschaft 42 solcher Fälle gefördert.[141]

Hohe Priorität genoss auch die Ansiedlung von großen Zweigwerken transnationaler Konzerne, bei der aber zweifellos weniger ein hoher Anteil *know-how*-intensiver Funktionen ins Gewicht fiel als vielmehr der positive Effekt, den Betriebe »mit modernen Verfahren und Fertigungstechniken« für die »Belebung der Wiener Wirtschaft« und die »Beschleunigung des Strukturwandels« haben sollten, auch wenn Kritiker dafür nicht ganz unpassend das Bild von der »verlängerten Werkbank« bemühten. Um Projekte wie das Motorenwerk von General Motors (22. Bezirk) oder das Videowerk von Philips (23. Bezirk), »bei deren Realisierung die Stadt in schärfstem internationalen Wettbewerb steht, da die Ansiedlung von Betrieben mit hoher Zahl an Beschäftigten, zukunftsweisender Technologie und hohem Investitionsvolumen das erklärte Ziel aller westeuropäischen Industrienationen ist, nach Wien bringen zu können«, müsse jedenfalls das kommunale Grundstücksangebot attraktiv sein.[142]

Zur besseren Koordinierung der diversen Förderpakete wurde Ende 1981 von Stadt Wien, Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gewerkschaftsbund, Industriellen-

vereinigung sowie Zentralsparkasse und Erster österreichischer Spar-Casse der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds gegründet, dem acht der zu dieser Zeit bestehenden Aktionen (u. a. die Strukturverbesserungsaktion, die Hotelmodernisierungsaktion, die Lehrstellenförderung und die Aktion »Einkauf in Wien«) zur administrativen Abwicklung übertragen wurden.[143]

Mit der Zunahme der Supermärkte und Einkaufszentren am Stadtrand, wo auch der zeitsparende Großeinkauf mit dem eigenen Pkw einfacher war, spätestens aber mit dem überwältigenden Erfolg der 1976 eröffneten und außerhalb der Stadtgrenze liegenden Shopping City Süd waren auch die Nöte des innerstädtischen Detailhandels zum Thema geworden. Die Fußgängerzonen waren ursprünglich vor allem zur Entlastung der Zentren vom Pkw-Verkehr und zur Schaffung von Freiräumen für die Stadtbenutzer zu Fuß gedacht und von den Geschäftsleuten der Innenstadt als schädigend – weil die Auto fahrenden Kunden abhaltend – angesehen worden. Schon bald erkannten allerdings auch die Letzteren, dass die Fußgängerzone nicht nur zur Belebung des öffentlichen Raumes, sondern auch des Umsatzes beitrug, und wurden zu engagierten Befürwortern.[144] Wie angespannt die Geschäftssituation aber weiterhin blieb, verriet schon das Generalthema des von der »Internationalen Vereinigung Städtebau und Handel« im April 1977 veranstalteten Kongresses: »Der Kampf um die Kaufkraft«. Hier bestand weitgehende Einigkeit darüber, dass der Handel über seine engeren ökonomischen Funktionen als Medium der Distribution, Information und Kommunikation, als Arbeitgeber etc. hinaus ein wichtiges Element von Stadtkultur sei – durch Setzen von Zeichen, Prägung des Stadtbildes und, allgemeiner, des Images einer Stadt. Je vielfältiger er solche Funktionen erfülle, desto mehr werde er zum Inbegriff von Urbanität.[145] Gegenüber den Monostrukturen von Einkaufszentren gelte es, »den Erlebniswert der städtischen Umwelt dem Nutzer wieder klarer vor Augen zu führen«.[146]

Tabelle 15: Arbeitsstättenzählung 1981

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)		Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung	91	7.891	6,5	21,6	87	7.094	6,8	21,1
Bergbau, Gewinnung v. Steinen, Erden	50	2.702	5,6	12,5	34	2.302	3,8	8,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1.427	24.535	14,6	22,6	1.666	26.877	15,4	24,3
Textilien, Textilwaren	313	4.666	16,6	8,9	395	8.779	18,3	11,7
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe	2.052	12.955	35,7	19,8	2.980	21.391	34,2	25,4

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)		Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Leder, Ledererersatzstoffe	147	2.139	43,5	41,7	212	2.815	44,1	44,9
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel	1.406	8.733	12,7	8,9	1.818	11.901	15,1	12,5
Papier, Papierwaren	221	4.646	45,5	20,4	283	6.399	50,8	21,5
Druckerei, Vervielfältigung	799	14.604	48,4	44,3	846	18.802	55,8	54,7
Chemikalien, Gummi, Erdöl	583	17.944	32,3	23,8	765	23.036	39,4	29,8
Steine, Erden, Glas	249	3.648	11,9	7,8	285	4.181	13,8	7,6
Eisen, Nichteisenmetalle	1.230	21.606	23,2	14,4	1.514	29.906	26,2	18,9
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck	1.215	17.596	27,1	19,0	1.274	23.332	30,5	25,0
Elektrotechnik	540	36.683	36,1	48,0	569	40.260	40,7	53,3
Transportmittel	831	19.875	19,2	23,3	803	20.391	20,1	24,2
Bauwesen	2.952	46.893	19,6	20,8	3.109	51.930	22,0	21,7
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	13.965	236.523	21,3	20,8	16.519	290.000	23,7	23,8
Handel, Lagerung	24.050	138.588	29,7	31,5	26.029	152.782	30,9	34,5
Beherbergung, Gaststätten	4.576	25.075	10,7	16,8	3.992	22.573	9,8	17,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3.260	52.368	20,2	28,2	2.524	60.845	15,9	31,9
Geld- u. Kreditwesen, Privatversicherung	1.069	39.193	15,6	42,4	815	34.945	14,4	48,1
Realitäten, Wirtschaftsdienste	6.398	33.236	40,6	42,5	4.528	25.265	41,1	44,4
Körperpflege, Reinigung, Bestattung	3.151	20.962	29,5	37,1	3.508	20.082	32,5	40,7
Kunst, Unterhaltung, Sport	2.059	13.106	38,7	51,9	1.178	10.474	34,2	58,5
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	4.679	44.342	27,0	29,8	4.330	34.821	28,8	30,4
Unterrichts- und Forschungswesen	1.058	29.249	14,0	23,2	1.015	26.528	14,9	27,3
Gebietskörperschaften, Interessenvertretungen	1.721	67.034	14,3	34,6	2.399	81.514	16,5	37,9
Summe Handel, Dienstl.	52.021	463.153	24,2	31,0	50.318	469.829	24,2	33,8
Zusammen	66.127	710.269	23,4	26,4	66.958	769.225	23,9	28,8

Quelle: Arbeitsstättenzählung 1981.

Eine differenziertere Einschätzung der in der ersten Phase des »Austrokeynesianismus« eingetretenen Verschiebungen der Wiener Wirtschaftsstruktur ermöglichen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1981 *(vgl. Tabelle 15)*. Im Sekundärsektor war der Verlust an Betrieben und Arbeitsplätzen erneut gravierend und deutlicher als im übrigen Österreich *(vgl. Tabelle 13, oben S. 692)*. Erstmals lag auch die Betriebsgröße unter dem Landesdurchschnitt. Die Verteilung der Größenklassen war aber hier stärker polarisiert – Wien hatte sowohl bei den Arbeitsstätten mit bis zu vier wie auch bei denen mit 100 und mehr unselbstständig Beschäftigten einen höheren Anteil (*vgl. Tabelle 3, oben S. 657*). Bei der Entwicklung der Relation zwischen selbstständigen Unternehmen und Unternehmensteilen fällt auf, dass sich im Sekundärsektor in Gesamtösterreich der Anteil der Zweigunternehmen stärker an das Wiener Niveau annäherte, d. h. also, dass sich mit den Betriebsgrößenstrukturen auch die Unternehmensstrukturen aneinander anglichen. Noch bemerkenswerter ist, dass nun in Wien, nimmt man alle Wirtschaftsklassen zusammen, der Anteil der Zweigunternehmen sogar zurückging. Das lag an der starken Zunahme kleiner selbstständiger Unternehmen in tertiären Branchen wie Personenbeförderung (Taxis), Gaststättenwesen oder Wirtschaftsdienste,[147] betraf also sowohl den Bereich der persönlichen wie auch den der unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Exemplarisch und aufschlussreich lassen sich diese Entwicklung und ihre Bestimmungsfaktoren anhand der »Karrieren« zweier historisch ganz bedeutender Wiener Produktionsbranchen demonstrieren, der Bekleidungs- und der Elektroindustrie, von denen nur die Letztere diese Position bis heute behalten konnte (*vgl. Tabelle 16*). Die überwiegend kleinbetriebliche österreichische Bekleidungsproduktion war 1934 noch mehr als zur Hälfte auf Wien konzentriert und hatte hier auch einen höheren Kommerzialisierungsgrad, worauf die Indikatoren Betriebsgröße, Frauen- und Angestelltenanteil hinweisen. Während die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen in Wien laufend absanken, stieg in Österreich in der ersten Phase des Fordismus zwischen 1954 und 1964 die Beschäftigung nochmals an, freilich bei schon deutlich rückläufiger Zahl der Betriebe. Der kräftigste Schub zur Massenproduktion dürfte dann im knappen Jahrzehnt bis 1973 erfolgt sein und war offensichtlich mit einer dramatischen Absetzbewegung aus Wien verbunden, wo industrielle Produktionen mit relativ geringer Wertschöpfung immer weniger konkurrenzfähig waren. Die Zahl der Betriebe und Beschäftigten wurde hier jeweils mehr als halbiert, die österreichische Durchschnittsbetriebsgröße stieg deutlich und war erstmals höher als in Wien, und der Frauenanteil war gleich hoch. Lediglich der Angestelltenanteil blieb in Wien deutlich höher, offensichtlich wegen der weiterhin hier konzentrierten Management- und Administrationsfunktionen von außerhalb produzierenden Unternehmen. Das Abfallen des Frauenanteils und der Durchschnittsbetriebsgröße in Wien ab 1981 ist als weiterer Rückgang der großbetrieblich-arbeitsteiligen Produktion zu interpretieren. Ein Großteil der Betriebe waren kleine Reparaturwerkstätten, vor allem in der Schuhbranche. Aus deren Wegfall nach ÖNACE 1995[148] erklärt sich auch der Anstieg

des Frauenanteils und der Betriebsgröße bei der Parallelauswertung von 1991 nach beiden Systematiken. Dass sich aber der Trend ungebrochen fortsetzte, zeigen die Ergebnisse von 2001. Im Kontext des Wiederauflebens sozialer Differenzierungen und des Bedeutungsgewinns der »Creative Industries« wird man darin auch mehr relatives Gewicht von Maßwerkstätten und Produzenten von Designer-Mode vermuten können.[149] Auch die gesamtösterreichische Entwicklung zeigt spätestens in den 1980er-Jahren – Rückgang des Frauenanteils und der Betriebsgröße – Anzeichen von Deindustrialisierung. Spätestens in den 1990er-Jahren schlug dann die Globalisierung offensichtlich voll durch. Der hohe und erstmals den Wiener übersteigende Angestelltenanteil von 2001 lässt erkennen, dass die hiesige Produktion eine immer geringere Rolle spielt.

Tabelle 16: Strukturwandel der Bekleidungs- und der Elektroindustrie 1930–2001

		Österreich					Wien				
		Betriebe	Beschäftigte	In % (1)		Besch./Betr.	Betriebe	Beschäftigte	In %		Besch./Betr.
				Frauen	Angest.				Frauen	Angest.	
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe (Betriebssystematik 1968)	1930	64.384	153.855	47,7	10,1	2,4	24.515	83.787	56,0	12,8	3,4
	1954	30.142	101.618			3,4	9.999	48.612			4,9
	1964	19.754	111.086			5,6	6.484	46.181			7,1
	1973	8.715	84.166	75,8	14,0	9,7	2.980	21.391	75,8	19,2	7,2
	1981	5.755	65.588	78,3	17,1	11,4	2.052	12.955	75,0	26,8	6,3
	1991a	3.792	42.678	76,9	18,8	11,3	1.399	6.100	64,2	27,9	4,4
Bekleidung	1991b	2.545	31.921	83,5	17,4	12,4	905	5.115	70,0	22,3	5,7
(ÖNACE 1995)	2001	1.408	12.068	77,7	29,3	8,6	439	1.472	60,7	25,7	3,4
Elektrotechnik	1930	315	22.032	31,4	28,3	69,4	236	19.939	32,3	29,2	84,5
(Betriebssystematik 1968)	1954	691	41.174			59,6	372	29.284			78,7
	1964	1.501	64.091			42,7	730	43.516			59,6
	1973	1.398	75.594	43,1	28,4	54,1	569	40.260	42,7	34,0	70,8
	1981	1.496	76.436	37,6	35,3	51,1	540	36.683	38,7	43,4	67,9
	1991a	1.466	76.132	35,8	37,1	51,9	399	29.463	34,8	47,0	73,8
(ÖNACE 1995)	1991b	1.689	74.896	38,7	35,4	44,3	486	30.036	37,2	46,1	61,8
	2001	2.553	82.274	32,7	47,7	32,2	667	25.170	29,7	64,3	37,7

(1) Frauen in % der Beschäftigten, Angestellte in % der Unselbstständigen.

Quelle: Betriebszählung 1930, 1954, 1964, Arbeitsstättenzählung 1973, 1981, 1991, 2001.

Bei der schon bald nach ihren Anfängen großbetrieblich organisierten Elektroindustrie war die Konzentration auf die Hauptstadt 1930 noch wesentlich stärker. Die ursprünglich vor allem *know-how*-intensive Investitionsgüter produzierende Branche – deshalb

der hohe Angestelltenanteil – erzeugte mit wachsender Verbreitung der Elektrizität auch immer mehr Konsumgüter, in Wien waren das vor allem Radio-, später Fernseh- und dann Videogeräte. Seit den 1960er-Jahren begannen die Wiener immer häufiger Teile ihrer Produktion aus der Stadt auszulagern,[150] die Management- und wissensbasierten Tätigkeitsbereiche blieben aber überwiegend in Wien konzentriert, wie der hier bei rückläufigen Beschäftigtenzahlen deutlich höhere und weiter wachsende Angestelltenanteil zeigt. Wenn auch die Konsumgüterproduktion nur mehr eine geringe Rolle spielt, ist die Elektroindustrie mittlerweile doch Wiens weitaus bedeutendste Sachgüterbranche, und dies obwohl früher integrierte Teilbereiche wie die EDV-Programmentwicklung nunmehr zu den unternehmensbezogenen Diensten zählen. Abgesehen von eher ubiquitären Branchen mit relativ starker Orientierung auf den lokalen Markt wie die Nahrungsmittelproduktion und das Bauwesen, schlug der Großteil des Wiener Sekundärsektors eher den Weg der Bekleidungsindustrie ein. Einen der Elektroindustrie vergleichbaren Entwicklungsverlauf weist nur noch das graphische Gewerbe auf, wie auch ein Blick auf den Lokationsquotienten erkennen lässt *(vgl. Tabelle 4, oben S. 658)*. Die nicht mehr so stark in Wien verankerte, aber ebenfalls überdurchschnittlich wissensbasierte Chemie dürfte aber immerhin ebenfalls die diesbezüglichen wie auch allgemeine Managementfunktionen in Wien konzentriert haben, wie ihr stark wachsender Angestelltenanteil andeutet.

Trotz unübersehbarer Erhebungsmängel der Arbeitsstättenzählung 1981[151] – obwohl der Stand der unselbstständig Beschäftigten im Wiener Tertiärsektor sich seit 1973 um über 40.000 erhöht hatte *(vgl. Figur 3, oben S. 680)*, weist die Zählung einen Rückgang der tertiären Arbeitsplätze um 6.676 aus[152] – sind die erkennbaren Trends jedenfalls aussagekräftig *(vgl. Tabellen 13 und 15, oben S. 692 und 703)*. Wien hatte nicht nur im Sekundärsektor einen dramatischen Einbruch hinnehmen müssen, es war auch die Tertiärisierung im übrigen Österreich rascher vorangeschritten, da alle Wirtschaftsklassen des Sektors 1981 für Wien einen niedrigeren Beschäftigten-Anteil als 1973 verzeichneten. Das lag möglicherweise an den erwähnten Erfassungsproblemen und sicher auch am mit dem Strukturwandel verbundenen größeren tertiären Nachholbedarf außerhalb der Hauptstadt. Der Rückgang im Handel erklärt sich aber nicht zuletzt aus der im südlich der Stadtgrenze entstandenen Einzelhandels-Konzentration, die sich im Umfeld der 1976 eröffneten Shopping City Süd gebildet hatte, und die 1981 schon über 10% des Umsatzpotentials der Wiener Hauptgeschäftsstraßen absaugte.[153] Dennoch hatte sich die Zahl der Arbeitsstätten um rund 1.800 erhöht. Das lag vor allem, wie schon oben erwähnt, am starken Zuwachs an kleinen Unternehmen im Bereich der privaten persönlichen und der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Signifikant für die spezifischen, auf Wissen und Kreativität orientierten Schwerpunkte des Wiener Dienstleistungssektors war natürlich auch, dass die einschlägigen und nun besonders rasch wachsenden Wirtschaftsklassen wie Geldwesen, Wirtschaftsdienste oder Kunst hier auch deutlich stärker konzentriert waren *(vgl. dazu auch Tabelle 14, oben S. 695)*.

Die räumlichen Disparitäten des Verhältnisses von Wohn- und Arbeitsbevölkerung hatten sich seit 1973 weiter reduziert *(vgl. Tabelle 5, oben S. 660)*, wenn auch der Rückgang der Arbeitsplätze in den Innenbezirken seit 1973 zum guten Teil auf den damaligen weit überhöhten Wert für den 1. Bezirk zurückzuführen ist.[154] Während die Wiener Wohnbevölkerung von 1971 auf 1981 um 5,5 % auf 1,531.346 abnahm,[155] wobei auch die Außenbezirke erstmals einen leichten Rückgang von 0,9 % verzeichneten, kamen die Letzteren bei den Arbeitsplätzen seit 1973 immerhin auf ein leichtes Plus von 2,3 %. Bis auf den 11. Bezirk ergab sich in allen übrigen Bezirken mit deutlicher Zunahme der Wohnbevölkerung (21., 22., 23.) auch ein Zuwachs an Arbeitsplätzen, der aber in transdanubischen Bezirken (21., 22.) hinter dem Bevölkerungswachstum zurückblieb.[156]

Zwar hatte die Stadtplanung schon zu Beginn der 1970er-Jahre verstärktes Gewicht auf Stadterneuerung zu legen begonnen, dennoch stand das darauf folgende Jahrzehnt noch immer im Zeichen der Realisierung zahlreicher Großprojekte.[157] Für die weitere Stadtentwicklung am folgenreichsten war wegen der nachhaltigen Auswirkungen auf den Massenverkehr zweifellos die stückweise Fertigstellung und Erweiterung des U-Bahn-Netzes.[158] 1976 wurde das erste Teilstück der auf der Wiental- und Donaukanal-Linie der Stadtbahn verkehrenden U4 eröffnet, 1978 begann der Betrieb U1 auf der Strecke Stephansplatz – Reumannplatz (10. Bezirk) und 1980 jener der entlang des 1. Bezirks auf der Strecke Karlsplatz – Schottenring verkehrenden U2. Nachdem die Beförderungsleistung der Wiener Verkehrsbetriebe (heute: Wiener Linien) von nahezu 650 Millionen Fahrgästen pro Jahr 1947 ziemlich kontinuierlich auf unter 400 Millionen 1974 gesunken war, begann sie Anfang der 1980er dank des großen Erfolgs der U-Bahn wieder deutlich anzusteigen. Im Jahr 2002 beförderten die Wiener Linien dann schon über 722 Millionen Fahrgäste, davon über 409 Millionen auf der U-Bahn.[159] Einen wichtigen Beitrag zu dieser beträchtlichen Steigerung des öffentlichen Verkehrs leistete sicherlich 1984 die Einführung eines Verbundtarifes mit Niederösterreich und Burgenland durch den VOR (Verkehrsverbund Ostregion).

Eine im zweifachen Sinn maßgebliche Weichenstellung für die weitere Entwicklung der Stadt erfolgte mit der Errichtung der 1979 eröffneten UNO-City jenseits der Donau im 22. Bezirk. Einmal sollte so der Rang Wiens als Zentrum internationaler Begegnung weiter gefestigt werden, zugleich tat man damit einen entscheidenden Schritt in Richtung polyzentrische Stadt und zur Realisierung des schon lange anvisierten Planungskonzepts, »Wien an die Donau« zu bringen.[160] Als weitere Maßnahmen in diese Richtung folgten die Verlängerung der U1 bis zum Zentrum Kagran 1982, die Eröffnung des Kongresszentrums bei der UNO-City 1987 und die Fertigstellung der Donauinsel 1990, mit der die Stadt neben einem hochwertigen Hochwasserschutz zugleich ein ausgedehntes Freizeit- und Erholungsgebiet erhielt.[161]

Immer öfter freilich sah sich Stadtverwaltung nun mit den Grenzen von Planbarkeit konfrontiert. Hier nur einige Beispielsfälle: Der langwierige und aufwändige Neubau des Allgemeinen Krankenhauses weitete sich zu einem Skandal aus, die kom-

munale Müllverbrennungsanlage am Rautenweg (22. Bez.) wollte und wollte nicht funktionieren, und 1981 fiel eine Volksbefragung zur Verbauung der Steinhofgründe (14. Bez.) negativ aus.[162] Das mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass sich 1982 ein hoher Beamter im »Aufbau« zu einem Plädoyer für »Stadtplanung – auch in Zeiten wie diesen« veranlasst sah: Gerade in Phasen zunehmender Unsicherheit und »ernster Schwierigkeiten und Probleme« biete eine vorausschauende Stadtentwicklungsplanung die Möglichkeit, »künftig drohende Gefahren und unerwünschte Entwicklungen, aber auch Chancen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen in die Wege zu leiten«.[163]

Im 1984 beschlossenen neuen Stadtentwicklungsplan (STEP) fanden schließlich die in den 1970er-Jahren vorgenommenen Schwerpunktverschiebungen der Planungsphilosopie ihren Niederschlag.[164] Ökonomischen Belangen war dabei viel Platz eingeräumt. Auffällig und neu waren die durchgängigen Hinweise auf Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich, offensichtlich eine Reaktion auf die mit der wachsenden Arbeitslosigkeit nun wieder deutlicher wahrnehmbaren sozialen Ungleichheiten. Die Wirtschaftspolitik dürfe den raschen Strukturwandel nicht aufhalten, sie müsse ihn vielmehr mit vollziehen und Wachstum durch neue, technologieintensive und exportorientierte Arbeitsplätze schaffen. Wichtig seien dabei aber soziale Absicherung und Umweltverträglichkeit: »Auch der Umweltschutz schafft Arbeitsplätze.«[165] Mit Verweis auf vergleichbare Städte wurde erneut auf die Bedeutung eines ausreichenden industriell-gewerblichen Sektors für eine dynamische Expansion der unternehmensbezogenen Dienstleistungen hingewiesen. Erstmals war dagegen die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Integration der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familien hervorgehoben. Bezüglich der räumlichen Strukturen der Stadtentwicklung stand neben der Stadterweiterung entlang von Siedlungsachsen mit einem ausgewogenen Verhältnis von Wohnungen und Arbeitsplätzen nun ganz markant die Nutzungsmischung in den dicht verbauten Innenbezirken auf der Agenda: »Der in den letzten Jahren erfolgten Randwanderung und der Verringerung von Kleinbetrieben muß entgegengewirkt werden, damit die für historisch gewachsene Stadtgebiete charakteristische Mischung von verschiedenen, einander ergänzenden Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Gemeinschaftseinrichtungen) erhalten bleibt.«[166] Der Paradigmenwechsel beim Konzept der »Urban Form« wurde auch mit dem Grundsatz »Städtische Reichhaltigkeit« artikuliert: »Eine Großstadt wird ihrer Rolle nur gerecht, wenn sie eine Vielfalt von Menschen, Tätigkeiten und Einrichtungen aufnimmt. Wie immer geartete Gleichförmigkeiten müßten das städtische Leben verarmen lassen.«[167]

Die wachsende Komplexität und die Einengung der Spielräume unter verschärften Wettbewerbsbedingungen kamen auch in den das überregionale Beziehungsfeld behandelnden Abschnitten zur Sprache. Einmal beim Verhältnis zum unmittelbaren Umland: Da der metropolitane Ballungsraum die administrativen Grenzen immer mehr überschreite und zugleich die Umlandbevölkerung zunehmend Wiener Einrichtungen in Anspruch nehme, öffne sich eine Schere zwischen dem Steueraufkom-

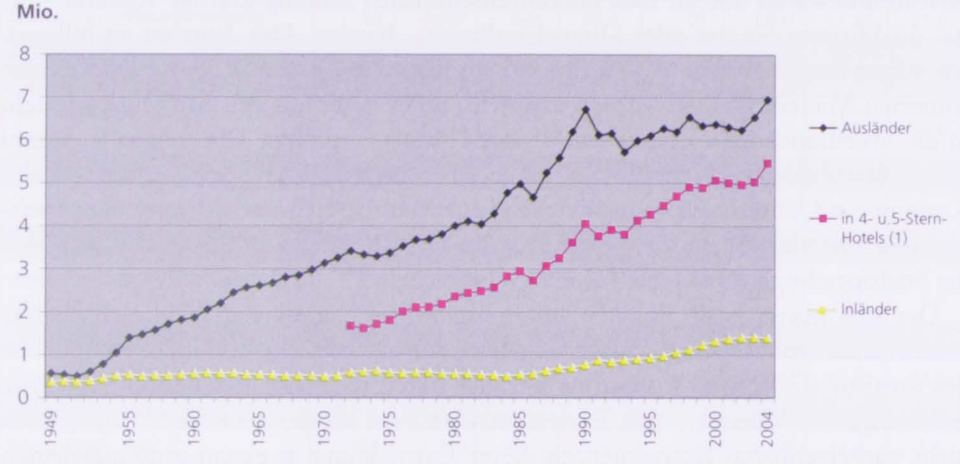
men und der Verteilung öffentlicher Leistungen einerseits und den Kapazitäten von Wiener Zentral-Einrichtungen andererseits. Es sei daher intensivere überregionale Kooperation der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland in der (1978 installierten) »Planungsgemeinschaft Ost« vonnöten.[168] Und ein eigener Abschnitt »Wien in der Welt« fokussierte explizit die Städtekonkurrenz: Neben der Rolle als UNO-Stadt, Ort internationaler Begegnung und bevorzugtes Kongresszentrum wurde der Aufschwung beim Städtetourismus und erneut die Bedeutung als »transactional city«, die historisch und geographisch bedingte Vermittlerfunktion zu Osteuropa, herausgestrichen. Und: »Da Wien dabei in hartem Wettbewerb zu anderen Städten steht, genügt es nicht, sich auf die natürlichen Vorteile bzw. auf das Erreichte zu verlassen, sondern es sind ständige Anstrengungen notwendig, um der internationalen Entwicklung gerecht zu werden und die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.«[169] Besonders wichtig sei diesbezüglich auch eine den Ansprüchen der internationalen Unternehmungen entsprechende Verbesserung der Infrastrukturen und der Ankoppelung der Stadt an Fernverkehrsrouten.

Ein für Wien zentrales Feld der Austragung des Städtewettbewerbs wurden die schon erwähnten »weichen« Standortfaktoren. Die Stadt konnte hier auf einem reichen Traditionsfundus als Habsburgermetropole mit einem breiten Angebot an klassischer Hochkultur aufbauen und auch in der Gegenwart auf eine gut funktionierende Stadtverwaltung und eine vergleichsweise hohe Lebensqualität verweisen. Auf der anderen Seite haftete ihr allerdings bis in die 1970er-Jahre das Image retrospektiver Musealität und mangelnder urbaner Dynamik an. Zusammen mit dem weiter steigenden allgemeinen Wohlstandsniveau und der Umorientierung auf »sanfte Stadterneuerung« leitete der mit der Kreisky-Ära und der 68er-Bewegung verbundene kulturelle Aufbruch allerdings auch hier eine Trendwende ein. Das Ergebnis war – zwar nach wie vor mit unübersehbarer »Kaiserstadt«-Schlagseite und vorwiegend auf den 1. Bezirk und die angrenzenden Innenbezirke beschränkt – eine spätestens um die Mitte der 1980er-Jahre manifeste neue metropolitane Diversität, mit einem Nebeneinander von aus dem Boden schießenden Boutiquen, Einkaufstempeln und Nobelrestaurants auf der einen und einer boomenden Beisl- und Alternativ(kultur)szene auf der anderen Seite. Sogar der deutsche »Spiegel« registrierte im Sommer 1985 nicht ohne Staunen, dass Wien endlich vom »Luftzug einer wirklichen Metropole« erfasst sei.[170]

Zu den bedeutendsten ökonomischen Konsequenzen dieser Entwicklung gehörte die wachsende Attraktivität der Hauptstadt für den Städtetourismus. Wiens Fremdenverkehr erlebte zu Beginn der 1980er-Jahre einen kräftigen Aufschwung, der ganz offensichtlich vom wachsenden Interesse ausländischer Besucherinnen und Besucher getragen war *(vgl. Figur 6);* in einem bei Touristen Ende der 1980er-Jahre erhobenen Image-Ranking kam Wien knapp hinter Paris und vor Rom und München.[171] Mindestens genauso auffällig ist, dass dieser Zuwachs sich zur Gänze im Zuwachs der Nächtigungen in Vier- oder Fünfstern-Hotels niederschlug, sich also vermutlich aus zahlungskräftigen Schichten rekrutierte. Die im Qualitäts- und Luxussegment stark

von internationalen Ketten dominierte Hotelbranche reagierte jedenfalls prompt mit einer deutlichen Ausweitung der einschlägigen Kapazitäten.[172]

Figur 6: Gästenächtigungen in Wien 1949–2004



(1) Bis 1983 Hotels der Klasse A und A1.
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien.

Signifikante Begleiterscheinung der metropolitanen Dynamisierung war das nach Jahrzehnten des Rückgangs wieder einsetzende Bevölkerungswachstum – die Zählung von 1991 ergab eine seit 1981 um rund 8.000 gestiegene Einwohnerzahl von 1,539.848. Die Kehrseite davon war freilich der Abbau der bis dahin relativ starken sozialen Kohärenz und der Anstieg ökonomischer Disparitäten. Obwohl das Wirtschaftswachstum sich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre wieder beschleunigt hatte und die Zunahme des Bruttourbanprodukts sogar noch kräftiger gewesen war, stieg die Arbeitslosigkeit bis 1990 weiter auf 5,8 % an.[173] Mit Beginn der 1980er-Jahre nahm auch die Streuung der Lohneinkommen zu, bedingt vor allem durch günstigere Verdienstentwicklung bei den gut ausgebildeten männlichen und weiblichen Angestellten, und die Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Lohneinkommen von Bewohnern »wohlhabender« (etwa 1., 4., 13., 19.) und »ärmerer« Bezirke (etwa 10., 11., 16., 20., 21.) wurden ebenfalls größer. Besonders finanzschwache Haushalte konzentrierten sich zunehmend in gründerzeitlichen Problemgebieten (etwa des 3., 10., 18. oder 20. Bezirks) und in Großwohnanlagen am nördlichen und südlichen Stadtrand.[174] Entsprechend polarisiert entwickelten sich auch die Konsumchancen: Während Besserverdienende, meist höher Qualifizierte, einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens für Freizeit, Sport und Erholung, also für die Teilnahme an der urbanen »Erlebnis-Kultur«, aufwenden konnten, mussten Niedrigqualifizierte, darunter häufig allein erziehende Mütter, einen Großteil ihres Einkommens für Wohnen und

Ernährung aufwenden.[175] Im Zug der Forcierung der »sanften Stadterneuerung« kam es auch zu einer Differenzierung des Wohnungsmarkts. Die Freigabe des Mietzinses für bestausgestattete Altbauwohnungen führte zu einem Anstieg der Investitionen in Wohnungsverbesserung und -zusammenlegung vor allem innerhalb des Gürtels. Die für die sanierten Wohnungen erzielbaren Mietzinse lagen weit über dem bisherigen Niveau und waren nur für eine überdurchschnittlich zahlungskräftige Klientel – oft gut qualifizierte Singles oder Doppelverdiener – leistbar. Das Angebot an billigen, schlechter ausgestatteten Wohnungen ging entsprechend zurück und die schlechter situierten Mieterschichten wurden dadurch immer mehr aus den Sanierungsvierteln in die »verslumenden« Zonen entlang des Gürtels verdrängt. Die steigende Anzahl teurer Dachbodenausbauten schlug in dieselbe Kerbe.[176] Mit der Aufwertung des Konsum- und Unterhaltungsangebots im Innenstadtbereich war also auch eine wachsende Attraktivität für wohlhabende Bewohnerschichten verbunden, ein Prozess, den die Stadtforschung als »Gentrifizierung« bezeichnet.[177]

Der sich gegen Ende des Jahrzehnts rapide beschleunigende Umbruchsprozess – das zuwanderungsbedingte Stadtwachstum, die voll im Gang befindliche Implosion des »realsozialistischen« Osteuropa und der durch die EDV-Revolution ausgelöste technologische Wandel – gab Ende 1989 den Anstoß, die vom STEP 1984 noch nicht vorhersehbaren Konsequenzen dieser Entwicklung in einem groß angelegten Symposium mit zahlreichen Experten zu diskutieren,[178] wobei vor allem Aspekte der eben angesprochenen »neuen Urbanität«[179] im Mittelpunkt standen. Zu den maßgeblichen ökonomischen Punkten, die dabei erörtert wurden, gehörte Wiens Funktion einer »Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa« und die hier zu erwartende Konkurrenz mit Budapest[180] sowie die vorhersehbare Verlagerung von weniger anspruchsvollen Fabrikationsfeldern nach Osteuropa und die im Gegenzug zunehmende Bedeutung hochwertiger informations- und wissensbasierter Produktionsbereiche und analoger unternehmensbezogener Dienstleistungen für einen hohen Rang in der Zentrenhierarchie. Wien befinde sich diesbezüglich gegenüber Westeuropa im Rückstand.[181] Aus dem Wandel der Arbeitswelt ergäben sich wiederum neue Anforderungsprofile, die erweiterte technologische und soziale Kompetenzen sowie die Bereitschaft zum ständigen Weiterlernen verlangten.[182] Speziell bemerkenswert war der Beitrag des Ökonomen Michael Wagner zu »Erwerbschancen durch Güterproduktion im dichtverbauten Gebiet«: Anknüpfend an den mit dem wirtschaftlichen Strukturbruch intensivierten Diskurs um »industrial districts« und damit auch an ureigenste Wiener Traditionen plädierte er für eine Revision des Rückzugs der Güterproduktion aus dem dicht verbauten Gebiet. Die hier angesiedelten Kleinbetriebe stünden »in einem sozialökonomischen Netzwerk, das durch ihre eigenen Aktivitäten erweitert und stabilisiert« werde und so die Stärkung der »Selbstorganisation« im Wirtschaftsleben erhöhe.[183]

Tabelle 17: Arbeitsstättenzählung 1991

Wirtschaftsklassen (nach der Betriebssystematik 1968)	Wien		Anteil an Österreich (%)		Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung	60	4.957	6,5	22,7	91	7.891	6,5	21,6
Bergbau, Gewinnung v. Steinen, Erden	5	14	0,7	0,1	50	2.702	5,6	12,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	907	16.769	12,3	19,0	1.427	24.535	14,6	22,6
Textilien, Textilwaren	155	1.607	11,5	4,6	313	4.666	16,6	8,9
Bekleidung, Bettwaren, Schuhe	1.399	6.100	36,9	14,3	2.052	12.955	35,7	19,8
Leder, Ledersatzstoffe	84	597	34,7	18,6	147	2.139	43,5	41,7
Holz, Musikinstrumente, Spielwaren, Sportartikel	1.021	6.537	10,2	6,7	1.406	8.733	12,7	8,9
Papier, Papierwaren	127	3.050	37,2	14,9	221	4.646	45,5	20,4
Druckerei, Vervielfältigung	931	12.773	41,3	39,5	799	14.604	48,4	44,3
Chemikalien, Gummi, Erdöl	358	11.884	21,3	17,8	583	17.944	32,3	23,8
Steine, Erden, Glas	173	2.369	9,3	5,5	249	3.648	11,9	7,8
Eisen, Nichteisenmetalle	772	9.847	16,8	8,4	1.230	21.606	23,2	14,4
Maschinen, Apparate, Instrumente, Schmuck	1.035	16.107	22,8	15,6	1.215	17.596	27,1	19,0
Elektrotechnik	399	29.463	27,2	38,7	540	36.683	36,1	48,0
Transportmittel	720	18.861	15,8	23,8	831	19.875	19,2	23,3
Bauwesen	2.697	48.573	16,3	20,1	2.952	46.893	19,6	20,8
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	10.778	184.537	17,8	17,6	13.965	236.523	21,3	20,8
Handel, Lagerung	23.780	139.754	26,8	28,2	24.050	138.588	29,7	31,5
Beherbergung, Gaststätten	5.515	30.659	12,3	17,8	4.576	25.075	10,7	16,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3.227	58.969	19,8	27,4	3.260	52.368	20,2	28,2
Geld- u. Kreditwesen, Privatversicherung	1.422	43.054	15,7	39,0	1.069	39.193	15,6	42,4
Realitäten, Wirtschaftsdienste	11.503	70.535	35,7	40,8	6.398	33.236	40,6	42,5
Körperpflege, Reinigung, Bestattung	3.123	24.981	25,6	34,3	3.151	20.962	29,5	37,1
Kunst, Unterhaltung, Sport	3.091	16.382	36,9	47,4	2.059	13.106	38,7	51,9
Gesundheits- u. Fürsorgewesen	5.359	65.077	25,5	29,6	4.679	44.342	27,0	29,8
Unterrichts- und Forschungswesen	1.370	33.751	16,6	21,3	1.058	29.249	14,0	23,2
Gebietskörperschaften, Interessenvertretungen	1.767	71.846	15,8	35,5	1.721	67.034	14,3	34,6
Summe Handel, Dienstleistungen	60.157	555.008	23,8	29,9	52.021	463.153	24,2	31,0
Zusammen	71.000	744.516	22,6	25,4	66.127	710.269	23,4	26,4

Quelle: Arbeitsstättenzählung 1991.

Das tatsächlich weiter massive Fortschreiten der ökonomischen Strukturverschiebung während der 1980er-Jahre verdeutlichen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung von 1991 *(vgl. Tabelle 17)*. Während die Zahl der Betriebe und Arbeitsplätze gegenüber 1981 kräftig angestiegen war, war sie im Sekundärsektor erneut drastisch zurückgegangen. Erstmals machte hier der Anteil an Gesamtösterreich deutlich weniger als ein Fünftel aus. Auch die Entwicklung der einzelnen Branchen entsprach dem bisherigen Trend, lediglich in der Transportmittelerzeugung war der Wiener Anteil sogar wieder leicht angestiegen, was sicherlich auf das 1982 eröffnete General-Motors-Werk zurückzuführen ist. Einen analogen Verlauf zeigt auch der Lokationsquotient:[184] In der Wirtschaftsklasse Transportmittel legte er merklich zu, sonst blieb das Muster weitgehend unverändert, einen abrupten Abfall verzeichnete er nur bei der Lederverarbeitung, die aber auch schon vorher zahlenmäßig kaum ins Gewicht gefallen war *(vgl. Tabelle 4, oben S. 658)*.

Der Tertiärsektor erfuhr im Vergleich zu 1981 eine gewaltige Ausweitung, während die Beschäftigtenzahl damals noch nicht einmal doppelt so groß wie die der übrigen Bereiche war, überstieg sie diese jetzt um mehr als das Dreifache! Hier bilden sich auch die seither eingetretenen ökonomischen Veränderungen viel deutlicher ab. Dienstleistungen können in »gebundene« und »ungebundene« aufgegliedert werden:[185] »Gebundene« Dienste erfordern während der Erbringung der Leistung die persönliche Interaktion von Produzenten und Konsumenten, setzten also räumliche Nähe voraus – dazu zählen etwa »nicht marktmäßige« Dienste des öffentlichen Unterrichts-, Gesundheits- oder Sozialwesens sowie andere Anbieter persönlicher Dienste (Friseure, Gaststätten etc.) und der Einzelhandel – Bereiche also, die in Wien schon immer stark vertreten waren. »Ungebundene« Dienste bestehen dagegen überwiegend aus Informationen, sie können gespeichert und transportiert werden, eine Kopräsenz von Produzent und Konsument ist also prinzipiell nicht erforderlich, und die Leistungen werden auch tatsächlich oft für entfernte Standorte erbracht. Unter diese Kategorie, die sich weitgehend mit jener der unternehmensbezogenen Dienstleistungen deckt, fallen etwa Finanzdienste, Rechts-, Wirtschafts- und Technikberatung, Nachrichtenübermittlung, Werbung oder Design. Trotz der räumlichen »Ungebundenheit« oder gerade ihretwegen steigt die Standort-Konzentration solcher Dienste mit dem Rang eines urbanen Zentrums in der Städtehierarchie. Dort befinden sich die meisten Unternehmens-Headquarters, die zu den häufigsten Nachfragern solcher Dienste zählen, die Kommunikation der benötigten Informationen erfordert oft *face-to-face*-Kontakte, mit zunehmender Dichte und Differenziertheit des Angebots steigt die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, und die Anbieter solcher Dienste gehören zugleich auch zu den wichtigsten Nachfragern. Schließlich bildet sich aus diesem Informations- und Kommunikationsnetzwerk ein lokalisiertes »innovatives Milieu«, wo auch nicht kodifiziertes, aber von allen Involvierten geteiltes *tacit knowledge* die Standortqualität mit bestimmt.[186]

Die Zahl der tertiären Betriebe und Beschäftigten hatte überall zugenommen, allerdings mit charakteristischen Unterschieden. Als einzige Branche verzeichnete das

Beherbergungs- und Gaststättenwesen sogar einen Gewinn beim Anteil an Gesamtösterreich – zweifellos eine Folge des Beisl- und Lokalbooms und des Aufschwungs beim Städtetourismus. Für das Wachstum des Gesundheits- und Unterrichtswesens sowie das der Gebietskörperschaften war dagegen neben der notwendigen Ausweitung des Angebots an öffentlichen Leistungen wohl auch die angesichts steigender Arbeitslosigkeit verstärkte Bemühung um ein ausreichendes Beschäftigungsniveau verantwortlich. Das weitaus größte und auch für den Umbruch der städtischen Ökonomie signifikanteste Wachstum verzeichnete aber die Klasse Realitätenwesen und Wirtschaftsdienste – die Zahl der Betriebe stieg hier um knapp 80 % und die der Beschäftigten sogar um über 112 % an. Wenn also Wien bei den unternehmensbezogenen Diensten noch nachhinkte, so waren sie doch spätestens in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre von einem dynamischen Expansionsprozess erfasst worden.[187] Mit Bezug auf die eben erörterten Spezifika der »gebundenen« Dienste könnte man daraus ableiten, dass Wien in zweifacher Weise wieder in seine früheren ökonomischen Qualitäten hineinzuwachsen begann: einmal mit dem allmählichen Aufstieg in den Rang eines überregionalen Zentrums, zumindest was den mit der Ostöffnung entstehenden Wirtschaftsraum anlangte, und zweitens mit der Rückkehr auf den im Fordismus verlassenen Pfad der metropolitanen Netzwerkökonomie, auch wenn nun das Gewicht nicht mehr auf dem Sekundär-, sondern auf dem Tertiärsektor lag. Auch der Lokationsquotient spiegelt diesen Entwicklungsverlauf wider: Den Rang der nach der Unterhaltungsbranche am höchsten in Wien konzentrierten tertiären Wirtschaftsklasse nahmen nun die Wirtschaftsdienste ein *(vgl. Tabelle 14, oben S. 695)*.

Die in Wien im Vergleich zu Gesamtösterreich stärkere Polarisierung bei den Betriebsgrößen war nun noch stärker ausgeprägt, da hier erstmals der Anteil der Einpersonen-Betriebe (bzw. der Arbeitsstätten ohne unselbstständig Beschäftigte) zunahm. Der besonders markante Zuwachs im Tertiärsektor war vor allem auf die zahlreichen neuen Kleinstbetriebe bei den Wirtschaftsdiensten zurückzuführen – wohl ein Indiz für das kleinteilig-vernetzte Funktionieren dieser Branche *(vgl. Tabelle 3, oben S. 657)*. Das Muster der räumlichen Verteilung der Arbeitsstätten war durch eine weitere Verlagerung in die Außenbezirke gekennzeichnet, wenn auch nun in einigen Innenbezirken die Beschäftigtenzahlen wieder gestiegen waren *(vgl. Tabelle 5, oben S. 660)*. Charakteristischerweise ging hier aber die Gesamtzahl der Arbeitsplätze zurück, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitsstätten zunahm – ein Hinweis auf die Konzentration des Netzwerk-Milieus der »gebundenen« Dienste im zentrumsnahen Bereich. Erstmals überstieg die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in den Außenbezirken den Wert der Innenbezirke. Besonders kräftige – überwiegend tertiäre – Steigerungen waren in den nördlichen und südlichen Stadtrandzonen zu verzeichnen – ein Ergebnis der Betriebsansiedlungsbemühungen des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.[188] Die merkliche Abnahme des Frauenanteils *(vgl. Tabelle 6, oben S. 662)* im Sekundärsektor war eine Folge der stärkeren Konzentration auf

know-how-intensive Bereiche, wo Frauen traditionell unterrepräsentiert waren. Der ebenfalls leichte Rückgang im Tertiärsektor dürfte auf das Wachstum der kleinbetrieblichen Wirtschaftsdienste zurückzuführen sein, wo vermutlich überwiegend Männer tätig waren. Die stärkere Orientierung auf wissensbasierte Funktionen zeigt sich auch am wachsenden Angestelltenanteil, wenn auch nicht durchgehend (z. B. Abnahme in der Nahrungsmittel- und der Textilbranche), deutlich aber jedenfalls in typisch »metropolitanen« Branchen wie im Verlagswesen, der Elektrotechnik oder den Wirtschaftsdiensten *(vgl. Tabelle 8, oben S. 665)*. Wie sehr das Stadtwachstum auf Immigration beruhte, zeigt der merklich höhere Ausländeranteil: 1981 waren 47.494 beschäftigte Ausländer gezählt worden, 1991 waren schon 64.704 der unselbstständig Beschäftigten (die Selbstständigen wurden nicht ausgewiesen) Ausländer. Wie zu erwarten, waren sie im Sekundärsektor sowie in Niedriglohnbranchen des Tertiärsektors (Gastgewerbe, Reinigung) überrepräsentiert.[189]

Nach 1990: Stadt im Postfordismus

Die Auflösung der fordistischen Strukturelemente der Wiener Ökonomie war also mit dem Ende der 1980er-Jahre weitgehend vollzogen, per definitionem sagt aber der Terminus »Postfordismus« nur aus, dass etwas »nach« dem Fordismus kommt, nichts aber über dessen Substanz. Auch die Wiener Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einem intensiven Such- und Positionierungsprozess. Den Rahmen dafür steckt ein äußerst komplexes und in seinen Effekten schwer übersehbares Bedingungsgeflecht ab:[190] Da ist einmal der beschleunigte und alles überragende Prozess der Globalisierung, der weltweiten Vernetzung der Kapital-, Güter-, Dienstleistungs- und Migrationsströme. Verbesserte Technologien, Transport- und Kommunikations-Infrastrukturen und damit zusammenhängend die Erosion der überkommenen politischen und ökonomischen Regulationsmechanismen führen zur fortschreitenden Auflösung bisher integrierter, großer Produktionseinheiten, die durch ein Netzwerk kleinerer spezialisierter Einheiten ersetzt werden, die am jeweils kostengünstigsten Standort positioniert werden. *Outsourcing*, *just-in-time*-Produktion, flexible Spezialisierung, servo-industrieller Sektor, *Headquarter*, unternehmensbezogene Dienstleistungen – das sind die Schlagworte, die in diesem Zusammenhang immer wieder fallen. Es kommt auch zur Auflösung etablierter Grenzziehungen, Städte wachsen zu Stadtregionen zusammen, und die Netzwerke legen sich über bestehende regionale und Staatsgrenzen. Städte, die sich ihre Kompetenz als überregionales Zentrum bewahren wollen, sind einem gesteigerten überregionalen und internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Sie müssen Knotenpunkte der Innovation und Wissensproduktion sein, globale *Headquarter*- oder zumindest überregionale *Headquarter*-Funktionen, *know-how*-intensive, servo-industrielle Produktionen sowie hochwertige unternehmensbezogene Dienstleistungen in sich vereinen, und sie müssen bereit und fähig sein, ihre Rolle

ständig zu überprüfen und eventuell zu revidieren und/oder neu zu definieren. Ein weiterer Faktor, der Wien mit allen Herausforderungen und Chancen eines europaweiten Binnenmarktes konfrontiert, ist die seit Anfang der 1990er-Jahre angestrebte und 1995 erlangte Mitgliedschaft in der EU, und schließlich ist da auch noch die etwa gleichzeitige Ostöffnung, die die Stadt aus ihrer jahrzehntelangen Randlage plötzlich ins Zentrum eines Feldes mit immer intensiveren ökonomischen Austauschbeziehungen versetzt hat, das schließlich mit der Aufnahme von zehn neuen EU-Mitgliedern 2004 eine noch höhere Qualitätsebene erreichte. Die Auseinandersetzung mit diesem Bedingungsgeflecht, die durch die davon ausgelösten innerstädtischen sozialen Spaltungstendenzen zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Umwälzungen noch zusätzlich erschwert wird, hat die Entwicklung der Wiener Wirtschaft in den letzten eineinhalb Jahrzehnten bestimmt und sie weiteren ständigen Anpassungsprozessen unterworfen.

Mit dem EU-Beitritt wurde auch die österreichische Wirtschaftsklassensystematik an die der EU angeglichen und analog zur 1970 geschaffenen NACE (für »Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes« – »Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften«)[191] die ÖNACE 1995 erstellt. Wesentliches Charakteristikum dieser Systematik ist die Anpassung an die durch die Tertiärisierung geschaffenen neuen Branchenstrukturen. Zur besseren Vergleichbarkeit der nach 1990 eingetretenen Strukturverschiebungen soll daher die Arbeitsstättenzählung 1991 nun auch in der ÖNACE-Gliederung (*Tabelle 18*) wiedergegeben werden.[192]

Tabelle 18: Arbeitsstättenzählung 1991

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (40,41)	76	9.657	7,1	28,1
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (10–14)	12	145	1,6	1,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (15,16)	861	17.888	12,0	19,8
Textilien, Textilwaren (inkl. Bettwaren) (17)	180	1.896	12,6	5,2
Bekleidung (18)	905	5.115	35,6	16,0
Ledererzeugung und -verarbeitung (inkl. Schuhe) (19)	98	668	26,1	6,1
Holz, Möbel, Musikinstr., Spielw., Sportart., Schmuck, Sonst. Erzeugn. (20,36)	1.162	7.182	12,3	7,4
Papier, Papierwaren (21)	66	2.457	32,2	12,8
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (22)	925	12.511	40,9	37,9
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (23–25)	339	12.591	25,7	20,2
Verarbeitung v. Steinen u. Erden, Glas (26)	201	2.917	10,4	6,6
Metallerzeugung und -verarbeitung (27,28)	668	9.405	18,2	8,5
Maschinenbau (29)	244	10.302	10,1	11,2

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
EDV-, Elektro-, Übertragungs-, Mess-, Regelungstechnik (inkl. Instr.) (30–33)	486	30.036	28,8	40,1
Transportmittel (34,35)	51	10.660	12,6	31,8
Recycling (37)	22	52	14,2	9,0
Bauwesen (45)	3.024	51.965	15,8	19,7
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	9.232	175.645	17,0	17,6
Handel (inkl. Kfz-Reparatur) (50–52)	25.407	155.160	26,6	28,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen (55)	5.581	31.253	12,4	18,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (inkl. Lagerung) (60–64)	3.496	59.520	20,1	26,8
Kreditwesen, Versicherungswesen (65–67)	1.448	43.714	15,9	39,1
Realitätenwesen, Vermietung bewegl. Sachen (70, 71)	1.783	9.011	39,3	43,5
Datenverarbeitung, Datenbanken (72)	843	7.513	38,4	58,1
Forschung und Entwicklung (73)	146	1.906	51,8	38,5
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (inkl. Reinigungsgewerbe) (74)	8.396	51.503	34,7	38,9
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (75)	1.007	62.326	14,8	35,1
Unterrichtswesen (80)	1.815	36.459	15,8	21,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (85)	4.708	59.015	27,4	29,8
Abwasser-, Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung (90)	208	3.687	19,1	40,8
Interessenvertretungen, Vereine (91)	852	9.594	18,7	38,3
Kultur, Sport, Unterhaltung (92)	3.171	16.921	38,3	49,7
Sonst. Dienstleistungen (Körperpflege, Reinigung, Bestattung etc.) (93)	2.798	11.420	26,4	25,7
Summe Handel, Dienstleistungen	61.659	559.002	23,9	29,6
Zusammen	70.979	744.449	22,6	25,4

Quelle: Statistik Austria, ISIS-Datenbank

Die sich auf Grund der Zuordnungsdifferenzen der beiden Systematiken ergebenden Unterschiede sind im Sekundärsektor nicht allzu gravierend – die größten Verschiebungen wurden in den Branchenbezeichnungen berücksichtigt. Wesentlich präzisere Einsichten ermöglicht die neue Gliederung allerdings in die Binnenstruktur des Tertiärsektors, vor allem was wissensbasierte, Informationen verarbeitende Tätigkeiten anlangt: Datenverarbeitung, Datenbanken (72), Forschung und Entwicklung (73) sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen (74, allerdings inklusive des Außenseiters Gebäudereinigung) sind jeweils eigene Abteilungen, und wenig überraschend waren sie in der Hauptstadt deutlich überrepräsentiert. Ein analoges Bild lässt das Verteilungsmuster des Lokationsquotienten erkennen, dies zeigt allerdings auch deutlicher, dass Wien nur bei der Datenverarbeitung eine wirklich herausragende Stellung einnahm *(Tabelle 19)*.

Tabelle 19: Konzentrationsgrad Wiens in den Wirtschaftsabteilungen Handel, Dienstleistungen 1991b/2001

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	1991 b	2001
Handel (inkl. Kfz-Reparatur) (50–52)	94,9	87,4
Beherbergungs- und Gaststättenwesen (55)	61,0	67,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (inkl. Lagerung) (60–64)	90,4	99,2
Kreditwesen, Versicherungswesen (65–67)	132,1	125,8
Realitätenwesen, Vermietung bewegl. Sachen (70,71)	147,0	140,1
Datenverarbeitung, Datenbanken (72)	196,1	180,5
Forschung und Entwicklung (73)	129,9	198,5
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (inkl. Reinigungsgewerbe) (74)	131,5	129,7
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (75)	118,5	104,3
Unterrichtswesen (80)	72,7	86,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (85)	100,5	91,0
Abwasser-, Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung (90)	137,7	100,0
Interessenvertretungen, Vereine (91)	129,5	135,3
Kultur, Sport, Unterhaltung (92)	167,8	162,3
Sonst. Dienstleistungen (Körperpflege, Reinigung, Bestattung etc.) (93)	86,9	80,4

Quelle: Statistik Austria, ISIS-Datenbank; eigene Berechnungen.

Welche Position Wien im ostmitteleuropäischen Raum einnehmen könne, der nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« mit großer Dynamik auf den marktwirtschaftlichen Entwicklungspfad eingeschwenkt war, und welche ökonomischen Qualitäten es dafür benötige, das wurden um 1990 dominierende Elemente des Stadtentwicklungsdiskurses.[193] Schon 1987 hatten Ungarn und Österreich die Veranstaltung einer gemeinsamen Weltausstellung in Budapest und Wien 1995 mit dem Motto »Brücken in die Zukunft« beschlossen. Neben dem Versuch, damit die Rolle Wiens als Zentrum in einer neu entstandenen Großregion zu unterstreichen, ging es dabei vor allem auch um einen neuen städtebaulichen Anlauf entlang der Achse vom Praterstern über die Reichsbrücke zum neben der UNO-City gelegenen präsumtiven Weltausstellungsgelände. Ein signifikantes Indiz für das gewandelte metropolitane Selbstverständnis Wiens ist auch der damit in Gang gekommene – und von Anfang an kontrovers diskutierte – Bau von zahlreichen Hochhäusern.[194] Als eine Art Ideenwerkstätten wurden 1989 eine Enquete und eine Ausstellung zum Expo-Projekt veranstaltet.[195] Der unter ökonomischem Aspekt bemerkenswerteste Vorschlag kam dabei von der Stadtplanerin und -historikerin Renate Banik-Schweitzer: Wien möge sich doch neben der sicher notwendigen Priorisierung von *high-tech* auf seine Traditionen des *high-touch* besinnen – die Stadt habe vor rund hundert Jahren eine leistungsfähige Möbel- und Modebranche mit hohem Design-Niveau beherbergt, daran

gelte es anzuknüpfen.[196] Rund zehn Jahre später sollte diese Idee – nun im Gewand der *creative industries* importiert – wieder am Tapet stehen. Allerdings: Wie sehr sich auch die Stadtverwaltung und zahlreiche Experten für die mit der Expo erwachsende Chance zu einem vorteilhaften Entwicklungsschub für die Stadt ins Zeug legten, der Großteil der Bevölkerung sah offenbar in erster Linie die damit verbundenen Risken, Unsicherheiten und Nachteile. In einer 1991 abgehaltenen Volksbefragung wurde das Expo-Projekt mit deutlicher Mehrheit (knapp 65 % der abgegebenen Stimmen) abgelehnt.[197]

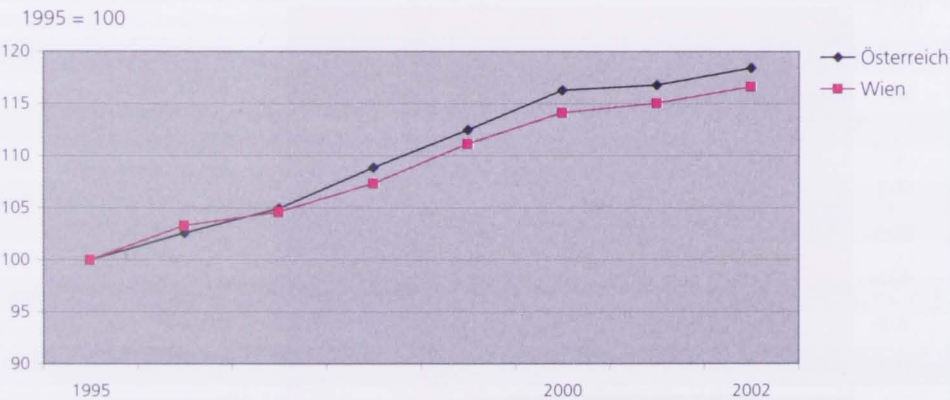
Für den 1994 fertig gestellten neuen Stadtentwicklungsplan ergaben sich daraus keine wesentlichen Änderungen. Gleichwohl spricht aus ihm das Bewusstsein, an einer historischen Wegmarke zu stehen.[198] Für die innerstädtischen Gebiete hielt man am Konzept der sanften Stadterneuerung und der Durchmischung fest. Der Nachdruck auf die Erhaltung von Betriebsstandorten in Wohngebieten zur Förderung der Urbanität und Verkürzung der Arbeitswege wurde eher noch deutlicher: Durch Betriebsverlagerungen frei werdende Flächen sollten nach Möglichkeit zur »Ansiedlung wohngebietsverträglicher Arbeitsplätze« verwendet werden, und durch Anwendung entsprechender Bebauungsbestimmungen sollte eine »vertikale« Nutzungsmischung ermöglicht werden, z. B. Gewerbe im Erdgeschoss, darüber Dienstleistungsbetriebe und in den Obergeschossen Wohnungen.[199] Angesichts des Bevölkerungswachstums sollte freilich die Stadterweiterung entlang von Entwicklungsachsen vorangetrieben werden. Eines der aufwändigsten Projekte, der »Marchegger Ast« im 22. Bezirk, wurde aber später wieder zurückgestellt,[200] nicht zuletzt, weil das Stadtwachstum nach Verschärfung der Immigrationsbestimmungen 1993 wieder an Dynamik verloren hatte.[201]

Einen beträchtlichen Teil des neuen Plans nahm die Analyse des ökonomischen Potentials der Stadt und der mit der Ostöffnung verbundenen Chancen und Risken ein. Die Stadtplanung stützte sich dabei auf das in mehrfachen Studien erworbene Expertenwissen des Stadt- und Regionalökonomen Peter Mayerhofer vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung. Wirtschaftliche Leitvorstellung war die eines »überregionalen Kontroll- und Entscheidungszentrums« in Mitteleuropa, daher galt: »Berlin, München, Budapest oder Prag und nicht Mödling, Eisenstadt oder Vösendorf werden die Konkurrenten Wiens im Städtewettbewerb der nächsten Dekade sein.«[202] Zu den Stärken der Wiener Wirtschaft wurden die Größe der Agglomeration, die auch im EU-Vergleich – Wien gehörte zu den reichsten Stadtregionen Europas – überdurchschnittliche Wirtschaftskraft, der hohe Tertiärisierungsgrad, die Ballung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die schon weit fortgeschrittene Konzentration auf höherwertige Sektoren der Gütererzeugung (Elektroindustrie), die schon erwähnten günstigen »weichen« Standortfaktoren und der entwickelte Städtetourismus sowie die durch die Ostöffnung entstandene Chance, die Stadt als »Transaktionszentrum« für Ost-Mitteleuropa zu positionieren, gerechnet. Als Schwächen wurden dagegen das durch die bisherige Randlage mitbedingte im Österreichvergleich langsamere Wachstum und die zu starke Orientierung auf den Inlandsmarkt, die für

den hohen Dienstleistungsanteil zu geringe Ausstattung mit hochwertigen unternehmensbezogenen Diensten, die dem übrigen Österreich nachhinkende Innovationsfähigkeit der Industrie und die niedrige Betriebsgründungsrate, die relativ schlechte Erreichbarkeit von den westeuropäischen Märkten und das ungenügende Image der Stadt als Geschäftsstandort ausgemacht.[203]

Im Ziel-Katalog wurde die Komplementär-Strategie einer Bestandssicherung des industriellen Kerns und der forcierten Entwicklung hochwertiger Dienstleistungen formuliert. Dieses Konzept brauche eine breite Fundierung: verstärkte Anwendungsorientierung von Forschung und Entwicklung, Produktions- und Dienstleistungsbereiche umfassende Vernetzungen, Clusterbildungen unter Beiziehung kommunaler und wirtschaftsnaher Beratungsinstitutionen. Zur Steigerung der Attraktivität als überregionales Zentrum müsse das Image als Wirtschaftsstandort gehoben und die infrastrukturelle Ausstattung verbessert werden, ebenso seien überregionale und auch grenzübergreifende Kooperationen erforderlich. Gleichzeitig sei die soziale Abfederung der Modernisierungsstrategie anzustreben: Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen müssten die Qualität des Humankapitals heben, und die Budget- und Wirtschaftspolitik habe auch eventuell auftretende soziale Härten zu mildern. Ein weiteres Ziel war die ökologische Stadtentwicklung: Neben den »harten« ökonomischen Standortfaktoren seien auch die »weichen« wichtig, auch in der Erhaltung der sozialen, kulturellen und ökologischen Lebensqualität liege eine langfristige Entwicklungschance Wiens.[204]

Figur 7: Wachstum des österreichischen Bruttoinlandsprodukts und des Wiener Bruttourbanprodukts (real) 1995–2002

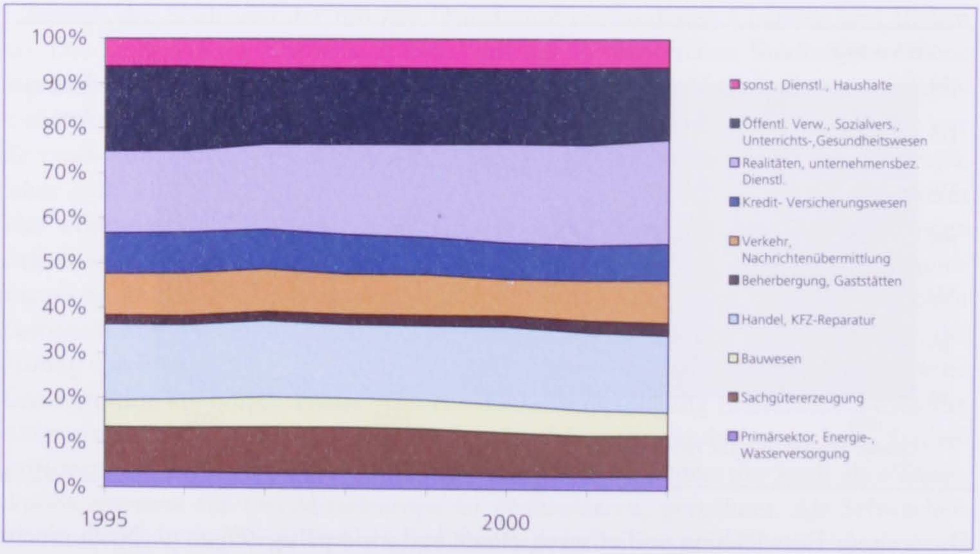


Quelle: Statistik Austria, ISIS-Datenbank

Die weitere Entwicklung verlief wechselhaft und zwiespältig *(Figur 7)*. Nach einem leichten Anteilsgewinn 1996 fiel die Wiener Wirtschaft im Österreichvergleich wie-

der zurück, was auf durch den verstärkten EU-Wettbewerb verursachte Anpassungsprobleme zurückzuführen sein könnte.[205] Schließlich dürfte allerdings die West-Konkurrenz und das wachsende Engagement in den MOEL (mittel- und osteuropäischen Ländern) als »Strukturpeitsche« gewirkt haben, denn die Wiener Position verbesserte sich nach der Jahrtausendwende wieder leicht. Auch die internationale Ausrichtung der Wiener Wirtschaft schritt damit zügig voran. 2002 kamen rund 58 % aller österreichischen Auslands-Direktinvestitionen aus Wiener Unternehmen, und damit zweifellos auch ein Großteil der seit 1999 stark angestiegenen österreichischen Osteuropainvestitionen. Stellt man zudem in Rechnung, dass von den rund 290.000 Auslandsbeschäftigten österreichischer Unternehmen etwa 190.000 in den MOEL tätig waren, dann war die strategische Positionierung der Stadt als Transaktionszentrum durchaus nicht erfolglos. Von den rund 300 internationalen Unternehmen, die von Wien aus ihre Osteuropaaktivitäten koordinieren, war allerdings ein großer Teil schon vor der Ostöffnung hier ansässig. Bei Aufholprozessen osteuropäischer Metropolen ist jedenfalls mit zunehmender Konkurrenz um diese regionalen Headquarters zu rechnen, was die Bedeutung von am Ort situiertem »strategischem Eigentum« unterstreicht, wo dann auch strategische und Forschungs- und Entwicklungsfunktionen zentralisiert sind.[206] Der Stellenwert der unternehmensbezogenen Dienstleistungen (inklusive des Realitätenwesens) für die urbane Wertschöpfung hat jedenfalls seit 1995 in der in *Figur 8* dargestellten Branchengliederung beträchtlich zugenommen.

Figur 8: Bruttowertschöpfung in Wien nach Wirtschaftsbereichen 1995–2002



Quelle: Weigl, Zeitreihen Wirtschaft

Die Schattenseite dieser offensichtlichen Dynamisierung der Stadtwirtschaft war eine wachsende Arbeitslosigkeit. Seit 1988 lag die Wiener Arbeitslosenquote über dem österreichischen Durchschnitt, entfernte sich in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre immer weiter davon und erreichte 2003 mit 9,5 % den höchsten Wert unter den österreichischen Bundesländern.[207] Die in den 1980er-Jahren aufgetretenen Spaltungstendenzen zwischen »Modernisierungsgewinnern«, die die richtigen, weil am Wiener Standort nachgefragten und meist höherwertigen Qualifikationen haben, und »Modernisierungsverlierern«, deren meist niedrige Qualifikationen in den MOEL nun viel billiger angeboten werden, haben sich seither drastisch verschärft. Ein weiterer Aspekt dieser wachsenden Differenzierung ist die Erosion des Vollzeit-Arbeitsverhältnisses. Besonders im Dienstleistungssektor haben seit 1998 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse stark zugenommen.[208]

Tabelle 20: Arbeitsstättenzählung 2001

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Energie- und Wasserversorgung (40,41)	96	7.803	6,6	23,4
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (10–14)	18	244	2,7	2,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (15,16)	557	9.761	9,3	12,9
Textilien, Textilwaren (inkl. Bettwaren) (17)	123	968	11,7	4,6
Bekleidung (18)	439	1.472	31,2	12,2
Ledererzeugung und -verarbeitung (inkl. Schuhe) (19)	67	267	23,8	4,2
Holz, Möbel, Musikinstr., Spielw., Sportart., Schmuck, Sonst. Erzeugn. (20,36)	890	5.361	9,6	5,8
Papier, Papierwaren (21)	44	1.492	23,5	8,5
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (22)	788	9.763	33,6	31,8
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (23–25)	260	9.618	18,3	16,3
Verarbeitung v. Steinen u. Erden, Glas (26)	181	1.454	9,1	3,7
Metallerzeugung und -verarbeitung (27,28)	638	7.094	14,5	6,6
Maschinenbau (29)	272	7.396	10,4	8,9
EDV-, Elektro-, Übertragungs-, Mess-, Regelungstechnik (inkl. Instr.) (30–33)	667	25.170	26,1	30,6
Transportmittel (34,35)	37	3.420	9,6	9,7
Recycling (37)	14	49	9,9	4,3
Bauwesen (45)	4.080	49.589	16,4	17,5
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	9.057	132.874	15,4	14,0
Handel (inkl. Kfz-Reparatur) (50–52)	23.310	150.723	22,8	24,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen (55)	7.174	42.186	14,2	18,8
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (inkl. Lagerung) (60–64)	4.356	71.637	20,4	27,8
Kreditwesen, Versicherungswesen (65–67)	2.100	43.584	15,8	35,2
Realitätenwesen, Vermietung bewegl. Sachen (70,71)	2.968	16.149	33,1	39,2

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Wien		Anteil an Österreich (%)	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Datenverarbeitung, Datenbanken (72)	3.857	23.686	35,2	50,5
Forschung und Entwicklung (73)	379	4.627	52,0	55,6
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (inkl. Reinigungsgewerbe) (74)	14.468	86.111	31,9	36,3
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (75)	857	60.965	11,9	29,2
Unterrichtswesen (80)	2.622	54.296	17,5	24,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (85)	7.405	72.215	26,9	25,5
Abwasser-, Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung (90)	263	4.788	15,4	28,0
Interessenvertretungen, Vereine (91)	1.172	12.943	23,8	37,9
Kultur, Sport, Unterhaltung (92)	4.467	24.398	36,4	45,4
Sonst. Dienstleistungen (Körperpflege, Reinigung, Bestattung etc.) (93)	3.122	12.229	23,1	22,5
Summe Handel, Dienstleistungen	78.520	680.537	23,4	28,0
Zusammen	87.691	821.458	22,1	24,0

Quelle: Statistik Austria, ISIS-Datenbank.

Das Ergebnis der Arbeitsstättenzählung von 2001 *(Tabelle 20)* liefert eine weitere Bestätigung für die konstatierten Strukturverschiebungen. Die drastische Zunahme der Beschäftigung seit 1991 *(vgl. Tabelle 18, oben S. 717)* beruht allerdings auf einer Korrektur der Zählergebnisse unter Zuhilfenahme von Daten der gleichzeitigen Volkszählung – und diese geänderte Erfassungsmethodik ist beim Vergleich mit 1991 generell im Auge zu behalten.[209] Dennoch: Die Zahl der sekundären Arbeitsplätze ist weiter rasch im Schwinden, auch bei den typisch urbanen Branchen wie dem Graphischen Gewerbe und der Elektrotechnik. Beim Lokationsquotienten ergibt sich für sie allerdings ein im Wesentlichen unveränderter Konzentrationsgrad *(vgl. Tabelle 4, oben S. 658)*.

Im Tertiärsektor sind dagegen über 120.000 Arbeitsplätze (teilweise natürlich ebenfalls erfassungsbedingt) dazugekommen. Spektakulär sind die Zuwächse in den wissensbasierten Bereichen Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen. Ein größerer Anteil an Gesamtösterreich ergab sich daraus aber nur bei Forschung und Entwicklung – die Bemühungen um Verbreiterung der *knowledge base* zeitigten offenbar Früchte. Auch der Anteilsgewinn des Beherbergungs- und Gaststättenwesens dürfte auf dem weiter wachsenden Gewicht des Städtetourismus beruhen, während jener des Unterrichtswesens wohl eher an Erfassungsdifferenzen liegt. Der Lokationsquotient zeigt vor allem bei Forschung, Datenverarbeitung und Kultur etc. einen herausragenden Wert. Bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen hatte offensichtlich ein gewisser Aufholprozess in den weiteren österreichischen Zentren eingesetzt.

Tabelle 21: Arbeitsstättenzählung 1991/2001 – Belegschaftsstrukturen

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Anteil an den Beschäftigten (%)								Anteil a.d.unselbstst. Besch. (%)			
	Frauen				Unselbstständige				Angestellte			
	1991 b		2001		1991 b		2001		1991 b		2001	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Energie- und Wasserversorgung (40,41)	15,1	16,4	19,0	20,6	99,7	100,0	99,4	100,0	61,0	65,2	65,6	60,4
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden (10–14)	10,5	29,7	13,6	30,7	97,7	95,9	96,4	97,1	25,3	94,2	30,4	81,9
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (15,16)	37,6	38,7	42,2	38,2	92,3	96,2	92,7	95,5	27,6	33,5	28,8	35,9
Textilien, Textilwaren (inkl. Bettwaren) (17)	53,6	63,2	46,7	60,5	96,7	91,8	95,6	89,8	28,4	41,3	34,4	41,7
Bekleidung (18)	83,5	70,0	77,7	60,7	93,5	86,7	89,3	71,9	18,6	25,8	32,8	35,7
Ledererzeugung und -verarbeitung (inkl. Schuhe) (19)	62,4	53,6	58,2	35,6	97,3	88,2	95,9	77,9	16,4	29,9	20,4	50,0
Holz, Möbel, Musikinstr., Spielw., Sportart., Schmuck, Sonst. Erzeugn. (20,36)	21,5	29,0	22,9	29,5	90,9	87,0	90,0	84,6	19,3	32,2	25,1	35,4
Papier, Papierwaren (21)	22,1	30,9	19,5	34,1	99,5	98,8	99,4	98,3	25,3	36,1	29,6	49,8
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung (22)	34,8	33,8	36,7	39,7	96,1	96,5	94,1	94,0	47,5	54,1	54,9	62,3
Mineralöl, Chemikalien, Gummi (23–25)	29,3	39,5	29,6	39,9	99,1	98,9	98,5	98,6	36,9	55,3	41,3	59,6
Verarbeitung v. Steinen u. Erden, Glas (26)	18,3	34,4	22,3	32,3	97,8	96,8	96,5	92,7	25,2	45,6	32,2	60,2
Metallerzeugung und -verarbeitung (27,28)	16,5	21,3	18,1	23,3	97,7	95,7	96,4	92,9	24,9	35,0	29,6	36,5
Maschinenbau (29)	15,0	14,7	16,8	19,2	98,4	99,1	97,5	97,5	35,8	50,4	38,8	52,6
EDV-, Elektro-, Übertragungs-, Mess-, Regelungstechnik (inkl. Instr.) (30–33)	38,7	37,2	32,7	29,7	98,8	99,3	97,6	98,1	35,8	46,5	48,9	65,5
Transportmittel (34,35)	12,0	8,6	16,7	15,8	99,2	99,8	99,2	99,4	37,0	43,4	29,7	40,9
Recycling (37)	16,8	19,2	16,0	28,6	77,7	63,5	91,9	85,7	25,8	42,4	20,2	45,2
Bauwesen (45)	10,4	11,7	14,0	14,6	95,2	96,9	92,3	93,9	21,2	25,6	27,9	34,2
Summe Verarb. Gewerbe, Industrie, Bauwesen	24,2	26,6	23,5	25,5	96,0	96,8	94,5	94,8	27,3	38,3	32,9	46,4
Handel (inkl. Kfz-Reparatur) (50–52)	47,6	46,5	49,8	46,2	88,7	90,9	87,5	89,4	67,2	76,2	67,1	73,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen (55)	57,4	48,2	54,9	47,6	73,4	88,8	75,3	84,8	22,6	27,7	26,6	29,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung (inkl. Lagerung) (60–64)	18,7	22,1	23,8	25,3	96,4	97,0	95,1	96,2	70,4	77,6	68,2	78,2
Kreditwesen, Versicherungswesen (65–67)	46,3	49,4	47,6	49,7	98,9	99,4	95,5	98,2	95,2	98,0	91,4	94,1
Realitätenwesen, Vermietung bewegl. Sachen (70,71)	54,0	55,2	46,3	49,4	89,6	91,2	84,7	88,4	69,7	77,3	66,1	70,8
Datenverarbeitung, Datenbanken (72)	24,7	23,4	29,1	29,3	88,6	93,3	77,8	85,2	96,1	97,0	87,9	88,6

Wirtschaftsklassen (nach der ÖNACE 1995)	Anteil an den Beschäftigten (%)								Anteil a.d.unselbstst. Besch. (%)			
	Frauen				Unselbstständige				Angestellte			
	1991 b		2001		1991 b		2001		1991 b		2001	
	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien	Öst.	Wien
Forschung und Entwicklung (73)	33,6	41,3	42,2	46,4	97,8	96,6	94,8	95,3	86,6	94,0	88,9	91,4
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (inkl. Reinigungsgewerbe) (74)	47,9	51,2	46,3	50,0	84,3	86,5	82,2	85,1	65,3	64,6	61,0	63,5
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung (75)	36,5	41,1	38,9	42,0	100,0	100,0	100,0	100,0	89,6	92,1	87,0	94,6
Unterrichtswesen (80)	62,6	66,6	64,7	65,6	99,4	99,0	99,0	98,8	88,8	89,2	87,1	93,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (85)	72,2	71,1	72,1	72,0	92,2	92,1	92,2	91,5	71,8	68,8	80,0	82,0
Abwasser-, Abfallbeseitigung, sonstige Entsorgung (90)	9,0	4,8	18,0	16,0	97,0	99,4	96,7	98,9	37,3	46,3	44,4	53,0
Interessenvertretungen, Vereine (91)	51,9	57,4	56,2	58,0	100,0	100,0	100,0	100,0	91,6	94,2	89,6	93,9
Kultur, Sport, Unterhaltung (92)	37,0	36,1	40,9	40,7	81,7	84,2	81,7	84,7	67,9	75,1	71,3	79,0
Sonst. Dienstleistungen (Körperpflege, Reinigung, Bestattung etc.) (93)	79,4	77,2	75,7	71,0	81,4	81,8	78,5	79,1	17,9	19,5	25,0	25,8
Summe Handel, Dienstleistungen	48,2	48,0	49,9	48,5	90,8	93,2	89,4	91,5	70,4	76,1	70,2	76,6
Zusammen	39,5	42,6	42,2	44,5	92,7	94,2	91,0	92,2	54,9	66,8	59,3	71,4

Quelle: Statistik Austria.

Die Betriebsgrößenstrukturen *(vgl. Tabelle 3, oben S. 657)* lassen generell eine Verschiebung hin zu den Einpersonen-Betrieben (ohne unselbstständig Beschäftigte) erkennen, die in Wien – und dort im Tertiärsektor – am massivsten zu Buche schlägt. Das lag vermutlich zum Teil an der erwähnten genaueren Erfassung, sicherlich aber auch an der schon 1991 feststellbaren Zunahme des selbstständigen Unternehmertums, die freilich nur zum Teil auf Freiwilligkeit und oft auf Ausgliederungsstrategien größerer Unternehmen beruht (*vgl. Tabelle 21*). Bei der räumlichen Verteilung der Arbeitsstätten und -plätze im Stadtgebiet ist die Verschiebung in die Randzonen weitgehend zum Stillstand gekommen.[210] Die Zunahme in den Innenbezirken ist natürlich ausschließlich im Tertiärsektor eingetreten, dem hier nun jeweils mehr als neun Zehntel der Arbeitsstätten bzw. Beschäftigten zuzurechnen sind *(vgl. Tabelle 5, oben S. 660)*.

Auch aus der Entwicklung der Belegschaftsstrukturen *(siehe Tabelle 21, oben S. 725)* lassen sich einige charakteristische Trends des Strukturwandels gut herausfiltern (*vgl. Tabelle 21*). Im Sekundärsektor ist die Abnahme des Frauenanteils weitergegangen und lässt das weitere Abwandern von Produktionen mit Bedarf an niedrig qualifizierten Arbeitskräften erkennen. Komplementär dazu ist der Angestelltenanteil ganz markant gewachsen und verweist damit auf die stark zunehmende Management- und *Know-how*-Intensität der in der Stadt verbliebenen Produktionsbereiche. Im Tertiärsektor fällt dagegen auf, dass vor allem in Wien offensichtlich gut ausgebildete Frauen das

stark wachsende Arbeitsplatzangebot in wissensbasierten Branchen wie Forschung und Entwicklung und unternehmensbezogene Dienstleistungen überdurchschnittlich nutzen konnten. Der EDV-Bereich bleibt dagegen eindeutig männer-dominiert, die zahlreich entstandenen kleinen Software-Firmen haben hier zu merklich kleineren Arbeitsstätten *(vgl. auch Tabelle 19, oben S. 719)* und – wie auch bei den unternehmensbezogenen Diensten – zu einer Zunahme der Selbstständigkeit geführt.

Zwei strategische Projekte,[211] die sich gezielt den Abbau des Defizits an anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung am Wiener Standort zur Aufgabe gestellt haben, sind der Technologiepark *Techgate Vienna* und der seit 1999 rasch wachsende Biotechnologie-Cluster *Life Science Austria Vienna Region (LISA)*, beide nach dem Modell der *Public Private Partnership (PPP)* organisiert. *Techgate Vienna* wurde 2002 eröffnet und befindet sich auf dem ursprünglich für die Expo vorgesehenen Gelände im 22. Bezirk. Schwerpunkte sind Telekommunikation, Informations-, Werkstoff- und Medizintechnik.[212] Das Kernstück von *LISA*, zu dem neben vier Wiener Standorten zwei niederösterreichische und ein burgenländischer gehören, ist das *Campus Vienna Biocenter* im 3. Bezirk. 2004 waren an den dortigen Einrichtungen über 1.000 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus mehr als 40 Nationen tätig.[213]

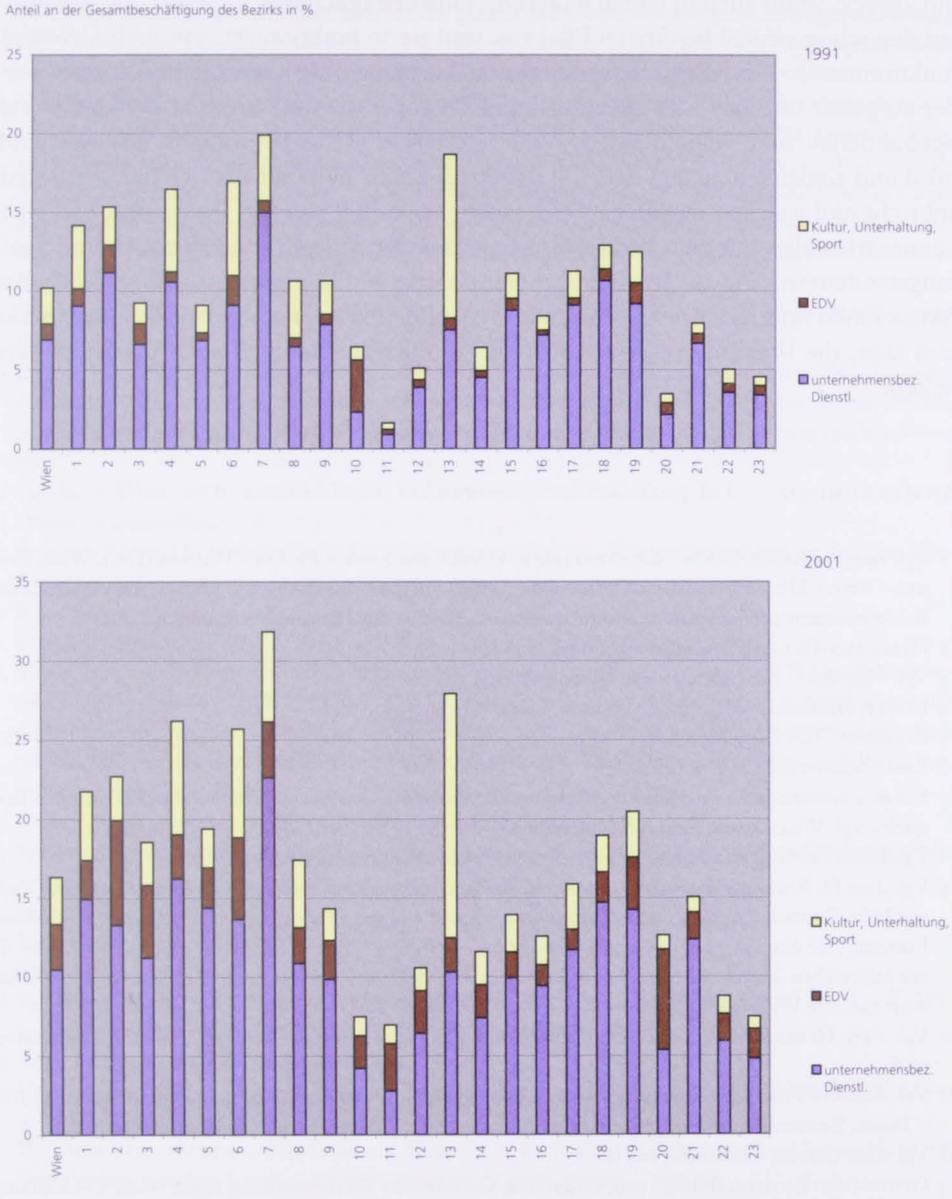
Weitere strategische Felder der Stadtentwicklung mit der Intention der Aufwertung Wiens als überregionales Zentrum sind die Zone Bahnhof Wien-Europa Mitte – Aspang – Erdberger Mais (3. Bezirk), die vor allem für die Ansiedlung von Headquarters, Forschung und Entwicklung sowie von unternehmensbezogenen Dienstleistungen vorgesehen ist, ferner das schon in den 1990er-Jahren ins Auge gefasste Asperner Flugfeld (Marchegger Ast, 22. Bezirk), wo vorrangig Unternehmen mit Produktions- und Logistik-Schwerpunkt ihren Standort finden sollen, sowie der Bereich Siemens-Allissen (21. Bezirk), der durch die schon seit über hundert Jahren dort angesiedelte Firma Siemens sowie den ebenfalls dort befindlichen Windkanal zum Attraktionspunkt für Forschung und Entwicklung und für High-Tech-Produktionen werden soll.[214] Im europaweiten Konkurrenzraum will sich Wien zusammen mit der slowakischen Hauptstadt Bratislava als Kernzone der rund 6 Millionen Einwohner zählenden Region CENTROPE etablieren, die neben Ostösterreich und Westslowakei auch in den tschechischen und ungarischen Raum hineinreicht. Ausbau der Infrastrukturen und Kooperationen im Bereich der Forschung und Entwicklung und der Produktion, gemeinsame Vermarktung etc. sollen den gesamten Raum wettbewerbsfähiger machen.[215] Ein wichtiger Faktor wird in diesem Zusammenhang der Ausbau der Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN) sein.[216]

Eine ganz grundlegende und für die ökonomische und darüber hinaus die urbane Qualität Wiens entscheidende Umorientierung dürfte sich freilich innerhalb der Stadt selber abspielen. Erst in jüngster Zeit, sicherlich mit angestoßen durch den immer heftigeren Städtewettbewerb, haben sich die Kontrahenten von der einseitigen Fixierung auf die naturwissenschaftliche *knowledge base* zu lösen begonnen und das wirtschaftliche Potential der *cultural economy* erkannt. Damit sind die im Postfordis-

mus enorm gewachsenen Möglichkeiten gemeint, durch kreative Produktion von differenzierten Zeichen, Symbolen, Images auf analog ausdifferenzierten Märkten zu reüssieren.[217] Es geht dabei um ein äußerst vielfältiges, sowohl in den Sekundär- wie auch in den Tertiärsektor reichendes Branchenspektrum – Mode, Graphisches Gewerbe, Printmedien und Verlagswesen, Design, Architektur, Werbung, darstellende und bildende Kunst, Film, Fernsehen, Musik, Software gehören dazu, die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Einigendes Merkmal ist der schöpferische Spielraum und dass er originell und marktfähig genutzt wird – darum der Überbegriff *creative industries*. Das überragende österreichische Zentrum dieses Wirtschaftsbereiches ist natürlich die Hauptstadt, Wien. Laut Arbeitsstättenzählung 2001 können ihm hier rund 120.000 Personen zugerechnet werden, und er wächst auch weiter mit überdurchschnittlichem Tempo. Ganz überwiegend handelt es sich dabei um kleine und kleinste Betriebe, denen von der Stadtverwaltung und der Wirtschaftskammer zur Verbesserung ihrer überregionalen Marktperfomance unter die Arme gegriffen werden soll.[218]

Ohne allzu viel Zutun der Stadtplanung ist mit dem Wachstum der unternehmensbezogenen Dienstleistungen bzw. der *creative industries* ein schon seit Jahrzehnten angestrebter Effekt eingetreten – die intensivere Durchmischung von Wohn- und Arbeitsstätten im dicht verbauten Gebiet. Wie jedes innovative Milieu sind diese Branchen stark an einen diversifizierten urbanen Kontext gebunden und tendieren zur Bildung lokalisierter Netzwerke. Aus vielen kleinen Elementen, die auf vielfältigen Austausch angewiesen sind, entsteht in einer von Unsicherheit geprägten ökonomischen Umwelt ein aus diversifizierter und häufig wiederholter Kommunikation evolvierendes Milieu, das von gemeinsamen Erfahrungen und geteiltem, aber nicht kodifiziertem Wissen, etwa um die Qualität von Produkten und Produzenten, um potentielle Abnehmer, um Verlässlichkeit von Kooperationspartnern, Zulieferern etc., geprägt ist.[219] Man fühlt sich an die *assembly line established across the streets and backyards* der vergangenen Jahrhundertwende erinnert. Und tatsächlich häufen sich in letzter Zeit die Befunde, dass es gerade die *creative industries* bzw. die unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind, die nun die Orte der ehemaligen Straßen- und Hinterhof-Ökonomie, die aufgegebenen Werkstätten und Geschäftslokale aber natürlich auch Wohnungen als ihren Standort wählen. Das betrifft vor allem den 6. und 7. Bezirk, die gewerbliche Kernzone des gründerzeitlichen Wien, und – vom 1. abgesehen – auch Bezirke mit ähnlichen historischen Strukturen, wie den 2. und den 4., sowie im gürtelnahen Bereich der Außenbezirke den 17., 18. und 19. Die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen von 1991 und 2001 lassen hier eine deutlich höhere Konzentration einschlägiger Arbeitsplätze erkennen *(vgl. Figur 9)*.[220] Auch in der Zeit danach dürfte dieser Trend angehalten haben.[221] Ein Grund ist sicher, dass solche Arbeitsstätten vergleichsweise billig sind: »Alte Ideen können manchmal neue Gebäude verwenden. Neue Ideen müssen alte Gebäude verwenden«, wusste Jane Jacobs schon 1961.[222] Ein weiterer Grund ist aber zweifellos, dass die Urbanität des vom grün-

Figur 9: Beschäftigtenanteil netzwerkorientierter Dienstleistungsbranchen nach Gemeindebezirken 1991 und 2001



Quelle: Arbeitsstättenzählung 1991, 2001; Statistik Austria, ISIS-Datenbank

derzeitlichen Wien geschaffenen Stadtraums einer netzwerkartig funktionierenden Ökonomie besonders entgegenkommt. Die Ökonomie, von Fordismus und fordistischer Stadtplanung gleichsam aus dem Stadtraum ausgegrenzt, kehrt also wieder in ihn zurück, wenn auch in einem anderen, stadtverträglicheren Gewand. Sie schwenkt auf den schon einmal benützten Pfad ein, weil sie so funktioniert, wie auch Urbanität funktioniert[223] – vielfältig, mehrdimensional, engmaschig vernetzt und immer wieder aufgelöst und neu und anders geknüpft, kooperativ und zugleich konkurrierend, »gebundene« und »ungebundene« Dienste sowie Gewerbeprodukte austauschend, lokal und zugleich überregional. Ob damit ein neues Zeitalter der Wiener Wirtschaft anbricht und welches, darüber soll hier nicht spekuliert werden. Nur eines: Vielleicht könnte trotz aller mit dem Postfordismus verbundenen Individualisierungs- und Spaltungstendenzen eine derart funktionierende urbane Ökonomie, die so viele diverse Akteurinnen und Akteure im Stadtraum zusammenführt und aufeinander angewiesen sein lässt, die bedrohte soziale Kohärenz paradoxerweise doch auch wieder sichern helfen?

Anmerkungen

1 Vgl. zum Folgenden Bobek – Lichtenberger, Wien; Chaloupek – Eigner – Wagner (Hg.), Wien; Eigner – Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung, 9 ff.; Lichtenberger, Altstadt; Meissl, Arbeitsort; ders., Betriebsstättenverteilung; ders., Produktion; ders., Netzwerke; Historischer Atlas. Lfg. 1 ff.

2 Herrmann-Pillath, Evolutionsökonomik, 246 ff.

3 Vgl. Marshall, Principles, 222 ff.; Ders., Industry, 283 ff.

4 Läpple, Ökonomie, 203; vgl. auch Scott, Cultural Economy.

5 Goodman, Two Capitals, 7.

6 Banik-Schweitzer, Wien, 140 f.

7 Für eine systematische Formulierung des Transaktionskosten-Ansatzes mit zahlreichen historischen Beispielen vgl. Williamson, Economic Institutions.

8 Vgl. Ratzenböck u. a., Creative Industries; Scott, Cultural Economy, v.a. 30 ff.

9 Vgl. dazu für Europa Hohenberg – Lees, Urban Europe, 299; am amerikanischen Beispiel Jacobs, Death and Life; allgemein Dies., Economy; Moulaert – Scott – Farcy, Producer services, 98 f.; Scott, Cultural Economy; für eine eingehende ökonomische Ableitung Fujita – Thisse, Economics, 93 ff., 267 ff., 365 ff.; mit zahlreichen österreichischen Beispielen Maier – Tödtling, Regional- und Stadtökonomik; für Wien auch Arnold, Wiener Industrie.

10 Vgl. dazu Herrmann-Pillath, Evolutionsökonomik, 81 ff.; Mokyr, Gifts, 9 ff.; Thrift, Formations, 96 ff.

11 Vgl. dazu etwa Arthur, Increasing Returns; Magnusson – Ottosson, Evolutionary Economics; Fujita – Thisse, Economics; am Beispiel von London Ball – Sunderland, Economic History, 14 ff.

12 Vgl. dazu Läpple, Ökonomie, 203 ff.

13 Gewerbliche Betriebszählung 1930, Österreich; Gewerbliche Betriebszählung 1930, Wien. Die Zählung erfasste die nichtlandwirtschaftliche Urproduktion und den Verarbeitungssektor vollständig, die Dienstleistungen jedoch nur sehr lückenhaft. Da der Öffentliche Dienst nicht mit einbezogen wurde, fehlen das Unterrichts- und Forschungswesen sowie die Gebietskörperschaften und Interessenvertretungen, weiters der überwiegende Teil des Verkehrs- und Nachrichtenwesens und des Gesundheits- und Fürsorgewesens.

Zur besseren Vergleichbarkeit mit den späteren Zählungen wurden die Ergebnisse nach der Betriebssystematik von 1968 umstrukturiert, vgl. dazu etwa Arbeitsstättenzählung 1973 Österreich, 473 ff. Um die Übersichtlichkeit der Tabellen zu verbessern, wurden die einzelnen Wirtschaftsklassen zum Teil in größeren Gruppen zusammengefasst. Das dabei mit Druckerei und Vervielfältigung in einer Gruppe vereinigte Verlagswesen wurde 1930 allerdings zum Handel gezählt und konnte von dort nicht herausgerechnet werden. Die nach der Branchenbezeichnung in Klammern gesetzten Zahlen geben die Ordnungsnummern der jeweils zusammengezogenen Wirtschaftsklassen der Betriebssystematik von 1968 wieder.

14 Die Definition und Klassenabgrenzung des Lokationsquotienten folgt dem Konzept des »location quotient« für London bei Ball – Sunderland, Economic History, 74 ff., modifiziert nach Mayerhofer, Wien, 435 f. Die Berechnung erfolgt nach der Formel LQ = (WkW:∑W):(WkÖ:∑Ö) x 100, mit WkW = Beschäftigte der Wirtschaftsklasse in Wien, ∑W = Summe der Beschäftigten der Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen in Wien, WkÖ = Beschäftigte der Wirtschaftsklasse in ganz Österreich, ∑Ö = Summe der Beschäftigten der Wirtschaftsabteilungen Verarbeitendes Gewerbe, Industrie, Bauwesen in ganz Österreich.

15 Betriebszählung 1930, 55 f. Die Zuordnung folgt der Systematik dieser Zählung, da auf Bezirksebene eine Umrechnung nach der Betriebssystematik von 1968 nicht möglich ist.

16 Bei den Unselbstständigen sind 1930 auch die mithelfenden Familienangehörigen mitgezählt, die später den Selbstständigen zugerechnet wurden. Diese Abweichung musste aber in Kauf genommen werden, da sonst die Anpassung an die Branchenstruktur der Betriebssystematik von 1968 nicht möglich gewesen wäre.

17 Vgl. Botz, Wien, 328 ff., Eigner – Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung, 11 f.

18 Weber, Wiederaufbau, 71 ff.

19 Eigner – Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung, 11 f.; Fischer, Kriegszerstörungen, 59 ff.; Ziak, Wiedergeburt, 7 ff.

20 Burg, Arbeit, 33.

21 Stern, Österreich, 9.

22 Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 19 (1946), 216 ff. Die Statistik beruht auf einer allerdings noch recht lückenhaften Erhebung der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Unter den nicht produzierenden Betrieben waren noch mit dem Wiederaufbau befasste und mit weniger als sechs Beschäftigten produzierende zusammengefasst. Vgl. auch Butschek, Österreichische Wirtschaft, 69.

23 Eder, Privater Konsum, 212 ff.; Hornung – Sturm, Stadtleben, 54 ff.

24 Vgl. etwa Ausch, Licht, 97 ff.; Bobek – Lichtenberger, Wien, 165 ff.; Rauchensteiner, Sonderfall, 75 ff.; Steiner, USIA-Betriebe, 206 ff.; Stiefel, Coca-Cola, 114 ff.

25 Mathis, Big Business, 281.

26 Ebd., 153.

27 Ebd., 344.

28 Vgl. Ausch, Wien, 118 f.; Butschek, Österreichische Wirtschaft, 84 ff.; Stiefel, Coca-Cola, 122 ff.; Weber, Wiederaufbau, 76 ff.

29 Butschek, Statistische Reihen, Übersicht 5.1.

30 Vgl. dazu etwa Bobek – Lichtenberger, Wien, 293, 319 f., 332; Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 82 ff.

31 Vgl. dazu Ball – Sunderland, Economic History, 77, wo analoge Überlegungen zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen London und dem restlichen England angestellt werden.

32 So immerhin Ausch, Wien, 118, obwohl auch er zugleich die Verringerung der industriellen Kapazität und die Verzögerung des wirtschaftlichen Aufstieg Wiens beklagte.

33 Die neue Grenzziehung bedeutete allerdings eine Erweiterung des Stadtgebiets gegenüber dem vor der Erweiterung von 1938. In Bezug auf Betriebe des Sekundär- und Tertiärsektors ist vor allem die Einbezie-

hung des industriereichen südlichen und südwestlichen Umlandes mit Orten wie Inzersdorf, Atzgersdorf oder Liesing relevant, vgl. dazu etwa die Kartenbeilage Territoriale Veränderungen im Raum Wien 1938 – 1954, in: Csendes – Opll, Stadt Wien.

34 Betriebszählung 1954. Wieder ist der Tertiärsektor stark unterrepräsentiert – die Gebietskörperschaften, Interessenvertretungen, Sozialversicherungen sowie das öffentliche Gesundheits- und Unterrichtswesen wurden nicht erfasst, ebenso die freien Berufe. Von den öffentlichen Betrieben wurden nur die im Bereich des Produktionssektors tätigen – mit Ausnahme der Elektrizitätswirtschaft – sowie Dienstleistungsunternehmungen wie Bahn oder Post aufgenommen. Da auch örtlich getrennte Arbeitsstätten bei gemeinsamer Kostenrechnung als ein Betrieb auszuweisen waren, wurden z. B. Bahn und Post als jeweils ein in Wien befindlicher Betrieb behandelt. Von der Zählung ausgenommen blieben auch die USIA-Betriebe, was in Wien Großbetriebe vor allem der Maschinen-, Elektro- und Fahrzeugindustrie mit zusammen über 10.000 Beschäftigten betraf. Die zum Gesundheitswesen gezählten Apotheken konnten nicht herausgerechnet und – wie in der Betriebssystematik 1968 – dem Handel zugezählt werden.

35 Siehe dazu die vorige Anmerkung.

36 Vgl. Klenner, Herbst, 53 ff.; Mulley, ÖGB, 41 ff.; Rauchensteiner, Sonderfall, 288 ff.; Tálos – Kittel, Sozialpartnerschaft, 117; für die zeitgenössische Sicht vgl. etwa Ausch, Licht, 64, oder Klenner, Schicksalstage.

37 Vgl. Butschek, Österreichische Wirtschaft, 109 ff.; Ders., Statistische Reihen; Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 29; Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung, 74.

38 Eder, Privater Konsum, 217 ff.; Stern, Österreich.

39 Eigner – Matis – Resch, Sozialer Wohnbau, 71 ff.; Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung.

40 Vgl. Ausch, Wien, 122 ff.; Stimmer, Wien 2000, 223.

41 Vgl. dazu Banik-Schweitzer – Blau, Urban Form, 8.

42 Krebs, Wohnungen, 185 f.; vgl. auch Novy, Zukunft, 225 ff.; Korzendörfer, Stadtplanung, 441 ff., Mattl, Wien, 134 ff.

43 Vgl. Banik-Schweitzer, Wien, 141 ff.; siehe auch Dies., Anlage, 33 f.

44 Novy, Zukunft, 226.

45 Ebd., 229.

46 Brunner, Ein Jahr Stadtplanung, 500 ff. (Hervorhebung im Original); vgl. dazu auch Korzendörfer, Stadtplanung, 444.

47 Pangratz, Beziehung, 264 ff.

48 Brunner, Stadtplanung, 8 f., 55 ff., Zitate 58. Vgl. auch Bobek – Lichtenberger, Wien, 343 ff.

49 Stiglbauer, Landwohnung, 238 f.

50 Vgl. dazu etwa Boyer, Regulation; Maier – Tödtling, Regional- und Stadtökonomik, 2, 151 ff.; Novy, Umbrüche, 54; Piore – Sabel, Ende, 28 ff.; Sieder – Steinert – Tálos, Wirtschaft, 9 ff.

51 Vgl. etwa Hollingsworth – Boyer, Contemporary Capitalism; Storper, Regional World.

52 Tálos – Kittel, Sozialpartnerschaft, 119.

53 Vgl. Banik-Schweitzer, Wien, 141 ff.; Ipsen, Raumbilder, 20 ff.; Kostof, City Shaped, 153 ff.; Lefebvre, Production; Maderthaner, Mangelökonomie; Strubelt, Stadtentwicklung, 227 f.

54 Vgl. Mathis, Big Business; Rauchensteiner, Sonderfall; Steiner, USIA-Betriebe, 214 ff.

55 Butschek, Statistische Reihen, Übersicht 3.3; Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 24; Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung, 74.

56 Vgl. Seidel – Butschek – Kausel, Regionale Dynamik, 59 ff.

57 Butschek, Statistische Reihen, Übersicht 2.1, 5.1; Zeitreihen Wirtschaft, 8; Zeitreihen Bevölkerung, 9.

58 Als Erwerbstätige wurden die laut Volkszählung 1961 Berufstätigen angenommen *(vgl. Tabelle 9, oben S. 668).*

59 Da die Berechnung eines regional differenzierten Deflators nach wie vor methodisch nicht befriedigend gelöst ist, wurde auch das Wiener BUP mit dem Preisindex des BIP deflationiert.

60 Vgl. zum Folgenden Weigl, Einkommensentwicklung, 155 ff.
61 Vgl. zum Folgenden die materialreiche Darstellung bei Eder, Privater Konsum, 224 ff.
62 Eigner – Matis – Resch, Sozialer Wohnbau, 75 f.
63 Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 27.
64 Vgl. Krämer-Badoni – Kuhm, Mobilität.
65 Vgl. Fourastié, Hoffnung.
66 Vgl. Häussermann – Siebel, Dienstleistungsgesellschaften.
67 Betriebsstätten Österreich 1964; Betriebsstätten Wien 1964. Wie schon bei der Betriebszählung von 1954, fehlen auch hier wieder die öffentliche Elektrizitätsversorgung sowie im Dienstleistungssektor neben der Hoheitsverwaltung die öffentlichen Gesundheits-, Fürsorge- und Bildungseinrichtungen sowie die freien Berufe. Die Angleichung an die Betriebssystematik von 1968 war aber ziemlich durchgehend möglich. Die der Land- und Forstwirtschaft zugezählten Betriebe und ihre Beschäftigten wurden nicht in die Tabelle aufgenommen. Da die Erhebungseinheit einerseits die »örtliche Einheit«, andererseits die »einheitliche, technisch-organisierte Wirtschaftstätigkeit« war, waren verschiedene Wirtschaftstätigkeiten, auch wenn sie vom selben Berechtigten auf einem Grundstück ausgeübt wurden, getrennt zu erfassen.
68 Wegen der 1954 in Wien zentralisierten Zählung von Post und Bahn ist die Vergleichbarkeit beim Verkehrswesen nicht gegeben.
69 Vgl. Weigl, Längerfristige Trends, 129 ff.
70 Vgl. Eder, Privater Konsum, 231 f.
71 Siehe dazu oben Anm. 67. Auch zwischen der hier nicht behandelten, in der Erhebungssystematik leicht abweichenden Betriebsaufnahme von 1959 und der Betriebszählung von 1964 nahm bei starkem Rückgang der Gesamtzahl der sekundären Betriebe von 31.307 auf 26.643 die Zahl der Betriebe mit 100 bis 999 unselbständig Beschäftigten von 551 auf 563 noch zu und die der mit 1.000 und mehr unselbständig Beschäftigten blieb gleich, vgl. Meissl, Arbeitsort, 19 ff.
72 Die Mehrzahl der Betriebe des 22. Bezirks befand sich in dem Teil, der vor 1938 noch zum 21. gehört hatte. Die starke Zunahme des 1. Bezirks erscheint zudem teilweise zählungsbedingt zustande gekommen zu sein, indem z. B. Änderungsabteilungen von Bekleidungsgeschäften als gesonderte Erzeugungsbetriebe ausgewiesen worden sein könnten (vgl. auch Anm. 67). Die 9.671 hier im Bauwesen Beschäftigten waren auf die Standorte von Firmenzentralen zurückzuführen, und dasselbe dürfte für einen elektrotechnischen Betrieb mit über 1.000 Beschäftigten gelten. Vgl. Betriebsstätten Wien 1964.
73 Vgl. zum Folgenden allgemein Weigl, Unbegrenzte Großstadt.
74 Vgl. Berufspendelwanderung; Zeitreihen Wirtschaft, 26.
75 Payer, Gehen Sie, 2; John – Lichtblau, Schmelztiegel Wien, 83.
76 Weigl – Ritter, Zeitreihen Bevölkerung, 11.
77 Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 26.
78 Vgl. etwa Békési, Befahrbare Stadt, 24.
79 Der Aufbau 11 (1956), 45 ff.
80 Der Aufbau 13 (1958), 1.
81 Rainer, Grundkonzept, 313 ff., Zit. auf S. 313; vgl. auch Der Aufbau 17 (1962), 3 ff.
82 Rainer, Grundkonzept, 314.
83 Vgl. Der Aufbau 20 (1965), 269 ff.
84 Conditt, Stadterweiterung, 454.
85 Ebd., 451.
86 Banik-Schweitzer, Wien wie es wurde, 27.
87 Vgl. Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 47 f.; Kurz, Nahverkehrsplanung, 260 f.
88 Banik-Schweitzer – Redl – Wünschmann, Warten, 65 ff.
89 Satzinger – Vymetal, Wien, 16.
90 Der Aufbau 16 (1961), 37 ff.

91 Conditt, Stadtplanung, 40; zur Kritik an der Exportbasis-Theorie vgl. Läpple, Ökonomie, 199 ff.
92 Ebd., 40 ff.
93 Der Aufbau 16 (1961), 334.
94 Der Aufbau 16 (1961), 44 ff., 55 f.
95 Ebd., 61 ff.
96 Der Aufbau 20 (1965), 269.
97 Jacobs, Death and Life, 189 ff. Übersetzung G.M. unter Verwendung der deutschen Übersetzung von 1963, die aber mangelhaft und zudem nicht vollständig ist.
98 Ausch, Wien, 119 f.
99 Schnedlitz, Kaufleute, 37.
100 Die Publikationen der Betriebszählungen von 1930 und 1954 weisen Groß- und Einzelhandel nicht gesondert aus, und die Ergebnisse der nach der ÖNACE 1995 (siehe dazu unten, S. 717) strukturierten Arbeitsstättenzählung 2001 konnten nicht an die in Tabelle 12 vorgenommene Definition des Lebensmittel-Einzelhandels angepasst werden.
101 Meissl, Arbeitsort, 26.
102 Vgl. dazu etwa Piore – Sabel, Ende, 185 ff.; Lutz, Traum.
103 Vgl. zum Folgenden Mathis, Big Business.
104 Freytag, Wiener Wirtschaft, 240.
105 Skopalik, Wiener Wirtschaft, 72 ff.
106 Magistrat, Leitlinien.
107 Ebd., I.
108 Ebd., III ff. (Zit. auf S. III).
109 Vgl. dazu allerdings oben Anm. 59.
110 Magistrat, Leitlinien, X ff.
111 Ebd., X.
112 Ebd., VII.
113 Vgl. auch Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung, 73.
114 Arbeitsstättenzählung Österreich 1973, 9.
115 Allerdings sind die hier vorgelegten Daten teilweise ziemlich problematisch. So sind bei den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen (Kammern) für ganz Österreich 34.069 Beschäftigte ausgewiesen, davon aber allein 24.976 in Wien, und zudem sind alle 17 Arbeitsstätten mit 1.000 und mehr unselbstständig Beschäftigten Wien zugeordnet. Von der Arbeitsstättenzählung 1981 werden bei den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen dann nur mehr 8.068 Beschäftigte für Österreich und 3.379 für Wien ausgewiesen. Vgl. Arbeitsstättenzählung Österreich 1973, 341, 378; Arbeitsstättenzählung Österreich 1981, 41, 367.
116 Siehe dazu oben bei Anm. 114 und 115.
117 Vgl. dazu auch Fischer-Kowalski, Sozialer Wandel, 202 ff.
118 Vgl. dazu auch ebd., 208 ff.
119 Arbeitsstättenzählung Österreich 1973, vgl. auch Meissl, Arbeitsort, 24 ff.
120 Butschek, Österreichische Wirtschaft, 128 ff.; Ders., Statistische Reihen, Übersicht 5.1.
121 Vgl. dazu und zum Folgenden Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 8 f.; Butschek, Statistische Reihen, Übersicht 5.1, Übersicht 8.1.
122 Skopalik, Wiener Wirtschaft, 73.
123 Freytag, Wiener Wirtschaft, 249; vgl. auch Mesch, Beschäftigungsentwicklung; Keil – Schneidewind, Wirtschaft, 33 ff.; Kaniak – Keil, Probleme, 181; Aufbau 32 (1978), 189 ff.
124 Vgl. etwa Kaniak – Keil, Probleme, 181; Mayerhofer, Wien, 44.
125 Vgl. Butschek, Österreichische Wirtschaft, 146.
126 Aufbau 26 (1971), 25 ff., Zit. auf S. 26.

127 Aufbau 27 (1972), 15 ff.
128 Aufbau 28 (1973), 17 ff., Zit. auf S. 19.
129 Aufbau 28 (1973), 309 ff., vgl. auch Aufbau 29 (1974), 215 ff.
130 Aufbau 28 (1973), 314.
131 Kotyza, Aspekte der Stadtentwicklung, 248.
132 Aufbau 28 (1973), 315 ff., Zit. 326; vgl. speziell auch Aufbau 29 (1974), 222 ff.
133 Vgl. dazu etwa Friedrichs, Städte; Häussermann – Siebel, Urbanität; Moulaert – Scott, Cities; Piore – Sabel, Ende.
134 Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung, 74 ff.; Butschek, Statistische Reihen, 3.3; Ders., Österreichische Wirtschaft, 156 ff.
135 Butschek, Statistische Reihen, 5.1; Ders., Österreichische Wirtschaft, 197; Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 8; Weigl – Ritter, Zeitreihen Bevölkerung, 24.
136 Vgl. Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 26.
137 Mayr, Wirtschaftsstandort Wien, 303 ff. (Zit. auf S. 303).
138 Zum Konzept der »transactional city« von Gottmann vgl. Moulaert – Scott – Farcy, Producer services, 100.
139 Vgl. dazu auch Aufbau 39 (1984), 63 ff.
140 Mayr, Wirtschaftsstandort Wien, 305; vgl. auch Pillmeier, Betriebsansiedlung.
141 Nussgruber, Wirtschaftsförderung, 306.
142 Ebd.
143 Wolfgring, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.
144 Filz, Erfahrungen; Hansely, Identifikation.
145 Breit, Funktionen des Handels.
146 Moser, Einfluß des Handels, 185.
147 Arbeitsstättenzählung Österreich 1973, 66 ff.; Arbeitsstättenzählung Österreich 1981, 350 ff.
148 Vgl. dazu Näheres im nächsten Abschnitt.
149 Vgl. Ratzenböck u. a., Creative Industries, 122 ff.
150 Vgl. dazu etwa Mathis, Big Business, 101 f., 168, 226 f., 263 f.; allgemein vgl. Mesch, Beschäftigungsentwicklung.
151 Die auf Grund der Volkszählung 1981 errechnete Arbeitsbevölkerung von Wien ergibt mit 800.572 einen um über 90.000 höheren Wert als die gleichzeitige Arbeitsstättenzählung, vgl. Magistrat, Wiener Arbeitsstätten 1981, X ff.
152 Zu berücksichtigen ist allerdings auch die 1973 sicher überhöhte Zahl der bei den Interessenvertretungen in Wien Beschäftigten, vgl. oben Anm. 115.
153 Vgl. Weigl, Zeitreihen Wirtschaft, 20.
154 Vgl. oben S. 694 f.
155 Vgl. dazu auch Weigl – Ritter, Zeitreihen Bevölkerung, 11.
156 Vgl. dazu auch Binder, Räumliche Entwicklung.
157 Vgl. zum Folgenden allgemein Korzendörfer, Stadtplanung, 449 ff.
158 Vgl. dazu Aufbau 36 (1981), 1 ff.; Békési, Befahrbare Stadt; Satzinger – Vimetal, Wien, 19 ff.
159 Weigl, Zeitreihen Ökologie, 26.
160 Vgl. Aufbau 32 (1977), 245 ff.; 33 (1979), 227 ff.
161 Vgl. Aufbau 36 (1981), 249 ff.; 38 (1983), 257 ff.
162 Vgl. Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 59.
163 Skopalik, Stadtentwicklungsplanung, 45.
164 Stadtentwicklungsplan 1984.
165 Ebd., 21.
166 Ebd., 24.

167 Ebd., 11 f.
168 Ebd., 12, 112 f.
169 Ebd., 33 f. Vgl. auch 111.
170 Zit. nach Kos, Wien, 312.
171 Swietly, Tourismus, 67 f.
172 Weigl, Längerfristige Trends, 142.
173 Butschek, Statistische Reihen, Übersicht 5.1; Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung, 75 ff.
174 Weigl, Einkommensentwicklung, 163 ff.
175 Eder, Privater Konsum, 245 ff.
176 Eigner – Matis – Resch, Sozialer Wohnbau, 85 ff.; Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 64 f.
177 Vgl. dazu etwa Friedrichs, Gentrification.
178 Stadtentwicklungssymposium.
179 Häussermann – Siebel, Urbanität.
180 Stadtentwicklungssymposium, Referat von Jürgen Friedrichs, 3.
181 Ebd., Referat von Helfried Bauer, 91 f., vgl. auch 13 ff. Siehe ferner Clement, Tertiärisierung, sowie Fehr-Duda, Dienstleistungen.
182 Stadtentwicklungssymposium, Referat von Ilan Knapp, 93 ff.
183 Ebd., 220 f.; ferner 233; vgl. dazu auch Powell, Markt.
184 Zur Definition des Lokationsquotienten siehe oben bei Anm. 14.
185 Vgl. zum Folgenden Mayerhofer, Regionale Effekte. Das Konzept der »gebundenen« und »ungebundenen« Dienstleistungen übernimmt Mayerhofer von Jagdish Bhagwati.
186 Vgl. dazu auch Fujita – Thisse, Economics, 169 ff.; Moulaert – Scott – Farcy, Producer services; Scott – Agnew – Soja – Storper, Global City-Regions.
187 Mayerhofer, Wiens Tertiärsektor; vgl. dazu auch Fehr-Duda, Dienstleistungen.
188 Stadtentwicklungssymposium, 240 ff.
189 Arbeitsstättenzählung Wien 1981, 40 ff.; Arbeitsstättenzählung Wien 1991, 38 ff.
190 Vgl. zum Folgenden Dicken, Global Shift; Scott – Agnew – Soja – Storper, Global City-Regions; Moulaert – Scott, Cities; Mayerhofer, Wien in einer Union der 25; Mayerhofer, Wien in der Städtekonkurrenz.
191 Vgl. NACE.
192 Zur leichteren Unterscheidbarkeit sind bei Vergleichen mehrerer Zählungen die Auswertungen nach der Betriebssystematik 1968 mit 1991a und die nach der ÖNACE 1995 mit 1991b gekennzeichnet. Wieder wurden zur besseren Übersichtlichkeit teilweise mehrere ÖNACE-Abteilungen zu einer Branchengruppe zusammengefasst. Die nach der Branchenbezeichnung in Klammern gesetzten Zahlen geben die Ordnungsnummern der jeweils zusammengezogenen Abteilungen der ÖNACE 1995 wieder.
193 Vgl. dazu etwa die Nummern der Perspektiven (früher: Der Aufbau) 45 (3/1990), 45 (4–5/1990), 46 (1/1991).
194 Vgl. Perspektiven (früher: Der Aufbau) 46 (8–9/1991); zur aktuellen Situation vgl. ebd. 57 (3–4/2002).
195 Brücken; Donau[t]raum.
196 Donau[t]raum, 25 f.
197 Czeike, Historisches Lexikon 5, 550.
198 Vgl. zum Folgenden Magistrat (Hg.), Stadtentwicklungsplan 1994.
199 Ebd., 94 f.
200 Eigner – Resch, Wirtschaftliche Entwicklung, 61 f.
201 Weigl, Unbegrenzte Großstadt, 154.
202 Magistrat (Hg.), Stadtentwicklungsplan 1994, 219.
203 Ebd., 220 ff.
204 Ebd., 227 ff.

205 MAYERHOFER, Wien in einer Union der 25, 305.
206 Ebd., 287 ff.
207 MAYERHOFER, Wien in der Städtekonkurrenz, 426 f.
208 WÖRISTER, Geringfügige Beschäftigung.
209 Bei der auf Grund der Volkszählungsergebnisse 1991 und 2001 ermittelten Arbeitsbevölkerung (Zahl der Beschäftigten am Arbeitsort) ergibt sich sogar ein leichter Rückgang von 842.412 auf 825.625, vgl. Stadtentwicklungsplan 2005, 145 f.
210 Dies unter der Annahme, dass sich die Erfassungsdifferenzen räumlich ungefähr gleich verteilen.
211 Vgl. zum Folgenden auch Stadtplanung Wien (Hg.), Strategieplan Wien 2000 Projekte, 20 ff.
212 Vgl. TECH GATE VIENNA.
213 LISA VIENNA REGION, Life Science.
214 Stadtentwicklungsplan 2005, 163 ff.
215 Ebd., 116 ff.
216 Vgl. STADTENTWICKLUNG WIEN (Hg.), Masterplan Verkehr, 15 ff.
217 SCOTT, Cultural Economy, 1 ff.
218 Vgl. RATZENBÖCK u. a., Creative Industries, 11 ff.
219 Vgl. SCOTT, Cultural Economy, 9 ff.; SCOTT – AGNEW – SOJA – STORPER, Global City-Regions, 15 ff.; KRÄTKE, Medienstadt, 37 ff.; JANSEN – SCHLEISSING (Hg.), Konkurrenz.
220 Der herausragende Anteil von Kultur, Sport, Unterhaltung im 13. Bezirk ist auf das dort gelegene ORF-Zentrum zurückzuführen.
221 Vgl. MEISSL, Schottenfeld, 204 ff.; Stadtentwicklungsplan 2005, 152 ff.; BANIK-SCHWEITZER, Wien; Die Presse vom 5.2.2005; Der Standard vom 29.5.2004 und vom 17.11.2004; für vergleichbare Entwicklungen in London vgl. DAUNTON, Industry, 6 f.; vgl. auch SCHLAMP, Vernetzte Produktion, 70 ff.
222 JACOBS, Death and Life, 244, Übersetzung G.M.
223 Im Sinne von Läpples »Ökonomie der Stadt«, LÄPPLE, Ökonomie, 203 ff.

Ist Wien anders?[1]

Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945

In jenen Tagen noch nicht verstummten kakophonischen Lärms des Krieges hatte die eben erst befreite Stadt nach ihrem halbverschütteten Saitenspiel gegriffen, um ihrer Sendung gerecht zu werden. Es kam aus dem tiefsten Kerker der Feuerwehr am Tiefen Graben und verwandelte sich nach einigem Aufatmen flugs in das Orchester der Wiener Philharmoniker. Als wären – allen Brandbomben zum Trotz – in der Wiener Luft tatsächlich die viel zitierten Geigen parat gehangen, griff man nach den Instrumenten und gab am 27. April 1945 im Großen Konzerthaussaal das erste »philharmonische« Konzert.

Auf dem Programm des Festkonzertes stand die »Unvollendete« von Franz Schubert, Beethovens 3. Leonoren-Ouvertüre und Tschaikowskys 5. Symphonie und das »viele Moll, die kaum überstandenen Schrecken spiegelnd, kehrte sich in eine Jubelbotschaft um«.[2]

So beschrieb Lothar Knessel im Jubiläumsband »Wiedergeburt einer Weltstadt. Wien 1945–1965« den Beginn des kulturellen Lebens der Stadt nach Kriegsende. Mit dem Philharmonikerkonzert wurde allerdings der Neuanfang so inszeniert, als ob zwischen 1938 und 1945 nichts geschehen wäre. Mit dem Dirigenten Clemens Krauss stand ein Mann auf dem Podium, der nicht einfach nur als »Mitläufer« agiert, sondern 1939 anlässlich der »Erhebung« des Mozarteums zur »Reichshochschule« erklärt hatte, dass Hitler ein großer Meister und Künstler sei; und der während der Nazidiktatur nicht nur Direktor der neuen Reichshochschule und der Salzburger Festspiele gewesen war, sondern auch Intendant der Bayerischen Staatsoper. Diese besonderen personellen Umstände interessierten jedoch im April 1945 angesichts einer zerbombten Stadt, dem Hunger und dem allgegenwärtigen Elend der Überlebenden wenig, vielmehr ging es darum, mittels einer Ikone der bürgerlichen Kultur einen Neubeginn zu setzen. Daher wurde es als ein besonderes Glück angesehen, »in unserer Stadt einen Klangkörper zu besitzen, dessen Quintessenz gerade Österreichs musikalische Seele ist. In der Vereinigung der Wiener Philharmoniker«, so schrieb Viktor Suchy zum Musikereignis des 27. April im »Neuen Österreich« weiter, »ist uns eines der berühmtesten Orchester der Welt geschenkt, in dieser fanatischen Musikergemeinschaft besitzen wir Treuhänder des Erhabenen und Schönen.« Inmitten der doppelten Ruinenlandschaft – der materiellen wie der geistigen – erinnert der Autor daran, dass die »braune Pest« zwar Leid und Bitterkeit und tausende Wunden über die Stadt gebracht habe, aber »uns auch in siebenjähriger Unterdrückung eines nicht rauben konnte, nämlich die österreichische Seele, die zutiefst in unserer geliebten Musik Gestalt geworden ist«.[3] Nirgendwo war die Rede davon, dass die jüdischen Mitglieder des Orchesters verschwunden bzw. ermordet worden waren, und nirgendwo war die Rede davon, dass Clemens Krauss nach

den Erhebungen der Wiener Nazibehörden klar »nationalsozialistisch eingestellt« war.[4] Erst Monate später wurde er mit einem zweijährigen Aufführungsverbot belegt, und obwohl 40 % der insgesamt 117 Mitglieder der Wiener Philharmoniker Parteigänger der NSDAP gewesen waren, wurden unter Verweis auf die hohe Fachkompetenz des Ensembles und mit Rückendeckung durch die Politik bloß 10 % der Mitglieder entlassen. Warum Musik zur Kompensation der Kriegserfahrung und des Untergangs der NS-Herrschaft für Wien und ganz Österreich so entscheidend wurde, hat man plausibel mit zwei Argumenten zu erklären versucht. Zum einen war Musik ein probates Mittel, um den zweimaligen Kollaps politischer Allmachtsphantasien (1918 und 1945) auszugleichen und im Wege einer regressiv-fantasiatischen Konstruktion eines Musiklandes Österreich bzw. einer Musikstadt Wien Land und Stadt als unschuldige, geschichtslose und »präödipale« Entitäten, geboren abseits aller realer Demütigungen und politischer Täterschaften, wiederherzustellen. Zum anderen konnte die Musik – vor allem in ihrer klassischen, operettenhaften und folkloristischen Variante – zur Verdrängung des »kakophonischen« Lärms des Krieges dienen und so »die tätige Amnesie des ›Wiederaufbaus‹ als radikales ›Ungeschehenmachen‹« befördern.[5]

Dass man mit einem musikalischen Glanzereignis die Wiederauferstehung Wiens und Österreichs feiern wollte, verwundert noch aus einem weiteren Grunde nicht, hatte doch der Krieg in seinen letzten Tagen und Wochen nicht nur dem profanen Stadtkörper schwere Schäden zugefügt, sondern auch seinen »heiligsten« kulturellen Institutionen. So war der Stephansdom einen Tag vor der Wiederbeflaggung des Rathauses mit der rotweißroten Fahne in Brand geschossen worden, sein Dachstuhl war eingestürzt und sein Hochturm schwer beschädigt, wobei die berühmte »Pummerin« in 20 Teile zerbrach. Die Oper und auch das Burgtheater waren schon vorher von Bomben getroffen worden, und selbst das Riesenrad, das Symbol der Wiener Vergnügungskultur seit 1900, war von den Kriegseinwirkungen nicht verschont geblieben. Wie sich Ernst Fischer erinnert, war die innere Stadt in den ersten Tagen des April 1945 noch eine brennende Kampfzone.

> *Qualm der Kärntner Straße, durch die wir schweigend gehen, Koplenig und ich, lodernder Stephansdom, an Häusern frisst sich das Feuer satt, speit Brocken aus, Mauerwerk und schwere Balken, Artillerie heult auf, von der Donau her, Gebell des aus der Stadt entweichenden Krieges (…), da und dort sammeln sich Menschen an, stieben auseinander, Hakenkreuze an den Wänden, Plakate werden abgerissen, flattern halbzerfetzt, und dort zwei Rotarmisten, nehmen einem verstörten Mann die Armbanduhr ab.*[6]

Als die Kampfhandlungen Mitte April, nachdem die SS-Truppen die Donauufer geräumt hatten, dem Ende zugingen, herrschte völliges Chaos. Kriegsflüchtlinge sowie obdachlos gewordene Familien suchten verzweifelt nach Unterkunft.[7]

Ähnlich wie das Alltagsleben war auch das kulturelle Leben der Stadt zum völligen Stillstand gekommen. Die »Stunde Null«, wie die Zeit unmittelbar nach der Nazibar-

barei euphemistisch genannt wurde, war nicht nur dem geistigen Vakuum anzulasten, das die Machthaber durch Verbote, Zensur, Gleichschaltung und gezielte Verarmung des intellektuellen Potentials hinterlassen hatten, sondern auch dem Holocaust. Durch den Massengenozid war der Schlüsselakteur des kulturellen Lebens der Vorkriegszeit, das Wiener Judentum, fast völlig ausgelöscht bzw. in die Emigration getrieben worden. Inmitten dieser universellen Ruinenlandschaft beginnen die kulturellen Institutionen jedoch rasch mit einem behelfsmäßigen Programm. Am 24. April erlässt Karl Renner, Staatskanzler der provisorischen Regierung, nicht nur die Proklamation zur Wiederherstellung der Republik Österreich, an diesem Tag nimmt auch als erstes Wiener Kino das Apollo mit dem Film »Iwan der Vierte« seinen Betrieb wieder auf. Ein eingeschränkter Sendebetrieb des österreichischen Rundfunks (RAVAG) startet am 29. April, am 30. April gibt das Burgtheater im Ronacher seine erste Vorstellung mit Grillparzers »Sappho«, und das Raimundtheater spielt das »Dreimäderlhaus«. Am 1. Mai eröffnet die Staatsoper mit Mozarts »Figaros Hochzeit« im Theater an der Wien, Dirigent ist der unter den Nazis als »U-Boot« überlebende Josef Krips, und am gleichen Tag wird auch das Theater in der Josefstadt mit dem Publikumshit »Hofrat Geiger« wiedereröffnet. Später im Mai folgen das Volkstheater mit »Die Katakomben« (G. Davis) und das Akademietheater mit Ibsens »Hedda Gabler«. Selbst an der schwer in Mitleidenschaft gezogenen Universität Wien werden am 29. Mai wieder Vorlesungen gehalten, und am 9. Juni wird dort die erste Promotion nach dem Kriege vorgenommen.

»Wo uns die Träume eines Irren unterbrochen haben«

Die kulturpolitische Situation nach Kriegsende stellt sich rückblickend mehr als ambivalent dar. Zum einen kommt es, wie angedeutet, zu den raschen Theater- und Konzerthauseröffnungen, zum anderen wurde die kritische Auseinandersetzung mit der Erbschaft von Krieg und Diktatur sehr bald von konservativen Restaurationsbestrebungen überformt, die weniger das Unfassbare des Massenmords zum Gegenstand machten als vielmehr auf der Basis der von den Alliierten bereits 1943 festgestellten Rolle Österreichs dessen ideologische Positionierung als erstes Opfer des Nationalsozialismus zum Ziel hatten. Die Nazijahre wurden aus dem Diskurs ausgeblendet, die Rückschau galt dem patriotischen Österreich des Ständestaates, und die Argumentationsfiguren kamen aus dem kulturellen Preziosenschrank der k. und k. Monarchie. Fast prophetisch formuliert Alexander Lernet-Holenia im August 1945 sein Credo, wonach Österreich sich nur seiner besseren Traditionen besinne müsse, um wieder zu sich zu kommen:

In der Tat brauchen wir nur dort fortzusetzen, wo uns die Träume eines Irren unterbrochen haben, in der Tat brauchen wir nicht voraus-, sondern nur zurückzublicken. Um es vollkommen klar zu sagen: wir haben es nicht nötig, mit der Zukunft zu kokettieren und nebulose Projekte zu machen, wir sind,

im besten und wertvollsten Verstande, unsere Vergangenheit, wir haben uns nur zu besinnen, dass wir unsere Vergangenheit sind – und sie wird unsere Zukunft werden. Auch das Ausland wird kein eigentlich neues, es wird, im Grunde, das alte Österreich von uns erwarten, wiederum den Staat also, der, mag er inzwischen auch noch so klein geworden und mit dem Weltreiche von einst dimensionär gar nicht zu vergleichen sein, das Prinzip der Nationalität zugunsten seiner Kultur, seiner Lebensart und seiner politischen Tradition längst aufgehoben hatte und wiederum aufheben wird.[8]

Lernet-Holenias Plädoyer für die Tradition ist als eine Paraphrase auf die damaligen Bestrebungen der politischen Eliten zu verstehen, das Nationale, das als gefährlich und antagonistisch gedacht wurde, zu Gunsten einer Kulturbestimmung des »Österreichischen« aufzuheben und sich dieserart nicht nur von der Täterrolle in der NS-Zeit zu distanzieren, sondern auch das parteipolitische Schisma der Zwischenkriegszeit zu Gunsten einer Konsenspolitik zu überdecken. Die wiedererstandene Nation, die als gemeinsam zu bauendes »Haus des neuen Österreichs« (Theodor Körner) verstanden wurde, sollte so kulturell überhöht, im Symbolischen antifaschistisch angelegt und auf eine Zukunftsvision eingeschworen werden, deren Gegenwart sich vor dem Hintergrund einer als glorreich und politisch untadelig verstandenen Vergangenheit entfaltet.

Diese Doppelcodierung des kulturellen Lebens in Wien kurz nach Kriegsende ist freilich nicht nur einem symbolischen Rückgriff auf eine verklärte Zeit des Besseren zu verdanken, sondern hängt eng mit den lebensweltlichen Rahmenbedingungen zusammen. Es gab nicht nur keine ausreichende Nahrungsversorgung,[9] Unterernährung war weit verbreitet, und in der durch vier Mächte besetzten Stadt herrschte auch ein Zustand der Rechtsunsicherheit. Die russische Besatzungsarmee requirierte alle verfügbaren Ressourcen und installierte einen Staat im Staat (USIA). Links wie rechts stehende Politiker der ersten Stunde bemühten sich nicht nur um mehr Legalität gegenüber der herrschenden Anarchie und Willkürlichkeit, sondern auch um eine möglichst wirksame Mischung von Demokratie und Österreichpatriotismus, die vor den Übergriffen der Besatzungsmächte schützen und realpolitisch zu einer möglichst scharfen Abgrenzung gegenüber Deutschland beitragen konnte. Kulturpolitisch hieß dies eine defensive Haltung einzunehmen, alte Infrastrukturen wiederherzustellen, auf Bewährtes zu setzen und Experimente allenfalls nur in Nischen zuzulassen. Zudem befand sich Wien nach wie vor in einer isolierten Lage – nicht nur von den Bundesländern, sondern auch vom westlichen Ausland abgetrennt. Für breite Bevölkerungsschichten war angesichts von Tod, Elend, Arbeitslosigkeit, Hunger und zerstörten Stadtlandschaften nicht »Kultur« als solche ein Bedürfnis, sondern sie suchten Unterhaltung und Ablenkung. Die Wiener Eisrevue, die am 2. Jänner 1946 mehreren tausend Zuschauern das »Wintermärchen« unter der Leitung bzw. in der Choreographie von Willi und Edith Petter darbot, entsprach eher der Stimmungslage vieler Wienerinnen und Wiener als anspruchsvolle Veranstaltungen, die dem Gedenken der Opfer des NS-Regimes gewidmet waren.

Auch wenn sich nach Kriegsende sehr rasch die überkommene Hierarchie von Musik und Theater wieder etablierte und diese Bereiche später in den Rang österreichischer Staatskunst und Staatskultur erhoben wurden, so geschah doch in anderen Bereichen der Kunst Erstaunliches. In der bildenden Kunst machten junge Malerinnen und Maler wie Rudolf Hausner, Ernst Fuchs, Maria Lassnig, Kurt Moldovan, Arnulf Rainer und Wolfgang Hutter von sich reden. Dieser unerwartete Aufbruch in der Malerei hing erstens damit zusammen, dass 1945 das öffentliche Kunstleben in die Hände der Neuen, der Jungen gefallen war, während überall sonst die Alten weitermachten, und zweitens kam mit den »Jungen« die Generation der um 1930 Geborenen auf die Bühne des Kunstgeschehens. Die Jungen, die das Trauma des Krieges als Kinder und Jugendliche erlebt hatten, setzten dem »Zeitalter der Angst« ein gleichermaßen frühreifes wie selbstbewusstes Kunstwollen entgegen. Die mit dem Ende der Diktatur sich plötzlich bietenden Freiheiten nützten sie als Experimentalräume für Abstraktion und Ausflüge in surreale Bilderwelten. Künstlerkreise wie der um den Wahlwiener Edgar Jené versuchten gegen alle Denunziationen konservativer Kreise an den radikalen Surrealismus der 1920er und 1930er-Jahre anzuschließen, und der »Art Club« um Albert Paris Gütersloh bot den Jungen erste Ausstellungsmöglichkeiten, deren Höhepunkt die Schau in der Secession 1950 war, wo u. a. Hausners »Arche des Odysseus« gezeigt wurde. Der Art Club, der von 1948 bis 1959 bestand, versammelte in seinem Klublokal, dem »Strohkoffer« im Keller der Loos-Bar, nicht nur Maler und Malerinnen, sondern auch Musikerinnen und Musiker (Uzi Förster) sowie Literatinnen und Literaten (H. C. Artmann). Man suchte den durch den Krieg unterbrochenen Kontakt mit der künstlerischen Moderne wiederherzustellen und der Wiener Szene internationale Kontakte zu verschaffen. Entscheidend für den Aufbruch in der bildenden Kunst waren in den unterschiedlichen sozialen Netzwerken ältere, teils aus der Emigration zurückgekehrte Künstlerinnen und Künstler, die so wie Fritz Wotruba, der ab 1945 eine Professur an der Akademie der Bildenden Künste innehatte, eine wichtige Mentorenrolle für die Jungen (Joannis Avramidis, Alfred Hrdlicka u.a.) erfüllten. Ähnliches lässt sich für Herbert Boeckl sagen, der mit seiner berühmten abendlichen Aktklasse ästhetische Maßstäbe für eine ganze Generation von Malerinnen und Malern setzte.

Jedoch nicht nur in der Malerei und Bildhauerei herrschte Aufbruchsstimmung, auch in der Literatur gab es abseits des offiziellen, zunehmend vom Antikommunismus des Kalten Kriegs geprägten Literaturbetriebs erstaunliche Arbeiten. In Literaturzeitschriften wie »Plan« (herausgegeben von Otto Basil) und »Neue Wege« und in Anthologien (»Stimmen der Gegenwart«, herausgegeben von Hans Weigel) kamen unbekannte Autorinnen und Autoren wie Andreas Okopenko, Christine Busta, Ingeborg Bachmann, Ilse Aichinger, Milo Dor und Herbert Eisenreich zu Wort. Das Wiederanknüpfen an Leitmotive und stilistische Verfahren der literarischen Moderne sah sich freilich mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert, wie sie sich auch in der Musik zeigten. So wie die Zwölftonmusik wurden auch die Literatinnen und

Literaten eines Avantgardismus geziehen, der als unösterreichisch und heimatfremd denunziert wurde. Hans Weigels Anthologie wurde mit einem Verbot gemäß dem Jugendschutzgesetz bedroht, und Kardinal Theodor Innitzer bezeichnete die junge österreichische Literatur als widerlichen Schmutz.[10] Die Leistungen der neuen Generation sind umso höher zu bewerten, da nicht nur die finanziellen Bedingungen für Verlage, zumal nach der Währungsreform 1948, prekär wurden, sondern, bedingt durch die jugendkultische Erbschaft der Nazis, auch der neuen Generation von Literatinnen und Literaten großes Misstrauen entgegengebracht wurde.[11] Man hielt sie für ideologisch infiziert, man tadelte ihre Unentschlossenheit und erwartete Innovatives nicht von ihnen, sondern von den etablierten Autorinnen und Autoren. Was die »Verbannten« (in Wien Schriftsteller wie Ilse Aichinger mit »Die größere Hoffnung« und Milo Dor mit »Tote auf Urlaub«) dagegen vorbringen konnten, war eine poetische »Diskreditierung der Ideologien«. Dies geschah in Gestalt von Romanfiguren, die ihr Ich im Spannungsfeld von Massenpolitik und Individualismus behaupten, die die Zeitläufe der Barbarei zwar durchleben, aber doch die eigene Identität zu retten suchen, freilich um den Preis einer großen Verlorenheit und Einsamkeit. Sie erfanden damit – ohne über die Arbeiten von Camus und Sartre näher Bescheid zu wissen – eine eigenständige lokale Variante des Existentialismus, die das von den Lebenserfahrungen tragisch enttäuschte Subjekt zum Inhalt hatte. Milo Dor verleiht dieser Zeitstimmung Ausdruck, wenn er schreibt:

> *Es genügt nicht mit alten Worten, alten Formen unser Debakel zu schildern. Man übersieht, dass in unserem Zeitalter der Lieblosigkeit einzig und allein die Taten maßgebend sind. Deshalb muß man die Worte finden, die dem Leben gleich sind, bittere, verzweifelte und flammende Worte, aus unserer Zeit geboren, die Menschen erschüttern und überzeugen können.*[12]

Wien nach 1945 ist für die Literatur ein schwieriges Terrain. Es ist zwar zum einen eine kleine Nische für Talente, deren Erfolg aber oft erst viel später sichtbar werden sollte, aber zum anderen ist es auch ein Ort, an dem die literarische Moderne überhaupt erst wieder zurückerobert werden musste. Und schließlich ist es ein Ort, der enttäuschten Mitläufern wie Heimito von Doderer späte künstlerische Ehren und Bedeutung zuteil werden lässt. Vor allem die Resonanz von Doderers »Dämonen« lässt den Rückschluss zu, dass dieser Text auch kollektive Erfahrungen der Überlebenden mit ausdrückte: Verführung und Distanz, Masseneuphorie und Aufbegehren dagegen. Auch andere, deutlich mehr ins totalitäre Regime involvierte Autorinnen und Autoren kamen zu neuer Anerkennung – Max Mell, Franz Nabl, Karl Heinrich Waggerl erhalten zu Anfang der 50er-Jahre Staatspreise, während Emigranten wie Franz Theodor Csokor und Theodor Kramer noch Jahre darauf warten mussten. Die Rezeption der literarischen Moderne, der Werke von Franz Kafka, Hermann Broch, Robert Musil, Ödön von Horváth u. a., die von Kulturzeitschriften der ersten Stunde (»Plan«, »Der Turm«, »das silberboot«, »Österreichisches Tagebuch«) vehement eingefordert wird,

etabliert einen informellen Kanon, der der zeitgenössischen Literaturwissenschaft zwar unzugänglich bleibt, aber für die Jungen zu einem wichtigen Ferment ihrer intellektuellen Entwicklung wird. Sie schafft die geistige Grundlage für die spätere Renaissance einer kleinen, obgleich folgenreichen literarischen Avantgarde, namentlich der Wiener Gruppe (H. C. Artmann, Gerhard Rühm, Konrad Bayer, Oswald Wiener, Friedrich Achleitner).

In der Literatur wie im Theaterschaffen der späten 1940er und der 1950er-Jahre ist jedoch die radikale Gesellschaftskritik oder gar die gedächtnispolitische Auseinandersetzung mit dem Naziregime eher Ausnahme als Regel. Stimmen wie die des Literaten Rudolf Geist, der als Gestapohäftling den Terror der Nazis am eigenen Leib erlebt hatte, blieben in der Amnesie des »Wiederaufbaus« eine Ausnahme.

> *Das Furchtbarste und Unmenschlichste in diesem finsteren Dutzend Jahren erlitten die Juden; denn die braunen Mörder massakrierten in ihrem fanatischen Rassenhaß unsere jüdischen Mitgeschwister (...) zu Hunderttausenden, zu Millionen, allein nur darum, weil sie eben Juden waren, Kinder der Menschheit wie wir alle. (...) Wir rufen die Emigranten wieder zu uns, ihre Aussage, ihr Weltwort und ihre Wegweisung auf den Plan der Zeiten.*[13]

Das Innehalten angesichts des Unfassbaren war weder offizielle Politik noch eine Mehrheitshaltung in der Bevölkerung. Der Rückkehr der Emigranten stand man zögerlich oder gar ablehnend gegenüber. Es galt vielmehr die Devise, sich schnell wieder einen äußeren Rahmen von »Normalität« und Kontinuität zu verschaffen.

Schuldentilgung

So ist es wenig verwunderlich, dass die »Stunde Null«, der »Versuch der Schuldentilgung durch Kontoauflösung«,[14] gerade auch im Theaterleben, dem kulturellen Medium der Stadt schlechthin, stattfand. Die Theater, allen voran das Burgtheater, repräsentierten zusammen mit der gotischen und barocken Bautradition einen symbolischen Kernbestand der Hochkultur, sie verkörpern Ornament und Identität in einem und mussten so wie prominente musikalische Spielstätten schon der Staatsräson halber wieder rasch zum Leben erweckt werden. Der schnelle Wiederbeginn war jedoch nicht nur im Interesse des Publikums, das sich Schönes inmitten der Trümmer wünschte, sondern auch der vier Besatzungsmächte, die damit ordnungspolitische und moralfördernde Erwartungen verbanden. Der Blick auf die ersten Spielpläne 1945 zeigt eine Mischung von Klassikern und Unterhaltungsstücken. In der Burg – allerdings nicht in der Bombenruine am Ring, sondern im Ronacher – eröffnete man mit Franz Grillparzers »Sappho«, einer Produktion, die schon 1943 auf dem Programm stand, gefolgt von Nestroys »Mädl aus der Vorstadt«; Gediegenes und Vergnügliches also, das zudem ohne größeren technischen und finanziellen Aufwand in Szene zu

setzen war. Im Akademietheater wurde ebenfalls eine »Kriegsinszenierung« als erste Vorstellung gegeben – Ibsens »Hedda Gabler«, gefolgt von Hofmannsthals »Jedermann«, dem Stück eines bei den Nazis verfemten Autors, allerdings auch ein Stück, das während des ständestaatlichen Österreichpatriotismus gefallen hatte. Im Burgtheater folgte im Herbst Franz Molnars »Liliom«, womit Wiener Publikumslieblinge wie Paul Hörbiger, Hedwig Bleibtreu, Wolf Albach-Retty und Hermann Thimig auf die Bühne gebracht wurden. Auch hier wurde einem Autor Reverenz erwiesen, der in den Jahren 1938–1945 dem Vergessen überantwortet worden war.

Freilich war dieses Zurückgreifen auf marginalisierte Stücke und Autorinnen und Autoren der Intention nach unpolitisch und weniger dem kritischen Erinnern als vielmehr Geschmacksreminiszenzen zuzuschreiben, d. h. man wollte wieder sehen, was einmal gefallen hatte. Erst 1947 markieren zwei Premieren einen Richtungswechsel: Walter Felsensteins Inszenierung von Schillers »Räuber« und Adolf Rotts Aufführung von Fritz Hochwälders »Heiligem Experiment«. Vor allem Hochwälders Stück brachte erstmals wieder explizite politische Aussagen ins Theater, nämlich die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft am historischen Beispiel des Jesuitenstaats an den Ufern des Parana. Das Volkstheater setzte von Beginn an auf eine Mischung aus Lustspiel und ernsten Stücken, auf Nestroy, Raimund und Anzengruber, aber auch auf Priestley, Anouilh, Stefan Zweig, Karl Kraus und Julius Hay. Seine ersten Intendanten Rolf Jahn und Günther Haenel setzten zum einen auf leichtes, mit Musik garniertes Zerstreuungstheater wie Ralph Benatzkys »Weißes Rössel«, zum anderen aber auch auf pädagogisches Problemtheater – z. B. die »Letzten Tage der Menschheit« von Kraus und »Haben« von Hay –, und sie boten einer neuen Schauspielergeneration erste Profilierungschancen (Josef Meinrad, Oskar Werner, Inge Konradi).

Eines der wichtigsten und, weil der KPÖ nahe stehend, das am meisten angefeindete Theater der späten 1940er-Jahre war das »Neue Theater in der Scala«, ein auf Genossenschaftsbasis organisiertes Ensemble, das durch einen stärkeren Publikumsbezug die gesellschaftskritische und aufklärerische Dimension des Schauspiels forcieren wollte. Begonnen wurde mit Nestroys »Höllenangst« und mit der Uraufführung von »Der Bockerer« (U. Becher, P. Preses), einem Stück, das am Schicksal eines Wiener Fleischhackers den Beginn und den Verlauf der Naziherrschaft in Österreich thematisierte. Später folgten – trotz der laufenden, vom Antikommunismus beförderten, öffentlichen Hetze gegen Bert Brecht, die von namhaften, in der Öffentlichkeit stehenden Intellektuellen wie Friedrich Torberg und Hans Weigel maßgeblich betrieben wurde – Stücke wie »Mutter Courage«. Die wesentlich durch Rückkehrer aus dem Exil (Karl Paryla, Otto Tausig u. a.) getragene »Scala« wurde bald als kommunistisches Propagandatheater denunziert, und hervorragende Schauspielerinnen und Schauspieler wie Therese Giehse, Wolfgang Heinz und Maria Becker konnten die Schließung im Jahr 1956 nur hinauszögern, aber nicht verhindern.

Zu Beginn der 1950er-Jahre waren die restaurativ-konservativen Bestrebungen im Wiener Kulturleben unübersehbar geworden, und freisinnige Politiker wie der

kommunistische Kulturstadtrat Viktor Matejka (Funktionsperiode 1945–1949), der nicht nur vehement für die Freiheit der Kunst und für die materielle Unterstützung der Kulturschaffenden eingetreten, sondern auch um die Rückkehr der Emigrantinnen und Emigranten bemüht war, verloren ihre Ämter. Eigenwillige Experimente wie Leon Epps »Insel«, die ein anspruchsvolles »Theater der Dichtung« angeboten hatte (Rilke, Pirandello, Lessing, Strindberg), gingen Pleite. Generell schien Wien, den veränderten Freizeitgewohnheiten folgend, seiner Tradition als Theaterstadt abgeschworen zu haben. Nach der Scala wurden das Bürgertheater (Wien 3) und das Stadttheater (Wien 8) abgerissen, Raimundtheater und Ronacher waren in ihrem Bestand gefährdet. Die so genannte »Wiederaufbauphase« war an einem ersten Höhepunkt angelangt, was materiell zwar eine bessere Versorgung mit Nahrung und Wohnmöglichkeiten, jedoch kulturpolitisch einen Rückschritt und das Ende einzelner avantgardistischer Strömungen bedeutete. Der Theaterboom, der vom immensen Nachholbedarf für das, was man während der Nazizeit entbehren musste, getragen war, ging zu Ende. Angesagt war die Konsolidierung des »Kernbestandes«, eine Anpassung an die knappen öffentlichen Budgets und Konformität einem Zeitgeist gegenüber, der in Wien als einer weit östlich gelegenen »Frontstadt« des Kalten Krieges mit »Frieden« Kommunismus und mit »Freiheit« Amerikanismus assoziierte.[15]

Man hätte meinen können, dass solche Umstände ideale Chancen für die Kleinkunstbühnen gewesen wären, aber die bissig-ironische und politische Tönung des Wiener Kabaretts der Zwischenkriegszeit etablierte sich erst langsam wieder, und oft blieb die politische Brisanz der Stücke weit hinter der Schärfe der 30er-Jahre zurück. Zwar öffnete das »Simpl« schon kurz nach Kriegsende, verfügte aber längere Zeit weder über genügend finanzielle Mittel noch publikumswirksame Leitfiguren. Karl Farkas, der die Kleinkunst vor 1938 von Stars wie Fritz Grünbaum erlernt hatte, kehrte erst 1949 nach Wien zurück, und es dauerte bis zur Spielsaison 1951/52, bis es ihm gelang, das später legendäre Ensemble mit Ernst Waldbrunn, Fritz Muliar, Hugo Wiener, Cissy Kraner, Heinz Conrads, Maxi Böhm, Ossy Kolmann und Elli Naschold um sich zu versammeln. Gleichfalls zu Beginn der 50er-Jahre begründeten zwei andere Rückkehrer, Gerhard Bronner und Georg Kreisler, eine Kabaretttruppe mit Helmut Qualtinger und Michael Kehlmann, zu der später Carl Merz und Peter Wehle stießen. Mit ihrem »Blattl vor'm Mund«, »Brettl vor'm Kopf«, »Glas'l vor'm Aug«, »Spiegel vor'm Gesicht« und den legendären Stücken »Der Halbwilde«, »Bundesbahnblues« und schließlich dem »Herrn Karl« (1961) gelang es, ein eigenständiges Kabarett der Nachkriegszeit zu schaffen, das gleichermaßen wienerisch wie zeitgeistkritisch war und sich einem hohen Qualitätsanspruch verpflichtete.[16] Mit dem »Herrn Karl« von Carl Merz und Helmut Qualtinger gelangte der Prototyp eines unter Gedächtnisverlust leidenden, opportunistisch gesinnten Wieners auf die Bühne, der sich in den blutigen Umbrüchen der Zeit von 1934 bis 1945 nie als Täter und Nutznießer wähnte, sondern immer nur als Opfer der Umstände verstand. Zwar gesteht Herr Karl das Rauschhafte der Begeisterung bei Hitlers Heldenplatzrede 1938

ein – »Endlich amaol hat der Wiener a Freid g'habt ... ma hat gefühlt, ma is unter sich ... es war wie beim Heirigen« –, die Beteiligung an der Judenverfolgung jedoch bestreitet er und versteht nicht, warum zurückgekehrte Emigranten das Gespräch mit seinesgleichen vermeiden: »I hab nur an Juden g'führt. I war ein Opfer. Andere san reich worden, i war ein Idealist.«[17] Die nur allmählich verlaufende Wiedergewinnung von Biss und Satire im Wiener Kabarett spiegelt die zwiespältige Situation des kulturellen Lebens der Stadt zu Ende der 40er-Jahre wieder. Zwar wurde einerseits ständig und ausführlich die Stagnation des Geistigen und Kritischen und ein Mangel an künstlerischer und intellektueller Erneuerung beklagt, andererseits wurde aber schon zielstrebig an der engen Definition von Stadtkultur als Staats-, Preziosen- und Hochkultur gearbeitet.

Begleitet wurde dieses gleichermaßen institutionell wie politisch verengte Wiederaufbauprogramm der Hochkultur, konzentriert auf Musik-, Theater- und Sakralbauten und deren konservativ-klassische Bespielungen, durch ein profanes Wiederaufbauprogramm des Alltags. Durch die Wiederherstellung der Infrastrukturen für Wohnen, Arbeit und Freizeit sowie der Logistik für den Verkehr und die Warenzirkulation in der Stadt musste wieder Wachstum angekurbelt und den Arbeitenden ein Einkommen verschafft werden, das über karge Subsistenzverhältnisse hinausreichen und einen Massenkonsum zumindest im bescheidenen Umfang ermöglichen sollte. 1950 startet die Gemeindeverwaltung das erste Wohnbauprogramm der Nachkriegszeit, im August des Folgejahres wird die von der Architektengemeinschaft Pangratz, Schuster, Simony und Wörle entworfene Per-Albin-Hansson-Siedlung eröffnet. Diese Wohnhausanlage war – in Anlehnung an die Siedlungsbauweise der 1920er-Jahre, freilich abzüglich der sozialreformerischen Ideen der Siedlungsbewegung – einem Architekturkonzept verpflichtet, das mit geringen Finanzmitteln und unter Verwendung standardisierter Bauelemente aus industrieller Produktion in kurzer Zeit funktionellen Wohnraum für Familien schaffen konnte. Die Baulogik war den Zwängen der Wohnungsnot unterworfen und ordnete die Lebensvorgänge der Bewohnerinnen und Bewohner nach dem Motto: schön, billig und zweckmäßig. Im selben Jahr 1951 wird auch die von Fritz Hartinger geplante neue Abfahrtshalle des Westbahnhofs eröffnet; auch hier war eine geometrische Raumkonzeption der Zweckbestimmung untergeordnet, die einem Fließkonzept des Verkehrs folgte und eine rasche Anbindung der Reisenden an die städtischen Verkehrsmittel ermöglichen sollte. Ästhetisch wurde dies durch die Verwendung von Glas, klarer Linienführung und einer den Mobilitätsgedanken betonenden, offenen Raumgestaltung realisiert.

Die »Normalisierung« des Alltags kündigte sich auch in anderen Bereichen an: 1949 läuft die erste »Austria-Wochenschau« in den Wiener Kinos, 1950 eröffnet die Handelskette »Konsum« die ersten Selbstbedienungsläden und das Strandbad »Gänsehäufel« nimmt wieder seinen Betrieb auf. Die Wiener Herbstmesse

… bot schon am Eröffnungstag das gleiche Bild wie ihre Vorgängerinnen in den letzten Jahren. Der Messepalast und das Ausstellungsgelände im Prater, durch Erweiterungen vergrößert, zeigten den zahlreichen Besuchern – schon am Eröffnungstage wurden rund 100.000 gezählt – die Bemühungen des österreichischen Wirtschaftslebens, mit anderen Nationen Schritt zu halten, und die unleugbaren Fortschritte, die dabei festzustellen sind, beweisen die Richtigkeit der österreichischen Wirtschaftspolitik.[18]

Trotz Messen und erweitertem Warenangebot waren freilich die faktischen Konsummöglichkeiten vieler Wienerinnen und Wiener noch sehr eingeschränkt, und das vierte Lohn-Preis-Abkommen der Regierung provozierte in der Bevölkerung so großen Unmut über die Wirtschaftspolitik, dass allein in Wien der so genannte Oktober-Streik 1950 120.000 Arbeiterinnen und Arbeiter auf die Straße brachte und die Demonstration am Ballhausplatz zu einer der größten Streikkundgebungen in der bisherigen Stadtgeschichte machte. Trotz unleugbarer Fortschritte in der Rekonstruktion eines »normalen« Alltagslebens, nicht zuletzt symbolisiert durch die neue Neonbeleuchtung in der Innenstadt am Graben, hatte das »Wiederaufbauwunder« die Wunden des Krieges noch nicht wirklich heilen können. Wiens Physiognomie jener Zeit spiegelt sich treffend in der unheimlichen Atmosphäre des Carol-Reed-Films »Der dritte Mann« *(Abb. 142, S. 751)* wider, der nicht nur Kriegsruinen, die vier Besatzungsmächte und schlecht gekleidete Passanten zeigt, sondern auch eine Stadt, deren Wirtschaftsleben »unterirdisch« von Kriminalität, Schwarzmarkt und Schieberei bestimmt ist. Wie sehr die Fiktionalität einer erlebten Wirklichkeit entsprach, zeigt der Umstand, dass der Film trotz massiver Kritikerschelte von seiner Premiere am 10. März 1950 an zu einem Publikumsschlager der Wienerinnen und Wiener wurde.

Die Eröffnung der ersten Wiener Festwochen nach dem Krieg fand am 26. Mai 1951 statt. Drei Wochen lang stand Wien im Zeichen von 155 Opern-, Theater- und Tanzveranstaltungen, Konzerten und Ausstellungen, und die Presse feierte das Ereignis elegisch als einen Höhepunkt und gleichsam religiösen Akt von Kultur. Zwar hatte es schon in der Zwischenkriegszeit die Festwochen als etablierte Institution gegeben (1927–1937), doch der neue Kulturstadtrat Hans Mandl (Funktionsperiode 1949–1965) suchte mit dem Neuanfang auch eine Wiederanknüpfung an den Topos von Wien als einer Hauptstadt der Musik zu bewerkstelligen. Er wollte dem lokalen und internationalen Publikum zeigen, dass Wien trotz Krieg und Besatzung wieder zu seiner eigentlichen kulturellen Identität und Bestimmung zurückgefunden hatte. Die Festwochendirektion setzte auf bewährtes Musikgut und spielte Strauß, Mozart, Mahler, Haydn und Beethoven, dirigiert von Stars des anhebenden Musikgeschäfts wie Herbert von Karajan und Bruno Walter. Die Inszenierung der Festwochen als eine Bekräftigung des Kulturwillens der Stadt kann durchaus als ein Gegenprogramm zum »Dritten Mann« gelesen werden, wurde doch dem finsteren Wienbild dieses Films eine vom Ausland geschürte Psychose unterstellt. Trompeten schmetterten Festmusik vom Rathausturm, Albin Skoda rezitierte ein Ruhmgedicht mit dem Titel

»An die Mutter Wien«, und während des Abschlussaktes erklang nicht nur der Donauwalzer »Donau, so blau ...«, sondern das Rathaus wurde mittels Scheinwerferlicht derart in glänzende Helligkeit gehüllt, als wollte man demonstrativ Harry Limes Exkursionen in die Unterwelt von Wien vergessen machen. In einer großen Ausstellung im Museum der Stadt Wien sowie in der Secession und im Künstlerhaus schwor man die Besucherinnen und Besucher auf ein »unsterbliches Wien« ein. Man präsentierte einen ersten Nachkriegskanon glanzvoller Stadtvergangenheit von Sigmund Freud über Anton von Webern bis hin zu Schönberg und Krenek. Dies geschah freilich, ohne dass kenntlich gemacht wurde, wie sehr die unsterbliche Stadt noch vor kurzem auch eine Stadt der Verfolgung und Vertreibung des Geistigen gewesen war.[19]

Parallel zu der sowohl vom Staat als auch der Stadt geförderten repräsentativen Kultur, die, aus dem Vergangenen schöpfend, Österreich und Wien als eine untadelige Visitenkarte dienen sollte, entwickelt sich eine neue Kultur der Jungen im Alltag, die sich den pädagogischen Idealen der Tugendwächter mit ihrer Schmutz- und Schundkampagne zu entziehen versuchte. Die Jugendkultur dieser kurz vor oder während des Kriegs geborenen Generation äußerte sich in einem international verbreiteten visuellen Code: Mopeds, Jeans, Lederjacken und langes fettiges Haar mit »Entenschwanz« bei den jungen Männern; aufreizende Kurven, unterstrichen von engen Hosen, schwingenden Röcken, breiten Gürteln und toupiertem Haar bei den jungen Frauen. Die Opposition der als »Halbstarke«, »Schlurfs«, »Eckensteher« und »Früchterln« titulierten Jugendlichen richtete sich gegen die wieder etablierten kleinbürgerlichen und mittelständischen Lebensnormen und Benimmregeln von Leistung, harter Arbeit und Anpassung und versuchte, den Widerspruch zwischen fortbestehenden rigiden Verhaltensnormen und den Kontrollverlusten der durch die Kriegserfahrungen verunsicherten Elterngeneration für »Grenzüberschreitungen« zu nützen. Ihre Ideale beziehen diese Jungen aus der Popularkultur der westlichen Siegermächte, vor allem der USA. Es begeistern Jazz-Kapellen, Broadway- und Musicalmelodien, die der von den Amerikanern unterstützte Sender Rot-Weiß-Rot medial verbreitet; es begeistern Boogie-Woogie-Tanzwettbewerbe, Coca Cola, Elvis Presley und der »geschupfte Ferdl« als Inbegriff eines anarchischen Widerstands gegen die Friedhofsruhe, die mit der Politik des Kalten Krieges und der Flucht ins Private inmitten der entstehenden Wohlstandsgesellschaft eingezogen war. Es begeistern auch »Schund-Hefterln« – G-man Jerry Cotton, Kleine Pikanterien, Cowboy-Romane und später die 1956 auf den Markt gebrachten Bravo-Hefte. Für die konservative Presse ist der jugendliche Konsum von Unterhaltungsliteratur und -filmen freilich nichts anderes als verderbliche Ablenkung von den Notwendigkeiten der Arbeitswelt, von Disziplin und Strebsamkeit.

Insbesondere dem Filmkonsum von Jugendlichen wurde unterstellt, dass er die »sittliche oder gesundheitliche Entwicklung jugendlicher Personen durch Reizung der Lüsternheit oder Irreleitung des Geschlechtstriebes«[20] gefährde, und das Kino wurde in Zusammenhang mit der Zusammenrottung von Teenagern oder gar »Halb-



Abb. 142: »Der dritte Mann«, Filmplakat.

starken-Krawallen« gebracht. Die so genannten »Eckensteher« wurden nicht als Phänomen einer spezifisch großstädtischen Jugendkultur der Aneignung öffentlicher Räume gesehen, sondern als »unbegründetes Stehenbleiben«, das die öffentliche Ordnung bedroht und den urbanen Verkehrskreislauf stört. Wie Werner Schwarz in seiner Studie über Wiener Kinos 1945–2000[21] betont, störte am Kinokonsum der Jugendlichen weniger eine vorgebliche »Amerikanisierung« als solche als vielmehr der dadurch zum Ausdruck kommende andere Umgang mit Körper, Kleidung und Posen. Denn ähnlich den deutschsprachigen Filmen verhandelte auch die amerikanische Importware in den 1950er-Jahren durchaus konservative Klischees und Stereotypen von Familienleben und Geschlechterrollen. Filme wie »Rebels without a cause«, »On the waterfront« und »The wild one« boten jedoch unabhängig von den konkreten Inhalten neue kulturelle Codes an, die einer auf soziale Konformität abzielenden Engführung von Arbeitsfleiß und Jugendbild widersprachen. Kleider wie z. B. Jeans und Posen wie die des zynisch enttäuschten Großstadtburschen à la James Dean signalisierten Differenz zum öffentlichen Moraldiskurs, und Rock 'n' Roll tanzende Körper widersprachen der Walzerseligkeit, die der Wiener Nachkriegsfilm perpetuierte. Die Kritik am sittenverderblichen Einfluss Hollywoods richtete sich nicht gegen die USA als einer hegemonialen Macht von Politik und Massenkultur, sondern sie war gegen einen faktischen bzw. öfters nur imaginierten Jugendprotest gerichtet, der sich des Bilderrepertoires amerikanischer Filme bediente. Die konservative Kritik an der Verführungsware »Film« und dessen angeblich sittengefährdendem Konsum konnte so vor einer Selbstkritik immunisieren, die die Eindimensionalität und die Tristesse des »Wiederaufbaumaterialismus« der Nachkriegszeit infrage gestellt hätte.

Unabhängig vom Tugenddiskurs über den devianten Filmkonsum Jugendlicher repräsentierten die späten 1940er und die 1950er-Jahre eine Blütezeit des Wiener Kinolebens. Kurz vor der nach 1958 einsetzenden Kinokrise zählte die Stadt mehr als 200 Lichtspieltheater mit weit über 40 Millionen jährlichen Besuchern. Der Kinobesuch war nicht nur ein beliebtes Freizeitverhalten, sondern eine distinkte soziale Praxis, die Glücksversprechen und Distanz zum Alltag vermittelte. In den Folgejahren setzte jedoch durch die zunehmende Verbreitung des Fernsehens ein drastischer Rückgang des Besucherstroms ein – die Zahl der Kinogänger sank von 46 Millionen im Jahr 1958 auf 24 Millionen im Jahr 1965 und schließlich auf 11 Millionen im Jahr 1970.[22] Das Kino, das als einer der wenigen intakten Freizeiträume inmitten der kriegsversehrten Stadt großen Zuspruch gefunden und in einer sozialen und kulturellen Krisensituation ein illusionäres Heimatrefugium sowie einen Schutzraum vor einer elendig empfundenen Realität offeriert hatte, wurde zu jenem Zeitpunkt unattraktiv, als die vormals bloß auf die Leinwand projizierten Konsumträume konkrete Gestalt in Form eines erschwinglichen Warenangebots annahmen. Der Blick auf den Konsum wurde sozusagen durch den realen Warenbesitz substituiert und der kollektive Schauraum Kino durch das individualisierte Schaumöbel Fernseher abgelöst. Erst in den 1980er und 1990er-Jahren erfuhr der Filmkonsum durch die Errichtung neuer



Abb. 143: Auto der Marke »Gogomobil«.

Kinocenter und Multiplex-Kinos eine Renaissance, die freilich weniger der Filmkunst als solcher geschuldet war als vielmehr einer neuen Verknüpfung von urbaner Flanerie, Shoppinggewohnheiten und visuellen Reizinszenierungen.

Unbemerkt im moralinsauren Tugenddiskurs der 50er-Jahre blieb jedoch, dass sich in der Jugendkultur in symbolischer Form nur das ankündigte, was gesamtgesellschaftlich den Aufschwung für das verwüstete Land bringen sollte, nämlich die Übernahme des amerikanischen Konsummodells. Hinter dem wirtschaftlichen Hilfsprogramm der amerikanischen Regierung, dem Marshall-Plan, der bis 1956 Investitionshilfen im Gegenwart von einer Milliarde US-Dollar ins Land bringen sollte, stand nicht nur eine beachtliche Finanzkraft, sondern eine neue Lebensphilosophie: permanentes Wirtschaftswachstum, Hebung der Massenkaufkraft und sozialer Friede, hergestellt im Wege einer engmaschigen Verknüpfung von Marktforschung, Marketing, Maschineneinsatz, Qualifikation des Humankapitals, Produktionssteigerung und Rationalisierung. Diese in Anlehnung an Henry Fords integratives Fabrik- und Arbeitsmodell »Fordismus« genannte Regulationsform der Volkswirtschaft bewirkte den ersten breiten Modernisierungsschub der Stadtwirtschaft in den 50er-Jahren, der in einer neuen materiellen Kultur des Alltags seinen Niederschlag fand. Alsbald hal-

ten Couchbett, Couchecke, Nierentische, Schalensessel, freischwingende Stehlampen und Teppichböden Einzug in die Wohnungen; Kofferradios und – gegen Ende des Jahrzehnts – die ersten Fernsehgeräte sorgen für die mediale Verbindung zur Außenwelt; Gogomobile *(Abb. 143, S. 753)* und Puch-Motorroller ermöglichen eine größere Mobilität im städtischen Raum. Billige Energie, bereitgestellt durch die neuen Wasserkraftwerke in Kaprun und Ybbs-Persenbeug, und industriell gefertigte Materialien wie Kunststoff und Pressspanplatten fördern die Massenproduktion kostengünstiger Gebrauchsgüter des täglichen Lebens. Doch nicht nur die neuen Industriematerialien vermitteln das Flair einer wiedererlangten Normalität; auch Rolltreppen, Espressomaschinen, Wurlitzer-Musikautomaten und Konsumartikel taten dies. Männer hatten »Pitralon« zu nehmen, um sich eines »erfrischenden und belebenden Nachrasier-Gefühls« zu erfreuen. Der Hi-fi-Max-Factor, der Frauen einen »Lippenstift mit einer bis heute unbekannten Leuchtkraft« zur Verfügung stellt, sorgte dafür, dass sich die Wienerinnen wieder kosmopolitisch fühlen können.[23]

Wiedergewinnung der Moderne

Der um die Wiedergewinnung der Moderne bemühte Zeitgeist der 50er-Jahre lässt sich exemplarisch in der Architektur nachvollziehen. Der Ringturm *(Abb. 144)*, ein 23-geschossiges Hochhaus, entworfen von Erich Boltenstern, aus dem Jahr 1955 (Einweihung 14. Juni) versinnbildlicht nicht nur eine markante Wiederaufbauleistung im historischen Gefüge der Ringstraße, sondern auch eine neue Phase der Stadtentwicklung, nämlich den Eintritt Wiens in eine stabile, über drei Jahrzehnte währende Phase fordistischer Regulation. Ein Jahrzehnt nach Kriegsende befanden sich die Wiener und mit ihr die gesamtösterreichische Wirtschaft in einer Phase eines stürmischen Booms. Wirtschaftsplanerische und sozialpolitische Maßnahmen sowie die amerikanische Finanzhilfe zeichneten dafür verantwortlich, dass bereits Anfang der 1950er-Jahre an das Wirtschafts- und Wohlfahrtsniveau der Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg angeschlossen werden konnte. Die Verstaatlichung der Grundstoff- und Schwerindustrie sowie der Energieunternehmen lieferte nicht nur den Klein- und Mittelbetrieben kostengünstige Vorprodukte und Infrastrukturleistungen, sondern führte insgesamt zur Marktstabilisierung und Verstetigung des wirtschaftlichen Wachstums. Die 1950er-Jahre waren durch eine über die politischen Lager hinweg konsensual angelegte, angebotsorientierte und nachfragestimulierende Wirtschaftspolitik geprägt, die durch öffentliche Investitionen bzw. Förderungen von Kreditmaßnahmen und Exportwirtschaft bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung gekennzeichnet war. Mehrjährige Investitionsprogramme zur Konjunkturbeschleunigung und Stabilisierung des Vollbeschäftigungsniveaus sowie flankierende Steuerreformen hatten das Ziel, die kleinen Einkommen und damit die Konsumfähigkeit breiter Arbeitnehmerschichten anzuheben sowie Kleinbetrieben durch die Senkung der Gewerbesteuer



Abb. 144: Der Ringturm.

höhere Gewinnspannen zu garantieren. Die Gemeinde Wien erwies sich dabei durch hohe Investitionsleistungen als ein wesentlicher Motor der Industrialisierung und des anwachsenden Dienstleistungssektors. Die fordistische Regulation der Wiener Wirtschaft,[24] die, anders als in der Zwischenkriegszeit, nunmehr eine bis Mitte der 80er-Jahre anhaltende wirtschaftliche Prosperität mit sich bringen sollte, fand ihren typischen städtebaulichen Ausdruck nicht nur in Bürogebäuden wie dem Ringturm, sondern auch im Ausbau der Infrastruktur für das Auto, in den Expressstraßen, Donaubrücken und Fußgängerpassagen.

Die von Adolf Hoch ebenfalls 1955 fertiggestellte Opernpassage, der Südbahnhof von Heinrich Hrdlicka (1961) und andere Bauten, wie das Steyr-Daimler-Bürohaus von Carl Appel (1965), nahmen symbolische Funktionen im öffentlichen Raum ein und setzten markante Signale für einen neuen Abschnitt der Stadtentwicklung. All diese Projekte eint weniger der Gedanke von »embedding«, d. h. einer organischen Einfügung der Baukonstruktion in das spezifische städtebauliche und stadtgeographische Quartier, als vielmehr der Gedanke einer exemplarischen, symbolhaften Einzelpositionierung des Architekturobjekts unabhängig vom umgebenden Bauensemble. So wurden nicht nur bauliche Signifikanten in das Produktionsgefüge der Stadt eingebracht, die die Wiederkehr der durch Krieg und Totalitarismus unterbrochenen Moderne anzeigten, sondern Baulösungen realisiert, bei denen übergeordnete Funktionalitäten die Formgebung und ästhetischen Lösungen bestimmten. Funktionalität gepaart mit Ästhetik signalisierte zudem nicht nur eine neue Qualität der Funktionalisierung des Stadtraums, sondern darüber hinausgehend eine umfassende Rationalisierung und Technokratisierung aller Lebensbereiche, ein Projekt also, das die architektonische Moderne schon vor dem Kriege beispielsweise im Bauhausstil antizipiert hatte. Die Opernpassage am Kreuzungspunkt von Opernring und Kärntner Straße diente der Verflüssigung des Autoverkehrs wie auch der Bewältigung einer hohen Passantenfrequenz (rund 90.000 Fußgänger täglich), da eine Unterfahrung des Rings aus städtebaulichen Gründen ausgeschlossen wurde. Die ellipsenförmige Anlage mit einer Achsenlänge von 56 x 51 Metern, konzipiert als kunstlichtdurchflutete Hallenkonstruktion, ist ein Musterbeispiel für eine gleichermaßen funktionale wie ästhetische Lösung im Stil der 50er-Jahre.[25] Die spezifische Mischung von Design, Decke und Konstruktion, das seinerzeit in der Mitte liegende Espressocafé und ein Kranz von damals 18 Geschäften spiegelten gleichermaßen beschleunigte, verdichtete und in Zirkulation gehaltene Verkehrsflüsse wie auch einen Zeitgeist wider, der im Passanten weniger den Flaneur als vielmehr den Konsumenten erkannte. Schon bei ihrer Eröffnung am 4. November 1955 stellte die Opernpassage wegen ihrer Rolltreppen eine ungeheure Attraktion für die Wienerinnen und Wiener dar: Tausende probieren die Treppen aus, die Technik ist überlastet und mehrere kleinere Unfälle passieren. Karl Ziak kommentierte am Beispiel der Opernpassage das neue Zeitalter folgend:

Fünf unterirdische Fußgängerpassagen haben eine ganz neue Note in die alte Ringstraßensinfonie gebracht. Sie lenken den Passantenstrom in Räume, für welche die Wiener rasch die Bezeichnung »Grotten« erfanden, nicht ohne Gedanken an jene mystisch-dunklen Bahnen, die in unserer Kindheit zu einem Praterbesuch gehörten.[26]

Mit dem Ringturm und seiner Fassaden- und Raumgliederung, die die Vertikalität zusätzlich durch einen von der Hohen Warte aus steuerbaren Wetterleuchtturm betont, wurde der neuen Rationalität der Arbeitswelt Ausdruck verliehen, die Heere von Angestellten in strenge Hierarchien und komplexe Formen von Arbeitsteiligkeit einfügte. Seine schroffe Akzentuierung gegenüber der umgebenden historistischen Bausubstanz unterstreicht nicht nur den architektonischen Abstand zur Gründerzeit, sondern versinnbildlicht auch die neue Instrumentalisierung menschlicher Arbeit. Nicht mehr die massenhafte und billige Ware »unqualifizierte Arbeit« steht zur Disposition, sondern eine intensive Nutzung qualifizierter Tätigkeiten durch den Einsatz von Technologie, Kommunikation und wissenschaftlich angeleitetem Management. Mit der sich in dieser Phase vollziehenden Konzentration qualifizierter Dienstleistungen im Stadtzentrum (beispielhaft demonstriert durch die Wiener Städtische Versicherung im Ringturm) und die Auslagerung der Industriebetriebe an die Peripherie folgt Wien den damals gängigen europäischen Parametern einer fordistischen Stadtentwicklung. Im Osten und Süden der Stadt wurden weitflächige Areale für groß dimensionierte Wohnanlagen (Per-Albin-Hansson-Siedlung, Hugo-Breitner-Hof) sowie neue Industrie- und Wirtschaftsbetriebe erschlossen und durch Autobahnen und öffentliche Verkehrsmittel miteinander vernetzt. Die sprunghafte Zunahme des Autoverkehrs resultierte in Konzepten zur Herstellung einer autogerechten Stadt und einer ökonomisch wie kulturell ausdifferenzierten Suburbanisierung. Der gründerzeitliche Kern Wiens blieb so – trotz tendenzieller Abwanderung – zwar als distinkte Kulturgeographie symbolisch mächtig, Ausdehnung und Neugliederung der Stadttopographie hingegen verweisen jedoch auf die für die Blütephase des Fordismus so typische sozialräumliche Gliederung von Arbeits-, Konsum- und Wohnfunktionen.

Der Anteil der maschinellen Einrichtung ist verhältnismäßig sehr groß, auch hinsichtlich der Kosten. Maschinen- und Ventilationsräume nehmen einen bedeutenden Teil des Gebäudes ein. Von Beginn der Planung an war die Rücksicht auf Tausende von Adern und Nervenstränge der Leitungen aller Art eine wichtige Aufgabe – bei einem Haus, das seine wesentlichen Elemente ohne verhüllenden Putz in ihrer ursprünglichen Struktur zeigt, das auch durch die Haut mancher Verkleidung immer die konstruktiven Elemente zeigt –, das überall mit einem Minimum an Material ein Maximum an Raum und Raumgefühl geben will. (…) Das Bemühen um kürzeste Betriebswege und vielseitige Verwendungsmöglichkeit hat selbstverständlich die räumliche Organisation des ganzen Hallenkomplexes bestimmt. Große Hallen sind nur wirtschaftlich, wenn sie sehr vielseitig benutzt werden können.[27]

Dieses Zitat schildert nicht etwa, wie man annehmen könnte, die Errichtung eines Industriekomplexes im Süden Wiens, mit diesen Worten beschreibt der Architekt Roland Rainer die Planung und Gestaltung der Wiener Stadthalle *(Abb. 145)*, die im Juni 1958 feierlich eröffnet wurde. Unter Rainers Anleitung wurde eine 108 x 98 Meter große, bis zu 16.000 Besucher fassende Mehrzweckhalle mit einer damals für Wien ungewöhnlich großen Stahldachkonstruktion errichtet. Die Halle konnte mittels maschinell steuerbarer Vorhänge den verschiedenen Zuschauerdimensionen angepasst werden. Den Kern der auf Straßenebene liegenden Veranstaltungsfläche bildete eine 60 x 30 Meter große Kühlplatte, die von einer partiell abnehmbaren 200-m-Radrennbahn umgeben wurde. Zudem wurden zusätzliche Trainingshallen für verschiedene Sportarten vom Ballspiel bis hin zum Wassersport vorgesehen, um den Hauptraum für die großen Publikumsveranstaltungen frei zu halten. Rainer war es darum gegangen, eine Raumkonstruktion zu schaffen, die sehr unterschiedliche Verwendungen bzw. die Durchführung eines breiten Spektrums von Veranstaltungen wie Blumenschauen, Autosalons, Messen, Radrennen, Eislaufbewerbe erlauben sollte und auch für Zirkus, Theater, Konzert, Film und Großkongresse geeignet sein sollte. Die beiden Bereiche Veranstaltungs- und Trainingsflächen wurden den Gegebenheiten des Ortes angepasst: das der Veranstaltungshalle vorgelagerte Foyer wurde dem Gürtel und damit den Massenverkehrsmitteln zugewandt, währenddessen der Trainingsbereich vom Westen her über den Vorplatz gegenüber der Kirche am Vogelweidpark zu erreichen ist. Beide Bereiche können damit unabhängig voneinander genutzt werden. Die über modulare Baukörper und bewegliche Sichtblenden ermöglichte Multifunktionalität des Baus sollte jedoch im äußeren Erscheinungsbild nicht klobig wirken, sondern mittels entsprechend konstruierter Außenflächen das Grün der Umgebung und die wechselnden Lichtverhältnisse widerspiegeln, so dass der große Baukörper trotzdem leicht und vom Eindruck lastender Schwere befreit wirkt. Die offene Bauweise hin zur unmittelbaren Stadtumgebung sowie die einheitliche Formensprache des gesamten Interieurs sollten es möglich machen, in der Stadthalle nicht nur den »Mehrzweck« zu sehen, sondern zu fühlen, dass der Bau »in Räumen und Baustoffen, in Formen und Farben das Lebensgefühl der Zeit verkörpern will, wie sie in Wien empfunden wird, Sinnbild unserer Stadt in dieser unseren Zeit«.[28] Das Lebensgefühl dieser Zeit hatte die SPÖ schon im Gemeinderatswahlkampf 1954 angesprochen, in dem sie dafür warb, Wien wieder zur Weltstadt *(Abb. 146, S. 760)* zu machen. Bürgermeister Franz Jonas sprach deshalb bei der Eröffnung der Stadthalle nicht zufällig davon, »dass das größte Bauwerk Wiens nach dem Zweiten Weltkrieg … ein besonders deutliches Zeichen der energischen Bemühungen Wiens sei, der österreichischen Bundeshauptstadt erhöhte internationale Bedeutung zu verleihen und sie in die Reihe der Weltstädte einzugliedern«.[29] Die symbolisch verdichtete Architektur in der Periode von 1950 bis 1970, namentlich der Ringturm, die Stadthalle, der Südbahnhof und die vielen Beispiele autofunktionaler Infrastrukturbauten wie z. B. die Fußgängerpassagen am Südtirolerplatz und am Schottentor, vergegenständlicht ein ökono-

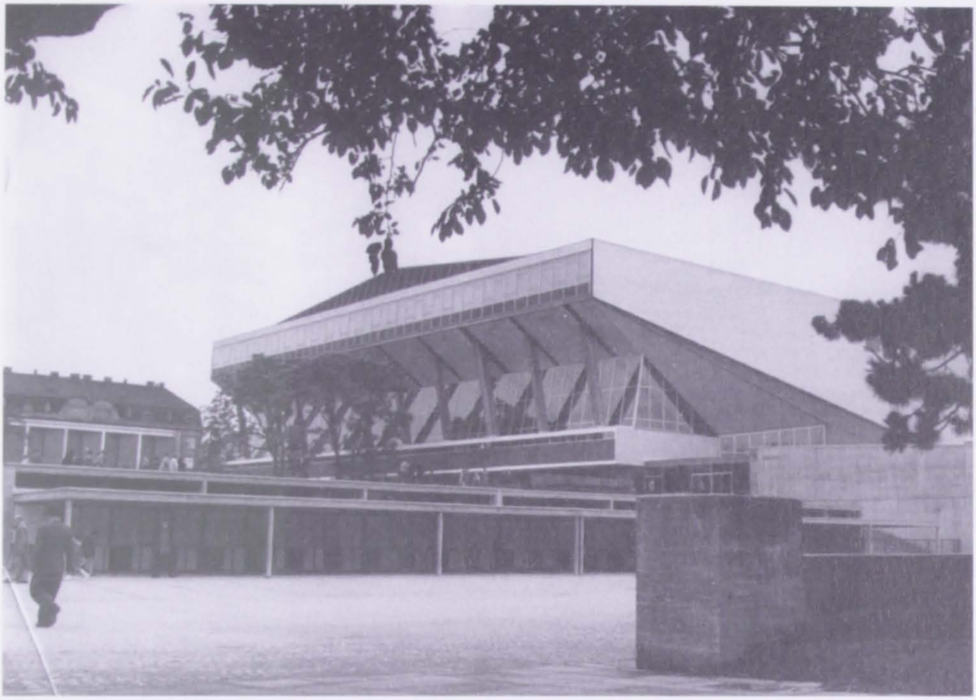


Abb. 145: Die Wiener Stadthalle.

misches Regime, dessen Regelwerk den Stellenwert des Humankapitals betonte und Wirtschaftswachstum über eine hoch komplexe Verknüpfung von Kapital und Arbeit, von Lohn und Konsum und von Produktion und Reproduktion herstellte. Die dem Fordismus innewohnende Textur des Sozialen bestimmte menschliche Tätigkeit als mehrwertschaffendes Organisationshandeln, Subjektivität als Warenverhältnis und Urbanität als eine strukturelle Synchronschaltung von Arbeit und Reproduktion und von Vollbeschäftigung und kernfamiliärer Regeneration.

Die Kehrseite des »Aufbauwunders« in den 1950er-Jahren war freilich eine Verengung des öffentlichen Lebens und eine Konzentration auf das kleine, durch Fleiß und gutes Benehmen errungene Glück im Privaten. Die Suchbewegungen der jungen Generation, die in der Hinwendung zum Rock 'n' Roll eines Bill Haley und Elvis Presley ihren Ausdruck fand, wurden von der Kriegsgeneration verurteilt und diese Musik als »entartete Negermusik« abgetan. Gegen die neuen Idole der Popularkultur – wie etwa James Dean im Film »Denn sie wissen nicht, was sie tun« (1956) – wurde das Credo von gutem Benehmen, adretter Kleidung und Anstand gesetzt, und als geeignete Orte dafür wurden Tanzschulen und die Versammlungslokale der katholischen wie auch der sozialistischen Jugend angesehen. Die wiedergewonnene mate-



Abb. 146: Andreas Hemberger, »damit Wien wieder Weltstadt werde«, Plakat.

rielle Sicherheit und behagliche Normalität wurde moralisch unterfüttert und unter das Verdikt einer höheren Berufung zur Kultur gestellt:

> *Kultur macht das Leben erst lebenswert,* schreibt die *Wiener Illustrierte* im Juli 1952. *Sie lässt uns ahnen, dass sich über den Sümpfen des grauen Himmels ein Himmel wölbt. Ob schöpferisch oder empfangend ihr verbunden, immer ist es die Kultur, die uns die unvergänglichen Werte schenkt.*

Im Klartext hieß dieser höhere Ruf freilich: Schweigen über die Verbrechen der NS-Zeit, Akzeptanz einer kitschigen Habsburgernostalgie, Unterwerfung unter eine Heimatideologie, die das kaiserliche Wien und die schöne österreichische Landschaft glorifizierte, strammer Antikommunismus und schließlich die kritiklose Übernahme überkommener Geschlechterbilder, die im Mann den Gebieter und in der Frau die passiv Hinnehmende sah. Prototypisch kommen die verklärenden Momente dieser auf das Biedermeierliche verkürzten Stadtkultur in den Wien-Filmen zur Mitte des Jahrzehnts zum Ausdruck. In »Deutschmeister« (1955), »Sissi« (1955, *Abb. 147, S. 762*), »Kronprinz Rudolfs letzte Liebe« (1956) und »Wien, Du Stadt meiner Träume« (1957) wird gleichermaßen die überzeitliche Güte des Monarchen, der urbane Raum als Walzerlandschaft, die alltagsentrückte Pracht adeliger Festkultur, die ewige Ordnung der Geschlechter und das stille Glück der Untertanenmentalität zelebriert. Wien erscheint in diesen Filmen als ein romantisierter Gedächtnisort, als ein Hort von Stabilität inmitten unruhiger Zeiten (Ost-West-Konflikt), als ein Quell von Gediegenheit und Kultur – symbolisiert durch barocken Glanz und musikalischen Sphärenklang – und als ein »höherer Zustand«, der den Dingen ihre Schärfe und dem Leben seine Schwere nimmt.[30]

»Halbstarke«, »Eckensteher« und »Schlurfs«, die die Protestkultur der männlichen Großstadtjugend gegen das allgemein propagierte Neobiedermeier des Schönen, Wahren und Anständigen verkörperten, waren eine Form des Widerstands im Wien der 1950er-Jahre. Eine andere manifestierte sich am Abend des 22. August 1953 als »une soirée aux amants funèbres« in Form einer Prozession, die vom Goethe-Denkmal ausgehend quer durch die Innenstadt bis zur Urania führte, wo sie schließlich von der Polizei aufgelöst wurde. Charakteristisch an dieser Demonstration war, wie Gerhard Rühm rückblickend schreibt:

> *die gleichsetzung des makabren mit dem poetischen, die im grunde sehr wienerisch ist, und der protest gegen das konventionelle, normative, anonyme, der sich jedoch weniger durch eine aggression nach aussen als durch ein bewusstes anders-, eigensein ausdrückte, provoziert durch das belastende ärgernis, das man schon durch die kleinste abweichung vom üblichen hervorrief.*[31]

Diese Soirée war die erste öffentliche Aktion der Wiener Gruppe, die sich 1952 quasi im Keller, im Lokal »Strohkoffer« des Art Clubs, als Freundeskreis konstituiert hatte und der anfänglich H. C. Artmann und Gerhard Rühm und später Oswald Wiener,



Abb. 147: »Sissi, die junge Kaiserin« (Filmplakat).



Abb. 148: »Halbstarke« vor dem Kino.

Konrad Bayer und Friedrich Achleitner angehörten. Aus diesem informellen Zusammenschluss erwuchs in den Jahren 1954–1959 jene kleine, aber wichtige Avantgardeströmung, die sich dem damaligen, auf Bewahrung und Antimodernismus ausgerichteten Zeitgeist am heftigsten widersetzte. Folgend der »Acht-Punkte-Proklamation des poetischen Aktes« von Artmann erprobte die Wiener Gruppe neue Kunstformate, die sich der Sprach- als Gesellschaftskritik, der Kritik der hohen Kunst und Literatur sowie der Methoden der Collage und Montage bedienten. Produkte dieser Bemühungen waren u. a. Formulargedichte, Witze ohne Pointen, literarische ready-mades und Genre-Persiflagen wie die Kinderoper, Zahlen-Gedichte, Ein-Ton-Stücke und die literarischen Cabaretts. Man mischte Sprachtheorie, Barockliteratur, Kybernetik, Versatzstücke aus der Formensprache der modernen Kunst und positivistische Philosophie mit dem Ziel einer radikalen Poetisierung des Alltags und begründete neue Kunstformen wie die Konzeptkunst, den Aktionismus und die Performance-Kunst. Im Gedankenspiel plante man den literarisch gestützten Staatsstreich, im öffentlichen Raum organisierte man eine Demonstration gegen die »wiedereinführung einer wie immer gearteten wehrmacht auf österreichischem boden«[32] (Kärntner Straße, 20. Mai 1955) und beschwor als literarischen Gestus das rebellische Lebensgefühl der »Halb-

starken« *(Abb. 148)*, als deren »Double« man sich wähnte. Dass dieses überraschende Moment von Modernität in den 50er-Jahren überhaupt zustande kommen konnte, ist dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren geschuldet. Zum einen war die klassische künstlerische und intellektuelle Moderne unter Hitler nicht zugänglich gewesen, und es bestand damit die historische Option, diese gleichsam neu und wieder zu erfinden. Zum anderen bewirkte die ungeheuerliche, von Mord- und Schwulst-Phrasen entstellte Sprachlast des Nationalsozialismus ein »kommunikatives Beschweigen« (Hermann Lübbe) des Geschehenen. Darauf reagierte die Wiener Gruppe mit radikaler Sprachkritik und aus der Double-Bind-Situation jener Zeit, die zwischen Enthusiasmus des Wiederaufbaus und einem tiefen Angstgefühl vor zu viel Individualismus und Hedonismus des unbekannten westlichen Demokratiemodells oszillierte, erwuchs eine »skeptische Generation« (Helmut Schelsky), die ihre Wahrheit jenseits der durch Lüge und Brutalität geschändeten Sprachkonvention suchte.[33]

So wie für H. C. Artmann und seinen Freundeskreis das Café Hawelka als intellektuelles Biotop fungierte, bildete die 1954 vom Domprediger Otto Mauer gegründete Galerie nächst St. Stephan eine wichtige Anlaufstelle für junge Künstlerinnen und Künstler und das kunstinteressierte Publikum. In den ersten Jahren wurden dort international arrivierte Maler, Bildhauer und Architekten präsentiert, was in einer Stadt mit wenigen Ausstellungsflächen für moderne Kunst auf besonderes Interesse stieß, wie z. B. die Ausstellungen von Herbert Boeckl, Alfred Manessier, Georges Rouault, Alfred Kubin, Käthe Kollwitz, Marc Chagall und Lovis Corinth. Otto Mauer ging es programmatisch um die Kunst des 20. Jahrhunderts, von der er erwartete, dass sie mehr als andere Bereiche menschlicher Produktion die letzte Phase der Weltgeschichte auf dem Wege zu einem eschatologischen Übergang zum christlichen Humanismus ankündigte. Mauers für die damalige Zeit nicht ungewöhnliche Verbindung von katholischen und modernistischen Motiven schuf einen katalytischen Freiraum, der auch jungen Wiener Künstlern wie Arnulf Rainer, Josef Mikl, Oswald Oberhuber, Markus Prachensky und Walter Hollegha, die mit abstrakten Bildformen experimentierten, einen ersten Schritt in die lokale und später internationale Kunstöffentlichkeit ermöglichte.[34] Das Jahr 1954 brachte zudem mit der Gründung von »Magnum. Zeitschrift für das moderne Leben« durch Karl Pawek eine zusätzliche Plattform für die Rezeption moderner Kunst- und Architekturströmungen in Wien, wobei der Fotografie als eigenständigem Bildmedium besondere Wichtigkeit beigemessen wurde. In ihr schrieben namhafte Intellektuelle über die Probleme der Nachkriegsmoderne, über neue Technologien der Energiegewinnung (Atomkraft) und der Informationsverarbeitung (Elektronengehirne), über das Verhältnis von Kunst und Design, über Innovationen in Haushalt und Alltag, über die Entfremdungsphänomene im Stadtleben sowie über die zeitspezifische Problematik der Massengesellschaft – sie erlaubten damit einen dezidiert kosmopolitischen Blick weit über die Grenzen Wiens hinaus. Anders als in der zeitgleich von Friedrich Torberg gegründeten Zeitschrift »Forum« ging es Pawek aber nicht um eine antikommunistische Programmatik per se und eine

harsche Verteidigung liberaler Demokratie- und Wirtschaftsideale gegenüber der sowjetischen Einflusssphäre, sondern um die Förderung einer kritischen Haltung gegenüber der entstehenden Konsum- und Spektakelgesellschaft in Westeuropa. Freilich war Paweks Intention nicht so sehr dem christlichen Humanismus Otto Mauers verbunden als vielmehr einem aus dem Ständestaat herrührenden, von Othmar Spann wesentlich beeinflussten wertkonservativen Affekt gegen die massenkulturellen Transformationen westlicher Demokratien.[35]

Das Jahr 1955 kann in mehrfacher Hinsicht als ein Höhepunkt der (kultur-)politischen Großwetterlage jener Zeit angesehen werden: am 15. Mai unterzeichneten die alliierten Signatarmächte im Schloss Belvedere den Staatsvertrag, am 15. Oktober wurde das renovierte Burgtheater und am 5. November die wiederhergestellte Staatsoper ihrer Bestimmung übergeben. Hermann Ullrich schrieb in der Bilanzschrift der Gemeinde Wien aus dem Jahr 1958 (*Wien um die Mitte des XX. Jahrhunderts*):

> *Das befreite, wieder in den vollen Besitz seiner Unabhängigkeit gelangte Österreich lud die ganze Kulturwelt zu diesem Fest ein, und sie folgte enthusiastisch diesem Rufe. Als am 5. November 1955 die Lichter im Zuschauerraum des neuen Opernhauses erloschen und Karl Böhm in einem dicht besetzten, von einem eleganten internationalen Publikum gefüllten Hause, in dem sich als Festgäste auch viele prominente Vertreter von Kunst und Wissenschaft befanden, den Taktstock hob und die Klänge der »Fidelio«-Ouvertüre aus dem Orchesterraum aufstiegen, war Wien wieder einmal für einige Zeit zum kulturellen Mittelpunkt Europas geworden, so wie es 1815 ein politisches Zentrum während des Wiener Kongresses gewesen war. Und die Wiener, die 1945 den Brand als nationales Unglück empfunden haben, fühlten instinktiv den »glorreichen Augenblick«.*[36]

In der Retrospektive sind diese Ereignisse in ihrer Bedeutung schwerlich zu überschätzen, vor allem wenn man an die Worte Rudolf Kalmars erinnert, der davon gesprochen hatte, dass Wien mit dem Stephansdom seinen Glauben, mit der Burg seinen Stolz, mit der Oper die Freude verloren habe.[37] Alle drei Anlässe brachten zehntausende Wienerinnen und Wiener auf die Straßen, und jeder Anlass galt zugleich als ein Synonym für das wiedererstandene Wien und das wiedererstandene Österreich. Die Burg beging ihr Fest mit Grillparzers »König Ottokars Glück und Ende« und die Oper mit Beethovens »Fidelio« und Mozarts »Don Giovanni«. Die Aufführungen wurden bewusst patriotisch inszeniert, so wie »das Eintreffen der wiedergeborenen größten Glocke, der ›Pummerin‹, im Jahr 1952 (…) einem der Fürsteneinzüge früherer Jahrhunderte«[38] glich und als allegorischer Akt für das von den Kriegswunden genesende christlich-abendländische Erbe der Stadt befeiert wurde. Die Dreifaltigkeit Wiens – der Katholizismus, das theatralische Selbstverständnis und das musische Moment – wurde wieder als intakt erklärt, ohne dass man groß über die eigentlichen Ursachen ihrer Zerstörung Gedanken verlor. Ottokar Wanecek, ehemaliger Direktor des Blindeninstituts, schrieb in der oben genannten Bilanzschrift der Gemeinde:

Mag auch vieles verloren, Unersetzliches zerstört worden sein, noch immer ist Wien reich an ererbtem Kulturbesitz. Hier wurde ja auch Unermeßliches zusammengetragen. Noch besitzen wir das Erbe des beispiellosen Sammeleifers der Habsburger sowie einiger adeliger Familien, wie Liechtenstein, Harrach, Czernin, Schönborn. Noch immer gilt Wien als die Musikstadt der Welt schlechthin, jenes Wien, mit dem die Reihe der großen Symphoniker, Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Bruckner, Brahms, Mahler, untrennbar verknüpft bleibt. Noch immer sind die Worte »Burgtheater« und »Staatsoper« Begriffe, denen die Bewunderung der Welt gilt. Uralte Theatertradition, dem Mittelalter entstammend, geformt aus der Prunkbühne des Barocks, den Jesuitenspielen und der lokal gebundenen Volksposse, baut hier einen Untergrund von besonderer Tragfähigkeit.[39]

Im feierlichen Jubel über die gelungene Restauration urbaner Schlüsselikonen gingen selbst warnende Stimmen aus dem katholischen Intellektuellenmilieu, wie die von Friedrich Heer, unter, die die Selbstgenügsamkeit und Selbstmarginalisierung Wiens und Österreichs beklagten. In seiner Rede »Österreich nach dem Staatsvertrag« hatte Heer, obgleich im pathetischen Stil der Zeit gehalten, ein breiteres Verständnis der kulturpolitischen Rolle des Kleinstaats eingemahnt und eine Vision einer möglichen europäischen Rolle der Stadt gewagt, die erst viel später durch die Ansiedlung internationaler Organisationen (UNO) Realität werden sollte. Mit Blick auf sein historisches Erbe und die prophetische Rolle, die die Dichter und Schriftsteller in der Voraussicht der Katastrophen des 20. Jahrhunderts eingenommen hatten, betont er Wiens völkerverbindende und entspannungspolitische Funktion und die spezifische Positionierung Österreichs als ein Kulturraum der Begegnung und des Austausches. Heer fordert

die Ausweitung dieser innerösterreichischen Maximen und Lebenswirklichkeiten in den osteuropäischen Raum, sodann gesamteuropäischen Raum, der zu gestalten ist als eine Lebensgemeinschaft vieler Gegner und Gegensätze, von sehr verschiedenen Systemen und Nationen, die in ihrem Anderssein zu achten, ja zu hüten sind. Wobei der Grundakzent auf der Erkenntnis liegen muß: jenseits von falschem Appeasement und falschem Verschweigen harter Gegensätze und jenseits von Atombombenpolitik ist nach neuen Formen für die notwendigen Auseinandersetzungen der sehr verschiedenartigen und oft sehr gegnerischen Mächte und Gruppen in Osteuropa und Westeuropa zu suchen.[40]

Im Rückblick kann 1959 als ein Schlüsseljahr für die Malerei im Nachkriegswien angesehen werden. In den Monaten Juni und Juli werden in der Secession Werke von Joannis Avramidis, Wolfgang Hollegha, Maria Lassnig, Josef Mikl, Markus Prachensky, Arnulf Rainer und Hans Staudacher im Rahmen der Ausstellung »Aspekte 59« gezeigt, und von Dezember 1959 bis Jänner 1960 findet im Oberen Belvedere eine Werkschau mit dem Titel »Hausner, Hutter, Leherb, Lehmden« statt. Damit werden zwei prägende Tendenzen sichtbar, die das Wiener Kunstgeschehen in den 50er und 60er-Jahren bestimmen – zum einen die abstrakte und zum anderen die phantastische. Beide sind aber nicht isolierte Phänomene, sondern stehen – trotz

der großpolitisch bedingten und von lokalen Dynamiken der Provinzialisierung und Selbstisolation zusätzlich geförderten Randlage der Stadt – in einem internationalen Entwicklungskontext. Die Maler im Umkreis der Galerie nächst St. Stephan, namentlich Rainer, Mikl, Hollegha und Prachensky, reihen sich als österreichischer Beitrag in eine Strömung ein, die als Abstrakter Expressionismus, Tachismus und Informel bezeichnet wurde, und die Wiener Phantastischen Realisten stehen in Beziehung zu der surrealistischen Bewegung der 40er-Jahre, die von dem Unbegreiflichen, Schockhaften und Absurden der Weltkriegskatastrophe beeinflusst ist. Schließlich kommt in den 60er-Jahren der Wiener Aktionismus von Günter Brus, Hermann Nitsch, Rudolf Schwarzkogler und Otto Muehl dazu, der mit der internationalen Aktionskunst, mit Happening und Fluxus korrespondiert, wobei allerdings die Wiener Spielart mit ihrem demonstrativ gesellschaftskritischen Gestus (Muehl) bzw. einer besonderen religiösen Note (Nitsch) einen eigenen Rang beanspruchen kann.

Die Wiener Schule des Phantastischen Realismus[41] ist entgegen der öfters vorgebrachten Kritik, eine modische, jeder Tiefe und Ernsthaftigkeit abholde, sich bloß reproduzierende Ornamentkunst zu sein, durchaus als ein komplexes Phänomen der Zeit zu deuten. In ihr kommen unterschiedliche Einflüsse zum Tragen. Auf subjektiver Ebene macht sich der Einfluss von Edgar Jené bemerkbar, der vor dem Krieg aus Paris nach Wien gekommen war und hier die Ideen André Bretons propagierte. Auf objektiv-institutioneller Ebene wirkte die Person von Albert Paris Gütersloh, der als Hochschullehrer an der Akademie der Bildenden Künste den Intentionen der jungen Maler freien Lauf ließ und sie im Art Club mit Ausstellungsmöglichkeiten förderte. Und schließlich dienten die Sammlungsressourcen an der Akademie und im Kunsthistorischen Museum (namentlich die Werke von Hieronymus Bosch und Peter Brueghel) als Vorbildspender. Nicht zuletzt diese Klassiker bewirken eine penible Rezeption altmeisterlicher Maltechniken, die den Bildwerken, ähnlich wie bei Salvador Dali, eine ausgeprägte handwerkliche Präzision verleiht. Entgegen der surrealistischen Kunst kommt bei den Phantastischen Realisten jedoch insofern eine »reale« Komponente zum Ausdruck, als sie das enigmatische und radikal kryptische Moment des Surrealismus ins Gemäßigte wenden und der Tendenz nach versuchen, die Schrecken der Welt in einer der Psychoanalyse verwandten Verfahrensweise aufzuschlüsseln und damit Unbewusstes bewusst zu machen. Freilich hinterlässt die dem Genius loci verwandte Tiefenhermeneutik dieser Malrichtung einen durchaus zwiespältigen Eindruck: Befreiendes mischt sich mit Apokalyptischem, Märchenhaftes mit Artifiziellem und Vegetativem (man denke an Hutters Bilder) und der freudianische Impetus einer Spätaufklärung der Widersprüchlichkeit menschlicher Subjektivität wird eher zu Gunsten eines unauflösbaren Rätselrestes bzw. einer metaphysischen Festschreibung menschlicher Grundkonflikte gebrochen. Besonders kommt dies im Adam-Zyklus von Rudolf Hausner *(Abb. 149, S. 769)* zum Ausdruck – er reflektiert gleichermaßen die unabgeschlossene Selbstbefragung des Malers, seine Identitätssuche, eine Meditation über das Verhältnis von Mann und Frau sowie eine Auseinandersetzung mit

lebensbejahenden und destruktiven Komponenten der menschlichen Persönlichkeit. Das Konflikthafte und Widersprüchliche des Geschlechterverhältnisses bildet einen wesentlichen Angelpunkt von Hausners Kunst – die dadurch forcierten Konflikte bedingen Entwicklung und Reife ebenso, wie sie in Zerstörung und Selbstzerstörung münden oder ein Mehr an Selbsterkenntnis auslösen können. Letzte Antworten bleibt Hausner schuldig, seine Befunde visualisiert er im Mehrdeutigen, und damit bleibt das Ergebnis des aufklärerischen Prozesses letztlich offen.[42] Ganz anders artikuliert sich die Bilderwelt von Anton Lehmden, der vergangene und kommende Apokalypsen auslotet. Bei ihm stehen Krieg, Zerstörung und surreale Landschaften im Zentrum des künstlerischen Schaffens: Panzer durchqueren unwirkliche Terrains, nackte Menschen suchen ein Überleben in phantastischen Vegetationen und bizarren Topographien, Meteore zerschlagen den Boden, Erde explodiert. Lehmden malt Allegorien des Irdischen, er meditiert über Zeitlichkeit und Ewigkeit der Natur. In den Landschaftssujets arbeitet er mit höchster Präzision, mit feinen Pinselstrichen und Farbabstufungen, zugleich dient die akribische Landschaftsdarstellung aber der Reflexion über menschliche Aggression und Zerstörungswut. In seinen Kriegsbildern objektiviert er den Nachhall des Kriegsendes, das er in der Slowakei erlebte, und zeigt zermalmte Menschen inmitten einer von Technik verwüsteten Szenerie, er zeigt nackte Männer, die einander mit aller schier unvorstellbarer Brutalität bekämpfen und töten.

Ähnlich auf Landschaften fixiert wie Lehmden ist Wolfgang Hutter, obgleich seinen Bildern das katastrophische und tragische Moment fehlt und für ihn die Topographie vor allem Schauplatz des verspielt Figurativen und des Ornamentalen ist. Ihm geht es mehr um Inszenierung und Künstlichkeit, er malt artifizielle Paradiese ohne Tod, ohne Schmerz, ohne Gebrechen, ohne Krankheit – er malt mit einem Wort eine Welt der Puppen und Kunstwesen. »Meine Bilder«, schreibt Hutter, »sollen genommen werden als ein Bericht aus einer Welt, deren Existenz uns bisher unbekannt geblieben ist. Erzählend in Farben und Formen, gibt man von den täglichen Reisen in die eigene Phantasie Bericht (…) Berichte aus einer Welt, in der eine eigenartige Form der Liebe herrscht. Sie ist nicht allein den menschlichen Figuren möglich, sondern auch Steine oder Blüten können sich vereinen und Erstaunliches gebären.«[43] Hutter, dem im Alter von 14 Jahren eröffnet wurde, dass er der Sohn von Gütersloh sei, zeigt in seinen Bildern die Lust am Luxus und am Dekor. Er stellt auch keine Grundsatzfragen, wie dies etwa sein Kollege Arik Brauer in seiner »orientalistischen« und archaischen Malweise tut, vielmehr geht es ihm um die möglichst penible Rekonstruktion innerer Traumlandschaften. Es geht ihm um Pflanzen- und Insektenwelten, um Tier- und Menschenköpfe, um bunte Narrative, die spöttische und ironische Blicke auf Geschlechter- und Liebeskonstellationen erlauben. Und es geht ihm schließlich – wie Johann Muschik anmerkt – um ein zutiefst »wienerisches« Vergnügen an Spottsucht, Bosheit, Verliebtheit und erotischen Ingredienzien und um eine Lust am Schaugepränge und Bühnenhaften.[44]



Abb. 149: Geburtstagsfeier und Ausstellungseröffnung für Rudolf Hausner in der Galerie 10; der Künstler und Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner vor einem Bild aus dem Adam-Zyklus.

Die abstrakte Spielart der Wiener Malerei in den 50er und 60er-Jahren setzt demgegenüber auf Distanz zu und Infragestellung der surrealistischen Tendenzen. Der wichtigste Vertreter dieser Richtung ist Arnulf Rainer, der – obwohl im Frühwerk noch selbst stark dem Phantastischen verbunden – schon bald die Erschöpfung des surrealistischen Experiments erkannte. Schon in einem 1950 entstandenen Bilderzyklus mit Titeln wie »Ozean, Ozean« und »Mikro, Mikro, Mikro« werden die Figuren des Unbewussten, ein assoziationsreiches Gewimmel von Algen, Stacheln, Tentakeln, Schlamm und Dunkelgewächsen, von destruktiven Linien überformt und dem Verfall anheim gegeben. Dem introspektiven Bilderüberfluss wird so eine analytische und zersetzende Systematik untergehoben, die seinen Abschied vom Phantastischen ankündigt. Die gemeinsam mit Maria Lassnig unternommene Paris-Reise 1951, die eine enttäuschende Begegnung mit André Breton brachte, eröffnete nichtsdestoweniger aufregende Einblicke in eine Kunstrichtung, die von Amerika und Westeuropa ausging und mit Namen wie de Kooning, Pollock, Riopelle, Wols und Hartung verbunden war. Diese »informelle Malerei«, die in der Ausstellung »Véhémences Confrontées« in der Galerie Nina Dausset gezeigt wurde, erfüllte beider Erwartung an eine

künstlerische Revolution, die sie vom Besuch bei Breton vergeblich erhofft hatten. In der Informel entdeckten Rainer und Lassnig die formal wie auch in der Farbgebung radikale Zuspitzung der »écriture automatique«, die assoziative Malweise, die sie bei den Exponenten des Surrealismus vermisst hatten. In den folgenden Jahren entwickelt Rainer seine spezifische abstrakte Malweise. Zum einen forciert er assoziative Verfahren der Bildfindung, die den Automatismus des Unbewussten nutzen, jedoch mit der Intention, die so gemachten Funde durch Abstraktion in der Form zu betonen oder gleich wieder zu übermalen. Zum anderen betreibt er eine Tabula-rasa-artige Auflösung malerischer Formen, um Platz für Neues zu schaffen und schließlich eine Dialektik von Korrektur, Auslöschung, Zudeckung und Übermalung mit dem ultimativen Ziel einer Malerei zu verbinden, die die Malerei überwinden sollte. Die verschiedenen Zugänge zu einer permanenten Reduktion der Bildform und sein transgressives Verständnis von Darstellungsverfahren, die die Grenzen der Malerei aufheben sollten, münden in den 60er-Jahren in die berühmten Face-Farces: diese zeigen Gesicht und Körper des Künstlers in unterschiedlichen photographisch festgehaltenen Ausdrucksstadien, die er einem impulsiv-spontan angeleiteten Überarbeitungsprozess unterzieht. Er übermalt sie, schwärzt sie ein, überzieht sie mit groben Strichen, Linien und Retuschen mit dem Ziel einer Akzentuierung, Dynamisierung und Steigerung des körperlichen und facialen Ausdrucks. Gesichtszüge und Körperhaltungen erfahren dadurch eine über das fotografische Medium hinausweisende Vitalität, Dramatik und Gestik; das Kunstwerk wird als ein dialektisches Experiment von Kreation und Negation, von Setzung und Auflösung bestimmt. Das expressionistische Moment der Farcen liegt im grimassenhaften Ausdruck ihrer Gesichtstranskriptionen, aber auch im Verweis auf seelische Abgründe, die Rainer mit den Face-Farces zu zeigen sucht. Seine in dieser Zeit stattfindende Auseinandersetzung mit der Malerei von Geisteskranken und seine Drogenexperimente verstärken den grenzüberschreitenden Charakter der Körper- bzw. Gesichtsübermalungen und Bildüberarbeitungen.[45]

Eine Sonderstellung in der Wiener Malerei nimmt Friedensreich Hundertwasser ein. Hundertwasser, der mit Rainer eng verbunden war, geht freilich einen anderen Weg. Statt in die Abstraktion zieht es ihn zur exzessiven Apologie der Natur und des Vegetativen; statt sich mit der Gegenwart auseinander zu setzen, wählt Hundertwasser das Vergangene: ein vormenschliches Reich der Naturgewalten. Wo es Arnulf Rainer um Auslöschung und Mortifikation zu tun war, träumte Hundertwasser von irdischen Paradiesen, von unbegrenztem organischem Wachstum, von einer grenzenlos wuchernden Natur und verpflichtete sich einem unbedingten Schönheitsideal. Seine Vorbilder stammen nicht aus der zeitgenössischen internationalen Kunstszene, sondern aus der Wiener Tradition der Moderne (Klimt, Schiele) bzw. der naiven Malerei eines Henri Rousseau.[46] In den späten 50er und in den 60er-Jahren entwickelt Hundertwasser das zentrale Motiv seiner Malerei – die Spirale, der er jedoch alle Regelmäßigkeit, wie sie aus der Tradition der Moderne um 1900 bekannt ist, nimmt; bei ihm ist die Spirale vielmehr eine multifunktionelle irreguläre Form und kein ge-

ometrisches Sujet. Sie fungiert als Elementarschablone und dient gleichermaßen Naturbildern wie architektonischen Visionen und wird zum Katalysator von Bildern, die auf eine lebensreformerische Utopie abstellen. Seine Bilder wollen »pädagogische« Vorgaben machen, wie wir unser Leben den Rhythmen und Logiken der Natur entsprechend führen sollen, wie ökologisch korrekte Häuser, Städte und Landschaften ausschauen sollen, wie Biotope und Naturimplantate unser Leben bereichern können und dieserart weiche, dem Leben angepasste Formen die harten Signaturen des Urbanen brechen können. Konsequenterweise hat Hundertwasser später den Weg von der Malerei hin zur ornamental-bildnerischen Fassadenarchitektur gewählt und in Wien zwei auffällige Bauten gestaltet (Hundertwasserhaus, Müllverbrennungsanlage Spittelau), die seine »Heilsbotschaft« eines blinden, unbedingten Naturvertrauens der Physiognomie der Stadt einschreiben wollten.

Eine lange Transversale

Während im Phantastischen Realismus und im abstrakten Expressionismus Wiener Spielart das (Tafel-)Bild nach wie vor eine zentrale Rolle spielt und damit beide Richtungen – obgleich in unterschiedlichem Ausmaß – einem klassischen Genre der Malerei verpflichtet bleiben, gehen die Vertreter des Wiener Aktionismus – Günter Brus, Otto Muehl, Hermann Nitsch und Rudolf Schwarzkogler – neue Wege der Produktionslogik von Kunst. Ihnen geht es um eine ästhetische und strukturale Entgrenzung der Moderne hin zu einer performativen Prozess- und Installationskunst, die den menschlichen Körper als Feld und primären Gegenstand der künstlerischen Intervention begreift. Der Begriff »Wiener Aktionsgruppe« wurde 1965 geprägt, zu einem Zeitpunkt, als alle Aktionisten gemeinsam oder einzeln bereits durch mehr oder weniger skandalträchtige Schaustellungen in der Wiener Öffentlichkeit bekannt geworden waren. Im November 1960 hatte Nitsch im Technischen Museum eine Aufsehen erregende Malaktion durchgeführt, und im Juli 1961 war unter dem ironischen Stichwort »Who is Who« eine Experimentalausstellung in der Secession gezeigt worden, die demonstrativ darauf verzichtet hatte, den Schaustücken die jeweiligen Künstlernamen beizugeben. 1964 waren Muehl und Schwarzkogler mit dem so genannten »Luftballonkonzert« aufgefallen. Von Anfang an war also die strategische Nutzung des öffentlichen Raums als Teil des Kunstgeschehens ein wesentliches Instrumentarium des Aktionismus. Es ging den Aktionisten um einen direkten, nicht rational vermittelten Zugriff auf das »Leben«; es ging ihnen um einen sozialen Radikalismus, der mit künstlerischen Mitteln zu den »Sachen selbst« vorstoßen wollte.[47] Trotz seiner Verwandtschaft mit internationalen Kunstströmungen wie dem Happening *(Abb. 150, S. 772)*, das von den USA ausging, und der Fluxus-Bewegung, die sich in Deutschland formierte, ist der Wiener Aktionismus sehr stark im lokalen Kontext verwurzelt und von ihm beeinflusst. Während international vor allem auch das Publikum adressiert



Abb. 150: Günther Brus, Happening, 1965.

und zur aktiven Teilnahme eingeladen wurde, ging es den Aktionisten nicht primär um eine Einbeziehung der Zuschauer ins Kunstgeschehen; sie präsentierten ihre Aktionen einer begrenzten Öffentlichkeit; die Zuschauer blieben dabei Statisten. Es ging ihnen also nicht um Momente einer sozialen Plastik oder Skulptur, sondern um die – oft selbst/destruktiv gewendete – Arbeit am eigenen Körper. In exzessiven Materialaktionen, d. h. in der Universalisierung des Kunstbegriffs auf alle möglichen und denkbaren Gegenstände, und im Ausagieren extremer Belastungsformen des eigenen Körpers mittels Selbstverstümmelungen und Zerreißproben suchte der Aktionismus seine Geschmacksüberschreitungen bis an kaum erträgliche Ekel- und Schamgrenzen zu treiben. Damit war jedoch keine reformerische Emphase oder gesellschaftsutopische Hoffnung verbunden als vielmehr die Intention, das Individuum in seiner Isolation und Vereinzelung zu zeigen und damit ein zeitgenössisches Entfremdungsparadigma sichtbar zu machen. Die Ästhetik wurde nicht in die soziale Dimension des Kunstwerks gelegt, sondern in den Akt seiner Erzeugung und Aufführung. Ähnlich wie bei der Wiener Gruppe in ihren literarischen Produktionen im Hintergrund eine intensive Auseinandersetzung mit der geistigen Tradition der ersten Wiener Moderne steht, namentlich mit Ludwig Wittgenstein, Karl Kraus, Robert Musil u. a., so steht im Hintergrund des Aktionismus eine intensive Auseinandersetzung mit der Gesellschaftstheorie im Umfeld der Frankfurter Schule, vor allem aber mit Herbert Marcuse.

Der Aktionismus hat neben der eigenständigen Rezeption aktueller internationaler Kunstentwicklungen auch seinen Kontext im »Zeitgeist« – erstens in gesellschaftskritischen Strömungen, die in den USA und in Westeuropa in den frühen 1960er-Jahren an Einfluss gewannen und zweitens im kulturpolitischen Klima in Österreich. Ohne Ironie oder Verspieltheit antwortete der Aktionismus auf repressive Situationen im Wien der 60er-Jahre. Er antwortete auf eine unbewältigte, tabuisierte und dem Schweigen überantwortete NS-Vergangenheit, auf die Enge des künstlerischen Betriebs und die »Verdorfung« und »Vertropfung« des Geisteslebens (Albert Fuchs). Und er antwortete auf die vielfältigen Disziplinierungen im öffentlichen wie privaten Leben und auf einen wenig subtilen »Benimmterror«, der das österreichische Wirtschaftswunder familiär und pädagogisch begleitete. Eine derartige Gemengelage musste den künstlerischen wie alltagspraktischen Tabubruch geradezu herausfordern. In der Spannbreite der Arbeiten von Brus, Schwarzkogler und Nitsch tritt das Potential der Aktionskunst deutlich zutage. Brus und Schwarzkogler stehen für eine nach innen gerichtete Performance, für eine frühe Form der internationalen Strömung von »body-art«, die den eigenen Körper zum Kampfplatz der Auseinandersetzung zwischen Individuum und Welt, zwischen Produzent und Kunstschaffen und zwischen Logiken der Produktion und Rezeption wählt. Während Otto Muehl den aggressiven Gestus nach außen ins Publikum und in die Kleingruppe wendet, um Kunst als offensive, wenn auch deutlich männlich-patriarchalisch fixierte Befreiungsarbeit von Geschlechter-, Konsum- und Geschmackskonventionen zu inszenieren, arbeiten Brus

und Schwarzkogler mit Grenzüberschreitungen am eigenen Körper. Der autoaggressive Gestus – bei Brus in der schonungslosen visuellen Offenlegung innerer Befindlichkeiten und emotionaler Ambivalenzen und bei Schwarzkogler in einer zurückgenommenen, illusionslosen und gefrorenen Introversion – steht für sich und sucht keine Klammer zu einem weiteren weltanschaulichen Zusammenhang. Bei Hermann Nitsch hingegen wird die Arbeit mit dem Körper zu einem dionysischen Beschwörungsritual, das extrovertiert angelegt ist und durch die Zerlegung von Tierkörpern, durch Blutmalerei und im Wege wohl überlegter Arrangements von Kadaverteilen die Herstellung von totemähnlichen Gebilden anstrebt. Durch den Einsatz religiöser Symbolik und Formensprache sucht Nitsch die Körperkunst in einen kulturellen Überbau zu stellen, der ihr den Rang eines Gesamtkunstwerks ermöglichen soll. Opferungsrepräsentationen, orgiastische Anmaßung und wohlüberlegte Kompositionen sollen archetypische Konstellationen des Menschseins evozieren – Unterwerfung, Macht, Ordnung, Exzess und Theologie, aber auch Befreiung und Erlösung. Nitschs Bilder, die das christlich-katholische Bildererbe zitieren und damit auf ein österreichisches Langzeitgedächtnis rekurrieren, zielen auf einen Kosmos jenseits klarer Schemata von Gut und Böse, der den Betrachtern Möglichkeiten der Identifikation, Integration und Verschmelzung anzubieten scheint.[48]

Öffentlichkeitswirksame Akte als Kunstproduktionen zu setzen, gehörte – wie eingangs schon angedeutet – zur intrinsischen Logik des Wiener Aktionismus. Das »Fest des psychophysischen Naturalismus« im Juni 1963 war als Protestveranstaltung gegen den offiziellen Wiener Festwochenbetrieb gedacht und sollte seine bürgerliche Erstarrung öffentlich bloßlegen. Hermann Nitsch zertrümmerte dabei einen Spiegel, um dann begleitet von der Musik von Anestis Logothetis mit einem Eisenhaken auf ein gehäutetes Lamm einzuschlagen; und Otto Muehl wollte aus einer Wohnung eine Kredenz auf die Straße werfen. Beide Künstler wurden dafür zu 14 Tagen Arrest verurteilt. 1965 absolvierte Günter Brus seinen »Wiener Spaziergang« und schritt mit weißer Farbe bemalt und in Körper- und Gesichtsmitte mit einer schwarzen Linie markiert über den Wiener Heldenplatz, was ihm eine kurzfristige Festnahme durch die Polizei einbrachte. Am 7. Juni 1968 fand schließlich das legendäre teach-in »Kunst und Revolution« im Hörsaal 1 des Neuen Institutsgebäudes der Wiener Universität statt, das den Höhepunkt der aktionistischen Bewegung in Wien, aber auch deren Ende bedeutete. Michael Jeannee, ein Reporter der Boulevardzeitung Express, schrieb darüber einen hetzerischen Artikel unter dem Titel »Sex-Orgien radikaler Studenten« und löste einen öffentlichen Skandal aus, der den Protagonisten der Aktionen, Günter Brus und Otto Muehl, längere Haftstrafen einbrachte und in der Folge viele Vertreter des Aktionismus ins deutsche Exil vertrieb. Jeannee schrieb:

> *Ein Zufall (ob ein glücklicher oder nicht, vermag ich nicht zu sagen) war es, der mich Freitag abend in den Hörsaal I führte. Meine Zeitung hat mich nicht hingeschickt. Niemand schaffte mir, darüber zu berichten. Trotzdem tue ich es. So schwer es mir auch fällt. (…) Das muß das Einsatzzeichen für*

weitere Protagonisten gewesen sein, die – husch, husch – hereinspringen, allesamt nackt, ebenfalls auf das Pult hüpfen. Inzwischen hat der »Blutige« sich umgedreht und seine Notdurft verrichtet. Auf das Pult. Auch die fünf. Als die fünf Nackten fertig sind – der Blutige hat sich auf das Pult gelegt und befriedigt sich selbst – erscheint ein weiterer Hauptdarsteller: ein vermummter Bursche mit nacktem Oberkörper. (...) Der Vermummte hat nicht umsonst gewartet: Einer mit rotem Bademantel stellt sich vor ihm auf, schwingt einen breiten Ledergürtel und – klatsch, klatsch, klatsch ... Nach zehn Minuten ist der Rücken des Vermummten blutig rot geschlagen und er selbst glücklich. Weiter geht's: Allgemeines Notdurftverrichten – groß und klein. – Absingen der Bundeshymne und des »Gaudeamus igitur«. Oswald Wiener spricht und zeichnet. Der Selbstbefriediger steht auf und erbricht sich. Der Masochist humpelt von dannen. Die fünf Nackten trinken Bier. Plötzlich ist der Spuk vorbei, nach etwa einer halben Stunde.[49]

Was sich aus heutiger medienironischer Sicht fast wie eine Persiflage der Aktion liest, lieferte im damaligen Zeitklima Zündstoff für offene Menschenhatz und die Denunziation all dessen, was als kritisch, links und avantgardistisch eingestuft wurde. Im Zuge der Uni-Aktion und des Gerichtsprozesses gegen Muehl und Brus titelte die Tagespresse Aussagen wie: »Die Polizei jagt nun die Teilnehmer der Sex-Orgie«, »Uni-Ferkel sind keine Studenten«, »Endlich die Uni-Ferkel verhaftet«, »Uni-Skandal: Ins Gefängnis mit den obszönen Rowdies« und »Ferkel-Prozeß: 6 Monate für Brus, 4 Wochen für Muehl«.[50] Der Wiener Aktionismus, der heute als eigenwilliger Beitrag Österreichs zur internationalen Revolution von 1968 und als besondere Leistung innerhalb der die Welt durchziehenden Fluxus- und Happeningbewegung anerkannt wird,[51] wirkte damals wie ein Lackmustest der gesellschaftlichen Verhältnisse. Seine Inszenierungen provozierten jene politischen und kulturellen Kräfte, unter denen eine junge, im Vergleich zur Elterngeneration besser ausgebildete Generation in den 60er-Jahren am meisten litt. Sie litt zum einen an einem provinziellen, rückwärtsgewandten Katholizismus, dem das Predigen einer Doppelmoral vorgehalten wurde, und zum anderen an jenen ehemaligen Nationalsozialisten, die unter dem Deckmantel einer neuen politischen Orientierung in den Mittelschulen, den Gerichten und an den Hochschulen ihre Weltanschauung nach wie vor offensiv vertraten. Antisemitismus war eine geläufige, selbst an den Universitäten geduldete Haltung, wie die Affäre um den NS-Sympathisanten Hochschulprofessor Taras Borodajkewycz zeigte, in deren Verlauf während einer studentischen Demonstration gegen Borodajkewycz *(Abb. 151)* der ehemalige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger tödlich verletzt wurde (März 1965). In vielen Politikbereichen, in der Bildungspolitik, in der Familienpolitik, in der Justizpolitik und in der Kulturpolitik, herrschte Stagnation und ein kaum kaschierter Unwille zur Reform.

Selbst die öffentliche Anerkennung der ersten Wiener Moderne von 1900 musste erst gegen vielfältige Widerstände durchgesetzt werden: Freuds Theorie der menschlichen Sexualität galt als verwerflich, Gustav Mahler wurde aus antisemitischen Gründen im Musikbetrieb marginalisiert und die künstlerische Avantgarde des Fin de



Abb. 151: Studentische Demonstration gegen den Hochschulprofessor Taras Borodajkewycz, März 1965.

Siècle (Egon Schiele, Gustav Klimt) unterlag einem generellen Pornographieverdacht, dem subkutan das Nazi-Stigma der »entarteten Kunst« beigemengt war. Der vielfach ungenügende Zeitgeschichteunterricht an den Schulen behinderte eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte und die massive »Vertreibung der Vernunft« aus den Hochschulen und den Kultureinrichtungen durch die Nazis zeigte mitunter verheerende Spätfolgen im Fächerkanon und Forschungsprofil der Universitäten, wodurch die Entwicklung einer zeitgenössisch-avancierten Sozial- und Geisteswissenschaft blockiert wurde. Erst recht hatte es die künstlerische Avantgarde schwer, einen Platz für sich zu beanspruchen und Impulse zu setzen, deren Wirkung über enge Zirkel hinausreichen würde. Bis Anfang der 1970er-Jahre litt die Kunst- und Kulturszene Wiens an den Folgen der großkoalitionären Machtteilung im Staat und am konservativen Meinungsmonopol in den Medien und in den kulturellen Institutionen. Eine lebendige Szene urbaner Kultur und Subkultur existierte in der Stadt nur ansatzweise bzw. im »Untergrund«.

Rolf Schwendter setzt für das Jahr der Studentenbewegung 1968 in Wien noch keine kulturelle Zäsur an, sondern sieht diese erst acht Jahre später in der Besetzung des Auslandsschlachthofs von Sankt Marx realisiert. Zwar hatten »mikrologisch«



Abb. 152: Abbruch des Auslandsschlachthofes St. Marx; an der Wand die Beschriftung »Arena Filmpalast«, 1976.

verschiedene Bewegungen und Faktoren dem »Aufbruch aus der Provinz« eine symbolische Unterlage geschaffen und damit Vorarbeit geleistet – das kritische Kabarett der Gruppenkonstellation Merz, Qualtinger, Bronner, Kreisler und Wehle, kritische Medien wie Volksstimme, Forum und profil (1970 von Oskar Bronner gegründet) sowie die allmähliche internationale Anerkennung von subkulturellen Projekten wie der Wiener Gruppe, dem Wiener Aktionismus, von 1966 Zock (einem spin-off der Aktionisten) und dem Grazer Forum Stadtpark –, doch richtig manifest wurde der allmählich sich vollziehende Wandel des Zeitgeistes erst mit der Arena-Bewegung. 1968 war nach Schwendters Dafürhalten für Wien und Österreich kein Schlüsseljahr, wohl aber richteten sich in diesem Jahr die Hoffnungen vieler unabhängiger Gruppierungen auf tief greifende Veränderung der Gesellschaft »wie lange nicht zuvor – und auch nicht danach. 1968 war kein Jahr der Zäsur. Aber es war das Jahr der Transversale.«[52]

Am 27. Juni 1976 findet im Rahmen der letzten Veranstaltung der alternativen Festwochen, der »Arena '76«, dem Konzert der Musikgruppe »Schabernak« und dem anschließenden Abschlussfest mit den »Schmetterlingen« die Besetzung des Auslandsschlachthofes Sankt Marx *(Abb. 152)* statt. Dieses Ereignis geschah überraschend und

war vom Festwochenveranstalter Gemeinde Wien in dieser Form und öffentlichen Resonanz nicht vorhergesehen worden. Eine Woche zuvor hatte eine Architektengruppe von der Akademie der Bildenden Künste in einem Flugblatt dazu aufgerufen, die nach dem Ende der Festwochen vorgesehene Schleifung des Schlachthofgeländes zu verhindern, und das Motto ausgegeben »Der Schlachthof darf nicht sterben«. Eine Unterschriftensammlung begann, der sich schließlich 70.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner anschließen sollten. Am Abend des 27. Juni fand parallel zur Festwochenveranstaltung im Schlachthof ein Antischleifer-Fest am Naschmarkt mit Rockgruppen statt, wobei die Losung ausgegeben wurde, dass die Anwesenden zum Abschlussfest in die Arena kommen sollten. Hunderte Autos tauchten schließlich dort auf und im Hof vor der mittlerweile durch die Polizei gesperrten Halle versammelten sich nach der Vorstellung 700 Leute, die über weitere Maßnahmen diskutierten. Trotz Einschüchterung seitens der Polizei, die die »Rädelsführer« auf Seiten der Architektengruppe ausfindig zu machen versuchte, blieben rund 100 Personen bis in den frühen Morgen auf dem Gelände und übernahmen kollektiv die Verantwortung für die beginnende Arena-Besetzung. Am Montag fand eine erste Pressekonferenz der Besetzerinnen und Besetzer statt, und am Dienstag konnten ca. 2.000 Personen einem Konzert der »Schmetterlinge« beiwohnen, ohne dass die Polizei eingriff. In den Nächten zuvor hatten Aktivistinnen und Aktivisten bereits begonnen, im Schlachthof zu übernachten, um den Abbruch zu verhindern.[53] So begann eines der wichtigsten Experimente urbaner Gegenkultur im Wien der Nachkriegszeit. In den folgenden drei Monaten bis zur Beendigung der Besetzung Ende September entfaltete sich dort eine bislang ungekannte Mischung von gesellschaftspolitischen, medialen und kulturellen Aktivitäten. Dabei artikulierte sich zum einen eine politisch-kulturelle Bewegung, die alternative Lebensmodelle unter Einschluss der jüngst entstandenen Frauenbewegung erproben wollte, und zum anderen ein Widerstand gegen die offensichtlichen sozialen und symbolischen Entmischungstendenzen im städtischen Raum. Die zunehmende Auflösung von gewachsenen Lebenswelten durch den Bau von Einkaufszentren und großen Wohnsiedlungen sowie die damit einhergehende monofunktionale Nutzung von Stadtarealen bei gleichzeitiger Verödung einzelner Quartiere wurden von den Aktivistinnen und Aktivisten als eine Bedrohung existentieller Lebensinteressen und als ein Hindernis für die gerade an der städtischen Peripherie zu leistende Kulturarbeit interpretiert. Ihr Projekt war dagegen darauf abgestellt, den Arbeiterquartieren eine eigene symbolische und alltagskulturelle Identität zu ermöglichen. Auf dem Arena-Gelände entstand für einen Sommer lang nicht nur eine diffuse gegenkulturelle Konstellation, sondern gleichsam eine »Stadt in der Stadt« – ein alternativ-urbanes Projekt mit eigenem Kinderhaus, einem Frauenhaus, einer Großküche, einem Teehaus, einer Reparaturwerkstätte und einem groß angelegten Kulturprogramm. An über hundert »alternativen« Spieltagen traten Rockgruppen, Theatergruppen, Literaten und der in Wien verbliebene Rest des Zirkus Grand auf, dessen Direktor kurz zuvor verstorben war. Stars der internationalen Musikszene wie

Leonard Cohen statteten der Arena Solidaritätsbesuche ab. Während dieser drei Monate wurden rund 200.000 Besucherinnen und Besucher gezählt, was die Besucherzahlen der Festwochen deutlich übertraf. Trotz der immensen Dichte und Qualität des Veranstaltungsprogramms und der basisdemokratischen Orientierung der Arena-Bewegung war die Frontstellung gegen die massiven wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde Wien in Gestalt der WIBAG (Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft) auf Dauer nicht zu halten. Ende September 1976 war die Bewegung am Ende, am 11. Oktober wurde das Gelände geräumt, die Gebäude geschleift und das Grundstück an einen Textilimporteur verkauft. Als Kompromiss überließen die Gemeindeverantwortlichen den Besetzern das kleinere Areal des Inlandsschlachthofes, wo sich in den folgenden zwei Jahrzehnten die »neue Arena« als ein kommerziell geführtes Zentrum der neuen Musikszenen (Punk, New Wave) etablieren konnte. Der Preis für die Verstetigung eines als gesellschaftskritischer Entwurf begonnenen kulturellen Experiments war freilich die Professionalisierung von Kultur als Kulturunternehmen, die nichts mehr mit dem Enthusiasmus und dem ausgeprägten Gefühlsengagement der alten, selbst verwalteten Arena-Bewegung gemein hatte.[54]

Neue Zeiten

Seit Ende der 1970er-Jahre zeigten sich in Wien erste Anzeichen eines tiefer gehenden sozialen und kulturellen Wandels, der ein Doppeltes anzeigte. Zum einen zeigte sich das allmähliche Ende jener »zweiten« Moderne, die sich in Wien im Zuge des Wiederaufbaus architektonisch, stadtkulturell und stadträumlich als Überwindung der Kriegsschäden und als ein Gleichziehen mit westlichen Lebens- und Konsumstandards etabliert hatte. Und zum anderen wurde ein international wirksamer Trend sichtbar, der die Kultur der Metropolen über eine tief reichende Veränderung von Konsum- und Lebensstilen neu codierte und neu konstituierte. Diese Entwicklung stellte die fordistische Grundlage der urbanen Ökonomien infrage, die im Wesentlichen das Wirtschaftswachstum in den 1960er und 1970er-Jahren gefördert hatte. Der Fordismus hat erfolgreich spezialisierte industrielle Massenproduktion und Vollbeschäftigung mit Massenkonsum gekoppelt und einen historisch bisher ungekannten Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit im Wege institutionalisierter Lohnverhandlungen hergestellt (Sozialpartnerschaft). Dieses System wurde auf gesamtstaatlicher Ebene durch eine gezielte Stimulierung der Nachfrage und durch wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen stabilisiert (Austro-Keynesianismus). Wien konnte auf dieser Basis trotz seiner zweifachen Randlage (in Ostösterreich und am Eisernen Vorhang gelegen) Standortvorteile lukrieren und eine beträchtliche wirtschaftliche Agglomeration herstellen, die durch die Industrieproduktion und die Absatzmärkte im ländlichen Umfeld und durch einen hohen Anteil eines marktentkoppelten Tertiärsektors (Kammern, Ministerien, sozialstaatliche Verwaltungseinrichtungen etc.) gefördert wurde.

Im Verlauf der 1970er-Jahre geriet das fordistische Regulationssystem bedingt durch den Ölpreisschock, die verschärfte weltweite Konkurrenz und die forcierte Liberalisierung der Kapitalmärkte (Zerfall des Weltwährungssystems von Bretton Woods) sowohl auf nationaler wie auch auf regionaler bzw. städtischer Ebene unter Druck. Zwar konnten antizyklische Konjunkturmaßnahmen der Regierung und zum kleineren Teil der Gemeinde Wien, die die Arbeitsmärkte und damit die Konsumnachfrage stützen sollten, diese internationale Entwicklung verlangsamen, aber letztlich nicht aufhalten. Es gelang zwar, die Beschäftigtenanzahl in Wien bis 1977 zu steigern, aber im Umfeld des zweiten Ölpreisschocks von 1979 war die öffentliche Verschuldung bereits so stark angewachsen, dass keinerlei Spielraum für massive staatliche Lenkungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes mehr gegeben war. Mit Beginn der 80er-Jahre entwickelte sich eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die trotz Einführung neuer Produktionsmethoden und Produkte und trotz der Ostöffnung im Jahr 1989 nicht mehr rückgängig zu machen war. Seit 1981 ist in Wien die Arbeitslosenquote (1,5 %) – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – kontinuierlich angestiegen und hat sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau von 7–8 % verfestigt.

Es machte sich mit einem Wort eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konstellation bemerkbar, die in der wissenschaftlichen Literatur als Übergang von einer fordistischen zu einer postfordistischen Regulationsweise der Ökonomie debattiert wird.[55] Es ist zwar nach wie vor umstritten, ob die neuen Systeme der Produktion und des Marketings, der beruflichen Mobilität und der Flexibilität und die damit einhergehenden Änderungen von Konsumpraktiken und Lebensstilen tatsächlich ein qualitativ neues Akkumulationsregime konstituiert haben. Ein Akkumulationsregime ist ein zumeist über einen längeren Zeitraum hin angelegtes, stabiles Ordnungsgefüge, also eine soziale und ökonomische Konstellation, die eine vergleichsweise ungestörte Vermehrung eingesetzten Kapitals erlaubt und historisch gesehen meist zwischen zwei Strukturkrisen eingebettet ist. Stadtsoziologische Arbeiten wie die von David Harvey[56] lassen jedoch die Annahme zu, dass die fordistischen Grundlagen der städtischen Wirtschaft durch ein System flexibler Kapitalakkumulation abgelöst wurden. Die Wertschöpfung ist nun nicht mehr länger auf die Masse angelernter Industriearbeiterinnen und -arbeiter angewiesen, sondern benötigt vor allem hoch qualifizierte Arbeitskräfte und Spezialisten. Neben die Massenproduktion, die zunehmend aus Hochlohngebieten abwandert, treten kleinere, spezialisierte Produktionseinheiten, die mittels neuer Technologien hochwertige Güter für spezifische Kundenbedürfnisse herstellen und auf Nachfrageschwankungen flexibel reagieren können. Zugleich kommt es zu einer Aufwertung des Dienstleistungssektors, wobei es auch hier darum geht, mittels avancierter wissenschaftlicher Expertise hochwertige Dienstleistungen wie EDV- und Finanzdienstleistungen, Logistik, Design, Werbung und Medienangebote bereitzustellen. Die Transformation des Fordismus ruht im Wesentlichen auf der Einführung und dem umfassenden Einsatz neuer, Mikrochip-basierter Technologien, der Veränderung in der Struktur und Zusammensetzung der Arbeitsmärkte (von einer

männlich dominierten Vollzeitbeschäftigung in Richtung einer weiblich dominierten Teilzeitbeschäftigung) und auf dem Wandel der Unternehmensstrukturen in Richtung flexiblerer Organisation und netzwerkartiger Gliederung. Die Wachstumslogik dieser flexiblen Form der neuen Kapitalakkumulation beruht im Wesentlichen darauf, dass gut ausgebildete Experten neuestes Wissen und komplexe Technik zur Schaffung maßgeschneiderter Lösungen und Produkte einsetzen und die daraus resultierenden Produktivitätszuwächse als höhere Einkommen an eine vornehmlich mittelständische Klientel weitergegeben werden.[57]

Eine Studie der Arbeiterkammer über die Entwicklung von Arbeitsstätten und Beschäftigten in der Agglomeration Wien konstatiert einen massiven Bedeutungsverlust der Sachgüterproduktion und des sekundären Sektors sowie eine zunehmende »Tertiärisierung« der Ökonomie. So gab es in den Kategorien Energie- und Wasserversorgung einen Arbeitsstättenverlust von 34 %, in der Kategorie Verarbeitendes Gewerbe und Industrie von 27%. Kompensiert wurden diese Verluste durch Zugewinne im Bereich Geld- und Kreditwesen, Privatversicherung, Wirtschaftsdienste um 23 % und im Bereich der persönlichen, sozialen und öffentlichen Dienste um 16 %. Die Konservierung alter Produktionsstrukturen und traditioneller Fertigung mit hoher Kapital- und Arbeitsintensität sei, so die Studie, unter diesen Bedingungen weder möglich noch erstrebenswert. Der Trend verlaufe vielmehr in Richtung einer flexiblen Fertigung, in der Sachgüterproduktion und Dienstleistungen in einer neuen Arbeitsteilung miteinander verbunden sind. Eine ergänzende Studie aus dem Jahr 1998 bestätigte diese Befunde. Ehemals »geschlossene« Arbeitsmärkte seien in Auflösung begriffen, die Zahl der sicheren Arbeitsplätze sinke, Arbeitsbedingungen und Entlohnung hätten sich verschlechtert, Qualifikation hänge nicht mehr allein vom Ausbildungsniveau ab, sondern umfasse auch Eigenschaften wie räumliche, zeitliche und einkommensmäßige Flexibilität. Bis dato gültige, wenngleich auch nicht niedergeschriebene »Vereinbarungen« hinsichtlich lebenslanger Arbeitsplatzsicherheit und stetig steigender Einkommen seien vielfach aufgebrochen.[58]

Mit dieser tief greifenden Transformation in den Funktionsweisen spätmoderner Ökonomien geht ein fundamentaler Werte- und Normenwandel einher, d. h. ein tendenzieller Zusammenbruch von Werten wie Solidarität und des sozialen Zusammenhalts zu Gunsten einer individualisierten und fragmentierten Welt ausdifferenzierter Geschmackskulturen und konsumbestimmter Lebensstile. Gegenüber dem stabilen, um das Paradigma der Erwerbsarbeit zentrierten Wertekanon der fordistischen Moderne tritt das Flüchtige, Ephemere, sozial Indifferente und Kontingente spätmodernen Lebens in den Vordergrund, und ein konkurrenzgeleiteter Individualismus, der gleichermaßen leistungs- wie genussorientiert ist, gewinnt als Idealtypus die Oberhand. Es verändern sich durch diese Transformation jedoch nicht nur die Strukturen der Erwerbsarbeit, sondern auch die Zeit- und Subjektdimensionen der Menschen. Richard Sennett[59] hat darauf aufmerksam gemacht, dass es zwar ein Merkmal der fordistischen Regulation gewesen sei, die Menschen in ein ehernes

Gehäuse von bürokratischen Strukturen einzubinden, das den Gebrauch der Zeit rationalisierte, ihnen aber auch über die Trennung von Arbeit und Freizeit Freiheiten einräumte. Innerhalb dieser Strukturen sammelten sich, materiell und psychisch, die Erfahrungen der Menschen und formten klare Biographien. Das Leben wurde so als lineare, kumulative Erzählung verständlich und die Menschen hatten das Gefühl, Autor ihres Lebens zu sein, woraus sie ein hohes Ausmaß an Selbstwert und Identität ableiten konnten. Der gegen die fordistische Arbeits- und Lebensordnung gerichtete, auf umfassende Flexibilität und Mobilität abgestellte Wandel zielt hingegen auf die völlige und unwiderrufliche Veränderung von Institutionen des Privaten und Öffentlichen und unterwirft alle Lebensbereiche einer ökonomischen Ordnung, die kurzfristig, flexibel und unvorhersehbar angelegt ist, sodass traditionell gekannte Verbindungen von Gegenwärtigem und Vergangenem obsolet werden. Übrig bleibt eine »totale« Fixierung auf die Gegenwart, deren Identitätsangebot auf Konsumversprechen ruht.

Die der postmodernen Konstellation innewohnende Verselbstständigung des kulturellen Feldes gegenüber der Politik und die tendenzielle Verwandlung von Kultur in Konsumkultur hatten sich in Wien ironischerweise in Gestalt eines bürgerlichen Gegenprojekts zum sozialdemokratisch regierten Rathaus schon vor dem eigentlichen Wandel der Ökonomie artikuliert. Nach dem Auszug der ÖVP aus der Stadtregierung im Jahr 1973 postulierten Jörg Mauthe und Erhard Busek ein »bürgerliches Credo« der Re-Urbanisierung der Stadt. Ihnen ging es darum, mittels einer Alltags- und Grätzelkultur, die die Kommunikationsdichte vormoderner Urbanität wiederherzustellen suchte, einen sinnlich erfahrbaren, an Überschaubarkeit und »Intimität« orientierten Begriff von Stadt wiederzugewinnen und im Wege kultureller Veranstaltungen im öffentlichen Raum (Dichterlesungen, Kabarett, Diskussionsveranstaltungen) durchzusetzen. Ohne es wahrscheinlich beabsichtigt zu haben, formulierte jedoch die ÖVP mit den Wiener Stadtfesten (ab 1978) und der Quartierkultur ein politisches Projekt, das mit einer postmodernen Stadtentwicklung bestens vereinbar ist – nämlich die Festivalisierung und Theatralisierung der Stadt und die instrumentelle Nutzung von Stadtkultur als Konsum- und Legitimationsstrategie.[60] Was die ÖVP als einen durchaus regressiven Gegenentwurf zum Mängelkatalog der zweiten Moderne – zu Verkehrsüberlastungen, bürgerfeindlichen Entgliederungen des Stadtraums und Monofunktionalisierungen wesentlicher Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeit, Freizeit und Konsum – begonnen hatte, entwickelte sich, moderiert durch die Kommunalpolitik von Bürgermeister Helmut Zilk, zu einer folgenreichen Transformation des städtischen Raums. Dieser wurde in einen durch Medienlogiken, Lifestyle-Zeichen und Konsummarken bestimmten Ereignisraum überführt, der die Erlebnisgesellschaft,[61] aber nicht die lebensweltlichen Bedürfnisse der »normalen« Leute bedient. So konnte gleichermaßen den heimischen Konsumenten wie auch den internationalen Touristen die Stadt als Marke bzw. Corporate Identity und als ausdifferenzierte »Konsumlandschaft« angeboten werden. Ausgehend von den Stadtfesten *(s. Abb. 140,*

S. 629) der ÖVP wurde eine offensive Event-Codierung des Stadtraums im Wege von Donauinselfesten, spektakulären Festwochenveranstaltungen, Silvestermeilen, Adventmärkten, Eis-Träumen und Kino-Sommern auf dem Rathausplatz vorangetrieben. Dieserart wurde die Stadt als »fiktives Gesamtunternehmen« neu definiert und der Rahmen dafür geschaffen, Stadtkultur als »postmoderne« Konsumoberfläche zu inszenieren, um so Wien in der emergenten, neuen mitteleuropäischen Städtekonkurrenz positionieren zu können.

Diese »Revolution« der kulturellen Sphäre betraf freilich nicht nur Wien allein, sondern reflektierte vielmehr einen breitflächigen Prozess, der sich international durchsetzte, und hinter dem, wenn man Eric Hobsbawm[62] folgt, eine gewaltige Transformation steht, die sich Ende der 60er-Jahre ankündigte und schließlich in den 80er-Jahren voll zum Ausdruck kam – nämlich die Ablehnung des Modernismus und die Hinwendung zum Postmodernismus. Parallel zum Siegeszug der Naturwissenschaften und Technik hatte der Modernismus des späten 19. Jahrhunderts die Möglichkeit revolutionärer Veränderungen in der Kultur und in den Künsten behauptet. Er war davon ausgegangen, dass Avantgarden, Künstlerinnen und Künstler, Architektinnen und Architekten sowie Schriftstellerinnen und Schriftsteller durch radikale Antikunst ein Gegenprojekt zur bürgerlich-viktorianischen Welt schaffen konnten, das in sich ein utopisches Potential der Gesellschaftsveränderung enthalten würde. Dieser radikale Impuls, der im (Mittel-)Europa der Zwischenkriegszeit eine Blüte der Künste und des intellektuellen Lebens bewirkte und in der Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg den intellektuellen Treibstoff der zweiten Moderne bildete, kam in den 1980er-Jahren an sein Ende. Zwar nahm die Postmoderne ihren Ausgang in der Architektur, als etwa der berühmte amerikanische Architekt Philip Johnson seine Wolkenkratzerbauten mit Chippendale-Giebeln ornamentierte und dieserart die Zweck-Form-Koppelung urbaner Architektur karikierte, sie blieb jedoch nicht auf das Bauen beschränkt, sondern erstreckte sich auf alle Bereiche des Kulturellen. Die Postmoderne richtete sich nicht nur gegen den Funktionalismus in der Architektur, gegen Bauhausstil und Le Corbusier, sie stellte generell allgemein verbindliche Kriterien der kulturellen und künstlerischen Produktion zu Gunsten eines radikalen Dekonstruktivismus und Relativismus infrage. Der Postmoderne vorausgegangen war zudem die massive Einwanderung von Marktkriterien in die Sphäre des Symbolischen und damit die Unterwanderung des avantgardistischen Projekts einer Antikunst durch das Projekt einer universalisierten Massenkultur des Popularen und Geschmäcklerischen.

Standen in den 80er-Jahren noch ökologische und demokratiepolitische Fragen auf der Agenda der Kommunalpolitik, die sich aus der Wohlstandsakkumulation breiter Gesellschaftsschichten seit 1945 ergaben, traten mit den Umbruchsjahren 1989/90 wieder stärker materielle und verteilungspolitische Fragen in den Vordergrund, welche die Identität der Stadt und ihrer Bewohner reformulierten. Die verschärften ökonomischen Auseinandersetzungen auf globaler Ebene bewirkten eine Neudefini-

tion urbaner Ökonomien und stadtpolitischer Zuständigkeiten. Bedingt durch sinkende Steuereinnahmen und den anhebenden »Standortwettbewerb« der Regionen und urbanen Ballungszentren begannen die Kommunen sich als »Unternehmen« zu verstehen und ihre Budgetentscheidungen an Investitions- und Ertragskriterien auszurichten. Gefragt war nun nicht mehr allein eine hinreichende Verwaltungseffizienz städtischer Aufgaben, sondern die gezielte Herstellung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, das sowohl Betriebsansiedlungen wie dem Tourismus förderlich sein würde. Neben infrastrukturellen Interventionen in Technologie, Kommunikation und Ausbildung, die Standortvorteile herstellen sollen, spielt für Städte wie Wien in dieser neuen Konstellation die »Kulturalisierung« der Ökonomie eine entscheidende Rolle. Diese verwandelt »gewachsene« Traditionen der kulturellen Stadtgestalt wie z. B. Musik, Theater, Kunst, Museen und Architektur durch die Transformation von symbolischem Kapital in materielle Produktivkräfte und erzeugt dieserart – mittels avancierter Management- und Marketingverfahren – Einkommen, Konsum und Steuerleistungen. Freilich musste dies nicht völlig neu entwickelt werden, da die Fremdenverkehrswirtschaft schon zu Ende des 19. Jahrhunderts vor allem das musikalische Erbe der Stadt als Werbebotschaft und »Markenartikel« instrumentalisiert hatte und somit auf eine bereits etablierte Identitätszuschreibung und Außenwirkung zurückgegriffen werden konnte.

Die Kulturalisierung der öffentlichen Sphäre war jedoch nicht nur ein Resultat wirtschaftlicher Überlegungen, sondern auch eine Antwort auf die Erosion überbrachter kleinteiliger und über traditionelle Milieus begründeter Beziehungsnetze. Nachdem die Nachkriegs- bzw. Aufbaujahrzehnte eine sukzessive Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich gebracht hatten, wurden in den 80ern und 90ern die negativen Begleiterscheinungen der Wachstumsperiode deutlich: Zersiedelung, Bedeutungsverlust des Zentrums (bzw. der Zentren), Stadtflucht, anonyme Wohnghettos, Monotonie, Vereinsamung, Stress, Eskapismus. Dieser Entwicklung versuchte man von verschiedenen Seiten und mit verschiedenen Mitteln entgegenzusteuern und Kultur (wieder) als verbindendes Element zu instrumentalisieren. Charakteristisch für die Kulturinitiativen im öffentlichen Raum in den 80er und besonders in den 90er-Jahren sind »große Projekte«, die einerseits aus »gewachsenen Strukturen«, also sukzessive, entstanden sind (wie etwa das Donauinselfest, siehe unten) oder von politischen Instanzen beschlossen bzw. »top-down« realisiert wurden. Die Spaltungen und Fragmentierungen spätmodernen Stadtlebens sollten durch Festivals bzw. kulturelle Großveranstaltungen überwunden und auf diese Weise neue Perspektiven direkter Kommunikation und sozialer Austauschbeziehungen hergestellt, öffentliche Plätze wieder belebt und kollektive Stadträume »zurückerobert« werden. Es ging darum, per bewusster Konstruktion und Intervention urbane Orte wieder als Orte der »Civitas«, eines »stadtbürgerlichen« Zusammenlebens unter den Bedingungen einer medial- und konsumbestimmten Öffentlichkeit zu etablieren.[63] Symbolpolitisch trat hierbei auch eine neue Legitimationsstrategie der Kommunalpolitik zutage, die

mehr sein wollte als »Linienverwaltung« und im Wege aufsehenerregender, medial aufbereiteter Massenevents handfeste »Ergebnisse« vorweisen, »Handlungskompetenz« demonstrieren und positive »Aufbruchsstimmung« signalisieren wollte. Die Wiener Festivals – von volkstümlichen Massenspektakeln bis zu popularisierten »high culture«-Events – sind freilich weit mehr als »circenses«. Unzählige Institutionen – öffentlich, semi-öffentlich und privat – sind mit neuen Formen des »Kulturmanagements« befasst. Für die Stadtbevölkerung, aber insbesondere für den Städtetourismus, soll die Festivalisierung des städtischen Raums, die bewusste Inszenierung von »Stadtkultur« einen unübersehbaren Anziehungspunkt bilden, der positive soziale (Identifikation, Unverwechselbarkeit) und ökonomische (u. a. Etablierung von »creative industries«) Resultate zeitigt. Siegfried Mattl spricht in diesem Zusammenhang von der Herausbildung von Schwellenräumen (»liminale Räume«):

Die Politik in Wien hat sich von der architektonischen, stadtlandschaftlichen und sozialen Repräsentation der Klassen weiterentwickelt zur Produktion von »liminalen Räumen« – von Konsumtionsräumen, in denen »legitimierte und kontrollierte Unterbrechungen von Routinen des Alltags« möglich, und – für ein fiktives »Gesamtunternehmen Stadt« – ökonomisch verwertbar sind. Zwischen Stadtfesten, Donau-Inselfest, Silvestermeile, Adventmarkt, Open-Air-Kinosommer, Weltbazar und Eis-Traum am Rathausplatz schrumpft der städtische Raum in Wien seit Beginn der 1980er-Jahre zu einem Mega-Erlebnisraum. Das besondere daran ist, daß in Wien die ganze Stadt zum »liminalen Raum« freigegeben wird, während in anderen Städten spezialisierte Gebäudekomplexe (wie Arkaden und shopping-malls) diese Aufgabe übernehmen.[64]

Die Festivalisierung des öffentlichen Raums und die Inszenierung einer Spektakelkultur für die Massen haben in Wien eine Tradition, die weit zurückreicht. Sie ist mit vormodernen Formen popularen Vergnügens verbunden wie zum Beispiel dem vormärzlichen Brigitta-Kirtag, wie ihn Franz Grillparzer in seiner Novelle »Der arme Spielmann« so trefflich beschrieben hat.[65] Es waren zunächst, welche Ironie der Geschichte, die Kommunisten, die bereits unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg diese frühen massenkulturellen Wiener Traditionen wieder aufgriffen und auf der Jesuitenwiese im Wiener Prater neu in Szene setzten. Begonnen hatte es mit dem ersten Geburtstagsfest der »Volksstimme« im August 1946 vor 60.000 Besuchern im Wiener Stadion mit Turnvorführungen, circensischen Darbietungen und einem Auftritt des Rotarmistenensembles. Gerade »in unserer Zeit der Swing-Schlurf-Tänze«, schrieb die Volksstimme am 13. August 1946, sei dieses Ensemble »ein wunderbares Zeugnis echter Volkskunst«. Zum Abschluss gab es noch ein Fußballspiel zwischen der Vienna und dem SK Kladno, das ganz im Sinne des proletarischen Internationalismus mit einem Unentschieden endete.[66] Mit Sport, Volkskunst und prominenten Stargästen hielt man es auch weiterhin, als in den Prater übersiedelt wurde und eine Unzahl von freiwilligen Helfern in oft wochenlanger Arbeit eine jährlich größer werdende »Feststadt« errichtete. Mit Maria Andergast, Fritz Eckhardt und Rudolph

Carl konnten echte Wiener Publikumslieblinge gewonnen werden, 1948 feierte der große Wiener Liederkomponist und Interpret Hermann Leopoldi vor gut 100.000 begeisterten Fans seinen 60. Geburtstag. Leopoldi war von den Nazis nach Buchenwald eingeliefert und von einer jüdischen Rescue-Organisation freigekauft worden, hatte sich als Barbesitzer in New York mehr schlecht als recht durchgeschlagen und war zum ehestmöglichen Zeitpunkt wieder nach Wien zurückgekehrt.[67] Das Volksstimmefest bildet so gleichsam den Nukleus jener Spektakel- und Eventkultur, wie sie Ende der 70er-Jahre zunächst von den bürgerlich-konservativen Politikern Erhard Busek und Jörg Mauthe aufgenommen und von der Stadtregierung sukzessive in den 80er- und 90er-Jahren an internationale Trends angepasst wurde. Vor diesem Hintergrund vollzieht sich eine Entwicklung, die den Konsumismus dieser Zeit emblematisch auf den Punkt bringt – es ist die Entwicklung von der Aufführung zum Event. Die Ereigniskultur definierte sich über eine Expansion von »Veranstaltungen« zu immer größeren, medial inszenierten und vermittelten Festivals. Paradigmatisch ist der Aufstieg des Donauinselfestes von einem kleinen Kulturfest zum »Mega-Event« der Superlative *(Abb. 153)*.

Nachdem Wien immer wieder von desaströsen Überschwemmungen heimgesucht worden war (das so genannte Überschwemmungsgebiet am »transdanubischen« Ufer war nicht entsprechend dimensioniert, größere Überflutungen zu binden), die 1954 den Kaisermühlen schützenden Hubertusdamm zu erodieren drohten, fasste 1963 die Stadtregierung unter Bürgermeister Jonas den Entschluss, adäquate Schutzmaßnahmen zu ergreifen. 1973 setzte die Stadtregierung unter Bürgermeister Leopold Gratz und Planungsstadtrat Fritz Hofmann die Pläne eines Entlastungsgerinnes (dessen Nebenprodukt die »Insel« werden sollte) gegen den heftigen Widerstand der ÖVP um.[68] Auf Grund des definitiven Festhaltens an dem Projekt durch die Sozialdemokratie ging die Wiener Volkspartei in Opposition: Retrospektiv gesehen eine folgenreiche politische Fehlentscheidung, die den Niedergang der Konservativen auf Regionalebene beschleunigen sollte. Die Donauinsel entstand durch das aufgeschüttete Aushubmaterial, das die Grabung eines neuen Flussbettes (der »Neuen Donau«) zutage förderte. Das erste Teilstück zwischen Nordbahn- und Brigittenauer Brücke wurde 1983 fertig gestellt, die gesamte »Insel« 1988.[69]

Ein damaliger SPÖ-Bezirksrat von Floridsdorf, Harry Kopietz, hatte die Idee, auf dem soeben fertig gestellten ersten Teilstück der Insel zwischen Nordbahn- und Brigittenauer Brücke in Nachfolge des 1977 im Donaupark abgehaltenen »Jugendfestivals« ein »kulturelles Frühjahrsfest« zu organisieren – die »Nullnummer« des Donauinselfestes. 84 Bands und Entertainer traten auf, einige tausend Besucher waren erwartet worden, an die 160.000 Menschen waren gekommen, von ehrenamtlich tätigen Parteifunktionären und -mitgliedern sowie freiwilligen Helfern provisorisch versorgt. Das in der Folge jährlich veranstaltete Festival sollte eine egalitäre Atmosphäre herstellen: »Wir werden beweisen, dass die Donauinsel eine sozialistische Insel ist«, so der damalige SPÖ-Parteisekretär Günther Sallaberger.[70] Im Laufe der Jahre



Abb. 153: 10 Jahre Donauinselfest, 1993, Plakat.

wurde das Fest immer professioneller, größer, gigantomanischer. In mehr als zwanzig Jahren hat sich das Donauinselfest – straff organisiert und mit ungeheurem logistischem und organisatorischem Aufwand – zum größten, wohl auch erfolgreichsten Open-Air-Festival Europas gemausert (vergleichbar allenfalls mit dem – allerdings ausschließlich kommerziellen – Sziget-Festival auf der Budapester Margaretheninsel). Der jährliche, sich über vier Tage erstreckende Unterhaltungsmarathon zum Nulltarif zieht durchschnittlich 2,5 Millionen Besucherinnen und Besucher an.[71] Während der Festtage Ende Juni wird für Besucher aus allen gesellschaftlichen Schichten ein breit gefächertes Programm für (fast) jeden Geschmack angeboten, die Palette reicht von internationalen »Superstars« bis zu alternativeren Acts, von Undergroundrock bis zu Bierzeltveranstaltungen, ergänzt von Informations- und Präsentationsveranstaltungen öffentlicher Dienstleister, Hilfsorganisationen (z. B. Samariterbund) und sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen. Die Veranstalter kooperieren mit der Gemeinde Wien, Print- und elektonischen Medien.

Analog zum Donauinselfest wurde in den 1980er-Jahren eine Vielzahl von urbanen Festivitäten initiiert, die in den 1990ern weiter expandierten. Mittlerweile ist die Stadt von einer kaum noch erweiterbaren Dichte von popularkulturellen Events und

»landscapes of pleasure« überzogen. Ein Grund hierfür kann zunächst auch in einem großzügigen Förder- respektive Subventionssystem ausgemacht werden. Das Nachrichtenmagazin profil konstatiert in der Retrospektive:

Die SPÖ schloss die Avantgarde in den siebziger Jahren an den Subventionstropf des Staates an – und hatte mit dem Slogan »Kulturpolitik ist Sozialpolitik« (Fred Sinowatz) nicht nur eine ideologische Formel für sozialdemokratische Kulturpolitik gefunden, sondern später mit dem betont weltoffenen Habitus eines Kunstministers Rudolf Scholten auch den Verlust der Themenführerschaft im Ökonomischen und Politischen kompensiert: Es war die Kulturpolitik, die der SPÖ in den neunziger Jahren das Image einer modernen Partei verlieh.[72]

Wiewohl die Sozialdemokratie an einem umfassenden Fördersystem auch für die wenig etablierte off-Szene festhielt, ist gerade die von ihr wesentlich betriebene Festivalisierung des städtischen Raumes ein zentrales Indiz für den Niedergang der Avantgarden unter den Bedingungen einer universalisierten Massenkultur des Popularen und eines globalen Kommerzialisierungsdrucks. Es verdeutlicht exemplarisch die Auflösung der einst so zentralen kulturellen Kategorien von »high« und »low«, die dominante Stoßkraft des kommerzialisiert Popularen und die endgültige Durchsetzung kulturindustrieller Mechanismen unter den Auspizien einer vollends realisierten Mediengesellschaft. Die Stadtsoziologen Häußermann und Siebel:

Um im Geschrei der Massenmedien hör- und sichtbar zu bleiben zieht sich die Stadtpolitik auf zeitliche und räumliche Punkte zusammen: Festivalisierung als mediengerechte Inszenierung der Stadt. Um in den größeren Räumen von europäischer Gemeinschaft und Weltmarkt für einen internationalen Investor überhaupt sichtbar zu werden, sind höhere Türme und weiterreichende Bilder notwendig, als sie gewöhnlich eine Großstadt produzieren kann. (…) Festivalisierung also auch als Strategie der Schwächeren, denen die internationale Konkurrenz besondere Anstrengungen abverlangt, die sie nur ein Fest lang durchhalten können. Festivals werfen auch ökonomische Erträge ab. Sie bringen Investitionen und Touristen in die Stadt und damit Arbeitsplätze, Gewinne und Steuereinnahmen.[73]

Wien fügt dieser internationalen Entwicklung freilich noch eine zusätzliche Dimension hinzu. Auf Grund der Breite, der vielfältigen Genres und der überdurchschnittlichen Dichte des kulturellen Veranstaltungsprogramms in Kombination mit einer opulent entwickelten kulturellen bzw. musealen Infrastruktur präsentiert sich die Stadt nicht nur als eine kulturalisierte Ökonomie, sondern übernimmt selbst die Funktion eines Gesamtfestivals. Die Ironie dieser postmodernen Konstellation ist, dass gleichermaßen Bewohner wie Besucher der Stadt deren Politik der Inszenierung als originäre Form von Gemeinsinn wahrnehmen. Dieserart wird erfolgreich an historische Konstruktionen des »Wiener Wesens« angeschlossen, und politische Repräsentation kann als Identitätspolitik vermarktet werden.

Die Festivalisierung des städtischen Raumes wird begleitet und beeinflusst von einer Ausdifferenzierung der Stadtkultur. Diese zeigt sich zum einen in einer Pluralisierung der Kulturen in der Stadt in Richtung Jugendkultur und einer (in Wien vergleichsweise sanft verlaufenden) Multikulturalisierung und zum anderen in einer weiteren Diversifikation der Kunstszene. Ein für diese Stadt neues Phänomen war eine seit Mitte der 1970er-Jahre entstehende Jugendszene, die sich von jener der Hippies in den 1960ern und der 68er-Studentenbewegung zum Teil fundamental unterschied. Diese Szene, maßgeblich von der britischen Punk-Bewegung der späten 1970er beeinflusst, manifestierte sich anhand von Besetzungen abbruchreifer Häuser, Industriearealen (Arena) und Rasenflächen und zielte letztendlich auf die Umsetzung von autonomen Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Kunstformen ab. Während das ursprüngliche Arena-Projekt 1976 scheiterte, konnten andere Vorhaben durchaus in Kooperation mit den Stadtverantwortlichen gelöst werden (WUK – Werkstätten und Kulturhaus, Amerlinghaus). Zwischen 1979 und 1983 sahen sich die Behörden mit einer teilweise militanten Jugendkultur- und Hausbesetzerszene konfrontiert. »Die Eindämmung der Jugendbewegung und die Überführung der künstlerischen und sozialen Energien, die sich hier manifestiert hatten, in einen Attraktionspol der Stadt sind untrennbar mit dem Namen Helmut Zilk verknüpft«, schreibt Mattl.[74]

Hinsichtlich der Jugend- und Musikkultur Wiens in den 80ern sind das Entstehen und der Aufstieg einer eigenständigen und überaus erfolgreichen österreichischen Musikszene zu konstatieren. Neben teilweise bereits in den 70ern bekannt gewordenen Künstlern – u. a. Wolfgang Ambros, Rainhard Fendrich, Georg Danzer, STS etc. –, die in den 80ern ihre endgültige Etablierung (mit Schützenhilfe des Popsenders Ö3) erreichten und die unter dem Begriff »Austropop« subsumiert werden können, erreichte die »Neue Deutsche Welle«, ausgehend von der Bundesrepublik Deutschland, Wien zu Beginn der 80er-Jahre. 1980 eröffnete die Diskothek »U4« in einem Kellergeschoss des Einkaufszentrums bei der U-Bahn-Station »Meidlinger Hauptstraße« der Linie U4. Das »U4« ist untrennbar mit dem Namen Hans Hölzl alias »Falco« *(Abb. 154, S. 791)* verbunden, der mit dem Song »Ganz Wien« (ursprünglich für Stefan Webers »Drahdiwaberl« verfasst) »die stilbildende Nummer für die Verbindung von New Wave und Wiener Szene« kreierte, mittels einer minimalistischen Bass-Linie, ergänzt von einem lapidaren, schneidenden sarkastischen Text über das Schicksal (in) einer Stadt.[75] Falcos »Ganz Wien« wurde zu einer heimlichen Hymne Wiens, die das spezifische urbane Lebensgefühl der jungen Szene dieser Jahre zynisch artikulierte:

Ganz Wien
Ist heut auf Heroin

Ganz Wien
Träumt mit Mozambin (…)
Einmal wird der Tag kommen,
Die Donau außer Rand und Band,
Im U4 geigen die Goldfisch',
Der Bruno längst im sich'ren Land,
Der Hannes A, dann lernen wir
Schwimmen, treib'n tan ma eh.
Alle Teuferl weiße Gewandl,
weiß wie Schnee …[76]

Die psychodelische Vision einer Stadt im kollektiven Drogenrausch wurde vom Radio boykottiert und der Song mit Spielverbot belegt. Falco brachten Zeilen wie diese in Verbindung mit der Wiener Schule für Dichtung, auf der er später unterrichtete.[77] Der Höhepunkt des Austropops Ende der 80er-Jahre wurde von einer verstärkten Kommerzialisierung und Trivialisierung begleitet. In den 90ern orientierte sich der monopolistische Popsender Ö3 mehr in Richtung anglophoner internationaler Durchschnittspopmusik ohne Tiefgang und Charakter auf Kosten »einheimischer« Produktionen. Diskussionen, eine Quotenregelung für österreichische Musik einzuführen (wie etwa in Frankreich), fruchteten nicht. Auch das Aufkommen von Privatradios um die Jahrtausendwende änderte diese Situation nicht. Lediglich der ORF-Jugendradiosender »FM4« (gegründet 1995 als nichtkommerzielles alternatives Nachtprogramm des internationalistischen »Diplomatensenders« »Blue Danube Radio« und schließlich 1998 mit diesem zu einem ganztägigen Jugendkultur-Sender fusioniert) bot und bietet ein Forum für österreichische und spezifisch »wienerische« (Underground-)Produktionen. Entspannte Synthetik-Soundcollagen wurden in der zweiten Hälfte der 90er das Markenzeichen einer dezidiert mit Wien verbundenen elektronischen Musikrichtung, verbunden mit deren wohl berühmtesten Protagonisten »Kruder & Dorfmeister«.

Ein weiteres jugendkulturelles Phänomen, das sich insbesondere im öffentlichen Raum manifestierte, waren die Paraden der Rave-Community in der Wiener Innenstadt. Während diese in den frühen 90ern in illegalen Raves und in (legalen) Veranstaltungen in den Gasometern zusammentraf, fand 1994 die erste »Free Party« (auf der Ringstraße) statt und wurde zum jährlichen Ritual. Angemeldet als politische Demonstration, mit dutzenden Sattelschlepperzügen, auf deren »Bühnen« leistungsstarke Soundanlagen montiert waren, deren Dezibelstärke die altehrwürdigen Häuserzeilen in Schwingung versetzten, wurden explizit jugendpolitische und -kulturelle Anliegen thematisiert. Wie das große Vorbild, die Berliner Love Parade (die erste fand 1989 statt, initiiert u. a. vom Technokünstler »Dr. Motte«), war diese Veranstaltung ursprünglich alternativ und politisch, mutierte jedoch bald, unter kräftigem Einfluss finanzstarker Werbeträger und Sponsoren, zu einer kommerzialisierten Mega-Tanz-



Abb. 154: Der Sänger Hans Hölzl alias »Falco«.

parade mit zwar zehntausenden ekstatisch »ravenden« Jugendlichen, jedoch ohne nennenswerte politische Ziele. Zur Jahrtausendwende ging die »Free Party« im mittlerweile global agierenden Love-Parade-Konzern auf. Die »Love Parade«, nunmehr auf die Lassallestraße und die Reichsbrücke ausgelagert, heftete sich Allerweltsideale wie Liebe, Toleranz, Respekt und Völkerverständigung auf die Fahnen. Nach Etablierung der rechtskonservativen Bundesregierung und dem Abflauen des Rave-Trends zu Beginn des neuen Jahrtausends verschwand auch die »Love Parade« aus Wien. Sven Gächter irrte, wenn er zur ersten »Love Parade« in Wien feststellte:

> *Bald wird jede mittlere europäische Großstadt ihre eigene ›urbane‹ Parade haben, und sie wird sich immer weniger von den Pfadfinder- und Blasmusikaufmärschen unterscheiden, mit welchen die Jugend in früheren Zeiten den Alten fröhlich signalisierte, dass sie keinen Grund hatten, sich Sorgen zu machen.*[78]

Die »Free Party« bzw. »Love Parade« wurde von Seiten der Wirtschaft so korrumpiert, dass die denaturierte Version nicht mehr die notwendige Akzeptanz des jungen Publikums fand. Die Raver-Paraden scheinen damit für eine Form von Jugendkultur symptomatisch zu sein, die auf Grund ihres anlassbezogenen und situationistischen Charakters und ihrer »tribalistischen« Strukturen sehr schnell von kommerziellen Interessen vereinnahmt werden kann. Im Gegensatz zur 68er-Bewegung und aller damit verbundenen kulturellen Erscheinungen, die die westliche Welt nachhaltig beeinflusst haben, hinterließen die »Raver« der 90er-Jahre nichts als eine Schablone einer dem Kommerz ausgelieferten Massenjugendkultur.

Junge Wilde, neue Frauen

Ende der 1970er, Anfang der 1980er-Jahre vollzieht sich auch in der Kunstwelt eine Zäsur. Die einstige Avantgarde und Wegbereiter künstlerischer Neuerung (wie etwa die Proponenten des »Wiener Aktionismus«) waren buchstäblich in die Jahre gekommen und wurden für überholt erklärt – eine neue Generation von Kunstschaffenden tritt an die Öffentlichkeit. Ein Phänomen, das sich synchron in Deutschland (Neoexpressionismus), Italien (Transavantgarde) und der Schweiz vollzieht. Es ist der »Hunger nach Farbe«, der die neuen Künstlerinnen und Künstler wieder verstärkt zum Pinsel greifen lässt. Ungezügelte, expressive Gestik, emotionsgeladene Subjektivität und üppiges Kolorit stehen im Mittelpunkt.[79] Die »neue Malerei« gibt sich gefühlsbetont, aber auch kräftig zupackend. Vonseiten der jungen Künstlerinnen und Künstler werden formalistische kunstevolutionistische Konzeptionen des Modernismus infrage gestellt und die ästhetische Verkörperung kulturgeschichtlicher Prozesse zum zentralen künstlerischen Thema auserkoren. Auffällig ist weiters das starke Interesse für andere Kulturen und spezifische Mal- bzw. Zeichensysteme älterer Zivilisationen, wie etwa

bei Hubert Schmalix.[80] Den Kern der später als »Neue Wilde« etikettierten Künstlerriege bildeten vonseiten der »Neuen Malerei«: Siegfried Anzinger, Hubert Schmalix, Alfred Klinkan, Alois Mosbacher, Josef Kern, Erwin Bohatsch, Hubert Scheibl, Gunter Damisch, Josef Danner und Herbert Brandl und vonseiten der »Neuen Plastik«: Manfred Wakolbinger, Franz West, Erwin Wurm, Hans Kupelwieser, Lois Weinberger, Thomas Stimm, Michael Kienzer sowie Walter Pichler.[81] Herausragend sind insbesondere Hubert Schmalix und Siegfried Anzinger. Allgemein ist ein gewisser Trend des kulturellen Nomadismus festzustellen, d. h. Reisen zu anderen Kulturen und Auseinandersetzung mit verschiedenen Kunstrichtungen. Einen Wien-Konnex hat beispielsweise der Maler und Bildhauer Gunter Damisch. Der gebürtige Oberösterreicher ist seit 1992 Professor an der Akademie der bildenden Künste. Seine Assemblagen von Bildern und dreidimensionalen Wand- und Bodenobjekten transportieren die sensuelle Qualität der Ölbilder in die Dreidimensionalität. Vegetativ-organische Entfaltung, die ständige Bewegung und Entwicklung verdeutlicht er durch schwere, plastisch gestaltete Farbmassen, die Pflanzen oder Tierformen darstellen sollen.[82] Die »neue Plastik« wiederum ist ebenfalls farbig, inhaltlich und sinnlich beeinflusst durch die angeführte Dreidimensionalität der Maler. Der in Wien lebende und arbeitende Kanadier Robert Adrian X zeigte auf der »aperto 80« sein Werk »24 Jobs«. In realistischer, sachlich nüchterner Weise, aber auch mit feiner Ironie stellen winzige Kleinplastiken den Künstler in bisher ausgeübten Berufen dar (Aktmodell, Hausmann, Galerieassistent etc.). Verschiedenste Materialien finden Verwendung. In farbig glasierter Keramik erzählt der Wiener Bildhauer Thomas Stimm (Sohn des Bildhauers Oswald Stimm) Anekdoten aus dem alltäglichen Leben, ohne dieses zu heroisieren.[83]

Gleichsam als Klassiker unter den jungen Wilden machte Alfred Hrdlicka mit einer kritisch-mahnerischen Manifestation im öffentlichen Raum Furore. Sein »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus« am Albertinaplatz *(Abb. 155, S. 794)* provozierte heftigste Ablehnung wie begeisterte Zustimmung und zeigte damit, dass Kunst einen Beitrag zur Politik leisten kann, zumindest dann, wenn eine Gesellschaft ihre Vergangenheit nicht bewältigen wollte bzw. konnte. Hrdlickas Werke provozierten seit jeher mit ihrer radikalen Expressivität. Der in Wien lebende und schaffende Künstler wurde u. a. vom sowjetischen Realismus beeinflusst. Den Auftrag für das Mahnmal erhielt Hrdlicka schon 1983 – durch einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluss. Auf Grund heftiger politischer und medialer Kontroversen (unter anderem über den Ort der Aufstellung) konnte das Werk erst 1988 realisiert und 1991 in der Gesamtform beendet werden. Am 24. November 1988 wurde das Mahnmal in Anwesenheit von Bundeskanzler Vranitzky und Bürgermeister Zilk sowie Repräsentanten der Religionsgemeinschaften enthüllt. Die einzelnen Elemente des von der Stadt Wien gestifteten Kunstwerks sind: das »Tor der Gewalt« (die »Hinterlandsfront«, der »Heldentod« wurden 1991 aufgestellt), der »straßenwaschende Jude«, »Orpheus betritt den Hades« und der »Stein der Republik« mit dem Text der Unabhängigkeitserklärung. Hrdlicka über dieses Werk:[84]

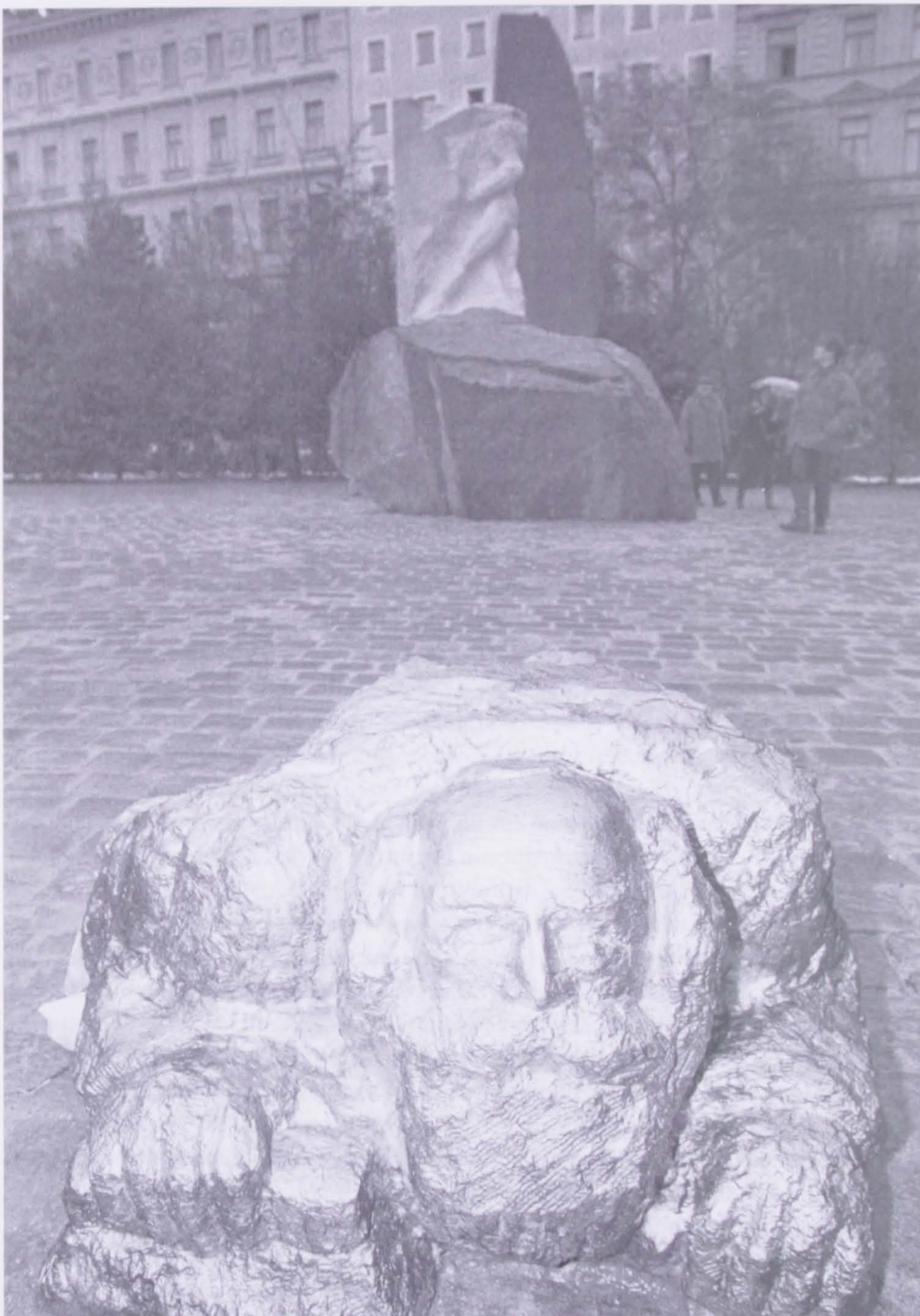


Abb. 155: Alfred Hrdlicka, Mahnmal gegen Krieg und Faschismus, Wien 1, Albertinaplatz.

Orpheus betritt den Hades, bezieht sich auf die Bombenopfer in den Kellern des Philipphofs. Wer dort Zuflucht suchte, hat die Hölle betreten. Zum anderen ist Orpheus ein Gruß an Oper, Albertina und Theatermuseum, Stätten der Musen – feierlich gesagt. Was den »straßenwaschenden« Juden betrifft: Jeder kann sagen, was in Auschwitz passiert ist, das weiß ich nicht, aber was in Wien passiert ist, das haben die Wiener wissen müssen, das hat jedes Kind sehen können. Beim »Tor der Gewalt« geht es um Hinterlandskrieg und Front. Und zum Abschluss eine äußerst optimistische Sache: die Unabhängigkeitserklärung Österreichs, eingemeißelt in einen großen Granit.

In den 1990ern kam, wenn auch international verspätet, die Computerkunst zum Durchbruch. Die rasante Entwicklung der Computer- und Kommunikationstechnologien half mit, ein neues Genre zu etablieren. Peter Assmann und Gottfried Hattinger stellen fest:

Die neue Technik – speziell im Bereich digitaler Bearbeitungsmöglichkeiten – stellt vor allem ein neues Kommunikationssystem mit und über Kunst dar. An die Stelle des Kunstwerkes tritt immer mehr der Kunstprozess, sei es als spannungsvoller Ablauf der Werkentwicklung, sei es aber auch als Kommunikationsprojekt mehrerer Partner, die aus diesem Austausch heraus einen künstlerischen Prozess generieren.[85]

Peter Kogler beispielsweise kombiniert alte mit neuen Logiken des Virtuellen, d. h. er kombiniert Analoges mit Digitalem. Der Computer wird dazu verwendet, um konventionell gefertigte Vorlagen einzulesen bzw. einzuscannen, die – nach entsprechender Modifikation – im Prinzip unendlich reproduziert werden können. Der in Wien lebende Künstler hat zum Beispiel für die documenta IX in Kassel (1992) den Eingangsbereich gestaltet. Das Abbild einer Ameise, schwarz auf rotem Grund, verweist als gigantischer Staat der Insekten zurück auf die Natur, welche vor Jahrmillionen den biologischen Prototypen des Computers kreiert hat. Der mittels Rechnerleistung erzeugte Insektenstaat ist die beklemmende, entlarvende Vision einer Technokratengesellschaft, die – so Kogler – »weder Gemütsregung noch Erbarmen« kennt. Kritik an der technisierten Zivilisation und der künstlerische Kampf dagegen kennzeichnen seine Arbeit. Für die documenta X (1997), tapezierte Kogler das Abbild eines für die Menschen nicht mehr durchschaubaren Gewirrs von Informationskanälen der Technikwelt, in Form labyrinthisch gewundener, monumentaler Röhrensysteme, flächendeckend über die Wände einer Halle affichiert.[86]

Die 1990er-Jahre stehen auch für eine dezidiert weibliche Orientierung im Kunstschaffen in Wien wie international. In Wien hatten dazu Künstlerinnen wie Maria Lassnig und Valie Export sowie Literatinnen wie Elfriede Jelinek *(Abb. 156, S. 796)*, der 2004 der Literaturnobelpreis verliehen wurde, und Marie-Therese Kerschbaumer sowie Elfriede Mayröcker ein Korpus von Pionierarbeiten geschaffen, welches eine feministische Formensprache in der Kunst schuf und mit Sinn und Funktion ausstattete. Sie hatten wesentliche internationale Themen wie Körperkonstruktion, Mediali-



Abb. 156: Elfriede Jelinek.

tät, Blick und Wahrnehmung der Frau aufgegriffen und mitgetragen. In den 1990ern suchten in diesem Sinne junge Künstlerinnen den weiblichen Körper und damit das »Wesen« der Frau zu dekonstruieren und jenseits männlicher Zuschreibungen und Codierungen zum Thema zu machen. Dies allerdings geschah unter Ausschluss der vormals so konstitutiven gesellschafts- und medienkritischen Dimensionen und mit einer engen Fokussierung auf exzessive Subjektpositionen. Paradigmatisch und mittlerweile höchst erfolgreich stehen dafür die Arbeiten der Wiener Malerin, Fotografin, Graphikerin, Video- und Performancekünstlerin Elke Krystufek[87]. Zentrales Thema ihres Œuvres ist, wie bei ihren internationalen Kolleginnen, die Selbstthematisierung. Die Facetten ihrer Persönlichkeit stellt sie durch multimediale Repräsentationen – Fotografie, Performance, Zeichnung, Video etc. – dar. Die Hinterfragung von Mechanismen der Identitätskonstruktion und der Möglichkeiten der Authentizität ist der zentrale Ansatz in ihren Arbeiten, den sie durch schonungslose Zurschaustellung ihrer Intimität und die Zitierung pornographischer Posen zu entfalten sucht. Ihre Fotografien entstehen oft im Selbstauslöser vor dem Spiegel. Eine Fotografie zeigt die nackte junge Frau mit der auf den Voyeur gerichteten Kleinbildkamera – ein delikates Spiel von weiblicher Verletzbarkeit und angriffslustiger Emanzipation, von Intimität und Spektakel, von der Umkehr von Öffentlichem und Privatem. Dieses Werk wurde

wohl nicht zufällig 1997 in der Kunsthalle Wien und der Wiener Secession sowie 1998 als österreichischer Beitrag zur Biennale in São Paolo und 1999 im Kunstforum Wien gezeigt.[88]

Skyline Vienna

Die Durchdringung des öffentlichen Raums durch Medienereignisse, die Festivialisierung der Stadt und die Thematisierung von sozial bestimmten Blickgewohnheiten und Blickcodes des Öffentlichen und Privaten in der Kunst fanden, wenn auch nicht ursächlich verknüpft, ein Korrelat in der »Eyecatcher Ästhetik« der zeitgenössischen Architektur, die auf Schaffung kosmopolitischer und dezidiert großstädtischer »Icons« der Wiener Skyline abzielte.

Das Ende des Kalten Krieges, der Fall des »Eisernen Vorhangs« und die damit einhergehende geopolitische Neupositionierung Wiens bewirkten eine euphorische Aufbruchstimmung in den städteplanerischen Überlegungen, die dazu führte, eine »neue Gründerzeit« auszurufen.[89] Von Seiten der Wiener Stadtpolitik erwartete man durch die Ostöffnung ein drastisches Ansteigen der Bevölkerung sowie eine Rückkehr Wiens in den Mittelpunkt eines sich neu formierenden mitteleuropäischen Wirtschaftsraums. Erwartet wurden ferner eine neue Mittlerrolle Wiens zwischen Ost und West und ein wirtschaftlicher Aufschwung, in dessen Sog sich großflächige Bebauungsprojekte verwirklichen ließen. Anstatt »sanfter Stadterneuerung«, die in den 1980er-Jahren ökologische und stadträumlich integrative Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt hatte, waren nun wieder urbane Großprojekte sowie massive Investitionsschübe in Infrastruktur und Technologie angesagt.

Die geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen, die mit neuen globalen Konstellationen einer deregulierten, neoliberalen Ökonomie korrespondierten, schlugen sich im grundlegend überarbeiteten Stadtentwicklungsplan von 1994 (STEP 94) nieder, der – in Verbindung mit einem neu erstellten umfangreichen Verkehrskonzept – die stadtplanerische Grundlage für die ausgehenden 1990er-Jahre bildete. Damit verbunden war eine Anhebung des geförderten Wohnungsneubaus als unmittelbare Antwort auf verstärkte Migrationsflüsse – speziell aus den Bürgerkriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien.

> *Mit dem STEP 94 wurde das Ziel verfolgt, den Stadtumbau in den dichtbebauten Bezirken Wiens weiter zu verfolgen, andererseits sollte die Wohnungsnachfrage durch gestalterisch qualitätsvolle und infrastrukturell voll ausgestattete Projekte möglichst im Anschluss an den öffentlichen Verkehr in den Stadterweiterungsgebieten abgedeckt werden.*[90]

Zugleich sollten, internationalen Vorstellungen von Urban Design folgend, neue Akzente in der Gestaltung öffentlicher Räume gesetzt werden – nicht zuletzt aus der

Überlegung heraus, Orte zu schaffen, die auf Grund ihrer Qualitäten eine Alternative zur privaten Sphäre und zur drohenden Vereinsamung und Isolation in der Großstadt bieten.

Wie schon in den stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen Otto Wagners, auf die man wohl nicht zufällig Bezug nahm, wurden Pläne bezüglich der Schaffung einer »zweiten City« an der Donau ventiliert. Als Motor dieser Entwicklung sollte die geplante Weltausstellung »Wien – Budapest« 1995 (EXPO 95) fungieren, durch deren Nachnutzung ein zweiter Stadtkern entstehen sollte, der die Trennung der großen und bevölkerungsreichen Bezirke Floridsdorf und Donaustadt vom Stadtzentrum beenden und einen neuen Akzent von zeitgenössischer Urbanität setzen würde. Teile der Flächen des WIG-Geländes im Vorfeld der UNO-City, die auf Grund der Nähe zur Donau sowie auf Grund der Anbindung von U-Bahn (U1), Autobahn (A22 Donauuferautobahn) und Wagramer Straße für Stadtplaner besonders attraktiv waren, sollten hierfür genützt werden. Die öffentliche Hand musste jedoch im Vorfeld umfangreiche und kostenintensive Vorarbeiten leisten. Die Entsorgung der vor der UNO-City bestehenden Mülldeponie war aus ökologischen Gründen zwingend notwendig geworden. Mittels einer (ca. ein Hektar großen) Überplattung eines Teilstückes (ca. 9 km) und durch die Anbindung an die Donauuferautobahn (Hubertusdammschnellstraße) sollte die aus der Nachnutzung der EXPO hervorgehende Neue City ohne gröbere Eingriffe frei zugängliche Uferbereiche, gewissermaßen auf »sanfte Art«, ermöglichen. Eine Volksbefragung (14.–16. Mai 1991) bedeutete jedoch das Ende der Weltausstellungspläne. Die repräsentative Mehrheit gegen die EXPO resultierte u. a. aus der Aversion der Wienerinnen und Wiener gegen einen massiven Besucherstrom aus den östlichen Nachbarländern und – nicht zuletzt – aus der massiven Ablehnung einer seit mehr als 100 Jahren erstmals wieder einsetzenden Grundstücks- und Immobilienspekulation. Die projektierte »Nachnutzung« der EXPO geriet so zur »Hauptnutzung« und ersparte Wien den äußerst kostspieligen Umweg einer Weltausstellung.

> *Der Abbruch der Planungen für die Wiener Weltausstellung hat zwar die Investitionsdynamik zu einem abrupten Halt gebracht, aber angesichts der tiefen Rezession zu Beginn der 90er-Jahre und der enttäuschten Hoffnungen auf positive Wirkungen der Ost-Öffnung für Wien hätte auch ein durch die EXPO erzwungenes schnelles Durchziehen der Investitionen möglicherweise zu Fehlinvestitionen und Pleiten geführt.*[91]

Die Jahre der »Metropoleneuphorie« sind gekennzeichnet von einem Übergang in der Architektur von einer eher spielerisch und ornamental angelegten Postmoderne in Richtung eines neomodernistischen Konstruktivismus mit seiner »harten, provokanten Großstadtästhetik«.[92] Die spekulativen Euphorien, die durch die Ostöffnung evoziert wurden, klangen rasch wieder ab. Trotzdem wurde in den 1990er-Jahren viel und vor allem hoch gebaut. In Bezug auf die »Donau-City« wurde der Flächenwidmungsplan nach einer Konzeption von Hans Hollein in Zusammenarbeit mit dem Ar-

chitekturkollektiv Coop Himmelb(l)au erstellt, der Masterplan von den Architekten Adolf Krischanitz und Heinz Neumann.[93] Die in den 1990er-Jahren fertig gestellten bzw. in Konstruktion begriffenen Bauten gehören mittlerweile zu den markantesten Architekturleistungen in Wien und haben die transdanubische und mittelbar auch die Wiener Skyline nachhaltig verändert. Die auf dem Areal der »Donau-City« errichteten Hochhäuser statteten Wien mit den von vielen Seiten eingeforderten, aber bis zu diesem Zeitpunkt aus vielerlei Gründen nicht realisierten »Insignien einer Weltstadt« aus. Überlegungen, die Platte durch Kulturbauten wie beispielsweise ein Opernhaus zu ergänzen oder etwa das Guggenheim-Museum nach Wien zu holen und auf der prominenten Lage nahe der Donau zu lokalisieren, wurden jedoch nicht konkretisiert. Letztendlich wurde auf Grund der hohen Grundstückspreise in dichter und hoher Verbauung eine Mischung aus Wohn- und Bürogebäuden errichtet.

Realisiert wurde der zur Donau hin orientierte »Mischek Tower«[94], das höchste Wohnhochhaus von Wien, benannt nach dem Bauträger und von delugan_meissl (Roman Delugan, Elke Delugan-Meissl) konzipiert. Realisiert wurden weiters das ellipsenförmige Hochhaus »Andromeda« von Wilhelm Holzbauer sowie die Lichtmetaphern paraphrasierende Kirche »Christus, Hoffnung der Welt«, geplant von Heinz Tesar, die mit 21,5 x 21,5 Metern Grundfläche im Vergleich zu den diversen »Towers« mehr als bescheiden wirkt. Über der Wagramer Straße wurden ein Wohnhaus, ein »Urban Entertainment Center« (»Cineplex Palace«-Großkino) und der Wohnpark »Neue Donau« gebaut, der von dem austro-australischen Walter-Gropius-Schüler Harry Seidler in Kooperation mit Wiener Partnerarchitekten planerisch erstellt wurde. In unmittelbarer Nähe, eine U-Bahn-Station weiter stadtauswärts, liegt der Wohnpark »Alte Donau« mit insgesamt sechs Wohnhochhäusern, davon drei architektonisch auffälligen (25-geschossigen) Bauwerken. Darunter sind als markanteste Konstruktionen der so genannte »runde Wagramer« von Gustav Peichl, der im Volksmund auf Grund der blau-weißen Färbung auch »Obelix-Turm« genannt wird, sowie der eigenwillig streng geformte »IZD-Tower« (Nigst, Fonatti, Ostertag, Gaisrucker), der mit vorgesetzter Glashaut und einem markanten »Hammer« an der Turmspitze einen auffallenden Beitrag zur Wiener Hochhausszenerie leistet.

Als Blickfang ist der solitär stehende »Millennium Tower« auf der gegenüberliegenden Donauseite am Handelskai konzipiert. Der von den Architekten Gustav Peichl, Rudolf F. Weber und Boris Podrecca entworfene, 50-geschossige Büroturm ist mit seiner Gesamthöhe (202 m inkl. Antennen) das höchste Gebäude Österreichs und konnte zur Zeit seiner Errichtung für sich reklamieren, das dritthöchste Gebäude Europas zu sein. Der Turm ruht auf einer Einkaufspassage, angrenzenden 400 Wohnungen und einem »Urban Entertainment Center«, die gemeinsam Teil eines »Urban Renewal Projekts« für Wien Brigittenau sind.[95] Mit dem »Millennium Tower« am Handelskai, den zahlreichen Hochhäusern in der Donau-City und den eindrucksvollen innerstädtischen Architekturinterventionen am Donaukanal – dem »Media-Tower« (Hans Hollein) sowie dem »Uniqua Tower« (Neumann + Partner) – wurde

ein qualitativ neuer Abschnitt in der Wiener Entwicklung eröffnet. Damit wird die Stadt erstmals wieder seit den epochalen Bauleistungen um 1900 (Otto Wagner) und der Zwischenkriegszeit (Bauten des Roten Wien) mit markanten und sowohl ästhetisch als auch technisch höchst avancierten Ensembles ausgestattet, die als bauliche Verdichtungen und in ihrer Signatur der Vertikalität eine neue Skyline erzeugen. Für Siegfried Mattl ist

> *… der Erfolg des Projektes »Donau-City« Ende der neunziger-Jahre unübersehbar: Wien hat sein neurotisches Verhältnis (wenn diese Metapher erlaubt ist) zum »historischen Zentrum« und zur »Höhe« abgelegt. Die ersten echten Hochhäuser – Holzbauers Andromeda Tower und der Mischek-Wohnturm – und die mit ihnen korrespondierenden Türme an der Wagramer Straße, im Donaupark (…) und vis-à-vis am Handelskai (Millennium Tower) schaffen eine neue Skyline und markieren den Umschwung von der »Wohlfahrtsstadt« zur Neo-Stadtbaukunst, die auf den Mehrwert der Ästhetik setzt.*[96]

Der Hochhausboom der 1990er-Jahre generierte teilweise unzweifelhaft interessante Architektur, bei einigen Projekten allerdings stellte sich die Frage des »Stadtbildes«, d. h. die Frage einer adäquaten Balance von urbaner Repräsentation und räumlicher Proportionalität. Hinzu kommt, dass der internationale Hochhausboom bereits im Abflauen begriffen war, als er in Wien eben erst einsetzte. Nicht wenige der Projekte waren medial und politisch heftig umstritten und konnten nicht bzw. in nur rudimentärer Form umgesetzt werden. Ein Beispiel ist der geplante Neubau des Bahnhofgebäudes Wien Mitte. Um 1990 sollte ein Hochhaus-Zentrum Wien Mitte entstehen, auf Grund der bereits angeführten Immobilienflaute blieb das Projekt in der Planungsphase stecken. Die bereits genehmigte Planung von Ortner + Ortner, Neumann + Steiner, Lintl + Lintl wurde im Zuge massiver Kontroversen um das Erscheinungsbild der Inneren Stadt Wiens und der darauf beruhenden Verleihung des Prädikats »Weltkulturerbe« durch die UNESCO wieder aufgehoben. Lediglich ein Büroturm (das Gerichtszentrum Wien Mitte) wurde um die Jahrtausendwende gemäß dem ursprünglichen Konzept realisiert.

Ein zumindest ebenso heftig umstrittenes Vorhaben, das Museumsquartier in den ehemaligen imperialen Hofstallungen, verdeutlicht exemplarisch die Schwierigkeiten, unterschiedliche Interessen zu akkordieren und dennoch einen funktionalen öffentlichen Kulturraum zu gestalten. Schon zu Beginn der 80er-Jahre gab es Überlegungen, den ehemaligen Messepalast einer neuen Nutzung zuzuführen; der damalige Wissenschaftsminister Heinz Fischer favorisierte eine kulturelle oder museale Nachnutzung – ein Kulturzentrum, ein österreichisches »Centre Pompidou«, schien vorstellbar. 1987 und 1990 wurden Architektenwettbewerbe ausgeschrieben. Fischers Nachfolger, Erhard Busek, versuchte das Siegerprojekt von Manfred und Laurids Ortner – wuchtige Museumsbauten samt hohem Leseturm – innerhalb des barocken Fischer-von-Erlach-Ensembles durchzusetzen, sah sich aber bald mit massivem, von

der Boulevardpresse unterstütztem Protest konfrontiert. Letztendlich wurde auch hier eine »österreichische Lösung« gefunden. Dem Architektenteam wurde der Denkmalschutzarchitekt Manfred Wehdorn beigestellt, der auf einen substanzschonenden Umbau zu achten hatte. Der Leseturm wurde eliminiert, die Neu- bzw. Zubauten in puncto Bauhöhe reduziert: ein nach Fachmeinung für alle Beteiligten (Gegner, Befürworter) unbefriedigendes Ergebnis.[97] Das Museumsquartier stellte jedenfalls das größte Kulturbauvorhaben Österreichs dar und ist das weltweit achtgrößte Kulturareal seiner Art. Es beherbergt – mit insgesamt 60.000 Quadratmetern Nutzfläche – eine Vielzahl von Museen (Sammlung Leopold, Museum Moderne Kunst Stiftung Ludwig, Kunsthalle Wien etc.) und kulturellen Einrichtungen (Architekturzentrum Wien, Tanzquartier etc.) sowie Restaurants, Geschäfte und dergleichen.[98]

Die Realisierung des Museumsquartiers steht in einem breiteren Kontext einer kommerziell orientierten Musealisierung der Stadt und ihrer historischen Gedächtnisspeicher, d. h. der vielen künstlerischen bzw. wissenschaftlichen Sammlungen und der architektonischen Sehenswürdigkeiten. Diese Entwicklung, die im Jahr 2000 mit der erstmaligen Veranstaltung der »langen Nacht der Museen« einen öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt erreichte und den wichtigen Stellenwert der Museen für die zeitgenössische Wiener Stadtkultur unterstrich, setzte jedoch schon in den 1980er-Jahren ein. Großausstellungen, wie z. B. »Die Türken vor Wien« (1983), die breite Besucherschichten anlockten, signalisierten einen Wechsel vom eher kontemplativ gestimmten Museumsbesuchertypus mit bildungsbürgerlichem Hintergrund hin zum Museumskonsumenten, der – aus unterschiedlichen sozialen Schichten herkommend – Ausstellungen vor allem auf Grund ihres ästhetischen, technischen und medialen Aufwands und auf Grund gefälliger Didaktiken nachfragt.

Retrospektiv scheint insbesondere die Großausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien mit dem Titel »Traum und Wirklichkeit Wien 1870–1930« (Mai–September 1985, *Abb. 157, S. 803*), welche ein überaus großes Echo im In- und Ausland fand, diesen geänderten Rahmenbedingungen paradigmatisch entsprochen zu haben. Sie wurde »von vornherein für ein großes, breites Publikum angelegt, einen Besucherkreis mit (…) unterschiedlichsten Bildungshintergründen und Interessen« und war sowohl für Einheimische als auch Touristen konzipiert.[99] Wissenschaftliche Präzision gepaart mit erlebnisorientierter Dramaturgie sowie Dokumentation verbunden mit Didaktik sollten helfen, das in Szene zu setzen, was man mittlerweile despektierlich als »Blockbuster-Ausstellungen« bezeichnet, damals aber dem Konzept nach durchaus aufklärerisch und massenpädagogisch intendiert war. Um die Ausstellung auch visuell im Stadtbild prominent zu positionieren, verwendete der Ausstellungsarchitekt Hans Hollein wirkungsmächtige Figuren aus dem Bild- und Formengedächtnis der jüngeren Stadtgeschichte. »Die Ausstellung findet jedoch nicht nur im Innen statt, sondern strahlt auch auf das Stadtbild aus, durch metaphorische Elemente, die ›Traum und WIRKLICHKEIT‹ veranschaulichen: Klimts ›Figur‹ zur ›Medizin‹ und der Karl-Marx-Hof, Objekte, die den Ausstellungsbau bekrönen.«[100] In insgesamt

24 Stationen, einem damals erst in Ansätzen gebräuchlichem Modulsystem, wurde die Kultur-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Wiens von der Weltausstellung 1873 bis hin zur Weltwirtschaftskrise 1929 als einprägsames Narrativ präsentiert. Einer manichäischen Dramaturgie folgend, wurden künstlerische und soziale Visionen der Zeit schockhaften Realitätssplittern gegenübergestellt – etwa Klimts Bildnis »Der Kuss« dem blutbefleckten Uniformrock des in Sarajewo ermordeten österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand – und dem Publikum so eine attraktive Mischung von Pädagogik und Sensation geboten.

Der Ausstellungsboom in Wien, gleichermaßen befördert von internationalen Entwicklungen im Ausstellungswesen wie von veränderten lokalen Konsumwünschen, förderte nicht nur eine Konjunktur großer Events und einen überregionalen Ausstellungstourismus, sondern führte auch zu einer Expansion und Modernisierung der Wiener Museumslandschaft. 1993 eröffnete das Jüdische Museum im Palais Eskeles, 2001 wurde im Museumsquartier das Leopold Museum eröffnet bzw. neue Ausstellungshäuser für die Kunsthalle und das Museum Moderner Kunst ihrer Bestimmung übergeben und zuletzt wurde 2004 das Liechtenstein Museum mit seinen umfangreichen Barocksammlungen wieder eröffnet. Die Neubesetzungen der Direktorenfunktionen der wichtigsten Kunstmuseen während der 1990er-Jahre setzten weitere Akzente in der Museumspolitik.

Wien verfügt auf Grund dieser politischen Weichenstellungen und finanziellen Investitionen über eine im internationalen Vergleich sehr hohe Dichte musealer Einrichtungen im innerstädtischen Bereich. Innerhalb eines kleinen, bequem zu Fuß durchschreitbaren Radius finden sich das Museumsquartier mit dem Leopold Museum, dem Museum Moderner Kunst, der Kunsthalle und dem Architekturzentrum, weiters das Naturhistorische Museum, das Kunsthistorische Museum, das Jüdische Museum, die Albertina, das Theatermuseum, die Sammlungen der Nationalbibliothek und der Neuen Burg, das Völkerkundemuseum sowie das Wien Museum. Diese Museumsmeile inmitten der Stadt bildet zusammen mit den vielen historischen Bauten der Ringstraße und des ersten Bezirks eine »urbane Geschmackslandschaft«, d. h. ein distinktes Ensemble, in dem sich Kultur, Konsum und Ökonomie zu einer originären Mischung von Lebensgefühl und Kommerz verbinden.

Ein exemplarisches Großprojekt der 1990er-Jahre hingegen wurde mit der Umgestaltung der Gasometer in Wien Simmering realisiert, das auch eine Neuorientierung in der Stadtplanung widerspiegelte. Nachdem die dysfunktionalen Aspekte monostruktureller Schlafstädte an der Peripherie (gebaut in den 60er bis 80er-Jahren) deutlich zutage traten, versuchten die Planungsverantwortlichen in den 1990ern, Bauprojekte möglichst multifunktional – und entsprechend den Grundsätzen des STEP 94 – zu gestalten. Statt der überkommenen Trennung von Wohnen, Arbeiten, Rekreation und Versorgung wurde nun vielmehr die Verbindung dieser Aspekte propagiert. Insbesondere bei Großbauten war man seitens der Planer bestrebt, adäquate Infrastruktur (Verkehrsanbindung), Freizeiteinrichtungen sowie öffentliche und private,



Abb. 157: Tino Erben, Traum und Wirklichkeit, Plakat 1985.

kommerzielle und nicht-kommerzielle Einrichtungen möglichst mit Wohnbauten zu kombinieren. Der Trend ging somit zu einer neuerlichen Verdichtung, Zentrierung, Konzentration und Kompaktheit von Wohn-, Arbeits- und sonstigen Bereichen. Die Gasometer nach ihrer Neuadaption gemahnen an diesen Idealtypus und stellen doch zugleich auch die bauliche Repräsentation eines misslungenen Transfers dar, nämlich eines Transfers von Ikonen der globalen amerikanischen Konsumkultur. Während Shopping Malls und urbane Entertainment Centers im US-amerikanischen Kontext die einzigen, letztlich übriggebliebenen funktionierenden öffentlichen Räume darstellen, verlieren sie, kulturgeographisch fehlverortet, im historisch überdeterminierten europäischen Umfeld radikal diese ihre eigentliche Bedeutung und werden so zu Parodien des Konsums.

Die 1896–1899 errichteten Gasometer (als Teil des Zentralgaswerkes der Gemeinde Wien) verloren im Zuge der Umstellung der Gasversorgung Wiens auf Erdgas (1970–1978) ihre eigentliche Funktion. Nach Demontage der technischen Einbauten blieben die Mauerhüllen, vier monumentale Sichtziegelzylinder mit je 90.000 Kubikmetern Fassungsvermögen, übrig, die – als Wahrzeichen Simmerings, Monumente des Lueger'schen Munizipalsozialismus und Kulturdenkmäler des Historismus – unter Denkmalschutz stehen. Die einst gasgefüllten Hohlräume dienten übergangsweise als kulturelle Nutzungsstätte. So fand in ihnen beispielsweise die Jubiläumsausstellung der SPÖ »Die ersten hundert Jahre« im Jahr 1989 statt; die erste Hälfte der 90er-Jahre beherbergten sie so genannte »Techno-Raves« (Musik- bzw. Tanzveranstaltungen mit DJ-Line). 1995 wurde die Nachnutzung als Wohnstätten beschlossen. Nach Plänen von renommierten Architekten wie Wilhelm Holzbauer, Manfred Wehdorn, Jean Nouvel, dem Team Coop Himmelb(l)au wurden 620 Wohneinheiten, Studentenwohnungen, Büroflächen, Geschäftsräume (die Shopping Mall »G-Town«) erbaut.[101] Der Holzbauer'sche Gasometer D beherbergt das Wiener Stadt- und Landesarchiv und erfüllt so dezidiert kulturelle Symbolfunktion. Dazu kamen noch ein Multiplex (Kinos, Restaurants, Geschäfte) respektive »Urban Entertainment Center« nach dem Entwurf von Rüdiger Lainer.[102]

Die Revitalisierung des Gasometerensembles lässt sich auch in einen Zusammenhang mit einer historisch neuen Phase des wirtschaftlichen Akkumulationsregimes der Stadt bringen. Im Zentrum stehen jetzt nicht mehr so sehr sozialpartnerschaftlich geregelte Verhältnisse von Arbeit und Kapital und von Massenkonsum und industrieller Massenproduktion, sondern eine weitreichende Flexibilisierung und Internationalisierung jener Regelsysteme, in denen die Akkumulation von Kapital und Wertschöpfung eingebettet ist. Die Gasometerarchitektur, die die Bereiche Konsum, Wohnen und Dienstleistungen als Baubotschaft amalgamiert und die Arbeitswelt in einen davon separierten, anonymen Stadtraum verbannt, signalisiert das allmähliche Aufkommen einer ökonomischen Ordnung, in der Technologie verbunden mit hochqualifiziertem Humankapital im Vordergrund steht. Der Lifestyle-Konsum dominiert als vorgebliche Kohäsionskraft des Gemeinwesens, währenddessen die industrielle

Massenproduktion und klassische Industriearbeit, die zunehmend in Billigländer verlagert werden, in den Hintergrund treten.

Das Gasometerensemble mit seiner funktionalen Fokussierung auf Konsumwelten und kommerzialisierte Lebensstile trägt diesen Entwicklungen exemplarisch Rechnung. Die vier Gebäudeteile sind durch eine durchgehende Shopping Mall mit rund 78 Geschäften miteinander verbunden, Restaurants und ein Kinozentrum stellen Rekreationsflächen und Rekreationsfunktionen bereit, und weitere Dienstleistungsbereiche von Arztpraxen, Banken, Apotheken, Büros und Autogaragen bis hin zu Veranstaltungsflächen. Wohnungen und ein Studentenheim simulieren eine Stadt in der Stadt, die keine lebensweltliche Utopie symbolisiert, sondern vielmehr einen totalen Marktzusammenhang. Die dieserart vermittelte Botschaft ist klar: der, der es sich leisten kann, oder der, der es sich einmal leisten wird können, ist willkommen, währenddessen der, der über wenig Einkommen und damit Konsumoptionen verfügt, dieser artifiziellen Binnenstadt fernbleiben möge. Die Verortung dieses Bauensembles in einer Infrastrukturarchitektur der Gründerzeit – die Gasometer wurden, wie gesagt, ursprünglich zur Versorgung Wiens mit Kokereigas zwischen 1896 und 1899 errichtet – verweist zudem auf einen »instrumentellen Historismus« im zeitgenössischen Baugeschehen. Geschichte wird als Flair, ornamentaler Kontext und als Projektionsfläche inszeniert. Ironischerweise ist jedoch diese Funktionalisierung der gründerzeitlichen Industriearchitektur in einem gewissen Sinne durchaus eine alte, denn heute wie damals um 1900 werden durch solche architektonischen Interventionen im Stadtraum vor allem die Bedürfnisse der sozial Bessergestellten befördert. In dieses Gesamtbild fügt sich der Umstand, dass der Gasometerneubau das erste Wohnbauförderungsprojekt der Gemeinde Wien ist, dessen Aktien an der Börse gehandelt werden.

Die dem Stadtkern gegenüber randständige Lage der Gasometer in einem ehemaligen suburbanen Industriegebiet, das allerdings durch die U-Bahn voll ins städtische Verkehrsnetz integriert ist, zeigt an, dass die überbrachte Trennung von Zentrum und Peripherie nicht mehr zählt und privilegierte »Lebensinseln« flexibel über die Stadttopographie verteilt werden können. Nicht mehr die (soziale) Geographie bestimmt die Nutzerinteressen, sondern der Preis und eine exklusive Kombination von Wohn-, Arbeits- und Konsumoptionen, wobei »holistische« Inszenierungen, die ein distinguiertes Lebensgefühl und besonderes Flair evozieren, offenbar besonders gefragt sind. Im Fall der Gasometer ist die Codierung eindeutig auf Jugend, Singles und kaufkräftige Mittelschichten abgestellt, und die Mischung von alter Industriearchitektur mit einer sich »avantgardistisch« und internationalistisch gebenden Bausprache scheint jene Personen anzusprechen, die stark individualisierte Lebensstile jenseits von Familie, politischen Zugehörigkeiten und so genannten »Normalbiographien« anstreben. Zwar hat der gewählte Ort seine Vergangenheit und bietet damit die Möglichkeit, sich selbst in einem umfassenderen stadthistorischen Zusammenhang zu positionieren, zugleich aber erlaubt die postmoderne Überformung des architektonischen Erbes und die damit verknüpfte Multifunktionalität des umbauten

Raums eine Bühne für ein breites Repertoire sozialer Rollen und subjektiver Darstellungen. »Geschichte« kann so problemlos als neutrale Grundierung gesehen werden, die keinerlei Auswirkungen auf das Erlebnisspektrum der Gegenwart hat. Die durch Geschichtsverlust und ephemere Bauregie provozierte Künstlichkeit der Gasometerarchitektur wird weniger als Schein erfahren, sondern vielmehr als Folie zur Selbstinszenierung.

Die Stadt als Bühne

Wien kann auf eine lange, auch als identitätsstiftend gepflegte Tradition der insbesondere musikalischen Hochkultur verweisen, die freilich in den letzten vier Jahrzehnten die allgemeine Internationalisierung und Kommerzialisierung mit vollzogen hat und ungeachtet exzeptioneller Darbietungen nicht vor der Gefahr der Erfüllung einer Klischee-Erwartung sicher ist. Als Beispiel mag das Neujahrskonzert gelten, das als weltweiter medialer Event Bestandteil einer Österreichwerbung ist. Insbesondere unter der Ära Zilk,[103] der die Stadt vortrefflich als Bühne zu nutzen wusste, wurde Wien zu einem Schauplatz kultureller Offensiven und Großereignisse. So sehr Zilks unkonventioneller, neo-populistischer Politikstil zur nachhaltigen Irritation der Opposition im Rathaus beitrug, so produktiv wirkte sich dieser auf die Wiener Kulturszene aus. Durch Maßnahmen wie die Kooptierung von ORF-Direktor Gerd Bacher in das Direktorium der Wiener Festwochen sicherte Zilk der Kulturszene finanzielle Ressourcen und Publicity. Neben der etablierten Kultur galt Zilks Engagement den relativ heterogenen, amorphen Subkulturen, die er – mittels Überführung in ein Netzwerk von Vereinen und Veranstaltern – stabilisierte und professionalisierte. Innerhalb kurzer Zeit wurden lang umstrittene Projekte verwirklicht: eine Rockhalle in Wien-Simmering (»Szene Wien«), das Kabarett-Lokal »Kulisse« (im 17. Bezirk), das »Stadtkino« für cineastische Ansprüche etc. Unter Zilks Ägide vollzog sich der Wiederaufstieg der städtischen Kultur Wiens.[104]

Zu berücksichtigen ist dabei freilich, dass in einem wesentlichen Ausmaß Bundestheater und hochrangige Museen (Burgtheater, Staatsoper, Kunsthistorisches Museum etc.) zwar das kulturelle Bild von Wien markant mitbestimmen, aber eben nicht der städtischen Einflusssphäre unterliegen. Dies äußert sich auch an den Akteurinnen und Akteuren: Neben Zilk, Busek und Mauthe sind Rudolf Scholten (Kunst- und Kulturminister 1994–1997),[105] Hilde Hawlicek (Kunst- und Kulturministerin 1987–1990)[106] und Ursula Pasterk zu nennen. Letztere fungierte ab 1979 als Beraterin Zilks im Kulturamt der Stadt Wien, ab 1984 wurde sie seine Nachfolgerin als Intendantin der Festwochen. Ihre Funktion als Wiener Kulturstadträtin von 1987 bis 1996 hatte nachhaltigen Einfluss auf die Breite und Ausdifferenzierung des kulturellen Angebots der Stadt. Von 1987 bis 1991 war sie Präsidentin der Wiener Festwochen. Sie initiierte 1988 das Festival »wien modern« und reformierte den Wiener Musiksommer. Ein

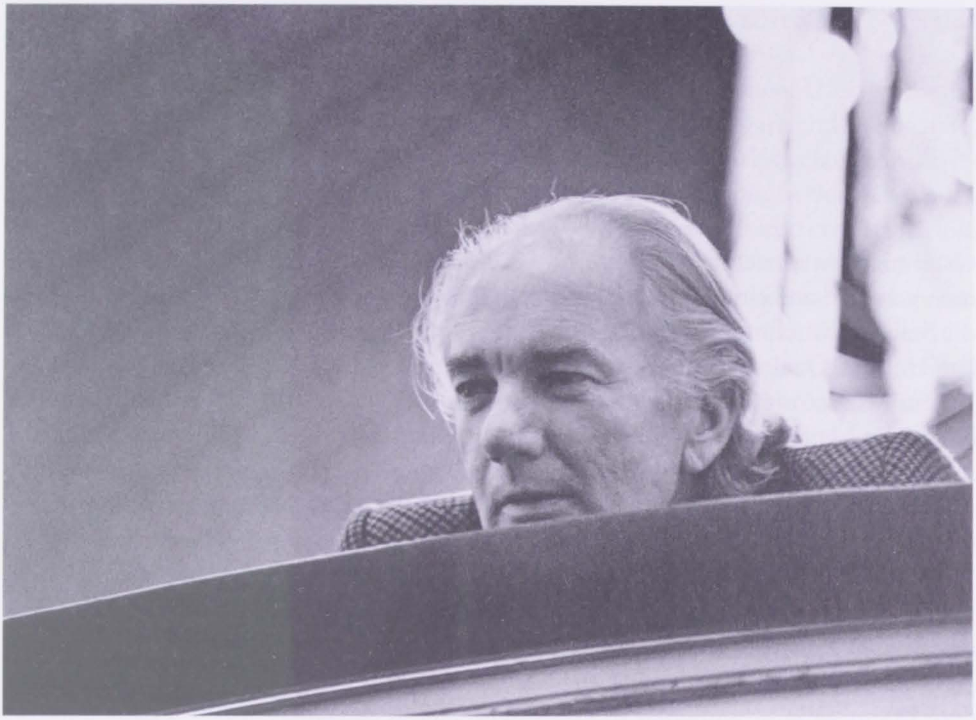


Abb. 158: Thomas Bernhard bei einer Probe seines Stücks »Heldenplatz«.

besonderes Verdienst des damaligen Unterrichtsministers Helmut Zilk war, den deutschen Theaterregisseur Claus Peymann als Direktor des Burgtheaters (1986–1999) gewinnen zu können. Peymanns unkonventionelle und eigenwillige Inszenierungen trafen kongenial den Nerv des Wiener Bildungsbürgertums und sicherten der »Burg« eine bislang ungekannte mediale Präsenz und einen gewaltigen Besucherzustrom.

In einem Dramolett lässt Thomas Bernhard *(Abb. 158)* Claus Peymann als begabten Selbstdarsteller und Regisseur der öffentlichen Leidenschaften auftreten:

Die tollste Komödie aller Zeiten
ist Österreich
kein Theaterstück der Welt kommt an dieses heran
und die Österreicher haben selbst diese tolle Komödie
aller Zeiten inszeniert
die totale Volkskomödie ist Österreich
die totale Volkskomödie
Kein Schriftsteller Sie eingeschlossen mein lieber Bernhard
hätte diese tollste aller Komödien schreiben

Kein Regisseur mich eingeschlossen
jemals inszenieren können
und dieses Österreich als Bühnenbild
ist auch das tollste das es jemals gegeben hat
Wahrscheinlich ist dieses Österreich
die einzige die totale Weltkomödie Bernhard.[107]

Österreich hatte nach 1945 nicht nur den Mythos, erstes Opfer des Nationalsozialismus gewesen zu sein, gepflegt, sondern auch sein Image einer »Kulturnation« und die Selbstwahrnehmung der Österreicher als ein »Kulturvolk«. Aber wie kein Zweiter hat Helmut Qualtinger in Gestalt des »Herrn Karl« die Eigenheiten, Abgründigkeiten, Monstrositäten des »Homo Austriacus«, dieses mit der einmaligen Gabe des selektiven Vergessens und der amnetischen Selbstvergewisserung begabten »Kulturmenschen« seziert, mit einer Ausnahme vielleicht: Selten offenbarte sich die »österreichische Seele« (Erwin Ringel) so deutlich wie im Falle der Peymann/Bernhard-Kontroverse. Wie haben es der Bremer Regisseur und der wahloberösterreichische Dramatiker zustande gebracht, ganz Österreich zur großen Bühne und seine Bewohner zu Protagonisten einer einzigen Tragikkomödie zu machen? Und wie schaffte es der Preuße Peymann weiters, das zunehmend als verstaubt geltende österreichische Theaterwesen nicht nur wieder zu beleben, sondern es darüber hinaus (wieder) zu dem Brennpunkt öffentlichen Interesses avancieren zu lassen?

Das Wiener Burgtheater hatte lange Zeit als Pantheon der Schauspielkunst gegolten. Im Nachkriegs-Wien war die »Burg«, vormals die bedeutendste deutschsprachige Bühne, zu einem Ort konservativen Repräsentationstheaters, zu einem »Klassikerhaus« geworden – Bewährtes sollte bewahrt, Experimente mit Neuem tunlichst vermieden werden; Kunst wurde nicht als Kritik am Bestehenden verstanden, sondern als Manifestation des »Schönen« zur Erbauung und Kontemplation des Bildungsbürgertums. Das Burgtheater blieb so ein »Abspieltheater« mit beamtetem Ensemble. Burgtheaterdirektor Achim Benning (1976–1986) versuchte zwar neue Akzente zu setzen, indem er behutsam und vorsichtig gegen allerlei Widerstände die soziale Dimension des Theater sichtbar zu machen suchte. Die Kontinuität der Anachronismen und der Reproduktionen wurde jedoch erst 1986 schlagartig beendet, als Claus Peymann nach Wien berufen wurde. »Peymanns Bestellung im Jahre 1986 durch Unterrichtsminister Dr. Helmut Zilk war ein radikaler Bruch in der Ahnengalerie des Burgtheaters. Die Kulturpolitik wollte jenen kulturpolitischen Erneuerungsschub, der seit der Regierung Kreisky immer wieder zur Sprache kam, nun endlich in die Tat umsetzen«, schreibt Nathalie Prasser in ihrer Diplomarbeit über Claus Peymann als Burgtheaterdirektor.[108] Peymann sollte die Burg, wie die gesamte Theaterlandschaft maßgeblich verändern. Pars pro toto steht dafür seine Inszenierung von Thomas Bernhards »Heldenplatz«: kein Stück Dramatik in der jüngsten Geschichte Österreichs hat so polarisiert, wurde solchermaßen medial skandalisiert wie heroisiert

und hat solche drastischen Reaktionen, im positiven wie im negativen Sinne, hervorgerufen wie dieses.

Claus Peymann gründete 1971 die Schaubühne am Halleschen Ufer in Berlin, leitete 1974–1979 das Württembergische Staatstheater in Stuttgart und 1980–1986, als Nachfolger von Peter Zadek, das Bochumer Schauspielhaus. Es gelang ihm, zwei relativ unbedeutende Provinzbühnen durch moderne Inszenierungen von Klassikern (wie Goethes »Faust« oder Kleists »Hermannsschlacht«, beide mit großem Erfolg bei den Wiener Festwochen zu Gast), aber auch Uraufführungen von Werken österreichischer Autoren wie Handke, Bernhard, Tabori, etc. zu überregional anerkannten Häusern zu machen. Schon in Stuttgart entstand der Nukleus für das überaus erfolgreiche Direktions- und Schauspielerensemble um Peymann, das nach Bochum und Wien »mitzog«: Hermann Beil (der im Hintergrund agierende »Co-Regisseur«), Alfred Kirchner, Vera Sturm und Uwe Jens Jensen sowie die Schauspielerinnen und Schauspieler Gert Voss, Kirsten Dene, Martin Schwab, Anneliese Römer, Lore Brunner, Therese Affolter und Traugott Buhre.[109]

Mit den Co-Direktoren Beil, Jens Jensen und Kirchner kam Peymann mit dem Anspruch nach Wien, das Burgtheater als eine »Schaubühne der Wahrheit« (H. Beil) zu etablieren. Für Peymann ist das Theater der Ort »moralischer Erziehung und der politischen Auseinandersetzung« durch die Kunst. Er trägt somit einen klassisch-modernen Erziehungs- und Pädagogisierungskanon – wie ihn sich auch die Sozialdemokratie programmatisch zu Eigen gemacht hatte und der auf »Sichtbarmachung« bzw. »kritische Hinterfragung« bestehender Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse abzielte – hinein in eine Phase der Transgression und postmodernen Transformation der Gesellschaft. Peymann ist in diesem Sinn nichts weniger als eine Ironie. Da in Schulen, Universitäten, Medien, Fernsehen usw. eine »wirkliche Auseinandersetzung« mit gesellschaftlichen Problemen nicht mehr stattfände – so der Ausgangspunkt –, versuchte Peymann dem Theater seine ursprüngliche Bedeutung – als Stätte der Versammlung und Auseinandersetzung – wiederzugeben, an dem das »gemeinsame Erlebnis« nicht im Sinne von Repräsentation, sondern von Aufklärung stattfindet.[110] Kunst soll so Kritik entfalten und zum Nachdenken anregen. Theater muss, nach Peymanns Vorstellungen, provozieren, um Aufmerksamkeit zu erregen und Debatten zu stimulieren: »Theater muß ein Brennpunkt sein. Wenn es nicht gelingt, eine Bühne im Mittelpunkt der Region zu halten, ist sie zerstört. Ein Theater, über das nicht gestritten wird, ein Theater, das nicht polarisiert – ist tot«.[111]

Peymann verstand sich trefflich auf Kunst als Kunst der Provokation – weniger durch die jeweiligen, durchaus konventionellen Inszenierungen als durch die Auswahl der Stücke und entsprechend geschicktes »Timing«. Premieren korrelierten so oftmals mit bestimmten »sensiblen Daten« des zeitgeschichtlichen Umfelds. Schon vorauslaufend und zu Beginn der Peymann'schen Amtszeit wurde Kritik laut. Vor allem, dass ein »Piefke« ein österreichisches Nationalheiligtum führen sollte (zwar war schon der Magdeburger Benning ein Deutscher, doch erregte er mit seinem eher

konservativ gehaltenen Repertoire-Theater und zahlreichen Auslandsgastspielen nicht den Zorn von Feuilleton und Abonnementpublikum), noch dazu mit »modernen«, »zeitgeistigen« Inszenierungen, war allein schon Provokation genug. »Kultur in deutscher Hand? Die ›Überfremdung‹ in der Wiener Theaterszene hat Tradition«, schrieb Hans Haider in der »Presse«.[112]

Peymanns großes Verdienst war es, durch Änderung des Abonnementsystems und der Neustaffelung der Eintrittspreise das Burgtheater einem jungen Publikum zu öffnen. Für Schülerinnen und Schüler, Jugendliche, Lehrlinge, Studierende, Zivil- und Präsenzdiener, Arbeitslose etc. wurden drastisch reduzierte Eintrittskarten eingeführt. Dies entsprach Peymanns Vision von einem Theater als gemeinsamem Ort demokratischer Öffentlichkeit und nicht nur des elitären Bildungsbürgertums. Auch in Auswahl und Inszenierung setzten Peymann und seine Direktoriumskollegen neue Akzente: Bernhards »Theatermacher«, Lessings »Nathan der Weise«, Qualtingers und Merz' »Herr Karl« *(Abb. 159)*, Brechts »Mutter Courage« und »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, Taboris »Mein Kampf« wurden schon zum Einstand gespielt. Die Reaktionen waren – wie generell in Bezug auf Peymann – ambivalent. Gert Voss – in seiner Zeit an der Burg (1986–1993) überaus erfolgreich und, wiewohl Deutscher, in den Status eines über jegliche Kritik erhabenen Starschauspielers aufgestiegen (u. a. »Richard III.«, »Othello«, »Kaufmann von Venedig«) – äußerte sich diesbezüglich folgendermaßen: »Das Burgtheater war über Jahre wie eine Art gesellschaftliches Privileg in den Händen von ganz bestimmten Leuten. Die haben eine Meinung darüber, wie Theater auszusehen hat. Und die bestimmen auch das Klima im Parkett. Immer noch«.[113] Hinzu kamen Konflikte mit dem angestammten Wiener Ensemble. Den bundesdeutschen Regisseuren und Schauspielern stand ein de facto verbeamtetes Ensemble gegenüber – allen voran die Ensemble-Vertretung Franz Morak, Karlheinz Hackl, Robert Meyer u. a., aber auch renommierte Burgschauspielerinnen und -schauspieler wie Erika Pluhar, Fritz Muliar, Gertraud Jesserer, Elisabeth Orth und andere. Neben grundsätzlichen Fragen, wie dem Stil der Inszenierungen, dem Umgang mit Mitarbeitern (dem großen Inszenator des Sozialen wurde wiederholt Menschenfeindlichkeit vorgeworfen), Kommunikationsfragen etc. ging es nicht zuletzt um aus der Tradition gewachsene Mitarbeiter- und Ensemblerechte, die Peymann radikal einschränken wollte (und damit auch teilweise erfolgreich war).

Ein wesentlicher Grund für die Anfeindungen Peymanns und seines als »ruhrgermanisches Besatzungsregime an der Burg« (Kurt Seinitz, Kronen Zeitung)[114] apostrophierten Teams lag unzweifelhaft an der von vielen als »unbotmäßig« empfundenen »Einmischung« in die Tagespolitik. Mit streikenden Studierenden fanden gemeinsame Solidaritätsaktionen statt (1987), gegen Fremdenhass, Intoleranz und soziale Ungerechtigkeit wurde mittels entsprechender Adaptionen bzw. Inszenierungen mobil gemacht. In Interviews nahm sich Peymann kein Blatt vor den Mund und verweigerte sich der Rolle des devoten und dankbaren Staatskünstlers. Er hielt an seiner aus der 68er-Revolte abgeleiteten Vision eines emanzipatorischen Theaters



Abb. 159: Carl Merz und Helmut Qualtinger mit der Schallplatte »Herr Karl«, 1961.

als Institut der Spätaufklärung und der Herstellung einer bürgerlich-demokratischen Öffentlichkeit fest: Theater als Kritik an den Mächtigen, an den herrschenden Zuständen – »das, was Theater ursprünglich einmal war«, das wollten Peymann, Beil, Kirchner und ihr Team wieder etabliert sehen.

Demgemäß fand die »Kulturreaktion« in Peymann einen willkommenen Reibebaum, stimmte in eine allgemeine Hatz auf den »Piefke« und eine medial überaus wirksam aufbereitete Kampagne gegen die vorgebliche »Entösterreicherung der Kultur« ein. So sagte Hans Weigel in einer Rede anlässlich einer Staatspreisverleihung für seine Verdienste um die österreichische Kultur im Ausland:

> *Wenn ein Theaterdirektor nicht »Chance« sagt, sondern »Schangse«, dann gehört er zurück nach Bochum und hat hier nichts zu suchen (Applaus) … Wir sind stark genug, um uns selbst in Frage zu stellen, wir brauchen dazu niemanden, der von weither kommt …, daß das gegen die Deutschen geht, die in unserem Burgtheater einen Feldzug gegen uns begonnen haben, die sich einen Staat im Staat geschaffen haben, der zwar vorläufig mit dem Areal des Burgtheaters begrenzt ist, aber man weiß ja nie … Wir haben die Jahre des Dritten Reichs überlebt, wir werden auch das noch überleben.*[115]

Auch die organisierte Rechte – von bekannten Rechtsobskuranten über deutschtümelnde Burschenschaftler bis hin zu rechtskatholischen CV-Kreisen – machte mobil. Als im Juni 1988 der Papst Österreich besuchte (23.–27. Juni 1988), wurde Rolf Hochhuths »Der Stellvertreter« aufgeführt (Premiere: 11. März 1988), ein Stück, das die Verstrickung der Kirche mit dem Nationalsozialismus bzw. die schweigende Akzeptanz des Holocaust durch den Vatikan (Papst Pius XII.) thematisiert. Die (beabsichtigte) Koinzidenz von Aufführung und Papst-Besuch erregte heftige Kritik von konservativer und klerikaler Seite und kulminierte in Störversuchen extremistischer Gruppen (»Junge Freunde des Burgtheaters«).[116]

Der Höhepunkt der Kontroversen um Peymanns Führung des Burgtheaters wurde allerdings mit Thomas Bernhards »Heldenplatz« erreicht. Retrospektiv gesehen ist die Auseinandersetzung darüber als der Theaterskandal der Zweiten Republik schlechthin zu werten. Zum einen war die Provokation von Bernhard und Peymann sicherlich intendiert, doch erst der spezifische zeitgeschichtliche Kontext ließ das Stück zur Erregung werden. 1986, das Antrittsjahr Peymanns, stand im Zeichen der Affäre Waldheim. Kurt Waldheim, ehemaliger Generalsekretär der Vereinten Nationen, hatte als Kandidat der ÖVP im Wahlkampf um das Bundespräsidentenamt seine Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation und seinen Einsatz als Wehrmachts-Offizier im Stab des als Kriegsverbrecher verurteilten Alexander Löhr am Balkan verschwiegen und bagatellisiert. Die Auseinandersetzung um Waldheim geriet überaus heftig und symbolisierte einen dramatischen Bruch im bis dato scheinbar friktionsfreien, nach korporatistischen Prinzipien gestalteten Wohlfahrtsstaat. Sie ließ mit einem Schlag jene Traumata virulent werden, die der wieder errichtete Kleinstaat nach 1945 so erfolgreich beiseite geschoben und unter einer stets kompakter werdenden Schicht aus Sozialstaatlichkeit und kultureller Selbstgenügsamkeit begraben zu haben schien. Die Affäre Waldheim erwies sich in jeder Hinsicht als die Wiederkehr des Verdrängten. Nachdem Kritik an Waldheim im Wahlkampf und in der Folge auch im Ausland, vor allem in den USA, laut geworden war, wucherten Verschwörungstheorien und Dolchstoßlegenden und entwarfen das Bild Österreichs im Würgegriff subversiver sozialistisch-jüdisch-liberal-freimaurerischer Mächte.[117]

Die gleichen konspirationistischen Ideologeme sollten im Zuge der Debatte um die »Heldenplatz«-Aufführung mobilisiert werden, im Kontext einer durch Emotionen hochgepeitschten, gelegentlich an den Kulturkampf der 1930er-Jahre gemahnenden Atmosphäre (wiewohl sie dessen dramatischer ökonomischer Dimension natürlich zur Gänze entbehrte). Als Beispiele sind anzuführen: die Kontroverse um das »Mahnmal gegen Krieg und Faschismus« am Albertinaplatz (1988–1991) des Bildhauers Alfred Hrdlicka, das erst nach jahrelangen heftigen Auseinandersetzungen realisiert werden konnte, und die Absetzung von George Taboris Inszenierung von Franz Schmidts Oratorium »Das Buch mit den sieben Siegeln« (anlässlich der Salzburger Festspiele 1987) wegen angeblicher »obszöner Szenen« nach massivem politischem Druck. Der ÖVP-Politiker Michael Graff meinte damals gar, man solle

Tabori für seine nächste Inszenierung »eine schöne öffentliche Bedürfnisanstalt« zur Verfügung stellen.[118]

Zum Gedenkjahr 1988 (»Anschluss 1938«) hatte nun die Direktion Peymann Thomas Bernhard den Auftrag erteilt, ein Stück über den »Anschluss« Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland zu verfassen. Der »Heldenplatz« ist eine tragische Familiensaga und thematisiert eine Familienzusammenkunft am Begräbnistag von Josef Schuster, einem Wiener Juden und Wissenschaftler, der 1938 samt Familie nach Oxford emigrieren musste und 1955 nach Wien zurückgekehrt ist. Das Leben in der Wohnung mit Blick auf den inkriminierten Heldenplatz hatte die psychische Verfassung seiner Gattin, die immer noch das »Sieg Heil«-Gebrülle der euphorisierten Massen evozierte, so sehr verschlechtert, dass sie in die Nervenklinik am Steinhof eingeliefert werden musste. Unter den Vorzeichen eines wieder virulenten Antisemitismus war Josef Schuster zudem vor der Entscheidung gestanden, erneut emigrieren zu müssen, und hatte sich aus Verzweiflung aus dem Fenster gestürzt – ein spätes Opfer 50 Jahre danach. In den drei Akten kommen das Personal und die Verwandten des Verstorbenen (vor allem sein Bruder Robert) zu Wort. Sukkus des Tischgesprächs der Leichenschmaus-Gesellschaft ist, dass es für Juden auf ein Neues unmöglich geworden sei, in Österreich zu leben. Die Protagonisten räsonieren und monologisieren in bester Bernhard'scher Manier über die beharrliche Kontinuität von Faschismus, Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus sowie über die Infiltration des öffentlichen Lebens durch ehemalige und neue Nazis. Bernhards Abrechnung gerät zu einem verbalen Rundumschlag gegen Politik, Kirche, Wirtschaft und Medien, mit einem Wort »gegen Österreich«. Analog zum Genre des Schlüsselromans lassen sich auch in »Heldenplatz« die nicht namentlich Kritisierten als reale Personen identifizieren. Prominent kritisiert Bernhard neben dem konservativ-reaktionären, klerikalfaschistischen Österreich insbesondere auch die Sozialdemokratie (»… Sozialisten sind die eigentlichen Totengräber dieses Staates …«).[119]

Es war nicht die erste Peymann/Bernhard-Inszenierung, auch nicht die erste an der Burg. Die radikale Kritik an aktuellen gesellschaftlichen Zuständen in der Tradition eines Karl Kraus oder Robert Musil war nicht unbedingt neu. Warum also der Skandal? Im Vorfeld der Uraufführung (am 4. Oktober 1988)[120] hatte die Direktion, teils aus Publicity-Gründen, strenge Geheimhaltung verordnet. Aus den Proben sickerten, von Peymann zumindest toleriert, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate durch, die den Printmedien, vor allem der Kronen Zeitung, dem Kurier und der Presse, als Initialzünder einer regelrechten Hetzkampagne gegen Peymann und Bernhard dienten. Monate vor der Uraufführung, im August 1988, brachte Sigrid Löffler die Stimmung auf den Punkt:

> *Seit einem Jahr steigt der Erregungspegel. Seit einem Jahr eskaliert die Debatte von Ereiferung zu Ereiferung. Zeitungen richten der leserbriefschreibenden Volkswut immer neue Freigehege ein – dort hat sie Auslauf und darf alles auskotzen, was die Leitartikler auch denken, aber so kraß denn doch*

nicht äußern möchten. Politiker werfen sich in die Positur von Kunstrichtern und Parteisekretäre urteilen über Fragen der Ästhetik. Das Ausland staunt, spottet und verachtet. Der österreichische Kulturkampf tobt. (…) Auf der untersten, der grauslichsten Ebene geht's um die günstigste Gelegenheit, unter dem Deckmantel der moralischen Entrüstung ungestraft dem Haß gegen Juden, Ausländer, Kummerln – und Künstler ganz allgemein – freien Lauf zu lassen. Da wird ›Kirchenschändung‹ gesagt (und ›schweinigelnder Jude‹ gemeint). Da wird ›Burgtheaterschändung‹ gesagt (und ›frecher Piefke‹ gemeint). Da wird ›Störung der Totenruhe‹ gesagt (und ›kommunistischer Störenfried‹ gemeint). Binnen knapp einem Jahr ist es gelungen, alle gängigen Vorurteilsstereotypen mit passenden Hassfiguren aus der Kunstszene zu besetzen und der Öffentlichkeit einzuprägen. Auch wer die Namen Tabori, Peymann oder Hrdlicka zuvor nie gehört hat, nie wahrgenommen hat, weiß nun, dank Staberl und Cato, dank Chorherr und dem Brüllchor der ›gesunden Volksmeinung‹, dass er sich darunter sogenannte Künstler, will heißen: linke, jüdische, ausländische, ordinäre Glaubens-, Volks- und Staatsfeinde vorzustellen hat, an deren Präsenz in Österreich die Sozi schuld sind.[121]

Die Stoßrichtung der konzertierten medialen Polemiken war eindeutig: »Österreich-Beschimpfung auf Steuerzahlerkosten« (Krone)[122], Rufe nach Zensur, Absetzung, sowie die in vielen Leserbriefen geforderte Ausweisung Peymanns (nach Deutschland) und Einweisung Bernhards (in die Irrenanstalt). Die Uraufführung am 4. Oktober musste unter Polizeischutz stattfinden, rechte Gegendemonstranten luden eine Fuhre Mist vor der Burg ab, verübten einen Brandanschlag und versuchten die Aufführung zu stören. Die vom konservativen Medienblock in Kollaboration mit ÖVP- und FPÖ-Politikern geschürte Stimmung entlud sich in unzähligen Morddrohungen, öffentlichen verbalen und zum Teil physischen Attacken und Fäkalpost- bzw. Tierkadaversendungen an Peymann, Bernhard und verschiedene Schauspieler. Bundespräsident Waldheim sah sich – obwohl er das Stück weder gesehen noch gelesen hatte[123] – veranlasst, seine Ablehnung des Stückes öffentlich kund zu tun (ein Novum): »Ich halte dieses Stück für eine grobe Beleidigung des österreichischen Volkes und lehne es daher ab«.[124] Erhard Busek forderte einen Publikumsboykott und Alois Mock gar die Absetzung des Stückes. FPÖ-Chef Jörg Haider strapazierte ein Kraus-Zitat, umgemünzt auf Peymann: »Hinaus mit diesem Schuft aus Wien!«[125]

Innerhalb der SPÖ waren die Reaktionen durchaus geteilt, auch aufgrund der massiven Kritik an der Sozialdemokratie durch Bernhard. Obwohl grundsätzlich die Verteidigung überwog, gab es differenzierte Kritik, beispielsweise von Zentralsekretär Heinrich Keller und Wiens SPÖ-Chef Mayr. Altbundeskanzler Bruno Kreisky, von der Kronen Zeitung auf seinem Altenteil auf Mallorca heimgesucht, polterte gegen das Stück: »Das darf man sich nicht gefallen lassen!«.[126] Schützend vor Peymann stellten sich in erster Linie Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek: »Kunst muß provozieren. Ich werde Peymann auf keinen Fall auffordern, das Stück abzusetzen«[127] sowie der Generalsekretär des Österreichischen Bundestheaterverbands (1988–1990) Rudolf Scholten. Loyalitätserklärungen kamen von Künstlerkollegen Peter Turrini und André Heller. In den Kulturfeuilletons der deutschsprachigen Intelligenzpresse wurde

häufig das Bild vom »Fallensteller« Thomas Bernhard bemüht, in dessen »Falle« die Österreicher getappt seien.[128] Die Einschätzung von Oliver Bentz etwa geht exakt in diese Richtung:

Über dreißig Jahre hat Thomas Bernhard publiziert, hat er gegen Österreich und die Kontinuitäten des Nationalsozialismus in diesem Staat angeschrieben. Fast jede Veröffentlichung seiner Romane und Theaterstücke war mit einem handfesten Skandal verbunden. Doch nicht nur in seinen literarischen Werken brachte er seine Invektiven gegen den österreichischen Staat, die Gesellschaft, die Politik, die Kirche und deren Repräsentanten vor, auch Preisverleihungen, Interviews oder Meinungsäußerungen durch Leserbriefe dienten ihm als Gelegenheit, durch bewusste Provokationen jene aus der Reserve, zu Stellungnahmen, in Fallen zu locken, denen seine Verachtung galt. So zieht sich seit den sechziger Jahren durch das Werk und das Auftreten des unermüdlichen Fallenstellers eine Spur der Skandale.[129]

Peymann selbst rekurrierte auf die imaginative Intuition des Theatermachers, der, gleich der Schnitzler'schen literarischen Tiefenpsychologie, die innersten Schichten des kollektiven Unbewussten freigelegt habe.

Heldenplatz: Das war doch kein Skandal, weil der Thomas Bernhard und der Claus Peymann sich hier im schönen Gersthof hingesetzt haben und sich einen Skandal ausgedacht haben, Bernhard hatte offensichtlich den Nerv getroffen, den ich damals noch gar nicht verstehen konnte – den ganz tiefen Antisemitismus, der sich jetzt offen manifestiert. Jetzt klagen alle darüber. Das Theater ist wirklich ein Seismograph.[130]

Der eigentliche Skandal resultierte aus dem Tabubruch, den Peymann und Bernhard inszenierten – all das zu thematisieren, über das in Wien und in Österreich, getreu dem kollektiv verinnerlichten Nachkriegskonsens, nicht gesprochen werden durfte. Peymann und Bernhard hielten den Österreichern mit »Heldenplatz« gleichsam einen Spiegel vors Gesicht und das Stück erwies sich so als »self-fulfilling-prophecy«.

Was die Schriftsteller schreiben
ist ja nichts gegen die Wirklichkeit
jaja sie schreiben ja daß alles fürchterlich ist
daß alles verdorben und verkommen ist
daß alles katastrophal ist
und daß alles ausweglos ist
aber alles das sie schreiben
ist nichts gegen die Wirklichkeit
die Wirklichkeit ist so schlimm
daß sie nicht beschrieben werden kann.[131]

Anmerkungen

1 Der Titel paraphrasiert den Werbeslogan der Stadt Wien »Wien ist anders«, der in den späten 80er- und frühen 90er-Jahren zur Kennzeichnung einer neuen, »kulturalistisch« gewendeten Stadtpolitik verwendet wurde.

2 Knessel, Pulsschlag, 235.

3 Viktor Suchy, Unsere Philharmoniker – Zum Konzert am 27. April, in: Neues Österreich, 27.4.1945.

4 Vgl. Rathkolb, Führertreu, 110.

5 Macho, Musikgeschmack, 251 f.

6 Fischer, Illusion, 38.

7 Zu den Zahlen an Opfern und Sachschäden vgl. oben S. 545 ff.

8 Alexander Lernet-Holenia, Brief an den »Turm«, in: Turm, 4/5, November-Dezember 1945, 109.

9 Vgl. oben S. 560 f.

10 Vgl. Kerschbaumer, Moderne, 120 ff.

11 Vgl. Hahnl, Diskreditierung, 153 ff.

12 Milo Dor, Wie wir werden, in: Plan, 2. Jg., 1947, Nr. 3, 218.

13 Rudolf Geist, Österreichische Verpflichtung, in: Plan, 1. Jg., 1945, Nr. 2, 233.

14 Greisenegger, Theaterleben, 223.

15 Vgl. Griesmayer, Tagebuch, 73–111.

16 Vgl. Greisenegger, Brettl, 177–183.

17 Merz/Qualtinger, Der Herr Karl, 21 bzw. 24.

18 Große Österreich-Illustrierte, 16. September 1950.

19 Vgl. Kerschbaumer, Kulturen, 75 ff.

20 Bundesgesetzblatt 97/1950, § 2a.

21 Schwarz, Kino, 83.

22 Ebd., 129.

23 Vgl. Veigl, 50er-Jahre, 64.

24 Vgl. Maderthaner/Musner, Fordismus.

25 Achleitner, Architektur, 83.

26 Ziak, Antlitz, 25.

27 Wiener Stadthalle, Monographienreihe »Der Aufbau« (hrsg. vom Wiener Stadtbauamt), Band 10/1958, 42 und 19.

28 Roland Rainer, in: Wiener Stadthalle Eröffnung 1958, Der Aufbau, Heft 35, Juni 1958.

29 Franz Jonas, ebd.

30 Vgl. Büttner/Dewald, Anschluß, 182 ff.

31 Rühm, wiener gruppe, 19.

32 Weibel, wiener gruppe, 61.

33 Vgl. Schuh, Radikalität, 132–182.

34 Vgl. Fleck, St. Stephan, 61 ff.

35 Vgl. Szeless, Auge.

36 Ullrich, Musik, 847.

37 Zitiert bei Haider-Pregler, Staatsakt, 424.

38 Ziak, Antlitz, 18.

39 Lettmayer, Wien um die Mitte des XX. Jahrhunderts, 807.

40 Heer, Land, 358.

41 Muschik, Wiener Schule, 59 f.

42 Schmied, Nach 1945, 129.

43 Hutter, in: Schmied, Ausstellungskatalog, 124.

44 Muschik, Wiener Schule, 77 f.
45 Schmied, Nach 1945, 115 ff.
46 Ebd., 119.
47 Gorsen, Wiener Aktionismus, 161–171.
48 Schmied, Malerei, 43.
49 Express, 9. Juni 1968, zitiert aus: Roussel, Aktionismus, 157.
50 Weibel – export, wien, 216 f.
51 Oberhuber, Aktionismus, 17.
52 Schwendter, 1968, 211.
53 Steiner, Arenabewegung, 128 ff.
54 Mattl, Arena, 225.
55 Vgl. Aglietta, Akkumulationsregime.
56 Vgl. Harvey, Postmodernity.
57 Eigner/Resch, Entwicklung Wiens, 19 ff.
58 Vgl. Schmee/Weigl, Vollbeschäftigung.
59 Vgl. Sennett, Mensch.
60 Mattl, Wien, 84.
61 Vgl. Schulze, Erlebnisgesellschaft.
62 Hobsbawm, Zeitalter, 618 ff.
63 Bezüglich der Kritik an dieser Tendenz siehe: Julia Ortner, Reinhard Seiss, Auf nach Süden! in: Falter. Stadtzeitung für Wien, 31/03, 30.07.03, http://www.falter.at/print/F2003_31_3.php, 08.08.04.
64 Mattl, Wien, 84.
65 Maderthaner /Musner, Anarchie, 116 f.
66 Maderthaner, Volksstimmefest, 107 ff.
67 Vgl. Horak/Mattl, Weltkulturhauptstadt, 214 ff.
68 Vgl. O.V.: Eine Jahrhundert-Idee, http://www.wbb.cc/content/index.php?page=aktuelles&os=0&id=1791, 08.08.04.
69 Vgl. O.V.: Donauinsel, Geschichte, http://www.wien.gv.at/wasserbau/donau.htm#geschichte, 08.08.04.
70 Zit. in: Julia Ortner, Brot, Bier und Spiele. Donauinselfest, in: Der Falter. Stadtzeitung für Wien, 25/03 und 18.06.03, online im WWW unter: http://www.falter.at/print/F2003_25_3.php, 08.08.04.
71 Vgl. ebd.
72 O.V.: Franz Morak und die Kulturpolitik der ÖVP, in: Profil, Nr. 47, 17.11.03, online im WWW unter: http://www.igkultur.at/igkultur/kulturpolitik/1069059903, 08.08.04.
73 Häussermann/Siebel, Festivalisierung, 15.
74 Mattl, Wien, 88.
75 Heidegger, »... die G'fraster«. »Dann lernen wir Schwimmen, treib'n tan ma eh«. Hans Hölzel und die wienerische Verklärung zur Unsterblichkeit, Wien 2003, online im WWW unter: http://www.orf.at/030204-59423/59424txt_story.html, 08.08.04.
76 Zit. in: ebd.
77 Vgl. ebd.
78 Sven Gächter, Wo geht's hier zur Party?, http://freerepublic.at/presse01_4.php, 10.08.04.
79 Peter Stoeckl, Vom Bahnhof in den Cyberspace. Bildende Kunst in Österreich. Ein kurzer Streifzug von 1950 bis Y2K, Wiener Zeitung, Erschienen am: 28.01.2000, http://www.wienerzeitung.at/frameless/lexikon.htm?ID=7711, 13.08.04.
80 Hegyi, Malerei, 239.
81 Vgl. ebd.
82 Vgl. ebd., 242.
83 Vgl. Stoeckl, Vom Bahnhof in den Cyberspace, s. o. Anm. 79.

84 Falter 33/1988 zit in: O.V.: Mahnmal gegen Krieg und Faschismus, online im WWW unter: http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1010_alb.php, 13.08.04.

85 Assmann/Hattinger, Medien, 395.

86 Vgl. Stoeckl, Vom Bahnhof in den Cyberspace, s. o. Anm. 79.

87 Vgl. Schmied, 20. Jahrhundert, 590.

88 Vgl. Stoeckl, Vom Bahnhof in den Cyberspace, s. o. Anm. 79.

89 Planungsstadtrat Hannes Swoboda rief 1992 eine zweite Gründerzeit für Wien aus.

90 Vgl. Klotz, Stadtentwicklung, 9.

91 Häussermann/Siebel, Festivalisierung, 21.

92 Schediwy, Postmoderne, 47.

93 Vgl. Sarnitz, Neue Architektur, 197.

94 Nähere Informationen dazu und den anderen Bauten der Donau-City siehe Sarnitz, Neue Architektur, 198 ff.

95 Vgl. ebd., 197 ff. u. 177.

96 Mattl, Wien, 149 f.

97 Schediwy, Postmoderne, 54.

98 Vgl. Sarnitz, Neue Architektur, 86.

99 Hollein, Ausstellung, 36.

100 Ebd., 37.

101 Vgl. ebd., 120.

102 Vgl. Stadtplanung/MA 18, 70 f.

103 Zilk, von Beruf Lehrer, war 1967–1974 Programmdirektor des ORF, 1979–1983 Kulturstadtrat, 1983/84 Unterrichtsminister, zuletzt Bürgermeister 1984–1994.

104 Mattl, Wien, 89.

105 Rudolf Scholten war von 1988–90 Generalsekretär des Österreichischen Bundestheaterverbands, 1990–94 Bundesminister für Unterricht und Kunst sowie 1994–1997 Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst bzw. Wissenschaft, Verkehr und Kunst.

106 Hilde Hawlicek war von 1987–1990 Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport.

107 Peymann in: Theater Heute, 7.

108 Prasser, Peymann.

109 Vgl. ebd., 32.

110 Ebd., 42 u. 37 ff.

111 Claus Peymann im Interview von Peter Iden, in: Frankfurter Rundschau, 17.11.95, zit. in: ebd., 105.

112 Hans Haider, Kultur in deutscher Hand? Die »Überfremdung« der Wiener Theaterszene hat Tradition, Die Presse, 30.08.86, zit. in: Beil, Weltkomödie, 3.

113 Gert Voss in einem Interview mit der Illustrierten BASTA, Nov. 87, zit. in: ebd., 28.

114 Kurt Seinitz, »Das Ausland ist empört« Blickpunkt (Kolumne), in: Neue Kronen Zeitung, 15.10.88, zit. in: Burgtheater, 80.

115 Auszug aus Hans Weigels Rede im Unterrichtsministerium anlässlich der Verleihung des österreichischen Staatspreises für die Verdienste um die österreichische Kultur im Ausland, 01.06.88, zit. in: Beil, Weltkomödie, 72.

116 Vgl. ebd., 80.

117 Vgl. dazu: Steinmayer, »Verschwörungstheorien«.

118 Zit. in: O.V.: Ein Porträt zum 90. Geburtstag des Autors und Regisseurs George Tabori, http://www.br-online.de/kultur-szene/hoerspiel/kalender/artmix/01458/index.shtml, 11.08.04.

119 Ebd.

120 Ursprünglich sollte das Werk im März 1988 aufgeführt werden, was aus terminlichen Gründen scheiterte. Der 4. Oktober markierte den 100. Jahrestag des Umzugs des Burgtheaters vom Michaelerplatz in den Neubau an der Ringstraße.

121 Sigrid Löffler, Über und unter der Budel. Tabori, Peymann, Hrdlicka – drei Beispiele für den neuen Kulturkampf in Österreich. Ist die Wende damit perfekt?, Profil, 01.08.88, in: Burgtheater, 4.

122 Schlagzeile der »Neuen Kronen Zeitung« vom 09.10.88: »Steuerzahler soll für Österreich-Besudelung auch noch bezahlen!«, in: ebd., 20.

123 Zumindest nicht zu jenem Zeitpunkt, als er daran Kritik übte.

124 Zitiert in: Daniela Kittner, Christoph Kotanko, Waldheim: In der Burg kein Platz für »Heldenplatz«, Kurier, 11.10.88, in: Burgtheater, 35.

125 O.V.: Burg: Der Konflikt spitzt sich zu, in: Der Standard, 12.10.88, in: Burgtheater, 47. Der Kraus'sche Ruf galt dem »Stunde«-Herausgeber und erpresserischen Manipulator Imre Bekessy.

126 Dieter Kindermann, Kreisky zu Skandalstück: »Das darf man sich nicht gefallen lassen!«, Neue Kronen Zeitung, 10.10.88, in: Burgtheater, 24.

127 Zit. in: Beil, Weltkomödie, 92.

128 Z. B.: Peter Iden, In der Falle, die Österreich heißt. Thomas Bernhards »Heldenplatz« in Claus Peymanns Uraufführung am Burgtheater, Frankfurter Rundschau, sowie: Paul Kruntorad, In der Falle Österreich, Uraufführung von Thomas Bernhards »Heldenplatz« in der Inszenierung Claus Peymanns am Burgtheater Wien, Nürnberger Nachrichten, oder Kurt Wimmer, In Bernhards Falle, Das war ein ganz schönes Theater am Freitag abend im Burgtheater. Peymann hat es gut überstanden und Bernhard wurde gefeiert, Kleine Zeitung, 06.11.88; alle in: Burgtheater, 236–237 u. 239.

129 Bentz, Bernhard, 7.

130 Michael Maier im Gespräch mit Claus Peymann, Die Presse, 15.04.95, zit. In: Prasser, Peymann, 81.

131 Auszug aus: Bernhard, zit. in: Bentz, Bernhard, 11.

Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen

Vorbemerkung: Es wird ersucht, auch die einschlägigen Verzeichnisse der Bände 1 und 2 unserer »Geschichte Wiens« sowie die im Literaturverzeichnis (S. 823) gebotenen Auflösungen diverser Abkürzungen einzusehen.

Anm(m). = Anmerkung(en)
AZ = Arbeiter-Zeitung
Bd(e). = Band (Bände)
Beih. = Beiheft
BIP = Bruttoinlandsprodukt
BUP = Bruttourbanprodukt
Dipl.Arb. = Diplomarbeit
Diss. = Dissertation
DÖW = Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands
Ebd. = ebenda
Erg.Bd. = Ergänzungsband
FB = Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte
f(f). = folgend(e)
fl = Gulden
Hg./hg. = Herausgeber(in)/herausgegeben
HKA = Österreichisches Staatsarchiv, Hofkammerarchiv Wien
Hs. = Handschrift
HZ = Historische Zeitschrift
JbLKNÖ = Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich
JbVGA = Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung
JbVGStW = Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien
MdI = Ministerium des Inneren
MOÖLA = Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs
MÖStA = Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs
MRP = Protokolle des Ministerrats (siehe im Literaturverzeichnis)
NACE = Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes (ÖNACE = mit Bezug auf Österreich)
N.F. = Neue Folge
NFP = Neue Freie Presse
NR = Neue Reihe
NT = Der Neue Tag
NWT = Neues Wiener Tagblatt
o.J. = ohne Jahr

ÖNACE siehe NACE
o.O. = ohne Ort
o.S. = ohne Seitenangabe
ÖJP = Österreichisches Jahrbuch für Politik
ÖStA = Österreichisches Staatsarchiv
PCA = Pro civitate Austriae. Informationen zur Stadtgeschichtsforschung in Österreich
phil. = philosophisch(e)
PTP = Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926.
RP = Reichspost
s. = siehe
UH = Unsere Heimat
ungedr. = ungedruckt
VGA = Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung
vgl. = vergleiche
VWStLA = Veröffentlichungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs
WGBll. = Wiener Geschichtsblätter
WStLA = Wiener Stadt- und Landesarchiv
WStLB = Wiener Stadt- und Landesbibliothek (ab 2006: Wienbibliothek im Rathaus)
zit. = zitiert

Literatur und gedruckte Quellen

Achleitner, Architektur: Friedrich Achleitner, Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Band III/1 (Salzburg/Wien 1990).

Achleitner, Wiener Architektur: Friedrich Achleitner, Wiener Architektur. Zwischen typologischem Fatalismus und semantischem Schlamassel (Wien/Köln/Weimar 1996).

Achs, Schule: Oskar Achs, Das Rote Wien und die Schule, in: Das Rote Wien 1918–1934 (Wien 1993), 122 ff.

Ackerl – Vasek, Wiedergeburt: Isabella Ackerl und Hans Vasek, Österreichs Wiedergeburt (Wien 1995).

Adametz, Die Verantwortlichen: Wilhelm Adametz, Die Verantwortlichen, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 300 ff.

Adler, Aufsätze: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, hg. v. Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, 11 Bände (Wien 1922–1929).

Adler, Briefwechsel: Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Gesammelt und erläutert von Friedrich Adler (Wien 1954).

Adler, Tramwaysklaven: Victor Adler, Die Auflehnung der Tramwaysklaven, in: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, hg. v. Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Bd. 4 (Wien 1925), 36 ff.

Adler, Überwindung: Friedrich Adler, Ernst Machs Überwindung des mechanischen Materialismus (Wien 1918).

Adler, Ziegelarbeiter: Victor Adler, Die Lage der Ziegelarbeiter, in: Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe, hg. v. Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs, Bd. 4 (Wien 1925), 11 ff.

Adorno, Mahler: Theodor W. Adorno, Mahler. Wiener Gedenkrede, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften, hg. v. Rolf Tiedemann, Bd. 16: Musikalische Schriften I–III (Frankfurt am Main 1997), 323 ff.

Adorno, Philosophie der neuen Musik: Theodor W. Adorno, Philosophie der neuen Musik, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften, hg. v. Rolf Tiedemann, Bd. 12 (Frankfurt am Main 1997).

Adorno, Wien: Theodor W. Adorno, Wien, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften, hg. v. Rolf Tiedemann, Bd. 16: Musikalische Schriften I–III (Frankfurt am Main 1997), 433 ff.

Aglietta, Akkumulationsregime: Michel Aglietta, Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand (Hamburg 2000).

Albrich, Antisemitismus: Thomas Albrich, Vom Vorurteil zum Progrom: Antisemitismus von Schönerer bis Hitler, in: Rolf Steininger – Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg (Wien/Köln/Weimar 1997), 309 ff.

Alles über uns. Betriebsangaben 2002: Wiener Linien GmbH & Co KG (Hg.), Alles über uns. Betriebsangaben 2002 (Wien [2003]).

Altfahrt – Fischer, Illumination: Margit Altfahrt – Karl Fischer, »Illuminations-Anfang der Stadt Wien«. Zur Einführung der Straßenbeleuchtung im Jahre 1687, in: WGBll. 42 (1987), 167 ff.

Altfahrt, Professionisten: Margit Altfahrt, »Den Professionisten ist wider ihre Störer alle Assistenz zu leisten«. Unbefugte Schneider im Wien des späten 18. Jahrhunderts, in: JbVGStW 52/53 (1996/1997), 9 ff.

Anderson, Imagined Communities: Benedict R. Anderson, Imagined Communities. Reflections on the Origins and Spread of Nationalism (London 1991).

Angelmahr, Überwindung: Helmut Angelmahr, Die Überwindung innerstädtischen Raumes. Privater und gewerblicher Transport in Wien im Vormärz bis 1938. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1987).

Angerler, Reiche Bäcker: Eva Angerler, Reiche Bäcker – arme Schuhmacher. Zwei Wiener Handwerksbranchen im Spiegel ihrer Fachzeitungen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1991).

Anlegung und Vertheidigung der Barrikaden: Über die Anlegung und Vertheidigung der Barrikaden in Beziehung auf die in Wien. Von einem im Felde gedienten Militär (Wien 1848).

Anzenberger, Migazzi: Günther Anzenberger, Die Rolle Christoph Graf Migazzis (Erzbischof von Wien 1757–1803) zur Zeit Maria Theresias. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1994).

Arbeitsstättenzählung Österreich 1973: Arbeitsstättenzählung 1973. Hauptergebnisse für Österreich (Beiträge zur Österreichischen Statistik 433/01, Wien 1976).

Arbeitsstättenzählung Österreich 1981: Arbeitsstättenzählung 1981. Hauptergebnisse Österreich (Beiträge zur Österreichischen Statistik 650/10, Wien 1983).

Arbeitsstättenzählung Österreich 1991: Arbeitsstättenzählung 1991. Hauptergebnisse Österreich (Beiträge zur Österreichischen Statistik 1.050/10, Wien 1994).

Arbeitsstättenzählung Wien 1973: Arbeitsstättenzählung 1973. Hauptergebnisse für Wien (Beiträge zur Österreichischen Statistik 433/10, Wien 1977).

Arbeitsstättenzählung Wien 1981: Arbeitsstättenzählung 1981. Hauptergebnisse Wien (Beiträge zur Österreichischen Statistik 650/9, Wien 1983).

Arbeitsstättenzählung Wien 1991: Arbeitsstättenzählung 1991. Hauptergebnisse Wien (Beiträge zur Österreichischen Statistik 1.050/9, Wien 1996).

Ardelt, Friedrich Adler: Rudolf G. Ardelt, Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende (Wien 1984).

Arendt, Eichmann: Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen (München 1986).

Arnold, Wiener Industrie: Klaus Arnold, Wiener Industrie Atlas (Wien 1988).

ASKÖ, Festschrift: Arbeiterbund für Sport und Körperkultur in Österreich (Hg.), Festschrift zur 2. Arbeiterolympiade (Wien 1931).

Aspetsberger, Literatur: Friedbert Aspetsberger (Hg.), Literatur der Nachkriegszeit und der fünfziger-Jahre in Österreich (Wien 1984).

Assmann – Hattinger, Medien: Peter Assmann und Gottfried Hattinger, Die neuen Medien – Video- und Computerkunst, in: Schmied, 20. Jahrhundert.

Ausch, Licht: Karl Ausch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders (Wien 1965).

Ausch, Wirtschaft: Karl Ausch, Wien und die Wirtschaft, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 114 ff.

Austerlitz, Lueger: Friedrich Austerlitz, Karl Lueger, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Jg. 19, Bd. 2/1901, 36 ff.

Austerlitz, Verfassungsrevision: Friedrich Austerlitz, Die Lüge der Verfassungsrevision, in: Der Kampf, Jg. 22, Oktober 1929, 441 ff.

Bach, Kunststelle: David Josef Bach, Die Kunststelle der Arbeiterschaft, in: Arbeiter-Zeitung, 30. Oktober 1921, 7.

Ball – Sunderland, Economic History: Michael Ball – David Sunderland, An Economic History of London (Routledge Explorations in Economic History 22, London/New York 2001).

Baltzarek – Hoffmann – Stekl, Stadterweiterung: Franz Baltzarek – Alfred Hoffmann – Hannes Stekl, Wirtschaft und Gesellschaft der Wiener Stadterweiterung (Die Wiener Ringstraße, Bild einer Epoche, 5, hg. von Renate Wagner-Rieger, Wiesbaden 1975).

Baltzarek, Territoriales Wachstum: Franz Baltzarek, Das territoriale und bevölkerungsmäßige Wachstum der Großstadt Wien im 17., 18. und 19. Jahrhundert. Mit Beobachtungen zur Entwicklung der Wiener Vorstädte und Vororte, in: WGBll. 35 (1980), 1 ff.

Baltzarek, Wien 1934–1938: Franz Baltzarek, Wien 1934–1938. Die Geschichte der Bundeshauptstadt im autoritären Österreich, in: WGBll. 29, Sonderheft 2 (1974), 49 ff.

Bandhauer-Schöffmann – Hornung, Von Mythen und Trümmern: Irene Bandhauer-Schöffmann und Ela

Hornung, Von Mythen und Trümmern. Oral History-Interviews mit Frauen zum Alltag im Nachkriegs-Wien (Wien 1992).

Banik-Schweitzer, Anlage: Renate Banik-Schweitzer, Anlage und Siedlungsentwicklung ab 1683, in: Die Stadt Wien, hg. von Peter Csendes und Ferdinand Opll (Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999), 22 ff.

Banik-Schweitzer, Bauliche Entwicklung: Renate Banik-Schweitzer, Bauliche Entwicklung, Gebäudestruktur, in: Die Stadt Wien, hg. von Peter Csendes und Ferdinand Opll (Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999), 37 ff.

Banik-Schweitzer, Großstädte: Renate Banik-Schweitzer, Die Großstädte im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Gerhard Melinz – Susan Zimmermann (Hg.), Wien – Prag – Budapest. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918) (Wien 1996), 34 ff.

Banik-Schweitzer, Liberale Kommunalpolitik: Renate Banik-Schweitzer, Liberale Kommunalpolitik im Bereich der technischen Infrastruktur Wiens, in: Felix Czeike (Hg.), Wien in der liberalen Ära (FB 1, Wien 1978), 91 ff.

Banik-Schweitzer, Palimpsest: Renate Banik-Schweitzer, Die Stadt lesen wie ein Palimpsest – im Historischen Atlas von Wien, in: JbVGStW 52/53 (1996/97), 33 ff.

Banik-Schweitzer, Rolle Wiens: Renate Banik-Schweitzer, Zur Bestimmung der Rolle Wiens als Industriestadt für die wirtschaftliche Entwicklung der Habsburgermonarchie, in: Industriestadt Wien (FB 11, Wien 1983), 5 ff.

Banik-Schweitzer, Social Segregation: Renate Banik-Schweitzer, Production and Reproduction of Social Segregation in Vienna Through the Inter-War Period, in: Susan Zimmermann (ed.), Urban Space and Identity in the European City 1890–1930s (Budapest 1995), 25 ff.

Banik-Schweitzer, Vienna: Renate Banik-Schweitzer, Vienna, in: Martin J. Daunton (ed.), Housing the Workers: A Comparative History 1850–1914 (Leicester 1990), 122 ff.

Banik-Schweitzer, Wien: Renate Banik-Schweitzer, Wien: Postfordistische Gesellschaft in unterschiedlichen Städtebautypologien, in: Banik-Schweitzer – Blau, Urban Form, 137 ff.

Banik-Schweitzer, Wien wie es wurde: Renate Banik-Schweitzer, Wien wie es wurde. Die Entwicklung einer Stadt, in: Wien wirklich. Der Stadtführer, hg. von Renate Banik-Schweitzer u. a. (Wien 1996), 10 ff.

Banik-Schweitzer, Wohnsituation: Renate Banik-Schweitzer – Wolfgang Pircher, Zur Wohnsituation der Massen im Wien des Vormärz, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 133 ff.

Banik-Schweitzer, Zur sozialräumlichen Gliederung: Renate Banik-Schweitzer, Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens 1869–1934 (Wien 1982).

Banik-Schweitzer – Blau, Urban Form: Renate Banik-Schweitzer – Eve Blau, Urban Form und die »postfordistische Stadt« – Konzepte, Themen, Fragen, in: Urban Form. Städtebau in der postfordistischen Gesellschaft, hg. von Renate Banik-Schweitzer und Eve Blau (Wien 2003), 7 ff.

Banik-Schweitzer – Meissl, Industriestadt: Renate Banik-Schweitzer – Gerhard Meissl, Industriestadt Wien. Zur Durchsetzung der industriellen Marktproduktion in der Habsburgerresidenz (FB 11, Wien 1983).

Banik-Schweitzer – Redl – Wünschmann, Warten: Renate Banik-Schweitzer – Leopold Redl – Peter Wünschmann, Das lange Warten auf die kurze Reise. Der öffentliche Verkehr, in: Wien wirklich. Der Stadtführer, hg. von Renate Banik-Schweitzer u. a. (4. Aufl. Wien 1996), 57 ff.

Barth-Barthenheim, Polizey: Johann Ludwig Ehrenreich Graf von Barth-Barthenheim, System der österreichischen administrativen Polizey (Wien 1829).

Baryli, Gewerbepolitik: Andreas Baryli, Gewerbepolitik und gewerberechtliche Verhältnisse im vormärzlichen Wien, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 9 ff.

Bauer – Kropatschek, Theater in der Josefstadt: Anton Bauer – Gustav Kropatschek, 200 Jahre Theater in der Josefstadt, 1788 bis 1988 (Wien/München 1988).

Bauer, Assimilation: Otto Bauer, Die Bedingungen der nationalen Assimilation, in: Der Kampf, Jg. 5, März 1912, 246 ff.

Bauer, Der Faschismus: Otto Bauer, Der Faschismus, in: Otto Bauer. Zum 60. Todestag (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Dokumentation 4, Wien 1998), 4 ff. (Nachdruck aus: Der sozialistische Kampf, Jg. 5, Juli 1938, 75 ff.).

Bauer, Elementar-Ereignis: Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juli-Putsch 1934 (Wien 2003).

Bauer, Max Adler: Otto Bauer, Max Adler. Ein Beitrag zur Geschichte des Austromarxismus, in: Der Kampf. Internationale Revue, Jg. 4, August 1937, 207 ff.

Bauer, Mieterschutz: Otto Bauer, Mieterschutz, Volkskultur und Alkoholismus (Wien 1929).

Bauer, Nationalitätenfrage: Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (Wien 1907).

Bauer, PTP siehe PTP.

Bauer, Revolution: Otto Bauer, Die österreichische Revolution (Wien 1965, Reprint der Originalausgabe Wien 1923 und wieder abgedruckt in Otto Bauer, Werkausgabe, Bd. 2, Wien 1976, 489 ff.).

Bauer, Ständeverfassung: Otto Bauer, Klassenkampf und Ständeverfassung, in: Der Kampf, Jg. 27, Jänner 1934, 1 ff.

Bauer, Weltbild: Otto Bauer, Das Weltbild des Kapitalismus (Jena 1924).

Bauer, Wirtschaftsentwicklung: Otto Bauer, Wirtschaftsentwicklung und Klassenkämpfe im faschistischen Österreich, in: Der Kampf. Internationale Revue, Jg. 2, Juni 1935, 255 ff.

Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen: Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Wirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus (Bratislava 1936).

Baumann, Intimations: Zygmunt Baumann, Intimations of Postmodernity (London/New York 1992).

Beckermann, Mazzesinsel: Ruth Beckermann (Hg.), Die Mazzesinsel: Juden in der Leopoldstadt 1918–1939 (Wien 1984).

Beer, Finanzen: Adolf Beer, Die oesterreichischen Finanzen im XIX. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen (Prag 1877; Neudruck Wien 1973).

Beil, Weltkomödie: Hermann Beil, Jutta Ferbers, Claus Peymann, Rita Thiele, Weltkomödie Österreich, 13 Jahre Burgtheater 1986–1999 (Wien 1999).

Békési, Befahrbare Stadt: Sándor Békési, Die befahrbare Stadt. Über Mobilität, Verkehr und Stadtentwicklung in Wien 1850–2000, in: PCA N.F. 9 (2004), 3 ff.

Beller, Jüdische Stadt: Steven Beller, Was bedeutet es, ‚Wien um 1900' als eine jüdische Stadt zu bezeichnen, in: Zeitgeschichte, Jg. 23, Juli–August 1996, 274 ff.

Beller, Wien und die Juden: Steven Beller, Wien und die Juden 1867–1938 (Wien/Köln/Weimar 1993).

Benevolo, Stadt: Leonardo Benevolo, Die Stadt in der europäischen Geschichte (München 1993).

Benjamin, Kraus: Walter Benjamin, Karl Kraus, in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, hg. v. Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, unter Mitwirkung von Theodor W. Adorno und Gershom Scholem, Bd. II–1 (Frankfurt am Main 1980), 374 ff.

Bentz, Bernhard: Oliver Bentz, Thomas Bernhard – Dichtung als Skandal (Würzburg 2000).

Berg – Meissl, Floridsdorf: Heinrich Berg – Gerhard Meissl, Floridsdorf 1894–1904–1954–1994 (VWStLA, Reihe A, Heft 43, Wien 1994).

Berger, Bahrs Mach-Rezeption: Christian-Paul Berger, Hermann Bahrs Mach-Rezeption aus kultursoziologischer Sicht, in: Emil Brix – Allan Janik (Hg.), Kreatives Milieu. Wien um 1900 (Wien/München 1993), 216 ff.

Berger, Diktatur: Peter Berger, Im Schatten der Diktatur. Die Finanzdiplomatie des Vertreters des Völkerbundes in Österreich. Meinoud Marinus Rost van Tonningen 1931–1936 (Wien/Köln/Weimar 2000).

Bericht des Stadtphysikats: Bericht des Wiener Stadtphysikats über seine Amtstätigkeit und über die Gesundheitsverhältnisse der kk. Reichshaupt- und Residenzstadt in den Jahren 1897–1899 (Wien 1901).

Berner et al., Wien um 1900: Peter Berner – Emil Brix – Wolfgang Mantl (Hg.), Wien um 1900. Aufbruch

in die Moderne (Wien 1986).
Berufspendelwanderung: Die Wiener Berufspendelwanderung. Wohnort und Arbeitsort der unselbständig Berufstätigen nach der Personenstandserhebung vom 10. Oktober 1955, in: Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Sonderheft 2 (1957).
Betriebsstätten Österreich 1964: Betriebsstätten in Österreich. Ergebnisse der Vorerhebung zur nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung vom 10. Oktober 1964 (Beiträge zur Österreichischen Statistik 131, Wien 1966).
Betriebsstätten Wien 1964: Betriebsstätten in Wien. Ergebnisse der Zählung nichtlandwirtschaftlicher Betriebsstätten vom 10. Oktober 1964. Darstellung nach Zählbezirken (Wien 1966).
Betriebszählung 1954: Ergebnisse der nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung vom 1. September 1954, hg. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt (Wien 1958).
Binder, Christian Corporatist State: Dieter A. Binder, The Christian Corporatist State. Austria from 1934 to 1938, in: Rolf Steininger – Günter Bischof – Michael Gehler (eds.), Austria in the Twentieth Century (New Brunswick/London 2002), 72 ff.
Binder, Räumliche Entwicklung: Herbert Binder, Räumliche Entwicklung der Betriebsnutzungen in Wien, in: Der Aufbau 36 (1981), 310 ff.
Birkner, Alltag: Othmar Birkner, Alltag vor und nach 1848, in: WGBll. 54 (1999), 33 ff.
Birkner, Cholera: Othmar Birkner, Die bedrohte Stadt. Cholera in Wien (FB 35, Wien 2002).
Biwald, Gewerbeordnung: Stephen Biwald, Die Gewerbeordnung von 1859 und 1883 – ein Vergleich. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1996).
Blau, Otto Wagners Großstadt: Eve Blau, Die polyzentrische Metropole: Otto Wagners Großstadt revisited, in: Eve Blau – Renate Banik-Schweitzer (Hg.), Urban Form. Städtebau in der postfordistischen Gesellschaft (Wien 2003), 23 ff.
Blau, Red Vienna: Eve Blau, The Architecture of Red Vienna 1919–1934 (Cambridge, Mass./London 1999).
Blaukopf, Mahler: Herta Blaukopf – Kurt Blaukopf (Hg.), Gustav Mahler. Leben und Werk in Zeugnissen der Zeit (Ljubljana 1993).
Bobek – Lichtenberger, Bauliche Gestalt: Hans Bobek – Elisabeth Lichtenberger, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Schriften der Kommission für Raumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1, Wien/Köln [2]1978).
Bobek – Lichtenberger, Wien: Hans Bobek – Elisabeth Lichtenberger, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (Wien/Graz/Köln 1966).
Bögl – Seyrl, Macht des Schicksals: Günther Bögl – Harald Seyrl, Macht des Schicksals. Vermeidbare und unvermeidbare Katastrophen im Alten und Neuen Wien (Wien/Klosterneuburg 1994).
Bögl – Seyrl, Polizei: Günther Bögl – Harald Seyrl, Die Wiener Polizei im Spiegel der Zeiten. Eine Chronik in Bildern (1547–1992) (Wien 1992).
Boguth, Okkupation: Walter Boguth, Die Okkupation Wiens und Niederösterreichs durch die Franzosen im Jahre 1809 und ihre Folgen für das Land, in: JbLKNÖ N.F. 7 (1908), 277 ff.
Botz, Arbeiterschaft: Gerhard Botz, Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926–1945), in: Rudolf G. Ardelt – Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich (Wien/Zürich 1990), 29 ff.
Botz, Gewalt: Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1934 (Wien 1976).
Botz, Juli-Demonstranten: Gerhard Botz, Die »Juli-Demonstranten«. Ihre Motive und die quantifizierbaren Ursachen des »15. Juli 1927«, in: Ereignisse des 15. Juli 1927, Protokoll des Symposions am 15. Juli 1977 (Wien 1979), 17 ff.
Botz, Körner: Gerhard Botz, Theodor Körner, in: Weissensteiner (Hg.), Die österreichischen Bundespräsidenten.

Botz, The Jews of Vienna: Gerhard Botz, The Jews of Vienna from the Anschluss to the Holocaust, in: Ivar Oxaal – Michael Botz – Gerhard Botz (eds.), Jews, Antisemitism and Culture in Vienna (London/New York 1987), 185 ff.

Botz, Wie lange noch: Gerhard Botz, Wie lange noch forschen? Fragen zur »österreichischen Antwort« in der Restitutionsdebatte, in: Der Standard, 15. November 2000, 39.

Botz, Wien: Gerhard Botz, Wien vom »Anschluß« zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938–39 (Wien/München 1978).

Bouzek, Feuerwehr: Helmut Bouzek, Wien und seine Feuerwehr, Geschichte und Gegenwart (Wien 1990).

Boyer, Political Crisis: John W. Boyer, Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1887–1918 (Chicago/London 1995).

Boyer, Political Radicalism: John W. Boyer, Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago/London 1981).

Boyer, Regulation: Robert Boyer, The Regulation School. A Critical Introduction (New York 1990).

Bramhas, Wiener Gemeindebau: Erich Bramhas, Der Wiener Gemeindebau. Vom Karl Marx-Hof zum Hundertwasserhaus (Basel 1987).

Brauneder, Leseverein: Wilhelm Brauneder, Leseverein und Rechtskultur. Der Juridisch-politische Leseverein zu Wien 1840 bis 1990 (Wien 1992).

Braunthal, Millennium: Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millennium (Nürnberg 1949); englische Originalausgabe: In Search of the Millennium (London 1945).

Braunthal, Otto Bauer: Julius Braunthal, Otto Bauer. Eine Auswahl aus seinem Lebenswerk (Wien 1961).

Braunthal, Victor und Friedrich Adler: Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung (Wien 1965).

Braunthal, Wiener Julitage 1927: Julius Braunthal, Die Wiener Julitage 1927. Ein Gedenkbuch (Wien 1927).

Breit, Funktionen des Handels: Reinhard Breit, Funktionen des Handels in der Stadt, in: Der Aufbau 32 (1977), 182 f.

Breitner, Finanzlage: Hugo Breitner, Die Finanzlage der Gemeinde Wien. Fünfhundert Millionen Defizit per 1919–1920, in: Der Sozialdemokrat. Monatsschrift der Organisation Wien, Jg. 1, Mai 1919, 1 ff.

Briefe eines Eipeldauers: Briefe eines Eipeldauers an seinen Herrn Vettern in Kakran über d' Wienerstadt (1785–1813). Ausgewählt und mit einem Nachwort von Ludwig Plakolb (München 1970).

Brücken: Brücken in die Zukunft. Enquete zur Weltausstellung '95, red. von Felix Josef, Rudolf Kohoutek, Gottfried Pirhofer und Walter Stöckl (Materialien zur Weltausstellung '95 1, Wien 1989).

Bruckmüller – Häusler, Revolution: Ernst Bruckmüller – Wolfgang Häusler (Hg.), 1848. Revolution in Österreich (Schriften des Instituts für Österreichkunde 62, Wien 1999).

Bruckmüller, Herkunft: Ernst Bruckmüller, Herkunft und Selbstverständnis bürgerlicher Gruppierungen in der Habsburgermonarchie. Eine Einführung, in: Ernst Bruckmüller – Ulrike Döcker u. a. (Hg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Bd. 2 (Wien/Köln/Weimar 1990), 13 ff.

Bruckmüller, Wiener Bürger: Ernst Bruckmüller, Wiener Bürger. Selbstverständnis und Kultur des Wiener Bürgertums vom Vormärz bis zum Fin de siècle, in: Ernst Bruckmüller – Ulrike Döcker u. a. (Hg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie, Bd. 2 (Wien/Köln/Weimar 1990), 43 ff.

Brudzisz, Dokumente: Marian Brudzisz, Dokumente des hl. Klemens M. Hofbauer (Monumenta Hofbaueriana 16, Innsbruck 1998).

Brunner, Ein Jahr Stadtplanung: Karl H. Brunner, Ein Jahr Stadtplanung für Wien, in: Der Aufbau 4 (1949), 499 ff.

Brunner, Stadtplanung: Karl H. Brunner, Stadtplanung für Wien. Bericht an den Gemeinderat der Stadt Wien (Wien 1952).

Brusatti, Johann Strauß: Otto Brusatti, Johann Strauß (Firenze/Graz 1999).

Buchinger, Bürgerliches Leben: Wilma Buchinger, Bürgerliches Leben in Wien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1988).

Buchmann, Befestigungen: Bertrand Michael Buchmann, Befestigungen an der Donau in Österreich (Militärhistorische Schriftenreihe 42, Wien 1981).

Buchmann, Dilemma: Bertrand Michael Buchmann, Das Dilemma des Konservativismus in der beginnenden Moderne, in: Konservativismus in Österreich. Strömungen – Ideen – Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute (Graz/Stuttgart 1999), 89 ff.

Buchmann, Donaukanal: Bertrand Michael Buchmann, Historische Entwicklung des Donaukanals, in: Der Donaukanal. Geschichte – Planung – Ausführung (Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung 14, Wien 1984), 3 ff.

Buchmann, Hof: Bertrand Michael Buchmann, Hof – Regierung – Stadtverwaltung. Wien als Sitz der österreichischen Zentralverwaltung von den Anfängen bis zum Untergang der Monarchie (Österreich Archiv, Wien/München 2002).

Buchmann, Linienwall: Bertrand Michael Buchmann, Der Wiener Linienwall. Geschichte und Bedeutung. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1974).

Buchmann, Militär: Bertrand Michael Buchmann, Militär – Diplomatie – Politik. Österreich und Europa von 1815 bis 1835 (Österreichische Hochschulschriften III/498, Frankfurt am Main u. a. 1991).

Buchmann, Osmanen: Bertrand Michael Buchmann, Österreich und das Osmanische Reich. Eine bilaterale Geschichte (Wien 1999).

Buchmann, Prater: Bertrand Michael Buchmann, Der Prater. Die Geschichte des Unteren Werd (Wiener Geschichtsbücher 23, Wien/Hamburg 1979).

Buchmann, Schwarzenberg: Bertrand Michael Buchmann, Felix Fürst zu Schwarzenberg – Eine Karriere in der »Ersten Gesellschaft«, in: Ulrich E. Zellenberg (Hg.), Konservative Profile. Ideen & Praxis in der Politik zwischen FM Radetzky, Karl Kraus und Alois Mock (Graz/Stuttgart 2003), 67 ff.

Buchmann, Verzehrungssteuer: Bertrand Michael Buchmann, Die Verzehrungssteuer, in: WGBll. 34 (1979), 20 ff.

Buchta, Selbstverständliches: Liselotte Buchta, Selbstverständliches – Nicht so selbstverständlich, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 102 ff.

Bukey, Hitler's Austria: Evan Burr Bukey, Hitler's Austria. Popular Sentiment in the Nazi Era, 1938–1945 (Chapel Hill/London 2000).

Bundesamt für Statistik (Hg.), Gewerbliche Betriebszählung Österreich: Gewerbliche Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1930. Ergebnisse für Österreich, hg. vom Bundesamt für Statistik (Wien 1932).

Bundesamt für Statistik (Hg.), Gewerbliche Betriebszählung Wien: Gewerbliche Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1930. Ergebnisse für Wien, hg. vom Bundesamt für Statistik (Wien 1932).

Burg, Arbeit: Ernst Burg, Arbeit zwischen Trümmern, in: Österreich, Land im Aufstieg, hg. von Robert Stern (Wien 1955), 33.

Burgtheater: Burgtheater Wien (Hg.) Heldenplatz. Eine Dokumentation (Wien 1989).

Burstyn, Leopoldstädter Tempel: Ruth Burstyn, Die Geschichte des Leopoldstädter Tempels in Wien 1858 bis 1938, in: Kairos 28 (1986), 3/4, 228 ff.

Busek – Brix, Projekt Mitteleuropa: Erhard Busek – Emil Brix, Projekt Mitteleuropa (Wien 1986).

Busek (Hg.), Mut: Erhard Busek (Hg.), Mut zum aufrechten Gang. Beiträge zu einer anderen Art von Politik (Wien/München 1983).

Busek, Wien. Ein bürgerliches Credo: Erhard Busek, Wien. Ein bürgerliches Credo (Wien u. a. 1978).

Busek, Zurück zur Politik: Erhard Busek, Zurück zur Politik, in: Busek (Hg.), Mut, 9 ff.

Butschek, Österreichische Wirtschaft: Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (Wien 1985).

Butschek, Statistische Reihen: Felix Butschek, Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der industriellen Revolution (Wien 1999).

Butterweck, Verurteilt und begnadigt: Hellmut Butterweck, Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter (Wien 2003).

Buttinger, Am Beispiel Österreichs: Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung (Köln 1953); amerikanische Originalausgabe: In the Twilight of Socialism (New York 1953).

Büttner – Dewald, Anschluß: Elisabeth Büttner – Christian Dewald, Anschluß an Morgen. Eine Geschichte des österreichischen Films von 1945 bis zur Gegenwart (Salzburg 1997).

Büttner – Dewald, Brennen: Elisabeth Büttner – Christian Dewald, Das tägliche Brennen. Eine Geschichte des österreichischen Films von den Anfängen bis 1945 (Salzburg/Wien 2002).

Canetti, Augenspiel: Elias Canetti, Augenspiel. Lebensgeschichte 1921–1931 (Frankfurt a. Main 1994).

Canetti, Fackel im Ohr: Elias Canetti, Fackel im Ohr. Lebensgeschichte 1921–1931 (Frankfurt a. Main 1994).

Cankar, Vor dem Ziel: Ivan Cankar, Vor dem Ziel. Literarische Skizzen aus Wien (Klagenfurt 1994).

Cankar, Pavliceks Krone: Ivan Cankar, Pavliceks Krone. Literarische Skizzen aus Wien (Klagenfurt 1995).

Capuzzo, Transport System: Roberto Capuzzo, The Defeat of Planning: The Transport System and Urban Pattern in Vienna (1865–1914), in: Planning Perspectives 13 (1998), 23 ff.

Carnap, Aufbau: Rudolf Carnap, Der logische Aufbau der Welt (Wien 1928).

Carsten, Revolution: Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918–1919 (Köln 1973).

Casutt, Häusliches Dienstpersonal: Marcus Casutt, Häusliches Dienstpersonal (insbesondere Dienstmädchen) im Wien des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1995).

Chaloupek, Boom: Günther Chaloupek, Der unvollendete Boom. Die Entwicklung der Wiener Wirtschaft in der Ära des Liberalismus, in: Wien in der liberalen Ära (FB 1, Wien 1978), 31 ff.

Chaloupek, Wiens Großhandel: Günther Chaloupek, Wiens Großhandel in der kommerziellen Revolution, in: WGBll. 39 (1984), 105 ff.

Chaloupek – Eigner – Wagner (Hg.), Wien: Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, hg. von Günther Chaloupek, Peter Eigner und Michael Wagner, 2 Bde. (Wien 1991).

Charmatz, Österreich: Richard Charmatz, Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907 (Leipzig 1911).

Clare, Last Waltz: George Clare, Last Waltz in Vienna. The Rise and Destruction of a Familiy 1842–1942 (New York 1982).

Claussen, Adorno: Detlev Claussen, Theodor W. Adorno. Ein letztes Genie (Frankfurt a. Main 2003).

Clement, Tertiärisierung: Werner Clement (Gesamtredaktion), mit Beiträgen von Werner Clement – Bernard Préel & Christophe de la Rochefordière – Norbert Rainer – Peter Weiss – Gerfried Zeichen, Die Tertiärisierung der Industrie (Wien 1988).

Conditt, Stadterweiterung: Georg Conditt, Planvolle Stadterweiterung, in: Der Aufbau 17 (1962), 447 ff.

Conditt, Stadtplanung: Georg Conditt, Stadtplanung und Wirtschaft, in: Der Aufbau 16 (1961), 39 ff.

Crittenden, Johann Strauss and Vienna: Camille Crittenden, Johann Strauss and Vienna: Operetta and the Politics of Popular Culture (Cambridge 2001).

Csáky et al., Kultur – Identität – Differenz: Moritz Csáky – Astrid Kury – Ulrich Tragatschnig (Hg.), Kultur – Identität – Differenz. Wien und Zentraleuropa in der Moderne (Innsbruck/Wien/München/Bozen 2004).

Csáky, Ideologie der Operette: Moritz Csáky, Ideologie der Operette und Wiener Moderne. Ein kulturhistorischer Essay zur österreichischen Identität (Wien/Köln/Weimar 1996).

Csendes, Bezirksvertretungen: Peter Csendes, Die Entwicklung der Bezirksvertretungen, in: Josef Rauchenberger (Hg.), Bezirksvertretungen in Wien (Wien 1990), 21 ff.

Csendes, Geschichte: Peter Csendes, Geschichte Wiens (Wien 1981).
Csendes, Übergang: Peter Csendes, Der Übergang zur demokratischen Kommunalverwaltung 1945, in: WGBll. 30 (1975), 236 ff.
Csendes, Zweite Hälfte: Peter Csendes, Wien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Josef Rauchenberger (Hg.), Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen (Wien 1994), 37 ff.
Csendes – Mayer, Straßennamen: Peter Csendes – Wolfgang Mayer, Die Wiener Straßennamen (WGBll., Beiheft 2, 1987).
Csendes – Opll, Stadt Wien: Die Stadt Wien, hg. von Peter Csendes und Ferdinand Opll (Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999).
Csulich, Idealisiert: Gabriele Csulich, »Idealisiert – Erniedrigt – Unterschätzt.« Das Frauenbild in Österreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1995).
Csulich, Strafrecht: Gabriele Csulich, Strafrechtliche und kriminalistische Entwicklungstendenzen im Spannungsfeld zwischen Österreichs Absolutismus und Englands Liberalismus am Beispiel des Wiener Kriminalgerichts und der Londoner Bow Street Runners. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 2004).
Czeike, 700 Jahre: Felix Czeike, 700 Jahre Wiener Bürgermeister, in: WGBll. 37 (1982), 1 ff.
Czeike, April und Mai 1945: Felix Czeike, April und Mai 1945 in Wien. Eine Dokumentation, in: WGBll. 30 (1975), 221 ff.
Czeike, Bürgermeister: Felix Czeike, Wien und seine Bürgermeister. Sieben Jahrhunderte Wiener Stadtgeschichte (Wien/München 1974).
Czeike, Geschichte: Felix Czeike, Geschichte der Stadt Wien (Wien u. a. 1981).
Czeike, Graben: Felix Czeike, Der Graben (Wiener Geschichtsbücher 10, Wien/Hamburg 1972).
Czeike, Historisches Lexikon: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien. Bd. 1–6 (Wien 1992–2004).
Czeike, Kärntner Straße: Felix Czeike, Die Kärntner Straße (Wiener Geschichtsbücher 16, Wien/Hamburg 1975).
Czeike, Landpartien: Felix Czeike, Landpartien und Sommeraufenthalte. Die Entwicklung vom ausgehenden 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, in: WGBll. 43 (1988), 41 ff.
Czeike, Sozialgeschichte: Felix Czeike, Sozialgeschichte von Ottakring 1840–1910, in: Wiener Schriften 2 (Wien 1955), 12 ff.
Czeike, Verkehrsprobleme: Felix Czeike, Verkehrsprobleme im alten Wien. Fragen der Verkehrssicherheit im 18. und 19. Jahrhundert, in: WGBll. 44 (1989), 1 ff.
Czeike, Wien in der liberalen Ära: Felix Czeike (Hg.), Wien in der liberalen Ära (Wien 1978).
Czeike – Pils, Straßenpflasterung: Felix Czeike – Susanne Claudine Pils, Straßenpflasterung, in: Felix Czeike, Historisches Lexikon Wien, 5. Bd. (Wien 1997), 366 ff.
Czeike – Wohlrab, Hausnummern: Felix Czeike – Hertha Wohlrab, Die Wiener Hausnummern und Straßentafeln. Ein Beitrag zu ihrer historischen Entwicklung, in: WGBll. 27 (1972), 333 ff.

Dachs, Grünalternative Parteien: Herbert Dachs, III.6 Grünalternative Parteien, in: Dachs u. a. (Hg.), Handbuch, 263 ff.
Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker: Herbert Dachs – Peter Gerlich – Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Repräsentanten der Zweiten Republik (Wien 1995).
Dachs u. a. (Hg.), Handbuch: Herbert Dachs u. a. (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (2. durchgesehene Aufl., Wien 1992).
Danneberg, Der finanzielle Marsch: Robert Danneberg, Der finanzielle Marsch auf Wien (Wien 1930).
Danneberg, Die 68er: Bärbel Danneberg et al. (Hg.), Die 68er – eine Generation und ihr Erbe (Wien 1998).
Danneberg, Idealismus: Robert Danneberg, Idealismus und Pragmatik (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Dokumentation 1, Wien 1992).

Danneberg, »Polizeiaktion« am 15. Juli: Robert Danneberg, Die Wahrheit über die »Polizeiaktion« am 15. Juli. Der Bericht der vom Wiener Gemeinderat zur Untersuchung der Ereignisse vom 15. Juli eingesetzten Kommission (Wien 1927).

Danneberg, Wiener Wahlen: Robert Danneberg, Die Wiener Wahlen 1930 und 1932. Statistische Betrachtungen (Wien 1932).

Das Neue Wien: Das Neue Wien und seine Bürgerschaft (Wien 1935).

Daum, Mietwohnhaus: Johannes Daum, Das städtische Mietwohnhaus in der Zeit von 1700–1859. Ungedr. Techn. Diss. (Wien 1957).

Daunton, Industry: Martin J. Daunton, Industry in London: Revisions and Reflections, in: The London Journal 21 (1/1996), 1 ff.

Decker, Dora: Hannah S. Decker, Freud, Dora, and Vienna 1900 (New York 1991).

Denkschrift der Vororte: Denkschrift der Vororte Wiens über die Folgen einer eventuellen Hinausrückung der Verzehrungssteuer-Linie (Wien 1884).

Denscher, Der ewige Jude: Bernhard Denscher, »Der ewige Jude«. Antisemitische Propaganda vom »Anschluß« bis zum Novemberprogrom, in: Der Novemberprogrom 1938. Die »Reichskristallnacht« in Wien (Wien 1988), 43 ff.

Dertnig, Wiener ÖVP 1976–1983: Christa Dertnig, Die Wiener ÖVP 1976–1983. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1987).

Deutsch, Krieg: Julius Deutsch, Krieg und Parteiorganisation, in: Der Kampf, Jg. 7, Dezember 1914, 501 ff.

Dialog der Epochen. Studien zur Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. von Erhard Beutner u. a. (Wien 1987).

Die USIA-Betriebe in Niederösterreich: Otto Klambauer – Ernst Bezemek, Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 5, Wien 1983).

Dietrich-Daum, Tuberkulose: Elisabeth Dietrich-Daum, Tuberkulose, in: Historicum, Sommer 2003, 23 ff.

Döcker, Bürgerlichkeit: Ulrike Döcker, Bürgerlichkeit und Kultur – Bürgerlichkeit als Kultur. Eine Einführung, in: Ernst Bruckmüller – Ulrike Döcker u. a. (Hg.), Bürgertum in der Habsburgermonarchie (Wien/Köln/Weimar 1990), 95 ff.

Döcker, Konstruktion: Ulrike Döcker, Zur Konstruktion des »bürgerlichen Menschen«. Verhaltensideale und Lebenspraxis im Prozeß der »Verbürgerlichung«, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften I/3 (1990), 7 ff.

Dollfuß an Österreich: Dollfuß an Österreich. Eines Mannes Wort und Ziel, hg. v. Edmund Weber (Wien 1935).

Donald, Metropolis: James Donald, Metropolis: The City as Text, in: Robert Bocock – Kenneth Thompson (eds.), Social and Cultural Forms of Modernity (Cambridge/Oxford 1993), 418 ff.

Donner, Dich zu erquicken: Josef Donner, »Dich zu erquicken, mein geliebtes Wien…« Geschichte der Wiener Wasserversorgung von den Anfängen bis 1910 (Wien 1990).

Dopsch, Adel: Heinz Dopsch, Der österreichische Adel, in: Österreichs Sozialstrukturen in historischer Sicht (Schriften des Instituts für Österreichkunde 36, Wien 1980), 25 ff.

Dörmann, Jazz: Felix Dörmann, Jazz, ein Wiener Roman (Wien 1925).

Doubek – Kaufmann – Stöferle, Kaufkraftströme: Claudia Doubek – Albert Kaufmann – Friedrich Stöferle, Kaufkraftströme Wien 1998 (Werkstattberichte 25, Wien 1999).

DÖW, Sowjetunion: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Österreicher im Exil. Sowjetunion 1914–1948. Eine Dokumentation (Wien 1999).

Eccher, Umbruch: Roman Eccher, Der Umbruch. Personal und Arbeiterschaft der Munitionsfabrik Wöl-

lersdorf im letzten Kriegsjahr, in: Klaus-Dieter MULLEY – Hans LEOPOLD (Hg.), Geschoße – Skandale – Stacheldraht. Arbeiterschaft und Rüstungsindustrie in Wöllersdorf, Enzesfeld und Hirtenberg (Ebenfurth 1999), 122 ff.

EDELBACHER – SEYRL, Kriminalchronik: Max EDELBACHER – Harald SEYRL, Wiener Kriminalchronik. Zweihundert Jahre Kriminalistik und Kriminalität in Wien (Wien 1993).

EDER, Privater Konsum: Franz X. EDER, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert, in: Franz X. EDER – Peter EIGNER – Andreas RESCH – Andreas WEIGL, Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Innsbruck u. a. 2003), 201 ff.

EDMONDSON, Heimwehr: C. Earl EDMONDSON, The Heimwehr and February 1934. Reflections and Questions, in: Anson RABINBACH (ed.), The Austrian Socialist Experience. Social Democracy and Austromarxism 1918–1934 (Boulder/London 1985), 39 ff.

EGGER, Hollabrunn: Rainer EGGER, Das Gefecht bei Hollabrunn und Schöngrabern 1805 (Militärhistorische Schriftenreihe 27, Wien 1974).

EGGERT, Ringstraße: Klaus EGGERT, Die Ringstraße (Wiener Geschichtsbücher 7, Wien/Hamburg 1971).

EHMER, Familienstruktur: Josef EHMER, Familienstruktur und Arbeitsorganisation im frühindustriellen Wien (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 13, Wien 1980).

EHMER, Kommunistische Partei: Josef EHMER, Die Kommunistische Partei Österreichs, in: DACHS u. a. (Hg.), Handbuch, 275 ff.

EHMER, Produktion: Josef EHMER, Produktion und Reproduktion in der Wiener Manufakturperiode, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 107 ff.

EHMER, Volkszählungslisten: Josef EHMER, Volkszählungslisten als Quelle der Sozialgeschichte, in: WGBll. 35 (1980), 106 ff.

EHMER, Wandel: Josef EHMER, Der Wandel der Familienstruktur im Wiener Biedermeier, in: Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848 (Katalog zur 109. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1987), 548 ff.

EIGNER – MATIS – RESCH, Sozialer Wohnbau: Peter EIGNER – Herbert MATIS – Andreas RESCH, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, in: JbVGStW 55 (1999), 49 ff.

EIGNER – RESCH, Wirtschaftliche Entwicklung: Peter EIGNER – Andreas RESCH, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert, in: Franz X. EDER – Peter EIGNER – Andreas RESCH – Andreas WEIGL, Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Innsbruck u. a. 2003), 8 ff.

EIGNER, Mechanismen: Peter EIGNER, Mechanismen urbaner Expansion am Beispiel der Wiener Stadtentwicklung 1740–1934. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1988).

EINSTEIN, Collected Papers: The Collected Papers of Albert Einstein, Vol. 8, Part A 1914–1917, edited by Robert SCHULMANN, A. J. KNOX, Michael JANSSEN and Jószef ILLY (Princeton 1998).

EISSLER, Illusion: K. R. EISSLER, Das Ende einer Illusion. Sigmund Freud und sein 20. Jahrhundert, in: Psyche, Jg. 49, Juli 1995, 1196 ff.

EITELBERGER – FERSTEL, Wohnhaus: Rudolf von EITELBERGER – Heinrich FERSTEL, Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus. Ein Vorschlag aus Anlaß der Erweiterung der inneren Stadt Wien's (Wien 1860).

EITELBERGER, Entwürfe: Rudolf von EITELBERGER, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der inneren Stadt Wien (Wien 1859).

EMSENHUBER, Wiener Juden: Elisabeth EMSENHUBER, Die Wiener Juden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Soziale und familiäre Aspekte. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1982).

Entwicklung: Die Entwicklung der städtischen Strassenbahnen im zehnjährigen Eigenbetriebe (Wien 1913).

EXENBERGER et al., Kündigungsgrund: Herbert EXENBERGER – Johann KOSS – Brigitte UNGAR-KLEIN, Kündigungsgrund Nichtarier. Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938–1939 (Wien 1996).

Fahrngruber, Bauwirtschaftliche Aspekte: Bernd Fahrngruber, Bauwirtschaftliche Aspekte der Wiener Stadterweiterung unter Kaiser Franz Joseph I. Die Schleifung der Wiener Stadtmauer 1858 bis 1864. Eine wirtschafts- und sozialhistorische Analyse. Ungedr. Wirtschaftsuniv. Diss. (Wien 2001).

Falter – Hänisch, NSDAP: Jürgen Falter – Dirk Hänisch, Wahlerfolge und Wählerschaft der NSDAP in Österreich von 1927 bis 1932, in: Zeitgeschichte, Jg. 15, Heft 6 (1988), 223 ff.

Februar-Aufruhr 1934: Der Februar-Aufruhr 1934. Das Eingreifen des österreichischen Bundesheeres zu seiner Niederwerfung (Wien 1935).

Feder, Mahler: Stuart Feder, Gustav Mahler: A Life in Crisis (Cambridge, Mass./London 2004).

Fehr-Duda, Dienstleistungen: Helga Fehr-Duda, unter Mitarbeit von Tilman Brandl, Werner Frühstück, Hedwig Lutz, Michael Wagner, Urbane Dienstleistungen. Chancen für die städtische Wirtschaftsförderung (Regensburg 1989).

Feichtenberger, Unsere Bäder: Claudia Feichtenberger, Unsere Bäder. Von der Badestube zur Erlebniswelt. Wiener Bäderkultur – einst und jetzt (Wien 1994).

Feiler, Municipal Service: Margaret Feiler, The Viennese Municipal Service 1933 to 1950. A Case Study in Bureaucratic Resilience, ph. D. (New York 1964).

Felber et al., smart Exports: Ulrike Felber – Elke Krasny – Christian Rapp, smart Exports. Österreich auf den Weltausstellungen 1851–2000 (Wien 2000).

Feldbauer, Stadtwachstum: Peter Feldbauer, Stadtwachstum und Wohnungsnot. Determinanten unzureichender Wohnungsversorgung in Wien 1848 bis 1914 (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 9, Wien 1977).

Feldbauer – Pirhofer, Wohnungsreform: Peter Feldbauer – Gottfried Pirhofer, Wohnungsreform und Wohnungspolitik in der liberalen Ära?, in: Felix Czeike (Hg.), Wien in der liberalen Ära (FB 1, Wien 1978), 148 ff.

Feldbauer – Stekl, Armenwesen: Peter Feldbauer – Hannes Stekl, Wiens Armenwesen im Vormärz, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 175 ff.

Feuchtmüller, Herrengasse: Rupert Feuchtmüller, Die Herrengasse (Wiener Geschichtsbücher 28, Wien/Hamburg 1982).

Filz, Erfahrungen: Peter Filz, Erfahrungen bei der Errichtung von Fußgeherzonen in Wien, in: Der Aufbau 30 (1975), 86 ff.

Finanz- und Steuerverhältnisse 1861–1884: Finanz- und Steuerverhältnisse der Stadt Wien in den Verwaltungsjahren 1861–1884 (Wien 1886).

Fischer, Erinnerungen: Ernst Fischer, Erinnerungen und Reflexionen (Reinbek bei Hamburg 1969).

Fischer, Illusion: Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955 (Wien/München/Zürich 1973).

Fischer, Kriegszerstörungen: Karl Fischer, Kriegszerstörungen, in: Die Stadt Wien, hg. von Peter Csendes und Ferdinand Opll (Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999), 57 ff.

Fischer, Mahler: Jens Malte Fischer, Gustav Mahler. Der fremde Vertraute (Wien 2003).

Fischer, Obsession: Klaus P. Fischer, The History of an Obsession: German Judeophobia and the Holocaust (New York/London 1998).

Fischer, Österreichische Philosophie: Kurt Rudolf Fischer, Österreichische Philosophie oder Philosophie aus Österreich?, in: Kurt Rudolf Fischer, Philosophie aus Wien. Aufsätze zur analytischen und österreichischen Philosophie, zu den Weltanschauungen des Wiener Fin de Siècle und Biographisches aus Berkeley, Shanghai und Wien (Wien/Salzburg 1991), 104 ff.

Fischer, Wohnungsnot: Ludwig Fischer, Die Wohnungsnot in Wien, in: Der Kampf, Jg. 12., 17. Mai 1919, 294 ff.

Fischer, Wohnungsnoth: J. P. Fischer, Die Wohnungsnoth in Wien. Ein Vorschlag zu deren Abhilfe unter Hinweisung auf das in Wien (Erdberg) bestehende Musterhaus (Wien 1860).

Fischer – Maderthaner, Jüdische Identität: Heinz Fischer – Wolfgang Maderthaner, Jüdische Identität

und österreichische Sozialdemokratie, in: Das jüdische Echo. Europäisches Forum für Kultur und Politik. Vol. 18, Oktober 1999, 294 ff.

Fischl, Schulreform: Hans Fischl, Sieben Jahre Schulreform in Österreich (Wien/Leipzig/New York 1926).

Fischl, Wesen und Werden: Hans Fischl, Wesen und Werden der Schulreform in Österreich (Wien 1928).

Fleck, St. Stephan: Robert Fleck, Die Geschichte der Galerie nächst St. Stephan 1954–1982 (Wien 1982).

Fleischer, Politische Rolle: Manfred Fleischer, Die politische Rolle der Deutschen aus den böhmischen Landen in Wien 1804–1918. Studien zur Migration und zum Wirken politisch-administrativer Eliten (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, 831, Frankfurt am Main u. a. 1999).

Flugschriften II: Flugschriften des Vereins zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Wiens und Niederösterreichs. Bd. II: Zur Rettung Alt-Wiens (Wien/Leipzig 1910).

Förster, Etablissement für Arbeiterwohnungen: Ludwig Förster, Entwurf zu einem Etablissement für Arbeiterwohnungen in Wien, in: Allgemeine Bauzeitung 14 (1849), 119 ff.

Fourastié, Hofffnung: Jean Fourastié, Die Große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts (Köln 1954).

Frank, Tandler; Gerhard Frank, Julius Tandler, in: Der Kampf. Internationale Revue, Jg. 3: Oktober 1936, 399 ff.

Frei, Jüdisches Elend: Bruno Frei, Jüdisches Elend in Wien. Bilder und Daten (Wien/Berlin 1920).

Frei, Wohnungs-Elend: Bruno Frei, Wiener Wohnungs-Elend (Wien 1919).

Freiberg, Grün: Siegfried Freiberg, Grün in der Großstadt, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 149 ff.

Freud, Hysterie-Analyse: Sigmund Freud, Bruchstücke einer Hysterie-Analyse, in: Studienausgabe, Bd. 6, hg. v. Alexander Mitscherlich – Angela Richardis – James Strachey (Frankfurt a. Main 1972), 83 ff.

Freud, Traumdeutung: Sigmund Freud, Die Traumdeutung, Studienausgabe, Bd. 2, hg. v. Alexander Mitscherlich – Angela Richardis – James Strachey (Frankfurt a. Main 1972).

Freud, Who was Freud: Martin Freud, Who was Freud, in: Josef Fraenkel (ed.), The Jews of Austria (London 1967), 197 ff.

Freytag, Wiener Wirtschaft: Norbert Freytag, Wiener Wirtschaft – Zielvorstellungen, Möglichkeiten, Chancen, in: Der Aufbau 29 (1974), 239 ff.

Friedmann, Wohnungsnoth: Bernhard Friedmann, Die Wohnungsnoth in Wien (Wien 1857).

Friedrich, Frauenvereine: Margret Friedrich, Zur Tätigkeit und Bedeutung bürgerlicher Frauenvereine im 19. Jahrhundert in Peripherie und Zentrum, in: Brigitte Mazohl-Wallnig (Hg.), Bürgerliche Frauenkultur im 19. Jahrhundert (Wien/Köln/Weimar 1995).

Friedrichs, Gentrification: Jürgen Friedrichs, Gentrification, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hg. von Hartmut Häussermann (2. Aufl., Opladen 2000), 57 ff.

Friedrichs, Städte: Die Städte in den 80er-Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen, hg. von Jürgen Friedrichs (Opladen 1985).

Fritz, Breitner: Wolfgang Fritz, Der Kopf des Asiaten Breitner. Politik und Ökonomie im Roten Wien. Hugo Breitner – Leben und Werk (Wien 2000).

Frodl – Schröder, Wiener Biedermeier: Gerbert Frodl – Klaus Albrecht Schröder (Hg.), Wiener Biedermeier. Malerei zwischen Wiener Kongreß und Revolution (Katalogbuch zur Ausstellung im Kunstforum der Bank Austria, Wien/München 1992).

Fröhlich – Gassler, Innovationssystem: Josef Fröhlich – Helmut Gassler, Das Innovationssystem Wiens und Ansatzpunkte für technologiepolitische Strategien, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef Schmee und Andreas Weigl (Frankfurt am Main u. a. 1999), 13 ff.

Fuchs, Brücke: Abraham Moshe Fuchs, Unter der Brücke (Salzburg/Wien 1997; Originalausgabe: Wien 1924).

Fuchs, Geistige Strömungen: Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918 (Wien 1978; Originalausgabe: Wien 1949).

Fuchs, Lebensbild: Albert Fuchs, Lebensbild, in: Albert Fuchs, Geistige Strömungen in Österreich 1867–1918 (Wien 1978), V ff.

Fujita – Thisse, Economics: Masahisa Fujita – Jean-Francois Thisse, Economics of Agglomeration. Cities, Industrial Location and Regional Growth (Cambridge 2002).

Gaheis, Wanderungen und Spazierfahrten: Franz de Paula Gaheis, Wanderungen und Spazierfahrten in die Gegenden um Wien, Bd. 7 (Wien 1804).

Ganster – Kretschmer, Allweil lustig: Ingrid Ganster – Helmut Kretschmer, Allweil lustig, fesch und munter. Altwiener Volks- und Natursänger (WGBll., Beiheft 2, 1996).

Gantner, Als: Christian Gantner, Die Als. Die Geschichte eines Wasserlaufes (WGBll., Beiheft 4, 1991).

Gasser, Jüdische Dienstbotinnen: Wolfgang Gasser, Jüdische Dienstbotinnen in Wien von den napoleonischen Kriegen, dem Biedermeier bis zur 1848er-Revolution. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 2001).

Gassner, Verlassene Kinder: Herta Gassner, Verlassene Kinder. Eine Sozialgeschichte der Findel- und Waisenanstalten in Wien bis zur Zwischenkriegszeit. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1994).

Gay, Ein gottloser Jude: Peter Gay, »Ein gottloser Jude«. Sigmund Freuds Atheismus und die Entwicklung der Psychoanalyse (Frankfurt am Main 1988).

Gay, Freud entziffern: Peter Gay, Freud entziffern. Essays (Frankfurt am Main 1992; amerikanische Originalausgabe: Reading Freud. Explorations and Entertainments, New Haven/London 1990).

Gedye, Bastionen: G. E. R. Gedye, Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte (Wien o. J.; englische Originalausgabe: Fallen Bastions. The Central European Tragedy, London 1939).

Geier, Wiener Kreis: Manfred Geier, Der Wiener Kreis (Reinbek bei Hamburg 1998).

Gemeindeverwaltung 1914 bis 1919: Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1914 bis 30. Juni 1919 (Wien 1923).

Genée, Wiener Synagogen: Pierre Genée, Wiener Synagogen 1825–1938. Vorbemerkungen von Helmut Zilk. Mit einem Vorwort von Kurt Schubert (Wien 1987).

Gerbel et al., Schlurfs: Christian Gerbel – Alexander Mejstrik – Reinhard Sieder, Die »Schlurfs«. Verweigerung und Opposition von Wiener Arbeiterjugendlichen im Dritten Reich, in: Emmerich Tálos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer – Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000), 523 ff.

Gerlich, Körner: Peter Gerlich, Theodor Körner, in: Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker, 307 ff.

Gerstinger, Salons: Heinz Gerstinger, Altwiener literarische Salons. Wiener Salonkultur von Rokoko bis zur Neoromantik (1777–1907) (Salzburg 2002).

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung (Hg.), Stadtentwicklungsplan 1984: Stadtentwicklungsplan Wien, hg. von der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Stadterneuerung (Wien 1985).

Gigl, Marktordnungen: Alexander Gigl, Geschichte der Wiener Marktordnungen. Vom 16. Jahrhundert an bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 35 (1865), 1 ff.

Gilleir, Autobiographie: Anke Gilleir, »Was wollte denn die neue Schule nun endlich?« Autobiographie, Autorschaft und Moderne. Betrachtungen über Caroline Pichlers Denkwürdigkeiten aus meinem Leben (1843) aus feldtheoretischer Perspektive, in: Österreich in Geschichte und Literatur 46 (2002), 169 ff.

Gilman, Jewish Self-Hatred: Sander Gilman, Jewish Self-Hatred, Anti-Semitism and the Hidden Language of the Jews (Baltimore 1986).

Gilman, Jew's Body: Sander Gilman, The Jew's Body (London 1991).

Girtler, Mannheimer: Roland Girtler, Die Rede des Wiener Oberrabbiners Mannheimer im März 1848, in: Acta studentica 19 (1988), 72, 4 f.

Glaser, Deutsche Literatur: Horst Albert Glaser (Hg.), Deutsche Literatur. Eine Sozialgeschichte. Bd. 6 = Bernd Witte (Hg.), Vormärz: Biedermeier, Junges Deutschland, Demokraten 1815–1848 (Reinbek bei Hamburg 1980).

GLASSBRENNER, Bilder und Träume: Adolf GLASSBRENNER, Bilder und Träume aus Wien, Bd. 1 (Leipzig 1836).

GLETTLER, Acculturation: Monika GLETTLER, The Acculturation of the Czechs in Vienna, in: Dirk HOERDER (ed.), Labor Migration in the Atlantic Economies. The European and North American Working Classes During the Period of Industrialization (Westport/London 1986), 297 ff.

GLORIA-PALERMO, Evolution: Sandye GLORIA-PALERMO, The Evolution of Austrian Economics. From Menger to Lachmann (London/New York 1999).

GMEINER – PIRHOFER, Donau[t]raum: Donau[t]raum, Ideen Analysen Projekte, red. von Astrid GMEINER und Gottfried PIRHOFER (Materialien zur Expo '95 2, Wien 1989).

GÖBEL, Finanzen: Reinhard GÖBEL, Die Finanzen der Stadt Wien von 1781–1800. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1974).

GOEBBELS, Tagebücher 1945: Joseph GOEBBELS, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen (Hamburg 1975).

GOLDEMUND, Wald- und Wiesengürtel: Heinrich GOLDEMUND, Generalprojekt eines Wald- und Wiesengürtels und einer Höhenstraße für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien (Wien 1905).

GOODMAN, Two Capitals: David GOODMAN, Two Capitals: London and Paris, in: European Cities and Technology: industrial to post-industrial city, ed. by David GOODMAN and Colin CHANT (London 1999), 73 ff.

GORSEN, Aktionismus: Peter GORSEN, Wiener Aktionismus, in: SCHMIED, 20. Jahrhundert.

GORSEN, Dialektik: Peter GORSEN, Zur Dialektik des Funktionalismus heute. Das Beispiel des kommunalen Wohnungsbaus im Wien der zwanziger-Jahre, in: Jürgen HABERMAS (Hg.), Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«, Bd. 2: Politik und Kultur (Frankfurt am Main 1979), 688 ff.

GOTTSMANN, Kremsier: Andreas GOTTSMANN, Der Reichstag von Kremsier und die Regierung Schwarzenberg. Die Verfassungsdiskussion des Jahres 1848 im Spannungsfeld zwischen Reaktion und nationaler Frage (Österreich Archiv, Wien/München 1995).

GRANDNER, Kriegswirtschaft: Margarete GRANDNER, Korporative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im Ersten Weltkrieg (Wien/Köln/Weimar 1992).

GREDLER, Meine Rolle: Wilfried GREDLER, Meine Rolle 1945 und heute, in: Wien. 30 Jahre, 98 ff.

GREGORI, Handwerk: Veronika GREGORI, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage des Handwerks in Wien 1848–1914. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arbeit (Wien 1992).

GREIF, Gefährliche Classen: Wolfgang GREIF, Wider die gefährlichen Classen, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 2 (1991), II, 59 ff.

GREIF, Volkskultur: Wolfgang GREIF (Hg.), Volkskultur im Wiener Vormärz: das andere Wien zur Biedermeierzeit (Historisch-anthropologische Studien 6, Frankfurt am Main u. a. 1998).

GREISENEGGER, Brettl: Wolfgang GREISENEGGER, Das Brettl der (Ohn)Mächtigen. Das Wiener Kabarett der dreißiger und vierziger-Jahre, in: WÄCHTER-BÖHM, Wien 1945.

GREISENEGGER, Theaterleben: Wolfgang GREISENEGGER, Das Theaterleben nach 1945, in: ASPETSBERGER, Literatur.

GRESTENBERGER – MÜLLER, Feuerwehr: Erwin A. GRESTENBERGER – Friedrich MÜLLER, Die Feuerwehr der Stadt Wien. Ihre Geschichte – ihre Fahrzeuge. Jubiläumsschrift. 300 Jahre Berufsfeuerwehr (Wien/München 1986).

GRIESMAYER, Tagebuch: Norbert GRIESMAYER, Die Zeitschrift ›Tagebuch‹. Ergänzende Beobachtungen zur kulturpolitischen Situation in den fünfziger-Jahren, in: ASPETSBERGER, Literatur.

GROSS-HOFFINGER, Schicksale: Anton GROSS-HOFFINGER, Die Schicksale der Frauen und die Prostitution (Leipzig 1847).

GRÖSSING, Kampf: Helmuth GRÖSSING, Der Kampf um Wien im Oktober 1848 (Militärhistorische Schriftenreihe 23, Wien 1979).

GROSSMANN, Lueger: Stefan GROSSMANN, Lueger, in: Arbeiter-Zeitung, 11. März 1910, 1 f.

Gruber, Red Vienna: Helmut Gruber, Red Vienna. Experiment in Working-Class Culture 1919–1934 (New York/Oxford 1991).

Gulick, Österreich: Charles A. Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, 5 Bände (Wien 1948).

Gutschner, Jonas: Peter Gutschner, Franz Jonas, in: Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker, 250 ff.

Haas, Der »Anschluss«: Hanns Haas, Der »Anschluss«, in: Emmerich Tálos – Ernst Hanisch – Wolfgang Neugebauer – Reinhard Sieder (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000), 26 ff.

Hacohen, Popper: Malachi Chaim Hacohen, Karl Popper, The Formative Years, 1902–1945. Politics and Philosophy in Interwar Vienna (Cambridge/New York 2000).

Hadamowsky, Theatergeschichte: Franz Hadamowsky, Wien. Theatergeschichte. Von den Anfängen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (Geschichte der Stadt Wien 3, Wien/München 1988).

Hahn, Migranten: Sylvia Hahn, Migranten als Fremde – fremd als Migranten. Zuwanderung in Wien und Niederösterreich im 18. und 19. Jahrhundert, in: Ingrid Bauer u. a. (Hg.), Walz – Migration – Besatzung. Historische Szenarien des Eigenen und des Fremden (Publikationsreihe des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Forschungsschwerpunkt Fremdenfeindlichkeit 6, Klagenfurt-Celovec 2002), 77 ff.

Hahnl, Diskreditierung: Hans Heinz Hahnl, Von der Diskreditierung der Ideologien. Erwartungshaltungen und literarische Produkte nach 1945, in: Wächter-Böhm, Wien 1945.

Haider-Pregler, Staatsakt: Hilde Haider-Pregler, Der Staatsakt: Die Wiedereröffnung von Burg und Oper, in: Kristian Sotriffer, Das größere Österreich. Geistiges und soziales Leben von 1880 bis zur Gegenwart (Wien 1982).

Haller – Stadler, Mach: Rudolf Haller – Friedrich Stadler (Hg.), Ernst Mach. Werk und Wirkung (Wien 1988).

Hamann, Hitlers Wien: Brigitte Hamann, Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators (München 1996).

Handbuch der Stadt Wien: Magistrat der Stadt Wien, Handbuch der Stadt Wien (Wien u. a.), diverse Jahrgänge ab 1945.

Hanisch, Der politische Katholizismus: Ernst Hanisch, Der politische Katholizismus als Träger des »Austrofaschismus«, in: Emmerich Tálos – Wolfgang Neugebauer (Hg.), »Austrofaschismus«. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Wien 1984), 53 ff.

Hanisch, Schatten: Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (Wien 1994).

Hann, Unterschichten: Michael Hann, Die Unterschichten Wiens im Vormärz. Soziale Kategorien im Umbruch von der städtischen zur Industriegesellschaft. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1984).

Hansely, Identifikation: Hansjörg Hansely, Identifikation mit der Wiener City und Einstellung der Wiener Bevölkerung zur Errichtung von Fußgängerzonen, in: Der Aufbau 31 (1976), 81 ff.

Hanson, Zensurierte Muse: Alice M. Hanson, Die zensurierte Muse. Musikleben im Wiener Biedermeier. Aus dem Amerikanischen übers. von Lynne L. Heller (Wiener musikwissenschaftliche Beiträge 15, Wien/Köln/Graz 1987).

Hartl, Verfassung: Karl Hartl, Die Verfassung, in: Das Neue Wien. Städtewerk, Bd. 1 (Wien 1926), 23 ff.

Harvey, Postmodernity: David Harvey, The Condition of Postmodernity (London 2000).

Hauch, Leichter: Gabriella Hauch, Käthe Leichter, geb. Pick. Spuren eines Frauenlebens, in: Archiv. JbVGA 8 (1992), 97 ff.

Häusler, Europa bin ich: Wolfgang Häusler, »Europa bin ich – nicht mehr eine Stadt«. Die Haupt- und Residenzstadt Wien als Schauplatz des Kongresses 1814/15, in: Heinz Duchhardt (Hg.), Städte und Friedenskongresse (Städteforschung A, 49, Köln u. a. 1999), 135 ff.

Häusler, Gefecht: Wolfgang Häusler, Das Gefecht bei Schwechat am 30. Oktober 1848 (Militärhistorische Schriftenreihe 34, Wien 1977).

Häusler, Judentum: Wolfgang Häusler, Der Weg des Wiener Judentums von der Toleranz zur Emanzipation, in: JbVGStW 30/31 (1974/75), 84 ff.

Häusler, Manufaktur: Wolfgang Häusler, Von der Manufaktur zum Maschinensturm. Industrielle Dynamik und sozialer Wandel im Raum von Wien, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 32 ff.

Häusler, Massenarmut: Wolfgang Häusler, Von der Massenarmut zur Arbeiterbewegung. Demokratie und soziale Frage in der Wiener Revolution von 1848 (Wien/München 1979).

Häusler, Pachler: Wolfgang Häusler, Aus den Briefen Faust Pachlers (1819–1891). Ein Beitrag zur Geschichte der Wiener Revolution von 1848, in: JbVGStW 34 (1978), 239 ff.

Häussermann – Siebel, Dienstleistungsgesellschaften: Hartmut Häussermann – Walter Siebel, Dienstleistungsgesellschaften (Frankfurt a. M. 1995)

Häussermann – Siebel, Festivalisierung: Hartmut Häussermann – Walter Siebel, Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik, in: Dieselben (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte (Leviathan Sonderheft 13/1993).

Häussermann – Siebel, Urbanität: Hartmut Häussermann – Walter Siebel, Neue Urbanität (Frankfurt a. M. 1987).

Hautmann, Rätebewegung: Hans Hautmann, Die Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924 (Wien/Zürich 1987).

Hautmann – Hautmann, Gemeindebauten: Hans Hautmann – Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934 (Wien 1980).

Hebenstreit, Fremde: Wilhelm Hebenstreit, Der Fremde in Wien und der Wiener in der Heimath (Wien 1829).

Heer, Land: Friedrich Heer, Land im Strom der Zeit. Österreich gestern, heute, morgen (Wien 1958).

Hegyi, Malerei: Lorand Hegyi, Neue Malerei und Plastik seit den 70er-Jahren, in: Schmied, 20. Jahrhundert.

Heintschel – Payer – Schwarz, Duft: Hans Christian Heintschel – Peter Payer – Werner Michael Schwarz, Der Duft der Stadt. Beiträge zu einer Geruchsgeschichte von Wien, in: WGBll. 51 (1996), 1 ff.

Heinz, E. K. Winter: Karl H. Heinz, Ernst K. Winter. Ein Katholik zwischen Österreichs Fronten 1933–1938 (Wien/Köln/Graz 1984).

Heinz, Stadtentwicklungsplanung: Werner Heinz, Stadtentwicklungsplanung, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hg. von Hartmut Häussermann (2. Aufl., Opladen 2000), 235 ff.

Hellbling, Feuerpolizei: Ernst. C. Hellbling, Zur Geschichte des Feuerpolizeiwesens in Wien, in: WGBll. 7 (1952), 49 ff.

Herrmann-Pillath, Evolutionsökonomik: Carsten Herrmann-Pillath, Grundriß der Evolutionsökonomik (München 2002).

Hersche, Erzbischof Migazzi: Peter Hersche, Erzbischof Migazzi und die Anfänge der jansenistischen Bewegung in Wien, in: MÖStA 24 (1972), 280 ff.

Hesztera, Gendarmerie: Franz Hesztera, Die Gendarmerie in und um Wien – mit einem Abriß der Sicherheitsverhältnisse vor 1850 (Mattighofen 1999).

Heumos, Agrarische Interessen: Peter Heumos, Agrarische Interessen und nationale Politik in Böhmen 1848–1889. Sozialökonomische und organisatorische Entstehungsbedingungen der tschechischen Bauernbewegung (Wiesbaden 1979).

Hilferding, Finanzkapital: Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (Wien 1910).

Hilferding, Schleichhandel: Margret Hilferding, Der Schleichhandel, in: Der Kampf, Jg. 12, 17. Mai 1919, 300 ff.

Hinkel, Floridsdorf: Raimund Hinkel, Wien XXI Floridsdorf. Das Heimatbuch (Wien 1994).

Hirnschall, Markenzeichen: Erwin Hirnschall, Markenzeichen »Freiheitlich«, in: Wien. 30 Jahre, 118 ff.

Hirsch, Austrofaschismus: Johann Hirsch, Zur Soziologie des Austrofaschismus, in: Der Kampf, Jg. 22, Mai 1929, 222 ff.

Historischer Atlas: Historischer Atlas von Wien. Lieferung 1 ff. (Wien 1981 ff.).

Hitler, Mein Kampf: Adolf Hitler, Mein Kampf (München 1938).

Höbelt, 1848: Lothar Höbelt, 1848. Österreich und die deutsche Revolution (Wien/München 1998).

Hobsbawm, Zeitalter: Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts (München 1995).

Hödl, Galizische Juden: Klaus Hödl, Als Bettler in die Leopoldstadt. Galizische Juden auf dem Weg nach Wien (Wien/Köln/Weimar 1994).

Hofbauer, Rotes Wien: Josef Hofbauer, Im Roten Wien. Eine Studienreise deutscher Arbeiter aus der Tschechoslowakei (Prag 1926).

Hoffmann, Bürger: Robert Hoffmann (Hg.), Bürger zwischen Tradition und Modernität (Bürgertum in der Habsburgermonarchie 6, Wien/Köln/Graz 1997).

Hoffmann-Holter, Abreisendmachung: Beatrix Hoffmann-Holter, »Abreisendmachung«. Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923 (Wien/Köln/Weimar 1995).

Hofinger – Ogris, Kopf an Kopf: Christoph Hofinger – Günther Ogris, Kopf an Kopf. Wahlverhalten und Wählerströme bei der EU-Wahl und der Wiener Gemeinderatswahl [1996], in: ÖJP 1996, 85 ff.

Hofinger – Ogris, Wahl 2001: Christoph Hofinger – Günther Ogris, Antisemitische Schützenhilfe als Schuss ins eigene Knie. Die Wiener Gemeinderatswahl vom 25. März 2001, in: ÖJP 2001, 3 ff.

Hohenberg – Lees, Making: Paul M. Hohenberg – Lynn H. Lees, The Making of Urban Europe (Cambridge Mass./London 1985).

Hollein, Ausstellung: Hans Hollein, Das Konzept zur Präsentation der Ausstellung »Traum und Wirklichkeit Wien 1870–1930«, in: Katalog zur 93. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien (Wien 1985).

Holler, Gerechtigkeit: Gerd Holler, Gerechtigkeit für Ferdinand. Österreichs gütiger Kaiser (Wien/München 1988).

Hollingsworth – Boyer, Contemporary Capitalism: Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions, ed. by J. Rogers Hollingsworth and Robert Boyer (Cambridge 1997).

Holtmann, Illegalität: Everhard Holtmann, Die Sozialdemokratie in der Illegalität, 1934–1945, in: Wolfgang Maderthaner – Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995 (Wien 1996), 169 ff.

Holtmann, Unterdrückung: Everhard Holtmann, Zwischen Unterdrückung und Befriedung. Sozialistische Arbeiterbewegung und autoritäres Regime in Österreich 1933–1938 (Wien 1978).

Holtstiege, Pädagogik: Hildegard Holtstiege, Die Pädagogik Vincenz Eduard Mildes (Wien 1971).

Hönig, Wien: Fritz Hönig, Wien im dritten Krisenjahr, in: Der Österreichische Volkswirt, Jg. 26, 4. November 1933, 143 ff.

Horak – Maderthaner, Mehr als ein Spiel: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner, Mehr als ein Spiel. Fußball und populare Kulturen im Wien der Moderne (Wien 1997).

Horak – Maderthaner, Urban Cosmopolitanism: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner, A Culture of Urban Cosmopolitanism. Uridil and Sindelar as Viennese Coffee-House Heroes, in: Richard Holt – J. A. Morgan – Pierre Lanfranchi (eds.), European Heroes. Myth, Identity, Sport (London 1996), 139 ff.

Horak – Maderthaner, Vom Fußballspielen: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner, Vom Fußballspielen in Wien. Anmerkungen zu einem popularkulturellen Phänomen im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Peter Muhr – Paul Feyerabend – Cornelia Wegeler (Hg.), Philosophie, Psychoanalyse, Emigration. Festschrift für Kurt Rudolf Fischer (Wien 1992), 99 ff.

Horak – Mattl, Weltkulturhauptstadt: Roman Horak – Siegfried Mattl, »Musik liegt in der Luft ...« Die »Weltkulturhauptstadt Wien«. Eine Konstruktion, in: Roman Horak et al. (Hg.), Stadt. Masse. Raum: Wiener Studien zur Archäologie des Popularen (Wien 2001).

Horak et al., Metropole Wien: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner – Siegfried Mattl – Gerhard Meissl – Lutz Musner – Alfred Pfoser (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, 2 Bände (Wien 2000).

Horch, Wassermann: Hans Otto Horch, Wassermann, Jakob, in: Metzler Lexikon der deutsch-jüdischen Literatur (Stuttgart 2000), 594 ff.

Horkheimer – Adorno, Aufklärung: Max Horkheimer – Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente (Frankfurt am Main 1998).

Hornung – Sturm, Stadtleben: Ela Hornung – Margit Sturm, Stadtleben. Alltag in Wien 1945 bis 1955, in: Österreich 1945–1995. Gesellschaft Politik Kultur, hg. von Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Wien 1995), 54 ff.

Horrowitz – Hyams, Jews and Gender: Nancy A. Horrowitz – Barbara Hyams, Jews and Gender. Responses to Otto Weininger (Philadelphia 1995).

Hösl – Pirhofer, Wohnen: Wolfgang Hösl – Gottfried Pirhofer, Wohnen in Wien 1848–1938. Studien zur Konstitution des Massenwohnens (FB 19, Wien 1988).

Hosp, Kirche: Eduard Hosp, Kirche Österreichs im Vormärz 1815–1850 (Wien 1971).

Huemer, Totengräber: Peter Huemer, Der Totengräber der Demokratie. Der Mann, der Dollfuß die Ideen gab, in: Joachim Riedl (Hg.), Wien, Stadt der Juden. Die Welt der Tante Jolesch (Wien 2004), 95 ff.

Hülber, Arbeitsnachweis: Hans Hülber, Arbeitsnachweise, Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktgeschehen in Österreich in vorindustrieller Zeit unter besonderer Berücksichtigung Wiens. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studie, in: WGBll. 30 (1975), 1 ff.

Hummelberger – Peball, Befestigungen: Walter Hummelberger – Kurt Peball, Die Befestigungen Wiens (Wiener Geschichtsbücher 14, Wien/Hamburg 1974).

Huyssen, Disturbance: Andreas Huyssen, The Disturbance of Vision in Vienna Modernism, in: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner – Siegfried Mattl – Gerhard Meissl – Lutz Musner – Alfred Pfoser (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 2 (Wien 2000), 124 ff.

Internationale Organisationen in Wien: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsdirektion-Auslandsbeziehungen, Internationale Organisationen in Wien. Stand: Dezember 2002 (Wien [2002]).

Ipsen, Raumbilder: Detlev Ipsen, Raumbilder: Kultur und Ökonomie Räumlicher Entwicklung (Pfaffenweiler 1997).

Jabloner et al., Schlussbericht: Clemens Jabloner – Brigitte Bailer-Galanda – Eva Blimlinger – Robert Knight – Lorenz Mikoletzky – Bertrand Pertz – Roman Sandgruber – Karl Stuhlpfarrer – Alice Teichova, Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich (Wien 2003).

Jacobs, Death and Life: Jane Jacobs, The Death and Life of Great American Cities (New York 1961, repr. 1993).

Jacobs, Economy: Jane Jacobs, The Economy of Cities (New York 1969).

Jacobs, Sozialisten und die »Jüdische Frage«: Jack Jacobs, Sozialisten und die »Jüdische Frage« nach Marx (Mainz 1994).

Jäger-Sunstenau, Geadelte Judenfamilien: Hanns Jäger-Sunstenau, Die geadelten Judenfamilien im vormärzlichen Wien (Wien 1950).

Jagschitz, 25. Juli 1934: Gerhard Jagschitz, 25. Juli 1934: Die Nationalsozialisten in Österreich, in: Rolf Steininger – Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg (Wien/Köln/Weimar 1997), 257 ff.

Jahoda – Lazarsfeld – Zeisel, Marienthal: Marie Jahoda – Paul Lazarsfeld – Hans Zeisel, Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziologischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit (Frankfurt am Main 1975; Originalausgabe: Leipzig 1933).

Jahoda, Autorität: Marie Jahoda, Autorität und Erziehung in der Familie, Schule und Jugendbewegung, in: Max Horkheimer (Hg.), Studien über Autorität und Familie, Bd. 2 (Paris 1936), 706 ff.

Janik – Toulmin, Wittgenstein's Vienna: Allan Janik – Stephen Toulmin, Wittgenstein's Vienna (New York 1973); deutsche Ausgabe: Wittgensteins Wien (Wien 1998).

Janik, Gerbereigewerbe: Astrid Janik, Das Gerbereigewerbe zu Wien von den Anfängen bis ums Jahr 1900. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1995).

Janik, Kreative Milieus: Allan Janik, Kreative Milieus: Der Fall Wien, in: Peter Berner – Emil Brix – Wolfgang Mantl (Hg.), Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne (Wien 1986), 45 ff.

Jännerausstand: Um Friede, Freiheit und Recht. Der Jännerausstand des österreichischen Proletariats (Wien 1918).

Jansen – Schleissing (Hg.), Konkurrenz: Konkurrenz und Kooperation. Interdisziplinäre Zugänge zur Theorie der Co-opetiton, hg. von Stephan A. Jansen und Stephan Schleissing (Marburg 2000).

John, Vereinnahmung: Michael John, Vereinnahmung, Bedrohung, Germanisierung und Resistenz der Wiener Tschechen. Aspekte des Verhältnisses von nationalsozialistischer Politik und ethnischen Minderheiten, in: Rudolf G. Ardelt – Hans Hautmann (Hg.), Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich (Wien/Zürich 1990), 335 ff.

John, Wohnungsverhältnisse: Michael John, Die Wohnungsverhältnisse der Wiener Unterschichten 1848–1918. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1980).

John, Zuwanderung: Michael John, Zuwanderung in Österreich 1848–1914. Zu ökonomischen und psychologischen Faktoren der Zuwanderung in Österreich, in: Archiv. JbVGA 4 (1988), 102 ff.

John – Lichtblau, Česká Vídeň: Michael John – Albert Lichtblau, Česká Vídeň. Von der tschechischen Großstadt zum tschechischen Dorf, in: Archiv. JbVGA 3 (1987), 34 ff.

John – Lichtblau, Schmelztiegel: Michael John – Albert Lichtblau, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten (Wien/Köln/Weimar 1990).

Johnston, Austrian Mind: William Johnston, The Austrian Mind. An Intellectual and Social History (Berkeley/Los Angeles/New York 1972); deutsche Ausgabe: Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donauraum 1848 bis 1938 (Wien/Köln/Graz 1980).

Judson, Exclusive Revolutionaries: Pieter M. Judson, Exclusive Revolutionaries. Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire 1848–1914 (Ann Arbour 1996).

Judson, Wien brennt: Pieter M. Judson, Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe (Wien 1998).

Junker, Pestarzt: Ermar Junker, Vom Pestarzt zum Landessanitätsdirektor. 450 Jahre öffentlicher Gesundheitsdienst in Wien (Schriftenreihe Gesund in Wien, Wien 1999).

Junker – Schmidgruber – Wallner, Tuberkulose: Ermar Junker – Beatrix Schmidgruber – Gerhard Wallner, Die Tuberkulose in Wien (Schriftenreihe Gesund in Wien, Wien 1999).

Jusek, Prostitutionsdebatten: Karin Jusek, Auf der Suche nach der Verlorenen. Die Prostitutionsdebatten im Wien der Jahrhundertwende (Wien 1994).

Just – Pils, Unbarmherzigkeit: Thomas Just – Susanne Claudine Pils, Die Entstehung der Unbarmherzigkeit. Randgruppen und Außenseiter in Wien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (WGBll. 1997, Beiheft 1).

Kaessmayer, Wohnverhältnisse: Erich Kaessmayer, Die Wohnverhältnisse im Biedermeier. Eine Skizze zeitgenössischer Bestimmungen, in: Wolfgang Greif (Hg.):, Volkskultur im Wiener Vormärz: das andere Wien zur Biedermeierzeit (Historisch-anthropologische Studien 6, Frankfurt am Main u. a. 1998), 133 ff.

Kainrath et al., Stadterneuerung: Wilhelm Kainrath – Friedl Kubelka-Bondy – Franz Kuzmich, Die alltägliche Stadterneuerung. Drei Jahrhunderte Bauen und Planen in einem Wiener Außenbezirk (Wien/München 1994).

Kainrath, Stadterneuerung: Wilhelm Kainrath, Stadterneuerung, in: Der Aufbau 37 (1982), 88 ff.

Kaniak – Keil, Probleme: Jörn Kaniak – Dieter Keil, Probleme der kommunalen Industrieförderung am Beispiel Wien. Die industrielle Verödung der Großstädte als Ursache wirtschaftspolitischer Intervention, in: Der Aufbau 32 (1978), 178 ff.

Karasek, Wilder: Hellmuth Karasek, Billy Wilder. Eine Nahaufnahme (München 1992).

Karte »Territoriale Veränderungen im Raum Wien 1938–1954«: Karte »Territoriale Veränderungen im Raum Wien 1938–1954«, in: Csendes – Opll, Die Stadt Wien, Anhang.

Kassal-Mikula, Festzug: Renate Kassal-Mikula, Der Festzug, in: Traum und Wirklichkeit. Wien 1870–1930 (Wien 1985), 40 ff.

Kaufmann, Demographische Struktur: Albert Kaufmann, Demographische Struktur und Haushalts- und Familienformen der Wiener Bevölkerung (Dissertationen der Universität Wien 51, Wien 1971).

Kayser Nielson, The Stadium: Niels Kayser Nielson, The Stadium and the City. A Modern Story, in: John Bale – Olof Moen (eds.), The Stadium and the City (Keele 1995), 21 ff.

Keil – Schneidewind, Wirtschaft: Dieter Keil – Peter Schneidewind, Die Wirtschaft der österreichischen Stadtregionen: Struktur und Entwicklung (Publikationen des Instituts für Stadtforschung 66, Wien 1979).

Keil-Budischowsky, Theater: Verena Keil-Budischowsky, Die Theater Wiens (Wiener Geschichtsbücher 30/31/32, Wien/Hamburg 1983).

Keizer, Austrian Economics: Willem Keizer, Austrian Economics in Debate (London/New York 1997).

Keller, Marktamt: Fritz Keller, Das Wiener Marktamt 1938–1945 (Wien/München 2004).

Keller, Verfassung: Fritz Keller, Verfassung und Geschäftsordnung der Stadt Wien 1938–1945. Eine rechtshistorische Studie nach Unterlagen aus dem Archiv des Wiener Marktamts, in: WGBll. 59 (2004), 58 ff.

Kerschbaumer, Begnadet für das Schöne: Gert Kerschbaumer – Karl Müller (Hg.), Begnadet für das Schöne. Der rot-weiß-rote Kulturkampf gegen die Moderne (Wien 1992).

Kerschbaumer, Kulturen: Gert Kerschbaumer, Kulturen des Volkes, in: Gert Kerschbaumer – Karl Müller (Hg.), Begnadet für das Schöne. Der rot-weiß-rote Kulturkampf gegen die Moderne (Wien 1992).

Kerschbaumer, Moderne: Gert Kerschbaumer, Der kalte Krieg gegen die Moderne, in: Gert Kerschbaumer – Karl Müller (Hg.), Begnadet für das Schöne. Der rot-weiß-rote Kulturkampf gegen die Moderne (Wien 1992).

Kershaw, Hitler: Jan Kershaw, Hitler. 1889–1936: Hybris (New York/London 1998).

Kettle, Plagued by Mahler: Martin Kettle, Plagued by Mahler, in: The Guardian, February 14, 2003, 11.

Kienzl, David Josef Bach: Andreas f. Kienzl, David Josef Bach (1874–1947). Journalist und Organisator der Arbeiterkulturbewegung, phil. Diss. (Wien 1986).

Kiess, Urbanismus: Walter Kiess, Urbanismus im Industriezeitalter. Von der klassizistischen Stadt zur Garden City (Berlin 1991).

Kisch, Breitwieser: Egon Erwin Kisch, Wie der Einbrecher Breitwieser erschossen wurde, in: Egon Erwin Kisch, Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Bd. 6: Der rasende Reporter (Berlin/Weimar 1993).

Klaar, Siedlungsformen: Adalbert Klaar, Die Siedlungsformen Wiens (Wiener Geschichtsbücher 8, Wien/Hamburg 1971).

Kläger, Quartiere der Not und des Verbrechens: Emil Kläger, Durch die Quartiere der Not und des Verbrechens. Wien um die Jahrhundertwende (Wien 1908).

Klement, Entstehung: Josef Klement, Entstehung und Entwicklung der »Alternativen Liste Wien«. Masch. Seminararbeit am Institut für Politikwissenschaft, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Wien (Wien 1986).

Klenner, Herbst: Fritz Klenner, Herbst 1950 – Ostösterreich entging dem Eisernen Vorhang, in: Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, hg. von Michael Ludwig, Klaus Dieter Mulley und Robert Streibel (Wien 1991), 53 ff.

Klenner, Schicksalstage: Fritz Klenner, Schicksalstage Österreichs, in: Österreich, Land im Aufstieg, hg. von Robert Stern (Wien 1955), 163.

Klimbacher, Fischhof: Wolfgang Klimbacher, Dr. Adolf Fischhof: Jude, Arzt, Revolutionär, in: Österreich in Geschichte und Literatur 41 (1997), Heft 4–5b.

Klingenstein, Anleihe: Grete Klingenstein, Die Anleihe von Lausanne (Wien/Graz 1965).

Klotz, Stadtentwicklung: Arnold Klotz, Stadtentwicklung und Städtebau in Wien: Herausforderungen im Rückblick und Weichenstellungen für die Zukunft, in: Stadtplanung Wien / MA 18.

Kluge, Ständestaat: Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934–1938. Entstehung und Scheitern (Wien 1984).

Klusacek – Stimmer, Ottakring: Christine Klusacek – Kurt Stimmer, Ottakring. Vom Brunnenmarkt zum Liebhartstal (Wien 1983).

Knaus – Sinkovics, Wien 1848: Herwig Knaus – Wilhelm Sinkovics, Wien 1848. Reportage einer Revolution (Wien 1998).

Knessel, Pulsschlag: Lothar Knessel, Wiens Pulsschlag ist Musik, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt einer Weltstadt.

Knitel, Wien als Sitz: Hans G. Knitel, Wien als Sitz internationaler Organisationen und als internationale Konferenzstadt, in: ÖJP 1985 (Wien/München 1986), 471 ff.

Koblizek – Süssenbek, Trinkwasserversorgung: Ruth Koblizek – Nicole Süssenbek, Die Trinkwasserversorgung der Stadt Wien von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. 2 Bde. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 2000).

Koch, Meldewesen: Herbert Koch, Wohnhaft in Wien. Geschichte und Bedeutung des Meldewesens (WGBll., Beiheft 3, 1986).

Köhler, Wiener ÖVP: Thomas Köhler, Von Falken und sonstigen »bunten Vögeln«. Eine (etwas andere) Geschichte der Wiener ÖVP, in: Kriechbaumer – Schausberger (Hg.), Volkspartei, 467 ff.

Kölbel, Triumphe: Alfred Kölbel, Triumphe und Flauten im Sport, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 162 ff.

Kollman, Körner: Eric C. Kollman, Theodor Körner. Militär und Politik (Wien 1973).

König, Sedlnitzky: Sigrid König, Joseph Graf Sedlnitzky von Choltitz (1778–1855). Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1991).

Konrad, 12. Februar 1934: Helmut Konrad, Der 12. Februar 1934 in Österreich, in: Günther Schefbeck (Hg.), Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen (Wien/München 2004), 91 ff.

Konvicka, »Olahs« Partei: Michael Konvicka, »Olahs« Partei. Die Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP). Ein Beitrag zur österreichischen Zeitgeschichte der 60er und 70er-Jahre (Hamburg 1994).

Korzendörfer, Stadtplanung: Helmut Korzendörfer, Stadtplanung vor dem Hintergrund der Stadtentwicklung 1945 bis 1981, in: Der Aufbau 36 (1981), 441 ff.

Kos, Wien: Wolfgang Kos, Warum Wien immer schöner wurde. Über die Vergangenheit zu einem neuen Wien Image, in: Alt-Wien. Die Stadt, die niemals war, hg. von Wolfgang Kos und Christian Rapp (Katalog zur 316. Sonderausstellung des Wien Museums, Wien 2004), 312 ff.

Kostof, City Shaped: Spiro Kostof, The City Shaped. Urban Patterns and Meanings Through History (London 1999).

Kotyza, Aspekte der Stadtentwicklung: Georg Kotyza, Zu einigen Aspekten der Stadtentwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrs, in: Der Aufbau 29 (1974), 246 ff.

Kovarik, Ottakring: Ferry Kovarik, 100 Jahre Ottakring bei Wien (Wien 1992).

Krämer-Badoni – Kuhm, Mobilität: Thomas Krämer-Badoni – Klaus Kuhm, Mobilität, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hg. von Hartmut Häussermann (2. Aufl., Opladen 2000), 162 ff.

Kraszna, Breitwieser: Hermann Kraszna, Johann Breitwieser. Ein Lebensbild, 2 Bände (Wien 1921).

Krätke, Medienstadt: Stefan Krätke, Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion (Opladen 2002).

Kraus, Metaphysik der Haifische: Karl Kraus, Metaphysik der Haifische, in: Die Fackel, Jg. 25, Nr. 632–639, Mitte Oktober 1923, 150 ff.

Kraus, Zion: Karl Kraus, Eine Krone für Zion (Wien 1898).

Krebs, Wohnungen: Helmut Krebs, Wohnungen für das Volk, in: Österreich, Land im Aufstieg, hg. von Robert Stern (Wien 1955), 184 ff.

Kreisky, Begegnungsplatz Wien: Bruno Kreisky, Begegnungsplatz Wien, in: Wien. 30 Jahre, 180 ff.

Krenn, Joseph Lanner: Herbert Krenn, Joseph Lanner. Sein Leben – sein Werk. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1992).

Kretschmer, Bezirkshauptmannschaften: Helmut Kretschmer, Bezirkshauptmannschaften und Bezirksämter, 1850–1938 (VWStLA, Reihe A. 2,1. Wien 1985).

Kretschmer, Gasometer: Helmut Kretschmer, Gasometer in Wien. Industrie- und Technikdenkmale im Wandel der Zeit (WGBll. Beiheft 1, 2001).

Kretschmer, Handwerksfrauen: Sigrid Kretschmer, Wiener Handwerksfrauen. Wirtschafts- und Lebensformen im 18. Jahrhundert (Feministische Theorie 41, Wien 2000).

Kretschmer, Jugendtage: Helmut Kretschmer, Aus den Jugendtagen des Wiener Walzers. Joseph Lanner und sein Umfeld (WGBll., Beiheft 2, 2001).

Kretschmer, Musik: Helmut Kretschmer, Musik in Wien. Orchester, Vereine, Institutionen (WGBll., Beiheft 3, 2000).

Kretschmer, Schubert: Helmut Kretschmer, Franz Schubert – Zeitgenossen und Freundeskreis, in: WGBll. 33 (1978), 49 ff.

Kretschmer – Tschulk, Brände: Helmut Kretschmer – Herbert Tschulk, Brände und Naturkatastrophen in Wien (WGBll., Beiheft 1, 1995).

Kreuzer, Ein Leben: Franz Kreuzer, Ein Leben für Österreich. Franz Jonas (Wien 1969).

Krexner, Wiens Bischöfe: Martin Krexner, Wiens Bischöfe und Erzbischöfe. Vierzig Biographien mit 29 Abbildungen (Wien 1983).

Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP: Robert Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP, in: Kriechbaumer – Schausberger (Hg.), Volkspartei, 11 ff.

Kriechbaumer, Wiener Bürgermeisterkrise: Robert Kriechbaumer, Die Wiener Bürgermeisterkrise 1972/73, in: Robert Kriechbaumer, Österreichs Innenpolitik 1970–1975 (ÖJP, Sonderband 1, München/Wien 1981), 153 ff.

Kriechbaumer – Schausberger (Hg.), Volkspartei: Robert Kriechbaumer – Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek in Salzburg 2, Wien/Köln/Weimar 1995).

Krones, Webern: Hartmut Krones, Anton Webern, die »Wiener Schule« und die Arbeiterkultur, in: Hartmut Krones (Hg.), Anton Webern. Persönlichkeit zwischen Kunst und Politik (Wien/Köln/Weimar 1999), 51 ff.

Krzeszowiak, Theater an der Wien: Tadeusz Krzeszowiak, Theater an der Wien. Seine Technik und Geschichte 1801–2001 (Wien/Köln/Graz 2002).

Kucera, Ausgaben: Josef Kucera, Kommunale Ausgaben und deren Finanzierung 1861 bis 1891, in: Wien in der liberalen Ära (FB 1, Wien 1978), 44 ff.

Kucera, Die liberale Gemeindeverwaltung: Josef Kucera, Die liberale Gemeindeverwaltung Wiens (1861–1895), in: Summa. Wirtschaftsberichte, Nr. 6, Dezember 1979, 8 ff.

Kuh, Hofauto: Anton Kuh, Das Hofauto, in: Anton Kuh, Der unsterbliche Österreicher (Wien 2001), 118 f.

Kühnel, Hofburg: Harry Kühnel, Die Hofburg (Wiener Geschichtsbücher 5, Wien/Hamburg 1971).

Kuppe, Lueger: Rudolf Kuppe, Karl Lueger und seine Zeit (Wien 1933).

Kurz, Nahverkehrsplanung: Ernst Kurz, 140 Jahre Nahverkehrsplanung in Wien, in: Der Aufbau 34 (1980), 254 ff.

La Capra, Reading Exemplars: Dominick La Capra, Reading Exemplars: Wittgenstein's Vienna and Wittgenstein's Tractatus, in: Dominick La Capra, Rethinking Intellectual History. Texts, Contexts, Language (Ithaca/London 1983), 84 ff.

Landauer, Spanienkämpfer: Hans Landauer (in Zusammenarbeit mit Erich Hackl), Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939 (Wien 2003).

Lang, Bedrohung: Othmar Franz Lang, Bedrohung und Abwehr, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 289 ff.

Lange Nacht der Museen 2003: ORF (Hg.), Lange Nacht der Museen Wien Samstag 20. September 2003 (o.O. [2003]).

Langer, Kasernen für Arbeiter: Anton Langer, Kasernen für Arbeiter! Ein Wort an den Minister der Arbeit (Wien 1848).

L'Apocalypse: Vienne 1880–1938. L'Apocalypse Joyeuse (Paris 1986).

Läpple, Ökonomie: Dieter Läpple, Ökonomie der Stadt, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hg. von Hartmut Häussermann (2. Aufl., Opladen 2000), 194 ff.

Lauscher, 30 Jahre: Josef Lauscher, 30 Jahre auf dem österreichischen Weg, in: Wien. 30 Jahre, 186 ff.

Layton – Rist, Wirtschaftslage: W.T. Layton – Charles Rist, Die Wirtschaftslage Österreichs. Bericht der vom Völkerbund bestellten Expertenkommission (Wien 1925).

Le Rider, Weininger: Jaques Le Rider, Le Cas Otto Weininger: Racines de l'antiféminisme et de l'antisémitisme (Paris 1982); deutsche Ausgabe: Der Fall Otto Weiniger. Wurzeln des Antifeminismus und des Antisemitismus (Wien 1985).

Le Rider, Wittgenstein und Weininger: Jaques Le Rider, Wittgenstein und Weiniger, in: Emil Brix – Allan Janik (Hg.), Kreatives Milieu. Wien um 1900 (Wien/München 1993), 185 ff.

Lechner, Olah: Manfred Lechner, Franz Olah, in: Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker, 426 ff.

Lefebvre, Production: Henri Lefebvre, The Production of Space (Oxford 1991).

Lefebvre, Revolution der Städte: Henri Levebvre, Revolution der Städte (Frankfurt am Main 1990).

Lehne, Warenhäuser: Andreas Lehne, Wiener Warenhäuser 1865–1914 (FB 20, Wien 1990).

Lemberger, Wäsche-Industrie: Hedwig Lemberger, Die Wiener Wäsche-Industrie (Wien/Leipzig 1907).

Lettmayer, Wien um die Mitte des XX. Jahrhunderts: Ferdinand Lettmayer (Hg.), Wien um die Mitte des XX. Jahrhunderts (Wien 1958).

Lewis, Working Class: Jill Lewis, Fascism and the Working Class in Austria, 1918–1934. The Failure of Labour in the First Republic (New York/Oxford 1991).

Lichtenberger, Altstadt: Elisabeth Lichtenberger, Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City (Wien 1977).

Lichtenberger, Wien – Prag: Elisabeth Lichtenberger, Wien – Prag. Metropolenforschung (Wien/Köln/Weimar 1993).

Lichtenegger, Wiener Hausfrau: Magdalena Lichtenegger, Die aufgeklärte Wiener Hausfrau (Wien 1822).

Lisa Vienna Region, Life Science: Lisa Vienna Region, Life Science in Wien (Wien 2004).

Lockhart, Guns: R. H. Bruce Lockhart, Guns or Butter: War Countries and Peace Countries Revisited (London 1938).

Loidl, Erzbistum: Franz Loidl, Geschichte des Erzbistums Wien (Wien 1983).

Lorenz, Schmerling: Reinhold Lorenz, Anton Ritter von Schmerling (1805–1893) und Alexander Freiherr von Bach (1813–1893), in: Hugo Hantsch (Hg.), Gestalter der Geschicke Österreichs (Innsbruck/Wien/München 1962), 407 ff.

Luft, Inwardness: David S. Luft, Eros and Inwardness in Vienna. Weininger, Musil, Doderer (Chicago/London 2003).

Lunzer – Lunzer – Tálos, Extracte des Lebens: Heinz Lunzer – Victoria Lunzer – Emmerich Tálos, Peter Altenberg. Extracte des Lebens. Einem Schriftsteller auf der Spur (Salzburg/Wien/Frankfurt 2003).

Luther, Steger: Kurt Richard Luther, Norbert Steger, in: Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker, 548 ff.

Lutz, Traum: Burkart Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts (Frankfurt/Main/New York 1984).

Luža, Widerstand: Radomir Luža, Der Widerstand in Österreich 1938–1945 (Wien 1985).

Macho, Musikgeschmack: Thomas Macho, Überlegungen zum österreichischen Musikgeschmack in den fünfziger-Jahren, in: Gerhard Jagschitz – Klaus-Dieter Mulley, Die »wilden« fünfziger-Jahre. Gesellschaft, Formen und Gefühle eines Jahrzehnts in Österreich (St. Pölten/Wien 1985).

Macho, Trauma: Thomas Macho, Trauma und Kriegserfahrung in Wittgensteins Philosophie, in: Inka Mülder-Bach (Hg.), Modernität und Trauma. Beiträge zum Zeitenbruch des Ersten Weltkriegs (Wien 2000), 46 ff.

Maderthaner, 12. Februar 1934: Wolfgang Maderthaner, Der 12. Februar 1934. Sozialdemokratie und Bürgerkrieg, in: Rolf Steininger – Michael Gehler (Hg.), Österreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg (Wien/Köln/Weimar 1997), 153 ff.

Maderthaner, Demokratische Massenpartei: Wolfgang Maderthaner, Zur Entstehung einer demokratischen Massenpartei. Sozialdemokratische Organisation von 1889 bis 1918, in: Wolfgang Maderthaner – Wolfgang C. Müller (Hg.), Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995 (Wien 1996), 21 ff.

Maderthaner, Die Juden und das Rote Wien: Wolfgang Maderthaner, Die Juden und das Rote Wien. Otto Bauer und die Lösung der jüdischen Frage, in: Joachim Riedl (Hg.), Wien, Stadt der Juden. Die Welt der Tante Jolesch (Wien 2004), 144 ff.

Maderthaner, Friedrich Adler: Wolfgang Maderthaner, Friedrich Adler und Graf Stürgkh. Zur Psychopathologie eines Attentats, in: Michael Gehler – Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Thaur/Wien/München 1995), 128 ff.

Maderthaner, Kommunalpolitik: Wolfgang Maderthaner, Kommunalpolitik im Roten Wien. Ein Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 25 (1985), 239 ff.

Maderthaner, Kuati: Wolfgang Maderthaner, Wo der Kuati heakumd – mea oda weniga. Ostbahn-Elf und die Hasenleiten, in: Lukas Beck – Peter Hiess (Hg.), Kurt Ostbahn. Seid's Vuasichtig Und Losst's Eich Nix Gfoin (St. Pölten 2004), 65.

Maderthaner, Legitimationsmuster: Wolfgang Maderthaner, Legitimationsmuster des Austrofaschismus, in: Richard Saage (Hg.), Das Scheitern diktatorischer Legitimationsmuster und die Zukunftsfähigkeit der Demokratie. Festschrift für Walter Euchner (Berlin 1995), 159 ff.

Maderthaner, Mangelökonomie: Wolfgang Maderthaner, Mangelökonomie und fordistische Rekonstruktion – Arbeit in Wien 1950–1970, in: JbVGStW 59 (2003) 187 ff.

Maderthaner, Österreich: Wolfgang Maderthaner, Österreich in den Beinen und im Kopf: Fußball, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 6 (1995), 125 ff.

Maderthaner, Parteiorganisation: Wolfgang Maderthaner, Die österreichische Sozialdemokratie 1918 bis 1934. Die größte Parteiorganisation der Welt, in: Das Rote Wien 1918–1934 (Wien 1993), 28 ff.

Maderthaner, Praterstern: Wolfgang Maderthaner, Pathologie der Großstadt-Geschichten um den Praterstern, in: Stadtarchiv und Stadtgeschichte. Forschungen und Innovationen. Festschrift für Fritz Mayrhofer (Linz 2004), 829 ff.

Maderthaner, Schuhmeier: Wolfgang Maderthaner, Franz Schuhmeier, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Bd. 11 (Wien 1998), 311 ff.

Maderthaner, Social Democracy: Wolfgang Maderthaner, 12. Februar 1934. Social Democracy and Civil War, in: Rolf Steininger – Günter Bischof – Michael Gehler (eds.), Austria in the Twentieth Century (New Brunswick/London 2002), 45 ff.

Maderthaner, Sozialdemokratie: Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie, in: Tálos – Dachs – Hanisch – Staudinger (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), 177 ff.

Maderthaner, Vom Protest in die Anarchie: Wolfgang Maderthaner, Vom Protest in die Anarchie, in: Der Standard, Album, 10. April 1999, 5.

MADERTHANER: Volksstimmefest: Wolfgang MADERTHANER – Michael ZAHRADNIK, Politik der Feste. Volksfeste mit politischem Hintergrund, in: Renate BANIK-SCHWEITZER et al. (Hg.), Wien Wirklich. Der Stadtführer, 4. Aufl. (Wien 1994), 107 ff.

MADERTHANER – FISCHER, Widerstand: Wolfgang MADERTHANER – Gero FISCHER, Widerstand der tschechischen und slowakischen Minderheit in Österreich 1939–1945, Projektbericht an den Nationalfonds der Republik Österreich (Wien 2003).

MADERTHANER – GRUBER, Chance und Illusion: Wolfgang MADERTHANER – Helmut GRUBER (Hg.), Chance und Illusion – Labor in Retreat. Studien zur Krise der westeuropäischen Gesellschaft in den dreißiger-Jahren – Studies on the Social Crisis in Interwar Western Europe (Wien/Zürich 1988).

MADERTHANER – MAIER, Führer: Wolfgang MADERTHANER – Michaela MAIER (Hg.), »Der Führer bin ich selbst«. Engelbert Dollfuß Benito Mussolini Briefwechsel (Wien 2004).

MADERTHANER – MATTL, Victor Adler: Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL, Victor Adler, in: Walter EUCHNER (Hg.), Klassiker des Sozialismus, Bd. 1 (München 1991), 218 ff.

MADERTHANER – MUSNER, Anarchie: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Die Anarchie der Vorstadt. Das andere Wien um 1900 (Frankfurt/New York 2000).

MADERTHANER – MUSNER, Aufstand der Massen: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Der Aufstand der Massen – Phänomen und Diskurs im Wien der Zwischenkriegszeit, in: Roman HORAK – Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL – Lutz MUSNER (Hg.), Stadt.Masse.Raum. Wiener Beiträge zur Archäologie des Popularen (Wien 2001), 9 ff.

MADERTHANER – MUSNER, Fordismus: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Im Schatten des Fordismus. Wien 1950 bis 1970, in: Roman HORAK – Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL – Lutz MUSNER – Otto PENZ (Hg.), Randzone. Zur Theorie und Archäologie von Massenkultur in Wien 1950–1970 (Wien 2004), 31 ff.

MADERTHANER – MUSNER, Masse, Kultur und Politik: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Die Logik der Transgression. Masse, Kultur und Politik im Wiener Fin de Siècle, in: Roman HORAK – Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL – Gerhard MEISSL – Lutz MUSNER – Alfred PFOSER (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 1 (Wien 2000), 97 ff.

MADERTHANER – MUSNER, Textures of the Modern: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Textures of the Modern: Viennese Contributions to Cultural History and Urban Studies, in: Cultural Studies, vol. 16, November 2002, 863 ff.

MADERTHANER – MUSNER, The Politics of Transgression: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Outcast Vienna 1900: The Politics of Transgression, in: International Labor and Working-Class History, No. 84, Fall 2004, 25 ff.

MADERTHANER – MUSNER, Wiener Beiträge: Wolfgang MADERTHANER – Lutz MUSNER, Wiener Beiträge zur historischen Metropolenforschung, in: Historische Anthropologie, 10 (2002), 436 ff.

Magistrat (Hg.), Leitlinien: Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik, hg. vom Magistrat der Stadt Wien (Wien 1970).

Magistrat (Hg.), Stadtentwicklungsplan 1994: Stadtentwicklungsplan für Wien. Step 1994, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, MA 18, Stadtentwicklung und Stadtplanung (Wien 1994).

Magistrat (Hg.), Wiener Arbeitsstätten 1981: Die Wiener Arbeitsstätten am 12. Mai 1981, hg. vom Magistrat der Stadt Wien (Wien 1985).

MAGRIS, Mythos: Claudio MAGRIS, Der habsburgische Mythos in der österreichischen Literatur (Salzburg 1966).

MAIER – PENZ, Amalienbad: Michaela MAIER – Otto PENZ, Ein Hauch von Luxus. 75 Jahre Amalienbad (Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Dokumentation 3, Wien 2002).

MAIER – TÖDTLING, Regional- und Statdtökonomik 2: Gunther MAIER – Franz TÖDTLING, Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik (Wien/New York 1996).

MAIER – TÖDTLING, Regional- und Stadtökonomik: Gunther MAIER – Franz TÖDTLING, Regional- und Stadtökonomik. Standorttheorie und Raumstruktur (Wien/New York 1992).

MAISEL, Barrikaden: Thomas MAISEL, Alma Mater auf den Barrikaden. Die Universität Wien im Revolutionsjahr 1848 (Wien 1998).

MALINA, Tatort: Philosophenstiege: Peter MALINA, Tatort: Philosophenstiege. Zur Ermordung von Moritz Schlick am 22. Juni 1936, in: Michael BENEDIKT – Rudolf BURGER (Hg.), Bewußtsein, Sprache und die Kunst. Metamorphosen der Wahrheit (Wien 1988), 231 ff.

MANNHEIM, Mensch und Gesellschaft: Karl MANNHEIM, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbruchs (Darmstadt 1958).

MARCHART, Wohnbau: Peter MARCHART, Wohnbau in Wien 1923–1983 (Wien 1984).

MARCUSE, Housing: Peter MARCUSE, A Useful Installment of Socialist Work. Housing in Red Vienna in the 1920s, in: Rachel G. BRATT – Chester HARTMANN – Ann MAYERSON (eds.), Critical Perspective on Housing (Philadelphia 1986), 565 ff.

MARILAUN, Simmering: Carl MARILAUN, Bei den wahren Kinderfreunden in Simmering, in: Neues Wiener Journal, 22. April 1934, 5 f.

MARSCHALEK, Schutzbundprozeß: Manfred MARSCHALEK, Der Wiener Schutzbundprozeß 1935, in: Karl R. STADLER (Hg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936 (Wien 1986), 381 ff.

MARSCHALEK, Slavik: Manfred MARSCHALEK, Felix Slavik, in: DACHS – GERLICH – MÜLLER (Hg.), Die Politiker, 533 ff.

MARSCHALEK, Sozialistenprozeß: Manfred MARSCHALEK, Der Wiener Sozialistenprozeß, in: Karl R. STADLER (Hg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936 (Wien 1986), 429 ff.

MARSCHALEK, Untergrund: Manfred MARSCHALEK, Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (Wien 1990).

MARSCHIK – SOTTOPIETRA, Erbfeinde: Matthias MARSCHIK – Doris SOTTOPIETRA, Erbfeinde und Haßlieben. Konzept und Realität Mitteleuropas im Sport (Münster 2000).

MARSCHIK, Arbeiterfußball: Matthias MARSCHIK, »Wir spielen nicht zum Vergnügen«. Arbeiterfußball in der Ersten Republik (Wien 1994).

MARSCHIK, Fußballkultur: Matthias MARSCHIK, »Am Spielfeld ist die Wahrheit gewesen«. Die Wiener Fußballkultur in der Zeit des Nationalsozialismus: Zwischen Vereinnahmung und Widerstand, in: Österreichische Zeitschrift für Volkskunde 99 (1996), 181 ff.

MARSHALL, Industry: Alfred MARSHALL, Industry and Trade. A study of industrial technique and business organization; and of their influence on the conditions of various classes and nations (London 1919).

MARSHALL, Principles: Alfred MARSHALL, Principles of Economics (1st Edition 1890, 8th Edition 1920, Reset and Reprinted Philadelphia 1949).

MARTIN, Erinnerungen: Gunther MARTIN, Die Wiener Erinnerungen des britischen Diplomaten Sir Horace Rumbold 1856–1858 und 1896–1900. (Übersetzungen aus dem Englischen und Kommentare), in: JbVGStW 36 (1980), 55 ff.

MARX, Zensur: Julius MARX, Die österreichische Zensur im Vormärz (Österreich Archiv, Wien 1959).

MÄRZ, Schumpeter: Eduard MÄRZ, Joseph A. Schumpeter und die österreichische Schule der Nationalökonomie, in: Norbert LESER (Hg.), Die Wiener Schule der Nationalökonomie (Wien/Köln/Graz 1986), 157 ff.

MASANZ – NAGL, Ringstraßenallee: Michaela MASANZ – Martina NAGL, Ringstraßenallee. Von der Freiheit zur Ordnung vor den Toren Wiens (FB 30, Wien 1996).

MATHIS, Big Business: Franz MATHIS, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen (Wien 1987).

MATSCHINEGG – PAWLOWSKY – ZECHNER, Mütter: Ingrid MATSCHINEGG – Verena PAWLOWSKY – Rosa ZECHNER, Mütter im Dienst – Kinder in Kost. Das Wiener Findelhaus, eine Fürsorgeeinrichtung für ledige Frauen und deren Kinder, in: L'Homme. Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft 5 (1994), 2, 61 ff.

Matthews et al., The Early Years: David Matthews – Donald Mitchell – Paul Banks (eds.), Gustav Mahler: The Early Years (Woodbridge 2004).

Mattl, Arena: Siegfried Mattl, Arena '76. Alternative Festwochen, in: Barbara Denscher (Hg.), Kunst & Kultur in Österreich. Das 20. Jahrhundert (Wien 1999).

Mattl, Paradoxien: Siegfried Mattl, Wiener Paradoxien: Fordistische Stadt, in: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner – Siegfried Mattl – Gerhard Meissl – Lutz Musner – Alfred Pfoser (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 1 (Wien 2000), 22 ff.

Mattl, Stagnation: Siegfried Mattl, Stagnation und gesellschaftliche Krise. Das österreichische Beispiel (1918–1934), in: Wolfgang Maderthaner – Helmut Gruber (Hg.), Chance und Illusion – Labor in Retreat. Studien zur Krise der westeuropäischen Gesellschaft in den dreißiger-Jahren – Studies on the Social Crisis in Interwar Western Europe (Wien/Zürich 1988), 29 ff.

Mattl, Wien: Siegfried Mattl, Wien im 20. Jahrhundert (Geschichte Wiens 6, Wien 2000).

Mattl, Wiener Werkstätte: Siegfried Mattl, Stil als Marktstrategie. Die Wiener Werkstätte als postindustrielles Unternehmen vor der Zeit, in: Peter Noever (Hg.), Der Preis der Schönheit. 100 Jahre Wiener Werkstätte (Wien 2003), 13 ff.

Matzer, Salonkultur: Christine Matzer, Europäische Salonkultur unter besonderer Berücksichtigung des Wiener Salonlebens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Graz 1994).

Matzka, Verfassung: Manfred Matzka (Hg.), Sozialdemokratie und Verfassung (Wien/München/Zürich 1985).

Mayer, Ein- und Ausgemeindungen: Wolfgang Mayer, 14e. Ein- und Ausgemeindungen, in: Csendes – Opll, Die Stadt Wien, 259 ff.

Mayer, Gebietsänderungen: Wolfgang Mayer, Gebietsänderungen im Raume Wien 1850–1910 und die Debatten um das Entstehen eines Generalregulierungsplanes von Wien. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1973).

Mayer, Pop-Idol: Anton Mayer, Johann Strauß. Ein Pop-Idol des 19. Jahrhunderts (Wien/Köln/Weimar 2000).

Mayer, Städtebau: Wolfgang Mayer, Der Städtebau Wiens um die Jahrhundertwende, in: JbVGStW 34 (1978), 276 ff.

Mayerhofer, Dienstleistungsstandort: Peter Mayerhofer, Dienstleistungsstandort Wien – Struktur und Entwicklungspotenzial, in: Dienstleistungsmetropole Wien, hg. von Josef Schmee (Stadtpunkte, Wien 2002), 9 ff.

Mayerhofer, Regionale Effekte: Peter Mayerhofer, Regionale Effekte der Tertiärisierung in Österreich. Wachstumsgewinne vor allem für die Zentren? In: Dienstleistungsstandort Wien: Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit, hg. von Josef Schmee und Michael Mesch (Frankfurt am Main u. a. 1999), 39 ff.

Mayerhofer, Wien in der Städtekonkurrenz: Peter Mayerhofer, Wien in der internationalen Städtekonkurrenz. Entwicklung und Potentiale in einem veränderten Umfeld, in: WIFO-Monatsberichte 59 (2004), 425 ff.

Mayerhofer, Union: Mayerhofer, Wien in einer Union der 25. Ökonomische Effekte der EU- Osterweiterung auf die Wiener Stadtwirtschaft. Sozial- und wirtschaftswiss. Diss. (Linz 2004).

Mayerhofer, Wien ist anders: Peter Mayerhofer, »Wien ist anders«? Spezialisierung und Entwicklungschancen einer nun »internationalen« Stadtregion, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef Schmee und Andreas Weigl (Frankfurt am Main u. a. 1999), 39 ff.

Mayerhofer, Wiens Tertiärsektor: Peter Mayerhofer, Wiens Tertiärsektor im europäischen Städtevergleich. Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Dienstleistungsanbieter, in: Dienstleistungsstandort Wien: Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit, hg. von Josef Schmee und Michael Mesch (Frankfurt am Main u. a. 1999), 171 ff.

MAYR (Hg.), Tagebuch: Das Tagebuch des Polizeiministers Kempen von 1848 bis 1859, hg. von J. K. MAYR (Wien/Leipzig 1931).

MAYR, Wirtschaftsstandort Wien: Hans MAYR, Wirtschaftsstandort Wien, in: Der Aufbau 36 (1981), 303 ff.

MAYREDER, Kritik: Rosa MAYREDER, Zur Kritik der Weiblichkeit. Essays (Jena/Leipzig 1905).

MCGRATH, Dyonisian Art: William MCGRATH, Dyonisian Art and Populist Politics in Austria (New Haven 1974).

MECENSEFFY – RASSL, Evangelische Kirchen: Grete MECENSEFFY – Hermann RASSL, Die evangelischen Kirchen Wiens (Wiener Geschichtsbücher 24, Wien/Hamburg 1980).

MEISSL, Arbeitsort: Gerhard MEISSL, Arbeitsort Wien, Die Entwicklung der Wiener Wirtschaft nach 1945 aus dem Blickwinkel der Betriebs- und Arbeitsstättenzählungen, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef SCHMEE und Andreas WEIGL (Frankfurt am Main u. a. 1999), 13 ff.

MEISSL, Eisenbahn: Gerhard MEISSL, Industrie und Eisenbahn in Wien. Von den Anfängen bis 1938 (WGBll., Beiheft 5, 1987).

MEISSL, Fabriksort: Gerhard MEISSL, Fabriksort Metropole. Zur Konstruktion des Wiener Produktionsraumes von der frühen Neuzeit bis zum Ersten Weltkrieg, in: PCA N.F. 3 (1998), 17 ff.

MEISSL, Hochquellenleitungen: Gerhard MEISSL, Hochquellenleitungen und Unratsschiffe. Zur Geschichte der Wiener Wasserver- und -entsorgung vor 1914, in: Sylvia HAHN – Reinhold REITH, Umwelt-Geschichte. Arbeitsfelder – Forschungsansätze – Perspektiven (Querschnitte. Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte 8, Wien/München 2001), 157 ff.

MEISSL, Industrie: Gerhard MEISSL, Industrie und Gewerbe in Wien 1835 bis 1845. Branchenmäßige und regionale Strukturen und Entwicklungstendenzen im Spiegel der Gewerbeausstellungen von 1835, 1839 und 1845, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 75 ff.

MEISSL, Metropolen-Diskurs: Gerhard MEISSL, Hierarchische oder heterarchische Stadt. Metropolen-Diskurs und Metropolendiskussion im Wiener Fin de Siècle, in: Roman HORAK – Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL – Gerhard MEISSL – Lutz MUSNER – Alfred PFOSER (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 1 (Wien 2000), 284 ff.

MEISSL, Netzwerke: Gerhard MEISSL, Netzwerke oder Hierarchien? Zur Entstehung metropolitaner Produktionsräume im Spannungsfeld von historischer Einbettung und ökonomischer Rationalität am Beispiel Wiens im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Studien zur Wiener Geschichte. JbVGStW 59 (2003), 197 ff.

MEISSL, Produktion: Gerhard MEISSL, Die Produktion von Stadtraum im Eisenbahnzeitalter. Am Wiener Beispiel vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg, in: Stadt. Strom – Straße – Schiene. Die Bedeutung des Verkehrs für die Genese der mitteleuropäischen Städtelandschaft, hg. von Alois NIEDERSTÄTTER (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas XVII, Linz 2001), 70 ff.

MEISSL, Schottenfeld: Gerhard MEISSL, Schottenfeld – Brillantengrund – Grünbiotop. Notizen zur wechselhaften Karriere eines urbanen Wirtschaftsraumes, in: JbVGStW 60 (2004), 193 ff.

MEISSL, Spannungsfeld: Gerhard MEISSL, Im Spannungsfeld von Kunsthandwerk, Verlagswesen und Fabrik. Die Herausbildung der industriellen Marktproduktion und deren Standortbedingungen in Wien vom Vormärz bis zum Ersten Weltkrieg, in: Renate BANIK-SCHWEITZER – Gerhard MEISSL, Industriestadt Wien. Die Durchsetzung der industriellen Marktproduktion in der Habsburgerresidenz (FB 11, Wien 1983), 99 ff.

MEISSL, Stadtgewölb: Gerhard MEISSL, Vom Stadtgewölb zum Urban Entertainment Center. Zur Entwicklung des Detailhandels seit dem Beginn der Industrialisierung, in: Historische Sozialkunde 33/2 (2003), 26 ff.

MELINZ – UNGAR, Wohlfahrt: Gerhard MELINZ – Gerhard UNGAR, Wohlfahrt und Krise. Wiener Kommunalpolitik 1929–1938 (FB 29, Wien 1996).

MELINZ, Wohlfahrt: Gerhard MELINZ, Von der »Wohltäterei« zur Wohlfahrt. Aspekte kommunaler Sozialpolitik 1918–1934, in: Das Rote Wien 1918–1934 (Wien 1993), 104 ff.

MENTSCHL, Neumayer: Josef MENTSCHL, Rudolf Neumayer, ein »guter Österreicher«: »Ich kümmerte mich

um Politik überhaupt nicht ...«, in: Herbert MATIS (Hg.), Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois MOSSER (Wien 1997), 101 ff.

MERKEL, Kraus als Sprachdenker: Reinhard MERKEL, »Die Welt im Wort erschaffen ...« Karl Kraus als Sprachdenker, in: Peter BERNER – Emil BRIX – Wolfgang MANTL (Hg.), Wien um 1900. Aufbruch in die Moderne (Wien 1986), 127 ff.

MERZ – QUALTINGER, Herr Karl: Carl MERZ – Helmut QUALTINGER, Der Herr Karl, hg. von Traugott KRISCHE (Wien 1996).

MESCH, Beschäftigungsentwicklung: Michael MESCH, Beschäftigungsentwicklung und -struktur im Raum Wien 1970 bis 1989, in: Wirtschaft und Gesellschaft 15 (1989), 349 ff.

MESCH, Intermediäre Dienstleistungen: Michael MESCH, Intermediäre Dienstleistungen und die Entwicklung der städtischen Wirtschaftsstruktur, in: Wirtschaft und Gesellschaft 14 (1988), 297 ff.

MESNER et al., Vermögensentzug: Maria MESNER – Margit REITER – Theo VENUS, Vermögensentzug und Restitution im Bereich der SDAP – SPÖ 1934–1945 ff., Projektendbericht (Wien 2002).

MESNER, Frauensache: Maria MESNER, Frauensache? Zur Auseinandersetzung um den Schwangerschaftsabbruch in Österreich (Wien 1994).

MIEDLER, Integration: Sandra-Patrizia MIEDLER, Integration und Segregation der Juden in Wien. Von den Anfängen bis zur Revolution 1848. Ungedr. Geisteswiss. Dipl. Arbeit (Innsbruck 1996).

MIKOLETZKY, Bild und Gegenbild: Hanns Leo MIKOLETZKY, Bild und Gegenbild Kaiser Ferdinands von Österreich. Ein Versuch (Archiv für Österreichische Geschichte 125, Wien 1966).

MISES, Gemeinwirtschaft: Ludwig von MISES, Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus (Jena 1922).

MITTENZWEI, Handwerker: Ingrid MITTENZWEI, Vom Handwerker zum Unternehmer. Wiener Seidenfabrikanten im frühen 19. Jahrhundert, in: Robert HOFFMANN (Hg.), Bürger zwischen Tradition und Modernität (Bürgertum in der Habsburgermonarchie 6, Wien/Köln/Graz 1997), 185 ff.

MITTENZWEI, Zwischen Gestern: Ingrid MITTENZWEI, Zwischen Gestern und Morgen. Wiens frühe Bourgeoisie an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (Bürgertum in der Habsburgermonarchie 7, Wien 1999).

MOKYR, Gifts: Joel MOKYR, The Gifts of Athena. Historical Origins of the Knowledge Economy (Princeton/Oxford 2002)

MÖLLER, Wandel: Jörn Peter Hasso MÖLLER, Wandel der Berufsstruktur in Österreich zwischen 1869 und 1961. Versuch einer Darstellung wirtschaftssektoraler Entwicklungstendenzen anhand berufsstatistischer Aufzeichnungen (Dissertationen der Johannes-Kepler-Hochschule Linz 2, Wien 1974).

MOLLIK – REINING – WURZER, Planung: Kurt MOLLIK – Hermann REINING – Rudolf WURZER, Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone (Die Wiener Ringstraße, Bild einer Epoche, 3, hg. von Renate WAGNER-RIEGER, Wiesbaden 1980).

MOMMSEN, Opposition: Hans MOMMSEN, Die Opposition gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft 1933–1945, in: Klaus-Jürgen MÜLLER (Hg.), Der deutsche Widerstand 1933–1945 (Paderborn/München 1986), 22 ff.

MOMMSEN, Ständestaat: Hans MOMMSEN, Theorie und Praxis des österreichischen Ständestaates 1934–1938, in: Peter HEINTEL – Norbert LESER – Gerald STOURZH – Adam WANDRUSZKA (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit (Wien 1981), 174 ff.

MOSER, Bürgerin: Ulrike MOSER, Die Bürgerin im 18. und 19. Jahrhundert. Lebensbereiche, Moral und Sexualität. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 2002).

MOSER, Einfluß des Handels: Friedrich MOSER, Der Einfluß des Handels auf die Stadtgestalt, in: Der Aufbau 32 (1977), 185 ff.

MOULAERT – SCOTT – FARCY, Producer services: Frank MOULAERT – Allen J. SCOTT – Hélène FARCY, Producer services and the formation of urban space, in: Cities, Enterprises and Society on the Eve of the 21st Century, ed. by Frank MOULAERT and Allen J. SCOTT (London/Washington 1997), 97 ff.

MOULAERT – SCOTT, Cities: Cities, Enterprises and Society on the Eve of the 21st Century, ed. by Frank MOULAERT and Allen J. SCOTT (London/Washington 1997).

MRP: Protokolle des Ministerrats der Ersten Republik, Abteilung VIII, Band 5, Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, 3. November 1933 bis 16./17. Februar 1934 (Wien 1984).

MUHR, Verkehrsprobleme: Adelbert MUHR, Verkehrsprobleme, in: ZIAK (Hg.), Wiedergeburt, 132 ff.

MUHRI, Zeitabschnitt: Franz MUHRI, 1945: Ein neuer Zeitabschnitt beginnt, in: Wien. 30 Jahre, 244 ff.

MÜLLER, Märkte: Silvia MÜLLER, Die Märkte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1987).

MÜLLER, Probst: Wolfgang C. MÜLLER, Otto Probst, in: DACHS – GERLICH – MÜLLER (Hg.), Die Politiker, 461 ff.

MÜLLER, Spektakelveranstaltungen: Britta MÜLLER, Die beliebtesten und meistbesuchten Spektakelveranstaltungen Wiens im 18. und 19. Jahrhundert sowie das Spektakelstück am Theater an der Wien im 19. Jahrhundert. Ein Aufzeigen der gegenseitigen Beeinflussung und Wechselwirkung. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1992).

MÜLLER – MELCHIOR, Parteien: Wolfgang C. MÜLLER – Josef MELCHIOR, Parteien und Parteiensystem in Wien, in: Herbert DACHS (Hg.), Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern 1945–1991 (Österreichisches Jahrbuch für Politik Sonderband 4, Wien/München 1992), 533 ff.

MULLEY, ÖGB: Klaus Dieter MULLEY, Der ÖGB und der »Oktoberstreik« 1950. Aspekte gewerkschaftlicher Politik im Nachkriegs-Österreich, in: Der Oktoberstreik 1950. Ein Wendepunkt der Zweiten Republik, hg. von Michael LUDWIG, Klaus Dieter MULLEY und Robert STREIBEL (Wien 1991), 41 ff.

MUSCHIK, Wiener Schule: Johann MUSCHIK, Die Wiener Schule des Phantastischen Realismus (Wien/München 1974).

MUSIL, Mann ohne Eigenschaften: Robert MUSIL, Der Mann ohne Eigenschaften, Bd. 1 (Reinbek bei Hamburg 1992).

MUSIL, Werkstatt: Franz MUSIL, Aus der Werkstatt des Stadtbaudirektors, in: Das Neue Wien. Städtewerk, Bd. 3 (Wien 1927), 4 ff.

MUSNER, Stadt, Masse, Weib: Lutz MUSNER, Stadt, Masse, Weib. Metropolenwandel, Massenphobie und Misogynie im Fin de Siècle, in: Günther HÖDL – Fritz MAYRHOFER – Ferdinand OPLL (Hg.), Frauen in der Stadt (Linz 2003), 63 ff.

MUTZENBACHER, Lebensgeschichte: Josefine MUTZENBACHER, Die Lebensgeschichte einer Wiener Dirne, von ihr selbst erzählt (Reinbek bei Hamburg 1978).

NAUTZ – VAHRENKAMP, Jahrhundertwende: Jürgen NAUTZ – Richard VAHRENKAMP (Hg.), Die Wiener-Jahrhundertwende. Einflüsse Umwelt Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1993).

NEBEHAY, Musik um 1900: Christian M. NEBEHAY, Wien speziell. Musik um 1900 (Wien 1984).

NEDBAL, Ringstraße: Gabriela NEDBAL, Die Wiener Ringstraße – Geschichte, Planung, Verwirklichung und Gestaltung der Ringstraßenzone. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1985).

Neue – siehe Das Neue Wien.

NEURATH, Entwicklung: Otto NEURATH, Die Entwicklung des Wiener Kreises und die Zukunft des logischen Empirismus in: Otto Neurath, Gesammelte philosophische und methodologische Schriften, hg. von Rudolf HALLER und Heiner RUTTE, Bd. 2 (Wien 1981), 673 ff.

NEURATH, Physikalismus: Otto NEURATH, Soziologie im Physikalismus, in: Otto Neurath. Gesammelte philosophische und methodologische Schriften, hg. von Rudolf HALLER und Heiner RUTTE, Bd. 2 (Wien 1981), 533 ff.

NICOLUSSI, Jüdisches Wohltätigkeitsvereinswesen: Tina NICOLUSSI, Das jüdische Wohltätigkeitsvereinswesen im Spiegel der Akten der Bundespolizeidirektion Wien, Vereinsbüro Signatur II (1843–1938). Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 2002).

NIMNI, Introduction: Ephraim J. NIMNI, Introduction for the English-Reading Audience, in: Otto Bauer, The Question of Nationalities and Social Democracy (Minneapolis/London 2000), xv ff.

NIMNI, Marxism and Nationalism: Ephraim J. NIMNI, Marxism and Nationalism. Theoretical Origins of a Political Crisis (London/Concord, Mass. 1991).

NOVY, Umbrüche: Andreas NOVY, Politökonomische Umbrüche in Wien aus der Sicht der Regulationstheorie, in: Dienstleistungsmetropole Wien, hg. von Josef SCHMEE (Stadtpunkte, Wien 2002), 54 ff.

NOVY, Zukunft: Franz NOVY, Die Zukunft Wiens, in: Der Aufbau 1 (1946), 225 ff.

NUSSGRUBER, Wirtschaftsförderung: Kurt NUSSGRUBER, Wirtschaftsförderung durch Betriebsansiedlung, in: Der Aufbau 36 (1981), 306 ff.

OAKLEY, Revival: Allan OAKLEY, The Revival of Modern Austrian Economics. A Critical Assessment of its Subjectivist Origins (Cheltenham 1999).

OBERHUBER, Aktionismus: Konrad OBERHUBER, Gedanken zum Wiener Aktionismus, in: Hubert KLOCKER (Hg.), Wiener Aktionismus (Klagenfurt 1989).

OBERHUMMER, Polizei: Hermann OBERHUMMER, Die Wiener Polizei, 1. Bd. (Wien 1938).

OBROVSKI, Vereinswesen: Herta OBROVSKI, Das Wiener Vereinswesen im Vormärz. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1972).

OFFENTHALER, Bahnhöfe: Eva OFFENTHALER, Die Wiener Bahnhöfe, in: Budapest und Wien. Technischer Fortschritt und urbaner Aufschwung im 19. Jahrhundert (FB 40, Wien 2003), 141 ff.

OFFENTHALER, Gasgebrauch: Eva OFFENTHALER, Gasgebrauch und Gasversorgung in Wien, in: Budapest und Wien. Technischer Fortschritt und urbaner Aufschwung im 19. Jahrhundert (FB 40, Wien 2003), 173 ff.

OGRIS, Recht und Kriminalität: Werner OGRIS, Vom Galgenberg zum Ringtheaterbrand. Auf den Spuren von Recht und Kriminalität in Wien (Wien/Köln/Weimar 1997).

ÖHLINGER, Das tolle Jahr: Walter ÖHLINGER u. a., 1848: »Das tolle Jahr« – Chronologie einer Revolution (Historisches Museum der Stadt Wien, 24.9.–29.11.1998. Sonderausstellungen des Historischen Museums der Stadt Wien 241, Wien 1998).

ÖJb 1945–46: Bundespressedienst (Hg.), Österreichisches Jahrbuch 1945–1946, 18. Folge (Wien 1947), 395 ff.

ÖJP 1996: Andreas KHOL – Günther OFNER – Alfred STIRNEMANN (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 1996 (Wien/München 1997).

ÖJP 2001: Andreas KHOL u. a. (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik 2001 (Wien/München 2002).

OLBERG, Hausindustrie: Oda OLBERG, Das Elend in der Hausindustrie der Konfektion (Leipzig 1896).

OPLL, Burgfried: Ferdinand OPLL, Der Wiener Burgfried. Studien zum Kompetenzbereich des Magistrats vor und nach der Türkenbelagerung von 1683 (FB 15, Wien 1985).

OPLL, Grenzen: Ferdinand OPLL, Alte Grenzen im Wiener Raum (Historischer Atlas von Wien, Kommentare 4, Wien/München 1986).

OPLL, Versorgung: Ferdinand OPLL, Studien zur Versorgung Wiens mit Gütern des täglichen Bedarfs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: JbVGStW 37 (1981), 50 ff.

OPLL (Hg.), Das neue WStLA: Ferdinand OPLL (Hg.), Das neue Wiener Stadt- und Landesarchiv im Gasometer »D« in Wien-Simmering. Festschrift zu seiner Eröffnung (VWStLA, Reihe C, Sonderpublikationen 7, Wien 2001).

Österreichisches Städtebuch (Wien): Peter CSENDES – Ferdinand OPLL (Hg.), Die Stadt Wien (Österreichisches Städtebuch 7, Wien 1999).

OTRUBA, Wiens Bevölkerung: Gustav OTRUBA, Wiens Bevölkerung. Nationale Herkunft und soziale Entwicklung, in: Der Donauraum 13 (1968), 12 ff.

OXAAL, Jews: Ivar OXAAL, The Jews of Young Hitler's Vienna: Historical and Sociological Aspects, in: Ivar OXAAL – Gerhard BOTZ (eds.), Jews, Antisemitism, and Culture in Vienna (London/New York 1987), 11 ff.; deutsche Fassung: Die Juden im Wien des jungen Hitler. Historische und soziologische Aspekte, in: Ger-

hard BOTZ – Ivar OXAAL – Michael POLLAK – Nina SCHOLZ (Hg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002), 47 ff.

PALME, Wahlen 1996: Imma PALME, Die Wahlen in Wien [1996], in: ÖJP 1996, 103 ff.

PAMMER, Pocken I: Michael PAMMER, Pocken I: Gesundheitspolitik unter Franz II./I, in: Historicum (Frühling 2003), 17 ff.

PAMMER, Pocken II: Michael PAMMER, Pocken II. Die Impfung im 19. Jahrhundert, in: Historicum (Sommer 2003), 15 ff.

PAMMER, Schubert: Anna Maria PAMMER, Schubert, Mendelssohn und die musikalische Romantik, in: Historicum, Frühling 1997, 27 ff.

PANGRATZ, Beziehung: Friedrich PANGRATZ, Über die Beziehung Wohnstätte-Arbeitsstätte in Wien, in: Der Aufbau 5 (1950), 264 ff.

PARTSCH, Musik: Erich Wolfgang PARTSCH, Musik und Musiker um Franz Schubert, in: WGBll. 49 (1994), 28 ff.

PAVEZA, Wasserversorgung: Hannes PAVEZA, Wasserversorgung in historischer Perspektive am Beispiel Wiens bis 1910. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1999).

PAWLOWKSY, Mutter ledig: Verena PAWLOWKSY, Mutter ledig – Vater Staat. Das Gebär- und Findelhaus in Wien 1784–1910 (Innsbruck u. a. 2001).

PAWLOWKSY – ZECHNER, Verwaltete Kinder: Verena PAWLOWKSY – Rosa ZECHNER, Verwaltete Kinder. Das Wiener Findelhaus (1784–1910), in: WGBll. 47 (1992), 129 ff.

PAYER, Bedürfnisanstalten: Peter PAYER, Unentbehrliche Requisiten der Großstadt. Eine Kulturgeschichte der öffentlichen Bedürfnisanstalten von Wien (Wien 2000).

PAYER, Gehen Sie: Peter PAYER, »Gehen Sie an die Arbeit«. Zur Geschichte der »Gastarbeiter« in Wien 1964–1989, in: WGBll. 59/1 (2004), 1 ff.

PAYER, Gestank: Peter PAYER, Der Gestank von Wien: Über Kanalgase, Totendünste und andere üble Geruchskulissen (Wien 1997).

PEBALL, Kämpfe: Kurt PEBALL, Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Wien 1983).

PEMSEL, Weltausstellung: Jutta PEMSEL, Die Wiener Weltausstellung von 1873, in: Traum und Wirklichkeit. Wien 1870–1930 (Wien 1985), 62 ff.

PERGER, Hoher Markt: Richard PERGER, Der Hohe Markt (Wiener Geschichtsbücher 3, Wien/Hamburg 1970).

PERMOSER, Komponiertes Leben: Manfred PERMOSER, Komponiertes Leben. Musikalische Kommunikation im soziokulturellen Kontext, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 14 (2003), Heft 1, 8 ff.

PERTINAX, Österreich 1934: PERTINAX (= Otto LEICHTER), Österreich 1934. Die Geschichte einer Konterrevolution (Zürich 1935).

PFAU, Steigentesch: Gudrun PFAU, Ernst August von Steigentesch (1774–1826). Poet und General, in: WGBll. 54 (1999), 209 ff.

PFOSER, Literatur: Alfred PFOSER, Literatur und Austromarxismus (Wien 1980).

PFOSER, Schnitzler: Alfred PFOSER, Schnitzler gegen Lueger. Schnitzlers Stadtansichten – Von den Vorzügen und Grenzen seines Werkes beim Studium des Wien um 1900, in: Roman HORAK – Wolfgang MADERTHANER – Siegfried MATTL – Gerhard MEISSL – Lutz MUSNER – Alfred PFOSER (Hg.), Metropole Wien. Texturen der Moderne, Bd. 1 (Wien 2000), 214 ff.

PIFFEL, Einkommensverteilung: Hans-Herbert PIFFEL, Einkommensverteilung und Gewerbeentwicklung am Beispiel der Apotheker, Bäcker, Gold- und Silberarbeiter sowie der Seidenzeugmacher im Wiener Gewerbe in den Jahren 1805 bis 1812. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1987).

PILLMEIER, Betriebsansiedlung: Peter PILLMEIER, Betriebsansiedlung in Wien, in: Der Aufbau 32 (1978), 183 ff.

Piore – Sabel, Ende: Michael J. Piore – Charles f. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Studie über die Requalifizierung der Arbeit und die Rückkehr der Ökonomie in die Gesellschaft (Berlin 1985).

Pirhofer, Rote Burgen: Gottfried Pirhofer, Rote Burgen. Zur Dialektik des Sozialen im Urbanen, in: Das Rote Wien 1918–1934 (Wien 1993), 92 ff.

Pirhofer – Sieder, Arbeiterfamilie: Gottfried Pirhofer – Reinhard Sieder, Zur Konstitution der Arbeiterfamilie im Roten Wien. Familienpolitik, Kulturreform, Alltag und Ästhetik, in: Michael Mitterauer – Reinhard Sieder (Hg.), Historische Familienforschung (Frankfurt am Main 1982), 326 ff.

Plasser – Ulram, Gemeinderatswahl 1987: Fritz Plasser – Peter A. Ulram, Analyse der Wiener Gemeinderatswahl 1987. Die Stadt der Nichtwähler, in: ÖJP 1987 (Wien/München 1988), 57 ff.

Plasser – Ulram, Gemeinderatswahlen 1991: Fritz Plasser – Peter A. Ulram, Analyse der Wiener Gemeinderatswahlen 1991. Ausländerfeindlichkeit als Wahlmotiv?, in: ÖJP 1991 (Wien/München 1992), 97 ff.

Plischnak, Napoleon: Alfred Plischnak, Napoleon vor Wien. Quellen und Augenzeugenberichte. Mit Dokumenten (Wien/Köln/Graz 2000).

Polgar, Heldenleben: Alfred Polgar, Ein Heldenleben (aus großer Zeit), in: Alfred Polgar, Kleine Schriften, Bd. 1: Musterung, hg. von Marcel Reich-Ranicki in Zusammenarbeit mit Ulrich Weinzierl (Reinbek bei Hamburg 1983), 258 ff.

Polgar, Sindelar: a.p. (=Alfred Polgar), Abschied von Sindelar, in: Pariser Tageszeitung, 25. Jänner 1938, 3.

Pollak, Monstreprozess: Max Pollak, Ein Monstreprozess gegen Jugendliche, in: Archiv für Kriminal-Anthropologie und Kriminalstatistik 32 (1909), 1 ff.

Pollak, Wien 1900: Michael Pollak, Wien 1900. Eine verletzte Identität (Konstanz 1997).

Portisch, Österreich II: Hugo Portisch, Österreich II. Die Wiedergeburt unseres Staates (Wien 1985).

Posch, Holzmeister: Wilfried Posch, An der Wende vieler Zeiten – Clemens Holzmeister zwischen Kunst und Politik, in: Georg Rigele – Georg Loewitt (Hg.), Clemens Holzmeister (Innsbruck 2000), 48 ff.

Powell, Markt: Walter W. Powell, Weder Markt noch Hierarchie: Netzwerkartige Organisationsformen, in: Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik, hg. von Patrick Kenis und Volker Schneider (Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung 2, Frankfurt/New York 1996), 213 ff.

Prasser, Peymann: Nathalie Prasser, Claus Peymann als Burgtheaterdirektor. Eine Analyse der ersten neun Saisonen (1986/87–1994/95), Ungedr. Diplomarbeit (Wien 2000).

Prawy, Johann Strauß: Marcel Prawy, Johann Strauß. Weltgeschichte im Walzertakt (Wien/München/Zürich 1975).

Prigge, Urbanität: Walter Prigge, Urbanität und Intellektualität im 20. Jahrhundert. Wien 1900, Frankfurt 1930, Paris 1960 (Frankfurt/New York 1996).

PTP: Protokoll des sozialdemokratischen Parteitages 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis 3. November 1926 (Wien 1926).

Pulzer, Anti-Semitism: Peter Pulzer, The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria (Cambridge, Mass. 1988).

Putz, Wirtschaftsaristokratie: Franz Putz, Die österreichische Wirtschaftsaristokratie von 1815–1859 (Wien 1975).

Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg: Anson Rabinbach, Vom Roten Wien zum Bürgerkrieg (Wien 1989); amerikanische Originalausgabe: The Crisis of Austrian Socialism. From Red Vienna to Civil War 1927–1943 (Chicago 1983).

Rabinovici, Instanzen: Doran Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat (Frankfurt am Main 2000).

Rachholz, Armenfürsorge: Elisabeth Rachholz, Zur Armenfürsorge der Stadt Wien von 1740 bis 1904. Von der privaten zur Städtischen Fürsorge. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1972).

Rainer, Grundkonzept: Roland Rainer, Städtebauliches Grundkonzept für Wien, in: Der Aufbau 16 (1961), 313 ff.

Rathkolb, Besatzungspolitik: Oliver Rathkolb, Besatzungspolitik und Besatzungserleben in Ostösterreich vom April bis August 1945, in: Rauchensteiner – Etschmann, Österreich 1945, 185 ff.

Rathkolb, Führertreu: Oliver Rathkolb, Führertreu und gottbegnadet. Künstlereliten im Dritten Reich (Wien 1991).

Ratzenböck u. a., Creative Industries: Veronika Ratzenböck – Katharina Demel – Robert Harauer – Günther Landsteiner – Rahel Falk – Hannes Leo – Gerhard Schwarz, Endbericht. Untersuchung des ökonomischen Potenzials der »Creative Industries« in Wien, im Auftrag von: Stadt Wien, Magistratsabteilung 27 EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung, Wirtschaftskammer Wien, Filmfonds Wien (Wien 2004); vgl. auch http://www.creativeindustries.at/pdf/Endbericht.pdf (Stand: 9. 3. 2005)

Rauchenberger, Bezirksvertretungen: Josef Rauchenberger (Hg.), Bezirksvertretungen in Wien: Historische Entwicklung, Rechtsgrundlagen, Aufgaben, Dezentralisierung, Wahlergebnisse, Personenindex, Rückblick und Zukunft (Wien 1990).

Rauchenberger, Demokratie: Josef Rauchenberger (Hg.), Stichwort Demokratie. 50 Jahre Zeitgeschehen (Wien 1994).

Rauchensteiner, Aspern: Manfried Rauchensteiner, Die Schlacht von Aspern am 21. und 22. Mai 1809 (Militärhistorische Schriftenreihe 11, Wien ^{2}1978).

Rauchensteiner, Kriegsende: Manfried Rauchensteiner, Kriegsende und Besatzungszeit in Wien 1945–1955, in: WGBll. 30 (1975), 197 ff.

Rauchensteiner, Sonderfall: Manfried Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955 (Graz/Wien/Köln 1979).

Rauchensteiner, Wagram: Manfried Rauchensteiner, Die Schlacht bei Deutsch Wagram am 5. und 6. Juli 1809 (Militärhistorische Schriftenreihe 36, Wien 1977).

Rauchensteiner, Wr. Interalliierte Kommandantur: Manfried Rauchensteiner, Die Wiener Interalliierte Kommandantur 1945–1955, in: JbVGStW 34 (1978), 390 ff.

Rauchensteiner – Etschmann, Österreich 1945: Manfried Rauchensteiner – Wolfgang Etschmann (Hg.), Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge (Forschungen zur Militärgeschichte 4, Graz/Wien/Köln 1997).

Rauser, Junge: Edith Rauser, Die junge Generation, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 46 ff.

Rebhann, Wien 1938–1945: Fritz M. Rebhann, Die braunen Jahre – Wien 1938–1945 (Wien 1995).

Redl, Musikverein: Dagmar Redl, Der Wiener Musikverein. Neues zu seiner Entstehungs- und Planungsgeschichte, in: WGBll. 55 (2000), 197 ff.

Reif, Salonkultur: Katharina Reif, Wiener Salonkultur in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1995).

Reischl, Biedermeierzeit: Friedrich Reischl, Wien zur Biedermeierzeit. Volksleben in Wiens Vorstädten nach zeitgenössischen Schilderungen (Wien 1921).

Renner, Victor Adler: Karl Renner, Victor Adlers sechzigster Geburtstag, in: Der Kampf, Jg. 5, Juli 1912, 443 ff.

Renner, Wandlungen: Karl Renner, Die Wandlungen der Christlichsozialen, in: Der Kampf, Jg. 2, 1. Oktober 1908, 5 ff.

Renner, Wende: Karl Renner, An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen (Wien 1946).

Reppé, Marx-Hof: Susanne Reppé, Der Marx-Hof. Geschichte eines Gemeindebaus und seiner Einwohner (Wien 1993).

Riebe, Schiffahrtskanal: Valerie Else Riebe, Der Wiener Neustädter Schiffahrtskanal. Geschichte eines niederösterreichischen Bauwerkes von seinem Entstehen bis zur Gegenwart (Wiener Neustadt 1936).

Rigele, Höhenstraße: Georg Rigele, Die Wiener Höhenstraße. Autos, Landschaft und Politik in den dreißiger-Jahren (Wien 1993).

Rigele, Kindereuthanasie: Brigitte Rigele, Kindereuthanasie in Wien 1940–1945. Krankengeschichten als Zeugen (WGBll., Beiheft 1, 2005).

Rigele, Mit der Stadt: Brigitte Rigele, Mit der Stadt aufs Land. Die Anfänge der Sommerfrische in den Wiener Vororten (WGBll., Beiheft 4, 1994).

Rigele, Sardellendragoner: Brigitte Rigele, Sardellendragoner und Fliegenschütz. Vom Pferd im Alltag der Stadt (WGBll., Beiheft 2, 1995).

Rizzi – Schachel, Zinshäuser: Georg W. Rizzi – Roland L. Schachel, Die Zinshäuser im Spätwerk Josef Kornhäusels (FB 4, Wien 1979).

Robbins, Great Depression: L. Robbins, The Great Depression 1929–1934 (New York 1934).

Rosenfeld, Sterblichkeit: Siegfried Rosenfeld, Die Wirkung des Krieges auf die Sterblichkeit in Wien (Wien/Leipzig 1920).

Rosenfeld, Tuberkulosehäufigkeit: Siegfried Rosenfeld, Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Österreichs durch den Krieg (Wien/Leipzig 1920).

Rosner, Die österreichische Schule: Peter Rosner, Die österreichische Schule der Nationalökonomie: Die Wissenschaft von der Gesellschaft, in: Jürgen Nautz – Richard Vahrenkamp (Hg.), Die Wiener-Jahrhundertwende. Einflüsse Umwelt Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1993), 315 ff.

Rot: Rot. Die österreichische Sozialdemokratie. Politik, Geschichte, Kultur, redigiert von Wolfgang Maderthaner und Michaela Maier, CD-Rom (Wien 2000).

Rothschild, Die Wiener Schule: Kurt W. Rothschild, Die Wiener Schule im Verhältnis zur klassischen Nationalökonomie, unter besonderer Berücksichtigung von Carl Menger, in: Norbert Leser (Hg.), Die Wiener Schule der Nationalökonomie (Wien/Köln/Graz 1986), 11 ff.

Roussel, Aktionismus: Daniele Roussel, Der Wiener Aktionismus und die Österreicher (Klagenfurt 1995).

Rozenblitt, The Jews of Vienna: Marsha L. Rozenblitt, The Jews of Vienna 1867–1914: Assimilation and Identity (Albany 1983).

rühm, wiener gruppe: gerhard rühm, das phänomen <wiener gruppe> im wien der fünfziger und sechziger jahre, in: weibel, wiener gruppe.

Saage, Bauer: Richard Saage, Otto Bauer, in: Walter Euchner (Hg.), Klassiker des Sozialismus, Bd. 2 (München 1991), 166 ff.

Saage, Ideengeschichte: Richard Saage, Politische Ideengeschichte in demokratietheoretischer Absicht. Das Beispiel Hans Kelsens und Max Adlers in der Zwischenkriegszeit (Leipzig 2002).

Saage, Reformismus: Richard Saage, Wehrhafter Reformismus. Zur Körner-Rezeption Ilona Duczynskas, in: Helmut Konrad – Wolfgang Maderthaner (Hg.), Neuere Studien zur Arbeitergeschichte, Bd. 2 (Wien 1984), 411 ff.

Sablik, Tandler: Karl Sablik, Julius Tandler. Mediziner und Sozialreformer. Eine Biographie (Wien 1983).

Safrian, Eichmann-Männer: Hans Safrian, Die Eichmann-Männer (Wien 1993).

Safrian, Standgerichte: Hans Safrian, Standgerichte als Mittel der Politik im Februar 1934 in Wien, in: Karl R. Stadler (Hg.), Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870–1936 (Wien 1986), 269 ff.

Salten, Das österreichische Antlitz: Felix Salten, Das österreichische Antlitz. Essays (Berlin 1910).

Salten, Wurstelprater: Felix Salten, Der Wurstelprater (Wien 1993; Nachdruck der Originalausgabe Wien/Leipzig 1912).

Sandgruber, Der große Krach: Roman Sandgruber, Der große Krach, in: Traum und Wirklichkeit. Wien 1870–1930 (Wien 1985), 68 ff.

Sandgruber, Indikatoren: Roman Sandgruber, Indikatoren des Lebensstandards in Wien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Wien im Vormärz (FB 8, Wien 1980), 57 ff.

Sandgruber, Lebensstandard: Roman Sandgruber, Lebensstandard und wirtschaftliche Entwicklung im österreichischen Neoabsolutismus (1848–1859), in: Wirtschafts- und sozialhistorische Beiträge. Festschrift für Alfred Hoffmann zum 75. Geburtstag (Wien 1979), 377 ff.

Sandgruber, Ökonomie: Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Wien 1995).

Sarnitz, Neue Architektur: August Sarnitz, Wien – Neue Architektur 1975–2005 (Wien/New York 2003).

Satzinger – Vimetal, Wien: Franz Satzinger – Helga Vimetal, Wien in der Zweiten Republik (Statistische Mitteilungen der Stadt Wien 1995/Heft 3).

Sauer, Grundherrschaft: Walter Sauer, Grundherrschaft in Wien 1700–1848. Zu Struktur und Funktion intermediärer Gewalten in der Großstadt. Ungedr. Geisteswiss. Habil.-Schrift, Wien 1991 (zugleich: Historischer Atlas von Wien, Kommentare 5, Wien/München 1993).

Sauer, Konflikte: Walter Sauer, Zonen sozialer Konflikte in Wien zwischen Josephinismus und Revolution, in: WGBll. 46 (1991), 49 ff.

Schak, Perückenmacher: Ruth Schak, Perückenmacher und Friseure. Kulturgeschichte eines Wiener Handwerks. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1993).

Schausberger, Jonas: Norbert Schausberger, Franz Jonas, in: Weissensteiner (Hg.), Die österreichischen Bundespräsidenten.

Schediwy, Postmoderne: Robert Schediwy, Teil II. Zwischen Postmoderne, Metropolenwahn und neuer Nüchternheit, in: Dieter Klein – Martin Kupf – Robert Schediwy, Wiener Stadtbildverluste seit 1945. Eine kritische Dokumentation (Wien 2001).

Scheiblbauer, Arbeiterinnen: Andrea Scheiblbauer, … und sie waren noch nicht so weit … Politisierung der Wiener Arbeiterinnen 1848–1903 am Beispiel ihrer Exponentinnen. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1993).

Scheichl – Brix, Dürfen´s denn das: Sigurd Scheichl – Paul-Emil Brix (Hg.), »Dürfen's denn das?« Die fortdauernde Frage zum Jahr 1848 (Wien 1999).

Scheidl, Schöner Schein: Inge Scheidl, Schöner Schein und Experiment. Katholischer Kirchenbau im Wien der-Jahrhundertwende (Wien/Köln/Weimar 2003).

Schermann, Hofbauer: Hans Schermann (Hg.), Klemens Maria Hofbauer. Profil eines Heiligen (Wien 2001).

Schlamp, Vernetzte Produktion: Eike W. Schlamp, Vernetzte Produktion. Industriegeographie aus institutioneller Perspektive (Darmstadt 2000).

Schlesier, Traumdeutung: Renate Schlesier, Hermeneutik auf dem Königsweg zum Unbewussten. Freuds Traumdeutung (1900), in: Walter Erhard – Herbert Jaumann (Hg.), Jahrhundertbücher. Große Theorien von Freud bis Luhmann (München 2000), 14 ff.

Schliksbier, Wohnen: Tina Schliksbier, Wohnen in den Wiener Gasometern. Ungedr. Diplomarbeit (Wien 2003).

Schlöss, Hafenbecken: Erich Schlöss, Vom Hafenbecken des Wiener Neustädter Schifffahrtskanals zum Bahnhof Wien Mitte, in: WGBll. 58 (2003), 135 ff.

Schmee – Mesch (Hg.), Dienstleistungsstandort: Dienstleistungsstandort Wien: Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit, hg. von Josef Schmee und Michael Mesch (Frankfurt am Main u. a. 1999).

Schmee – Weigl, Vollbeschäftigung: Josef Schmee – Andreas Weigl, Von der Vollbeschäftigung in die Krise – Der Wiener Arbeitsmarkt seit 1945, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef Schmee – Andreas Weigl (Frankfurt am Main u. a. 1999), 71 ff.

Schmidhammer, Schuhmacher: Michaela Schmidhammer, Das Leben der Schuhmacher in Wien im 18. und 19. Jahrhundert. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1996).

Schmidl, Kaiserstadt: Adolf Schmidl, Die Kaiserstadt und ihre nächsten Umgebungen (Wien 1843).

Schmied, 20. Jahrhundert: Wieland Schmied (Hg.), 20. Jahrhundert. Geschichte der bildenden Kunst in Österreich, Band 6 (München 2002).

Schmied, Ausstellungskatalog: Wieland Schmied (Red.), Ausstellungskatalog »Die Wiener Schule des phantastischen Realismus« (Hannover 1965).

Schmied, Malerei: Wieland Schmied (Hg.), Malerei in Österreich 1945–1995. Die Sammlung Essl (München/New York 1996).

Schmied, Nach 1945: Wieland Schmied, Nach 1945, in: Schmied, 20. Jahrhundert.

SCHMÖLZER, Mayreder: Hilde SCHMÖLZER, Rosa Mayreder. Ein Leben zwischen Utopie und Wirklichkeit (Wien 2002).

SCHNEDLITZ, Kaufleute: Peter SCHNEDLITZ, Kaufleute im 20. Jahrhundert als Impulsgeber für die Wirtschaft, in: Historische Sozialkunde 33/2 (2003), 34 ff.

SCHNELL, Schulstadt: Hermann SCHNELL, Die Schulstadt Wien, in: ZIAK (Hg.), Wiedergeburt, 64 ff.

SCHNITZLER, Traumnovelle: Arthur SCHNITZLER, Traumnovelle (Frankfurt am Main 1882).

SCHOBLOCH, Wiener Theater: Fritz SCHOBLOCH, Wiener Theater, Wiener Leben, Wiener Mode in den Bildfolgen Adolf Bäuerles (1806–1858). Ein beschreibendes Verzeichnis (Jahrbuch der Wiener Gesellschaft für Theatergeschichte 18/20, Wien 1974).

SCHÖNER, Wiener Tagebuch 1944/1945: Josef SCHÖNER, Wiener Tagebuch 1944/1945, hg. von Eva-Marie CSÁKY – Franz MATSCHER – Gerald STOURZH (Wien 1992).

SCHOPPER, Stadtentwicklung: Manfred SCHOPPER, Die historische Stadtentwicklung Wiens, in: Der Aufbau 37 (1982), 47 ff.

SCHORSKE, Fin de Siècle: Carl E. SCHORSKE, Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle (München/Zürich 1994; deutsche Erstausgabe 1982); amerikanische Originalausgabe: Fin de Siècle Vienna – Politics and Culture (New York 1980).

SCHORSKE, Geschichte: Carl E. SCHORSKE, Mit Geschichte denken. Übergänge in die Moderne (Wien 2004); amerikanische Originalausgabe: Thinking with History. Explorations in the Passage to Modernism (Princeton 1998).

SCHORSKE, Mahler: Carl E. SCHORSKE, Eine österreichische Identität. Gustav Mahler (Wien 1994).

SCHRANK, Prostitution: Josef SCHRANK, Die Prostitution in Wien in Historischer, Administrativer und Hygienischer Beziehung, 2 Bände (Wien 1886).

SCHUBERT, Favoriten: Werner SCHUBERT, Favoriten (Wien 1992).

SCHUBERT – SCHUBERT, Arsenal: Peter SCHUBERT – Wolfgang SCHUBERT, Das Wiener Arsenal (Klosterneuburg 2002).

SCHUH, Radikalität: Franz SCHUH, Über (literarische) Radikalität. Konrad Bayer und die fünfziger-Jahre, in: Franz SCHUH, Schreibkräfte. Über Literatur, Glück und Unglück (Köln 2000).

SCHULZE, Erlebnisgesellschaft: Gerhard SCHULZE, Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart (Frankfurt am Main 2000).

SCHWARZ, Augustkonferenz: Karl SCHWARZ, Die Wiener Augustkonferenz 1848, in: Jahrbuch der Gesellschaft des Protestantismus in Österreich 99 (1983), 2/3, 58 ff.

SCHWARZ, Kino: Werner Michael SCHWARZ, Kino und Stadt. Wien 1945–2000 (Wien 2003).

SCHWARZ, Protestantenemanzipation: Karl SCHWARZ, Die Protestantenemanzipation im Spiegel eines Majestätsgesuchs der beiden Wiener Gemeinden (A.C. und H.C.) vom 5. April 1848, in: WGBll. 39 (1984), 1 ff.

SCHWARZ – ZIRNGAST, Angestellte: Michael SCHWARZ – Waltraud ZIRNGAST, Angestellte in Wien. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Wiens im 19. Jahrhundert auf der Grundlage der Konskription von 1857, in: WGBll. 49 (1994), 125 ff.

SCHWEITZER, Favoriten: Renate SCHWEITZER, Die Entwicklung Favoritens zum Industriebezirk, in: WGBll. 29 (1974), 253 ff.

SCHWENDTER, 1968: Rolf SCHWENDTER, Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur?, in: DANNEBERG, Die 68er.

SCOTT, Cultural Economy: Allen J. SCOTT, The Cultural Economy of Cities. Essays on the Geography of Image Producing Industries (London/Thousand Oaks/New Delhi 2000).

SCOTT – AGNEW – SOJA – STORPER: Global City-Regions: Allen J. SCOTT – John AGNEW – Edward W. SOJA – Michael STORPER, Global City-Regions, in: Global City-Regions. Trends, Theory, Policy, ed. by Allen J. SCOTT (Oxford 2001), 11 ff.

SEALSFIELD, Österreich: Charles SEALSFIELD, Österreich, wie es ist oder Skizzen von Fürstenhöfen des Kontinents, hg. und übersetzt von Victor KLARWILL (Wien 1919).

SEIDEL – BUTSCHEK – KAUSEL, Regionale Dynamik: Hans SEIDEL – Felix BUTSCHEK – Anton KAUSEL, Die regionale Dynamik der österreichischen Wirtschaft (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Studien und Analysen 1, Wien 1966).

SELIGER, Bundesland Wien: Maren SELIGER, Bundesland Wien – Zur Entstehung der Trennung Wiens von Niederösterreich, in: WGBll. 37 (1982), 181 ff.

SELIGER, Bürgerliche Vorherrschaft: Maren SELIGER, Wien im Zeichen bürgerlicher Vorherrschaft. Zu einigen Grundzügen liberaler und christlichsozialer Stadtpolitik, in: Gerhard MELINZ – Susan ZIMMERMANN (Hg.), Wien – Prag – Budapest. Urbanisierung, Kommunalpolitik, gesellschaftliche Konflikte (1867–1918) (Wien 1996), 84 ff.

SELIGER, NS-Herrschaft: Maren SELIGER, NS-Herrschaft in Wien und Niederösterreich, in: Emmerich TÁLOS – Ernst HANISCH – Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945 (Wien 1988), 397 ff.; Neudruck in: Emmerich TÁLOS – Ernst HANISCH – Wolfgang NEUGEBAUER – Reinhard SIEDER (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000), 237 ff.

SELIGER, Privilegienwahlrecht: Maren SELIGER, Privilegienwahlrecht – Allgemeines Wahlrecht. Zur Geschichte des Kommunalwahlrechts in Wien 1848–1918/19 (WGBll., Beiheft 4/1989).

SELIGER – UCAKAR, Politische Geschichte: Maren SELIGER – Karl UCAKAR, Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Bd. 2 (Wien/München 1985).

SELIGER – UCAKAR, Wahlrecht: Maren SELIGER – Karl UCAKAR, Wahlrecht und Wahlverhalten in Wien 1848–1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur (Wien/München 1984).

SENFT, Katastrophe: Gerhard SENFT, Im Vorfeld der Katastrophe. Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates. Österreich 1934–1938 (Wien 2002).

SENGOOPTA, Weininger: Chandak SENGOOPTA, Otto Weininger. Sex, Science, and Self in Imperial Vienna (Chicago 2000).

SENNETT, Fleisch und Stein: Richard SENNETT, Fleisch und Stein. Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation (Berlin 1995).

SENNETT, Mensch: Richard SENNETT, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus (Berlin 1998).

SHERIFF, Ämter: Elfriede SHERIFF, Die Ämter der Stadt Wien von 1783–1848 in verwaltungsgeschichtlicher und personeller Hinsicht. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1978).

SIEDER – STEINERT – TÁLOS, Wirtschaft: Reinhard SIEDER – Heinz STEINERT – Emmerich TÁLOS, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der Zweiten Republik. Eine Einführung, in: Österreich 1945–1995. Gesellschaft Politik Kultur, hg. von Reinhard SIEDER, Heinz STEINERT und Emmerich TÁLOS (Wien 1995), 9 ff.

SIEGERT, Browning: Michael SIEGERT, Mit dem Browning philosophiert. Der Mord an Moritz Schlick am 22. Juni 1938, in: forum 331/332 (1981), 18 ff.

SIEGFRIED, Universalismus: Klaus-Jörg SIEGFRIED, Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption (Wien 1974).

SILBER, Sozialstruktur: Erika SILBER, Beiträge zur Sozialstruktur Wiens im Vormärz. 2 Bde. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1974).

SIMON, Jewish Vote: Walter B. SIMON, The Jewish Vote in Austria, in: Leo Baeck Yearbook 16 (1971), 97 ff.

SINGER, Wiederaufbauen: Herta SINGER, Wieder aufbauen heißt besser machen, in: ZIAK (Hg.), Wiedergeburt, 83 ff.

SKOPALIK, Stadtentwicklungsplanung: Walter SKOPALIK, Stadtentwicklungsplanung – auch in Zeiten wie diesen, in: Der Aufbau 37 (1982), 45 ff.

SKOPALIK, Wiener Wirtschaft: Walter SKOPALIK, Die Wiener Wirtschaft – Bestandsaufnahme und Zukunftsaufgaben, in: Der Aufbau 24 (1969), 72 ff.

SLAVIK, Wien: Felix SLAVIK, Wien. Am Beispiel einer Stadt (Wien 1974).

SMITH, Austrian Economics: Barry SMITH, Austrian Economics and Austrian Philosophy, in: Wolfgang GRASSL – Barry SMITH (eds.), Austrian Economics. Historical and Philosophical Background (London/Sidney 1986), 1 ff.

SOMBART, Drei Nationalökonomien: Werner SOMBART, Die drei Nationalökonomien (München/Leipzig 1930).

SOMBART, Nachdenken: Nicolaus SOMBART, Nachdenken über Deutschland. Vom Historismus zur Psychoanalyse (München/Zürich 1987).

SOMBART, Wien: Werner SOMBART, Wien, in: Flugschriften des Vereins zum Schutze und zur Erhaltung der Kunstdenkmäler Wiens und Niederösterreichs, Bd. II: Zur Rettung Alt-Wiens (Wien/Leipzig 1910), 8 ff.

SOMMER – LINDINGER (Hg.), Gipfel 1961: Monika SOMMER – Michaela LINDINGER (Hg.), Die Augen der Welt auf Wien gerichtet: Gipfel 1961 Chruschtschow – Kennedy (Katalog Wien Museum, Innsbruck 2005).

Sozialdemokratische und anarchistische Bewegung: Die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung im Jahr 1917 (Wien 1917).

SPANN, Der wahre Staat: Othmar SPANN, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft (Leipzig 1923).

SPANN, Staatsauffassung: Othmar SPANN, Hauptpunkte der universalistischen Staatsauffassung, in: Nationalwirtschaft 5 (1929/30), 1 ff.

SPIEL, Augenzeugenberichte: Der Wiener Kongress in Augenzeugenberichten, hg. und eingeleitet von Hilde SPIEL (Düsseldorf 1965).

SPIEL, Kaffeehaus: Hilde SPIEL, Das Kaffeehaus als Weltanschauung, in: Hilde SPIEL, Wien – Spektrum einer Stadt (München 1971).

SPIESBERGER, Freihaus: Else SPIESBERGER, Das Freihaus (Wiener Geschichtsbücher 25, Wien/Hamburg 1980).

SPRINGER, Geschichte und Kulturleben: Elisabeth SPRINGER, Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße (Die Wiener Ringstraße, Bild einer Epoche, 2, hg. von Renate WAGNER-RIEGER, Wiesbaden 1979).

STADELMANN, Fronleichnam: Christian STADELMANN, Die Demonstration des politischen Katholizismus. Fronleichnam in Wien 1918–1938, in: Olaf BOCKHORN – Gunter DIMT – Edith HÖRANDER (Hg.), Urbane Welten (Wien 1999), 377 ff.

STADLER, Opfer: Karl R. STADLER, Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934 (Wien 1974).

STADLER, Studien zum Wiener Kreis: Fritz STADLER, Studien zum Wiener Kreis. Ursprung, Entwicklung und Wirkung des logischen Empirismus im Kontext (Frankfurt am Main 1997).

STADLER, Wasserversorgung: Rudolf STADLER, Die Wasserversorgung der Stadt Wien (Wien 1873).

STADLER – WEIBEL, Cultural Exodus: Friedrich STADLER – Peter WEIBEL (eds.), Vertreibung der Vernunft. The Cultural Exodus from Austria (Wien/New York 1995).

StadtChronik: Christian BRANDSTÄTTER u. a., StadtChronik Wien. 2000 Jahre in Daten, Dokumenten und Bildern (Wien/München 1986).

Stadtentwicklungsplan 2005: Stadtentwicklungsplan 2005, in: http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/step/step06.htm (Stand: 9. 3. 2005).

Stadtentwicklung Wien (Hg.), Masterplan Verkehr: Masterplan Verkehr Wien 2003, hg. von Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18 (Stadtentwicklung Werkstattberichte 58, Wien 2003).

Stadtentwicklungssymposium: Wiener Stadtentwicklungssymposium 1989 (Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung 24, Wien 1990).

Stadtplanung – MA 18: Stadtplanung Wien / MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung (Hg.): Wien Städtebau. Der Stand der Dinge (Wien 2000).

Stadtplanung Wien (Hg.), Strategieplan Wien 2000 Projekte: Strategieplan für Wien. Strategische Projekte, hg. von Stadtplanung Wien, Magistratsabteilung 18 (Werkstattbericht 32a, Wien 2000).

Stadtplanung Wien (Hg.), Strategieplan Wien 2000: Strategieplan für Wien, hg. von Stadtplanung Wien, Magistratsabteilung 18 (Werkstattbericht 32, Wien 2000).

STAUDACHER, Konvertiten: Anna STAUDACHER, Jüdische Konvertiten in Wien 1782–1868. 2 Bde. (Frankfurt am Main u. a. 2002).

STAUDACHER, Zwangstaufen: Anna STAUDACHER, Wegen jüdischer Religion – Findelhaus. Zwangstaufen in Wien 1816–1868. 2 Bde. (Frankfurt am Main u. a. 2001).

STAUDINGER, Drimmel: Anton STAUDINGER, Heinrich Drimmel, in: DACHS – GERLICH – MÜLLER (Hg.), Die Politiker, 118 ff.

STEIDL, Migration: Annemarie STEIDL, Migration und kleingewerbliche Arbeitsmärkte in Wien im 18. und 19. Jahrhundert, in: 23. Österreichischer Historikertag Salzburg 2002, Tagungsbericht (Salzburg 2003), 576 ff.

STEINBERG, Salzburger Festspiele: Michael P. STEINBERG, Ursprung und Ideologie der Salzburger Festspiele 1890–1938 (Salzburg/München 2000); amerikanische Originalausgabe: The Meaning of the Salzburg Festival. Austria as Theatre and Ideology (Cornell 1990).

STEINER, Arenabewegung: Dietmar STEINER, Die Arenabewegung, in: DANNEBERG, Die 68er.

STEINER, USIA -Betriebe: Hubert STEINER, Die USIA-Betriebe. Ihre Gründung, Organisation und Rückgabe in die österreichische Hoheitsverwaltung, in: MÖStA 43 (1993), 206 ff.

STEINERT, Adorno: Adolf STEINERT, Adorno in Wien. Über die (Un-)Möglichkeit von Kunst, Kultur und Befreiung (Wien 1989).

STEINMAYER, Verschwörungstheorien: Bernhard STEINMAYER, Das »Wesen« von »Verschwörungstheorien«. Eine strukturelle Auseinandersetzung mit Konspirationismen. Ungedr. Dipl.-Arbeit (Wien 2001).

STEINWENDER, Polizeiwachen: Engelbert STEINWENDER, Von der Stadtguardia zur Sicherheitswache. Wiener Polizeiwachen und ihre Zeit. Bd. 1: Von der Frühzeit bis 1932 (Graz 1992).

STEKL, Aristokratie: Hannes STEKL, Österreichs Aristokratie im Vormärz (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 2, München 1973).

STEKL, Häusliches Personal: Hannes STEKL, Häusliches Personal und »Soziale Frage«, in: JbVGStW 34 (1978), 342 ff.

STEKL, Hausrechtliche Abhängigkeit: Hannes STEKL, Hausrechtliche Abhängigkeit in der industriellen Gesellschaft. Das häusliche Personal vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: WGBll. 30 (1975), 301 ff.

STERK, Planungen: Harald STERK, Planungen und Realisierungen im Donaukanalbereich 1858–1983, in: Bertrand Michael BUCHMANN – Harald STERK – Rupert SCHICKL, Der Donaukanal. Geschichte – Planung – Ausführung (Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung 14, Wien 1984), 75 ff.

STERN, Österreich: Österreich, Land im Aufstieg, hg. von Robert STERN (Wien 1955).

STIEFEL, Coca-Cola: Dieter STIEFEL, Coca-Cola kam nicht über die Enns, in: 80 Dollar, hg. von Günter BISCHOF und Dieter STIEFEL (Wien/Frankfurt 1999), 111 ff.

STIEG, Frucht des Feuers: Gerald STIEG, Frucht des Feuers. Canetti, Doderer, Kraus und der Justizpalastbrand (Wien 1990).

STIGLBAUER, Landwohnung: Karl STIGLBAUER, Landwohnung und Stadtarbeit, in: Der Aufbau 8 (1953), 238 f.

STIMMER, 40 Jahre: Kurt STIMMER, 40 Jahre SPÖ-Wien 1945–1985, hg. von der SPÖ Wien (Wien 1985).

STIMMER, Wien 2000: Kurt STIMMER, Wien 2000. Wiens kommunale Entwicklung seit 1945 (Wien 1999).

STÖCKL, Protestantismus: Erika STÖCKL, Der Protestantismus in Wien (während der Toleranzzeit von 1781–1848). Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1949).

STORPER, Regional World: Michael STORPER, The Regional World. Territorial Development in a Global Economy (New York/London 1997).

STOURZH, Einheit und Freiheit: Gerald STOURZH, Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955 (4. völlig überarbeitete und wesentlich erweiterte Aufl., Wien/Köln/Weimar 1998).

Strategieplan Wien 2004: Strategieplan Wien 2004, in: http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategieplan/ (Stand: 9. 3. 2005).

STRÖBEL, Ernährung der Unterschichten: Birgit STRÖBEL, Die Ernährung der Unterschichten in Wien im Zeitraum 1820 bis 1870. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1979).

STRÖMMER, Klima-Geschichte: Elisabeth STRÖMMER, Klima-Geschichte. Methoden der Rekonstruktion und historischen Perspektive. Ostösterreich 1700 bis 1830 (FB 39, Wien 2003).

STRUBELT, Stadtentwicklung: Wendelin STRUBELT, Stadtentwicklung, in: Großstadt. Soziologische Stichworte, hg. von Hartmut HÄUSSERMANN (2. Aufl., Opladen 2000), 221 ff.

SWIETLY, Tourismus: Ernst A. SWIETLY, Tourismus – Chancen und Gefahren für eine Stadt, in: Perspektiven (früher: Der Aufbau) 45 (1990), 67 ff.

SZELESS, Auge: Margarethe SZELESS, »Auge statt Vernunft« – Karl Paweks Kulturzeitschrift *magnum* zwischen Modernität und Restauration, Vortragsmanuskript IFK (Wien 2004).

SZITTYA, Kuriositäten-Kabinett: Emil SZITTYA, Das Kuriositäten-Kabinett (Konstanz 1923).

TÁLOS, Austrofaschistische Diktatur: Emmerich TÁLOS, Austrofaschistische Diktatur 1933–1938, in: Michael ACHENBACH – Karin MOSER (Hg.), Österreich in Bild und Ton. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates (Wien 2002), 11 ff.

TÁLOS, Herrschaftssystem: Emmerich TÁLOS, Das austrofaschistische Herrschaftssystem 1933–1938, in: Wolfgang MADERTHANER – Michaela MAIER (Hg.), »Der Führer bin ich selbst«. Engelbert Dollfuß Benito Mussolini Briefwechsel (Wien 2004), 101 ff.

TÁLOS, Sozialpolitik: Emmerich TÁLOS, Sozialpolitik im Austrofaschismus, in: Emmerich TÁLOS – Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), »Austrofaschismus« (Wien 1988), 179 ff.

TÁLOS – KITTEL, Sozialpartnerschaft: Emmerich TÁLOS – Bernhard KITTEL, Sozialpartnerschaft. Zur Konstituierung einer Grundsäule der Zweiten Republik, in: Österreich 1945–1995. Gesellschaft Politik Kultur, hg. von Reinhard SIEDER, Heinz STEINERT und Emmerich TÁLOS (Wien 1995), 107 ff.

TANDLER, Fürsorgeaufgaben: Julius TANDLER, Die Fürsorgeaufgaben der Gemeinde, in: Das Neue Wien. Städtewerk, Bd. 2 (Wien 1927), 337 ff.

TANDLER, Wohltätigkeit: Julius TANDLER, Wohltätigkeit oder Fürsorge? (Wien 1925).

Tech Gate Vienna: Tech Gate Vienna, in: http://www.techgate.at/ (Stand: 9. 3. 2005).

TESAREK, Mittelpunkt: Anton TESAREK, Im Mittelpunkt der Mensch, in: ZIAK (Hg.), Wiedergeburt, 35 ff.

Theater Heute: Theater Heute Jahrbuch 1986, zit. in: Burgtheater Wien (Hg.) Heldenplatz. Eine Dokumentation (Wien 1989).

THRIFT, Formations: Nigel THRIFT, Spatial Formations (London/Thousand Oaks/New Delhi 1996).

THURSCHWELL, Freud: Pamela THURSCHWELL, Sigmund Freud (London/New York 2000).

TIETZE, Die Juden Wiens: Hans TIETZE, Die Juden Wiens. Geschichte – Wirtschaft – Kultur (Wien 1987; Originalausgabe: Wien/Leipzig 1933).

TIETZE, Wien: Hans TIETZE, Wien. Kultur – Kunst – Geschichte (Wien 1931).

TILL, Rauscher: Rudolf TILL, Kardinal Joseph Othmar Rauscher, in: Hugo HANTSCH (Hg.), Gestalter der Geschicke Österreichs (Innsbruck 1962), 397 ff.

TILL, Sicherheitsausschuss: Rudolf TILL, Der Sicherheitsausschuss des Jahres 1848, in: Festschrift zur Feier des zweihundertjährigen Bestandes des Haus-, Hof- und Staatsarchivs (Wien 1951), 113 ff.

TILL, Stadtverwaltung: Rudolf TILL, Geschichte der Wiener Stadtverwaltung in den letzten zweihundert Jahren (Wien 1957).

TILL, Wiener Bevölkerung: Rudolf TILL, Zur Herkunft der Wiener Bevölkerung im 19. Jahrhundert, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 34 (1941), 16 ff.

TIMMS, Kraus: Edward TIMMS, Karl Kraus – Apocalyptic Satirist. Culture and Catastrophy in Habsburg Vienna (London/New Haven 1986).

TIMMS, Wiener Kreise: Edward TIMMS, Die Wiener Kreise. Schöpferische Interaktionen in der Wiener Mo-

derne, in: Jürgen Nautz – Richard Vahrenkamp (Hg.), Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse Umwelt Wirkungen (Wien/Köln/Graz 1993), 128 ff.

Tödtling, Region Wien: Franz Tödtling, Die Region Wien aus einer Innovationssystem-Perspektive, in: Dienstleistungsmetropole Wien, hg. von Josef Schmee (Stadtpunkte, Wien 2002), 42 ff.

Torberg, Erben: Friedrich Torberg, Die Erben der Tante Jolesch, in: Friedrich Torberg, Gesammelte Werke, Bd. 9 (München 1987).

Torberg, Kaffeehaus: Friedrich Torberg, Kaffeehaus war überall. Briefwechsel mit Käuzen und Originalen, in: Friedrich Torberg, Gesammelte Werke, Bd. 13 (München 1982).

Traum und Wirklichkeit: Traum und Wirklichkeit. Wien 1870–1930 (Wien 1985).

Traxler, Castelli: Andrea Traxler, »Diesmahl ist der Samstag an einem Sonntag«. Ignaz Franz Castelli und die Ludlamshöhle, in: WGBll. 57 (2002), 185 ff.

Triml, Cholera: Raimund Triml, Die erste Cholera-Epidemie in Wien in den Jahren 1831 und 1832. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1993).

Trotzki, Leben: Leo Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie (Berlin 1930).

Tschirf, Ausgliederung: Matthias Tschirf, Die Ausgliederung der Wiener Stadtwerke. Ein wesentlicher Schritt zur Modernisierung der Kommunalwirtschaft in Wien, in: ÖJP 1998 (Wien/München 1999), 401 ff.

Tschirf, Verlust: Matthias Tschirf, Wien nach dem Verlust der absoluten SP-Mehrheit. Was hat sich geändert?, in: ÖJP 1997 (Wien/München 1998), 573 ff.

Tschudi, Oktobertage: Johann Jakob von Tschudi, Wiens Oktobertage 1848. Neu hg. und mit einer Einführung von Ferdinand Anders (Schellenberg/Liechtenstein 1998).

Ucakar – Welan, Kommunale Selbstverwaltung: Karl Ucakar – Manfried Welan, Kommunale Selbstverwaltung und konstitutioneller Rechtsstaat, in: Felix Czeike (Hg.), Wien in der liberalen Ära (FB 1, Wien 1978), 5 ff.

Ullrich, Konzertsäle: Hermann Ullrich, Aus vormärzlichen Konzertsälen Wiens, in: JbVGStW 28 (1972), 106 ff.

Ullrich, Musik: Hermann Ullrich, Musik, in: Lettmayer, Wien um die Mitte des XX. Jahrhunderts, 843 ff.

Ullrich, Schuppanzigh: Hermann Ullrich, Zur Ikonographie Ignaz von Schuppanzighs (1776–1830), in: WGBll. 32 (1977), 231 ff.

Ulram, Politischer Wandel: Peter A. Ulram, Politischer Wandel in Wien 1972–1983, in: Busek (Hg.), Mut, 157 ff.

Ulrich, Luftkrieg: Johann Ulrich, Der Luftkrieg über Österreich 1939–1945 (Wien 1982).

Umbreit, Elendsbilder: Paul Umbreit, Wiener Elendsbilder (Berlin 1920).

Urry, Consuming Places: John Urry, Consuming Places (London/New York 1995).

Veigl, 50er-Jahre: Hans Veigl, Die 50er und 60er-Jahre. Geplantes Glück zwischen Motorroller und Minirock (Wien 1996).

Veigl, Legenden: Hans Veigl (Hg.), Lokale Legenden. Wiener Kaffeehausliteratur (Wien 1991).

Veigl – Dermann, 20er-Jahre: Hans Veigl – Sabine Dermann, Die wilden 20er-Jahre. Alltagskulturen zwischen zwei Kriegen (Wien 1999).

Verzeichnis Politiker ÖVP Wien: Verzeichnis der Politiker der ÖVP Wien, in: Kriechbaumer – Schausberger (Hg.), Volkspartei, 759 ff.

Vocelka, Gratz: Karl Vocelka, Leopold Gratz, in: Dachs – Gerlich – Müller (Hg.), Die Politiker, 185 ff.

Vocelka, Trümmerjahre: Karl Vocelka, Trümmerjahre. Wien 1945–1949 (Wien/München [1985]).

Vodopivec, Wer regiert: Alexander Vodopivec, Wer regiert in Österreich? Ein politisches Panorama (Wien 1960).

Wächter-Böhm, Wien 1945: Liesbeth Wächter-Böhm (Hg.), Wien 1945 davor/danach (Wien 1985).

Wagner, Stellungnahme: Walter Wagner, Die Stellungnahme der Militärbehörden zur Wiener Stadterweiterung in den Jahren 1848–1857, in: JbVGStW 17/18 (1961/62), 216 ff.

Wahl, Könige der Inflation: Niko Wahl, Die Könige der Inflation. Spekulation und neuer Reichtum im Wien in der Zwischenkriegszeit, in: Joachim Riedl (Hg.), Wien, Stadt der Juden. Die Welt der Tante Jolesch (Wien 2004), 238 ff.

Wahlergebnisse: Wahlergebnisse Landtagswahlen in Wien seit 1945, in: ÖJP 2001, 795 ff.

Waldner, MuseumsQuartier: Wolfgang Waldner, Kulturpolitik im Spannungsfeld von staatlicher Hegemonie und bürgerlicher Freiheit. Das Beispiel MuseumsQuartier Wien, in: ÖJP 2001, 617 ff.

Walter, Der zweite Adel: Susanne Walter, Der »Zweite Adel«. Kultur und Gesellschaft vor 1848, in: Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien (Katalog zur 109. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1987), 314 ff.

Wassermann, Deutscher und Jude: Jakob Wassermann, Mein Weg als Deutscher und Jude (München 1994; Originalausgabe: Berlin 1921).

Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung: Fritz Weber, Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Emmerich Tálos – Herbert Dachs – Ernst Hanisch – Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933 (Wien 1995), 23 ff.

Weber, Fin-De-Siècle Music: Fritz Weber, Heroes, Meadows and Modernity: Fin-De-Siècle Music, in: Mikulas Teich – Roy Porter (eds.), Fin De Siècle and its Legacy (Cambridge/New York 1999), 216 ff.

Weber, Hilferding: Fritz Weber, 10. August 1877: Rudolf Hilferding wird in Wien geboren, in: Archiv. JbVGA 3 (1987), 229 ff.

Weber, Weltwirtschaftskrise: Fritz Weber, Die Weltwirtschaftskrise und das Ende der Demokratie in Österreich, in: Erich Fröschl – Helge Zoitl (Hg.), Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur (Wien 1984), 37 ff.

Weber, Wiederaufbau: Fritz Weber, Wiederaufbau zwischen Ost und West, in: Österreich 1945–1995. Gesellschaft Politik Kultur, hg. von Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Wien 1995), 68 ff.

weibel – export, wien: weibel – export, wien. bildkompendium wiener aktionismus und film (frankfurt/main 1970).

weibel, wiener gruppe: peter weibel (hg.), die wiener gruppe, ein moment der moderne 1954–1960 (Wien 1997).

Weigl, Austria: Hans Weigl, Austria, in: Neues Österreich, 23. April 1950, 17.

Weigl, Bevölkerung: Andreas Weigl, Eine Neuberechnung der Bevölkerungsentwicklung Wiens nach Bezirken 1777–1869, in: WGBll. 50 (1995), 219 ff.

Weigl, Demographie: Andreas Weigl, Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien (Historischer Atlas von Wien, Kommentare 1, Wien 2000).

Weigl, Einkommensentwicklung: Andreas Weigl, Personelle Einkommensentwicklung und -verteilung in Wien 1945–1997, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef Schmee und Andreas Weigl (Frankfurt a. Main u. a. 1999), 155 ff.

Weigl, Längerfristige Trends: Andreas Weigl (mit einem Beitrag von Josef Schmee), Längerfristige Trends und Perspektiven des Wiener Tourismus, in: Wiener Wirtschaft 1945–1998. Geschichte – Entwicklungslinien – Perspektiven, hg. von Josef Schmee und Andreas Weigl (Frankfurt am Main u. a. 1999), 129 ff.

Weigl, Unbegrenzte Großstadt: Andreas Weigl, »Unbegrenzte Großstadt« oder »Stadt ohne Nachwuchs«? Zur demographischen Entwicklung im 20. Jahrhundert, in: Franz X. Eder – Peter Eigner – Andreas Resch – Andreas Weigl, Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Innsbruck u. a. 2003), 41 ff.

Weigl, Zeitreihen Ökologie: Andreas Weigl, Zeitreihen zu Ökologie, Soziales, Verkehr, Verwaltung und Freizeit 1945–2002 (Statistische Mitteilungen der Stadt Wien 2003, Heft 2, 3).

Weigl, Zeitreihen Wirtschaft: Andreas Weigl, Zeitreihen zur Wiener Wirtschaft 1945–2000 (Statistische Mitteilungen der Stadt Wien 2001, Heft 2, 3).

Weigl – Ritter, Zeitreihen Bevölkerung: Andreas Weigl – Hellmut Ritter, Zeitreihen zu Bevölkerung, Gesundheitswesen und Umwelt in Wien 1945–2001 (Statistische Mitteilungen der Stadt Wien 2002, Heft 2, 3).

Weihsmann, Das Rote Wien: Helmut Weihsmann, Das Rote Wien. Sozialdemokratische Architektur und Kommunalpolitik 1919–1934 (Wien 2002).

Weiler, Kaiserwürde: Tatjana Weiler, Die Annahme der österreichischen Kaiserwürde 1804. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1994).

Weinberger, Tatsachen: Lois Weinberger, Tatsachen, Begegnungen und Gespräche. Ein Buch um Österreich (Wien 1948).

Weininger, Geschlecht und Charakter: Otto Weininger, Geschlecht und Charakter. Eine prinzipielle Untersuchung (Wien 1903).

Weinmüller, Hasenleiten: Renate Weinmüller, 75 Jahre Hasenleiten. Vom k.u.k. Kriegsspital zur Wohnsiedlung, in: Simmeringer Museumsblätter 35 (1990), 239 ff.

Weinzierl, Österreichs Fall: Ulrich Weinzierl, Österreichs Fall. Schriftsteller berichten vom »Anschluß« (Wien/München 1987).

Weinzierl, Polgar: Ulrich Weinzierl, Er war Zeuge. Alfred Polgar. Ein Leben zwischen Publizistik und Literatur (Wien 1978).

Weinzierl, Schnitzler: Ulrich Weinzierl, Arthur Schnitzler. Lieben Träumen Sterben (Frankfurt am Main 1998).

Weinzierl, Versuchsstation: Ulrich Wienzierl (Hg.), Versuchsstation des Weltuntergangs. Erzählte Geschichte Österreichs 1919–1938 (Wien/München 1983).

Weinzierl-Fischer, Konkordate: Erika Weinzierl-Fischer, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933 (Wien 1960).

Weiss, Armenversorgung: Karl Weiss, Geschichte der öffentlichen Anstalten, Fonds und Stiftungen für die Armenversorgung in Wien (Wien 1867).

Weiss, Neugestaltung: Karl Weiss, Die bauliche Neugestaltung der Stadt Wien 1848–1888 (Wien 1888).

Weissenhofer, Nazarener: Anselm Weissenhofer, Die Nazarener Bewegung und Wien, in: WGBll. 12 (1957), 80 ff.

Weissensteiner (Hg.), Die österreichischen Bundespräsidenten: Friedrich Weissensteiner (Hg.), Die österreichischen Bundespräsidenten. Leben und Werk (Wien 1982).

Wellisch, Stadtbauamt: Sigmund Wellisch, Die geschichtliche Entwicklung des Wiener Stadtbauamtes von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wien ²1908).

Welzig (Hg.), Busek: Elisabeth Welzig (Hg.), Erhard Busek. Ein Porträt (Wien/Köln/Weimar 1992).

West, Flammen: West (= Richard Kurfürst), Als Wien in Flammen stand. Der große Erinnerungsbericht über die Apriltage von 1945 (Wien o.J.)

Wien im Aufbau: Wien im Aufbau. Drei Jahre Neues Wien. Der Neuaufbau Wiens im berufständischen Staate – Drei Jahre Aufbauarbeit – Die Personalpolitik der Stadt Wien – Unter dem Bürgermeister Richard Schmitz 1934–1936 (Wien 1937).

Wien und die Wiener: Wien und die Wiener in Bildern aus dem Leben. Mit Beiträgen von Adalb. Stifter u. a. (Pesth 1844).

Wien. 30 Jahre: Wien. 30 Jahre Hauptstadt der II. Republik (Wien 1975).

Wiener Kongreß, Ausstellungskatalog: Der Wiener Kongreß 1814/15 (Katalog zur Ausstellung in den Schauräumen der Hofburg, Wien 1965).

Wiener Stadttempel: Der Wiener Stadttempel. Die Wiener Juden (Wien 1988).

Wien-Film. Unser erstes Produktionsjahr: Wien-Film. Unser erstes Produktionsjahr, hg. v. Wien-Film Gesellschaft m.b.H. (Wien o. J.)

Wild, Magistratsräte: Andreas Wild, Die Wiener Magistratsräte 1783–1848, in: JbVGStW 38 (1982), 40 ff.

Williamson, Economic Institutions: Oliver E. Williamson, The Economic Institutions of Capitalism. Firms, Markets, Relational Contracting (New York 1985).

Wimmer, Unterkammeramt: Elisabeth Wimmer, Das Unterkammeramt der Stadt Wien und seine Aufgaben von den Anfängen bis ins 18. Jahrhundert. Ungedr. Phil. Diss. (Wien 1969).

Winklehner, Karoline Pichler: Brigitte Winklehner, Karoline Pichler (1769–1843), »Denkwürdigkeiten aus meinem Leben«. Aspekte eines Frauenlebens in Wien zwischen Aufklärung und Romantik. Ungedr. Geisteswiss. Dipl.-Arb. (Wien 1992).

Winter, Das goldene Wienerherz: Max Winter, Das goldene Wienerherz (Berlin 1905).

Winter, Im dunkelsten Wien: Max Winter, Im dunkelsten Wien. Wiener Schilderungen aus der Lueger-Zeit (Wien 1925).

Winter, Im unterirdischen Wien: Max Winter, Im unterirdischen Wien (Berlin 1905).

Winter, Meidlinger Bilder: Max Winter, Meidlinger Bilder (Wien 1908).

Winter, Ottakring: Max Winter, Ein Tag in Ottakring. Wie das Volk lebt, in: Arbeiter-Zeitung, 16. Oktober 1901, 4 f.

Winter, Romantismus: Eduard Winter, Romantismus, Restauration und Frühliberalismus im österreichischen Vormärz (Wien 1968).

Winter, Rund um Favoriten: Max Winter, Rund um Favoriten. Eine Skizze aus dem Leben der Enterbten, in: Arbeiter-Zeitung, 14. Dezember 1901, 5 ff.

Wistrich, Juden Wiens: Robert S. Wistrich, Die Juden Wiens im Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Übersetzung aus dem Englischen von Marie-Therese Pitner und Susanne Grabmayr (A. Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 4, Wien/Köln/Graz 1999).

Wistrich, Propheten: Robert S. Wistrich, Propheten des Untergangs. Karl Kraus und Otto Weininger, in: Das jüdische Echo. Europäisches Forum für Kultur und Politik. Vol. 18, Oktober 1999, 93 ff.

Wistrich, The Jews of Vienna: Robert S. Wistrich, The Jews of Vienna in the Age of Franz Joseph (Oxford 1989).

Wittgenstein, Vermischte Bemerkungen: Ludwig Wittgenstein, Vermischte Bemerkungen. Eine Auswahl aus dem Nachlaß, hg. von G. H. von Wright, unter Mitarbeit von H. Nymann (Frankfurt am Main 1977).

Wohlrab, Freyung: Hertha Wohlrab, Die Freyung (Wiener Geschichtsbücher 6, Wien/Hamburg 1971).

Wohlrab, Tragsessel: Hertha Wohlrab, Vom Tragsessel zur U-Bahn (WGBll., Beiheft 2, 1984).

Wolfgring, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds: Robert Wolfgring, Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, in: Der Aufbau 37 (1982), 13 ff.

Wörister, Geringfügige Beschäftigung: Karl Wörister, Geringfügige Beschäftigung in Wien, in: Dienstleistungsstandort Wien: Beschäftigung – Innovation – Wettbewerbsfähigkeit, hg. von Josef Schmee und Michael Mesch (Frankfurt am Main u. a. 1999), 121 ff.

Worm, ÖVP Wien: Alfred Worm, ÖVP Wien: Jenseits von gut & böse. Parteichef Alfred Finz auf der Suche nach Wiener ÖVP-Identität, in: NEWS 19. Woche/2004, 28 ff.

Yates, Schnitzler, Hofmannsthal: W. E. Yates, Schnitzler, Hofmannsthal and the Austrian Theatre (New Haven/London 1992).

Zatschek, Handwerk: Heinz Zatschek, Handwerk und Gewerbe in Wien. Von den Anfängen bis zur Erteilung der Gewerbefreiheit im Jahre 1859 (Wien 1949).

Zechner, Melancholie der Moderne: Ingo Zechner, Die Melancholie der Moderne. Adorno, Wien und der Jazz, in: Roman Horak – Wolfgang Maderthaner – Siegfried Mattl – Lutz Musner – Otto Penz (Hg.), Randzone. Zur Theorie und Archäologie von Massenkultur in Wien 1950–1970 (Wien 2004), 241 ff.

Zeemann, Katastrophen: Dorothea Zeemann, Einübung in Katastrophen. Leben von 1913–1945 (Frankfurt/Main 1979).

Zelfel, Seidenfabrikanten: Margarete Zelfel, Geschichte der Seidenfabrikanten Wiens im 18. Jahrhundert (1710–1792). Eine wirtschafts- kulturhistorische als auch soziologische Untersuchung (Dissertationen der Universität Wien 105, Wien 1974).

Zeman, Literaturgeschichte: Herbert Zeman (Hg.), Literaturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen im Mittelalter bis zur Gegenwart (Graz 1996).

Ziak (Hg.), Wiedergeburt: Karl Ziak (Hg.), Wiedergeburt einer Weltstadt. Wien 1945–1965 (Wien/München 1965).

Ziak, Chronik: Karl Ziak, Aus der Chronik der Stadt Wien, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 26 ff.

Ziak, Im Jahre Null: Karl Ziak, Im Jahre Null, in: Ziak (Hg.), Wiedergeburt, 7 ff.

Ziak, Neulerchenfeld: Karl Ziak, Des heiligen Römischen Reiches größtes Wirtshaus. Der Wiener Vorort Neulerchenfeld (Wien/München 1979).

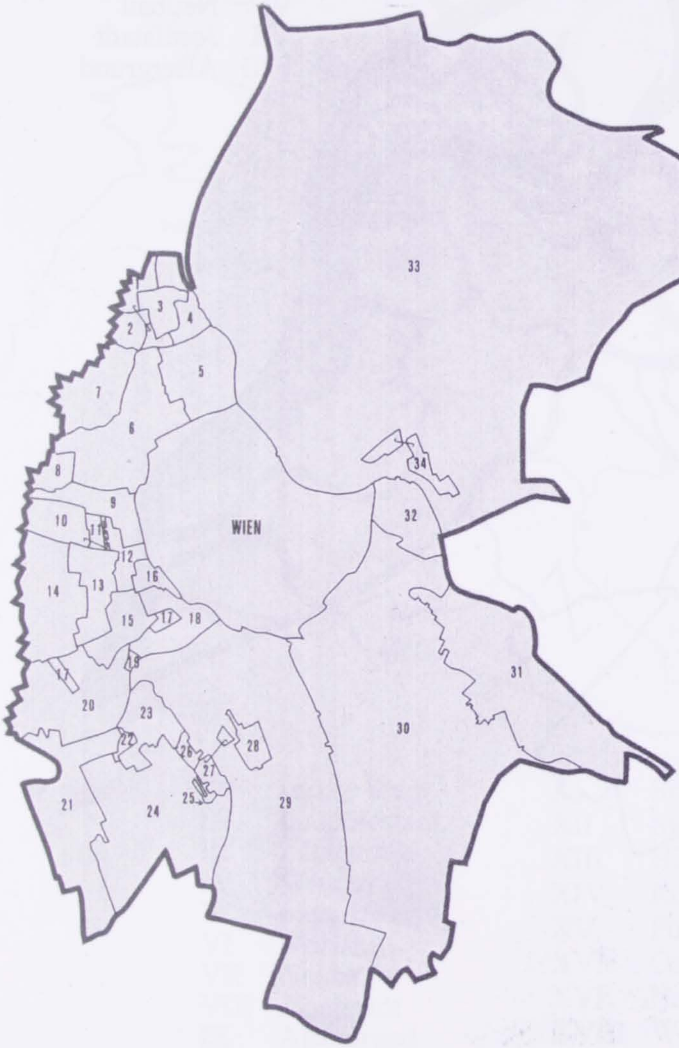
Zuber, Wochenschauen: Barbara Zuber, Vaterland in Notwehr – Republik in Waffen. Der Februar 1934 in österreichischen Wochenschauen, in: Michael Achenbach – Karin Moser (Hg.), Österreich in Bild und Ton. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates (Wien 2002), 195 ff.

Zuckmayer, Horen: Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft (Frankfurt am Main 1999).

Zweig, Die Welt vom Gestern: Stefan Zweig, Die Welt vom Gestern. Erinnerungen eines Europäers (Frankfurt am Main 2003).

Karten zur territorialen Entwicklung Wiens vom frühen 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart

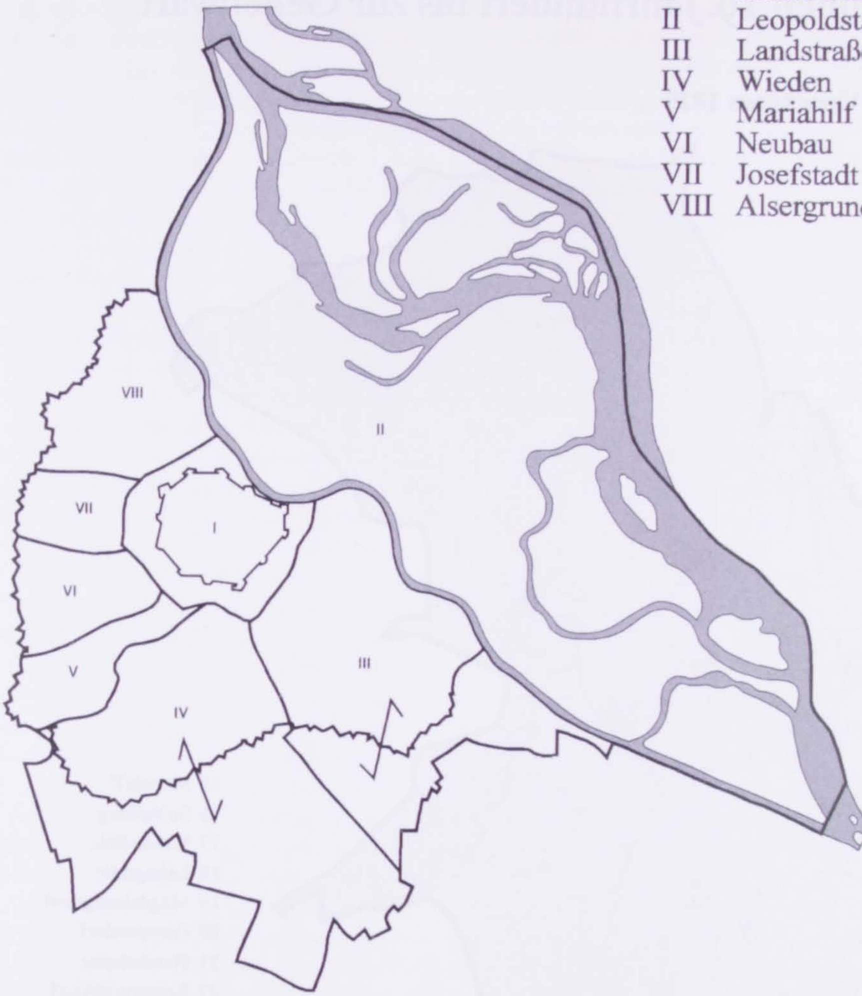
Wien mit Vorstädten 1829



1 Thury
2 Himmelpfortgrund
3 Lichtenthal
4 Althan und Spittelau
5 Rossau
6 Alser und Währinger Vorstadt
7 Michelbeuerngrund
8 Breitenfeld
9 Josephstadt
10 Altlerchenfeld
11 Strozzigrund
12 St. Ulrich
13 Neubau
14 Schottenfeld
15 Mariahilf
16 Spittelberg
17 Windmühle
18 Laimgrube
19 Magdalenagrund
20 Gumpendorf
21 Hundsthurm
22 Reinprechtsdorf
23 Margarethen
24 Matzleinsdorf
25 Laurenzergrund
26 Nikolsdorf
27 Hungelbrunn
28 Schaumburgergrund
29 Wieden
30 Landstraße
31 Erdberg
32 Weißgerber
33 Leopoldstadt
34 Jägerzeile

Wien mit seinen Bezirken 1850

I	Innere Stadt
II	Leopoldstadt
III	Landstraße
IV	Wieden
V	Mariahilf
VI	Neubau
VII	Josefstadt
VIII	Alsergrund

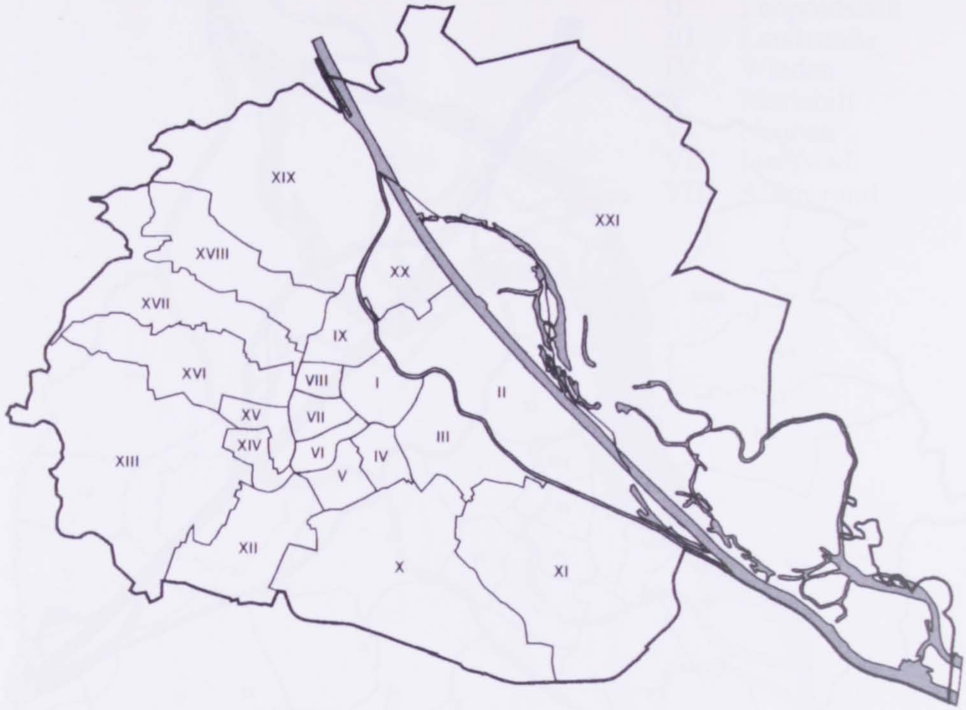


Wien mit seinen Bezirken 1890



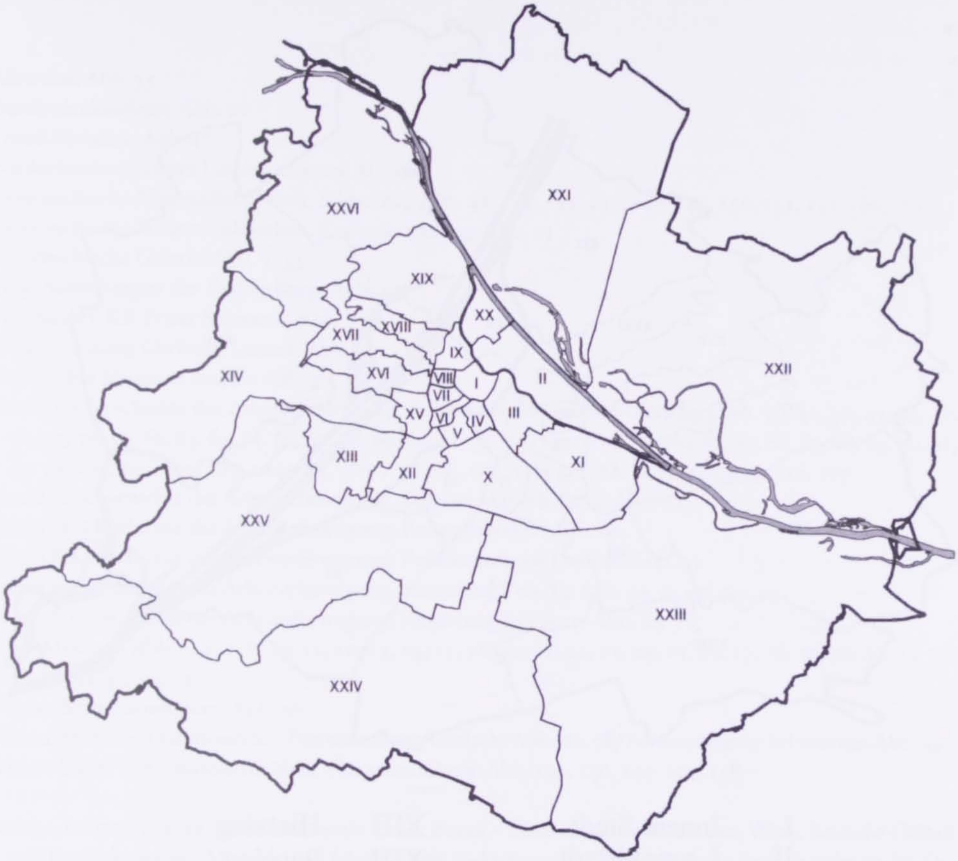
I	Innere Stadt	XI	Simmering
II	Leopoldstadt	XII	Meidling
III	Landstraße	XIII	Hietzing
IV	Wieden	XIV	Rudolfsheim
V	Margareten	XV	Fünfhaus
VI	Mariahilf	XVI	Ottakring
VII	Neubau	XVII	Hernals
VIII	Josefstadt	XVIII	Währing
IX	Alsergrund	XIX	Döbling
X	Favoriten		

Wien mit seinen Bezirken 1910



I	Innere Stadt	XII	Meidling
II	Leopoldstadt	XIII	Hietzing
III	Landstraße	XIV	Rudolfsheim
IV	Wieden	XV	Fünfhaus
V	Margareten	XVI	Ottakring
VI	Mariahilf	XVII	Hernals
VII	Neubau	XVIII	Währing
VIII	Josefstadt	XIX	Döbling
IX	Alsergrund	XX	Brigittenau
X	Favoriten	XXI	Floridsdorf
XI	Simmering		

Wien mit seinen Bezirken 1939



I	Innere Stadt	XIV	Penzing
II	Leopoldstadt	XV	Fünfhaus
III	Landstraße	XVI	Ottakring
IV	Wieden	XVII	Hernals
V	Margareten	XVIII	Währing
VI	Mariahilf	XIX	Döbling
VII	Neubau	XX	Brigittenau
VIII	Josefstadt	XXI	Floridsdorf
IX	Alsergrund	XXII	Groß-Enzersdorf
X	Favoriten	XXIII	Schwechat
XI	Simmering	XXIV	Mödling
XII	Meidling	XXV	Liesing
XIII	Hietzing	XXVI	Klosterneuburg

Wien mit seinen Bezirken 2005



I	Innere Stadt	XIII	Hietzing
II	Leopoldstadt	XIV	Penzing
III	Landstraße	XV	Rudolfsheim-Fünfhaus
IV	Wieden	XVI	Ottakring
V	Margareten	XVII	Hernals
VI	Mariahilf	XVIII	Währing
VII	Neubau	XIX	Döbling
VIII	Josefstadt	XX	Brigittenau
IX	Alsergrund	XXI	Floridsdorf
X	Favoriten	XXII	Donaustadt
XI	Simmering	XXIII	Liesing
XII	Meidling		

Abbildungsnachweis

Albertina: Abb. 35
Bundesdenkmalamt: Abb. 16
Freud-Museum: Abb. 47
Niederösterreichisches Landesmuseum: Abb. 6
Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv: Abb. 48, 143, 144, 145, 148, 149, 150, 151, 152, 160, 161
Österreichische Nationalbibliothek, Kartensammlung: Abb. 17
Österreichische Galerie: Abb. 7, 33
Prag, Sammlungen der Prager Burg: Abb. 19
Privatarchiv KR Franz Schwartz: Abb. 81
Privatsammlung Christian Lunzer: Abb. 46
Technisches Museum, Archiv: Abb. 38
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Fotoarchiv der Arbeiter-Zeitung: Abb. 39, 40, 42, 43, 44, 45, 50, 57, 58, 59, 61, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 77, 79, 80, 83, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 98, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Bestand Mario Viberal: Abb. 82
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Personenarchiv: Abb. 60
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Personenmappe Dollfuß: Abb. 93
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Sammlung Feb. 34: Abb. 94, 95, 96, 97, 99
Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Sammlung Juli 1927: Abb. 84
Wien Museum: Abb. 1, 2, 5, 8, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 32, 34, 36, 37, 41, 51, 53, 54, 55
Wiener Kriminalmuseum: Abb. 56
Wiener Stadt- und Landesarchiv, Fotosammlung Gerlach: Abb. 76, 78; Fotosammlung Schmutzer: Abb. 49
Wiener Stadt- und Landesbibliothek, Plakatsammlung: Abb. 142, 146, 147, 154, 158

BOBEK – LICHTENBERGER, Bauliche Gestalt: Hans BOBEK – Elisabeth LICHTENBERGER, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Schriften der Kommission für Raumforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 1, Wien/Köln [2]1978): Abb. 10

Bürgersinn und Aufbegehren. Biedermeier und Vormärz in Wien 1815–1848 (Katalog zur 109. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1987): Abb. 4, 31

FREI, Jüdisches Elend: Bruno FREI, Jüdisches Elend in Wien. Bilder und Daten (Wien/Berlin 1920): Abb. 52, 62

EIGNER – MATIS – RESCH, Sozialer Wohnbau: Peter EIGNER – Herbert MATIS – Andreas RESCH, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, in: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 55 (1999), 49 ff.: Abb. 128

MATTL, Wien: Siegfried MATTL, Wien im 20. Jahrhundert (Geschichte Wiens 6, Wien 2000): Abb. 124, 131, 132, 134, 139, 140

Perspektiven, Heft 9/10 (2001): Abb. 159

STIMMER, 40 Jahre: Kurt STIMMER, 40 Jahre SPÖ-Wien 1945–1985, hg. von der SPÖ Wien (Wien 1985): Abb. 126, 127, 129, 130, 133, 135, 137, 138, 141

TIETZE, Das vormärzliche Wien: Hans TIETZE (Hg.), Das vormärzliche Wien in Wort und Bild (Wien 1925): Abb. 3

VOCELKA, Trümmerjahre: Karl VOCELKA, Trümmerjahre. Wien 1945–1949 (Wien/München [1985]): Abb. 118, 119, 120, 121, 122, 123, 125

Weltkomödie Österreich (Zsolnay Verlag 1999): Abb. 162
Wiener Bezirkszeitung Favoriten, Ausgabe 5/2004: Abb. 136
www.falcoworld.net/Pics/young/young11.jpg: Abb. 155
www.nachkriegsjustiz.at/images/Ged_Wien/01_Albertinaplatz_4.jpg: Abb. 156

Register der Orts- und Personennamen

Vorbemerkung: Auf die Beifügung eines eigenen Sachregisters wurde verzichtet, da das Inhaltsverzeichnis ausreichend Hinweise bietet; einige wenige Begriffe wurden ergänzend in das Register aufgenommen. Der Name »Wien« fehlt aus verständlichen Gründen, Verkehrsflächenbezeichnungen wurden nur in Sonderfällen berücksichtigt. Mit den Abkürzungen »Abb.« und »Anm.« wird auf das Vorkommen in der Legende zu einer Abbildung bzw. im Text einer Anmerkung hingewiesen.



Ferdinand Opll

Wien im Bild historischer Karten

Die Entwicklung der Stadt bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts

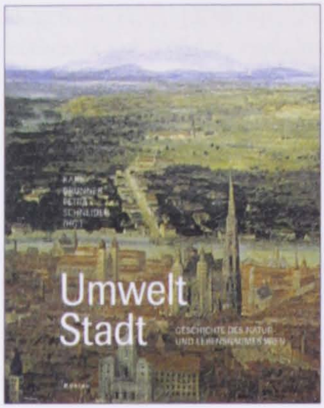
Das Interesse an historischen Karten ist weit verbreitet, und das nicht nur unter Sammlern. Die Freude an einem bildhaften, zugleich einfach verständlichen Zeugnis früherer räumlicher Verhältnisse eines Gebietes erfasst tatsächlich ein breites Publikum. Vertrautheit, Wiedererkennen, aber auch Erstaunen über Veränderungen im Verhältnis zum aktuell Bekannten – all das lässt sich bei Betrachtung dieser so reizvollen Quellenart erleben, zugleich bilden diese Überlieferungen so etwas wie Wegmarkierungen durch die Siedlungsgeschichte, wie sie im Text des Buches in knapper Form geboten wird. Was die hier gewählte Annäherung an Geschichte wie Siedlungsentwicklung allgemein betrifft, so steht sie über ihren kulturellen Reiz hinaus in unmittelbarem Konnex zu einer in den letzten Jahren erkennbaren, verstärkten Orientierung des Forschungsinteresses auf bildliche Quellen. Man spricht in diesem Zusammenhang sehr gerne vom ‚iconic turn', der Hinwendung zum Bild als Quelle, und auch den damit verbundenen Notwendigkeiten vermag die vorliegende Neuauflage in hervorragender Weise zu genügen.

2005. 310 x 270mm.
80 S. 2., erg. Aufl. 150 s/w. u farb. Tafeln, Gb.
ISBN 3-205-77240-7

Wiesingerstrasse 1, 1010 Wien, Telefon (01)330 24 27-0, Fax 330 24 27 320

Böhlau

Wien Köln Weimar


Umwelt
Stadt

Peter Csendes, geb.1944,
1967 bis 2005 im Wiener Stadt- und Landesarchiv tätig. Dozent für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Universität Wien. Die Geschichte Wiens bildet einen Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit.

Ferdinand Opll, geb. 1950,
Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs und Dozent für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Universität Wien, befasst sich in besonderer Weise mit Fragen der vergleichenden Städtegeschichte der mittelalterlichen Epoche sowie der Geschichte Wiens im Besonderen.

Nach mehr als 60 Jahren liegt nunmehr eine umfassende und mehrbändige Wiener Stadtgeschichte vor.
Die beiden leitenden Archivare am Wiener Stadt- und Landesarchiv legen in Kooperation mit einem hochrangigen Team von Fachleuten diese neue Wiener Stadtgeschichte in drei Bänden vor, die den aktuellen Forschungsstand festschreibt.
Das gesamte Unternehmen orientiert sich an einigen grundsätzlichen Überlegungen:

- Diese dreibändige Geschichte der Stadt Wien deckt den zeitlichen Bogen von den vorgeschichtlichen Anfängen bis zur Gegenwart ab.

- Die im Zweijahresabstand ab dem Jahr 2001 erscheinenden Bände weisen eine im Kern chronologische Abfolge auf und werden jeweils von mehreren Fachleuten erarbeitet.

- Diese Stadtgeschichte ist bestrebt, die Balance zwischen hoher wissenschaftlicher Seriosität mit den neuesten Forschungsergebnissen und einer möglichst viele Interessierte ansprechenden Darstellung zu erreichen.

- Abbildungen unterstützen und verdeutlichen die Ausführungen.

9 783205 992684

ISBN 3-205-99268-7
ISBN 978-3-205-99268-4
http://www.boehlau.at
http://www.boehlau.de